BOSTON PUBLIC LIBRARY
3 9999 06307 951 9

Boston Public Library

TRIAL

OF

THE MAJOR WAR CRIMINALS

BEFORE

THE INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL

NUREMBERG

14 NOVEMBER 1945 — 1 OCTOBER 1946

PUBLISHED AT NUREMBERG, GERMANY

1948

This volume is published in accordance with the direction of the International Military Tribunal by the Secretariat of the Tribunal, under the jurisdiction of the Allied Control Authority for Germany.

D804
.G42
.I55

Vol. 29

VOLUME XXIX

OFFICIAL TEXT

ENGLISH EDITION

DOCUMENTS AND OTHER MATERIAL IN EVIDENCE

Numbers 1850-PS to 2233-PS

EDITOR'S NOTE

The system of document presentation in this volume is the same as that in Volume XXVI. Explanation overleaf.

English, French, and German documents are reproduced in the original language as before; in the absence of a Soviet editorial staff, it is impossible to publish any documents in Russian. Documents originally in languages other than English, French, or German are published in one of these three languages.

Documents are printed in full, unless otherwise stated, and care has been taken to make their reproduction as faithful as possible; grammatical, orthographical, typing and other errors in the original have not been corrected.

S. PAUL A. JOOSTEN
Editor of the Record

KEY TO TYPES AND SYMBOLS

Explanatory Notes and Footnotes . . . Petit Bodoni
(See Specimen Document overleaf)

In the reproduced documents:

Print or typing . . . . . Borgis Excelsior
Handwriting . . . . . *Borgis Excelsior (italic)*
Rubber stamps . . . . . **Petit Erbar (bold)**

Underlining (hand-drawn) will be indicated by the symbol ::-:: before and after the underlined passage; underlining (other than hand-drawn) by widely spaced lettering.

In general, the nature of the document (book-quotation, official letter) will show whether the original was printed or typed; in other cases the footnotes will indicate passages in print. Supplementary information will also be given in the footnotes.

ABBREVIATIONS

Ab	Abschrift
Abs	Absatz
Adr	Adressat
Ausf	Ausfertigung
BeglVm	Beglaubigungsvermerk
Blau	Blaustift
Blei	Bleistift
Bk	Briefkopf
dr	gedruckt
Ds	Durchschlag
E	Entwurf
Eing	Eingangsvermerk
Graublau	Graublaustift
Graugrün	Graugrünstift
Grün	Grünstift
hs	handschriftlich
Hz	Handzeichnung
IMT	International Military Tribunal
K.d.F.	Kanzlei des Führers
Kl	Klammer
Kop	Kopierstift
l	links
LegVm	Legalisationsvermerk
Lila	Lilastift
Lk	Landkarte
ms	maschinenschriftlich
Mi	Mitte
n	neben
o	oben
Orange	Orangestift
Org	Original
P	Paraphe
Phot	Photokopie
Pl	Plan
pr	Präg . . . (z. B. Prägstempel)
Purpur	Purpurstift
r	rechts
RVm	Randvermerk
Rosa	Rosastift
Rot	Rotstift
S	Schriftstück
Si	Siegel
Sk	Skizze
Stp	Stempel
T	Text
Tb	Tabelle
teilw	teilweise
Ti	Tinte
Tu	Tusche
u	unten
U	Unterschrift
Üb	Überschrift
unl	unleserlich
Urk	Urkunde
Vm	Vermerk
Vert	Verteiler
Verv	Vervielfältigung
W	Wiedergabe
Z	Zeile

FACSIMILE OF ORIGINAL DOCUMENT (862-PS)

Geheime Kommandosache

Der Wehrmachtbevollmächtigte
beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren.

Nr. 22/40 g. Kdos

Prag, den 15. Oktober 1940.

CHEFSACHE!

(Nur durch Offizier zu behandeln

Betr.: Grundsätze der Politik im Protektorat.

4 Ausfertigungen

1. Ausfertigung

-1- Anlage

L 18 OKT. 1940
Nr. 33327/40

Chefsache!
Nur durch Offizier!

Das Amt des Reichsprotektors hat am 9.10. l.J. eine Dienstbesprechung abgehalten, in der Staatssekretär SS-Gruppenführer K.H. F r a n k dem Sinne nach etwa folgendes ausführte:

Seit Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren haben sowohl Parteidienststellen, als auch Wirtschaftskreise, sowie zentrale Behördendienststellen Berlins Erwägungen über die Lösung des tschechischen Problems angestellt.

- - - - - - -

Der Wehrmachtbevollmächtigte
beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren

Friderici

General der Infanterie

SPECIMEN

THE DOCUMENT (REPRODUCED ON THE PRECEDING PAGE) AS IT APPEARS IN PRINT.

DOCUMENT 862-PS

TOP-SECRET REPORT OF THE DEPUTY GENERAL OF THE ARMED FORCES WITH THE REICH PROTECTOR OF BOHEMIA AND MORAVIA, LIEUTENANT GENERAL FRIDERICI, 15 OCTOBER 1940. ON THE SUGGESTIONS FOR THE SOLUTION OF THE CZECH QUESTION MADE BY KARL HERMANN FRANK AT AN OFFICIAL CONFERENCE ON 9 OCTOBER 1940 AND HITLER'S DECISION ON THE MATTER: COMPLETE GERMANIZATION OF THE CZECH NATION IS TO BE CARRIED OUT (EXHIBIT USA-313)

BESCHREIBUNG:

U Kop, darunter r: P unl (Ti) | Bk dr | oberer Stp rot | unterer Stp blau | r unter Datum: P unl, 21/10 (Blau) | Unterstreichungen im ms Chefsache-Vm Rot | unter Bk hs-Vm: „g.Kdos" Kop | „1." vor „Ausfertigung" Rot | auf Blatthälfte 1 n T in Höhe von erstem Abs beginnend nacheinander Stp und folgende Vm'e | Eingangs-Stp (grün): „L 18 OKT. 1940 Nr. 33327/40 gK 2", Akten-Nr. Ti | r oberhalb davon kleines Kreuz (Rot), darübergeschrieben: W (Grün); darunter: IV (Rot); dicht r davon: a/x (Blau), darunter: d (Blau, gestrichen); r oberhalb davon: I 19/10 (Blau) | 1 n Mi des T RVm: „Chef OKW (unterstrichen) über Chef WFSt (unterstrichen) v.", darunter: „W 18./10." (alles Grün); r n „OKW": Zeichen unl (Grün), K 21/X (Purpur); l unter RVm: J (Orange), d. (Blei)

Geheime Kommandosache

Der Wehrmachtbevollmächtigte
beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren.

— Prag, den .....15. Oktober.....1940.

Nr. 22/40 *g.Kdos*

::-:: CHEFSACHE!
(Nur durch Offizier zu behandeln) ::-::

Betr.: Grundsätze der Politik im Protektorat.

4 Ausfertigungen
1. Ausfertigung

Chefsache!
Nur durch Offizier!

— 1 — Anlage

Das Amt des Reichsprotektors hat am 9. 10. l. J. eine Dienstbesprechung abgehalten, in der Staatssekretär SS-Gruppenführer K.H. Frank dem Sinne nach etwa folgendes ausführte:

Seit Schaffung des Protektorats Böhmen und Mähren haben sowohl Parteidienststellen, als auch Wirtschaftskreise, sowie zentrale Behördendienststellen Berlins Erwägungen über die Lösung des tschechischen Problems angestellt.

Der Wehrmachtbevollmächtigte
beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren
Friderici
General der Infanterie

DOCUMENT 1850-PS

EIGHT FILE MEMORANDA, 5 JULY TO 19 OCTOBER 1933: DISCUSSIONS BY THE VARIOUS MINISTRIES CONCERNED ON THE RELATIONSHIP OF THE SA TO THE REICHSWEHR IN CONNECTION WITH DEFENSE TRAINING, AND RELATED MATTERS (EXHIBIT USA-742)

BESCHREIBUNG:
achtteilig
Erstes S: Ds

Aktenvermerk

Betrifft: Verhandlung zwischen Obergruppenführer Krüger, Oberst Karmann und Oberst Lorenz in den Räumen des Reichskuratoriums am 8. Juli 1933.

Oberst Karmann erklärte, dass die Reichswehr keinerlei Verbindung zu den Militäranwärtern bisher unterhalten hat. Die einzigste Verbindung der Militäranwärter ist die Versorgungsnotierung beim Reichsarbeitsministerium. Oberst Karmann hat die Absicht, einen Verband von Militäranwärtern einzurichten, bei dem die Zugehörigkeit zur SA als Bedingung aufgestellt wird. Militäranwärten laufen eine Zeit von ca 3 Jahren vom aktiven Militärdienst bis zur Beamtenstelle durch. Grobgeschätzt sind es ca 20.000 Mann. Pro Jahr werden wiederum grobgeschätzt ca 8.000 Unteroffiziere und Mannschaften entlassen. Die Nachfrage nach diesen Militäranwärtern ist derartig gross, dass z.B. Oberst Karmann für seine eigene Dienststelle schwer Personal erhält. Oberst Karmann will aber zwangsweise Militäranwärter zur SA schicken, sobald es vom Chef des Ausbildungswesens verlangt wird. — In der Regel gehen die Militäranwärter dorthin, wo sie die beste Entlöhnung erhalten.— Ferner setzte Oberst Karmann auseinander,wie er sich den Ersatz für Reserveunteroffiziere denkt. Beamte der Forst- und Zollbehörde sollen z.B. eine mehrjährige Dienstzeit bei der RW leisten. Mit anderen Beamtenarten soll ähnliches vorgesehen sein. Die Klärung der Frage über die Benachteiligung von Militäranwärtern im SA-Dienst gegenüber denen im Arbeitsdienst ist für spätere Zeit aufgeschoben worden. Oberst Karmann erwähnte, dass Militäranwärter, welche im SA-Dienst keine gute festbesoldete Stellung erhielten,

durch ihren SA-Dienst in ihrem Fortkommen bei der Inanspruchnahme ihrer Versorgungsberechtigung in praktischer Beziehung stark benachteiligt würden. In formeller Beziehung würde er für Gleichstellung sorgen.

Berlin, den 8.Juli 1933

Zweites S: Ds | o l: Vert.Akt-Verm (Blei) | o r: 5.Juli 33 (Rot) | Verbesserung (Ti) unter 1.): „sprechender" für „sprender"

Besprechung mit Oberst v.Vietinghoff, Chef der Wehrmachtsabteilung, am Mittwoch, den 5. Juli 33.

1.) Reichsjugendführung. Frage der Befugnisse des Reichsjugendführers im Zusammenhang mit der vormilitärischen Ausbildung.

Jch erklärte, dass durch eine Entscheidung des Führers die Aufgabengebiete des Reichsjugendführers, des Reichssportkommissars und des Chefs des Ausbildungswesens scharf abgegrenzt werden. Entsprechender Entwurf meinerseits nach München.

2.) Studentenschaft. Es findet heute zwischen Oberst v.Vietinghoff und Gerullis eine Besprechung statt bezüglich der Wehrsportfragen der Studentenschaft. Oberst v.Vietinghoff vertritt die Auffassung, dass auch diese Gebiete unter die Aufsicht des Chefs des Ausbildungswesens zu stellen sind.

Jch erwähnte meine Vorverhandlung mit Herrn Schwab, früher AWAm, der als Verbindungsstelle im Stabe diese Fragen des Wehrsports der Studentenschaft zweckmässig regele.

Oberst v.Vietinghoff glaubt, dass das Preussische Kultusministerium gewisse Schwierigkeiten bereiten werde, das gerne einen aktiven Offizier als Sachberater in das Ministerium nehmen möchte. Er schlug für diesen Fall Hauptmann v.Bernuth vor.

3.) DienAufgabengebiete von Bernuth wurden von mir dahingehend umrissen, dass er die Richtlinien für die Mannschafts- und Führerausbildung, für die Wehrlager und Führerschulen nach den Wünschen des R.W.M. im Hinblick auf diemvormilitärische Ausbildung ausarbeite, im übrigen aber die technischen Vorbereitungen für die Waffenausbildung treffe. Oberst v.Vietinghoff erklärte sich damit einverstanden.

Hauptmann v. Bernuth wird meinem Stabe auf die Dauer zugeteilt.

4.)

— Seite 2 —

4.) Arbeitsdienst. Die Die Durchführung des Wehrsportes in Arbeitsdienstlagern wird aus aussenpolitischen Rücksichten eingestellt. Dr. Stellbrecht ist bei Oberst v.Vietinghoff gewesen, um ihm über die falsche Organisation des Arbeitsdienstes zu berichten.

5.) Wehrpolitisches Amt. Die Frage von Oberst v.Vietinghoff beantwortete ich dahin, dass das Wehrpolitische Amt mein Aufgabengebiet nicht stören dürfe und ich es für am zweckmässigsten hielte, den Laden aufzulösen.

Oberst v.Vietinghoff vertritt die Auffassung, dass das Wehrpolitische Amt überflüssig geworden sei und alle Fragen des Wehrsports auch wieder durch den Chef des Ausbildungswesens gelöst werden müssen.

6.) Etat. Jch machte Oberst von Vietinghoff darauf aufmerksam, dass die Etatfrage eine Lösung im Sinne der SA finden müsse, es seimnicht zweckmässig, dass das Reichswehrministerium den Etat für den Chef des Ausbildungswesens vertrete, da hier Schwierigkeiten eintreten dürften. Jch wies auf den Vorschlag Oberst v.Reichenau hin und dessen Auswirkung.

Oberst v.Reichenau empfielt, dass der Etatberater des Chefs des Ausbildungswesens mit dem Sachverständigen des Reichswehrministerium, Major Osterkamp, Verbindung aufnimmt, der darin grosse Erfahrungen besitzt. Es sei dann leichter den Etat beim Reichsfinanzministerium durchzubringen.

Jch erklärte mich bereit, nachdem der Etat festgesetzt sei, diesen gemeinsam mit dem Reichswehrministerium durchzuprüfen. Jm übrigen sei für mich massgebend die Forderung des Führers in

Reichenhall

— Seite 3 —

Reichenhall, wonach ich innerhalb eines Jahres 250.000 SA-Männer und Führer so auszubilden habe, dass sie der Reichswehr im Ernstfalle zur Verfügung stehen.

Gemäss dieser Forderung Hitlers hätte ich die Möglichkeiten der schulungsmässigen Ausbildung zu prüfen und danach meinen Etat aufzustellen. Abstriche am Etat von seiten des Reichsfinanzministeriums dürften nicht gemacht werden.

7.) Reichskuratorium. Oberst v. Vietinghoff fragte, wann ich das Reichskuratorium übernähme, worauf ich ihm entgegnete, dass ich heute mit Neuville verhandelt habe und er mich bei dieser Besprechung gebeten habe, morgen mit ihm gemeinsam zum Minister Seldte zu gehen, um sich über die Abwickelung zu unterhalten.

Oberst v.Vietinghoff hält dies für eine überflüssige Massnahme, die nur geeignet sei, weitere Verzögerungen eintreten zu lassen. Jch bestätigte ihm diese meine gleiche Auffassung.

8.) Zweigstellenleiter. Jch verwies auf meine Verfügung an die Obergruppen, denen es anheim zu stellen ist, Zweigstellenleiter als Jnspekteure für das Ausbildungswesen je nach Bedarf zu verwenden. Falls nein, würden die bisherigen Zweigstellenleiter dann zurücktreten müssen.

Berlin, denn5. Juli 1933.

Drittes S: U P Kop | Verbesserungen im T Ti | l o „Geheim“ Rot, unterstrichen | r o Ecke: Baum (Rot, unterstrichen) | von * bis * Randstrich (Blau) | l daneben großes „T“ (Rot) | darunter: „ist notiert für 17.7.“ (Kop, Blau unterstrichen), darunter P „Wh“ (Kop)

::-:: *Geheim* ::-::

Aktenvermerk.

Besprechung mit Reichswehrminister v.Blomberg AM 15.Juli, 9.30 Uhr vormittags.

1.) Aug Grund meines Schreibens vom 13.7. an General v.Blomberg wurde beiderseits festgestellt, dass tatsächlich ein Missverständnis in der Auffassung der Etatfrage vorhanden war. General v.Blomberg war nicht darüber unterrichtet, dass Oberst v.Reichenau versucht hatte, den Etat für den Chef des Ausbildungswesens der SA durch das R.W.M. einbringen zu lassen.

Durch die Erklärung des Führers vom 12.7.über die grundsätzliche Anordnung für die vormilitärische Jugendertüchtigung, die ihm heute vorgelegt worden sei, bestünden keine Zweifel mehr.

Mit der letzten Besprechung habe er lediglich beabsichtigt, aus seinen eigenen Sonderfonds für Ausbildungszwecke dem Chef des Ausbildungswesens die Mittel zu geben, die unter Umständen vom Reichsfinanzminister abgelehnt würden. Nur in diesem

Sinne habe er sich dafür einsetzen wollen und sei heute mit mir einig darin,, dass das Reichsinnenministerium den Etat für den Chef des Ausbildungswesens festsetze und im Kabinett vertrete.

2.) Zwecks praktischer Durchführung der Etatfragen schlage er vor, dass eine Chefbesprechung in den ersten Augusttagen stattfände, * an der teilnähmen Minister Frick, Schwerin-Krosigk, von Blomberg und dass er empfehle, wenn ich vorher mit Staatssekretär * Reinhard im Reichsfinanzministerium spräche, um schon die Wege zu ebnen.

3.) General v.Blomberg liess sich von mir über die Ausbildungsformen in den Wehrlagern unterrichten und bat um die dringend erforderliche Tarnung.

4.) Verhältnis des oberen SA-Führerkorps zum R.W.M.

Berlin, den 15.7.33.

K

V i e r t e s S: Ds | U P unl Kop | unter Datum: z.d.A. (Kop, unterstrichen) | l u Ecke: Aktennotiz (Grün) | Seite 2 l u Ecke: Ki (Blei)

Ki/Eg. Berlin,den 1. September 1933

A k t e n n o t i z .

Betr. Einreihung der zur Entlassung kommenden Rw.-Angehörigen in die SA.

B e s p r e c h u n g (1.9.1933/9,36 Uhr) zwischen O b e r s t H i n r i c i und Hauptmann von Wolf (Allgem.Abt. und Wehrmacht Abt.R.W.M.)einerseits und Stabsführer Wähmann und Adj.Kiefer .

O b e r s t H i n r i c i brachte die Wünsche der R.W.-Angehörigen zur Sprache. Diese möchten beim Eintritt in die SA nach ihrer Entlassung einen ihrer letzten Charge entsprechenden Dienstgrad erhalten. Sie halten es für nicht angängig, dass z.B. ein Unteroffizier beim Eintritt in die SA einen früheren Untergebenen als Rangoberen erhält.

S t a b s f ü h r e r W ä h m a n n hält dem entgegen, dass diese Auffassung dem SA-Geiste und der SA-Dienstvorschrift zuwiderläuft, da freiwillige Unterordnung eine besonders stark betonte Forderung der SA sei.

Bezüglich der Treubünde kommt gemeinsame Auffassung darüber zum Ausdruck, dass die Hauptaufgabe der Bünde die war, ein Abgleiten der zur Entlassung kommenden R.W.-Angehörigen nach links zu verhüten. Da nach der Machtübernahme diese Gefahr beseitigt ist, wird dieser Zweck in Zukunft hinfällig. Ein Fortbestehen wird von Oberst Hinrici aus weiter unten stehenden Gründen dennoch befürwortet.

Vorschläge zu einer Uebergangslösung:

In Zukunft wird sich die R.W. voraussichtlich nur noch aus SA-Leuten rekrutieren. Somit werden die zur Entlassung Kommenden ohne Weiteres wieder zur SA zurücktreten. Die Lösung für diese Zeit ist also einfach.

Bezüglich der in den Treubünden jetzt vereinigten ehemaligen R.W.-Soldaten wurde gesagt: An einer korporativen Uebernahme der Treubünde hat die SA kein Interesse, da alle Elemente, die nicht restlos auf dem Boden der neuen Weltanschauung stehen, unerwünscht sind. (Es besteht ja auch keinerlei Befehlsgewalt über diese Bünde.) Den Truppenkommandeuren soll jedoch massgebender Einfluss auf die in ihrem Befehlsbereich bestehenden Bünde gesichert werden. Sie sollen dann veranlassen, dass:

1) alle nach ihrer Weltanschauung geeigneten bisherigen Angehörigen der Treubünde in die SA eingegliedert werden;

2) die künftig zur Entlassung kommenden R.W.-Angehörigen den unter Aufsicht der Kommandeure stehenden Treubünden weiter beitreten, aber restlos in die SA eingegliedert werden. Die erforderlichen Grundlagen zu dieser Einreihung sind bereits beim Eintritt in die R.W. wie auch fortlaufend während der Dienstzeit zu sichern.

Oberst Hinrici regt für die Zukunft noch folgende Gliederung und Dienstfolge an:

1) SA mit Vorbereitung auf R.W.
2) R.W.-Dienstzeit
3) Rücktritt zur SA nach der Entlassung
4) Nach dem 45.Lebensjahre Ueberführung in die SA-Landwehr.

(Ausbau des Kyffhäuserbundes zur SA-Landwehr.)

P unl

Fünftes S: Ds | U P Kop | | daneben: Wh (Kop)

Geheim !

8 Aktenvermerk.

Besprechung mit Staatssekretär Reinhard, Reichsfinanzministerium, am 18.7., vormittags.

1.)Jch trug Staatssekretär Reinhard die gesamten Etatfragen für das neue Aufgabengebiet des Chefs des Ausbildungswesens vor und bat

1.)Klarlegung der Weiterzahlung der vom Reichsfinanzministerium bewilligten Etatmittel des inzwischen aufgelösten Reichskuratoriums für das laufende Etatjahr.

2.)Vorprüfung des von mir entworfenen Nachtragsetats für das Rechnungsjahr 33/34 und einem Mehrbedarf von rund 25 Millionen.

Staatssekretär Reinhard hält es nach Lage der Dinge für sehr schwierig, den Nachtragsetat für das laufende Rechnungsjahr durchzubringen. Er nahm davon Kenntnis, dass das R.J.M. über die bewilligten Mittel des Reichskuratoriums verfüfgen wolle, hält es andererseits für erforderlich dass die von General v.Blomberv erwähnte Chefbesprechung zwischen den Ministerien stattfindet. Auf lange Sicht gesprochen glaube Staatssekretär Reinhard, dass der in Anschlag gebrachte Etat doch genehmigt eerden könne, wenn die Arbeitslosenfrage im Herbst gelöst werde. Dies seimnach seiner Auffassung Verbedingung.

Jm übrigen aber habe Finanzminister Krosigk die Etatfrage selbst in eigener Hand, da er (Reinhard) die ganzen Probleme der Arbeitslosenfrage lösen müsse.

Berlin, den 18. Juli 1933.

K

Sechstes S: l o über „Geheim!“: Vortr.Akt (Blei, erstes Wort fraglich) | r n „Aktenvermerk“: Baum (Rot, unterstrichen) | Verbesserungen im Abs. 1.) Ti, im Abs. 2.) Kop | bei * Seitenstrich und | davon „T“ (Kop) | bei ** Seitenstrich und | davon Fragezeichen (Blei), der angestrichene Satz (von „Als“ bis „vor.“) zweimal schräg durchstrichen und dahinter zwei unl Worte und P unl (Kop) | bei *** Vm: Aktive Führerstabsoffiziere (Blei, T unsicher, nach „Aktive“ zwei kleine senkrechte Striche) | von + bis ++ Randstrich und

Unterstreichung im T Blei | unter 3.) von *1 bis *2 Seitenstrich, | davon „T." (Kop) | r n T-Ende: Kompetenzen R.J. Führung (Blei, T unsicher) | unter T Vm: 1.) Abtlgen. A u. O z. Kenntnis u. Rücksprache. 18/7. K (alles Kop, P kann auch „R" heißen, „A u. O" Kop und Blau unterstrichen); 2.) Dr.Krümmel z.K. u.z. d.A. 18.7. Wh (Kop, „Dr.Krümmel z.K." Rot unterstrichen, das weitere Rot durchstrichen) | r über „1.)": U.R. (Rot, doppelt unterstrichen) | r n T von 1.): 20/VII.B. Bitte zum Vortrag mich abzuholen! B. (Blei) | darunter: P unl (Kop) | r darunter: Erledigt, P unl (Kop, mit Blei und Rot unterstrichen) | darunter: Kr, 26/7 (Blei) | darunter schwarzer Stp: Ablegen | u Mi Vm aus 6 Worten (Blei, z.T. lesbar): „... die ... Schrirach, Tschammer, Schulen?" (ganzer Vm ausgestrichen) —X—

Geheim!

Aktenvermerk,

Besprechung mit Ministerialdirektor Gerullis, Preussisches Kultusministerium am 17., 18. 7. 33.

1.)Gerullis ist grundsätzlich der Auffassung, dass der gesamte Wehrsport auf den Hochschulen *u.*Universitäten in die Hand des Chefs des Ausbildungswesens gelegt wird. Er erklärt sich mit meinem Vorschlag einverstanden, einen noch namhaft zu machenden Studentenführer (Schwab - Krüger?) in meinen Stab als Verbindungsmann zu nehmen, der gemäss meinem Vorschlage die gesamte Wehrsportausbildung in Händen hat.

Hierzu ist in weiterer Durchführung erforderlich, dass die
* auf den Hochschulen und Universitäten z.Zt. als Wehrsportlehrer eingesetzten SA-Führer pp. nochmals zu einem Sonderkursus zusammengezogen werden, um nach den neuen Richtlinien ihre
** Ausbildung zu erfahren. Als Vertreter für Preussen schlägt Gerullis den an der heutigen Besprechung anwesenden Ministerialrat Haupt vor.

*** 2.)Für Wehrpolitik sollen 5 Generalstabsoffiziere ab 1. Oktober auf 3 Jahre zu den Universitäten Königsberg, Breslau, Berlin, Köln und Frankfurt a/M kommandiert werden, unter gleichzeitiger Beurlaubung. Sie halten an den dortigen Universitäten Vorlesungen über Wehrpolitik. Ab 1. September werden diese Herren in Berlin eingeführt und nehmen Verbindung mit dem Chef des
\+ Ausbildungswesens auf. Fragen des ::-:: Wehrsportes ::-:: haben diese Herren mit mir zu klären. Diese Regelung ist, wie Oberstleutnant Weissenberger, der ebenfalls ander Besprechung teilnahm, erwähnte, zwischen dem Reichswehrministerium und dem
\+\+ Preussischen Kultusministerium getroffen worden.

3.)

3.)Ministerialrat Haupt wird in den nächsten Tagen einen Termin vereinbaren zwischen mir und dem Preussischen Kultusministe-
*1 rium und der Reichsjugendführung, um die technischen Einzelheiten und praktischen Möglichkeiten der Wehrsportausbildung
*2 im Sinne gemäss Ziffer 1 zu klären.

Berlin, den 18.7.33.

Siebentes S: Ds I U P Kop I o Mi: Pers. (Rot, unterstrichen, Wort fraglich) I l n Adr: Ch 25/14/33, P unl (Ti)

---

den 5. September 1933

An den
Chef des Marinekommandoamtes
z.Hd.d.Konteradmirals Dr. h. c. Gross

Berlin W. 10
==========
Königin Augustastrasse 38—42

K/Kl

Sehr geehrter Herr Admiral!

Für die mir im Auftrage des Chefs der Marineleitung übermittelten Termine betreffend die Flottenübungen sage ich meinen ergebensten Dank.

Ich werde am 17.d.M. pünktlich um 12 Uhr mittags in Pillau an Bord gehen und werde mir erlauben, noch rechtzeitig mitzuteilen, wann und wo ich in Pillau eintreffe, da ich voraussichtlich noch vorher in Ostpreussen dienstlich anwesend sein werde.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir, noch eine persönliche Bitte auszusprechen.

Der Chef des Stabes, Herr Oberstleutnant Röhm, teilt mir mit, dass er ebenfalls an den Flottenübungen teilnehmen wird. Ich wäre sehr dankbar, wenn ich auf dem gleichen Kreuzer einsteigen könnte, da ich glaube, dass gerade im Hinblick auf die ganzen Fragen der Ausbildung der Marine-SA-Stürme meine Anwesenheit zweckentsprechend sein könnte. Da die diesbezüglichen Aufgaben in meiner

Hand liegen, könnte ich mir einen grösseren Nutzen versprechen, wenn mir die Gelegenheit gegeben würde, mit dem Chef des Stabes die ganzen Fragenkomplexe gemeinsam zu erörtern.

b.w.

— Rückseite —

In Nürnberg nahm ich Gelegenheit mit Herrn Korvettenkapitän Kieseritzky, der meinem Stabe zugeteilt ist, hierüber zu sprechen. Doch glaubt Herr Korvettenkapitän Kieseritzky, dass meine Bitte auf Grund der bereits vorgenommenen Einteilung sich kaum werde verwirklichen lassen.

Aus diesem Grunde wende ich mich an Sie, sehr geehrter Herr Admiral, nochmals unmittelbar.

Vielleicht kann Herr Korvettenkapitän Kieseritzky mir eine kurze Mitteilung darüber geben, ob meiner Bitte entsprochen werden kann.

Mit ergebensten Gruss und Heil Hitler

K

Obergruppenführer

A c h t e s S: U Kop | Geheim-Stp rot | | oberhalb T Stp rot: Ablegen! | r n „Ablegen!“ P „K“ oder „R“ (Kop) | Rand Mi: eingetr. 31.10.33. Kl (Ti) | | u Ecke: Akt Verm (Grün)

Geheim!

A k t e n v e r m e r k .

I. Auf Grund der Rede des Führers vor den SA-Führern am Dienstag, den 17.10. abends, habe ich Veranlassung genommen, mit dem Stabschef die Frage zur Entscheidung zu bringen, ob es richtig ist, dass die Ausbildung der SA im Reichsheere weiter geführt werden darf. Es könne durch die scharf formulierte Erklärung des Führers die Befürchtung naheliegen, dass bei der Reichswehrausbildung der SA Spitzel oder Spione die Möglichkeit besitzen, über die Ausbildung unsere aussenpolitischen Gegner zu verständigen.

Stabschef beabsichtigt in der Gruppenführerbesprechung am 23. 10. diese Frage vor den Gruppenführer zu entscheiden, während ich beauftragt sei, mit dem Reichswehrministerium über

die beabsichtigte Entscheidung zu verhandeln. Wenn der Reichswehrminister die volle Verantwortung für *die*[1]) sich daraus entstehende*n* Folgen übernimmt, sei der Stabschef mit der Ausbildung der SA im Heere einverstanden.

Diesen Wunsch des Stabschefs übermittelte ich am 18. 10. Hauptmann von Bernuth mit der Bitte, Oberst von Reichenau in diesem Sinne zu verständigen und eine Entscheidung des Herrn Reichswehrministers einzuholen.

Am 19.10., 11 Uhr vormittags, bat Oberst von Reichenau mich zu einer Besprechung, in welcher diese Frage erneut angeschnitten wurde. Oberst von Reichenau machte darauf aufmerksam, dass mit dieser Entscheidung des Stabschefs, von der Ausbildung der SA im Reichsheere abzusehen, damit zwangsläufig auch die Ausbildung in Sonderkursen hinfällig würde und zum anderen auch die gesamte Ausbildung im Grenzschutz unmöglich gemacht würde.

Ich entgegnete, dass bezüglich der Grenzschutzfragen eine Unterhaltung zwischen Stabschef und mir nicht stattgefunden hätte. Dieser Punkt müsste dann besonders geregelt werden.

b.w.

— Rückseite —

Der Stabschef lege die Entscheidung in die Hand des Reichswehrministers, der seinerseits die Verantwortung für die Ausbildung der SA im Reichsheere trägt.

Die scharf formulierte Rede des Führers am 17.10. veranlasse den Stabschef, die Frage der Verantwortung ganz eindeutig zu klären, weshalb eine Rückfrage des Reichswehrministers beim Kanzler unerlässig sei.

Wenn der Reichswehrminister die Verantwortung für die Ausbildung im Reichsheere voll und ganz übernähme, sähe der Stabschef keine Veranlassung von der Ausbildung der SA im Reichsheer Abstand zu nehmen.

II. Oberst von Reichenau legte mir den Brief des Obergruppenführers von Jagow an den Reichswehrminister als Antwort auf die Beschwerde des Reichswehrministers über Obergruppenführer von Jagow vor.

Da in der Fassung *des Briefes*[2]) von Jagow eine irrige Auslegung möglich war, wiederholte ich Oberst von Reichenau

[1]) „die“ Blei eingefügt
[2]) „des Briefes“ Blei eingefügt für „von“ (gestrichen)

meine an Jagow gegeben Äusserungen, die der Reichswehrminister mir gegenüber hat fallen lassen. Hierbei stellte sich heraus, dass Obergruppenführer von Jagow anlässlich seiner Anwesenheit in Berlin am 17.10. Gelegenheit gehabt hatte, mit Korvettenkapitän von Langsdorff im Reichswehrministerium über die Einstellung der Waffenausbildung in den SA-Lagern zu sprechen. Eine hierüber von Jagow getane Äusserung, die ganz nebensächlicher Art war, und dem Minister von Blomberg anlässlich eines Vortrages zur Kenntnis gelangte, war der Grund der Beschwerde des Ministers von Blomberg über Obergruppenführer von Jagow.

Oberst von Reichenau bemerkte, dass es sich bei dem Herrn Reichswehrminister um ein Missverständnis gehandelt habe und nach Prüfung der Zusammenhänge Oberst von Reichenau die Auffassung vertrat, dass die Beschwerde des Reichswehrministers über Obergruppenführer von Jagow, die dem Obergruppenführer Krüger mündlich übermittelt wurde, unnötig gewesen sei.

Reichswehrminister von Blomberg würde nunmehr Veranlassung nehmen, an Jagow zu schreiben.

III. Besprechung über Personalbesetzung RWM.

IV. Besprechung über den Fall von Reichenau — von Obernitz, Gruppenführer Franken.

Es trifft zu, dass durch Hauptmann Feuchtinger,[3]) Nürnberg, eine Unterhaltung zwischen Gruppenführer von Obernitz und ihm dem Chef des Ministeramts zur Kenntnis gebracht wurde.

Oberst von Reichenau legt Wert darauf, dass dieses Missverständnis aus der Welt geschafft würde. Er werde dieserhalb an den Gruppenführer von Obernitz persönlich schreiben.

Berlin, den 19. Oktober 1933

Krüger

---

[3]) ursprünglich „Feuchtlinger", „l" gestrichen (Blei)

DOCUMENT 1851-PS

FROM HEINRICH HIMMLER'S TREATISE ON THE SS, 1936: OBSERVATIONS ON THE DUTY OF OBEDIENCE AND ON THE SECURITY SERVICE (SD) AND THE SECRET STATE POLICE (GESTAPO) (EXHIBIT USA-440)

Aus: Reichsführer SS Heinrich Himmler, Die Schutzstaffel als antibolschewistische Kampforganisation (Hier spricht das neue Deutschland! Heft 11) Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, 1936.

— Seite 23 —

Gehorsam.

Die vierte Richtlinie und Tugend, die für uns gilt, ist die des Gehorsams; des Gehorsams, der bedingungslos

— Seite 24 —

aus höchster Freiwilligkeit kommt, aus dem Dienst an unserer Weltanschauung, der bereit ist, jedes, aber auch jedes Opfer an Stolz, an äußeren Ehren und all dem, was uns persönlich lieb und wert ist, zu bringen; des Gehorsams, der nicht ein einziges Mal zaudert, sondern bedingungslos jeden Befehl befolgt, der vom Führer kommt oder rechtmäßig von den Vorgesetzten gegeben wird; des Gehorsams, der ebenso in der Zeit des politischen Kampfes, wenn der Freiheitswille glaubt, sich empören zu müssen, stilleschweigt, der bei wachesten Sinnen und gespanntester Aufmerksamkeit gegen den Gegner, wenn es verboten ist, nicht den Finger rührt, der ebenso bedingungslos gehorcht und zum Angriff geht, auch wenn er einmal glauben sollte, es in seinem Herzen nicht überwinden zu können.

Wir sind so ehrlich, nicht von uns zu behaupten, daß alle diese Gesetze bis zum letzten Mann und bis zum letzten , tiefsten Verständnis schon erfaßt sind. Wir glauben, aber behaupten zu können, daß in nunmehr sechs Jahren die Schutzstaffel im großen nach diesen Richtlinien angetreten ist, aufgebaut wurde und nach ihnen lebt. Wir wissen, daß wir Jahr für Jahr mehr von diesen Tugenden in uns aufnehmen und sie mehr und mehr zum selbstverständlichen Gut jedes SS-Mannes werden. Wir sind der Überzeugung, daß, wenn wir einst nach Jahren, früher oder später, dann, wenn es das Schicksal bestimmt, als erste Generation dieser Schutzstaffel nicht mehr sind, wir diese Tugenden als volles Erbe, als beste Tradition denen, die nach uns SS-Männer sind, überliefern können.

Blut und Boden.

Die zweite Feststellung möchte ich hier vor Ihnen, deutsche Bauern, als Reichsführer SS, der ich selbst nach Abstammung, Blut und Wesen, Bauer bin, treffen: Der in der Schutzstaffel von Anbeginn vertretene Gedanke des Blutes wäre zum Tode verurteilt, wenn er nicht unlösbar mit der Überzeugung vom Wert und von der Heiligkeit des Bodens verbunden wäre. Von Anfang an hat das Rasse- und Siedlung-Hauptamt in seinem Namen den Begriff „Blut und Boden" in anderen Worten, aber im selben Sinn niedergelegt. Ich darf Sie versichern, daß es kein Zufall ist, daß der Reichsbauernführer des Deutschen Reiches seit Jahren als Führer der SS angehört und als Obergruppenführer Chef dieses Rasse- und Siedlungs-Hauptamtes ist, sowie es kein Zufall ist, daß ich Bauer bin und dem Reichsbauernrat angehöre. Bauern und SS-Männer gehören beide nicht zu den Arten von Menschen, die überflüssig viele liebenswürdige und

freundliche Worte sagen. Es sei aber hier klar und deutlich vernehmbar ausgesprochen, so wie es bisher war, soll es nach unserem Willen auch für die Zukunft sein. Da wo die Bauern Adolf Hitlers stehen, werden sie die Schutzstaffel immer als treuesten Freund an ihrer Seite haben, genau so wie wir wissen, daß da, wo die Schutzstaffel Adolf Hitlers steht, der deutsche Bauer als bester Kamerad und Freund ihr zur Seite steht. So ist es heute und so sei es für alle Zukunft.

Sicherheitsdienst und Geheime Staatspolizei.

Ich weiß, daß es manche Leute in Deutschland gibt, denen es schlecht wird, wenn sie diesen schwarzen Rock sehen; wir haben Verständnis dafür und erwarten nicht, daß wir von allzu vielen geliebt werden. ...

Wir werden dafür sorgen, daß niemals mehr in Deutschland, dem Herzen Europas, von innen oder durch Emissäre von außen her die jüdisch-bolschewistische Revolution des Untermenschen entfacht werden kann. Unbarmherzig werden wir für alle diese Kräfte, deren Existenz und

Treiben wir kennen, am Tage auch nur des geringsten Versuches, sei er heute, sei er in Jahrzehnten oder in Jahrhunderten, ein gnadeloses Richtschwert sein.

— Seite 31 —

.....

Jeder von uns weiß, daß er nicht allein steht, sondern daß diese unerhörte Kraft von zweihunderttausend Menschen, die zusammengeschworen sind, ihm unermeßliche Kraft verleihen, ebenso wie er weiß, daß er als Repräsentant dieses schwarzen Korps dieser seiner Gemeinschaft durch beste Leistung an seinem Platz Ehre zu machen hat. So sind wir angetreten und marschieren nach unabänderlichen Gesetzen als ein nationalsozialistischer, soldatischer Orden nordisch bestimmter Männer und als eine geschworene Gemeinschaft ihrer Sippen, den Weg in eine ferne Zukunft und wünschen und glauben, wir möchten nicht nur sein die Enkel, die es besser ausfochten, sondern darüber hinaus die Ahnen spätester, für das ewige Leben des deutschen germanischen Volkes notwendiger Geschlechter.

DOCUMENT 1852-PS

FROM WERNER BEST'S TREATISE ON THE GERMAN POLICE 1940; OBSERVATIONS ON THE POLICE AND THE SS (EXHIBIT USA-449)

Aus: Dr. jur. Werner Best, Die Deutsche Polizei. L. C. Wittich Verlag, Darmstadt, 1940.

— Seite 85 —

VII. Polizei und SS.

Daß der Chef der Deutschen Polizei nach dem Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Einsetzung eines Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 17.6.1936 (RGBl. I S. 487) die Dienstbezeichnung „Der Reichsführer-SS und Chef der

Deutschen Polizei“ führt, weist darauf hin, daß nicht eine vorübergehende „Personalunion“, sondern eine dauernde Verbindung zwischen der Polizei und der SS gewollt ist. Deshalb bedarf eine Darstellung der Deutschen Polizei ihrer Ergänzung durch eine Darstellung der SS und der Verbindung der Polizei mit der SS.

I. Die SS.

Die doppelte Sig-Rune SS bezeichnet die Abkürzung SS für die „Schutz-Staffel der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.“

a. Aufgabe.

Die SS ist durch Befehl des Führers der NSDAP. im Jahre 1925 gebildet worden als eine Mehrzahl von „Schutz-Staffeln“, deren Aufgabe der Schutz der Führer und der Redner der Partei gegen tätliche Angriffe der politischen Gegner war.

Als Heinrich Himmler am 6.I.1929 vom Führer der NSDAP. als „Reichsführer-SS“ eingesetzt worden war, begann er alsbald, die SS über ihre — bis heute beibehaltene — Schutzaufgabe hinaus zu einem politisch-weltanschaulichen Kampfbund der Partei zu entwickeln, der an sich selbst höhere Anforderungen stellte, als sie von jedem erfüllt werden können, und der hierdurch eine Auslese eigener Art schuf.

Die Aufnahme in die SS wurde von Bedingungen abhängig gemacht, die von anderen Verbänden nicht gefordert werden, nähmlich von einem weitergehenden Abstammungsnachweis, von voller Erbgesundheit und von rassischer Eignung. Die Verlobung und Eheschließung der SS-Angehörigen wurde einer Genehmigungspflicht unterworfen

— Seite 86 —

und nur nach dem Nachweis der den gleichen Forderungen entsprechenden Eigenschaften der Braut genehmigt. Von den SS-Angehörigen wurde die letzte Folgerichtigkeit in allen weltanschaulichen Fragen und rücksichtsloser Einsatz im politischen Kampf gefordert. Der Führer der NSDAP. gab der SS die Losung: „Meine Ehre heißt Treue“.

Die Erweiterung des Aufgabenkreises der SS über die einfachen Schutzaufgaben hinaus kam zum Ausdruck in der Schaffung des „Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS“ (SD) als eines politischen Nachrichtendienstes und der Einrichtungen für Rasse- und Siedlungsarbeit.

Nach der nationalsozialistischen Revolution, während deren auch die SS weitgehend die zur Machtergreifung der NSDAP erforderlichen Einzelmaßnahmen vollzog, wurde die SS bald — mindestens mittelbar — die Trägerin neuer Aufgaben. Der Reichsführer-SS wurde am 2.4.1933 als Politischer Polizeikommandeur" für Bayern eingesetzt. In den nächsten Monaten erfolgte seine entsprechende Einsetzung in allen übrigen deutschen Ländern. Am 20.4.1934 wurde er vom Preußischen Ministerpräsidenten Göring, der sich selbst weiter als „Chef der Geheimen Staatspolizei" bezeichnete, zum „Stellvertretenden Chef der Geheimen Staatspolizei" in Preußen ernannt. Zum Aufbau einer selbständigen und schlagkräftigen Politischen Polizei, die es bis dahin in Deutschland nicht gegeben hatte, wurden einerseits Fachbeamte der bisherigen Polizei und andererseits Angehörige der SS herangezogen. Die neuen Einrichtungen nahmen mit dem kompromißlosen Kampfgeist der SS die Bekämpfung der Volks- und Staatsfeinde zur Sicherung der nationalsozialistischen Führung und Ordnung auf. Die Angehörigen der „Politischen Polizei" — zunächst noch: der „Politischen Polizeien" der einzelnen deutschen Länder — wurden in zunehmendem Maße in die SS aufgenommen, so daß in ihnen sich zum ersten Male die gegenseitige Durchdringung von SS und Polizei vollzog. Etwa zur gleichen Zeit wurde die „ Waffen-SS" auf Befehl des Führers geschaffen, zunächst die „SS-Leibstandarte

— Seite 87 —

Adolf Hitler". Die Waffen-SS ist eine bewaffnete Truppe, die einen Teil der SS bildet und dem Reichsführer-SS untersteht. Sie besteht aus der SS-Verfügungstruppe, welche ausschließlich dem Führer für besondere Aufgaben im Frieden und im Kriege zur Verfügung steht, und aus den SS-Totenkopfstandarten, denen die Sonderaufgaben der Bewachung der Konzentrationslager und des Einsatzes für bestimmte Zwecke der Staatssicherung gestellt sind. Die „Allgemeine SS" bildet als die Fortsetzung des ursprünglichen politisch-weltanschaulichen Kampfbundes die Zusammenfassung der SS-Angehörigen, die — während sie im übrigen ihre Berufsaufgaben erfüllen— als freiwillige „politische Soldaten" der NSDAP. wie in der Kampfzeit vor den Werten und Verkörperungen der nationalsozialistischen Idee die Wacht halten. Sie haben zugleich die Aufgabe, die Angehörigen aller mit Sonderaufgaben betrauten Einheiten der SS ständig in lebendiger Beziehung mit der nationalsozialistischen Volksbewegung zu halten und sie vor fachlicher Abschließung und vor Loslösung von der Gesamtbewegung zu bewahren.

Zusammenfassend ist die Gesamtaufgabe der SS, wie sie sich aus der hier angedeuteten Entwicklung ergibt und wie sie von allen Einheiten der SS heute erfüllt wird, als die folgerichtige Fortentwicklung der ihr mit ihrer Gründung und mit ihrem Namen gestellten Schutzaufgabe zu kennzeichnen: Schutz des deutschen Volkes, seines Blutes und seiner Einheit, Schutz der Herrschaft der völkischen Welt-Anschauung im deutschen Volke und Schutz der nationalsozialistischen Führung und Ordnung. Zur Erfüllung dieser Aufgaben soll die SS werden und sein, was der Reichsführer-SS Heinrich Himmler im Jahre 1936 auf dem Reichsbauerntag in Goslar mit den folgenden Worten beschrieben hat:

„So sind wir angetreten und marschieren nach unabänderlichen Gesetzen als ein nationalsozialistischer soldatischer Orden nordisch bestimmter Männer und als eine geschworene Gemeinschaft ihrer Sippen den Weg in eine ferne Zukunft und wünschen und glauben,

wir möchten nicht nur sein die Enkel, die es besser ausfochten, sondern darüber hinaus die Ahnen spätester, für das ewige Leben des deutschen germanischen Volkes notwendiger Geschlechter."

b. Aufbau.

Alle Einheiten der SS unterstehen der zusammenfassenden Führung des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei und der Reichsführung-SS als seiner Führungshilfe. In bestimmten räumlichen Bereichen, die sich mit den Wehrkreisen decken, liegt die zusammenfassende Führung aller Einheiten der SS bei den Höheren SS- und Polizeiführern. Unter ihnen teilen sich die Einheiten der Allgemeinen SS, der Waffen-SS und des Sicherheitsdienstes sowie — im weiteren Sinne dem Gesamtkorps der SS angehörend — die Einrichtungen der Polizei.

I) Die Reichsführung-SS.

Die vom Reichsführer-SS als seine Führungshilfe geschaffene Reichsführung-SS besteht aus den folgenden Hauptämtern:

Hauptamt Persönlicher Stab des Reichsführers-SS, in dem alle Angelegenheiten bearbeitet werden, mit denen der Reichsführer-SS sich befaßt, ohne daß sie zum Amtsbereich eines der übrigen Hauptämter gehören; der Persönliche

Stab umfaßt z.B. eine Pressestelle, eine Dienststelle für Wirtschaftliche Hilfe, eine Dienststelle für Kulturelle Forschung, eine Dienststelle Vierjahresplan; der Persönliche Stab verwaltet die „SS-Mannschaftshäuser" der SS-Angehörigen an den Hochschulen, die für wissenschaftliche Zwecke gegründete Stiftung „Ahnenerbe", den zur Geburts- und Mütterfürsorge gegründeten Verein „Lebensborn"; im Persönlichen Stab sind die Verbindungsführer des Reichsführers-SS zu den Ministerien und Parteidienststellen zusammengefaßt.

— Seite 89 —

SS-Personalhauptamt, das gegliedert ist in

das Amt für Führerpersonalien,
das Amt für Führernachwuchs,
das Amt Erziehung und Bildung,
den Inspekteur der SS-Junkerschulen.

Hauptamt SS-Gericht, das gegliedert ist in

das Disziplinaramt,
das Rechtsamt,
das Verbindungsamt.

SS-Verwaltungs- und Wirtschaftshauptamt, das gegliedert ist in

das Amt Haushalt,
das Amt Bauten,
(die zusammenfallen mit dem Hauptamt Haushalt und Bauten im Reichsministerium des Innern),
das Amt Wirtschaftsunternehmungen.

SS-Hauptamt, das gegliedert ist in

die Zentralkanzlei,
das Führungsamt,
das Personalamt,
den Verbindungsführer zum SS-Gericht,
das Verwaltungsamt,
das Sanitätsamt,
das Erfassungsamt,
das Amt für Sicherungsaufgaben,
das Ergänzungsamt der Waffen-SS,
das Beschaffungsamt,
das Amt für Leibesübungen,
das Amt für Nachrichtenverbindungen,

das Versorgungs- und Fürsorgeamt,
das Schulungsamt,
den Inspekteur des Kraftfahrwesens,
den Inspekteur der SS-Reiterei,
den Inspekteur der SS-Reitschulen.

SS-Rasse und Siedlungshauptamt, das gegliedert ist in
das Verwaltungsamt,
das Sippenamt,

— Seite 90 —

das Rasseamt,
das Siedlungsamt.

Reichssicherheitshauptamt, das zusammenfällt
mit dem Reichssicherheitshauptamt im Reichsministerium des Innern.

Dem Reichsführer-SS ist außer den Hauptämtern der Reichsarzt SS unmittelbar unterstellt.

Zur Reichsführung-SS rechnet weiter der Chef der Ordnungspolizei, der als Hauptamtschef geführt wird.

Die Hauptämter der Reichsführung-SS sind mit hauptamtlich angestellten SS-Führern und SS-Unterführern besetzt.

2) Die Höheren SS- und Polizeiführer.

Dem Höheren SS- und Polizeiführer als dem Führer der SS in seinem Bereiche unterstehen als Hauptmitarbeiter für die Angelegenheiten der Allgemeinen SS der Stabsführer der Allgemeinen SS und für die Angelegenheiten des Sicherheitsdienstes der Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD.

Die dem Höheren SS- und Polizeiführer unterstehende Einheit der Allgemeinen SS wird als SS-Oberabschnitt bezeichnet. Dem SS-Oberabschnitt unterstehen bestimmte Einheiten der Allgemeinen SS — wie SS-Reiterstandarten und SS-Nachrichten-Sturmbanne — unmittelbar.

3.) Die Einheiten der Allgemeinen SS.

Der SS-Oberabschnitt ist in 2—3 SS-Abschnitte gegliedert, an deren Spitze ein Abschnitts-Führer mit einem Abschnitts-Stabe steht. Dem SS-Abschnitt unterstehen bestimmte Einheiten der Allgemeinen SS — wie SS-Pionier-Sturmbanne, SS-Kraftfahr-Stürme und SS-Sanitäts-Stürme — unmittelbar.

Der SS-Abschnitt ist in 2—3 SS-Standarten gegliedert, an deren Spitze ein Standarten-Führer mit einem Standarten-Stabe steht.

— Seite 91 —

Die SS-Standarte ist gegliedert in 3 SS-Sturmbanne, diese in je 4 SS-Stürme, innerhalb deren die SS-Männer in Zügen und Scharen zusammengefaßt sind.

Nur die Stäbe der SS-Oberabschnitte, SS-Abschnitte und SS-Standarten sind mit hauptamtlich angestellten SS-Führern und SS-Unterführern besetzt, neben denen auch ehrenamtliche Mitarbeiter beschäftigt werden. Die übrigen Angehörigen der Allgemeinen SS sind in ihren Berufen tätig und üben den SS-Dienst als politischen Ehrendienst aus.

4.) Die Einheiten der Waffen-SS.

Die Waffen-SS ist in die Standarten der SS-Verfügungstruppe und die SS-Totenkopfstandarten mit den entsprechenden Sonder-Einheiten gegliedert, die im Frieden den Höheren SS- und Polizeiführern ihres Bereichs unmittelbar unterstehen; im Kriege werden sie nach besonderen Bestimmungen teilweise in die Wehrmacht eingegliedert.

Der Aufbau der Einheiten der Waffen-SS entspricht dem der entsprechenden Einheiten der Wehrmacht.

Die Waffen-SS besteht aus nach den Grundsätzen der SS ausgewählten Männern, die sich in der SS-Verfügungstruppe zu einer Dienstzeit von 4 Jahren, in den SS-Totenkopfstandarten zu einer solchen von 12 Jahren verpflichten. Die Führer und Unterführer sind hinsichtlich ihrer Besoldung, Versorgung usw. den entsprechenden Angehörigen der Wehrmacht gleichgestellt. Der Dienst in der SS-Verfügungstruppe wird als Erfüllung der gesetzlichen Wehrpflicht anerkannt.

5.) Die Einheiten des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS. Die einzigen Einheiten des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS sind die SD-Leitabschnitte und SD-Abschnitte, die mit hauptamtlich angestellten SS-Führern und SS-Unterführern besetzte Dienststellen sind, die in

— Seite 92 —

Aufbau und Arbeitsweise (in Referaten usw.) den staatlichen Behörden entsprechen. Der Sicherheitsdienst (SD) umfaßt — wie die Allgemeine SS — auch SS-Angehörige, die in ihren Berufen

tätig sind und entweder bei dem Reichssicherheitshauptamt oder bei den SD-Leitabschnitten und SD-Abschnitten als ehrenamtliche Mitarbeiter ihren politischen SS-Dienst ausüben.

2. Die Verbindung der Polizei mit der SS.

Der Führer hat anläßlich der Polizeiparade auf der Deutschherren-Wiese in Nürnberg am 10.9.1937 die Losung ausgegeben:

> „Die Deutsche Polizei soll immer mehr in lebendige Verbindung gebracht werden mit der Bewegung, die politisch das heutige Deutschland nicht nur repräsentiert, sondern darstellt und führt."

Damit ist die Aufgabe gestellt worden, in dem größeren Rahmen der Durchdringung und Belebung aller Einrichtungen der deutschen Volksordnung durch die Nationalsozialistische Bewegung auch die Deutsche Polizei mit dem ihr zugeordneten Teil der Nationalsozialistischen Bewegung in diese „lebendige" Verbindung zu bringen.

a. „Partei" und „Staat".

Die Frage nach dem Verhältnis von „Partei" und „Staat" stellt in stark verkürzter und deshalb häufig oberflächlich verstandener Form die Frage nach Führung und Antrieb im Wirken aller Gliederungen der deutschen Volksordnung.

Während nach der ichhaft-menschheitlichen Lebens-Auffassung der Wille der Einzelmenschen die Triebkraft aller von den Einzelmenschen geschaffenen Einrichtungen war, bestimmt nach der völkischen Lebens-Auffassung der Wille der Gesamtwesenheit Volk das Wirken aller Volksglieder in der Volksordnung.

Der politische Wille des deutschen Volkes hat durch die nationalsozialistische Revolution seinen Ausdruck gefunden

in der Nationalsozialistischen Bewegung, die in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter-Partei zusammengefaßt ist. In den Formen dieser Bewegung vollzieht sich seitdem die politische Willensbildung des deutschen Volkes.

Der Vollzug des in der Nationalsozialistischen Bewegung gebildeten Volkswillens durch einzelne Einrichtungen der Volksordnung kann auf verschiedene Weise veranlaßt werden. Entweder gelangt der Wille durch den Führer der Bewegung,

der zugleich die Spitze aller Einrichtungen der Volksordnung bildet, zum Ausdruck, um dann von den einzelnen Einrichtungen als „Führerbefehl" vollzogen zu werden. Oder aber die einzelnen Führungsstellen der Partei äußern namens der von ihr vertretenen Bewegung den politischen Willen, der alsdann nach den von der Obersten Führung des Reiches gesetzten Regeln — Gesetzen, Verordnungen, Erlassen — von den übrigen Einrichtungen der Volksordnung zu vollziehen ist. In beiden Fällen wird also den vollziehenden Einrichtungen der Volksordnung der politische Wille der Bewegung „von außen her" — entweder durch Befehl der Obersten Führung oder durch Anstoß von seiten der Partei — übermittelt.

Wichtiger als die Übermittlung des politischen Willens von außen ist jedoch die Durchdringung aller Einrichtungen der Volksordnung mit dem politischen Willen der Bewegung von innen her. Das bedeutet, da jede Willensbildung sich durch Menschen als mitwirkende Teile der Bewegung vollzieht, daß Menschen der Bewegung in allen Einrichtungen tätig sein oder daß Menschen in allen Einrichtungen der Volksordnung der Bewegung angehören müssen. Dann bildet sich der Wille der Bewegung nicht außerhalb der tätigen Volksordnung, sondern innerhalb ihrer Einrichtungen, um unmittelbar von innen heraus ihr Wirken zu bestimmen. Der „Partei" obliegt die Aufgabe, die Bewegung — d.h. die der Bewegung zugehörenden Menschen — zusammenzufassen und ihnen Halt und Richtung zu geben. Sie ist aber nicht als eine Einrichtung aufzufassen, die — außerhalb aller übrigen Einrichtungen der Volksordnung stehend — diese von

— Seite 94 —

außen her beherrscht, sondern sie wirkt als „Orden" der zur politischen Willensbildung berufenen Träger der Nationalsozialistischen Bewegung in allen Einrichtungen der Volksordnung und bestimmt diese zu einem unmittelbar von dem lebendigen Volkswillen geleiteten Handeln.

b. SS und Polizei.

In der Verbindung der Polizei mit der SS ist der Grundsatz der „ordensmäßigen" Durchdringung einer Einrichtung der Volksordnung durch die Träger der Nationalsozialistischen Bewegung zum ersten Male bis zur letzten Folgerung verwirklicht worden. Dies kommt zum Ausdruck in dem äußeren Zusammenschluß der Einheiten und in der inneren Einheit der Mannschaft.

I) Der Zusammenschluß der Einheiten

Alle Einheiten der SS und der Polizei sind, wie sich aus der Darstellung des Aufbaus der SS und der Polizei ergibt, auf zwei Ebenen unter gemeinsame Führung gestellt: im gesamten Reiche unter die Führung des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei und in bestimmten räumlichen Bereichen unter die Führung der Höheren SS- und Polizeiführer. In der Ebene des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei überschneiden sich die als seine Führungshilfe tätigen Einrichtungen der SS und der Polizei, indem sie entweder — wie das Reichssicherheitshauptamt und das Hauptamt Haushalt und Bauten — zugleich der „Reichsführung-SS" und der „Reichsführung der Polizei" angehören oder indem der Chef einer Einrichtung — wie der Chef der Ordnungspolizei — in der „anderen Reichsführung" den Chefs der dortigen Hauptämter gleichgestellt wird.

Die Befehlswege aller Dienstzweige der SS und der Polizei umfassen den Höheren SS- und Polizeiführer als den „Gebietsbefehlshaber" der SS und der Polizei, wenn auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit weitgehend unmittelbarer Dienstverkehr zwischen dem Hauptamt

des einzelnen Dienstzweiges und den für diesen Dienstzweig tätigen Einrichtungen besteht. Für gemeinsame Zwecke oder für Zwecke einzelner Dienstzweige sowohl der SS wie der Polizei — z. B. Führerschutz oder grosse Sicherungsmaßnahmen — können alle Einheiten der SS und der Polizei einheitlich unter der Führung des Höheren SS- und Polizeiführers eingesetzt werden. Es versteht sich, daß alle Einheiten der SS und Polizei auch in der Erfüllung ihrer Einzelaufgaben zur gegenseitigen Unterstützung verpflichtet sind.

So bilden die SS und die Polizei sowohl in ihrem Aufbau wie in ihrem Wirken eine Einheit, ohne daß ihre einzelnen Einrichtungen ihre sachliche Eigenart und ihre Einordnung in die nach anderen Gesichtspunkten zusammengehörigen größeren Einheiten der Partei und der Staatsverwaltung verloren haben.

2) Die Einheit der Mannschaft.

Ist der Zusammenschluß der Einheiten der SS und der Polizei in seiner Vollständigkeit und in seinen endgültigen Formen

bedingt durch das Verhältnis der größeren Einheiten „Partei“ und „Staat“, so steht nichts der Herstellung einer vollständigen inneren Einheit der Mannschaft der SS und der Polizei entgegen.

Diese Einheit herzustellen, ist deshalb das Bestreben des Reichsführers-SS gewesen, seit er die Leitung polizeilicher Einrichtungen übernommen hat. Schon als Politischer Polizeikommandeur der einzelnen deutschen Länder und Stellvertretender Chef der Preußischen Geheimen Staatspolizei hat er die Herstellung der inneren Einheit der Mannschaft umfassend eingeleitet. Die wichtigsten Mittel hierfür sind die folgenden: Diejenigen Angehörigen der Polizei, die den Aufnahmebedingungen der SS entsprechen, werden nach hierfür erlassenen Anordnungen in die SS aufgenommen. Sie erhalten den SS-Dienstgrad, der ihrer Stellung in der Polizei entspricht; hierdurch wird der in der Polizei geleistete Dienst sichtbar dem in entsprechender Stellung

— Seite 96 —

in der SS geleisteten Dienst gleichgesetzt. Die in die SS aufgenommenen Angehörigen der Polizei — mit Ausnahme der uniformierten Ordnungspolizei — tragen im Polizeidienst den Dienstanzug der SS, wodurch die Einheit auch äußerlich in Erscheinung tritt. Die Angehörigen der uniformierten Ordnungspolizei tragen auf ihrem Dienstanzug (auf der linken Brustseite) die Sig-Runen der SS.

Die weltanschauliche Schulung der Angehörigen der Polizei wird von Beauftragten der zuständigen SS-Dienststellen wahrgenommen und für die SS und die Polizei von einer Dienststelle der Reichsführung-SS einheitlich geleitet. Vor allem aber wird die künftige Mannschaft aller Einheiten der SS und der Polizei eine Einheit bilden, weil sie aus einer einheitlichen Grunderziehung hervorgehen wird. Während die Mannschaft der Waffen-SS einen großen Teil der Träger des einfachen (Unterführer-)Dienstes sowohl in der SS wie in der Polizei stellen wird, sollen alle Anwärter des leitenden Dienstes in der SS und in der Polizei (SS-Führer, Polizeioffiziere und Beamte des leitenden Polizeidienstes) nach dem Wehrdienst in der Waffen-SS die Erziehung der SS-Junkerschulen durchlaufen. Nachdem sie dort soldatisch, weltanschaulich und charakterlich als geeignet zum SS-Führer befunden worden sind, beginnt ihre fachliche Ausbildung für die gewählte Berufslaufbahn. Die in den bildsamsten Jahren der Jugend

erfahrene Grunderziehung wird die innere Haltung der gesamten Mannschaft der SS und der Polizei dahin bestimmen, daß sie — welche Einzelaufgabe sie auch zu erfüllen haben wird — einheitlich den Willen der Nationalsozialistischen Bewegung und damit den Willen des lebendigen deutschen Volkes gestaltet und vollzieht. So findet durch die Verbindung und Durchdringung von SS und Polizei der völkische „Polizei-" Begriff seine sichtbare Verwurzelung in derjenigen völkischen Willens- und damit Rechtsquelle, die sich das deutsche Volk durch den ursprünglichen Lebensvorgang der national-

— Seite 97 —

sozialistischen Revolution geschaffen hat: in der Nationalsozialistischen Bewegung, die durch die Schaffung und durch das Wirken der SS bestätigt hat, daß zu den notwendigen Aufgaben völkischen Wollens und Wirkens die „Polizei"-Aufgabe der Sicherung der Volksordnung gegen Störung und Zerstörung gehört, deren Erfüllung ständig von der lebendigen Bewegung her ausgerichtet und angetrieben werden muß.

DOCUMENT 1856-PS (3441-PS AND 3460-PS)

FROM HERMANN GÖRING, SPEECHES AND ESSAYS, PUBLISHED 1939. EXTRACTS FROM SPEECHES, 3 MARCH 1933, 20 MAY 1936, AND 26 MARCH 1938, CONCERNING BATTLE OF DESTRUCTION AGAINST COMMUNISTS; THE LUFTWAFFE; ELIMINATION OF JEWS FROM THE CULTURAL AND ECONOMIC LIFE OF VIENNA (EXHIBIT USA-437)

A u s : Hermann Göring, Reden und Aufsätze, Herausgegeben von Erich Gritzbach, 3. Auflage, München 1939

Wir tragen die Verantwortung

Rede auf der Kundgebung der NSDAP. in Frankfurt a. M. am 3. März 1933

— Seite 27 —

Volksgenossen, ich will nicht all das wiederholen, was ich vorgestern im Auftrag der Reichsregierung im Rundfunk über die

kommunistischen Bewegungen, über die kommunistischen Absichten, über die kommunistischen Verbrechen gesagt habe. Etwas anderes will ich wiederholen, was ich dort gesagt habe: Die Herren müssen eins verstehen: Ich denke nicht daran, in bürgerlicher Manier und in bürgerlicher Zaghaftigkeit nur einen Abwehrkampf zu führen. Nein, ich gebe das Signal, auf der ganzen Linie zum Angriff vorzugehen!

Volksgenossen, meine Maßnahmen werden nicht angekränkelt sein durch irgendwelche juristischen Bedenken. Meine Maßnahmen werden nicht angekränkelt sein durch irgendeine Bürokratie. Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszurotten, weiter nichts! Dieser Kampf, Volksgenossen, wird ein Kampf gegen das Chaos sein, und solch einen Kampf führe ich nicht mit polizeilichen Machtmitteln. Das mag ein bürgerlicher Staat getan haben. Gewiß, ich werde die staatlichen und polizeilichen Machtmittel bis zum äußersten auch dazu benutzen, meine Herren Kommunisten, damit Sie hier nicht falsche Schlüsse ziehen, aber den Todeskampf, in dem ich euch die Faust in den Nacken setze, führe ich mit denen da unten, das sind die Braunhemden! (Dokument 1856-PS)

Kameradschaft, Pflichterfüllung und Opferbereitschaft
Ansprache an 1000 Fliegerleutnants am Tage ihrer Vereidigung in Berlin am 20. Mai 1936

— Seite 242 —

Ich habe schon einmal gesagt: Mir schwebt vor, eine Luftwaffe zu besitzen, die, wenn einmal die Stunde schlagen sollte, wie ein Chor der Rache über den Gegner hereinbricht. Der Gegner muß das Gefühl haben, schon verloren zu sein, bevor er überhaupt mit euch gefochten hat. (Dokument 3441-PS)

Aufbau der deutschen Ostmark
Rede auf der Volkskundgebung in Wien am 26. März 1938

— Seite 348 —

Wenn ich von jener internationalen und jüdischen Verfilzung gesprochen habe, so muß ich hier ein ernstes Wort an die Stadt Wien richten. Die Stadt Wien kann sich heute nicht mehr mit gutem Recht eine deutsche Stadt nennen. So viele Juden leben in dieser Stadt. Wo 300 000 Juden leben, kann man nicht mehr von einer deutschen Stadt sprechen.

Wien muß wieder eine deutsche Stadt werden, weil sie in der Ostmark Deutschlands wichtige deutsche Aufgaben hat. Diese Aufgaben liegen sowohl auf dem Gebiete der Kultur wie auch auf dem Gebiete der Wirtschaft. Weder auf dem einen noch auf dem anderen können wir auf die Dauer den Juden gebrauchen.

Aber das darf nicht durch falsche Eingriffe oder dumme Maßnahmen versucht werden, sondern muß ganz systematisch mit aller Überlegung geschehen. Als Beauftragter für den Vierjahresplan beauftrage ich den Reichsstatthalter in Österreich zusammen mit dem Bevollmächtigten des Reiches, in aller Ruhe die notwendigen Maßnahmen zur sachgemäßen Umleitung der jüdischen Wirtschaft zu treffen, d.h. zur Arisierung des Geschäfts- und Wirtschaftslebens, und diesen Prozeß nach unseren Gesetzen rechtlich, aber unerbittlich durchzuführen. (Dokument 3460-PS)

DOCUMENT 1857-PS

HITLER'S DECREE, 20 JULY 1934, PROMOTING THE SS TO BE AN INDEPENDENT ORGANIZATION WITHIN THE NSDAP (EXHIBIT USA-412)

A u s : VÖLKISCHER BEOBACHTER (Süddeutsche Ausgabe, Ausgabe A, Ausg. 207, Jahrg. 47, München, Donnerstag, 26. Juli 1934, Seite 1.)

Der Führer erhebt die SS. zur selbständigen Organisation.

München, 25. Juli

Die Reichspressestelle der NSDAP. gibt folgende Verfügung des Führers bekannt:

Im Hinblick auf die großen Verdienste der SS., besonders im Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934, erhebe ich dieselbe zu einer selbständigen Organisation im Rahmen der NSDAP. Der Reichsführer der SS. untersteht daher, gleich dem Chef des Stabes, dem Obersten SA.-Führer direkt. Der Chef des Stabes und der Reichsführer der SS. bekleiden beide den parteimäßigen Rang eines Reichsleiters.

München, den 20. Juli 1934.

gez. Adolf Hitler.

DOCUMENT 1866-PS

NOTES BY SCHMIDT ON VON RIBBENTROP'S CONFERENCE WITH MUSSOLINI AND CIANO, 13 MAY 1941; HITLER'S VIEW OF HESS' FLIGHT TO ENGLAND; DARLAN'S ATTITUDE; FEELING IN FRANCE; THE MIDDLE EAST; TURKEY'S RÔLE; GERMANY'S RELATIONS WITH RUSSIA; JAPAN AND THE UNITED STATES; PROPAGANDA IN INDIA (EXHIBIT GB-273)

BESCHREIBUNG:
begl Phot | r o Ecke: Ram 31/41 (hs)

Aufzeichnung

über die Unterredung zwischen dem RAM und dem Duce im Palazzo Venezia am 13.Mai 1941 in Anwesenheit des Grafen Ciano

Der RAM überbrachte zunächst die Grüsse des Führers an den Duce. Er würde auch dem Duce demnächst einen Zeitpunkt für die in Aussicht genommene Zusammenkunft, die er möglichst bald stattfinden lassen möchte, vorschlagen. Als Ort der Begegnung würde ihm wahrscheinlich der Brenner am liebsten sein. Im Augenblick sei er, wie der Duce wohl verstehen können, noch mit der Angelegenheit Hess und mit einigen militärischen Fragen beschäftigt, könne aber danach zu einer Besprechung zur Verfügung stehen.

Der Duce erwiderte, dass er mit allen Vorschlägen des Führers in Bezug auf Ort und Zeit dieser Begegnung einverstanden sei. Er wäre bereit, nach Deutschland zu kommen, sich am Brenner zu treffen oder die Unterhaltung irgendwoanders in Italien stattfinden zu lassen.

Der RAM erklärte sodann, dass ihm der Führer zum Duce entsendet habe, damit er diesem über die Angelegenheit Hess und die Besprechungen mit Admiral Darlan unterrichten könne.

Zur Angelegenheit Hess bemerkte er, dass der Führer und seine Mitarbeiter von dem Unternehmen

Hess'

— Seite 2 —

Hess' wie vor den Kopf geschlagen worden seien. Es handele sich um die Tat eines Wahnsinnigen.

Hess habe schon längere Zeit an einer Gallenkrankheit gelitten und sei Magnetiseuren und Naturheilkundigen in die Hände gefallen, die seinen Zustand immer schlimmer werden liessen. Alle diese Dinge würden im Augenblick gerade untersucht,ebenso wie die Verantwortung der Adjutanten, die von den verbotenen Flügen von Hess gewusst hätten. Hess hätte seit Wochen auf einer ME 110 heimliche Übungsflüge vorgenommen. Er habe *selbstverständlich nur*[1]) aus idealen Motiven gehandelt. Eine Untreue dem Führer gegenüber sei völlig ausgeschlossen. Sein Vorgehen[2]) sei aus einer gewissen Weltfremdheit sowie aus den durch seine Krankheit hervorgerufenen Gemütszuständen zu erklären.

Der RAM führte weiter aus, Hess sei wohl davon überzeugt, dass England vor der Niederlage stünde. Nur, *könnten*[3]) die Engländer den Absprung nicht finden,[4]) die nötigen Folgerungen daraus zu ziehen. Bei seinen Sympathien für England habe er den wahnsinnigen Gedanken gefasst, über faschistische Kreise Grossbritanniens die Engländer zum Nachgeben zu bewegen. Er habe all dies in einem langen und wirren Schreiben an den Führer dargelegt. Als dieser Brief beim Führer eintraf, sei Hess schon in England gewesen. Man hatte in Deutschland gehofft, dass er vielleicht

unterwegs

unterwegs verunglücken würde. Er sei aber nun tatsächlich doch in England und habe versucht, mit dem früheren Marquess of Clydestale, dem jetzigen Herzog von Hamilton, in Verbindung zu treten. Er betrachte diesen völlig zu Unrecht als einen grossen Freund Deutschlands und sei in die Nähe von dessen Schloss in Schottland geflogen. Unter Einsatz seines Lebens habe er auf diese Weise seinen[5]) Plan durchgeführt.[6]) Der Führer, der selbstverständlich von diesen Vorfällen persönlich tief betroffen s ei, nehme in der Angelegenheit einen sehr strengen Standpunkt ein, habe Hess sofort

---

[1]) für „zweifellos" (hs gestrichen)

[2]) hinter „Vorgehen" hs gestrichen: „das deutlich die Spuren eines Infantilismus trage"

[3]) für „hätten" (hs gestrichen)

[4]) hs verbessert aus „gefunden"

[5]) hinter „seinen" hs gestrichen: „wahnsinnigen"

[6]) hinter „durchgeführt" (hs gestrichen): „Auf den RAM habe er schon seit einiger Zeit den Eindruck gemacht, als sei er aus dem geistigen Gleichgewicht geraten, besonders während der kürzlichen Reichstagssitzung, während welcher der RAM neben ihm sass, hätten seine Augen einen völlig unnormalen Ausdruck gehabt."

abgesetzt *und habe geäussert, er werde Hess erschiessen lassen*[7]) wenn er wieder[8]) nach Deutschland käme. Die Untersuchung der Angelegenheit gehe weiter, aber es sei völlig klar, dass Hess nicht aus Untreue gegenüber dem Führer gehandelt habe.

Der Duce erwiderte, er teile die Ansicht, dass Hess kein Verräter sei. Vom politischen Standpunkt beurteile er die Folgen seines Vorgehens als nicht ernst. Er frage sich, was Hess

in

— Seite 4 —

in England sagen w olle. Angeblich hätten seine ersten Worte, als er aufgefunden wurde, gelautet, er habe immer viele Sympathien für England gehabt.

Ohne zu verkennen, dass psychologisch die Folgen des Fluges von Hess nicht leicht seien, könne man doch sagen, dass die Kriegführung und die Stimmung in den Achsenländern dadurch unberührt bleiben würden. In 3 bis 4 Tagen würde sich die ganze Angelegenheit allmählich verlaufen. Es erhebe sich die Frage, ob denn niemand in Deutschland von der Einstellung Hess' England gegenüber gewusst habe, ob etwa Hess England retten wollte.

Der RAM bemerkte hierzu, dass Hess in Deutschland hauptsächlich *bei vielen treuen Parteigenossen Sympathien*[9]) gehabt habe, dass aber jetzt jeder Deutsche sich frage, wie Hess etwas Derartiges habe tun können.[10])

Der Führer würde nun zunächst abwarten, in welcher Weise die Angelegenheit von der feindlichen Propaganda ausgenutzt würde. Bei der Stimmung in England und dem Zustand des Landes könne Churchill natürlich mit dem Friedensgedanken von Hess keine Propaganda machen; das würde ihn

bei

— Seite 5 —

bei seinemeigenen Volk sofort in Schwierigkeiten bringen. Wahrscheinlich würden die Engländer ihre Propagandataktik eher darauf abstellen, dass sie die ganze Angelegenheit als ein Zeichen der

---

[7]) für: „würde ihn wohl erschiessen lassen" (hs gestrichen)
[8]) „wenn er wie" hs gestrichen (offenbar versehentlich)
[9]) für: „kleinere Leute hinter sich" (gestrichen)
[10]) danach gestrichen: „Im übrigen habe er anscheinend mit pazifistischen Kreisen Fühlung gehabt. Auch Leute wie Professor Haushofer hätten ihn mit ihren Quertreibereien mehr und mehr in ein bestimmtes Fahrwasser gelockt."

Uneinigkeit und inneren Spaltung und als einen Ausfluss[11]) *einer angeblich*[12]) schwierigen Lage des Reiches hinstellen und dazu behaupten, Deutschland würde nun wohl bald Frieden machen müssen. Falls es nötig sein sollte, würde der Führer gegen diese Propaganda einen energischen Gegenschla g führen und eventuell den Reichstag einberufen, um dort die ganze Angelegenheit klarzustel len.

Der Duce wiederholte noch einmal seine ruhige Beurteilung der Angelegenheit und bemerkte, dass es auch ihm als das beste erschiene, wenn über die ganze Angelegenheit die volle Wahrheit gesagt würde.

Auf die Besprechungen mit Admiral Darlan übergehend, erklärte der RAM dem Duce, dass besonders zwei Themen behandelt worden seien:

1.) die Hilfsstellung, die Frankreich in Syrien für die Unterstützung des Irak und

2.) die Erleichterungen, die es für den deutsch-ital ienischen Nachschub in Nordafrika geben könne.

Darlan hätte darin eingewilligt, aus den

unter

— Seite 6 —

unter italienischer Kontrolle in Syrien eingelagerten Beständen gewisse Waffen- und Kriegsmaterialmengen an den Irak zu liefern. Diese Waffen seien wohl zum Teil schon unterwegs nach dem Irak. Der Gesandte Rahn und ein französischer Beamter seien nach Syrien geflogen und hätten dem dortigen französischen Regierungskommissar, dem General Dentz, eine Weisung der Vichy-Regierung vorgelegt, auf Grund deren er alle von den beiden Abgesandten befürworteten Lieferungen und andere Leistungen zu tätigen habe.

Weiterhin ha-be Darlan Landeplätze für deutsche Flugzeuge und Benzinvorräte zur Verfügung gestellt.

Gleichzeitig sei Botschafter von Papen nach Deutschland geholt worden und habe, wie er (der RAM) dem Duce vertraulich berichten könne, die Weisung mitbekommen, zu versuchen, von den Türken die Erlaubnis zur getarnten Durchfuhr von Waffen für den Irak durch türkisches Gebiet zu erlangen.

---

[11]) hinter „Ausfluss“ gestrichen: „der“

[12]) verbessert aus: „angeblichen“

Darlan würde nach dem Eindruck, den er hinterlassen habe, sicherlich alles mögliche tun, um der Achse zu helfen. Obwohl man ihm natürlich nicht ins Herz sehen könne, scheine er doch bestimmt ein Feind der Engländer zu sein. Gelänge ein Waffentransport in grösserem Ausmasse nach dem Irak, könne man Luftlandetruppen in die Ge-

biete

— Seite 7 —

Gebiete verbringen, die dann mit dem vorgefundenen Material gegen die Engländer vorgehen und vom Irak her unter Umständen Ägypten von Osten angreifen könnten.

Der Duce präzisierte seinen Standpunkt in der Irak-Frage:

1.) müsse man dem Irak auf jeden Fall helfen, da auf diese Weise eine neue Front gegen die Engländer entstehen und die Empörung nicht nur der Araber, sondern auch der grossen Zahl von Muselmanen angestachelt würde. Bereits jetzt habe der Grossmufti die Araber der Welt zum heiligen Krieg gegen England aufgerufen. Auf eine Zwischenfrage des RAM erklärte der Duce, dass er diesem Vorgehen immerhin eine gewisse Bedeutung zumesse.

2.) wäre es notwendig, Kreta und Cypern (das „Vorzimmer" von Syrien) in die Hand zu bekommen. Wenn man dann von den Franzosen die Landeerlaubnis für Truppen und Flugzeuge in Syrien in der Hand hätte, könne die Hilfe der Achsenmächte für den Irak sehr substantiell sein. Die Italiener hätten bereits 5 Flugzeuge mit Waffen abgestellt, die sich über Rhodos nach Bagdad begeben würden, um 400 Maschinengewehre sowie 20 Antitankgeschütze dorthin zu transportieren. Ausserdem stünden noch 12 Jagdflugzeuge zum Eingreifen bereit.

Sollte der Waffentransport durch die Türkei unmöglich sein, sonmüsse man von Syrien aus

gegen

— Seite 8 —

gegen England marschieren. Der grosse Vorteil läge hierbei in der nur 100 km langen Wüstenstrecke, die bei einem Angriff von Syrien bis nach Ägypten zu überwinden wäre, gegenüber 500 km Wüste bei dem Angriff auf Ägypten von Westen her.

Auf eine Zwischenfrage des RAM, wielange sich wohl der Irak gegen die Engländer halten könnte, erwiderte der Duce, dass der Chef der Irak-Regierung erklärt habe, sich gegen die Engländer

behaupten zu können, wenn er nur etwas Kriegsmaterial bekäme. Erhielte er jedoch keine Unterstützung, so würde nach Ansicht des Duce der Widerstand nach 3 bis 4 Wochen von den Engländern gebrochen sein. Er frage sich im übrigen, ob nicht die de Gaulle-Bewegung in Syrien vielleicht bei der Hilfeleistung Frankreichs Schwierigkeiten bereiten würde. Der RAM erwiderte darauf, dass Darlan anscheinend der Überzeugung sei, er könne in Syrien die Dinge so durchführen, wie sie in Aussicht genommen seien.

Bezüglich Tunis' berichtete der RAM von dem LKW-Kauf und dem neuerlichen Zugeständnis, dass diese LKW's mit Ladung nach Tripolitanien geschickt werden könnten. Darlan habe zugesagt, dass er einen algerischen Hafen, Baune, (da in Algerien diese Dinge leichter durchzuführen seien als in Tunis) für die Ausladung des zur See antransportierten Materials zur Verfügung stellen würde. Der RAM erwähnte auch bei dieser Gelegenheit, dass Darlan ihm erklärt habe, aus

inneren Grü-nden sei es ihm lieb, wenn LKW's nur an Deutschland verkauft würden. Sollte Italien derartige Fahrzeuge von den Franzosen haben wollen, so schlüge er vor, dass der Verkauf zunächst an Deutschland erfolge und dass dann die Wagen vom Reich an Italien gegeben würden. Diesem Verfahren stimmten der Duce und Graf Ciano zu.

Auf die Frage des Duce, was Deutschland Frankreich als Gegenleistung für diese Konzessionen zugestanden habe, wies der RAM auf die Herabsetzung der Besatzungskosten von 20 auf 15 Millionen hin, die zwar noch nicht endgültig festgesetzt, jedoch in Aussicht genommen sei, sowie auf gewisse Erleichterungen hinsichtlich der Demarkationslinie.[13]) *

Der Führer habe als Grundsatz aufgestellt,[14]) Frankreich *könnten* selbst in dem Ausmasse Erleichterungen zugebilligt *werden,*[15]) in dem es seinerseits *der Achse* den Krieg gegen England erleichtere.

Die Frage des Duce, ob hinsichtlich der französischen Kriegsgefangenen Zugeständnisse gemacht worden seien, verneinte der RAM und erwähnte, dass der Führer Darlan *zunächst* daran erinnert habe, wie die deutschen Kriegsgefangenen erst im Jahre 1920, als der Weltkrieg schon lange vorüber war, freigelassen wurden.

[13]) bei * hs-Vm: „ferner die Wiederaufrüstung einiger Torpedoboote"
[14]) für: „Grundsätzlich sei Darlan gesagt worden, dass" (hs gestrichen)
[15]) für: „bekommen würde" (hs gestrichen)

Der RAM wies dann noch darauf hin, er habe Darlan in Aussicht gestellt, dass, wenn Frankreich jetzt für die Fortsetzung des Krieges ge-gegen England Erleichterungen gewähre,

einer

— Seite 10 —

einer solchen Haltung beim Friedensschluss Rechnung getragen werden würde. Im übrigen habe er Darlan gegenüber die Notwendigkeit unterstrichen, dass Frankreich jetzt optieren[16]) und sich eindeutig dem System der Achse an die Seite stellen müsse.

Deutschland hätte gewisse Wünsche wegen Marinestützpunkten in Marokko zur Betreuung der Unter- und Überwasserstreitkräfte. Wenn Frankreich darauf einginge, so würde es ihm die schon länger erbetene Aufrüstung einiger *Zerstörer*[17]) zugestehen. Darüberhinaus habe man Hilfeleistungen Frankreichs in grösserem Masstabe deutscherseits *zunächst* nicht in Aussicht genommen, ebensowenig wie eine etwaige Flottenhilfe der französischen Flotte gegen England.

Darlan sei klargemacht worden, dass in Zukunft die Achsenmächte in Europa das bestimmende Kraftzentrum sein würden und dass sich Frankreich hier eingliedern müsse. Ausserdem sei darauf hingewiesen worden, dass Frankreich selbstverständlich damit rechnen müsse, dass es im Friedensvertrag im Mittelmeerraum Konzessionen zu machen haben würde; die italienischen Forderungen seien ihm[18]) ja bekannt. Es könne jedoch an anderer Stelle *z.B. in Afrika* für die Konzessionen Kompensationen *auf Kosten Englands* erhalten.

In einer Unterredung unter vier Augen habe Darlan dem RAM erklärt, dass er unter allen Umständen den Achsenmächten gegen England Hilfe

leisten

— Seite 11 —

leisten wolle, nachdem ihm der RAM die drei Möglichkeiten, die sich Frankreich böten, auseinandergesetzt hatte, nämlich dass Frankreich entweder gegen Deutschland arbeiten könne. In diesem Falle werde es vernichtet werden oder es könne sich abwartend verhalten, was jedoch auch zu seinem Schaden auslaufen würde. Schliesslich könne es noch klare Beweise für seinen Willen zur Zusammenarbeit mit der Achse abgeben und würde dann einen ehrenvollen Platz unter den Völkern Europas erhalten.

---

[16]) ursprünglich „obtieren", hs verbessert
[17]) für: „Torpedoboote" (hs gestrichen)
[18]) verbessert aus „ihnen"

Der Duce erwiderte, dass es in Frankreich zwei Lager gäbe, diejenigen, die abwarten wollten, und diejenigen, die für die Zusammenarbeit einträten. Als der jugoslawische Krieg begann, hätte man in Frankreich gehofft, dass er für die Achse ungünstig ausgehen würde. Die Meinung der französischen Politiker sei schwankend geworden. Für den Zustand der öffentlichen Meinung sei die Tatsache bezeichnend gewesen, dass in jenen Tagen das Denkmal des Königs Alexander von Jugoslawien in Frankreich von der Bevölkerung mit Blumen geschmückt wurde. Als die Franzosen jedoch gesehen hätten, wie schnell Deutschland auf dem Balkan siegte, seien sie sofort wieder zur Zusammenarbeit umgeschwenkt. In Vichy gehörten eben die meisten zu dem Lager derjenigen, die die Dinge abwarten wollten. Graf Ciano fügte hier ein, der einzige

Unterschied

— Seite 12 —

Unterschied zwischen Vichy und Paris sei der, dass man in Paris sage „hoffentlich siegen die Engländer", während man in Vichy sage, „hoffentlich siegen diese Schweine von Engländern". Der RAM bemerkte hierzu, dass es selbstverständlich auch weiterhin Chauvinisten in Frankreich gäbe, die nach einem noch festzulegenden Verfahren ausgemerzt werden müssten. Pétain sei seiner Ansicht nach ein alter Fuchs, den sein Gedächtnis ausgerechnet in den Augenblicken verlasse, wo es ihm am besten passe. Vor einigen Tagen habe er im Zusammenhang mit der Einladung des Admiral Darlan auf den Berghof einen Brief an den Führer geschrieben, der sachlich nichts wichtiges enthalte, aber doch darauf hindeute, dass man sich in Frankreich allmählich immer klarer darüber werde, dass der Krieg endgültig verloren sei. Der Führer stehe auf dem Standpunkt, dass man unter allen Umständen den endgültigen Sieg gegen England erkämpfen müsse. Zu diesem Zweck wolle er sich ein Maximum an Erleichterungen von Frankreich geben lassen, ohne sich definitiv irgendwie festzulegen. Auf dieser Grundlage würden die französischen Fragen behandelt,und man würde nun sehen müssen, wie weit Darlan auf diesem Wege zu gehen bereit sei. Wie bereits bemerkt, würden Frankreich jedoch nur Zug um Zug Konzessionen gegen Erleichterungen für den Kampf gegen England gewährt wer-

den.

— Seite 13 —

den. Ob Frankreich im grossen bei dem Kampf gegen England mithelfen würde, bleibe dahingestellt./Dazu bemerkte der Duce, dass Frankreich viele kleine, aber sehr wichtige Hilfsstellungen an

die Achse geben könne. Er unterstrich in diesem Zusammenhang, dass sich Frankreich stets der Achse nähere, wenn sie siege. Wenn aber die Dinge nicht recht vorwärts gingen, liebäugele es mit England und den Vereinigten Staaten. Besonders auf die letzteren müsse man in diesem Zusammenhang sehr acht geben. Der RAM stimmte dem zu und bemerkte, dass, wenn Frankreich sich irgendwie in die Organisation der Achse eingliedere, dies einen tiefen Eindruck auf die Vereinigten Staaten machen würde.

Der Duce stimmte diesem Gedanken unter Hinweis auf die vom Führer ausgesprochene Politik der Einigung ganz Europas gegen England zu. Lediglich Russland und Spanien fehlten in dieser Einheitsfront. Serrano Suner habe zwar erklärt, dass Spanien nach der diesjährigen Ernte maschieren würde. Dies schiene ihm aber äusserst zweifelhaft zu sein. Der RAM bemerkte hierzu, dass Franco im Anfang dieses Jahres leider die Achse ganz im Stich gelassen hätte. Das müsse er immer wieder mit grossem Bedauern feststellen. Hätte er damals mitgemacht, so wäre heute Gibraltar den Engländern entrissen, und das spanische Volk

hätte

— Seite 14 —

hätte wahrscheinlich viel mehr zu essen als jetzt, wo es durch Almosen von England und Amerika auch nicht zu retten sei.

Der Duce nahm seine Bemerkung wegen der Einheitsfront Europas gegen England und den beiden darin fehlenden Ländern Spanien und Russland mit der Bemerkung wieder auf, dass es ihm vorteilhaft erscheine, wenn man eine Politik der Zusammenarbeit mit Russland durchführen könne. Er richtete an den RAM die Frage, ob Deutschland eine solche Möglichkeit, d.h. Zusammenarbeit mit Russland ausschliesse. Der RAM erwiderte, dass Deutschland mit Russland Verträge habe, und dass die Beziehungen beider Länder im übrigen korrekte seien. Er persönlich glaube nicht, dass Stalin etwas gegen Deutschland unternehmen würde. Täte er es doch oder führe er eine Politik, die für Deutschland nicht tragbar sei, so wäre er innerhalb von 3 Monaten vernichtet. — Hier stimmte der Duce zu —. Der Führer würde bestimmt keinen Streit suchen, habe jedoch für alle Eventualitäten Vorsorge getroffen. Er habe in keiner Weise irgendwelche Entschlüsse gefasst, sei jedoch infolge gewisser Vorkommnisse und Unklarheiten auf russischer Seite misstrauisch geworden. So hätten z.B. die Russen an ihrer Westgrenze die Truppen verstärkt, was natürlich Deutschland dazu veranlasste, auch seinerseits Truppenverstär-

kungen

kungen vorzunehmen, jedoch erst nachdem die Russen damit angefangen hätten.

Russland würde jedoch nie ein Problem sein, das den Endsieg gegen England beeinflussen könne. Es könne Deutschland niemals in den Arm fallen, denn Deutschland habe so viel Truppen zur Verfügung, dass es mit allen Möglichkeiten ohne weiteres fertig werden könne.

Der Duce fragte darauf, ob denn nicht Deutschland von Russland Rohstoffe geliefert bekäme, worauf ihm der RAM die Zahlen 1 Million Tonnen Öl und 1 1/2 Million Tonnen Getreide nannte und hinzufügte, dass diese Lieferungen verhältnismässig gut eingingen.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs wurde das Thema J a p a n und insbesondere der japanisch-amerikanische Meinungsaustausch berührt. Der RAM betonte dabei, der Grundsatz, dass Japan in einer Schicksalsgemeinschaft mit Deutschland und Italien stehe, sei von den Japanern so klar verstanden worden, dass er (der RAM) nicht glaube, Japan würde eine Politik verfolgen, die nicht doch letzten Endes wieder auf die Linie Italiens und Deutschlands zurückginge. Der RAM wies in diesem Zusammenhang auch auf die Bemerkungen Matsuokas hin, dass er aus innerpolitischen Gründen vielfach manövrieren müsse und manchmal

vielleicht

vielleicht gezwungen sein würde, Dinge zu tun, die in Deutschland nicht ohne weiteres verstanden würden. Er (der RAM) habe jedenfalls Vertrauen zu Matsuoka, obgleich er natürlich auch nicht in sein Herz sehen könne. Dass die Besprechungen mit Roosevelt über den Admiral Nomura geführt würden, sei nicht günstig, denn Nomura stehe innerlich den Angelsachsen ziemlich nahe. Matsuoka habe nun zunächst Rückfragen gestellt, und zwar

1.) ob Amerika bereit sei, sich zu binden, nicht in den europäischen Konflikt einzutreten, und

2.) welche Haltung Amerika in der Frage der Philippinen einnähme.

Sollte

Sollte wider Erwarten die japanische Politik in einer nicht mit dem Geiste des Dreierpaktes zu vereinbarenden Linie verlaufen, so würde

sicherlich überall in Japan der grösste Widerstand entstehen und Botschafter Oshima würde wahrscheinlich die Seele einer derartigen wahren Revolution werden. Man müsse diese Dinge aber vorsichtig handhaben und vermeiden, Matsuoka unnötige Schwierigkeiten zu bereiten.

Die ganze Angelegenheit zeige, dass Roosevelt anfange beunruhigt zu werden, wahrscheinlich weil er allmählich einsehe, dass er bei dem schlechten amerikanischen Rüstungsstand im Falle kriegerischer Verwicklungen nichts ausrichten könne und daher den Wunsch habe, sich den Rücken freizuhalten.

Der Duce bemerkte dazu, dass es zweifellos für Deutschland und Italien günstig wäre, wenn Matsuoka auf diese Weise die Vereinigten Staaten am Eintritt in den Krieg verhindere. Andererseits könne der Beweggrund seines Handelns allerdings auch der Wunsch Japans sein, sich selbst aus dem Kriege herauszuhalten.

Der RAM bemerkte dazu, dass, wenn ein starkes Spiel gespielt und erklärt würde, dass der amerikanische Convoy-Schutz den Krieg bedeute, die Amerikaner wahrscheinlich zögern würden, denn die Amerikanische Aufrüstung sei der grösste Bluff der Weltgeschichte.

Der Duce wies in diesem Zusammenhang auf die in den Vereinigten Staaten eingetretene Spaltung hin und zitierte die Reden von Hoover und Lindbergh als den prominentesten Gegnern des Rooseveltkurses. Demgegen-

über

über seien jedoch die Juden und ihre Propaganda so stark, dass sie ganz Amerika unter ihren Einfluss gebracht hätten. Wenn aber in einem Lande eine Kriegspartei gegen eine Friedenspartei kämpfe, pflege im allgemeinen die Kriegspartei zu siegen, da der Krieg der Seele des Menschen näher stehe als der Frieden.

Der RAM erwiderte, dass das gleiche natürlich auch für Japan gelte und drückte die Überzeugung aus, dass Japan früher oder später doch an der Seite der Achsenmächte in den Krieg eintreten werde, um die sich bietenden Chancen auszunutzen. Absolut sicher sei er sich, dass Japan seinen vertraglichen Verpflichtungen nachkommen würde.

Anschliessend kam der Duce auf die Türkei zu sprechen, die er als die beste Karte Deutschlands und Italiens bezeichnete. Er fragte den RAM, ob dieser glaube, dass die Türkei mit Deutschland und Italien gehen werde.

Der RAM erwiderte, dass von deutscher Seite gerade versucht würde, die Türkei in diesem Sinne zu beeinflussen. Die Vorbedingungen wären insofern günstig, als die Türkei kein Interessen daran hätte, grössere englische Truppenmengen in Irak sich ansammeln zu lassen, sodass Deutschland die Hoffnung habe, die Türken zu sich herüberziehen zu können. Eine gewisse Besserung in der Haltung der türkischen Presse sei bereits zu verzeichnen.[19])

Im weiteren Verlauf des Gespräches sprach der RAM von einer in Aussicht genommenen grossen Propaganda im englischen Empire mit dem Motto, dass *die Achse*[20]) für die Befreiung sämtlicher von Eng-

land

ländern unterdrückten Völker eintreten werde. Er erwähnte in diesem Zusammenhang die Anwesenheit des indischen Nationalistenführers Bose in Deutschland, — eine Nachricht, die der Duce mit Überraschung und grossem Interesse entgegennahm. *Der Duce erklärte sich mit einer solchen Propaganda einverstanden.*

Der RAM entwickelte dann abschliessend noch die Pläne, nach denen er Bose für die indische Propaganda einsetzen wolle und betonte dabei, es müsse verhindert werden, dass ein Gegensatz zwischen Bose und Ghandi entstehe. Ghandi habe im übrigen kürzlich einen sehr guten Artikel gegen die Engländer geschrieben.

Der Duce erwähnte abschliessend in diesem Zusammenhang, dass Italien mit dem Fakir von Ipi in Verbindung stehe und ihn, ebenso wie den Grossmufti, durch grössere Geldzuwendungen zu einer Aktivität im Sinne der Achse zu gewinnen trachte. Wenn diese Aktionen auch nicht sehr umfassend seien, so würden sie doch den Engländern manche unangenehme Schwierigkeiten bereiten.

Bei der Verabschiedung wurde die Möglichkeit offen gelassen, eventuell eine weitere Unterredung am nächsten Vormittag kurz vor dem Rückflug des RAM abzuhalten.

Die Form der Unterredung war besonders herzlich.

Fuschl, den 14. Mai 1941.

gez. Schmidt

---

[19]) vor „Im" Absatzzeichen (hs)
[20]) für: „Deutschland" (hs gestrichen)

DOCUMENT 1871-PS

SCHMIDT'S NOTES ON HITLER'S CONFERENCE WITH CIANO AND VON RIBBENTROP, 12 AUGUST 1939: MILITARY SITUATION OF GERMANY, ITALY, WESTERN POWERS, POLAND; HITLER IN FAVOR OF RAPID "LIQUIDATION" OF POLAND, CIANO IN FAVOR OF POSTPONING CONFLICT; GENERAL POLITICAL SITUATION (EXHIBIT GB-142)

BESCHREIBUNG:
begl Phot einer Phot nach einem erbeuteten deutschen Kleinfilm

---

Abschrift.

Aufzeichnung

über die Unterredung zwischen dem FÜHRER und dem italienischen Aussenminister Graf CIANO in Anwesenheit des Reichsaussenministers auf dem Obersalzberg am 12.August 1939.

An Hand von Karten stellte der Führer zu Beginn der Unterredung dem Grafen Ciano die augenblickliche Lage Deutschlands vom militärischen Standpunkt aus dar. Er unterstrich insbesondere die Stärke der deutschen Westbefestigungen. Es gebe auf der Westseite drei Durchbruchsstellen, an denen die Franzosen zu früheren Zeiten stets den Durchbruch aus geographischen und strategischen Gründen versucht hätten, die nun aber besonders sorgfältig geschützt worden seien, sodaß auch hier ein Durchbruch unmöglich erschiene. Im übrigen seien die Westbefestigungen auch längs der luxemburgisch-belgischen Grenze bis an die holländische Grenze durchgeführt worden, sodaß eine Verletzung der belgischen Neutralität für Frankreich keinerlei militärische Vorteile mehr mit sich brächte, sondern höchstens die Gefahr in sich schlösse, daß Belgien sich zur Verteidigung seiner Neutralität und auch auf Drängen des flämischen Bevölkerungsteils auf die Seite Deutschlands stelle. Die einzig noch übrig bleibende Angriffsmöglichkeit wäre somit theoretisch der Weg über die Niederlande. Aber auch diese würden nach Ansicht des Führers ihre Neutralität energisch verteidigen, schon weil sie wüßten, daß sie bei Teilnahme an einem allgemeinen Konflikt ihre so gut wie unverteidigten ostasiatischen Kolonien an Japan verlieren würden. Die Niederlande seien im übrigen infolge der zahlreichen Flüsse und Kanäle und der Möglichkeit, weite Strecken des unterhalb des Meeresspiegels gelegenen Landes zu überschwemmen,

als

als Aufmarschgebiet für eine größere Armee völlig ungeeignet. Deutschland würde selbstverständlich bei einer Verletzung der holländischen Neutralität sofort in das Land einrücken und hätte bei der sehr geringen Entfernung der deutschen Grenze von der Maas die Möglichkeit, innerhalb weniger Stunden bis an diesen Fluß vorzustoßen. Im übrigen biete der Rhein, der in Holland 1 — 1½ km breit sei, einen natürlichen Schutz gegen Angriffe aus dieser Richtung.

Die dritte Möglichkeit, Deutschland anzugreifen, bestünde in der Blockade durch die englische Marine. Dabei sei jedoch zu bedenken, daß die Blockadeschiffe von Deutschland aus der Luft angegriffen werden könnten, da ganz England infolge des großen Aktionsradius' der neuesten deutschen Bomber innerhalb des Angriffsbereichs der deutschen Luftwaffe läge. Irgendwelche weiteren Angriffsmöglichkeiten auf Deutschland bestünden nicht. Die nordischen Länder würden zweifellos neutral bleiben und seien auch insofern vor jedem Angriff von irgendeiner Seite sicher, als eine Besetzung derartig großer Gebiete wie Norwegen und Schweden wohl kaum in Frage kommen dürfte. Ebenso würde die Schweiz sicherlich ihre Neutralität gegen jeden Eindringling aufs äußerste verteidigen.

Im Osten habe Deutschland ebenfalls starke Befestigungen errichtet. Der Führer zeigte dem Grafen Ciano die verschiedenen Befestigungssysteme Ostpreußens (Königsberg, Heilsberger Dreieck, Grenzbefestigungen). Auch an der übrigen Reichsgrenze (Grenzmark, Schlesien) seien starke Befestigungen im Entstehen begriffen, die besonders an der polnischen Grenze gegenüber Berlin zu einem uneinnehmbaren System hintereinander liegender Linien ausgebaut worden seien. Allerdings sei die Hauptstadt bei nur 150 km, die sie von der polnischen Grenze trennten, Luftangriffen stark ausgesetzt,

besonders

besonders da infolge der großen Ausdehnung Berlins (28 km nordsüd und 45 km ostwest) die Stadt auch schon aus einer sehr großen Höhe (8—9000 m) aus der Luft bombardiert werden könnte, ohne daß zwar bestimmte Ziele angegriffen würden, jedoch mit der Sicherheit, daß die Bomben irgendwo im Stadtgebiet niederfielen.

Zur militärischen Lage der Westmächte und Polens übergehend, wies der Führer erneut auf die Verwundbarkeit Englands in der Luft hin. Zwar seien in der Flugzeugproduktion Fortschritte gemacht worden, jedoch befände sich die Luftabwehr noch stark im Rückstand. Man wisse, daß sich England erst im letzten Herbst für eine

bestimmte Luftabwehrgeschütz-Type entschieden habe,und besitze auf Grund der eigenen siebenjährigen Aufrüstung Erfahrung genug, um zu wissen, daß eine Produktion in größerem Maße erst nach langer Zeit nach der Wahl eines Prototyps möglich sei, sodaß eine wirksame Luftabwehr in England erst in 1—2 Jahren in Erscheinung treten könne. Im übrigen gelte für London ebenso wie für die großen Städte und Industriezentren derselbe Nachteil, der Berlins Stellung gegenüber polnischen Luftangriffen charakterisiere: aus großen Höhen, die für die jetzigen, noch aus dem Kriege stammenden Luftabwehrgeschütze Englands nicht zu erreichen seien, könnten mit absoluter Sicherheit Bombardements erfolgen, die auf jeden Fall innerhalb der Großziele erfolgreich sein würden.

Zur See habe England im Augenblick noch keinerlei Zuwachs zu verzeichnen. Von den im Bau befindlichen Schiffen würden erst in einiger Zeit die ersten Einheiten in Dienst gestellt werden können. Was die Landarmee anbetreffe, so seien nach Einführung der Dienstpflicht jetzt 60 000 Mann unter die Fahnen gerufen worden. Wenn England in eigenen Lande die notwendigen Truppen zurückbehielte, so sei es in der Lage, Frankreich höchstens 2 Infantereiedivisionen und 1 Panzerdivision zur Verfügung zu stellen. Im übrigen könne es

einige

— Seite 4 —

einige Bombengeschwader, aber kaum Jagdgeschwader auf Frankreich abstellen, da bei Kriegsausbruch die deutsche Luftflotte England sofort angreifen würde und die englischen Jagdflugzeuge daher für den Schutz des eigenen Landes dringend benötigt werden würden.

Über Frankreichs Lage bemerkte der Führer, daß bei einem allgemeinen Konflikt nach der innerhalb einer kurzen Zeit zu erwartenden Niederschlagung Polens Deutschland in der Lage sein würde, am Westwall 100 Divisionen zu versammeln, die Frankreich zwingen würden, sämtliche verfügbaren Streitkräfte aus den Kolonien, von der italienischen Grenze und anderswoher an seiner eigenen Maginot-Linie für den Kampf auf Leben und Tod, der dann einsetzen würde, zu versammeln. Er sei im übrigen der Ansicht, daß die Franzosen ebensowenig die italienischen Befestigungen überrennen könnten wie den Westwall.

Hier gab G r a f C i a n o einige Zeichen äußersten Zweifels zu erkennen.

Polens Armee sei außerordentlich unterschiedlich in ihrem Wert. Es gebe neben einigen Paradedivisionen eine ganze Anzahl minderwertiger Truppenteile. In der Tankabwehr und Luftabwehr sei Polen sehr schwach. Zurzeit könnten ihm Frankreich und England

nichts liefern. Wenn aber Polen eine längere Zeit lang vom Westen wirtschaftlich unterstützt würde, so könne es sich diese Waffen zulegen und Deutschlands Überlegenheit würde dadurch herabgesetzt. Den Fanatikern von Warschau und Krakau stände die indifferente Landbevölkerung der anderen Gegenden gegenüber. Außerdem sei die Bevölkerungszusammensetzung des Polnischen Staates zu berücksichtigen: auf 34 Millionen Einwohner kämen 1½ Millionen Deutsche, rund 4 Millionen Juden und schätzungsweise 9 Millionen Ukrainer, sodaß an eigentlichen Polen erheblich weniger als die Bevölkerungszahl übrig bleibe, und auch diese, wie bereits erwähnt, in ihrer Schlag-

kraft

kraft unterschiedlich zu bewerten seien. Unter diesen Umständen würde Polen durch Deutschland in kürzester Zeit zu Boden geschlagen werden.

Da Polen durch seine ganze Haltung zu erkennen gebe, daß es auf jeden Fall in einem Konflikt auf Seiten der Gegner Deutschlands und Italiens stehen würde, könne eine schnelle Liquidierung für die doch unvermeidbare Auseinandersetzung mit den westlichen Demokratien im jetzigen Augenblick nur von Vorteil sein. Bleibe ein feindliches Polen an Deutschlands Ostgrenze bestehen, so wären nicht nur die 11 ostpreußischen Divisionen, sondern auch noch weitere Kontingente in Pommern und Schlesien gebunden, was bei einer vorherigen Liquidierung nicht der Fall sein würde. Ganz allgemein gesprochen sei es überhaupt das beste, wenn die falschen Neutralen einer nach dem andern liquidiert würden. Dies ließe sich verhältnismäßig einfach durchführen, wenn jeweils der eine Partner der Achse dem anderen, der gerade einen der unsicheren Neutralen erledigte, den Rücken deckte und umgekehrt. Für Italien sei wohl Jugoslavien als ein derartiger unsicherer Neutraler anzusehen. Bei dem Besuche des Prinzregenten Paul habe er (der Führer) diesem besonders auch mit Rücksicht auf Italien nahegelegt, durch eine Geste seine politische Einstellung der Achse gegenüber zu klären. Er habe dabei an eine engere Bindung an die Achse und an den Austritt Jugoslaviens aus dem Völkerbund gedacht. Dieser Letztere sei auch vom Prinzen Paul zugesagt worden. Vor kurzem sei der Prinzregent in London gewesen und habe dort Rückversicherungen bei den Westmächten gesucht. Es habe sich hier das wiederholt, was man mit Gafencu erlebt hatte, der auch bei seinem Besuch in Deutschland außerordentlich vernünftig gewesen wäre und jedes Interesse an den Zielen der westlichen Demokratien abgeleugnet habe. Nachher allerdings hätte er, wie man später erfahren habe, in England einen

gegenteiligen

gegenteiligen Standpunkt eingenommen. Unter den Balkanländern könne sich die Achse voll und ganz nur auf Bulgarien verlassen, das gewissermaßen der natürliche Verbündete Italiens und Deutschlands sei. Deshalb habe Deutschland auch Bulgarien so stark wie möglich mit Waffenlieferungen unterstützt und werde dies auch fortsetzen. Jugoslavien würde nur so lange neutral bleiben, als es gefährlich wäre, offen auf die Seite der westlichen Demokratien überzugehen. In dem Augenblick aber, in dem für Deutschland und Italien eine Wendung zum Schlechten einträte, würde Jugoslavien auch offen auf die andere Seite treten in der Hoffnung, damit dem Lauf der Dinge eine endgültige Wendung zum Nachteil der Achse zu geben. Rumänien fürchte sich vor Ungarn und sei militärisch außerordentlich schwach und innerlich korrupt. König Karol würde ohne Notwendigkeit seine Neutralität zweifellos nicht verlassen.

Ungarn sei befreundet, und die Slowakei befände sich unter deutschem Einfluß, habe sogar in einigen Teilen deutsche Garnisonen.

Zur Danziger Frage zurückkehrend erklärte der Führer dem Grafen Ciano, daß es ihm unmöglich sei, hier zurückzuweichen. Er habe sich mit Italien auf die Zurückziehung der Deutschenaus Südtirol geeinigt, müsse aber nun gerade deswegen peinlichst alles vermeiden, was den Eindruck hervorrufen könne, es handle sich bei der Zurückziehung der Deutschen aus Südtirol um einen Präzedenzfall, der auch auf andere Gebiete Anwendung finden könne. Im übrigen sei seine Rechtfertigung der Zurückziehung dieser Deutschen aus Italien dem deutschen Volke gegenüber die allgemeine nach Osten und Nordosten gehende Richtung der deutschen Politik. Der Osten und der Nordosten, d.h.die Länder an der Ostsee, seien genau so Deutschlands unumstrittene Interessengebiete seit Urzeiten wie das Mittelmeer Italiens eigenste Sphäre sei. Auch aus wirtschaftlichen

Gründen

Gründen brauche Deutschland die Getreide und Holz produzierenden Länder dieser östlichen Gegenden. Im Falle Danzig handele es sich aber nicht nur um rein materielle Interessen, obwohl diese Stadt der größte Ostseehafen sei. Der Umschlag betrage tonnagemäßig 40 % von Hamburg. Danzig, das nordische Nürnberg, sei eine urdeutsche Stadt, die in jedem Deutschen sentimentale Regungen wecke,und gerade dieses psychologische Element zwinge auch den Führer, der Volksstimmung Rechnung zu tragen. Um die Lage dem italienischen Verständnis näher zu bringen, müsse sich Graf Ciano

einmal vorstellen, Triest befände sich in jugoslavischen Händen, und eine starke italienische Minderheit auf jugoslavischem Boden würde mit brutaler Gewalt behandelt. Es sei kaum anzunehmen, daß Italien dies sehr lange ruhig mit ansehen würde.

Graf Ciano erwiderte auf die Ausführungen des Führers, indem er zunächst auf die große Überraschung hinwies, die auf italienischer Seite über den völlig unerwarteten Ernst der Lage bestehe. Weder in den Unterhaltungen von Mailand noch in dem Gesprächen anläßlich seines Berliner Besuches habe man deutscherseits zu erkennen gegeben, daß die Lage Polen gegenüber derartig ernst sei. Im Gegenteil habe der Reichsaußenminister erklärt, daß seiner Meinung nach die Danziger Frage im Laufe der Zeit geregelt werden würde. Auf Grund dieser Sachlage habe sich der Duce, getreu seiner Überzeugung, daß die Auseinandersetzung mit den westlichen Demokratien unumgänglich sei, vorgenommen, seine Vorbereitungen für diesen Fall zu treffen,und habe diese Pläne auf eine bestimmte Zeitdauer von 2—3 Jahren abgestellt. Falls ein Konflikt jetzt unumgänglich sei, würde, wie der Duce noch bei der Abreise des Grafen Ciano erneut betont hätte, Italien selbstverständlich ganz an

der

— Seite 8 —

der Seite Deutschlands stehen, aber aus verschiedenen, im einzelnen aufgeführten Gründen würde es die Verschiebung eines allgemeinen Konfliktes auf einen späteren Zeitpunkt begrüßen.

Graf Ciano stellte sodann an Hand der Karte die italienische Lage bei Ausbruch eines allgemeinen Konflikts dar. Italien glaube, so führte er aus, daß ein Konflikt mit Polen nicht auf dieses Land beschränkt bleiben, sondern sich zu einem allgemeinen europäischen Krieg auswachsen würde.

Der Führer bemerkte hierzu, daß dies der Punkt sei, an dem die Meinungen auseinander gehen. Er persönlich sei der felsenfesten Überzeugung, daß die westlichen Demokratien letzten Endes doch vor der Entfachung eines allgemeinen Krieges zurückschrecken würden.

Graf Ciano erwiderte, er wünschte, der Führer behielte Recht, er glaube es aber nicht. Auf jeden Fall müsse man seine Überlegungen auf den ungünstigsten Fall, d.h.den allgemeinen Konflikt abstellen. Italien habe seit dem Abessinien-Konflikt eigentlich ständig in einer Art Kriegszustand gelebt und bedürfe daher dringend einer Atempause. Graf Ciano wies an Hand einzelner Zahlen nach, wie groß die materiellen Anstrengungen Italiens besonders

auch im Spanienkonflikt gewesen seien. Es seien nunmehr Italiens Rohstoffvorräte völlig aufgebraucht. Es müsse Zeit haben, seine Läger erneut aufzufüllen.

Auch seine Kriegsindustrien, die sämtlich an einer exponierten Stelle lägen, müßte Italien nach Süden verlegen, um sie besser verteidigen zu können. Ebenso sei die italienische Artillerie, besonders die Flugabwehr, außerordentlich modernisierungsbedürftig. Die lange Küstenlinie und die sonstigen exponierten Stellen seien völlig ungenügend verteidigt.

Auch

— Seite 9 —

Auch die Flottenstärke sei äußerst ungünstig. Im Augenblick habe Italien den vereinigten englischen und französischen 11—12 Schlachtschiffen nur 2 Schlachtschiffe entgegenzustellen, während bereits in einigen Jahren 8 Schlachtschiffe insgesamt zur Verfügung wären.

Hier warf der Führer ein, daß allerdings auch England und Frankreich über zusätzliche Schlachtschiffe, 35.000 Tonner und 40.000 Tonner, verfügen würden.

Graf Ciano wies auf die lange italienische, schwer zu verteidigende Küstenlinie hin und auf die den englisch-französischen Flotten zahlreich zur Verfügung stehenden Stützpunkte, unter besonderer Berücksichtigung der griechischen Häfen.

Besonders verwundbar sei Italien gegenwärtig in seinen Kolonien. Lybien sei zwar von Ägypten her schwer anzugreifen, während es selbst die Möglichkeit hätte, nach Marsah Matru vorzustoßen. Ganz anders dagegen sei die Lage Tunis gegenüber. Das Verhältnis der italienischen und französischen arabischen Bevölkerung sei wie 1:20, während die weißen Truppenstärken sich wie 1:5 zu ungunsten Italiens verhielten. Außerdem seien die italienischen Befestigungen nach der französischen Grenze zu völlig ungenügend. Erst kürzlich seien neue Panzertürme geliefert worden.

Abessinien sei zwar fast befriedet bis auf gewisse Gegenden längs der Grenze nach den englischen Gebieten, wo die Engländer durch Geld und Propaganda Schwierigkeiten unter der Bevölkerung hervorriefen, es handle sich aber um eine Befriedung an der Oberfläche. Es würde genügen, daß in einem allgemeinen Konflikt einige englische Flugzeuge über Abessinien Flugblätter abwärfen des Inhalts, daß die Welt gegen Italien aufgestanden sei und der Negus zurückkehren würde, um den Aufstand der Abessinier wieder aufflammen zu lassen. Außerdem würde im Konfliktsfalle Abessinien

vom

vom Mutterlande völlig abgeschnitten werden, und das Schicksal der 200 000 Italiener in Abessinien sei völlig ungewiß. In einigen Jahren würde man eine Armee von 400—500 000 Mann in Abessinien zu stehen haben und könnte in einem Konflikt, der dann ausbräche, erfolgreich gegen den Sudan, Kennya und das französische Somaliland vorgehen.

Die Inseln des Dodekanes würden bei der Haltung der Türkei in Schwierigkeiten geraten. Allerdings würden sich Leros und Rhodos auf Jahre hinaus verteidigen.

Albanien sei ein völlig unentwickeltes Land und würde erst in einigen Jahren eine wirksame Operationsbasis gegen den Balkan abgeben. Zunächst müßten Straßen gebaut und die Bodenschätze (Eisen, Kupfer, Chrom und Erdöl) ausgebeutet werden, dann könne man daran denken, wie es der Führer kurz angedeutet hätte, erfolgreich nach Saloniki und in andere Richtungen des Balkans gleichsam längs der 5 Finger einer ausgebreiteten Hand vorstoßen.

Wirtschaftlich habe Italien Autarkiepläne, die sich erst in einigen Jahren verwirklichen lassen würden und dann Italien in den Stand setzten, auch einen längeren Krieg ohne Schwierigkeiten durchhalten zu können. Ein weiterer Grund für den Wunsch des Duce, den Konflikt hinauszuschieben, seien die Italiener im Ausland, die planmäßig nach Italien zurückgezogen werden sollten. In Frankreich lebten eine Million Italiener, von denen ungefähr 700 000 endgültig für Italien verloren seien. Die restlichen 300 000 aber würden im Konfliktsfalle von Frankreich als Geiseln benutzt werden, wie dies sich schon aus einigen im September v.J.in Frankreich getroffenen Maßnahmen habe erkennen lassen.

Außerdem lege der Duce persönlich großen Wert auf die ordnungsgemäße Durchführung der Weltausstellung im Jahre 1942, für

die

die Italien große Vorbereitungen treffe und von der es auf wirtschaftlichem Gebiet, besonders auch hinsichtlich der Deviseneingänge, günstige Resultate erhoffe.

Außer diesen in Italiens Lage selbst begründeten Erwägungen sprächen jedoch auch Überlegungen allgemein politischer Art für die Verschiebung eines allgemeinen Konflikts. Das Einkreisungssystem der westlichen Demokratien würde nach der Überzeugung des Duce im gegenwärtigen Augenblick zweifellos funktionieren. Sei

aber erst einmal eine gewisse Zeit verstrichen, so würden die Reibungspunkte und die Keime der Uneinigkeit unter den Partnern der Einkreisungsfront sich wieder stark bemerkbar machen und die Front allmählich zersetzen.

Außerdem sei der Duce überzeugt, daß die augenblickliche Hochstimmung in England und Frankreich nicht längere Zeit andauern könne. Bald würde, besonders in Frankreich, die Union sacrée wieder durch den Parteizwist abgelöst werden, unter der Bedingung, daß von Seiten der Achse eine zeitlang Ruhe gehalten würde. Im Augenblick sei es jedenfalls nur der Achse zu verdanken, wenn in den betreffenden Ländern die inneren Streitigkeiten begraben würden.

Japans Stellung würde nach der in zwei Jahren zu erwartenden Beendigung des China-Konflikts ebenfalls erheblich gestärkt werden, während die Stellung Roosevelts in Amerika nach einer Zeit der außenpolitischen Ruhe aufs schwerste erschüttert werden würde, sodaß er nicht ein drittes Mal zum Präsidenten gewählt werden könnte, was sicherlich der Fall sein würde, wenn demnächst ein Konflikt ausbräche.

Spanien, das sich eben erst eine achsenfreundliche Regierung gegeben habe (Serano Suñer, Beigbeder), bedürfe nach dem Bürgerkrieg der Ruhe, würde aber in 2—3 Jahren als ein nicht außer Acht

zu

— Seite 12 —

zu lassender Machtfaktor an der Seite der Achse stehen. So würde z.B.Spanien innerhalb von zwei Jahren 4 Schlachtschiffe zu 35 000 tons bauen, deren Pläne in den letzten Tagen von einem italienischen General nach Spanien überbracht worden seien. Der Bau solle in El Ferrol stattfinden.

Aus diesen Gründen sei dem Duce außerordentlich viel daran gelegen (le Duce insiste), daß von Seiten der Achsenmächte eine Geste gemacht würde, die den Friedenswillen Italiens und Deutschlands erneut bekräftige. Dies könnte durch Veröffentlichung eines Communiqués erfolgen, das Graf Ciano bereits am Vortag dem Herrn Reichsaußenminister übermittelt hatte und das er nunmehr erneut in folgender englischer (und französischer) Fassung vorlegte:

"The Minister of Foreign Affairs of the Reich, Mr.von Ribbentrop, and the Italian Minister of Foreign Affairs, Count Galeazzo Ciano, have examined—in the course of their conversations at Salzburg—the general situation in Europe and the problems concerning the common policy of the two allied countries.

The two Foreign Ministers were able zu realize once again in this occasion, the perfect identity of views existing between their Governments, and reaffirm the common decision of Germany and Italy to resist the policy of encerclement promoted by the great democracies and to defend their vital rights, opposing by force any attempt of aggression directed against them.

At the same time the Foreign Minister of the Reich and the Italian Foreign Minister wished to reaffirm the peaceful intentions of their Governments, and thoughtful of the destinies of Europe, they agreed to state that, according to their opinion, it is still possible to reach—through normal diplomatic negotiations between the various interested Governments—a satisfying solution of the problems which trouble, in such a serious way, the life of Europe."

— Seite 13 —

Graf Ciano erklärte zu seinem Communiqué-Entwurf, daß der Duce zunächst ja einen Konferenzvorschlag im Auge gehabt habe. Er habe sich den Bedenken des Führers nicht verschlossen und bringe nunmehr einen anderen Vorschlag in abgemilderter Form, auf dessen Annahme er allerdings großen Wert lege.

Zu dem Konferenzplan erklärte der F ü h r e r, daß bei zukünftigen Zusammenkünften der Mächte Rußland nicht mehr ausgeschaltet werden könne. In den deutsch-russischen Besprechungen hätten die Russen unter Hinweis auf München und andere Gelegenheiten, bei denen sie ausgeschlossen wurden, zu verstehen gegeben, daß sie in Zukunft dies nicht mehr hinnehmen würden. Zu den vier Großmächten würden außer Rußland auch Polen und Spanien zu einer solchen Konferenz hinzugezogen werden müssen. Das bedeute aber, daß Italien, Deutschland und Spanien einer Front Englands, Frankreichs, Rußlands und Polens gegenüberstehen würden, was sicherlich eine ungünstige Lage sei.

G r a f C i a n o erwiderte, der Duce sei der Ansicht, daß derjenige auf einer Konferenz gewinne, der bereit sei, die Konferenz gegebenenfalls auch scheitern zu lassen und evtl.kriegerische Folgen mit in Kauf zu nehmen. Im übrigen habe der Duce den Bedenken des Führers Rechnung getragen und seinen Vorschlag abgemildert. Er sehe in einer Friedensgeste Italiens und Deutschlands, wie sie in diesem Vorschlag enthalten sei, den Vorteil, daß den Westmächten, die innerlich durchaus nicht zu einem Kriege bereit seien, ihn aber nach der Überzeugung des Duce, die sich auf sehr zuverlässige Nachrichten aus den Demokratien stütze, im jetzigen Augenblick

sicherlich beginnen würden, wenn sie gewissermaßen von der Achse an die Wand gedrängt wären und keinen anderen Ausweg sähen. Die vorgeschlagene Geste Deutschlands und Italiens stelle für die West-

mächte

-- Seite 14 —

mächte einen ehrenvollen Ausgang dar, den sie auch sicherlich benützen würden; denn es gebe weite Kreise, die vor einem Kriege warnten und deren Rücken natürlich durch eine Friedensgeste erheblich gestärkt würde. Das bedeute aber, daß Polen, von dem sich die Westmächte dann zweifellos distanzieren würden, nach einiger Zeit isoliert wäre und sich zu vernünftigen Lösungen der bestehenden Schwierigkeiten bereitfinden müßte.

Der Führer erwiderte, daß für die Lösung des polnischen Problems keine Zeit zu verlieren sei. Je weiter man in den Herbst hineinkomme, desto schwieriger würden militärische Operationen im Osten Europas werden. Ab Mitte September sei infolge der Wetterverhältnisse die Luftwaffe in diesen Gebieten kaum noch einzusetzen, während die motorisierten Kräfte durch den Zustand der Straßen, die sich infolge der im Herbst einsetzenden Regen schnell in einen Morast verwandelten, ebenfalls unverwendbar würden. Von September bis Mai sei Polen ein großer Sumpf und für irgendwelche militärischen Handlungen völlig ungeeignet. So könnte Polen im Oktober Danzig einfach besetzen — und das hätte es wohl auch vor —, ohne daß Deutschland irgendetwas dagegen tun könne; denn Danzig beschießen und zerstören käme natürlich nicht in Frage.

Graf Ciano fragte, in welcher Frist nach Meinung des Führers die Danziger Frage geregelt sein müsse. Der Führer erwiderte, daß diese Regelung bis Ende August so oder so erfolgen müsse. Auf die Frage Cianos, wie sich der Führer eine Lösung vorstelle, erwiderte dieser, daß Polen politisch Danzig aufgeben müsse, wobei seine wirtschaftlichen Interessen selbstverständlich gewahrt werden würden, und daß es im übrigen auch durch seine allgemeine Haltung zur Beseitigung der Spannung beitragen müsse. Es sei ihm zweifelhaft, ob Polen dazu bereit sein werde; denn bisher habe es die deutschen

Vorschläge

— Seite 15 —

Vorschläge abgelehnt. Der Führer habe persönlich Beck diese Vorschläge bei seinem Besuch auf dem Obersalzberg gemacht. Sie seien für Polen außerordentlich günstig gewesen. Gegen eine politische

Rückgabe Danzigs an Deutschland unter voller Wahrung der polnischen Wirtschaftsinteressen und die Herstellung einer Verbindung zwischen Ostpreußen und dem Reich habe Deutschland eine Grenzgarantie, einen 25jährigen Freundschaftspakt und eine Beteiligung Polens am Einfluß auf die Slowakei zugesagt. Beck habe seinerzeit den Vorschlag mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, ihn prüfen zu wollen. Die scharfe Ablehnung sei erst als Folge der englischen Intervention erfolgt. Was im übrigen Polen für Ziele hätte, könne man mit aller Deutlichkeit aus der Presse erkennen. Ganz Ostpreußen sollte genommen werden, man wolle bis nach Berlin vorrücken usw.. Es sei für eine Großmacht auf die Dauer unerträglich, einen derartig feindselig eingestellten Nachbarn in einer Entfernung von nur 150km von seiner Hauptstadt zu dulden. Der Führer sei daher entschlossen, die Gelegenheit der nächsten politischen Provokation in Gestalt eines Ultimatums, einer brutalen Mißhandlung Deutscher in Polen, eines Aushungerungsversuchs Danzigs, eines Einrückens polnischer Truppen in Danziger Gebiet oder dergl.zu benutzen, um innerhalb 48 Stunden Polen anzugreifen und auf diese Weise das Problem zu lösen. Dies würde eine erhebliche Stärkung der Achse bedeuten, genau so wie eine italienische Liquidierung Jugoslaviens für die Achse einen erheblichen Kräftezuwachs bedeuten dürfte.

Graf Ciano fragte, wann eine derartige Unternehmung gegen Polen zu erwarten sei, da sich Italien natürlich auf alle Eventualitäten vorbereiten müsse. Hierauf erwiderte der Führer, daß unter den obwaltenden Umständen mit einem Vorgehen gegen Polen in jedem Augenblick gerechnet werden müsse.

Während

— Seite 16 —

Während dieses Meinungsaustausches wurde dem Führer ein Telegramm aus Moskau und ein Telegramm aus Tokio überreicht. Die Besprechung wurde auf kurze Zeit unterbrochen und Graf Ciano sodann der Inhalt des Moskauer Telegramms mitgeteilt. Die Russen seien mit der Entsendung eines deutschen politischen Unterhändlers nach Moskau einverstanden. Der Reichsaußenminister fügte hinzu, daß die Russen über die Absichten Deutschlands gegen Polen absolut unterrichtet seien. Er selbst habe im Auftrage des Führers den russischen Geschäftsträger informiert.

Der Führer bemerkte hierzu, daß Rußland seiner Ansicht nach nicht bereit sein werde, für die Westmächte die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Stalins Stellung sei durch eine siegreiche russische Armee ebenso gefährdet wie durch ein geschlagenes russisches Heer. Rußland habe höchstens das Interesse, seinen Zugang

zur Ostsee etwas zu erweitern. Deutschland habe nichts dagegen einzuwenden. Im übrigen würde wohl Rußland nie für Polen, das es von ganzem Herzen hasse, eintreten. Die Entsendung der englisch-französischen Militärmission nach . Moskau habe nur den einen Zwecke, den katastrophalen Stand der politischen Verhandlungen zu verschleiern.

Nach einer weiteren Unterhaltung über den Communiqué-vorschlag des Grafen Ciano erklärte der Führer, er wolle sich diesen Vorschlag sowie die Ausführungen des Grafen Ciano zur allgemeinen Lage einen Tag lang überlegen und schlage daher vor, daß die Verhandlungen am nächsten Tage wieder aufgenommen würden.

Salzburg, den 12.August 1939.

Schmidt

DOCUMENT 1874-PS

RECORD OF CONFERENCE BETWEEN GÖRING, MUSSOLINI, AND CIANO, 15 APRIL 1939: HITLER'S CONGRATULATIONS ON ITALY'S INVASION OF ALBANIA; POLITICAL SITUATION OF YUGOSLAVIA; STRENGTHENING OF THE AXIS POWERS THROUGH CZECHO-SLOVAKIA'S PRODUCTIVE CAPACITY; MILITARY SITUATION OF GERMANY AND THE WESTERN POWERS (EXHIBIT USA-125)

BESCHREIBUNG:
begl. Phot

Aufzeichnung

.—.—.—.—.—.—.—.—.

über
die Unterredung
zwischen
Generalfeldmarschall GÖRING und dem DUCE
in Anwesenheit von Graf CIANO.

.—.—.—.—.—. *15. 4. 1939*

Der Generalfeldmarschall erklärte, vom Führer telephonisch beauftragt zu sein, dem Duce die herzlichsten Glückwünsche zur

Regelung der albanischen Angelegenheit im Namen des Deutschen Reiches zu überbringen. Man habe sich in Deutschland über die rasche und entschlossene Aktion des Duce in Albanien ausserordentlich gefreut, und erkenne den Machtzuwachs, der dadurch der Achse entstehe, mit grosser Befriedigung an. Strategisch sei nach deutscher Ansicht die erfolgreiche Durchführung dieser Angelegenheit für Italien ebenfalls als ein ausserordentlich grosser Gewinn zu bezeichnen.

Generalfeldmarschall Göring kam anschliessend auf Jugoslawien zu sprechen und erwähnte, dass 8 Tage nach der Tschechen-Aktion ein wirtschaftlicher Vertrauensmann in Südosteuropa ihn (den Generalfeldmarschall) von dem Wunsche einiger Kroaten-Vertreter, die mit Dr.Macek zusammengingen, Mitteilung machte, vom Generalfeldmarschall empfangen zu werden. Er (Göring) habe antworten lassen, dass dieser Empfang nicht stattfinden könne, und dass, wenn die Betreffenden glaubten, politische Fragen mit einer ausländischen Regierung besprechen zu müssen, nicht aber mit ihrer eigenen, sie sich dann nach Rom und nicht nach Berlin wenden müssten. Man stehe deutscherseits absolut auf dem Standpunkt, dass Jugoslawien hundertprozentig zu dem Interessensgebiet Italiens gehöre. Deutschland

habe nur seine normalen wirtschaftlichen Interessen dort wahrzunehmen. Im übrigen kenne er (Generalfeldmarschall Göring) die jugoslawischen Verhältnisse sehr genau. Er sei mit Stojadinovitsch befreundet und kenne den Prinzregenten Paul sehr gut. Er wisse, dass man in Jugoslawien auf Grund der jüngsten Ereignisse grosse Sorge und eine vielleicht verständliche Angst habe. Jeder jugoslawische Staatsmann, der die Dinge klar sähe, müsse sich sagen, dass eine Garantie der Westmächte völlig illusorisch sei, andererseits habe Jugoslawien in Ungarn und Bulgarien zwei Nachbarn, die trotz aller Beteuerungen des Gegenteils, im Grunde genommen, doch Gebietsteile von ihm beanspruchten. Unter diesen Umständen sei es klar, dass Jugoslawien nur leben könne, wenn es sich an die beiden anderen grossen Nachbarn, Italien und Deutschland, eng anschlösse, denn nur so könne es seinen Bestand gegenüber etwaigen Wünschen anderer Nachbarländer sichern.

Im Innern sei die Lage Jugoslawiens ziemlich heikel. Die Kroaten und die Serben hielten sich ungefähr die Waage. Die Kroaten könnten z.B. durch Obstruktion jede Mobilmachung des Landes stören. Wenn Jugoslawien sich zu sehr nach England und Paris hinwenden sollte, so brauchte man nur die Kroaten etwas zu

ermutigen, und die Jugoslawen seien völlig aktionsunfähig. Diese Lage hatte Stojadinovitch begriffen und hatte sich daher auf eine enge Zusammenarbeit mit der Achse eingerichtet. Die Achse habe an und für sich ein Interesse an der ruhigen Entwicklung der Dinge in Jugoslawien. Wenn jedoch Jugoslawiens Haltung aussenpolitisch unsicher wäre und von den Achsenmächten das mit Misstrauen angesehen werden müsste, fiele dieses Interesse weg.

Man müsse den Jugoslawen klar machen, dass im Falle eines Krieges gegen die Westmächte die Achsenländer von Jugoslawien eine wohlwollende Neutralität erwarteten, die

— Seite 3 —

es Italien und Deutschland gegebenenfalls gestatteten, aus Jugoslawien die notwendigen Materialien zu beziehen. Stojadinovitsch und der Prinzregent hätten diese Notwendigkeiten eingesehen. Prinz Paul jedoch fiele infolge seiner englischen Bindungen immer wieder um. Wenn er zu einem gewissen Zeitpunkt auch noch so fest von der Notwendigkeit einer achsenfreundlichen Politik überzeugt gewesen sei, so habe ein kürzerer Aufenthalt in England meist genügt, um ihn in dieser Überzeugung wieder wankend zu machen.

Die Abdankung Stojadinovitschs habe im übrigen in Deutschland völlig überrascht. Der Duce warf hier ein, dass es sich fast um einen Staatsstreich, jedenfalls nicht um eine normale parlamentarische Krise gehandelt habe. Der Generalfeldmarschall erklärte den Wunsch Englands als einen der Hauptgründe für das Verschwinden Stojadinovitschs. Prinz Paul habe ihn geopfert, weil er zu mächtig geworden sei. Ausserdem wäre auch der Slowenen-Führer Korotschetz, der Priester sei, abgefallen, und die ganze Angelegenheit wäre in ziemlich hinterhältiger Weise, nachdem noch um 11 Uhr abends die Regierungsmitglieder sich von Stojadinovitsch verabschiedet hatten, als ob nichts geschehen wäre, durchgeführt worden. Eine Stunde später hätten sie dann an Stojadinovitch ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihr Ausscheiden aus der Regierung mitteilten. Stojadinovitch habe jedoch noch immer geglaubt, den Prinzen Paul auf seiner Seite zu haben, musste aber am anderen Tage erfahren, dass dieser anscheinend mit im Komplott war. Jetzt versuche man, Stojadinovitsch in den Achsenländern schlecht zu machen und ihm allerhand Dinge nachzusagen, die wahrscheinlich nicht zutreffen. Er sei jedoch auf jeden Fall ein klarer Kopf gewesen, für Italien und Deutschland ein besserer Partner als sein jetziger, völlig unbedeutender Nachfolger.

Der Generalfeldmarschall kam im weiteren Verlauf des Gesprächs auf Wirtschaftsfragen zu sprechen und überbrachte dem Duce die Zusicherung des Führers, dass Deutschland bei Durchführung grösserer Wirtschaftsaktionen in Südosteuropa nicht allein vorgehen werde, sondern sich jedes Mal vorher mit Italien in Verbindung setzen werde. Der Führer lege Wert darauf, den Duce wissen zu lassen, dass Deutschland die Südosträume nicht allein und ausschliesslich für sich beanspruchen wolle.

Bezüglich der ehemaligen Tschecho-Slowakei erwähnte Generalfeldmarschall Göring die Tatsache, dass auf Grund der dem Duce bereits im Einzelnen mitgeteilten Mengen an vorhandenem Kriegsmaterial selbst die verkleinerte Tschecho-Slowakei zweifellos als das im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl höchst gerüstete Land der Welt angesehen werden musste. Auf eine Frage des Duce nach der Qualität der Luftwaffe erwiderte der Generalfeldmarschall, dass ungefähr 1.500 Maschinen einschliesslich der Schulungsmaschinen vorhanden gewesen seien, dass jedoch weder die Jagdflugzeuge noch die Bomber, die nach einen russischen Vorbild konstruiert sind, das wiederum seinerseits auf dem amerikanischen Martin-Bombenflugzeug beruhte, als moderne Flugwaffe angesprochen werden könnten. Auf jeden Fall zeige jedoch die starke Aufrüstung der Tschecho-Slowakei, wie gefährlich selbst noch nach München dieses Land in einem ernsthaften Konflikt gewesen wäre. Durch Deutschlands Vorgehen habe sich die Lage beider Achsenmächte erleichtert, u.a. auch dadurch, dass die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich durch den Übergang der starken Produktions-Kapazitäten (Rüstungspotentiell) der Tschecho-Slowakei auf Deutschland ergebe. Dies trage zu einer erheblichen Stärkung der Achse gegenüber den Westmächten bei. Ausserdem brauche Deutsch-

land jetzt keine einzige Division mehr in einem grösseren Konflikt zur Sicherung gegenüber diesem Lande bereitzustellen. Auch dies sei ein Vorteil, der letzten Endes beiden Achsenmächten zugute käme.

Auch Polen gegenüber sei das Vorgehen Deutschlands in der Tschecho-Slowakei als ein Vorteil für die Achse anzusehen, falls sich Polen endgültig den achsenfeindlichen Mächten anschliessen sollte. Deutschland könne dieses Land dann von 2 Flanken her angreifen und befinde sich in nur 25 Minuten Flugentfernung von dem neuen polnischen Industriezentrum, das gerade mit Rücksicht

auf die Nähe der Grenze zu den übrigen polnischen Industriebezirken weiter ins Innere des Landes verlegt worden war, nunmehr aber durch die Ereignisse doch wieder in die Nähe einer Grenze zu liegen käme.

Feldmarschall Göring wies anschliessend darauf hin, dass sich im Einzelnen die tschecho-slowakische Aktion in kürzester Frist und überstürzt entwickelt habe. Er sei zunächst in San Remo gewesen und hätte vom Führer dauernd Nachrichten erhalten, aus denen sich ergab, dass sich die Lage von Tag zu Tag in unvorhergesehener Weise veränderte. Die endgültige Entscheidung sei erst unter dramatischen Umständen in Berlin in der Nacht gefallen, als Hacha nach Berlin kam. Zur völligen Überraschung des Deutschen Reichskanzlers habe Hacha nicht nur den Vorschlag gemacht, nach Berlin zu kommen, sondern während der Verhandlungen die Wendung gebraucht, „dass das tschechische Volk vertrauensvoll sein Schicksal in die Hände des Führers lege." Im übrigen hätte Hacha, der herzleidend sei, während der Besprechungen auch noch einen Herzanfall bekommen, sodass man einen Arzt holen und ihm Einspritzungen machen musste. Erst um 5 Uhr früh sei die Angelegenheit endgültig geregelt gewesen. Das Einzige, was tatsächlich am Tag vorher feststand und am Nachmittag vor dem Hacha-Besuch durchge-

führt wurde, war die Besetzung der Gegend um Mährisch-Ostrau und Wittkowitz, die Deutschland deshalb so schnell vornahm, weil Nachrichten aus Polen vorlagen, nach denen die Polnische Regierung die Absicht hatte, das Gebiet sofort zu besetzen, sobald irgendwelche Unruhen in der Tschecho-Slowakei entstehen sollten. Auf jeden Fall sei die ganze tschechische Angelegenheit mit ständigen Überraschungen und überstürzten Entwicklungen verbunden gewesen. Man wusste z.B. auch in Deutschland nicht genau, was die Slowaken letzten Endes wollten. So habe Durchansky an einem Tage ein telegraphisches Hilfeersuchen an Deutschland geschickt. Unmittelbar darauf habe die übrige Slowakische Regierung ihm die Berechtigung zur Absendung eines solchen Telegramms abgesprochen. Für Deutschland sei nur das Eine klar gewesen, dass es nicht untätig zusehen könne, falls die Slowaken sich selbständig erklären sollten.

Weiterhin kam der Generalfeldmarschall auf den Zeitpunkt zu sprechen, zu dem Deutschland für eine grössere Auseinandersetzung am besten vorbereitet sein würde. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Deutschland im Augenblick zur See verhältnismässig schwach wäre, da die beiden neuen Schlachtschiffe, die unlängst von Stapel gelaufen wären, erst im nächsten Jahre in

den Dienst gestellt werden könnten, und zwei weitere Schlachtschiffe erst im nächsten Jahr von Stapel laufen würden. Auch bei der Luftwaffe sei man in einer Umgruppierung begriffen und stelle sich auf einen neuen Bombertyp „JU 88“ um, dessen Fabrikation erst noch anlaufen müsse. Dieser neue deutsche Bomber habe eine so grosse Reichweite, dass man damit nicht nur England selbst angreifen könne, sondern auch darüber hinaus in westlicher Richtung vorstossen würde, um die Schiffe, die vom Atlantischen Ozean nach England kämen, zu bombardieren. Selbstverständlich wäre Deutschland einsatzbereit,

— Seite 7 —

wenn plötzlich irgendein Konflikt auftauchte. Wenn man sich überlegte, zu welchem Zeitpunkt der Rüstungsstand am günstigsten sei, dürfe man die beiden obenerwähnten Tatsachen der noch ungenügenden Rüstung zur See und der Umstellung der Luftwaffe auf den neuen Bombertyp nicht ausser acht lassen. Im übrigen sei im Herbst bereits mit einer Monatsproduktion von 280 Maschinen der „JU 88“ und Ende d.J. mit einer solchen von 350 Maschinen zu rechnen. Auf Grund dieser Überlegungen komme er zu dem Schluss, dass in 9Monaten oder einem Jahre die Situation für die Achse, militärisch gesehen, günstiger würde. Andererseits sei die Aufrüstung in England und Frankreich noch nicht sehr weit vorgeschritten. Vielfach würden erst Fabriken zur Kriegsmaterialerzeugung errichtet. Vor 1942 dürfte jedenfalls England keine nennenswerten Resultate seiner jetzt beginnenden verstärkten Luftaufrüstung aufzuweisen haben.

Der Führer halte es im übrigen für fast ausgeschlossen, dass England und Frankreich nicht zusammenständen. In jedem Konflikt würden nach deutscher Ansicht beide Länder sich gegenseitig bis zum äussersten unterstützen. Nur,wenn England eine 180gradige Schwenkung seiner Politik vornehmen sollte, und ihm die Kosten und Risiken seiner jetzigen politischen Linie zu hoch werden sollten, würde es sich vielleicht dazu bequemen, seine Bemühungen auf die Erhaltung des Weltreichs zu beschränken und den autoritären Ländern freie Hand für die Sicherstellung ihrer Lebensnotwendigkeiten zu geben. Im Augenblick habe England eine schwache Regierung, die dem Drängen der Linkskreise nachgegeben habe. So sei England von seiner alten Linie abgewichen, dass es Beistand nur auf Grund eigener Beurteilung der jeweiligen Lage von Fall zu Fall leiste,und habe sich in völliger Abkehr von seiner traditionellen Politik nunmehr im voraus

— Seite 8 —

verpflichtet, Beistand zu leisten, und zwar unter Bedingungen, die von dem anderen Partner bestimmt werden können. Eine andere

Frage sei natürlich, wie England de facto seine Garantie-Verpflichtung durchführen könne. Wie wolle es z.B. Polen oder Rumänien helfen? Es habe nicht die Möglichkeit, Truppen zu schicken, und könne eigentlich nur durch Entfachung eines allgemeinen Krieges seine Verpflichtungen erfüllen.

Alles in allem sei jedoch zu betonen,dass die Situation der Achse sehr stark sei, und dass sie bei einem allgemeinen Konflikt die möglichen Gegner schlagen könnte.

Der Duce wies auf die schwere innere Krise in Jugolsawien auf Grund des Konflikts zwischen Kroaten und Serben hin. Das Interesse der Achse an einem einigen Jugoslawien bestehe nur, wenn dieses Land mit der Achse gehe. Wenn die jetzige innere Krise bereinigt wäre, müsse man auf Seiten der Achsenmächte sehr aufpassen. Wenn sich die Kroaten und die Serben verständigten, müsste man aufpassen, in welcher Richtung sich dann die Aussenpolitik des Landes wende. Der Duce fragte dann den Generalfeldmarschall nach seiner Ansicht über die Weiterentwicklung der inneren Krise und die Frage, ob bei einem allgemeinen Konflikt Jugoslawien mit oder gegen die Achse sein würde, oder ob es neutral bliebe.

Der Generalfeldmarschall erwiderte, dass er an eine wohlwollende Neutralität Jugoslawiens glaube. Seiner Ansicht nach solle man jedoch nicht auf die Beilegung der inneren Krise warten, sondern bereits vorher Jugoslawien an die Achse binden. Im übrigen glaube er nicht, dass Einigung zwischen Serben und Kroaten sehr leicht sein werde. Die sehr weitgehenden Forderungen der Kroaten nach einer fast vollständigen Autonomie, wobei der Zusammenhalt mit

den Altserben nur durch die Personalunion des Herrscherhauses die gemeinsame Aussenpolitik und den gemeinsamen Oberbefehl des Heeres (bei verschiedenen serbischen und kroatischen Heeresgruppen!) gewährleistet würde.

Die Lage habe sich für die Jugoslawen sehr zu deren Ungunsten geändert. Die Achse könne einen Druck auf Jugoslawien auch noch durch Ungarn ausüben. Im übrigen habe Jugoslawien an Deutschland ein Kreditersuchen über 200 Millionen gerichtet, ohne direkt und offiziell eine Verbindung mit politischen Bedingungen auszusprechen, er habe jedoch inoffiziell durchblicken lassen, dass eine derartig grosse Summe erst zur Verfügung gestellt werden könne, wenn die aussenpolitische Haltung des Landes geklärt wäre. Es

müsse den Jugoslawen diese Lage klar und deutlich auseinandergesetzt werden. Er (der Generalfeldmarschall) wolle dem Prinzen Paul gegenüber, den er persönlich gut kenne, ganz offen und rückhaltlos sprechen. Jugoslawien müsse sich der Achse anschliessen. Graf Ciano fragte nach einem evtl.Beitritt Jugoslawiens zum Antikominternpakt. Der Generalfeldmarschall erwiderte, dass der jetzige Aussenminister ausweichend auf die Frage geantwortet habe, ebenso wie Prinz Paul. Meistens weisen die Jugoslawen darauf hin, sie seien derartig als Antibolschewisten bekannt, dass es für sie nicht nötig wäre, nun noch extra dem Antikominternpakt beizutreten. Der Duce betonte auch seinerseits die Notwendigkeit, klar und deutlich die Lage den Jugoslawen darzustellen. Es würde sich bei dem Besuch der jugoslawischen Minister in Venedig auch für Italien eine Gelegenheit dazu bieten.

Wegen der vorgerückten Zeit wurde die Erörterung der weiteren Fragen sodann auf Sonntag, den 16.April, 5 Uhr nachmittags,vertagt.

.—.—.—.—.—.—.—.—.—. 16. IV. 39.

DOCUMENT 1877-PS

NOTES ON THE CONFERENCE BETWEEN VON RIBBENTROP AND THE JAPANESE FOREIGN MINISTER MATSUOKA, 29 MARCH 1941. POSSIBILITY OF CONFLICT BETWEEN GERMANY AND RUSSIA; POSITION OF FINLAND; THE DARDANELLES QUESTION; JAPAN'S PLANS IN RESPECT TO SINGAPORE; JAPANESE-RUSSIAN RELATIONS; AND OTHER MATTERS (EXHIBIT USA-152)

BESCHREIBUNG:
Phot

Aufz. RAM 19/41

Aufzeichnung

über die Unterredung zwischen dem RAM und dem japanischen Außenminister M a t s u o k a in Berlin am 29. März 1941.

Der RAM knüpfte an das vorhergegangene Gespräch mit Matsuoka über dessen bevorstehende Besprechungen in Moskau mit den Russen an. Er sprach die Ansicht aus, daß es angesichts

der Gesamtlage wohl das Beste sein dürfte, die Dinge mit den Russen nicht zu sehr zu vertiefen. Er wisse nicht, wie sich die Situation entwickeln würde. Eins sei jedoch sicher: Wenn Rußland jemals Japan angreifen sollte, würde Deutschland sofort losschlagen. Diese feste Zusicherung könne er Matsuoka gegenüber abgeben, sodaß Japan ohne Furcht vor etwaigen Komplikationen mit Rußland nach Süden auf Singapore vorstoßen könnte. Der größte Teil der deutschen Armee befinde sich sowieso an der Ostgrenze des Reiches und sei zum jederzeitigen Losschlagen bereit. Er (der RAM) glaube jedoch, daß Rußland keine kriegerischen Verwicklungen heraufbeschwören würde. Sollte aber Deutschland mit Rußland in einen Konflikt

— Seite 2 —

geraten, so würde die Sowjetunion innerhalb von wenigen Monaten erledigt werden. In diesem Falle hätte Japan natürlich erst recht nichts zu befürchten, wenn es nach Singapore vorstoßen wolle. Es brauche sich also in keinem Fall von dieser Unternehmung durch etwaige Befürchtungen Rußland gegenüber abhalten zu lassen.

Wie die Dinge sich mit Rußland entwickeln würden, könne man natürlich nicht wissen. Ob Stalin seine gegenwärtige Politik der Unfreundlichkeit gegenüber Deutschland vertiefen würde oder nicht, sei ungewiß. Er (der RAM) wolle auf jeden Fall Matsuoka darauf hinweisen, daß ein Konflikt mit Rußland immerhin im Bereich der Möglichkeit liege. Matsuoka könne jedenfalls bei seiner Rückkehr dem japanischen Kaiser nicht berichten, daß ein Konflikt zwischen Deutschland und Rußland ausgeschlossen sei. Die Dinge lägen im Gegenteil so, daß ein solcher Konflikt, wenn er auch nicht wahrscheinlich wäre, doch als möglich bezeichnet werden müsse.

Bezüglich des russischen Beitritts zum Dreimächtepakt, wie er Molotow von Deutschland angeboten worden

— Seite 3 —

war, bemerkte der RAM, daß es sich dabei nicht um eine direkte Aufnahme Rußlands in den Pakt selbst gehandelt haben würde, sondern vielmehr um eine andere Kombination. Wie bereits mitgeteilt, hätten jedoch die Russen für ihren Beitritt Bedingungen gestellt, die Deutschland nicht annehmen konnte, sodaß die Dinge jetzt in suspenso wären.

Auf eine Zwischenfrage Matsuokas, ob dies bedeute, daß Deutschland vielleicht nach einiger Zeit erneut versuchen würde, Rußland

an den Dreierpakt anzuschließen, erwiderte der RAM, daß ein derartiger Versuch wahrscheinlich zunächst nicht gemacht werden würde, da die von Rußland vorgebrachten Bedingungen besonders hinsichtlich Finnlands und der Türkei mit der deutschen Anschauung unvereinbar seien.

Auf eine Frage Matsuokas nach näheren Einzelheiten über die russischen Bedingungen erwiderte der RAM, daß der deutsche Widerstand gegen die sowjetischen Forderungen bezüglich Finnlands auf wirtschaftlichen, aber auch auf gefühlsmäßigen Erwägungen beruhe. Deutschland habe mit den Finnen im Weltkrieg zusammen gekämpft. — Matsuoka schaltete hier ein, daß die Finnen anscheinend großen Wert

— Seite 4 —

darauf legten, als zur deutschen Seite zugehörig betrachtet zu werden. Der japanische Gesandte in Helsinki, den er im Rahmen des kürzlichen Diplomatenschubs abberufen habe, habe auf seiner Rückreise in Manschuli einem Journalisten erklärt, Finnland schiene sich jetzt auf die Seite Rußlands gestellt zu haben. Darauf habe nach einiger Zeit der finnische Gesandte in Tokio offiziell bei Matsuoka gegen diese Äußerung protestiert und erklärt, daß Finnland sich niemals auf Rußlands Seite stellen würde.

Der RAM wies darauf hin, daß die sozialdemokratischen Regierungen in Finnland stets gegen den Führer eingestellt gewesen seien, sodaß bei dem russisch-finnischen Krieg für Deutschland kein Grund bestand, ihnen zu helfen. Außerdem mußte Deutschland eine absolut neutrale Haltung einnehmen, weil in den Gesprächen mit Molotow und Stalin Finnland als nicht in der deutschen Interessensphäre liegend bezeichnet worden war. Als sich die Finnen jedoch so tapfer gegen die Russen wehrten, entstand in Deutschland eine starke Sympathie für sie, sodaß es jetzt unmöglich sei, Finnland aufzugeben, da eine Besetzung durch Rußland, wie das Beispiel der Baltischen Staaten zeige, zu einer völligen Ver-

— Seite 5 —

nichtung des Landes führen würde.

Die zweite russische Bedingung habe die Garantie an Bulgarien nebst Besetzung des Landes durch russische Truppen betroffen, über die er in den früheren Gesprächen mit ihm (Matsuoka) bereits im einzelnen informiert worden sei.

Die dritte Bedingung habe die Errichtung von Stützpunkten in den Dardanellen zum Gegenstand gehabt. Auch hierüber sei

Matsuoka bereits unterrichtet. Deutschland ziehe es jedenfalls vor, daß die Dardanellen in der Hand der Türken blieben. Es könne im übrigen ein Eindringen der Russen in den Balkan nicht zulassen. Rußland versuche jedoch immer aufs neue, in dieser Richtung vorzustoßen. So entwickle es jetzt im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen in Jugoslawien in diesem Lande eine erhöhte Tätigkeit, zum Teil unter Zuhilfenahme der Sokol-Organisation oder durch direkte kommunistische Beeinflussung.

Jedenfalls seien die Besprechungen mit den Russen über diese Bedingungen nicht wieder aufgenommen worden. Man habe der Sowjetunion nur erklärt, daß Deutschland keine

— Seite 6 —

neuen Konflikte in Finnland oder auf dem Balkan zulassen könne. Seitdem seien alle diese Fragen, wie gesagt, in suspenso, und irgendeine günstige Weiterentwicklung sei nicht zu erwarten.

Vertraulich teilte der RAM im weiteren Verlauf des Gesprächs den japanischen Außenminister seine Ansicht über das wahre russische Interesse mit. Die Sowjetunion wünsche, daß der Krieg so lange wie möglich dauere. Sie wisse, daß sie durch militärische Angriffe selbst nichts erreichen könne. Daher sei dem gerissenen Politiker Stalin die überaus schnelle Niederlage Frankreichs auch nicht sehr gelegen gekommen. Er wünsche einen langen Krieg , der die Völker ermüde und sie für den bolschewistischen Einfluß reif mache. Dies sei das wahre Ziel der russischen Politik, das man niemals aus dem Auge verlieren dürfe.

Matsuoka stimmte diesen Gedankengängen zu und führte als Beispiel die Lage in China an. Tschangkaischek, mit dem er in persönlichen Beziehungen stünde, der ihn kenne und ihm vertraue, habe schwere Befürchtungen wegen

— Seite 7 —

des weiteren Vordringens des Einflusses der Roten Armee in China.

Der RAM erklärte, es sei durchaus möglich, daß die vorher geschilderten Umstände ziemlich schnell zu einem Konflikt zwischen Deutschland und Rußland führten. Sollte Deutschland sich von Gefahr bedroht fühlen, würde es sofort losschlagen und den Bolschewismus erledigen.

Auf eine Anregung Matsuokas, den Antikominternpakt nicht ablaufen zu lassen, sondern ihn zu erneuern, erwiderte der RAM,

daß er dazu noch nicht endgültig Stellung nehmen könne, da sich heute die Lage, wie sie sich bei Ablauf des Pakts im Herbst darstellen würde, noch nicht überblicken lasse. Grundsätzlich sei jedoch Deutschlands Haltung immer im Sinne des Antikominternpaktes.

Als Matsuoka den RAM bat, ihn rechtzeitig vor Ablauf des Antikominternpaktes über die deutsche Stellungnahme zu seiner eventuellen Verlängerung zu informieren, erwiderte der RAM, daß sich die Lage bis Oktober sicherlich so geklärt haben würde, daß eine klare Stellungnahme Deutschlands möglich sei.

— Seite 8 —

Der RAM kam anschließend noch einmal auf die Frage Singapore zu sprechen. Angesichts der von Japan geäußerten Befürchtungen wegen etwaiger Unterseebootsangriffe von den Philippinen her und des Eingreifens der englischen Mittelmeerflotte und der Home Fleet habe er die Lage noch einmal mit General-Admiral Raeder besprochen. Dieser habe ihm erklärt, daß die englische Flotte in diesem Jahr in den englischen Heimatgewässern und im Mittelmeer so vollständig beschäftigt sein würde, daß sie auch nicht ein einziges Schiff nach dem Fernen Osten entsenden könnte. Die amerikanischen Unterseeboote habe General-Admiral Raeder als so schlecht bezeichnet, daß sich Japan um sie überhaupt nicht zu kümmern brauche.

Matsuoka erwiderte sofort, daß die japanische Marine die Bedrohung durch die englische Marine als sehr gering einschätze und auch der Ansicht sei, bei einem Zusammenstoß mit der amerikanischen Marine diese ohne weiteres zerschlagen zu können. Sie befürchte jedoch, daß die Amerikaner sich mit ihrer Flotte nicht zum Kampf stellen würden und daß sich so der Konflikt mit den Vereinigten

— Seite 9 —

Staaten vielleicht auf fünf Jahre erstrecken würde. Darüber sei man in Japan sehr beunruhigt.

Der RAM erwiderte, daß Amerika gegen Japan bei einer Einnahme von Singapore überhaupt nichts machen könne. Schon deshalb würde sich Roosevelt vielleicht einen Entschluß zum aktiven Vorgehen gegen Japan mehr[1]) als einmal überlegen. Denn während er einerseits nichts gegen Japan ausrichten könne, bestehe andererseits die Wahrscheinlichkeit, daß die Philippinen an Japan verloren gingen, was selbstverständlich ein starker Prestigeverlust für den

[1]) (Wort fraglich)

amerikanischen Präsidenten sein würde, dem er wegen der ungenügenden amerikanischen Aufrüstung nichts entgegenzusetzen haben würde.

Matsuoka wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß er alles täte, um die Engländer wegen Singapore zu beruhigen. Er täte so, als wenn Japan gegen diesen Schlüsselpunkt Englandsim Osten überhaupt nichts vorhabe. Es könnte daher s ein, daß er in seinen Worten und Taten den Engländern gegenüber eine freundliche Haltung einnehme. Dadurch solle sich jedoch Deutschland nicht irreführen lassen. Diese Haltung nehme er nicht nur

— Seite 10 —

zur Beruhigung der Engländer ein, sondern auch um die probritischen und proamerikanischen Elemente in Japan so lange hinters Licht zu führen, bis er eines Tages plötzlich gegen Singapore losschlagen würde.

Der RAM erklärte hierzu, daß seiner Ansicht nach die Kriegserklärung Japans an England in Form eines Angriffs auf Singapore erfolgen solle.

Matsuoka bemerkte in diesem Zusammenhang, seine Taktik beruhe auf der sicheren Annahme, daß durch das plötzliche Vorgehen gegen Singapore die gesamte japanische Nation mit einem Schlage geeinigt würde. („Nichts ist so erfolgreich wie der Erfolg", warf hier der RAM ein.) Er folge hier den Worten eines berühmten japanischen Staatsmannes an die japanische Marine bei Ausbruch des russisch-japanischen Krieges:„Ihr eröffnet das Feuer, dann ist die Nation einig". Die Japaner müßten aufgerüttelt werden, damit sie erwachten. Schließlich glaube er als Orientale auch an das Schicksal, das doch komme, ob man es wolle oder nicht.

Im weiteren Verlauf wandte sich das Gespräch der Frage der Gummitransporte zu. Der RAM bat Matsuoka, die Möglich-

— Seite 11 —

keit eines Transports durch ein oder zwei japanische Hilfskreuzer nach Lissabon oder nach Frankreich zu prüfen.

Matsuoka erwiderte, daß er sofort nach dem von Botschafter Ott in der Gummifrage unternommenen Schritt dafür eingetreten sei, daß Japan aus seinen eigenen Gummibeständen an Deutschland gewisse Mengen abgebe und die so entstandenen Lücken an Gummi aus Indochina später wieder auffülle.

Der RAM wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Verkehr über die sibirische Bahn nicht genüge und daß im übrigen durch deutsche Vermittlung 18 000 Tonnen französischen Gummis aus Indochina an Japan geliefert werden würden. Er fragte hierbei nach der Größe der für die Gummitransporte eventuell zu verwendenden Hilfskreuzer. Matsuoka, der sich nicht für genau informiert erklärte, schätzte diese Größe auf 10 000 Tonnen.

Weiterhin brachte der RAM unter Hinweis auf die Besprechung mit Reichsminister Funk das Gespräch auf die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen Japan und Deutschland. Er führte dabei aus, daß der Handel zwischen

— Seite 12 —

den großen Wirtschaftsräumen der Zukunft, d.h.Europa, Afrika einerseits und dem Fernen Osten andererseits, auf verhältnismäßig freier Grundlage entwickelt werden müsse, während die amerikanische Hemisphäre, jedenfalls was die Vereinigten Staaten anbeträfe, mehr unter sich bleiben würde, da sie alles, was sie brauchten, im eigenen Gebiet hätten und daher für einen Austausch mit anderen Wirtschaftsräumen nicht in Frage kämen. In Südamerika jedoch lägen die Dinge anders. Hier böten sich tatsächlich Austauschmöglichkeiten mit anderen Wirtschaftsräumen.

Matsuoka erwiderte, daß Japan für seinen eigenen Wiederaufbau und die Entwicklung Chinas die Zusammenarbeit mit Deutschland benötige. Er habe bereits vor einiger Zeit an die japanischen Missionen in China die schriftliche Weisung gegeben, den deutschen und italienischen Wirtschaftsinteressen Vorzugsbehandlung zu gewähren, ähnlich wie dies bereits in Manchoukuo und Nordchina durchgeführt worden sei. Japan sei außerstande, die riesigen Gebiete in China ohne die Mithilfe deutscher Technik und deutschen Unternehmungsgeistes zu entwickeln. Nach außen hin würde es selbstverständlich

— Seite 13 —

die Politik der offenen Tür erklären, tatsächlich aber Deutschland und Italien Vorzugsbehandlung einräumen.

Im übrigen müsse er offen zugeben, daß japanische Geschäftskreise vor ihren deutschen Konkurrenten, die sie als sehr tüchtig ansehen, Angst hätten, während sie über die britische und amerikanische Konkurrenz nur lächelten. Die deutschen Geschäftskreise hätten wohl den Japanern gegenüber eine ähnliche Einstellung, und daher kämen die Klagen von beiden Seiten. Er sei jedoch der Ansicht, daß die beiderseitigen Interessen miteinander in Einklang

gebracht werden könnten, und sage der japanischen Wirtschaft, sie solle nicht vor der deutschen Konkurrenz Angst haben, sondern versuchen, sich durch gleiche Tüchtigkeit mit dem Problem auseinanderzusetzen. Die japanische Regierung würde jedenfalls alles tun, um die beiderseitigen Interessen auszugleichen.

Anschließend kam der RAM auf die eventuell in Aussicht genommene Reise Matsuokas nach Vichy zu sprechen. Er erklärte dazu, daß er es selbstverständlich Matsuoka völlig überlasse, zu entscheiden, ob er nach Vichy reisen wolle oder nicht. Wenn er diese Reise für opportun

— Seite 14 —

halte, würde die deutsche Regierung nichts dagegen haben. Sie wolle ihm keinesfalls im Weg stehen, wenn er mit den Franzosen über Indochina sprechen wolle.

Matsuoka erwiderte, daß ihn vor allen Dingen die Hochachtung, die er dem alten Marschall Pétain entgegenbringe, auf den Gedanken gebracht habe, nach Vichy zu reisen. Auch der Kaiser, der als Kronprinz einmal bei Pétain zu Gast gewesen war, gehöre zu den Bewundern des Marschalls. Außerdem habe er (Matsuoka) gern nach Paris fahren wollen, und in diesem Fall wäre ja wohl ein Besuch in Vichy unumgänglich. Angesichts der außerordentlichen Spannung zwischen Italien und Frankreich zögere er jedoch sehr, diesen Besuch zu unternehmen, und wolle auf jeden Fall zunächst den Duce und den Grafen Ciano fragen. Er sei sich klar darüber, daß Deutschland in seiner Machtstellung nichts gegen einen derartigen Besuch haben würde, wisse aber nicht, ob er nicht dadurch die italienischen Gefühle verletzen würde.

Anschließend kam Matsuoka dann erneut auf die japanisch-russischen Beziehungen zu sprechen. Er wies darauf hin, daß er den Russen einen Nichtangriffspakt vorgeschlagen habe, den Molotow mit dem Vorschlag eines Neutrali-

— Seite 15 —

tätsabkommens erwidert hätte. Bei seinem Aufenthalt in Moskau würde er daher als derjenige, der den ursprünglichen Nichtangriffsvorschlag gemacht habe, irgendwie zu diesen Dingen Stellung nehmen müssen. Bei dieser Gelegenheit wolle er auch versuchen, die Russen zu einem Verzicht auf die nördliche Hälfte der Halbinsel Sachalin zu veranlassen. Es gäbe dort wichtige Ölvorkommen, deren Ausbeutung die Russen in jeder denkbaren Weise Schwierigkeiten bereiteten. Insgesamt bezifferte Matsuoka die aus diesen Ölvorkommen

maximal zu erschließende Menge auf 2 Millionen Tonnen. Er würde den Russen anbieten, Nordsachalin käuflich er erwerben.

Auf eine Frage des RAM, ob die Russen b ereit sein würden, diese Gebiete zu verkaufen, erwiderte Matsuoka, daß dies äußerst zweifelhaft sei. Molotow habe den japanischen Botschafter auf eine entsprechende Andeutung gefragt, ob „dies ein Witz sein solle". Japan sei jedenfalls bereit, als Gegenleistung die Verträge von Portsmouth und von Peking durch andere Abmachungen zu ersetzen und auch seine Fischereirechte aufzugeben. Auf jeden Fall müsse er diese Dinge und vor allem auch die Frage des Nichtangriffspakts bei seinem Aufenthalt in Moskau anschneiden. Er frage den

— Seite 16 —

RAM, ob er die Fragen sehr vertiefen oder nur leichthin an der Oberfläche behandeln solle.

Der RAM erwiderte, daß seiner Ansicht nach lediglich eine rein formelle, nicht in die Tiefe gehende Behandlung dieser Punkte angebracht sei. Die von Matsuoka erwähnte Frage bezüglich Sachalins würde sich auch später noch regeln lassen. Sollten die Russen eine törichte Politik verfolgen und Deutschland zum Zuschlagen zwingen, so würde er es bei der Stimmung in der japanischen China-Armee für richtig halten, wenn diese Armee daran verhindert würde, auch ihrerseits gegen Rußland vorzugehen. Japan hülfe der gemeinsamen Sache am besten, wenn es sich durch nichts von dem Unternehmen gegen Singapore ablenken ließe. Bei einem g emeinsamen Sieg würde die Erfüllung der vorgenannten Wünsche Japan sowieso gewissermaßen als r eife Frucht in den Schoß fallen.

Matsuoka kam anschließend auf die deutsche Hilfeleistung bei dem Schlag gegen Singapore zu sprechen, auf die er vielfach angesprochen würde, und erwähnte dabei den Vorschlag eines schriftlichen deutschen Hilfsversprechens.

— Seite 17 —

Der RAM erwiderte , daß er diese Dinge mit Botschafter Oshima bereits erörtert habe. Er habe ihn gebeten, Karten von Singapore zu besorgen, sodaß der Führer, der wohl als der größte Sachverständige der Jetztzeit in militärischen Fragen betrachtet werden müsse, Japan über die beste Methode des Angriffs auf Singapore beraten könnte. Auch deutsche Luftsachverständige würden zur Verfügung stehen und den Japanern über die Einsetzung von Sturzkampfflugzeugen gegen die englische Flotte in Singapore von in der Nähe gelegenen Luftstützpunkten auf Grund der in Europa gemachten

Erfahrungen berichten können. Die englische Flotte würde dann g ewzungen sein, sofort aus Singapore zu verschwinden.

Matsuoka warf hier ein, daß es Japan weniger um die englische Flotte als um die Inbesitznahme der Festungen gehe.

Der RAM erwiderte, daß auch hier der Führer bei den deutschen Angriffen auf stark befestigte Stellungen, wie die Maginotlinie und das Fort Eben Emael, neue Methoden entwickelt habe, die er den Japanern zur Verfügung stellen könne.

— Seite 18 —

Matsuoka erwiderte in diesem Zusammenhang, daß einige jüngere sachverständige Seeoffiziere, mit denen er gut befreundet sei, der Ansicht wären, daß die japanischen Streitkräfte drei Monate brauchen würden, bis sie Singapore einnehmen könnten. Als vorsichtiger Außenminister habe er diese Zeit verdoppelt. Er glaube, sechs Monate lang jede von Amerika drohende Gefahr abwenden zu können. Wenn allerdings die Einnahme Singapores noch länger in Anspruch nähme und sich die Operationen vielleicht sogar ein Jahr hinzögen, würde sich mit Amerika eine äußerst kritische Situation entwickeln, von der er noch nicht wisse, wie er ihr begegnen solle.

Wenn es sich nur irgendwie umgehen ließe, würde er Niederländisch-Indien nicht anrühren, da er fürchte, daß bei einem japanischen Vorgehen gegen diese Gebiete die Ölfelder angezündet werden würden. Sie könnten dann erst in 1-2 Jahren wieder in Ordnung gebracht werden.

Der RAM bemerkte dazu, d aß Japan mit der Einnahme Singapores gleichzeitig auch die Kontrolle über Niederländisch-Indien gewönne.

Matsuoka erwähnte dann noch, daß aus japanischen

— Seite 19 —

Offizierskreisen der Wunsch nach Flugstützpunkten in Französisch. Indochina und Thailand laut geworden wäre. Er habe dies jedoch abgelehnt, da er keinesfalls irgend etwas unternehmen wolle, was die japanische Absicht auf Singapore irgendwie verraten könne.

Abschließend kam der RAM noch einmal auf die Frage der Hilfe Deutschlands an Japan zu sprechen. Es würde vielleicht auch hier etwas geschehen können. Japan müsse sich aber bewußt sein, daß in diesem Krieg die schwerste Last auf Deutschlands Schultern ruhe. Das Reich kämpfe gegen die britische Insel und binde die englische

Mittelmeerflotte. Japan dagegen kämpfe nur an der Peripherie. Außerdem liege auch Rußlands Hauptgewicht auf europäischer Seite. Diesen Tatbestand würde die ritterliche japanische Nation sicherlich anerkennen.

Matsuoka stimmte abschließend diesem Gedankengang zu und versicherte, daß Japan stets ein loyaler Verbündeter sein würde, der sich voll und ganz und nicht nur lauwarm für die gemeinsame Sache einsetzen würde.

Berlin, den 31.März 1941.

DOCUMENT 1881-PS

SCHMIDT'S NOTES ON CONFERENCE BETWEEN HITLER, THE JAPANESE FOREIGN MINISTER MATSUOKA, VON RIBBENTROP, AND MEISSNER, 4 APRIL 1941: MATSUOKA REPORTS ON CONVERSATIONS WITH MUSSOLINI AND THE POPE ON WORLD POLITICS; ASKS FOR GERMAN HELP IN CASE JAPAN SHOULD ATTACK SINGAPORE AND IN CONSEQUENCE AMERICA ENTER THE WAR; HITLER ASSENTS (EXHIBIT USA-33)

BESCHREIBUNG:
begl Phot

Aufz. Füh 20 /41.

Aufzeichnung

über die Unterredung zwischen dem Führer und dem Japanischen Außenminister M a t s u o k a in Anwesenheit des Reichsaußenministers und des Staatsministers Meißner in Berlin am 4.April 1941.

Matsuoka dankte zunächst dem Führer für die ihm in seinem Namen überreichten Geschenke, die er stets als einen dauernden Schatz und als ein stetes Andenken an seinen Berliner Aufenthalt in Ehren halten werde. Gleichzeitig dankte er für die freundliche Aufnahme,die er in Deutschland seitens des Führers, des RAM und des gesamten deutschen Volkes gefunden habe. Solange er lebe,

würde er die ihm hier von allen Seiten gezeigte Sympathie nie wieder vergessen. Bei seiner Rückkehr nach Japan würde er sich mit allen seinen Kräften darum bemühen, das japanische Volk davon zu überzeugen, mit welcher ehrlichen Freundschaft und Achtung es vom deutschen Volk behandelt werde.

Anschließend berichtete Matsuoka über seine Gespräche mit dem Duce und dem Papst.

Mit dem Duce habe er allgemein über die europäi-

— Seite 2 —

sche und die Kriegslage sowie über das Verhältnis Italien zu Deutschland und die zukünftige Weltentwicklung gesprochen. Der Duce habe ihm (Matsuoka) seine alllgemeinen Ansichten über die Kriegslage in Griechenland, Jugoslawien, Nordafrika und den Anteil, den Italien selbst an diesen Ereignissen hätte, auseinandergesetzt. Schließlich habe der italienische Regierungschef noch von Sowjet-Rußland und Amerika gesprochen. Man müsse sich über die Bedeutung seiner Gegner klar sein. Der Feind Nr.1 sei Amerika, und erst in zweiter Stelle komme Sowjetrußland. Durch diese Bemerkungen habe der Duce zu verstehen gegeben, daß man Amerika als den Feind Nr.1 sehr sorgfältig beobachten, aber nicht reizen solle. Andererseits müsse man sich entschlossen auf alle Eventualitäten vorbereiten. Diesen Gedankengängen habe er (Matsuoka) zugestimmt.

Über Sowjetrußland habe der Duce nur kurz und in demselben Sinne wie der Führer und der Reichsaußenminister gesprochen. Auch hierin habe er (Matsuoka) ihm zugestimmt.

Als den tiefsten Eindruck, den er aus dem Gespräch mit dem Duce mit nach Hause nehme, bezeichnete Matsuoka das Gefühl von der völligen Einigkeit zwischen Italien und

— Seite 3 —

Deutschland, deren Beziehungen seiner Ansicht nach niemals getrübt werden würden. Beide Länder seien eins und fest entschlossen, an diesem Zustand nicht rütteln zu lassen. Er (Matsuoka) habe dies schon früher gewußt,aber seine Überzeugung sei nach den Gesprächen mit dem Duce fester|denn je. Bei seiner Rückkehr nach Japan würde er von dieser Tatsache besonders diejenigen Japaner zu überzeugen versuchen, die immer glaubten, Italien könne von Großbritannien dahin gebracht werden, sich zwar nicht ganz von Deutschland loszulösen, aber doch nicht mehr mit ganzem Herzen für die gemeinsame Sache einzutreten.

Graf Ciano, mit dem er persönlich befreundet sei, habe ihm anvertraut, daß er gelegentlich zwar die Politik des Führers nicht ganz verstanden hätte, ihm und seinen Entscheidungen aber nichtsdestoweniger blindlings vertraue.

Mit dem Papst habe er in einer 1 1/4 stündigen Unterhaltung ein offenes und freundliches Gespräch geführt, das sich in mehr theoretischer Weise mit dem gegenwärtige Stand und der zukünftigen Entwicklung der Zivilisation befaßt habe. Vom Kr ieg sei nicht gesprochen worden,

— Seite 4 —

sodaß es sich kaum lohne, dem Führer irgendwie mehr über diese Unterhaltung zu sagen. Beim Abschied habe er (Matsuoka) den Papst gefragt, ob der Papst irgend eine Gelegenheit oder Chance zur Herbeiführung des Friedens sähe. Nach kurzem Nachdenken habe der Papst mit Nein geantwortet und nun seinerseits Matsuoka gefragt, ob er irgendwie Friedensmöglichkeiten erkennen könne. Auch Matsuoka seinerseits habe verneinend geantwortet. Der Papst habe ledigl ich hinzugefügt, daß er trotzdem täglich für den Frieden bete, und habe Matsuoka aufgefordert, ein Gleiches zu tun, was er zugesagt habe. Weiterhin habe der Papst noch erklärt, daß er, wenn Japan etwa eine Möglichkeit für den Frieden sähe, gern dabei mithelfen würde.

Matsuoka berichtete weiter, er habe dem Papst erzählt, daß er während des Weltkrieges im Auswärtigen Amt in Tokio Privatsekretär des damaligen Premierministers gewesen sei und in dieser Eigenschaft den Premierminister und den Feldmarschall Yamagata zu überreden versucht hätte, sich mit dem Vatikan zwecks Herbeiführung des Friedens in Verbindung zu setzen. Grundsätzlich wären beide einverstanden gewesen, hätten aber den Mut zu einer fakti-

— Seite 5 —

schen Durchführung dieser Aufgabe nicht aufgebracht.

Matsuoka erwähnte noch, daß er zu diesen Friedensbemühungen besonders im Hinblick auf die Persönlichkeit des Kardinals Gaspari veranlaßt worden sei.

Weiterhin habe er den Papst davon zu überzeugen versucht, daß die Vereinigten Staaten und besonders der amerikanische Präsident den Krieg in Europa und in China verlängerten. Es handle sich nicht darum, festzustellen, ob Amerika oder sein Präsident recht oder unrecht hätten . Sie würden sicherlich für ihre Politik bestimmte

Gründe haben. Ganz abgesehen von der Frage Recht oder Unrecht müsse man die Tatsache feststellen, daß sie den Krieg in Europa und in China verlängerten. Bezüglich Chinas habe er den Papst davon zu überzeugen versucht, daß Japan nicht gegen die Chinesen oder China selbst kämpfe, sondern nur gegen den Bolschewismus, der sich in China und im ganzen Fernen Osten auszubreiten drohe. Es sei bedauerlich, daß Amerika und England auf der Seite des Bolschewismus ständen.

— Seite 6 —

Der Führer warf hier ein, daß beide Länder auch in Spanien auf Seiten des Bolschewismus gestanden hätten.

Matsuoka brachte dann anschließend noch die Bitte vor, der Führer möge die zuständigen Stellen in Deutschland anweisen, den Wünschen der japanischen Militärkommission möglichst großzügig entgegenzukommen. Japan bedürfe besonders auf dem Gebiet des Unterseebootkriegs der deutschen Hilfe in Gestalt einer Zurverfügungstellung der neuesten Kriegserfahrungen und neuesten technischen Verbesserungen und Erfindungen. Japan würde alles in seinen Kräften Stehende tun, um einen Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden. Für den Fall, daß das Land sich zu einem Schlag gegen Singapore entscheide, müsse die japanische Marine natürlich auch für einen Kampf gegen die Vereinigten Staaten ihre Vorbereitungen treffen, da Amerika sich dann möglicherweise auf die Seite Großbritanniens stellen würde. Persönlich glaube er (Matsuoka), durch diplomatische Bemühungen die Vereinigten Staaten vom Eintritt in den Krieg auf Seiten Großbritanniens abhalten zu können. Heer und Marine müßten jedoch mit dem ungünstigsten Fall, d.h. mit einem Krieg gegen Amerika rechnen.

— Seite 7 —

Sie seien der Ansicht, daß dieser Krieg sich über fünf Jahre oder mehr hinziehen könne und in Form eines Guerillakrieges im Stillen Ozean und in der Südsee ausgefochten werden würde. Aus diesem Grunde seien die Erfahrungen, die Deutschland in seinem Guerillakrieg gemacht habe, für Japan sehr wichtig. Es handle sich darum, wie ein solcher Krieg am besten zu führen sei und wie sämtliche technis chen Verbesserungen der Unterseeboote bis zu den einzelnen Teilen wie Periskope und dergleichen, von Japan nutzbar gemacht werden könne.

Zusammenfassend bat Matsuoka den Führer, dafür zu sorgen, daß die von Japan benötigten Verbesserungen und Erfindungen auf

dem Gebiet der Marine und des Heeres den Japanern von den zuständigen deutschen Stellen zur Verfügung gestellt würden.

Der Führer sagte dies zu und wies darauf hin, daß auch Deutschland einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten für unerwünscht halte, ihn aber in seine Rechnung schon einkalkuliert habe. In Deutschland stehe man auf dem Standpunkt, daß Amerikas Leistungen von seinen Transportmöglichkeiten abhingen, die wiederum durch die

— Seite 8 —

zur Verfügung stehende Tonnage bedingt seien. Der Krieg Deutschlands gegen die Tonnage bedeute jedoch eine entscheidende Schwächung nicht nur Englands, sondern auch Amerikas. Deutschland habe seine Vorbereitungen so getroffen, daß in Europa kein Amerikaner landen könne. Es würde mit seinen U-Booten und seiner Luftwaffe einen energischen Kampf gegen Amerika führen und infolge seiner größeren Erfahrung, die sich ja die Vereinigten Staaten erst erwerben müßten, erheblich überlegen sein, ganz abgesehen davon, daß die deutschen Soldaten selbstverständlich hoch über den Amerikanern stünden.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs betonte der Führer, daß, wenn Japan in einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten geriete, Deutschland seinerseits sofort die Konsequenzen ziehen würde. Es sei gleichgültig, mit wem die Vereinigten Staaten zuerst in Konflikt gerieten, ob mit Deutschland oder Japan. Sie würden stets darauf aus sein, zunächst ein Land zu erledigen, nicht etwa, um sich anschließend mit dem anderen Land zu verständigen, sondern um dieses danach ebenfalls zu erledigen. Daher würde

— Seite 9 —

Deutschland,wie gesagt, unverzüglich in einem Konfliktsfall Japan—Amerika eingreifen, denn die Stärke der drei Paktmächte sei ihr gemeinsames Vorgehen. Ihre Schwäche würde darin liegen, wenn sie sich einzeln niederschlagen ließen.

Matsuoka wiederholte noch einmal seine Bitte, der Führer möge die nötigen Weisungen erteilen, damit die zuständigen deutschen Stellen den Japanern die neuesten für sie in Frage kommenden Erfindungen und Verbesserungen zur Verfügung stellten. Denn für einen Konflikt mit den Vereinigten Staaten müßte sich die japanische Marine sofort vorbereiten.

Bezüglich der japanisch-amerikanischen Beziehungen führte Matsuoka weiter aus, er habe in seinem Lande stets behauptet, daß, wenn Japan weiter so dahin treibe wie jetzt, ein Krieg mit den Vereinigten Staaten früher oder später unvermeidlich sei. Seiner Ansicht nach würde dieser Konflikt eher früher als später eintreten. Weshalb, so habe seine Argumentation weiter gelautet, solle Japan deshalb nicht im richtigen Augenblick entschlossen handeln und das Risiko eines Kampfes gegen Amerika auf sich nehmen?

— Seite 10 —

Gerade dadurch würde es vielleicht auf Generationen hinaus einen Krieg verhindern, besonders, wenn es in der Südsee die Herrschaft gewonnen habe. In Japan allerdings zögerten viele, diesen Gedankengängen zu folgen. Man hielte Matsuoka in diesen Kreisen für einen gefährlichen Mann mit gefährlichen Gedanken. Er aber behaupte, daß, wenn Japan auf dem jetzigen Wege weitergehe, es doch eines Tages kämpfen müsse und daß dies dann unter ungünstigeren Umständen als jetzt geschehen würde.

Der Führer erwiderte, er habe für die Lage Matsuokas großes Verständnis, da er sich selber in ähnlichen Situationen (Rheinlandräumung, Erklärung der Wehrhoheit) befunden habe. Auch er sei der Ansicht gewesen, daß er in einer Zeit, wo er selbst noch jung und tatkräftig sei, günstige Umstände ausnutzen und das Risiko eines doch unvermeidlichen Kampfes auf sich nehmen mußte. Daß er mit dieser Stellungnahme recht gehabt hätte, sei durch die Ereignisse bewiesen worden. Europa sei jetzt frei.Er würde keinen Augenblick zögern, auf jede Kriegsausweitung, sei es durch Rußland, sei es durch Amerika, sofort zu antworten. Die Vorsehung liebe denjenigen, der die Gefah-

— Seite 11 —

ren nicht über sich kommen ließe, sondern ihnen mutig entgegensähe.

Matsuoka erwiderte, daß die Vereinigten Staaten oder vielmehr die dort herrschenden Staatsmänner gegenüber Japan kürzlich noch ein letztes Manöver unternommen hätten, indem sie erklärten, Amerika würde Japan nicht wegen China oder der Südsee bekämpfen, unter der Voraussetzung, daß Japan die Lieferungen an Gummi und Zinn aus diesen Gegenden ungehindert nach Amerika an ihren Bestimmungsort durchließe. Amerika würde jedoch in dem Augenblick gegen Japan kämpfen, in dem es das Gefühl hätte, daß Japan

mit der Absicht in den Krieg eintrete, bei der Zerstörung Großbritanniens mitzuhelfen. Bei der englisch orientierten Erziehung, die viele Japaner erhalten hätten, verfehle natürlich eine derartige Argumentation nicht ihre Wirkung auf die Japaner.

Der Führer bemerkte hierzu, daß diese Haltung Amerikas weiter nichts bedeute als daß, solange das Britische Weltreich bestehen bliebe, die Vereinigten Staaten die Hoffnung hegten, eines Tages gemeinsam mit Großbritannien gegen Japan vorgehen zu können, während sie bei einem Zu-

— Seite 12 —

sammenbruch des Weltreichs Japan gegenüber völlig allein dastehen würden und nichts gegen es ausrichten könnten.

Der RAM warf hier ein, daß die Amerikaner eben unter allen Umständen die Machtposition Englands in Ostasien aufrechterhalten wollten, daß aber andererseits diese Haltung beweise, mit welcher Furcht sie einem gemeinsamen Vorgehen Japans und Deutschlands entgegensähen.

Matsuoka führte weiter aus, es erschiene ihm wichtig, dem Führer über die wirkliche Haltung in Japan reinen Wein einzuschenken. Deshalb müsse er ihm auch die bedauerliche Tatsache mitteilen, daß er (Matsuoka) als japanischer Außenminister in Japan selbst nicht ein Wort von dem, was er vor dem Führer und dem Reichsaußenminister über seine Pläne dargelegt habe, äußern dürfe. In politischen und finanziellen Kreisen würde ihm dies sehr schaden. Er habe bereits vorher einmal, ehe er japanischer Außenminister wurde, den Fehler begangen, einem nahen Freunde etwas über seine Absichten mitzuteilen. Dieser habe dann anscheinend die Dinge herumgetragen, sodaß alle möglichen Gerüchte entstanden, denen er, obwohl er sonst immer die Wahrheit

— Seite 13 —

sage, als Außenminister energisch entgegentreten mußte. Unter diesen Umständen könne er auch noch nicht angeben, wie bald er dem japanischen Premierminister oder dem Kaiser über die besprochenen Fragen Vortrag halten könne.Er würde die Entwicklung in Japan zunächst genau und sorgfältig verfolgen müssen, um sich in einem günstigen Augenblick zu entscheiden, dem Prinzen Konoye

und dem Kaiser über seine eigentlichen Pläne reinen Wein einzuschenken. Die Entscheidung müßte dann in ein paar Tagen erfolgen, da die Probleme sonst zerredet würden. Sollte er (Matsuoka) sich nicht mit seinen Absichten durchsetzen, wäre es ein Beweis, daß es ihm an Einfluß, Überzeugungskraft und taktischen Fähigkeiten fehle. Sollte er sich jedoch durchsetzen, so würde das beweisen, daß er einen großen Einfluß in Japan habe. Er persönlich glaube, daß er sich durchsetzen werde.

Bei seiner Rückkehr würde er dem Ka iser, dem Premierminister, dem Marine-und dem Kriegsminister auf deren Fragen zwar zugeben, daß über Singapore gesprochen worden sei; er würde jedoch erklären, daß dies nur in hypothetischer Form geschehen wäre.

— Seite 14 —

Außerdem b at Matsuoka ausdrücklich, über die Angelegenheit Singapore nichts zu kabeln, da er fürchte, daß durch Telegramme etwas durchsickern würde. Falls nötig, würde er einen Kurier schicken.

Der Führer stimmte dem zu und versicherte im übrigen, daß er sich auf die deutsche Verschwiegenheit voll und ganz verlassen könne.

Matsuoka erwiderte, er glaube zwar an die deutsche Verschwiegenheit, könne aber leider nicht dasselbe von Japan sagen.

Nach einigen persönlichen Abschiedsworten fand die Unterredung ihr Ende.

Berlin, den 4.April 1941.

gez.Schmidt.

DOCUMENT 1882-PS

SCHMIDT'S NOTES ON CONFERENCE BETWEEN VON RIBBENTROP AND MATSUOKA, 5 APRIL 1941: HITLER'S ATTITUDE TO PÉTAIN AND INTENTIONS IN RESPECT TO FRANCE; YUGOSLAVIA'S POLITICAL SITUATION; GERMANY'S CERTAINTY OF VICTORY; COMMON INTERESTS OF GERMANY, ITALY, JAPAN; DESIRABILITY OF JAPAN'S ENTRY INTO THE WAR (EXHIBIT USA-153)

BESCHREIBUNG:
Phot

Aufz.RAM 21/41

Aufzeichnung
über die Unterredung zwischen dem RAM und dem Japanischen Außenminister M a t s u o k a in Berlin am 5.April 1941

Der RAM sprach zunächst die Hoffnung aus, daß der Besuch Matsuokas — der erste, den ein japanischer Außenminister jemals in Deutschland abgestattet habe — eine gute Allgemeinwirkung ausüben werde. Matsuoka sei genau darüber ins Bild gesetzt worden, wie man auf deutscher Seite die Dinge ansehe. Er würde sicherlich den Eindruck gewonnen haben, daß Deutschland voller Vitalität und seines Sieges absolut sicher sei. Der RAM sprach die Hoffnung aus, daß die japanischen Freunde aus dieser klarerkannten Situation die Folgerungen ziehen würden, sodaß sie an unserem Siege teilhaben könnten.

Matsuoka erwiderte, er sei für die lange Reise nach Europa mehr als belohnt worden durch die persönliche Fühlungnahme mit den deutschen und italienischen Staatsmännern. Was er in Deutschland und Italien gesehen habe, habe seine Erwartungen bei weitem übertroffen. Es sei für ihn direkt schwer, wieder abzureisen.

— Seite 2 —

Obwohl er vorher nicht daran gezweifelt habe, sei er jedoch nunmehr nach seinem Besuch in Deutschland und Italien völlig sicher, daß diese beiden Länder eins seien und stets zusammengehören würden.

Matsuoka sprach sich dann über die allgemeine gute Stimmung in Deutschland aus und verwies dabei auf die glücklichen Gesichter, die er bei seinem voraufgegangenen Besuch in den Borsigwerken überall bei der Arbeiterschaft gesehen habe. Er gab seinem Bedauern

Ausdruck, d aß die Entwicklung in Japan noch nicht so weit sei wie in Deutschland und daß die Intellektuellen in seinem Lande immer noch einen starken Einfluß hätten.

Der RAM erwiderte, daß sich höchstens eine Nation, die alles erreicht hätte, den Luxus von Intellektuellen, die ja meistens Parasiten wären, leisten könne. Ein Volk jedoch, das um seinen Aufstieg kämpfen müsse, müsse sich von ihnen trennen. Die Intellektuellen hätten Frankreich ruiniert und hätten auch bereits in Deutschland mit ihrer Schädlingsarbeit begonnen gehabt, bis der Nationalsozialismus diesem Treiben ein Ende setzte, und

— Seite 3 —

sie wären b estimmt der Grund für den mit Sicherheit zu erwartenden Fall Englands.

Auf eine Bemerkung Matsuokas, daß Japan nunmehr erwache und dem japanischen Charakter gemäß nach den vorangegangenen längeren Überlegungen s chnell zur Tat schreiten würde, erwiderte der RAM, daß man dabei natürlich ein Risiko mit in Kauf nehmen müsse, g enau so wie es der Führer durch die Besetzung des Rheinlandes, d ie Erklärung der Wehrhoheit und den Austritt aus dem Völkerbund erfolgreich getan habe.

Auf eine Frage Matsuokas, wie Deutschland sich die Zukunft Frankreichs denke, erwiderte der RAM, daß Frankreich den ihm zukommenden Platz in Europa haben solle, und schilderte dann Matsuoka die Bemühungen des Führers, eine wirkliche Zusammenarbeit mit Frankreich zustande zu bringen. Er erwähnte dabei das Treffen von Montoire und die Geste, die der Führer Frankreich gegenüber durch Übersendung der Asche des Herzogs von Reichstadt gemacht habe. In d em Brief, in dem sich Marschall Pétain für diese Geste beim Führer bedankte, habe er jedoch gleichzeitig die Entlassung Lavals angekündigt. Dies habe

— Seite 4 —

[1]) natürlich in Deutschland einen sehr schlechten Eindruck gemacht, da sich Laval mit Pétain zusammen für die Politik von Montoire, d.h.der Zusammenarbeit Frankreichs mit Deutschland eingesetzt habe.

Außerdem sei Deutschland bekannt geworden, daß Pétain, als er eine Einladung erhielt, zur Beisetzung der Asche des Herzogs

[1]) „hätte“ ausradiert

von Reichstadt im Invalidendom nach Paris zu kommen, die Ansicht geäußert hätte, er käme nicht, weil er nicht von den Deutschen verhaftet werden wolle. Die Einstellung, die daraus spräche, habe den Führer dazu veranlaßt, dieses Kapitel der Zusammenarbeit mit Frankreich als abgeschlossen zu betrachten, denn ein vertrauensvolles Verhältnis mit dem Marschall Pétain, der von dem Führer annehme, er wolle ihn kurze Zeit nach der Begegnung von Montoire nach Paris locken, um ihn dort zu verhaften, sei natürlich nicht mehr möglich.

Matsuoka war von diesen Mitteilungen sichtlich[2]) beeindruckt. Er erklärte mehrmals, er könne sich eine derartige Handlungsweise von Pétain gar nicht vorstellen.

— Seite 5 —

Der RAM erwiderte, die ganze Angelegenheit sei umso bedauerlicher, als man bei der Besprechung von Montoire von Pétain auf deutscher Seite einen recht positiven Eindruck erhalten hatte. Pétain sei, wenn auch körperlich gesund, doch wohl geistig nicht mehr ganz auf der Höhe und von schlechten Ratgebern umgeben. Außerdem sei auch er vielleicht ein Beispiel für die Erfahrung, daß ein guter General meistens ein schlechter Politiker sei.

Auf eine Frage Matsuokas nach den Kämpfen in Jugoslawien und Griechenland erwiderte der RAM, daß die Engländer erhebliche Truppenmassen in Griechenland gelandet hätten und daß sie nunmehr von den deutschen Truppen ins Mittelmeer zurückgeworfen werden würden.

Matsuoka fragte, ob sich die Lage in Bezug auf Jugoslawien gebessert habe. Der RAM verneinte dies und fügte hinzu, daß Jugoslawien in d as gleiche Kapitel gehöre.

Matsuoka erwähnte in diesem Zusammenhang, daß der Duce und Graf Ciano die Ansicht vertreten hätten, Jugoslawien stünde hauptsächlich unter dem Einfluß Großbritanniens, weniger unter d em Rußlands.

— Seite 6 —

Der RAM wies auf den Einfluß der „Schwarzen Hand" auf die politischen Ereignisse in Jugoslawien hin und faßte noch einmal die bei Gelegenheit seines Beitritts zum Dreierpakt mit Jugoslawien

---

[2]) statt „sichtlich" ursprünglich „tief" (ausradiert)

getroffenen Abreden zusammen, d.h. 1.) die Respektierung der jugoslawischen Grenzen, 2.) der Verzicht auf Durchtransport von Truppen durch Jugoslawien während des Krieges, 3.) der Verzicht auf militärische Hilfe von Jugoslawien während des Krieges, d a diese ja doch keine Realität gewesen wäre, und 4.) die Zusicherung eines Ausgangs zum Ägäischen Meer. Die Jugoslawen hätten Saloniki verlangt, und Deutschland hätte sich damit einverstanden erklärt. Als Gegenleistung hätte man von Jugoslawien lediglich eine loyale Zusammenarbeit mit der Achse gefordert, wobei es im übrigen sogar seine sonstigen Freundschaften hätte aufrecht erhalten können. Es mache sich jetzt bereits ein gewisser Katzenjammer in Jugoslawien bemerkbar. Andererseits würde der Führer beleidigt, deutsche Offiziere würden tätlich angegriffen, Volksdeutsche umgebracht, und es würden Verbindungen mit den Engländern aufgenommen. Der Führer würde dies nicht mehr lange mitansehen. Auf eine

— Seite 7 —

Frage Matsuokas, wieviele Divisionen die jugoslawische Armee zähle, erwiderte der RAM, daß es nicht sehr viele seien. Er fügte hinzu, daß manche der zu treffenden Entscheidungen vom menschlichen Standpunkt vielleicht schwierig seien. In Zeiten jedoch, in denen auf Jahrhunderte das Schicksal des deutschen Volkes bestimmt würde, haben der Führer und seine Ratgeber kein Recht, auf ihre persönlichen Gefühle Rücksicht zu nehmen. Sie müßten in die Zukunft sehen und das tun, was die Kriegsgesetze vorschrieben. Falls Großbritannien siege, würde es Deutschland für immer zerschlagen. Deshalb müsse Deutschland alles und jedes tun, um Großbritannien niederzuwerfen. Deutschland habe nichts gegen die Griechen, sondern gehe nur gegen die Engländer vor. Die Griechen seien sicherlich ein anständiges Volk, aber ein Vorgehen gegen sie ließe sich nicht umgehen.

Bezüglich Jugoslawiens sei von Deutschland alles Erdenkliche geschehen, um seine Haltung mit der der Achse in Einklang zu bringen. Ohne die geringste Notwendigkeit habe sich jedoch Jugoslawien gegen die Achse

— Seite 8 —

gewandt.

Auf eine Frage Matsuokas nach den Absichten des Führers bezüglich der kleineren Staaten erwiderte der RAM, daß die kleineren Staaten in das europäische Konzert aufgenommen werden würden,

daß sie ihre Unabhängigkeit haben sollten und unter der Neuen Ordnung sicher glücklicher leben würden als vorher. England würde sich jedoch niemals mehr in die Verhältnisse der kleinen Staaten einmischen dürfen, und diesen würde niemal mehr gestattet werden, an irgendeiner militärischen Kombination gegen Deutschland teilzunehmen. Sie würden zwar absolut unabhängig sein, sogar kleine Armeen und Polizeistreitkräfte unterhalten dürfen, ihr Schutz und ihre allgemeine Politik im Sinne des europäischen Kontinents würden jedoch von Deutschland wahrgenommen werden.

In diesem Zusammenhang wiederholte Matsuoka die Ausführungen, die er bereits dem Reichswirtschaftsminister gegenüber hinsichtlich der Ursache der gegenwärtigen Schwierigkeiten gemacht hatte. Er führte sie

— Seite 9 —

auf den Zusammenstoß zwischen den alten Traditionen und den durch die modernen Erfindungen geschaffenen neuen Lebensbedingungen zurück. Einer der Grundfehler von Versailles sei gewesen, die Zahl der europäischen Staaten zu erhöhen, obwohl sie gerade infolge dieser neuen durch die Entwicklung der Technik geschaffenen Lebensbedingungen hätten verkleinert werden müssen. Das große Problem bestehe darin, die durch die modernen Erfindungen geschaffenen Verhältnisse und die alten Traditionen aufeinander abzustimmen, wobei man für die alten Traditionen einen gewissen Spielraum lassen müsse.

Der RAM erwiderte, daß das neue Deutsche Reich tatsächlich auch auf den alten Traditionen des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation, das seinerzeit die einzige herrschende Macht auf dem europäischen Kontinent war, aufgebaut werden würde.

Abschließend faßte der RAM noch einmal das zusammen, was Matsuoka von seiner Reise mit nach Japan nehmen möge:

1.) Den Krieg habe Deutschland bereits gewonnen.

— Seite 10 —

Am Ende dieses Jahres würde auch die Welt dies einsehen. England würde es ebenfalls zugeben müssen,wenn es nicht vorher bereits zusammengebrochen wäre, und Amerika würde sich gleichfalls damit abfinden müssen.

2.) Zwischen Japan und Deutschland bestünden keine Interessengegensätze. Die Zukunft beider Länder könnte auf längste Sicht auf der Grundlage geregelt werden, daß Japan im Fernen Osten, Italien und Deutschland in Europa und Afrika vorherrschten.

3.) Was auch geschehen möge, Deutschland würde den Krieg gewinnen. Es würde aber zur Beschleunigung des Sieges beitragen, wenn Japan in den Krieg eintrete.Ein solcher Kriegseintritt läge zweifellos stärker im Interesse Japans als in dem Deutschlands, denn es böte sich für die Erfüllung der nationalen Ziele Japans [3]) eine einmalige, kaum wiederkehrende Chance, die es ihm ermöglichen würde, eine wirklich führende Rolle in Ostasien zu spielen.

Matsuoka erwiderte, er könne nur persönlich wiederholen, daß er seit langem der Ansicht sei, daß jedes Volk nur einmal in tausend Jahren eine Chance geboten

— Seite 11 —

bekäme. Japan stehe dicht vor einer solchen Chance und müsse das damit verbundene Risiko übernehmen. Es müsse im richtigen Augenblick entscheidend handeln, um diese einmalige Chance auch auszunutzen.

Anschließend fragte er nach den Absichten des Führers bezüglich des Friedensschlusses. Würde eine allgemeine Friedenskonferenz stattfinden oder wolle Deutschland mit jedem seiner Gegner einzeln Friedensverhandlungen durchführen?

Der RAM erwiderte, daß er darüber nichts wisse. Die ganze Frage schiene ihm von der Art des Zusammenbruchs Großbritanniens abzuhängen. Auf jeden Fall könne auch mit einer neuen englischen Regierung nur ein Kapitulationsfriede ins Auge gefaßt werden.

Matsuoka erwiderte daraf, daß demnach also kein Kompromißfriede in Frage kommen könne.

Er bat dann den RAM, die Dreierpaktkommissionen insbesondere die Wirtschaftskommission, an der er (Matsuoka) am meisten interessiert sei, vonseiner Seite aus zu fördern.

Der RAM unterstrich bei dieser Gelegenheit, daß

---

[3]) nach „Ziele“ „seines Landes“ ausradiert, dafür „Japans“

die militärischen Unterausschüsse keine Sonderinstitutionen seien, sondern in allen Dingen der Hauptkommission unterstehen müßten.

Matsuoka erwähnte dann noch, daß die japanischen Offiziere, die augenblicklich in Deutschland wären, von dem Entgegenkommen der deutschen Behörden außerordentlich befriedigt seien. Er danke dem RAM für diese Haltung der deutschen Stellen.

Weiterhin sprach Matsuoka noch von der Konferenz der japanischen Missionschefs in Europa, die er nach Berlin berufen hatte. Leider sei der Londoner Botschafter wegen Schwierigkeiten der Flugverbindung nicht erschienen; er hätte sicherlich Interessantes berichten können.— Matsuoka betonte, er habe den japanischen Diplomaten erklärt, daß ihnen aus einer eventuell gegen den Abschluß des Bündnispakts gerichteten Einstellung kein Nachteil erwachsen solle, falls sich diese Einstellung vor dem Beitritt Japans ausgewirkt habe. Jetzt, nachdem die Entscheidung gefallen sei, würde er rücksichtslos jeden Diplomaten zurückberufen, der nicht

absolut loyal an der neuen Politik mitarbeite und aufs engste mit den deutschen und italienischen Vertretern zusammengehe.

Außerdem habe er darauf hingewiesen, daß sie sich auf sehr kritische Augenblicke, die nahe bevorstünden, gefaßt machen müßten. Japan stehe einer ernsten Lage gegenüber.

Der RAM erwiderte, daß es auch in Deutschland Diplomaten gegeben habe, die eine andere Einstellung zu gewissen Fragen gehabt hätten. Es sei überhaupt ein Charakteristikum großer Zeiten, daß sie von vielen nicht verstanden würden.

Anschließend an diese Unterredung wurde Matsuoka eine Tonfilmapparatur als Geschenk überreicht, und es fand ein Frühstück im kleinen Kreise statt.

Berlin, den 7.April 1941.

gez.Schmidt.

DOCUMENT 1893-PS

ORGANIZATION BOOK OF THE NSDAP, 1943: RIGHTS AND DUTIES OF PARTY MEMBERS AND POLITICAL LEADERS (EXHIBIT USA-323)

Aus: Organisationsbuch der NSDAP, 1943, 7. Auflage

— Seite 7 —

6. Pflichten des Parteigenossen

Die Gebote des Nationalsozialisten:

Der Führer hat immer recht!
Verletze nie die Disziplin!
Vergeude nie deine Zeit in Schwätzereien, in selbstgefälliger Kritik, sondern faße an und schaffe!
Sei stolz, aber nicht dünkelhaft!
Das Programm sei dir Dogma; es fordert von dir äußerste Hingabe an die Bewegung!
Du bist Repräsentant der Partei, danach richte dein Betragen und Auftreten!
Treue und Selbstlosigkeit sei dir höchstes Gebot!
Übe treue Kameradschaft, dann bist du ein wahrer Sozialist!
Behandle deine Volksgenossen so, wie du behandelt zu werden wünschest!
Im Kampfe sei zäh und verschwiegen!
Mut ist nicht Rüpelhaftigkeit!
Recht ist, was der Bewegung und damit Deutschland, d.h. deinem Volke nützt!

Handelst du nach diesen Geboten, dann bist du ein wahrer Kämpfer deines Führers.

— Seite 13 —

II.

Die Partei hat allein weltanschauliche Aufgaben

. . . . . .

Die Partei als weltanschauliches Erziehungsinstrument muß das Führerkorps des deutschen Volkes werden.

Dieses Führerkorps ist für die restlose Durchdringung des deutschen Volkes im nationalsozialistischen Geiste und für die Überwindung

der im Volk zum Teil noch wurzelnden Abhängigkeit von international gebundenen Kräften verantwortlich.

— Seite 14 —

Der Politische Leiter

Grundlage der Organisation der Partei ist der Führergedanke. Die Allgemeinheit kann sich nicht selbst regieren, weder mittelnoch unmittelbar. Führer soll sein, wer am besten dazu geeignet ist. Der wird auch vom Vertrauen des Volkes getragen. Alle politischen Leiter gelten als vom Führer ernannt und sind ihm verantwortlich, sie genießen nach unten volle Autorität.

— Seite 15 —

Der Typ des Politischen Leiters

..... Der Politische Leiter ist kein Beamter, sondern immer der politische Beauftragte des Führers. ... Mit dem Politischen Leiter bauen wir die politische Führung im Staate auf. ..... Der Typ des Politischen Leiters ist charakterisiert durch das Amt, das er ausübt: Es gibt keinen Politischen Leiter der NSBO. usw., sondern es gibt nur

den P o l i t i s c h e n L e i t e r der NSDAP.

— Seite 16 —

Vereidigung des Politischen Leiters

Alljährlich findet die Vereidigung der Politischen Leiter statt. Die Vereidigungsformel lautet:

„Ich schwöre Adolf Hitler unverbrüchliche Treue. Ich schwöre ihm und den Führern, die er mir bestimmt, unbedingten Gehorsam."

Der Politische Leiter fühlt sich unlöslich mit dem Gedankengut und der Organisation der NSDAP verbunden. Der Eid erlischt nur durch Tod des Vereidigten oder bei Ausstoßung aus der nationalsozialistischen Gemeinschaft.

— Seite 19 —

Ernennungen von Politischen Leitern

1. Der Führer vollzieht die Ernennungen folgender Politischer Leiter:
   a) Reichsleiter und alle Politischen Leiter einschließlich Frauenschaftsleiterinnen in der Reichsleitung,
   b) Gauleiter bis einschl. Leiter eines Amtes der Gauleitung sowie die Gaufrauenschaftsleiterinnen,

c) Kreisleiter.
Ihre Ernennung wird im Verordnungsblatt bekanntgegeben.

2. Der Gauleiter ernennt:
   a) die Politischen Leiter und die Frauenschaftsleiterinnen der Gauleitung, und zwar die Leiter der Hauptstellen bis Mitarbeiter,
   b) die Politischen Leiter und die Frauenschaftsleiterinnen in der Kreisleitung,
   c) die Ortsgruppenleiter.

3. Der Kreisleiter ernennt:
   die Politischen Leiter und die Frauenschaftsleiterinnen der Ortsgruppen einschl. der Block-, Zellenleiter und Blockhelfer sowie die Politischen Leiter in den Betrieben (letztere sofern sie Parteigenossen sind). Sämtliche Politischen Leiter und die Frauenschaftsleiterinnen erhalten einen Ausweis.

— Seite 51 —

Führerbesprechungen — Veranstaltungstermine

. . . . . .

3. Führerbesprechungen im Gau:

. . . . . .

   d) Der Hoheitsträger trifft sich mindestens einmal im Monat mit den in seinem Amtsbereich zuständigen SA., SS-, NSKK.-, HJ.- sowie Reichsarbeitsdienst- und NSFK.-Führern, um sich gegenseitig zu unterrichten.

— Seite 70 —

Politische Leiter und SA.

Die Politischen Leiter führen die praktische politische Arbeit durch und betreuen das deutsche Volk.

Die SA. ist Ausbildungs- und Erziehungsinstrument der Partei. Ihr und den gleichgelagerten Gliederungen, SS und NSKK., obliegen die Erhaltung der körperlichen Tüchtigkeit und des soldatischen Geistes in ihren Einheiten und der evtl. Einsatz als innerpolitische Truppe.

. . . . . .

Reibungslose Zusammenarbeit im Dienste der Bewegung unter Ausschaltung kleinlicher Eifersüchteleien ist jedoch unbedingte Pflicht für beide Teile.

. . . . . .

Gemeinsame Führerbesprechungen

(siehe auch Abhandlung Seite 50 usf.)

Um die Zusammengehörigkeit zu betonen und zu fördern, gelten folgende Grundsätze:

Hoheitsträger (Gauleiter, Kreisleiter usw.) treffen sich mindestens einmal im Monat mit den in ihrem Amtsbereich zuständigen SA.-, SS-, NSKK.- und HJ.- sowie Reichsarbeitsdienst- und NSFK.-Führern, um sich gegenseitig zu unterrichten.

Darüber hinaus ist es erwünscht, den SA.-Führer auch zu sonstigen politischen und den Politischen Leiter zu SA.-Führerbesprechungen heranzuziehen.

— Seite 71 —

Der Hoheitsträger hat die Verantwortung für das gesamte politische Auftreten der Bewegung in seinem Bereich. Der zuständige SA.-Führer ist in dieser Beziehung an die Richtlinien des Hoheitsträgers gebunden.

Anforderung von SA.

Der Hoheitsträger ist der höchste Vertreter der Partei einschließlich der Gliederungen in seinem Bereich. Er kann die SA., die sich in seinem Bereich befindet, bei dem zuständigen SA.-Führer anfordern, wenn er sie zur Lösung der ihm übertragenen politischen Aufgaben benötigt. Der Hoheitsträger weist der SA. den Aufgabenkreis zu. Diese Anweisung hat nach vorheriger mündlicher Aussprache schriftlich zu geschehen. Die Anweisung ist bis in alle Einzelheiten nach politischen Gesichtspunkten genau zu gliedern. Benötigt der Hoheitsträger zur Durchführung seiner Aufgaben mehr SA., als ihm örtlich zur Verfügung steht, so wendet er sich an die nächsthöhere Hoheitsstelle, die dann die SA. bei der ihr gleichgeordneten SA.-Dienststelle anfordert.

— Seite 75 —

Politische Leiter und SS.

Die für das Verhältnis zur SA. aufgeführten Vorschriften gelten sinngemäß auch für die SS.

Die SS wird zum Unterschied von der SA. besonders eingesetzt für Führerschutz und Aufgaben, bei denen einzelne Männer verwendet werden müßen.

— Seite 76 —

Politische Leiter und HJ.

Die für das Verhältnis zur SA. aufgeführten Vorschriften gelten sinngemäß auch für die HJ.

Bei der Einsetzung von HJ.- und DJ.-Führern hat die zuständige HJ.-Dienststelle das Einverständnis des zuständigen Hoheitsträgers einzuholen. Der Hoheitsträger kann also die Einsetzungen der zur Führung der Jugend unbefähigten Führer verhindern. Wird er nicht gefragt, so ist auch sein Verlangen die Einsetzung rückgängig zu machen.

.....

Der Politische Leiter hat die Berechtigung, die HJ. genau so wie die SA. zur Durchführung seiner politischen Aktionen anzufordern.

— Seite 98 —

Hoheitsträger — Hoheitsgebiet

Innerhalb der Politischen Leiter nehmen die Hoheitsträger eine Sonderstellung ein. Im Gegensatz zu den übrigen Politischen Leitern, die fachliche Aufgaben zu bearbeiten haben und zur Beratung der Hoheitsträger dienen, leiten letzterer ein räumliches Gebiet, welches Hoheitsgebiet genannt wird.

Hoheitsträger sind:	Der Führer,	die Ortsgruppenleiter,
	die Gauleiter,	die Zellenleiter,
	die Kreisleiter,	die Blockleiter,

— Seite 98a —

Hoheitsgebiet sind:	Das Reich,	die Ortsgruppen,
	die Gaue,	die Zellen,
	die Kreise,	die Blocks.

Den Hoheitsträgern ist für ihr Hoheitsgebiet das politische Hoheitsrecht übertragen. Sie vertreten in ihrem Bereich die Partei nach innen und außen und sind verantwortlich für die gesamtpolitische Lage in ihrem Hoheitsgebiet. .....

Auf personellem Gebiet sind die Hoheitsträger vom Ortsgruppenleiter an aufwärts mit besonderen Befugnissen ausgestattet. Sie können im Rahmen der allgemeinen Personalbestimmungen Berufungen, Beurlaubungen und Absetzungen von Politischen Leitern aussprechen und vollziehen die Urteile der für das Hoheitsgebiet zuständigen Parteigerichte. .....

Die Hoheitsträger der Partei sollen keine Verwaltungsbeamten für ein bestimmtes Gebiet sein, sondern sich in dauernder lebendiger Fühlungnahme mit den Politischen Leiter und der Bevölkerung ihres Bereiches befinden. Die Hoheitsträger sind verantwortlich für eine ordnungsmäßige und gute Betreuung aller Volksgenossen in ihrem Hoheitsbereich. .....

Es ist die Absicht der Partei, zu erreichen, dass der einzelne Volksgenosse und die Volksgenossin nicht nur in Notfällen den Weg zur Partei findet, sondern daß die Partei durch eigene Initiative entsprechend dem Willen des Führers laufend alle Volksgenossen und Volksgenossinnen erfasst und betreut.

— Seite 101 —

Der Blockleiter der NSDAP.

.....

Der Blockleiter ist Führer und Berater aller in seinem Blockbereich tätigen Blockwalter usw. und Parteigenossen.

Er hat aufklärend, ausgleichend und helfend im Sinne der Bewegung zu wirken.

Die Verbreiter schädigender Gerüchte hat er feststellen zu lassen und sie an die Ortsgruppe zu melden, damit die zuständige staatliche Dienststelle benachrichtigt werden kann.

— Seite 103 —

.....

Der Blockleiter hat seine Dienstobliegenheiten grundsätzlich mündlich zu erledigen bzw. Meldungen mündlich entgegenzunehmen und weiterzugeben. Schriftverkehr findet nur bei unbedingter Zweckmäßigkeit bzw. Notwendigkeit statt.

— Seite 132/133/134 —

Kreisleitung der NSDAP.

.....

4. Der Kreisleiter

.....

II. Aufgaben und Zuständigkeit des Kreisleiters

Der Kreisleiter ist für sein Hoheitsbereich dem Gauleiter gegenüber gesamtverantwortlich für die politische und weltanschauliche Erziehung und Ausrichtung der Politischen Leiter, der Parteigenossen sowie der Bevölkerung.

— Seite 136 —

Gauleitung der NSDAP.

1. Gebietlicher Bereich
Der Gau stellt die Zusammenfassung einer Anzahl von Parteikreisen dar. .....

— Seite 137/138 —

4. Der Gauleiter

Der Gauleiter untersteht unmittelbar dem Führer. Er wird vom Führer ernannt.

Der Gauleiter trägt dem Führer gegenüber die Gesamtverantwortung für den ihm anvertrauten Hoheitsbereich. Die Rechte, Pflichten und Zuständigkeiten des Gauleiters ergeben sich vornehmlich aus dem vom Führer erteilten Auftrag und im übrigen aus den im einzelnen festgelegten Bestimmungen.

— Seite 140b —

7. Gaustabsamt

.....

B. Aufgaben

1. Herausgabe der Weisungsblätter der Gauleitung.

.....

3. Zentrale Verbindungsstelle der Gauleitung zu Staatsdienststellen (Reichsstatthalterei, Polizei, Gestapo usw.). Einberufung von Besprechungen des Gauleiters mit außerhalb der Partei stehenden Stellen (Staat, Wirtschaft, u. ä.), soweit daran mehrere Gauhaupt- bzw. Gauämter interessiert sind, unter Hinzuziehung der zuständigen Fachgauamtsleiter.

4. Einbau der M.-Abteilung in das Gaustabsamt und damit Verbindung zur Wehrmacht.

.....

7. Bearbeitung von Gnadensachen.

— Seite 146 —

Der Führer

Die Erkenntnis der sozialen Mißstände im Vorkriegsdeutschland, die das Entstehen einer echten Volksgemeinschaft verhinderten, das vom Kameradschaftsgeist erfüllte Fronterlebnis des Weltkrieges und die Abscheu vor dem volksverräterisch-pazifistischen Nachkriegsdeutschland ließen im Führer den Entschluss reifen, Politiker

zu werden und dem deutschen Volke eine Staatsform zu geben, die auf Jahrhunderte seine berechtigten Lebensinteressen sichern soll.

Um dieses Ziel zu erreichen, schuf der Führer die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Er erfüllte sie mit seinem Geist und seinem Willen und eroberte mit ihr am 30. Januar 1933 die staatliche Macht. Der Wille des Führers ist oberstes Gesetz in der Partei.

— Seite 148/149 —

Die Reichsleitung der NSDAP

Die NSDAP. repräsentiert die politische Auffassung, das politische Gewissen und den politischen Willen der deutschen Nation. Politische Auffassung, politisches Gewissen und politischer Wille sind verkörpert in der Person des Führers. Nach seinen Weisungen und gemäß dem Programm der NSDAP. wird von den Organen der Reichsleitung richtunggebend die politische Zielsetzung des deutschen Volkes festgelegt. In der Reichsleitung laufen die Fäden der Organisation des deutschen Volkes und des Staates zusammen. Durch die Ausstattung des Leiters der Partei-Kanzlei mit den Befugnissen eines Reichsministers und durch besondere Verwaltungsanordnungen ist die Durchdringung des Staatsapparates mit dem politischen Willen der Partei gewährleistet. Die einzelnen Organe der Reichsleitung haben die Aufgabe, über ihre Untergliederungen in den Gauen usw. in möglichst enger Fügung mit dem Leben des Volkes zu bleiben. Die Beobachtungen an der Front sollen von den Dienststellen der Reichsleitungen gesammelt und ausgewertet werden. Der Aufbau der Reichsleitung ist so vorgenommen, daß der Weg von den untersten Stellen der Partei nach oben das Durchgeben der kleinsten Schwankungen und Stimmungsänderungen des Volkes aufzeigt und die hierdurch hervorgerufene Willensbildung in der Reichsleitung rasch und eindeutig wieder in die äußersten Befehlsstellen der Partei gelangt. .....

Eine weitere, wesentliche Aufgabe der Reichsleitung ist die Sicherstellung einer guten Führerauslese. Die Reichsleitung hat dafür zu sorgen, daß auf allen Gebieten des Lebens eine Führung vorhanden ist, die unbeirrbar zur nationalsozialistischen Weltanschauung steht und an ihrer Ausbreitung mit aller Energie arbeitet.

.....

Oberste Aufgabe des Reichsorganisationsleiters ist es, dem Führer in der Partei immer ein scharf geschliffenes Schwert zu erhalten.

— Seite 365 —

Eintritt in die SA.

Die Ergänzung der SA. erfolgt aus der HJ. und, soweit der Bedarf aus der HJ. nicht gestellt werden kann, durch Aufnahme sonstiger deutsch-blütiger Freiwilliger, die folgende Bedingungen erfüllen müßen:

. . . . . .

Einwandfreier Leumund, keine Vorstrafen.

— Seite 418 —

Die Schutzstaffeln der NSDAP.

. . . . . .

Mitgliedsauslese:

. . . . . .

Die Tapferkeit gilt dem Staffelmann als die höchste Mannestugend im Kampf für seine Weltanschauung.

Er bekämpft offen und schonungslos die gefährlichsten Feinde des Staates: Juden, Freimaurer, Jesuiten und politische Geistlichkeit.

DOCUMENT 1903-PS

HITLER'S SECRET DECREE, 30 SEPTEMBER 1942, EMPOWERING SAUCKEL TO TAKE ALL STEPS NECESSARY FOR SECURING ALLOCATION OF LABOR FOR GERMAN WAR INDUSTRY (EXHIBIT USA-206)

Aus: Verfügungen / Anordnungen / Bekanntgaben (herausgegeben von der Partei-Kanzlei) II. Band (Zentralverlag der NSDAP., Frz. Eher Nachf. GmbH., München.)

Einführung

Diese Sammlung ist nur für die interne Parteiarbeit bestimmt und als „geheim" zu behandeln.

. . . . . .

V. I. 74/968
vom 13. 11. 1942

Erlaß des Führers zur Durchführung des Erlasses über einen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz

Nachstehend wird der Erlaß des Führers über die Erweiterung der Vollmacht des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz zur Kenntnis gebracht:

„Erlaß des Führers zur Durchführung des Erlasses über einen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 30. September 1942.

Ich ermächtige den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Reichsstatthalter und Gauleiter Fritz Sauckel, zur Durchführung meines Erlasses über einen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 21. März 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 179) nach seinem Ermessen im Großdeutschen Reich einschließlich des Protektorats sowie im Generalgouvernement und in den besetzten Gebieten alle Maßnahmen zu treffen, die den geordneten Arbeitseinsatz für die deutsche Kriegswirtschaft unter allen Umständen gewährleisten. Er kann zu diesem Zweck bei den Dienststellen der Militär- und Zivilverwaltung Beauftragte ernennen. Diese sind dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz unmittelbar unterstellt. Zur Durchführung ihrer Aufgaben können sie den für den Arbeitseinsatz und die Lohnpolitik zuständigen militärischen und zivilen Dienststellen Weisungen erteilen.

Die näheren Bestimmungen erläßt der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz.

Führerhauptquartier, den 30. September 1942.

Der Führer
gez.: Adolf Hitler.

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
gez.: Dr. Lammers.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
gez.: Keitel."

DOCUMENT 1913-PS

AGREEMENT BETWEEN SAUCKEL AND LEY, 2 JUNE 1943, APPORTIONING THE DUTIES CONNECTED WITH THE WELFARE OF FOREIGN WORKERS, AND EXECUTORY ORDER THERETO (EXHIBIT USA-227)

Aus: Reichsarbeitsblatt (herausgegeben vom Reichsarbeitsministerium und vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz) Jahrgang 1943, Teil I

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Der Generalbevollmächtigte
für den Arbeitseinsatz

Berlin,
den 20.September 1943

VIc 5783/291

An die Herren Präsidenten der Gauarbeitsämter
und Reichstreuhänder der Arbeit
sowie an die Herren Leiter der Arbeitsämter.

Vereinbarung zwischen dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und der Deutschen Arbeitsfront über die Betreuung der fremdvölkischen Arbeitskräfte.

Vereinbarung

Zwischen dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Gauleiter und Reichsstatthalter Sauckel, und dem Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, wird nachstehende Vereinbarung abgeschlossen:

1. Die Deutsche Arbeitsfront hat gemäß der Anordnung Nr. 4 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 7.Mai 1942 — GBA.405/42 (Nr. 2b) den alleinigen und ausschließlichen Auftrag der Betreuung aller im Reichsgebiet eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte. Ausgenommen sind die im Reichsnährstand eingesetzten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte.

2. Zur laufenden Überwachung aller Betreuungsmaßnahmen für die unter 1. genannten ausländischen Arbeitskräfte errichtet der Reichsleiter der Deutschen Arbeitsfront, Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, gemeinsam mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Gauleiter Sauckel, eine »Zentralinspektion«. Diese führt die Bezeichnung:

»Zentralinspektion für die Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte.«

Die Zentralinspektion für die Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte übt ihre Funktion auf Weisung und im Namen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und des Reichsleiters der Deutschen Arbeitsfront aus. Sie ist zur Vermeidung jeder Doppelarbeit allein zuständig, alle Betreuungsmaßnahmen des Ausländereinsatzes in den Betrieben und Lagern zu überprüfen, festgestellte Mängel — soweit möglich — sofort an Ort und Stelle abzustellen und die hierfür notwendigen Weisungen zu erteilen.

Unberührt hiervon bleibt die Befugnis des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Mitglieder seines Stabes und die Präsidenten der Landesarbeitsämter zu beauftragen, sich unmittelbar über die Verhältnisse im Ausländereinsatz in den Betrieben und Lagern zu unterrichten.

3. Die Zentralinspektion für die Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte steht in laufender Verbindung mit der Hauptabteilung VI des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, unterrichtet diese über die von ihr getroffenen allgemeinen Feststellungen und gibt Anregungen für Änderungen, die sich als notwendig erweisen.

4. Die Dienststellen der Arbeitseinsatzverwaltung werden durch die Zentralinspektion für die Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte laufend von ihren Beobachtungen unterrichtet, insbesondere unverzüglich in jedem Falle, in dem ein Einschreiten der staatlichen Organe geboten ist.

Diese Vereinbarung tritt mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft.

Berlin, den 2. Juni 1943.

Dr. R. Ley — Fritz Sauckel

Für die Durchführung dieser Vereinbarung ordne ich folgendes an:

1. Die Überwachung aller Betreuungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Einsatzes fremdvölkischer Arbeitskräfte obliegt allein der Zentralinspektion für die Betreuung der ausländischen Arbeitskräfte. Beschwerden über schlechte Unterbringung, Verpflegung, mangelnde Fürsorge hinsichtlich der Freizeitgestaltung und kulturellen und propagandistischen Betreuung werden von mir in Zukunft der

Zentralinspektion zur Nachprüfung und Abstellung etwaiger Mängel zugeleitet. Die Arbeitsämter und Gauarbeitsämter haben an sie gelangende Klagen und Beschwerden der örtlich zuständigen Dienststelle der Deutschen Arbeitsfront zuzuleiten.

Über die Feststellungen der Zentralinspektion und die von ihr veranlaßten Maßnahmen und deren Erledigung wird diese den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz unterrichten.

2. Der Einsatz der fremdvölkischen Arbeitskräfte, ihre Kennzeichnung, der zwischenbetriebliche Ausgleich, Umsetzungen, Überwachung des zweckmäßigen und berufsgerechten Einsatzes im Betriebe, die Förderung von Anlernmaßnahmen und Maßnahmen zur Leistungssteigerung sowie die Gestaltung des Arbeitsvertragsrechtes, die Durchführung von Maßnahmen der Lohngestaltung und die Überwachung der ordnungsmäßigen Entlohnung der fremdvölkischen Arbeitskräfte bleiben wie bisher Aufgabe der zuständigen Dienststellen der Arbeitseinsatz- und Reichstreuhänderverwaltung.

3. Die mit den Runderlassen V a 5780.28/90 vom 9. Januar und V a 5780/196 vom 4. Februar 1943 für den Einsatz von Ost- und Westarbeitern gegebenen Weisungen bleiben in Kraft mit der Maßgabe, daß die Arbeitsämter und Gauarbeitsämter und die bei diesen bestellten Sachbearbeiter für die Inspektion der Ostarbeiterlager für die Zukunft sich nur der unter Nr. 2 aufgeführten Aufgaben anzunehmen haben.

4. Die enge Verflechtung der Aufgaben des Arbeitseinsatzes und der Betreuung der fremdvölkischen Arbeitskräfte erfordert unabhängig von den zur Durchführung der vorstehenden Vereinbarung zu treffenden Maßnahmen eine ständige und enge Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Arbeitseinsatzverwaltung und den Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront. Wird z.B. bei der Durchführung von Arbeitseinsatzmaßnahmen festgestellt, daß eine ungenügende Arbeitsleistung fremdvölkischer Kräfte auf mangelnde Betreuung zurückzuführen ist, so sind hiervon unverzüglich die zuständigen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront zu unterrichten, damit diese die Abstellung bestehender Mängel bewirken können. Andererseits werden die Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront bei ihrer Betreuungstätigkeit gewonnene Erfahrungen, die einer Auswertung in arbeitseinsatzmäßiger Hinsicht bedürfen, den zuständigen Dienststellen der Arbeitseinsatzverwaltung zur Kenntnis bringen.

Wegen der Regelung von Einzelfragen der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Dienststellen und der Einrichtung eines ständigen Erfahrungsaustausches setzen sich die Gauarbeitsämter mit den zuständigen Gauwaltungen der Deutschen Arbeitsfront

in Verbindung und unterrichten die Arbeitsämter über die bezirklich getroffenen Regelungen.

In Vertretung

Dr. Beisiegel

DOCUMENT 1918-PS

HIMMLER'S ADDRESS TO THE OFFICERS' CORPS OF THE SS LEIB-STANDARTE (BODYGUARD COMPANY) "ADOLF HITLER," 7 SEPTEMBER 1940: DUTIES OF THE SS IN GENERAL; IN POLAND THE SS DEPORTED HUNDREDS OF THOUSANDS OF POLES AND SHOT THOUSANDS; THE GERMAN HOUSING PROGRAM MUST BE CARRIED OUT THROUGH THE FORCED LABOR OF "SUB-HUMANS," OTHERWISE GERMANY "WILL NOT BE ABLE TO DOMINATE THE EARTH" (EXHIBIT USA-304)

BESCHREIBUNG:

gesammelte Reden und Bruchstücke von Reden Himmlers (194 Seiten in grünem Papphefter) | teilw W (Blatt 46 bis 57) | Seite 1 o r Ecke: Archiv (Blei, unterstrichen) | Seitenstriche jeweils von *1 bis *2 Braun

---

Ansprache des Reichsführers SS an das Offizierskorps der Leibstandarte-SS „Adolf Hitler" am Abend des Tages von Metz (Überreichung der Führerstandarte.)

Meine SS-Führer!

Ich habe nun heute zwar schon zweimal gesprochen, einmal zur Standarte, als ich die neue Standarte übergab und einmal zu einer Kompanie, wobei Sie gleichzeitig anwesend waren, und wo ich eine halbe Stunde oder dreiviertel Stunde einen Unterricht abhielt über ein Thema und über einen Begriff, über eine Frage, die mir sehr wichtig erscheint, und trotzdem möchte ich heute abend noch einige Dinge zu Ihnen, zum Führercorps der Standarte „Adolf Hitler", sprechen, weil es immer das Wichtigste ist, dass das Führercorps,

diejenigen, die die Männer führen, dass die auch über alle Dinge klar Bescheid wissen und dass Sie klar ausgerichtet sind. Der Krieg ist immer noch im Fortgang, heute ist London angegriffen worden, von 3 Uhr nachmittags an in fortlaufender, ununterbrochener Welle mit vielen hunderten von Flugzeugen. Ob es und wann es zu einem heeresmässigen und infanteristischen Einsatz kommt, das wissen *1
wir nicht, wir bereiten uns darauf vor. Wie lange im Einzelnen die *2
Gefechtshandlungen auf irgend einem Teil der Erde stattfinden — in England oder in den Kolonien von England — weil die erst geholt werden müssen, das wissen wir ebenfalls nicht, wir wissen lediglich eines, dass wir uns, nur rein vom waffenmässigen Standpunkt aus, zu rüsten haben, weiter auszubilden haben, wir stellen neue Formationen gerade auf, vervollständigen die Ausrüstungen und die Formationen der Standarte, die allmählich zu einer Brigade wird, allmählich an eine kleine Division herankommt, und den Winter über werden wir üben, verbessern, ausfeilen und austauschen, wie wir es überhaupt noch nie getan haben. Denn der Winter bringt uns im Rahmen der Gesamt-SS eine ganze Anzahl Neuaufstellungen. Es werden neue Regimenter erstehen, sie sind bereits

— Seite 2 —

im Begriff: Die Regimenter Westland und Nordland, die ich heute bereits erwähnt habe, dann werden neue technische Truppen für eine Formation entstehen, Pioniere und Nachrichtentruppen und alles, was so dazu gehört. Und dann wird wieder aus der jetzigen Basis der Gesamt-Waffen-SS herausgenommen. Nun möchte ich zu Ihnen einmal über diesen Begriff „Waffen-SS" einige Worte sagen: Sie sind das älteste Regiment dieser Waffen-SS und nach Ihnen kamen dann die Standarten „Deutschland" und „Germania" und dann kam die Standarte „Der Führer" und dann wurde aus diesen einzelnen Infanterieregimentern eine Division. Bei Beginn des Polenfeldzuges haben wir sehr schnell, das können wir ruhig sagen, ein Artillerieregiment aufgestellt, im Polenfeldzug waren wir noch gar keine eigene Division und jetzt im Westfeldzug hatten wir bereits die Leibstandarte als Détachement, wobei erst im 2.Teil die Artillerieabteilung dazu kam, die Verfügungstruppendivision, die Totenkopfdivision, dann die Polizeidivision. Ich habe nun eine Erfahrung gemacht, und ich spreche zum Führercorps immer mit der letzten Offenheit auch über Dinge, die vielleicht besser anders gemacht werden, denn dazu sind wir ja Führer und dazu bin ich Ihr Kommandeur, dass ich alle Dinge offen ausspreche. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass gewisse Redensarten, wie sie von seiten der Wehrmacht uns gegenüber gemacht wurden, dass die

auch in unseren eigenen Reihen grassieren. Von seiten der Wehrmacht wurde immer — seit dem Jahre 1933 kennen wir dies schon — von uneinsichtigen Leuten gesagt: „Ja, es ist ja fabelhaft das Menschenmaterial! Jeder Mann ein Unteroffizier, aber bloss schade, dass sie leider so schlecht geführt werden! Wunderbare Paradeschritte, aber diese letzte Weihe, also so eine Art napolionischer Führung, die haben natürlich diese armen jungen Offiziere noch nicht!“ Oder: „ Die sind nicht so ganz durch die Schule gegangen wie bei uns, es ist also schade, sehr schade!“

Das hat sich allmählich abgeschliffen, man hat sich das abgewöhnt. Nach dem Polenfeldzug, da hiess es: „Ja, Gott, es war ganz ordentlich, aber natürlich, sie haben sehr grosse Verluste, weil sie nicht ganz so gut geführt waren!“ Jetzt haben wir sehr wenig Verluste, da heisst es an mancher Stelle: „Das ist natürlich ein klarer Beweis, dass die gar nicht so ganz im Gefecht waren!“ — — Na selbstverständlich, haben wir viel Verluste, dann sind wir

schlecht geführt worden, haben wir wenig Verluste, dann waren wir nicht im Gefecht. Dass wir mal gut geführt worden sein könnten, die Lösung kommt nicht in Frage. Nun, das kann man sehr leicht bestehen und sehr leicht überstehen, denn letzten Endes sprechen die Taten und die Waffentaten, die Siege, doch für uns. Es spricht vor allem die Front selber für uns. Jedes einzelne Bataillion des Heeres, jedes einzelne Regiment der Panzertruppe oder irgend sonst eine Formation, die mit uns zusammen gekämpft haben, das sind eigentlich die besten Kronzeugen für uns. Die Front erkennt uns 100 % an und von der Front spricht sich das allmählich[1]) bis in bis in die Stäbe hindurch, bis herauf sogar durch.

Nun habe ich aber etwas gemerkt, dass nun dieselbe Musik in unseren eigenen Reihen anfängt, das also heisst: „Ja, diese Totenkopfdivisionen neu aufgestellt, — — — schade um die guten SS-Männer, leider sind sie nicht ganz so gut geführt wie wir in der Verfügungstruppe oder in der Leibstandarte. Wir Alten, wir können natürlich das, aber die, die können es doch noch nicht ganz so gut!“ — Oder: „Schade, in die Polizeidivision haben wir gute SS hereingegeben, ob die Polizei, ob die das so ganz so gut können, so vollendet wie wir, . . . ?“ — Meine Herren, da möchte ich nun auf eine Gefahr aufmerksam machen: Gross geworden sind wir auf Grund unseres revolutionären Seins, auf Grund dessen, — jetzt darf ich ein einziges Mal vielleicht von mir selber sprechen, — weil ich an

[1]) hinter „allmählich“ durchgestrichen: „bis in“ (Blei)

vielen Stellen den Mut gehabt habe, j e d e bisherige Tradition zu brechen und es politisch und persönlich durchgesetzt habe. Wenn Sie heute die Reihen unserer Regimentskommandeure in der gesamten Waffen-SS übersehen, dann können wir insgesamt feststellen, dass der Grossteil der Regimentskommandeure Gott sei Dank um 4 bis 5 Jahre früher sein Regiment bekommen hat, als wir es beim Heer bekommen hätten. Wenn Sie die Reihen unserer Bataillionskommandeure ansehen: Ich habe mich nicht gescheut und werde mich nicht scheuen, tüchtige Offiziere und tüchtige Kommandeure im Alter von 29 und 30 und 31 Jahren zu Majoren zu befördern, — also zu Sturmbannführern — und ihnen Bataillione in die Hand zu geben. Ich habe mich nicht gescheut, Kompaniechefs im Alter von 25 und 26 Jahren zu Hauptleuten zu machen, zu Hauptsturmführern. Ich habe mich nicht gescheut, den revolutionärsten Durchbruch zu machen und Jungens, die lediglich Volksschulbildung hatten,

von vornherein auf die Junkerschule zu nehmen und sie durch die Junkerschule laufen zu lassen und dann im Alter von 19 oder 20 Jahren sie bereits zu Untersturmführern zu machen. Man halte mir nicht entgegen: „Ja, das gibt es wo anders auch“ — nun, wo anders gibt es das auf eine andere Art. Da können sehr viele nach 10 oder 12 Jahren, in denen sie gedient haben, wenn sie Feldwebel waren, dann Oberleutnant werden. Es ist aber etwas ganz anderes, wenn wir prinzipiell den jungen Menschen, seit dem Jahre 1934 bereits, seit wir eine Junkerschule haben, den, mit der Volksschule, genau so auf die Junkerschule nehmen, wie den, mit einer Mittelschulbildung oder dem Abitur. Das Abitur ist sehr wertvoll und ist ein Glück für jeden, der es hat, und weil es ihm in vielen Dingen rein in der Technik,[2]) rein in der Geschichte oder in der Kriegsgeschichte leichter macht. Das ist aber für mich nicht die Voraussetzung. Ich werde, das habe ich auch damals ausgesprochen, niemals das Niveau und niemals die Forderungen, die ich an den Junker stelle, senken, sondern im Gegenteil Wert darauf legen, dass sie möglichst schärfer sind, als in irgend einer anderen Institution. Ich werde aber diese Chance jedem freigeben und habe sie freigegeben und das ist auch revolutionär gewesen. Entstehen konnten wir nur als Nationalsozialisten und als SS-Männer, weil wir sagten: Auch die diffizilste Waffe ist für einen Menschenkreis, der ausgelesen, der unser Blut am besten verkörpert, der intelligent ist, keine Geheimwissenschaft. Das ist keine Schwarzkunst, die man

[2]) Komma Blei

nicht lernen kann, sondern wenn man sich mit dem unbändigen Willen, mit dem unbändigen Feuer im Herzen, das ein SS-Mann hat, wenn man sich da mal hinterklemmt und auf die Hose setzt und übt und den Willen hat, dann wird er es zusammenbringen — und wir haben es zusammengebracht! Nun müssen Sie aber lediglich so gerecht sein, und nicht, sagen wir, in menschlicher Kleinheit, da oder dort nun über einen Kameraden, der später wie Ihr Regiment oder später wie die Verfügungstruppe, das Glück hatte, an den reinen Waffendienst heranzukommen, nicht dem das Recht absprechen, dass er nicht auch in einem halben Jahr oder in einem Jahr dasselbe lernen kann, was Sie in derselben Zeit gelernt haben. Sondern hier muss ich etwas sagen: Hier können wir nur lernen von den grossen Heerestraditionen der Vergangenheit. Hier können wir absolut lernen von diesem absoluten Vorbild. Es muss wirklich so sein, meine SS-Männer, — ich sage das mit Absicht, denn wir sind alle SS-Männer:

zunächst bin ich SS-Mann, — dann bin ich Reichsführer SS — es muss absolut so sein, dass Sie für jeden schwarzen und jeden grünen Rock, ganz gleich ob das ein SS-Mann in irgend einer kleinen sächsischen Stadt im Erzgebirge ist oder ob das ein Mann der Geheimen Staatspolizei ist oder ob das ein Polizeioffizier, der ein Revier in Berlin hat, ist, dass wir grundsätzlich für dieses Corps eintreten, dass grundsätzlich, wenn die Frage kommt, oder sagen wir mal darüber gesprochen wird, ja,hat nun diese Totenkopfkompanie, ist die so ganz gut geführt worden ? oder ähnlich, dass dann grundsätzlich gesagt wird: „so gut wie der Durchschnitt der anderen Kompanien in Deutschland bestimmt!“ Es ist etwas ganz anderes, wenn wir unter uns sind, kann man dem sagen: „Du, Kamerad, pass mal auf, ich habe den Eindruck, Du hast dort Mist gemacht. Ich habe den Eindruck, Du hättest das besser so oder so oder so machen können. Lass Dir mal aus meiner Erfahrung etwas sagen.“ Bitte, das halte ich für ebenso selbstverständlich. Nach aussen hin wird abgedeckt und wird dafür eingetreten: Denn darüber wollen wir uns klar sein, wenn von diesem ganzen Corps nur an einem Teil kritisiert und gerüttelt wird: Stäbe kann man einzeln brechen, ein Bündel kann man nie brechen. Nun möchte ich Ihnen noch etwas nahe bringen: Es war für mich sehr klar, dass man auf die Dauer damit nicht operieren kann, wenn ich sage, ich habe die Verfügungstruppe, ich habe die Leibstandarte, ich habe die Totenkopfverbände, ich habe die Polizei und die allgemeine SS, sehen Sie, die Folge wäre gewesen, dass wir auf dieser Basis von 20 000, Verfügungstruppe und Leibstandarte zusammen, dass wir in

dieser Basis allmählich erstickt wären. Es wäre die Folge gewesen, dass wir ...., zwei Gefahren wären gekommen, entweder die eine Gefahr, dass bei uns der Kompaniechef, nach dem ist es nun mal so eingerichtet, dass von 4 Kompaniechefs immer nur einer Bataillionskommandeur wird, weil eben das Bataillion 4 Kompanien hat, dass entweder 3 in einem viel zu frühen Alter, wo sie noch sehr viel an irgend einem Platz hätten leisten können, sehr früh abgesägt werden müssen. Oder es wäre die andere Gefahr gekommen, dass wir total überaltert wären, dass wir Kompaniechefs, Zugführer, Bataillionskommandeure bekommen hätten, die ihre Kompanie 5 und 6 und 8 und 10 und 15 Jahre behalten hätten und selbstverständlich nie mehr den Schwung und das Feuer und die Jugendlichkeit, die wir bei einem Infanteriekompaniechef des besten Blutes brauchen, hätten behalten können.

— Seite 6 —

Es war die Gefahr, dass wir in uns erstickt wären und deswegen, sehen Sie, habe ich die Gelegenheit der Mobilmachung und die Gelegenheit des Krieges — ich musste Sie ergreifen, ich musste sie einfach aus innerpolitischen Gründen ergreifen, denn irgend jemand hat ja dieses Polen, nachdem Division um Division herausgekommen ist, niedergehalten, die haben uns ja nicht geliebt nach diesem Krieg, das darf man sich nicht einbilden und um sonst, — das kann man hier auch ruhig einmal sagen, das sind alles Dinge, die man nicht an die Öffentlichkeit bringen kann — um sonst haben wir nicht im Durchschnitt im Monat 3 bis 4 tote Polizisten und SS-Männer drüben und ungefähr 6 oder 8 tote polnische Polizisten. Da drüben war in manchen Wochen und in manchen Monaten ein munterer Bandenkrieg, der lediglich viel, viel unangenehmer war wie ein offener Kampf. Wir brauchten also Truppen und Formationen, die weltanschaulich klar waren, die dieses besetzte Land, ob es Tschechei, ob es Polen ist, wirklich in Schach hielten. So musste ich vor einem Jahr, nachdem mir früher das nicht möglich war, musste ich die sogenannten Polizeiverstärkungen, die verstärkten Totenkopfverbände, aufstellen und stellte in dieser Zeit 10 neue Regimenter auf. Nun ist ganz klar, meine Herren, dass die Kompaniechefs und die Bataillionskommandeure, dass die natürlich nicht die Übung haben konnten und das Können soldatischer Art haben konnten, wie Sie, die Sie 4 oder 5 oder 6 Jahre in dieser Tätigkeit drinnen stecken. Wir haben angefangen ohne Uniform, ohne einen Unteroffizier, ohne einen Offizier. Wir haben das im Laufe eines Jahres geschafft und wir können heute sagen: es ist geschafft. Es war nun die Schwierigkeit, dass nun, das wiederhole ich hier noch einmal, dass nun einer meiner Verbände, meiner lieben

Verbände, auf den anderen herabguckte. Die Totenkopfdivision sagte: „Ja, wir sind natürlich in der Beziehung besser, aber diese Regimenter da zu Hause, — ach Gott wie furchtbar — was haben die für alte Leute u.s.w." Richtig, haben wir! so, daß nun einer den anderen über die Achsel ansah. Und nun war mir etwas klar: Wir mussten dazu kommen, diesen Gesamtkörper zusammenzuschweissen. Da habe ich dann eines Tages den Ausdruck „Waffen-SS" genommen und habe ihn eingeführt. Und ich glaube jetzt, über den Ehrgeiz eines Teiles dieser Waffen-SS hinaus, der oder jener Division, es ist uns insgesamt ein Nutzen, dass wir heute dieser Körper von, — na ich will die untere Grenze sagen, — von rund 80 000 bis 100 000 SS-Männer, die unter den Waffen stehen, sind.

— Seite 7 —

Nun möchte ich Ihnen noch etwas weiteres nahe bringen:

Sehr oft sagt sich der Angehörige der Waffen-SS — und diese Gedanken[3]) kamen mir heute so — wie ich da draussen diese sehr schwierige Tätigkeit ansah, die die Sicherheitspolizei unterstützt von Euren Leuten, die Ihnen sehr gut helfen, haben, — das Hinausbringen dieses Volkes hier.Genau dasselbe hat bei 40° Kälte in Polen stattgefunden, wo wir tausende und zehntausende und hunderttausende wegtransportieren mussten, wo wir die Härte haben mussten — Sie sollen das hören und sollen das aber auch gleich wieder vergessen, — tausende von führenden Polen zu erschiessen. Wo wir die Härte haben mussten, denn sonst würde später sich das an uns rächen, wo wir ebenfalls in diesem Winter von 40° Kälte zehntausende von deutschen Menschen hereinbringen mussten und uns darum kümmern mussten, dass die Frauen es warm hatten, dass, wenn sie Kinder zur Welt brachten, dass diese Kinder nicht in Not und Elend kamen, wo wir uns darum kümmern mussten, dass die Pferde versorgt waren, wo wir uns darum kümmern mussten, dass das Gepäck von diesen armen Wolhynien-Deutschen, dass das versorgt wurde, alles Dinge, wo der stolze Soldat sagt: „Ach Gott, wie komm ich denn dazu, diese lächerliche Tätigkeit da . . . ! " Meine Herren, es ist bedeutend leichter in vielen Fällen, — und das möchte ich Ihnen einmal sagen, oder möchte ich Ihnen einmal, Sie werden mir das gern zugeben, wieder ins Gedächtnis rufen: Es ist bedeutend leichter in vielen Fällen, mit einer Kompanie ins Gefecht gehen, wie mit einer Kompanie in irgend einem Gebiet eine widersätzliche Bevölkerung kulturell tiefstehender Art niederzuhalten, Exekutionen zu machen, Leute herauszutransportieren, heulende und weinende Frauen wegzubringen und deutsche

*1 *2

[3]) Kreuz (Blau) über der letzten Silbe

Volksgenossen über die Grenze aus Russland herüberzuholen und dort zu versorgen. Ich möchte etwas sagen: Wir müssen beginnen, auch in der Gesamt-Waffen-SS, dass wir die übrige grosse Tätigkeit der Gesamt-SS und -Polizei erblicken und sehen, dass Sie die Tätigkeit, die der Mann im grünen Rock tut, genau so als wertvoll ansehen, wie die Tätigkeit, die Sie tun. Dass Sie die Tätigkeit, die der Mann des SD oder der Sicherheitspolizei tut, genau so als lebensnotwendiges Stück unserer Gesamttätigkeit ansehen wie das, dass Sie mit der Waffe marschieren können. Sie sind die Beneidenswerten, denn wenn Sie etwas tun, wenn eine Truppe sich einen Ruhm erwirbt, dann kann von Ruhm gesprochen werden und dann kann sie ausgezeichnet werden dafür. Viel schwerer ist an vielen Stellen, — und ich will damit

— Seite 8 —

Ihre Taten wirklich nicht herunter tun, ich bin der letzte, — aber viel schwerer ist, das glauben Sie mir, an vielen Stellen dieses stille Tun-müssen, die stille Tätigkeit, dieses Postenstehen vor der Weltanschauung, dieses Konsequent-sein-müssen, Kompromisslos-sein-müssen, das ist an manchen Stellen viel, viel schwerer. Nun will ich Ihnen noch etwas sagen: Ich sprach vorhin davon, wir sind absolut in der Gefahr gewesen, dass wir in uns,im Führercorps, erstickt wären, dass wir nicht mehr hinausgekonnt hätten, weil eben entweder, wären wir überaltert oder wir mussten zu früh die Menschen absägen. Heute, in der Zukunft, im Frieden, gibt es gar nicht die Möglichkeit, dass wenn ein Mann oder wenn ein Führer tauglich ist, dass er nicht an irgend einer Stelle eine wertvolle Arbeit leistet oder eine befriedigende Tätigkeit bekommt. Selbstverständlich werden wir es so machen, — und darüber herrsche kein Zweifel — dass wir an jede Stelle[4]) den Fähigsten hinstellen, dass also, wenn 4 Kompaniechefs da sind, der Fähigste Bataillionskommandeur wird, der, der für diese Tätigkeit am fähigsten ist. Die anderen 3 oder die anderen 2, die werden an eine Tätigkeit, die genau so wertvoll ist, wo er aber besser dafür passt, verwendet werden. Überhaupt möge man sich darüber klar sein, dass der Ablauf der letzten 2 Jahre, die reine Kriegsjahre waren mit der Vorbereitung auf den Krieg, natürlich nicht der Friede ist. Im Frieden, wenn unser Aufbau breitenmässig einmal vollendet ist, wird die Erziehung zum politischen Offizier, — da möchte ich einmal dieses Wort nennen, zum politischen Führer, zum politischen Offizier — eine viel ausgeprägtere sein. Es wird die Zeit, wo einer Zugführer ist 3 bis 4 in der Waffen-SS und wo er dann in diesen

[4]) hinter „Stelle“ durchgestrichen: „im“ (Blei)

Jahren den und jenen Kurs macht und schon als junger Führer die Tätigkeit aller anderen Zweige der SS in Kursen von 6 und 8 Wochen kennen lernt, die wird einsetzen. Es wird dann von vornherein etwas kommen, dass gegenseitig das Verständnis kommt und gegenseitig die absolute Hochachtung und die absolute Überzeugung, das was der andere tut, das ist ja sehr, sehr schwer, das ist sehr, sehr wertvoll, umgekehrt, ich werde keinen Zweig bei mir gross werden lassen, wo nicht die führenden Leute, wo nicht diejenigen, die im Führercorps sind, mindestens Reserveführer der Waffen-SS sind und mindestens das soweit geführt haben, dass sie eine Kompanie als Reserveführer führen können. So wird gegenseitig ein Zusammenhalt kommen und

— Seite 9 —

der ist notwendig. Ich glaube, dass Sie aus dem, was ich heute den Männern sagte, — Sie können als Führer sich noch ein Stück mehr dazu denken — sich vorstellen können, was diese Gesamt-SS in Bezug auf Sicherung unseres Reiches, ich meine jetzt vor allem in weltanschaulicher Hinsicht, in Bezug auf Sicherung des Blutes, durch Siedlung und durch Ausdehnung unseres Lebensraumes, in Bezug auf Aufgaben in Kolonien und wir werden Garnisonen haben, weit im Süden von Afrika und wir werden Garnisonen haben im Polarwinter, wie jetzt in Kirkenes, das ist am Nordkap[5]) oben, werden wir ebenfalls eine Garnison mit ein paar Bataillionen haben, wir werden Garnisionen haben am Bug und wir werden Garnisonen haben jetzt im Westen, wobei Metz bestimmt nicht die äusserste Westgrenze sein wird. Hier werden einige Dinge, wenn man sich das richtig überlegt, von ausschlaggebender Wichtigkeit sein. Sie würden sich wundern, wenn das, was ich ebenfalls heute bei meinem Unterricht an die Männer andeutete, dass wir den Frieden gewinnen müssen und hart gegen uns selbst sein müssen, wenn ich das nach dem Krieg sofort mit Friedensbeginn ganz eisern durchführe. Die ersten 2 Friedensjahre werden ausschlaggebend für unsere Zukunft sein. Wir dürfen nach dem Sieg in keinem Punkt grössenwahnsinnig werden, wir dürfen in keinem Punkt nachlassen, sondern müssen unerhört an uns selbst erziehen. Es ist notwendig, dass ein granitener Gehorsam eintritt, denn sonst würde es unmöglich sein, entfernte Garnisonen, wie die Kirkenes, die auch mit modernen Mitteln da oder dort einmal nicht zu erreichen sein werden oder entfernte Kolonial-Garnisonen, zu haben, wenn nicht der Offizier, der dort ist, der Führer der dort ist, eisern nach seinen

*1

*2

[5]) ein zweites „p“ ausgestrichen (Blei)

Befehlen handelt und er alles andere eher tut, wie einen gegebenen Befehl, grundsätzlichen Befehl, irgendwie nicht zu befolgen. Wir werden etwas tun müssen : wir werden nach dem Krieg in Bezug auf alle Äusserlichkeiten, — auch die sind wichtig — eine unerhörte Erziehung uns selbst angedeihen lassen. Ob das Anzug ist, oder ob das sonst etwas ist, denn sehen Sie, es ist das grosse Plus und die grosse Gefahr, das was wir nach dem Krieg, in der Zeit in der Adolf Hitler lebt, tun, das wird sich Jahrhunderte hindurch fortvererben, wenn wir einen Fehler machen, vererbt sich der Fehler
*1 Jahrhunderte hindurch, weil törichte Nachkommen dann sagen *1
werden: „Ja, das haben sie damals zur Zeit Adolf Hitler's gemacht, folglich müssen wir es auch machen!" Wenn wir einen falschen Ton
*2 hier anstimmen, *2

— Seite 10 —

wird dieser falsche Ton durch Jahrhunderte nachklingen. Und so ein Fehler, der wächst ja leider in der Dimension, je länger er fortgesetzt wird. Deswegen ist es notwendig, dass wir an uns selbst in der Zukunft unerhört arbeiten. Ich dachte, es ist richtig, wenn ich Ihnen, Sie können ruhig sagen, diese Sorgen, die ich manchmal habe, nicht mit dem einzelnen von Ihnen bespreche. Auch wird der einzelne, der da oder dort mal töricht daher redet, im Kasino glaubt, sich darüber den Kopf heiss reden zu müssen und sagt: „Ach Gott, die da oben, die wissen das ja nicht, die haben ja gar keine Ahnung!" Die Ahnung ist sehr gross und ich weiss sehr genau, was in der Truppe ist, weiss sehr genau, wie die denkt und wie die Truppe fühlt, Sie mögen aber auch an eins denken: Ich kann ja nicht nur auf den — jetzt, bitte, werden Sie nicht eingebildet — auf den schönsten Teil, den ich in der SS habe, weil es der positivste ist, das Handwerk, was Sie betreiben, das positivste und männlichste ist, ich kann nicht nur nach dem, sondern ich muss immer die gesamte SS sehen. Würde ich diesen nicht sehen, würde ich das Leben dieses positivsten und männlichsten Teiles unserer Betätigung, nämlich der Waffen-SS, würde ich das Leben von Ihnen verneinen. Denn leben wird diese Waffen-SS nur dann, wenn die Gesamt-SS lebt. Wenn das gesamte Corps wirklich ein Orden ist, der in sich nach diesen Gesetzen lebt und sich darüber klar ist, dass ein Teil ohne den anderen nicht denkbar ist. Ihr seid nicht denkbar ohne die allgemeine SS, diese ist nicht denkbar ohne Euch. Die Polizei ist nicht denkbar ohne die SS, wir sind aber auch nicht denkbar ohne diese Exekutive des Staates, die in unser Hand ist, das Führercorps ist nicht denkbar ohne die nationalpolitischen Erziehungsanstalten, die wir jetzt aufbauen, umgekehrt, wir können uns nicht ergänzen ohne die Fühlung mit der Jugend, wir sind

nicht denkbar ohne die wirtschaftlichen Unternehmungen. Ein Teil, der Ihnen, den meisten, unbekannt sein muss, weil noch nie darüber gesprochen wurde. Ich will ein Stückchen mal mehr erzählen: Das *1
Wohn-Bau-Programm, das die Voraussetzung für eine gesunde und soziale Grundlage der Gesamt-SS wie des gesamten Führercorps ist, ist nicht denkbar, wenn ich nicht aus irgend einer Stelle her das Geld bekommen würde, das Geld schenkt mir niemand, das muss verdient werden, das wird verdient[6]) dadurch, dass der Abschaum der Menschheit, die Häftlinge, die Berufsverbrecher, dass die positiv zur Arbeit angesetzt werden müssen. Der Mann, der nun diese *2

— Seite 11 —

Häftlinge bewacht, tut einen schwereren Dienst wie der, der exerzieren geht. Der, der das tut und neben diesen negativsten Menschen steht, betreibt in diesen 3 oder 4 Monaten, — — und das wird[7]) sich ja zeigen: Im Frieden werde ich Wachbataillione bilden und die nur abkommandieren auf 3 Monate — lernen in dieser Zeit den Kampf mit dem Untermenschentum kennen und *das* wird[8]) nicht eine öde Wachtätigkeit, sondern wenn die Offiziere es richtig machen, den besten Unterricht über Untermenschentum und über Minderrassentum noch erfahren. Diese Tätigkeit ist notwendig,wie ich Ihnen schon sagte, 1. um dem deutschen Volk diese negativen *1
Menschen wegzunehmen, 2. um sie einzuspannen noch einmal für die grosse Volksgemeinschaft, dass sie Steine brechen und Steine brennen, damit der Führer seine grossen Bauten wieder machen kann und 3. dass das, was damit ganz nüchtern wieder an Geld verdient wird, das wird wieder umgesetzt in Häusern, in Grund und Boden, in Siedlungsstellen, dass unsere Männer und unsere Führer, damit sie leben können und Häuser haben, in denen sie wirklich grosse Familien haben können und viel Kinder. Das ist wieder notwendig, wenn nämlich dieses führende Blut in Deutschland, mit dem *2
wir stehen und fallen, mit dem guten Blut, wenn das sich nicht *1
vermehrt, werden wir die Erde nicht beherrschen können. Darüber seien Sie sich auch klar; wir würden das grosse germanische Reich, *2
das im entstehen begriffen ist, nicht halten können. Ich bin der Überzeugung, wir können es halten, bloss müssen wir die Voraussetzungen schaffen: Wenn wir einmal zu wenig Söhne hätten, würden die, die nach kommen, feige werden müssen. Ein Volk, das im Durchschnitt 4 Söhne in der Familie hat, das kann einen Krieg wagen, denn wenn 2 fallen, setzen 2 den Namen fort. Ein Volk, das einen oder zwei Söhne in der Familie hat, dessen Führung wird bei

---

[6]) „s“ in „verdienst“ ausgestrichen (Blei)
[7]) „d“ Blei
[8]) „das“ und „d“ Ti

jedem Entschluss feige sein müssen, auch aus eigenen Erfahrungen heraus, weil sie sich sagen müssen: wir können uns das nicht leisten. Seht Frankreich an, das ist das beste Beispiel. Frankreich hat sich das Gesetz des Handelns von uns diktieren lassen. Es konnte es uns nicht mehr diktiren, weil sie nicht mehr konnten. All die Dinge, die Ihnen manchmal fremd sind, weil andere Dinge vordringlicher waren in den letzten 2 Jahren, weil ich die Ihnen, den Führern nämlich, nicht genug nahebringen konnte, weil ich sie Ihnen manchmal auch deswegen nicht nahegebracht habe, um etwas, was im Entstehen begriffen ist, nicht so sehr in die Öffentlichkeit zu bringen, damit nicht ein zartes Pflänzchen von Menschen, die uns nicht so ganz wohlwollen, plötzlich mehr ausgerupft wird. Dafür habe

— Seite 12 —

ich lieber in Kauf genommen, dass manchmal meine eigene Truppe darüber nichts wusste und habe dann im Stillen dieses Pflänzchen mal zum kleinen Baum werden lassen. Wenn es dann so gross ist, jetzt sind die meisten Dinge so gross, jetzt werden die Bäume nicht mehr ausgerupft. Alle die Dinge, die manchmal Ihnen fremd gegenübertraten: „Warum müssen wir zum Lebensborn was beizahlen?", „Warum müssen wir in die Spargemeinschaft?", „Warum müssen wir das oder jenes?" Wenn so etwas herankommt, dann bitte ich Sie auch in der Zukunft um etwas: Seien Sie hier in erster Linie SS-Männer, die einen [9])Glauben haben, dass das, was getan wird, schon richtig ist. Ein Stück passt zum andern, auch wenn Sie es vorher nicht kennen, auch wenn es nicht im Augenblick in die Augen scheint, dass das zueinander passt. Am Schluss fügt sich alles zum andern. Das Gesamtziel ist für mich, seit den 11 Jahren, seit ich Reichsführer SS bin, immer unverrückbar dasselbe gewesen: einen Orden guten Blutes zu schaffen, der Deutschland dienen kann. Der unverrückbar und ohne sich zu schonen sich einsetzen kann, weil sonst die grössten Verluste an der Vitalität dieses Ordens, an der Vitalität dieser Menschen, scheitern werden, weil sie immer wieder ersetzt werden. Einen Orden zu schaffen, der diesen Gedanken des nordischen Blutes so verbreitet, dass wir alles nordische Blut in der Welt an uns heranziehen, unseren Gegnern das Blut wegnehmen, es uns einfügen, damit niemals mehr, jetzt in der ganzen grossen Politik gesehen, in grossen Mengen und in nennenswertem Umfange nordisches Blut, germanisches Blut, gegen uns kämpft. Wir müssen es an uns nehmen und — die anderen dürfen keines haben. Die Gedanken und das Ziel, das vor Jahren und

[9]) „G" über „g" (Blei)

Jahren gesteckt worden ist, sind niemals verlassen worden. Alles was wir taten, hat es ein Stück auf dem Wege weitergebracht. Alles was wir tun werden, wird uns den Weg weiter führen. Durchgeführt kann es nur werden, wenn jeder von uns über das, was er liebt an seiner Tätigkeit, seine Kompanie, sein Regiment, — und das sollt Ihr lieben, Ihr könnt stolz darauf sein, wenn Ihr über das hinaus das grosse ganze seht, hier die SS und auch sie ist nur ein Mittel zum Zweck, immer das Reich, die Weltanschauung, die der Führer ins Leben gerufen hat, das Reich, das er gegründet hat, das Reich aller Germanen.

DOCUMENT 1919-PS

SPEECH BY HIMMLER ON THE OCCASION OF THE SS GROUP LEADER MEETING IN POSEN, 4 OCTOBER 1943: ELABORATION OF THE THEME: OTHER PEOPLES ARE TO BE LOOKED ON AS SLAVES IN THE SERVICE OF GERMAN CULTURE; OBSERVATIONS ON RUSSIANS, ITALIANS; RESCUE OF MUSSOLINI BY THE SS; SITUATION AND MORALE IN GERMANY; ASSESSMENT OF ALLIED SITUATION; SS IDEALS AND PLANS FOR THE FUTURE (EXHIBIT USA-170)

BESCHREIBUNG:

Sammlung verschiedener Reden von Himmler (191 Seiten) in grünem Pappheftер I W von Seite 1 — 116 Ds, eine Reihe von Ausbesserungen Erstschrift

---

Rede des Reichsführer-SS

bei der SS-Gruppenführertagung in Posen

am 4. Oktober 1943

Gefallenenehrung.

In den Monaten, die verflossen sind, seit wir im Juni 1942 beisammen waren, sind viele Kameraden gefallen und haben ihr Leben für Deutschland und für den Führer gegeben. Ihnen voran — und ich bitte Sie, sich zu seiner Ehre und zur Ehre aller unserer toten SS-Männer und toten deutschen Soldaten, Männer und Frauen, zu erheben — ihnen voran aus unseren Reihen unser alter Kamerad und Freund, SS-Obergruppenführer Eicke. (Die Gruppenführer haben sich von ihren Plätzen erhoben). Ich bitte Sie, sich zu setzen.

Die Lage im fünften Kriegsjahr

Ich habe es für notwendig gehalten, nun zu Beginn des fünften Kriegsjahres, das ein sehr schweres Kriegsjahr werden wird, Sie, das hohe Führer-Korps der ᛋᛋ und Polizei, zusammenzurufen. Nüchtern, wie wir immer waren, wahrheitsgetreu uns selbst gegenüber, wollen wir in dieser Truppenführerbesprechung einige Dinge behandeln. So, wie ich es in langen Friedensjahren gewöhnt war, werde ich Ihnen meine Meinung über die

Lage, so wie ich sie ansehe, über unsere Aufgaben, über das, was wir bisher getan und erreicht haben, sowie über das, was uns in Zukunft zu tun ansteht, in möglichst kurzen Worten darlegen.

Die russische Führung

Zunächst die Kriegslage. Ich fange mit Russland an. Als — ich glaube, es war 1937 oder 1938 — in Moskau die großen Schauprozesse stattfanden und der ehemals zaristische Fähnrich und spätere bolschewistische General Tuchatschewski und andere Generäle erschossen wurden, da waren wir in ganz Europa, auch wir in der Partei und in der ᛋᛋ der Ansicht, dass damit das bolschewistische System,dass damit Stalin einen seiner größten Fehler begangen hätte. Wir haben uns in dieser Beurteilung der Lage absolut getäuscht. Das können wir wahrheitsgetreu einmal feststellen. Ich glaube, Russland hätte die zwei Jahre Krieg — und es steht jetzt im dritten Kriegsjahr — nicht durchgehalten, wenn es die früheren zaristischen Generäle behalten hätte. Es hat, das stelle ich voraus, den politischen Kommissar zum General gemacht oder denjenigen, der aus der Roten Armee als Kommandeur, als General hervorwuchs, so ausgesucht, dass er zugleich politischer Kommissar sein konnte. Der

sturste Willensträger der bolschewistischen — Doktrin möchte ich es nennen, nicht Weltanschauung — ist zugleich dort Kommandeur und Führer.

Der Angriff 1941

Im Jahre 1941 hat der Führer Russland angegriffen. Das war, wie wir heute wohl feststellen können, kurz, vielleicht ein viertel bis ein halbes Jahr bevor Stalin zu seinem großen Einbruch nach Mittel- und Westeuropa ausholte. Ich kann dieses erste Jahr mit

ganz kurzen Strichen skizzieren. Der Angriff schlug durch. Die russische Armee wurde in g rossen Kesseln zusammengetrieben, aufgerieben, gefangen. Wir haben damals die Masse Mensch nicht so gewertet, wie wir sie heute als Rohstoff, als Arbeitskraft werten. Was letzten Endes, wenn ich in Generationen denke, nicht schade ist, was aber heute wegen des Verlustes der Arbeitskräfte bedauerlich ist: die Gefangenen sind nach Zehntausenden und Hunderttausenden an Entkräftung, an Hunger gestorben.

Der Winter 1941/42

Es kam auf den Sommer und Herbst 1941, auf den Siegeszug, der uns bis vor Moskau führte, der Winter 1941/42. Der Winter 1941/42 war mit seinen Folgen einesteils das Werk des Schicksals, das uns zum e rsten Mal hart gewogen

— Seite 4 —

hat, zum anderen aber war er das Werk der politischen Kommissare, der Politruks, deren Härte und Unnachgiebigkeit, deren fanatischer, brutaler Wille den Rohstoff der slawischen, mongolischen Menschenmassen an die Front trieb und nicht aus ihr herausließ.

Das Jahr 1942

Im Frühjahr 1942 kamen d ann wieder unsere Angriffe auf die Krim, über den Donez zum Don und zur Wolga. Weitgespannt war der Bogen der Front Deutschlands und seiner Verbündeten. Der Krieg hätte im Jahre 1942, wenn alle gehalten hätten, für Russland zum Ende führen können. Denn nach allen Berechnungen und nach aller Wahrscheinlichkeit, die ja im Krieg nicht ausser Acht zu lassen ist, mit der man ja rechnen muss, wäre der Kaukasus früher oder später in unsere Hand gefallen. Russland wäre von seinen Hauptölquellen abgeschnitten gewesen und der Hunger hätte seine Menschen noch ärger traktiert als er es heute tut. Es kam der Zusammenbruch unserer Bundesgenossen. Zuerst kam der Durchbruch bei den Rumänen, dann der Durchbruch bei der damals schon sehr wenig wertvollen italienischen Armee und dann der Durchbruch und das Davonlaufen im Rahmen der ungarischen Verbände: Der Totalausfall von rund 500 km Front. Dieser Ausfall verlangte

— Seite 5 —

die Zurücknahme der deutschen Front, um sie überhaupt wieder schließen zu können. Durch diesen Ausfall ist das Opfer von Stalingrad schicksalsmässig notwendig gewesen. Es ist nicht unsere Aufgabe, jede Einzelheit heute zu überdenken. Ich persönlich habe die

Überzeugung, dieses Opfer — das klingt nun furchtbar roh, wenn ich es sage — war notwendig, denn ohne die Bindung feindlicher Kräfte um Stalingrad wäre die Schließung der deutschen Front nicht mehr möglich gewesen. Das wird, davon bin ich überzeugt, 10, 15 oder 20 Jahre nach dem Kriege das Ergebnis der Kriegsgeschichtsforschung sein. Ein gleichsam sehr später Trost.

Das Jahr 1943

Es kam dann in diesem Frühjahr der erste große Kampf um Charkow. Charkow wurde geräumt unter manchmal — das ist jedem unserer Verbände draußen bekannt — sehr eigenartigen Umständen. Zur rechten Zeit kam dann auf Befehl des Führers das Panzerkorps unter Führung unseres alten Kameraden ᛋᛋ-Obergruppenführer Hausser nach Charkow. Die planmässige Räumung Charkows auch durch das Panzerkorps wurde von Hausser durchgeführt. Es begann ein ruhmreicher wochenlanger Feldzug, den dieses Korps in einer selten beweglichen Weise im freien Felde

— Seite 6 —

führte, so wie ich es für motorisierte und Panzer-Verbände für eigentlich richtig und geradezu artgemäß halte. Unser Panzerkorps trieb den Gegner, Sepp Dietrich brach mit seiner Leibstandarte als erster in Charkow ein, Charkow wurde wiederum genommen und die deutsche Front wurde wieder hergestellt.

Im Spätfrühling und Sommer dieses Jahres antworteten wir auf Angriffe der Russen mit einem grossen Gegenangriff auf Bjelgorod. Wir können mit Stolz feststellen, dass das einzige Korps, das wirklich durch das tiefe Stellungssystem der Russen durchschlug, unser ᛋᛋ-Panzerkorps war, voran vor der alten Division „Das Reich" die Standarte „Deutschland". Eine 7 km tiefe Stellung hatte der Russe gebaut, ein Muster und Beispiel, wie wir Deutschen es uns garnicht stark genug vor Augen halten können: fleissig zu sein, sich einzugraben und Stellungen zu bauen. Denn dieser Fleiss und der Schweiss, der dabei vergossen wird, würde das Leben von Zehntausenden sparen. Ganz haben wir Deutsche dies auch nach vier Kriegsjahren noch nicht gelernt. Wenn man eine Schulnote dafür geben müsste, so liesse sie sich für den Stellungsbau der Deutschen am besten zwischen 4 und 5 fällen. Eines muss ich hier anerkennen, unsere ᛋᛋ-Divisionen haben im Laufe der letzten 2 Jahre sehr viel dazu gelernt

und betreiben den Stellungsbau im allgemeinen fleissig.

Mitten in diese Operationen an der Ostfront kam der notwendige Abzug einer grossen Anzahl der Divisionen nach Italien. Damit konnten wir den Angriff der Russen, den wir mit zehn Panzer-Divisionen mehr zu einer Katastrophe hätten enden können, rein kräftemässig nicht so entgegentreten, wie es notwendig gewesen wäre.

Das Menschenpotential der Russen

Hier möchte ich nun einmal einige Worte zur Beurteilung der Gesamtkraft der Russen sagen. Ein wichtiges Fundament für die gesamte Beurteilung ist die Frage, wieviel Menschen hat denn der Russe. Das ist das grosse Rätsel. Die Schätzungen über dieses Volk in diesem seit Jahrzehnten hermetisch abgeschlossenen Land liegen zwischen 170 und 250 Millionen. Ich habe mich um diese Frage sehr bemüht und habe Arbeiten machen lassen, die bei den ersten zaristischen Volkszählungen, also den ersten Volkszählungen, die überhaupt in Russland gemacht wurden,beginnen. In dieser Zeit gab es die bolschewistische Tendenz noch nicht, alles in Russland gegenüber Europa und der Welt zu verbergen, angefangen vom Bau einer Straße, die nicht eingezeichnet ist, bis zur Verheimlichung der großen Industrien, die die Panzer und Flugzeuge herstellten, die dem europäischen Intourist-

besucher als Traktorenfabriken gezeigt wurden, während in der Nebenhalle die Panzer gebaut wurden. Ich habe mir nun die Zählungen heranholen lassen, die nicht unter diesem Gesetz des Tarnens und Verbergens Jahrzehnte vor der bolschewistischen Herrschaft stattgefunden haben. Daraus lässt sich ein gewisser Fortschritt, ein progressives Wachsen errechnen. Wir sind durch unsere Berechnungen zu dem Ergebnis gekommen, dass Russland zweihundert und im allerbesten Fall 220 Millionen Menschen haben muss. Die einzelnen Berechnungen hier aufzuzählen würde zu lange dauern und auch vielleicht zu langweilig sein. Ich bin zu der Überzeugung gekommen, dass der Russe neben den heute an seiner Westfront, also der Front uns gegenüber stehenden Divisionen am Anfang und im Laufe dieses Jahres noch einmal zusätzlich 4 Millionen Soldaten aus seinem Volkskörper herausgepresst hat. Das bedeutet 400 mal 10.000 Mann, also 400 neue Divisionen. Ich errechne mir das ungefähr folgendermaßen. Er hat den Jahrgang 1926 und zum Teil

schon 1927 herangeholt. Es ist eine naturgesetzmäßige Tragik, dass die russischen Jahrgänge von 1925 bis 1927 je zwischen 1,5 und 1,8 Millionen Männer stellen, während unsere Jahrgänge für diese Zeit nur 500.000 bis 600.000, also ein Drittel der russischen Zahl betragen.

— Seite 9 —

Der Russe hat ohne Zweifel darüber hinaus aus noch jüngeren Jahrgängen, auch aus dem Jahrgang 1928, schon eine Menge Volks in seine Kompanien hineingestopft. Die Division „Das Reich" meldete, dass sie teilweise Divisionen gegenüber stand, bei denen ganze Kompanien aus 14- und 15jährigen bestanden. Das ist dem Russen g anz gleichgültig. Bei ihm macht es nur die Masse, und diese Masse muss eben zertreten und abgestochen, abgeschlachtet werden. Es ist, um einmal ein ganz brutales Beispiel zu gebrauchen, wie bei einem Schwein, das abgestochen wird und allmählich ausbluten muss. Ohne Zweifel hat der Russe seine Armee noch einmal um 1 Million Menschen verstärkt durch die Übernahme von Hülfskräften, also vor allem von Frauen und Jungens in die Trosse, ja sogar in die Bataillonsstäbe und als Posten am Maschinengewehr. Chinesen hat e r offenkundig nicht b ek ommen. Er hat je doch aus diesen kleinen Volkssplittern wie Afghanen (2 bis 3 Millionen Menschen), Mongolen aus der äusseren Mongolei (2 Millionen Menschen) und Kirgisen, die vielleicht bisher wehrmässig noch nicht ausgeschöpft waren, noch einmal 1 Million zusammengebracht. Ich glaube, d ass er alles in allem 4 Millionen Mann zusätzlich als Offensivarmee auf die Beine gebracht hat. Im Hinblick auf das Grosse und Ganze bin ich, wie Sie wissen, ein Optimist. Ich weiss, dass wir

— Seite 10 —

den Krieg gewinnen werden. Das ist ein Naturgesetz. In Berechnungen bin ich jedoch immer sehr nüchtern gewesen, und ich glaube, hier nachweisen zu können, dass ich in diesen Dingen nie falsch prophezeit habe. Ich glaube also, dass der Russe bei den jetzigen Offensiven rund 2 Millionen Menschen an Toten, Gefangenen und Versehrten verbraucht hat. Wir haben also im Winter noch einmal mit einer Verzweiflungs- und Totaloffensive der Russen in Stärke von 200 Divisionen, also von ungefähr 2 Millionen Mann zu rechnen. Diesen Ansturm und diesen Anstoß müssen und werden wir aushalten. Endlos ist überhaupt nichts auf der Erde, endlos ist auch das Potential der Russen nicht. Wenn diese Brussilow -Offensiven, um den Vergleich zu gebrauchen, einmal zu Ende sind, geht auch das Potential der Russen seinem natürlichen Ende entgegen. Schlimm ist bei den Russen der Hunger. Es ist interessant, dass er es bei

seiner Masse Mensch für richtig hält, Offiziere und Kommissare körperlich kräftig und bei Laune zu erhalten, indem er ihnen amerikanische Verpflegung gibt, während der kleine Iwan sehr dürftig mit etwas Brot oder ähnlichem Zeug verpflegt wird. Er macht eben den ganzen Krieg mit seiner brutal durchgebildeten Führungsschicht von politischen Offizieren, von Offizier-Kommissaren oder Kommissar-Offizieren, von Politruks oder Unteroffizieren,

— Seite 11 —

Unteroffizieren oder Politruks: es ist allmählich ein und dasselbe geworden.

Der Bandenkrieg

Nun komme ich zu einer anderen Art des Krieges in Russland, über den so furchtbar viel gesprochen wird. Wenn Sie nach dem Osten kommen, in die hohen Stäbe, dann bekommen Sie im allgemeinen eine Karte im Maßstab 1 : 1.000.000 vorgelegt. In diese Karte vom Maßstab 1 : 1.000.000 wird nun geflissentlich jede Mine, die an diesem Tage auf Eisenbahnschienen von vielen tausenden Kilometern gefunden wurde, mit einem Kringel eingetragen. Jeder Überfall, ob das ein Überfall auf einen Munitionstransport ist oder ob es ein landesüblicher Viehdiebstahl ist, wird mit einem Kreuz oder etwas ähnlichem eingetragen. Dann sehen Sie eine solche Karte nur rot. Man ist versucht zu sagen: „Aus! Ende! Da ist garnichts zu machen". — Übertragen Sie sich das auf eine Karte in normalem Maßstab und vergleichen Sie das nun mit den Kriminalfällen, die unser behütetes und heute noch mit Polizei reichlich versorgtes deutsches Vaterland hat, dann sinkt das zu einer unangenehmen Kleinigkeit zusammen. Es erzählt Ihnen aber, wenn Sie es hören wollen, jeder kleinste Angehörige eines Stabes, besonders in der Etappe: „Furchtbar, die Heeresgruppe Mitte ist durch einen Gürtel von

— Seite 12 —

400 Kilometern durch Partisanen von der Heimat abgeschnitten." Wenn Ihnen das jemand erzählt, dann reichen Sie dem Manne das Taschentuch, damit er seine Tränen trocknen kann. Ich stelle nämlich solchen Leuten gegenüber immer die Frage: „Ist die Heeresgruppe Mitte bisher verhungert?" Antwort: „Nein." —„Hat sie keine Munition mehr bekommen?" „Nein, sie hat alles bekommen." — Natürlich fallen die Züge aus, stundenlang, halbe Tage lang. Ist aber deshalb etwa der Nachschub an Menschen ausgeblieben? Nein, die Heeresgruppe hat ihn bekommen.

Der Wlassow-Rummel

Dann hören Sie das nächste Gebet. Das lautet: „Wir haben uns in dem Russen g etäuscht." Das Gebet geht aus von Männern, die meistens irgendwie östlicher Provenienz sind, die in ihrer Jugend dort drüben waren, zum Teil sehr gute Bücher g eschrieben haben, dabei eine russische Mutter hatten und die nun erzählen. Es geht auch aus von solch kleinen politischen Vagabunden, die wir früher schon im Ostkampf gegen Polen kennen lernten und bei uns herausschmissen, die jetzt als Soldaten, als Hauptleute und Majore, eingezogen wurden und nun unter Ausnutzung des Kleides unserer anständigen deutschen Wehrmacht weiter ihr intellektuelles Unwesen t reiben. Angestachelt von dieser Propagandatendenz — ich kann es nicht anders

— Seite 13 —

nennen — erzählen Ihnen so und so viele, schreiben es in Feldpostbriefen heim (und es sickert ja von oben nach unten durch): Ja, wir haben uns im Russen getäuscht. Der Russe ist ja garnicht dieser Roboter (dieser Ausdruck wird meistens gebraucht), für den wir ihn ansahen im Jahre 1941. Jetzt, nachdem wir hier im Osten sind, sind uns die Augen aufgegangen. Das ist ein edles Volk, und w as weiß ich alles, ein Ausbund aller Tugenden. Wir müssen sie bloß zu Nationalsozialisten erziehen, am besten eine NSRAP. machen oder etwas ähnliches. Dann würden sie — nun kommt das Nächste — unter Genneral Wlassow die Befreiungsarmee darstellen. Dann kommt folgendes, was der General Wlassow uns immer sagt: Russland kann nur von Russen besiegt werden. Deutschland hat Russland bisher noch nie besiegen können. Deswegen: Gebt dem Wlassow 500.000 bis 1.000.000 Russen, bewaffnet sie gut, bildet sie möglichst nach deutschen Prinzipien gut aus, und der Wlassow ist so edel, dass er dann gegen die Russen losgeht und sie für uns umbringt.

Man kann ja viel Stuss und viel Unsinn verzapfen, das wäre garnicht gefährlich. Wenn sich aber ein solcher Unsinn so auswirkt, dass eine ruhmreiche, auf eine Jahrhunderte alte Tradition zurückblickende Armee wie die deutsche, dann durch das Geschwätz von kleinen, politisch

— Seite 14 —

ungebildeten Offizieren höheren oder niederen Dienstgrades an ihrer eigenen Stärke zu zweifeln beginnt, und wenn der kleine einzelne Spruchbeutel, der so redet, garnicht merkt, wie verheerend es sich auswirkt, wenn man sagt: „Wir können die Russen nicht besiegen,

das können nur die Russen selbst", — dann ist das gefährlich. Jeder, den Sie fragen: „Wie ist die russische Infanterie?", sagt Ihnen mit rührender Gedankenlosigkeit (es passt ja logisch eines garnicht zum andern): „Die russische Infanterie ist Dreck. Der sind wir haushoch überlegen." — Aber: Russland kann nur von Russen b esiegt werden.

Ich hätte nichts dagegen gehabt, wenn man Herrn Wlassow, so wie jedes andere slawische Subjekt in russischer Generalsuniform bei uns angestellt hätte, um mit ihm gegen die Russen Propaganda zu machen. Dagegen hätte ich garnichts einzuwenden. Wunderbar.

Brigf. Fegelein und der russische General

Unser Kamerad Fegelein hat sich auch einmal einen solchen russischen General gefangen. Sehen Sie, die sind billig. Das sind Slawen. Humorvoll, wie er ist, sagte Fegelein seinem Stab: „Den behandeln wir jetzt ma l gut. Wir tun so, als ob wir ihn als General anerkennen würden. Also, wenn er hereinkommt, aufgestanden,

— Seite 15 —

stillgestanden, Herr General hin, Herr General her, und ihm gezeigt, welche Achtung wir vor ihm haben. " — Selbstverständlich funktionierte das. Da braucht man einem russischen General keine politischen Ideen, politischen Ideale, politischen Zukunftspläne beizubringen, Das kann man billiger haben, meine Herren. Dafür sind die Slawen bekannt. Der Slawe ist nie fähig, selbst etwas zu konstruieren. Auf die Dauer ist er es nicht. Ich werde nachher darauf zurückkommen. Mit Ausnahme von wenigen Erscheinungen, die Asien immer wieder alle paar Jahrhunderte hervorbringt, durch für Asien glückliche, für uns Europäer unglückliche Mischung von zwei Erbteilen, mit Ausnahme also von einem Attila, einem Tschingis Khan, einem Tamerlan, einem Lenin, einem Stalin ist dieses Mischvolk der Slawen aufgebaut auf einer Unterrasse mit eingesprengten Blutstropfen unseres Blutes, einer führenden Rasse, nicht fähig sich selbst zu beherrschen und Ordnung zu halten. Es ist fähig zu diskutieren, fähig zu debattieren, fähig zu zersetzen, fähig gegen jede Obrigkeit Widerstand zu leisten und zu revoltieren. Ordnung zu halten, ist diese menschliche Minderware heute genau so wenig fähig, wie sie es vor 700 oder 800 Jahren war, als diese Menschen die Waräger riefen, als sie die Ruriks riefen.

— Seite 16 —

Jeder Russe, jeder Slawe hört sich gerne reden. Eine alte Sache. Wenn man sie auffordert: „Sagen Sie doch mal, auf Ihr Urteil legen

wir allergrössten Wert. Wir können ja von Ihnen nur lernen", da finden Sie nicht einen russischen Kommissar, der auf dieses Kitzeln mit der Pfauenfeder nicht hereinfiele. Unser Fegelein hat seinen General so behandelt, und der hat uns alles erzählt, was so ein braver, tapferer Kommandeur eigentlich nicht erzählen dürfte: angefangen von der Stellung der Batterien bis zu den Aufmarschplänen und Befehlen für seine Divisionen (er hat eine ganze Stoßarmee gehabt). Er hat alles schlachtreif uns gegeben. Er war sich darüber klar, dass er nach dem Plaudern — er ist nie scharf angefasst worden, nicht mit einem einzigen Wort — zu Väterchen Stalin nicht mehr gut zurückkonnte. Und das, obschon er den Stalin-Orden, etwa Nr. 700, das große Ritterkreuz von denen da drüben hatte, das er dann Fegelein geschenkt hat. Fegelein übergab diesen Orden dem Führer, und der Führer gab ihn in einer sehr netten silbernen Kassette an Fegelein zurück. Das bloß nebenher.

Noch einmal Wlassow

Als mir Fegelein die Geschichte mit dem General mitteilte, sagte ich:„Selbstverständlich können wir alles. Dem Mann wird alles

— Seite 17 —

versprochen, und es wird auch gehalten. Er kriegt die Pension eines deutschen Generalleutnants. (Er ist russischer Generalleutnant). Er kriegt gutes Essen, Schnaps, Weiber." — Das ist doch entsetzlich billig. Ein Torpedo kostet was weiß ich wieviel 10.000 Mark, wenn wir ihn verschiessen. Das vorbereitende Feuer der zusammengefassten Artillerie nur einer Division oder eines Korps kostet viele Hunderttausend. Wir wissen garnicht, ob das jedesmal so wirkungsvoll ist, als wenn wir uns billig einen russischen General kaufen. Natürlich geht das nicht in der Form, dass man ihm sagt: Sie kriegen jetzt 100.000 Mark, jetzt verraten Sie das. — Das tut er natürlich nicht. Da hat der Genosse Slawe irgendeinen Ehrenstandpunkt. Das muss man eben anders machen. Rechnen Sie sich das aus. Was hat er an Pension? 1.500 Mark im Monat, das sind also 18.000 Mark im Jahr. Lassen sie ihn 10 Jahre leben, dann sind es 180.000 Mark. Sonstige Unkosten noch 20.000 Mark. Das sind alles zusammen 200.000 Mark. Es ist doch billig, wenn man dafür eine russische Stoßarmee kriegt. Das können Sie mit jedem russischen General machen, mit jedem. Man darf sie bloß nicht so ernst nehmen. Wenn wir das könnten, dann liefen die Dinge richtig. Wir Deutsche machen es aber so falsch, ich muss sagen, in Staat und Wehrmacht, und auch mancher

Parteigenosse ist auf den Leim gekrochen und hereingefallen.

Herr Wlassow hat Vorträge gehalten in Paris, in Brüssel, in Berlin. Zu seinen Füßen saßen staunend Angehörige der deutschen Führerschaft, machten das Maul auf und liessen die Nase hereinhängen in das Maul vor lauter Staunen darüber, was so ein Bolschewik alles kann. Und sie liessen sich von diesem Metzgergesellen erzählen. Ich habe mir die Mühe gemacht, seine ganze Rede einmal durchzulesen. Ich werde auch zu dieser Rede Stellung nehmen, und das schicke ich Ihnen in der nächsten Zeit einmal zu. — Herr Wlassow erzählt also: Eine Schande, wie die Deutschen das russische Volk behandeln. Wir Russen haben schon seit Jahrzehnten die Prügelstrafe abgeschafft. (Sie haben sie abgeschafft. Dafür erschiessen sie jetzt. Das ist eine andere Art und eine andere Reizwirkung.) Ihr Deutschen habt die Prügelstrafe — pfui wie gemein, wie barbarisch — wieder eingeführt. — Alle im Zuhörerraum schämen sich.— Einige Minuten später erzählt der Mann: Wie national die Russen sind — an diese nationale Seele müsst Ihr appellieren — können Sie daran sehen, dass der Besieger des Feldmarschalls Paulus, der General X. (ich weiss seinen Namen nicht mehr), der jahrelang von der GPU. eingesperrt war, der geprügelt, gesch lagen und gefoltert

wurde, so dass er heute noch ein Hüftleiden und eine schwere Kopfverletzung hat, aus lauter Nationalismus den Feldmarschall Paulus bei Stalingrad besiegte.— Kein Mensch widerspricht. Ich dachte, die Russen hätten doch die Prügelstrafe abgeschafft. Offenkundig werden bei den Russen bloß die Generäle geprügelt, damit sie größere Leistungen vollbringen. Widerspruchslos ist dieser Wlassow-Rummel in Deutschland umgegangen. Statt geschickt eine Propaganda zur Zersetzung der russischen Armee daraus zu machen, hat sich diese Propaganda zum Teil gegen uns selbst gewendet und die Widerstandskraft und den Widerstandswillen in unseren eigenen Reihen durch Irrtümer und falsche Auffassungen gelähmt.

Herrschen mit einer Minderheit

Ich habe mich für verpflichtet gehalten, diese Dinge hier ganz offen mit garkeiner Spitze gegen irgend jemanden auszusprechen. All die Dinge, die bei uns heute noch f alsch gemacht werden, die wir noch nicht können, also das Auftreten gegenüber fremden Völkern, die Beherrschung der fremdblütigen Massen mit einer

kleinen Minderheitsoberschicht, all diese Dinge müssen eben gelernt werden. Wir im Altreich — ich meine jetzt Klein-Deutschland — sind eben erst seit 70 Jahren ein Reich. Wir haben noch nicht die Gelegenheit gehabt, mit einer

— Seite 20 —

deutschen Minderheit große politische Minderheiten oder sogar Mehrheiten zu beherrschen, so wie die Ostmark im alten Österreich mit der Minderheit von 12 Millionen Deutschen 40 bis 50 Millionen Angehörige fremder Völker auf dem Balkan beherrschte. Die Gelegenheit, Millionen, Hunderte von Millionen an Menschen mit einer Minderheit zu beherrschen, wie England es tut und in 300 Jahren gelernt hat, haben wir ebenfalls noch nicht gehabt.

Man muss die Dinge so nehmen wie sie sind. Wir werden das auch lernen, und wenn wir in 100 Jahren wieder aufstehen könnten, würden wir sehen, dass unsere Enkel und Urenkel es bereits besser könnten. Ich möchte die SS in all diesen Dingen unterrichten. Ich glaube, dass wir gemäß unserer selbstsicheren rassischen Einstellung am besten gegen Fehler gefeit sind. Wir müssen selbst noch sehr viel lernen. Wir machen es, wie ich glaube — um es einmal bescheiden auszudrücken — relativ am wenigsten schlecht und am wenigsten fehlerhaft.

Psychologie des Slawen

Nun zurück zum Slawen! Ich halte es für notwendig, dass wir uns auch darüber einmal aussprechen. Ob es Peter der Große war oder ob es die letzten Zaren waren, ob es Herr Lenin oder Herr Stalin sind, sie kennen ihr Volk, sie

— Seite 21 —

wissen ganz genau, dass die Begriffe „Treue", „jemanden nicht verraten", „nicht konspirieren" nicht zu dem Wortschatz gehören, den die Russen haben. Was Sie sich auch über einen Russen erzählen lassen mögen, es ist alles wahr. Es ist wahr, dass ein Teil dieser Russen inbrünstig fromm ist und insbrünstig an die Mutter Gottes von Khasan oder von sonst irgendwo glaubt, absolut wahr. Es ist wahr, dass die Wolgaschiffer herrlich singen, es ist wahr, dass der Russe heute in der modernen Zeit ein guter Improvisator und guter Techniker ist. Es ist wahr, dass er zum großen Teil sogar kinderlieb ist. Es ist wahr, dass er sehr fleissig arbeiten kann. Es ist genau so wahr, dass er stinkend faul ist. Es ist genau so wahr, dass er eine hemmungslose Bestie ist, die andere Menschen foltern und quälen

kann, wie es ein Teufel sich nicht auszudenken v ermag. Es ist genau so wahr, dass der Russe, hoch oder niedrig, zu den perversesten Dingen neigt, bis zum Auffressen seines Kameraden und bis zum Aufbewahren der Leber seines Nachbarn in seinem Brotbeutel. Das ist in der Gefühls- und Wertskala dieser slawischen Menschen alles enthalten. Es ist oft eine reine Glückssache, welches Los er gerade zieht, und für den, der diese Bestie nicht genau kennt, ist e s ein s ehr g rosses Rätsel: was hat der Kerl jetzt gerade vor.

— Seite 22 —

Die Russen selber kennen sich ja sehr genau und haben ein sehr praktisches System erfunden, ob es die Zaren waren mit der Uchrana oder Herr Lenin und Herr Stalin mit der GPU. oder der NKWD.. Wenn vier Russen b eisammen sind mit Väterchen, Mütterchen und Kinderchen, so weiss von den Vieren oder Fünfen keiner, wer verrät nun gerade wen, wer ist nun der Spitzel, der den Vater angibt, ist es die Mutter oder ist es die Tochter? Und wer gibt nun umgekehrt diese an? Im Zweifelsfalle sind es zwei, manchmal sogar drei Spitzel in dieser Familie. Ich sage damit nicht zuviel. Für die Stadt trifft diese Feststellung bedingungslos zu. Für das Land werden ihnen unsere Kameraden, die drüben im Osten sind, erzählen können, dass in jedem Dorf, auch nach dem Abzug der Bolschewiken immer noch 20 bis 30 NKWD-Spitzel und -Agenten sind. Damit ist eine absolute Sicherheit dafür gegeben, dass keine Konspiration entstehen kann, weil durch diesen Spitzelapparat immer alles nach oben gemeldet wird. Dann kommt die Pistole oder die Verschickung, und damit ist dieses Volk zu regieren.

Gemüt am falschen Platze

Es ist grundfalsch, wenn wir unsere ganze harmlose Seele mit Gemüt, wenn wir unsere Gutmütigkeit, unseren Idealismus in fremde Völker hineintragen. Das gilt, angefangen von Herder,

— Seite 23 —

der die„Stimmen der Völker“ wohl in einer besoffenen Stunde geschrieben hat und uns, den Nachkommen, damit so maßloses Leid und Elend gebracht hat. Das gilt, angefangen bei den Tschechen und Slowenen, denen wir ja ihr Nationalgefühl gebracht haben. Sie selber waren dazu garnicht fähig, sondern wir haben das für sie erfunden.

Ein Grundsatz muss für den SS-Mann absolut gelten: ehrlich, anständig, treu und kameradschaftlich haben wir zu Angehörigen unseres eigenen Blutes zu sein und zu sonst niemandem. Wie es

den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. Das, was in den Völkern an gutem Blut unserer Art vorhanden ist, werden wir uns holen, indem wir ihnen, wenn notwendig, die Kinder rauben und sie bei uns großziehen. Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur soweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. Ob bei dem Bau eines Panzergrabens 10.000 russische Weiber an Entkräftung umfallen oder nicht, interessiert mich nur insoweit, als der Panzergraben für Deutschland fertig wird. Wir werden niemals roh und herzlos sein, wo es nicht sein muss; das ist klar. Wir Deutsche, die wir als einzige auf der Welt eine anständige Einstellung

— Seite 24 —

zum Tier haben, werden ja auch zu diesen Menschentieren eine anständige Einstellung einnehmen, aber es ist ein Verbrechen gegen unser eigenes Blut, uns um sie Sorge zu machen und ihnen Ideale zu bringen, damit unsere Söhne und Enkel es noch schwerer haben mit ihnen. Wenn mir einer kommt und sagt: „Ich kann mit den Kindern oder den Frauen den Panzergraben nicht bauen. Das ist unmenschlich, denn dann sterben die daran", — dann muss ich sagen: „Du bist ein Mörder an Deinem eigenen Blut, denn, wenn der Panzergraben nicht gebaut wird, dann sterben deutsche Soldaten, und das sind Söhne deutscher Mütter. Das ist unser Blut." Das ist das, was ich dieser SS einimpfen möchte und — wie ich glaube — eingeimpft habe, als eines der heiligsten Gesetze der Zukunft: Unsere Sorge, unsere Pflicht, ist unser Volk und unser Blut; Dafür haben wir zu sorgen und zu denken, zu arbeiten und zu kämpfen, und für nichts anderes. Alles andere kann uns gleichgültig sein. Ich wünsche, dass die SS mit dieser Einstellung dem Problem aller fremden, nicht germanischen Völker gegenübertritt, vor allem den Russen. Alles andere ist Seifenschaum, ist Betrug an unserem eigenen Volk und ist ein Hemmnis zu einer früheren Gewinnung des Krieges.

— Seite 25 —

Russische Soldaten auf unserer Seite

Es ist selbstverständlich in diesem Kriege; besser, es stirbt ein Russe als ein Deutscher. Wenn wir Russen verwenden, so gilt für uns, dass sie im Verhältnis 1 : 2 oder 1 : 3 mit Deutschen gemischt werden. Am besten ist es, Sie verwenden einzelne Russen, dann können Sie mit Ihnen im Panzer fahren. Ein Russe mit zwei bis drei Deutschen in einem Panzer, herrlich, macht garnichts. Sie dürfen dann nur den Russen nicht mit den anderen Panzerfahrer-Russen

zusammentreffen lassen, sonst konspirieren die Burschen. Wenn Sie aber aus irgendeinem Grund nur aus Russen bestehende Kompanien haben wollen, dann sorgen Sie dafür, meine Herren, — und das ist nicht irgend ein Gedanke, sondern das ist Befehl, meine Herren, — dass Sie in dieser Kompanie Ihren Spitzelapparat, Ihren MKWD.-Apparat haben. Dann können Sie ruhig schlafen. Ausserdem — das ist eine der frühesten Lehren, die ich gegeben habe — achten Sie darauf, dass diese Untermenschen Sie immer ansehen, immer dem Vorgesetzten ins Auge sehen müssen. Das ist wie beim Tier. Solange es seinem Bändiger ins Auge sieht, so lange tut es nichts. Seien Sie sich aber immer darüber klar: es ist eine Bestie. Mit dieser Einstellung werden wir den Russen ausnutzen können, mit dieser Einstellung werden wir dem Slawen immer

— Seite 26 —

überlegen sein. Mit einer anderen Einstellung nicht.

Der russische Kriegsschauplatz heute

Nun weiter zur Lage! Wir stehen heute in einer verkürzten Stellung. Es ist schade, dass wir das Donez-Gebiet aufgeben mussten. Wir haben es aufgegeben. Das entscheidet den Krieg oder beeinträchtigt die Entscheidung des Krieges in gar keiner Form. Es ist vorteilhaft, dass wir dadurch eine kurze und gerade Front haben, die ausgebaut wird, ausgebaut werden muss mit allen Kräften, und die wir dann als unseren Ostwall mit kürzestem und geraden Verbindungen nach rückwärts haben. Insgesamt hat dies einen sehr grossen Vorteil. Jetzt hat der Gegner wieder den Raum zugeschoben bekommen, mit dem bisher wir fertig werden mussten, den großen Raum, den wir doch in weiten Strichen erheblich zerstört haben. Ich sehe der Offensive des Russen in diesem Winter mit Ruhe entgegen. Ich habe die Überzeugung, dass wir diesem letzten großen Stoß der verzweifelten Bestie standhalten werden. Und dann, er müsste kein Slawe sein, wenn er da nicht plötzlich einmal sehr starke Ermüdungserscheinungen zeigen würde, und zwar geistige Ermüdungserscheinungen.

Kriegsschauplatz Italien

Nun zu Italien, dem anderen Kriegsschauplatz! Wir müssen uns darüber klar sein, die Schwäche

— Seite 27 —

dieses Volkes liegt in seinem Blut, in seiner Rasse. Bei der Betrachtung dieses Problems muss man unterscheiden zwischen dem,

was uns heute angenehm oder unangenehm ist, und dem, was uns für die Zukunft angenehm oder unangenehm ist. Italien war ein schwacher Bundesgenosse, von Griechenland und Afrika angefangen bis Russland. Es gibt ja kein Volk, das die Italiener nicht verdroschen hat, von denen die Italiener nicht Prügel bekommen hätten. Italien wird, dieses Endergebnis kann man gleich vorausnehmen, das geschmähteste Volk der Welt sein, denn keiner, kein Albaner, kein Montenegriner, kein Franzose, kein Amerikaner, kein Engländer, kein Russe, kein Deutscher wird vor ihnen Achtung haben, denn sie waren überall als Soldaten, als Männer feige. Das ist das erbärmlichste Urteil, das man über ein Volk und eine Rasse fällen kann. Man muss also unterscheiden zwischen dem, was uns heute, und dem, was uns für die Zukunft angenehm wäre. Wäre Italien ein uns innerlich wirklicheverwandter Nachbar, dann wäre es sehr schön, wenn es stark geblieben wäre. Bei einem dauernd schwachen Nachbarn, der doch nichts abhält, ist — das muss ich schon sagen — der Zustand, wie er heute ist, besser. Er ist erheblich besser. Im Moment ist e s unangenehm, es hat uns zu einem unangenehmen Zeitpunkt getroffen. Wenn der Verrat ein viertel Jahr später gekommen wäre, so wäre es besser

für uns gewesen. Im Kriege kann man sich das nicht so aussuchen. Das Schicksal fragt überhaupt nicht. Es schmeisst einem so einen Brocken hin. Im Hinblick auf die grosse Zukunft wollen wir mal dem Schicksal und dem lieben Gott dafür dankbar sein, wie es gekommen ist.

Das Versagen der Italiener

Ich sagte schon, die Italiener haben überall versagt. Pantelleria — um nur ein kennzeichnendes Beispiel zu nennen — wurde von 12.000 Mann übergeben, nachdem im Verlauf von 6 Wochen 36 Mann gefallen und 120 verwundet worden waren. Wasser hatten sie — die Meldung des ehrenwerten Kommandeurs von Pantelleria stimmte nicht — für die Garnison von 12.000 Mann immerhin noch für wahrscheinlich 10 bis 12 Tage. Ich persönlich g laube, dass sie Wasser für noch längere Zeit gehabt haben. Die Insel war, das sagt jeder Fachm ann, überhaupt nicht zu erobern, denn sogar die Boxen d er Flugzeuge waren unterirdisch in Felskasematten untergebracht. Sie waren garnicht mehr herauszuholen. Hier muss man etwas sagen: Die Übergabe Pantellerias ist insofern tragisch als der Duce diese Insel hat ausbauen lassen, genau so wie er die Luftwaffe Italiens, genau so wie er die Flotte geschaffen hat. Diese Flotte war sein Werk, war seine Flotte. Alle in diesem

Volk — das kann man wirklich sagen — sind eben Italiener, und er ist der einzige, der die große römische Tradition in sich trug und verkörperte.

Die italienische Armee auf Sizilien wehrte sich nicht; sie hat überall sofort die weisse Flagge gezeigt. Es kam der Verrat. Das war sehr schwierig für uns, denn wir waren mitten im Transport unserer Divisionen. Nachrichtenmässig war ich bereits vor eineinhalb Jahren von der Zersetzung Italiens überzeugt. Die Armee war kommunistisch verseucht und anglo-amerikanisch eingestellt. Den Gegenschlag konnten wir nicht führen, bevor nicht genügend deutsche Divisionen über den Alpenkamm herübergeschafft waren.

Die Befreiung des Duce

Es kam dann die tatsächliche Effektuierung des Waffenstillstandvertrages. Und es kam dann dieses — wie soll ich sagen — Husarenstück unserer SS-Männer und der Männer der Luftwaffe, die Befreiung des Duce. Ich habe mich sehr gefreut, dass einmal in diesen Jahren die Arbeit des Sicherheitsdienstes erwähnt werden konnte, denn gerade die Arbeit der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes geschieht stillschweigend. Sie wird nie genannt, kann nicht genannt werden. Der Mann stirbt genau so brav wie unser Mann an der Front, aber

es darf darüber nicht gesprochen werden. Das, was er bringt an wichtigen Nachrichten und wichtigen Unterlagen, das, was er Wichtiges getan hat, kann nie erwähnt werden. So hat es mich sehr gefreut, dass der Sicherheitsdienst, — das Werk unseres Freundes Heydrich, das sein Nachfolger Kaltenbrunner würdig und tatkräftig weiterführt — einmal vor der Öffentlichkeit zeigen konnte, dass er stark ist und dass er etwas leistet.

Die Befreiung des Duce hat in unserem Volk, soweit ich überall feststellen konnte, einen unerhörten Widerhall gefunden und ihm einen unerhörten Auftrieb gegeben. Interessant aber war dies auch deswegen, weil wir für uns die Lehre daraus ziehen können, dass Tugenden wie Treue und Kameradschaft Gemütswerte sind, die doch zutiefst nicht nur im deutschen, sondern im gesamten europäischen Menschenkreis wurzeln. Man unterschätze niemals den Wert, den einzig bleibenden Wert dieser Ideale. Die Art, wie unser Volk auf diese Tat der Freundschaft, der Kameradschaft und der Treue reagierte, war dafür ein leuchtendes Beispiel und ein glänzender Beweis.

Der Balkan

Ich zähle kurz die einzelnen Länder des Balkans auf. — Kroatien — z.Zt.schwer in Unordnung — ist ein Staat, gebildet aus

— Seite 31 —

6 1/2 Millionen Menschen, von denen 3 1/2 Millionen Kroaten sind. 2 Millionen sind Bratislawen, also so eine Art Serben, und 1 Million sind Bosniaken. Es ist ein Staat, der sehr große Minderheiten hat. Sein Staatsführer, der Poglawnik, trat infolge der schweren Bedingungen, die Italien ihm auferlegte, seine Stellung an, belastet mit der Hypothek, dass er den größten und wertvollsten Teil seines Landes abtreten musste. Dass er so keine Autorität bekommen konnte, war klar. Die italienische Armee stand in großen Teilen des Landes. Die Banden unter Herrn Tito, der eine Art Volksheld dort geworden ist und unter Herrn Draha Mihailowitsch — Tito ist der kommunistische Mann, Draha Mihailowitsch ist der jugoslawisch-englisch-amerikanische Mann — hatten dort das beste Leben.

Ahnlich ist die Lage in Slowenien. — Albaniens Selbständigkeit wurde nun von uns anerkannt. — Serbien ist selbstverständlich der Verschwörerherd des Balkans, doch ist es relativ ruhig. — Griechenland hat sich zur Zeit etwas beruhigt.

Es ist klar, dass wir auf dem Balkan große Truppenmengen zusammenziehen mussten, um diesen durch den Ausfall des Bundesgenossen entblößten Teil Europas zu schirmen und zu schützen. Wir haben dort mit Angriffen der Anglo-Amerikaner zu rechnen.

— Seite 33 —[1])

Es ist selbstverständlich interessant, dass der Balkan eines der Hauptstreitobjekte zwischen Russland und den Anglo-Amerikanern ist. Russland erklärt: das ist mein Gebiet. Und die Anglo-Amerikaner sagen: das ist unser Gebiet. Aus diesem Streit der edlen Bundesgenossen werden für uns die besten Früchte erwachsen.

Die übrigen besetzten Gebiete

Frankreich, die Niederlande, Norwegen, Dänemark, Belgien, Polen, Böhmen und Mähren — die Lage ist bekannt. Wir müssen überall Obacht geben das ist klar. Wir haben mit Sabotageakten, Fallschirmspringern, kleinen Aufständen, Streiks, Unbotmäßigkeiten und Zaghaftigkeit auch der positiv eingestellten Bevölkerungskreise überall zu rechnen. Bei den germanischen Ländern ist mir eines ganz klar: das Gros des Volkes dieser germanischen Länder

[1]) die Paginierung springt im Original von Seite 31 auf Seite 33

ist im tiefsten Innern erst dann zu gewinnen, wenn in diesem Kampf der zwei germanischen Reiche, nämlich des deutschen und des englischen Reiches, die Würfel gefallen sind und feststeht, wer der Stärkere ist. Dem werden sie d ann zufallen. Es ist für uns unangenehm, dass sie nicht mit vollem Herzen zu uns kommen. Es is t aber einfach nicht aus der Welt zu diskutieren, dass die politischen Voraussetzungen hierzu nicht vorhanden waren.

— Seite 34 —

Es sind — und das ist die Tragik der Erneuerungsbewegungen in den Niederlanden, in Flandern, in Norwegen und in Dänemark — nicht die genialen Köpfe vorhanden g ewesen, die in der Lage waren, ihr Volk nachden ihm eigenen politischen Gesetzen zu gewinnen und heute schon in die germanische Gemeinschaft hereinzuführen. Vielleicht, ja sogar w ahrscheinlich ist es historisch gesehen richtig, dass das so schwer geht. Zur Auslese, die zu uns kommt und die in den germanischen Freiwilligen-Verbänden, im germanischen Korps (im III. SS-Panzer-Korps) zusammengefasst wird, gehören selbstverständlich die wertvollsten Angehörigen der germanischen Länder. Innerhalb der 30 Millionen germanischen Menschen werden diese Männer, die sich zu uns durchgeschlagen haben, die bei uns erzogen wurden, die alten Kämpfer der großgermanischen Gemeinschaft sein.

Der Sabotagekrieg

Wir haben selbstverständlich mit einer Erhöhung der Sabotage in den unangenehmsten Formen des Sabotagekrieges, mit Giftanwendung, mit Sprengungen, kurz mit allem zu rechnen. Das sind Dinge, auf die man Obacht zu geben und die man alle bis in die letzte Kleinigkeit ernst zu nehmen hat, die aber ihren Zweck, unsere Nerven klein zu kriegen oder unseren

— Seite 35 —

Humor zu verderben, niemals erreichen dürfen. Ich sage mit vollem Bewusstsein, dass man in diesem Krieg jede Kleinigkeit ernst nehmen muss. Man darf aber garnichts tragisch nehmen, denn alle diese Dinge bringen uns nicht um. Die können uns garnicht umbringen, sie sind Nadelstiche, sie sind unangenehm, sie hemmen uns da und dort, aber sie alle können uns lebensmässig nicht treffen. Lebensmässig — das möchte ich hier zum ersten Male schon betonen — könnte uns nur das einzige treffen, wenn unser Widerstandswillen erlahmen würde. Wer geistig und willensmäßig nicht nachgibt, der ist nicht zu besiegen, wenn er nicht ausgehungert

werden kann, was bei uns nicht der Fall ist, und wenn e r menschenmäßig, militärisch kräftig bleibt, wenn er seine Waffen hat, und mit diesen nicht überwunden w erden kann.

Der Luftkrieg

Damit, dass die Luftwaffe, die in den ersten Jahren des Krieges absolut die Luftherrschaft besaß, sich auf die großen Kriegsschauplätze in ganz Europa ausdehenen musste, ist sie selbstverständlich dünner geworden. Dadurch, dass wir in Italien in opferreichsten Kämpfen zur Sicherung des Nachschubs einspringen mussten, weil weder die italienische Flotte, noch die italienische Luftwaffe in irgendwie ausreichendem Maße den Nach schub nach Afrika sichern

— Seite 36 —

konnte, haben wir uns in Italien sehr abgenutzt.

Die Terrorangriffe auf unsere Heimat haben uns ohne Zweifel an manchen Stellen schwer getroffen. Ich habe die feste Überzeugung, ich möchte fast sagen, ich kann es feststellen, dass wir das Tief, das wir hatten, überwunden haben, dass wir eine Taktik gefunden haben, diese Luftangriffe zu zersprengen, dass wir durch Arbeit unsere Produktion an Flugzeugen vermehren und ihre Bewaffnung verbessern können. Ich habe die feste Überzeugung, dass wir mit Ende dieses Jahres, Anfang nächsten Jahres der Hauptgefahr Herr geworden sind, und dass wir im Laufe des nächsten Jahres wieder aktiv werden.

Die Seekriegführung

Wir haben in diesem Jahr wirklich eine Zeitlang schlechte Tage gehabt. Das Schicksal hat uns wieder einmal gewogen. Zur gleichen Zeit, als die Schwierigkeiten an der Ostfront waren, als der Verrat Italiens vor der Türe stand, als die Luftangriffe so kolossal schlimm wurden, da setzte der U-Bootkrieg aus. Wie es immer im Kriege ist, geht das ja hin und her. Einmal ist die Angriffswaffe stärker, einmal die Verteidigungswaffe. Wir hatten g erade die Periode, in der die Verteidigungswaffe der Engländer stärker und uns technisch überlegen

— Seite 37 —

war. Monate hindurch musste daher der U-Bootkrieg auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Wie Sie aus den Meldungen der le tzten 14 Tage gesehen haben, sind wir nun wieder aktiv geworden. Die Angriffswaffe hat den technischen Vorsprung der anderen wieder

eingeholt, hat ihn überholt, und nun ist die Angriffswaffe wieder in der Vorhand. Das ist ein Beispiel und eine Lehre dafür, dass man niemals nachgeben darf, dass nur dann eine Sache technischer, militärischer, geistiger oder sons tiger Art verloren ist, wenn man nachgibt. Wenn bei der Luftwaffe oder bei der Marine der Reichsmarschall oder der Großadmiral Dönitz nach dem Tief gesagt hätten: Es hat ja gar keinen Zweck, die anderen sind übermächtig, sind technisch besser, sie haben uns technisch überholt, das U-Boot ist überlebt, unsere Luftwaffe, diese oder jene technische Entwicklung is t überlebt, — dann würden die anderen triumphiert haben. Wenn man nicht nachgibt, sondern, wie es hier in beiden Fällen geschehen ist, Befehl erteilt: Jetzt erst recht ran! — dann, das zeigt auch dieses Beispiel bei der Luftwaffe sowohl als bei der Marine, geht es auch wieder vorwärts. Man muss bloß die Nerven dazu haben.

Die innere Front

Ich komme nun zu einer weiteren Seite dieses Krieges, zur inneren Front. Ein Teil

— Seite 38 —

des deutschen Volkes, nämlich die älteren Jahrgänge, macht nun schon den zweiten vierjährigen Weltkrieg mit. Das deutsche Volk war schon Jahre vor dem Kriege sehr angespannt durch die Aufrüstung, den Vierjahresplan, das Zurückholen der Ostmark, des Sudetenlandes und durch die Besetzung von Böhmen und Mähren. Es unterliegt keinem Zweifel, dass in dieses deutsche Volk nun von vielen Seiten die gegnerische Propaganda hereinströmt und hereinträufelt. Wir sind leider nicht in der Lage, die feindlichen Sender ganz oder überhaupt nennenswert abzuschirmen. Die Versuchung ist gewachsen, die feindlichen Sender, die in ihrer psychologischen Wirkung besser, leider manchmal sehr gut g eworden sind, abzuhören. Wie in allen Fällen, in denen einem Verbot oder Gesetz nicht der Nachdruck der Exekutive und der Strafe verliehen werden kann, wikt sich auch hier das Verbot autoritätsschädigend aus. Wir haben zwar v erboten, feindliche Sender abzuhören, wir sind und waren aber nicht in der Lage, Übertretungen dieses Verbotes nennenswert zu bestrafen. Heute sind wir etwas mehr dazu übergegangen, denn in dem Augenblick, wo Herr Badoglio seine Schweinerei b eging, wo der Verrat umlief in Europa, gab es selbstverständlich eine defaitistische Welle in Deutschland. Kurz vorher herrschte nach den Luftangriffen auf Hamburg eine Krisenstimmung in vielen Städten, die vor allem in unserer lieben

— Seite 39 —

Hauptstadt Berlin tagelang geradezu panikartig gewesen ist, bis sie sich dann wieder beruhigte und abflaute. Infolge des Abhörens ausländischer Sender breitete sich dann durch viele Kanäle, die es immer in einem großen Volk gibt, das Gerede aus: Ach Gott, der Krieg, den kann man doch eigentlich nicht mehr gewinnen. Wäre es dann nicht besser, uusw. — Dann diese so absolut interessante Sache: Ach, einen Duce kann man verhaften, das ist ja interessant. — In dem Augenblick, wo der Duce verhaftet wurde, sagte ich mir, jetzt werden wir aber sehr aufpassen. Die Leute, die das so interessant finden, die sind für mich interessant.

Seit dieser Zeit erleben Sie die Mitteilungen des Herrn Reichsjustizministers und werden sie in den nächsten Wochen e rleben, dass dem Herrn Regierungsrat Soundso und dem Herrn Fabrikbesitzer Soundso und dem Herrn Kellner, dem Herrn Chauffeur, dem Herrn Monteur und dem Herrn Angestellten sein hübsches Köpfchen vor die Füße gelegt wurde, weil er als Defaitist die Stimmung des deutschen Volkes zerstörte, die Widerstandskraft zersetzte und Verrat b eging. Es kommt uns ja nun wirklich nicht darauf an, dass wir irgend jemanden töten. Wenn man so viele Menschen erschiessen lassen musste, wie wir das tun mussten oder wie ich das muss, dann kommt es einen immer härter an,

— Seite 40 —

ein Todesurteil zu unterschreiben. Wie ich Reichsinnenminister wurde, sagte jeder (denn es ist ja furch tbar leicht ausgesprochen): Herr, greifen Sie durch, bleiben Sie hart. Von Ihnen erwartet das deutsche Volk ungeheure Härte. — Die habe ich schon, da brauche ich garkeine Mahnung. Ausgesprochen ist so etwas sehr leicht, aber: ein Todesurteil b edeutet maßloses Elend für eine ganze Familie, bedeutet die Schändung eines Namens, der vorher ehrenhaft war. Stellen Sie sich einmal vor, was es für die Söhne und Enkel dieser Familie heisst, wenn später gesagt wird (Sie müssen dies immer in der Projektion von 10 bis 20 Jahren nach dem Kriege sehen): Der Vater dieser Familie ist in dem großen Krieg, der um das Schicksal der germanischen Nation ging, wegen Landesverrats geköpft worden. (In einer fernen Zukunft gilt ja alles als heroisch, was wir heute tun. Alles Menschlich — allzu Menschliche ist dann vergessen. Alle Feiglinge sind inzwischen gestorben, und schließlich gilt jeder als heroisch). Eine solche Familie wird geschändet sein für alle Zukunft. Ich weiss das alles. Ich weiss wie schwer das ist, und ich versuche deswegen, die notwendigen Erziehungsmaßnahmen zu beschränken.

Ich weiss, dass in Deutschland sehr viel gestohlen wird und dass der Begriff Eigentum sehr locker geworden ist, aus der Not, aus der

— Seite 41 —

Lockerung aller Begriffe, wie sie jeder Krieg mit sich bringt, oder aus einer schlechten Erziehung, die das deutsche Volk auf diesem Gebiet hatte. Ich kann und werde niemals jeden Dieb fassen. Ich möchte ihn auch garnicht fassen, denn sonst müsste ich zu viele Tausende fassen. Ich werde auch nicht jeden Defaitisten fassen. Ich weiss genau, wenn in ein oder zwei Jahren einmal unsere Divisionen und Regimenter einziehen in die Garnisonen, — ein Teil der Alten mit ihren 7 oder 8 oder 9 oder 10 Wunden bis dahin, während der andere Teil nicht mehr mitzieht, weil er unter dem Rasen liegt, wobei aber doch ein Rest, wie ich hoffe, ein immerhin ansehnlicher Rest der alten SS wieder hereinströmt nach Deutschland — dann, das weiß ich, jubeln uns Tausende zu, die sich dann viel heroischer fühlen als wir das vielleicht waren oder als wir — wir bilden uns garnicht ein, dass wir heroisch sind — anständig waren. Das wird immer so sein. Das nehme ich nicht übel. Das dürfen wir auch nicht übel nehmen. Wir dürfen nie den Humor verlieren. Es ist jedoch notwendig, dass für diese Serie von Feiglingen, die jedes Volk hat, ein Exempel statuiert wird. Leider Gottes ist es ja so, dass sich diese Feiglinge immer mehr in der Oberschicht als in der Unterschicht oder in der Mittelschicht eines Volkes finden. Offenkundig verdirbt also Intellekt irgendwie den Charakter,

— Seite 42 —

mindestens die Willensbildung und Energie. Es genügt mir für diese Erziehung völlig, wenn ich immer von 100 Defaitisten, die hinterher „Hurra“ schreien, einen packe und ihm den Kopf vor die Füße lege. Dann sind nämlich die anderen 99 für ein viertel Jahr still. Dann sagen die ganzen Muttis: Um Gottes Willen, bringe Dich nicht um, mache uns nicht unglücklich. Den Kollegen von uns haben sie neulich geköpft. Es steht in der Zeitung. Also sei bloß still, schrei laut Hurra. — Gut, soll er, dann ist ja der Zweck erreicht. Mit dem werden wir ohnehin kein Fort, keine HKL stürmen. Das wissen wir ja sowieso. Aber die Hauptsache ist, dass diese Leute uns unser anständiges Volk nicht vermiesen. Soweit es notwendig ist, wird brutal und gnadelos durchgegriffen. Freude macht das niemandem von uns. Obschon es keine Freude macht, haben Sie, meine Herren, ohne Rücksicht auf Verwandtschaft oder Bekanntschaft, auf Stand

oder vielleicht vorhandene frühere Verdienste, ohne Rücksicht darauf, ob einer Parteigenosse ist oder nicht, gnadelos durchzugreifen, wenn es das Schicksal der Nation erfordert. Greifen Sie immer lieber einen Großen als einen verführten dummen Kleinen. Die innere Front wird immer in Ordnung sein, wenn wir die Nerven d azu haben, sie in Ordnung zu halten und, obschon es uns selbst keine Freude bereitet, durchzugreifen.

— Seite 43 —

Ausländer im Reich

Wir müssen uns auch darüber klar sein, dass wir 6 bis 7 Millionen Ausländer in Deutschland haben. Vielleicht sind es jetzt s ogar 8 Millionen. Wir haben Gefangene in Deutschland. Die sind alle nicht gefährlich, solange wir bei der kleinsten Kleinigkeit hart zuschlagen. Es ist eine Kleinigkeit, heute 10 Polen zu erschiessen, im Vergleich dazu, dass wir vielleicht später an ihrer Stelle Zehntausende erschiessen müssten, und im Vergleich dazu, dass das Erschiessen dieser Zehntausende dann auch deutsches Blut kosten würde. Jedes kleine Feuerchen wird sofort ausgetreten und ausgemacht und gelöscht, sonst kann — wie bei einem wirklichen Feuer — politisch-psychologisch im Volk ein Flächenbrand entstehen.

Die Kommunisten im Reich

Dass die Kommunisten irgendetwas wagen könnten, glaube ich nicht, denn ihre führenden Organe sitzen, ebenso wie die meisten Kriminellen, bei uns in den Konzentrationslagern. Hier muss etwas gesagt werden: Man w ird nach dem Krieg einmal feststellen können, welcher Segen es für Deutschland war, dass wir allen Humanitätsduseleien zum Trotz diese ganze kriminelle Unterschicht des deutschen Volkes in die Konzentrationslager einsperrten; — das nehme ich für mich in Anspruch. — Wenn die

— Seite 44 —

frei herumliefen, würden wir uns schwerer tun. Dann hätten nämlich die Untermenschen ihre Unteroffiziere und Kommandeure, dann hätten sie nämlich ihre Arbeiter- und Soldatenräte. So aber sind sie eingesperrt und drehen Granaten oder machen Geschosskörbe oder sonstige wichtige Dinge, und sind sehr nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft.

Die Lage auf der Feindseite

Nun möchte ich einen kurzen Überblick über die andere Seite geben. Wir Deutsche schwanken ja immer zwischen Extremen. Entweder sind wir ganz jubelnd oben und können es nicht abwarten, bis wir in einem Blitzkrieg von 18. von 16 oder von 15 Tagen alles erreichen, oder wir lassen den Unterkiefer hängen und meinen: Ja, beim Gegner ist alles wunderbar. Die Engländer — alles in Ordnung. Bei den Russen — alles in Ordnung, bloß bei uns nicht. — Wir vergessen dabei völlig, dass auf der anderen Seite, wie überall, auch nur mit Wasser gekocht wird.

Russland

Ich möchte ganz kurz unsere verschiedenen Gegner aufführen. Noch einmal Russland. Hier kann ich mich nun sehr kurz fassen. Russland steht meines Erachtens, wenn die nächsten großen Offensive vorbei sind, am Ende seines Menschenpotentials. Man kann selbstverständlich

Sechzehnjährige einziehen, man kann sogar einen Vorgriff auf Fünfzehnjährige machen, — ich bin absolut dafür, dass wir das auch bei uns tun, wenn es das Schicksal der Nation einmal fordert, denn besser es sterben die fünfzehnjährigen Jungens als daß die Nation stirbt — aber man kann das ja nicht endlos weiter fortsetzen, denn mit Dreizehnjährigen und Zwölfjährigen kann man am Schluss keinen Krieg mehr führen. Das Menschenpotential ist meines Erachtens einer der schwächsten Punkte des Russen, obschon es einst seine größte Stärke war. Zweitens herrscht beim Russen ein, wie ich überzeugt bin, von uns garnicht richtig erkennbarer unerhörter Hunger. Die Front wird noch besser ernährt als das Volk hinter der Front. Trotzdem ist es selbst schon an der Front in vielen Fällen sehr schlimm. Der Russe hatte lange Zeit große Transportschwierigkeiten. Auch diese sind noch nicht überwunden. Dass der Russe materialmässig schwach ist, glaube ich nicht. Ich glaube aber, dass er an Blutverlust und Hunger sterben wird.

England

England führt nun vier Jahre Krieg. Es hat noch keine sehr hohen blutigen Verluste gehabt. In England herrscht aber ständig die Befürchtung, die sehr berechtigte Befürchtung, dass in dem Augenblick, in dem der U-Boot-Krieg

— Seite 46 —

in voller Stärke wieder einsetzt — und das wird er meiner Überzeugung nach jetzt für Monate tun — das ganze Gleichgewicht an Ernährung, an Nachschub und an Landungsmöglichkeiten in Erschütterung gerät. Denn alle militärischen Operationen, die England und Amerika durchführen wollen, stehen und fallen mit der Tonnage. Die Landungsoperationen in Italien bei Salerno hat sie ohne Zweifel eine halbe Million Tonnen gekostet. Ich bezweifle sehr stark, ob England sich lange Zeit und viele solche Landungsoperationen leisten kann. Ich glaube allerdings, dass England vielleicht in diesem Herbst noch, — sehr viel Zeit dazu haben sie ja nicht mehr — sicherlich aber im Frühjahr, Landungsoperationen vornehmen wird. Ich glaube aber auch weiter eines: in dem Augenblick, wo der Krieg für England — und das gilt dann später noch mehr für Amerika — wirklich an das Blut seiner Söhne geht, der Krieg in England und Amerika noch unpopulärer wird als er es jetzt schon ist.

Amerika

Amerika führt ja noch mehr als England einen Zweifrontenkrieg, den Pazifikkrieg gegen Japan, das erfreilicherweise einstärkerer und kriegerischerer Bundesgenosse ist, und den Krieg in Europa, bzw. im Atlantik. Ich glaube nicht, dass in Amerika die Verhältnisse zum

— Seite 47 —

Besten stehen. Man muss sich vorstellen, dass Amerika immer schon eine sehr große Zahl Juden und eine brutale plutokratische Wirtschaftsform hatte. Es ist wohl unvorstellbar, wie in Amerika geschoben wird. Ich glaube, da sind wir vom Jahre 1918 noch Waisenknaben dagegen gewesen. Es ist weiter unvorstellbar, welche Schwierigkeiten und Nöte in Amerika allmählich an die Bevölkerung herantreten. Dazu kommt, dass wir Herrn Roosevelt, der nächstes Jahr wieder gewählt werden muss, durch die Befreiung des Duce seine beste Wahlpropaganda-Pointe genommen haben.

Der Monstreprozess gegen Mussolini u. den Faschismus sollte nämlich der Auftakt seiner Wahlpropaganda werden.

Für beide Länder gilt aber nun folgendes: Der Krieg wird in England und Amerika in dem Augenblick entsetzlich unpopulär werden, in dem England und Amerika irgendwo in Europa kämpfen müssen, sei es in Italien, sei es auf dem Balkan, sei es einmal in Frankreich, in Dänemark oder in Norwegen. Das gilt in besonderem

Maße für Amerika. England hat im vergangenen Weltkrieg mit seinem eigenen Volke gekämpft. Amerika dagegen hatte im vergangenen Kriege, ich glaube, 60. bis 70.000 Tote. Das waren leider viel zu wenig. Ich bin überzeugt, wenn die Amerikaner im Weltkrieg 500.000 Tote gehabt hätten, so wären sie diesmal nicht in

— Seite 48 —

den Krieg gegangen. Es wird psychologisch für die Herren schon ein schwieriger Punkt kommen, wenn die Zahl der Toten, die des Weltkrieges überschreitet. Wenn diese Zahl einmal die Hunderttausend erreicht oder in die Hunderttausende geht, dann werden bei den Amerikanern die allergrößten Schwierigkeiten einsetzen. Die Amerikaner sind nämlich garnicht so tapfer wie sie tun. Im Gegenteil, der Amerikaner ist ein keineswegs tapferer Soldat, er ist wohl ausgerüstet, er hat eine sehr starke Artillerie, er ist gut dotiert in allen Dingen, aber er ist kein guter Infanterist.

Politische Schwierigkeiten auf der Feindseite

Nun kommen die grossen politischen Schwierigkeiten. England und Amerika sind nicht einig. England sagt: Amerika, Du musst mir in Europa mehr helfen.— Dabei will natürlich ein Betrüger den anderen übers Ohr hauen. Der eine versucht die Kraft des andern auszunutzen. Amerika will, dass England ihm bei der Erledigung Japans hilft. England versucht, den Amerikaner dazu auszunutzen, dass er Deutschland erledigt. England ist in einer immer schwieriger werdenden Lage. Darüber kann auch Herr Churchill seine Engländer nicht hinwegbringen. Wofür führt es denn eigentlich Krieg? Und nun kommen die Schwierigkeiten mit Russland. Stalin, brutal, ein eiskalter Machtpolitiker, sagt:

— Seite 49 —

Ich trage das Schwergewicht des Krieges. Deshalb will ich in Europa bestimmen. Polen, der Balkan, Lettland, Litauen, Estland sind meine Interessengebiete. Deutschland, wenn es besiegt ist, ist auch mein Interessengebiet. Nun tut man sich auf der anderen Seite schwer. Den Krieg mit Deutschland hat man doch eigentlich angefangen, weil man Polen garantierte. So musste dann auch, glaube ich, Herr Sikorski deswegen sterben, weil er an dieser alten Mär festhielt. Das brachte natürlich furchtbare Schwierigkeiten für England. Nun hat also England auch eine Atlantik-Charta herausgegeben. England braucht aber Russland weiter als Bundesgenossen. Es ist nämlich sein bester Festlanddegen. Während also das bolschewistische Russland in Europa bestimmen will, möchte England gern

— wie es so schön heisst — das europäische Gleichgewicht erhalten und den Bolschewisten um Gottes Willen nicht an Europa heranlassen.

Es ist ein wirres Durcheinander von Interessen und Meinungen, von Absichten und Plänen. Einer will den anderen für seine Pläne ausnutzen und betrügen, um dann die Ernte für sich heimzubringen. Das ist ein System, d as sich sicherlich eine Zeitlang hält, das früher oder später aber eines Tages zusammenbricht. In dem Augenblick, wo diese Bundesgenossenschaft bricht, ist die Kraft unserer Gegner zwar

— Seite 50 —

noch beachtlich, aber nicht mehr bedrohlich. Den Krieg gewinnt derjenige, der stets und stets zurückschlägt, der niemals kapituliert. Für uns kommt am Schluss dieses Krieges, wenn eines Tages Russland erschöpft ist oder ausscheidet und England oder Amerika den Krieg leid werden, die Bestätigung eines Weltreiches heraus. Dann kann man wirklich vergleichsweise sagen, — wenn auch jeder Vergleich hinkt — dass der Siebenjährige Krieg die Bestätigung Preußens als europäische Großmacht brachte. Der Krieg wurde 7 Jahre um die Bestätigung geführt, dass die bereits eroberte Provinz Schlesien ein Teil Preußens blieb. Dieser Krieg wird die Bestätigung dafür bringen, dass all das, was in den vergangenen Jahren seit 1938 an das Deutsche, Großdeutsche und dann Germanische Reich angegliedert wurde, bei uns bleibt. Er wird dafür geführt, dass der Weg nach dem Osten f rei ist, dass Deutschland ein Weltreich ist, dass das Germanische Weltreich begründet wird. Das wird der Sinn dieses Krieges sein, mag er nun 5, vielleicht 6, vielleicht auch 7 Jahre dauern. Wir wissen nicht, wie lange er dauern wird. Wir fragen auch garnicht danach. Er wird so lange geführt als er dauert, und er wird so lange mit Willen und guter Stimmung von uns gefochten als er dauert. Gewinnen wird ihn der, der steht, der auch in der schwersten Situation

— Seite 51 —

nicht nachgibt oder umfällt. Dass das nie geschieht, das ist in erster Linie unsere Aufgabe.

Die ᛋᛋ im Kriege

Nun komme ich zu unserer eigenen Entwicklung, zu der der ᛋᛋ in den vergangenen Monaten. Die Entwicklung war, wenn ich auf

den ganzen Krieg zurückblicke, unerhört. Sie ist in einem geradezu rasenden Tempo gegangen. Werfen wir einen kleinen Blick auf das Jahr 1939 zurück. Damals waren wir ein paar Regimenter, 8 bis 9000 Mann Wachverbände, also nicht einmal eine Division, alles in allem bestenfalls 25 bis 28.000 Mann. Wir waren zwar bewaffnet, bekamen aber unser Artillerieregiment als schwere Waffe praktisch erst zwei Monate vor Beginn des Krieges. Wir werden rekapitulieren, welche Aufgaben, welche Pflichten und welche Aufträge wir in den vergangenen 4 1/2 Jahren bekommen haben. Vorher will ich jedoch noch einige äussere Veränderungen aufzählen und noch einmal bekanntgeben.

Personalveränderungen

In den Hauptämtern haben s ich folgende Veränderungen vollzogen:

Der Nachfolger unseres gefallenen Freundes Heydrich ist unser Kamerad, ᛋᛋ-Obergruppenführer Kaltenbrunner geworden. Er ist leider heute krank. Er hat eine Venenentzündung, die aber

Gottseidank nicht gefährlich ist. Deshalb konnte er nicht kommen.

Unser alter Freund Daluege hat ein so schweres Herzleiden, das er Kuren durchmach en und nun wohl 1 1/2 bis 2 Jahre aus dem aktiven Dienst ausscheiden muss. — Ich möchte heute abend unseren beiden Freunden, vor allem Daluege und auch Kaltenbrunner, in unser aller Namen ein Fernschreiben oder ein Telegramm schicken. Wir haben die Hoffnung, dass Daluege in, wie gesagt, in rund 2 Jahren wieder hergestellt ist und dann wieder an die Front, ins Geschirr eintreten kann.

In seiner Vertretung führt ᛋᛋ-Obergruppenführer Wünnenberg, der bisher die Polizei-Division geführt hat, und danndafür bestimmt war, das IV. ᛋᛋ-Panzer-Korps als Kommandierender General zu führen, der General der Waffen-ᛋᛋ und der Polizei ist, die Ordnungspolizei als Chef der Ordnungspolizei.

Nachfolger unseres a lten Kameraden und Freundes Scharfe ist der ᛋᛋ-Gruppenführer Breithaupt als Chef des ᛋᛋ-Gerichts geworden.

ᛋᛋ-Obergruppenführer Hofmann hat getauscht. Er hat das Rasse- und Siedlungshauptamt abgegeben und ist Höherer ᛋᛋ- und Polizeiführer Südwest geworden.

— Seite 53 —

SS-Obergruppenführer Hildebrandt hat seinen Oberabschnitt Weichsel abgegeben und ist Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes geworden.

SS-Obergruppenführer Schmidt hat auf seinen eigenen Wunsch das Personal-Hauptamt abgegeben und ist für b esondere Aufgaben zu meinem Persönlichen Stab getreten. Sein Nachfolger ist SS-Gruppenführer v. Herff.

Einer meiner engsten und ältesten Mitarbeiter, SS-Obergruppenführer Wolff, ist nach einer schweren Krankheit, die sein Leben sehr gefährdet hat (die Operation eines Nierensteines) Gottseidank wieder ganz gesund geworden und ist jetzt — es ist eine erstmalige Stellung — der Höchste SS- und Polizeiführer für das ganze besetzte Italien. Er hat also ein Menschengebiet von 25 bis 30 Millionen zu behüten. Er hat SS-Gruppenführer Globocnik als Höheren SS- und Polizeiführer für das Küstenland, sowie mehrere SS- und Polizeiführer unter sich. Er konnte heute auch nicht kommen.

Höhere SS- und Polizeiführer sind seither wie folgt eingesetzt worden: in Kroatien Kammerhofer, der dort der Kroaten wegen nicht Höherer SS- und Polizeiführer, sondern der Beauftragte des Reichsführer-SS heisst, in Serbien früher schon Meyszner; in Griechenland

— Seite 54 —

jetzt Stroob — ich möchte das gleich mitteilen — den ich aber dann dort wegnehme nach Schimana, Sie werden Höherer SS- und Polizeiführer in Griechenland, führen also nicht die Galizische SS-Freiwilligen-Division. — SS-Gruppenführer Hanke wird Höherer SS- und Polizeiführer in Dänemark.

Die Korps und Brigaden

In der Waffen-SS sind wir seit wir uns das letzte Mal s ahen, zur nächsten Entwicklungsstufe organisatorischer Art vorgeschritten. Damals, vor 1 1/2 Jahren, waren wir gerade bei der Aufstellung des I. SS-Panzer-Korps, das SS-Obergruppenführer Hausser führte, der zur Zeit in Italien die Operationen im Küstenland leitet.

Inzwischen sind folgende Korps entstanden oder in der Entstehung begriffen:

Das I. SS-Panzer-Korps unter SS-Obergruppenführer Sepp Dietrich, bestehend aus der SS-Panzer-Division Leibstandarte-SS Adolf Hitler

und der ᛋᛋ-Panzer-Division „Hitler-Jugend“, die in Aufstellung begriffen ist.

Das II. ᛋᛋ-Panzer-Korps unter ᛋᛋ-Obergruppenführer Hausser, bestehend aus der ᛋᛋ-Panzer-Division „Das Reich“ und der ᛋᛋ-Panzer-Division „Totenkopf“.

Das III. ᛋᛋ-Panzer-Korps, das germanische, unter ᛋᛋ-Obergruppenführer Steiner, bestehend

— Seite 55 —

aus der ᛋᛋ-Panzer-Division „Wiking“, die im Osten steht, einer neu in Aufstellung begriffenen ᛋᛋ-Freiwilligen-Panzer-Grenadier-Division „Nordland“ und der ᛋᛋ-Freiwilligen-Panzer-Grenadier-Brigade „Nederland“.

Das IV. ᛋᛋ-Panzer-Korps unter ᛋᛋ-Gruppenführer Krüger, der bisher die Division „Das Reich“ führte, bestehend aus zwei neuen Divisionen, nämlich der bestehenden ᛋᛋ-Panzer-Division „Hohenstaufen“, die wir als 9. zusammen mit der 10. Division im Februar dieses Jahres im Verlauf von 5 bis 6 Wochen durch ᛋᛋ-Obergruppenführer Berger ausgehoben haben und durch ᛋᛋ Obergruppenführer Jüttner ausbilden und aufstellen liessen. Das war ein Kunststück, kann ich Ihnen sagen, das größte Wagnis. Es war der größte Angstzustand, den ich einige Wochen lang hatte. Das alte Panzer-Korps, bestehend aus „Reich“, „Leibstandarte“ und „Totenkopf“, kam aus Frankreich weg. In der zweiten Hälfte Dezember kam vom Führer der Befehl: Am 15.2. stehen zwei neue ᛋᛋ-Divisionen, in Frankreich, auszuheben in den Arbeitsdienstlagern aus dem Jahrgang 1925. Darüber könnte man später einmal ein Buch schreiben und einen Roman erzählen, wie schwierig das war und wie es doch durchgebogen wurde. Mit diesen Rekruten wurde vom ersten Tage an scharf geschossen, da man nie wusste, ob nicht der Engländer kam. Nach 8 Wochen war es schon bedeutend besser, und jetzt sind es hervorragend

— Seite 56 —

gute Divisionen geworden. — Zur Zeit haben wir den Auftrag, bis Januar die 16. und 17. ᛋᛋ-Division aufzustellen. Mit dieser Fleißarbeit sind wir jetzt gerade gemeinsam beschäftigt. Das IV. ᛋᛋ-Panzer-Korps wird aus der ᛋᛋ-Panzer-Division „Hohenstaufen“ (der 9.Div.) bestehen und aus einer neu zu bildenden Division, die den Namen ᛋᛋ-Panzer-Grenadier-Division „Reichsführer-ᛋᛋ“ erhält. Sie wird aufgebaut aus der Brigade „Reichsführer-ᛋᛋ“, die, wie wir hoffen, heute mit dem letzten Mann gut von Korsika weggekommen ist.

Das V. SS-Gebirgs-Korps unter SS-Obergruppenführer Phleps, bestehend aus der SS-Freiwilligen-Gebirgs-Division „Prinz Eugen“ und einer in Bildung begriffenen Bosniaken-Gebirgs-Division (SS-Freiwilligen b.h. Gebirgs-Division (Kroatien)).

Das VI. SS-Freiwilligen-Korps, das lettische, unter SS-Gruppenführer Pfeffer-Wildenbruch, bestehend aus einer inzwischen aufgestellten lettischen Brigade, die sich am Wolchow sehr gut geschla-gen hat (Lettische SS-Freiwilligen-Grenadier-Brigade) und einer in Aufstellung begriffenen und bald vollzähligen lettischen Division (Lettische SS-Freiwilligen-Infanterie-Division (n.A.)).

Das VII. SS-Panzer-Korps, das in der Aufstellung begriffen ist, mit einer bereits bestehenden, in Frankreich stehenden SS-Panzer-Division (der 10.Div.), die den Namen „Frunds-

— Seite 57 —

berg“ bekommen hat und der (17.) SS-Panzer-Grenadier-Division, die einen zunächst sehr eigenartig klingenden, aber — wenn man es richtig auffasst — sehr trutzigen Namen bekommt: „Götz von Berlichingen“. „Frundsberg“ und „Götz von Berlichingen“, das ist eine Trutzansage von uns gegen unsere Gegner ausserhalb und innerhalb.

Ausserdem haben wir noch verschiedene Brigaden und Sturmbrigaden aufgestellt. Später, wenn man es einmal im einzelnen erzählen kann, wird als eine beachtliche Leistung darstehen, was aus der Waffen-SS herausgepresst wurde und sich herauspressen liess.

Chef der Bandenkampf-Verbände

Inzwischen habe ich in dieser Zeit auch noch die Dienststelle des Chefs der Bandenkampf-Verbände eingerichtet. Chef der Bandenkampf-Verbände ist unser Kamerad SS-Obergruppenführer von dem Bach. Ich habe es für notwendig gehalten, dass der Reichsführer-SS der maßgebliche Befehlshaber für alle diese Kämpfe ist, da ich die Überzeugung habe, dass wir am besten gegen diesen ausgesprochen politischen Kampf unserer Gegner anzugehen in der Lage sind. Wir haben, soweit uns die dafür bereitgestellten und von uns aufgestellten Verbände nicht immer wieder zum Stopfen von Lücken an der Front weggenommen wurden, sehr gute Erfolge gehabt.

— Seite 58 —

Beachtlich ist, dass wir durch die Einrichtung dieser Dienststelle in der Reihenfolge Division, Korps, Armee die nächste Stufe, nämlich

die des Oberkommandos einer Armee oder sogar einer Gruppe — wenn Sie es so nennen wollen — für die ᛋᛋ erreicht haben.

Ordnungs- und Sicherheitspolizei

Nun kurz zu den Aufgaben der Ordnungs- und Sicherheitspolizei. Sie sind im selben Rahmen g eblieben. Was geleistet wurde, so kann ich nur feststellen, ist enorm. Wir haben rund 30 Polizeiregimenter aus Polizeireservisten und alten Polizeisoldaten — Polizeibeamten, wie man sie früher nannte — aufgestellt. Das Durchschnittsalter in unseren Polizeibataillonen ist nicht geringer als das in den Sicherungsbataillonen der Wehrmacht. Die Leistung ist über alles Lob erhaben. Wir haben ausserdem durch Zusammenlegen der vorher aufgestellten Schutzmannschaftsbataillone der „wilden Völker" Polizeischützen-Regimenter gebildet. Wir ließen also diese Schutzmannschaftsbataillone nicht mehr allein, sondern führten eine Mischung von ungefähr 1 : 3 durch. Deshalb haben wir gerade in der jetzigen Krisenzeit eine viel größere Stabilität als sie die sonstigen Einheimischen- oder Eingeborenen-Verbände zei gen konnten.

— Seite 59 —

Die Aufgaben der Sicherheitspolizei sind ebenso wie die der Ordnungspolizei gewachsen mit dem größer werdenden Raum. Gerade hier können wir über das, was geleistet wurde, erst nach dem Kriege reden. Es wird bestimmt einmal eine nette Unterhaltung sein, wenn wir uns dann mit unseren Partnern vom Secret Service aussprechen und gegenseitig die Karten auf den Tisch legen können. Von der anderen Seite wird uns das Leben nicht leicht gemacht. Dabei dürfen Sie nie vergessen, die glückliche Lage, in der wir uns dadurch befinden, dass wir viele Teile Europas besetzt haben, bringt uns auch den Nachteil, dass wir damit Millionen von Menschen und Dutzende vonfremden Völkern unter uns und somit gegen uns haben. Wir haben automatisch jeden gegen uns, der überzeugter Kommunist ist, wir haben jeden Freimaurer gegen uns, jeden Demokraten, jeden überzeugten Christen. Das sind die weltanschaulichen Gegner, die wir in ganz Europa gegen uns haben und die der Feind allesamt für sich hat. Wir haben aber auch den richtig oder falsch verstandenen Nationalismus — sei es in Frankreich, Norwegen, Dänemark, den Niederlanden oder Serbien — gegen uns. Der Gegner kann sich also für s eine Sabotageakte oder für die Tätigkeit seiner Fallschirmspringer jederzeit eines wunderbar vorbereiteten Bodens bedienen. Diese

— Seite 60 —

Gelegenheiten hatten wir bisher ausser im Kaukasus und im Iran, der sehr weit weg ist, nicht.

Unsere lieben englischen und amerikanischen Gegner sind ja jetzt auf dem Festland. Sie haben Süd-Italien, wir haben Nord-Italien. Jetzt werden wir einmal aufspielen. Darauf freue ich mich. Das wird eine wunderbare Gelegenheit für uns, um zu zeigen, was wir auf diesem Gebiete können. Es ist die erste Möglichkeit für uns, den Engländern auf diesem Gebiete einmal mit derselben Waffe zu begegnen. — England selbst hat ja als einziges Fremdvolk nur das irische bei sich. Irland ist aber so katholisch, derart religiös gebunden, dass es trotz seiner nationalen Gegnerschaft gegen England von kirchlicher Seite in Ruhe gehalten und neutralisiert ist, so dass wir es nicht verwenden können. — Nun zeigt sich zum ersten Mal eine Gelegenheit. Sie können versichert sein, wir werden sie nicht versäumen.

Aufgaben als Reichsinnenminister

Neben all dem, was wir in dieser Zeit erreicht haben, kann ich nicht verschweigen, dass ich Reichsinnenminister geworden bin. Ich habe damit ein Stückchen Arbeit mehr. Meine Aufgaben sehe ich in folgenden einzelnen großen Komplexen: 1. Wiederherstellung der vielfach verloren gegangenen Reichsautorität.

— Seite 61 —

2. Dezentralisierung der Aufgaben, die nicht reichswichtig sind. Um das Reich in der Hand zu behalten, Bindung aller im deutschen Volke schlummernden schöpferischen Kräfte in der deutschen Selbstverwaltung. 3. Radikales Aufräumen mit Korruption oder schlechtem Benehmen in diesem ganzen Apparat und in jedem Falle. Ich werde gnadelos vorgehen. Wer etwas begangen hat und wen ich erwische, der kommt vor den Khadi, groß oder klein, denn ein solcher Fall — in einer Gegend vor der Öffentlichkeit durchexerziert und bekanntgegeben — schädigt nicht das Ansehen von Staat und Partei, sondernstärkt es, weil dann jeder sagt: Allerhand Respekt. Anständig. Wenn einer ein Lump ist, schmeissen sie ihn heraus. — Das gilt genau so für uns innerhalb der SS. Ich komme ja noch zu einigen Dingen, die ich meiner Gewohnheit gemäß deutlich aussprechen werde. Es ist ja ganz klar, dass menschliche Unzulänglichkeiten überall vorkommen. Die Organisationen unterscheiden sich nur durch folgendes: Die eine Organisation vertuscht und meint, es müsse — um ihr Ansehen nicht zu schädigen — die berühmte Decke der christlichen Nächstenliebe darüber gebreitet werden. Die andere

Organisation reinigt sich selbst brutal. Sie sagt: „Der war ein Schwein, den haben wir erschossen“ oder „den haben wir eingesperrt“ oder auf jeden Fall „wir haben ihn herausgeschmissen“. Dann sagt sie:

— Seite 62 —

Leer

— Seite 63 —

„So, jetzt befasst Euch damit, plaudert darüber oder tut sonst etwas.“ Dadurch bekommt man dann das Recht zu sagen: Wenn von Euch einer ein Schwein ist, dann kommt er genau so dran. Als Reichsführer-SS, als Chef der Deutschen Polizei und jetzt als Reichsinnenminister hätte ich nicht das moralische Recht, gegen irgendeinen Volksgenossen vorzugehen, und wir könnten auch nicht die Kraft aufbringen das zu tun,wenn wir nicht in unseren eigenen Reihen brutal für Sauberkeit sorgen würden. Sie können versichert sein, dass ich dies auch als Reichsinnenminister tun werde. Ebenso können Sie selbstverständlich versichert sein, dass ich nicht irgendeinen Wahnsinnskurs anfange, und nun etwa dem Gaul die Kandare derartig kräftig ins Maul reisse, dass er sich auf die Hinterhand setzt, sondern der Zügel wird langsam a-ngezogen und allmählich wird das Pferd schon wieder in eine anständige Gangart gebracht werden.

SS-Wirtschaftsbetriebe

Ich komme nun noch zu einzelnen anderen großen Aufgabengebieten, von denen zu erfahren, für Sie alle doch wichtig ist. Wir haben in den Konzentrationslagern Riesenrüstungsbetriebe. Das ist das Aufgabengebiet unseres Freundes SS-Obergruppenführer Pohl. Wir leisten jeden Monat viele Millionen Arbeitsstunden für die Rüstung. Wir gehen an die undankbarsten

— Seite 64 —

Dinge heran und — das muss ich anerkennen — ob es in den Konzentrationslagern, in den Wirtschaftsbetrieben von Pohl, ob es draussen bei den Höheren SS- und Polizeiführern oder ob es in den Werkstätten vom SS-Führungshauptamt ist, da zeigt sich eins: wir sind eben doch überall SS-Männer. Wo etwas im Argen liegt, da wird zugepackt. Erziehen Sie mir jeden Untergebenen in dieser Richtung. Wir wollen unbehindert durch Kompetenzen helfen, denn wir wollen ja den Krieg gewinnen. Was wir tun, tun wir ja für Deutschland. Ob es sich nun um den Bau einer Straße handelt, ob

irgendwo ein Tunnel nicht voran geht, ob es eine Erfindung ist, die vor lauter Bürokratie nicht zur Geburt kommt, oder ob es sonst etwas ist: wo wir anfassen können, fassen wir an. Das, was wir in unseren Rüstungsbetrieben leisten, wird eine sehenswerte und beachtliche Leistung sein, wenn wir es auch erst am Schluss des Krieges berechnen und dartun können.

Die Judenevakuierung

Ich will hier vor Ihnen in aller Offenheit, auch ein ganz schweres Kapitel erwähnen. Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen sein, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden. Genau so wenig, wie wir am 30. Juni 1934 gezögert haben, die befohlene Pflicht zu tun und Kameraden, die sich verfehlt

— Seite 65 —

hatten, an die Wand zu stellen und zu erschießen, genau so wenig haben wir darüber jemals gesprochen und werden je darüber sprechen. Es war eine, Gottseidank in uns wohnende Selbstverständlichkeit des Taktes, dass wir uns untereinander nie darüber unterhalten haben, nie darüber sprachen. Es hat jeden geschaudert und doch war sich jeder klar darüber, dass er es das nächste Mal wieder tun würde, wenn es befohlen wird und wenn es notwendig ist.

Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht ausspricht. — „Das jüdische Volk wird ausgerottet", sagt ein jeder Parteigenosse, „ganz klar, steht in unserem Programm, Ausschaltung der Juden, Ausrottung, machen wir." Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude. Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heisst, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei — abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen — anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals

— Seite 66 —

zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte, denn wir wissen, wie schwer wir uns täten, wenn wir heute noch in jeder Stadt — bei den Bombenangriffen, bei den Lasten und bei den Entbehrungen

des Krieges — noch die Juden als Geheimsaboteure, Agitatoren und Hetzer hätten. Wir würden wahrscheinlich jetzt in das Stadium des Jahres 1916/17 gekommen sein, wenn die Juden noch im deutschen Volkskörper säßen.

Die Reichtümer, die sie hatten, haben wir ihnen abgenommen. Ich habe einen s trikten Befehl gegeben, den ᛋᛋ-Obergruppenführer Pohl durchgeführt hat, dass diese Reichtümer selbstverständlich restlos an d as Reich abgeführt wurden. Wir haben uns nichts davon genommen. Einzelne, die sich verfehlt haben, werden gemäß einem von mir zu Anfang gegebenen Befehl bestraft, der androhte: Wer sich auch nur eine Mark davon nimmt, der ist des Todes. Eine Anzahl ᛋᛋ-Männer — es sind nicht sehr viele — haben s ich dagegen verfehlt und sie werdendes Todes sein, gnadelos. Wir hatten d as moralische Recht, wir hatten die Pflicht gegenüber unserem Volk, dieses Volk, das uns umbringen wollte, umzubringen. Wir haben aber nicht das Recht, uns auch nur mit einem Pelz mit einer Uhr, mit einer Mark oder mit einer Zigarette oder mit sonst etwas zu bereichern. Wir wollen nicht am Schluss, weil wir einen Bazillus ausrotteten, an dem Bazillus krank werden und

— Seite 67 —

sterben. Ich werde niemals zusehen, dass hier auch nur eine kleine Fäulnisstelle entsteht oder sich festsetzt. Wo sie sich bilden sollte, werden wir sie gemeinsam ausbrennen. Insgesamt aber können wir sagen, dass wir diese schwerste Aufgabe in Liebe zu unserem Volk erfüllt haben. Und wir haben keinen Schaden in unserem Inneren, in unserer Seele, in unserem Charakter daran genommen.

Die Haltung des ᛋᛋ-Mannes

Wenn ich das, was wir in diesem Jahre getanhaben, in einem — ichmöchte fast sagen — Rechenschaftsbericht für uns alle und vor uns allen festlegen, darf ich e ines nicht übersehen und übergehen: die Bedeutung der Haltung des ᛋᛋ-Mannes. Hier, glaube ich, haben wir insgesamt im Großen und Ganzen, wie auch in allen anderen Dingen, anständig bestanden. Die Haltung unserer braven Führer und Männer war gut in verzweifelten Situationen an der Front, wo sie in den finstersten Stunden, in den dunkelsten Stunden über sich selbst hinauswuchsen im Leben und im Sterben, in diesem heldenhaften großen Sterben, das in den letzten 10 Wochen wieder gestorben wurde. Die Haltung war gut, mit der unser Mann im Großen und Ganzen gestanden hat im Bandenkampf in den rückwärtigen Gebieten. Die Haltung war gut auch in der Heimat.

— Seite 69 —

. . . .

Denn auf meine Haltung kommt es mehr an als auf das, was ich rede. Das Volk, der kleine Mann in der Not seines Herzens und in der Angst seines Innern, sieht heute doch schon in vielen Fällen darauf: wie steht der SS-Mann, was für ein Gesicht macht er, hat er auch soeine trübe Miene, lässt er auch den Unterkiefer hängen? oder: wie marschiert dieses SS-Bataillon an die Front? oder: wie ist dieser Posten der Gendarmerie in dem oder jenem Kaff auf dem Balkan oder in Russland? oder: wie ist der SS-Mann beim Luftangriff? bleibt er da oder bleibt er nicht da? ist er derjenige, der die Panik verhindert und der die Leute herausholt? — oder auch umgekehrt: ist da ein SS-Führer oder ein SS-Mann, der sich Sonderrechte herausnimmt, der mit dem Auto fährt, wo er nicht fahren soll, der besser lebt als die anderen, der keinen Dienst macht und jeden Sonntag frei hat; dessen Frau furchtbare Ansprüche stellt, die aufdreht, das nicht kann und jenes nicht kann und im Bombenquartier große Sprüche macht. Oder sind unsere Frauen die arbeitsamsten, die bescheidensten, die tapfersten, die nie etwas kritisieren, die immer den Kopf hochhalten.

Im Großen und Ganzen war unsere Haltung gut. Manches ist auch in unseren Reihen noch zu bessern. Dieses auszusprechen, ist mit der Sinn dieses Appells der Kommandeure und

— Seite 70 —

der Gruppenführer. Ich möchte dieses Kapitel überschreiben mit der Überschrift „Wir selbst".

Das Ausleseprinzip

Entstanden sind wir durch das Gesetz der Auslese. Wir haben ausgelesen aus dem Durchschnitt unseres Volkes. Dieses Volk ist durch das Würfelspiel des Schicksals und der Geschichte entstanden vor langen Urzeiten, in Generationen und Jahrhunderten. Über dieses Volk sind fremde Völker hinweggebraust und haben ihr Erbgut zurückgelassen. In dieses Volk sind fremde Blutskanäle eingemündet. aber dieses Volk hat trotzdem, trotz entsetzlichster Not und entsetzlichster Schicksalsschläge doch in seinem Blutskern die Kraft gehabt sich durchzusetzen. So ist dieses ganze Volk von nordisch-fälisch-germanischem Blut durchtränkt und zusammengehalten, so dass man letzten Endes doch immer noch von einem deutschen Volk sprechen konnte und kann. Aus diesem Volk, vielfältig in seinen Erbanlagen gemischt, so wie es aus dem Zusammenbruch nach den Jahren des Freiheitskampfes vorhanden war, haben

wir nun das nordisch-germanische Blut bewusst auszulesen versucht, da wir von diesem Blutsteil am meisten annehmen konnten, dass er der Träger der schöpferischen und heldischen, der lebenserhaltenden Eigenschaften unseres Volkes ist. Wir sind teils nach dem äußeren

— Seite 71 —

Erscheinungsbild gegangen und haben zum anderen Teil dann dieses Erscheinungsbild überprüft durch immer neue Forderungen, durch immer neue Proben, körperlich und geistig, charakterlich und seelisch. Wir haben immer wieder ausgesucht und abgestossen, was nicht taugte, was nicht zu uns passte. So lange wir dazu die Kraft haben, so lange wird dieser Orden gesund sein. In dem Augenblick, in dem wir das Gesetz unserer Volksgrundlage und das Gesetz der Auslese und der Härte gegen uns selbst vergessen würden, in dem Augenblick würden wir den Keim des Todes in uns haben, in dem Augenblick würden wir zugrundegehen, wie jede menschliche Organisation, wie jede Blüte in dieser Welt einmal zu Ende geht. Dieses Erblühen und dieses Fruchttragen für unser Volk möglichst segensreich, möglichst lang-e und — erschrecken Sie nicht — möglichst in die Jahrtausende gehen zu lassen, muss unser Bestreben, muss unser inneres Gesetz sein. Deswegen sind wir verpflichtet, wann immer wir zusammenkommen und was wir auch tun, uns unseres Grundsatzes zu besinnen: Blut, Auslese, Härte. Das Gesetz der Natur ist eben dies: Was hart ist, ist gut, was kräftig ist, ist gut, was aus dem Lebenskampf körperlich, willensmässig, seelisch sich durchsetzt, das ist das Gute, — immer auf die Länge der Zeit g esehen. Selbstverständlich

— Seite 72 —

kann einmal — und das ist oft in der Geschichte vorgekommen — durch Betrug und durch Falschspiel jemand an die Spitze gelangen. Für die Natur, für das Erdenschicksal, für das Weltenschicksal spielt das keine Rolle. Den Betrüger setzt die Realität, nämlich die Natur, setzt das Schicksal nach e iniger Zeit wieder ab, — nicht in Menschenaltern, sondern in Weltenaltern gerechnet. Niemals uns selbst zu betrügen, sondern immer echt zu bleiben, das muss unserr Bestreben sein, das müssen wir uns selbst, jedem Jungen und jedem unserer Untergebenen immer wieder predigen und einflößen.

Die ᛋᛋ nach dem Kriege

Eines muss klar sein, eines möchte ich Ihnen heute schon s agen: in dem Augenblick, in dem der Krieg zu Ende ist, werden wir erst

mit dem wirklichen Zusammenschmieden unseres Ordens richtig beginnen, dieses Ordens, den wir zehn Jahre lang aufgebaut haben, in den wir zehn Jahre vor dem Krieg die ersten wichtigsten Grundsätze hineingesenkt und die wir ihm anerzogen haben. Das müssen wir noch tun — wenn ich so sagen soll, wir Alten — in zwanzig mühe- und arbeitsreichen Jahren nach dem Kriegsende, damit dann eine Tradition geschaffen ist, von 30, 35, 40 Jahren, von einem Menschenalter also. Dann wird dieser Orden jung und kräftig, revolutionär und wirksam in die Zukunft

— Seite 73 —

ma-rschieren, um die Aufgabe zu erfüllen, dem deutschen Volk, dem germanischen Volk die Oberschicht zu geben, die dieses germanische Volk und dieses Europa zusammenbindet und zusammenhält, aus der immer wieder die Köpfe, die das Volk in der Wirtschaft, im Bauerntum, in der Politik und als Soldaten, Staatsmänner und Techniker braucht, hervorgehen. Ausserdem muss diese Oberschicht so stark und lebensvoll sein, dass jede Generation bedingungslos aus jeder Familie zwei und drei Söhne auf dem Schlachtfeld opfern kann und dass trotzdem die Weiterleitung des Blutstromes gesichert ist.

Die Tugenden des SS-Mannes

Ich spreche nun von den wichtigsten Tugenden, die ich diesem Orden, dieser gesamten Allgemeinen-SS — denn das ist das Fundament des Ordens — vor Jahren zu predigen und einzuprägen begonnen habe und die gerade jetzt im 5. Kriegsjahr von so ausschlaggebender Bedeutung und Wichtigkeit sind.

1.) Die Treue

Wir haben Gottseidank in unseren Reihen bisher keinen Fall gehabt, in dem ein namhafter SS-Mann untreu wurde. Eines sei hier die Richtlinie: Sollte im Bereich Ihres Gesichtskreises jemals einer dem Führer oder dem Reich untreu sein, und sei es auch nur in Gedanken, so haben

— Seite 74 —

Sie dafür zu sorgen, dass dieser Mann aus dem Orden kommt, und wir werden dafür sorgen, dass er aus dem Leben kommt. Denn alles, das habe ich bereits einmal ausgesprochen und wiederhole es heute, alles kann verziehen werden auf dieser Welt,aber eines kann unter uns Germanen nicht verziehen werden: das ist die Untreue.

Sie wäre unverzeihlich und ist unverzeihlich. Fälle, wie ein Fall Badoglio in Italien, dürfen und werden sich in Deutschland nicht ereignen. Der Name Badoglio wird in Zukunft der Name für schlechte Hunde sein, der Schimpfname für vierbeinige minderrassige Köter, so wie im Altertum der Name Thersites der Schimpfname für Verräter war. — *Wir*[2]) können nur eines sagen und es immer wieder predigen: Zeige sich das deutsche Volk in jedem seiner Männer und jeder seiner Frauen durch eine unerhörte und unbedingte Treue dessen würdig, dass dieses deutsche Volk zur Zeit eines Adolf Hitler leben durfte, und dass ihm dieser Führer erstanden ist, der sein Leben voll Sorge, voll Verantwortung, voll Arbeit unserem deutschen germanischen Volk gewidmet hat.

2.) Der Gehorsam

Gehorsam wird im soldatischen Leben morgens mittags und abends gefordert und geleistet. Der kleine Mann gehorcht auch immer oder meistens. Gehorcht er nicht, so wird er eingesperrt.

Schwieriger ist die Frage des Gehorsams bei den höheren Würdenträgern in Staat, Partei und Wehrmacht, auch hier und da in der ᛋᛋ. Ich möchte hier etwas klar und eindeutig aussprechen: Dass der kleine Mann gehorchen muss, ist selbstverständlich. Noch selbstverständlicher ist es, dass alle hohen Führer der ᛋᛋ, also das ganze Gruppenführer-Korps, Vorbild des bedingungslosen Gehorsams sind. Wenn jemand glaubt, dass ein Befehl auf einer irrigen Erkenntnis des Vorgesetzten oder auf einer falschen Grundlage aufgebaut ist, so ist es selbstverständlich, dass er — also jeder von Ihnen — die Pflicht und die Verantwortung hat, dies zur Sprache zu bringen, sowie seine Gründe mannhaft und wahrhaft vorzutragen,wenn er überzeugt ist, dass sie gegen den Befehl sprechen. In dem Augenblick aber, in dem der betreffende Vorgesetzte oder der Reic-hsführer-ᛋᛋ — das kommt ja für das Gruppenführer-Korps in den meisten Fällen in Frage — oder gar der Führer entschieden und den Befehl gegeben hat, ist er auch durchzuführen, nicht nur dem Wort und den Buchstaben nach, sondern dem Sinne nach. Wer den Befehl ausführt, hat dies zu tun als getreuer Walter, als getreuer Vertreter der befehlsgebenden Gewalt. Wenn Sie zuerst glaubten, dieses wäre richtig und jenes wäre nicht richtig oder sogar falsch, dann gibt es zwei Möglichkeiten. Wenn also einer glaubt, er könne

[2]) „W“ (Blei) zudeckend: „w“

— Seite 76 —

die Befolgung eines Befehles nicht verantworten, dann hat er das ehrlich zu melden: ich kann es nicht verantworten, ich bitte, mich davon zu entbinden. Dann wird wohl in den meisten Fällen der Befehl kommen: Sie haben das doch durchzuführen. Oder man denkt: der ist mit den Nerven fertig, der ist schwach. Dann kann man sagen: Gut, gehen Sie in Pension. Befehle müssen aber heilig sein. Wenn die Generäle gehorchen, dann gehorchen die Armeen von selbst. Diese Heiligkeit des Befehls gilt um so mehr, je größer unser Territorium wird. Einen Befehl in unserem kleinen Deutschland durchzudrücken, das war garnicht schwierig. Einen Befehl durchzudrücken, wenn wir einmal — wovon ich überzeugt bin — Garnisonen am Ural haben,—das ist schon schwieriger. Hier wird man die Durchführung des Befehls nicht immer kontrollieren können. Die Kontrolle darf bei uns nicht und niemals — wie in Russland — der Kommissar sein. Der einzige Kommissar, den wir haben, muss das eigene Gewissen sein, die Pflichttreue, die Treue, der Gehorsam. Wenn Sie mit diesem Beispiel vorangehen, meine Herren, dann wird jeder Untergebene diesem Beispiel folgen. Sie werden aber niemals Gehorsam von Ihren Männern verlangen können, wenn Sie nicht denselben Gehorsam der Autorität über Ihnen leisten, und zwar bedingungslos und ohne Einschränkung.

— Seite 77 —

3.) Tapferkeit

Zur Tapferkeit, glaube ich, brauchen wir bei uns am wenigsten zu ermahnen; denn tapfer sind unsere Führer und unsere Männer. Des Interesses halber möchte ich Ihnen ein Gegenbeispiel, ein Beispiel dafür, wie es bei den Russen ist, einmal vorlegen und dazu einige Gedanken äussern. — Von einem estnischen Offizier, der mit seiner estnischen Kompanie von der Roten Armee mitgenommen worden war und dem es gelungen war zu entfliehen, hörte ich folgende Begebenheit: Ein Truppenteil der Roten Armee hatte einen Angriff zu führen gehabt, der von den Deutschen abgeschlagen worden war. Daraufhin bestellte sich der Kommissar dieses Truppenteils die Offiziere zur Besprechung. Die Offiziere mussten sich im Unterstand in vorgeschriebener Haltung, also im Stillstehen, melden. Der Kommissar arbeitete ruhig weiter und liess die Offiziere weiter stillstehen. Als einer unruhig zu werden und sich zu rühren begann, sah der Kommissar lediglich auf und fragte: „Sie scheinen wohl müde zu sein?“ — Dann kam die Frage: „Hat einer der Herren zu dem Angriff etwas zu bemerken?“ — Es kam die

Antwort eines Offiziers, dass der Widerstand der Deutschen zu stark gewesen sei und der Angriff an dieser Stelle unmöglich sei. Der Kommissar zog die Pistole, schoss den

— Seite 78 —

Offizier nieder und fragte dann lediglich: „Hat noch einer der Herren zu dem Angriff etwas zu bemerken?“ — Nach einer halben Stunde wurde wieder angegriffen.

Sehen Sie, das ist das Beispiel einer Tapferkeit, die wir nicht haben wollen, die wir nicht brauchen. Der Kommissar, der uns den Angriff befiehlt, muss unsere eigene Tapferkeit, muss unsere eigene Treue, muss unser eigener Gehorsam sein. Das soll der himmelweite Unterschied sein.

In unseren Reihen leben wir nach unseren germanischen Gesetzen, von denen ein wunderschönes heisst: Ehre ist Zwang genug. — Den fremden Völkern gegenüber wollen wir asiatische Gesetze zur Anwendung bringen. Wir wollen das niemals durcheinanderbringen. Haben wir einen unseres Blutes, einen gutrassigen Norweger oder Niederländer vor uns, dann können wir sein Herz nur nach unseren, das heisst seinen und unseren gesamtgermanischen Gesetzen gewinnen. Haben wir einen Russen oder einen Slawen — blutlich gesehen — vor uns, dann wollen wir ihm gegenüber niemals unsere heiligen Gesetze anwenden, sondern die erprobten russischen Kommissarsgesetze.

Hier möchte ich noch eine Frage anschneiden, die auch zum Thema Tapferkeit gehört. Ich meine die Zivilcourage, die manchmal nicht

— Seite 79 —

so ganz in Ordnung ist. Ich kenne wirklich viele meiner besten SS-Führer, die besinnungs- und bedingungslos, ohne sich zu bedenken, jedes Fort, jeden Bunker stürmen würden, die aber, wenn sie beispielsweise einen Untergebenen abqualifizieren, — ich glaube, schon in einer früheren Besprechung einmal die Sprache darauf gebracht zu haben — dies mir gegenüber tun, dann aber, wenn die Versetzung kommt, den erstaunten Mitteleuropäer spielen und sagen: das ist mir völlig unverständlich, mein Lieber. Wie tut mir das aber leid. Ich muss mal gleich mit denen in Berlin sprechen. Wieder so eine Schweinerei vom Personalhauptamt. Natürlich die in Berlin am grünen Tisch . . . . — Richtig wäre, vorher die Zivilcourage zu haben und zu sagen: Sie, Herr, ich habe Sie abqualifiziert, deshalb kommen Sie weg. — Nein, meine Herren, so geht das nicht.

Ich werde in Zukunft — das habe ich früher, wie ich glaube, schon einmal gesagt — alle solche Leute dem betreffenden Kommandeur wieder zurückschicken. Ich werde sagen: Ach, das war also ein Irrtum von Ihnen, die Abqualifikationwar nicht richtig. Dann kriegen Sie diesen kostbaren Mitarbeiter sofort wieder zurück. — Das ist nämlich auch ein Teil der Tapferkeit, die sogenannte Zivilcourage. Und die möchte ich auch meinem Führerkorps noch anerziehen, da, wo sie noch fehlt.

— Seite 80 —

Ein Teil der Tapferkeit ist auch der Glaube, und hier, meine Gruppenführer, wollen wir uns von niemandem in der Welt übertreffen lassen. Der Glaube gewinnt die Schlachten und der Glaube schafft die Siege. Menschen, die pessimistisch sind,oder die den Glauben verlieren, wollen wir in unseren Reihen nicht haben. Es ist dabei ganz gleichgültig, wo der einzelne steht, sei er irgendwo als Angehöriger der Allgemeinen-SS im wirtschaftlichen Leben oder in einer staatlichen Stellung, sei er in der Waffen-SS, an der Front (da kommt das meistens nicht vor), sei er in einem Stab an der Front oder sonst irgendwo in der Etappe, in der Heimat, in der Polizei, in der Sicherheits- oder Ordnungspolizei. Leute, die so schwach sind, dass sie keinen Glauben mehr haben, die tun wir von uns weg, die wollen wir nicht haben. Denn wer die Kraft zum Glauben nicht mehr hat, der soll auch bei uns, in unseren Reihen nicht leben.

4.) Die Wahrhaftigkeit

Ich komme nun zu einer vierten Tugend, die in Deutschland sehr selten ist, zur Wahrhaftigkeit. Eines der größten Übel, das sich im Kriege verbreitet hat, ist die Unwahrhaftigkeit bei Meldungen, Berichten und Angaben, die die untergebenen Stellen im Zivilleben, in Staat, Partei und Wehrmacht an die vorgesetzten

— Seite 81 —

Stellen geben. Die Meldung, der Bericht ist die Grundlage für jeden Entschluss. Es ist wirklich so, dass man jetzt im Kriege in vielen Sparten annehmen kann, dass 95 von hundert Meldungen gelogen oder nur halb wahr oder nur halb richtig sind. Das fängt mit der Stärkemeldung an. Ich nehme mal hier ein alltägliches Beispiel. Wenn jemand Nachersatz fordert, dann gibt er bei der Stärkemeldung die Gefechtsstärke an. Ist er noch schlauer, meldet er die Grabenstärke. Das ist nämlich noch weniger: Ich habe nur noch 200 Mann. Furchtbar, nur noch 200 Mann. — Ist dann einer so

schlau und sagt: Gib mal Deine Verpflegungsstärke an! — dann fressen in dem betreffenden Regiment 1300 Mann. — Ich muss sagen: Merkwürdige Verhältnisse. Eigenartig, bei Euch sind 200 Mann im Gefecht, 1100 Mann sind also der Schwanz dieses kleinen Kopfes. Eigenartig. — Will dagegen jemand Bewaffnung haben, dann gibt er an: Ich habe eine Stärke von 3000 Mann und viel zu wenig Waffen. Ich brauche Fahrzeuge und Waffen. — Will jemand für seine Stellungen Material, Minen oder Pak, haben, dann wird die Stellung 25, 30, 35 Kilometer lang. Das dehnt sich wie ein Gummiband. Soll er sie besetzen und man sagt: Ihre Division ist ja so stark, Sie können ja 25 Kilometer besetzen, — dann schrumpft die Division und es heisst plötzlich:

— Seite 82 —

Ich kann bloß 7 Kilometer besetzen.

Dann gibt es noch die berühmten Meldungen aus militärischen Gründen. Wenn man früher irgendeine Judenfirma schloss, einen Juden aushob, dann meldete ein Herr Zahlmeister Soundso: Wie, Sie wollen die Wehrkraft des deutschen Volkes schädigen? Sie sabotieren die Kriegswirtschaft. — In Wirklichkeit hatte der Jude dem Zahlmeister ein Pelzmäntelchen gestiftet. — Wenn man heute einem Betrieb 800 Judenweiber wegnimmt, so kommt auch so ein Herr — nennen wir ihn, um niemanden zu beleidigen, mit einem Titel, den es garnicht gibt — Kriegsrat, der sich gerade ein Paar nagelneue Stiefel im Betrieb hat machen lassen und sagt: Ich muss melden, dass Sie die Kriegsproduktion entscheidend gestört haben.

Oder: wenn ich mir manchmal Vorschläge für Beförderungen und Auszeichnungen ansehe, da gibt es überhaupt keine Tätigkeit, die nicht kriegsentscheidend ist. Es ist zum Staunen. Sehen Sie, ich glaube, wir müssen hier, wenn wir vor uns selber bestehen wollen, zu einer absoluten und uneingeschränkten Ehrlichkeit kommen. Sonst lässt sich nicht führen. Es lässt sich nicht führen, wenn beispielsweise jeder Höhere SS-+und Polizeiführer und jeder Divisions- und Korps-Kommandeur uns 500 oder 1000 Mann vorenthält. Wenn heute bei

— Seite 83 —

17 Divisionen jeder 1000 Mann zu viel hat, so geht dem deutschen Volk eine Division verloren. Wenn jeder nur 300 Kraftwagen in seiner Division zu viel hat, so kann man von dem Überschuss zwei neue Divisionen motorisieren. Das sind Dinge, die man nicht verantworten kann.

Beim Thema Wahrhaftigkeit komme ich nun zu einem anderen Kapitel. Es muss im Krieg und im Frieden — vor allem wird das im Frieden eine Erziehungsaufgabe sein — so werden, dass wir SS-Männer keine schriftlichen Verträge mehr abschliessen, sondern dass bei uns, so wie es früher üblich war, das gegebene Wort und der Handschlag den Vertrag bedeuten, und dass der Handschlag eines SS-Mannes — wenn es sein muss — Sicherheit für 1 Million oder mehr ist. Es muss so werden, dass der Handschlag oder das gegebene Wort eines SS-Mannes sprichwörtlich sicherer sind als die Hypothek auf den größten Wert eines anderen. So muss das werden!

Wenn wir Verträge schließen, dann müssen wir sie halten. Wenn ich mit einem Agenten, selbst mit einem üblen Subjekt, einen Vertrag schließe, so halte ich den Vertrag. Für diese Auffassung trete ich bedingungslos ein. Wenn ich im Generalgouvernement ausschreibe, dass derjenige, der einen untergeschlüpften, versteckten Juden angibt, ein Drittel von dessen Vermögen bekommt, dann passiert es sehr oft,

— Seite 84 —

dass dann der Sekretär Huber oder der Untersturmführer Huber, der — wenn es geht — Schwarzfahrten macht, schnell ein neues Telefon oder neue Bleistifte bestellt, der also nie spart, dann plötzlich für das Deutsche Reich zu sparen beginnt. Er sagt beispielsweise: Dieser Jude hat RM 12.000,——. Was, dann müsste ich dem Polen, der ihm angab, RM 4.000,—— aushändigen. Nein, die spare ich für Deutschland. Der Pole kriegt nur RM 400,——. Da geht also ein kleiner Mann hin und bricht das von einer Gesamtorganisation gegebene Wort. Das sind Dinge, die unmöglich sein müssen.

Wenn wir ein Wort geben, muss es gehalten werden. Wenn der Reichsführer-SS irgend jemandem für seine Organisation Schutz zusagt, — wie das jetzt auf dem Balkan sehr oft der Fall sein kann — so muss diese Zusage gehalten werden. Wir müssen einen solchen Ruf,der Vertragstreue in der ganzen Welt bekommen, gerade wir in der SS, dass wir damit für Deutschland die größten Werte, nämlich Glaube durch Vertrauen, erwerben. An uns werden viele herankommen, die an offiziellen Stellen nicht herantreten. Auf dem Balkan geht es ja immer durcheinander. Das ist ja der Segen. Wenn die einig wären, so wäre das ja furchtbar. Im Kaukasus geht es durcheinander und in Russland geht es durcheinander. Wir können bloß — das ist auch eine Lehre — immer dafür sorgen, dass die von uns

besetzten Gebiete und die von uns beherrschten Völker niemals einig werden, dass sie immer uneinig bleiben. Einig würden sie nämlich nur gegen uns sein. Wenn wir also einer Splittergruppe, die an uns herantritt, unseren Schutz zusagen, dann muss es ausgeschlossen sein, dass irgend ein Angehöriger der SS oder der Polizei, also des gesamten Ordens, hergeht und das gegebene Wort bricht. Dieses Wort muss heilig sein.

Gerechtigkeit! Meine Herren, es kommt mir immer sehr darauf an, dass die Gerechtigkeit niemals eine Buchstabengerechtigkeit, sondern eine uneingeschränkte dem Sinne nach, nicht dem Wort oder der Form nach, ist. Ich komme damit zu einer Sache, die auch bei uns nicht ganz in Ordnung ist. Ich lasse mir ja, wie Sie wissen, zum Leidwesen mancher sehr viele Gerichtssachen vorlegen. Jedes Urteil gegen einen SS-Führer oder Polizeioffizier lasse ich mir vorlegen, und da merke ich manchmal, wie meine Herren Offiziere wieder einmal untereinander gerichtet haben. Sie kennen ja das Sprichwort von d er Krähe, die der anderen usw.. Man hat das so in der Gewohnheit, ein Offizier tut dem anderen nicht weh. Meine Herren, Deutschland könnte in dieser Beziehung von der alten preußischen Armee lernen. Eine Organisation ist so lange gesund, wie sie den bedingungs-

losen Drang und die unumstößliche Sitte hat, sich s elbst zu reinigen. Ein Korps muss so erzogen und so geartet sein, dass es jemandem, der etwas begangen hat, sagt: Das hast Du selbst zu melden. Oder, wenn es schlimmer ist: Du hast das zu sühnen. Das muss der Gerechtigkeit halber bestraft werden. Du gehörst nicht in unsere Reihen herein oder mindestens gehörst Du so nicht herein. Jetzt im Kriege kannst Du Dich wieder reinigen und als gemeiner Mann dienend Dich wieder emporarbeiten. So aber gehörst Du nicht in unsere Reihen. — Gegenüber diesem noch unter Wilhelm I. in der alten Armee übliche — man kann wirklich nicht anders sagen — Drang der Reinigung der eigenen Reihen hat sich in ganz Deutschland in allen Arten von Organisationen ein Advokatendrang breitgemacht. Von Reinigung, von der Ausstoßung[3]) irgendeines Subjektes ist garkeine Rede mehr, sondern jeder ist in dieser Gewerkschaft der Advokat des anderen. Man handelt nach dem Prinzip: Na, man weiss ja nicht, vielleicht begehst Du selber mal was. Also bloß vorsichtig!

---

[3]) ein zweites „s“ (Blei) eingefügt vor: „t“

Deckst Du d en, so deckt er Dich. Es ist doch eine großartige Einrichtung. — Damit, meine Herren, kann man eine Zeitlang Geschichte fälschen, kann man eine Zeitlang wie ein Hochstapler weitermanipulieren. Eines Tages, wenn schwere Zeiten kommen und wenn der Druck d es

— Seite 87 —

Schicksals kommt, dann bricht eine solche Organisation daran zusammen. Ich wünsche also, dass Sie als Gerichtsherren und Sie als das Hohe Führerkorps der ᛋᛋ mehr darüber wachen, dass nicht Dinge vertuscht werden. Ich wünsche vielmehr, dass, wenn ein kleiner Mann und ein großer Mann in einem Prozess oder einem Rechtsfall auftauchen, nicht der Kleine bestraft und von dem Großen gesagt wird, er sei nur am Rande beteiligt gewesen. — Selbstverständlich, der Offizier ist immer nur am Rande beteiligt. — In so einem Fall sagt man vielmehr: Du hast den höheren Rang, Du hast die höhere Einsicht. Folglich wirst Du höher und mehr bestraft. Der Kleine ist ein Mitläufer. Hätte er nicht an seinem Vorgesetzten ein Beispiel gehabt, hätte er es nicht getan.

Ich wünsche weiter noch e twas. Ich möchte klare Verantwortlichkeit. Das gehört auch zu dem Kapitel Wahrhaftigkeit. Mir wird immer ganz übel, wenn ich auf die Frage, wer das entschieden habe, die Antwort bekomme: Ja, das Soundso-Ministerium oder das Soundso-Hauptamt. — Ja, wer ist denn der Herr Ministerium? — Mich interessiert, — ich bin nun mal so neugierig geboren — welcher Untersturmführer, Obersturmführer, Hauptsturmführer, Sturmbannführer, wer in dem Hauptamt — ist es der Herr Meyer oder der Herr Huber — hat entschieden.

— Seite 88 —

Es gibt nämlich sehr viele, die sagen: Ich habe einen prima Chef, mein Hauptamtchef oder mein Höherer ᛋᛋ- und Polizeiführer ist ein prima Mann. Der hat — anständig wie er ist — die Gewohnheit, seine Untergebenen zu decken. — Und dann sind so kleine Wichte ungeheuer tapfer hinter dem Rücken ihrer Vorgesetzten und sagen: Der Alte tritt schon für mich ein, als schwerer Tiger geht der ins Gefecht und verteidigt mich beim Reichsführer. — Ich will also nicht mehr lesen, dass das Soundso-Hauptamt soundso entschieden habe, sondern, meine Herren, mich interessiert, ob es der Sturmbannführer Meyer oder Lehmann war. Wenn die Entscheidung richtig ist, dann kann der Mann ja nur stolz sein, dass er nicht nur ein Statist irgendwo im Hintergrund ist. Wir wollen ja garnicht, dass nur die Großen sich die Federn anstecken. Das soll auch der kleine Mann können. Ausserdem hat das ja auch eine wirklich sehr positive

Seite. Sie und ich, wir werden manchmal auf irgendeinen, der bisher nicht an das Rampenlicht gekommen ist, der nicht durch seine Tüchtigkeit auffiel, aufmerksam werden und feststellen können: Donnerwetter, das hat der Mann fabelhaft gesehen. Der Bericht ist von prägnanter Kürze. Der Mann muss einen Mordsüberblick haben. Den sehe ich mir mal näher an. — Dann werden w ir manchen Kopf in unseren Reihen entdecken und wir werden froh sein, dass wir einem Talent, vielleicht sogar

— Seite 89 —

manchmal einem Genie den Weg öffnen können. Ist aber eine Entscheidung falsch, dann wünsche ich nicht, dass der betreffende höhere Kommandeur dann aus lauter Lauterkeit diesen Unsinn deckt und dann vielleicht mit se inem Kameraden vom anderen Oberabschnitt oder von einem anderen Hauptamt einen Mordskampf aaufführt, weil er sagt: Kompetenz ist Kompetenz. Dass es Unsinn ist, ist ganz wurscht. Da es aber mein Hauptamt ist, das den Unsinn gemacht hat, wird er verteidigt. — Ich wünsche, meine Herren, dass wir uns auch anderen Dienststellen g egenüber richtig verhalten. Ich glaube, ich kann von mir sagen, dass ich hier mit gutem Beispiel vorangehe. Wenn ich Unrecht habe, dann s age ich, dass ich Unrecht habe. Herrgott, so klein darf doch unsere Autorität nicht sein, dass wir das nicht eingestehen können. Wir haben alle so wahns innig viel zu arbeiten, dass bei Hunderten von Entscheinungen ein g ewisser Prozentsatz unrichtiger, nicht g anz durchdachter, nicht gargekochter Entscheidungen vorkommen werden. Das ist menschlich. Aber mir ist lieber, es wird entschieden, es wird gearbeitet, als dass einer fünf ganz richtige Entscheidungen trifft, während ein anderer in der gleichen Zeit hundert Entscheidungen fällt, be i denen auch 5 falsche sein können; dann s ind immer noch 95 richtig. Da Fehler passieren können, gestehe ich sie doch ein, und verfechte doch nicht „für Deutsch-

— Seite 90 —

land" einen Unsinn weiter. — Sagen Sie: Jawohl, wir haben uns geirrt. Das wird gebessert oder wird ohne irgend einen Verlust unseres Ansehens zurückgenommen. — So müsste das bei uns sein, und da wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen. Ich habe das auch im Ministerium angeordnet. Der einzelne soll namentlich in Erscheinung treten, denn wir sind ja keine Aktiengesellschaft. Es hatte sich bei uns durch die Juden so eingebürgert, dass die G.m.b.H. und die A.G. das Aushängeschild war und kein Mensch wusste, wer der Herr A.G. war und w elcher Jude dahintersteckte. Ich wünsche keinen

Herrn Ministerium, sondern ich wünsche Regierungsräte, Sekretäre usw. und bei uns wünsche ich SS-Führer, Untersturmführer oder Obersturmführer oder — wenn er klug ist — gern Standartenführer. Aber alle möchte ich einmal namentlich kennenlernen, und das, bitte, führen wir mal ein. Anonymitäten wollen wir ausschalten und dafür klare Verantwortungen setzen. Das, was ich tue, verantworte ich: dazu müssen wir schon den kleinsten Unterscharführer erziehen, erst recht aber die höhere Führerschaft.

5.) Die Ehrlichkeit.

Ich komme zu einem fünften Punkt: Heiligkeit des Eigentums, Ehrlichkeit, Redlichkeit. Ich muss sagen, das ist ein Fragenkomplex

— Seite 91 —

der sehr betrüblich ist in Deutschland. Wir sind — wenn ich das jetzt im geschlossenen Saal sage, so ist das nur für diesen kleinen Kreis bestimmt — ein sehr korruptes Volk geworden, Wir dürfen und brauchen das aber — ich will das erwähnen — nicht ganz tief und weltschmerzlich tragisch zu nehmen. Viele sagen: Ja, die Finnen, das ist ein ehrliches Volk. — Jawohl. Wissen Sie, warum die ehrlich sind? Nicht etwa deswegen, weil sie lauter fantastische innere Anlagen haben, sondern weil sie Gesetze hatten 300 Jahre hindurch, die bestimmten, dass dem, der eine Finnmark stahl, die Hand abgehackt wurde. Und das tut so weh und war so unangenehm, dass allmählich das Volk infolge solcher Maßnahmen und der Erziehung ehrlich wurde. Wir werden das nun nicht machen, aber, meine Herren, wir müssen uns darüber klar sein, dass wir immer zuerst bei uns selbst beginnen müssen. Wir werden auch in unseren Reihen dieser Pest, genannt Korruption, — sie ist noch nicht schlimm — nicht Herr werden, wenn wir nicht jedem Anfang der Korruption in unseren Reihen bedingungslos und uneingeschränkt, ohne Wenn und Aber entgegentreten, sie barbarisch verfolgen, den korrupten Mann degradieren, aus Amt und Würden bringen und ihn bloßstellen vor seinen Untergebenen. Dabei ist das, was

— Seite 92 —

eigentlich den Namen Korruption verdient, in unseren Reihen nicht schlimm. Es gibt aber die kleinen Dinge, bei denen man sich nichts mehr denkt und wofür man den Ausdruck hat „etwas organisieren". Ein Beispiel: Irgendeine Familie wohnt im Osten. Nun hat sie Arbeitspersonal in reichen Mengen. Man holt sich diesen Russen und holt sich jenen Russen oder eine Russin. Das ist ja herrlich, ist ja wunderbar. Die Frau Gemahlin tut nichts mehr, sie kocht nicht

mehr und klopft keinen Teppich mehr. Wozu denn, wir sind ja ein Herrenvolk. Keiner bedenkt, wer diese Arbeitskraft bezahlt, die besser in einer Munitionsfabrik angewendet wäre. In einer Übergangszeit, ehe Obergruppenführer Pohl sie bekam, — Eicke war ja ins Feld gegangen — war das in den Konzentrationslagern wegen der unklaren Befehlsverhältnisse auch so. Da gab es manche Familie, die hatte da einen Häftling und dort einen Häftling, eine andere Familie hatte auf einmal neue Möbel und was weiß ich alles. Wir haben hier noch Restbestände an alten Fällen, und diese Restbestände werden wir gerichtlich klären bis zum letzten Punkt, ohne jede Gnade. Denn es ist auch Diebstahl, eine Arbeitskraft zu beanspruchen, wenn sie einem nicht zusteht und wenn die Arbeit nicht lebensnotwendig ist. Heute sind 100 Mann, die nur aus Bequemlichkeitsgründen an solchen Stellen

— Seite 93 —

verwendet werden, ein Verlust für die deutsche Rüstung.

Über das Gesagte hinaus entstehen aber Unklarheiten über diese Fragen aus dem Notstand heraus, in dem wir seit den Jahren 1936—37 leben. Seit dieser Zeit haben wir nicht mehr alle Bedarfsware, die das menschliche Herz begehrt und die man gern hat, ob es sich nun um Seide, um Strümpfe, Schokolade oder Kaffee handelt. Damit kommen unklare Verhältnisse auf. Wir wollen hier keine Scharfrichter sein. Die Versuchung ist groß: kann man das kaufen, kann man das nicht kaufen, kann man es vielleicht in Frankreich, in Belgien oder sonst irgendwo zum Überpreis kaufen. — Das sind die Dinge, die selbstverständlich die Erziehung schwer machen. Deshalb rühre ich diese strittigen Fragen, bei denen sich mancher nichts Böses denkt, in dieser Notzeit nicht an. Ich künde nur heute schon an, dass ich in dem Augenblick, in dem wir nach dem Krieg normale Verhältnisse in Deutschland bekommen haben, in diesen Dingen den allerschärfsten Maßstab, der überhaupt denkbar ist, in der SS anlege. Wenn wir das dann 20 Friedensjahre hindurch tun, werden wir in Zukunft durch Erziehung eine tadellose Auffassung in all diesen Fragen erreichen.

Eines möchte ich hier noch erwähnen. Es ist für mich selbstverständlich, dass der

— Seite 94 —

alte Kämpfer, je länger er für die Bewegung gekämpft hat, desto mehr verpflichtet ist, sich in allen Dingen anständig aufzuführen. Wenn mir einer kommt und sagt: „Das ist doch ein alter Kämpfer",

dann muss ich antworten: Herr, erlauben Sie, haben wir deswegen eigentlich für das Dritte Reich gekämpft, damit wir es nun selber mit der Axt totschlagen, damit wir nun selber den Respekt, den das Volk vor uns hatte, gewaltsam umbringen? — Gerade der alte Nazi wird, wenn er sich verfehlt, herangekriegt und büsst oder — wenn die Fälle ganz schlimm sind — sühnt mit seinem Leben. Da können wir keine Rücksicht nehmen. Wenn wir ihn bestrafen, und den anderen das mitteilen, so retten wir 99 andere. Wenn wir aber einem durch die Finger sehen und sagen: er ist alter Nazi, er ist alter ᛋᛋ-Führer, Führer kann man doch nicht verurteilen, — dann werden die nächsten 99 in demselben Fall schuldig, und allmählich erstickt eine ganze Organisation daran.

6.) Die Kameradschaft

Das Wort Kameradschaft wird sehr oft ausgesprochen. Sie ist im allgemeinen sehr gut bei uns, besonders bei der Fronttruppe. Ich möchte sie aber, da ich von Kameradschaft spreche, um eines bitten, vermeiden Sie unter sich jeden Streit. Streit ist unfruchtbar.

Meinungsverschiedenheiten sind fruchtbar, wenn sie sachlich ausgetragen werden. Streit, Zank, Verärgerung und Stunk sind unfruchtbar und lähmen die Arbeitskraft, die wir dem Vaterlande schuldig sind. Sie kosten Nervenkraft, die wir für andere Dinge verbrauchen müssen, nämlich für die Erfüllung der Pflicht.

Ich darf vielleicht auch eine Bitte hier aussprechen, dass Streit zwischen höheren Führern nicht auf meinem Rücken ausgetragen wird. In manchen Fällen muss da der Reichsführer-ᛋᛋ den Briefboten spielen, da die beiden Herren ja nicht miteinander verkehren können. Dann schreibt der eine dem Reichsführer-ᛋᛋ einen Brief und der andere schreibt einen Brief. Der Reichsführer hat dann die Aufgabe, dem einen Herrn etwas zu schreiben und dem anderen, usw.. Es wäre Portoersparnis, wäre einfacher, und würde auch mir Zeit sparen, wenn die Herren einander selbst schreiben und sich einmal zusammensetzen würden. In den meisten, allermeisten Fällen ist es so, dass, wenn eine Aussprache stattfindet, wenn man sich die Zeit zu einer Aussprache nimmt, die Dinge aus der Welt kommen. Wenn man sich die Zeit nicht nimmt, wenn man sagt: ich habe eben keine Zeit, ich kann an diesem Nachmittag nicht mit dem zusammenkommen, ausserdem ist es eine schwierige Frage, ob der zu mir kommt oder ob ich zu ihm gehe, treffen wir uns an einem neutralen

Platz, am besten an irgend einer Eiche oder sonstwo, — und wenn man sich dann nicht darüber einigen kann, weil das doch Prestigefragen sind, — der Mensch hat doch nun Prestige, besonders wenn es um seine eigene Person geht, — dann spricht man sich nie aus. Aber dann schreibt man sich viele Wochen, Monate und Jahre Briefe, um sich jedesmal zu ärgern und um darauf zu warten, daß der andere wieder etwas unternimmt. Dann kommt irgend so ein kleiner Wicht, der sagt: ich habe eine prima Nummer bei meinem Alten, wenn ich jetzt sage, dass der andere wieder böse war, dann s agt er: das ist ein Vertreter meiner Interessen, das ist ein braver Untersturmführer, das ist der Richtige. — Ich möchte Ihnen etwas sagen: Hüte man sich vor solchen Untergebenen, hüte man sich vor solchen Begleitern. Hüten wir uns insgesamt vor all den Menschen, die Streit entfachen und nicht innerhalb deutscher Menschen zur Versöhnung reden. Alle diejenigen, die als besonders tapfere Vertreter ihres Ministeriums, ihres Referates, ihrer Abteilung auf diese Weise billige Lorbeeren ernten, die würde man am allerbesten ganz schnell wegen Streitsucht und charakterlicher Unzulänglichkeit aus dem Amt entfernen. Diese Dinge, das möchte ich Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen, wollen wir aus unserem gesamten Führer-Korps ausmerzen.

— Seite 97 —

7.) Verantwortungsfreudigkeit

Das Thema Verantwortungsfreudigkeit habe ich schon gestreift. In diesem Krieg werden Situationen kommen, wo wir eine ungeheure Verantwortungsfreudigkeit haben müssen. Ich denke jetzt nicht an d as, was ich vorher sagte, dass die Verantwortung k lar sein mus s, dass die einzelne Person dahinterstehen muss und nicht eine Anonymität, sondern ich meine jetzt den anderen Teil der Verantwortung, nämlich die Freudigkeit, eine Verantwortung zu übernehmen, auch dann, meine Herren, wenn einen das gerade nichts angeht. Ich möchte hier etwas zu der berühmten Frage der Kompetenz etwas sagen. Unser Freund, Obergruppenführer Wolff, hat jetzt in Italien bei den dortigen italienischen Dienststellen etwas Wunderbares eingeführt und gesagt: Kompetent ist der, der etwas erreicht. Das ist nämlich richtig. Es gibt nämlich Männer, die sagen: Ich bin zwar zuständig dafür, ich verstehe mich aber mi t dem Verhandlungspartner nicht, der mag mich nicht. Der schlägt es mir ab. Deshalb ist es mir lieber, wir erreichen in dieser Sache nichts. — Ein anderer, der zwar nicht kompetent ist, würde e twas e rreichen,

weil er nämlich gerade mit dem Verhandlungspartner befreundet ist. Der darf aber nicht verhandeln. Der kompetente Mann zieht also vor, für die ᛋᛋ lieber nichts zu erreichen,

— Seite 98 —

als dass dass er es durch den unkompetenten Mann erreichen lässt. — Ich glaube, Sie haben verstanden, wie ich d as meine. Sehen Sie, hier müssen w ir großzügig sein bis dorthinaus. Die Hauptsache ist, es wird etwas erreicht. Die Hauptsache ist ja auch draußen, dass eine Höhe, die maßgebend ist, genommen wird, ob nun dafür die 995. Division oder 998. zuständig ist. Die Hauptsache ist, sie wird genommen, dann kann man immer noch s agen: Schön, sie gehört in Euren Streifen, wir haben sie zwar erobert, aber nehmt sie und seid so freundlich und behaltet sie, lasst sie Euch nicht gleich wieder wegnehmen, damit wir sie nicht noch einmal erobern müssen.[4]) — Was also für Deutschland, was für die ᛋᛋ zu erreichen notwendig ist, das hat der zu erreichen, der es kann, das hat der durchzusetzen, der es durchsetzen kann, und der hat verantwortungsfreudig zu sein bis zum Äussersten

8.) Der Fleiss

Vom Fleiss möchte ich auch noch ein Wort sprechen. Bringen wir all unseren Männern heute im Krieg und später im Frieden eines bei, dass Arbeit nicht schändet. Es ist ja vielfach der Fall, dass einer in dem Augenblick, wo er — sagen wir mal — Unterscharführer ist, er selbstverständlich keinen Koffer mehr tragen kann oder dies und jenes nicht mehr kann. Er kann nur zur Beaufsichtigung dort stehen. Das ist

— Seite 99 —

nun mal so. Wenn z.B. ei n Führer mit seiner Frau ausgeht, so kann der in Uniform natürlich ke in Paket tragen, da ist es dann besser, wenn es die Frau trägt. Das ist bei uns fast so wie im Orient. Vielleicht führen wir dann auch ein, dass die Frau, die das Paket trägt, drei Schritte hinterhergehen muss. Das sind schon regelrecht traditionelle Ansichten geworden, die ich bei uns nicht eingebürgert wissen möchte. Ich möchte einmal eine Devise für uns ausgeben, nämlich die, dass für Männer und Frauen dieses Ordens, dieser Sippengemeinschaft der ᛋᛋ das Wort Arbeit groß geschrieben wird, dass keine Arbeit, die für Deutschland g esch i eht, schändet, sei es mit Hacke und Spaten oder sei es mit der Feder, sei es in

[4]) Gedankenstrich, Blei

der Landwirtschaft, in einer Wohnung oder in einer Werkstatt, sei es mit dem Schwert oder mit dem Pflug. Ich bin der ketzerischen Ansicht, dass wir nach dem Kriege Gottseidank ein armes Volk s ein werden. Ich finde das geradezu beglückend. Wenn wir nämlich reich und wohlhabend wären, so wäre es wahrscheinlich mit uns nicht zum Aushalten. Wir würden uns vor lauter Großkotzigkeit überschlagen. Wir würden vor Größenwahn nicht wissen wohin. Weil der Krieg sehr viel Geld kostet, und weil wir ja alles aus uns heraus finanzieren müssen, deshalb glaube ich aus wirklicher Überzeugung, dass w ir ein armes Volk

— Seite 100 —

sein werden. Wir werden also wieder zur Arbeit kommen. Vor allem müssen wir dann verhindern, dass jeder sagt: Di enstmädchen, nein, das kann eine Deutsche nicht, da muss eine Fremde her. Das würde dazu führen, dass wir uns dann wie die alten Römer selig ein Sklavenvolk anschafften, mit dem wir uns dann rassisch verderben würden.

Das sind alles große Fragen, die mich heute manchmal schon viel mehr drücken und bewegen als manche Fragen in diesem Krieg. Den Krieg müssen w ir eben bis zu Ende durchführen, wir gewi nnen ihn ja, wir brauchen bloß keine Fehler zu machen. Die anderen Fragen aber, den Frieden zu gewinnen, das Volk wieder einzufangen, es sich nach dem Krieg entspannen zu lassen, aber dann sofort wieder an die Arbeit zu bringen, es zu erziehen, diese Fragen werden manchmal viel schwerer sein. Ich glaube, wie gesagt, das Ende des Krieges wird ein nicht verarmtes, aber armes deutsches Volk sehen, das sehr viel schaffen muss, sehr viel arbeiten muss. Ich hoffe, dass wir dann nicht so reich sind, dass wir nur Fleisch fressen, bis uns die Zähne ausfallen oder dass wir ähnliche Ernährungstorheiten begehen, sondern dass alle diese Dinge durch das Leben geregelt werden. Ich glaube auch, dass aus dem Unhe il des Bombenkrieges eine Auflockerung der

— Seite 101 —

Großstädte kommt, so dass wir vom gütigen Herrgott etwas auf das Land hinausgetrieben werden. Dann wird mancher sagen: Na, auf dem Lande is t es doch garnicht so schlecht, ich habe eine Ziege, der andere hat ein Schwein, wir haben ein paar Kartoffeln. Das sind sehr reelle Grundlagen. Ausserdem kriegen wir nicht so viel auf das Dach. Das ist für die nächste Zukunft auch ganz gut. — Das Geld, um die Städte abzureissen, hätten wir nie aufwenden können. Jetzt hat das Schicksal sie abgerissen, und wir werden s ie dann wahrscheinlich vernünftig und aufgelockert wieder aufbauen.

Wir müssen diese Dinge rechtzeitig erkennen und von vorn herein die Erziehung richtig ansetzen. Wo Sie als Kommandeure solche spielerisch-militärischen Untugenden, dass ein Unterscharführer glaubt, er dürfe nicht arbeiten, entdecken, da müssen Sie eingreifen. Manchmal geht das ja so weit, — bei unseren Divisionen Gottseidank nicht — dass der Soldat sich nicht eingräbt. Man scheint zu denken: ein Herrenvolk gräbt eben nicht, das lässt sich totschiessen, aber es gräbt nicht. Ich wünsche, dass diese Dinge bei uns möglichst radikal ausgerottet und abgewöhnt werden.

9.) Alkohol vermeiden

Über das Thema Alkohol brauchen wir eigentlich kein Wort zu verlieren, das wissen Sie.

— Seite 102 —

Bei den Hunderttausenden von Menschen, die wir durch den Krieg verlieren, können wir es uns nicht leisten, auch moralisch noch Menschen zu verlieren, die sich dem Alkohol ergeben und daran kaputt gehen. Auch hier ist die größte und unbarmherzigste Strenge die beste Kameradschaft, die Sie ihren Untergebenen erweisen können. Straftaten, die unter dem Einfluss des Alkoholgenusses stehen, werden doppelt so hoch bestraft. Führer, die Alkoholgastereien der Untergebenen in ihrer Kompanie zulassen, bestrafe ich. Ich darf bitten, dass das überall so durchgeführt wird.

Praktische Aufgaben

Nun zu den praktischen Aufgaben, und damit komme ich zum Schluss. Um bei mir anzufangen, so sagte ich Ihnen schon, dass ich im Reichsministerium des Innern die praktischen Aufgaben in der Stärkung der Reichsgewalt, sowie in der Sicherung der Stimmung und Haltung im Innern sehe. Auf dem Gebiete der Waffen-SS kommt es zum Zwecke der Neuaufstellungen auf die Ausbildung von Führern und Unterführern im reichsten Maße an, denn ich sehe kommen, dass wir mehr und mehr in fremde Volkstümer hereingreifen werden. Dafür brauchen wir dann Führer und Unterführer. Diese Neuaufstellungen werden im ersten Teil, in der Gewinnung der Menschen, eine Aufgabe des SS-Hauptamtes und dim zweiten Teil in der

— Seite 103 —

Aufstellung, Ausbildung und Ausrüstung, eine Aufgabe des SS-Führungshauptamtes sein. — eine weitere Aufgabe, die vor allem

unseren Obergruppenführer Pohl betrifft, ist die Vermehrung und Verstärkung unserer Rüstungsarbeiten und Rüstungsbestrebungen — Aufgabe der Ordnungspolizei ist die Auskämmung des Ostens, denn hier werden durch die Verminderung des Gebietes mindestens Kräfte der Gendarmerie und der Stäbe frei, selbst, wenn wir nur mit der jetzigen Stärke die Gebiete belegen. Es kommt auf ein gnade- und bedingungsloses Auskämmen an. Viele werden weinen, das macht aber nichts, denn es wird sehr viel geweint. Wir müssen Kräfte sparen, denn wir brauchen in diesem unruhigen Europa da und dort Eingriffsreserven. — Die Arbeit der Sicherheitspolizei muss an Bedeutung zunehmen, denn der Nerven- und psychologische Krieg wird im fünften und sechsten Kriegsjahr seine Höhe erreichen.

Für die Höheren SS- und Polizeiführer sehe ich an praktischen Aufgaben vor allem einen Auftrag, der zugleich auch für die Hauptamtchefs gilt. Der Höhere SS- und Polizeiführer ist für mich der Vertreter des Reichsführers-SS in seinem Gebiet. Wehe, wenn die SS und Polizei auseinanderfielen, Wehe, wenn die Hauptämter in gutgemeinter, aber falsch verstandener Vertretung ihrer Aufgaben sich mit je einem

— Seite 104 —

Befehlsweg nach unten selbständig machen würden. Das würde, wie ich wirklich glaube, an dem Tag, an dem mich einer über den Haufen schießt, das Ende der SS sein. Es muss so sein und e s muss so werden, dass auch unter dem zehnten Reichsführer-SS dieser Orden der SS mit allen seinen Sparten — Gesamtgrundlage Allgemeine-SS, Waffen-SS, Ordnungspolizei, Sicherheitspolizei; die ganze Wirtschaftsverwaltung, Schulung, weltanschauliche Erziehung, die ganze Sippenfrage — e i n Block, e i n Körper, e i n Orden ist. Wehe, wenn wir das nicht zusammenbringen. Wehe, wenn die einzelnen Hauptämter, die einzelnen Chefs ihre Aufgabe hier falsch sehen würden, wenn sie glauben würden, etwas Gutes zu tun, während sie in Wirklichkeit den ersten Schritt zum Ende tun würden. Wir sind auf dem Wege zur Zusammenschmelzung gut vorangekommen. In den harten Kämpfen in diesem Jahr ist in den bittersten Stunden die Waffen-SS zusammengeschmolzen aus den verschiedensten Divisionen und Teilen, aus denen sie sich bildete: Leibstandarte, Verfügungstruppe, Totenkopf-Verbände und dann die germanische SS. Als jetzt unsere Divisionen „Reich", „Totenkopf" Kavallerie-Division und „Wiking" beisammen waren, da wusste gerade in den letzten Wochen jeder: neben mir ist „Wiking", neben mir ist „Reich", neben mir ist „Totenkopf", Gottseidank, da kann uns nichts passieren. — So, wie es innerhalb der Waffen-SS ist und sein

— Seite 105 —

muss, so müssen nun allmählich auch Ordnungs- und Sicherheitspolizei, Allgemeine-SS und Waffen-SS zusammenschmelzen. Das geschieht auf dem Gebiet der Stellenbesetzung, der Ergänzung, der Schulung, der Wirtschaft, des Ärztewesens. Ich tue hier immer etwas dazu, immer wieder wird ein Band um diese Bündelteile herumgeschlungen, um sie zusammenwachsen zu lassen. Wehe, wenn sich diese Bänder einmal lösen würden, dann würde alles — davon seien Sie überzeugt — in einer Generation und in kurzer Zeit in seine alte Bedeutungslosigkeit zurücksinken. Man würde dann sagen können, das wäre nicht schade, wenn es eben nicht lebenswert sei, so solle es aufhören. Das ist richtig. Ich möchte auch nie etwas erhalten wissen, auch wenn es meine, unsere uns so teure SS ist, wenn sie nicht lebenswert wäre. Ich glaube bloß, dass wir das vor Deutschland, vor Germanien nicht verantworten könnten, denn dieses germanische Reich braucht den Orden der SS. Es braucht ihn wenigstens für die nächsten Jahrhunderte. Dann, in hundert, tausend oder zweitausend Jahren wird sicherlich einmal wieder eine andere Form gefunden werden. Wenn wir zu Ende sind, dann wird sich irgendein Rest mit ein paar Grundgedanken von uns durchretten und erhalten. Daraus wird wieder etwas Neues entstehen,

— Seite 106 —

Genau so, wie wir aus der Germanenzeit, aus der Ritterzeit, aus der Feme-Organisation, aus der preußischen Armee da und dort eine Fackel übernommen haben, deren Träger w i r nun sind, um daraus ein großes Licht zu entzünden. Genau so wird es später sein. Heute, glaube ich, könnten wir es uns nicht leisten, dass dieser SS etwas zustieße. Deswegen lege ich Ihnen allen eines ans Herz, Ihnen, meine Hauptamtchefs, meine Höheren SS- und Polizeiführer und diesem ganzen Gruppenführer-Korps, der höchsten Stufe dieser Hierarchie des Ordens d er SS: Seht immer das Ganze, seht immer den Gesamtorden, seht niemals nur Eure Sparte, seht niemals nur Euren Oberabschnitt, sondern seht immer die SS, darüber das germanische Reich, darüber unseren Führer, der dieses Reich geschaffen hat und noch schafft.

Partei und Wehrmacht

Die Einigkeit, die in Deutschland heute wichtiger denn je ist, die möge uns heiliges Gebot sein, auch wenn wir uns über den oder jenen einmal ärgern müssen. Wir brauchen restlose Einigkeit mit der Partei und mit allen ihren Institutionen. Erfreulicherweise

besteht sie auch heute mit der SA. Der neue Stabschef Schepmann sieht es auch als seine wichtigste Aufgabe an, zwischen den alten Gliederungen der Partei Frieden und Eintracht

— Seite 107 —

herzustellen. Wir brauchen Einigkeit mit der Wehrmacht. Wir wissen, dass wir als politische Soldaten in den verschiedenen Teilen der Wehrmacht manches veraltet, nicht schön oder nicht richtig finden. Sehen Sie immer das Positive und betrachten Sie es als Ihre Aufgabe, Menschen zu gewinnen und Prediger zu sein. Sehen Sie nicht das Negative, das Ihnen nicht gefällt, sondern versuchen Sie, die Menschen zu gewinnen, die vielfach danach dürsten, etwas zu hören. Versuchen Sie, ihnen den Sinn dieses Krieges und die Aufgabe, die sie haben, klar zu machen. Unterrichten Sie sie über die Rassenfrage. Wir sind ja so glücklich, sagen zu können, dass wir das alles wissen. Deswegen haben wir ja unsere Festigkeit, deswegen sind wir ja krisenfest. Geben Sie sich die Mühe zu vermitteln und diese Gedanken weiter zu verbreiten. Jeden Kompaniechef, dem Sie diese unsere Gedanken vermitteln, den machen Sie fest und Sie machen seine Kompanie fest. Jeder Divisionskommandeur, den Sie nicht abstoßen oder beleidigen, sondern gewinnen, wird ein bedingungslos harter Kämpfer dieses Krieges sein, und der führt 15.000 bis 20.000 Mann. Seine Front wird dann halten, denn das Herz hält die Front, nicht der Leib, nicht das Gewehr und nicht die Kanone.

— Seite 108 —

ᛋᛋ-Helferinnen

Einen Punkt will ich auch noch erwähnen. Wir haben bereits sehr stark ausgekämmt. Wo wir noch einen Mann entbehren können, wollen wir ihn heraustun. Ich habe nach langem Zögern zugestimmt, dass ᛋᛋObergruppenführer Sachs, der mit diesem Plan an mich herantrat, in Oberehnheim eine Schule für ᛋᛋ-Helferinnen aufgemacht hat. Ich muss sagen, auch diese jüngste Institution der ᛋᛋ ist bis jetzt erfreulich angelaufen. Hier habe ich mir zur Aufgabe gemacht, zu einer Form zu kommen, die weder Kommiß noch Belustigungsinstitution ist. Es muss dem deutschen Volk mit all seinen Werten doch gelingen, eine ähnliche Institution wie die der finnischen Lottas ins Leben zu rufen. Man muss durch Auslese dieser Mädchen, — so dass wirklich die wertvollsten zu uns kommen — sowie durch Wachrufen des Ehrgefühls zu erreichen suchen, was man nicht durch Zwang, auch nicht durch Zapfenstreich, Ausgehverbot und was weiß ich für Verbote erreichen

kann. Hier, meine Herren Obergruppenführer und Gruppenführer, ist es Ihre Aufgabe, dass jeder von Ihnen sich bemüht, dies oder jenes wertvolle junge Mädel aus seiner Bekanntschaft oder aus seiner Verwandtschaft zu uns zu schicken, so wie wir früher Männer für die Waffen-SS und Junker für die Führer-Laufbahn geworben haben. So hat es unser Kamerad

— Seite 109 —

und Freund Waldeck vorbildlich gehalten und uns seine Tochter geschickt. Er wird uns jetzt auch seine zweite Tochter schicken. Der Oberabschnitt, der auf diesem neuen Gebiet am besten mitgeholfen hat, ist der Oberabschnitt Südwest von Hofmann. Wir erreichen damit nämlich eins, jedes Mädchen, das wir einstellen können, wird einen Mann ersetzen. Stur, wie nun einmal Soldaten und SS-Männer sind, ist bei einer Dienststelle Unfug getrieben worden. Da hat der Kommandeur gesagt: Ich lasse jetzt durch diese Mädchen SS-Männer im Nachrichtendienst als Nachrichtenhelfer ausbilden und dann schicke ich die Mädchen weg, ich will nämlich keine Mädchen in meiner Einheit haben. — Das ist natürlich nicht ganz der Sinn dieser Einrichtung, sondern der Sinn liegt umgekehrt darin, dass wir Mädchen dorthinsetzen, um die Männer raustun zu können. Aber, ich glaube, insgesamt wird sich das zurechtziehen. Ich bitte Sie, dass Sie Ihre ganze Ritterlichkeit, Ihren ganzen Gerechtigkeitssinn und ihre ganze Fürsorge diesen Mädels angedeihen lassen, und dass Sie bei aller Großzügigkeit, die wirklich sonst in unseren Reihen besteht, dafür sorgen, dass diese Institution tabu ist. Hier verstehe ich keinen Spaß, denn das sind unsere Töchter, sind die Schwestern von SS-Männern und sollen Bräute und Frauen für unsere jungen SS-Männer und Führer sein.

— Seite 110 —

Als ich einmal bei ihnen war, sagte ich den Mädels, es dürfe nicht so sein, dass ein Mann, der so ein Mädchen heiraten will und dann erfährt, dass sie Helferin war, sagt: Um Gottes Willen, kommt garnicht in Frage, — sondern es muss so sein, dass der Mann, der eines dieser Mädel heiraten will und erfährt, dass sie SS-Helferin war, sagt: Die kann ich heiraten, die ist in Ordnung. — So muss das sein. So müssen die Mädels sich halten und so müsst Ihr Kommandeure für sie sorgen und diese Auffassung bei Euren Untergebenen durchsetzen.

Die Zukunft

Die allernächste Zukunft wird, glaube ich, sehr schwere Belastungen bringen. Wir werden einen harten Winter, ein hartes Frühjahr

vor uns haben. Der Ansturm im Osten wird unerhört erbittert sein. Der Partisanenkrieg wird zunehmen. Sobald es die Witterung e rlaubt, werden Landungen und Luftangriffe von Seiten der Engländer und Amerikaner ebenfalls zunehmen. In diesem Winter wird es heissen: stehen, stehen, glauben, zurückschlagen, kämpfen, niemals nachgeben. — Darauf wird es ankommen.

Was die Beendigung und das Gewinnen des Krieges anlangt, so müssen wir insgesamt eine Erkenntnis in uns aufnehmen: Ein Krieg muss geistig, willensmässig, seelisch gewonnen werden, dann ist die körperliche, leibliche,

— Seite 111 —

materielle Gewinnung nur eine Folgeerscheinung. Nur derjenige, der kapituliert, der da sagt: ich habe den Glauben und den Willen zum Widerstand nicht mehr, — der verliert, der legt nämlich die Waffen nieder. Derjenige, der stur bis zum letzten, bis eine Stunde nach Friedensschluss ficht und steht,der hat gewonnen. Hier wollen w ir unseren ganzen Dickkopf, den wir haben und durch den wir uns absolut auszeichnen, unsere ganze Zähigkeit, Hartnäckigkeit und Sturheit einsetzen. Wir wollen einmal den Engländern, Amerikanern und russischen Untermenschen zeigen: Wir sind härter, wir, gerade wir, die SS, wir werden diejenigen sein, die immer stehen. Wir werden diejenigen sein, die auch im 5. und 6. Kriegsjahr mit guter Stimmung, nicht mit Leichenbittermiene, mit Humor, mit Willen und Auftrieb immer wieder antreten, wann die Gelegenheit zum Antreten gegeben is t. Wenn wir das tun, dann werden viele sich ein Beispiel an uns nehmen und werden auch stehen. Wir müssen letzten Endes den Willen haben und wir haben ihn, denjenigen, der an irgendeiner Ste lle nicht mehr mittun will in Deutschland, — das könnte bei e iner Belastung einmal eintreten — kühl und nüchtern umzubringen. Lieber stellen wir so und so viele an die Wand, als dass an irgend einer Stelle ein Bruch entsteht. Wenn wir seelisch, willensmäßig und geistig in Ordnung sind, dann w erden wir diesen Krieg nach

— Seite 112 —

den Gesetzen der Geschichte und der Natur gewinnen, weil wir die höheren menschlichen Werte, die höheren und kräftigeren Werte in der Natur verkörpern.

Wenn der Krieg gewonnen ist, dann, das sagte ich Ihnen schon, beginnt unsere Arbeit. Wann der Krieg zu Ende ist, das wissen w ir nicht. Das kann plötzlich sein, das kann lange dauern. Das

sehen wir ja dann. Aber ich sage Ihnen heute schon voraus, wenn plötzlich einmal Waffenstillstand und Friede ist, dann g laube ja niemand, dass er nun in den Schlaf des Gerechten fallen kann. Stellen Sie auch alle Ihre Kommandeure, Ihre Chefs und alle Ihre ᛋᛋ-Führer darauf ein: dann, meine Herren, werden wir erst munter werden, nämlich dann verfallen so und so viele andere in diesen Schlaf. Ich werde die ganze ᛋᛋ so wecken, so prima wach halten, dass wir dann sofort an den Aufbau in Deutschland gehen können. In der Allgemeinen-ᛋᛋ wird dann sofort die germanische Arbeit begonnen, dann ist nämlich die Ernte reif, um in die Scheuer gefahren zu werden. Dann w erden wir dort die Jahrgänge durch Gesetz einziehen. Dann werden wir sofort unsere ganzen Verbände der Waffen-ᛋᛋ in Ausrüstung und Ausbildung in allerbeste Form bringen. Dann wird weitergearbeitet, in diesem ersten halben Jahr nach dem Krieg, als ob am nächsten Tag der

— Seite 113 —

Großangriff begönne. Es wird sehr maßgeblich sein, wenn Deutschland bei den Friedens- oder Waffenstillstandsverhandlungen eine operative Reserve, ein operatives Gewicht von 20, 25 oder 30 intakten ᛋᛋ-Divisionen hat.

Wenn der Friede endgültig ist, dann werden wir fähig sein, an unsere große Zukunftsarbeit zu gehen. Wir werden siedeln. Wir werden die Ordensgesetze der ᛋᛋ den Jungen anerziehen. Ich halte es für das Leben unserer Völker für unumgänglich nötig, dass wir die Begriffe Ahnen, Enkel und Zukunft nicht nur von aussen beibringen, sondern als Teil unseres Wesens empfinden. Ohne, dass darüber gesprochen wird, ohne, dass wir mit Prämien oder ähnlichen materiellen Dingen zu operieren brauchen, muss es selbstverständlich sein, dass wir Kinder bekommen. Es muss selbstverständlich sein, dass aus diesem Orden, aus dieser rassischen Oberschicht des germanischen Volkes die zahlreichste Nachzucht hervorgeht. Wir müssen in 20 bis 30 Jahren wirklich die Führungsschicht für ganz Europa stellen können. Wenn die ᛋᛋ zusammen mit den Bauern, wir zusammen mit unserem Freund Backe dann die Siedlung im Osten betreiben, großzügig, ohne jede Hemmung, ohne jedes Fragen nach irgendwelchem Althergebrachten, mit Schwung und revolutionärem Drang, dann werden wir in 20 Jahren die Volkstumsgrenze um 500 Kilometer nach Osten herausschieben.

— Seite 114 —

Ich habe den Führer heute schon gebeten, dass die ᛋᛋ — wenn wir bis Ende des Krieges unsere Aufgabe und unsere Pflicht erfüllt

haben — das Vorrecht bekommt, die äusserste deutsche Ostgrenze als Wehrgrenze zu halten. Ich glaube, das ist das einzige Vorrecht, wo wir keinen Konkurrenten haben. Ich glaube, dieses Vorrecht wird uns gar niemand abstreiten. Dort werden wir in der Lage sein, jeden jungen Jahrgang praktisch im Gebrauch der Waffen zu üben. Wir werden dem Osten unsere Gesetze aufdiktieren. Wir werden vorbrechen und uns nach und nach vorpreschen bis zum Ural. Ich hoffe, dass unsere Generation das noch schafft, dass jeder Jahrgang im Osten gekämpft hat, dass jede Division von uns jedes zweite oder dritte Jahr einen Winter im Osten zubringt. Dann werden wir niemals verweichlichen, dann werden wir niemals Uniformträger bekommen, die nur deshalb zu uns kommen, weil es vornehm ist und weil der schwarze Rock im Frieden natürlich sehr anziehend sein wird. Jeder wird wissen, wenn ich zur SS gehe, so besteht die Möglichkeit, dass ich totgeschossen werde. Er hat es verbrieft, dass er jedes zweite Jahr nicht in Berlin tanzt oder in München Fasching feiert, sondern dass er in einen eiskalten Winter an die Ostgrenze gestellt wird. Dann werden wir eine gesunde Auslese für alle Zukunft haben. Wir werden damit die

— Seite 115 —

Voraussetzungen dafür schaffen, dass das gesamte germanische Volk und dass das gesamte von uns, dem germanischen Volk, geleitete, geordnete und geführte Europa in Generationen seine Schicksalskämpfe mit einem bestimmt wieder hervorbrechenden Asien bestehen kann. Wir wissen nicht, wann das sein wird. Wenn dann auf der anderen Seite die Masse Mensch mit 1 bis 1,5 Milliarden antritt, dann muss das germanische Volk mit seinen, wie ich hoffe, 250 bis 300 Millionen zusammen mit den anderen europäischen Völkern in einer Gesamtzahl von 600 bis 700 Millionen und mit einem Vorfeld bis zum Ural oder in hundert Jahren bis über den Ural hinaus seinen Lebenskampf gegen Asien bestehen. Wehe, wenn das germanische Volk ihn nicht bestehen würde. Es wäre das Ende der Schönheit und der Kultur, der schöpferischen Kraft dieser Erde. Das ist die ferne Zukunft. Für die fechten wir, verpflichtet, das Erbe unserer Ahnen weiterzugeben.

In die Ferne sehen wir, weil wir sie wissen. Deswegen tun wir fanatischer denn je, gläubiger denn je, tapferer, gehorsamer und anständiger denn je unsere Pflicht. Wir wollen dessen würdig sein, dass wir des Führers Adolf Hitler erste SS-Männer in der langen vor uns stehenden Geschichte des germanischen Volkes sein durften.

— Seite 116 —

Nun gedenken wir des Führers, unseres Führers Adolf Hitler, der das germanische Reich schaffen und uns in die germanische Zukunft führen wird.

Unser Führer Adolf Hitler

Sieg Heil!
Sieg Heil!
Sieg Heil!

DOCUMENT 1933-PS

TOP-SECRET LETTER OF THE SS ECONOMIC-ADMINISTRATIVE MAIN OFFICE TO THE COMMANDANTS OF 15 CONCENTRATION CAMPS, 27 APRIL 1943, ON THE SELECTION OF INSANE INMATES FOR SPECIAL TREATMENT (ACTION 14 F 13) (EXHIBIT USA-459)

BESCHREIBUNG:
Phot l r vom Dienstrang unter U P unl

ᛋᛋ-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt
Amtsgruppenchef D — Konzentrationslager —

Oranienburg, den 27.April 1943.

D I/1 /Az.: 14 f 13/L/S.—
Geheim Tgb.-Nr. 612/43

Betreff: Aktion 14 f 13 in den Konzentrationslagern.
Bezug: Hies.Verfügung —D I/1/Az.: 14 f 13/Ot/S. — Geh. Tgb. — Nr. 34/43— vom 15.1.43.
Anlagen: keine

Geheime Reichssache
..... **Ausfertigung**

An die

Lagerkommandanten der
Konzentrationslager

Da., Sah., Bu., Mau., Flo., Neu., Au., Gr.-Ro., Natz., Stu., Rav., Ri., Herz., Lubl. und Bergen-Belsen.

Abdruck an: Chef des Amtes D II, III im Hause.

Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei hat auf Vorlage entschieden, daß in Zukunft nur noch geisteskranke Häftlinge durch die hierfür bestimmten Ärztekommissionen für die Aktion 14 f 13 ausgemustert werden dürfen.

Alle übrigen arbeitsunfähigen Häftlinge (Tuberkulosekranke, bettlägerige Krüppel usw.) sind grundsätzlich von dieser Aktion auszunehmen. Bettlägerige Häftlinge sollen zu einer entsprechenden Arbeit, die sie auch im Bett verrichten können, herangezogen werden.

Der Befehl des Reichsführers-SS ist in Zukunft genauestens zu beachten.

Die Anforderungen von Kraftstoff für diesen Zweck entfallen daher.

Glücks

SS-Brigadeführer und
Generalmajor der Waffen-SS

DOCUMENT 1948-PS

NOTES BY THE REICHSSTATTHALTER IN VIENNA, 7 NOVEMBER 1940: THE RSHA HAS ORDERED JEWS FIT FOR WORK TO BE CONSCRIPTED FOR FORCED LABOR (EXHIBIT USA-680)

BESCHREIBUNG:

Bk Stp violett | U Ti | l n U: Wv. 20. 12. 40 F 25/11. (Ti) | vor „Betr" und vor „l.)" je ein Häkchen (Ti)

Der Reichsstatthalter in Wien

I a Pol.—VIII— 136/40 Wien, am 7. November 1940.

Betr.: Pflichtarbeit von arbeitsfähigen Juden.

1.) Vermerk:

Am 5. November 1940 telefonische Rücksprache mit der Geheimen Staatspolizei, Standartenführer H u b e r. Die Gestapo hat vom Reichssicherheitshauptamt interne Anweisungen, wie die arbeitsfähigen Juden zur Pflichtarbeit herangezogen werden sollen. Sie führt zurzeit Erhebungen durch, wie viel arbeitsfähige Juden noch zur Verfügung stehen, um dann über die geplanten Masseneinsätze zu disponieren. Vermutlich stehen nicht mehr viele Juden zur Verfügung. Falls aber doch, so sieht die Gestapo auch keine Bedenken, die Juden auch zur Beseitigung der zerstörten Synagogen heranzuziehen.

SS-Standartenführer Huber wird dem Herrn Regierungspräsidenten noch persönlich darüber Bericht erstatten.

Ich habe dem Herrn Regierungspräsidenten in diesem Sinne vorgetragen. Die Sache soll weiter im Auge behalten werden.

2.) Wv.: 25.11.1940 I.A.:

Dr. Fischer

DOCUMENT 1950-PS

SECRET LETTER FROM LAMMERS TO VON SCHIRACH, 3 DECEMBER 1940: THE 60,000 JEWS STILL REMAINING IN VIENNA ARE TO BE DEPORTED TO THE GOVERNMENT GENERAL; SECRET LETTER FROM THE REICHSSTATTHALTER IN VIENNA TO KALTENBRUNNER AND OTHER AUTHORITIES, 18 DECEMBER 1940, ON THE SAME SUBJECT (EXHIBIT USA-681)

BESCHREIBUNG:

zweiteilig

E r s t e s S: Ds | unter Datum rechteckiger Stp rot: „Eingelangt am 13. XII. 1940 I a Pol.—VIII—153/40g Blg. (Zeichen unl)"; „13. XII.", „40", „a Pol.—VIII—153/40g" und unl Zeichen Ti | unter Stp Doppelkreuz (Ziegelrot) | „Geheim!"

schräg doppelt angestrichen (Blei) | unter U: Ia Pol.Abschr an Pst + Stapo geben (Blei); darunter: „+ C 12 (fraglich) (P unl) 9/12“ (Ziegelrot) | hs Unterstreichung Ziegelrot

---

Abschrift!

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Rk. 789 B g

Berlin W 8, den 3.12.40
Voßstr.6.

Geheim!

An
den Reichsstatthalter in Wien
Herrn Gauleiter von Schirach
Wien

Sehr verehrter Herr von Schirach!

Wie mir Reichsleiter Bormann mitteilt, hat der Führer auf einen von Ihnen erstatteten Bericht entschieden, daß die in dem Reichsgau Wien noch wohnhaften 60 000 Juden beschleunigt, also noch während des Krieges, wegen der in Wien herrschenden Wohnungsnot ins Generalgouvernement abgeschoben werden sollen. Ich habe diese Entscheidung des Führers dem Herrn Generalgouverneur in Krakau sowie dem Reichsführer SS mitgeteilt und darf Sie bitten, gleichfalls von ihr Kenntnis nehmen zu wollen.

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener
gez.Dr.Lammers

Abschriftlich:
1. an ::-:: Dr.Dellbrügge ::-::
2. Reg.Präs. Jung

9.12.40/Hk.

Zweites S: U P unl, „18/12“ Rot | Bk Stp schwarz | Geheim Stp rot | im Datum „17.“ durchstrichen, darüber „18.“ Rot | im zweiten Abs des T Verbesserungen: „soll“ (Rot) statt „wird“; „a“ in „anfang“ mit „A“ überschrieben (Ti); der nächste Satz hieß ursprünglich: Ich werde die Durchführung der Abschiebung mit Ihnen noch besprechen. (Durchstreichungen und Verbesserungen Rot) | im Adr vor den Ziffern 1), 2), 3) und u vor „Abschrift“ Häkchen, Rot | r n U Viereck-Stp schwarz: „Reing.... Vergl.... Begl.... Best. 20. DEZ. 1940“;

anschließend Eintrag: H 11 (Blei) | darunter: P unl, 17/12 (Ti) | im Anschluß an die Wv-Anordnung: Reg.Präs. am 13./1. 41 berichtet. Er wird in dieser Sache mit ᛋᛋ-Gruppenführer Kaltenbrunner sprechen. Weisung wird kommen. Wv. 20./1. 1941, P unl | | davon: Dr Kramer 18/XII (Kop)

Der Reichsstatthalter in Wien
I a Pol.-VIII- 153/40 g

Wien, am *18.* Dezember 1940.
I, Ballhauspl.2

GEHEIM!

I. An

1) den Höheren ᛋᛋ-und Polizeiführer
im Wehrkreis XVII
zu Hdn.v. ᛋᛋ Gruppenführer Dr. KALTENBRUNNER
oViA.,

2) den Herrn Polizeipräsidenten in Wien
zu Hdn.v.Herrn Oberregierungsrat Dr. MILLESI oViA.,

3) die Geheime Staatspolizei-Staatspolizeileitstelle Wien —
zu Hdn.v. SS-Standartenführer H u b e r oViA.,

in W i e n.

Betrifft: Juden in Wien.

Abschrift des Schreibens des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei vom 3.12.1940 — Rk.789 B g- übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Die Abschiebung der Juden aus Wien *soll* Anfang des nächsten Jahres in Angriff genommen werden. Die Durchführung der Abschiebung *wird zweckmässig noch zu gegebener Zeit gemeinsam besprochen.* Bis dahin bitte ich, von weiterer Veranlassung abzusehen.

In Vertretung:

ANSCHLIESSEN:

Abschrift d. Einlaufst. P unl, *18/12*
F 17/12.

2.) Wv.: 15.I.1940

DOCUMENT 1956-PS

FROM THE "VÖLKISCHER BEOBACHTER," 22 JANUARY 1936: EXTRACT FROM AN ARTICLE ON THE PURPOSE AND FUNCTIONS OF THE SECRET STATE POLICE (EXHIBIT GESTAPO-26)

Aus: Das Archiv, Nachschlagewerk für Politik — Wirtschaft — Kultur (Herausgegeben von Alfred-Ingemar Berndt, bearbeitet von Ernst Jaenike, Verlag Otto Stollberg - Berlin W 9

22.1.1936

Bedeutung und Aufgaben der Geheimen Staatspolizei.

Der „Völkische Beobachter" (VB v. 22.1.36) veröffentlichte zur Widerlegung von im Auslande verbreiteten böswilligen Gerüchten eine Darstellung über Entstehung, Bedeutung und Aufgaben der Geheimen Staatspolizei, in der es u.a. heißt:

Die Geheime Staatspolizei wurde nach der nationalsozialistischen Revolution in sämtlichen deutschen Ländern gleichzeitig aus zwingender politischer Notwendigkeit geschaffen. In Preußen war ihr Schöpfer Ministerpräsident Göring, der noch heute der Chef der Geheimen Staatspolizei ist. In Bayern wurde die Bayerische Politische Polizei durch den Reichsführer SS, Himmler, geschaffen, der zugleich in den übrigen außerpreußischen Ländern den Aufbau der Politischen Polizeien leitete. Ihre einheitliche Zusammenfassung erfuhren die Politischen Polizeien aller Länder, als Ministerpräsident Göring im Frühjahr 1934 den Reichsführer SS zum stellvertretenden Chef der Preußischen Geheimen Staatspolizei ernannte — vgl. Si, S. 38 (Bd. 1). Damit war eine einheitliche Führung und ein gleichmäßiger Ausbau der Politischen Polizeien aller Länder gewährleistet.

Die Geheime Staatspolizei ist ein kriminalpolizeilicher Behördenapparat, dem die besondere Aufgabe der Verfolgung von Verbrechen und Vergehen gegen den Staat, vor allem die Verfolgung des Hoch- und Landesverrats, obliegt. Aufgabe der Geheimen Staatspolizei ist, diese Vergehen und Verbrechen aufzuklären, die Täter zu ermitteln und sie der gerichtlichen Bestrafung zuzuführen. Die Zahl der bei dem

Volksgerichtshof

Volksgerichtshof ständig anhängigen Strafverfahren wegen hochverräterischer Unternehmen und wegen Landesverrats ist das Ergebnis dieser Arbeit. Daneben untersteht der Geheimen Staatspolizei als zweites großes Aufgabengebiet die vorbeugende Bekämpfung aller dem Staate und der Staatsführung drohenden Gefahren. Da seit der nationalsozialistischen Revolution jeder offene Kampf und jede offene Opposition gegen den Staat und gegen die Staatsführung verboten ist, ist eine Geheime Staatspolizei als vorbeugendes Kampfinstrument gegen die dem Staate drohenden Gefahren unlösbar mit dem nationalsozialistischen Führerstaat verbunden. Die Gegner des Nationalsozialismus sind durch das Verbot ihrer Organisationen und ihrer Zeitungen nicht beseitigt, sondern haben sich in andere Formen des Kampfes gegen den Staat zurückgezogen. Daher muß der nationalsozialistische Staat die unterirdisch gegen ihn kämpfenden Gegner in illegalen Organisationen, in getarnten Vereinigungen, in den Zusammenschlüssen wohlmeinender Volksgenossen und selbst in den eigenen Organisationen der Partei und des Staates aufspüren, überwachen und unschädlich machen, bevor sie dazu gekommen sind, eine gegen das Staatsinteresse gerichtete Handlung wirklich durchzuführen. Diese Aufgabe, mit allen Mitteln den Kampf gegen die geheimen Staatsfeinde zu führen, wird keinem Führerstaat erspart bleiben, weil immer die staatsfeindlichen Mächte von ihren ausländischen Zentralen her irgendwelche Menschen in diesem Staate sich dienstbar machen und zum unterirdischen Kampf gegen den Staat einsetzen.

Die vorbeugende Tätigkeit der Geheimen Staatspolizei besteht in erster Linie in der umfassenden Beobachtung aller Staatsfeinde im Reichsgebiet. Da die Geheime Staatspolizei neben den ihr in erster Linie obliegenden Vollzugsaufgaben diese Beobachtung der Staatsfeinde nicht in dem notwendigen Maße durchführen kann, tritt ihr ergänzend der Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, der vom Stellvertreter des Führers als der politische Nachrichtendienst der Bewegung eingesetzt wurde, zur Seite und stellt damit einen großen Teil der von ihm mobilisierten Kräfte der Bewegung in den Dienst der Staatssicherheit. Die Geheime Staatspolizei trifft auf Grund der Beobachtungsergebnisse gegen die Staatsfeinde die erforderlichen polizeilichen Vorbeugungsmaßnahmen. Die wirksamste Vorbeugungsmaßnahme ist zweifellos die Freiheitsentziehung, die in der Form der „Schutzhaft“ verhängt wird, wenn zu befürchten ist, daß die freie Betätigung

der betreffenden

der betreffenden Person in irgendeiner Weise die Staatssicherheit gefährden werde. Die Anwendung der Schutzhaft ist durch Richtlinien des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern und durch ein besonderes Haftprüfungsverfahren der Geheimen Staatspolizei so geregelt, daß — soweit es die Aufgabe des vorbeugenden Kampfes gegen die Staatsfeinde zuläßt — ausreichende Garantien gegen einen Mißbrauch der Schutzhaft gegeben sind. Während kurzfristige Schutzhaft in Polizei- und Gerichtsgefängnissen vollzogen wird, nehmen die der Geheimen Staatspolizei unterstehenden Konzentrationslager diejenigen Schutzhäftlinge auf, die für längere Zeit aus der Öffentlichkeit herausgenommen werden müssen. Den größten Stamm der Insassen der Konzentrationslager bilden diejenigen kommunistischen und sonstigen marxistischen Funktionäre, die nach den gemachten Erfahrungen in Freiheit sofort ihren Kampf gegen den Staat wieder aufnehmen würden. Weitere polizeiliche Vorbeugungsmaßnahmen gegen staatsfeindliche Bestrebungen bestehen in der Auflösung von Verbänden, in dem Verbot und der Auflösung von Versammlungen und Zusammenkünften, in dem Verbot von Schriften aller Art und dergleichen. Da auch der NSDAP und ihren Führern durch gesetzliche Bestimmungen ein besonderer Schutz gewährt wird, obliegt der Geheimen Staatspolizei auch die Verfolgung von Delikten gegen diese Gesetze und der vorbeugende Schutz der Partei und ihrer Führer.

DOCUMENT 1965-PS

ARTICLE BY JULIUS STREICHER IN THE PAPER "DER STÜRMER," 4 NOVEMBER 1943, ENTITLED "THE JEWISH NEW ORDER" (EXHIBIT GB-176)

Aus: Der Stürmer (Herausgeber: Julius Streicher) Nummer 45 Nürnberg, 4. November 1943 21. Jahr 1943

Jüdische Neuordnung

Was die Juden für sich fordern

Auch die Juden nahmen den Hinübergang in das fünfte Kriegsjahr zum Anlaß einer besinnlichen Betrachtung. Da sie im kämpfenden Europa kaum noch die Möglichkeit haben, ihre Gedanken in Zeitungen an die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, tun sie es in „neutralen" Ländern, in der Schweiz und in Schweden. In der

Schweiz ist es das „Israelitische Wochenblatt", das in seiner Ausgabe vom 27. 8. 1943 am Ende des vierten Kriegsjahres eine Betrachtung vom Stapel ließ, in der zwischen den Zeilen verraten wird, wie die Juden sich die neue Weltordnung ausgedacht haben.

Die jüdische Betrachtung beginnt mit der Bemerkung, am Horizont zeige sich langsam ein „Silberstreifen" und deshalb habe man damit begonnen, über die Nachkriegsprobleme nachzudenken. Die Nachkriegsprobleme sind für die Juden selbstverständlich eine Angelegenheit, bei der sich alles nur um sie selbst zu drehen hat, um das „auserwählte Gottesvolk". Damit nichtjüdische Leser schon von vornherein gar nicht auf den Gedanken kommen, aus der jüdischen Kriegsbetrachtung könnte man etwas herauslesen, was den Juden peinlich wäre, werden zur Vernebelung schwacher Gehirne mit der üblichen Synagogenfrechheit ein paar fette Lügen losgelassen:

„Der Kampf war ungleich, weil die Juden überhaupt nicht daran dachten, mit Jemandem Krieg zu führen. Sie waren in jeder Hinsicht unvorbereitet. Sie hatten keine einheitliche Organisation."

Wahrhaftig, sie können einem leid tun, diese armen, verfolgten, friedliebenden Juden, jetzt müssen sie sich sogar noch gegen den verleumderischen Vorwurf der Kriegsmacherei wehren. So mag mancher nichtjüdische Leser sich sagen, wenn er auf diesen Judenschwindel hereinfällt. Wie ist nun die Sache mit der jüdischen Friedfertigkeit? Da schrieb der Jude Dr. Markus Eli Ravage in der Monatsschrift „The Century Magazine" Nr. 3, New York, Januar 1928:

„Wir sind die Erzanstifter von Weltkriegen und die Hauptnutznießer ‚solcher Kriege'."

Und was schrieb der einst im verseuchten Bürgertum so gefeierte jüdische „Dichter" und Schriftsteller Emil Ludwig (Cohn) im Juni des Jahres 1934 in der Zeitschrift „Les Annales":

„Hitler will nicht den Krieg, aber er wird dazu gezwungen werden, nicht in diesem Jahre, aber bald. Das letzte Wort hat, wie 1914, England zu sprechen."

So ist es dann auch gekommen. England, ein williges Werkzeug im Dienste der jüdischen Weltpolitik, veranlaßte im Verein mit Frankreich und Amerika die Polen, den Krieg gegen Deutschland zu beginnen, damit der von den Juden gewollte zweite Weltkrieg zur Tatsache werde.

Wer aber einen Krieg mit so infamer Frechheit heraufbeschwört, kann der von sich im Ernste sagen, er sei vom Krieg überrascht

worden und unvorbereitet in ihn hineingegangen? Man braucht sich nur im Alten Testament umzusehen, dann weiß man, daß die Juden seit ihrem Bestehen immer darauf aus waren, die nichtjüdischen Völker nach bolschewistischem Rezept durch Revolutionen und Kriege ins Unglück zu stürzen, getreu dem Befehl des Wüstengottes Iahwe:

„Du sollst die Völker fressen und ihrer nicht schonen" (Moses . . .).

Und wie war die Sache in Basel gewesen? Wurde dort nicht im Jahre 1897 auf einem jüdischen Weltkongreß bis ins einzelne besprochen und in einem Protokoll niedergelegt, wie das nationale Eigenleben der Völker durch Revolutionen und durch Kriege in einen Zustand gebracht werden solle, der es möglich macht, die jüdische Weltherrschaft endlich in die Tat umzusetzen!

Und wie steht es mit der Behauptung, die Juden hätten keine einheitliche Organisation? Leben nicht die Juden aufgeteilt in allen Völkern als ein Staat im Staate?! Bleiben die Juden zufolge ihres Blutes nicht überall, wo sie sich aufhalten, Juden, und bilden sie nicht trotz ihrer Zerstreuung in der Welt eine in ihren verbrecherischen Zielen verschworene Gemeinschaft? Ist es nicht gerade das Verstreutsein über die Welt hinweg, das ihnen ihre Macht in den Völkern verschaffte und sie nach dem ersten Weltkrieg triumphierend sagen ließ, die jüdische Weltherrschaft sei schon zur Tatsache geworden! In dem jüdischen Protokoll von Basel vom Jahre 1897 steht geschrieben:

„Die Gnade Gottes hat uns, sein auserwähltes Volk, über die ganze Welt zerstreut und in dieser scheinbaren Schwäche unserer Rasse liegt unsere ganze Kraft, die uns heute an die Schwelle der Weltherrschaft geführt hat."

Also, diese Zerstreuung über die Welt hinweg, diese scheinbare Schwäche der jüdischen Rasse, schuf jene einzigartige Weltorganisation, von der die Juden die Erfüllung ihrer alttestamentarischen Verheißung erhoffen: die Weltherrschaft!

Das Schweizer Judenblatt schreibt weiter:

„Sozusagen verschwunden sind die Juden Europas, mit Ausnahme von England und den unbedeutenden jüdischen Gemeinden in den wenigen neutralen Ländern. Das jüdische Reservoir des Ostens, das imstande war, die Assimilationserscheinungen des Westens auszugleichen, besteht nicht mehr."

Das ist kein Judenschwindel. Es ist wirklich Wahrheit, daß die Juden „sozusagen" aus Europa verschwunden sind und daß das jüdische „Reservoir des Ostens", aus dem die Judenseuche seit Jahrhunderten über die europäischen Völker gekommen ist, aufgehört hat, zu bestehen. Wenn das Schweizer Judenblatt behaupten will, daß die Juden eine solche Entwicklung nicht in Rechnung gestellt hatten, als sie die Völker in den zweiten Weltkrieg stürzten, so ist dies ihnen zu glauben. Aber, der Führer des deutschen Volkes hat schon zu Beginn des Krieges das nun Gekommene prophezeit. Er sagte, daß der zweite Weltkrieg d i e verschlingen werde, die ihn haben wollten.

Die internationale Judenpresse hatte das deutsche Volk damit vor der Welt als Zerstörer zu verleumden versucht, daß sie immer behauptete, einen Antisemitismus (Haß gegen die Juden) gäbe es nur in Deutschland. Inzwischen haben die Juden die Erfahrung gemacht, daß das antijüdische Feuer auch anderwärts zu brennen begann und selbst dort, wo sie es nicht für möglich gehalten hätten: in England und Amerika! Da hat das Zweifeln keinen Zweck mehr und darum gesteht das Schweizer Judenblatt auch hier wieder die Wahrheit:

„Die a n t i s e m i t i s c h e B e w e g u n g ist i n t e r n a t i o n a l und könnte in richtiger Weise nur wieder i n t e r n a t i o n a l b e k ä m p f t werden."

Den Juden geht es nun also bei der Schaffung einer Neuordnung in der Welt nicht darum, daß die Völker endlich einen wahren Frieden erhalten sollen, der Juden Sorge ist nur ihr eigenes Wohlergehen nach diesem zweiten Weltkrieg:

„N i e m a l s wieder dürfen Bewegungen aufkommen, welche die Welt bedrohen, Roosevelt, Wallace und Sumner Welles haben es deutlich genug ausgedrückt, daß auch der Antisemitismus zu diesen Äußerungen der Unterwelt gehöre. In dieser Frage gebe es keine Souveränität. Der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder wird damit an einer wichtigen Stelle durchbrochen."

Also, dem Haß gegen die Juden soll bei der Schaffung der Neuordnung der Welt das Handwerk gelegt werden. Mit der „Unterwelt" meint das Schweizer Judenblatt alle Nichtjuden, die dem verbrecherischen Treiben der Juden ein Ende bereiten wollen. Ist nun der Antisemitismus wirklich nur eine Äußerung jener „Unterwelt"?

Der Jude J. Kreppel schreibt in seinem Buch „Jude und Judentum von heute", Wien 1925, Seite 490:

„Der Judenhaß ist so alt wie das jüdische Volk. Schon an der Wiege ihres Volkstums, ihres Eintretens in die Weltgeschichte, begegneten die Söhne Abrahams dem Haß ihrer Nachbarn und ihrer Umgebung."

Selbst der große Judenführer Theodor Herzl kann diese Wahrheit nicht leugnen. In seinem Buch „Der Judenstaat", Leipzig 1896, 1. Auflage, Seite 11, schreibt er:

„Die Judenfrage besteht, es wäre töricht, sie zu leugnen. Die Judenfrage besteht überall, wo Juden in merklicher Anzahl leben. Wo sie nicht ist, da wird sie durch einwandernde Juden eingeschleppt."

Also, so steht die Sache mit dem „Untermenschentum" und seinem Haß gegen die Juden. Es ist wahrhaftig peinlich, wenn dieses „Untermenschentum" die Berechtigung seines Hasses gegen die Juden aus berufenem jüdischem Munde bestätigt erhält.

Wenn nun prominente Juden selbst bekannt haben, daß Judenfeindschaft überall dort zu finden ist, wo Juden leben und daß diese ihn selbst in die Völker eingeschleppt haben, dann ergibt sich daraus, daß die Ursache des „Antisemitismus" im Vorhandensein des Juden selbst gegeben ist. Man vernichte also die Ursache, den Juden, und die Welt ist von Judenfeindschaft befreit. Es ist begreiflich, daß die Juden eine solche Lösung nicht wünschen. Sie verlangen vielmehr die Ausrottung jener Nichtjuden, die durch das Vorhandensein von Juden zwangsläufig zu Judengegnern geworden sind. Eine solche Lösung, bei der keine Staatssouveränität im Wege stehen darf, erhoffen sie von der kommenden Neuordnung der Welt. Wenn also in der Zukunft die jüdischen Interessen gewährleistet werden sollen, muß sich jeder Staat und jedes Volk gefallen lassen, daß die Regelung seiner inneren Verhältnisse von außen her bestimmt wird.

Das Schweizer „Israelitische Wochenblatt" verschweigt auch nicht, mit welchen Mitteln der Weltjude die Wahrung seiner Interessen durchsetzen will:

1. Schaffung einer internationalen Polizei und Wehrmacht zur Niederhaltung völkischen Eigenwillens,
2. Boykott und Sperre der Rohstoffe,
3. Schaffung eines internationalen Gerichtshofes, „an den jeder Betroffene direkt gelangen kann, wenn die Gesetze der Freiheit von einem Staate oder von Privaten verletzt werden".

Mit den Gesetzen der Freiheit meint das Judenblatt jene Gesetzgebung, durch die in der Zukunft das völlige talmudische Sich-Ausleben der Juden gewährleistet werden soll.

So, nun wissen wir es, was man im Volk Juda von der Neuordnung der Welt erwartet: Die Entrechtung der nichtjüdischen Völker und Aufzwingung einer radikalen Judenherrschaft. Wer angesichts solchen jüdischen Bekennens noch nicht begreifen sollte, daß es bei dem Kampf, den wir als Deutsche in diesem zweiten Weltkrieg zu bestehen haben, wirklich um unser Letztes, um unser nacktes Leben geht, dem ist wahrlich nicht mehr zu helfen.

Julius Streicher.

DOCUMENT 1972-PS

SECRET INTERIM REPORT FROM JÜTTNER TO HIMMLER, 14 OCTOBER 1941, ON 191 EXECUTIONS CARRIED OUT IN PRAGUE AND BRÜNN WITH THE HELP OF THE WAFFEN-SS (EXHIBIT USA-471)

BESCHREIBUNG:

U Ti | Geheim Stp Rot | über Ortsangabe im Datum: XIa/47 (Kop) | unter Betr.-Vm P unl (Grün) | Ecke l u Stp grün: „Persönlicher Stab RF ᛋᛋ Eingang am 15. Okt. 1941 Nr. /41 geh. (unl Zeichen) RF Anlagen (P unl)"; „41 geh", „RF" und P Kop | Ecke u r P unl (Blei)

ᛋᛋ-Führungshauptamt
Kommandoamt der Waffen-ᛋᛋ
Abt. Ia

Berlin-Wilmersdorf,
den 14.Oktober 41.
Kaiserallee 188.

Tgb. Nr. 4116/41 geh.

Geheim!

Betr.: Zwischenbericht über zivilen Ausnahmezustand.

An den
Reichsführer-ᛋᛋ

Über den Einsatz der Waffen-ᛋᛋ im Protektorat Böhmen und Mähren anläßlich des zivilen Ausnahmezustandes erstatte ich folgenden Zwischenbericht :

Zu Erschießungen,bezw.zur Aufsichtführung bei Erhängungen werden im gegenseitigen Wechsel sämtliche Bataillone der Waffen-ᛋᛋ im Protektorat Böhmen und Mähren herangezogen.

Es fanden bisher statt :

in Prag :

99 Erschießungen,
21 Erhängungen,

in Brünn:

54 Erschießungen,
17 Erhängungen

insgesamt : 191 Hinrichtungen (hiervon 16 Juden)

Ein ausführlicher Bericht über sonstige Maßnahmen und über das Verhalten der Führer,Unterführer und Männer folgt nach Beendigung des zivilen Ausnahmezustandes.

Jüttner

DOCUMENT 1975-PS

ROSENBERG'S DECREE, 19 DECEMBER 1941, CONCERNING THE INTRODUCTION OF LABOR SERVICE IN THE OCCUPIED EASTERN TERRITORIES; THIRD EXECUTORY ORDER THERETO BY THE REICH COMMISSIONER FOR THE UKRAINE, 16 NOVEMBER 1942 (EXHIBIT USA-820)

Aus: VBl RM Ost 1941 Seiten 5 und 72

Verordnung über die Einführung der Arbeitspflicht in den besetzten Ostgebieten

Vom 19. Dezember 1941, in der Fassung der Änderungsverordnung vom 27. August 1942

Auf Grund des § 8 des Erlasses des Führers über die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete vom 17. Juli 1941 verordne ich:

§ 1. (1) Alle Bewohner der besetzten Ostgebiete unterliegen nach Maßgabe ihrer Arbeitsfähigkeit der öffentlichen Arbeitspflicht.

(2) Die Reichskommissare können für bestimmte Bevölkerungsgruppen die Arbeitspflicht ausdehnen oder einschränken.

(3) Für Juden ergeht Sonderregelung.

§ 2. Personen, die eine dauernde gemeinschaftsnützliche Beschäftigung nachweisen können, sollen zur Erfüllung der öffentlichen Arbeitspflicht nicht herangezogen werden.

§ 3. (1) Die Entlohnung geschieht nach gerecht erscheinenden Sätzen.

(2) Die Fürsorge für die Arbeitspflichtigen und ihre Familien ist im Rahmen des Möglichen sicherzustellen.

§ 4. (1) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Vorschriften erlassen die Reichskommissare.

(2) Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung und die zu ihrer Durchführung erlassenen Vorschriften werden mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft. Zur Aburteilung sind die Sondergerichte zuständig.

Berlin, den 19. Dezember 1941

Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete

Aus: VBl RK U 1942 S. 146

Dritte Durchführungsverordnung zur Verordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete über die Einführung der Arbeitspflicht in den besetzten Ostgebieten vom 19. Dezember 1941

Vom 16. November 1942

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichsministers für alle besetzten Ostgebiete über die Einführung der Arbeitspflicht in den besetzten Ostgebieten vom 19. Dezember 1941 (VBlRMOst S. 5) verordne ich:

§ 1. (1) In den Rahmen der öffentlichen Arbeitspflicht fallen die im öffentlichen Interesse liegenden Arbeiten, insbesondere Arbeiten in der Landwirtschaft, bei öffentlichen Hoch-, Tief- und Wasserbauten, Errichtung und Erhaltung öffentlicher Gebäude, Bau und Instandhaltung von Straßen, Wasserstraßen und Eisenbahnen, Regulierung von Wasserläufen und Arbeiten der Landeskultur. Die Arbeitspflicht kann sich auch auf die Leistung von Diensten außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieser Verordnung erstrecken.

(2) Arbeitspflichtig ist, wer arbeitsfähig ist. Der Arbeitspflichtige ist möglichst in seinem erlernten Beruf anzusetzen.

(3) Nicht voll Arbeitsfähige sollen ihrem Leistungsvermögen entsprechend angesetzt werden.

§ 2. (1) Die Arbeitspflichtigen werden vom Gebietskommissar zur Dienstleistung herangezogen. Dieser kann den Rayonchefs, Bürgermeistern und Dorfschulzen die Gestellung von arbeitspflichtigen Personen auferlegen. Dem Arbeitspflichtigen ist bei Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme außerhalb der besetzten Ostgebiete vom zuständigen Gebietskommissar ein Verpflichtungsbescheid auszuhändigen. Der Verpflichtungsbescheid wird, sofern nicht eine Abweichung geboten ist, unter Verwendung des aus der Anlage ersichtlichen Formblattes erteilt.

(2) Die Entlohnung der Arbeitspflichtigen geschieht nach den jeweils gültigen Verordnungen über die Lohnregelung.

§ 3. (1) Die Dauer der Arbeitspflicht wird vom Gebietskommissar bestimmt.

(2) Sie kann von vornherein auf eine bestimmte Zeit beschränkt werden. Ist das nicht der Fall, so ist die Beendigung des der Arbeitspflicht zugrunde liegenden Arbeitsverhältnisses nur mit Zustimmung des für den Beschäftigungsort zuständigen Gebietskommissars möglich. Soweit die Beschäftigung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieser Verordnung erfolgt, gelten die für den Beschäftigungsort maßgeblichen Bestimmungen.

§ 4. (1) Der Arbeitspflichtige ist verpflichtet, alles zur Beschleunigung der Arbeitsaufnahme zu tun. Er hat insbesondere auf Verlangen des Gebietskommissars persönlich mit allen Personalunterlagen zu erscheinen und alle zweckdienlichen Auskünfte über seine Person zu geben.

(2) Der Arbeitspflichtige hat auf Verlangen des Gebietskommissars in seinem Besitz befindliche Sachen (Handwerkszeug) bei seiner Dienstleistung zu verwenden.

§ 5. Eine Vertretung in der Arbeitspflicht ist nicht zulässig.

§ 6. (1) Wer seiner Arbeitspflicht nicht nachkommt, wird nach § 4 der Verordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete über die Einführung der Arbeitspflicht in den besetzten Ostgebieten vom 19. Dezember 1941 (VBlRMOst S. 5) mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer es unternimmt, andere von der Erfüllung der Arbeitspflicht abzuhalten.

(3) Die Strafverfolgung tritt nur auf Verlangen des für den Wohnort des Täters zuständigen Gebietskommissars ein.

(4) In leichteren Fällen, in denen eine gerichtliche Bestrafung des Täters nicht geboten erscheint, kann der Gebietskommissar die Einweisung in ein Zwangsarbeitslager bis zur Dauer von 6 Wochen vornehmen.

§ 7. (1) Diese Durchführungsverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Hierdurch tritt die „Erste Verordnung vom 28. Juli 1942 zur Durchführung der Verordnung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete über die Einführung der Arbeitspflicht in den besetzten Ostgebieten vom 19. Dezember 1941" (VBlRKU S. 104) außer Kraft.

Rowno, den 16. November 1942

Der Reichskommissar für die Ukraine

DOCUMENT 1992-PS

FROM: "NATIONAL POLITICAL STUDIES FOR THE ARMED FORCES," JANUARY 1937: LECTURE BY STELLRECHT ON DEFENSE TRAINING OF GERMAN YOUTH (EXHIBIT USA-439)

A u s : Nationalpolitischer Lehrgang der Wehrmacht vom 15. bis 23. Januar 1937 (Nur für den Dienstgebrauch der Wehrmacht) (Druck: Berliner Börsen-Zeitung)

Obergebietsführer Dr. Hellmuth Stellrecht:

„Die Wehrerziehung
der deutschen Jugend"

Ihnen allen sind die Worte „vormilitärische Ausbildung", „Jugendertüchtigung" oder „Wehrerziehung" schon begegnet. Die erste Bezeichnung „vormilitärische Ausbildung" will sagen, daß der junge Mensch in den Jahren vor seiner Dienstzeit in der Wehrmacht eine bestimmte Menge von Kenntnissen, die zweite „Jugendertüchtigung", daß er bestimmte körperliche Leistungsfähigkeit erwerben soll. Wir wählen aber von den drei Bezeichnungen die letzte, die „Wehrerziehung" lautet; denn sie meint nicht nur das Erwerben von Kenntnissen und die Herstellung einer bestimmten körperlichen Leistungsfähigkeit, sondern sie will darüber hinaus eine ganz klare haltungsmäßige Ausrichtung auf den Soldaten.

Man wird fragen: Wie kommt es, daß heute in Deutschland die Debatte über den Begriff „Wehrerziehung" nicht zur Ruhe kommt,

daß man gerade heute dabei ist, diesem Begriff „Wehrerziehung" seine klare endgültige Gestalt zu geben und das als richtig Erkannte in die Tat umzusetzen? Tut man dies nur, um einen Vorsprung des Auslandes einzuholen? Ist man nur durch Schlüsse der Vernunft dazu gekommen oder liegt dem allen doch ein tieferer Sinn zugrunde, als man beim Betrachten erkennen kann? —

Meine Herren, ich glaube, daß es nicht allein vernunftgemäße Überlegungen einzelner sind, die den Anstoß dazu geben, sondern daß hier eine vielen unbewußte Wandlung unseres Denkens vor sich geht und in ihren Wirkungen allen Augen sichtbar wird. Der Begriff „Wehrerziehung" ist ja nicht etwas, das im eigenen Raum frei gestaltet werden kann, sondern ist untrennbar verbunden mit der Gestalt des deutschen Soldaten. So wie sich diese Gestalt wandelt, so wandelt sich auch der Begriff „Wehrerziehung". Eine Wehrerziehung der Jugend hat nur unter bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen überhaupt ihren Sinn. Diese hängen wieder auf das engste mit der Staats- und Gesellschaftsauffassung zusammen, die die Zeit beherrscht.

Die Entwicklung des preußischen Heeres der letzten zwei Jahrhunderte liegt klar vor unseren Augen. Als Friedrich Wilhelm I. verkündete: „Jeder Untertan wird zu den Waffen geboren", da klang dies nicht nach geworbenen Söldnern ohne Vaterland, ebensowenig nach Bürgerrechten, die Bürgerpflichten bringen, so peinlich sie auch sein mögen, sondern dieses Wort

— Seite 164 —

spricht davon, daß jedes beginnende Mannesleben schon das Waffentragen als etwas von Geburt und Bestimmung Dazugehöriges in sich schließt. Wir wissen, was aus diesem Satz des Kanton-Reglements von 1733 geworden ist, wie er mehr und mehr eingeschränkt und dann fast allein noch auf das Landvolk angewandt wurde und auch hier wieder mit einschränkenden Sonderbestimmungen. Die Entwicklung ging vom Volksheer unaufhaltsam hinweg zum Berufsheer. Am Ende seines Lebens sprach der große Friedrich das Wort: „Der friedliche Bürger soll es gar nicht merken, wenn die Nation sich schlägt". Die Loslösung des Soldatenstandes aus der Nation war vollzogen. Eine Wehrerziehung ihrer Jugend wäre damals sinnlos erschienen. Als beste Zusammensetzung einer Kompanie galt die aus einem Drittel Inländern und zwei Dritteln Ausländern, und für den lange dienenden Berufssoldaten stand zur Ausbildung fast überreichlich Zeit zur Verfügung. Das Band, das die Armee an der Nation festhielt, war allein das Offizierkorps und der König. Versagten sie und mit ihnen die Armee, so regte sich keine andere Hand zum Widerstand, denn das war nicht Bürgerpflicht.

„Der König hat eine Bataille verloren. Die erste Bürgerpflicht ist Ruhe", lautete die Proklamation des Gouverneurs von Berlin nach Jena und Auerstedt, und das in einer Zeit, in der man in Frankreich nur bei einem Bruchteil der Gefahr die „levée en masse" verkündet hätte. Der Gedanke der Armee Friedrichs des Großen und seines Staates hatte im neuen Jahrhundert seine Kraft und seinen Sinn verloren. Nicht die ideellen Werte waren zu ändern. Sie werden in Deutschland ewig sein. Aber die Konstruktion mußte nach dem Denken des 19. Jahrhunderts umgeschaffen werden.

Der Umbau des Heeres u n d des Staates begann. Denn zu der neuen Armee gehörte auch ein neuer Staat, wie zum neuen Staat eine neue Armee gehört, weil beide, Staat und Armee, untrennbar sind und nur aus e i n e r Idee heraus gestaltet werden können. Stein kann nicht ohne Scharnhorst und Scharnhorst nicht ohne Stein gedacht werden.

Scharnhorst hatte die Notwendigkeiten der Zukunft schon vorausgesehen. 1804, zwei Jahre vor der Katastrophe, hatte er die Schaffung einer nationalen Miliz verlangt. Er behauptete, sowohl in Frankreich wie in England habe erst die Formierung der nationalen Miliz den militärischen Geist der Nation geweckt. Es war umsonst! Preußen mußte seinen schweren Weg gehen. Die Adler Friedrichs des Großen mußten zuerst in den Staub gesunken sein, bis sie neu erhoben werden konnten. Eine ganze Nation mußte sich in der entscheidenden Stunde zu einem neuen Begriff des Soldatentums bekannt haben, das getragen war von dem ganzen Idealismus seiner Zeit. Dieses Bekenntnis mußte mit Blut geschrieben werden, bis das Boyensche Wehrgesetz nüchtern und sachlich verkünden konnte, daß jeder Eingeborene, sobald er das 20. Lebensjahr vollendet hat, zur Verteidigung des Vaterlandes verpflichtet ist. Die Gesetze der Geschichte hatten es nicht zugelassen,

— Seite 165 —

daß Reformen allein aus der Einsicht einzelner heraus vollzogen wurden, ohne daß die ganze Nation sich die Wandlung selbst verdient hat.

Bürgerstand und Soldatenstand, die bisher sich gegenseitig ausschließende Begriffe waren, waren eins geworden. Eine ungeheure Wandlung des Denkens hatte sich vollzogen. Es war die Geburtsstunde des Heeres, mit dem Deutschland seit einem Jahrhundert seine großen Kriege durchkämpft hat. Aber was in einer großen Stunde zusammengeschmiedet schien zu einer unlösbaren Einheit, begann sich wieder zu trennen. Was sich vorher als geschlossene Stände im Staat gegenübergestanden hatte, stand sich nun als

verschiedene Lebensauffassung in jedem einzelnen Leben gegenüber. Wohl hatte man in der Landwehr die Form gesucht, in der der Bürger Soldat sein konnte. Das änderte aber nichts daran, daß der Bürger bis zu seinem 20. Lebensjahr Bürger blieb, dann Soldat wurde und wieder in das Bürgertum zurückkehrte. Soldatentum und Bürgertum waren wohl in einem Leben eingeschlossen. Aber sie haben sich noch nicht zu einer einheitlichen Auffassung des Lebens durchringen können. Das ist die Tragik der allgemeinen Wehrpflicht der Freiheitskriege. Der liberalistische Bürger mit seinem ideellen Ursprung in der französischen Revolution ist nur auf Zeit Soldat geworden. Soldatentum und Bürgertum blieben wieder Gegensätze. Der Bürger lebte sein Leben nicht soldatisch und der Soldat nicht bürgerlich.

Es kann und darf aber innerhalb einer Nation nur e i n gelebtes Mannesleben geben. Es ist sinnlos, nach ganz verschiedenen Prinzipien ein einziges Leben zu gestalten, die je nachdem zur Anwendung kommen, ob ein Mann gerade dienstpflichtig oder nicht dienstpflichtig ist. Man muß sich entscheiden, entweder bürgerlich oder soldatisch zu leben. Entweder hat die eine Art des Lebens recht oder die andere. Wenn wir uns in Deutschland zu entscheiden haben, so kann es in unserer Zeit nur für eine Art des Lebens geschehen, nämlich die soldatische.

Das deutsche Volk hat aber in seiner schwersten Zeit vor sich und der Geschichte die Entscheidung getroffen, die vor einem Jahrhundert noch nicht getroffen werden konnte. 4 1/2 Jahre Krieg hatten den soldatischen und den bürgerlichen Menschen zu einer Einheit verschmolzen und ihn in eine neue Form gegossen. Nach dem großen Krieg konnte niemand mehr über die soldatische Form des Lebens hinweg. So gut wie jede Organisation, die in der Nachkriegszeit entstand — sogar die Organisationen unserer politischen Gegner —, trugen soldatische Züge. Die Form des Lebens, die der Versailler Vertrag für den deutschen Soldaten verboten hatte, hatte der Bürger ergriffen als etwas, das zu kostbar war, als daß es der Nation verlorengehen durfte.

Aber nicht nur die alten Soldaten versuchten soldatisch weiterzuleben, sondern — und das ist entscheidend — eine ganze Jugend begann so zu leben! Die Sehnsucht nach einer neuen Einheit des Lebens hatte auch sie ergriffen:

— Seite 166 —

„Wir sind nicht Bürger, Bauer, Arbeitsmann, haut die Schranken doch zusammen, Kameraden, uns weht nur eine Fahne voran, die Fahne der jungen Soldaten!"

Das junge Deutschland fand sich neu in der soldatischen Lebensform. Die große geschichtliche Entwicklung, die sich über mehr als ein Jahrhundert hinzog, hatte endlich ihren Abschluß gefunden und das deutsche Volk dadurch ganz neue Möglichkeiten gewonnen. Standen sich unter Friedrich dem Großen noch Soldatentum und Bürgertum als Stände ohne Verständnis hoffnungslos fremd gegenüber, so hatten die Reformen der Freiheitskriege beide Begriffe wieder in ein Leben eingeschlossen, ohne aber auf die Dauer den bürgerlichen Lebensbegriff überwinden zu können. Erst unsere Zeit schließt diese Entwicklung ab, indem sie das Leben wieder zu einer Einheit macht. Nicht mehr jeder Untertan des souveränen Herrschers, sondern jeder Bürger des neuen Reiches ist zu den Waffen geboren. Nicht die verdammte Pflicht stellt ihn unter die Militärgesetze, sondern es ist sein eigener Wille, der ihn dazu drängt und der ihn sich zu einem Dienst bekennen läßt, der nicht mehr ein oder zwei Jahre dauert, sondern für ein ganzes als neue Einheit gelebtes Leben, das in der frühesten Jugend beginnt und erst in dem Augenblick endet, als die Hand auch im Dienste in der Heimat sich zum Wohle des Ganzen nicht mehr regen kann.

So betrachtet ist es wie selbstverständlich, daß wir heute von der Wehrerziehung der deutschen Jugend sprechen und sie gestalten können. Es liegt ebenso klar vor unseren Augen, daß Friedrich Ludwig Jahn sie vor einem Jahrhundert aus der besten Erkenntnis heraus und unter den größten Mühen nicht gestalten konnte. Aber jetzt ist die Zeit dafür reif geworden, weil die neugewonnene Auffassung des Lebens in die Tat umgesetzt werden kann.

Es wäre nur eine große Selbsttäuschung, wenn man glauben würde, daß diese Aufgabe allein von oben her gelöst werden kann. Die deutsche Jugend ist seit einem Menschenalter zur Bewegung geworden. Diese Bewegung begann längst vor dem Krieg als erstes Zeichen einer kommenden großen Erneuerung mit dem Protest gegen das Bürgertum. Die Jugendbewegung vor dem Krieg war noch nicht soldatisch, aber sie war hart gegen sich selbst, und sie hat sich auf weiter Fahrt das große wirkliche Deutschland wieder erwandert. Die Freiwilligkeit des Großen Krieges ist ohne diese Jugendbewegung nicht zu denken. Die Freiwilligkeit, die die Voraussetzung jeder Dienstpflicht ist! Gewiß, der, der nur der Pflicht wegen kam, hat sich im Großen Kriege auch nicht gespart. Er war auch nicht weniger tapfer als der Freiwillige. Der Unterschied liegt einzig darin, daß der Freiwillige bereit war, sein Schicksal, Verwundung und Tod in eigener Verantwortung zu tragen, während der andere sich sicherer darin fühlte, daß diese Verantwortung vor sich und der Familie der Staat und sein Gesetz trug, wenn das Unglück kam.

Die Freiwilligkeit des Dienstes fand ihre Fortsetzung in den Freikorps, in den Wehrverbänden, in den Gliederungen der NSDAP. und in der Bewegung der Hitler-Jugend.

In dieser Jugendbewegung hat sich die deutsche Jugend ihr eigenes Reich geschaffen, in dem sie in ihrer eigenen Form leben soll und darf, und der Führer hat mit dem Gesetz über die Hitler-Jugend vom 1. Dezember 1936 dieses eigene Reich gutgeheißen. Wohl gibt die eigene Lebensform der deutschen Jugend ihr eigenes Gesicht, aber wir haben das Glück, daß die Weltanschauung des Nationalsozialismus zur Weltanschauung der Jugend geworden ist, und daß es keinen politischen Gegensatz zwischen den verschiedenen Generationen des heutigen Deutschlands gibt. Nur die Lebensform der deutschen Jugend ist eine eigenbetonte. Sie hat sich bei der älteren Generation noch kaum durchsetzen können. Sie könnte auch nicht durch Befehl von oben geändert werden, denn sie ist nichts auf Befehl oder zufällig Entstandenes, sondern etwas durch eine jahrzehntelange Bewegung Gewachsenes. Wir müssen es ins Auge fassen, daß sich in der Organisation der Jugend und in anderen Organisationen verschiedene Lebensformen gegenüberstehen. So die Lebensform des Heeres, die auf die wohl älteste Tradition gegründet ist, die wir haben. Es ist kein Zweifel, daß ein Junge, der aus der einen Organisation in die andere kommt, die verschiedenen Lebensformen als verschieden empfindet, und daß er gar von sich aus zu entscheiden versucht, ob wohl die eine Form richtig ist oder die andere. Er beginnt vielleicht gegenüberzustellen Jugendheim und Kasernenstube, Kameradschaftsführer und Unteroffizier, Heimabend und Instruktionsstunde, kameradschaftliches Du, das ihn mit allen Führern bis hinauf zum Reichsjugendführer verbindet, und das betonte Vorgesetztenverhältnis schon zum Obergefreiten, dann die Enthaltsamkeit von Nikotin und Alkohol und die, sagen wir, plötzliche Aufhebung dieser Enthaltsamkeit.

Es wäre aber gänzlich sinnlos, wenn der einzelne nun zu untersuchen beginnt, ob ihm nun die eine Form richtig erscheint oder die andere. Es ist selbstverständlich, daß eine Truppe, die für den Kampf erzogen werden soll, ganz anders angefaßt werden muß als eine Jungeneinheit. Ich glaube, es gibt in Deutschland überhaupt keine Organisation, die eine solche Summe von Erfahrungen in ihrer jahrhundertelangen Tradition in der Menschenführung gesammelt hat wie das Heer. Erst in späterem Alter kommt man dazu, das als Ausfluß einer tiefen psychologischen Erkenntnis sehen zu lernen, was einem als Rekrut, als junger Unteroffizier oder Leutnant unverständlich erschien oder das man gedankenlos so ausführte, wie und weil es eben immer schon so gemacht wurde!

Es wäre aber ebenso sinnlos zu folgern, daß das Heer als die älteste Organisation verlangen müsse, daß die Lebensform in der Jugendorganisation genau nach der seinigen zugeschnitten werden müsse, und daß dies mit

— Seite 168 —

einem Male durch ein System von Befehlen und Anordnungen erfolgen müsse. Das wäre deshalb so grundfalsch, weil die Jugendbewegung von heute etwas Gewachsenes ist, das nicht plötzlich durch irgendeinen Zwang umgebogen werden kann, sondern eine gewisse Freiheit braucht, um weiterwachsen zu können. Und es wäre nichts schädlicher, als an die Stelle des freien Willens der heutigen jungen Generation ein Befehlsschema zu setzen, das unter ganz anderen Voraussetzungen gewachsen ist. Die 40 Jahre deutsche Jugendgeschichte können nicht und sollen nicht weggewischt werden, weil man niemals das auslöschen soll, was aus einem idealistischen Anstoß heraus lebendig sich entwickelt hat.

Aber auf lange Sicht gesehen ist es notwendig, daß wir die Lebenslinie des deutschen Jungen, der durch alle die Organisationen hindurch muß, nicht mit ebenso vielen Abknickungen verlaufen lassen, als es Organisationen gibt. Im Gegenteil, es ist notwendig, dieser Lebens- und Entwicklungslinie einmal eine wirkliche Stetigkeit zu geben. Wir wollen ja unsere Jungen nicht nur ausbilden und ihnen durch die Verschiedenheit der Organisationen die Möglichkeit zum Vergleich und zur Kritik geben, sondern wir wollen sie so führen, daß eine ungebrochene Entwicklungslinie vom Jungen zum Manne führt, eine Entwicklung, die sie als eine Selbstverständlichkeit empfinden müssen, die sie überhaupt nicht darüber nachdenken läßt, warum man einmal gerade so oder so mit ihnen verfährt.

Die politische Erziehung hört mit dem Eintritt des Jungen in den Dienst der Wehrmacht auf. Die Lebensform ist, wie wir zugeben müssen, in der Jugendorganisation und in der Wehrmacht eine verschiedene. Es gibt uns aber unsere Zeit die Möglichkeit, e i n e Linie vom zehnten Lebensjahr bis zu dem Zeitpunkt der Entlassung aus der Wehrmacht klar durchzuziehen; das ist die Entwicklungslinie der Wehrerziehung und der militärischen Erziehung. Sie ist deshalb nicht nur für die Erziehung zum Soldaten, sondern ganz allgemein von einer ungeheuren erzieherischen Bedeutung. Der Junge muß sich hier in einen natürlichen Ablauf hineingestellt fühlen und ihn als eine ständige ungehemmte Lebenssteigerung empfinden. Aus dem jungen Späher erwächst der Waffenträger der Nation. Damit ist dieser natürliche Ablauf wiederhergestellt, den jedes naturhafte

Kriegertum gekannt hat, das immer den Jungen zuerst zum Späher werden ließ, ihm Übungswaffen in die Hand gab, um dann erst die tötliche Waffe des Mannes verdienen ließ.

Die ganze Wehrerziehung muß so als ein reibungslos durchlaufender Aufbau des Lebens gesehen werden, der gar nichts anderem als den Lebensgesetzen folgt und der sowohl von der einen wie von der anderen Organisation getragen wird, ohne daß eine Stoßstelle entsteht. Das Leben selbst kennt keine sprunghaften grundsätzlichen Veränderungen von einem Tage zum anderen. Man ist nicht an einem Tage noch Junge und an dem

anderen schon Mann, sondern jedes Alter hat seine erziehungs- und entwicklungsmäßige Bedeutung, die erkannt und genützt sein will.

Wenn diese Gesetze beachtet werden, dann wird man in einigen Jahrzehnten geradezu ungläubig vor den Leistungen stehen, die durch die Ausbildung der körperlichen Fähigkeiten und des technischen Könnens erreicht werden und ebenso vor der Höhe der ideellen Bereitschaft, die der deutsche Soldat in sich trägt. Die Erkenntnis der Entwicklungsgesetze wird und muß uns einen kaum glaublichen Vorsprung vor den Leistungen der anderen Nationen geben, besonders in der heutigen Zeit, die vom Impuls der nationalen Erhebung getragen wird. Es ist gar keine Frage, daß auch durch eine mehrjährige militärische Ausbildungszeit eine andere Nation das niemals mehr einholen kann, was entwicklungsmäßig versäumt wurde und was bei uns rechtzeitig erkannt und genützt worden ist.

Das, was aber in der Zukunft hier geschehen soll, wird nicht allein die Erziehung zum deutschen Soldaten bedeuten, sondern die davon untrennbare Erziehung zum deutschen Mann, dessen entscheidende Schlußprägung im Dienste der Wehrmacht erfolgt. Es wird dazu kommen, daß über alle diese Dinge, die für die ganze zukünftige Entwicklung so entscheidend sind, ein ganz großer Erfahrungsaustausch auf breitester Basis zwischen Wehrmacht und Jugendorganisation erfolgt, damit erreicht wird, daß die eine Erziehung überall genau dort ansetzt, wo die andere aufgehört hat.

Was die Arbeit der reinen Wehrerziehung betrifft, so ist dies in jahrelanger Zusammenarbeit und in größtem Umfang schon geschehen. Das Ergebnis ist durch ein Buch aus meiner Feder schriftlich festgelegt, das die zukünftige Arbeit der Wehrerziehung bis in alle Einzelheiten der Ausbildung hinein regelt und das im gegenseitigen Einverständnis ein Vor- und Geleitwort des Herrn Reichskriegsministers und des Reichsjugendführers fand.

Der Grundgedanke dieser Arbeit ist, mit der natürlichen Entwicklung des Jungen immer das an ihn heranzubringen, was zu der Entwicklungsstufe gehört. Dabei vermeidet man wie selbstverständlich, daß der späteren Ausbildung in der Wehrmacht etwas vorweggenommen wird, was nicht in das Jungenalter, sondern in das Mannesalter gehört. Deshalb wird auch keinem Jungen eine Militärwaffe in die Hand gegeben. Einfach deshalb, weil es entwicklungsmäßig sinnlos erscheint. Aber auf der anderen Seite erscheint es wieder sinnvoll, ihm Übungsbüchsen kleineren Kalibers in die Hand zu geben.

So wie es aber Aufgaben der militärischen Ausbildung gibt, die nur in das Mannesalter passen, so gibt es auch Aufgaben der Ausbildung, die viel besser schon im Jungenalter in Angriff genommen werden. Dazu gehört z. B. die Ausbildung im Gelände.

— Seite 170 —

Der zwanzigjährige Mensch, der in der Stadt — und zwei Drittel der deutschen Bevölkerung wohnen heute in der Stadt — der Natur entwachsen ist, wird sich sehr schwer tun, den Anschluß wiederzufinden. Es ist ihm alles schon zu fremd geworden, und er wird niemals mehr so etwas wie ein Busch- und Waldläufer werden können, dessen beste Freunde Natur und Gelände sind.

Anders ist dies beim Jungen. In einem Alter von 12 bis etwa 16 oder 17 Jahren ist der Junge geradezu prädestiniert, ins Gelände zu gehen. Es ist genau das Alter, in dem die ganze Wildwestromantik in ihm wach wird und er nur in Schleichpfaden, Hinterhalten und Überfällen denkt. Geschieht in dieser Zeit absolut nichts, was den Jungen ins Gelände führt, geht er nur stur in die Schule oder in die Lehre, so verwächst sich, verkrampft sich etwas in ihm, das kaum wieder zurechtgebogen werden kann. Die richtige Zeit des Einsetzens der Geländeausbildung ist verpaßt.

Dasselbe gilt für die Ausbildung der Sinne. Ich bin der Ansicht, daß neben der Übung der Fähigkeit des sicheren Sehens auch des unbedeutendsten Vorgangs in der Natur, der geringsten Veränderung des normalen Erscheinungsbildes eine ganz systematische Ausbildung des Gehörs treten muß. Man muß es wieder lernen, ganze Geräuschbilder zu zerhören und das einzige Geräusch herauszufinden, das wichtig ist und das etwas zu sagen hat. Man muß Richtungshören und sogar Entfernungshören lernen, und man muß das Ohr als den Sinn, der immer wach ist, dazu bringen, daß es sofort auf das kleinste Geräusch anspricht, das Gefahr anzeigt. Diese Ausbildung gehört voll und ganz in das jugendliche Alter. Ist die richtige Zeit verpaßt, so kann sie im Mannesalter kaum wieder nachgeholt werden.

Im Spiel beginnend wird so der Junge in einer immer systematischer werdenden Schule zum jungen Späher, der fast wieder die unglaubliche Gewandtheit des Naturmenschen erreicht, sich im Gelände zu decken und zu tarnen, jede Bodenfalte, jeden geringsten Bewuchs zur Annäherung zu benutzen, lange Strecken zurückzulegen, ohne daß auch in der Nacht das geringste Geräusch entsteht, dabei alles zu sehen, alles zu hören und, wie aus dem Boden gewachsen, vor den verblüfften Gegnern zu stehen; so mit seinem ganzen Jungenleben in die zukünftige Kampfform hineinwachsend.

Denken Sie, meine Herren, einen Augenblick zurück an Langemarck, an die der Idee hingegebenen Freiwilligen, die mit „Deutschland, Deutschland über alles" ihren Leib den Kugeln boten. Und dann einige Jahrzehnte weiter an eine Jugend mit der gleichen ideellen Bereitschaft, die aber keinen einzigen Blutstropfen umsonst fließen läßt, und die in Verteidigung und Angriff vom Gegner überhaupt kaum mehr zu fassen ist, bei der auch die beste Waffe nutzlos wird, wenn sie kaum mehr ein Ziel zu finden weiß. Dieses Bild ist das Ziel der großen Erziehung, die mit der spielerischen

— Seite 171 —

Ausbildung des Jungen im Gelände beginnt und in der Ausbildung im Heeresdienst sich vollendet.

Wenn wir in Deutschland nur einen Bruchteil der Mühe darauf verwenden, den Jungen d a r a u f vorzubereiten, einen Bruchteil der Mühe, die in der Schule verbraucht wird, dann werden wir dieses Ergebnis sicher erreichen; denn dieser Dienst hat das eine voraus: Er kommt dem Willen des Jungen entgegen, das Stillsitzen in der Schulbank gottlob immer noch nicht. Denn die Schicksale der Nationen werden auch in Zukunft nicht von den Gelehrten entschieden werden, sondern von den Politikern und in letzter Konsequenz von den Soldaten. Warum soll es nicht gelingen, der deutschen Jugend das wieder zurückzuholen, was die Naturvölker als selbstverständlich besitzen. Unser Volk ist gesund. Die Anlagen dazu sind noch da. Sie sind nicht verloren, sondern nur verschüttet. Als erstes muß man sie wieder freimachen, damit sie wachsen können.

Was der Junge zwischen 10 und 14 Jahren noch im Spiele tut, betreibt der ältere Junge schon in einer systematischen Ausbildung. Aber nirgends soll ein fremder Drill seinen Platz haben, sondern alles soll und muß noch ein Bestandteil des jugendlichen Lebens sein. Doch mit dem steigenden Alter muß auch die Mühe, die der einzelne aufwenden muß, steigen.

Wir Deutsche haben von der Vorsehung ein großes Geschenk empfangen. Das ist, daß wir als einzige Nation wandern können. Uns verbindet mit der Natur nicht allein die Notwendigkeit, sie zu

nützen, sondern die Gabe, sie aus unserem Gefühl heraus zu verstehen. Wir erleben sie im Wandern, indem wir die eigene Mühe dazutun.

Wir wollen für die Jugend nicht den großen Marsch in der Kolonne, wo der Hintermann die Fersen des Vordermanns tritt, sondern die kleine Fahrtengruppe, die sich durchschlagen muß. Sie lernt, nachdem ihr das Notwendige im Unterricht gezeigt wurde, sich ganz von selbst zu orientieren, die Karte zu lesen und das Gelände zu beurteilen. Es ist eine Erhöhung der Freude des Wanderns, wenn der Führer dabei bestimmte Aufgaben stellt, etwa einen Punkt, der im Gelände zu sehen ist, auf der Karte zu suchen, oder umgekehrt einen Weg auf der Karte sich einzuprägen und dann die Gruppe dorthin zu führen, usw. usw.

Auf der Fahrt ist die große Gelegenheit, all das einzuordnen, was zur Systematik gehört: das Geländebeschreiben und -beurteilen, das Zielerkennen und -beschreiben, das Geländebenutzen, das Spähen, das Melden, das Sichern, um dann alles enden zu lassen in einem Geländespiel, das den ganzen Einsatz des Jungen verlangt.

Die Fahrt erzieht aber nicht allein zum Gelände, sondern, wie ich es ausdrücken möchte, zur Selbsthilfe. Im Kriege haben wir die Wahrheit des Satzes erfahren, daß die wirklich kriegsbrauchbaren Soldaten nicht die vollkommen ausgebildeten Leute waren, sondern erst diese Kerle, die sich

— Seite 172 —

in jeder Lage und auch in den kleinsten Dingen zu helfen wußten. Erst die Beherrschung dieser tausend Fertigkeiten macht den vollkommen brauchbaren Soldaten. Es nützt der nach den Sternen greifende Idealist sehr wenig, wenn er mit all den widrigen Dingen nicht fertigwerden kann, die nun einmal überwunden werden müssen. Was nützt der begeistertste Mann, wenn er sein Schuhzeug so schlecht behandelt, daß er fußkrank zurückbleiben muß. Der ist ein unbrauchbarer Kamerad, der kein Zelt aufschlagen, kein Kochloch graben, kein Feuer machen, keine Wunde verbinden kann. Die tausend Widrigkeiten der ungewohnten Welt des Krieges werden ihn bald als ungeeignet zurücklassen, oder er wird wenigstens ein sicherer Gegenstand des ewigen Kummers des Oberfeldwebels bleiben, der gar nicht begreifen kann, wie man so unpraktisch geboren werden könne.

Wir können keine hilflosen Gelehrtennaturen brauchen, sondern müssen eine gewandte, fixe Jugend haben, die sich in jeder Lebenslage zu helfen weiß und die das alles zu der Zeit schon gelernt hat,

in der es für sie am leichtesten zu lernen ist. Dazu dient in großem Maße die Fahrt und das Lager.

Aber die Fahrt soll noch mehr. Sie ist eines der größten Bildungsmittel, die wir besitzen; denn sie ist die einzige Art, in der der Junge sein Vaterland kennenlernen kann, für das er einmal zu kämpfen hat. Aus der Perspektive des Hinterhauses kann er es nie gewinnen. Wer aber nicht bis ins Herz verstädtert ist, dem geht in Sonne und Regen und in eigener Mühe noch auf, was Wald und Acker, was Dorf und alte Stadt bedeuten. Er kann es als einen wirklichen Besitz mitnehmen und ist mit einem solchen Besitz kein Proletarier mehr. Es ist sogar eine Voraussetzung dafür, daß ihm der neue Staat einmal wieder ein Stück Land geben kann, daß es für den einzelnen wieder etwas bedeutet.

Der systematische Aufbau der körperlichen Leistungsfähigkeit ist uns allen heute zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Es ist für uns geradezu unfaßlich, daß der alte Staat bis zum Ende der Schulpflicht seit 14 Jahren nur mit ein paar Turnstunden ein bißchen was dafür getan hat, um dann alles bis zum Eintritt in das Heer wieder brachliegen zu lassen. Und das in einer Zeit, in der die Zahl der Wehrfähigen in den großen Städten von Jahr zu Jahr gesunken ist. Es erscheint uns sinnlos, eine körperliche Erziehung nur denen angedeihen zu lassen, die selbst den Wunsch darnach haben und die deshalb in die Sportvereine gehen. Denn wer dies nicht tut, hat eine körperliche Erziehung bestimmt noch viel notwendiger. Ein bestimmter Gang der körperlichen Erziehung gleichlaufend mit der körperlichen Entwicklung des jungen Menschen ist eine Forderung, die der Führer schon in seinem Buch „Mein Kampf“ erhoben hat und die deshalb auch der neue Staat erhebt und durchzuführen hat. Die Lücke zwischen Schule, Arbeits- und Heeresdienst muß endlich geschlossen werden.

— Seite 173 —

Was im einzelnen geschehen soll und muß, ist heute klar und liegt fest. Das Natürliche ist das Beste! Die allgemeine Körperschule ist der Anfang. Ihr folgt die Leichtathletik. An der Spitze steht der Lauf. Dann kommt der Sprung, dann Wurf und Stoß. Aber nicht alles, was zur Leichtathletik gehört, sondern nur das einfachste: Kurz- und Langstreckenlauf, Hoch- und Weitsprung, Kugelstoßen und statt Speerwerfen das Keulenwerfen.

Für den Aufbau des Körpers sind das die wertvollsten Übungen, die zugleich ein Minimum an Gerät und zugleich kein Übermaß an Technik erfordern. Dazu gehört auch das Schwimmen als eine den

Körper allseitig ausbildende Übung. Warum soll ein Junge bis zum 20. Jahre warten, bis er schwimmen lernt? In dieser Frage schon liegt der Widerspruch dagegen. Warum soll das Heer sich damit beschäftigen müssen, 70 Prozent der Rekruten das Schwimmen beizubringen? Der Junge mit zehn und zwölf Jahren kann schon schwimmen lernen und soll es längst beherrschen, bis er Soldat wird.

Manche der Leibesübungen haben einen unmittelbaren militärischen Wert. Der Sprung des Schützen ist ein Kurzstreckenlauf. Der 100-Meter-Lauf schult dafür. Der Soldat soll aber auch größere Strecken im Lauf überwinden lernen, deshalb ist der 3000-Meter-Lauf zu pflegen. Dazu kommt der Hindernislauf und Geländelauf. Das Keulenwerfen, das als Ziel- und Weitwurf ausgeübt wird, bereitet auf das Handgranatenwerfen vor.

Für die Körperbildung von besonderem Wert ist der Kampfsport und dabei besonders wieder das Boxen. Jeder Junge lernt zuerst Freiringen und dann das Boxen. Es gibt keinen Sport, der so zu Härte und zur kämpferischen Gesinnung erzieht. Man soll nicht zu früh damit beginnen, sondern erst dann, wenn der Körper sein Wachstum einigermaßen abgeschlossen hat, keinesfalls aber gerade in den stärksten Wachstumsperioden. Dann aber soll es ein Hauptbestandteil der Leibeserziehung sein.

Neben dem Einzelkampf steht der Mannschaftskampf. Das gegebene Spiel ist der Kampfball, der auch von einer ungeübten Mannschaft sofort gespielt werden kann. Er verlangt das so wichtige Zusammenspiel der Mannschaft, eine Vorübung der Zusammenarbeit einer Schützengruppe. Er hat auch das rasche Starten zum Kurzstreckenlauf, schult die Aufmerksamkeit, das rasche Erfassen der Situation und wird dadurch auch für den Soldaten wertvoll. — Neben dem Kampfball stehen Fußball, Handball und Rugby.

Die Leibesübungen sind einer der wichtigsten Teile der Wehrerziehung. Sie gehören zu der Entwicklung des Jungen und sind gar nicht daraus fortzudenken. Was in der Entwicklungszeit versäumt wurde, ist später nicht mehr einzuholen. Die systematisch mit der ganzen deutschen Jugend betriebenen Leibesübungen entscheiden darüber, wieviele Jungen die körperliche Leistungsfähigkeit erwerben, die die Voraussetzung zum Soldatsein ist.

— Seite 174 —

Die Leibesübungen, Kampfspiele, Fahrt und Marsch schulen aber nicht allein den Körper, sie geben auch eine andere geistige Haltung. Wer immer wieder daran gewöhnt wird, Mühe und Schmerz

zu überwinden, der wird dadurch nicht allein körperlich stärker, sondern wächst auch in seinem Willen und wird ein freierer und klarerer Mensch.

Die Eindrücke und Bedrängnisse des modernen Kampfes stehen gleicherweise gegen Seele und Leib. Im Kampf mit ihnen fällt oft die Entscheidung, bevor die eigene Waffe zum Einsatz gekommen ist. Wehe dem, dem sie unvorbereitet begegnen! Jeder Schlag trifft ihn. Der Widerstand läßt nach, es kommt der Punkt, wo er zerbricht, der Körper erschöpft und der Mut entschwunden ist. Gegen die moralischen Eindrücke hat die Natur eine wunderbare Einrichtung getroffen. Sie können in der Überzahl von Menschen gar nicht mehr aufgenommen werden. Wer der Dosis gewachsen ist, die ein Mensch aufnehmen kann, ist allem gewachsen!

Anders ist es bei dem Körper. Die Beanspruchungen, die ihn treffen, treffen ihn in voller Höhe und wirken von dort aus auf die seelische Haltung ein. Der entkräftete Körper zieht sie mit seinem Bleigewicht mit nach unten. Deshalb muß man es dem Mut und dem Glauben des Soldaten leichter machen. Sie dürfen sich im Kampfe mit dem eigenen Körper nicht erschöpfen, sondern müssen auf dem Fundament eines aufs äußerste gehärteten Körper ruhen, der allen seinen Leiden widersteht. Nur dann können die moralischen Kräfte des Mannes freibleiben zum Kampf. Deshalb muß der Körper in jahrelanger Schulung gegen alles, was ihn belastet und ihn belasten kann, gehärtet werden.

Jeder Junge erträgt schon eine Beanspruchung in den seiner Kraft und Widerstandsfähigkeit angemessenen Grenzen. Es ist die Kunst des Erziehers, nie weiter, aber immer so weit zu gehen, daß durch eine neue Beanspruchung eine neue Härtung erfolgt, so daß die nächste Beanspruchung wieder höher gehalten werden kann, und da sie die Grenze der Widerstandskraft nicht übersteigt, diese wieder steigert.

Die langsame Steigerung behebt die Gefahr. Und die Gefahr, die bestehen bleibt, wiegt gering im Verhältnis zu dem Gewinn an Gesundheit, Kraft und Lebensstärke. Mag es bei einzelnen auch gegen die Gesundheit, ja gegen das Leben gehen, es gibt nichts, bei dem die Gefahr ganz auszuschalten wäre. Man hat beste Jugend jahrhundertelang auf der Schulbank verhocken lassen und für ihr Leben geschädigt, man hat in den Kneipen ihre Gesundheit ruiniert. Alles dies, ohne daß die Philisterhaftigkeit dagegen protestiert hätte. Die kraftvollste, gesündeste und härteste Jugend zu schaffen, ist wahrhaftig auch ein paar Ausfälle wert. Wie gering ist der Einsatz, gemessen an dem, was der einzelne und die ganze Nation dadurch gewinnt.

Alles bisher Erlernte dient, militärisch gesehen, zu nichts anderem, als an den Feind heran und zur Wirkung mit der Waffe zu kommen. Die ganze

— Seite 175 —

Ausbildung und Erziehung bleibt wertlos, wenn sie nicht dazu führt, daß die Waffe zur vollen Wirkung gegen den Gegner kommt. Jede Ausbildung gipfelt deshalb in der Schießausbildung. Man kann kaum einen zu großen Wert darauf legen, und weil Schießen Übungssache ist, kann man kaum früh genug damit beginnen. Wir wollen es im Laufe der Jahre erreichen, daß den deutschen Jungen die Büchse ebenso sicher in der Hand liegt wie der Federhalter. Es ist schon eine merkwürdige Geistesverfassung für eine Nation, wenn sie jahrelang viele Stunden täglich auf Schön- und Rechtschreiben verwendet, aber nicht eine einzige Stunde auf Schießen. Der Liberalismus hat über die Schultüren geschrieben, daß „Wissen Macht ist". Wir aber haben es in der Kriegs- und Nachkriegszeit erfahren, daß die Macht eines Volkes letzten Endes immer nur auf seinen Waffen beruht und denen, die sie zu führen wissen.

Das Schießen kommt den Wünschen des Jungen entgegen. Es gibt kaum einen Jungen, der es nicht irgendwie probiert, und wenn es nur mit einer selbstgemachten Armbrust wäre. Geben wir ihm doch das in die Hand, was zu ihm paßt und was ihm wirkliche Freude macht. Zuerst die neue Luftbüchse, mit der er einwandfrei schießen lernen kann, und zeigen wir ihm, wie es richtig gemacht wird. Dann kommt für den älteren Jungen das Kleinkalibergewehr, mit dem man alle Feinheiten des Schießens zeigen kann, und im Heeresdienst endlich als letzte Steigerung die Waffe. In einem solchen Ausbildungsgang kann die Fertigkeit des Schießens zu einer Höhe geführt werden, die bisher gar nicht erreichbar schien.

Wir haben im Kriege die Treffsicherheit der Amerikaner kennengelernt, die ihrer Büchse so sicher waren, daß sie begannen, deutsche Angriffe nicht mehr mit dem MG., sondern mit dem Einzelschuß abzuwehren, mit dem sie sich Mann um Mann geholt haben. Sie geben für die Sicherheit ihres Schießens als einzigen Grund an, daß fast jeder von ihnen von Jugend auf eine Büchse besessen hätte und gewohnt gewesen sei, damit zu schießen. Die Zeit des Einzelschusses ist nicht vorüber. Er gewinnt neben der Maschinenwaffe eine ganz neue Bedeutung. Es ist zu fordern, daß jeder Junge vom sechzehnten Jahre ab zehn Schuß mit der Kleinkaliberbüchse im Monat abgibt und damit eine Schießausbildung erhält, auf der beim Heer weitergebaut werden kann, um dort das höchstgesteckte Ziel zu erreichen.

Neben der Allgemeinausbildung steht eine Sonderausbildung für den Nachwuchs der Luftwaffe, Marine und Kraftfahrtruppe. Der Ausbildungsgang dafür ist mit den zuständigen Stellen der Wehrmacht festgelegt. Dazu kommt noch eine Nachrichtenausbildung, die auf eine möglichst breite Grundlage gestellt wird, und auf dem Lande eine Reiterausbildung.

Der Wert der Wehrerziehung liegt aber nicht allein in der kompromißlosen Erziehung zum Soldaten, sondern ebenso sehr darin, daß es endlich möglich sein wird, auf Grund eines bis in die Einzelheiten genau festliegenden

Prüfungsmaterials die soldatische Eignung jedes Jungen festzustellen und ihn für die immer differenzierter und komplizierter werdenden Aufgaben der verschiedenen Wehrmachtsteile auszuwählen. Die Musterung der Zukunft wird nicht mehr in einer verhältnismäßig kurzen ärztlichen Untersuchung bestehen, sondern in einer sehr eingehenden Prüfung der körperlichen Leistungsfähigkeit auf den verschiedensten Gebieten und der Entwicklung der Fähigkeiten in den verschiedenen Lebensjahren. Dazu kommt die Beurteilung durch die einzelnen Führer und die ärztlichen Untersuchungen, die sich über die ganze Dienstzeit in der Jugendorganisation verteilen. Es wird sich so ein abgerundetes Bild ergeben, das es erst möglich machen wird, jeden Mann zu der für ihn passenden Waffengattung oder besonderen Verwendung auszusuchen.

Mit dem Gesetz über die Hitler-Jugend vom 1. Dezember 1936 hat der Führer die Möglichkeit geschaffen, die Prinzipien, nach denen bisher in der Hitler-Jugend erzogen wurde, auf die ganze deutsche Jugend auszudehnen. Die Wehrerziehung ist eine der wichtigsten Aufgaben, die die zukünftige Hitler-Jugend zu erfüllen hat. Daneben stehen die anderen Aufgaben, die aber mit ihr untrennbar verbunden sind. Nach unserer Auffassung läßt sich ein Mensch in seinem Denken nicht in verschiedene Sektoren zerlegen, die dann von verschiedenen Stellen bearbeitet werden, sondern e r ist auch in der Erziehung ein unteilbares Ganzes. Zu der Wehrerziehung gehört unablösbar die weltanschauliche Erziehung, die sich aber nicht in Vorträgen erschöpfen darf, sondern die stets aus der ideellen Haltung die Folgerung durch die Tat zu ziehen hat.

Wir wollen in den Jahren, in denen der Junge in der Jugendorganisation lebt, ihm das Wissen geben, für was er Soldat zu sein und zu kämpfen hat. Die Armee des neuen Reiches ist nicht allein eine Gemeinschaft von Männern, die nach den Gesetzen der soldatischen Ehre die Waffe zu führen wissen, sondern eine Gemeinschaft

des Glaubens an die Mission des deutschen Volkes und an die eigene große Aufgabe. Die Jugenderziehung hat dafür zu sorgen, daß die Erkenntnisse und Prinzipien, nach denen der Staat und die Wehrmacht unserer Zeit gebaut sind und von denen sie getragen werden, so in das Denken des einzelnen übergehen, daß sie niemals mehr daraus gelöst werden können und daß sie für ein ganzes Leben die richtunggebenden Grundsätze bleiben.

Wenn aber der Glauben zerbricht und die Idee selbst in einer schweren Stunde nicht mehr stark genug sein sollte, dann muß der deutsche Mann so erzogen sein, daß ihn die Gesetze der Ehre, nach denen er allein in seiner Gemeinschaft leben kann, immer noch halten. Und wenn auch die zerbrechen sollten, so bleibt als letztes die Manneszucht, die eiserne Gewöhnung daran, schweigend zu gehorchen und wortlos auf Befehl eines andern den Dienst zu tun, zu dem der eigene Wille nicht mehr ausreicht. Wer sich nicht selbst befehlen kann, muß gewöhnt werden, den Befehlen anderer zu gehorchen

— Seite 177 —

und die Bindung daran so stark zu fühlen, daß sie auch im gefährlichsten Augenblick nicht versagt. Es ist gut, wenn der Mann mit 20 Jahren bedingungslos gehorchen lernt, aber es ist besser, wenn der Junge mit 10 Jahren schon damit beginnt, seine eigenen Wünsche zurückzustellen, zu verzichten, sich einzuordnen und dem Willen der Gemeinschaft zu dienen.

Meine Herren, Sie sehen, die Aufgaben, die der heutigen Jugenderziehung gestellt sind, sind längst dem Spielerischen entwachsen. Sie haben in der großen Ordnung des neuen Reiches eine neue ungeheuere Bedeutung gewonnen. Um diese Aufgaben abseits von allem hemmenden Alten lösen zu können, hat der Führer der Jugend ihren eigenen Raum gegeben. Gelöst werden kann diese Aufgabe aber nur, wenn jede der großen Erziehungsorganisationen des deutschen Volkes so auf die andere abgestimmt wird, daß das Leben des deutschen Jungen sowohl in dem körperlichen Können wie in dem ideellen Wollen als eine unaufhörliche Steigerung verläuft. Es wäre mir eine Freude, wenn es mir gelungen ist, Ihnen die großen Möglichkeiten aufzuzeigen und Ihr Verständnis dafür zu wecken, daß die Wehrmacht und die Jugend zusammen e i n e n Weg zu gehen haben.

DOCUMENT 1992(A)-PS

FROM: "NATIONAL POLITICAL STUDIES FOR THE ARMED FORCES," JANUARY 1937: LECTURE BY HIMMLER ON THE NATURE AND PURPOSE OF THE SS AND THE POLICE FORCE (EXHIBIT USA-439)

A u s : Nationalpolitischer Lehrgang der Wehrmacht vom 15. bis 23. Januar 1937 (Nur für den Dienstgebrauch der Wehrmacht) (Druck: Berliner Börsen-Zeitung)

Reichsführer SS. Heinrich Himmler:

„Wesen und Aufgabe
der SS. und der Polizei"

Ich werde zunächst über Entstehung, Organisation und Aufgabengebiete der SS. sprechen, dann über die Organisation und die Aufgaben der Polizei und als Drittes über das Zusammenwirken von SS. und Polizei und über die wichtige und lebensnotwendige Frage der Sicherung des Reiches im Innern.

Die SS. entstand in ganz früher Zeit der Bewegung im Jahre 1923, wurde als Stoßtrupp Hitler am 9. November 1923 verboten und aufgelöst. Bei der Wiedererrichtung der Partei im Jahre 1925 war zunächst die SA. als Schutzorganisation für die Versammlungen verboten. Ebenso bestand ein Redeverbot und ein Versammlungsverbot für den Führer sowohl in Preußen wie in Bayern. Erlaubt waren die Versammlungen lediglich in dem damals völlig roten Sachsen und Thüringen.

Wenn nun diese Versammlungen zum Erfolg führen sollten, dann war es notwendig, sie vor Sprengungen zu schützen. Der Führer befahl daher im Jahre 1925, eine kleine Organisation zum Schutze dieser Versammlungen aufzubauen, die Schutzstaffeln — Staffeln damals im besten Sinne des Wortes, also kleine Formationen in Stärke von einem Führer und 10 Mann in den einzelnen Orten. Selbst eine so große Stadt wie Berlin hatte damals eine Staffel von nur 2 Führern und 20 Mann. Mit diesen Staffeln haben wir im ganzen Jahre 1925 und 1926 die Versammlungen des Führers und auch anderer Redner der Partei in Sachsen und Thüringen durchgehalten und durchgeführt.

Das Jahr 1926 brachte die Wiedererlaubnis der SA., und nun kamen ein paar Jahre, in denen die Schutzstaffeln mehr in den Hintergrund traten. Im Jahre 1929, vor nunmehr acht Jahren, bekam

ich dann vom Führer den Auftrag, die Führung dieser Schutzstaffeln, die damals 280 Mann zählten, im ganzen Reich zu übernehmen und aus ihnen — so lautete der Auftrag — eine in jedem Falle zuverlässige Organisation, eine Eliteorganisation der Partei zu schaffen.

Ich bin an diese Frage — dabei will ich mich ein klein wenig länger aufhalten — selbstverständlich als Nationalsozialist herangegangen. Ich will Ihnen auch sagen, wie das aufzufassen ist. Ich bin überzeugt von der Weltanschauung, daß letzten Endes in der Welt nur das gute Blut, auf die Dauer gesehen, die beste Leistung hervorbringt. Von dieser Überzeugung getragen

— Seite 138 —

bin ich auch an diese Aufgabe herangegangen. Darnach mußte es richtig sein, daß wirklich nur das gute Blut nach unserer Kenntnis der Geschichte als das führende, schöpferische und jeden Staat, vor allem jede soldatische Betätigung tragende Blut anzusehen ist, und zwar das nordische Blut. Ich sagte mir: Wenn es mir glückt, in einer Organisation möglichst viele Menschen, die zu einem namhaften Teil Träger dieses erwünschten Blutes sind, aus dem deutschen Volke zu erfassen und unter soldatischen Gehorsam zu bringen, sie allmählich mit dieser Erkenntnis vom Wert des Blutes und von der ganzen Weltanschauung, die daraus entspringt, zu erfüllen, dann müßte es möglich sein, tatsächlich eine Ausleseorganisation zu schaffen, die jeder Belastung standhält.

Diese Auslese des guten Blutes ist theoretisch schon sehr oft erkannt worden. Es hat sehr viele Bücher darüber gegeben, angefangen von Chamberlain bis zu Günther in der Zeit 1926/27 und viele andere, die ich hier nicht anführen kann. Es kam nun die schwierige Frage: Wie lesen wir die Leute aus? — Es gibt zweierlei Ausleseprozesse: Einmal den schärfsten Ausleseprozeß, den jeweils der Krieg, der Kampf auf Leben und Tod, bringt. In diesem Ausleseprozeß zeigt sich das gute Blut durch Leistung. Im Jahre 1929 stand immer noch eine große Anzahl früherer Soldaten zur Verfügung, bei denen man nach ihrem Verhalten im Kriege Schlüsse ziehen konnte auf ihren inneren Wert. Kriege sind aber Ausnahmezustände, und man mußte einen Weg finden, um auch in Friedenszeiten auslesen zu können, wenn die Probe der Tapferkeit nicht abgelegt werden kann. Hier konnte ich nur das Erscheinungsbild heranziehen, wie der Mensch aussieht. Nun werden mir sehr viele sofort entgegenhalten: Das ist alles ganz schön, aber wenn Sie von der Größe, von

den blonden Haaren und den blauen Augen ausgehen und da meinetwegen den Schädel messen, dann ist das doch eine sehr problematische Sache. Das weiß ich auch sehr gut. Danach allein könnte man niemals gehen.

Ich bin zunächst darangegangen, eine bestimmte Größe zu verlangen. Ich habe keine Leute unter 1,70 Meter genommen — und da bitte ich Sie, daß Sie meine Worte ganz genau verstehen —, weil ich weiß, daß Menschen, deren Größe über einer bestimmten Zentimeterzahl liegt, das erwünschte Blut irgendwie haben müssen. Man darf bei all den Dingen natürlich nicht ausschließlich sein, ebenso wie in keiner Weise gesagt ist, daß Menschen, deren Größe unter diesem Wert liegt, es nicht haben können. Das ist selbstverständlich. Es besteht nur die größere Wahrscheinlichkeit, in dieses Reservoir zu greifen, wenn ich diese bestimmte Größe nehme.

Nun kommt das weitere. Es genügt nicht, wenn ich irgendjeden nehme, der groß ist, sondern wir gingen auch damals schon daran, uns Lichtbilder kommen zu lassen. Das waren im Jahre 100 oder 150 bis 200 Leute, die wir aufnehmen konnten. Von allen habe ich persönlich das Lichtbild gesehen

und überlegte mir: Sind hier im Gesicht des Mannes ganz deutliche Einschläge von fremdem Blut, also überstarke Backenknochen, wozu man landläufig sagt: der sieht mongolisch oder slawisch aus? Slawisch ist übrigens ein falscher Ausdruck. Das ist lediglich der volkstümliche Ausdruck.

Warum habe ich das getan? Da darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf eine Erfahrungstatsache lenken. Erinnern Sie sich bitte an die Soldatenratstypen des Jahres 1918 und 1919. Jeder von Ihnen, der damals Offizier war, kennt eine ganze Anzahl dieser Leute aus persönlicher Erfahrung. Sie werden feststellen können, daß das im großen und ganzen Leute waren, die für unser deutsches Auge irgendwie komisch aussahen, die irgendeinen komischen Zug hatten, bei denen irgendein fremdes Blut eingeschlagen war. Es war der Typ Menschen, die man wohl bändigen kann und die sich in ruhigen Zeiten einordnen, die im Kriege sogar tapfer, kühn und verwegen sind, die aber in dem Moment, wo die letzte Druckprobe auf Charakter und Nerven kommt, irgendwie aus ihrem Blut heraus versagen müssen.

Da ich diese Dinge nun wußte, sagte ich mir: Ich nehme von vornherein keine Leute auf, bei denen ich eben auf Grund der Blutzusammensetzung ganz sicher erwarten kann: wenn eine politische

Druckprobe kommt, springen sie aus, sind unzufrieden und untreu, gehen zum Gegner über, meckern, haben Soldatenratsmanieren an sich und ähnliches. Das mußten wir um so mehr, als wir in den Kampfjahren in den Schutzstaffeln nur eine freiwillige Disziplin und gar keine Möglichkeit hatten, den Mann zu etwas zu zwingen. Es bestand nur die Möglichkeit, den Mann, wenn er die Strafe freiwillig auf sich nahm, die Armbinde auf drei oder vier Wochen zu entziehen, oder Strafexerzieren, wenn das ging. Aber wenn er nicht wollte, konnte er sagen: Ich trete aus, mir gefällt es nicht mehr. Wir haben daher den obengenannten Auslesegrundsatz befolgt und dadurch die gröbsten Fehlerquellen entfernt.

Nun war damit, daß ich damals die äußere Siebung begann, noch keine endgültige Auslese erreicht. Es kam ja immer auf die Leistung an, wie der Mann sich in den folgenden Monaten und Jahren bewährte. Hier stand ich auf dem Standpunkt, daß wir immer Schwereres und mehr verlangen mußten als alle anderen Organisationen. Wertvolle Leute zieht man sich ja nicht durch leichten Dienst und durch Annehmlichkeiten heran, sondern nur durch Schwierigkeiten und größere Belastungen. Wir fingen also damit an, von unseren Männern trotz der damals so armen Zeit grundsätzlich höhere Beiträge hereinzunehmen. Zu einer Zeit, in der gar keine Uniformierung in den Parteigliederungen bestand, verlangten wir von den Leuten, daß sie sich selbst schwarze Hosen und Schaftstiefel kauften, — eine Riesenausgabe für einen Erwerbslosen, wenn er die 40 Mark selbst bezahlen mußte. Wenn er das nicht tat oder sagte: ich kann das nicht, dann erklärten wir ihm: bitte, geh' wieder, dann hast du irgendwie die Sache nicht erfaßt, dann hast du irgendwie nicht die letzte Opferwilligkeit und diesen letzten Antrieb von

innen heraus, dann können wir dich nicht gebrauchen. So kamen wir allmählich zu einem von uns beabsichtigten und erwünschten Bild.

Man mag zu dieser hier kurz angedeuteten Theorie der Menschenauslese stehen wie man will, heute, nach acht Jahren, glaube ich sagen zu können, daß die Praxis uns recht gegeben hat, und daß es wirklich möglich war, eine gewisse Auslese von Menschen in der Schutzstaffel schon während der Kampfzeit organisatorisch zu erfassen.

Ich übergehe die nächsten Zeitabschnitte und komme auf das Jahr 1933. Dieses Jahr war für die Schutzstaffel die schwierigste Zeit; denn es war die Zeit des Aufblühens aller Organisationen, die Zeit, in welcher der große Ansturm und die große Flutwelle all

derer kam, die sich zur Partei und zu den Verbänden meldeten. Es war damals eine sehr schwierige Frage. Man konnte sie so entscheiden, daß man sagte: wir schließen die Partei und die Organisationen; dann bleiben wir in der Qualität sehr gut, aber es kann niemand mehr herein, wir bleiben in der Basis klein und schmal. Oder man konnte sagen: wir machen die Organisationen auf, um die Basis zu vergrößern. Dann ergab sich natürlich die Gefahr, wie es sich dann auch zeigte, daß eine Unmenge Menschen hereinkamen, die nicht unbedingt lauteren Herzens und unbedingt Idealisten waren, so daß bis zu einem gewissen Grade die Gefahr der Zahl, die Gefahr der Masse drohte.

Diese Gefahr drohte auch der Schutzstaffel. Deshalb habe ich sie im April 1933 geschlossen, während die Verbände draußen zum Teil immer noch von dieser Welle der Zahl erfaßt waren, möglichst viel Leute aufzunehmen. So hatte ich im April die Schutzstaffel wieder so weit am Zügel, daß ich sagte: es wird niemand mehr aufgenommen, und wir haben dann von Ende 1933 bis Ende 1935 von den Neuaufgenommenen wieder alles das herausgesetzt, was nichts taugte. In diesen Jahren habe ich etwa 60 000 Männer herausgesetzt; die heutige Stärke der Schutzstaffel beträgt rund 210 000 Mann. Das hat der Schutzstaffel und hat jeder Einheit der Schutzstaffel nur gut getan. Dadurch ist die Qualität selbstverständlich nicht schlechter, sondern besser geworden, während sie durch die Quantität gelitten hätte.

Heute — damit darf ich die Frage der Auslese abschließen — nehmen wir den jungen Mann mit 18 Jahren auf. Wir kennen ihn schon von der Hitler-Jugend her, sehen ihn uns schon ein paar Jahre vorher an, so daß wir wirklich nur den besten Mann bekommen. Mit 18 Jahren kommt er als Bewerber zu uns. Er wird unerhört geprüft und überprüft. Von 100 Mann können wir im Durchschnitt allenfalls 10 oder 15 brauchen, mehr nicht. Wir verlangen das politische Leumundszeugnis seiner Eltern und Geschwister. Wir verlangen heute von ihm die Ahnentafel bis 1750, wir verlangen selbstverständlich die gesundheitliche Untersuchung und sein Zeugnis von der Hitler-Jugend. Wir verlangen ferner ein erbgesundheitliches Zeugnis, daß bei seinen Eltern und in seiner Familie keine vererbbaren Krankheiten vor-

handen sind. Wir verlangen dann als letztes und vielleicht wichtigstes das Bestehen vor der, wie es heißt, Rassekommission. Diese Prüfungskommissionen setzen sich zusammen aus Führern der SS., aus Rassekundlern und Ärzten. Uns kommt es, wie ich Ihnen vorher

sagte, nicht nur auf die Länge und auf die Augenfarbe an, sondern wir lehnen auch viele Leute ab, die vielleicht 1,80 oder 1,85 m lang sind, wenn sie körperlich falsch gewachsen sind. Meines Erachtens — die Erfahrung habe ich in der Verfügungstruppe gemacht — ist die Ansicht, daß die erste Kompanie im allgemeinen schlechtere Marschierer habe als die mittleren Kompanien oder die Kompanien mit kleineren Körpermaßen, darauf zurückzuführen, daß man in den ersten Kompanien zu viele Leute hat, die zwar groß sind, die aber irgendwie falsch gewachsen sind, wo man also ein Längenwachstum hat, das der Arzt ja sehr genau kennt, aber keine Ebenmäßigkeit des Baues, wo also zum Beispiel die Unterschenkel in einem völlig falschen Verhältnis zu den Oberschenkeln stehen, wo die Unter- und Oberschenkel in einem völlig falschen Verhältnis zum Oberkörper stehen, so daß der Körper bei jedem Schritt eine unerhörte Hubleistung aufwenden muß, einen unerhörten Kräfteaufwand treiben muß, um diese Marschleistung zu vollbringen. Ist der Körper richtig gewachsen und sind alle Organe richtig und gut ausgebildet, dann ist niemals einzusehen, warum ein Mensch mit längeren Beinen nicht sogar besser marschieren soll als einer mit kürzeren.

Es kommt nun also darauf an, wie sich der junge Mann vor dieser Kommission benimmt, daß er also nicht bloß stramm die Hände an die Hosennaht legt, sondern daß er bei aller Disziplinniertheit doch nicht wie ein Knecht auftritt, daß er, wenn man sich mit ihm unterhält, wenn er gefragt wird, tatsächlich frei und ordentlich antworten kann, daß sein Gang, seine Hände, daß all das wirklich dem entspricht, was wir nach unserer nunmehr achtjährigen Erfahrung als Ideal wollen. Darnach wird geprüft, ob wir den Mann aufnehmen oder nicht. Die Truppe ist in vielen Fällen in den ersten Jahren sehr unglücklich gewesen. Sie sagte: Warum wird uns dieser Mann abgelehnt; jetzt haben wir gerade in diesem oder jenem Dorf einen Mann gefunden, wo so schwer irgendjemand zu kriegen ist; der ist in jeder Beziehung ordentlich, und nun kommt der Mann vor die Rassekommission, und die lehnt ihn ab. Wir sind in solchen Fällen immer hart geblieben und bleiben hart, und das ist richtig. Dadurch kriegt man wirkliche Auslese.

Ich darf nun zur Organisation der SS. kommen. Bei der SS. sind folgende Gliederungen zu unterscheiden: Erstens die allgemeine SS., die eine Stärke von rund 190 000 Mann haben wird. Diese allgemeine SS. steht voll und ganz im Zivilberuf bis auf das höhere Führerkorps, das seinen Dienst hauptamtlich tut, und zwar vom Sturmbannführer an aufwärts. Ich bin sehr stolz darauf, daß die allgemeine SS. heute nur noch 0,4 Prozent Erwerbslose hat. Diese 0,4 Prozent kommen aus Oberschlesien, wo wirklich sehr schwer Arbeit

zu finden ist. Wir haben also fast alle Leute im Beruf, und ich bin der Ansicht, daß das so sein muß. Denn wenn der Mann wirklich gut ist, dann nützt er mir nicht, wenn er bloß im Sport gut ist, sondern er muß auch menschlich gut und anständig sein und muß auf seinem Gebiet, in seinem Beruf etwas leisten. Einen Mann, der ohne wirklich triftigen Grund seinen Arbeitsplatz zum drittenmal wechselt, werfen wir hinaus, dann haben wir kein Interesse an ihm. Leute, die herumstehen, können wir nicht gebrauchen. Die allgemeine SS. steht also voll und ganz im Beruf und macht abends oder sonntags ihren Dienst genau wie in der Kampfzeit. Neben der allgemeinen SS. gibt es die Verfügungstruppe; außerdem gibt es die Totenkopfverbände, den Sicherheitsdienst und das Rasse- und Siedlungswesen. Ich gehe auf die einzelnen Gliederungen etwas näher ein.

Die allgemeine SS. ist in 13 Oberabschnitte gegliedert, die im großen und ganzen den heute vorhandenen Korpsbezirken und einem in Aussicht stehenden Korpsbezirk in ihren Grenzen genau angepaßt sind. Unter diesen Oberabschnitten, die jeweils von einem Oberabschnittsführer geführt werden, der Gruppenführer oder Obergruppenführer ist, gibt es die Abschnitte, die von einem Oberführer oder Brigadeführer geführt werden. Unter diesen Abschnitten gibt es die Standarten. Eine Standarte zählt, wenn sie voll ist, 1600 Mann. Unter den Standarten haben wir die Sturmbanne und Stürme. Unter den Stürmen die Züge. Die SS.-Männer selbst wohnen zu einem erheblichen Teil sehr verstreut. Natürlich wäre es bequemer, in irgendeiner Stadt gleich einen Sturmbann aufzustellen und die Leute immer beisammen zu haben. Das wäre für die Übungen, die ja immer nur in den Abendstunden stattfinden, zum Unterricht, zum Sport bequemer und erforderte viel weniger Mühe. Damit würde sich aber zwangsläufig die Qualität senken, weil ich ja in einer Stadt von etwa 20 000 bis 25 000 Einwohnern nicht genügend Menschen von der Qualität finde, wie ich sie brauche. Wir sind daher mit der Organisation sehr in die Weite gegangen und haben sehr viele Züge auf dem Lande. Diese Züge verteilen sich zum Teil wieder auf Dörfer, wobei eben in einem Dorf nur die zwei wirklich besten Jungens in der SS. sind. Wir kommen dann Sonnabend/Sonntag, wo der Bauer mehr Zeit hat, oder im Winter einmal für den ganzen Nachmittag zusammen, während wir im Sommer nur einmal im Monat Appell haben. Das ist die organisatorische Gliederung der allgemeinen SS.

Altersmäßig ist die SS. folgendermaßen gegliedert: Der Junge kommt mit 18 Jahren in die Schutzstaffel. Er ist zunächst Bewerber, wird dann nach einem Vierteljahr auf den Führer vereidigt und ist

damit Anwärter. Als Anwärter macht er im ersten Jahr sein SA.-Sportabzeichen und sein bronzenes Sportabzeichen bzw. legt die Prüfungen dafür ab. Dann geht er entweder mit 19 oder 19½ Jahren, je nachdem wie die Altersklasse eingezogen wird, zum Arbeitsdienst und kommt anschließend zur Wehrmacht. Nach weiteren

— Seite 143 —

zwei Jahren kommt er aus der Wehrmacht zurück, es sei denn, daß er dort als Unteroffizieranwärter oder Kapitulant bleibt. Wenn er zu uns zurückkommt, bleibt er immer noch Anwärter. In diesen Wochen wird er weltanschaulich besonders stark geschult. Das erste Jahr bringt für ihn den weltanschaulichen Elementarunterricht. In diesen Wochen nach der Rückkunft aus der Wehrmacht wird er besonders über den Heiratsbefehl und über die ganzen Gesetze, die wir für die Familie haben, und die Ehrengesetze unterrichtet. Er wird dann am 9. November, der auf seine Rückkehr von der Wehrmacht folgt, SS.-Mann in dem Sinne, wie jeder von uns SS.-Mann ist. Der Reichsführer der SS. ist genau so SS.-Mann im Sinne des Ordens der SS. wie der einfache Mann an der Front. An diesem 9. November bekommt er den Dolch von uns geschenkt, und er verspricht bei dieser Gelegenheit, daß er sich an den Heiratsbefehl und die Zuchtgesetze der SS. hält, weil auch die Familie diesen Gesetzen untersteht. Er erhält von diesem Tage ab das Recht und die Pflicht, seine Ehre mit der Waffe nach den Ehrengesetzen der SS. zu verteidigen. Die Anwärter und Bewerber haben dieses Recht noch nicht. Der SS.-Mann bleibt dann in der sogenannten aktiven allgemeinen SS. bis zum 35. Lebensjahr. Vom 35. bis 45. ist er in der SS.-Reserve und vom 45. und darüber in der Stammabteilung der SS., die durch den grauen Spiegel kenntlich ist. In der Zeit vom 21. bis 35. Lebensjahr wird der Mann dienstlich sehr stark in Anspruch genommen. Besonders bis zum 25. Lebensjahr. In diesen ersten vier Jahren heißt es marschieren, Kampfspiele, also Sport jeder Art, der bei uns in Wettkämpfen jedes Jahr zwischen Ostern und Sommersonnenwende ausgetragen wird, so daß wir die Besten jedes Sturmes in diesen Kampfspielen, die zur Sommersonnenwende, also am 21. Juni, abgeschlossen sind, und die Besten jedes Sturmbannes durch Leistungsprüfungen auslesen. Von jedem SS.-Mann bis zum 50. Lebensjahr wird jedes Jahr die Ablegung irgendeiner Leistungsprüfung verlangt. Warum mache ich das? Die Männer stehen sehr viel im Beruf. In der SS. sind vielleicht die Hälfte bis drei Fünftel Städter. Der Arbeiter in der Stadt hat sehr oft eine stehende oder der geistige Arbeiter eine sitzende Beschäftigung. Es kommt das Elend der Großstadt hinzu, das meines Erachtens auch eine militärisch schwierige Frage ist. All die Menschen

des 20. Jahrhunderts gehen ja nicht mehr, sondern fahren mit der Untergrundbahn oder irgendeiner Bahn oder mit dem Auto. Marschieren ist kein Mensch mehr gewöhnt in den ganzen Jahren seines zivilen bürgerlichen Lebens. Oder nehmen Sie die Leute in den führenden Stellungen, nehmen Sie das ganze Führerkorps des Staates, der Ministerien. Diese Menschen sind zwangsmäßig zum Sitzen verurteilt. Jeder hat so wenig Zeit, daß er mit dem Auto fahren muß, weil es bei diesem rasenden Tempo nicht anders geht. Das hat zur Folge, daß die Leute blaß werden und Fett ansetzen, vielleicht phlegmatisch werden, was für den Staat nie gut ist. Wenn wir jung bleiben wollen, müssen wir Sport

treiben. Das bleibt aber alles auf dem Papier, wenn ich nicht jedes Jahr das überprüfe oder einen gewissen Ehrgeiz unter den Männern wachrufe, damit sie wirklich Sport treiben und jedes Jahr die Leistungsprüfung ablegen.

Damit erreiche ich noch ein zweites, und das war für mich mit ein Grund, weil ich gerade in meiner Eigenschaft als Chef der Polizei zu viele erschütternde Beispiele sehe, wie viele Menschen des deutschen Volkes durch Alkoholmißbrauch zugrunde gehen. Wenn ich die Zahlen von gestrandeten Menschen zusammenzähle, bei denen Alkohol der tiefste Grund für diese Strandung war, dann ist das die überwiegende Zahl, ich schätze ungefähr zwei Drittel gegenüber einem Drittel von anderen Gründen. Nun wäre es psychologisch falsch, wenn ich die Menschen dazu ganz automatisch brächte und dem einzelnen sagte: Mein Lieber, ich verlange von dir diesen Sport, damit du nicht säufst. Wenn ich aber die Kampfspiele und die körperliche Betätigung verlange, die ja für das Sportabzeichen notwendig ist, dann können sie weder so viel rauchen, weil sie sonst die Leistungen nicht zusammenbringen, noch können sie sehr viel trinken. Außerdem halten sie sich jung; denn die Frage — eine Frage, die ich vor der Hitler-Jugend sehr oft besprochen habe —, ob eine Generation alt wird oder nicht, ist lediglich eine Frage ihres Lebens, nichts anderes. In den besten Zeiten der Weltgeschichte waren die ältesten Leute die härtesten. Es ist nicht so, daß die Ältesten, auch wenn sie körperlich alt sind, immer Greise sein müssen, sondern der Rat der Alten war bei den alten Völkern die granitene Einrichtung für die Hochhaltung der Ehre und die Schärfe der Weltpolitik. Der römische Senat bestand nur aus alten Leuten, aber er bestand aus granitenen Köpfen, die z. B. sagten: „Schön, wir haben die Schlacht verloren", und als die Cimbern und Teutonen ihre Gesandten dorthin schickten und Land von ihnen verlangten,

erklärten sie „Nein!“ Die Jungen wollten nachgeben, die Versammlung der Alten gab nicht nach. Wenn man ein solches Alter grundsätzlich für ein Volk erzielen will, dann muß man in Generationen dafür sorgen, daß die Menschen nicht frühzeitig alt werden, sondern auch körperlich bis zu einem verhältnismäßig hohen Alter jung bleiben.

Diese Leistungsprüfungen, die also einmal im SA.-Sportabzeichen, dann im Reichssportabzeichen und dann, wenn die beiden abgelegt sind, bis der Betreffende das silberne oder goldene Sportabzeichen bekommt, in den jährlichen Leistungsabzeichen der SA. bestehen, werden von jedem verlangt. Wir sind jetzt damit erst am Anfang. Dieses Jahr habe ich in der Rangliste der SS. überall hinzugeschrieben, wer diese Sportabzeichen hat und wer nicht. Nächstes Jahr werde ich so weit sein, daß ich lediglich noch die einzutragen brauche, die es nicht haben. Das sind nur ein paar Hundert. Ich nehme die Leute schon so heran, daß sie es alle haben.

Die Leistungsabzeichen der SA. haben folgenden Sinn: Es wird jede Sportart beidarmig betrieben, die mit Armen ausgeübt wird. Es wird Kugel gestoßen mit

— Seite 145 —

beiden Armen. Der Steinstoß erfolgt mit beiden Armen. Es wird geschossen mit der Pistole und mit dem Gewehr rechts und links. Das sieht am Anfang furchtbar töricht aus und ist sehr ungewohnt. Es ist aber eine ausgezeichnete Übung und bringt sehr gute Erfolge. Es werden Handgranaten und Keulen geworfen, rechts und links. Im Anfang werden selbstverständlich bei den Leuten, die 20 Jahre und darüber sind, keine Rekordleistungen mehr zu erzielen sein, weil der linke Arm oder beim Linkser der rechte Arm völlig ungeübt ist, so daß der Betreffende auf eine Entfernung von 10 Metern kaum in den 3-Meter-Kreis hineintrifft oder gar 3 oder 5 Meter links vorbeiwirft. Es wird aber eine sehr gute Entwicklung und sehr gute Ausnützung jeder Körperkraft sein, wenn wir das von Anfang an von der Jugend mit 13 und 14 Jahren verlangen. Ich glaube, auf diese Art werden wir sehr gute Erfolge erzielen. Für jeden Jahrgang ist das Leistungsabzeichen verschieden. Ich verlange selbstverständlich nicht von dem Mann mit 40 Jahren beim Schnellauf über 100 Meter die Bedingungen und die Zeit, die ich von einem Mann mit 21 Jahren verlange. Ich verlange aber von dem Mann mit 40 Jahren ein längeres und ausdauernderes Marschieren als von dem Mann mit 21 Jahren. Ich verlange von dem Mann mit 30 Jahren ein ruhigeres und sicheres Schießen als von dem Mann mit 19 oder 20 Jahren. Mit diesen paar Beispielen wollte

ich nur zeigen, daß die Leistungen für jedes Alter abgestuft sind. Sie sind auch so abgestuft, daß derjenige, der vom Krieg her irgendeine Verletzung hat und beispielsweise deshalb nicht schwimmen kann, nun nicht mit dieser Begründung jeden Sport abzulehnen braucht, sondern dem will ich dadurch abhelfen, daß ich die Bedingungen so abstimme, daß jemand, der einen Arm verloren hat, die Uebungen mit dem andern machen kann. Das wäre die sportliche Betätigung bei der Schutzstaffel vom 18. bis zum 50. Lebensjahr. Neben dieser sportlichen Betätigung kommt vom 21. bis 35. Jahr die ganze Ausbildung im Straßendienst und Absperrungsdienst bei all den Gelegenheiten, die man für die Sicherheit im Innern braucht.

Hand in Hand mit der körperlichen Betätigung geht die geistige und weltanschauliche Betätigung. Jede Woche hat ihren Schulungsabend mit geschichtlichen Themen, wobei einige Seiten aus Hitlers „Mein Kampf" und einige andere Themen behandelt werden. Je älter die Leute werden, desto gefestigter müssen sie in der Weltanschauung sein und desto mehr werden sie davon erfahren.

Ich gehe nun zur Verfügungstruppe über. Die Verfügungstruppe ist in folgende Einheiten gegliedert: SS.-Standarte Adolf Hitler mit 3 Bataillonen, die motorisiert und zugleich Fußregiment ist und soundsoviele zusätzliche Kompanien hat, SS.-Standarte Deutschland mit 4 Bataillonen mit der üblichen Kraftradschützenkompanie und Infanteriegeschützkompanie, dann die SS.-Standarte Germania mit 3 Bataillonen, ebenfalls mit Kraftradschützenkompanie und Infanteriegeschützkompanie, dann der SS.-Sturmbann Nürn-

berg, 1 Infanteriebataillon, dann der SS.-Pioniersturmbann, heute in Leisnig, später in Dresden, und der SS.-Nachrichtensturmbann, heute in Berlin, später in Unna, wenn die Kaserne fertig ist. Die Standarte Adolf Hitler ist in Berlin. Die Standarte Deutschland steht mit 3 Bataillonen in München und mit 1 Bataillon in Ellwangen, die Standarte Germania jetzt mit 1 Bataillon und 2 Kompanien in Hamburg, mit 1 Bataillon in Arolsen, mit 1 Bataillon bisher in Soltau. Die endgültige Garnison steht noch nicht fest. Der Dienst dauert vier Jahre. Es gibt keine andere als die vierjährige Verpflichtung. Der Bedarf wird jährlich wegen der ausscheidenden Leute rund 2200 Mann sein, also keine große Zahl.

Ich komme nun zu den Totenkopfverbänden. Über die Verwendung und die Aufgabe der Verfügungstruppe werde ich nachher im Zusammenhang mit der Polizei sprechen. Die Totenkopfverbände

sind entstanden aus den Bewachungsmannschaften der Konzentrationslager. Zu diesen Konzentrationslagern darf ich ein paar Zahlen anführen. Wir haben heute in Deutschland noch folgende Konzentrationslager — ich darf gleich sagen, ich glaube nicht, daß sie weniger werden, sondern ich bin der Ansicht, daß sie für bestimmte Fälle mehr werden müssen —: 1. Dachau bei München, 2. Sachsenhausen in der Nähe von Berlin. Das ist das frühere Lager Esterwege im Emsland. Dieses Lager im Emsland habe ich aufgelöst auf die Vorstellungen des Reichsarbeitsführers Hierl hin, der mir ebenso wie die Justiz erklärte, es sei falsch, wenn man dem einen sage, der Dienst im Moor, der Dienst, ein Land urbar zu machen, sei ein Ehrendienst, während man den anderen als Häftling dort hinsetze und ihm sage: Dir Burschen werde ich schon Mores beibringen, dich schicke ich ins Moor. Das ist in der Tat unlogisch, und ich habe nach einem halben oder dreiviertel Jahr das Lager in Esterwege aufgelöst und habe es in die Nähe von Oranienburg nach Sachsenhausen verlegt. Dann besteht ein Lager in Lichtenburg bei Torgau, ein Lager in Sachsenburg bei Chemnitz und außerdem noch ein paar kleinere Lager. Der Stand der Schutzhäftlinge ist rund 8000. Warum wir so viel haben müssen, warum wir noch mehr haben müssen, darf ich Ihnen erklären. Wir hatten früher eine ausgezeichnet organisierte KPD. Diese KPD. ist im Jahre 1933 zerschlagen worden. Ein Teil der Funktionäre ging ins Ausland. Einen anderen Teil haben wir damals in den sehr hohen Schutzhaftzahlen des Jahres 1933 erfaßt gehabt. Ich habe mich aus genauester Kenntnis des Bolschewismus heraus immer dagegen gewehrt, die Leute aus den Lagern zu entlassen. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß die breiten Massen der Arbeiterschaft absolut zugänglich sind für den Nationalsozialismus und den heutigen Staat, solange sie nicht von diesen genau instruierten, genau vorbereiteten und geldlich reichlich unterstützten Funktionären wieder auf andere Gedanken gebracht werden. Es ist klar: Jeder, der wirklich jahrelang Kommunist war, ist für den Kommunismus anfällig, auch wenn er es aus besten Motiven war. So

— Seite 147 —

lange besteht keine Gefahr, als er nicht in seinem Häuserblock, in seiner Vorstadt einen Funktionär hat, der ihn nun regelmäßig mit zersetzendem Material versorgt. Auf das Drängen der Ministerien hin haben wir im Jahre 1933 eine große Zahl von Schutzhäftlingen in Preußen und anderen deutschen Ländern entlassen. Lediglich ich in Bayern habe damals nicht nachgegeben und habe meine Schutzhäftlinge nicht entlassen. Bayern hatte auch in den folgenden Jahren eine viel geringere Zahl von KPD.-Vorkommen als alle

anderen Länder. Das ist selbstverständlich. Wenn ich das Führerkorps hinauslasse, wird es immer aktiv sein. Die Folge der Entlassungen war, daß diese entlassenen Funktionäre nun nicht etwa, wie wir uns das vorstellten, Kavaliere waren und sagten: Das ist aber anständig von diesem nationalsozialistischen Staat, wie leicht hätte man uns erschießen können, wir hätten das in Rußland auf jeden Fall so gemacht, wenn es andersherum gegangen wäre; das ist anständig, daß sie uns nicht erschießen, also werden wir uns jetzt einordnen und dankbar sein. Kein Gedanke, diese Funktionäre gingen zum großen Teil nach Rußland, wurden auf der Leninschule in Moskau umgeschult auf neue Taktik, auf illegale Taktik im Am-Apparat, im technischen Apparat, in der Gewerkschaftsopposition, in Volksfrontbildungen. Sie bekamen neue Pässe, wobei ich gleich sagen will: Diese Pässe sind falsche echte Pässe. Sie haben früher aus dem Polizeipräsidium so viel an Pässen und anderem Ausweismaterial mitgenommen, daß das tatsächlich echte Pässe sind, die lediglich auf den neuen Namen umgefälscht wurden. Sie kamen dann mit neuem Namen herüber. Nun taucht der Funktionär, der früher in Thüringen war und vielleicht in Gotha jedem Stadtgendarmen bekannt war, nicht wieder in Thüringen, sondern in Ostpreußen auf, der von Mecklenburg in Bayern, und es war eine Hundemühe, die einzelnen Leute wieder aufzuspüren und ihnen nachzuweisen: Du bist ja eigentlich nicht der, für den du dich ausgibst, sondern jemand anders. Als ich im Jahre 1934 die Geheime Staatspolizei übernahm, bin ich von der Taktik meines Vorgängers, des Ministerialrates Diels, abgegangen: Ich habe nicht mehr viel über illegale KPD. in den Zeitungen geschrieben, weil ich der Ansicht bin, daß die Tätigkeit einer Polizei still vor sich gehen muß, so schwer es für die einzelnen Männer ist, die nie eine Anerkennung bekommen, weil man ihre Arbeit ja nicht sieht. Ich halte es für richtiger, so etwas ganz ruhig abzumachen, das ist viel besser, als es in den Zeitungen breitzutreten. Wir haben im Jahre 1936 zweimal die Reichsleitung der illegalen KPD. ausgehoben. Sie haben in der Zeitung nichts davon gelesen. Die Tätigkeit ist aber lebhaft, absolut lebhaft, das läßt sich gar nicht leugnen, denn auf der anderen Seite, bei der Komintern der Russen, steht eine unerhörte Menge Geld zur Verfügung, die dafür verwendet wird. Die GPU., von der ja diese Propaganda ausgeht, hat einen Etat von 1,3 Milliarden Goldmark, also keinen schlechten Etat! Diese Leute und diese Massen werden immer wieder auf Europa losgelassen. Die Hauptherde, von

— Seite 148 —

denen das ausgeht, liegen im Auslande. Wir sind umgeben von Staaten, die die kommunistische Betätigung zulassen, nicht zugreifen

und sie durch diese Haltung zwangsweise fördern. Nun liegen wir im Herzen Europas. Das ist einesteils ein Positivum unserer Lage, weltgeschichtlich von ungeheurer Bedeutung, weil wir so wirklich das Herz der Menschheit sind; auf der anderen Seite aber ist diese zentrale Lage in mancher Beziehung auch eine große Schwäche.

Ich bin nun mit dem Einverständnis des Führers allmählich dazu übergegangen, einen größeren Teil der Funktionäre wieder festzunehmen, soweit wir sie erreichen können, und damit Ruhe zu schaffen. Wir werden die Zahl gerade im Hinblick auf jede außenpolitische Gefahr so weit steigern, daß wir wirklich garantieren können, daß das Aufmachen einer neuen illegalen Organisation schon aus Mangel an Funktionären und Führern nicht möglich ist.

Darüber hinaus wäre es für jeden einzelnen — einigen wenigen Herren der Wehrmacht habe ich es schon ermöglichen können — unerhört instruktiv, so ein Konzentrationslager einmal anzusehen. Wenn Sie das gesehen haben, sind Sie davon überzeugt: Von denen sitzt keiner zu Unrecht; es ist der Abhub von Verbrechertum, von Mißratenen. Es gibt keine lebendigere Demonstration für die Erb- und Rassegesetze, also für die Dinge, die Dr. Gütt Ihnen vorgetragen hat, als so ein Konzentrationslager. Da sind Leute mit Wasserköpfen, Schielende, Verwachsene, Halbjuden, eine Unmenge rassisch minderwertigen Zeugs. Das ist da alles beisammen. Wir unterscheiden bei den Insassen selbstverständlich zwischen denen, die wir ein paar Monate hineintun, tatsächlich zur Erziehung, und denen, die wir lange drin lassen müssen. Die Erziehung geschieht im ganzen nur durch Ordnung, niemals durch irgendeinen weltanschaulichen Unterricht, denn die Häftlinge sind in den meisten Fällen Sklavenseelen; nur wenige Leute mit wirklichem Charakter sind darunter. Diese Sklavenseelen würden alles vortäuschen, was man von ihnen verlangt, alles nachplappern, was im „Völkischen Beobachter" steht, und in Wirklichkeit bleiben sie dieselben. Die Erziehung erfolgt also durch Ordnung. Diese Ordnung beginnt damit, daß die Leute in sauberen Baracken leben. So etwas bringen an und für sich nur wir Deutsche fertig, kaum ein anderes Volk wäre so human. Die Wäsche wird öfters gewechselt. Die Leute werden daran gewöhnt, daß sie sich zweimal täglich zu waschen haben, werden mit dem Gebrauch einer Zahnbürste vertraut gemacht, die die meisten noch gar nicht kannten.

Ich wiederhole: So etwas an Typen werden Sie gar nicht für möglich halten. Unendlich viele Vorbestrafte sind darunter, gerade bei den politischen Verbrechern. In einem Lager haben wir die sogenannten Berufsverbrecher, 500 der schwerst vorbestraften Leute aus Preußen und den anderen Ländern. Unter denen ist kein Mann,

der nicht mindestens 8 bis 10 Jahre Zuchthaus hat. Es sind Leute darunter, die 31 Vorstrafen haben. Ich gehe die Lager selber

immer einmal im Jahre durch und komme plötzlich unangesagt, um mir den Betrieb anzusehen. Da sah ich kürzlich, im vorigen Jahr, einen Mann von 72 Jahren, der hatte gerade das 63. Sittlichkeitsverbrechen begangen. Es wäre eine Beleidigung für das Tier, wenn man solche Menschen Tiere heißen wollte, denn ein Tier führt sich nicht so auf.

Ich gehe jetzt, weil mir die Kriminalität in Deutschland immer noch zu hoch ist, dazu über, Berufsverbrecher in viel größerem Umfange als bisher schon nach einigen Strafen, nach drei oder vier Malen, einzusperren und nicht mehr loszulassen. Das kann man anders gar nicht verantworten, besonders wir mit unserer Humanitätsduselei und bei diesen unzulänglichen Gesetzen, diese Leute auf die Menschheit wieder loszulassen, insbesondere also Totschläger, Leute, die Raubüberfälle, Autodiebstähle usw. begehen, deren Verfolgung uns dann ein Heidengeld kostet.

Was glauben Sie etwa, was uns die Verfolgung eines Autodiebes kostet? Mir ist einmal bei einem Vortrag im Preußischen Staatsrat gesagt worden: Wissen Sie, so und so liegt die Sache in diesem Fall, lassen Sie doch den Mann heraus, der sitzt schon ein Jahr, Sie brauchen ihn nur gut zu überwachen. Da muß ich entgegnen: Das kann nur ein Laie sagen. Was heißt denn das: einen Menschen überwachen? Dazu brauche ich pro Tag mindestens drei Beamte — der Tag hat 24 Stunden! —, für diese drei Beamten zwei Autos; denn wenn der Junge nur ein bißchen fix ist, springt er von einer Straßenbahn zur andern, von einem Taxi zum andern. Also ohne fünf Beamte geht das gar nicht. Nun waren wir ja in unserer Kampfzeit auch einmal illegal, und daher — das ist das Pech für die Kommunisten — kennt man ja die Sache. Ich möchte garantieren, daß ein geschickter Mann jede Überwachung einfach abhängt. Die Beamten, die das machen sollen, haben den schwersten Dienst, den es überhaupt gibt. Also wenn Sie heute einen Verbrecher überwachen wollen, dann brauchen Sie fünf Leute, die dafür bezahlt werden müssen, und zwei Autos, und dabei ist noch keine Garantie gegeben, daß diese Überwachung wirklich glückt. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Der Staat kann es sich nicht leisten, Zehntausende von Leuten zu überwachen, wie es ja manchmal aus Humanitätsduselei gefordert wird, und Millionen Mark hierfür zu verwenden.

Diese Leute sind nun also im Konzentrationslager. Die Haupterziehung erfolgt durch Ordnung, peinliche Ordnung und Sauberkeit, peinliche Disziplin. Es ist ganz klar, daß der Mann, wenn ein Vorgesetzter erscheint, seine Mütze herunternimmt und stillsteht. Selbstverständlich besteht auch das Verbot, mit „Heil Hitler" zu grüßen. Wenn die Leute marschieren, so ist es klar, daß sie beim ersten Schritt mit Singen anzufangen haben. Es ist auch selbstverständlich, daß keine nationalen Lieder gesungen werden, sondern nur Volks- und Wanderlieder. All diese Dinge müssen in absolut straffer, soldatischer Disziplin und Ordnung vor sich gehen.

— Seite 150 —

Bewacht werden die Konzentrationslager von diesen Totenkopfverbänden. Es ist unmöglich, wie es einmal vorgeschlagen wurde, für diese Bewachung verheiratete Leute zu nehmen, denn das kann kein Staat bezahlen. Es ist weiter notwendig, die Zahl dieser Wachtruppen für die Konzentrationslager — es sind 3500 Mann in Deutschland — verhältnismäßig hoch zu nehmen, weil kein Dienst so verheerend und anstrengend für eine Truppe ist, wie gerade die Bewachung von Gaunern und Verbrechern.

Die bessere Klasse der Häftlinge arbeitet in Werkstätten. Wenn einer entlassen werden soll, dann tun wir das erst, wenn wir ihm zugleich Arbeit verschafft haben. Da muß man eben auch wieder großzügig sein. Es ist sinnlos, den Mann zu entlassen, ihn ins Elend hinauszustoßen und hungern zu lassen. Für die Familien der Häftlinge sorgen die NS.-Volkswohlfahrt und sonstige Wohlfahrtsstellen, damit die Angehörigen nicht zu hungern brauchen. Wieder Dinge, die nur in Deutschland möglich sind, andere Völker würden so etwas nicht machen.

Die Lager sind umzäunt mit Stacheldraht, mit elektrischem Draht. Es ist selbstverständlich: Wenn einer eine verbotene Zone oder einen verbotenen Weg betritt, wird geschossen. Wenn einer auf dem Arbeitsplatz, sagen wir im Moor oder beim Straßenbau oder sonstwo, auch nur den Ansatz macht, zu fliehen, wird geschossen. Wenn einer frech und widersetzlich ist, und das kommt hier und da vor, wird wenigstens versucht, kommt er entweder in Einzelhaft, in Dunkelarrest bei Wasser und Brot, oder — ich bitte hier nicht zu erschrecken, ich habe die alte Zuchthausordnung Preußens vom Jahre 1914—1918 genommen — er kann in schlimmen Fällen 25 Hiebe bekommen. Grausamkeiten, sadistische Sachen, wie es die Auslandspresse vielfach behauptet, sind dabei völlig unmöglich. Erstens kann die Strafe nur der Inspekteur sämtlicher Lager verhängen, also nicht einmal der Lagerkommandant, zweitens wird die

Strafe vor einer Bewachungskompanie vollzogen, so daß also immer ein Zug, 20 bis 24 Leute, dabei sind, schließlich ist bei der Bestrafung ein Arzt dabei und ein Protokollführer. Also mehr kann man an Genauigkeit nicht tun.

Auch hier möchte ich sagen: Diese Dinge sind notwendig, denn sonst würde man diese Verbrecher niemals im Zaum halten können. Für den Fall eines Krieges müssen wir uns klar darüber sein, daß wir eine recht erhebliche Anzahl unsicherer Kantonisten hier hereinnehmen müssen, wenn wir uns nicht den Nährboden für höchst unangenehme Entwicklungen im Falle eines Krieges schaffen wollen.

Die Leute, die die Häftlinge bewachen, waren zuerst Angehörige der allgemeinen SS. Wir haben sie allmählich zusammengefaßt zu den sogenannten Totenkopfverbänden. Sie sind nicht in Kompanien, sondern in Hundertschaften zusammengefaßt, haben selbstverständlich auch Maschinengewehre. Wir haben in jedem Lager zwei oder drei Türme, die Tag und Nacht mit

— Seite 151 —

scharfgeladenen Maschinengewehren besetzt sind, damit jeder größere Aufstandsversuch — damit muß man bei den Leuten immer einmal rechnen — sofort unterdrückt werden kann. Das ganze Lager kann von oben her von jeweils drei Türmen bestrichen werden.

Diese Totenkopfverbände haben ebenfalls eine vierjährige Dienstzeit. Es sind heute meist Leute, die ihre Dienstzeit in der Wehrmacht hinter sich haben und sich dann für vier Jahre bei uns verpflichten. Die Totenkopfverbände haben außerdem die Aufgabe, im Falle eines Krieges die Stammhundertschaften für rund 30 Totenkopfsondersturmbanne der SS. zu sein, für 25 000 Mann, mit denen wir die Sicherheit im Innern garantieren werden. Darauf komme ich später noch zurück.

Ich komme nun zum Sicherheitsdienst; er ist der große weltanschauliche Nachrichtendienst der Partei und letzten Endes auch des Staates. Er war in der Kampfzeit zunächst der Nachrichtendienst der SS. Wir hatten damals aus ganz erklärlichen Gründen einen Nachrichtendienst bei den Standarten, Sturmbannen und Stürmen. Wir mußten wissen, was beim Gegner los ist, ob die Kommune gerade heute eine Versammlung aufrollen wollte oder nicht, ob unsere Leute überfallen werden sollten oder nicht und ähnliche Dinge. Ich habe diesen Dienst bereits im Jahre 1931 von der Truppe, von den Verbänden der allgemeinen SS., gelöst, weil ich das für falsch hielt. Einmal ist die Geheimhaltung gefährdet, zum anderen fängt der einzelne Mann oder fangen da die Stürme zu leicht das

Politisieren in Tagesfragen an. Das war ja von Anfang an der Grundsatz in der SS: Tagesfragen interessieren uns nicht; jeder vom Führer eingesetzte Führer wird von uns gedeckt, jeder vom Führer abgesetzte Führer wird von uns, wenn es sein muß brachial, entfernt, denn es gilt eben nur der Befehl des Führers. Daneben interessieren uns nur weltanschauliche Fragen von einer Bedeutung für Jahrzehnte oder Jahrhunderte, so daß wirklich der Mann über den Alltag weggehoben ist und weiß, daß er einer großen, in 2000 Jahren nur einmal vorkommenden Aufgabe dient. Tagesfragen der Art, ob etwa die Ortsgruppe richtig besetzt ist, ob da in der Arbeitsfront alles richtig gemacht wird, interessieren den SS.-Mann nicht, es mag sein, wie es will, das interessiert nicht!

Der Sicherheitsdienst wurde schon im Jahre 1931 von der Truppe getrennt und eigens organisiert. Er deckt sich heute in seinen höheren Befehlsstellen mit den Oberabschnitten und Abschnitten, und hat dann Außenstellen, einen eigenen Referentenapparat mit sehr vielen Führerstellen in Stärke von rund 3000 oder 4000 Mann, wenigstens wenn er ausgebaut ist. Die Gebiete, die er bearbeitet, sind vor allem Kommunismus, Judentum, Freimaurerei, Ultramontanismus, die Tätigkeit politisierender Konfessionen und Reaktion. Auch hierbei aber interessieren nicht die Einzelfragen der Exekutive. Sie werden das ja bei ihrem Besuch vielleicht sehen; ich kann mich deshalb kurz fassen. Den Sicherheitsdienst interessieren nur die großen weltanschaulichen Fragen.

— Seite 152 —

Dafür ein Beispiel: Sagen wir, man versucht von ultramontaner Seite durch das wissenschaftliche Herausstellen der Theorie des österreichischen Menschen allmählich für das Gebiet Österreich eine Verschweizerung durchzuführen. So wie es uns in unserer Geschichte vor 700 oder 800 Jahren mit der Schweiz gegangen ist, die zwar heute noch deutsch spricht, sich im Innersten aber nicht mehr zu Deutschland zugehörig fühlt, oder wie wir vor einigen Jahrhunderten den Verlust Hollands mit dem ganzen niederdeutschen Raum erleiden mußten, versucht man nun, mit Propaganda, mit wissenschaftlicher Untermauerung und wissenschaftlichen Arbeiten an den Universitäten dieses Problem des südostdeutschen Menschen, des österreichischen Menschen, so lange herauszustellen, bis auch eine geistige Loslösung möglich ist. Es interessiert uns weiter: Welche deutschen Professoren unterstützen diese Theorie oder hängen mit irgendwelchen Drahtziehern im Ausland oder sonstwo zusammen? Das sind Gebiete, die uns interessieren. Uns als Sicherheitsdienst interessiert nicht, ob nun, sagen wir einmal, der Zellenapparat der KPD. in Berlin-Wedding aufgehoben worden ist oder nicht. Das ist

eine Frage der Exekutive. Eines Tages wird er aufgehoben werden oder ist schon aufgehoben, und wenn er wieder aufgebaut wird, wird er wieder ausgehoben. Also das interessiert uns nicht, daran geht Deutschland nicht zugrunde. Uns interessiert: Welche großen Pläne hat die Komintern für die nächsten Jahre, auf welches Land will sie jetzt ansetzen, welche Einflüsse des Bolschewismus sind in ausländischen Freimaurerkreisen zu spüren, wie laufen da die Drähte, wohin gehen jetzt die großen Emissäre? So sind z. B. in der letzten Zeit 800 Emissäre nach Österreich gegangen. Die sind vor einem Vierteljahr oder vier Monaten dort eingetroffen, und nun interessiert uns brennend: Wie rollt das nun in Oesterreich ab? Oder welche Pläne haben sie, welche großen Organisationspläne für Deutschland, von welcher Ecke packen sie an, wie hängt sich der Bolschewismus, sagen wir, z. B. in die Bekenntnisfront ein und unterstützt nun auf einmal als atheistische Richtung diese gläubigen Pfarrer, wie ist das plötzlich möglich? Oder es interessiert uns: Welche Einflüsse wirtschaftlicher Art nehmen die Juden — nun auch wieder den Plan im großen gesehen — zur Abdrosselung, zur Sabotage und Devisenverschiebung? Das sind Dinge, die dort wissenschaftlich und — hier paßt das Wort wirklich — generalstabsmäßig studiert werden, die sogar manchmal Jahre dauern, Arbeiten, bei denen wir in vielen oder den allermeisten Punkten erst am Anfang sind.

Nach dem Sicherheitsdienst kommt die letzte Säule, das Rasse- und Siedlungswesen. Wir haben also die allgemeine SS., die der Großteil der SS., des Ordens ist, haben die Verfügungstruppe mit einer bestimmten Aufgabe im Staate für den Schutz im Innern, haben die Totenkopfverbände auch für den Schutz im Innern, haben den Sicherheitsdienst, den Nachrichtendienst der Partei und des Staates, und schließlich das Rasse- und Siedlungswesen, dessen

Aufgabe, weltanschauliche Schulung, positiver Art ist, im Gegensatz zum Sicherheitsdienst, der die negative Aufgabe hat, den Gegner zu erkunden. In diesem Rasse- und Siedlungshauptamt werden die Heiratsgesuche bearbeitet. Wir haben seit nunmehr vier oder fünf Jahren den Heiratsbefehl: Kein SS.-Mann kann heiraten ohne Genehmigung des Reichsführers SS. Dazu wird verlangt eine gesundheitliche Untersuchung der Braut, es sind Bürgen für die Frau in weltanschaulicher und menschlicher Beziehung zu bringen. Dabei interessiert uns nicht etwa, ob die Frau nun Vermögen hat oder nicht. Wir verlangen lediglich Erklärung, ob sie Schulden hat oder nicht. Wenn die Mädchen reich sind, dann haben wir es lieber, wenn sie nur das mitbekommen, was sie sich selbst erarbeitet haben

oder ihre Aussteuer. Weiter wird von beiden verlangt die Ahnentafel bis 1750, das erbgesundheitliche Zeugnis beider und verschiedene polizeiliche und sonstige Dinge. Das erfordert eine Riesenarbeit, besonders jetzt, wo ja in unverhältnismäßig großem Umfange geheiratet wird; denn wir sehen sehr darauf, daß unsere Männer heiraten. Wir wollen, daß sie sich möglichst mit 26 Jahren verheiraten, so daß es wirklich junge Ehen sind, die auch in der Lage sind, Kinder zu bringen.

Weiter bearbeitet das Rasse- und Siedlungsamt die Frage der Ansiedlung von SS.-Männern als Bauern, ferner den ganzen weltanschaulichen Unterricht. Das Rasse- und Siedlungsamt ist praktisch auch das wissenschaftliche Amt zur Frage der Ausgrabungen, der Vorgeschichte, mit der wir uns sehr eingehend beschäftigen. Wir betätigen uns auch praktisch bei den Ausgrabungen, so zum Beispiel in Ostpreußen. Dort haben wir bei Altchristburg eine große Befestigung von 30 Morgen ausgegraben. Diese Ausgrabung ist politisch wichtig und wertvoll. Deswegen sind wir ja auch darangegangen. Der Gegner außerhalb der Grenzen operiert doch immer damit, daß dieses Land im Osten slawisch sei und von Rechts wegen eigentlich ihm gehöre. Er macht daher Ausgrabungen außerhalb der deutschen Grenzen im Osten, wo jeweils nur soweit gegraben wird, als slawische Schichten vorhanden sind. Wenn man dabei aber auf germanische Schichten stößt, dann wird die Grube einfach zugeschüttet und gesagt: Es ist nur Slawisches vorhanden. Unsere Aufgabe, wissenschaftlich-weltanschaulich gesehen, muß es sein, diese Dinge zu erforschen, nicht zu fälschen, aber das, was da ist, auch richtig zu werten. Diese Ausgrabung in Altchristburg, die ich ja nur als Beispiel anführe, hat sieben Schichten gezeigt. Die oberste ist eine Ordensschicht, dann kommt eine preußische und dann fünf gotische und frühgermanische Schichten. Diese Dinge interessieren uns, weil sie im weltanschaulichen und politischen Kampf von größter Wichtigkeit sind. Es ist mein Ziel, daß möglichst im Bereich jeder Standarte ein solcher kultureller Mittelpunkt deutscher Größe und deutscher Vergangenheit gezeigt werden kann, daß er wieder in Ordnung gebracht und in einen Zustand versetzt wird, der eines Kulturvolkes würdig ist, wie z. B. die Externsteine oder der Sachsenhain bei Verden, wo

— Seite 154 —

4500 Sachsen hingemordet wurden. Wir haben dort aus 4500 Findlingen, die aus 4500 niedersächsischen Dörfern hergeschafft wurden, einen sehr schönen Hain mit Häusern geschaffen. Warum? — das ist sehr einfach: Wir wollen unsern Männern und wollen dem deutschen Volke klarmachen, daß wir nicht eine Vergangenheit von nur

rund 1000 Jahren haben, daß wir nicht ein barbarisches Volk gewesen sind, das keine Kultur hatte, und dem man deshalb erst Kultur bringen mußte. Wir wollen unser Volk wieder stolz machen auf seine Geschichte, wollen ihm klarmachen: Ewiger als Rom — das ist ja erst 2000 Jahre alt — ist Deutschland! Und den ältesten Pflug haben wir in Deutschland gefunden, der ist vor 5000 Jahren geschaffen worden, der älteste, den die Menschheit kennt. Die ältesten Schriftzeichen sind nicht irgendwo anders erfunden, sie sind von Germanen erfunden, wir brauchen nur die Felsinschriften anzusehen, die es hier überall gibt. Wir wollen dem einzelnen Mann in seiner Gegend zeigen, gleich, ob er im Osten oder Westen Deutschlands wohnt: Was hier in der Erde liegt, und was wir dann wieder heraufschaffen, ist schöpferische Tat deiner Vorfahren gewesen. Wir können heute im Westen zeigen, daß Armin nicht irgendein wilder Hordenführer war, sondern daß der Kampf damals geführt wurde mit höchsten militärischen Leistungen, mit allerbesten Befestigungen damaliger Zeit, von Germanen geschaffen. Das ist der Sinn unserer Beschäftigung, unserer wissenschaftlichen und kulturellen Beschäftigung mit der Vorgeschichte, die uns so in unendlich vielen Fragen angeht.

Ich gehe nun über zur Polizei und ihrem Aufbau. Die Polizei teilt sich heute in Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei; die Ordnungspolizei ist uniformiert. Die Sicherheitspolizei setzt sich zusammen aus Kriminalpolizei und Geheimer Staatspolizei. Übernommen haben wir im Jahre 1933 ein wildes Durcheinander, das können wir ruhig sagen, eine Polizei, die in ihren anständigen Teilen gedemütigt war, in der man dem Offizier den Säbel weggenommen und dem Mann einen Gummiknüppel gegeben hatte, eine Polizei durchsetzt mit vorbestraften Leuten und absoluten Marxisten, eine Polizei, die sich an kein Verbrechen richtig heranwagen durfte, weil sofort die Liga für Menschenrechte, die Friedensgesellschaft und ähnliche Gesellschaften kamen, und weil eine absolute Verherrlichung des Verbrechens gang und gäbe war. Das war der Weg der planmäßigen geistigen Bolschewisierung.

In Preußen übernahm Göring die Polizei, brachte die uniformierte Polizei in Ordnung, schuf eine Landespolizei, die im Jahre 1935/36 in die Armee überging; ebenso geschah es in Bayern. Ich habe mich von der SS. aus zunächst nur mit der Geheimen Staatspolizei beschäftigt, mit den politischen Polizeien der Länder und der Geheimen Staatspolizei in Preußen. Dadurch, daß ich selbst politischer Polizeikommandeur aller deutschen Länder war und zugleich stellvertretender Chef der Geheimen Staatspolizei in Preußen, kam

allmählich die Geheime Staatspolizei in eine Hand. Ich darf die ganze weitere Entwicklung überspringen. Mit dem 17. Juni des vorigen Jahres wurde ich Chef der deutschen Polizei, und zwar der gesamten deutschen Polizei mit all ihren Hilfsorganisationen. Ich darf Ihnen vor Augen führen, worin ich meine Aufgabe sah und noch sehe.

Erstens: Ich will endlich aus diesen 16 verschiedenen Länderpolizeien eine tatsächliche Reichspolizei schaffen, denn die Reichspolizei ist eine der stärksten Klammern, die ein Staat haben kann. Wir haben jetzt erstmalig in der deutschen Geschichte eine Reichspolizei. Rein äußerlich räume ich auf mit den verschiedenen Uniformen, räume auf mit Gesetzen und Verordnungen, die es bis zu ungefähr einem halben Jahr oder vor dreiviertel Jahren noch gab: Wenn etwa ein hamburgischer Polizeibeamter einen Verbrecher verfolgte, der die Frechheit hatte, auf preußisches Gebiet hinüberzugehen, dann durfte er ihn ohne Genehmigung der preußischen Polizei nicht weiter verfolgen. Das kam natürlich dem Verbrecher sehr zugute, er konnte dann sehr leicht entwischen. Genau so war es zwischen den anderen Bundesstaaten. Diese Dinge waren gesetzlich noch so verankert, daß man sie ohne juristische Bearbeitung nicht auf die Seite räumen konnte.

Mit dieser Schaffung der Reichspolizei, nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich, beginne ich bereits beim Offizierkorps, bei den Beamten, indem ich die Leute etwas durcheinanderschüttele, durch Versetzungen usw. und ihnen auf diese Weise einmal Deutschland zeige; so daß also meine lieben Bayern einmal heraufkommen in den Norden, die Leute aus dem Norden nach dem Süden. Tun wir das nicht, so werden niemals Deutsche aus ihnen. Natürlich stöhnen im Anfang alle etwas darüber, in der Schutzstaffel war es vor vier Jahren auch so. Jetzt kommt plötzlich ein Telegramm, der Mann hat in zwei Tagen an seiner neuen Dienststelle zu sein. Versetzungen erfolgen grundsätzlich nur telegraphisch, das hält die Leute frisch und jung. Wie gesagt, das ist nur ein Anfang in unserer Arbeit auf die Reichspolizei hin.

Der Stand an Mannschaften und Offizieren ist sehr dürftig. Das ist verständlich, denn die Polizei hat für die Aufstellung der Landespolizei überall sehr viel gute Kräfte oder auch wohl die besten Kräfte hergegeben. Die Landespolizei ging in der Wehrmacht auf, und was nun an manchen Orten übriggeblieben ist, war nicht nur das Schauerlichste an Gerät, Wagen, Kraftwagen und allem andern, sondern manchmal auch sehr schauerlich an Mannschaften und Offizieren. Das muß nun mühsam aufgebaut und in Ordnung gebracht werden.

In der Ordnungspolizei — auch hier muß ich Sie ins Bild setzen — gibt es drei Kategorien: erstens die Schutzpolizei, die staatliche Polizei, wie wir sie zum Beispiel in Berlin auf der Straße sehen, zweitens die Gendarmen, also die Landjäger, und drittens die Kommunalpolizei. Diese besteht in kleineren Städten mit 10 000 oder 15 000 Einwohnern mit einem Bestand

— Seite 156 —

bis zu 20 Mann, auch hat sie eine andere Uniform. Auch sie wird jetzt von uns vereinheitlicht. Hier muß noch unendlich viel durchgegriffen werden. In einem Erlaß habe ich neulich verbieten müssen, daß der Polizeidiener in kleineren Städten nun auch zugleich der Mann ist, der ausschellt oder einsammelt. Wenn er das tut, ist er kein Organ des Staates mehr, dann hat er keinen Respekt und keine Autorität. Das sind alles Dinge, die eigentlich selbstverständlich sind, die aber viele Mühe kosten werden, bis sie endlich durchgebogen sind, und die vor allem erst dann in Ordnung kommen können, wenn sich die jungen Kräfte von unten nach oben nachschieben und die alten hinauswachsen.

Von der uniformierten Polizei hängt doch im Falle eines Krieges sehr viel ab, z. B. etwa der ganze staatliche Luftschutz. Die Polizei ist der Träger des Luftschutzes, die anderen Organisationen helfen dabei nur. Dazu brauche ich dann aber Leute, die beweglich sind, wirklich Verständnis dafür haben und etwas können.

Ich ergänze nun die Bestände der Polizei, soweit es mir möglich ist, aus ausscheidenden Männern der Verfügungstruppe und der Totenkopfverbände, ergänze das Polizeioffizierkorps aus SS.-Führern, die von den beiden Führerschulen Tölz und Braunschweig auf dem Wege über die Verfügungstruppe in die Polizei kommen. Dabei komme ich zu einer wichtigen Frage: Ich kämpfe darum, daß das Polizeioffizierkorps nicht ein zweitklassiges Offizierkorps wird. Das wird ein Polizeioffizierkorps nur zu leicht, war es auch in der Vergangenheit.

Ich komme nun im Zusammenhang mit diesem Komplex zu der Hauptfrage: Sicherheit im Innern und Aufgabe der Polizei während eines Krieges. Wir werden in einem künftigen Kriege nicht nur die Front der Armee auf dem Lande, die Front der Marine zu Wasser, die Front der Luftwaffe in der Luftglocke über Deutschland haben, wie ich es nennen möchte, sondern wir werden einen vierten Kriegsschauplatz haben: Innerdeutschland! Das ist die Basis, die wir gesund erhalten müssen, auf Biegen oder Brechen gesund, weil sonst die drei andern, die kämpfenden Teile Deutschlands, wieder den Dolchstoß bekämen.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Gegner in einem Kriege nicht nur im militärischen Sinne Gegner ist, sondern auch weltanschaulicher Gegner. Wenn ich hier von Gegner spreche, so meine ich selbstverständlich damit unseren natürlichen Gegner, den internationalen jüdisch-freimaurerisch geführten Bolschewismus. Dieser Bolschewismus hat seine Hochburg natürlich in Rußland. Das bedeutet aber nicht, daß von Rußland allein die Gefahr eines bolschewistischen Angriffes droht. Mit einer solchen Gefahr ist immer von dort zu rechnen, wo sich dieser jüdische Bolschewismus einen maßgeblichen Einfluß gesichert hat. Es werden daher also zwangsläufig die Staaten oder Völker Deutschland gegenüber feindselig eingestellt

— Seite 157 —

sein und eine Gefahr für uns bedeuten, die jüdisch-freimaurerisch-bolschewistisch geführt werden oder zumindest bereits stark beeinflußt sind.

Wir müssen uns daher stets die Frage stellen: Wer kommt oder käme im Falle eines Krieges als Gegner in Frage, wer ist weltanschaulicher Gegner, also wer steht unter jüdisch-freimaurerisch-bolschewistischem Einfluß? Dabei müssen wir uns darüber klar sein: Der Bolschewismus ist die Organisation des Untermenschen, ist die absolute Untermauerung der Judenherrschaft, ist das genaue Gegenteil von all dem, was einem arischen Volke lieb, wert und teuer ist. Es ist eine diabolische Lehre, denn sie wendet sich an die gemeinsten und niedrigsten Instinkte der Menschheit und macht daraus eine Religion. Man täusche sich auch darüber nicht: Der Bolschewismus mit seinem im Kreml aufgebahrten Lenin braucht nur noch ein paar Jahrzehnte, dann ist er die diabolische Religion der Zerstörung, in Asien beheimatet, Religion für die Zerstörung der ganzen Welt. Man bedenke ferner, daß dieser Bolschewismus planmäßig an der Bolschewisierung anderer Völker arbeitet, und zwar richtet sich diese Zerstörung gegen den weißen Menschen. Eine der ersten Gründungen der jüdischen Führung im Jahre 1918 schon war die einer asiatischen Universität, wie ich sie einmal nennen will. Da gibt es für jedes asiatische Volk, ob klein oder groß, eine Art Abteilung. Da werden Funktionäre für diese Völker, nicht nur in ihrer Sprache, sondern auch in den Sitten, über Religions- und Kastenstreitigkeiten, über wirtschaftliche Verhältnisse usw. unterrichtet, ob die Leute in der Hauptsache reich oder arm sind, ob die ärmere Klasse besonders unterdrückt wird usw. All das wird studiert, bis zu den kleinsten Sekten hinunter. Die dort ausgebildeten Leute strömen dann dauernd in diese Völker hinein, um sie unter Ausnützung ihrer Wünsche und Sehnsüchte, unter Ausnützung

ihrer Religionsstreitigkeiten und ihres Fanatismus, unter Ausnützung sozialen Elends in einen Strudel hineinzureißen, um sie allmählich zu der Ansicht zu bringen: Die einzigen, die euch helfen können und die euch wirklich helfen, sind die Leute in Moskau!

Diese Gesamtbewegung also richtet sich gegen den weißen Menschen, richtet sich heute in der Hauptsache gegen das wiedererstandene Deutschland, von dem man schon geglaubt hatte, es wäre kaputtgegangen, man hätte es erledigt. Wenn wir gegen das Gift der Zerstörung in unserem Volke immun sein wollen, muß unser Leben untermauert sein von sozialem Wohlstand, sozialer Ordnung und Sauberkeit. Wir sind daran, beides zu schaffen. Die ersten vier Jahre sind um, die Erwerbslosigkeit ist fast zum Verschwinden gebracht, vieles ist geschehen, noch viel mehr bleibt uns zu tun übrig. Das wichtigste aber ist die tiefste weltanschauliche Durchdringung unseres ganzen Volkes, die tiefste Erkenntnis, daß unser Volk, eine Minderheit von 70 Millionen im Herzen Europas, nur bestehen konnte, weil wir qualitativ wertvoller waren als die andern.

Und damit komme ich wieder zurück zu dem, was ich am Anfang über die Rassenfrage sagte. Wir sind wertvoller als die andern, die uns in der Zahl überragen und immer überragen werden. Wir sind wertvoller, weil unser Blut uns dazu befähigt, mehr zu erfinden als die andern, unsere Leute besser zu führen als die andern, weil es uns befähigt zu besseren Soldaten, zu besseren Staatsmännern, zu höherer Kultur, zu besseren Charakteren. Wir haben die bessere Qualität, wenn ich jetzt auf Ihr Gebiet übergehe, weil eben der deutsche Soldat pflichttreuer, anständiger und intelligenter ist als der Soldat der anderen. Und diese Qualität erhalten wir so lange, als wir unser Blut und unser Volk gesund erhalten, solange, als dieses Volk die alten Gesetze erkennt und befolgt, die Gesetze der Erhaltung eines Volkes, die der Nationalsozialismus dank Adolf Hitler ihm wiedergebracht hat. Gesund und widerstandsfähig sind wir so lange, als wir nicht wieder in die Demokratie abrutschen, in ein erbliches oder legitimes Kaisertum, das nicht aus dem Volke herausgewachsen ist. Seien wir uns darüber klar: Die nächsten Jahrzehnte bestehen wir nur, wenn wir ein Volk sind, das in tiefster Überzeugung zu sich selbst steht, an seine eigene Kraft glaubt und diese eigene Kraft bewährt.

Ich sprach von der weltanschaulichen Durchdringung des ganzen Volkes für den Fall eines Krieges. Wenn dieser Krieg früher kommen sollte, als irgendeiner von uns glaubt oder es je wünscht, wenn überhaupt ein Krieg kommen sollte, müssen wir uns darüber klar

sein, daß im deutschen Volk immer ein Bodensatz bleiben wird, der den Ansatzpunkt für die Komintern bildet. Die Komintern haben es an sich leicht, denn sie haben einen politischen Agitator und zugleich einen militärischen Spion. Jeder Kommunist ist zugleich militärischer Spion, der aus Überzeugung für sein imaginäres Vaterland Moskau, für die Heimat der Proletarier, jedes Betriebsgeheimnis und jedes militärische Geheimnis preisgibt, und der genau so aus Überzeugung politisch agitiert und zersetzt, um die Revolution in Gang zu bringen. Je früher ein Krieg käme, desto größer wäre die Gefahr. Je später er kommt, je mehr Generationen der Jugend, Jahrgang um Jahrgang, herangewachsen sind, um so geringer ist die Gefahr. Sie könnte nur dann wieder einmal kommen, wenn das deutsche Volk von dem heutigen Weg abginge. Einstellen auf diese Gefahr, auf diesen Kriegsschauplatz im Innern, müssen wir uns auf jeden Fall und müssen uns immer klar machen, daß jeder Krieg bei einer Vernachlässigung dieses Kriegsschauplatzes im Innern zu einem Verlust führen würde.

Ich stelle mir nun das Aufgabengebiet im Falle eines Krieges folgendermaßen vor: Die Polizei würde selbstverständlich, wie ich es als ihre Pflicht ansehe, einen Teil — vielleicht höchstens 15 000 bis 20 000 Mann, mehr nicht — an die Wehrmacht als Soldaten abgeben können. Insgesamt habe ich rund 80 000 bis 90 000 Mann uniformierte Polizei. Dabei ist zu bedenken,

daß ein großer Teil dieser uniformierten Polizei über 45 Jahre alt ist oder mindestens über 40, so daß ich, wenn ich von dem verbleibenden Rest vielleicht 15 000 bis 20 000 Mann abgebe, eigentlich den Stahl aus dieser Polizei abgebe. Ich kann die Leute ersetzen durch Männer über 55 oder 60 Jahren, die ich wieder aktiviere. Das kann man zur Not machen. Möglich ist das jedoch nur, wenn ich mir eine Eingreiftruppe sichere, die ich für Aktionen im Großen gebrauchen kann. Das sind die Totenkopfverbände. Ich kann an sich mit dieser alten Polizei auskommen. Ich kann mit den über 45 Jahre alten Zivilisten, die zum polizeilichen Hilfsdienst eingezogen würden, wie es vorgesehen ist, alle die Aufgaben, die früher der Landsturm hatte, durchführen, also Bewachung von Munitionsfabriken, von Bahnübergängen usw., wenn ich als Rückgrat eine Truppe habe, die jung ist. Dafür sind die Totenkopfverbände vorgesehen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren, nicht älter und nicht jünger. Ich will nicht ganz junge Leute haben, auch keine alten Leute; denn die Sabotagetrupps und Terrortrupps bestehen aus jungen Leuten, die sehr lebhaft und höchst modern ausgerüstet sind. Diesen Gegner kann man mit alten Landsturmleuten nicht bekämpfen.

Die Totenkopfverbände werden in jeden Regierungsbezirk Deutschlands kommen. Dabei sind folgende Maßnahmen vorgesehen: Erstens kommt kein Verband in seine Heimat, es wird also niemals ein pommerscher Sturm in Pommern Dienst machen. Zweitens: Jeder Verband wechselt nach drei Monaten über. Drittens: Der Verband wird niemals im einzelnen im Straßendienst eingesetzt. Es wird niemals ein einzelner Mann mit dem Totenkopfzeichen im Straßendienst als Polizist verwendet, das gibt es nicht. Viertens: Wenn diese Verwendung eintritt, wird rücksichtslos durchgegriffen. Etwas anderes kommt nicht in Frage. Denn sonst müßten wir in Deutschland mit all den Möglichkeiten rechnen, wie: Fallschirmabsprünge, Einsatz von Saboteuren, Einsatz von verwegenen Gruppen von 16 oder 20 Mann, die einmal mit Unterstützung einer kommunistischen Belegschaft sich in einer Munitionsfabrik festsetzen können. Wenn diese Maßnahmen nicht vorgesehen sind, könnte man nicht mit einer so geringen Zahl von Mannschaften auskommen.

Weiter ist notwendig, daß wir in die Organisationen Ordnung hineinbringen, in die verschiedenen Verbände und Hilfsverbände, die wir haben. An diese Aufgabe will ich in diesem Jahre gehen. Ich will eine viel größere Vereinheitlichung schaffen zwischen Feuerpolizei und Feuerwehr. Auch diese Verbände werden in zwei Teile gegliedert, in Leute bis zu 45 Jahren und Leute über 45 Jahre, damit ich im Falle eines Krieges nicht plötzlich alle Verbände neu zusammenstellen muß. Zweitens gehört hierzu die Technische Nothilfe und drittens der Luftschutzbund. Hier müssen wir uns heute schon in allergrößtem Umfang auf die Verwendung von Frauen einstellen. Es hat keinen Zweck, im Luftschutzbund oder in der Technischen Nothilfe einen wunderschönen Apparat mit Männern bis zu 45 Jahren aufzubauen, und in

den ersten Mobilmachungstagen ist nachher alles weg und wir sehen in den Mond und fragen uns, was wir machen sollen. Wir müssen schon heute so vorbereitet sein, daß wir den geringsten Verbrauch an Führern haben, möglichst wenig Nebeneinanderarbeit, sondern daß möglichst alles straff in einem Apparat eingeordnet ist, und weiter, daß jeder Mensch männlichen oder weiblichen Geschlechts, der in Deutschland überhaupt irgend etwas tun kann, im Kriegsfall eingespannt wird.

Eine große Frage, die, abgesehen vom Menschenmangel, auch hier hereinspielt, ist folgende: In schweren Zeiten sind nur die Leute, die nichts zu tun haben, unzufrieden und meckern. Beschäftigt man die Menschen in Deutschland, gibt man jeder Frau und jedem Mädchen eine Aufgabe, dann wird unter Garantie weniger gemeckert werden.

Ich darf abschließend noch etwas sagen: Mit dem Offizierkorps der Ordnungspolizei und mit den Männern des Sicherheitsdienstes, die ich natürlich auch im Krieg nicht hinauslassen kann, und mit den Männern und Führern der Totenkopfverbände kann ich nur dann auskommen, wenn ich wirklich wertvolle und anständige Leute darin habe, wenn ich mir die Möglichkeit schaffe, auf dem Weg über die Verfügungstruppe, die im Feld sein wird, in einem ständigen Wechsel die Verwundeten oder lange an der Front Gewesenen hereinzunehmen und dafür Männer und Offiziere der Polizei und der Totenkopfverbände ins Feld zu geben, denn sonst bekomme ich entweder keine charakterlich anständigen Männer für diese Heimatformationen und kann dann natürlich die Aufgabe nicht erfüllen, oder es würden in den Heimatformationen Werftliegeerscheinungen eintreten, wie wir sie während des Krieges bei der Flotte hatten, weil sie nicht hinauskam. Das muß vermieden werden, und deswegen ist dieser Kreislauf im eigenen Apparat geplant. Jeder SS.-Führer der Verfügungstruppe — wir haben jährlich rund 300 SS.-Führer, die von den SS.-Schulen Tölz und Braunschweig kommen — kommt einmal ein halbes Jahr in die Ordnungspolizei, damit er Reserveoffizier der Polizei wird. Ich kann diese Leute sehr gut gebrauchen. Wenn einer beispielsweise verwundet wird und nur noch einen Arm hat, dann kann er daheim ausgezeichneten Dienst leisten.

Dieses Verständnis für die völlig neue Art einer Organisation muß überall durchdringen, ebenso das Verständnis für diesen Kriegsschauplatz im Innern, der das Sein oder Nichtsein unseres deutschen Volkes bedeuten wird, wenn wir je eine Belastungsprobe zu bestehen hätten. Diese Frage der Sicherheit im Innern positiv zu lösen, ist die Aufgabe der Schutzstaffel und der Polizei. Das ist der Auftrag, den uns der Führer gegeben hat. Wir gehen mit größtem Ernst daran und sind wirklich überzeugt, daß es keine zweitrangige Aufgabe ist, und sind ferner überzeugt, daß nur die weltanschaulich beste Erziehung unserer Männer und die rassische Auslese uns befähigen werden, diese Aufgabe einmal zu lösen.

— Seite 161 —

In diesem kurzen Umriß habe ich Ihnen die Aufgabe von Schutzstaffel und Polizei vor Augen stellen können. Wie ich das in jedem Vortrag vor Offizieren der Wehrmacht tue, bitte ich auch Sie in Ihrem Kreise: Denken Sie sich in dieses Gebiet hinein, in diese manchmal neuen Gedankengänge, und schaffen Sie, wo Sie es können, Verständnis dafür!

Denn seien wir uns alle klar: Die nächsten Jahrzehnte bedeuten nicht etwa irgendeine Auseinandersetzung außenpolitischer Art, die

Deutschland bestehen kann oder nicht bestehen kann, sondern sie bedeuten den Vernichtungskampf der genannten untermenschlichen Gegner in der gesamten Welt gegen Deutschland als das Kernvolk der nordischen Rasse, gegen Deutschland als das Kernvolk des germanischen Volkes, gegen Deutschland als Kulturträger der Menschheit, sie bedeuten das Sein oder Nichtsein des weißen Menschen, dessen führendes Volk wir sind. Wir haben allerdings eine Überzeugung: Wir haben das Glück, daß wir gerade in der Zeit leben, wo in 2000 Jahren einmal ein Adolf Hitler geboren worden ist, und wir haben die Überzeugung, daß wir jede Gefahr in guten und in schlechten Zeiten bestehen werden, weil wir alle zusammenhalten und weil jeder in dieser Überzeugung an seine Arbeit herangeht.

DOCUMENT 1997-PS

LETTER FROM LAMMERS TO THE SUPREME REICH AUTHORITIES, 18 JULY 1941, WITH HITLER DECREE CONCERNING THE ADMINISTRATION OF THE NEWLY OCCUPIED EASTERN TERRITORIES, 17 JULY 1941 (EXHIBIT USA-319)

BESCHREIBUNG:

zweiteilig

in rötlichbraunem Pappdeckel 95 Blätter | Vorderseite des Aktendeckels: Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers Akten (dr) Kabinettsbilduug Ernennung und Verabschiedung von Reichskanzlern u. Reichsministern Kabinett Hitler (Ti, „Kabinett Hitler" unterstrichen); l u: Abt. (dr) B (Ti), Titel (dr) III (Ti), Gruppe (dr) 1 (Ti), Nr. (dr) 2 (Ti); r u: Band (dr) 10 (Ti), vom (dr) 1./1. (Ti) 19 (dr) 40 (Ti), bis ..... / ..... 19..... (dr) | teilw W, beide S Verv

Erstes S: Bk über Adr und Stp: dr (ausgenommen „Rk. 10714 B" und Datum, ms) | unter „die Obersten Reichsbehörden": Abschrift 1. Zum Umlauf bei den Herren Referenten 2. Zu den Akten Berlin, den 20. Juli 1941 Der Staatsminister ..... gez. Dr. Meissner. (ms) | r daneben Stp: Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzlers Eingeg. 20. JUL. 1941 | darunter: Doppel zu RP. 8007/41 (Ti) | unter U: erl (Kop, untertrichen) | darunter: „B 27 (B. III. 1. 2)" (Blei)

Der Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei
Rk. 10714B

Berlin W 8, den 18. Juli 1941
Voßstraße 6

z. Zt. Führer-Hauptquartier

Postsendungen sind ausnahmslos an die Anschrift in Berlin zu richten.

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen
bei weiteren Schreiben anzugeben.

An
die Obersten Reichsbehörden

Anbei übersende ich in Abschrift

1.) den Erlaß des Führers über die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete vom 17. Juli 1941 nebst den darin in Bezug genommenen Führererlassen
   a) über die Ernennung von Wehrmachtbefehlshabern in den neu besetzten Ostgebieten vom 25. Juni 1941,
   b) über die Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten vom 29. Juni 1941,
   c) über die polizeiliche Sicherung der neu besetzten Ostgebiete vom 17. Juli 1941;

2.) den Ersten Erlaß des Führers über die Einführung der Zivilverwaltung in den neu besetzten Ostgebieten vom 17. Juli 1941.

Diese Erlasse ::-:: werden nicht veröffentlicht. ::-:: Es wird lediglich von hier aus eine Pressenachricht über den wesentlichsten Inhalt der Erlasse veranlaßt werden.

Dr. Lammers

Zweites S:

Abschrift zu Rk. 10714 B

Erlaß des Führers

über die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete.
Vom 17. Juli 1941.

Um die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben in den neu besetzten Ostgebieten wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten, ordne ich an:

§ 1

Sobald und soweit die militärischen Kampfhandlungen in den neu besetzten Ostgebieten beendet sind, geht die Verwaltung dieser Gebiete von den militärischen Dienststellen auf die Dienststellen der Zivilverwaltung über. Die Gebiete, die hiernach in die Zivilverwaltung zu überführen sind, und den Zeitpunkt, in dem dies zu geschehen hat, werde ich jeweils durch besonderen Erlaß bestimmen.

§ 2

Die Zivilverwaltung in den neu besetzten Ostgebieten untersteht, soweit diese Gebiete nicht in die Verwaltung der angrenzenden Gebiete des Reichs oder des Generalgouvernements einbezogen werden, dem „Reichsminister für die besetzten Ostgebiete".

§ 3

Die militärischen Hoheitsrechte und Befugnisse werden in den neu besetzten Ostgebieten von den Wehrmachtsbefehlshabern nach Maßgabe meines Erlasses vom 25. Juni 1941 ausgeübt.

Die Befugnisse des Beauftragten für den Vierjahresplan in den neu besetzten Ostgebieten sind durch meinen Erlaß vom 29. Juni 1941, diejenigen des Reichsführers-SS und Chefs der Deutschen Polizei durch meinen Erlaß vom 17. Juli 1941 besonders geregelt und werden von den nachstehenden Bestimmungen nicht berührt.

§ 4

Zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete bestelle ich den Reichsleiter Alfred Rosenberg. Er hat seinen Sitz in Berlin.

§ 5

Die dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete unterstehenden Teile der neu besetzten Ostgebiete werden in Reichskommissariate, diese in Generalbezirke und diese wieder in Kreisgebiete eingeteilt. Mehrere Kreisgebiete können zu einem Hauptbezirk zusammengefaßt werden. Die näheren Bestimmungen hierüber trifft der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete.

§ 6

An der Spitze eines jeden Reichskommissariats steht ein Reichskommissar, an der Spitze eines jeden Generalbezirkes ein Generalkommissar, an der Spitze eines jeden Kreisgebietes ein Gebietskommissar. Im Falle der Bildung eines Hauptbezirkes steht an dessen Spitze ein Hauptkommissar.

Die Reichskommissare und die Generalkommissare werden von mir, die Leiter der Hauptabteilungen in den Dienststellen der Reichskommissare sowie die Hauptkommissare und Gebietskommissare werden vom Reichsminister für die besetzten Ostgebiete bestellt.

§ 7

Die Reichskommissare unterstehen dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und erhalten ausschließlich von ihm Weisungen, soweit nicht § 3 Anwendung findet.

§ 8

Die Rechtsetzung für die ihm unterstehenden neu besetzten Ostgebiete obliegt dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Er kann die Befugnis, Recht zu setzen, auf die Reichskommissare übertragen.

§ 9

Den Reichskommissaren untersteht die gesamte Verwaltung ihres Gebietes im zivilen Bereich.

Die Sicherstellung des Betriebes der Bahn und der Post obliegt den zuständigen Obersten Reichsbehörden nach den Weisungen des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, solange militärische Operationen stattfinden. Für die Zeit nach Beendigung der militärischen Operationen bleibt anderweite Regelung vorbehalten.

§ 10

Um die Maßnahmen, die der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete oder die Reichskommissare in ihren Gebieten treffen, mit den übergeordneten Gesichtspunkten der Reichsinteressen in Einklang zu bringen, hält der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete mit den Obersten Reichsbehörden enge Fühlung. Bei Meinungsverschiedenheiten, die durch unmittelbare Verhandlungen nicht auszuräumen sind, ist meine Entscheidung durch den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei einzuholen.

§ 11

Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Erlasses erforderlichen Bestimmungen werden vom Reichsminister für die besetzten Ostgebiete im Einvernehmen mit dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei und dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht erlassen.

Führer-Hauptquartier, den 17. Juli 1941

Der F ü h r e r

(L.S.) gez. Adolf Hitler

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
gez. Keitel

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
gez. Dr. Lammers

DOCUMENT 2018-PS

HITLER DECREE, 30 AUGUST 1939, CONCERNING THE ESTABLISHMENT OF A COUNCIL OF MINISTERS FOR THE DEFENSE OF THE REICH (REICHSGESETZBLATT, I, 1939) (EXHIBIT GB-250)

Aus: Reichsgesetzblatt, 1939, Teil I, Seite 1539—1540

Erlaß des Führers
über die Bildung eines Ministerrats für die Reichsverteidigung.
Vom 30. August 1939.

Für die Zeit der gegenwärtigen außenpolitischen Spannung ordne ich zur einheitlichen Leitung der Verwaltung und Wirtschaft folgendes an :

I.

(1) Aus dem Reichsverteidigungsrat wird als ständiger Ausschuß ein

„Ministerrat für die Reichsverteidigung"

gebildet.

(2) Dem Ministerrat für die Reichsverteidigung gehören als ständige Mitglieder an:

Generalfeldmarschall Göring als Vorsitzender,
der Stellvertreter des Führers,
der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung,
der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft,
der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei,
der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

(3) Der Vorsitzende kann auch andere Mitglieder des Reichsverteidigungsrats sowie weitere Persönlichkeiten zu den Beratungen zuziehen.

II.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung kann Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen, falls ich nicht die Verabschiedung eines Gesetzes durch die Reichsregierung oder den Reichstag anordne.

III.

Die Befugnisse des Generalfeldmarschalls Göring aus der Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes vom 18. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 887), im besonderen sein Recht, Weisungen zu erteilen, bleiben bestehen.

IV.

Die Geschäfte des Ministerrats für die Reichsverteidigung führt der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei.

V.

Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Erlasses bestimme ich.

Berlin, den 30. August 1939

Der Führer
Adolf Hitler

Göring
Generalfeldmarschall

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Dr. Lammers

DOCUMENT 2039-PS

DECREE BY GÖRING, 30 JUNE 1942, ON THE EMPLOYMENT AND PAYMENT OF WORKERS FROM THE EAST. COMPARATIVE TABLES SHOWING THE CORRESPONDING WAGES OF GERMAN WORKERS (REICHSGESETZBLATT, I, 1942) (EXHIBIT USA-208)

Aus: Reichsgesetzblatt, 1942, Teil I, Seite 419—424

— Seite 419 —

Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter.
Vom 30. Juni 1942.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet mit Gesetzeskraft:

Abschnitt I

Begriff des Ostarbeiters

§ 1

Ostarbeiter sind diejenigen Arbeitskräfte nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, die im Reichskommissariat Ukraine, im Generalkommissariat Weißruthenien oder in Gebieten, die östlich an diese

Gebiete und an die früheren Freistaaten Lettland und Estland angrenzen, erfaßt und nach der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht in das Deutsche Reich einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren gebracht und hier eingesetzt werden.

Abschnitt II

Beschäftigungsbedingungen

§ 2

Allgemeine Bedingungen

Die im Reich eingesetzten Ostarbeiter stehen in einem Beschäftigungsverhältnis eigener Art. Die deutschen arbeitsrechtlichen und arbeitsschutzrechtlichen Vorschriften finden auf sie nur insoweit Anwendung, als dies besonders bestimmt wird.

§ 3

Arbeitsentgelt

(1) Die im Reich eingesetzten Ostarbeiter erhalten ein nach ihrer Leistung abgestuftes Arbeitsentgelt.

(2) Die Höhe dieses Entgelts bemißt sich nach der Tabelle, die dieser Verordnung als Anlage (S. 422) beigefügt ist.

(3) Bei der Feststellung des Entgelts, das dem einzelnen Ostarbeiter nach der beigefügten Tabelle zu zahlen ist, ist von den Lohnsätzen (Zeitlohn-, Akkord-, Prämiensätzen) vergleichbarer deutscher Arbeiter (Vergleichslohn) auszugehen.

Besteht ein Teil des Vergleichslohnes in Sachleistungen, so sind diese bei der Ermittlung dieses Lohnes zu den Sätzen zu bewerten,

— Seite 420 —

zu denen sie deutschen Arbeitern im Betriebe für den Fall einer Abgeltung in bar in Rechnung gestellt werden.

Sozialzulagen und Sozialleistungen aller Art, die deutschen Arbeitern zustehen, sind bei der Ermittlung des Vergleichslohnes nicht zu berücksichtigen.

Leistungszulagen sind in der gleichen Höhe in den Vergleichslohn einzubeziehen, in der sie bei gleichen Leistungen deutschen Arbeitern im Betriebe gegeben werden. Bleibt der Ostarbeiter in seiner Arbeitsleistung hinter der Durchschnittsleistung eines deutschen Arbeiters zurück, so ist bei der Feststellung des ihm zu zahlenden Entgelts von einem entsprechend verringerten Vergleichslohn auszugehen.

Erschwernis-, Schmutzzulagen u. ä. sind bei der Ermittlung des für das Arbeitsentgelt des einzelnen Ostarbeiters maßgebenden Vergleichslohnes zu berücksichtigen.

(4) Dem Ostarbeiter ist ein Arbeitsentgelt nur für die tatsächlich geleistete Arbeit zu gewähren; doch sind die Bestimmungen über Arbeitsausfall infolge ungünstiger Witterung entsprechend anzuwenden.

(5) Höhere Entgelte, als sich nach diesen Vorschriften ergeben, dürfen dem Ostarbeiter nicht gewährt werden.

§ 4

Zuschläge und sonstige Zuwendungen

Die Ostarbeiter haben, soweit vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz nichts anderes bestimmt wird, keinen Anspruch auf Zuschläge zum Arbeitsentgelt für Mehrarbeit, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. Trennungs- und Unterkunftsgelder sowie Auslösungen und Zehrgelder dürfen nicht gezahlt werden.

§ 5

Sachleistungen

(1) Das dem einzelnen Ostarbeiter nach der dieser Verordnung beigefügten Tabelle zustehende Arbeitsentgelt ist am Ende des im Betriebe üblichen Lohnabrechnungszeitraumes nach Abzug des Gegenwertes für gewährte Sachleistungen in bar auszuzahlen. Die vom Unternehmer gewährte Unterkunft und Verpflegung sind nach den Sätzen in Rechnung zu stellen, die sich aus der dieser Verordnung beigefügten Tabelle ergeben. Sonstige Sachleistungen, wie Bekleidung, Schuhwerk usw., sind zu angemessenen Preisen zu verrechnen.

(2) Die Betriebsführer können Fahrtkosten der Ostarbeiter von und zur Arbeitsstätte auf die Gesamtheit der bei ihnen beschäftigten Ostarbeiter umlegen und den in bar nach der Tabelle auszuzahlenden Betrag um diese Umlage kürzen.

§ 6

Entgeltzahlung im Krankheitsfalle

Für die Tage, an denen der Ostarbeiter wegen Krankheit oder Unfall nicht arbeiten kann, ist, soweit nicht Krankenhauspflege gegeben wird, lediglich freie Unterkunft und Verpflegung vom Unternehmer zu stellen. Im übrigen regelt sich die Krankenversorgung dieser Arbeitskräfte nach den Vorschriften, die der Reichsarbeitsminister erläßt.

§ 7

Urlaub und Familienheimfahrten

Urlaub und Familienheimfahrten werden zunächst nicht gewährt. Die näheren Vorschriften über eine Einführung von Urlaub und Familienheimfahrten erläßt der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz.

§ 8

Entgeltabrechnungen

Entgeltabrechnungen sind den Ostarbeitern nicht zu erteilen.

§ 9

Ausnahmen

Die Reichstreuhänder oder Sondertreuhänder der Arbeit können in bezug auf die Berechnung des Arbeitsentgelts Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

Abschnitt III

Ostarbeiterabgabe

§ 10

Abgabepflicht

(1) Arbeitgeber, die Ostarbeiter innerhalb des Deutschen Reichs einschließlich des Protektorats Böhmen und Mähren beschäftigen, haben eine Abgabe nach Maßgabe der dieser Verordnung beigefügten Tabelle zu entrichten (Ostarbeiterabgabe).

(2) Landwirtschaftliche Arbeitgeber haben nur die Hälfte dieser Abgabe zu zahlen.

§ 11

Abgabeberechtigung

Die Ostarbeiterabgabe fließt ausschließlich dem Deutschen Reich zu.

§ 12

Steuerfreiheit der Ostarbeiter

Die Ostarbeiter haben keine Lohnsteuer und keine Bürgersteuer während ihrer Beschäftigung innerhalb des Deutschen Reichs zu zahlen.

Abschnitt IV

Sparen

§ 13

Die Ostarbeiter können ihr Arbeitsentgelt ganz oder zum Teil verzinslich sparen; der ersparte Betrag wird in die Heimat überwiesen und steht dort dem Sparer oder dessen Familienangehörigen nach näheren Vorschriften des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete oder des Oberkommandos der Wehrmacht zur Verfügung.

Abschnitt V

Ermächtigung

§ 14

(1) Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz ist ermächtigt, im Einvernehmen mit den beteiligten Reichsministern Vorschriften zur Durchführung, Ergänzung und Abänderung der Abschnitte I und II dieser Verordnung zu erlassen.

(2) Der Reichsminister der Finanzen ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, dem Reichsminister des Innern, dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und, soweit es sich um Ostarbeiter handelt, die in der Landwirtschaft eingesetzt sind, mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Vorschriften zur Durchführung, Ergänzung und Abänderung des Abschnitts III dieser Verordnung zu erlassen.

(3) Der Reichsminister der Finanzen kann im Einvernehmen mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz im Verordnungswege die Höhe der sich aus der beigefügten Tabelle ergebenden Ostarbeiterabgabe ändern.

(4) Der Reichswirtschaftsminister, der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und das Oberkommando der Wehrmacht sind ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Vorschriften zur Durchführung und Ergänzung des Abschnitts IV dieser Verordnung zu erlassen.

Abschnitt VI

Inkrafttreten, Geltungsbereich

§ 15

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung ab 15. Juni 1942 in Kraft. Die Vorschriften der Abschnitte II und III sind erstmalig auf das Arbeitsentgelt anzuwenden, das nach dem 15. Juni 1942 ausgezahlt wird.

(2) Die §§ 1 bis 5 und § 7 Abs. 1 der Verordnung über die Besteuerung und die arbeitsrechtliche Behandlung der Arbeitskräfte aus den neu besetzten Ostgebieten (StVAOst) vom 20. Januar 1942 (Reichsgesetzbl. I S. 41) sowie die Anordnung des Reichsarbeitsministers über die arbeitsrechtliche Behandlung der Arbeitskräfte aus den neu besetzten Ostgebieten vom 9. Februar 1942 (Deutscher Reichsanz. Nr. 37 vom 13. Februar 1942) treten mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung außer Kraft.

(3) Diese Verordnung gilt auch im Protektorat Böhmen und Mähren und in den eingegliederten Ostgebieten.

Berlin, den 30. Juni 1942.

Der Vorsitzende
des Ministerrats für die Reichsverteidigung
und Beauftragte für den Vierjahresplan

Göring

Reichsmarschall

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung

In Vertretung

Dr. Stuckart

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

Dr. Lammers

Anlage
(Zu § 3 und 10 der Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter)

Entgelttabelle für Ostarbeiter

A. Entgelttabelle bei täglicher Lohnzahlung

Bruttolohn des vergleichbaren deutschen Arbeiters (Zeitlohn, Akkordlohn, Prämienlohn) für den Tag von mehr als — bis in Reichsmark	Entgelt des Ostarbeiters: Insgesamt für den Tag (§ 3 Abs. 2) in Reichsmark	davon sind für freie Unterkunft und Verpflegung abzusetzen in Reichsmark	Auszuzahlender Betrag in Reichsmark	Ostarbeiterabgabe (§ 10) in Reichsmark
bis 1,40	1,60	1,50	0,10	—
1,40— 1,45	1,62	1,50	0,12	—
1,45— 1,50	1,65	1,50	0,15	—
1,50— 1,60	1,67	1,50	0,17	—
1,60— 1,70	1,70	1,50	0,20	—
1,70— 1,80	1,72	1,50	0,22	—
1,80— 1,90	1,75	1,50	0,25	0,10
1,90— 2,00	1,80	1,50	0,30	0,15
2,00— 2,15	1,85	1,50	0,35	0,20
2,15— 2,30	1,90	1,50	0,40	0,30
2,30— 2,45	1,95	1,50	0,45	0,40
2,45— 2,60	2,00	1,50	0,50	0,50
2,60— 2,75	2,05	1,50	0,55	0,60
2,75— 2,90	2,10	1,50	0,60	0,70
2,90— 3,05	2,15	1,50	0,65	0,80
3,05— 3,20	2,20	1,50	0,70	0,90
3,20— 3,35	2,25	1,50	0,75	1,00
3,35— 3,50	2,30	1,50	0,80	1,10
3,50— 3,65	2,35	1,50	0,85	1,20
3,65— 3,80	2,40	1,50	0,90	1,30
3,80— 3,95	2,45	1,50	0,95	1,40
3,95— 4,10	2,50	1,50	1,00	1,50
4,10— 4,25	2,55	1,50	1,05	1,60
4,25— 4,40	2,60	1,50	1,10	1,70
4,40— 4,60	2,65	1,50	1,15	1,80
4,60— 4,80	2,70	1,50	1,20	1,95
4,80— 5,00	2,75	1,50	1,25	2,10
5,00— 5,20	2,80	1,50	1,30	2,25
5,20— 5,40	2,85	1,50	1,35	2,40
5,40— 5,60	2,90	1,50	1,40	2,55
5,60— 5,80	2,95	1,50	1,45	2,70
5,80— 6,00	3,00	1,50	1,50	2,85
6,00— 6,20	3,05	1,50	1,55	3,00
6,20— 6,40	3,10	1,50	1,60	3,15
6,40— 6,60	3,15	1,50	1,65	3,30
6,60— 6,80	3,20	1,50	1,70	3,45
6,80— 7,00	3,25	1,50	1,75	3,60
7,00— 7,25	3,30	1,50	1,80	3,75
7,25— 7,50	3,35	1,50	1,85	3,90
7,50— 7,75	3,40	1,50	1,90	4,05
7,75— 8,00	3,45	1,50	1,95	4,25
8,00— 8,25	3,50	1,50	2,00	4,45
8,25— 8,50	3,55	1,50	2,05	4,65
8,50— 8,75	3,60	1,50	2,10	4,85
8,75— 9,00	3,65	1,50	2,15	5,05
9,00— 9,25	3,70	1,50	2,20	5,25
9,25— 9,50	3,75	1,50	2,25	5,45
9,50— 9,75	3,80	1,50	2,30	5,65
9,75—10,00	3,85	1,50	2,35	5,85
10,00—10,25	3,90	1,50	2,40	6,05
10,25—10,50	3,95	1,50	2,45	6,25
10,50—10,75	4,00	1,50	2,50	6,45
10,75—11,00	4,05	1,50	2,55	6,65
11,00—11,25	4,10	1,50	2,60	6,85
11,25—11,50	4,15	1,50	2,65	7,05
11,50—11,75	4,20	1,50	2,70	7,25
11,75—12,00	4,25	1,50	2,75	7,45
12,00—12,25	4,30	1,50	2,80	7,65
12,25—12,50	4,35	1,50	2,85	7,85
12,50—12,75	4,40	1,50	2,90	8,05
12.75—13,00	4,45	1,50	2,95	8,25

Für jede weiteren 25 Reichspfennig erhöht sich das Gesamtentgelt und der auszuzahlende Betrag um je 0,05 Reichsmark und die Ostarbeiterabgabe um je 0,20 Reichsmark.

— Seite 423 —

B. Entgelttabelle bei wöchentlicher Lohnzahlung

Bruttolohn des vergleichbaren deutschen Arbeiters (Zeitlohn, Akkordlohn, Prämienlohn) für eine Woche von mehr als — bis in Reichsmark	Entgelt des Ostarbeiters: Insgesamt für eine Woche (§ 3 Abs. 2) in Reichsmark	davon sind für freie Unterkunft und Verpflegung abzusetzen in Reichsmark	Auszuzahlender Betrag in Reichsmark	Ostarbeiterabgabe (§ 10) in Reichsmark
bis— 9,80	11,20	10,50	0,70	—
9,80—10,15	11,34	10,50	0,84	—
10,15—10,50	11,55	10,50	1,05	—
10,50—11,20	11,69	10,50	1,19	—
11,20—11,90	11,90	10,50	1,40	—
11,90—12,60	12,04	10,50	1,54	—
12,60—13,30	12,25	10,50	1,75	0,70
13,30—14,00	12,60	10,50	2,10	1,05
14,00—15.05	12,95	10,50	2,45	1,40
15,05—16,10	13,30	10,50	2,80	2,10
16,10—17,15	13,65	10,50	3,15	2,80
17,15—18,20	14,00	10,50	3,50	3,50
18,20—19,25	14,35	10,50	3,85	4,20
19,25—20,30	14,70	10,50	4,20	4,90
20,30—21,35	15,05	10,50	4,55	5,60
21,35—22,40	15,40	10,50	4,90	6,30
22,40—23,45	15,75	10,50	5,25	7,00
23,45—24,50	16,10	10,50	5,60	7,70
24,50—25,55	16,45	10,50	5,95	8,40
25,55—26,60	16,80	10,50	6,30	9,10
26,60—27,65	17,15	10,50	6,65	9,80
27,65—28,70	17,50	10,50	7,00	10,50
28,70—29,75	17,85	10,50	7,35	11,20
29,75—30,80	18,20	10,50	7,70	11,90
30,80—32,20	18,55	10,50	8,05	12,60
32,20—33,60	18,90	10,50	8,40	13,65
33,60—35,00	19,25	10,50	8,75	14,70
35,00—36,40	19,60	10,50	9,10	15,75
36,40—37,80	19,95	10,50	9,45	16,80
37,80—39,20	20,30	10,50	9,80	17,85
39,20—40,60	20,65	10,50	10,15	18,90
40,60—42,00	21,00	10,50	10,50	19,95
42,00—43,40	21,35	10,50	10,85	21,00
43,40—44,80	21,70	10,50	11,20	22,05
44,80—46,20	22,05	10,50	11,55	23,10
46,20—47,60	22,40	10,50	11,90	24,15
47,60—49,00	22,75	10,50	12,25	25,20
49,00—50,75	23,10	10,50	12,60	26,25
50,75—52,50	23,45	10,50	12,95	27,30
52,50—54,25	23,80	10,50	13,30	28,35
54,25—56,00	24,15	10,50	13,65	29,75
56,00—57,75	24,50	10,50	14,00	31,15
57,75—59,50	24,85	10,50	14,35	32,55
59,50—61,25	25,20	10,50	14,70	33,95
61,25—63,00	25,55	10,50	15,05	35,35
63,00—64,75	25,90	10,50	15,40	36,75
64,75—66,50	26,25	10,50	15,75	38.15
66,50—68,25	26,60	10,50	16,10	39,55
68,25—70,00	26,95	10,50	16,45	40,95
70,00—71,75	27,30	10,50	16,80	42,35
71,75—73,50	27,65	10,50	17,15	43,75
73,50—75,25	28,00	10,50	17,50	45,15
75,25—77,00	28,35	10,50	17,85	46,55
77,00—78,75	28,70	10,50	18,20	47,95
78,75—80,50	29,05	10,50	18,55	49,35
80,50—82,25	29,40	10,50	18,90	50,75
82,25—84,00	29,75	10,50	19,25	52,15
84,00—85,75	30,10	10,50	19,60	53,55
85,75—87,50	30,45	10,50	19,95	54,95
87,50—89,25	30,80	10,50	20,30	56,35
89,25—91,00	31,15	10,50	20,65	57,75

Für jede weiteren 1,75 Reichsmark erhöht sich das Gesamtentgelt und der auszuzahlende Betrag um je 0,35 Reichsmark und die Ostarbeiterabgabe um je 1,40 Reichsmark.

C. Entgelttabelle bei monatlicher Lohnzahlung

Bruttolohn des vergleichbaren deutschen Arbeiters (Zeitlohn, Akkordlohn, Prämienlohn) für einen Monat von mehr als — bis in Reichsmark	Entgelt des Ostarbeiters: Insgesamt für einen Monat (§ 3 Abs. 2) in Reichsmark	davon sind für freie Unterkunft und Verpflegung abzusetzen in Reichsmark	Auszuzahlender Betrag in Reichsmark	Ostarbeiterabgabe (§ 10) in Reichsmark
bis 42,00	48,00	45,00	3,00	—
42,00— 43,50	48,60	45,00	3,60	—
43,50— 45,00	49,50	45,00	4,50	—
45,00— 48,00	50,10	45,00	5,10	—
48,00— 51,00	51,00	45,00	6,00	—
51,00— 54,00	51,60	45,00	6,60	—
54,00— 57,00	52,50	45,00	7,50	3,00
57,00— 60,00	54,00	45,00	9,00	4,50
60,00— 64,50	55,50	45,00	10,50	6,00
64,50— 69,00	57,00	45,00	12,00	9,00
69,00— 73,50	58,50	45,00	13,50	12,00
73,50— 78,00	60,00	45,00	15,00	15,00
78,50— 82,50	61,50	45,00	16,50	18,00
82,50— 87,00	63,00	45,00	18,00	21,00
87,00— 91,50	64,50	45,00	19,50	24,00
91,50— 96,00	66,00	45,00	21,00	27,00
96,00—100,50	67,50	45,00	22,50	30,00
100,50—105,00	69,00	45,00	24,00	33,00
105,00—109,50	70,50	45,00	25,50	36,00
109,50—114,00	72,00	45,00	27,00	39,00
114,00—118,50	73,50	45,00	28,50	42,00
118,50—123,00	75,00	45,00	30,00	45,00
123,00—127,50	76,50	45,00	31,50	48,00
127,50—132,00	78,00	45,00	33,00	51,00
132,00—138,00	79,50	45,00	34,50	54,00
138,00—144,00	81,00	45,00	36,00	58,50
144,00—150,00	82,50	45,00	37,50	63,00
150,00—156,00	84,00	45,00	39,00	67,50
156,00—162,00	85,50	45,00	40,50	72,00
162,00—168,00	87,00	45,00	42,00	76,50
168,00—174,00	88,50	45,00	43,50	81,00
174,00—180,00	90,00	45,00	45,00	85,50
180,00—186,00	91,50	45,00	46,50	90,00
186,00—192,00	93,00	45,00	48,00	94,50
192,00—198,00	94,50	45,00	49,50	99,00
198,00—204,00	96,00	45,00	51,00	103,50
204,00—210,00	97,50	45,00	52,50	108,00
210,00—217,50	99,00	45,00	54,00	112,50
217,50—225,00	100.50	45,00	55,50	117,00
225,00—232,50	102,00	45,00	57,00	121,50
232,50—240,00	103,50	45,00	58,50	127,50
240,00—247,50	105,00	45,00	60,00	133,50
247,50—255,00	106,50	45,00	61,50	139,50
255,00—262,50	108,00	45,00	63,00	145,50
262,50—270,00	109,50	45,00	64,50	151,50
270,00—277,50	111,00	45,00	66,00	157,50
277,50—285,00	112,50	45,00	67,50	163,50
285,00—292,50	114,00	45,00	69,00	169,50
292,50—300,00	115,50	45,00	70,50	175,50
300,00—307,50	117,00	45,00	72,00	181,50
307,50—315,00	118,50	45,00	73,50	187,50
315,00—322,50	120,00	45,00	75,00	193,50
322,50—330,00	121,50	45,00	76,50	199,50
330,00—337,50	123,00	45,00	78,00	205,50
337,50—345,00	124,50	45,00	79,50	211,50
345,00—352,50	126,00	45,00	81,00	217,50
352.50—360,00	127,50	45,00	82,50	223,50
360,00—367,50	129,00	45,00	84,00	229,50
367,50—375,00	130,50	45,00	85,50	235,50
375,00—382,50	132,00	45,00	87,00	241,50
382,50—390,00	133,50	45,00	88,50	247,50

Für jede weiteren 7,50 Reichsmark erhöht sich das Gesamtentgelt und der auszuzahlende Betrag um je 1,50 Reichsmark und die Ostarbeiterabgabe um je 6,00 Reichsmark.

Bei eintägiger Lohnzahlung ist die Tabelle A,
„ zehntägiger „ „ „ „ A mit den jeweils zehnfachen Beträgen,
„ wöchentlicher „ „ „ „ B,
„ vierzehntägiger „ „ „ „ B mit den jeweils doppelten Beträgen,
„ vierwöchentlicher „ „ „ „ B mit den jeweils vierfachen Beträgen und
„ monatlicher „ „ „ „ C anzuwenden.

DOCUMENT 2073-PS

HITLER DECREE, 17 JUNE 1936, APPOINTING HIMMLER CHIEF OF GERMAN POLICE IN THE REICH MINISTRY OF THE INTERIOR (REICHSGESETZBLATT, I, 1936) (EXHIBIT GESTAPO 12)

Aus: Reichsgesetzblatt, 1936, Teil I, Seite 487—488

Erlaß

über die Einsetzung eines Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern.

Vom 17. Juni 1936.

I.

Zur einheitlichen Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben im Reich wird ein Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern eingesetzt, dem zugleich die Leitung und Bearbeitung aller Polizeiangelegenheiten im Geschäftsbereich des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern übertragen wird.

II.

(1) Zum Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern wird der stellvertretende Chef der Geheimen Staatspolizei Preußens, der Reichsführer-SS Heinrich Himmler ernannt.

(2) Er ist dem Reichs- und Preußischen Minister des Innern persönlich und unmittelbar unterstellt.

(3) Er vertritt für seinen Geschäftsbereich den Reichs- und Preußischen Minister des Innern in dessen Abwesenheit.

(4) Er führt die Dienstbezeichnung: Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern.

III.

Der Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern nimmt an den Sitzungen des Reichskabinetts teil, soweit sein Geschäftsbereich berührt wird.

IV.

Mit der Durchführung dieses Erlasses beauftrage ich den Reichs- und Preußischen Minister des Innern.

Berlin, den 17. Juni 1936.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern
Frick

DOCUMENT 2098-PS

HITLER DECREE, 25 FEBRUARY 1938: THE COMMANDER-IN-CHIEF OF THE ARMY AND THE COMMANDER-IN-CHIEF OF THE NAVY RANK AS MINISTERS OF THE REICH AND ATTEND MEETINGS OF THE REICH CABINET (REICHSGESETZBLATT, I, 1938) (EXHIBIT GB-206)

Aus: Reichsgesetzblatt, 1938, Teil I, Seite 215

Erlaß

über die Stellung der Oberbefehlshaber des Heeres und der Kriegsmarine.

Vom 25. Februar 1938.

Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, steht, ebenso wie bisher schon der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral Dr. h.c. Raeder, den Reichsministern im Range gleich.

Die Oberbefehlshaber des Heeres und der Kriegsmarine nehmen nach meiner Anordnung an den Sitzungen des Reichskabinetts teil.

Die Verordnung Nr. 461 vom 20. April 1936 (Heeresverordnungsbl. S. 163) wird aufgehoben.

München, den 25. Februar 1938.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Dr. Lammers

DOCUMENT 2104-PS

PRUSSIAN LAW, 26 APRIL 1933, ESTABLISHING A SECRET STATE POLICE DEPARTMENT (EXHIBIT GESTAPO-3)

Aus: Preußische Gesetzsammlung, 1933, Seite 122

(Nr. 13877.) Gesetz über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamts.

Vom 26. April 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1.

(1) Zur Wahrnehmung von Aufgaben der politischen Polizei neben den oder an Stelle der ordentlichen Polizeibehörden (§ 2 Abs. 1 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 — Gesetzsamml. S. 77 —) wird das Geheime Staatspolizeiamt mit dem Sitze in Berlin errichtet. Es hat die Stellung einer Landespolizeibehörde und untersteht unmittelbar dem Minister des Innern.

(2) Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Geheimen Staatspolizeiamts regelt der Minister des Innern.

(3) Die Vorschriften des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 über die Anfechtung landespolizeilicher Verfügungen finden mit der Maßgabe Anwendung, daß für Klagen im Verwaltungsstreitverfahren gegen Verfügungen des Geheimen Staatspolizeiamts stets der Bezirksausschuß in Berlin zuständig ist.

§ 2.

Das Geheime Staatspolizeiamt kann im Rahmen seiner Zuständigkeit alle Polizeibehörden um polizeiliche Maßnahmen ersuchen.

§ 3.

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften erläßt der Minister des Innern, und zwar, soweit es sich um Vorschriften über Zahl und Art der dem Geheimen Staatspolizeiamte zuzuteilenden Beamten und Angestellten handelt, im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

§ 4.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Berlin, den 24. April 1933.

(Siegel.) Das Preußische Staatsministerium.

Göring Popitz.

zugleich für den Minister des Innern.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 26. April 1933.

Für den Reichskanzler:
Der Preußische Ministerpräsident.
Göring.

DOCUMENT 2105-PS

PRUSSIAN LAW, 30 NOVEMBER 1933, CONCERNING THE DUTIES OF THE SECRET STATE POLICE (EXHIBIT GESTAPO-5)

Aus: Preußische Gesetzsammlung, 1933, Seite 413

(Nr. 14033.) Gesetz über die Geheime Staatspolizei.

Vom 30. November 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1.

(1) Die Geheime Staatspolizei bildet einen selbständigen Zweig der inneren Verwaltung. Ihr Chef ist der Ministerpräsident. Mit der laufenden Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt der Ministerpräsident den Inspekteur der Geheimen Staatspolizei.

(2) Im Falle der Behinderung wird der Ministerpräsident als Chef der Geheimen Staatspolizei durch den Staatssekretär im Staatsministerium vertreten.

(3) Der Inspekteur der Geheimen Staatspolizei ist zugleich Leiter des Geheimen Staatspolizeiamts.

§ 2.

Zum Aufgabengebiet der Geheimen Staatspolizei gehören die von den Behörden der allgemeinen und der inneren Verwaltung wahrzunehmenden Geschäfte der politischen Polizei. Welche Geschäfte im einzelnen auf die Geheime Staatspolizei übergehen, wird durch den Ministerpräsidenten als Chef der Geheimen Staatspolizei bestimmt.

§ 3.

(1) Die bisher von dem Ministerium des Innern wahrgenommenen Geschäfte der politischen Polizei gehen mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes auf das Geheime Staatspolizeiamt über.

(2) Die Landes-, Kreis- und Ortspolizeibehörden haben in den Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei den Weisungen des Geheimen Staatspolizeiamts Folge zu leisten.

§ 4.

Der Finanzminister ist ermächtigt, zur Durchführung dieses Gesetzes den Staatshaushaltsplan zu ändern.

§ 5.

Die Bestimmungen des Gesetzes vom 26. April 1933 (Gesetzsamml. S. 122) treten insoweit außer Kraft, als sie diesem Gesetz entgegenstehen.

§ 6.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. November 1933.

(Siegel.) Das Preußische Staatsministerium.

Göring zugleich als Minister des Innern. Popitz.

Das vorstehende, vom Preußischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 30. November 1933.

Für den Reichskanzler:
Der Preußische Ministerpräsident.
Göring.

DOCUMENT 2107-PS

PRUSSIAN LAW, 10 FEBRUARY 1936, CONCERNING THE DUTIES OF THE SECRET STATE POLICE (EXHIBIT GESTAPO-7)

Aus: Preußische Gesetzsammlung, 1936, Seite 21

(Nr. 14308.) Gesetz über die Geheime Staatspolizei.

Vom 10. Februar 1936.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1.

(1) Die Geheime Staatspolizei hat die Aufgabe, alle staatsgefährlichen Bestrebungen im gesamten Staatsgebiet zu erforschen und zu bekämpfen, das Ergebnis der Erhebungen zu sammeln und auszuwerten, die Staatsregierung zu unterrichten und die übrigen Behörden über für sie wichtige Feststellungen auf dem laufenden zu halten und mit Anregungen zu versehen. Welche Geschäfte im einzelnen auf die Geheime Staatspolizei übergehen, bestimmt der Chef der Geheimen Staatspolizei im Einvernehmen mit dem Minister des Innern.

(2) Die Zuständigkeit der Organe der ordentlichen Rechtspflege bleibt unberührt.

§ 2.

(1) Chef der Geheimen Staatspolizei ist der Ministerpräsident.

(2) Für ihn führt der von ihm ernannte Stellvertretende Chef der Geheimen Staatspolizei die Dienstgeschäfte.

§ 3.

(1) Oberste Landesbehörde der Geheimen Staatspolizei ist das Geheime Staatspolizeiamt. Es hat zugleich die Befugnisse einer Landespolizeibehörde.

(2) Das Geheime Staatspolizeiamt hat seinen Sitz in Berlin.

§ 4.

Die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei werden in der Mittelinstanz von Staatspolizeistellen für die einzelnen Landespolizeibezirke wahrgenommen. Die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei

an der Grenze obliegen besonderen Grenzkommissariaten. Im übrigen werden die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei von den Kreis- und Ortspolizeibehörden als Hilfsorganen der Staatspolizeistellen durchgeführt.

§ 5.

Die Staatspolizeistellen sind gleichzeitig den zuständigen Regierungspräsidenten unterstellt, haben den Weisungen derselben zu entsprechen und sie in allen politisch-polizeilichen Angelegenheiten zu unterrichten. Die Leiter der Staatspolizeistellen sind zugleich die politischen Sachbearbeiter der Regierungspräsidenten.

§ 6.

Die Ernennung und Entlassung der Beamten der Geheimen Staatspolizei erfolgt im Rahmen der allgemeinen reichsgesetzlichen Bestimmungen über Ernennung und Entlassung von Landesbeamten durch den Chef der Geheimen Staatspolizei im Einvernehmen mit dem Minister des Innern.

§ 7.

Verfügungen und Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei unterliegen nicht der Nachprüfung durch die Verwaltungsgerichte.

§ 8.

Ausführungsvorschriften zu diesem Gesetz erläßt der Chef der Geheimen Staatspolizei im Einvernehmen mit dem Minister des Innern.

§ 9.

Das Gesetz über die Errichtung eines Geheimen Staatspolizeiamts vom 26. April 1933 (Gesetzsamml. S. 122), das Gesetz über die Geheime Staatspolizei vom 30. November 1933 (Gesetzsamml. S. 413) und die §§ 1 bis 3 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Geheime Staatspolizei vom 8. März 1934 (Gesetzsamml. S. 143) werden aufgehoben.

§ 10.

Dieses Gesetz tritt mit dem auf den Tag der Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 10. Februar 1936.

(Siegel.) Das Preußische Staatsministerium.
Göring Frick.

Im Namen des Reichs verkünde ich für den Führer und Reichskanzler das vorstehende Gesetz, dem die Reichsregierung ihre Zustimmung erteilt hat.

Berlin, den 10. Februar 1936.

Der Preußische Ministerpräsident.
Göring.

DOCUMENT 2109-PS

DECREE SIGNED BY FRICK, 10 FEBRUARY 1936, IN EXECUTION OF THE LAW OF THE SAME DATE RELATING TO THE SECRET STATE POLICE (EXHIBIT GESTAPO-8)

Aus: Preußische Gesetzsammlung, 1936, Seite 22

(Nr. 14309.) Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Geheime Staatspolizei vom 10. Februar 1936

Vom 10. Februar 1936.

Auf Grund der §§ 1 und 8 des Gesetzes über die Geheime Staatspolizei vom 10. Februar 1936 (Gesetzsamml. S. 21) wird verordnet:

§ 1.

Die Geheime Staatspolizei kann polizeiliche Ermittlungen in Hoch-, Landesverrats- und Sprengstoffsachen sowie bei sonstigen strafbaren Angriffen auf Partei und Staat führen.

§ 2.

(1) Das Geheime Staatspolizeiamt kann im Rahmen der Zuständigkeit der Geheimen Staatspolizei Maßnahmen im ganzen Landesgebiet und Maßnahmen mit Wirkung für das ganze Landesgebiet treffen.

(2) Das Geheime Staatspolizeiamt nimmt die Zuständigkeit der obersten Landesbehörde in den Angelegenheiten des Gesetzes über Schußwaffen und Munition vom 13. Juli 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 198) wahr.

(3) Das Geheime Staatspolizeiamt ist die Zentralsammelstelle für politisch-polizeiliche Nachrichten.

(4) Das Geheime Staatspolizeiamt verwaltet die staatlichen Konzentrationslager.

(5) In Berlin ist das Geheime Staatspolizeiamt auch für die landes-, kreis- und ortspolizeilichen Aufgaben der Geheimen Staatspolizei zuständig. Ob und wieweit diese Aufgaben der Staatspolizeistelle Berlin übertragen werden, bestimmt der Chef der Geheimen Staatspolizei.

§ 3.

Die Staatspolizeistellen können im Rahmen der Zuständigkeit der Geheimen Staatspolizei alle der Geheimen Staatspolizei obliegenden Maßnahmen mit Ausnahme des Verbots periodischer Druckschriften in ihrem Amtsbezirk treffen.

§ 4.

(1) Soweit es zum Zwecke der Erforschung und Bekämpfung staatsfeindlicher Bestrebungen erforderlich ist, können die Kreispolizeibehörden und die Ortspolizeibehörden in Städten mit mehr als 5 000 Einwohnern zur Unterstützung der Geheimen Staatspolizei die Beschlagnahme von Druckschriften und Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts anordnen. In diesem Rahmen haben die Kreis - und Ortspolizeibehörden den Weisungen der zuständigen Staatspolizeistelle Folge zu leisten.

(2) Am Sitze einer Staatspolizeistelle übt diese im Rahmen der Zuständigkeit der Geheimen Staatspolizei auch die ortspolizeilichen Befugnisse aus.

§ 5.

Die Geheime Staatspolizei ist ein selbständiger Zweig der inneren Verwaltung. Ihre Beamten, Angestellten und Lohnempfänger sind solche der inneren Verwaltung. Ihr oberster Dienstvorgesetzter ist der Chef der Geheimen Staatspolizei.

§ 6.

Der Leiter des Geheimen Staatspolizeiamts vertritt den Stellvertretenden Chef der Geheimen Staatspolizei in allen Dienstgeschäften.

§ 7.

Das Geheime Staatspolizeiamt kann im Rahmen der Zuständigkeit der Geheimen Staatspolizei Ersuchen an die Ober- und Regierungspräsidenten sowie an alle Polizeibehörden richten. Die Ober- und

Regierungspräsidenten haben den Weisungen des Geheimen Staatspolizeiamts in Angelegenheiten der Geheimen Staatspolizei Folge zu leisten.

§ 8.

(1) Die Staatspolizeistellen befinden sich am Sitze der Regierung. Ausnahmen von diesem Grundsatze kann der Chef der Geheimen Staatspolizei im Einvernehmen mit dem Minister des Innern bestimmen.

(2) Ein Verzeichnis der Staatspolizeistellen ist in der Anlage beigefügt.

§ 9.

(1) Die Leiter der Staatspolizeistellen und politischen Sachbearbeiter der Regierungspräsidenten werden vom Chef der Geheimen Staatspolizei im Einvernehmen mit dem Minister des Innern bestimmt.

(2) Im Falle der Verhinderung des Leiters der Staatspolizeistelle werden die Geschäfte des politischen Sachbearbeiters des Regierungspräsidenten von dem zur ständigen Vertretung des Leiters der Staatspolizeistelle bestimmten Beamten des höheren Dienstes wahrgenommen, den der Chef der Geheimen Staatspolizei im Einvernehmen mit dem Minister des Innern bestimmt.

§ 10.

Die Staatspolizeistellen können an alle Polizeibehörden ihres Amtsbereichs Ersuchen richten. In Landkreisen ist das Ersuchen grundsätzlich an den Landrat zu richten; in Eilfällen genügt die Unterrichtung des Landrats. Die Berichte der dem Landrate nachgeordneten Behörden an die Staatspolizeistellen sind durch den Landrat zu leiten; in Eilfällen genügt die gleichzeitige Unterrichtung des Landrats.

§ 11.

Die Kreispolizeibehörden haben der zuständigen Staatspolizeistelle über alle wichtigen politischen Vorgänge und Beobachtungen unmittelbar zu berichten.

§ 12.

Soweit Beamte der Geheimen Staatspolizei im Rahmen der Zuständigkeit der Geheimen Staatspolizei die den Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes nach den Bestimmungen der Strafprozeßordnung obliegenden Aufgaben übernehmen, handeln sie als Hilfsbeamte des Oberreichsanwalts oder des örtlich zuständigen Oberstaatsanwalts.

§ 13.

Der Chef der Geheimen Staatspolizei verfügt über die im Haushalt der inneren Verwaltung gesondert für die Geheime Staatspolizei ausgeworfenen Mittel.

§ 14.

Amtliches Mitteilungsblatt für den Chef und Stellvertretenden Chef der Geheimen Staatspolizei ist das Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern.

§ 15.

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 10. Februar 1936

Der Reichs- und Preußische
Minister des Innern,
Frick.

Der Preußische Ministerpräsident
Göring.

DOCUMENT 2113-PS

DECREE SIGNED BY GÖRING, 8 MARCH 1934, IN EXECUTION OF THE LAW RELATING TO THE SECRET STATE POLICE OF 30 NOVEMBER 1933 (EXHIBIT GESTAPO-6)

Aus: Preußische Gesetzsammlung, 1934, Seite 143

(Nr. 14098.) Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Geheime Staatspolizei vom 30. November 1933 (Gesetzsamml. S. 413).

Vom 8. März 1934.

§ 1.

(1) Die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei werden wahrgenommen:

a) von dem Geheimen Staatspolizeiamt in Berlin (§ 1 des Gesetzes vom 26. April 1933 — Gesetzsamml. S. 122 —) für das gesamte Staatsgebiet;

b) von den Staatspolizeistellen für die Landespolizeibezirke.

(2) Der Inspekteur führt die Oberaufsicht über die Staatspolizeistellen im Auftrag und nach den Weisungen des Ministerpräsidenten (Chef der Geheimen Staatspolizei).

(3) Soweit vom Ministerpräsidenten nicht etwas anderes bestimmt wird, sind die Staatspolizeistellen den Regierungspräsidenten, in Berlin dem Polizeipräsidenten unterstellt, mit denen sie in unmittelbarer Geschäftsverbindung stehen. Die Leitung der Staatspolizeistellen wird von Beamten geführt, die der Ministerpräsident bestimmt.

(4) An Orten, die nicht Sitz einer Staatspolizeistelle sind, können auf Vorschlag des Inspekteurs Außendienststellen der Staatspolizeistelle errichtet werden.

(5) Die Staatspolizeistellen sind zuständig

a) für Angelegenheiten, die in ihren Auswirkungen auf den Landespolizeibezirk begrenzt sind,

b) für die ihnen vom Inspekteur der Geheimen Staatspolizei übertragenen Aufgaben ohne Rücksicht auf die Grenzen der Landespolizeibezirke.

(6) Die orts- bzw. kreispolizeilichen Angelegenheiten auf dem Gebiete der Geheimen Staatspolizei werden am Sitze der Staatspolizeistelle von dieser, an Orten mit Außendienststellen der Staatspolizeistelle von diesen, im übrigen von den Orts- und Kreispolizeibehörden als Hilfsorganen der Geheimen Staatspolizei, wahrgenommen.

§ 2.

Die Einnahmen und Ausgaben der Geheimen Staatspolizei werden im Haushalt des Ministers des Innern gesondert veranschlagt. Die Haushaltsvorbereitungen und die Verfügung über diese Mittel stehen dem Ministerpräsidenten zu.

§ 3.

(1) Die Beamten der Geheimen Staatspolizei sind Beamte der allgemeinen oder inneren Verwaltung. Sie werden der Geheimen Staatspolizei auf Anforderung des Ministerpräsidenten von dem Minister des Innern zur Verfügung gestellt. Die Ernennung der höheren Verwaltungsbeamten der Geheimen Staatspolizei und der oberen Kriminalbeamten vom Kriminalkommissar an aufwärts erfolgt durch den Ministerpräsidenten, die der übrigen Beamten durch den Inspekteur.

(2) Über die Beamten der Geheimen Staatspolizei steht dem Inspekteur die Dienststrafgewalt nach Maßgabe des § 16, § 17 Abs. 1 Ziffer 2 der Beamtendienststrafordnung vom 27. Januar 1932 (Gesetzsamml. S. 59) zu.

§ 4.

(1) § 2 der Zweiten Ausführungsverordnung des Ministers des Innern vom 26. April 1933 (Gesetzsamml. S. 126) zur Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 wird aufgehoben.

(2) § 1 der Verordnung des Ministers des Innern vom 26. April 1933 (Gesetzsamml. S. 127) erhält folgende Fassung:

§ 1.

Für das Verbot periodischer Druckschriften, für die Anordnung von Beschränkungen des Eigentums, der persönlichen Freiheit und des Vereins- und Versammlungsrechts sowie von Eingriffen in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis nach Maßgabe des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 83) ist neben dem Polizeipräsidenten in Berlin als Landes- und Kreispolizeibehörde (§§ 1 und 2 der Verordnung vom 2. März 1933 — Gesetzsamml. S. 33 —) auch das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin zuständig.

§ 5.

§ 2 der Verordnung des Ministers des Innern vom 2. März 1933 (Gesetzsamml. S. 33), betreffend die Ergänzung der Verordnung vom 1. Oktober 1931 (Gesetzsamml. S. 213) zur Regelung der Zuständigkeit der Landes- und Kreispolizeibehörden, wird dahin abgeändert, daß für die Anordnung von Beschränkungen der persönlichen Freiheit und des Vereins- und Versammlungsrechts sowie von Eingriffen in das Brief-, Post- und Telegraphengeheimnis auch die Behörden der Geheimen Staatspolizei (§ 1 Abs. 1) jeweils für ihren Amtsbereich, von Eingriffen in das Fernsprechgeheimnis nur diese zuständig sind.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 8. März 1934.

Der Preußische Ministerpräsident.
Göring.

DOCUMENT 2124-PS

DECREE SIGNED BY FRICK, 20 MAY 1938, APPLYING THE NUREMBERG RACIAL LAWS TO THE COUNTRY OF AUSTRIA (EXHIBIT GB-259)

Verordnung über die Einführung der Nürnberger Rassengesetze im Lande Österreich.
Vom 20. Mai 1938.

Auf Grund des Artikels II des Gesetzes über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 237) wird folgendes verordnet:

Artikel I

Reichsbürgergesetz

§ 1

Im Lande Österreich gelten

1. das Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146),
2. § 2 Abs. 2, § 4 Abs. 1, 3 und 4, § 5, Absatz 1 sowie § 7 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1333).

§ 2

Den Zeitpunkt des Inkrafttretens des § 1 Absatz 2 des Reichsbürgergesetzes bestimmt der Reichsminister des Innern.

§ 3

Das Ausscheiden der Juden aus den öffentlichen Ämtern, die sie beim Inkrafttreten dieser Verordnung bekleiden, wird besonders geregelt.

§ 4

Für die Anwendung des § 5 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz ist auch im Lande Österreich als Tag des Erlasses des Reichsbürgergesetzes der 16. September 1935 und als Tag des Inkrafttretens des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre der 17. September 1935 anzusehen.

Artikel II

Blutschutzgesetz

§ 5

Im Lande Österreich gelten das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) und die Erste Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 14. November 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1334).

§ 6

§ 3 des Blutschutzgesetzes tritt erst am 1. August 1938 in Kraft.

§ 7

Für die Anwendung des § 12 Abs. 3 der Ersten Ausführungsverordnung zum Blutschutzgesetz ist auch im Lande Österreich als Tag des Erlasses des Blutschutzgesetzes der 16. September 1935 anzusehen.

§ 8

(1) Eine Ehe darf nicht geschlossen werden, bevor nicht durch ein Zeugnis des für den ordentlichen Wohnsitz der Braut örtlich zuständigen Bürgermeisters nachgewiesen wird, daß ein Ehehindernis nach den Bestimmungen des Blutschutzgesetzes und der Ersten Ausführungsverordnung zu diesem Gesetz nicht besteht. Hat die Braut keinen ordentlichen Wohnsitz im Lande Österreich, so richtet sich die Zuständigkeit des Bürgermeisters nach den weiteren Bestimmungen des § 3 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes (Österr. BGBL. Nr. 274/1925).

(2) Hat der Bürgermeister Zweifel, ob ein Ehehindernis im Sinne des § 6 der Ersten Ausführungsverordnung zum Blutschutzgesetz vorliegt, so hat er von den Brautleuten die Beibringung eines Ehetauglichkeitszeugnisses des Amtsarztes zu verlangen.

§ 9

Für die Anwendung des § 15 Satz 2 der Ersten Ausführungsverordnung zum Blutschutzgesetz steht der frühere Besitz der österreichischen Bundesbürgerschaft dem früheren Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit gleich.

Artikel III

Verfahrensvorschriften

§ 10

Auf die Nichtigkeitsklage finden die Vorschriften des österreichischen Rechts über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte in Rechtsstreitigkeiten über die Ungültigerklärung der Ehe sinngemäß mit folgender Maßgabe Anwendung:

1. Die Klage ist gegen beide Ehegatten zu richten. Legt der Staatsanwalt oder einer der Ehegatten ein Rechtsmittel ein, so sind im ersten Fall beide Ehegatten, im zweiten der Staatsanwalt und der andere Ehegatte als Gegner anzusehen.

2. Die Vorschriften über den Anwaltszwang finden auf den Staatsanwalt keine Anwendung.
3. Unterliegt der Staatsanwalt, so ist die Staatskasse zur Erstattung der den Ehegatten erwachsenden Kosten nach Maßgabe der §§ 40 ff. der österreichischen Zivilprozeßordnung zu verurteilen.
4. Ein Ehebandsverteidiger wird nicht bestellt.
5. Die Klage kann nur zu Lebzeiten beider Ehegatten erhoben werden. Stirbt einer der Ehegatten vor der Rechtskraft des Urteils, so ist der Rechtsstreit als in der Hauptsache erledigt anzusehen.

§ 11

Für Zuwiderhandlungen gegen § 5 Abs. 1 und 2 des Blutschutzgesetzes ist der Gerichtshof erster Instanz zuständig.

Artikel IV

Schlußvorschriften

§ 12

Soweit Vorschriften, die durch diese Verordnung im Lande Österreich eingeführt werden, nicht unmittelbar angewandt werden können, sind sie sinngemäß anzuwenden.

§ 13

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 20. Mai 1938

Der Reichsminister des Innern
Frick

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß

Der Reichsminister der Justiz
In Vertretung
Dr. Schlegelberger

DOCUMENT 2153-PS

STREICHER'S PROCLAMATION, 30 MARCH 1933, ENTITLED: "DOWN WITH THE WORLD ENEMY!" (EXHIBIT GB-166)

Aus: Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz NSK Pressedienst der NSDAP. NSK Folge 358 30. März 1933, Blatt 1.

Schlagt den Weltfeind!

Von Julius Streicher, Leiter des Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze

NSK. In den Revolutionstagen des Jahres 1919 sagte der Jude Paul Landau in einer Judenversammlung im Lehrervereinshaus in Berlin:

„Wenn das deutsche Volk wüßte, was wir Juden während des Krieges gemacht haben, dann würde man uns (die Juden) auf der Straße totschlagen!"

Was die Juden während des Krieges gemacht haben, ist heute kein Geheimnis mehr. Soweit Juden in den Krieg zogen, taten sie es gezwungen durch die allgemeine Wehrpflicht; sie taten es gezwungen, weil sie kein Vaterland haben, das Deutschland heißt. Die übrigen Juden retteten ihr Leben als Kriegsgewinnler und Kriegsschieber hinein in die Nachkriegszeit. Als der Krieg zu Ende war, stellten sich jüdische Hetzer in Deutschland an die Spitze freigelassener Zuchthäusler, Deserteure und marxistischer Landesverräter. Sie rissen den Helden des Weltkrieges die Kokarden ab, setzten die roten Fahnen des Verbrechens auf die Amtshäuser des Staates und verrieten von innen heraus das Deutschland der Ehre an seine Feinde.

Und die Juden im Auslande taten es von außen her. In der in ihrem Besitze befindlichen Presse hetzten sie gegen das deutsche Volk, beschimpften es als Volk der Hunnen und Barbaren. Schufen die Lüge von den Vergewaltigungen der Frauen, erfanden das Märchen von den abgehackten Kinderhänden und den zu Tode gemarterten Gefangenen.

Als der Krieg zu Ende war, triumphierte der Jude im Auslande, weil es ihm mittels seines Goldes gelungen war, Deutschland durch Deutsche zu besiegen, und das Deutschland der siegreichen Schlachten zum Verlierer des Weltkrieges zu machen. Alljuda triumphierte,

weil sein Plan in Erfüllung gegangen war, der Plan von Basel. Auf dem Zionistenkongreß in Basel war von den Juden zum Beschluß erhoben worden:

„Sobald ein nichtjüdischer Staat es wagt, uns Widerstand zu leisten, müssen wir in der Lage sein, seine Nachbarn

zum Kriege

gegen ihn zu veranlassen. Wollen aber auch die Nachbarn gemeinsame Sache mit ihm machen und gegen uns vorgehen, so müssen wir den Weltkrieg entfesseln. Wir müssen die nichtjüdischen Staatsleitungen zwingen, diesen breitangelegten Plan tatkräftig zu unterstützen. Als Mittel dazu werden wir die

öffentliche Meinung

vorschützen. Diese haben wir durch die sogen. achte Großmacht, die Presse, in unserem Sinne bearbeitet. Mit ganz wenigen Ausnahmen, die überhaupt nicht in Frage kommen, liegt die ganze Presse in unseren Händen."

(Zionistische Protokolle, niedergeschrieben zu Basel im Jahre 1897, herausgegeben von Alfred Rosenberg. Verlag Franz Eher Nachf., München.)

Der gleiche Jude, der das deutsche Volk in den Aderlaß des Weltkrieges stürzte und das Verbrechen der November-Revolution an ihm beging, ist nun am Werk, dem aus Schande und Elend wiedererstehenden Deutschland in den Rücken zu fallen. Mit den gleichen Mitteln soll es geschehen, mit denen Alljuda das Verbrechen des Weltkrieges vollbrachte. Wiederum ist der Jude am Werke, die öffentliche Meinung zu vergiften. Wiederum ist Alljuda am Werke, das deutsche Volk als Volk der Hunnen und Barbaren zu verleumden. Seit Wochen schon lügt die Judenpresse in Frankreich, England, Amerika und Polen in die Welt hinein, in Deutschland würden gefangenen Kommunisten die Augen ausgestochen, Schutzhäftlinge zu Tode gefoltert und Judenpogrome veranstaltet. Und wieder wiegelt der Jude die also belogenen und betrogenen Völker des Auslandes gegen Deutschland auf. Und damit das erwachende Deutschland, das Deutschland Adolf Hitlers, schon in seinen Anfängen in sich zusammen-

— Blatt 2 —

breche, betreiben die Rassegenossen der in Deutschland lebenden Juden im Auslande eine schamlose Boykotthetze gegen deutsche Erzeugnisse. „Kauft keine deutschen Waren!"

schreit der jüdische Presseklüngel in die Völker hinein. Und: „Juda erklärt Deutschland den Krieg!"

Warum dies alles? Warum der Haß der Juden gegen das neue Deutschland? Warum die Greuel- und Boykotthetze vom Ausland her? Mit den Glocken von Potsdam wurde ein neues Deutschland eingeläutet. Ein Deutschland, das die Hoffnung der Juden zerbrach, ihr Drohnen- und Blutsaugerleben im deutschen Volk ungehindert weiterführen zu können. Die marxistischen und bürgerlichen Judenschutzparteien liegen zerschlagen am Boden, und damit ist zerbrochen die jüdische Hoffnung, die verlorene Herrschaft über das deutsche Volk von innen her zurückerobern zu können. Darum die jüdische Wut. Darum der jüdische Haß. Darum die jüdische Greuel- und Boykotthetze im Ausland.

Aber auch diese letzte Hoffnung soll zuschanden werden! Millionen Deutsche haben mit Sehnsucht auf den Tag gewartet, an dem das deutsche Volk in seiner Gesamtheit aufgerüttelt würde, auf daß es endlich im Juden den Weltfeind erkenne. Alljuda wollte dem deutschen Volke Böses und hat das Gute geschafft. Am Samstag, den 1. April, vormittags 10 Uhr, beginnt des deutschen Volkes Abwehraktion gegen den jüdischen Weltverbrecher. Ein Abwehrkampf hebt an, wie er durch all die Jahrhunderte herauf nie zuvor gewagt worden war. Alljuda hat den Kampf gewollt, es soll ihn haben! Es soll ihn so lange haben, bis es erkannt haben wird, daß das Deutschland der Braunen Bataillone kein Deutschland der Feigheit ist und der Ergebung. Alljuda soll den Kampf so lange haben, bis der Sieg unser ist!

Nationalsozialisten!

Schlagt den Weltfeind! Und wenn die Welt voll Teufel wär, es muß uns doch gelingen!

DOCUMENT 2154-PS

DIRECTIVES BY STREICHER, 31 MARCH 1933, CONCERNING THE BOYCOTT OF JEWISH BUSINESSES PLANNED FOR APRIL 1 (EXHIBIT GB-167)

Aus: Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz NSK Pressedienst der NSDAP. NSK Folge 359, 31. März 1933, Blatt 1

Weitere Anordnungen des Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze

NSK Das Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze erläßt folgende weitere Anordnungen:

Anordnung Nr. 3

In Durchführung des Abwehrboykotts ist unter allen Umständen die Schließung jüdischer Geschäfte oder Gewaltanwendung gegenüber ihren Kunden zu unterlassen.

Schließt ein solches Geschäft seine Tore freiwillig, so liegt keine höhere Gewalt vor und die Geschäftsinhaber haben keinerlei Vorwand, fristlose Entlassungen auszusprechen oder Lohn- und Gehaltszahlungen zu verweigern oder Kürzungen vorzunehmen.

Anordnung Nr. 4

Beim Zentralkomitee laufen zahlreiche Meldungen ein, die berichten, daß jüdische Geschäftsinhaber ihre Betriebe deutschen Strohmännern übergeben, um sich den Auswirkungen der Abwehrpropaganda zu entziehen.

Es wird daher angeordnet: Geschäfte, die von ihren jüdischen Inhabern nach dem 28. März 33 deutschen Strohmännern übergeben worden sind, werden für die Dauer des Abwehrboykotts als jüdische Geschäfte behandelt.

gez: Streicher

Anordnung Nr. 5

Für die am Samstag, den 1. April, vormittags 10 Uhr, beginnende Abwehraktion gegen die jüdische Greuel- und Boykotthetze werden die örtlichen Aktionskomitees nochmals angewiesen, strengstens darauf zu achten,

1. daß jede Gewaltanwendung unterbleibt. Geschäfte dürfen seitens des Komitees oder dessen Beauftragten nicht geschlossen werden. Andererseits darf eine vom Inhaber selbst vorgenommene Schließung nicht verhindert werden.

Das Betreten von jüdischen Geschäften durch SA. oder S.S. oder sonstige Beauftragte der Aktionskomitees ist strengstens untersagt.

Die Abwehrposten haben lediglich die Aufgabe, das Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß der Inhaber des Geschäftes ein Jude ist.

2. Daß die Boykottierung jener Geschäfte unterbleibt, bei denen nicht einwandfrei feststeht, ob der Inhaber Jude ist.

3. Daß nicht durch Provokateure Sachbeschädigungen veranlaßt werden, die dem Zwecke der Abwehraktion zuwiderlaufen.

4. Daß durch S.A.- und S.S.-Kontrolleure die Aktionskomitees über den Verlauf der Abwehraktion bis ins kleinste unterrichtet und ständig auf dem Laufenden gehalten werden.

5. Plakate mit aufreizendem Inhalt sind verboten.

Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen
Greuel- und Boykotthetze.
Streicher.

DOCUMENT 2156-PS

ANNOUNCEMENT BY THE SO-CALLED "CENTRAL COMMITTEE FOR DEFENSE AGAINST JEWISH ATROCITY AND BOYCOTT CAMPAIGNS," 29 MARCH 1933, GIVING NAMES OF MEMBERS (EXHIBIT USA-263)

Aus: Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz NSK Pressedienst der NSDAP. NSK Folge 357, 29. März 1933, Blatt 1

Das Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze

NSK Das Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze teilt mit:

Der mit der Schaffung und Leitung des Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze beauftragte Reichstagsabgeordnete Julius Streicher hat am Mittwoch, den 29. März, die Arbeit aufgenommen. Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees berief er den Schriftleiter des antisemitischen Wochenblattes „Der Stürmer", Karl Holz (Nürnberg). Dem Zentralkomitee gehören ferner an:

Robert Ley, M.d.R., Stabsleiter des Führers in der Obersten Leitung der P.O.

Adolf Hühnlein, Major, M.d.R., Stellvertreter des Chefs des Stabes der S.A.

Heinrich Himmler, M.d.R., Reichsführer der S.S.

Reinhold Muchow, Stellvertreter des Leiters der N.S.B.O. (Nationalsozialistische Betriebszellenleitung).

Hans Oberlindober, M.d.R., Leiter der N.S. Kriegsopferversorgung.

Jakob Sprenger, M.d.R., Leiter des N.S. Beamtenbundes.

Walter Darré, M.d.R., Leiter der Agrarpolitischen Abteilung der N.S.D.A.P.

Dr. von Renteln, Reichsführer des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes.

Dr. Hans Frank II, M.d.R., Leiter des N.S. Juristenbundes.

Dr. Gerhard Wagner, Leiter des N.S. Ärztebundes.

Willy Körber, Vertreter des Reichsjugendführers.

Dr. Achim Gercke, Leiter der Abteilung N.S. Auskunft der Reichsleitung.

Die Kanzlei des Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze befindet sich in München, Hotel „Reichsadler", Herzog-Wilhelm-Strasse 32, Zimmer 56 (Fernsprecher München 90 0 12).

DOCUMENT 2163-PS

FROM THE NATIONAL SOCIALIST YEAR BOOK 1941: REPORT ON THE SS IN THE WAR YEAR 1939-40: PARTICIPATION IN ACTS OF WAR (EXHIBIT USA-444)

Aus: Nationalsozialistisches Jahrbuch, herausgegeben von Dr. Robert Ley, 1940, Seite 191

— Seite 191 —

Die ᛋᛋ

im Kriegsjahr 1939/40

Im Vordergrund der Arbeit und des Kampfes der Schutzstaffel im Kriegsjahr 1939/1940 stehen

der Kampf der Waffen-SS im Polenfeldzug und im Westen, der selbstverständliche Einsatz der Führer und Männer der allgemeinen SS in allen Teilen der Wehrmacht und die gewaltigen Leistungen von SS-Führern und -Männern im Rahmen der Arbeit, die der Führer durch Befehl vom 7. Oktober 1939 dem Reichsführer SS als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" übertrug.

Gemäß einem Wort des Reichsführers SS „weiß jeder von uns ..., daß er als Repräsentant des Schwarzen Korps dieser seiner Gemeinschaft durch beste Leistung an seinem Platz Ehre zu machen hat" ob er in den Divisionen der Waffen-SS auf dem Schlachtfeld eingesetzt ist oder als Offizier und Soldat der Wehrmacht kämpft, ob er als Besatzung oder Organ der Polizei bestimmt wurde und der inneren Ordnung des Reiches dient oder im Sicherheitsdienst der SS den Kampf gegen die Feinde des Reiches führt, ob er im Rahmen der geschichtlichen Aufgabe arbeitet, die dem Reichsführer als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums übertragen wurde oder irgendwo beruflich in der Heimatfront steht. „Der revolutionäre Kampf- und Opfergeist dieser nationalsozialistischen Formation, ihr täglicher Einsatz und hierdurch die beste und schärfste Auslese bestimmten ihr Wesen und ihren immer eindeutigen Weg.

Die feste gläubige Bindung an den großen Blutstrom des Volkes, die Erkenntnis von der Erfüllung der tiefsten deutschen Sehnsucht im Dienst am Volk, diese Verschweißung zur festen inneren Einheit der Geschlossenheit, die die SS im Laufe harter und ausgefüllter Jahre erreichen konnte, waren die Voraussetzungen für die nun folgenden weiteren größeren Aufgaben des Schwarzen Korps." (Gunter d'Alquen.)

Die Divisionen der Waffen-SS, ein kasernierter Verband, der nach den Erfahrungen der Schutzstaffel und nach den nationalsozialistischen Grundsätzen von Auslese, Erziehung, poli-

tischer Willensbildung und Führung aufgebaut wurde und zur ausschließlichen Verfügung des Führers steht, sind im Laufe des Winters 1938/39 voll motorisiert worden.

Der März des Jahres 1939 forderte bereits den Einsatz der SS-Verfügungstruppen in ihrer neuen Form zur Befriedung des Protektorates Böhmen-Mähren.

Auf Befehl des Führers erfolgte der Einsatz im Rahmen des Heeres.

In den Morgenstunden des 15. März überschritten Teile der SS-Verfügungstruppen zusammen mit den Truppen der Heeresgruppen 3 und 5 die deutsch-tschechische Grenze, nachdem bereits am Vorabend Verbände des Heeres und die Leibstandarte Adolf Hitler Mährisch-Ostrau und Witkowitz besetzt hatten, wo die deutsche Bevölkerung durch chauvinistische Tschechen auf das ernsteste bedroht war. Am frühen Vormittag des gleichen Tages trafen drei Lastwagen mit SS-Führern vor der Prager Polizeidirektion ein und nahmen die Verbindung mit den örtlichen Sicherheitsorganen auf.

Der Einsatz der Verfügungstruppen bei der Herstellung der Ordnung in der auseinanderfallenden Tschecho-Slowakei war ihre Bewährungsprobe in der neuen motorisierten Form. Nach Rückkehr von dem Einsatz forderte ein neuer Befehl des Führers die sofortige Erweiterung der vorhandenen Einheiten der SS-Verfügungstruppen zu einer motorisierten Division. Es wurden sofort neue Verbände aufgestellt. Auf dem schnellsten Wege wurden die SS-Artilleriestandarte, die SS-Panzerabwehrabteilung, die SS-Fla.-MG.-Abteilung und die SS-Aufklärungsabteilung gebildet.

Den Führernachwuchs der Waffen-SS stellen die SS-Junkerschulen in Tölz und Braunschweig, in denen ausgewählte SS-Männer unter härtesten Bedingungen zu einem soldatisch und politisch vollkommenen Führerkorps herangebildet werden.

Das Ziel der Sommerausbildung 1939 war die Ausbildung der neuen Verbände zu einer jeder Lage gewachsenen Truppe.

Als am 22. März 1939 auf Grund der Vereinbarungen mit Litauen das Memelland zum Reich zurückkehrte, war bei der Befreiung des alten deutschen Gebietes auch die Schutzstaffel, in besonderem Maße die ostpreußische SS, beteiligt.

— Seite 193 —

Bei der Befreiung Danzigs im August 1939 tat sich die SS-Heimwehr besonders hervor.

Angesichts der im August 1939 ständig wachsenden Willkürherrschaft der Polen und ihrer sich von Tag zu Tag mehrenden Gewaltakte trat die rasch aufgestellte SS-Heimwehr auf den Plan.

Am 18. August trat sie zum ersten Male in Danzig an, wo ihr der Gauleiter Forster die Fahne übergab. Durch den Einsatz der SS-Heimwehr war Danzig zur Abwehr bereit geworden, und es war möglich, daß der Gauleiter von Danzig angesichts der polnischen Bedrohung auf Grund des „Gesetzes zur Hebung der Not von Volk und Staat" mit Wirkung vom 23. August 1939 zum Staatsoberhaupt der Freien Stadt Danzig proklamiert wurde. Gleichzeitig wurde die politische Abteilung des Danziger Polizeipräsidenten unter der Bezeichnung „Geheime Staatspolizei Danzig" als selbständige Behörde dem Senat unterstellt und durch eine weitere Verordnung die Möglichkeit der Bestellung von Staatskommissaren bei lebenswichtigen Betrieben geschaffen.

Als der Führer für den 1. September 1939 den Befehl gab, der polnischen Gewaltherrschaft das deutsche Schwert entgegenzusetzen, um Gewalt durch Gewalt zu brechen, wurde die SS-Heimwehr im Kampfe eingesetzt.

Sie hat sich besonders im Kampfe um Dirschau und Gdingen und bei der Niederringung der polnischen Korridorarmee bewährt.

Im Polenfeldzug kämpften oft an entscheidenden Stellen Schulter an Schulter mit den Verbänden des Heeres die dem Heer unterstellten Formationen der SS-Verfügungstruppen. Der Bericht, den das Oberkommando der Wehrmacht am 23. September 1939 über den Polenfeldzug bekanntgab, hebt diese Tatsache besonders hervor.

. . . . . .

— Seite 194 —

. . . . . .

Am 7. Oktober 1939 wurde durch Befehl des Führers der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei zum „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" bestimmt mit der Aufgabe, gemäß dem Grundsatz der nationalsozialistischen Weltanschauung, daß gemeinsames Blut und Volkstum eine gemeinsame Heimat als Lebensraum besitzen sollen, die Aussiedlung der Volksdeutschen aus den

— Seite 195 —

baltischen Ländern und aus den ehemals polnischen Gebieten der Westukraine und Weißrußlands durchzuführen und zugleich die völkische

Stärkung und Wiederbesiedelung der zurückgewonnenen deutschen Ostgebiete in Angriff zu nehmen.

An dieser geschichtlichen Aufgabe und ihrer Lösung hat die Schutzstaffel einen entscheidenden Anteil.

Die Ansiedlung der Volksdeutschen aus Galizien, Wolhynien und dem Narewgebiet ging verlust- und reibungslos im besten Einvernehmen mit den russischen Behörden vor sich.

Der Reichsführer ᛋᛋ hatte seit längerer Zeit in der „Volksdeutschen Mittelstelle“ (VM.) unter der Leitung des ᛋᛋ-Obergruppenführers Lorenz eine Dienststelle zur Verfügung, der die Behandlung volksdeutscher Fragen und die Erhebung erforderlicher Unterlagen oblag.

Neben der VM. wurden die Einwandererzentralstelle (EWZ.) beim Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes der ᛋᛋ (unter Leitung des ᛋᛋ-Sturmbannführers Dr. Sandberger) und der Ansiedlungsstab beim Reichskommissar geschaffen, die im Zusammenwirken mit der NSV. und der Reichsbahn die Rückwanderung der Volksdeutschen in Angriff nahmen.

Zahlreiche ᛋᛋ-Führer und ᛋᛋ-Männer wirkten in unermüdlicher Arbeit mit an der planvollen Völkerwanderung, die in der Geschichte kein Vorbild kennt.

Es ergab sich eine Menge von behördlichen und verwaltungsmäßigen Schwierigkeiten, die aber sofort durch den unbürokratischen Arbeitsgang, der vor allem durch den Einsatz von ᛋᛋ-Führern gewährleistet wurde, behoben wurden.

Der im Normalfall 3 bis 4 Stunden währende Arbeitsgang, der „Durchschleusung“ genannt wird, führte den Umsiedler durch 8—9 Dienststellen, die sich organisch aneinanderreihen: die Meldestelle, die Karteistelle, die Ausweis- und Lichtbildstelle, die Vermögensstelle, die erbbiologische und gesundheitliche Begutachtung, die in Händen vor Ärzten und Sanitätsdienstgraden der ᛋᛋ und auch der Wehrmacht lag. — Die ᛋᛋ-Oberabschnitte Alpenland, Nordwest, Ostsee, Fulda-Werra, Süd und Südost, das ᛋᛋ-Hauptamt, die NPEA. Wien und die ᛋᛋ-Reiterschule Hamburg stellten

— Seite 196 —

den größten Teil der in der Umsiedlungsarbeit eingesetzten ᛋᛋ-Führer und Unterführer zur Verfügung.

Bis zum 30. April 1940 wurden 149 513 Personen von der Einwandererzentrale erfaßt. Davon waren 56 777 Baltendeutsche, 92 736 Deutsche aus Galizien, Wolhynien und dem Narewgebiet.

Während die Ansiedlung der Wolhynien- und Galiziendeutschen in vollem Gange ist, ist die Ansiedlung der Deutschen aus Estland und Lettland ziemlich abgeschlossen. Von den anzusiedelnden Baltendeutschen kamen in den Warthegau 37 134 Personen, eine geringe Zahl in den Gau Danzig-Westpreußen und in das Altreich.

Von der Statistischen Stelle der EWZ. wurden bis 23. März 1940 107882 Rückwanderer aus Wolhynien, Galizien und dem Narewgebiet erfaßt.

Die Siedlung, Ansetzung und Betreuung des neugewonnenen Bauerntums im befreiten Osten wird in alle Zukunft eines der vornehmsten Aufgabengebiete der Schutzstaffel sein.

. . . . . .

DOCUMENT 2164-PS

FROM THE NATIONAL SOCIALIST YEAR BOOK 1940: REPORT ON THE SS FROM THE DATE OF THE REICH PARTY RALLY 1938: PARTICIPATION IN THE MARCH INTO THE SUDETENLAND; INTO BOHEMIA AND MORAVIA; AND INTO THE MEMEL TERRITORY (EXHIBIT USA-255)

Aus: Nationalsozialistisches Jahrbuch, herausgegeben von Dr. Robert Ley, 1940, Seiten 365 bis 371

— Seite 365 —

Die ᛋᛋ

(Die Schutzstaffeln der NSDAP.)

Die ᛋᛋ seit dem Reichsparteitag 1938

Zwischen dem Reichsparteitag 1938 und heute liegt eine Zeitspanne, die, ausgefüllt mit wichtigen politischen Ereignissen, reich an Aufgaben und Einsatz für die Schutzstaffel in ihrer Gesamtheit gewesen ist. Nur drei Geschehnisse von besonderer Bedeutung seien hervorgehoben:

die Eingliederung des Sudetenlandes ins Reich,
die Gründung des Protektorates Böhmen-Mähren,
die Rückkehr des Memellandes zu Großdeutschland.

Als an jenem denkwürdigen 1. Oktober 1938 der Einmarsch in die befreiten Gebiete des Sudetenlandes begann, da waren sowohl die Verfügungstruppen als auch die Totenkopfverbände mit an der Spitze. Schon vorher hatten sie sich in Erfüllung der ihnen gestellten Aufgaben in jeder Hinsicht bewährt und damit zum Erfolg beigetragen. Doch nicht nur die kasernierten Teile der Schutzstaffel kamen zum Einsatz. Auch die Allgemeine SS wurde zu besonderen Aufgaben herangezogen. Tausende junger und alter Staffelkameraden waren zur Verstärkung der Polizei und zur Bewachung der Konzentrationslager eingesetzt worden und haben Wochen hindurch treu ihre Pflicht erfüllt.

Der 15. März 1939 ergab eine ähnliche Verwendung der

— Seite 366 —

Schutzstaffel, als es galt, in der auseinandergefallenen Tschecho-Slowakei Ordnung zu schaffen. Mit der Gründung des Protektorates Böhmen-Mähren fand diese Aktion ihren Abschluß.

Nur eine Woche später, am 22. März 1939, kehrte auf Grund der Vereinbarungen mit Litauen auch das Memelland zum Reich zurück, und wieder war es die Schutzstaffel, hier in erster Linie die ostpreußische SS, die bei der Befreiung des Gebietes hervorragend beteiligt war.

Neben den hier geschilderten Einsätzen ging der in das bekannte Aufgabengebiet der Schutzstaffel fallende Absperrdienst weiter. Er stellte erhöhte Anforderungen an die Berliner SS aus Anlaß der Besuche des italienischen Außenministers Graf Ciano vom 21. bis 23. Mai 1939, des Prinzregenten Paul von Jugoslawien vom 1. bis 5. Juni 1939 und der Rückkehr der Legion Condor am 6. Juni 1939. Auch diese Aufgaben wurden gemeinsam mit den anderen Gliederungen der Bewegung einwandfrei gelöst.

In allen Fällen ist die Schutzstaffel, das sei hier besonders hervorgehoben, den an sie gestellten Anforderungen in vollem Umfang gerecht geworden und hat sich des Vertrauens des Führers würdig erwiesen.

Die Gebietserweiterungen des Reiches brachten naturgemäß auch einen weiteren Ausbau der Schutzstaffel mit sich.

Hatte schon die Rückkehr der Ostmark bei der SS-VT. die Aufstellung der SS-Standarte „Der Führer", bei den SS-T.-Verbänden die Aufstellung der SS-Standarte „Ostmark" und bei der

Allgemeinen ᛋᛋ die Bildung des ᛋᛋ-Oberabschnittes „Donau“ zur Folge, so ergab die Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete bei der Allgemeinen ᛋᛋ die Notwendigkeit der Aufstellung neuer Einheiten.

Die Gründung des Protektorates Böhmen-Mähren ergab die Möglichkeit, auch hier eine Schutzstaffel aufzubauen, die aus dem selbständigen ᛋᛋ-Abschnitt XXXIX in Prag, mit den ᛋᛋ-Standarten 107 in Iglau und 108 in Prag besteht, der dem Höheren ᛋᛋ- und Polizeiführer Böhmen-Mähren, ᛋᛋ-Brigadeführer Frank unterstellt ist.

Bei der Rückkehr des Memellandes wurde vom Reichsführer ᛋᛋ der Memelländische Ordnungsdienst geschlossen in die Schutzstaffel übernommen. Die Angehörigen der neuen Standarte erhielten die Berechtigung, das Heimatabzeichen des Memellandes, die Elchschaufel, als Spiegelabzeichen zu tragen.

Die ᛋᛋ-Verfügungstruppen

Die ᛋᛋ-Verfügungstruppe ist, obwohl zur Gesamtheit der Schutzstaffel gehörend, eine stehende bewaffnete Truppe. Sie ist weder ein Teil der Polizei noch ein Teil der Wehrmacht und steht zur ausschließlichen Verfügung des Führers.

Die Gliederung der einzelnen Verbände der ᛋᛋ-Verfügungstruppe ist aus organisatorischen Gründen den entsprechenden Einheiten des Heeres angeglichen. Die Truppen rekrutieren sich aus Freiwilligen aus der Zahl der Wehrpflichtigen; diese sind jedoch neben den Tauglichkeitsbestimmungen der Wehrmacht den besonderen Auswahlgesetzen der Schutzstaffel unterworfen.

Sie erfüllen in der ᛋᛋ-Verfügungstruppe, in der sie sich zu vier Jahren Dienst verpflichten müssen, in den ersten zwei Jahren ihre gesetzliche aktive Dienstpflicht.

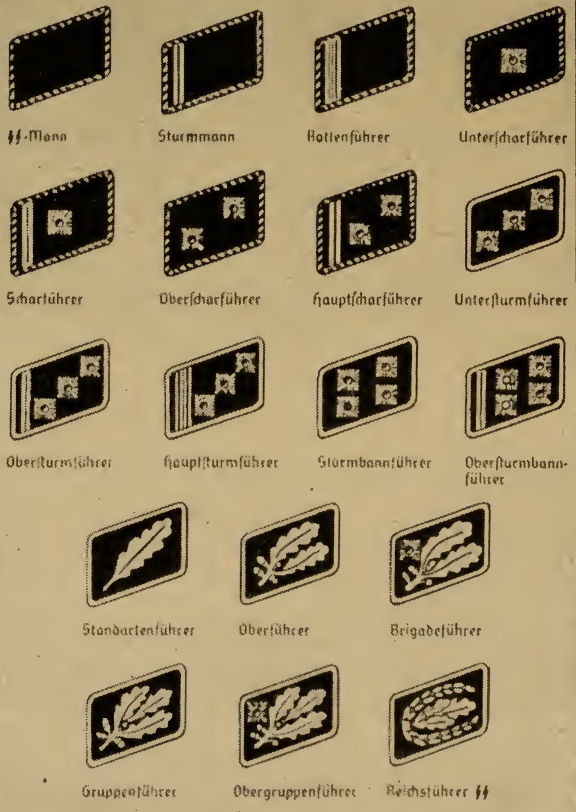
Im Jahre 1938 wurde nach Rückgliederung der Ostmark ins Reich auf Befehl des Führers in der Ostmark die neue ᛋᛋ-Standarte „Der Führer“ aufgestellt. Sie trat auf dem Reichsparteitag 1938 erstmalig geschlossen vor die Öffentlichkeit.

Während der Septemberkrise des Jahres 1938 wurde die ᛋᛋ-Verfügungstruppe auf besonderen Befehl des Führers dem Heere unterstellt, um mit diesem gemeinsam die Aufgabe der Befreiung des Sudetengebietes zu lösen. In allen Teilen des neu zum Reich zurückgeführten deutschen Sudetengebietes marschierten Teile der ᛋᛋ-Verfügungstruppen mit den ersten Formationen des Heeres über

Dienst- und Paradeanzug des Allgem. SS Oberscharführer

Paradeanzug der SS-Verfug.-Truppe Scharführer

Dienstrangabzeichen der Schutzstaffeln



2164-PS

die Grenze. Die an die Truppe gestellten Aufgaben wurden in allen Fällen restlos erfüllt. Die Truppe zeigte hierbei vorzügliche Leistungen.

Nach Beendigung dieses Einsatzes kam der Befehl, die Truppe im Laufe des Winters voll zu motorisieren. Dies brachte für den Winter eine Fülle von Arbeit für alle Führer und Männer der gesamten SS-Verfügungstruppe mit sich.

Neben den organisatorischen Maßnahmen, die diese Umstellung erforderten, mußte in dieser kurzen Zeit die Ausbildung einer großen Anzahl von Kraftfahrern auf den verschiedensten Fahrzeugtypen durchgeführt werden. Spezialisten waren zu schulen. Daneben mußte führungsmäßig von Führern und Unterführern aller Grade umgelernt werden. Während noch mit aller Kraft an der Erfüllung dieser Aufgabe gearbeitet wurde, brachte bereits der März 1939 den neuen Einsatz zur Befriedung des Protektorates Böhmen-Mähren.

— Seite 370 —

Wieder erfolgt auf Befehl des Führers ein Einsatz der SS-Verfügungstruppe im Rahmen des Heeres. Dieser Einsatz bot eine vorzügliche Leistungsprobe für die Einsatzfähigkeit der SS-Verfügungstruppen. Noch waren die Arbeiten der Motorisierung kaum beendet, als bereits ohne jegliche größere Vorübungen ein Einsatz in dieser neuen Form erfolgen mußte.

Die Rückkehr von diesem Einsatz bedeutete jedoch noch keineswegs die Fortsetzung der unterbrochenen Ausbildungszeit. Ein neuer Befehl des Führers verlangte den unverzüglichen Ausbau der bestehenden Einheiten der SS-Verfügungstruppen zu einer motorisierten Division. So begannen schon während der auf den Einsatz im Protektorat folgenden Truppenübungsplatzausbildung die organisatorischen Vorarbeiten für die Aufstellung neuer Verbände. Es wurde gebildet die SS-Artillerie-Standarte, die SS-Panzerabwehr-Abteilung, die SS-Fla.-MG.-Abteilung, die SS-Aufklärungsabteilung.

Die Ausbildung dieser neuen Formationen zu schlagfertigen einsatzfähigen Truppenteilen war das Ziel der nur noch kurzen Sommerausbildung des Jahres 1939.

Die SS-Totenkopfverbände

Einmal im Jahr treten auch die SS-Totenkopfverbände im größeren Rahmen an die Öffentlichkeit: am Reichsparteitag. Die Teilnahme an diesem Tag ist für Führer und Männer Belohnung für den im vergangenen Jahre geleisteten harten Dienst und soll gleichzeitig

Zeugnis ablegen von der Geschlossenheit und der soldatischen Zucht dieses bewaffneten Teiles der ᛋᛋ.

Wenn Aufbauarbeit und Einsatz des vergangenen Jahres kurz beleuchtet werden sollen, so muß vorausgeschickt werden, daß wohl kaum ein junger Deutscher durch eine härtere Schule der Selbsterziehung und Selbstdisziplin geht als die Männer der ᛋᛋ-Totenkopfstandarten. Der Dienst in den Konzentrationslagern, die Bewachung der Staatsfeinde und des kriminellen Untermenschentums stellen unerhörte Anforderungen sowohl in physischer als auch in psychischer Hinsicht an den einzelnen Mann, der hier Tag für Tag in selbstlosem Einsatz und vorbildlicher Zuverlässigkeit seine Pflicht für die Gesamtheit erfüllt. Hier heißt es nicht nur Soldat sein, sondern darüber hinaus ein Charakter, der allen Anfeindungen trotzt und allen an ihn herantretenden Versuchungen gegenüber hart bleibt. Nur bestes, charakter- und erb-

anlagemäßig ausgesuchtes Menschenmaterial ist dem Dienst in dieser Truppe gewachsen.

Wie in allen Jahren des Bestehens, so wurde auch im vergangenen Jahr in stiller Arbeit der Truppe durch Schulung und Unterricht das geistige Rüstzeug für den täglichen Einsatz gegeben, während durch die militärische Ausbildung dafür Sorge getragen wurde, daß sich die Schlagkraft der Truppe weiter erhöhte. Diese planmäßige Aus- und Durchbildung ermöglichte es, daß die ᛋᛋ-Totenkopfstandarten all den Aufgaben gerecht wurden, die über den Rahmen ihres täglichen Dienstes hinaus an sie herantraten. War es nun der Einsatz anläßlich der Rückgliederung des Sudetengaues ans Reich, wobei gerade die Männer der ᛋᛋ-Totenkopfstandarten mit in vorderster Linie angesetzt waren und wo es galt, schnellste und zuverlässigste Einsatzfähigkeit unter Beweis zu stellen, oder war es der Empfang ausländischer Staatsmänner, der die Truppe als Paradetruppe an die Öffentlichkeit treten ließ, immer erfüllten die ᛋᛋ-Totenkopfstandarten makellos ihre Pflicht. Mit berechtigtem Stolz können sie daher auf alle Ereignisse zurückschauen, bei denen sie eingesetzt waren und wo es galt, die Schutzstaffel zu vertreten. Das gilt auch für den Einsatz auf Gau- und Kreistagen der Partei oder bei anderen Veranstaltungen, wie z. B. dem Reichskriegertag in Kassel. Überall führten die Männer selbstlos und freudig ihren Dienst aus, nach dem Wahlspruch: „Mehr sein als scheinen!“

Eine der Hauptaufgaben war im vergangenen Jahr der weitere Ausbau der Sondereinheiten z. B. des gesamten Kraftfahr-Nachrichten- und Sanitätswesens. Hinzu kam

noch die Aufstellung von E.-Sturmbannen, deren Aufgabe es ist, in Lehrgängen von je drei Monaten die Kameraden der Allgemeinen ᛋᛋ, die nicht zum Dienst in der Wehrmacht herangezogen werden, im Waffen- und Geländedienst auszubilden.

DOCUMENT 2168-PS

FROM THE PUBLICATIONS OF THE INSTITUTE OF POLITICS (HOCHSCHULE FÜR POLITIK), 1938: HISTORY, WORK, AIMS AND ORGANIZATION OF THE SA, BY ERNST BAYER (EXHIBIT USA-411)

Aus den Schriften der Hochschule für Politik (herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein), Reihe II: Der organisatorische Aufbau des Dritten Reiches, Heft 21

Die SA.

Geschichte, Arbeit, Zweck und Organisation der Sturmabteilungen des Führers und der Obersten SA.-Führung

Bearbeitet im Auftrag der Obersten SA.-Führung von SA.-Sturmführer

Dr. Ernst Bayer

1938

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

„Der deutsche Arbeiter der Stirn und der Faust, der in der SA. marschiert, ist längst über den bürgerlichen Pflichtbegriff, hinter dem das „Ich muß" steht, hinausgewachsen zum hehren Gefühl soldatischer Pflichtauffassung, das in der absoluten Freiwilligkeit gipfelt, im „Ich will".

Wir SA.-Männer wollen als Männer leben, als Männer kämpfen und als Männer sterben, in dem Bewußtsein, unser Letztes zu tun und unser Letztes hingegeben zu haben für Führer und Volk."

Viktor Lutze

Inhalt.

I. Geschichte der SA. 7
Der Weg des Kampfes — Die SA. im Dritten Reich.

II. Organisation 16
Die Gliederung der SA. — Die Stabsführung der Obersten SA.-Führung — Das Führungshauptamt — Das Erziehungshauptamt — Das Gesundheitshauptamt — Das Personalhauptamt — Das Verwaltungshauptamt — Das Hauptamt NS.-Kampfspiele — Die Adjutantur des Stabschefs — Die Sondereinheiten der SA. — Pionier- und Nachrichten-SA. — Die Reiter-SA. — Die Marine-SA. — Die SA.-Sanitätsmänner — Die Standarte Feldherrnhalle — Die Reichsführerschule.

III. Ausblick 30
Das Gesetz der Freiwilligkeit.

I. Geschichte der SA.

Der Weg des Kampfes.

Deutschland hat im Jahre 1918 eine Revolution erlebt, deren geistige Träger Menschen waren, denen Moral, Ehre und Vaterlandsliebe unbekannte Begriffe waren, die soldatische Tugenden verspotteten und kämpferische Haltung und Leistung des deutschen Heeres verlachten. Ihr Beispiel und ihre Propaganda fanden Gefolgschaft, weil der Mensch jener Zeit nicht gelernt hatte, politisch klar zu denken, weil er hin und her geworfen wurde zwischen politischen, wirtschaftlichen und religiösen Richtungen und Interessen und weil er nicht die Kraft hatte, aus der tiefen Verankerung und dem Glauben an eine große weltanschauliche Idee sich selbst zu entscheiden und dem Niederbruch sich entgegenzustemmen. Was das Kaiserreich versäumt hatte, die innere Formung des Menschen zu einem wissenden und überzeugten Kämpfer für die Nation, rächte sich 1918 bitter.

In dieser Zeit des vollkommenen Niederbruchs Deutschlands trat der Führer mit seiner Idee den Marsch ins Volk an. Und neben und mit ihm marschierten Männer, verkörperter soldatischer Geist, die ihre höchste Lebensaufgabe im Dienst für ein neues großes

Deutschland sahen, bereit, alles einzusetzen und zu opfern für den Sieg des Nationalsozialismus. Sie sind des Führers erste politische Soldaten, die Urzelle der SA.

Können wir schon heute eine Geschichte der SA. schreiben? Kaum, denn diese Geschichte ist noch zu sehr Gegenwart und wir stehen zu sehr im Erleben einer großen Zeit, um die ungeheuren Leistungen der Kampfzeit und des Umbruchs in ihrem gewaltigen Ausmaß richtig ermessen und bewerten zu können.

Zahlen kennzeichnen das Bild der Geschichte. Und doch, wenn wir eine geschichtliche Darstellung des Kampfes und der Leistungen der SA. geben wollen, so müssen wir gerade bei ihr nicht allein Daten großer Ereignisse, die für alle Welt sichtbar sind, nennen, sondern hinausgehen in den Alltag und dort Weg, Geist und Kampf der SA. als geschichtliche Leistung der Kraftentfaltung einer Nation erleben. Daten und Zahlen aber gewinnen erst Bedeutung und werden wertvoll, wenn sie lebendig werden als der Ausdruck einer großen Tat, eines dargebrachten Opfers oder einer geschichtlichen Leistung für die Nation. Und die

SA. hat unzählige solcher Daten und Zahlen aufzuweisen, die den Weg der SA. als den Opfergang der Besten einer Nation kennzeichnen. Auf dieser Straße aber stehen die ewigen Denkmäler von über 400 Blutzeugen der Bewegung, die ihr Leben gaben für Deutschlands Auferstehung.

Die SA. ist nicht gegründet worden, wie man etwa Vereine bildet. Sie wurde im Kampf geboren und erhielt vom Führer selbst den Namen „Sturmabteilung" nach jener denkwürdigen Saalschlacht im Hofbräuhaus zu München am 4. November 1921. Sechsundvierzig nationalsozialistische Ordner standen an diesem denkwürdigen Tag tausend Marxisten gegenüber. Zu seinen Männern hatte der Führer vor der Versammlung gesprochen: „Ihr werdet heute zum erstenmal auf Biegen und Brechen der Bewegung die Treue halten müssen. Keiner von uns verläßt den Saal, außer sie tragen uns als Tote hinaus. Wer feige zurückweicht, dem reiße ich persönlich die Armbinde herunter und nehme ihm das Abzeichen. Denkt daran, daß der Angriff beim geringsten Versuch zur Sprengung die beste Verteidigung ist."

In einem erbitterten Kampf schlugen 46 deutsche Männer, die zum letzten Einsatz, dem Opfer ihres Lebens, entschlossen waren, tausend Marxisten aus dem Saal und in die Flucht. Es war eine Feuertaufe und Belastungsprobe, die dieser junge Stoßtrupp der

Bewegung meisterhaft bestanden hat und die der Partei die Versammlungsruhe bis zum 9. November 1923 sicherte, denn keine marxistische Faust wagte sich mehr in nationalsozialistischen Versammlungen zu erheben. Draußen aber auf der Straße nahm der hinterhältige Kampf in verstärktem Umfang seinen Fortgang.

Blut und Opfer waren die treuesten Begleiter der jungen SA. auf dem harten Weg zur Macht. Die Sturmabteilungen waren und sind auch heute noch die Faust und der propagandistische Arm der Bewegung. Die SA. war nicht nur Künderin, sondern auch Vorbild der Idee, die geistige und körperliche Wehr der Partei und das Sammelbecken der fanatischen Kämpfer für die nationalsozialistische Weltanschauung. So wurde die SA. zur Schule des praktischen Nationalsozialismus des deutschen Mannes und ist es auch bis zum heutigen Tage geblieben und wird es auch für alle Zukunft sein.

Es ist einer der größten geschichtlichen Verdienste der SA., daß sie zu einer Zeit, als das deutsche Volksheer aufgehört hatte zu bestehen, jene Tugenden, die deutsche Soldaten auszeichnen, hochgehalten hat: persönlicher Mut, Idealismus, Opferwilligkeit, Verantwortungsbewußtsein, Entschlußkraft und Führertum. So wurde die SA. im Volke zum Künder und Träger deutscher Wehrkraft und deutschen Wehrgeistes.

Der 4. November 1921 war nicht nur die Geburtsstunde der SA. schlechthin, es war der Tag, von dem an die junge Kampftruppe der Be-

wegung im Brennpunkt des politischen Geschehens stand. In der klaren Erkenntnis, daß nur die Geschlossenheit einer Mannschaft zum Siege führt, wurde die SA. planmäßig durchorganisiert und sog. „Hundertschaften“ aufgestellt. Das Jahr 1922 sah die SA. verschiedentlich in Aktion. Am 16. August demonstrierten die ersten Marschkolonnen mit den vaterländischen Verbänden gegen das Republikschutzgesetz. Der Marxismus bäumt sich auf, aber die SA. schlägt vernichtend zu und erkämpft sich die Freiheit und das Recht der Straße. Der Zustrom zur SA. wächst, so daß im September 1922 bereits acht Hundertschaften in München aufgeboten werden können, die schnell weiter anwachsen. Am 23. November wird die 11. Hundertschaft gebildet, die fast ausschließlich sich aus Studenten zusammensetzt und deren Führung der heutige Stellvertreter des Führers Rudolf Heß übernimmt.

„Wir haben dem Marxismus beizubringen, daß der künftige Herr der Straße der Nationalsozialismus ist, genau so, wie er einst der

Herr des Staates sein wird", so umriß Adolf Hitler die Aufgabe der SA. Und schneller als man vielleicht annahm, war die Gelegenheit gekommen, Taten sprechen zu lassen. Der Marsch in Koburg am 14. und 15. Oktober 1922 wurde zu einem Fanal des erwachenden Deutschland. Ein bürgerlich aufgezogener „Deutscher Tag" sollte es werden, und eine Durchbruchsschlacht des Nationalsozialismus wurde es. Es wurde ein Tag der SA., an dem 800 SA.-Männer unter Führung Adolf Hitlers und des Marineleutnants a. D. Klintzsch den roten Terror vollständig brachen.

Dieser gewaltige Erfolg und die damit für das System verbundene Gefahr führte zu einem Schritt der Berliner Regierung, der sich in den folgenden Jahren noch oftmals wiederholte: dem Verbot der NSDAP. für Preußen und andere Staaten. Um so lebhafter wurde die Tätigkeit in Bayern. Und erstmals am 28. Januar 1923 wird in München der Reichsparteitag der NSDAP. abgehalten, wobei die von Adolf Hitler selbst entworfenen vier Standarten als Feldzeichen der SA. übergeben werden. Und hier erscheint auch die 11. Hundertschaft erstmals einheitlich uniformiert: graue Schimütze, Windjacke mit Hakenkreuzbinde und Knotenstock.

Der Ruhreinbruch der Franzosen bedingte die Umstellung der SA., die bisher nur als politische Kampftruppe zu werten war, auf einen W e h r v e r b a n d , um diese kampferprobten Männer bei einem erhofften aktiven Widerstand gegen die Fremdherrschaft einsetzen zu können. Alles drängte auf eine Entscheidung hin. Und hierbei wollten die Sturmabteilungen des Führers nicht untätig sein. Sie schlossen sich mit anderen kämpferischen bayerischen Bünden zusammen und bildeten die „Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Kampfverbände" unter Führung des Oberleutnants a. D. Kriebel. Im März 1923 übernimmt der letzte Kommandeur des Richthofengeschwaders, Hermann Göring, das Kommando über

— Seite 10 —

die gesamte SA. Aktivität und Bereitschaft heißt die Parole. Draußen im Forstenrieder Park und auf der Fröttmaninger Heide bei München hält die Arbeitsgemeinschaft große Übungen ab, denen am 1. Mai ein bewaffneter Aufmarsch der gesamten bayerischen SA. und anderer Kampfverbände auf dem Oberwiesenfeld folgen. Dieser Tag sollte die endgültige Auseinandersetzung mit dem Marxismus bringen. Allein der staatliche Einsatz von Reichswehr und Polizei verhinderten dieses Vorhaben.

Die Entscheidung drängt, der Zusammenbruch des Ruhrwiderstandes und seine Folgen bedrohen die Einheit des Reiches und scheinen das Chaos herbeizuführen. Der 8. November zieht herauf.

Hoffnungsvoll und siegesgewiß der Abend, niederträchtig und unglaublich der Verrat der Nacht. Noch aber will keiner glauben, daß Männer in schicksalsschwerer Stunde den Kampf um Deutschland verraten haben. Am Morgen des 9. November wirft Adolf Hitler seine junge Bewegung, seine treuen und aufrechten Kämpfer in die Waagschale der Entscheidung: Der Marsch zur Feldherrnhalle durch das jubelnde München. Verrat läßt diesen Marsch des Sieges zum Todesmarsch der Besten der Nation werden.

Der Führer ist in Haft. Der Kopf der Bewegung fehlt in den schwersten Stunden nach der mißlungenen Revolution. Alles scheint zerschlagen und verloren. Doch eines nicht: jener Geist der Sturmabteilungen, der das neue Reich erkämpft hat und der unter dem Begriff „SA.-Geist" das Vorbild für die freiwillige und restlose Opfer- und Einsatzbereitschaft des deutschen Mannes geworden ist. Und er siegte auch über den Verrat.

Die treuesten Mitkämpfer und Kameraden des Führers retten, was zu retten ist. Illegal besteht die SA. weiter und wartet auf die Rückkehr des Führers aus der Festung in Landsberg. Er kommt wieder 1925, und mit dem gleichen Geist der Opferbereitschaft und des Einsatzes treten die Männer der Sturmabteilung neben ihn und sind ihm stärkste Stütze bei der Neugründung der Partei, die am 27. Februar 1925 erfolgt. In seinen grundsätzlichen Richtlinien für die Neuaufstellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei verfügte Adolf Hitler die Neugründung der SA. als reine Parteiorganisation für Saalschutz und Propaganda, ohne den Charakter eines Wehrverbandes.

Und nun beginnt ein Kampf um Deutschland, wie er in dieser Art noch niemals gekämpf worden ist. Was sind Namen, was sind Worte oder Zahlen, die doch nicht auszudrücken vermögen die Größe des Glaubens und des Idealismus auf der einen Seite und die Größe des Hasses auf der anderen Seite.

1925: Die Partei lebt wieder, und ihre eiserne Spitze ist die SA. Mit ihr wächst die Kraft und die Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung. Um die zentralen Ereignisse der gesamten Bewegung, den Reichsparteitagen, ballen sich Daten, Entscheidungen, Kämpfe und Siege zu langen Listen nie versagender Opferwilligkeit deutscher Männer.

Man kann dies alles im einzelnen nicht aufzählen. Sinn und Bedeutung aber wollen wir herausstellen, indem wir sagen, was die SA. war: der politische Machtarm, die sichtbare Repräsentation des

Idealismus und die tägliche Einsatzkraft der Partei. Überall schlug sie Breschen. Und als Beispiel einer unmöglich erscheinenden Tat soll der 11. Februar 1927 festgehalten werden. Es ist der Tag, an dem die SA. in der Saalschlacht in den Pharussälen, in der Hochburg des Kommunismus in Berlin, den roten Terror unter schwersten Opfern brach und damit sich entscheidend in der Reichshauptstadt durchsetzte. Angesichts der schwerverwundeten SA.-Männer prägt Dr. Goebbels das Wort vom „unbekannten SA.-Mann", der schweigend kämpft und blutet, allein seiner Pflicht gehorchend.

Der Besitz der Straße ist der Schlüssel zur Macht im Staate — darum marschierte und kämpfte die SA. Niemals hätte die Öffentlichkeit Kenntnis erhalten von den agitatorischen Reden der kleinen Reichstagsfraktion und ihrer Propagandisten oder von dem Wollen und den Zielen der Partei, wenn nicht der Marschtritt und die Kampflieder der SA.-Stürme den Takt gegeben hätten zu den Wahrheiten einer schonungslosen Kritik der Zustände im System. Totschweigen wollte man die junge Bewegung. Nichts war in der Presse zu lesen von der Arbeit der Nationalsozialisten geschweige denn von den grundlegenden Zielsetzungen ihres Programms. Man wollte einfach kein Interesse dafür wecken. Aber der Marschtritt der SA.-Männer sorgte dafür, daß auch die verschlafensten Bürger wenigstens das Vorhandensein einer kämpferischen Truppe sehen mußten.

Die SA. eroberte sich einen Platz in der öffentlichen Meinung und die Führung der nationalsozialistischen Bewegung diktierte ihren Gegnern das Gesetz des Handelns. Die SA. war schon ein Staat im Staate; ein Stück Zukunft in trauriger Gegenwart.

In dieser Zeit gab es nur eines: rücksichtsloser Einsatz der Person und echter Offensivgeist. Und dies wurde von Jahr zu Jahr notwendiger, denn die Überfälle auf einzelne Nationalsozialisten und ganze Kolonnen häuften sich in erschreckendem Maße. Die Totenliste der Bewegung wuchs. Aber je größer die Verluste wurden, desto enger schlossen sich die SA.-Männer zu einer verschworenen Kampfgemeinschaft zusammen. Ihr vorbildlicher Einsatz blieb nicht ohne Wirkung. Die Besten aus den Reihen der Roten kamen zu den „Nazis", weil sie überzeugt wurden durch die Tat. Und als gar Ende 1926 sich die Freikorpskämpfer der verschiedenen Roßbachgruppen der SA. eingliederten, erhielt die SA. nicht nur dadurch allein Verstärkung, sondern auch starken Auftrieb.

Mit Ende des Jahres 1926 beginnt eine neue Entwicklungsphase in der Geschichte der SA. Die Sturmabteilungen standen bisher in loser Bindung zu der politischen Organisation. Eine Reichsgliederung oder

zentrale Befehlsstelle bestanden noch nicht. Beide wurden mit der am 1. November 1926 erfolgten Gründung der Obersten SA.-Führung in München geschaffen. Damit entstand eine zentrale Leitung, der neben der SA. noch die ᛋᛋ und die HJ. unterstand. Zum Obersten SA.-Führer ernannte Adolf Hitler den Gauleiter und SA.-Führer des Gaues Ruhr, Franz von Pfeffer. Nun wurde die SA. im Laufe der Jahre 1926 und 1927 einheitlich durchorganisiert und unterteilt in Gruppen, Gaustürme, Brigaden, Standarten, Stürme und Trupps und gleichzeitig damit eine scharfe Trennung von der politischen Organisation vollzogen. Das, was sich in der Praxis herausgebildet hatte, wurde nun zu der klaren inneren Ausrichtung der SA.: die Sturmabteilungsmänner sollen zu politischen Soldaten erzogen werden, politisch zuverlässig, geistig beweglich, körperlich gestählt, diszipliniert und dem Führer in bedingungsloser Treue und Gehorsam ergeben. So wurde die SA. zum mächtigsten Instrument in der Hand des Führers.

1927: Die erste gewaltige Demonstration des Nationalsozialismus in Nürnberg, der nicht mehr totgeschwiegen werden kann. 30 000 SA.-Männer marschieren, ein Block des Willens und der Kraft. Das System wird nervös. Sah bisher die Exekutive meist tatenlos zu, so richtete sie von jetzt an alle Maßnahmen gegen den Nationalsozialismus und ließ dadurch dem Kommunismus und dem Marxismus mehr und mehr Freiheit. Das Wort „Verbot" war den SA.-Männern nur allzu gut bekannt. Die Berliner SA., die im Mai 1927 mit der Partei verboten worden war, prägte die Parole: Trotz Verbot nicht tot. Und dieser Leitsatz wurde zum Leidwesen des Systems nur allzu lebendige Wirklichkeit, als es in den folgenden Jahren nur so von Verboten aller Schattierungen und Formen hagelte. Ein alter Marschierer hat einmal die Sätze geprägt: Die Geschichte der SA. und überhaupt der NSDAP. ist eine einzige fast ununterbrochene Folge von Verboten gewesen. Irgendetwas war immer verboten. Es gab niemals eine Zeit, in der die SA. etwa dieselben Freiheiten in ganz Deutschland gewährt wurden, wie dem Reichsbanner oder gewissen vaterländischen Verbänden.

Selbst braune Hosen und Stiefel waren staatsgefährlich. Das weiße Hemd mußte lange Zeit das Braunhemd ersetzen. Oft kamen SA.-Männer mit nacktem Oberkörper oder barfuß, vielfach auch in der Unterkleidung zu den Versammlungen und Aufmärschen, weil ihnen unterwegs staatsgefährliche Bekleidungsstücke ausgezogen worden waren. Schikanen über Schikanen. Doch dies wäre alles noch zu ertragen gewesen. Aber Mord und Terror regierten diese Jahre des Kampfes. Und immer waren es Nationalsozialisten, die zu Angreifern gestempelt wurden.

Notverordnungen und Maßnahmen zum Schutze der Republik unterstützten die Verbotswellen. Man versprach sich Erfolg davon, weil man glaubte, Parteigänger vor sich zu haben und nicht erkannte, daß diese

— Seite 13 —

Nationalsozialisten Träger und Künder einer Weltanschauung waren. Sie waren sich bewußt, daß sie das letzte Aufgebot des deutschen Volkes waren. Und so wuchs die SA. zur stärksten Kampftruppe gegen die zerfallende Republik heran. Kein Opfer blieb ihr geschenkt, aber auch kein Verbot, keine Schikane und kein Paragraph konnte ihren Marsch hemmen.

Fast 300 tote Kameraden marschieren in den Reihen der SA. Ihnen voran der Sänger der Bewegung Horst Wessel. Sein Opfertod wurde zu einem neuen Fanal des Kampfes um Deutschland. Die Arbeit und der Kampf der SA. ist nicht umsonst. Sie stehen in vorderster Front der Wahlkämpfe. Adolf Hitler selbst übernimmt am 2. September 1930 die Führung der SA. als Oberster SA.-Führer. Er selbst führt somit seine SA. in den schicksalhaften Wahlkampf des Jahres 1930. Am Abend des 14. September ist die erste Schlacht gewonnen. 107 Abgeordnete der NSDAP. ziehen in den deutschen Reichstag ein. Ein gewaltiger Sieg war erkämpft, allein, das System trug dem nicht Rechnung.

1931: Es sollte das Jahr der Entscheidung werden. Die Bewegung wuchs ständig; überall waren die Wahlerfolge groß. Die Belastungsprobe für die SA. ist ungeheuer, und nur eine eiserne Disziplin und innere Geschlossenheit halfen alles Schwere ertragen.

SA., SS und HJ. wurden neu gegliedert. Am 1. April wurde das Nationalsozialistische Automobil-Korps als Hilfsorganisation der SA., das in der Wahlzeit wertvolle Dienste leistete, gegründet. Der 17. und 18. Oktober bringt das SA.-Treffen in Braunschweig, bei dem 104 000 SA.- und SS-Männer an Adolf Hitler vorbeimarschieren. Hier vor diesen treuen Kämpfern erhebt der Führer vor aller Welt den Anspruch der totalen Staatsführung durch den Nationalsozialismus. Mit ungeheurer Begeisterung und neuem Mut gehen die Männer wieder hinaus in den Alltag, die auch nicht eingedämmt werden kann durch das am 8. Dezember ausgesprochene Uniformverbot für das gesamte Reichsgebiet.

Das Schicksalsjahr 1932 bringt für die Bewegung einen schweren Schlag. Am 13. April wird die SA. und SS für das ganze Reichsgebiet verboten, nachdem mit unerhörtem Einsatz die Stimmenzahl der

Nationalsozialisten beim zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl am 10. 4. 1932 auf 13,4 Millionen gebracht worden war. Eine Organisation wollte man mit den brutalsten Mitteln zerschlagen. Als Verbrecher wurden die Träger des Braunhemdes behandelt. Alles Erreichbare wurde beschlagnahmt. SA.-Heime und SA.-Küchen, die den notleidenden und arbeitslosen SA.-Männern Schutz und Essen gaben, wurden erbarmungslos geschlossen. Trotzdem: In vorbildlicher Disziplin steht die SA. und SS durch und läßt sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen. Als einfache Parteigenossen erfüllen die SA.-Männer nun ihre Pflicht. Und endlich am 14. Juni wird das Uniform- und das Kundgebungsverbot aufgehoben. Kommunismus und Marxismus bäumen sich auf und wollen den Sieges-

marsch mit blutiger Gewalt aufhalten. Nicht weniger als 32 Nationalsozialisten, darunter SA.-, SS-Männer und Hitlerjungen, fallen in knapp sechs Wochen dem roten Terror zum Opfer. Der Blutsonntag von Altona war eine furchtbare Anklage gegen das System. Achtzehn Volksgenossen werden getötet und 50 schwer verletzt. Trotzdem steht die SA. diszipliniert und unerschütterlich. Es ist nicht zuletzt ihr Verdienst, daß die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 einen gewaltigen Sieg der NSDAP. bringt und die Bewegung zur stärksten Partei des Reichstages macht. Und trotzdem sind die SA.-Männer noch immer Freiwild, haben nichts zu ihrem Schutz als die eigene Kraft, aber auch die Treue der Kameraden. Es ist schwer in Worte zu kleiden, was in dieser Zeit an Lüge und Verleumdung über die SA. ausgegossen wurde; es ist aber auch schwer zu sagen, mit welcher unvergleichlichen Disziplin und Hingabe diese Männer gekämpft haben. „Raufbolde und Schläger" nannte sie das satte Bürgertum, und doch waren sie es, die ihre Sicherheit vor dem Bolschewismus schützten. „Es kann angesichts dieses größten Erfolges unserer Bewegung für niemanden einen Dank geben, sondern für uns alle nur die Pflicht, den Kampf nunmehr mit erneuter und erhöhter Kraft aufzunehmen und fortzuführen" — so rief Adolf Hitler in der Nacht des Sieges seiner Bewegung zu, und das war für die SA. Befehl.

Es kommt die Zeit der schwersten Prüfungen. Die SA. weiß, es geht ums Letzte. Der Sieg schon einmal greifbar nahe, muß endgültig erfochten werden. Die Kameraden fallen, aber unentwegt marschieren die Kolonnen. Der Führer hat es ihnen gesagt: „Der Sieg gehört dem, der in diesem Kampf das letzte Aufgebot und das letzte Bataillon auf die Walstatt bringt." Und die SA. war bereit, das letzte Bataillon zu stellen.

Am 22. Januar 1933 fällt moralisch die Entscheidung. Auf dem Bülowplatz vor dem Karl-Liebknecht-Haus in Berlin, der Zentrale Moskaus in Deutschland, marschiert die SA. Berlins auf. Vor dieser geballten Kraft der Partei verkrochen sich die Söldlinge Moskaus feige in ihren Schlupfwinkeln. Stunden um Stunden marschierten die SA.-Männer an dem Bollwerk des Kommunismus vorbei, und keiner der Moskaujünger wagte, die Faust zu erheben. Es war ein Sieg der SA., dessen Tragweite erst später ermessen werden konnte.

Und dann bricht der Tag an, der Sieg bedeutete und Erfüllung des Kampfes der SA.: der 30. Januar 1933. Kein Befehl wurde an diesem Tag gegeben, und doch standen Zehntausende von SA.-Männern und Nationalsozialisten am Abend bereit, in ihren alten zerschlissenen Braunhemden, mit denen sie durch Mord und Terror marschiert waren, um den Führer, ihren Obersten SA.-Führer, als Kanzler des Deutschen Reiches zu grüßen. In diesen SA.-Männern marschierte das junge Deutschland durchs Brandenburger Tor hinein in ein Reich, das sie in vorderster Front er-

kämpft haben und das zu gestalten und zu tragen noch heute das oberste Gebot ihres Lebens ist.

Die SA. im Dritten Reich.

So wie es für Adolf Hitler und seine Kampfgefährten nach der Machtübernahme kein Feiern des Sieges gab, so gab es auch für die SA.-Männer keinen Augenblick der Ruhe. Wo es galt zu säubern, wurde gesäubert. Ob als Hilfspolizist oder mit Sonderauftrag, ob als Propagandist oder als Helfer, überall stand der SA.-Mann und arbeitete schweigend als Vorbild der Idee am Aufbau des neuen Staates. Die SA. hat auch noch nach dem Sieg schwere Verluste zu beklagen. Sie wurde überall eingesetzt, wo volksfremde Regierungen die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden hatten oder wo der Kommunismus und staatsfeindliche Elemente noch frech sich aufzulehnen wagten. Und nicht zuletzt war der Kampf gegen die getarnten Gegner eine schwere Arbeit für die SA. Aber sie ist stolz darauf, damals und heute Werkzeug zum starken Bau des neuen Staates und der Volksgemeinschaft zu sein.

Erstmalig am 8. April 1933 steht die gesamte SA. des Reichsgebietes und Österreichs zur gleichen Stunde angetreten, um den Führer, der zu seinen Männern über den Rundfunk vom Berliner Sportpalast aus spricht, erneut unwandelbare Treue und Gefolgschaft zu geloben. Der Jungstahlhelm und der Stahlhelm unterstellten sich im Lauf des Jahres 1933 und werden der SA. eingegliedert.

Die SA. erlebt im Laufe der Jahre mehrere Umformungen, die schließlich das heutige Organisationsbild ergeben, wie es im nachfolgenden Kapitel gezeichnet wird.

Mit der Festigung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland wird auch die Art des Kampfes der SA. eine andere. So aber wie der SA.-Mann in der Kampfzeit nicht Weggenosse großer Entscheidungen war, sondern Wegbereiter, so bleibt auch im Dritten Reich die ureigenste Aufgabe der SA. dieselbe: Stoßtrupp der Weltanschauung und die praktische Schule des Nationalsozialismus zu sein. Die SA. erzieht keine Spezialisten in irgendeiner Form, denn ihr Arbeitsgebiet ist das gesamte Volk. Den revolutionären Geist der Kampfzeit, Einsatzbereitschaft und Opferwilligkeit durch Vorleben und Tat ins Volk zu tragen und diese Tugenden dort wachzuhalten als die Grundlage nationalsozialistischer Bereitschaft ist eine der großen Aufgaben der SA. „Alles was Ihr seid, seid Ihr durch mich, und alles was ich bin, bin ich nur durch Euch allein." Dieses Wort des Führers, gesprochen am 30. Januar 1936 zu seiner SA., ist Anerkennung und Verpflichtung zugleich; es ist das auf eine kurze Formel gebrachte Programm der SA.: Deutschland.

Die Taten und Leistungen der SA. werden nicht auf großen Listen geführt, sondern diese nimmt der Alltag auf, und sie leben in den Herzen des Volkes weiter. Und das ist mehr wert als das geschriebene Wort.

— Seite 16 —

Einiges aus dem vielfältigen Arbeitsbereich der SA. soll in Sammelbegriffen genannt werden: Katastropheneinsatz, Schadenverhütung, Dankopfer der Nation, Kulturarbeit, Siedlungen, Umschulungslager, Führerschulung, Freiplatzspende und vieles andere mehr. Über allem aber steht der ewige Auftrag: Menschenformung. Das Leitmotiv dieser Erziehungsarbeit am deutschen Menschen ist die gewaltige Einheit: starke Seele, gesunder Geist, gestählter Körper.

Niemals hat der Nationalsozialismus die Forderung nach einer neuen Staatsform erhoben, sondern immer nur die Forderung nach der Neuformung des deutschen Menschen, zu einem wissenden und überzeugten Kämpfer, politisch zuverlässig, geistig beweglich und körperlich gestählt. Und so war es auch nur die folgerichtige Fortsetzung einer begonnenen Arbeit am deutschen Menschen, als der Führer der SA. die Durchführung der wehrhaft-kämpferischen Schulung und Erziehung des deutschen Menschen übertrug. SA.-Sport und SA.-Sportabzeichen, letzteres vom Führer am 15. Februar 1933 selbst gestiftet, „um der Pflege wehrhaften Geistes in allen Teilen

des deutschen Volkes bewußten Ausdruck zu verleihen", sind die notwendigen neuen Formen einer körperlichen und geistigen Schulung des deutschen Menschen im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung. Damit ist der SA. der Auftrag gegeben, die Steigerung und Erhaltung der Wehrkraft und des Wehrgeistes, als den Ausdruck der kämpferischen Haltung eines Volkes, zu erreichen. Die am 27. November 1936 erfolgte Schaffung der NS.-Kampfspiele, als die alljährliche Leistungsschau körperlicher Leistungsfähigkeit und wehrhaften Geistes, und die am 18. März 1937 erlassene Verfügung, daß der Besitz des SA.-Sportabzeichens von der Ableistung alljährlicher Wiederholungsprüfungen abhängig zu machen ist, um die Wehrtüchtigkeit der Träger des SA.-Sportabzeichens bis ins hohe Alter zu erhalten, sind Marksteine auf dem Weg zur Erreichung des großen Zieles der SA.

Die SA. ist sich der Größe ihrer Aufgabe bewußt. Aber nur sie kann auch diese vom Führer gegebenen Aufgaben meistern, weil sie aus dem Volke kommt und im Volke selbst steht.

II. Organisation.

Die Gliederung der SA.

Der Führer selbst hat die SA. als den Garanten der nationalsozialistischen Bewegung und der nationalsozialistischen Revolution bezeichnet. SA. ist politisches Soldatentum. In diesem Begriff „politisches Soldatentum", der in der Kampfzeit geprägt wurde und seine Lebensform gefunden hat, sind all diese Aufgaben der SA. enthalten, deren Gegen-

stand auch heute noch die Erziehungsarbeit der Sturmabteilungen darstellt. Aufgaben von diesem Ausmaß lassen sich nur durch freiwillige Dienstleistung erfüllen, sie erfordern aber auch eine Organisation, die weit verzweigt ist und doch durch eine möglichste Konzentration der einzelnen Führungsstellen und ihrer Arbeitsgebiete eine zentrale, klare und einheitliche Führung gewährleisten.

Der Oberste SA.-Führer ist Adolf Hitler, der seiner ältesten Kampfformation selbst ihre Aufgaben gibt, Arbeitsrichtung und Marschweg bestimmt und ihren Einsatz befiehlt. Im Auftrage des Führers vertritt der Stabschef die SA. in ihrer Gesamtheit. Ein hohes Maß von Anerkennung und Vertrauen des Führers liegt in dieser Beauftragung, denn einem Stabschef der SA. sind beste und wertvollste junge Kräfte des deutschen Volkes zur weltanschaulichen und körperlichen Erziehung und Weiterentwicklung anvertraut.

Die Oberste SA.-Führung in München und die Adjutantur in Berlin sind die beiden Dienststellen des Stabschefs, deren leitende SA.-Führer dem Stabschef direkt für die Arbeit verantwortlich sind.

Die Oberste SA.-Führung ist unterteilt in die Stabsführung, die Hauptämter, Ämter und Abteilungen. Der Stabsführer der Obersten SA.-Führung bestimmt in Vertretung des Stabschefs ihren Einsatz.

Die Sturmabteilungen des Führers selbst, die im ganzen Reichsgebiet und in der Freien Stadt Danzig bestehen, sind eingeteilt nach politischen und landsmannschaftlichen Gesichtspunkten.

Die gesamte SA. umfaßt 24 Gruppen, die dem Stabschef unterstehen. Es sind dies: SA.-Gruppe Alpenland, Bayerische Ostmark, Berlin-Brandenburg, Donau, Franken, Hansa, Hessen, Hochland, Kurpfalz, Mitte, Niederrhein, Niedersachsen, Nordmark, Nordsee, Ostland, Ostmark, Pommern, Sachsen, Schlesien, Südmark, Südwest, Thüringen, Westfalen, Westmark.

Die nächste Untergliederung ist die SA.-Brigade, die sich aus mehreren Standarten zusammensetzt. Eine Standarte ihrerseits umfaßt drei bis fünf Sturmbanne, die ihrerseits wieder aus je drei bis fünf Stürmen gebildet werden. Der SA.-Sturm gliedert sich im allgemeinen in drei Trupps, von welchem jeder wieder in drei Scharen untergeteilt ist.

Die vielseitigen Anforderungen, die an die Formationen der SA. gestellt werden, erfordern vor allen Dingen bei dem Einsatz der SA. zu Veranstaltungen, Aufmärschen, Katastrophen, Unglücksfällen und sonstigen Hilfeleistungen eine Zusammenfassung in Sonder- bzw. technische Einheiten. Es ist daher folgende Sondergliederung getroffen worden:

Nachrichten-, Pionier-, Reiter-, Marine-, Radfahrer- und Sanitätseinheiten. Örtliche Verhältnisse und landschaftliche Lage bestimmen ihre Zusammenfassung in Stürme, Sturmbanne, und regeln die Unterstellungsverhältnisse.

Die Stabsführung der Obersten SA.-Führung.

Der Stabsführer ist der ständige Vertreter des Stabschefs. Als solcher ist er vorgesetzte Instanz sämtlicher Hauptämter der Obersten SA.-Führung und der SA.-Gruppen. Alle Entscheidungen grundsätzlicher Art für die SA., soweit sie sich der Stabschef nicht selbst vorbehält, werden vom Stabsführer getroffen. Unmittelbar sind ihm das Verbindungsamt Oberste SA.-Führung, die Zentralabteilung, die Stabskommandantur, die Abteilung Presse und

Propaganda, die juristische Abteilung und die Abteilung Architektur unterstellt. Davon steht das Verbindungsamt in steter Fühlungnahme mit allen wichtigen Dienststellen von Partei und Staat zur Behandlung sämtlicher Fragen, die für die SA. von Bedeutung sind.

Der Zentralabteilung mit ihren zwei Hauptreferaten obliegt die Bearbeitung von Vorgängen grundsätzlicher Art, die rascheste Erledigung erfordern und dabei die Gebiete verschiedener Hauptämter berühren, wobei engstes Zusammenwirken mit diesen Hauptämtern selbstverständlich ist. Die Stabskommandantur trägt die Verantwortung für den gesamten inneren Dienstbetrieb der Obersten SA.-Führung.

Die gesamte pressemäßige und propagandistische Vorbereitung oder Auswertung aller bedeutenden Ereignisse innerhalb der SA. erfolgt durch die Abteilung Presse und Propaganda, der auch das Kampfblatt der Obersten SA.-Führung, der SA.-Mann, angegliedert ist. Nach den von ihr ausgegebenen Richtlinien arbeiten bei den einzelnen SA.-Gruppen die Gruppenpressereferenten, denen die Betreuung der örtlichen Presse obliegt. Die Tätigkeit ist dabei vor allem informatorischer Art; denn die SA. legt keinen Wert auf die quantitative Beschaffenheit des über sie Geschriebenen, wohl aber darauf, daß der deutsche Schriftleiter mit ihrem Wesen und ihrer Aufgabe vertraut wird.

Die juristische Abteilung befindet sich noch im Aufbau. Dagegen wird in der Abteilung Architektur, die ebenfalls neu eingerichtet wurde, an der Planung und Projektierung neuer Bauvorhaben der SA. gearbeitet, indem der Gestaltungswille der SA. zum Ausdruck kommen wird.

Das Führungshauptamt.

Der Chef des Führungshauptamtes ist verantwortlich für die gesamte Organisation und Gliederung der SA., für die Ausbildung und zweckmäßige Ausrüstung der Einheiten, und nicht zuletzt für den Einsatz der SA.

Das Führungshauptamt ist unterteilt in das Amt Organisation und Einsatz und das Amt Körperliche Ertüchtigung. Letzteres hat auf der Grundlage des SA.-Sportabzeichens die kämpferische Schulung des Leibes aller wehrfähigen Deutschen zu bereiten und als Vorbereitung

hierzu die Durchführung von Leibesübungen (körperliche Grundschulung) und den Leistungssport zu organisieren, so daß breiteste

Volksschichten hiervon erfaßt und bis ins hohe Lebensalter hinein körperlich und geistig, aber auch charakterlich-weltanschaulich wehrtüchtig erhalten werden.

Die Aufgaben des Amtes Organisation und Einsatz sind in seinem Namen gegeben. Es hat überdies die Sondereinheiten der SA., die Nachrichten-, Pionier-, Marine- und Reitereinheiten zu betreuen, den Luft- und Gasschutzdienst in der SA. zu bearbeiten, die Ausbildung der SA. auf dem Gebiete des Katastrophenschutzes und der Schadenverhütung zu betreiben sowie die Verbindung mit allen für diese Fragen in Betracht kommenden Partei- und staatlichen Dienststellen zu halten.

Dazu kommt die Bearbeitung der Bekleidung und Ausrüstung der SA. und die Regelung der Planstellen bei den SA.-Dienststellen sowie die Ausarbeitung von Vorschlägen für Verleihung von Standarten und von Namen heldenhafter Kämpfer der Bewegung an bestimmte SA.-Einheiten.

Das Erziehungshauptamt.

Das Erziehungsamt ist verantwortlich für die gesamte Erziehung und Ausrichtung des SA.-Führerkorps, und hierbei fällt dem Amt Reichsführerschule, das die Reichsführerschule der SA. in München und die Führerschule der Obersten SA.-Führung in Dresden betreut, eine für das ganze Volk bedeutende Aufgabe zu. Lehrgänge und Arbeitsgemeinschaften auf diesen Führerschulen sowie auf den 21 Gruppenschulen und den Spezialschulen dienen dem Ziel, ein von höchster Verantwortung und großem Können getragenes SA.-Führerkorps zu schaffen.

Die verhältnismäßig junge Führerschule der Obersten SA.-Führung in Dresden dient vor allem der Erziehung des mittleren SA.-Führerkorps, das seine Qualifikation zu ihrem Besuch auf einer der Gruppenschulen erworben hat. Dort steht auch die Ausbildung der Prüfer für das SA.-Sportabzeichen im Vordergrund. Die geistige und körperliche Ausbildung auf der Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung verfolgt das Ziel, die SA.-Führer auf allen Gebieten zu wirklichen Erziehern der Mannschaft zu machen. Der Dreiklang von Seele, Geist und Körper, der Können, Wissen und Leistung in Verbindung setzt zur Gemeinschaft, ist hierbei eine notwendige Voraussetzung. Der Wehrsport als SA.-mäßiger Ausdruck sportlicher Betätigung, ist dabei ebenso Mittel zum Zweck wie die Unterrichtung über die Geschichte von Partei und Volk, Rassenlehre oder die Ausbildung zum Redner. Die Richtlinien dieser Ausbildung gelten auch für die Gruppenschulen, die dem gleichnamigen

Amt unterstehen. Die Arbeit wird im engsten Einvernehmen mit dem Führer der Gruppe geleistet, in dessen Gebiet die Schule liegt, wobei dieser selbst hier die beste Möglichkeit besitzt, seinen Führernachwuchs

— Seite 20 —

auszuwählen. Die unmittelbar dem Hauptamt unterstellte Abteilung Auswertung hält die Verbindung zu den Stellen von Partei und Staat aufrecht, für welche die bei der erzieherischen Arbeit der SA. gewonnenen Erfahrungen von Bedeutung sind. Dadurch wird erreicht, daß die Erziehungsarbeit der SA. voll und ganz im Einklang steht mit der Arbeit der Partei und aller ihrer Gliederungen.

Das dritte Amt Weltanschauung und Kultur zählt zu seinem Aufgabenbereich die kulturelle Dienstgestaltung, die Pflege von SA.- und Volksliedern und der Musik. Dabei wird gerade hier streng vermieden, etwa einen Dienstplan für SA.-mäßige Feiergestaltung herauszugeben; denn nicht die Form ist das Entscheidende, sondern der Geist der diese Form erfüllt.

Die Abteilung Wissenschaftliche Auswertung endlich enthält eine umfangreiche Bücherei. Sie hat die Aufgabe, jeden SA.-Führer, der sich selbst weiterbilden will, Aufschluß über die wesentlichste auf diesem Gebiete vorhandene Literatur zu geben.

Das Gesundheitshauptamt.

Das Gesundheitshauptamt ist verantwortlich für alle Fragen der Gesundheit und des Sanitätsdienstes in der SA. Da die Gesundheit die Grundlage und die Voraussetzung für die körperliche Ertüchtigung bildet, so ist das Gesundheitshauptamt ganz besonders in diese Zweige des SA.-Dienstes eingeschaltet. Zur Durchführung des gesundheitlichen Dienstes gehört nicht nur die Sorge und die Betreuung der Kranken und Verletzten, sondern vor allem die vorbeugende Gesundheitspflege.

In der Kampfzeit bestand n u r der Sanitätsdienst, der heute noch besonders organisiert und durchgeführt wird. Zehntausende von Sanitätsführern sind aufs beste geschult und ausgebildet, um jederzeit die erste Hilfe leisten zu können. Die Reichssanitätsschule der SA. in Tübingen stellt den Grundstock für den gesamten Schulungsbetrieb im Sanitätswesen dar. Bei allen Standarten stehen im ganzen Reich Sanitätseinheiten bereit zum sofortigen Einsatz bei Katastrophen und größeren Unglücksfällen. Überall im SA.-Dienst begleitet der Sanitätsmann seine Kameraden, sei es beim Einsatz zu Veranstaltungen, zu Absperrungen, zu Aufmärschen oder auf dem Gepäckmarsch oder auf sportlichen Kampffeldern.

Schulung, Ausrüstung und Organisation des Sanitätsdienstes sind in einem Amt des Gesundheitshauptamtes zusammengefaßt. Daneben steht ein zweites Amt mit den Aufgaben der Gesundheitsführung und der Rassenpflege. Die Männer der SA. haben den Wert der Gesundheit eines Volkes erkannt und tragen in sich die Überzeugung, daß nur ein gesundes Volk ein ewiges Volk sein kann. In dieser Überzeugung

kämpfen sie für die Richtlinien und Weisungen, die vom Hauptamt für Volksgesundheit und vom Reichsärzteführer ausgehen. In vorderster Linie stehen hier die Sanitätsmänner der SA. und setzen sich ein für das große Ziel: Reinheit des Blutes und Reinheit der Rasse.

Das Personalhauptamt.

Die Betreuung des SA.-Führerkorps ebenso wie die Sorge für den SA.-Führernachwuchs ist ein Problem, das nicht nur für die Gliederung selbst, sondern darüber hinaus für die Partei und die Gesamtheit der Nation von größter Bedeutung ist.

Das Personalhauptamt, das sich in drei Ämter, Personalien, soziale Fürsorge und Gerichts- und Rechtsamt gliedert, wirkt in ständiger lebendiger Fühlung mit der Front der SA., wo im täglichen Einsatz sich die Fähigkeiten und die Eignung des SA.-Führers zeigen. Ein steter Wechsel zwischen dieser Front, der Arbeit in den Stäben und der Verwendung auf erzieherischem Gebiet kennzeichnen den Werdegang des SA.-Führers. Seine Bewertung erfolgt unter den Gesichtspunkten der charakterlichen Eignung seines Könnens und Wissens, vor allem aber seiner Verdienste um die Bewegung. Die ältesten Marschierer und Kämpfer in der SA. nehmen auch die führenden Stellungen innerhalb der Gliederung ein, soweit sie die Befähigung aufweisen, diese auch auszufüllen.

Besteht der Dank an die bewährten alten Kämpfer auf der einen Seite in der Zuteilung einer größeren Verpflichtung und verantwortungsvollerer Aufgaben, so sorgt das Amt Soziale Fürsorge dafür, daß jene SA.-Kameraden betreut werden, die im Kampf um das neue Deutschland verletzt wurden oder die sich sonstwie in Not befinden. War es in den ersten Jahren nach der Machtübernahme vordringlich, den Männern überhaupt einen Arbeitsplatz zu verschaffen, so ist nun das Problem der Umschulung in den Vordergrund getreten. In den Lagern zum Lockstedt und Falkenstein gibt die SA. ungelernten Kräften die Möglichkeit, in etwa 40 Wochen den

Gesellenbrief zu erwerben und damit die Voraussetzung zu einer Anstellung als Facharbeiter in der Industrie, und zwar in denjenigen Zweigen, die unter einem Mangel an solchen zu leiden haben. Darüber hinaus werden Männer für die kaufmännischen Berufe und für die Arbeit an Verwaltungsdienststellen umgeschult.

Dasselbe gilt bei der Auswahl der Siedler für jene Heimstätten, die aus den Mitteln des Dankopfers der Nation überall im Reich entstehen. Auch hier sind es neben den Kriegsopfern alte Kämpfer, die in den Dankopfersiedlungen eine neue Heimat finden.

Zu dieser beruflichen kommt die persönliche Fürsorge für die Männer und ihre Familien. Kameraden, die beim Sport oder im Dienst Verletzungen erlitten, erhalten einen Kur- oder Erholungsaufenthalt in den

— Seite 22 —

SA.-Heimen Wyk auf Föhr, Hohenlychen oder Trillup bei Hamburg. Bedürftigen werden Unterstützungen gewährt, und zwar im Einvernehmen mit dem Reichsschatzmeister, dem dafür im Adolf-Hitler-Dank und der Adolf-Hitler-Spende Mittel zur Verfügung stehen. Vor allem aber nimmt sich das Amt derer an, die in der Kampfzeit von politischen Gegnern verletzt wurden, wobei eine ständige persönliche Fühlungnahme diesen Männern die Gewißheit gibt, daß man ihre Opfer nie vergessen wird.

Als drittes ist innerhalb des Personalhauptamtes das Gerichts- und Rechtsamt zu nennen. Eine Aufgabe dieses Amtes liegt in der Ehrenpflege und der Reinerhaltung der SA. und des SA.-Führerkorps. Der Reinerhaltung der Führerschaft dienen zwei Disziplinarkammern. Das persönliche Recht des SA.-Mannes wird in einer besonderen Abteilung wahrgenommen.

Der mit Fachjuristen besetzten Rechtsabteilung obliegen die juristische Beratung der Hauptämter der Obersten SA.-Führung und der Gruppen, die Zusammenarbeit mit den übrigen Rechtsstellen der Bewegung und als drittes der dienstliche Verkehr mit der Kanzlei des Führers und die Bearbeitung von Gnadengesuchen strafrechtlich verurteilter SA.-Männer wie auch ehemaliger SA.-Angehöriger. Dies geschieht unter dem Gesichtspunkt, daß der SA.-Mann zwar auf der einen Seite erhöhte Pflichten gegenüber der Volksgemeinschaft hat, andererseits aber gerade bei alten bewährten Kämpfern in der SA. vielfach wirtschaftliche und seelische Nachwirkungen aus der Zeit des Ringens um die Macht vorliegen, die in ihrer Bedeutung nur von der SA. voll beurteilt werden können.

Das Verwaltungshauptamt.

Die Verwaltung der SA. stellt in ihrer heutigen mustergültigen Organisation und sauberen Wirtschaftsführung das Werkzeug dar, das der Stabschef zur Lösung der großen ihm vom Führer gestellten Aufgaben braucht. Klarheit ist das Kennzeichen der SA.-Verwaltung in all ihren vielen Gebieten.

Die vermögensrechtlichen Angelegenheiten der NSDAP. und damit auch der SA. sind dem Reichsschatzmeister als Generalbevollmächtigten des Führers unterstellt. Bevollmächtigter des Reichsschatzmeisters für die gesamte SA.-Verwaltung ist der Reichskassenverwalter der SA., der unbeschadet seiner Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichsschatzmeister gleichzeitig in seiner Eigenschaft als Chef des Verwaltungshauptamtes Sachbearbeiter des Stabschefs für alle die Verwaltung berührenden Angelegenheiten der gesamten SA. ist.

Das große Aufgabengebiet des Verwaltungshauptamtes gliedert sich in drei Ämter:

a) Geldwirtschaft, Haushalt, Buchführung, Finanz- und Wirtschaftskontrolle;
b) Sachwerte, Beschaffungen, Versicherungen und Verträge;
c) Bau- und Siedlungsamt.

Die Besoldung der in den Stäben notwendigen hauptamtlichen SA.-Führer und Männer ist auf Grund von Planstellen einheitlich geregelt. Sie setzt sich zusammen aus Grundgehalt, Wohnungsgeldzuschuß, Verheirateten- und Kinderzulage. Vom bevölkerungspolitischen Standpunkt ausgehend wurde besonders die Kinderzulage in einer sozial vorbildlichen Staffelung festgesetzt.

Größte Sparsamkeit ist in der SA. eine Selbstverständlichkeit, auf die bei jeder Gelegenheit noch besonders hingewiesen wird. Ein vorzüglich arbeitendes Abrechnungs- und Kontrollsystem ermöglicht eine genaue Übersicht über die Wirtschaftsführung aller Einheiten und erleichtert die sofortige Abstellung etwaiger Mängel. Die durch Beauftragte des Reichsschatzmeisters bei den Einheiten erstellten Prüfungsberichte werden in einer besonderen Abteilung des Verwaltungshauptamtes bearbeitet und ausgewertet.

Die großen Vermögenswerte der SA., die ein Bestandteil des Gesamtvermögens der NSDAP. sind, werden stückzahl- und wertmäßig erfaßt und sorgsam verwaltet. Viele Millionen fließen der

Wirtschaft durch das von der Obersten SA.-Führung mit Hilfe des Dankopfers der Nation ins Leben gerufene große Siedlungswerk zu, welches vielen Tausenden von Bedürftigen, erbgesunden und kinderreichen Familien ein eigenes Heim geben soll. Außer Stadtrandsiedlungen hat das Bau- und Siedlungsamt in der Nähe von Aurich Bauernsiedlungen mit 60 bis 80 Morgen Land errichtet, die vor allem von ehemaligen Landarbeitern bewirtschaftet werden. Auch hier stellt man Vieh und sogar eine Ernte unentgeltlich zur Verfügung.

Die vielseitigen Aufgaben der SA.-Verwaltung sind eng mit denen der Führung verbunden. Aufmärsche und andere Veranstaltungen, Schulung, Ausrüstung, Beschaffungen usw. lassen sich ohne maßgebende Mitarbeit der Verwaltung nicht durchführen.

Das Hauptamt NS.-Kampfspiele.

Am 27. November 1936 erließ der Führer folgende Verfügung: Im Verfolg meiner Proklamation beim Reichsparteitag der Ehre schaffe ich hiermit für die künftigen Reichsparteitage die NS.-Kampfspiele. Träger dieser Kampfspiele in Vorbereitung und Durchführung ist die SA. Die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlasse ich nach den Vorschlägen des Stabschefs der SA. Der Reichssportführer wird als Sportreferent der Obersten SA.-Führung zur Mitarbeit bestimmt. Der Stabschef unterrichtet mich fortlaufend von den geplanten Maßnahmen.

— Seite 24 —

Um die in dieser Verfügung des Führers umrissenen Aufgaben organisatorisch zu lösen, wurde im Februar 1937 das Hauptamt Kampfspiele der Obersten SA.-Führung geschaffen. Zum Chef des Hauptamtes Kampfspiele ernannte der Stabschef den Reichssportführer von Tschammer und Osten. Mit dieser Ernennung ist die Gewähr gegeben, daß in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Reichsbund für Leibesübungen die vom Führer gestellten Aufgaben hinsichtlich der Wehrertüchtigung der Gesamtnation und der Schaffung eines Volkes in Leibesübungen gelöst werden.

SA.-Obergruppenführer von Tschammer und Osten hält damit die Organisation und Durchführung der alljährlich auf dem Reichsparteitag in Nürnberg durchzuführenden NS.-Kampfspiele als der Leistungsschau des gesamten deutschen Volkes verantwortlich in seiner Hand. Gleichzeitig obliegt dem Hauptamt die Ausrichtung der NS.-Winterkampfspiele und der Reichswettkämpfe der SA., die ebenfalls eine fortlaufende Erweiterung erfahren.

Das Hauptamt NS.-Kampfspiele ist unterteilt in die drei Ämter: Organisation, Wehrsport und Sport, aus deren Bezeichnung allein sich schon die Abgrenzung ihrer Arbeitsgebiete ergibt.

Die Adjutantur des Stabschefs.

In der Adjutantur des Stabschefs werden alle die Fragen bearbeitet, welche von den Dienststellen der Partei und des Staates wie auch von anderer Seite unmittelbar an den Stabschef herangetragen werden. Neben den sehr umfangreichen Arbeiten der Anfragenerledigung und des Vortrags beim Stabschefs über wichtige Angelegenheiten hat die Adjutantur als persönliche Dienststelle des Stabschefs für die Vorbereitung und reibungslose Durchführung der Reisen des Stabschefs zu sorgen. Immer wieder besucht der Stabschef die einzelnen Gruppen, wobei in erster Linie das Flugzeug, daneben aber auch Bahn und Kraftwagen benutzt werden. Alle die mühevolle Kleinarbeit, die diese Dienstfahrten beanspruchen, bedarf eingehender Erledigung, sollen die Termine eingehalten werden und das ganze Programm sich wie vorgesehen abwickeln. Selbstverständlich kommen viele SA.-Führer, die gerade in der Reichshauptstadt weilen, auch persönlich in die Adjutantur, um den Stabschef zu sprechen. Die verschiedensten Anliegen werden hier vorgetragen und manche wertvolle Anregung kommt aus den Reihen der Besucher. Die Männer in der Adjutantur, deren Aufgabe es ist, im persönlichen Dienst des Stabschefs das ihre zu tun, bemühen sich, um diesem seine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe zu erleichtern, wenigstens die dringlichsten Fragen zu erledigen oder den Kameraden mit sachgemäßem Rat weiterzuhelfen. Daneben gilt es, für die verschiedenen dienstlichen Be-

sprechungen des Stabschefs mit führenden Männern in Partei und Staat die Termine festzulegen und das Tagesprogramm nach den jeweiligen Erfordernissen so einzuteilen, daß alle Arbeiten reibungslos erledigt werden können. Es ist kein leichter Dienst, den die Männer in der Adjutantur zu leisten haben, allein das Bewußtsein, auch damit der breiten Front der Kameraden überall im Reich zu helfen und ihren Kampf zu unterstützen, gibt ihrer Arbeit den wertvollen Inhalt.

Die Sondereinheiten der SA.

Pionier- und Nachrichten-SA.

In demselben Maße, wie der kleine Stoßtrupp der nationalsozialistischen Idee heranwuchs zu einer Organisation, in deren Hände der

Führer die gesamte körperliche und weltanschauliche Erziehung unseres Volkes gelegt hat, in eben demselben Maße wuchs auch der Aufgabenbereich der braunen Armee Adolf Hitlers und erhielt eine Vielgestaltigkeit, die die besondere Ausbildung von Einheiten nötig machte, welche auf ihrem Spezialgebiet zum steten Einsatz und höchster Leistung fähig waren.

Es entstanden die Pionierstürme, es wurden ferner die Nachrichtenstürme aufgestellt. Beide Einheiten haben, seitdem sie bestehen, immer wieder unter Beweis gestellt, daß die Männer mit dem Pi und dem Na auf dem Spiegel ihres Dienstanzugs da zu finden sind, wo deutsche Menschen ihre Hilfe brauchen. Wenn Sturm die Wogen des Meeres aufpeitscht und die Wassermassen des Reiches Küsten bedrohen, wenn Regengüsse und Schneeschmelze die Gebirgsbäche anschwellen lassen, so daß Acker, Flur und Hof gefährdet sind, wenn Feuer im Begriff ist, deutsches Volksgut zu vernichten oder wenn sonstwo Naturkatastrophen hereinbrechen, findet man in allen Gauen des Reiches und zu jeder Zeit die Pioniere und Nachrichter unter den ersten Helfern, die freudig und opferbereit zupacken. Die wenigsten haben eine Ahnung davon, was sich in den Stunden erbitterten Ringens mit den Naturgewalten abspielt, sie denken wohl auch kaum daran, daß dieselben Männer, die vielleicht eine ganze Nacht ihr Letztes gaben, wenige Stunden später wieder im Beruf stehen, und die allerwenigsten werden sich darüber klar sein, welche gründliche und sorgfältige Ausbildung und welche unermüdlichen Übungen notwendig waren, um im Ernstfall einen vollen Erfolg zu erzielen. Und bei diesen Übungen sehen wir dann, wie im Handumdrehen Brücken entstehen, sehen wie Sprengungen ausgeführt werden und können neben den Leistungen der Pioniere, die Hand in Hand mit den Nachrichteneinheiten arbeiten, bestaunen, wie diese ihre Feldkabel legen, Fernsprecher montieren, die Blinkapparate sprechen lassen, Meldungen durch Radfahrer, Meldehunde oder Brieftauben weiterleiten, kurz gesagt, wie diese

die Verbindung zwischen der Front und den Stäben herstellen und damit eine reibungslose Zusammenarbeit sichern. Der Ausbildungsstand der Männer der Nachrichtenstürme ist durch den Nachrichtenschein einer stetigen Kontrolle unterzogen. Dieser Schein stellt seinem Besitzer das Zeugnis aus, daß sein Ausbildungsstand umfassend und ausgezeichnet ist. Drei Jahre lang muß er durch Prüfungen hintereinander erworben werden, bis er endgültiger Besitz des betreffenden Nachrichtenmannes ist.

So entsteht in diesen technischen Einheiten der SA. eine geschulte Mannschaft, deren Fähigkeiten und Kenntnisse nicht zuletzt im Dienste der Landesverteidigung von außerordentlichem Wert sind. Auf der einen Seite bringt der junge SA.-Mann, der aus seiner Gliederung in die Armee eintritt, bereits eine Menge von Voraussetzungen mit, die seine Ausbildung in technischer Hinsicht erleichtern und beschleunigen, während diejenigen gedienten Soldaten, die aus der Armee wieder zur SA. zurückkehren, dort durch stete Übung körperlich und geistig ihren Ausbildungsstand erhalten und den Kameraden ihr Wissen vermitteln. So tragen sie zur Steigerung von Wehrkraft und Wehrgeist des deutschen Volkes einen nicht unerheblichen Teil bei. Wie überall, so findet auch hier der Soldat der Armee seinen engsten Verbündeten im politischen Soldaten.

Die Reiter-SA.

Wenn heute in Deutschland der Reitsport nicht wie es Jahrzehnte hindurch war, das Vorrecht und die Angelegenheit einer besitzenden Schicht ist, sondern die Sache all derer, die aus Begeisterung und Liebe zum Pferd sich zur Reiterei bekennen, so ist das nicht zuletzt auch der SA. zu danken, die sich des Reitsports als eines Mittels der körperlichen Volksertüchtigung angenommen hat. Der Führer selbst schuf mit seiner Verfügung vom 17. März 1936 über die Aufstellung des NS.-Reiterkorps die Grundlagen, mit denen einmal die SA.-Reiterei selbst und zum anderen die deutsche Jugend, vor allem die wehrdienstpflichtigen Jahrgänge an den Reitsport herangeführt werden konnten. Diese Verfügung schuf bald die organisatorischen Voraussetzungen dafür, daß die SA. heute alljährlich viele tausend junge ausgebildete Reiter an unsere Wehrmacht abgeben kann. Dem NSRK. müssen alle 18- bis 20jährigen und dürfen auch jüngere sowie ältere Jahrgänge beitreten, die für die Reit- und Fahrausbildung vor der Dienstzeit in Frage kommen und den Reiterschein erwerben wollen, um bei einer berittenen oder fahrenden Truppe dienen zu können.

Die Organisation des NSRK. hat ihre Spitze im Reichsinspekteur für das Reit- und Fahrwesen, der dem Stabschef der SA. unmittelbar unter-

stellt ist und der zugleich dem neugeschaffenen Hauptamt für Reit- und Fahrausbildung in der Obersten SA.-Führung vorsteht. Auf diese Weise ist eine denkbar enge Verbindung zwischen den beiden Organisationen hergestellt worden, und in ihr liegt zugleich die fruchtbare Wechselwirkung zwischen SA.-Reiterei und NSRK.

begründet. In jeder SA.-Gruppe wurde das Amt eines Gruppenreiterführers geschaffen, der dem Reichsinspekteur als dessen Beauftragten für Ausbildung und Organisation verantwortlich ist. Heute verfügt die SA.-Reiterei über 101 Reiterstandarten, in deren Schule nun Jahr für Jahr die dienstpflichtigen jungen Deutschen ihre Ausbildung erhalten, die sie zum Eintritt in einen selbstgewählten Truppenteil befähigen.

Das NSRK. hat mit der Schaffung des Reiterscheines ein Mittel gefunden, die reiterlichen Fähigkeiten zu pflegen und zu fördern. Der Reiterschein wird nur nach sorgfältiger Prüfung und Erfüllung der zu seiner Erlangung notwendigen Bestimmungen verliehen und erfordert ein umfassendes Maß von reitsportlichem Können. So ist der Reiterschein ein Mittel der Auslese und der Förderung der wirklich Begabten. Das NSRK. ist noch jung, aber zwei Jahre ernster Arbeit haben bereits die Richtigkeit seiner Ziele bewiesen.

Die Marine-SA.

Die Männer der Wasserkante, die Seefahrer und Fischer tun zumeist in der Marine-SA. ihre Pflicht, da sie in ihrem täglichen Beruf irgend etwas mit der Seefahrt und dem Wasser zu tun haben. Trotzdem gibt es aber nicht nur an der See Marine-SA.-Standarten, sondern auch im Binnenland. Wenn auch nicht große Schiffe zur Ausbildung zur Verfügung stehen, so genügt doch oft ein Schiff, das auf dem Lande nachgebaut ist, um an seinen Masten, Wanten und Deckaufbauten eine sorgfältige Ausbildung der Männer durchzuführen. Der Dienst der Marine-SA. dient zur Vorbildung und zur Weiterbildung für die Marine. Winken, Funken, Morsen und Flaggen als Signaldienst, Navigieren, Kutterbullen, Sternenkunde, fachmännisches Bedienen eines Segelschiffes, Rettungsdienst — um nur einige Aufgabengebiete zu nennen — füllen den Dienstplan aus.

Bei den seefahrenden SA.-Männern aber, die den größten Teil ihres Lebens auf den Weltmeeren verbringen, steht an erster Stelle der weltanschauliche Einsatz des Bordtrupps, der auch im Ausland, bei Feiern, Aufmärschen und ähnlichen Veranstaltungen, in Erscheinung tritt. Die Marine-SA. gibt alljährlich an die deutsche Handels- und Kriegsmarine glänzend vorgeschultes Material ab und ist so praktisch und theoretisch eine wertvolle Stütze der deutschen Seefahrt und der deutschen Seegeltung.

— Seite 28 —

Die SA.-Sanitätsmänner.

Die Sani-Männer, die Sanitäter der SA., waren schon in der Kampfzeit dabei, wenn es galt, den verletzten Kameraden die erste

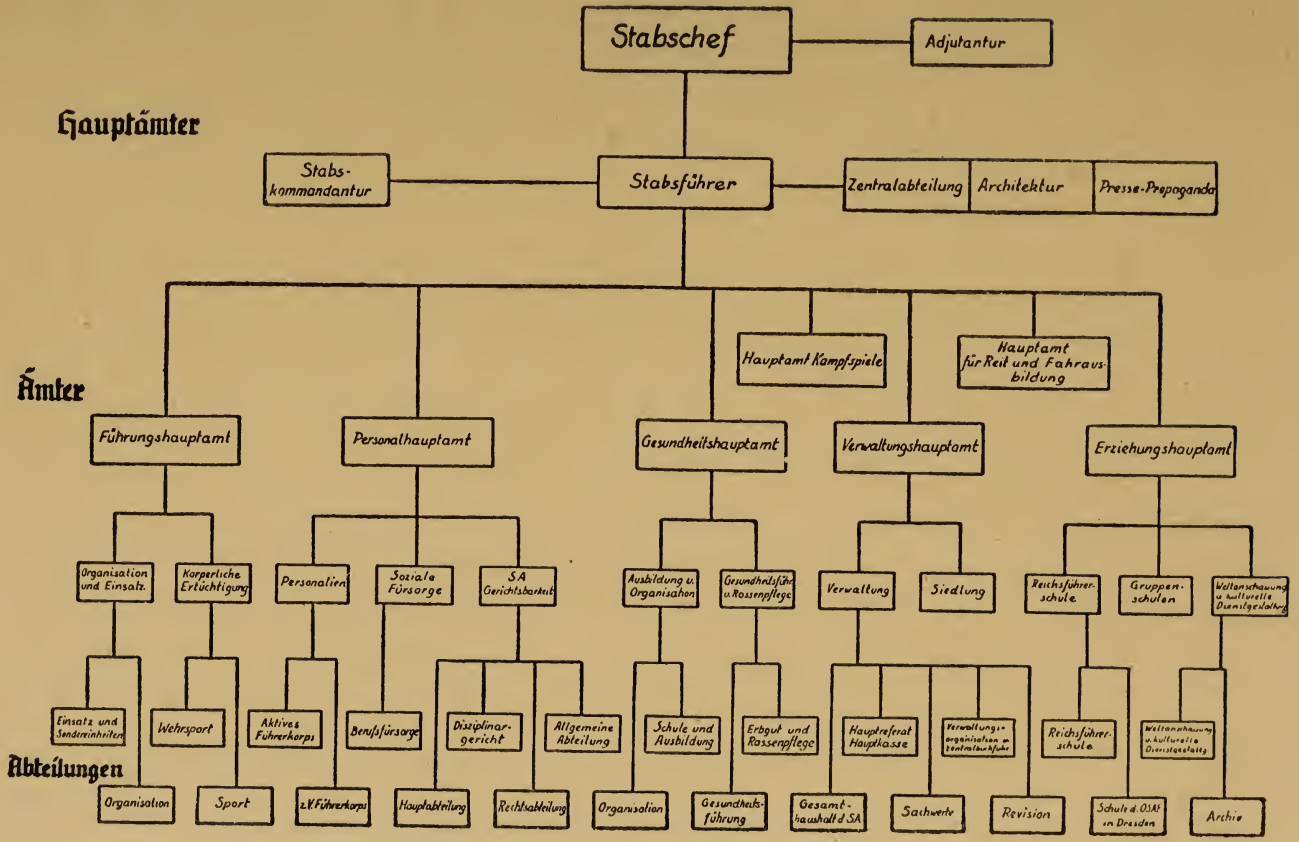
Hilfe zu bringen. Unendlich viel verdankt die SA. diesen SA.-Sanitätern der Kampfzeit. Und aus diesen einfachen Männern wurden Ärzte für Leib und Seele, die stets den richtigen Ton trafen und von denen man wußte, daß auf sie in jeder Lebenslage Verlaß war. Wenn auch heute wieder Sicherheit und Frieden nach innnen herrschen, so sind doch die SA.-Sanitäter nicht überflüssig geworden. Der Dienst der SA. und ihre stete Einsatzbereitschaft bringen körperliche Gefahren mit sich, und manche Schäden können nur durch rasche Hilfe beseitigt oder in ihrer Wirkung gemildert werden. Sei es Hitze oder Frost, Unfälle oder plötzliche Erkrankungen, die Sani-Männer sind auf dem Posten. Höchste Anforderungen aber werden an sie gestellt, wenn bei Katastrophen die ärztlichen Hilfskräfte nicht mehr ausreichen und das Leben vieler Menschen davon abhängt, daß eine sachgemäße erste Behandlung erfolgt. Da geben dann die SA.-Sanitätsmänner ihr Letztes und packen zu. Ungenannt und unbekannt tun sie ihre Pflicht, wie es Geist und Tradition der Gliederung verlangen, der sie angehören.

Die Standarte Feldherrnhalle.

Unter dem Symbol, das für uns Nationalsozialisten die Verkörperung höchster Opferbereitschaft ist, der Opfer-Rune, hat die SA. eine Truppe geschaffen, die dazu bestimmt ist, das politische Soldatentum unserer Zeit zu symbolisieren: Die Standarte Feldherrnhalle. Schon die Tatsache, daß der Oberste SA.-Führer Adolf Hitler seinen bewährten Kameraden SA.-Obergruppenführer Hermann Göring zu ihrem Chef ernannt hat, beweist die hohe Berufung, die der Standarte heute und morgen zukommt. Sie ist als Kerntruppe der Sturmabteilungen dazu ausersehen, Vorbild im Dienen und im Gehorchen zu sein.

Die Maßstäbe sind sehr streng, die an die junge Mannschaft gelegt werden, die ihr Leben der Standarte verschrieben haben. Hier werden nur die rassisch besten und gesündesten eingereiht. Alljährlich stoßen junge Männer aus allen Berufen und Schichten des Volkes zur Stammannschaft. Unterschiede der Herkunft oder des Besitzes sind unbekannt. Hier gilt nur der Mann, seine Leistung und die Verpflichtung, als immer einsatzbereiter SA.-Mann den Befehlen seiner Führer zu gehorchen.

Alle Möglichkeiten stehen dem offen, der sich in der Standarte bewährt. Wer sein Jahr abgeleistet hat, kann sich entscheiden, zu bleiben oder in seinen Beruf zurückzukehren. Ebenso ist es möglich, sich zum hauptamtlichen SA.-Führer emporzuarbeiten oder in den Verwaltungs-


Stabschef
Adjutantur
Hauptämter
Stabs-kommandantur
Stabsführer
Zentralabteilung
Architektur
Presse-Propaganda
Ämter
Hauptamt Kampfspiele
Hauptamt für Reit und Fahrausbildung
Führungshauptamt
Personalhauptamt
Gesundheitshauptamt
Verwaltungshauptamt
Erziehungshauptamt
Organisation und Einsatz
Körperliche Ertüchtigung
Personalien
Soziale Fürsorge
SA Gerichtsbarkeit
Ausbildung u. Organisation
Gesundheitsführ. u. Rassenpflege
Verwaltung
Siedlung
Reichsführerschule
Gruppenschulen
Weltanschauung u. kulturelle Dienstgestaltung
Abteilungen
Einsatz und Sondereinheiten
Wehrsport
Aktives Führerkorps
Berufsfürsorge
Disziplinargericht
Allgemeine Abteilung
Schule und Ausbildung
Erbgut und Rassenpflege
Hauptreferat Hauptkasse
Verwaltungsorganisation u. Zentralbuchführ.
Reichsführerschule
Weltanschauung u. kulturelle Dienstgestaltung
Organisation
Sport
z.V. Führerkorps
Hauptabteilung
Rechtsabteilung
Organisation
Gesundheitsführung
Gesamthaushalt d. SA
Sachwerte
Revision
Schule d. OSAF in Dresden
Archiv

2168-PS

dienst einzutreten; entscheidend sind dafür freilich die Fähigkeiten der Bewerber und die Möglichkeiten ihres Einsatzes im politischen Leben des Volkes.

In sechs großen Lagern, die im ganzen Reich verstreut liegen, vollzieht sich an vielen Hunderten von tüchtigen Menschen eine wertvolle Erziehungsarbeit, deren politischer Wert mit nackten Zahlen oder trockenen Statistiken nicht belegt werden kann. Das ist auch nicht entscheidend, viel wesentlicher und für die Berechtigung dieser Formung politischen Soldatentums scheint uns zu sein, daß aus der Schule der Standarte Feldherrnhalle Nationalsozialisten hervorgehen, die zu ihrem Teil mithelfen sollen, den Bestand jenes Werkes zu sichern, das Adolf Hitler begonnen hat. Deshalb gehören in der Standarte Feldherrnhalle die Begriffe Disziplin, freiwillige Unterordnung und soldatische Lebensführung zu den ersten Voraussetzungen und zur grundsätzlichen Bedingung bei der Aufnahme des Nachwuchses.

Aus den Erscheinungsformen des politischen Lebens von heute entwickelt, in ihrer Haltung den bewährten Vorbildern der alten SA. nacheifernd, bekennt sich die Standarte Feldherrnhalle zur soldatischen Lebensauffassung. Sie vereint in ihren Reihen junge, bewußt politische Menschen, die freiwillig ein Leben in Härte und soldatischer Strenge leben wollen.

Die Reichsführerschule.

Führerauslese und planmäßige Führererziehung, das war das Neue, das nach der Machtübernahme in den Kreis der politischen Arbeit der Partei einbezogen wurde. Ein wirkungsvolles Instrument solcher Führerschulung ist die 1931 vom Führer geschaffene Reichsführerschule der SA. in München. Viele Tausende von SA.-Führern sind hier nach den Erkenntnissen der Kampfzeit in neuen Formen ausgerichtet und geschult worden und sind dann, versehen mit Wissen und weltanschaulichen Kenntnissen, hinausgegangen in ihre Einheiten, um die Front des politischen Gegenwartskampfes, um ihre Erfahrungen und neu gewonnenen Einblicke auf die zu übertragen, die sie zu führen haben.

Die Arbeit der Reichsführerschule von heute ist darauf abgestellt, die Synthese von Körper und Geist dem Idealbild sehr weit zu nähern. Alle technischen Mittel werden dafür eingesetzt. In neunmonatigen Lehrgängen werden die SA.-Nachwuchsführer in alle Gebiete des politischen Lebens eingeführt. Die Reichsführerschule will zur selbstschöpferischen Arbeit anregen, zum Nachdenken erziehen und den jungen SA.-Führer bewußt zur charakterfesten

politischen Persönlichkeit formen: Körper, Geist, Seele — eines ist ohne das andere nicht zu denken. Eine harte Körperschule, strenge Maßstäbe in der gesundheitlichen und rassischen

Wertung, ständige Überwachung der Lebensführung sind wertvolle, aber auch unerläßliche Mittel der strengen und ernsten Arbeit.

Eine zweite Aufgabe ist der Reichsführerschule mit den alljährlich in der Zeit nach den Reichsparteitagen stattfindenden, jeweils zwei Wochen umfassenden Arbeitstagungen für ältere Einheitsführer, vom Führer einer Standarte an aufwärts einschließlich Stabsreferenten, gestellt worden. In diesen Arbeitstagungen wird die politische Bilanz eines Jahres gezogen. Die Reichsführerschule hat somit an der politischen Schulungsarbeit der Partei einen hervorragenden Anteil. Die Ergebnisse der neuen Nachwuchsführererziehung werden vielleicht erst in späteren Jahrzehnten sichtbar werden, aber schon heute hebt sich das Ziel deutlich erkennbar ab: der nationalsozialistisch geschulte, an Geist und Körper gehärtete, charakterfeste deutsche Mensch.

Die Reichsführerschule der SA. in Dresden wird nach den gleichen Richtlinien geleitet. Für die Spezialausbildung der Sondereinheiten stehen der SA. die Reichssanitätsschule in Tübingen und die Reichsreiterschule in Zehlendorf zur Verfügung.

III. Ausblick.

Das Gesetz der Freiwilligkeit.

Am Anfang des Kampfes war die Partei und die SA. Der Zweck, die Aufgaben und wechselnden Erfordernisse des Kampfes haben dazu geführt, daß aus den großen Sammelbecken der SA. die Gliederungen der Partei entstanden. Die starken Impulse, die von der SA. ausgingen, haben sich übertragen auf die Arbeit aller Gliederungen der Partei. Alle Gliederungen erfüllen heute ihre Arbeit nach eigenen Gesetzen und Verantwortlichkeit. Die meisten ihrer Führer aber und viele der Männer sind in den Reihen der Sturmabteilungen marschiert, und so lebt auch heute und wirkt in diesen Gliederungen das weiter, was wir SA.-Geist nennen.

„Der Kampf geht weiter" — das war von Anfang an die Parole der SA. und wird sie für alle Zeiten bleiben. Niemals hat die SA. gekämpft um des Kampfes willen, niemals um zu zerstören, sondern nur um aufzubauen. Und nur darum konnte der Führer seiner SA. im neuen Staate Aufgaben von entscheidender Bedeutung übertragen.

Von welchem Geist die SA. beseelt ist, das haben unsere Kameraden in den vergangenen Jahren in Österreich gezeigt. Sie waren unerschütterlich in dem Bekenntnis zum Führer, im Glauben an die Kraft des Blutes und an der Treue zur Heimat. Sie haben sich selbst ein Denkmal des

sich immer wieder erneuernden SA.-Geistes gesetzt. Ihre Opfer waren Bausteine der Freiheit. Sie waren stolz darauf, leiden zu dürfen für Deutschland. Das Schicksal hat diese Männer und ihre Familien einen Weg gehen lassen, dessen Marksteine Not, Haß, Leid, Terror und Verfolgung waren. Viele haben ihr Leben geopfert, und bei vielen, die hinter Kerker- und Gefängnismauern saßen, war die Hoffnung auf Freiheit zu einem Nichts herabgesunken, und dennoch kam kein Wort der Bitternis über ihre Lippen. Wer so kämpfen kann, ist wert, Deutscher und SA.-Mann genannt zu werden.

Vor wenigen Monaten noch standen Österreichs SA.-Männer im blutigen Kampf, und schon jetzt arbeiten sie am friedlichen Aufbau. So wurde auch in Deutsch-Österreich die SA. im nationalsozialistischen Staat zur Friedensarmee des Volkes. Nur darum kann die SA. diese Aufgabe meistern, weil das Ziel immer dasselbe bleibt und sie alle Wege marschiert, die der Führer befiehlt, und weil die Freiwilligkeit des Dienens das höchste Gesetz des Nationalsozialismus ist.

Heute steht die SA. vor der großen Aufgabe, Hüterin und Gestalterin des Wehrwillens und der Wehrkraft des deutschen Volkes zu sein. Ihre Hingabe, ihre Opferbereitschaft, ihr Glaube an die Idee und ihre soldatisch kämpferische Haltung wird im deutschen Volk jene körperliche Tüchtigkeit und jene wehrhafte Bereitschaft schaffen und erhalten, die Führer und Reich brauchen und ohne die ein Volk nicht leben kann.

Große Leistungen werden nur erzielt mit unerhörtem persönlichem Einsatz auf der Basis der Freiwilligkeit. Und dieses Gesetz des freiwilligen Dienens ist der Schlüssel zur Bereitschaft und der erfolgreichen Arbeit der SA. Nicht Zuschauer, sondern Aktivisten ist die Parole der SA. in allen Dingen, die sie anfaßt.

Die Sturmabteilungen haben schwerste Prüfungen durchgemacht. Sie haben sie überstanden, weil die Kerntruppe den Geist der unbedingten Treue und des unbedingten Gehorsams gegenüber dem Führer unerschütterlich in sich trägt. Die SA. steht heute stärker und gefestigter da denn je. Sie weiß, daß der Führer ihr auch in Zukunft neue Arbeitsgebiete anweisen wird. Die Sturmabteilungen

sind bereit, den Befehlen des Führers zu folgen und seine Aufträge mit ganzem Einsatz zu erfüllen, weil sie in allen Dingen nichts anderes sein wollen als die Träger der Idee, der starke Arm der Bewegung, der sichere Rückhalt des Volkes und die opferbereite und angriffsfreudige Infanterie des deutschen Volkes.

DOCUMENT 2176-PS

EXTRACT FROM THE REPORT OF THE JUDGE ADVOCATE, THIRD UNITED STATES ARMY, 17 JUNE 1945, ON MAUTHAUSEN CONCENTRATION CAMP AND ITS BRANCHES, AND PHOTOGRAPHS OF FOUR PHYSICAL EXHIBITS (EXHIBIT USA-249)

BESCHREIBUNG:
The list of witnesses and their testimony is not reproduced

CONFIDENTIAL

HEADQUARTERS
THIRD UNITED STATES ARMY
Office of the Judge Advocate

APO 403
AG 092 (3 JA — 132) GNMCJ 17 June 1945

SUBJECT: Report of Investigation of Alleged War Crimes.

TO: Commanding General, Twelfth Army Group, APO 655, U. S. Army.

I. AUTHORITY

1. This investigation was conducted in conformity with Letter, European Theater of Operations, 24 February 1945, by EUGENE S. COHEN, ASN 0-1573121, Major, 514th Quartermaster Group, APO 403, United States Army, Investigator-Examiner, during the period 6 May 1945 to 15 June 1945, and pursuant to directive of Commanding General, Third United States Army, a copy of which is attached as Exhibit 1.

II. MATTERS INVESTIGATED

2. Murder by shooting, beating, use of poison gas, drowning, starving, injections, stoning, exposure, burning, and choking of nationals of twenty-three (23) nations, including members of the United States armed forces, of the German civilian population working under the German armed forces and of other nationals under the orders of said German armed forces, in violation of Article 2 of the Geneva Prisoner of War Convention (Par 73, Rules of Land Warfare, Article 2 of same, Par 25, 26, 30, and 31, Rules of Land Warfare).

III. PROCEEDINGS

3. a. The testimony of all witnesses examined in the course of this investigation and which is attached and made a part hereof was secured through the use of interpreters where requisite, after the witness had been sworn by me, through the interpreter, under the authority of Article of War 114, in the following form: "You swear (or affirm) that the evidence you shall give in this investigation now being conducted by me shall be the truth, the whole truth, and nothing but the truth. So help you God." Where practicable, the witness was given an opportunity to sign his testimony in my presence and, in all cases, it was signed after such testimony had been read back to the witness in his own language by the interpreter. The use of a stenographic reporter was impracticable under existing conditions.

The interpreter was sworn in the following form: "You swear (or affirm) that you will truly interpret this investigation now being conducted by me. So help you God."

b. The transcribed testimony of each such witness whose name is below listed is hereto attached as an Exhibit — the number of which is indicated immediately following the witness' name. As a further aid, the name of each camp in the chain at which the said Exhibit was prepared is listed alongside the name of the witness:

. . . . .

c. Other Exhibits:

Description

(a) (Exhibit 4 is a report by an International Committee set up by this Investigation, and same is sworn to in due form by the two witnesses named.

The report is further documented with the names of others who helped compile the facts and figures).

(b) Journal Record of victims between certain dates, including information as to name, nationality, residence, date of birth, date of death, manner of death, and the names of guards performing the actual execution. (Ex. #214)

(c) "Totenbuch," or Book of the Dead, representing names of victims, nationality, residence, date of birth, date of death, and manner of death, between certain dates. This is a sample of small journals which were later incorporated in the permanent records which number sixteen (16) volumes and which will be submitted in a supplemental report. (Ex. #215)

(d) Specimen of poisonous gas used in gas chamber at MAUTHAUSEN and GUSEN No. 1 and No. 2, (Ex. #216)

(e) Rubber hose used by SS Guards to beat prisoners in the MAUTHAUSEN Chain of Camps. (Ex. #217)

(f) Heavy whip used by SS Guards to beat prisoners in the MAUTHAUSEN Chain of Camps (Ex. #218)

(g) Cat of Nine Tails Whip used by SS guards. (Ex. #219)

IV. SUMMARY OF FACTS

4. A certificate by the Investigator-Examiner is attached hereto in separate form, summarizing the camp and methods of working them in the present investigation.

a. Between 1,500,000 and 2,000,000 political prisoners are known to have been incarcerated and labeled for extermination at the MAUTHAUSEN system of concentration camps from available records. The Chain consisted of between 23 and 30 individual camps between the years 1941 and 1945, the number varying as the smaller of these were occasionally evacuated when certain jobs had been finished (see Exhibits 4, 81, and 213).

b. Of the camps affiliated with MAUTHAUSEN, the present investigation covered 13 of them of which the largest were MAUTHAUSEN, GUSEN, Number 1 and Number 2, EBENSEE, STEYR, and GUNSKIRCHEN. Others in the list situated in Third Army Territory were LINZ, Numbers 1, 2 and 3, WELLS, LENZING,

SCHLIER, and ENNS. The victims of this Chain of camps were murdered by the SS Guards working in these camps under the command of FRANZ ZIEREIS, Commandant and GEORGE BACHMAYER, Assistant Commandant, both now deceased, whose headquarters were at the fortress in MAUTHAUSEN (see Exhibits 209, 210, and 212).

c. Evidence reveals that the orders for the systematic decimation of these prisoners originated in BERLIN under the direct orders of SS FUHRER HEINRICH HIMMLER (see Exhibit 4).

d. American Forces liberated this camp on 5 May 1945 and this Investigator-Examiner and his team commenced this investigation on 6 May 1945.

e. The victims of the MAUTHAUSEN Chain of concentration camps are in the process of compilation and will be submitted in a supplementary report.

5. It may be added that one of the functions of the International Committee formed by this investigator to assist in the investigation of these camps was to arrange for each nation to copy the names of each of its dead from the available records in order to notify the next of kin. Therefore, it is confidently concluded that each such nation already has a list of its own dead with all information regarding their manner of death and the statistics thereupon. This International Committee was selected from the inmates by the

team and consisted of the most distinguished members selected by the prisoners themselves. The Committee numbered six men as principals and many assistants have greatly helped the investigation in securing the best witnesses and covering all phases in the preparation of this case for trial (see Exhibit 4).

6. ENEMY INDIVIDUALS

a. See Exhibit 2.

b. Wanted notices for all perpetrators are in the process of preparation.

V. CONCLUSIONS

The evidence collected in this case shows very clearly that the whole purpose of the MAUTHAUSEN Chain of concentration

camps was extermination of human beings for no other reason than their opposition to the Nazi way of thinking. There is no doubt that MAUTHAUSEN was the basis for long term planning. It was constructed as a gigantic stone fortress on top of a mountain flanked by small barracks.

MAUTHAUSEN, in addition to its permanency of construction, had facilities for a large garrison of officers and men, and had large dining rooms and toilet facilities for the staff. It was conducted with the sole purpose in mind of exterminating any so-called prisoner who entered within its walls.

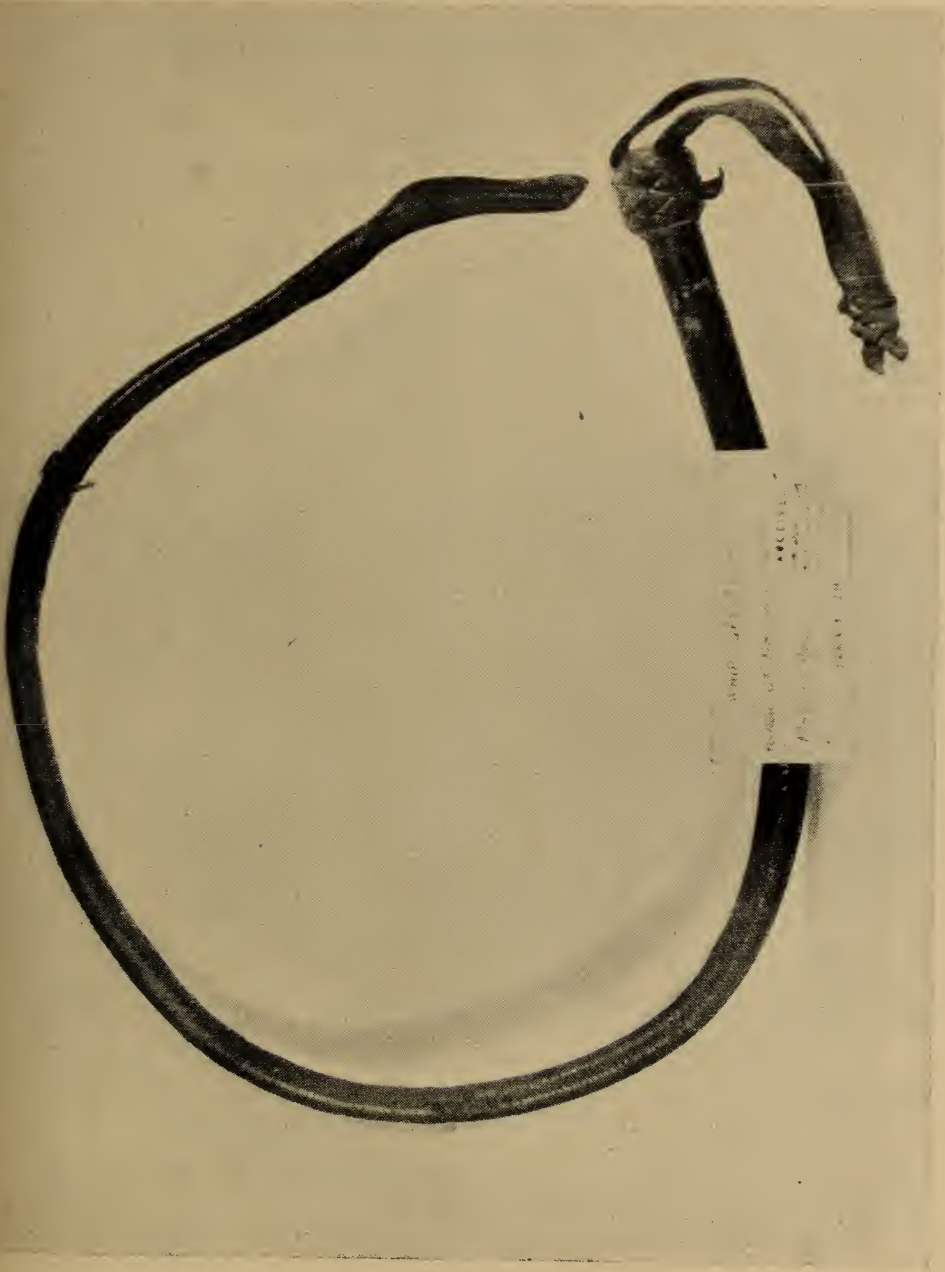
The so-called branches of MAUTHAUSEN were under direct command of the SS officials located there. All records, orders, and administrative facilities were handled for these branches through MAUTHAUSEN. The other camps, including GUSEN and EBENSEE, its two most notorious and largest branches, were not exclusively used for extermination but prisoners were used as tools in construction and production until they were beaten or starved into uselessness, whereupon they were customarily sent to MAUTHAUSEN for final disposal.

The responsibility for the deaths of these victims lies definitely with the Nazi Party and with the SS men who executed its commands. Men like HIMMLER, ZIERIES, BACHMAYER, SCHULZ, GIESLER, PELZER, and others names in Exhibit 2 are but the arch criminals. However, although direct evidence is not established against all the members of the SS Guards in this disreputable Chain, the inescapable presumption is that all of them are prima facie guilty of these mass murders and the burden of proof is upon them individually to prove his innocence. In this connection the SS organization was purely a voluntary one and its purposes were obviously criminal, in violation of the Hague and Geneva Conventions, and the rights of humanity.

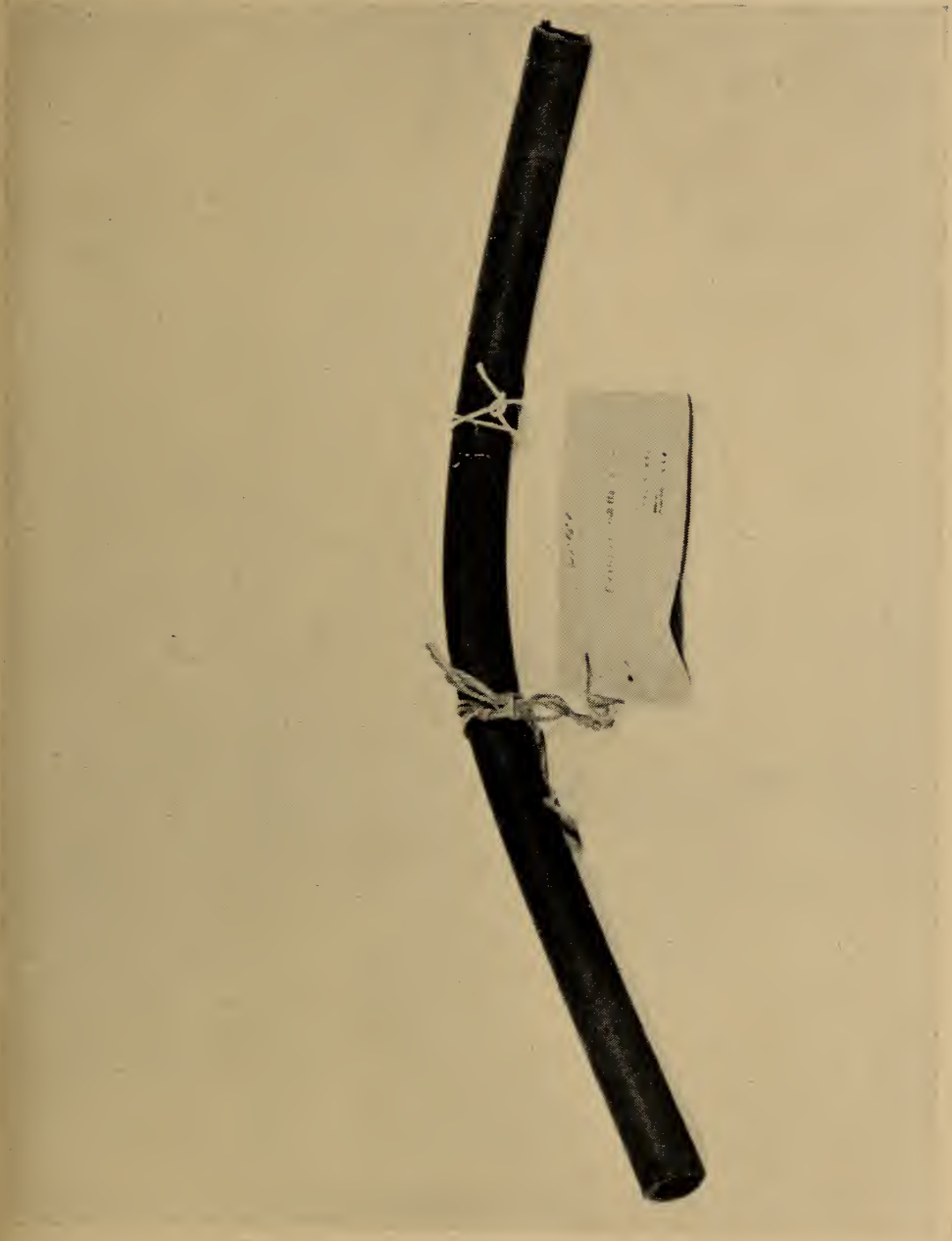
It is the belief of the Investigator-Examiner that the theory of "Association des Malfaiteurs" should be employed most stringently in a case as virulent and as atrocious as the MAUTHAUSEN setup (see Certificate attached hereto).

Eugene S. Cohen

EUGENE S. COHEN, Major, QMC,
JA Section, Third US Army,
Investigator-Examiner.



ZYKLON B
GIFTGAS!
Giftpräparat! Kühl und trocken lagern! Vor Sonne
und offener Flamme schützen! Nur durch geübtes
Personal zu öffnen und zu verwenden!
CYANGEHALT:
200 g
KALIWERKE A. G., KOLIN.



3 JA-132

CERTIFICATE

I hereby certify as follows:

1. The Mauthausen Chain of Concentration Camps varied in number from twenty to thirty or more, depending on the needs of any specific work assignment.

2. As shown in EXHIBITS 21, 22, and 201, the captured records indicated the names of most of these camps, which varied in size from the huge fortress of Mauthausen itself, to a small detached lager similar to STEYR or LENZING. LENZING for example, like Steyr (See EXHIBITS 86, 194 and 195) were detachments from Mauthausen sent and billeted in Barracks to run two large factories.

3. The map herein included as EXHIBIT 201 shows the locations of these named camps with most important route numbers leading to them. It is thus seen that the majority of these camps were located EAST of the RIVER ENNS (which flows into the Danube and passes through STEYR and ENNS-TOWNSHIP, AUSTRIA), and, therefore, are of Russian concern, since this river is the present International Occupation Boundry between ourselves and the Soviet Union.

4. However, the remainder of the camps (as shown in EXHIBIT 201), amounting roughly to about 13, have been accounted for in this present investigation. (See list of Exhibits.) The so-called most notorious of these camps are, of course, first MAUTHAUSEN (ranked with AUSCHWITZ as by far the largest and worst of all Concentration Camps); EBENSEE (ranked by many as worse than DACHAU yet only an inferior Aussenlager (Branch) to MAUTHAUSEN); GUSEN, divided into two large branches named NUMBERS ONE and TWO and of large size in themselves; GUNSKIRCHEN and STEYR, (See EXHIBIT 84), numbering at capacity five-thousand people. (See EXHIBIT 195).

5. Many of these camps were evacuated almost immediately upon liberation, even so large a one as GUNSKIRCHEN. (See EXHIBIT 84.) This camp was said to have numbered as many as 20,000 prisoners at one time, but however, GUNSKIRCHEN, like STEYR and LENZING and the LINZ GROUP (Exhibit 22), and even EBENSEE, were not equipped for Mass Murder (Extermination), like Mauthausen and the Gusens, and when deaths were "required" other than through starving, beatings, exposure, or lack of hygienic treatment, the prisoners were dispatched either to Mauthausen or the Gusens where all were labelled for eventual annihilation. (See

EXHIBIT 4 as a conclusive Exhibit which in itself, makes a complete case against the perpetrators involved).

6. The total count of victims is impossible to estimate, but with HARTHEIM Castle (a building used for mysterious disposal of people), (See Exhibit 213,) almost 2,000,000 are counted from the German Records themselves. (Also see again EXHIBIT 4).

7. As to the perpetrators or murderers, a complete list of leaders and some 10,000 (approximately) other S.S. names are included in this investigation. Descriptions are included whenever possible and at all events, Name, Rank, Date of Birth, Last Residence, and Residence of Next of Kin (to whom they might return) are given. (See EXHIBIT 2, and valuable EXHIBIT 213 which lists the victims between certain dates, giving their names, nationalities, Dates of Birth, Day of Death, Method of Death, and NAMES OF GUARDS doing the killing).

8. All Camps presently investigated are as follows:

MAUTHAUSEN, GUSEN (Nos. 1 and 2) LINZ (Nos. 1, 2, and 3), and EBENSEE.

WELS, GUNSKIRCHEN, LENZING, STEYR, and SCHLIER are also taken care of as part of the chain and as indicated heretofore. All others were either in Russian or British areas. All these camps have been treated as one case. However, a Supplemental Report is now being prepared to follow the present one in a short time. It should be noted that FRANZ ZIEREIS, Commandant of the MAUTHAUSEN CHAIN and GEORG BACHMAYER, Assistant Commandant, are now dead. (See EXHIBITS 181, 182, 183, 184, 185, 209 and 210).

9. Besides the books made Exhibits in this present report, sixteen TOTENBUCHER (Books of the dead, as described in EXHIBIT 4) have been photographed in micro-film and although ready cannot be received in time to submit in this present report.

Additional still photographs and more than 1000 feet of motion pictures have been taken by an official Signal Corps Team and will also be submitted in the Supplemental Report.

Eugene S. Cohen
EUGENE S. COHEN,
Major, QM Corps,
Investigating Officer.

DOCUMENT 2189-PS

LETTER FROM THE SS ECONOMIC-ADMINISTRATIVE MAIN OFFICE, 11 AUGUST 1942, TO THE COMMANDANTS OF 13 CONCENTRATION CAMPS AND THE POW CAMP LUBLIN: IN CONCENTRATION CAMPS—IN THOSE FOR WOMEN AS WELL AS IN THOSE FOR MEN—CORPORAL PUNISHMENT IS TO BE INFLICTED BY INTERNEES (EXHIBIT USA-460)

BESCHREIBUNG:
Verv lila | Stp rot | u r in Ecke hinter Dienstgrad unter U P unl

---

ᛋᛋ - Wirtschafts- Verwaltungshauptamt
Amtsgruppenchef D
— Konzentrationslager —
D I / Az.: 14 c 3 /L/ Ot.—

Oranienburg,
den 11. Aug. 1942.

Betreff: Vollzug der Prügelstrafen.
Bezug: ohne
Anlagen: keine

An die

Einschreiben.

Lagerkommandanten der
Konzentrationslager

Da., Sah., Bu., Mau., Flo., Neu., Au., Gr.-Ro., Natz., Nie., Stu., Arb., Rav. und Kriegsgef.-Lager Lublin.

Der Reichsführer-ᛋᛋ und Chef der Deutschen Polizei hat angeordnet, daß die Prügelstrafen in den Frauen-Konzentrationslagern — unter der befohlenen Dienstaufsicht — von Häftlingen vollzogen werden.

In Angleichung dieses Befehls hat der Hauptamtschef des ᛋᛋ-Wirtschafts-Verwaltungshauptamtes, ᛋᛋ-Obergruppenführer und General der Waffen-ᛋᛋ Pohl, angeordnet, daß mit sofortiger Wirkung die Prügelstrafen in den Männer-Konzentrationslagern ebenfalls von Häftlingen vollzogen werden.

Es ist verboten, den Strafvollzug bei deutschen Häftlingen durch ausländische Häftlinge durchführen zu lassen.

Die Strafverfügungen erhalten auf Seite 2 unter „ Ausführende “ folgende Fassung:

Die Strafe der körperlichen Züchtigung haben folgende Häftlinge am ..... vollzogen:

1.) . . . . . Haft-Nr. . . . .
2.) . . . . . Haft-Nr. . . . .

Glücks

SS - Brigadeführer und
Generalmajor der Waffen - SS

DOCUMENT 2194-PS

TOP-SECRET: REICH DEFENSE LAW, 4 SEPTEMBER 1938; TOP-SECRET LETTER FROM THE REICH TRANSPORT MINISTER, 7 OCTOBER 1938, TO SUBORDINATE AUTHORITIES: THE REICH DEFENSE LAW IS NOT TO BE PUBLISHED; TOP-SECRET LETTER FROM THE REICH TRANSPORT MINISTER, 17 JULY 1939, TO SUBORDINATE AUTHORITIES: THE SECRECY BAN ON PUBLICATION OF THE REICH DEFENSE LAW IS PARTIALLY LIFTED (EXHIBIT USA-36)

BESCHREIBUNG:
fünfteilig | S in schmalem hellblauen Aktendeckel mit Aufschrift und Aktenzeichen (Tu) | | u über „G 300" Stp schwarz; im Stp „g Rs a 300" Ti | o über 2., 3. und 4. S Stp violett: „Zu G Rs Nr. 10/39" („G Rs" und „10/39" Kop) | am Fuß der 1. Seite vom 2., 3. und 4. S: zu Wbv: 407 g. (Ti) | alle Geheim-Stp rot

---

REICHSVERTEIDIGUNGSGESETZ

Weitere Vorgänge
Akten: IV 87[1])
Heft: *g Rs*[2])
A (?) 300

G 300 g.Rs.

[1]) Zahlen dreifach durchstrichen (Ti)
[2]) „g Rs" zweifach durchstrichen (Ti)

Erstes S: Bk dr | o Mi: g Rs /Bmscha 10 (Ti, unterstrichen Blau) | r daneben Haken (Rot) | r n Adr Stp violett: „Der Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. Eingeg. Prag, den 5.IX.1939" („5" Ti) | r im Stp: 274 (Ti) | l n Stp: XI (Ti) und P: Wr (Ti) | unter Stp: 3 Anl (Ti) | quer über Stp bis in den T darunter: P unl (Kop) | Unterstreichung im T Blau | unter U Stp lila: „Ausgefertigt: Dresden, am 4.9.1939 Schneider" („4.9.", „9" in „1939" und „Schneider" Ti) | u Mi Ti-Vm: „Empfangsschein über Schreiben vom 4.9.39, Wbv.: 407 mit 3 Anlagen am 5.9.39 unterschrieben u. an O.Reg.Baurat Kretzschmar (4 Abkürzungen unl) zurückgesandt.Z.d.A. Wbv. Hi."

Der Sächsische
Minister für Wirtschaft und Arbeit

Dresden-N. 6,
den 4. September 1939
Carolaplatz 2
Fernruf 52 151
Für Ferngespräche: 52 051

Geheim

Geschäftszeichen: W b v.: 4 0 7 g

An
den Herrn Reichsprotektor in
Böhmen und Mähren
— Gruppe Verkehrswesen —
z.H. des Herrn Oberreg.Baurats
H i r c h e
oder Vertreter im Amt
P r a g

Anbei erhalten Sie einen Abdruck des ::-:: Reichsverteidigungsgesetzes ::-:: vom 4. September 1938 nebst je einer Abschrift der Erlasse des Herrn Reichsverkehrsministers vom 7. Oktober 1938 — RL/W 10.2212/38 g.Rs. — und vom 17. Juli 1939 — RL/LV 1.2173/39 g.Rs. — zur gefl. Kenntnis und Nachachtung.

Im Auftrag
(gez.) Kretzschmar

3 A n l a g e n

Z w e i t e s S: r n „Prüf-Nr.": „45" (Blei)

Geheime Reichssache!

A n l a g e z u R L / L V 1. 2 8 6 1 / 3 9 g.

Der Reichsverkehrsminister
R L / L V 1. 2 1 7 3 / 3 9 g. R s.

Berlin, den 17. Juli 1939

44 + 2 Ausfertigungen
Prüf-Nr. 45

An die

nachgeordneten Reichs- und Ländermittelbehörden
sowie die Zentralbehörden der Länder, bei denen

a) Wasserstraßenbevollmächtigte (Wbv),

b) Bevollmächtigte für den Nahverkehr (Nbv) und

c) Seeschiffahrtsbevollmächtigte (Sbv)

bestellt sind.

— Je besonders —

Betrifft: Geheimschutz des RV- Gesetzes.

Bezug: Erlaß vom 7. Oktober 1938 — RL/W 10.2212/38 g.Rs.—.

Der Führer hat genehmigt, daß der Geheimschutz des mit dem Bezugserlaß übersandten Reichsverteidigungsgesetzes vom 4. September 1938 stillschweigend fallen gelassen wird. Trotz der damit eingetretenen Erleichterung im Geschäftsverkehr ist von der zuständigen Stelle folgende Einschränkung angeordnet worden, die zur Beachtung hiermit zu Ihrer Kenntnis gebracht wird.

1. Verboten bleibt das Zitieren des RV-Gesetzes in der Öffentlichkeit oder im Zusammenhang mit zur Verkündung gelangenden Gesetzen, sowie inhaltliche Bekanntgabe des Gesetzes in seiner Gesamtheit.

2. Erlaubt ist
   a) die Erwähnung aller im RV-Gesetz verankerten Einrichtungen und ihre Aufgaben in der Öffentlichkeit,

— Seite 2 —

ohne auf das Gesetz Bezug zu nehmen;

b) die Mitunterzeichnung von Gesetzen, die im Frieden für den Krieg vorbereitet und verkündet werden, durch GBV und GBW.

Im Auftrag
gez. Baur.

Drittes S: Datum „1939“ verbessert (Ti) in „1938“ l r n „Prüf-Nr.“: 49 (Blei)

Anlage zu RL/LV. 1. 2861/39 g. **Geheime Reichssache!**

Der Reichsverkehrsminister

RL/W 10. 2212/38 g.Rs.

Berlin W 8,
den 7. Oktober 1938
Wilhelmstraße 80.

47 + 3 Ausfertigungen
Prüf-Nr. 49

An

die nachgeordneten Reichs- und Ländermittelbehörden,
bei denen

a) Wasserstraßenbevollmächtigte,

b) Bevollmächtigte für den Nahverkehr,

c) Seeschiffahrtsbevollmächtigte

bestellt worden sind.

— Je besonders —

Betrifft: Reichsverteidigungsgesetz.

Anliegend wird Abschrift des vom Führer und Reichskanzler am 4. September 1938 unterschriebenen Reichsverteidigungsgesetzes übersandt. Die Veröffentlichung bleibt ausgesetzt.

Im Auftrag
gez. Baur.

Viertes S: Verv l unter Geheim-Stp schwarz: „1432“ Ti durchstrichen und wieder gültig gemacht l l u: RL/2861/39g (Blei)

Geheime Kommandosache.

Reichsverteidigungsgesetz.

Vom 4. September 1938.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.

I. Verteidigungszustand.

§ 1

(1) Als Inhaber der gesamten Staatsgewalt kann der Führer und Reichskanzler für das Reichsgebiet oder dessen Teile den „Verteidigungszustand" erklären.

(2) Wenn die politische Lage es erfordert, ordnet der Führer und Reichskanzler die „Mobilmachung" an. Die Mobilmachung kann auf Teile des Reiches oder der Wehrmacht beschränkt werden.

§ 2

(1) Ist ein Operationsgebiet bestimmt, so erhalten mit Erklärung des Verteidigungszustandes der Oberbefehlshaber des Heeres und die Oberbefehlshaber der Armeen ohne weiteren Befehl die Befugnis zur Ausübung vollziehender Gewalt in diesem Operationsgebiet.

(2) Die vollziehende Gewalt ausübenden Oberbefehlshaber können mit Wirkung für das Operationsgebiet Rechtsverordnungen erlassen, Sondergerichte einsetzen und den für das Operationsgebiet zuständigen Behörden und Dienststellen Weisungen erteilen, mit Ausnahme der Obersten Reichsbehörden, der Obersten Preuss. Landesbehörden und der Reichsleitung der NSDAP. Das Weisungsrecht geht Weisungen sonstiger übergeordneter Stellen vor.

(3) Den Umfang des Operationsgebietes bestimmt der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht.

(4) Sonderbestimmungen für den Fall einer überraschenden Bedrohung des Reichsgebietes.

Wird ein Teil des Reichsgebietes überraschend militärisch bedroht und können besondere Ermächtigungen zur Abwehr dieser Gefahr nicht abgewartet werden, so haben die Befehlshaber der bedrohten Wehrkreise das Recht, allen nichtmilitärischen Dienststellen innerhalb ihres Befehlsbereiches die zum Schutz des bedrohten Gebietes notwendigen und unaufschiebbaren Weisun-

gen zu erteilen. Die gleichen Befugnisse stehen den Kommandierenden Admiralen der Kriegsmarine bei überraschender Bedrohung des Küstengebietes und den Luftgaubefehlshabern bei überraschenden Angriffen aus der Luft im Rahmen der ihnen im Kriege obliegenden Aufgaben zu. Die Ausführung dieser Weisungen geht den sonstigen Obliegenheiten und den Weisungen übergeordneter Stellen vor. Die genannten Befehlshaber können ihre Weisungsbefugnis auf nachgeordnete Truppenführer bis zu den Standortältesten herab übertragen.

§ 3

(1) Mit Erklärung des Verteidigungszustandes übernimmt der vom Führer und Reichskanzler ernannte „Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung“ (GBV) die einheitliche Führung der nichtmilitärischen Verwaltung, mit Ausnahme der wirtschaftlichen Verwaltungen.

Ihm unterstehen

der Reichsminister des Innern,

der Reichsminister der Justiz,

der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung,

der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten,

die Reichsstelle für Raumordnung.

(2) Der GBV hat Forderungen des OKW, die für die Wehrmacht von wesentlicher Bedeutung sind, zu entsprechen. Lassen sich die Forderungen mit den Belangen der Reichsverwaltung nicht in Einklang bringen, so entscheidet der Führer und Reichskanzler.

(3) Der GBV ist berechtigt, innerhalb seines Aufgabengebietes Rechtsverordnungen im Einvernehmen mit OKW und GBW zu erlassen, die von den bestehenden Gesetzen abweichen.

§ 4

(1) Mit Erklärung des Verteidigungszustandes übernimmt der vom Führer und Reichskanzler ernannte „Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft“ (GBW) die Leitung der Wirtschaft ausschl. der Rüstungsindustrie.

(2) Aufgabe des GBW ist es, alle wirtschaftlichen Kräfte in den Dienst der Reichsverteidigung zu stellen und das Leben des Deutschen Volkes wirtschaftlich zu sichern.

Ihm unterstehen

der Reichswirtschaftsminister,

der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft,

der Reichsarbeitsminister,

der Reichsforstmeister,

der Reichskommissar für die Preisbildung.

Er leitet ferner verantwortlich die Finanzierung der Reichsverteidigung im Bereich des Reichsfinanzministeriums und der Reichsbank.

(3) Der GBW hat den Forderungen des OKW, die für die Wehrmacht von wesentlicher Bedeutung sind, zu entsprechen und die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Produktion der vom OKW unmittelbar geleiteten Rüstungsindustrie nach dessen Forderungen sicherzustellen. Lassen sich die Forderungen der Wehrmacht mit den Belangen der Wirtschaft nicht in Einklang bringen, so entscheidet der Führer und Reichskanzler.

(4) Der GBW ist berechtigt, innerhalb seines Aufgabengebietes Rechtsverordnungen im Einvernehmen mit OKW und GBV zu erlassen, die von den bestehenden Gesetzen abweichen.

§ 5

(1) Der Reichspostminister, der Reichsverkehrsminister und der Generalinspektor für das deutsche Strassenwesen sind mit Erklärung des Verteidigungszustandes für die unmittelbaren Belange der Wehrmacht an die Forderungen des OKW gebunden.

(2) Es erhalten Weisungen vom OKW:

a) der Reichsverkehrsminister zur Ausnutzung der Verkehrsmittel,

b) der Reichspostminister zur Ausnutzung und Verteilung der gesamten Nachrichten-Verbindungen auf die Wehrmacht und die übrigen Bedarfsträger.

(3) Der Reichsverkehrsminister hat mit Erklärung des Verteidigungszustandes nach den ihm vom OKW für die Ausnutzung der Verkehrsmittel gegebenen Weisungen den Forderungen des GBW zu entsprechen.

(4) Für den Bereich des Reichspostministers, des Reichsverkehrsministers und des Generalinspektors für das deutsche Strassenwesen ist der Chef OKW berechtigt, Rechtsverordnungen im Einvernehmen mit GBV und GBW zu erlassen, die von den bestehenden Gesetzen abweichen.

§ 6

Die Reichsminister und Obersten Reichsbehörden führen die Aufgaben ihres Geschäftsbereiches in eigener Verantwortung durch, unbeschadet der besonderen Zuständigkeiten des Chefs OKW, des GBV und des GBW nach §§ 3, 4 und 5.

§ 7

Für die politische Willensbildung des Volkes ist der Stellvertreter des Führers der NSDAP verantwortlich. Er bedient sich hierzu der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände.

II. Kriegszustand.

§ 8

(1) Wird der Kampf mit einem äusseren Feind dem Deutschen Volke aufgezwungen, so erklärt der Führer und Reichskanzler den Kriegszustand.

(2) Mit Erklärung des Kriegszustandes treten die Kriegsgesetze und Kriegsverordnungen ohne weiteren Befehl in Kraft. Die in anderen Gesetzen für den Kriegszustand vorgesehenen Rechtsfolgen werden wirksam.

§ 9

Falls der Verteidigungszustand nicht schon vorher erklärt wird, treten die Bestimmungen über den Verteidigungszustand mit Erklärung des Kriegszustandes in Kraft.

III. Vorbereitende Massnahmen.

§ 10

Der Reichsverteidigungsrat (RVR):

(1) Die Aufgabe des Reichsverteidigungsrates besteht im Frieden in der Entscheidung über alle Massnahmen für die Vorbereitung der Reichsverteidigung und die Erfassung aller Kräfte und Mittel der Nation nach den Weisungen des Führers und Reichskanzlers. Die Aufgaben des RVR im Kriege werden durch den Führer und Reichskanzler besonders festgelegt.

(2) Den Vorsitz im RVR hat der Führer und Reichskanzler. Sein ständiger Vertreter ist Generalfeldmarschall Göring. Er ist berechtigt, den RVR zu Sitzungen einzuberufen.

— Seite 5 —

Ständige Mitglieder des RVR sind

der Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe,
der Oberbefehlshaber des Heeres,
der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine,
der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht,
der Stellvertreter des Führers,
der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei,
der Präsident des Geheimen Kabinettsrates,
der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung,
der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft,

der Reichsminister des Auswärtigen,
der Reichsminister des Innern,
der Reichsminister der Finanzen,
der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda,
der Präsident des Reichsbankdirektoriums.

Die übrigen Reichsminister und die dem Führer und Reichskanzler unmittelbar unterstellten Reichsstellen werden nach Bedarf hinzugezogen. Weitere Persönlichkeiten können von Fall zu Fall einberufen werden.

§ 11

Der Reichsverteidigungsausschuss (RVA):

(1) Der Reichsverteidigungsausschuss ist der Arbeitsausschuss des RVR. Er bereitet die Entscheidungen des RVR vor, sorgt für deren Ausführung und stellt die Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht, Obersten Reichsbehörden und Partei sicher.

(2) Den Vorsitz führt der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht. Er regelt die Tätigkeit des Ausschusses und gibt dem GBV und GBW und den diesen nicht unterstehenden Reichsministerien und Obersten Reichsbehörden gem. den Entschliessungen des RVR die zur Sicherstellung der Einheitlichkeit ihrer Durchführung erforderlichen Richtlinien.

(3) Der RVA setzt sich zusammen aus dem OKW, Vertretern des Beauftragten für den Vierjahresplan, den Führungsstäben des GBV und GBW und den RV-Referenten.

(4) Hauptamtliche Referenten für die Reichsverteidigung (RV-Referenten) und ihre Vertreter werden bestellt beim Stellvertreter des Führers, bei der Reichskanzlei, bei jedem Reichs-

ministerium, beim Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, beim Reichsarbeitsführer, beim Reichsforstmeister, beim Generalinspektor für das deutsche Strassenwesen, bei der Reichsstelle für Raumordnung, beim Reichsbankdirektorium und im Preuss. Staatsministerium. Der RV-Referent und sein Vertreter untersteht dem Minister oder dem Staatssekretär bzw. dem Chef der Reichsstelle unmittelbar.

§ 12

Die Einheitlichkeit der Vorbereitungen für die Auslösung und den Ablauf der Mobilmachung stellt OKW sicher.

Hinsichtlich der sachlichen Gestaltung der Vorbereitungen treffen der GBV und GBW die Anordnungen für ihren Bereich.

§ 13

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung (GBV):

Der GBV leitet die Vorbereitungen für die Reichsverteidigung im Geschäftsbereich der ihm gem. § 3 unterstehenden Ministerien und Reichsstellen. Diese sind schon im Frieden an seine Weisungen gebunden.

§ 14

Der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft (GBW):

(1) Der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft leitet die wirtschaftlichen Vorbereitungen für die Reichsverteidigung, soweit sie nicht bezüglich der Rüstungsindustrie in die Zuständigkeit des OKW fallen.

(2) Der GBW hat die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Produktion der vom OKW unmittelbar geleiteten Rüstungsindustrie nach dessen Forderungen sicherzustellen.

(3) Die in § 4 (2) aufgeführten Ministerien und Reichsbehörden sind im Rahmen dieser Bestimmungen schon für die Vorbereitung der Reichsverteidigung an die Weisungen des GBW, der Reichsverkehrsminister an seine Forderungen gem. § 5 (3), gebunden.

IV. Schlussbestimmungen.

§ 15

Strafbestimmungen.

Wer den Vorschriften einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnung vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwe-

rerer Strafe bedroht ist, mit Gefängnis und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 16

Durchführungs- und Ergänzungsvorschriften.

Das OKW erlässt im Einvernehmen mit GBV und GBW die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 17

Das Gesetz tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Berchtesgaden, den 4. September 1938.

Der Führer und Reichskanzler
gez. Adolf Hitler

gez. Göring
Generalfeldmarschall

Der Stellvertreter des Führers
gez. R. Hess

Der Reichsminister des Innern
gez. Frick

Der Generalbevollmächtigte für die Wirtschaft
gez. Walther Funk

Der Reichsminister des Auswärtigen
gez. Ribbentrop

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
gez. Keitel

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
gez. Dr. Lammers

Fünftes S: Verv

Berchtesgaden, den 4. September 1938

Vermerk zum Reichsverteidungsgesetz.
Vom 4. September 1938

1.) Die Veröffentlichung des Reichsverteidungsgesetzes vom 4. September 1938 bleibt ausgesetzt.

2.) Folgende Gesetze und Kabinettsbeschlüsse treten mit sofortiger Wirkung ausser Kraft:

a) Reichsverteidungsgesetz vom 21.5.1935

b) Entschliessung der Reichsregierung vom 4.4.1933 zur Bildung eines Reichsverteidigungsrates

c) Berichtigungen und Ergänzungen vom 13.12.1934 zu der Entschliessung der Reichsregierung vom 4.4.1933.

d) Entschliessung der Reichsregierung vom 21.5.1935 über die Tätigkeit des GB im Frieden.

Der Führer und Reichskanzler
gez. Adolf Hitler

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
gez. Dr. Lammers.

DOCUMENT 2195-PS

HIMMLER'S MEMORANDUM, 31 JANUARY 1939, ON HIS DISCUSSION WITH OSHIMA OF THE SAME DATE: JAPANESE SUBVERSIVE ACTIVITY AND PROPAGANDA MANEUVERS IN RUSSIA; JAPANESE ATTEMPT TO HAVE STALIN MURDERED BY RUSSIANS (EXHIBIT USA-150)

BESCHREIBUNG:
in U: „H." Ti, bei „Himmler" „Hi" Ti, Grün überschrieben, „mmler" Grün

---

A k t e n n o t i z

Ich war heute bei General O s h i m a. Die Unterhaltung bewegte sich über folgendes:

1.) Rede des Führers, die ihm sehr gut gefiel, besonders weil sie geistig in jeder Form begründet gewesen wäre.

2.) Wir sprachen über den Abschluß des Vertrages, durch den das Dreieck Deutschland/Italien/Japan eine noch festere Form annehme. Er erzählte mir weiterhin, daß er zusammen mit der deutschen Abwehr Zersetzungsarbeit auf lange Sicht vom Kaukasus her und von der Ukraine in Rußland betreibe. Diese Organisation solle aber erst im Falle eines Krieges wirksam werden.

3.) Darüber hinaus sei es ihm bis jetzt gelungen, 10 Russen mit Bomben über die kaukasische Grenze herüber zu bringen. Diese Russen hätten den Auftrag, Stalin umzubringen.. Eine Anzahl weiterer Russen, die er ebenfalls herübergeschickt hätte, seien an der Grenze erschossen worden.

4.) Wir sprachen dann über die mohamedanische Bewegung. Er erzählte, daß ein japanischer Offizier in Afghanistan gearbeitet

hätte, dann aber ausgewiesen worden wäre, weil er in dem Verdacht stand, die afghanische Regierung stürzen zu wollen. — Ich sagte ihm, daß ich dort einen Polizeioffizier habe, und daß die beiden, wenn er wieder einen Mann dort hätte, sehr gut miteinander arbeiten könnten.

5.) Er erzählte mir vertraulich, daß er in Falkensee unter dem Namen eines Strohmannes ein Grundstück gekauft habe. Dort wären 6 Russen beschäftigt, die Druckschriften schrieben und druckten, die dann von Polen aus bei günstigem Wind mit kleinen Ballons nach Russland gelassen würden. Er hätte von Rußland Nachricht und Beweise, daß sie gut angekommen wären und auch im Volk offenkundig sehr fleißig herumgegeben würden.

6.) Ebenso hätte er ein Motorboot gekauft, um von Rumänien aus über das Schwarze Meer Flugblätter nach der Krim zu bringen. Dies wäre jedoch im Herbst mißglückt, er wolle es jedoch im Sommer noch einmal wiederholen.

Berlin, den 31.1.1939

Der Reichsführer-SS:
H. Himmler

DOCUMENT 2199-PS

TWO SECRET LETTERS, 4 APRIL AND 12 SEPTEMBER 1942, FROM THE SS ECONOMIC-ADMINISTRATIVE MAIN OFFICE, OFFICE GROUP D, TO SEVERAL CONCENTRATION CAMP COMMANDANTS: INSTRUCTIONS FOR THE INFLICTION OF CORPORAL PUNISHMENT ON MEN AND WOMEN IN CONCENTRATION CAMPS; URNS CONTAINING THE ASHES OF CZECHS AND JEWS DYING IN CONCENTRATION CAMPS MAY NOT BE HANDED OVER TO THEIR RELATIVES (EXHIBIT USA-461)

BESCHREIBUNG:
zweiteilig | Stp rot | U'en der Richtigkeits-Vm'e unl (Ti)
Erstes S: über Datum: III (Ti)

Abschrift.

SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt
Amtsgruppe D — Konzentrationslager —
D I/1 / Az.: 14 e 3 / Ot./U.—

Oranienburg, den 4. April 1942.

Geheim!

Betreff: Prügelstrafen.

An die

Lagerkommandanten der
Konzentrationslager
Da.,Sah.,Bu.,Mau.,Flo.,Au.,Gr.Ro.,Natzw.,
Nie., Stu., Arb., Rav., und Kommandant Kriegsgef.-Lager Lublin.

Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei hat angeordnet, daß bei seinen Verfügungen von Prügelstrafen (sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Schutz- oder Vorbeugungshäftlingen), wenn das Wort „verschärft" hinzugesetzt ist, der Starfvollzug auf das unbekleidete Gesäß zu erfolgen hat.

In allen anderen Fällen bleibt es bei dem bisherigen vom Reichsführer-SS angeordneten Vollzug.

Der Chef des Zentralamtes
gez. Liebehenschel
SS-Obersturmbannführer.

F.d.R.d.A.
Unterschrift (unl)
SS-Oberscharführer
u. Stabsscharführer.

Zweites S: Ds (gelbes Papier) | o r in Ecke: III (Kop) | unter Datum: P unl (Blau)

Abschrift.

SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt
Amtsgruppe D — Konzentrationslager
D I / 1 Az.: 14 f 5 / L / Ot.—
Geheim Tgb.Nr. 645 / 42.

Oranienburg,
den 12.September 42.

2199-PS

Betr.: Übersendung von Urnen der in den Konzentrationslagern verstorbenen Häftlinge.

Bezug: Chef der Sipo und des SD — IV D 1 a — 838/42 — v.7.9.42

Anlg.: keine.

Geheim!

An die

Lagerkommandanten der
Konzentrationslager

Da., Sa., Bu., Mau., Flo., Neu., Au., Gro-Ro., Natz.,Nie.,
Stu., Arb., Rav., und Kriegsgefangenenlager Lublin.

Nach Mitteilung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD sind laut Bericht des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD in Prag von den Konzentrationslagern Urnen von verstorbenen Tschechen und Juden zur Beisetzung an die Heimatfriedhöfe im Protektorat versandt worden.

Auf Grund verschiedener Vorkommnisse (Demonstrationen, Anbringung von reichsfeindlichen Plakaten an Urnen verstorbener Häftlinge in den Friedhofshallen der Heimatgemeinden, Wallfahrten zu den Gräbern verstorbener Häftlinge usw.) im Protektorat wird ab sofort die Herausgabe von Urnen mit den Aschenresten verstorbener Protektoratsangehöriger und Juden verboten. Die Urnen sind in den Konzentrationslagern aufzubewahren. Über die Aufbewahrung der Urnen sind, falls Unklarheiten bestehen sollten, mündliche Anweisungen auf der hiesigen Dienststelle einzuholen.

Der Chef des Zentralamtes
gez. Liebehenschel,
SS-Obersturmbannführer.

Für die Richtigkeit der Abschrift:
Natzweiler, den 16.September 1942
Unterschrift (unl)
SS-Oscha. und Stabsscharf.
Fi.—

DOCUMENT 2219-PS

LETTER FROM SEYSS-INQUART TO GÖRING, 14 JULY 1939: MÜHLMANN'S DISMISSAL BY BÜRCKEL; THE REICH COMMISSION IN AUSTRIA SHOULD BE ABOLISHED AND BÜRCKEL SHOULD LEAVE AUSTRIA; SEYSS-INQUART'S OWN POLITICAL VIEWS (EXHIBIT USA-62)

BESCHREIBUNG:

Ds | „4" im Datum Blei | l u Ecke: „Flugpost 15. VII. 15h 15 Berlin, Bünger" (?), „überreicht Kzlei Göring. (P unl)" (Ti)

zZt.Wien, 14.Juli 1939.

Herr Generalfeldmarschall !

Dr.M ü h l m a n n berichtete mir über die Unterredung, die er mit Ihnen aus Anlaß seiner Dienstenthebung durch Gauleiter B ü r c k e l hatte. Er teilte mir insbesondere mit, dass Gauleiter Bürckel Ihnen, Generalfeldmarschall, gegenüber die Enthebung Mühlmanns damit begründet habe, dass Mühlmann sich einer geradezu böswilligen Unterlassung im Zusammenhang mit dem Sommerprogramm des Wiener Werkels schuldig gemacht habe. Hiezu kann ich mitteilen, daß mir Mühlmann unmittelbar nach der Erstaufführung dieses Sommerprogrammes gelegentlich eines gemeinsamen Spazierganges anfangs Mai mitteilte, er hätte gegen dieses Programm die ernstesten Bedenken und zwar an und für sich weil es einen zu starken politischen Inhalt habe, vor allem aber, weil es mit billigen politischen Witzen das Verhältnis zum Altreich verspotte. Der Leiter des Wiener Werkels habe ihm mitgeteilt, daß er vom Stabe des Gauleiter Bürckel zu diesem politischen Programm ermuntert worden wäre. Dieser Stab habe auch immer wieder in Mühlmann gedrungen, das Wiener Werkel finanziell zu unterstützen.

Von letzterem Umstand machte mir Mühl-

zZt. Wien,14.Juli 1939.

2.Blatt.

mann auch dienstlich Meldung zur Zeit meiner Reichsstatthalterschaft. Damals war das Programm aber noch nicht politisch gefärbt. Mühlmann teilte mir unter einem mit, dass er dieses Sommerprogramm für unmöglich halte, dass er dies auch einem der Mitarbeiter des Gauleiter Bürckel, der in der Vorstellung anwesend gewesen

wäre, sofort gesagt habe, dass dieser aber meinte, es wäre nicht so arg und kämen nur einige Abschwächungen in Frage. Mühlmann hat damals darauf verwiesen, daß auch Ihre Person, Generalfeldmarschall, hier in unzulässiger Weise mit einbezogen werde, und hat mir gesagt, daß er den Leiter des Wiener Werkels bereits angewiesen habe, alle diese Dinge zu streichen. Dies meine Kenntnis von der Befassung und Verantwortung Mühlmanns für das Sommerprogramm des Wiener Werkels.

Mir gegenüber hat Bürckel seinen Schritt auch niemals mit einem Versagen Mühlmanns in der Sache des Wiener Werkel begründet, sondern behauptet, Mühlmann wäre ein böswilliger Intrigant, weil er einem Bekannten gegenüber ungefähr erklärt habe, ich, Dr.Seyss, könne warten bis der Zeitpunkt komme indem ich Bürckel von Wien und der Ostmark verdrängen werde. Mühlmann selbst gibt zu, so ähnliche Äusserungen gemacht zu haben. Dies ist auch der Grund, warum ich die Angelegenheit Mühlmann nicht von der persönlichen Seite her aufziehen kann, sondern gegen die einseitige Verfügung des Reichskommissars prote-

zZt.Wien,14.Juli 1939.

3.Blatt.

stiert habe, da sich in dieser Sache der Führer die Entscheidung vorbehalten hat. Es ist mir wohl bekannt, daß Protestbriefe schwache Schritte sind. In dieser Angelegenheit musste ich aber die rechtliche Seite des Tatbestandes vorläufig festhalten, da ich für die unüberlegten, persönlich nicht ernst zu nehmenden, sachlich aber disziplinwidrigen Bemerkungen Mühlmanns nicht eintreten kann. Im übrigen ist es mir seit längerem klar, dass eine unmittelbare Zusammenarbeit Mühlmanns und Bürckels schwer zu machen sein wird und ist es meine Absicht, Mühlmann für den Fall in meine Dienststelle zu nehmen, daß ich vom Führer einen Auftrag erhalte, der sich mit der Wahrung künstlerischer Belange befasst.

Ich bitte Sie, Generalfeldmarschall, dies als Begründung dafür zu nehmen, daß ich diese Angelegenheit nicht als eine persönliche Sache Mühlmanns durchfechten kann, daßich im übrigen an meinem alten Kameraden Mühlmann festhalte und immer für ihn eintreten werde, ist selbstverständlich und habe ich dies in der Zwischenzeit auch getan.

Aus den Worten Mühlmanns muß ich aber entnehmen, daß Sie, Generalfeldmarschall, Ihrem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben haben, daß ich nicht gegen Gauleiter Bürckel auftrete und darauf verweise, daß seine Tätigkeit und sein Verhalten in Wien und in der

Ostmark zu unheilvollen Auswirkungen führt. Hiezu möchte ich Folgendes bemerken:

Ich habe die Entwicklung der Dinge hier,

zZt.Wien,14.Juli 1939.

4.Blatt.

die ich als durchaus unheilvoll bezeichnen muß, gegen Ende des Jahres 1938 kommen sehen und Reichsleiter B o r m a n n in einem Schreiben vom 12. Dezember 1938 ersucht, eine Aussprache oder einen Vortrag gemeinsam mit Gauleiter Bürckel beim Führer in die Wege zu leiten. Ich habe damals darauf verwiesen, daß die politische Führung in der Ostmark dahin gehen müsse, einen gewissen österreichischen Geist aufzulösen, nicht aber ihn unsichtbar zu machen und gleichzeitig zu verhärten. Ich habe darauf verwiesen, daß die rascheste Durchführung des Übergangsstadiums, also der liquidierenden Reichsstatthalterei und des Reichskommissariates und die Schaffung definitiver Verhältnisse notwendig wäre, wobei das Reichskommissariat als schliessliche Liquidationsbehörde noch eine gewisse Zeit über die Landesregierung hinaus bestehen möge. Ich habe auch im folgenden wiederholt mündlich die Anregung zu einer solchen Aussprache gegeben und einmal den Kunstsektor betreffend auch schriftlich. In diesen Sachen aber glaube ich keinen Vorstoß machen zu können, der sich gegen Gauleiter Bürckel persönlich zu richten scheint und zwar aus Parteigründen, wie auch aus Gründen der Kameradschaft.

Ich spreche ganz offen: Ich weiß, daß es eine ganze Anzahl von Leuten gibt und zwar in der Partei wie in der Bevölkerung, die in mir eine Art Gegenpol zur Partei sehen wollen. Wenn ich heute einen Vorstoß mache, bei dem ein so verdienter Parteigenosse wie Gauleiter Bürckel den kürzeren zieht, so wird das von diesen Leuten falsch verstanden werden und dieses

zZt.Wien,14.Juli 1939.

5.Blatt.

falsche Verstehen kann unter Umständen mehr schaden als einige Monate des missglückenden Reichskommissariates. Meine Bemühungen müssen daher in die Richtung laufen, daß ich nicht in einem Vorstoß, sondern im Wege der Überzeugung den entscheidenden Persönlichkeiten, aber auch Gauleiter Bürckel verständlich mache, daß die Beendigung des Reichskommissariates und die Schaffung definitiver Verhältnisse unter Ernennung eines entsprechenden Gauleiters in Wien notwendig sind. Ich bin ferner der Meinung, daß

man wegen gewissen Schwierigkeiten und Härten, die unvermeidlich sind, nicht gleich das Steuer herumwerfen solle und daß man schon die Dinge mit einiger Ruhe ausreifen lassen kann.

In der Zwischenzeit habe ich meine Beobachtungen, man kann auch sagen meine Wa-r---*n*ungen[1]) ausgesprochen, aber immer nur dort, wo eine solche Aussprache keinen Schaden stiftet, also vor allem bei Bürckel selbst.Da die Dinge aber jetzt eine gewisse Reife erlangen, habe ich den für mich selbstverständlichen kameradschaftlichen Weg gewählt, Gauleiter Bürckel in einem ausführlichen Schreiben vom 29.Juni l.J. alle meine Gründe darzulegen, die in mir die Überzeugung wachgerufen ha-haben, daß Bürckel zugleich mit der Beendigung des Reichskommissariates Wien und die Ostmark verlassen soll und sozusagen als Krönung seines Wirkens noch bei der Auswahl und Bestellung des Gauleiters für Wien mitwirken solle. Ich habe zu Bürckel sehr offen ge-

zZt.Wien,14.Juli 1939.

6.Blatt

sprochen und kann nur hoffen, dass er sich meine Worte zu Herzen nimmt. Ob er dies tun wird, weiß ich nicht. Er hat mir noch nicht geantwortet. Vielleicht bespricht er sich mit anderen Personen, vielleicht trachtet er meinen Argumenten zu begegnen und dieselben abzuschwächen und zu entkräften. Ich nehme die Misslichkeiten, ja vielleicht auch Bedenklichkeiten auf mich, denn ich werde bei einem alten Kämpfer und Pg, wie Gauleiter Bürckel, immer den Weg strengster Kameradschaftlichkeit gehen auch dann, wenn jemand der Meinung sein sollte, daß dies taktisch nicht klug wäre. Ich wende einem alten Parteigenossen gegenüber keine Taktik an. Die haben wir nur für unsere Gegner.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhange, Ihnen, Generalfeldmarschall, eine Erklärung abgeben. Man möge doch nicht versuchen, den wahren Grund der Schwierigkeiten in der Ostmark und gar in Wien damit abzutun, daß man uns Ostmärker als Separatisten oder gar als Intriganten bezeichnet. Diese Einstellung würde sich bitter rächen, denn man würde dadurch jenen Teil Grossdeutschlands zurückschrecken und abhalten, seine letzten Kräfte in den heutigen Endkampf einzusetzen, der als erster den großdeutschen Gedanken gefasst hat und derihn erbittert durch Jahre des Kampfes wie kaum ein anderer Teil Großdeutschlands hindurchzukämpfen hatte, siegreich überstanden hat. Ich bitte Sie, Generalfeldmarschall, der Sie ja gerade in der Zeit des illegalen Kampfes ein getreuer Eckart,

[1]) mittels Durchstreichung einzelner Buchstaben „Wahrnehmungen" verbessert in „Warnungen", dahinter r o kleines Kreuz (Ti), verweisend auf Fußnote: ebensolches Kreuz (Ti) „Warnungen" (Erstschrift)

zZt.Wien,14.Juli 1939.

7.Blatt.

ja mehr noch, der eherne moralische Rückhalt für uns waren, nicht an der Ostmark zu verzweifeln und jedem Versuch derartiger Verdächtigungen energischt entgegenzutreten.

Wenn ich von mir selbst noch etwas sagen darf, so ist es Folgendes: Ich weiß, daß ich keine aktiv kämpferische Natur bin, es sei denn, daß es um die letzten Entscheidungen geht. Das wird mir sicher in der heutigen Zeit des ausgesprochenen Aktivismus als Mangel ausgelegt werden. Ich weiß aber, daß ich mit einer unüberwindlichen Zähigkeit an den Zielen festhalte, die mein Glauben sind: Das ist Großdeutschland und der Führer. Und wenn manche schon abgekämpft, wenn manche gefallen sind, dann bin ich immer noch irgendwo vorhanden und zum Einsatz bereit. Das war schließlich auch die Entwicklung bis zum Jahre 1938. Ich habe mich bis zum Juli 1934 als normaler Parteigenosse verhalten. Und wenn ich meine Beiträge, deren erste ich lt. Bestätigung im Dezember 1931 gezahlt habe, in irgend einer Form ruhig weitergezahlt hätte, so wäre ich wahrscheinlich der unangefochtene,für die Ostmark verhältnismässig alte Kämpfer und Parteigenosse, ohne aber mehr für den Zusammenschluß getan zu haben. Ich habe mir im Juli 1934 gesagt, daß man dieses klerikale System mit seinen eigenen Mitteln bekämpfen muß, um so dem Führer alle Möglichkeiten zu geben, auf welche Mittel er immer greifen will. Ich habe mir gesagt, daß dieses Österreich eine Messe Wert ist. Ich habe diese politische Haltung

zZt.Wien,14.Juli 1939.

8.Blatt

mit eiserner Konsequenz durchgeführt, denn mir und meinen Freunden sind in der Ostmark der gesamte politische Katholizismus, die Freimauerei, das Judentum, kurz alles gegenübergestanden. Die kleinste Blösse, die wir uns gegeben hätten, hätte unweigerlich zu unserer politischen Vernichtung geführt und damit, wie die Märztage 1938 wohl bewiesen haben, dem Führer ein Mittel und Werkzeug aus der Hand genommen, seine geniale politische Lösung in Österreich durchzuführen. Es ist mir vollkommen bewusst gewesen, daß ich einen Weg gehe, der für die große Menge und auch für die Parteigenossen nicht verständlich ist. Ich bin ruhig gegangen und würde ihn ohne Bedenken noch einmal gehen, da mir das Bewusstsein genügt, daß ich in einem Augenblick dem Führer an seinem

Werk als Werkzeug dienlich sein konnte, auch dann, wenn diese damalige Haltung heute sehr braven und ehrenwerten Parteigenossen immer noch Veranlassung bietet, in meine Zuverlässigkeit Zweifel zu setzen. Ich habe mich um diese Dinge nie gekümmert, da es mir vollständig genügt, welche Meinung der Führer und seine ihm zunächst stehenden Männner von mir haben. Ich habe es aus diesen Gründen auch vermieden, aktiv in das politische Leben der Partei einzutreten,weil ich weiß, daß dies von einigen wieder zur Entfachung von Widerstandsbewegungen benützt werden würde. Ich weiß genau, daß dies für die Ostmark und besonders Wien ein Mangel ist, denn ohne jede Überheblichkeit weiß ich, daß ich in der Bevölkerung der Ostmark eine

zZt.Wien,14.Mai1939.

9.Blatt.

große Sympathie geniesse, dass die Leute mich gerne haben und daß ich auf sie rednerisch sehr gut einwirken kann. Dies beweisen die ganz wenigen Versammlungen, in denen ich gesprochen habe, insbesondere in den rein kommunistischen Gegenden Steiermarks. Mein politischer Einsatz hätte und könnte gewiß manches zur Besserung der Stimmung in der Ostmark beitragen. Ich glaube aber dies bewusst vermeiden zu müssen,weil dadurch alte Zwiespältigkeiten gerade in der Partei wachgerufen werden und schliesslich muß es sich uns politisch gesehen vor allem darum handeln, die Partei einig und stark zu erhalten.

Ich habe mich beeilt, Ihnen, Generalfeldmarschall, dies mitzuteilen, denn nach dem Führer sind Sie es und dann Reichsführer Himmler, nach denen ich mich ausrichte und denen ich mich auch gefolgschaftsmässig und kameradschaftlich zu tiefst verbunden und verantwortlich fühle.Vieles habe ich nicht ausgesprochen,weil sich dies in einem Brief gar nicht festhalten lässt, manches auch deshalb nicht,weil ich doch noch hoffe,mit Gauleiter Bürckel irgendwie auf gleich zu kommen,denn er scheint mir politisch gesehen ein viel zu grosser Wertgegenstand zu sein,als daß er eine sichtbare Niederlage erleiden dürfte.

Ihnen,Generalfeldmarschall,stehe ich jederzeit und wo immer Sie wünschen zur Verfügung.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener

DOCUMENT 2220-PS

SECRET LETTER FROM LAMMERS TO HIMMLER, 17 APRIL 1943, WITH STATEMENTS, 12 APRIL 1943, ON THE CORRUPTION AND MISMANAGEMENT IN THE GOVERNMENT GENERAL CAUSED BY FRANK'S REGIME (EXHIBIT USA-175)

BESCHREIBUNG:
zweiteilig | Phot
Erstes S: Bk dr | über Bk pr Hoheitszeichen | r vom Adr P: HH

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

Berlin W 8, den 17. April 1943.
Voßstraße 6

Rk. 318 D g III **Geheim!**

z. Zt. Feldquartier
Postsendungen sind ausnahmslos an die Anschrift in Berlin zu richten

An

den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei
Herrn Himmler

Betrifft: Die Zustände im Generalgouvernement.

Sehr verehrter Herr Reichsführer!

In unserer Besprechung am 27. März d.J. waren wir übereingekommen, daß über die Zustände im Generalgouvernement schriftliche Unterlagen ausgearbeitet werden sollten, auf die sich unser in Aussicht genommener gemeinsamer Vortrag beim Führer stützen kann.

Das zu diesem Zwecke von SS-Obergruppenführer Krüger zusammengestellte Material ist Ihnen bereits unmittelbar zugegangen. Auf Grund dieses Materials habe ich eine Aufzeichnung fertigen lassen, die die wichtigsten Punkte dieses Materials zusammenfaßt, übersichtlich gliedert und in der Herausstellung der zu ergreifenden Maßnahmen gipfelt.

Die Aufzeichnung ist mit Obergruppenführer Krüger abgestimmt und besitzt sein volles Einverständnis. Ein Stück von ihr lasse ich Ihnen anbei zugehen.

Eine nochmalige Aussprache über die Angelegenheit scheint mir nur erforderlich zu sein, wenn Sie oder Reichsleiter Bor-

mann

mann wesentliche Einwendungen gegen den Inhalt der Aufzeichnung haben. Ich bitte, mir möglichst bald mitzuteilen, ob dies der Fall ist oder nicht.

Heil Hitler!

Ihr sehr ergebener
Dr. Lammers

Zweites S: unter Datum: „1. Rg 2. Suchvermerk" (?), „22. IV. 43 HH" (hs)

Abschrift zu Rk. 318 D g III FQ., den 12. April 1943

Geheim!

Betrifft: Die Zustände im Generalgouvernement.

A. Die Aufgaben der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement.

Die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

1.) Zum Zwecke der Ernährungssicherung des deutschen Volkes die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und möglichst restlos zu erfassen, der einheimischen Bevölkerung, die in kriegswichtiger Arbeit eingesetzt ist, auskömmliche Rationen zuzuteilen und das übrige für Wehrmacht und Heimat abzuführen.

2.) Die Arbeitskräfte der einheimischen Bevölkerung im Generalgouvernement selbst nur für kriegswichtige Zwecke einzusetze, und die hierfür nicht erforderlichen Arbeitskräfte der Heimat zur Verfügung zu stellen.

3.) Das deutsche Volkstum im Generalgouvernement überhaupt und besonders durch Binnensiedlung, in den östlichen Grenzbezirken auch durch Ansetzung anderswo ausgesiedelter Volksdeutscher zu festigen und damit diese Grenzbezirke selbst zu sichern.

4.) Das Generalgouvernement als Durchgangsgebiet für den Nachschub zur Ostfront zu sichern.

5.) Soweit möglich Truppen aus der einheimischen Bevölkerung für den militärischen Kampf gegen den Bolschewismus zu gewinnen.

B. Die zur Erfüllung dieser Aufgaben beschrittenen Irrwege.

Den unter A bezeichneten Aufgaben gegenüber hat die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement weitgehend versagt.

Wenn

— Seite 2 —

Wenn es auch im Jahre 1942 gelungen ist, das Ablieferungssoll an landwirtschaftlichen Erzeugnissen für Wehrmacht und Heimat zu einem verhältnismäßig hohen Bruchteil, nämlich mit über 90 %, zu erfüllen und auch bei der Gestellung von Arbeitskräften für die Heimat die Anforderung im allgemeinen zu decken, so ist demgegenüber doch zweierlei festzustellen: Einmal waren diese Leistungen im Jahre 1942 erstmalig, vorher waren z.B. an Brotgetreide lediglich 40 000 t für die Wehrmacht geliefert worden. Zweitens und vor allem aber ist verabsäumt, für die Aufbringung solcher Leistungen diejenigen Voraussetzungen organisatorischer, wirtschaftlicher und politischer Art zu schaffen, die unerläßlich sind, wenn derartige Leistungen nicht zu einer Erschütterung der Gesamtverhältnisse führen sollen, aus der mit der Zeit in jeder Hinsicht chaotische Zustände entstehen können. Dieses Versagen der deutschen Verwaltung erklärt sich einmal aus dem durch den Generalgouverneur persönlich verkörperten System der deutschen Verwaltungs- und Regierungstätigkeit im Generalgouvernement und zweitens aus den verfehlten Grundlinien der Politik in allen für die Verhältnisse des Generalgouvernements entscheidenden Fragen.

I. Der Geist der deutschen Verwaltung im Generalgouvernement.

Das Bestreben des Generalgouverneurs ging von Anbeginn darauf aus, aus dem Generalgouvernement ein Staatsgebilde zu machen, das in vollkommener Unabhängigkeit vom Reich sein eigenes Dasein führen sollte. Der Generalgouverneur bezeichnet sich selbst als Staatsoberhaupt (vgl. seinen Ehescheidungsprozeß) und hat in seine Umgebung den italienischen Grafen Fossombrone als eine Art diplomatischen Vertreter Italiens aufgenommen. Zahlreiche Auslandsreisen offiziellen Charakters sollten dazu dienen, der so verstandenen Stellung des Generalgouverneurs auch im Ausland Hintergrund zu geben. Im übrigen hat sich diese

verfehlte

— Seite 3 —

verfehlte Auffassung des Generalgouverneurs von seiner staatsrechtlichen Stellung in der Sucht kundgetan, sowohl dem Reich

als auch den Deutschen und der einheimischen Bevölkerung im Generalgouvernement gegenüber durch prunkhafte Repräsentation eine große Machtfülle zur Schau zu stellen. Dabei entwickelte sich bei dem Generalgouverneur ein übersteigertes Herrschergefühl, dem vielfach unüberlegte Anordnungen, die zum Teil wieder rückgängig gemacht werden mußten, sowie Willkürakte und Affekthandlungen mancher Art entsprangen. Dadurch wurde das Vertrauen in eine stetige Regierungs- und Verwaltungsführung sowohl in der eigenen Verwaltung als auch bei der einheimischen Bevölkerung erschüttert mit der Folge, daß häufig Verordnungen und Gesetze unbeachtet gelassen, umgangen oder bewußt sabotiert wurden.

Mit dieser persönlichen Haltung des Generalgouverneurs paarte sich, wohl derselben Wurzel eines übersteigerten Herrschergefühls entstammend, ein auffälliger Mangel an Gefühl für eine saubere persönliche Haltung in seiner eigenen Lebensführung wie in derjenigen seiner nächsten Angehörigen. In den Fällen Löv und Lasch sind Dinge an das Tageslicht gekommen, die auch den Generalgouverneur persönlich und seine nächsten Angehörigen schwer belasten.

Seine große persönliche Eitelkeit machte den Generalgouverneur weiterhin geneigt, sich nicht mit verantwortungsbewußten und fähigen Mitarbeitern, sondern mit zum Teil unfähigen Schmeichlern zu umgeben, die sich angelegen sein ließen, unter Schönfärbung der wahren Verhältnisse im Generalgouvernement große Erfolge in Politik und Verwaltung vorzutäuschen, um der Selbstgefälligkeit des Generalgouverneurs zu fröhnen und dabei zugleich ihren eigenen persönlichen Vorteil zu suchen. Es entstand auf diese Weise eine Günstlings- und Vetternwirtschaft,

unter

— Seite 4 —

unter der die Sauberkeit der Verwaltung umsomehr zu leiden hatte, als die persönliche Haltung des höchsten Repräsentanten des Reichs ein denkbar schlechtes Beispiel gab und labile Charaktere damit des wichtigsten Rückhalts beraubte. In der Wirtschaft gewann zum Teil unter dem Eindruck des Beispiels von nahen Verwandten des Generalgouverneurs (Fall Beyer, Schwager der Frau des Generalgouverneurs) der Typ des rücksichtslosen Geschäftemachers und brutalen Kriegsgewinnlers Ausdehnung und Macht. In der öffentlichen Verwaltung mehrten sich die Korruptionserscheinungen. So mußten in einem Distrikt 14 Treuhänder entfernt werden, die, zum Teil vorbestraft, sich meist krimineller Delikte schuldig gemacht hatten. In Hunderten

von Fällen mußten korrupte Beamte und Angestellte der verschiedensten Verwaltungszweige, die den Schiebern bei ihrem unlauteren Handwerk aus Eigennutz Vorschub leisteten, zur Verantwortung gezogen werden. Groß ist die Zahl der kleinen Beamten und Angestellten, die mit Branntwein, Zigaretten und ähnlichen Naturalien, die sich überreichlich erhielten, Tausch- und Schiebergeschäfte machten. Manche führende Verwaltungsstelle war, selbst belastet, außerstande, diesen Dingen zu Leibe zu gehen. Durch diese unlauteren Machenschaften mit weiten Kreisen der einheimischen Bevölkerung, besonders auch mit den Juden, in unsauberer Gemeinschaft verstrickt, verlor die deutsche Verwaltung der Bevölkerung gegenüber nicht nur ihr Ansehen, sondern auch die Möglichkeit, wo erforderlich, Strenge walten zu lassen.

II. Die verfehlten Grundlinien der Politik.

1.) Die Wirtschaft.

Die Erfüllung der unter A 1.) bezeichneten Aufgabe erfordert in erster Linie eine richtige Wirtschaftsstruktur sowie eine straffe und saubere behördliche Wirtschaftsführung bei möglichst

lichst restloser Beseitigung des Schleichhandels und der schwarzen Märkte. Das bedingt vor allem die totale Erfassung und öffentliche Bewirtschaftung der Ernte, die Stillegung aller gewerblichen Unternehmungen, die nicht kriegswichtig sind, und die Sorge für eine saubere Wirtschaftsführung in den kriegswichtigen Betrieben.

Die deutsche Verwaltung ist diesen Erfordernissen in keiner Weise gerecht geworden.

Auf dem Gebiet der Nahrungsmittelbewirtschaftung hat es erst der Anforderung eines Lieferkontingents für Reich und Wehrmacht in Höhe von 750 000 t Brotgetreide im Sommer 1942 bedurft, um den Versuch zur Aufstellung einer Nahrungsbilanz zu unternehmen und zu diesem Zwecke eine Personenstandsaufnahme durchzuführen, die indessen kein verläßliches Ergebnis gehabt hat. Die Ernteerfassung gestatte nicht einmal die volle Ablieferung des Kontingents für Reich und Wehrmacht (statt 750 000 t nur 690 000 t) geschweige denn die ausreichende Ernährung der einheimischen, im deutschen Interesse arbeitenden Bevölkerung. Bei einer Auflage von 1,4 Millionen t wurden nur 1,2 Millionen t Brotgetreide erfaßt, davon wurden 690 000 t für Reich und Wehrmacht

abgeliefert, so daß für rund 16 Millionen Einheimische nur 510 000 t verblieben. Demgemäß konnte die Wochenbrotration für den Normalverbraucher nur auf 1050 g gegen 1675 g im Protektorat und 2600 g in den eingegliederten Ostgebieten bemessen werden. Um die Versorgung der einheimischen Bevölkerung zu ermöglichen, duldete man in größtem Umfang Schwarzmärkte und Schleichhandel, die Preise zeitigten, die für die im deutschen Interesse arbeitende Bevölkerung völlig unerschwinglich sind. Ein kinderlos verheirateter

polnischer

polnischer Beamter mit Hochschulbildung hat z.B. ein Nettoeinkommen von 234,27 Zloty monatlich. Demgegenüber kostet im Schleichhandel

1 kg	Roggenbrot	11,— Zloty
1 „	Kartoffeln	2,40 „
1 „	Schweinefleisch	80,— „
1 „	Speck	160,— „
1 „	Butter	170,— „

Unter diesen Umständen bleibt der fremdvölkische Arbeiter nur etwa 4 bis 5 Tage in der Woche auf seinem Arbeitsplatz, um an den übrigen Tagen die fehlenden Lebensmittel für sich und seine Familie zu erwerben. Tägliche Plünderungen, Raubzüge, Morde und andere Delikte sind die weitere Folge dieser Zustände.

Als Anreiz für die Ablieferung seiner landwirtschaftlichen Erzeugnisse erhielt der Bauer Prämienscheine für den Bezug von Bedarfswaren (landwirtschaftliche Bedarfsartikel, Haushaltsgegenstände, Salz, Zigaretten, Schnaps usw.). Diese Bedarfswaren konnten jedoch vielfach nicht zur Verfügung gestellt werden, obgleich sie im Schwarzhandel in jeder beliebigen Menge, allerdings zu unerschwinglichen Preisen, erhältlich sind.

(1 Maurerpinsel = 1 Kuh
1 dz. Druschkohle = 30,— Zloty
1 Paar Stiefel = 1500,— „
1 Hufnagel = 3,— „
1 Paar Holzpantinen = 2 Kälber
1 Kleid = 1 Kuh)

Die Folge dieser Zustände kann nur eine schwere Beeinträchtigung des Erzeugungswillens beim Bauern sein. Statt die Preise auf dem gewerblichen Sektor durch entsprechende

Bewirtschaftungsmaßnahmen zu senken, empfahl ein Erlaß des Generalgouverneurs die Anpassung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse an die teilweise um 3 000 bis 4 000 % erhöhten Preise

— Seite 7 —

für Bedarfsgüter.

Die gewerbliche Wirtschaft ist ganz nach kapitalistischen Gesichtspunkten aufgebaut mit dem Ziel, schnell und viel zu verdienen, und ermangelt jeder planvollen, nach den Erfordernissen des Krieges ausgerichteten Führung. Es fehlt an staatlicher Aufsicht und an Lenkung der Erzeugung und des Warenweges. Man überläßt es dem deutschen Einzelunternehmer als „Treuhänder" der von ihm geleiteten Unternehmungen, sich in freiem Spiel der Kräfte selbst zu helfen. Diese Treuhänder bedienen sich vielfach der früheren polnischen und jüdischen Betriebsinhaber als Prokuristen und machen in dem von der Regierung geduldeten Schwarzhandel unerhörte Gewinne in kürzester Frist. Herstellungsverbote und Einzelbewirtschaftungsmaßnahmen, die von der Rüstungsinspektion (Generalleutnant Schindler) gefordert wurden, unterblieben. Ein Teil der gewerblichen Produktion ist lediglich darauf eingestellt, der einheimischen Bevölkerung Tauschobjekte für den Erwerb von Lebensmitteln zur Verfügung zu stellen. Metalle, Spinnstoffe, Leder usw. werden dadurch der Kriegswirtschaft entzogen.

2.) Die Erfassung der Arbeitskräfte.

Die wichtigste Voraussetzung für eine ordnungsmäßige und verhältnismäßig reibungslose Lenkung des Einsatzes der Arbeitskräfte aus der einheimischen Bevölkerung innerhalb des Generalgouvernements selbst sowohl wie im Reich sind geordnete Verhältnisse auf dem Gebiet der Wirtschaft. Das Fehlen dieser Ordnung wirkt sich auf die Lenkung des Arbeitseinsatzes in mehrfacher Hinsicht ungünstig aus. Wäre es möglich, die im deutschen Interesse arbeitende Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs notdürftig zu versorgen, für die übrigen aber eine Versorgung im Wege des Schwarz- und Schleichhandels unmöglich zu machen,

so

— Seite 8 —

so würden sich die vorhandenen Reserven an Arbeitskräften von sich aus für den planmäßigen Kräfteeinsatz zur Verfügung stellen. Damit wäre zugleich einer vernünftigen

Gestaltung der landwirtschaftlichen Besitzgrößen der Boden geebnet. Denn Voraussetzung hierfür ist, daß die dabei frei werdenden Volksteile in auskömmliche Arbeit gebracht werden können. Nachdem verabsäumt ist, die unerläßlichen Voraussetzungen für einen planmäßig gelenkten Arbeitseinsatz zu schaffen, stellen sich der Erfassung der Arbeitskräfte für diesen Einsatz die größten Schwierigkeiten entgegen. Daß diese Schwierigkeiten durch die Ausscheidung der jüdischen Arbeitskräfte verschärft wurden, liegt auf der Hand. Es ist aber unrichtig, daß diese Ausscheidung die Ursache der Schwierigkeiten wäre. Wären die nötigen Voraussetzungen für die Lenkung des Arbeitseinsatzes vorhanden gewesen, so hätte die Ausscheidung der jüdischen Arbeitskräfte keine nennenswerten Schwierigkeiten bereitet. So mußte die Erfassung der Arbeitskräfte mit mehr oder weniger gewaltsamen Methoden erfolgen, indem z.B. die durch die Arbeitsämter eingesetzten Organe wahllos Kirchen- und Kinobesucher einfingen und nach dem Reich abtransportierten. Daß durch solche Methoden nicht bloß der Arbeitswille und das Vertrauen der Bevölkerung in einem Maße untergraben werden, dem aller Terror keinen Einhalt zu gebieten vermag, ist ebenso klar wie die Folge einer Stärkung der politischen Widerstandsbewegung.

3.) Die Behandlung der einheimischen Bevölkerung

kann nur auf der Grundlage einer sauberen und geordneten Verwaltungs- und Wirtschaftsführung in die richtigen Bahnen geführt werden. Nur eine solche Grundlage gestattet es, die einheimische Bevölkerung auf der einen Seite streng und wenn nötig auch hart anzupacken, auf der anderen Seite aber auch großzügig zu ver-

fahren

fahren und durch gewisse Freiheiten, zumal auf kulturellem Gebiet, bei der Bevölkerung ein gewisses Maß von Zufriedenheit hervorzurufen. Ohne eine solche Grundlage stärkt Härte die Widerstandsbewegung und unterhöhlt Entgegenkommen das deutsche Ansehen. Daß es an dieser Grundlage fehlt, ergibt sich aus dem oben Gesagten. Statt darauf bedacht zu sein, diese Grundlage herzustellen, inauguriert der Generalgouverneur eine Förderung des kulturellen Eigenlebens der polnischen Bevölkerung, die an sich schon über das Ziel hinausschießt, unter den obwaltenden Verhältnissen aber und

nicht zuletzt in Zusammenhang mit unserer militärischen Lage im letzten Winter nur als Schwäche ausgelegt werden konnte und das Gegenteil des erstrebten Zieles erreichen muß.

4.) Das Verhältnis von Volksdeutschen und der polnisch-ukrainischen Bevölkerung im Generalgouvernement.

Zahlreich sind die Fälle, in denen die deutsche Verwaltung die Belange der Volksdeutschen im Generalgouvernement hinter den Interessen der Polen und Ruthenen hat zurücktreten lassen in dem Bestreben, die letzteren für uns zu gewinnen. Es wurde der Standpunkt vertreten, daß anderswo ausgesiedelte Volksdeutsche nicht sogleich als Siedler, sondern für die Dauer des Krieges nur als Landarbeiter anzusetzen wären. Rechtsgrundlagen für die Enteignung polnischen Besitzes wurden bisher nicht geschaffen. Schlechter Behandlung von volksdeutschen Arbeitern durch ihre polnischen Betriebsführer wurde nicht Einhalt geboten. Reichs- und volksdeutsche Patienten ließ man in polnischen Krankenanstalten von polnischen Ärzten teuer und schlecht behandeln. In deutschen Bädern des Generalgouvernements stieß die Unterbringung von reichsdeutschen Kindern aus bombengefährdeten

— Seite 10 —

fährdeten Gebieten und von Stalingradkämpfern auf Schwierigkeiten, während Fremdvölkische dort Kuraufenthalt nahmen und dergl. mehr.

Die großen Ansiedlungsvorhaben im Distrikt Lublin zugunsten von Volksdeutschen hätten reibungsloser durchgeführt werden können, wenn der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums bei der Verwaltung die wünschenswerte Mitarbeit und Förderung gefunden hätte. Auf die nötige Schonung der polnischen Bevölkerung dabei war von vornherein Bedacht genommen.

Auf dem Hintergrunde der oben geschilderten Verhältnisse konnte all' dies nur zu einer weiteren Schwächung des deutschen Ansehens und zur Schädigung der deutschen Interessen führen.

5.) Die Sicherheitslage.

Die polnische Widerstandsbewegung hat zum Ziele, den Aufbau der deutschen Verwaltung zu stören, die Bevölkerung zu unbedachten und gewaltsamen Schritten zu verleiten, innere

Unruhen vorzubereiten und gegebenenfalls eine allgemeine Aufstandsbewegung ins Leben zu rufen, die geeignet ist, unsere Ostfront vom Nachschub abzuschneiden. Die führende Schicht der Widerstandsbewegung, die bis zur Aufstellung militärähnlicher Gliederungen gediehen ist, setzt sich fast ausschließlich aus der Intelligenz des Polentums zusammen. Ein Großteil der 50 000 ehemaligen polnischen Offiziere, ferner Rechtsanwälte, Diplomingenieure, Chemiker, Ärzte, Professoren, Lehrer, Pfarrer, Gutsbesitzer und Kaufleute bilden den Kern der Bewegung. Ein nicht unerheblicher Teil von ihnen arbeitet auf Weisung der Widerstandsbewegung „loyal" in den deutschen Verwaltungsdienststellen, um sich auf diese Weise gut unterrichten und Schwächepunkte als Ansatzstellen für ihre Umsturzarbeit ausfindig machen zu können.

Unter

Unter diesen Umständen ist Vorsicht und Zurückhaltung der alten polnischen Intelligenz gegenüber am Platze und ein Paktieren mit ihr abwegig. Der Wunsch der Verwaltung, die polizeilichen Maßnahmen gegen die Widerstandsbewegung möchten vorher mit ihr abgestimmt werden, ist unter den dargelegten Verhältnissen undurchführbar. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Maßnahmen, die vorher mit der Verwaltung abgesprochen wurden, der Widerstandsbewegung nicht geheim und daher erfolglos blieben.

Während sich der Generalgouverneur anfänglich gegen die kasernierte Polizei als eine nutzlose Paradetruppe wehrte, ist jetzt der Schrei nach Polizei allgemein. Ihr Einsatz wird auch außerhalb ihres eigentlichen Aufgabengebiets erstrebt, um dadurch die Breschen zu schließen, die sich infolge des Versagens der allgemeinen Verwaltung auf mancherlei Gebieten aufgetan haben.

C. Die Folgen.

Das durch den Generalgouverneur persönlich verkörperte Verwaltungssystem und das sachliche Versagen der deutschen allgemeinen Verwaltung auf den verschiedensten Gebieten von ausschlaggebender Bedeutung haben nicht nur das Vertrauen und die Arbeitswilligkeit der einheimischen Bevölkerung erschüttert, sondern es auch zuwege gebracht, daß sich das gesellschaftlich zerklüftete und durch seine ganze Geschichte hindurch stets uneinige Polentum zu einem in seiner Deutschfeindlichkeit geschlossenen Volkskörper zusammengefunden hat. In einer Welt

des Scheins fehlen die realen Fundamente, auf denen allein diejenigen Leistungen, die das Reich vom Generalgouvernement verlangen, und diejenigen Ziele, die es in ihm verwirklicht sehen muß, auf die Dauer bewerkstelligt und erfüllt werden können. Die Nichterfüllung der der allgemeinen Verwaltung gestellten Aufgaben

mußte,

— Seite 12 —

mußte, wie z.B. auf dem Gebiete der Festigung des deutschen Volkstums (vergl.B, II 4.), naturgemäß dazu führen, daß andere Verwaltungskörper (Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und Polizei) sich dieser Aufgaben annahmen. Daraus entwickelten sich vielfach Reibungen und ein Gegeneinanderarbeiten der verschiedenen deutschen Dienststellen im Generalgouvernement, was wiederum nicht ohne schädliche Rückwirkungen auf die Haltung der einheimischen Bevölkerung und auf das deutsche Ansehen im Generalgouvernement bleiben konnte. Und so besteht denn alles in allem die Gefahr, daß die Verhältnisse im Generalgouvernement chaotischen Zuständen entgegentreiben, wenn nicht alsbald ein radikaler und grundsätzlicher Wandel eintritt.

D. Die Maßnahmen zur Gesundung der Verhältnisse.

1.) Maßnahmen auf personellem Gebiet.

Die Hoffnung, die dem Generalgouverneur in Zusammenhang mit dem Fall Lasch vor längerer Zeit gemachten Eröffnungen könnten zu einem Kurswechsel des Generalgouverneurs und zu allmählicher Gesundung der Verhältnisse im Generalgouvernement führen, hat sich nicht erfüllt. Es kann daher kein Zweifel mehr bestehen, daß die erste und wichtigste Voraussetzung für eine Gesundung der Verhältnisse im Generalgouvernement die Ersetzung des Generalgouverneurs selbst durch eine geeignete und tatkräftige Persönlichkeit von politischem Format ist. Daneben müssen aus allen maßgebenden Stellen diejenigen Männer entfernt werden, die die typischen Vertreter des Frank'schen Regierungssystems sind oder deren sachliche Fähigkeiten sich als unzureichend erwiesen haben. Es sind dies vor allem die Staatssekretäre Bühler und Boepple sowie die Gouverneure Zörner und Fischer.

2.)

2.) Maßnahmen auf organisatorischem Gebiet.

Die vom Generalgouverneur geplante territoriale Neugliederung des Generalgouvernements besteht in der Zusammenlegung der Distrikte Krakau und Galizien unter Zuweisung des Kreises Miechow zum Distrikt Radom, sowie in der Aufteilung des Distriktes Warschau auf die Distrikte Lublin und Radom unter Ausscheidung der Stadt Warschau als distriktsfreier Stadt unter Leitung eines besonderen Gouverneurs.

Diese Maßnahme hat eine verwaltungstechnische und eine politische Seite. Verwaltungstechnische Vorzüge sind in der erhofften Personalersparnis zu erblicken. Verwaltungstechnische Nachteile ergeben sich aus der grossen Einwohnerzahl des neuen Distrikts, der mit rd. 7,6 Millionen Einwohnern gegenüber rd. 2 Millionen Einwohnern des Distrikts Lublin und rd. 2,3 Millionen Einwohnern des Distrikts Radom für einen Verwaltungskörper der Mittelstufe reichlich groß sein würde.

Der politische Vorteil der Neuregelung besteht einmal in der geschlossenen Absetzung des die ruhigsten, überwiegend ruthenischen Teile der einheimischen Bevölkerung umfassenden ehemals österreichischen Gebiets von der übrigen polnischen Bevölkerung. Zuzweit liegt der Vorteil in der Abschnürung von Warschau, der Zentrale aller verbrecherischen und politisch subversiven Bestrebungen von Bedeutung. Ob die Vorteile einer Zusammenlegung der Distrikte Galizien und Krakau so groß sind, wie man sich das verspricht, ist im voraus schwer zu beurteilen. Auf der anderen Seite sind aber auch keine entscheidenden Bedenken gegen diese Maßnahme zu erheben.

3.)

3.) Maßnahmen auf dem Gebiet der politischen Führung und der Verwaltung.

Neben den auf personellem Gebiet zu treffenden Maßnahmen ist die wichtigste Voraussetzung für eine Gesundung der Verhältnisse im Generalgouvernement die stetige Verfolgung einer klaren politischen Grundlinie und eine danach ausgerichtete und zielbewußt durchgeführte Verwaltung. Worauf es hierbei ankommt, ergibt sich im großen und ganzen aus dem in Abschnitt B Gesagten. Das Kernproblem der Verwaltung ist danach eine durchgreifende Ordnung auf dem Gebiet der Wirtschaft. Allein dadurch wird das Fundament geschaffen,

ohne das die Lösung aller übrigen Aufgaben unmöglich ist. Ist aber dieses Fundament errichtet, so bereiten die übrigen Probleme keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr. Und damit ist dann schließlich auch der Ausgangspunkt gegeben, um an die in Abschnitt A 5 bezeichnete, bisher noch nicht in Angriff genommene Aufgabe heranzugehen, aus der einheimischen Bevölkerung Truppen für den militärischen Kampf gegen den Bolschewismus zu gewinnen.

DOCUMENT 2224-PS

FROM THE NATIONAL SOCIALIST PARTY CORRESPONDENCE, 2 MAY 1933: STATEMENT BY THE "ACTION COMMITTEE FOR THE PROTECTION OF GERMAN WORK": TRADE UNIONS HAVE BEEN TAKEN OVER BY THE NATIONAL SOCIALISTS; LEY IS CHIEF OF THE ACTION COMMITTEE; ANNOUNCEMENT OF WORKERS' CONGRESS ON 10 MAY (EXHIBIT USA-364)

Aus: Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz NSK Pressedienst der NSDAP NSK Folge 381, 2. Mai 1933, Blatt 1

Das Ende des marxistischen Klassenkampfes

NSK Das Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit teilt mit:

Am 1. Mai 1933 hat das ganze deutsche Volk ein gewaltiges Bekenntnis des Vertrauens zur neuen Staatsführung, zur deutschen Volksgemeinschaft abgelegt. Das Größte an diesem Tage war, daß die gesamte deutsche Arbeiterschaft in allen ihren Schichten, in allen Ständen und Berufen, sich ausnahmslos hinter die Regierung Adolf Hitler gestellt hat. In den Arbeitervierteln der Großstadt, ebenso wie auf dem Lande, auf den Schornsteinen der Fabriken und von den Gewerkschaftshäusern, auf den Staatsgebäuden und den Wohnhäusern in allen deutschen Städten wehten die Fahnen des neuen Reiches, die Symbole der nationalsozialistischen Erhebung und des deutschen Sozialismus.

Der 1. Mai 1933 war die Todesstunde des marxistischen Klassenkampfes. Die Arbeiter aus den Fabriken, Schaffende der Faust und der Stirn, die Angestellten, sie alle marschierten hinter dem Hakenkreuzbanner. Die Volksgemeinschaft ist da, das Herrlichste, Erhebenste ist Wahrheit geworden. Die werktätigen Massen haben sich zum Nationalsozialismus bekannt.

Aber noch waren die Berufsorganisationen der deutschen Arbeiterschaft, die Vertretungen der Arbeiter und Angestellten in den Händen marxistischer Führer, die die deutsche Arbeiterbewegung nicht zum Wohle des schaffenden deutschen Volkes leiteten, sondern sie nur als Stoßtrupp ihres wahnwitzigen internationalen marxistischen Klassenkampfgedankens betrachteten.

Der Nationalsozialismus, der heute die Führung der deutschen Arbeiterschaft in Händen hat, kann es nicht mehr verantworten, die Männer und Frauen des werktätigen Volkes, die Mitglieder der größten Berufsorganisationen der Welt, die deutsche Gewerkschaftsbewegung in Händen von Menschen zu belassen, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt. Deshalb hat die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation die Führung der Gewerkschaften übernommen. Die N.S.B.O. hat die bisherige Führerschaft der Freien Gewerkschaften des A.D.G.B. und Afa-Bundes beseitigt.

Neue deutsche Arbeiterführer sind an die Stelle verkalkter Bonzen getreten. Die bewährten Betriebspioniere der N.S.B.O., die von Anbeginn rücksichtslos für die Rechte der deutschen Arbeiterschaft gekämpft haben, haben die Leitung der Gewerkschaftsverbände übernommen. Damit wird dokumentiert, daß der Kampf des Nationalsozialismus nicht dem Gewerkschaftsgedanken an sich gilt, sondern nur den verbonzten Führungen, denn diese sind die Feinde der deutschen Arbeiterbewegung. Die alten mühsam erworbenen Rechte der Arbeiter- und Angestellten-Organisationen werden nicht angetastet, im Gegenteil, die neue nationalsozialistische Gewerkschaftsführung wird wieder gutmachen, was Klassenkampf und Internationalismus dem deutschen Arbeitertum angetan haben.

Am 2. Mai 1933 sind von der N.S.B.O. die Leitungen aller Gewerkschaften übernommen worden, sämtliche Gewerkschaftshäuser wurden besetzt und schärfste Kontrolle des Kassen- und Personalwesens der Verbände ist organisiert worden.

Die Leitung des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit übernimmt Pg. Dr. Ley, Stellvertreter: Schmeer.

Die Leitung des A.D.G.B. übernimmt Pg. Schumann. Pg. Muchow erledigt die grundsätzlichen

— Blatt 2 —

Organisationsfragen. Pg. Biallas ist verantwortlich für Presse und Propaganda.

Die Leitung des Afa-Bundes übernimmt Pg. Peppler.

Die Leitung der„Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte“ übernimmt Pg. Müller.

Die Kassen-Revision übernimmt Pg. B r i n k m a n n.

Deutsche Arbeiter und Angestellte! Helft alle mit, ein neues Deutschland nationaler Freiheit und sozialistischer Gerechtigkeit aufzubauen. Helft alle, die Gewerkschaften zu Organen fruchtbringender Arbeit umzugestalten. Haltet Disziplin, dann wird eure Arbeit von Erfolg begleitet sein, zum Wohle des gesamten deutschen Volkes, in erster Linie aber der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft.

Die neue nationalsozialistische Gewerkschaftsführung wird versuchen, wieder gutzumachen, was Klassenkampf und Internationalismus dem deutschen Arbeitertum angetan haben. Wir appellieren an das ganze schaffende deutsche Volk, an die Gewerkschaftsmitglieder aller Richtungen und Verbände.

Vertraut den bewährten Kämpfern der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation!

Sabotageversuche gewissenloser Hetzer werden mit der ganzen Strenge des Gesetzes geahndet werden. Beachtet alle kommenden Anweisungen, es geht um eure und eurer Kinder Zukunft!

Jetzt an die Arbeit!

Es lebe der Sozialismus!

Es lebe Deutschland!

Arbeiter-Kongreß in Berlin

NSK Berlin, 2. Mai

Wie die „Nationalsozialistische Partei-Korrespondenz" erfährt, wird am Mittwoch, dem 10. Mai, in Berlin im Preußischen Herrenhaus ein großer Arbeiterkongreß stattfinden, auf dem die Einheitsfront der deutschen Arbeiter gebildet werden wird. Adolf Hitler wird gebeten werden, die Schirmherrschaft zu übernehmen.

Das Aktionskomitee bei Adolf Hitler

NSK Am Dienstag, mittags gegen 2 Uhr, erschienen die Herren des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit unter Führung von Dr. R. Ley in der Reichskanzlei, um den Reichskanzler von der vollzogenen Gleichschaltung der Freien Gewerkschaften in Übereinstimmung mit der allgemeinen politischen Lage in Deutschland in Kenntnis zu setzen. Dr. Ley unterrichtete den Kanzler über den r e i b u n g s l o s e n V e r l a u f d e r A k t i o n, deren Notwendigkeit in der Stimmung der deutschen Arbeiterschaft selbst begründet

gewesen sei, die eine Beendigung des marxistischen Treibens in den Gewerkschaften gefordert habe. Das Aktionskomitee bat sodann Adolf Hitler, die Schirmherrschaft über den in der nächsten Woche stattfindenden großen Arbeiterkongreß zu übernehmen.

Der Führer erklärte sich bereit, diese Schirmherrschaft zu übernehmen und brachte insbesondere zum Ausdruck, daß er eine glatte Abwicklung der einzelnen Maßnahmen erwarte, damit insbesondere in finanzieller Hinsicht dem deutschen Arbeiter nicht nur kein Schaden, sondern nur Nutzen aus der Reinigungsaktion erwachse. Das Aktionskomitee versicherte, daß die Abwicklung in vollster Ruhe und Ordnung erfolge und konnte die Zusage geben, daß die Zahlungen der betroffenen Institute ab morgen bereits wieder in vollem Umfange aufgenommen werden.

„Arbeitertum" —
offizielles Organ des A.D.G.B.
NSK Berlin, 2. Mai.

Als Folge der Gleichschaltung der Freien Gewerkschaften ist das Organ der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation „Das Deutsche Arbeitertum" zum amtlichen Organ des A.D.G.B. bestimmt worden. Das „Arbeitertum" wird in Zukunft 8tägig (statt bisher 14tägig) in einer Gesamtauflage von etwa 4 Millionen Exemplaren erscheinen.

DOCUMENT 2229-PS

ORDER BY BALDUR VON SCHIRACH, 22 JUNE 1933: THE GREATER GERMAN FEDERATION AND THE REICH COMMITTEE OF THE GERMAN YOUTH ASSOCIATIONS ARE DISSOLVED; ALL GERMAN YOUTH ORGANIZATIONS ARE TO BE REPORTED TO SCHIRACH AS REICH YOUTH LEADER (EXHIBIT USA-668)

Aus: Pressedienst der NSDAP NSK Folge 423 vom 22. Juni 1933 Blatt 2/3

Der Jugendführer des Reiches
an der Arbeit

Wichtige Anordnungen Baldur von Schirachs

NSK Berlin, 22. Juni.

Der Jugendführer des Deutschen Reiches, Baldur von Schirach, hat folgende Anordnungen erlassen:

.....

Anordnung 2.

1. Der Großdeutsche Bund mit seinen Unter- und Teilorganisationen ist mit Wirkung vom 17. Juni 1933 aufgelöst. Das Eigentum des Großdeutschen Bundes sowie der angeschlossenen Unter- und Teilorganisationen ist sicherzustellen. Mit dem Großdeutschen Bunde sind demnach aufgelöst:

1. Freischar junger Nation,
2. Deutsche Freischar,
3. Deutscher Pfadfinderbund,
4. Die Geusen,
5. Ringgemeinschaft deutscher Pfadfinder,
6. Ring deutscher Pfadfindergaue,
7. Deutsches Pfadfinderkorps,
8. Freischar evangelischer Pfadfinder.

2. Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Die bisherigen Aufgaben des Reichsausschusses werden in die erweiterten Aufgaben der Jugendführung des Deutschen Reiches übernommen.

3. Sämtliche Jugendorganisationen Deutschlands sind dem Jugendführer des Deutschen Reiches (Berlin NW 40, Kronprinzenufer 10, Abteilung Verbände) zu melden. Jugendorganisationen, die diese Meldung bis zum 15. Juli 1933 nicht oder nur unvollständig vollzogen haben, gelten als aufgelöst. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß unter „Jugendorganisationen" auch solche Organisationen zu verstehen sind, die besondere Teilzusammenfassungen der Organisationen Erwachsener bedeuten. Die Meldungen sind von der obersten Führung der einzelnen Jugendorganisationen für die gesamte Organisation zu vollziehen. Soweit die Jugendgruppen von Erwachsenenorganisationen über eine eigene zentrale Jugendführung nicht verfügen, ist die Führung der Erwachsenenorganisation zur Meldung verpflichtet.

Die Meldung muß enthalten:

1. den Namen des Vereins (unter genauer Angabe, welche Rechtsform der Verein besitzt),
2. den Vorstand des Vereins (genaue Angabe der Namen, Wohnung, sowie gegebenenfalls der Fernsprechnummer),
3. Angabe, wer für den Verein zeichnungsberechtigt ist,

4. Die Geschäftsstelle des Vereins (Telephon),
5. Bank- und Postscheckkonten des Vereins unter Angabe, wer hier zeichnungsberechtigt ist,
6. genaue Mitgliederzahlen des Vereins unter Angabe, wann die Mitgliederzahlen ermittelt wurden,
7. die Satzungen des Vereins,
8. Angaben über den organisatorischen Aufbau des Vereins, soweit diese nicht in der Satzung enthalten sind,
9. Angabe der Vorsitzenden der Gaue, Landschaften, Landesführer oder dergl.

4. Die Aufgaben des Jugendführers des Deutschen Reiches müssen teilweise mit Hilfe der Beiträge der angeschlossenen Organisationen durchgeführt werden. Eine Festsetzung der Beiträge erfolgt in kürzester Zeit.

. . . . . .

DOCUMENT 2232-PS

FROM FRANK'S HANDBOOK, GERMAN ADMINISTRATIVE LAW, 1937: STATEMENT ON THE DUTIES OF THE POLITICAL POLICE (EXHIBIT GESTAPO-28)

Aus: Dr. Hans Frank, Deutsches Verwaltungsrecht, Seite 420.

1. Der Gegenstand

Nach dieser Aufgabenstellung sind Gegenstand der Tätigkeit der Politischen Polizei alle „staatsgefährlichen Bestrebungen".

a) Bestrebungen müssen vorliegen, nicht nur Zustände,die als im Staatsinteresse gefährlich anzusehen sind. Die Politische Polizei ist das Schutz - und Kampfinstrument gegen alle bewußten und zielstrebigen Kräfte, die sich staatsgefährlich auswirken. Wenn durch Unzulänglichkeiten, ungünstige Umstände oder Unfälle gefährliche Zustände entstehen, so wird die Politische Polizei wohl im Zusammenhang mit dem durch solche Zustände stets geförderten Auftrieb staatsgefährlicher Bestrebungen auch auf diese Zustände selbst hinweisen — aber Abhilfe zu schaffen ist Sache der zuständigen Fachverwaltungen, wie der Wirtschafts-,Wohlfahrts -,Propaganda- usw.-Behörden. Die Politische Polizei kann nicht mit der Verantwortung für die Kontrolle und die Korrektur der Arbeitsergebnisse aller Zweige des Staatsapparats belastet werden. Dies würde über ihre Aufgaben und

über ihre Kräfte hinausgehen und zugleich ständige Reibungen mit diesen anderen Verwaltungszweigen verursachen.

Andererseits ist die Zuständigkeit der Politischen Polizei gegeben, sobald und soweit staatsgefährliche Bestrebungen, d.h. bewußte und zielstrebige Handlungen, festgestellt werden — auch im Rahmen eines durch andere Umstände geschaffenen Zustandes. Insoweit erhebt die Politische Polizei Anspruch darauf, daß die Erforschung und Bekämpfung dieser Bestrebungen ihr überlassen wird.

b) Alle staatsgefährlichen Bestrebungen sind Gegenstand der Tätigkeit der Politischen Polizei. „Staatsgefährlich" ist weiter als „staatsfeindlich" und umfaßt nicht nur Bestrebungen mit staatsfeindlichem Programm, sondern auch alle Bestrebungen, die — auf ein beliebiges Ziel gerichtet — in ihren Auswirkungen den Staat gefährden.

Schutzobjekt ist nicht der Staat in seiner äußerlichen organisatorischen Erscheinung, sondern die Aufgaben der Führung im Sinne der nationalsozialistischen Idee. Die Gefährdung aller völkischen Werte, die zu erhalten und zu entwickeln Aufgabe der nationalsozialistischen Führung ist, ruft die Politische Polizei zur Abwehr der gefährdenden Bestrebungen auf den Plan, z.B. wenn gefährdet wird

die Staatsführung und der Staatsaufbau durch Terrorabsichten und Umsturzpläne,

die Wehrmacht und die Wehrkraft durch Spionage und (geistige oder technische) Sabotage,

die Volksgemeinschaft und die Staatsgesinnung durch Zersetzung und Verhetzung,

die Volksgesundheit und Blutreinheit durch sittliche Verderbnis (z.B. Vergehen gemäß § 175 RStGB.) und Rassenschande,

die weltanschauliche Geschlossenheit des Volkes durch seelische Vergiftung und Vernebelung (z.B. durch „Ernste Bibelforscher" und andere Sekten).

Ein vollständiger Katalog der „staatsgefährlichen Bestrebungen" kann nie aufgestellt werden, weil sich nie voraussehen läßt, wodurch in Zukunft einmal Führung und Volk gefährdet werden können. Nationalsozialistisches Erkennen drohender Gefahren und nationalsozialistisches Verantwortungsbewußtsein werden in jeder politischen Lage die Aufgaben der Politischen Polizei den tatsächlichen Notwendigkeiten entsprechend begreifen und erfüllen.

DOCUMENT 2233-PS (also 3465-PS and D-970)

EXCERPTS FROM THE DIARY OF HANS FRANK, GOVERNOR GENERAL OF THE OCCUPIED POLISH TERRITORIES, 25 OCTOBER 1939 TO 3 APRIL 1945 (EXHIBIT-NUMBERS: USA-173, USA-174, USA-271, USA-281, USA-283, USA-295, USA-302, USA-311, USA-607, USA-608, USA-611, USA-612, USA-613, USSR-223, GB-562, GB-602, FRANK 10, FRANK 14—18)

BESCHREIBUNG:

Die Urkunde stellt das Tagebuch von Hans Frank dar und umfaßt 38 Bände. Wiedergegeben sind Auszüge aus sämtlichen Bänden mit Ausnahme von Band 7, 14, 22 und 31. Die Numerierung der Bände ist erst nach der Erbeutung erfolgt.

Angaben über das Tagebuch:

B a n d 1 b i s 33 graue Pappbände mit Hoheitszeichen; rote Rücken mit Golddruck wie folgt — bei den Tagebuchbänden 1939—1941 ist auf der ersten Seite der Inhalt nach Monaten angegeben —:

B a n d 1: „Tagebuch 1939" 25. Oktober — 15. Dezember, enthält ferner die „Rücksprache des Generalgouverneurs mit dem Gesandten von Wühlisch am 20. Dezember 1939", sowie „Inhaltsverzeichnis zu Band I des Tagebuches" (Sachverzeichnis und „Personelles Inhaltsverzeichnis").

hs Unterstreichungen und Verbesserungen Kop, ab Sitzung vom 4. 11. 1939 Blei

---

TAGEBUCH*
DES HERRN GENERALGOUVERNEURS FÜR DIE BESETZTEN POLNISCHEN GEBIETE

vom 25. Oktober bis 15. Dezember 1939.

V o r b e m e r k u n g .

. . . . . .

Die Militärverwaltung war mit dem ::-:: 25. Oktober 1939 ::-:: beendet. Mit diesem Zeitpunkt übernahm Herr Reichsminister Dr. Frank als ::-:: Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete ::-:: endgültig in unmittelbarer Unterstellung unter den Führer die Verwaltung des Generalgouvernements.

Lodsch, Samstag, den 28. Oktober 1939.

. . . . . .

Herr Generalgouverneur empfing den Polizeipräsidenten von Lodsch, ᛋᛋ-Obergruppenführer B e c k e r l e .

* Inhaltsübersicht Seite 730

Es wurden Fragen des ::-:: Polizei- ::-:: und ::-:: Beamteneinsatzes ::-: besprochen. Obergruppenführer Beckerle wies darauf hin, daß bei der Bevölkerung die zunächst vorhanden gewesene ::-:: Angstpsychose vorbei ::-:: sei und daß sich in Lodsch mehr ::-:: Juden ::-:: als vorher aufhielten. Das sei mit ein Grund für die fortgesetzte Verschlechterung der Ernährungslage.

Herr Generalgouverneur empfing den Distriktschef in Warschau, Reichshauptamtsleiter Dr. Fischer.

Er besprach mit ihm laufende Fragen, insbesondere auf dem Gebiet des ::-:: Finanzwesens ::-:: und der ::-:: Monopole. ::-:: Dr. Fischer wurde beauftragt, die Bürgermeisterfrage in Warschau zu klären und Feststellungen zu treffen, welche Mengen ::-:: Kupfer ::-:: und ::-:: Schrott ::-:: vorhanden sind. Dr. Fischer verpflichtete sich, 300 beste ::-:: Pelzmäntel ::-:: für die Zentrale sicherzustellen. Herr Generalgouverneur ersuchte um Bericht über die ::-:: diplomatischen Vertretungen, ::-:: die sich noch ::-:: in Warschau ::-:: aufhielten, und über *sonstige Angelegenheiten.*[1]) Dr. Fischer berichtete noch, daß in Warschau eine ::-:: Kabelverbindung nach Krakau ::-:: liege und außerdem ein großes ::-:: Kabellager ::-:: vorhanden sei. Dr. Fischer wurde aufgefordert, an der Grenze des Generalgouvernements ::-:: Grenztafeln ::-:: zu errichten.

Lodsch, Dienstag, den 31. Oktober 1939

10 Uhr.

In einer eingehenden Arbeitsbesprechung, an der Reichsminister Dr. Seyß-Inquart, Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer, Staatssekretär Krohn und Oberregierungsrat Leutert teilnahmen, legte Staatssekretär Krohn die Verordnung über die Gestaltung der Arbeitsbedingungen und über die Durchführung der Arbeitspflicht der Polen vor.

Herr Generalgouverneur ordnete an, daß die Entlohnung der Arbeitspflichtigen nicht nach den normalen Grundsätzen erfolgen solle und daß die Durchführung der Arbeitspflicht nicht durch formale Verklausulierungen erschwert werden

[1]) Blei-Einfügung für „die Erschießungen von Juden" gestrichen

dürfe. Die Arbeitsbedingungen im einzelnen sollten durch die Distriktschefs festgesetzt werden. Die Arbeitspflicht der Polen habe ihre Grundlage in der Verschleppung des polnischen Geldes in das Ausland und diene der Wiedergutmachung der Schäden, die die Polen angerichtet hätten. Es dürfe daher nur Entlohnung für tatsächlich geleistete Arbeit oder Almosen geben. Deshalb dürften die deutschen Wirtschaftsstellen auch nicht an irgendwelchen Tarifbestimmungen und ähnliches gebunden werden.

Oberregierungsrat Leutert führte aus: Das polnische Recht über die Bezahlung der Arbeitslosenunterstützung sei außer Kraft gesetzt, lediglich die Beitragspflicht sei bestehen geblieben. Über die Weiterverwendung dieser Mittel bleibe eine besondere Verfügung vorbehalten. Die Arbeitsämter hätten mit der Auszahllung von Beiträgen an Arbeitslose einen Teil der Wohlfahrt übernommen. Als Höchstsatz würden 4,50 wöchentlich und bei Familien 7.— wöchentlich gezahlt. In Lodsch seien 40 bis 50 000 Arbeitslose.

Reichsminister Seyß-Inquart wies darauf hin, daß die ::-:: Arbeitslosen ::-:: auf die ::-:: Fürsorgeleistungen der Arbeitsämter keinen Anspruch ::-:: erhalten dürfen.

11 Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing ᛋᛋ-Obergruppenführer Krüger, General Becker, ᛋᛋ-Brigadeführer Streckenbach und Oberstleutnant Gudewill.

Brigadeführer Streckenbach berichtete:

Der Reichsführer ᛋᛋ wünsche, daß alle ::-:: Juden ::-:: aus den neu erworbenen Reichsgebieten entfernt würden. Bis zum Februar sollen auf diese Weise etwa 1 000 000 Menschen in das Generalgouvernement eingebracht werden. Die in den besetzten polnischen Gebieten vorhandenen ::-:: gutrassigen Familien ::-:: (etwa 4 000 000 Menschen) sollten in das Reich überführt, dort vereinzelt untergebracht und so völkisch entwurzelt werden. Für den Termin der ::-:: Aussiedlungstransporte ::-:: sei der 15. November vorgesehen. Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß sowohl für die Ost-West-Bewegung als auch für die West-Ost-Bewegung besser große Transportstraßen festgelegt werden müssen. ᛋᛋ-Obergruppenführer Krüger erklärte, daß ab 15. November das gesamte ::-:: Eisenbahnnetz ::-:: des Generalgouvernements ::-:: für ::-:: die ::-:: Umsiedlungstransporte ::-:: zur Verfügung steht. Herr Generalgouverneur erteilt

dem SS-Obergruppenführer Krüger den Auftrag, diese Flüchtlingstransporte zu organisieren. Im Anschluß an diese Besprechung wurde der Referent für Preiswucher empfangen, der einen Bericht über die gesamte Preislage gab ... Herr Generalgouverneur erklärte hierzu, das Generalgouvernement könne nicht im Sinne eines staatlichen Ordnungsbetriebs aufgebaut werden, unter allem Umständen müßte aber die Lebensmittelversorgung der deutschen Beamten, die oft sehr schwierig sei, sichergestellt werden. Ganz klar müsse der Unterschied zwischen dem deutschen Herrenvolk und den Polen herausgestellt werden. Neben den Beamten müßten die Volksdeutschen direkt versorgt werden. Die NSV, sei ausschließlich für die Deutschen da, während sich die Polen — von den Juden sei überhaupt nicht die Rede — selbst helfen müßten, damit die „polnische Gemeinschaftsseele" ihr Leistungsvermögen zeigen könne. Ihre Verpflegung sei nur insoweit wichtig, als sie sie erarbeiteten; an sich seien sie gar nicht gewöhnt, daß sich jemand um sie sorge. SS-Brigadeführer Streckenbach wies darauf hin, daß das Generalgouvernement, das zurzeit 10 000 000 Einwohner habe, im Februar 13 000 000 zählen werde. Herr Generalgouverneur führt zur Ernährungslage aus; durch die fortschreitende Intensivierung der Landwirtschaft müsse es möglich sein, die Gesamtversorgung des Generalgouvernements sicherzustellen. Soweit möglich, könne die Verpflegung im Wege der ::-:: Gemeinschaftsspeisung ::-:: erfolgen. Diese könne aber nur mit polnischen Kräften durchgeführt werden.

Es erschien der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels in Begleitung von Ministerialrat Müller, Gauamtsleiter Dr. Fischer, Chefadjutant Heusinger von Waldeck. Ferner waren anwesend Reichsminister Seyß-Inquart und Reichsamtsleiter Dr. du Prel.

Einleitend führte Herr Generalgouverneur aus:

Den ::-:: Polen ::-:: dürften nur solche ::-:: Bildungsmöglichkeiten ::-:: zur Verfügung gestellt werden, die ihnen die Aussichtslosigkeit ihres völkischen Schicksals zeigten. Es könnten daher höchstens ::-:: schlechte Filme ::-:: oder solche, die die Größe und Stärke des Deutschen Reiches vor Augen führen, in Frage kommen. ...

Reichsminister Dr. Goebbels führt aus, daß das gesamte ::-:: Nachrichtenvermittlungswesen der Polen ::-:: zerschlagen werden müsse.Die Polen dürften ::-:: keine Rundfunkapparate ::-:: und nur reine ::-:: Nachrichtenzeitungen, ::-:: keinesfalls eine Meinungspresse behalten. Grundsätzlich dürften sie auch ::-:: keine Theater, Kinos und Kabaretts ::-:: bekommen, damit ihnen nicht immer wieder vor Augen geführt werden würde, was ihnen verloren gegangen sei. Wenn sich für große Städte, wie z. B. Warschau, die Notwendigkeit ergebe, durch Kinovorstellungen die Polen von der Straße wegzubekommen, dann müsse das von Fall zu Fall entschieden werden. Der Führer hat erst gestern erklärt, man dürfe den Polen nicht mit dem ::-:: Aufbaufimmel ::-:: kommen, die Polen sollten sich selbst etwas aufbauen. Es liege auch nicht in unserem Interesse, daß den Juden die Bärte abgeschnitten und sie entlaust würden. Herr Generalgouverneur erklärte, daß die ::-:: höheren Schulen ::-:: bereits ::-:: geschlossen ::-:: seien. Die ::-:: Priesterseminare, ::-:: die von der Wehrmacht bereits wieder eröffnet worden seien, würden grundsätzlich geschlossen werden, da es sich hier nur um ::-:: Brutstätten des Deutschenhasses ::-:: handele.

Reichsamtsleiter Dr. Du Prel begründet die Notwendigkeit der Einrichtung ::-:: großer Tageszeitungen für die Deutschen im Generalgouvernement. ::-:: ...Hinsichtlich des ::-:: Filmwesens ::-:: nahm Reichsminister Dr. Goebbels mit besonderer Freude davon Kenntnis, daß die ::-:: polnischen Filmtheater ::-:: bereits ::-:: beschlagnahmt ::-:: seien, und sicherte zu, eine Liste der Filme zusammenzustellen, die zur Vorführung vor den deutschen Beamten und überhaupt vor den Deutschen im Generalgouvernement besonders geeignet seien. ... Die von dem Bürgermeister Otto in Warschau vorgeschlagene Übernahme der Mitglieder des ::-:: Warschauer Orchesters ::-:: in deutsche Reichsorchester[2]) sei völlig ausgeschlossen. Man müsse überhaupt immer wieder prüfen, wohin sich der ::-:: Nationalismus der Polen ::-:: flüchte. Alle auftauchenden nationalistischen Bestrebungen müßten dann sofort wieder zerschlagen werden. Reichsminister Dr. Goebbels sicherte zu, daß für die Deutschen im Generalgouvernement die besten Theater und Kabaretts des Reiches zur Verfügung gestellt würden. ...

12[30] Uhr.

Die Besprechung über ::-:: Preisbildungsfragen ::-:: wurde fortgesetzt.

[2]) „in deutsche Reichsorchester" eingefügt am unteren Rand mit Einschaltezeichen ms

Herr Generalgouverneur führte hierzu noch aus:

Bei der Einrichtung und Festlegung der ::-:: Höchstpreise ::-:: müsse verhindert werden, daß dadurch die Waren zum Verschwinden gebracht würden. Für die Arbeitsfähigkeit und Erhaltung der polnischen Bevölkerung müsse alles getan werden, während das Schicksal der Juden völlig gleichgültig sei. Wenn auch eine geordnete Politik vorläufig nicht möglich sei, so müsse doch alles getan werden, um ::-:: wucherische Preissteigerungen ::-:: zu verhindern.

Es folgte eine eingehende Besprechung der ::-:: Sicherheitsfragen ::-:: im Generalgouvernement.

Herr Generalgouverneur erklärte:

Die Aufgabe des Generalgouverneurs und seiner Organe sei vom Führer genau umschrieben. Notwendig sei die entgültige ::-:: Sicherstellung des Raumes ::-:: in Sinne und im Interesse des Deutschen Reiches. Die Vollmacht des Generalgouverneurs und seiner Organe sei im Gegensatz zur Wehrmacht, die nur einen spezialisierten Auftrag habe, umfassend. Eine Beschlagnahmeverfügung des Oberbefehlshabers des Heeres könne nur im Rahmen des allgemeinen ::-:: Beschlagnahmerechts des Generalgouverneurs ::-:: Geltung haben. Die Sicherung obliege, soweit es sich nicht um militärische Angelegenheiten handele, nur dem Generalgouverneur, insbesondere dem Polizeichef. Wie überhaupt alle Angelegenheiten, die nicht rein militärischer Natur sind, den Dienststellen des Generalgouverneurs zukommen. SS-Obergruppenführer K r ü g e r weist noch darauf hin, daß die vorhandenen ::-:: Polizeikräfte ::-:: zur Sicherung des Landes in keiner Weise ausreichen. SS-Brigadeführer S t r e c k e n b a c h erklärt, daß für die Sicherung des Landes die Wehrmacht nicht verwendbar sei, daß die Polizei mit einer durchweg feindlich eingestellten Bevölkerung zu tun habe und daß die Vertrauensleute und Volksdeutschen sehr unzuverlässig und ungeeignet seien. Am 1. November werde die Grenze sicherungsmäßig besetzt. Hierzu führt Herr Generalgouverneur aus, die ::-:: Einreise in das Generalgouvernement ::-:: setze Paß und Visum voraus. Ein höherer SS-Führer werde die Regelung der Einreise in das Generalgouvernement übernehmen. Die ::-:: Paßstelle, ::-:: die bisher im OKW. eingerichtet sei, werde in das Amt des Bevollmächtigten in Berlin überführt werden. SS-Brigadeführer S t r e c k e n b a c h führt aus, daß der Reichsführer SS mit Rücksicht auf die ::-:: Unzuverlässigkeit der

Zollorgane ::-:: besonderen Wert darauf lege, daß die Grenzkonrolle an der russischen Grenze ausschließlich durch den SD. durchgeführt werde. Herr Generalgouverneur erklärte sich mit dieser Regelung einverstanden ...

Berlin, Sonnabend, den 4. November 1939.

11 Uhr.

Herr Generalgouverneur hatte von 13^{30} bis 15^{15} Uhr eine eingehende Besprechung mit dem Führer. Der F ü h r e r besprach mit Herrn Generalgouverneur die ::-:: Gesamtlage, ::-:: unterrichtete[3]) ihn von seinen Plänen und billigte die Arbeit des Generalgouverneurs in Polen, insbesondere die ::-:: Niederlegung des Schlosses in Warschau ::-:: und den ::-:: Nicht-Wiederaufbau dieser Stadt, ::-:: ferner den ::-:: Einzug in die Burg zu Krakau, ::-:: die ::-:: Überführung der Kunstschätze ::-:: und die Einrichtung einer ::-:: Quäkerspeisung. ::-:: ...

Krakau, Dienstag, den 7. November 1939.

Gouverneur Dr. F i s c h e r ... betont, daß für die ::-:: Juden ::-:: ein besonderes ::-:: Ghetto ::-:: gebildet werden müsse. Nach Meldung des jüdischen Ältestenrates seien ::-:: in Warschau ::-:: noch ::-:: 30 000 Juden ::-:: vorhanden.

Herr Generalgouverneur billigt diese Maßnahmen ...

Krakau, Mittwoch, den 8.November 39.

18 Uhr.

.....

Sitzung der Distriktschefs und der Amtsleiter des Generalgouvernements in der Bergakademie.

Herr Generalgouverneur sprach einleitend über die Einrichtungen und den ::-:: Aufbau des Generalgouvernements ::-:: und wies darauf hin, daß der Generalgouverneur nach dem Willen des Führers in unmittelbarer Unterstellung unter den Führer seine Aufgabe zu erfüllen habe. Auch die aufgestellte

[3]) Schluß-„te“ Ti angefügt

formale Ordnung dürfte niemals einen Beamten hindern, im Einzelfall von den allgemeinen Richtlinien abzuweichen, wenn dies notwendig sei.

Der Polizeichef SS-Obergruppenführer K r ü g e r berichtete über den ::-:: Einsatz der Polizei ::-:: im Generalgouvernement. ... Wichtig sei für den Polizeidienst der Einsatz der ::-:: polnischen Polizei, ::-:: nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande. ...

Geeignete ::-:: Volksdeutsche ::-:: würden zur ::-:: Polizeiverstärkung ::-:: herangezogen. Die ::-:: Polizeikräfte ::-:: sollten möglichst konzentriert und ::-:: kaserniert ::-:: gehalten werden, um bei Gebrauch schnell einsatzbereit zu sein. Die ::-:: wildeUmsiedlung ::-:: müsse schnell abgestoppt werden. Zahllose Volksdeutsche kehrten jetzt regellos über die russische Grenze zurück.Vordringlich sei die Zurückbringung von 25 000 Volksdeutschen aus dem Raum Bug — Weichsel. Bis zum Frühjahr müßten 1 000 000 Polen und Juden aus Ost- und Westposen, Danzig, Polen und Oberschlesien in das Generalgouvernement aufgenommen werden. Die Zurückführung der Volksdeutschen und die Aufnahme der Polen und Juden (täglich 10 000) müsse planmäßig erfolgen. Besonders vordringlich sei die Einrichtung des ::-:: Arbeitszwangs der Juden. ::-:: Die jüdische Bevölkerung müsse möglichst aus den jüdischen Städten herausgezogen und zu ::-:: Straßenarbeiten ::-:: herangezogen werden. Die schwierigen Fragen der Unterbringung und Verpflegung seien noch zu klären.

Krakau, Freitag, den 10. November 1939.

9^{30} U h r.

.....

Herr Generalgouverneur empfing den Distriktschef Dr. W ä c h t e r, der das Ankleben von ::-:: Hetzplakaten ::-:: zum 11. November ::-:: (polnischer Freiheitstag) ::-:: in einigen Gegenden meldete.

Herr Generalgouverneur ordnete an, daß in jedem Haus, in dem ein Plakat angehängt bleibt, ein männlicher Einwohner erschossen wird.

Diese Anordnung wird durch den Polizeichef durchgeführt.

Ferner ordnete Herr Generalgouverneur an, daß ::-:: Festgottesdienste aus Anlaß des 11. November ::-:: selbstverständlich ::-:: verboten ::-:: bleiben. Distriktschef Dr. W ä c h t e r teilte

mit, daß in Krakau 120 Geiseln vorsorglich festgenommen worden sind und daß ihm SS-Gruppenführer Zech gemeldet habe, daß in Krakau für den 11. November eine ::-:: Demonstration junger Mädchen ::-:: in Aussicht genommen sei.

Herr Generalgouverneur ordnet an, daß ... jedem ::-:: Distriktschef ::-:: der Titel ::-:: Gouverneur ::-:: verliehen wird. Ferner soll eine ::-:: Kennzeichnung der Juden (weiße Armbinde mit blauem Davidstern) ::-:: eingeführt werden, die von allen Juden und Jüdinnen vom 12. Lebensjahr ab zu tragen sei. Jede Zuwiderhandlung müsse entsprechend bestraft werden.

Krakau, Freitag, 1. Dezember 1939.

15^{45} Uhr.

Herr Generalgouverneur empfing den *Min.*Rat[4]) Wille mit Oberregierungsrat Ganszer.

Ministerialrat Wille berichtete über Justizangelegenheiten und über die Frage, wem das Gnadenrecht bei Urteilen der Wehrmachtgerichte zustehe.

Herr Generalgouverneur erklärt hierzu.

Er behalte sich auch die Überprüfung der Vollstreckung der Urteile der Wehrmachtgerichte vor. Es müsse aber auf jeden Fall die Möglichkeit einer Überprüfung der Kriegsgerichtsurteile geschaffen werden. Unmöglich sei, daß solche Strafen in polnischen Gefängnissen zusammen mit polnischen Gefangenen vollstreckt würden. Die Möglichkeit einer Überprüfung kriegsgerichtlicher Urteile folge daraus, daß er in seiner Eigenschaft als Generalgouverneur als unmittelbarer Vertreter des Führers in diesem Gebiet gelte. Auch bei der ordentlichen Strafvollstreckung gehe es nicht an, daß Deutsche zusammen mit Polen und Juden in einem Gefängnis zur Vollstreckung gebracht werden. ...

Donnerstag, den 14. Dezember 1939.

15^{30} Uhr Abteilungsleiter Frauendorfer übergibt dem Herrn Generalgouverneur eine Denkschrift über die Lage des Arbeitsmartkes in Polen und berichtet über den Stand der Vermittlung von Arbeitskräften nach dem Reich. Bis jetzt seien etwa 30 000

[4]) „Min.Rat" (Ti) aus „Landrat" verbessert

Arbeitskräfte in das Reich vermittelt worden. Es sei zu hoffen, daß eine Steigerung bis zu einer Million Arbeitskräfte möglich sein werde.

Landrat Dr. Siebert legt dem Herrn Generalgouverneur die von ihm angeordnete Verordnung betreffend Erstreckung der Arbeitsdienstpflicht auf die Altersklassen vom 14. bis zum 18. Lebensjahr vor und bittet um nochmalige Unterzeichnung der Verordnung über Arbeitslosenhilfe, an der auf Wunsch des Herrn Reichsministers Seiß-Inquard Änderungen vorgenommen wurden.

. . . . . .

Freitag, den 15. Dezember 1939.

Der Herr Generalgouverneur warnt nachdrücklichst vor der Gefahr, daß die Polen irgend eine Möglichkeit bekommen, sich zu organisieren. Zur Verhütung dieser Gefahr ordnet der Herr Generalgouverneur an, daß der ganze Organisationsplan in Verbindung mit dem höheren SS- und Polizeiführer aufgestellt und dann ihm, dem Herrn Generalgouverneur, zur Genehmigung vorgelegt wird. Es dürfe nicht aus dem Auge gelassen werden, Daß eiserne Härte erforderlich sei und daß mit allen Mitteln dafür gesorgt werden müsse, daß nicht unter irgend einer Form der Tarnung Versuche zur Bildung einer Art Gemeinschaftsordnung von Seite der Polen gemacht werde.

BESCHREIBUNG:
Band 2: „Abteilungsleitersitzungen 1939 — 1940"
hs Verbesserungen Ti

Protokoll über die 1. Konferenz der Abteilungsleiter am 2. Dezember 1939.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank eröffnet die Konferenz mit grundlegenden Ausführungen über die Aufgaben der Regierung des Generalgouvernements. ... Im Generalgouvernement gelte das, was im Reichsgesetzblatt stehe, nicht, es sei denn, daß es in Anwendung der Führerverordnung vom 12. Oktober 1939 geschehe und die Vollmacht hierzu habe nur der Vorsitzende des Ministerrats für die Reichsverteidigung und von dieser Vollmacht werde er nur im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur Gebrauch machen. Die endgültige Struktur des Generalgouvernements sei noch nicht bekannt, eben

so wenig wisse man, ob es dauernd Generalgouvernement bleibe. Maßgebend für die Regierungstätigkeit im Generalgouvernement sei der Wille des Führers, daß dieses Gebiet das erste Kolonialgebiet der Deutschen Nation sei. Im Generalgouvernement habe der Standpunkt des Deutschtums zu gelten. ...

... Die Verurteilung eines Erzbischofs und eines Bischofs zur Todesstrafe gebe Veranlassung zu der grundsätzlichen Bemerkung, daß ein totaler Kampf gegen jede Art von Widerstand im Generalgouvernement geführt werde. Die beiden Bischöfe seien zu Recht verurteilt worden, da bei ihnen Waffen gefunden wurden. Wenn trotzdem ihre Begnadigung zur Zuchthausstrafe erfolgte, so seien dafür gewisse andere Erwägungen maßgebend gewesen. Unerwünscht seien Presseverlautbarungen über die Erschießung von Juden mit der Begründung, durch solche Verlautbarungen die Juden abzuschrecken.

SS-Obergruppenführer Dr. Krüger bezeichnet es als zweckmäßig, wenn über Vorfälle wie die bereits erwähnte Verurteilung der beiden Bischöfe nicht gesprochen werde, denn es bestehe sonst die Gefahr, daß sich Gerüchte bilden und weit höhere Zahlen genannt werden als tatsächlich in Frage stehen. ...

Protokoll über die 2. Konferenz der Abteilungsleiter am 8. Dezember 1939.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank berichtet über seine Unterredung mit Herrn Generalfeldmarschall Göring. Diese Unterredung habe nach Inhalt und Auswirkung die größte Bedeutung für die Einheitlichkeit der ganzen Verwaltung des Generalgouvernements. Es sei klar, daß im engsten Zusammenhang mit der politischen und verwaltungsmäßigen Führung dieses Gebietes auch das Problem sehr bald akut geworden sei, wie die Gesamtheit der wirtschaftlichen Belange dieses Hoheitsbereiches geregelt werden solle. Ebenso habe Unklarheit darüber bestanden, wer innerhalb des Generalgouvernements für die Führung der Wirtschaftspolitik zuständig sei. Über diese Fragen habe nunmehr die Besprechung mit Herrn Generalfeldmarschall Göring die entscheidende Klärung gebracht dahingehend, daß auch auf dem Gebiete der Wirtschaft der Generalgouverneur als Generalbevollmächtigter des Beauftragten für den Vierjahresplan eingesetzt werde. Diese Ernennung des Generalgouverneurs zum Bevollmächtigten des Beauftragten für den Vierjahresplan habe zur Folge, daß im Generalgouvernement künftig wirtschaftspolitisch nichts geschehen könne, ohne daß der Generalgouverneur seinen fördernden oder hemmenden

Einfluß geltend mache. Aufgabe der Dienststelle des Generalgouverneurs als Bevollmächtigten des Beauftragten für den Vierjahresplan sei es, das Beste und dem Reiche Nützlichste aus der Wirtschaft des Generalgouvernements herauszoholen. Hierbei stehe im Vordergrund die Aufnahme des gegenwärtigen Status der Wirtschaft im Generalgouvernement als Grundlage der Aufstellung eines weitschauenden Wirtschaftsprogramms. Das 2. sei die Sicherstellung von Rohstoffen, Maschinen usw. für die Wirtschaft im Generalgouvernement und das 3. die Nutzbarmachung dieser gesamten wirtschaftlichen Potenz im wirtschaftspolitischen Sektor für das Reich durch Aufstellung eines nach Art eines Handelsvertrags zu gestaltenden Übereinkommens bezüglich der Handelsbeziehungen zwischen dem Reich und dem Generalgouvernement.

SS-Obergruppenführer Krüger bespricht die aus der Durchführung der Umsiedlung sich ergebenden Fragen. Seit 1.Dezember laufen täglich mehrere Züge mit Polen und Juden aus den neu zum Reiche gekommenen Gebieten im Bereich des Generalgouvernements ein. Diese Transporte werden etwa bis Mitte Dezember andauern. . . .

Die Frage der Zwangsarbeit der Juden könne nicht von heute auf morgen in befriedigender Weise gelöst werden. Voraussetzung hiefür wäre eine karteimäßige Erfassung der männlichen Juden im Alter von 14 bis 50 Jahren. Hierbei müßte geprüft werden, welchen Beruf diese Juden bisher ausübten, denn gerade in diesen Gebieten hätten die Juden verschiedene Handwerke betrieben und es wäre schade, wenn diese Arbeitskräfte nicht nützlich eingesetzt würden. Dazu gehöre aber eine durchgreifende Planung. Vorläufig müßten die Juden in Kolonnen zusammengestellt und dort eingesetzt werden, wo dringender Bedarf vorliege. Diesen Bedarf festzustellen, sei Aufgabe der Distriktschefs.

Die Polizei bekomme Verstärkung durch 4 Polizeibataillone. Der Einsatz erfolge in der Weise, daß jedes Gouvernement ein Bataillon bekomme. Im übrigen sei verfügt worden, daß die Polizeibataillone im Generalgouvernement von Zeit zu Zeit abgelöst und ausgetauscht werden gegen Bataillone in der Heimat. Noch vor Weihnachten erfolge die Ablösung von 4 Bataillonen. Irgendwelche Unsicherheit werde hierdurch nicht eintreten.

Dr. Walbaum teilt mit, daß vor wenigen Tagen ein Transport schwer seuchenkranker Kinder aus den jetzt zu Deutschland gekommenen ostoberschlesischen Gebieten unangemeldet im

deutschen Krankenhaus in Krakau eingetroffen sei. Es sei Sorge dafür getragen worden, daß solche Vorkommnisse, die schwere Gefahren mit sich bringen, sich nicht wiederholen. ...

Gouverneur Dr. Lasch erinnert daran, daß in der Verordnung des Herrn Generalgouverneurs betreffend die Einführung der Arbeitspflicht vorgesehen sei, daß Polen vom 18.Lebensjahr an zur Pflichtarbeit heranzuziehen seien. Erstrebenswert wäre aber auch eine Regelung für die Altersstufe von 14 bis 18 Jahren. Es sei die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß gerade die dieser Altersstufe angehörende Jugend der höheren Schulen eine Quelle des nationalen Widerstandes werden könnte.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank verfügt die Vorlage einer ergänzenden Verordnung, durch die die Arbeitspflicht auch auf die Jahrgänge vom 14. bis zum 18. Lebensjahr erstreckt wird.

Abteilungsleiter-Sitzung.

Freitag, 19. Januar 1940, 10,30 Uhr.

Generalgouverneur Dr. Frank: ... Noch ist nicht entschieden, welches das endgültige Schicksal des Gebiets des Generalgouvernements sein wird. Aber eins ist sicher: Aus der deutschen Machtsphäre wird dieses Gebiet nicht mehr entlassen werden.

... Wir alle mußten schon umdenken lernen; wir mußten uns loslösen aus dem Reichsdenken, vor allem dem Reichs-Verwaltungsdenken, dem Parteidenken, um den eigenartigen Kolonialcharakter und -bereich unseres Generalgouvernements mit zielklarer Vorstellung zu erfassen. ...

Am 15. September 1939 erhielt ich den Auftrag, die Verwaltung der eroberten Ostgebiete aufzunehmen, mit dem Sonderbefehl, diesen Bereich als Kriegsgebiet und Beuteland rücksichtslos auszupowern, es in seiner wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, politischen Struktur sozusagen zu einem Trümmerhaufen zu machen. Unter dem Einfluß der Erziehungsarbeit der letzten Monate hat sich diese Einstellung völlig gewandelt. Heute sieht man in dem Gebiet des Generalgouvernements einen wertvollen Bestandteil des deutschen Lebensraumes. Aus dem absoluten Zerstörungsprinzip ist der Grundsatz geworden, dieses Gebiet insoweit mit aller Förderung zu behandeln, als es dem Reich in seiner jetzigen Lage Vorteile zu

bringen vermag. Eine wichtige Auswirkung dieses neuen Grundsatzes ist die Einführung des Vierjahresplans in diesem Gebiet, das damit ausgerichtet ist auf das gesamtdeutsche Ziel. ...

Mein Verhältnis zu den Polen ist dabei das Verhältnis zwischen Ameise und Blattlaus. Wenn ich den Polen förderlich behandele, ihn sozusagen freundlich kitzele, so tue ich das in der Erwartung, daß mir seine Arbeitsleistung zugute kommt. Hier handelt es sich nicht um ein politisches, sondern um ein rein taktisch-technisches Problem. Wir müssen dafür sorgen, daß die Betriebe der Kategorie A in jeder Hinsicht eine Ausnahmebehandlung erfahren. Wir sind bereit, der polnischen Arbeiterschaft, wenn sie sich loyal im Dienste des Reichs betätigt, das Leben und alles, was damit zusammenhängt, sicherzustellen und zu gewährleisten. Ich darf Sie bitten, diese Behandlungsrichtlinie überall einzuhalten und auch den unteren Organen einzuschärfen. Ich wäre dankbar, wenn auch die Abteilung Propaganda in ihrem Bereich etwas zur Hebung der seelischen Situation dieser Arbeiter täte, durch Bücher, Filme und überhaupt Unterhaltung aller Art. Der Nutzen kommt ja unmittelbar immer uns, den Deutschen, zugute. Wo trotz aller dieser Maßnahmen die Leistung nicht steigt oder wo der geringste Akt mir Anlaß gibt, einzuschreiten, würde ich allerdings auch vor drakonischen Maßnahmen nicht zurückschrecken.

... Reichsminister Seyß-Inquart als mein Stellvertreter hat von mir seine Funktionen erhalten. Zunächst ist er für den Fall meiner Abwesenheit oder Verhinderung mein Vertreter. Diese Vertretungsbefugnis hat er auch schon wiederholt ausgeübt. Zweitens aber hat er in meinem Namen Sonderaufträge durchzuführen, die ich ihm gegebenenfalls erteile. Ich weise ihm bestimmte Komplexe zu mit dem Ersuchen, die Sachlage zu klären und mir darüber Vortrag zu halten.

Im übrigen aber bitte ich Sie, dem Amtschef Min.Dir. Dr. Bühler als den unmittelbar mit Ihnen zusammen arbeitenden Leiter des Gesamtbereichs der Verwaltung des Generalgouvernements anzusehen, der mir und meinem Stellvertreter unmittelbar unterstellt ist. Ich muß Sie daher bitten, künftig Entwürfe und Planungen immer zuvor mit dem Amtschef MinDir. Dr. Bühler zu besprechen, ehe Sie sie mir vortragen. Gleiches gilt in Angelegenheiten der Polizei für den höheren Polizeiführer, SS-Obergruppenführer Krüger. Die Autorität des Amtes wird repräsentiert durch den Amtschef, der als solcher vom Führer eingesetzt ist und daher auch die Autorität der gesamten Verwaltung zu repräsentieren hat.

Präsident S p i n d l e r: Vom Finanzstandpunkt bestehen dagegen keine Bedenken.

Dr. Walbaum: In den napoleonischen Kriegen waren etwa 4½ Millionen Soldaten eingezogen. Davon fielen im Felde 400 000 Mann; in den Lazaretten dagegen starben 2½ Millionen. Diese Zahlen zeigen, wie erfolgreich die modernen Methoden des Gesundheitswesens wirken. ...

Abteilungsleitersitzung am 15. Februar 1940

General Bührmann berichtet über die Besprechung des Generalgouverneurs mit Generalfeldmarschall Göring am 12.Februar 1940 in Karin-Hall. ...

In einer mehrstündigen Besprechung seien die ganzen Probleme des Ostens erörtert worden. Der vom Generalgouverneur von Anfang an vertretene Standpunkt, daß im Gebiet des Generalgouvernements niemand anders etwas zu sagen habe, als der Generalgouverneur, habe dabei seine volle Bestätigung gefunden. Der Generalfeldmarschall habe strengste Anweisung erteilt,daß alle Verhandlungen irgend welcher Reichsstellen mit Dienststellen im Generalgouvernement nur über den Generalgouverneur zu führen seien; unmittelbare Anweisungen von Behörden im Reich an Dienststellen im Generalgouvernement seien ausdrücklich verboten. ...

Bei der Frage der Produktionssteigerung müsse unter allen Umständen der Gesichtspunkt der Steigerung des Kriegspotentiels im Vordergrund stehen. ...

In diesem Zusammenhang sei auch die Frage des Abtransportes von Rohstoffen ins Altreich zur Sprache gekommen. Der Generalfeldmarschall habe hierbei den Wunsch geäußert, daß noch mehr Rohstoffe ins Altreich transportiert werden sollten. Der Generalgouverneur habe demgegenüber gemeint, es wäre schon zu viel abtransportiert worden. ... Maßgebend sei eben auch hier die Frage, wie das Kriegspotentiel des Reiches gesteigert werden könne, indem man Polen ausnütze. Der Generalfeldmarschall ...

Auch die Behandlung der polnischen Arbeiter sei zur Sprache gekommen. Wenn man die Arbeitskraft der Polen für deutsche Zwecke notwendig habe — und zwar nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Forstwirtschaft, für die Wehrmacht und für die Rüstungsbetriebe —, müsse diese Arbeitskraft auch entsprechend geschont werden. Wenn man die Leute schlecht behandle und ihnen keine Nahrung gäbe, könne man auch nicht erwarten, daß sie mit Lust und Liebe und mit der nötigen Arbeitskraft bei der Sache seien. In dieser Beziehung sei es notwendig, daß man zu einer ganz anderen Auffassung komme. ...

Abteilungsleitersitzung

in der Bergakademie

Freitag, den 8. März 1940.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

.....

Das eine ist sicher: Die Autorität des Generalgouvernements als Repräsentanten des Führer- und Reichswillens in diesem Gebiet ist allerdings stark, und ich habe niemals darüber einen Zweifel gelassen, daß ich mit dieser Autorität nicht spielen lasse. Ich habe das jeder Stelle in Berlin dann auch erneut erklären lassen, besonders nachdem Herr Generalfeldmarschall Göring am 12. Februar 1940 von Karin-Hall aus sämtlichen Dienststellen des Reiches mit Einschluß der Polizei, mit Einschluß sogar der Wehrmacht verboten hat, sich in die dienstlichen Angelegenheiten des Generalgouvernements[1]) irgendwie einzumengen. ...

Der Führer hat auf der gleichen Linie am 30. Januar 1940 eine wichtige Entscheidung getroffen. In Berlin war es einigen Dienststellen etwas unheimlich geworden, daß der Generalgouverneur das Gnadenrecht im totalen Umfang haben sollte. Auf die schüchterne Frage änglicher Gemüter hat der Führer zu allem Überfluß auch noch schriftlich niedergelegt und am 30. Januar eine bereits im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verfügung erlassen, nach welcher der Generalgouverneur das gesamte Gnadenrecht im besetzten polnischen Gebiet zusammen mit dem Recht der Weiterübertragung auszuüben hat.

... Es gibt hier im Generalgouvernement keine Autorität, die an Rang höher, an Einfluß stärker und an Autorität größer wäre als die des Generalgouverneurs. Auch die Wehrmacht hat hier keinerlei Regierungs- und Amtsfunktionen; sie hat hier Sicherungsfunktionen und die allgemeinen soldatischen Aufgaben; sie hat keinerlei politische Macht. Dasselbe gilt für die Polizei und SS. Es gibt hier keinen Staat im Staate, sondern wir sind die Repräsentanten des Führers und Reiches. Das gilt endlich auch für die Partei, sie hat hier keinerlei weiterreichenden Einfluß, es sei denn, daß älteste Nationalsozialisten und bewährteste Vorkämpfer des Führer die allgemeinen Angelegenheiten führen.

... Ganz allgemein möchte ich dann zur Polenpolitik folgendes sagen. Wir stehen in einer Periode der völligen Umkehr der Polenpolitik. Als ich damals den ersten Auftrag vom Führer bekam, da war wohl

[1]) vor „irgendwie“ Ti gestrichen: „sich“

noch im September vorigen Jahres die schärfste Ausbeutungsabsicht gegenüber diesem Polenterritorium gegeben. Das hat sich mittlerweise etwas gewandelt, und zwar aus der Erkenntnis der Notwendigkeiten unserer Lage heraus. Meine Herren, Das Generalgouvernement ist einer der wichtigsten Faktoren für die industrielle und nahrungsmäßige Versorgung des Reiches. Seine Industrie ist sehr bedeutend, die Rohstoffe, die hier gefunden worden sind, sind von größter Wichtigkeit, und die Ermährungslage des Genera-l-gouvernements mußte in einem ganz bestimmten Entwicklungsstadium zur Entlastung des Reiches beitragen. Wie sehr diese Bedeutung gesteigert ist, sieht man daraus, daß hier eine eigene Dienststelle für den Vierjahresplan eingerichtet wurde, die nunmehr die wesentliche Aufgabe hat, für die Wiederingangsetzung der Industrie zu sorgen.

Damit eng zusammen hängt die eigentliche Führung Polens. Vom Führer ist mir aufgegeben worden, das Generalgouvernement als Heimstätte des polnischen Volkes zu betrachten. Demnach ist keine irgendwie geartete Germanisierung möglich. Ich bitte Sie, in Ihren Ämtern strengstens auf die Zweisprachigkeit sehen zu wollen; ich bitte Sie auch, bei den Distrikten und Kreishauptmannschaften darauf hinzuweisen, daß dieser Sicherung des polnischen Eigenlebens nicht in gewalttätiger Weise entgegengetreten wird. Wir haben hier demnach vom Führer in gewissem Sinne die treuhänderische Pflege des polnischen Volkstums übernommen. Der Führer gedenkt ja einmal bei den kommenden Auseinandersetzungen mit den Westmächten seine Polenpolitik unter diesen Stern zu stellen. Das imperiale Bewußtsein, das im dritten Reich nunmehr aufsteigt, das im Generalgouvernement seinen ersten Ausdruck gefunden hat, macht es uns zur Pflicht, nichtdeutschen Volksstämmen und Völkern, die unter die Herrschaft des Deutschen Reiches geraten sind, die Eigenart ihres Lebens, wenn es mit den Interessen des deutschen Volkes vereinbar ist, sicher zu stellen. Wie sollten sonst andere Völker die Lust verspüren, unter deutschen Schutz zu kommen! Es ist klar, daß wir in diesem Sinne auch hier gewisse Verpflichtungen haben.

Ich habe zu diesem Zwecke auf ausdrücklichen Befehl des Führers auch die unmittelbaren Exekutionen von meiner vorherigen Genehmigung abhängig gemacht. Es gibt keine Vollstreckung des Todesurteils eines Standgerichtes ohne meine vorherige Genehmigung. Massenweise Exekutionen sollen hinfort unterbleiben.

Demnach ist es so, daß hier ein voller Wandel stattgefunden hat. Das wird sich auf den verschiedensten Gebieten ausprägen. Wir werden in gewissem Umfange nunmehr wieder Bildungsmöglichkeiten für die Polen zulassen müssen. Auf den Gebieten des ärztlichen und technischen Fachstudiums werden wir Abschlußprüfunden

an den Universitäten wieder zulassen. Wir werden das Fachschulwesen des polnischen Volkes wieder in dem Umfange in Kraft setzen, daß es etwa die tiefste Stufe der deutschen technischen Mittelschule erreicht.

Wir müssen dafür sorgen, daß die Arbeiter und Angestellten, die im Dienste des Generalgouvernements stehen, nunmehr einen bevorzugten Schutz und eine bevorzugte förderliche Behandlung erfahren. Daß dies nicht nur zur Schwäche gegenüber dem polnischen Widerstandsgeist führen darf, ist klar; es darf sich nur um Maßnahmen handeln, die im Kriegsinteresse des Deutschen Reiches liegen. Ebenso ist klar, daß diese Maßnahmen nicht bedeuten dürfen, daß wir den polnischen Elementen auch nur den geringsten Anteil an der Führung und den Machtfunktionen im Generalgouvernement geben. ...

Im allgemeinen kann man sagen, daß wir in zunehmendem Maß aus den Kreisen der Intelligenz, der Kirche und der früheren Offiziere mit Widersetzlichkeiten zu rechnen haben werden. Es sind bereits organisatorische Formen vorhanden, die gegen unsere Herrschaft hier im Land gerichtet sind. ... Bei dem geringsten Versuch des Polentums, etwas zu unternehmen, würde es zu einem ungeheuren Vernichtungsfeldzug gegen die Polen kommen. Dann würde ich vor keinem Schreckensregiment und seinen Auswirkungen zurückschrecken. Ich habe Befehl gegeben, daß einige hundert Mitglieder von solchen Geheimorganisationen auf 3 Monate sichergestellt werden, damit in der nächsten Zeit nichts passiert. Das letzte Wort des Führers, das er mir mit auf den Weg gab war: sorgen Sie dafür, daß drüben absolute Ruhe ist; ich kann nichts brauchen, was im Osten die Ruhe stört. Dafür werde ich sorgen. ...

Abteilungsleitersitzung am 12. April 1940

Der Herr Generalgouverneur nimmt in einleitenden Ausführungen zu verschiedenen Fragen Stellung, die im Laufe der letzten Zeit akut geworden sind.

... Am 19. April werde er auch Vertreter der Ukrainer und Goralen empfangen und von ihnen ein Geschenk entgegennehmen. Die Ukrainer sollten vom Führer die Chelmer Kathedrale, die ihnen von den Polen im Jahre 1922 geraubt worden sei, zurückerhalten. Man werde ihnen auch feste Zusicherungen für die Aufrechterhaltung ihres völkischen Lebens geben. Er werde ihnen die Genehmigung erteilen, Mittelschulen und eine Art Hochschule zu eröffnen, die den dringensten Bedürfnissen vor allem auf dem

Gebiete der praktischen Berufe, wie dem der Ärzte und Ingenieure diene. Die Ukrainer bekämen auch ein Priesterseminar. Er habe den Ukrainern im Oktober erklärt, daß sie, wenn sie sich loyal verhielten und keinerlei Zwischenfall zwischen Ukrainer und Sowjetrussen vorkäme, dafür belohnt werden würden. Die Ukrainer hätten sich an dieses Versprechen gehalten, und er werde das gleiche tun. Allerdings werde er nicht die Gründung einer großen völkischen Gemeinschaftsorganisation der Ukrainer zulassen, jedoch könnte für eine größere Anzahl von Ukrainern eine Art Selbsthilfe- und Betreuungsorganisation geschaffen werden. Auf diese Weise werde die Möglichkeit geschaffen, ein gewisses Gemeinschaftsleben der Ukrainer in unverbindlicher Form entstehen zu lassen. Im übrigen werde es sich empfehlen, daß man im Generalgouvernement dem Grundsatz huldige: divide et impera.

Das Gebirgsvolk der G o r a l e n habe eigentlich mehr dekorativen Charakter. Es habe aber auch das Bedürfnis, als ein besonderer Volksstamm anerkannt zu werden, und man werde diesem Wunsche, soweit möglich, Rechnung tragen.

... Die Politik im Sinne einer restlosen Eindeutschung könne für das Generalgouvernement erst dann beginnen, wenn der Warthegau, Westpreußen, Danzig, der Süd-ostraum und Oberschlesien in dem durch den Führerbefehl bezeichneten Sinne deutsch geworden seien. Das hindere natürlich nicht, daß die deutschen Beamten dieses Landes alles täten, um den Deutschtumscharakter in Führung und Geistesdurchdringung sowie die gesamte politische Zielrichtung der Reichspolitik in jeder Weise zu fördern. Dazu gehöre vor allem, daß die Deutschen, die in diesem Lande leben und sich betätigen, eine absolut geschlossene Einheit darstellen.

... Die Frage der E r r i c h t u n g v o n B a u t e n im Generalgouvernement müsse im Zusammenhang mit dem Problem der Erstellung von Wohnungen für Beamte, Angestellte und Militärpersonen großzügiger geregelt werden, als das bislang geschehen sei. Er habe über diese Frage gestern mit einigen Generälen gesprochen und dabei festgestellt, daß Generäle, die Divisionen kommandierten, angesichts der Notlage auf dem Wohnungsmarkt gezwungen seien, in Häusern zu wohnen, die außer dem General nur noch Juden als Mieter hätten. Das gelte übrigens auch für alle Kategorien von Beamten. Dieser Zustand sei auf die Dauer vollkommen unerträglich. Wenn die Autorität des nationalsozialistischen Reiches aufrecht erhalten werden solle, dann sei es unmöglich, daß die Repräsentanten dieses Reiches gezwungen seien, beim Betreten oder Verlassen des Hauses mit Juden zusammenzutreffen, daß sie der Gefahr

unterlägen, von Seuchen befallen zu werden. Er beabsichtige deshalb, die Stadt Krakau bis zum 1. November 1940, soweit irgend möglich, judenfrei zu machen und eine große Aussiedlungsaktion der Juden in Angriff zu nehmen, und zwar mit der Begründung, daß es absolut unerträglich sei, wenn in einer Stadt, der der Führer die hohe Ehre zuteil werden lasse, der Sitz einer hohen Reichsbehörde zu sein, Tausende und Abertausende von Juden herumschlichen und Wohnungen inne hätten. Er werde mit dem Distriktchef von Krakau die Frage erörtern, ob eine solche Möglichkeit bestehe. Er denke sich das Verfahren so, daß in Krakau vielleicht noch etwa 5 000 oder höchstens 10 000 Juden blieben, die als Handwerker dringend benötigt würden, daß aber alle anderen Juden auf das Generalgouvernement verteilt würden. Die Stadt Krakau müsse die judenreinste Stadt des Generalgouvernements werden. Nur so habe es einen Sinn, sie als deutsche Hauptstadt aufzubauen. In Lublin befänden sich so viele Juden, daß die wenigen Deutschen dort fast garnicht in Betracht kämen. Wenn schon das Reich 450 000 Juden in das Generalgouvernement bringen wolle, so könnten auch noch 50 000 Juden aus Krakau in andere Teile des Generalgouvernements untergebracht werden. Er weise deshalb Ministerialrat Wolsegger an, in Verbindung mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Maßnahmen für die Evakuierung der Juden aus Krakau vorzubereiten. Er sei bereit, den Juden zu gestatten, alles, was sie an Eigentum besäßen, mitzunehmen, mit Ausnahme natürlich von gestohlenen Gegenständen. Das Ghetto werde dann gesäubert werden, und es werde möglich sein, saubere deutsche Wohnsiedlungen zu errichten, in denen man eine deutsche Luft atmen könne. Was man mit den Polen anfange, sei eine spätere Frage; jedenfalls blieben sie zunächst einmal hier.

... Was die Versorgung mit Brotgetreide und Vieh angehe, so seien hier die Brotgetreideanbauflächen und Viehzahlen in den einzelnen Distrikten und Kreisen zugrunde gelegt worden. Während die für die Aufbringung getroffenen Maßnahmen seit Ende Februar gut fortgeschritten seien, seien sie jetzt angesichts der politischen Verhältnisse und der erneuten Unsicherheit hinsichtlich der Währung ganz erheblich ins stocken geraten. In allen Kreisen habe die Zufuhr an Getreide und Vieh stark abgenommen. Es fehle eben den Kreishauptleuten an Machtmitteln in Gestalt der Polizei usw., um die Dinge wieder ingang zu bringen. ... Im Distrikt Lublin habe man den Nachweis erbringen können, daß die Pfarrer von den Kanzeln die Bevölkerung aufgehetzt hätten. Man habe diese Pfarrer eingesperrt, und 8 Tage später sei die Situation schon wesentlich besser geworden. Man führe alle diese Mißstände zum Teil auf die erneute Unsicherheit der Währung zurück, die durch den jetzigen

Umtausch der Noten noch vergrößert werde, vor allem auch darauf, daß den Kreishauptleuten keine entsprechenden Machtmittel zur Verfügung ständen. Seit dem 15. Januar sei keine Exekution gegen einen Juden erfolgt. Interessant sei auch die Tatsache, daß die polnische Bevölkerung eigentlich besser versorgt sei als die vom Generalgouvernement verpflegte Bevölkerung bzw. die Bevölkerung, die für Deutschland arbeite. ...

Abteilungsleitersitzung am 10. Mai 1940

.....

Der Herr Generalgouverneur geht danach auf die Frage der Arbeitsdienstpflicht der Polen ein. Auf den Druck des Reiches hin sei nunmehr verfügt worden, daß, da sich genügend Arbeitskräfte nicht freiwillig zum Dienst im Deutschen Reich meldeten, ein Zwang ausgeübt werden dürfe. Dieser Zwang bedeute die Möglichkeit der in-Haftnahme von Polen männlichen und weiblichen Geschlechts. Dadurch sei es zu einer gewissen Unruhe gekommen, die sich nach einzelnen Berichten sehr stark ausbreite, und die zu Schwierigkeiten auf allen Gebieten führen könne. Der Herr Generalfeldmarschall Göring habe seinerzeit in seiner großen Rede auf die Notwendigkeit hingewiesen, eine Million Arbeitskräfte nach dem Reich zu verschicken. Geliefert seien bisher 160 000. Allerdings seien hier große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Deshalb werde es sich empfehlen, bei der Durchführung des Zwanges die Kreis- und Stadthauptleute mit heranzuziehen, damit man dann auch vonvornherein der Überzeugung sein könne, daß diese Aktion einigermaßen zweckmäßig sei. Eine Verhaftung von jungen Polen beim Verlassen des Gottesdienstes oder der Kinotheater werde zu einer immer steigenden Nervosität der Polen führen. An sich habe er garnichts dagegen einzuwenden, wenn man das arbeitsfähige, oft herumlungernde Zeug von der Straße weghole. Der beste Weg wäre dafür aber die Veranstaltung einer Razzia, und es sei durchaus berechtigt, einen Polen auf der Straße anzuhalten und ihn zu fragen, was er tue, wo er beschäftigt sei usw.

Standartenführer Schulz bemerkt, daß Zwangsverhaftungen überhaupt noch nicht vorgekommen seien, weil zunächst noch die Auswirkung des neuen Erlasses abgewartet werden solle. Man habe allerdings Flüchtlinge, die aus dem Sowjetgebiet kamen, angehalten, sich für den Dienst im Reich zu melden.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß die Polen aus dem Warthegau nach Möglichkeit gleich ins Reich verschickt würden. Das müsse aber auch mit den Polen geschehen, die aus Sowjetrußland, Rumänien, Ungarn usw. kämen, soweit sie arbeitsfähig seien.

Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer bemerkt, daß von seiner Abteilung aus überhaupt noch keine Zwangsaktionen durchgeführt worden seien. Die Frage sei übrigens mit allen zuständigen Stellen besprochen worden. In dem Erlaß sei ausdrücklich gesagt, daß zunächst Härten nach Möglichkeit vermieden werden sollten. Im übrigen habe er die Feststellung getroffen, daß die gemeldeten Zwangsmaßnahmen entweder gar nicht stattgefunden hätten oder jedenfalls stark übertrieben gewesen seien.

Der Herr Generalgouverneur bittet jedenfalls, davon Kenntnis zu nehmen, daß der Zwang zur Arbeit sehr vorsichtig ausgeübt werden müsse. Gerüchten über zwangsweise Verhaftung müsse sofort nachgegangen werden. ...

Abteilungsleitersitzumg vom 14. Juni 1940.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung von dem bevorstehenden Einmarsch der deutschen Truppen in Paris und fährt fort:

... Es ist klar, daß mit der Umformung dieses Reiches auch ein gigantischer Zusammenbruch der bisherigen Ordnungssysteme und ihrer Repräsentanten verbunden ist. Mit dem Sieg über Frankreich ist der letzte Sieg über jene staatsorganisatorische Anschauung und Methodik errungen, die mit der französischen Revolution begann. Sind wir uns darüber klar, daß das nationalsozialistische Rechtsdenken, das nationalsozialistische Staatsideal und das Persönlichkeitsideal des Nationalsozialismus dadurch auch einen entscheidenden geistesgeschichtlichen Sieg davonträgt über das, was an früheren Systemen krank und morsch gewesen ist. Frankreich stirbt und muß sterben, weil es dem Leben zu wenig vertraute und der Reform sich widersetzte. Aber auch das englische Weltreich steht vor seinem Ende. ... Es ist die größte Stunde des Deutschtums, die nun anhebt. ... Noch nie galt der deutsche Name in der Welt so viel, wie er jetzt durch Adolf Hitler gelten wird. Eine Linie von Calais bis Lublin, wie wir sie heute schon besitzen, war noch nie unter deutscher Oberherrschaft.

Abteilungsleitersitzung
am Freitag, dem 12. Juli 1940, 11^{20} im großen Sitzungssaal der Bergakademie.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Abteilungsleitersitzung mit folgender Ansprache:

... Der Führer ... hat am 8.Juli eine Verfügung dahingehend getroffen, daß mit sofortiger Wirkung der Zusatz „für die besetzten polnischen Gebiete“ wegfällt. Die Bezeichnung für unser Gebiet wird künftig lauten:„Das Deutsche Generalgouvernement Polen“ oder „Das Generalgouvernement“. ... der Führer sagt: die neue Bezeichnung soll zum Ausdruck bringen, daß das Generalgouvernement ein wesentlicher Bestandteil des Deutschen Reiches ist und für alle Zukunft bleiben wird.

Der Führer hat mir gesagt, daß er keinen Quadratkilometer dieses Gebietes hergeben wird. Diese Entscheidung ist von ungeheurer Bedeutung, ... Ebenso ist einleuchtend, daß die volle Autorität in diesem Gebiet ausschließlich beim Generalgouverneur liegt und daß keinerlei Reichszentralstellen hier unmittelbar hineinzuregieren vermögen.

Der Führer hat mir weiterhin bestätigt, daß das Gebiet eine Einheit bleibt und daß Krakau auch in Zukunft die Hauptstadt des Generalgouvernements bleiben wird. Für die Stadt Warschau hat der Führer bestimmt, daß ein Wiederaufbau der Stadt Warschau als polnische Metropole in keiner Weise in Frage kommt. Der Führer wünscht, daß im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung die Stadt Warschau auf den Rang einer Provinzstadt herabsinkt. ...

Sehr wichtig ist auch die Entscheidung des Führers, die er auf meinen Antrag gefällt hat, daß keine Judentransporte ins Generalgouvernement mehr stattfinden. Allgemein politisch möchte ich dazu sagen, daß geplant ist, die ganze Judensippschaft im Deutschen Reich, im Generalgouvernement und im Protektorat in denkbar kürzester Zeit nach Friedensschluß in eine afrikanische oder amerikanische Kolonie zu transportieren. Man denkt an Madagaskar, das zu diesem Zweck von Frankreich abgetreten werden soll. Hier wird auf einer Fläche von 500 000 km² reichlich Gelände für ein paar Millionen Juden sein. Ich habe mich bemüht, auch die Juden des Generalgouvernements dieses Vorteils teilhaftig werden zu lassen, sich auf neuem Boden ein neues Leben aufzubauen. Das wurde akzeptiert, sodaß in absehbarer Zeit auch hier eine kolossale Entlastung gegeben sein wird. ...

Abteilungsleitersitzung
am Donnerstag, dem 12. September 1940.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Abteilungsleitersitzung mit einer Ansprache, in der er unter anderem folgendes ausführt:

... Das Generalgouvernement wird nicht mehr als besetztes Gebiet behandelt, sondern als Teil des Deutschen Reiches. Der Führer hat mir, als er diese Entscheidung traf, erklärt, daß er es mir anheimstelle, weitere Anträge bei ihm zu stellen, die der noch weiteren endgültigen Verschmelzung dieses Gebietes mit dem Reich dienen sollen. Ich habe vom Führer volle Freiheit des Termins. ...

Ich habe im Zusammenhang damit mit Ermächtigung des Führers das Amt des Generalgouverneurs mit der Bezeichnung „Regierung des Generalgouvernements" versehen. ... Es gibt keine Dienststelle des Reiches, die direkt oder indirekt in dies Gebiet hineinregieren könnte. Befehle erteilt nur der Generalgouverneur in unmittelbarer Vertretung des Führers, sonst niemand.

... Ich selbst habe mit Polen noch keinen Kontakt aufgenommen und bitte auch Sie, keinen anderen Kurs zu gehen. Wir müssen in dem großen Gefüge der über große Zeiträume hinwegreichenden Struktur des Nationalsozialismus immer daran denken, daß, wenn wir diesen Raum nicht völlig durchdringen, er eines Tages für uns verloren sein wird. Es kann sich hier nur um ein Entweder-Oder handeln. Das Schicksal hat entschieden, daß wir hier die Herren, die Polen aber die uns anvertrauten Schutzunterworfenen sind. Ich bitte Sie, meine Herren, den Empfang von Polen, von Bittdeputationen usw. auf das dienstlich unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Es ist auch nicht möglich, daß wir den Polen den Lebensstandard der Deutschen geben. Es muß ein Unterschied zwischen dem Lebensstandard des Herrenvolkes und dem der Unterworfenen sein. Die Polen müssen die Grenzen ihrer Entwicklungsmöglichkeiten einsehen. Der Führer hat erneut auf meine ausdrückliche Frage entschieden, daß es bei der von uns getroffenen Beschränkung zu bleiben hat. Kein Pole soll über den Rang eines Werkmeisters hinauskommen, kein Pole wird die Möglichkeit erhalten können, an allgemeinen staatlichen Anstalten sich eine höhere Bildung anzueignen. Ich darf Sie bitten, diese klare Linie einzuhalten. Aus vielen Anlässen heraus muß ich mit allem Nachdruck diese ernste Mahnung an Sie richten. Auf der anderen Seite wäre es nun natürlich falsch Macht und Brutalität zu verwechseln. Gerade die Tatsache, daß den Polen jede Entwicklungsmöglichkeit nach oben genommen ist, muß uns veranlassen, uns um die Polen anzunehmen. Wir müssen sie verpflegen, kleiden, ihnen ihr Eigentum sichern und ihnen die Hoffnung lassen, daß, wenn sie brav sind, ihnen nichts geschieht. Die Polen werden in diesem Winter nahrungsmäßig so gestellt, wie sie das nur irgendwie verlangen können. ...

Was die Behandlung der Juden anbelangt, so habe ich genehmigt, daß in Warschau das Ghetto geschlossen wird, vor allem,

weil festgestellt ist, daß die Gefahr von den 500 000 Juden so groß ist, daß die Möglichkeit des Herumtreibens dieser Juden unterbunden werden muß. Im übrigen sind die Juden im Generalgouvernement nicht nur immer verlotterte Gestalten, sondern ein notwendiger handwerklicher Teil innerhalb des Gesamtgefüges des polnischen Lebens. ... Wir können den Polen weder die Tatkraft noch die Fähigkeit beibringen, an Stelle der Juden zu treten. Daher sind wir gezwungen, diese jüdischen Handwerker weiter arbeiten zu lassen.

Uns alle beschäftigt die ukrainische Frage. ... Die Ukrainer sind Angehörige des Großdeutschen Reiches, soweit sie im großdeutschen Raum wohnen. Sie sind nicht Repräsentanten der Groß-Ukraine auf deutschem Boden. Ich bitte Sie, sich an diese Grundsätze zu halten, bis uns der Führer den Befehl gibt, anders vorzugehen. ...

Abteilungsleitersitzung
am Mittwoch, dem 6.November 1940
im Regierungsgebäude.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

... Im übrigen liegt uns nichts an der Blüte dieses Landes. Es ist vielleicht das schwerste Wort, das wir sagen müssen. Uns liegt nichts daran, daß etwa die Polen reicher oder sicher werden, oder sich in ihrem Eigentum immer beweglicher zeigen. Uns liegt nur daran, die deutsche Autorität in diesem Raum aufzurichten. Wir können dieses Werk nicht danach bemessen, wieviel individuelles Glück wir den einzelnen Polen nach der Auffassung der Regierungen früherer Jahrhunderte vermitteln werden, sondern wir messen diese Leistung darnach, je unmöglicher die Aussichten werden, daß sich Polen jemals wieder aufrichtet. Das möge hart und grausam klingen, aber im Völkerringen um Jahrtausende und Jahrmillionen kann es eine andere Entscheidung nicht geben. Es ist ganz klar, daß man für diese Arbeit nur ganz starke und harte Charaktere gebrauchen kann. Wer für diese Arbeit nicht geeignet ist, hat sich schon längst aus unserer Mitte entfernt, oder ist sonst auf irgendeine Art von uns gegangen. Wir denken hier imperial im größten Stil aller Zeiten. Dem Imperialismus, wie wir ihn entwickeln, ist kein Vergleich gegönnt mit jenen kläglichen Versuchen, die frühere schwache Regierungen von Deutschland in Afrika unternommen haben, indem sie das dortige Land einem Kreis von Edelsteinsuchern zur Ausbeutung überließen, es aber im übrigen

duldeten, daß Schädlinge à la Erzberger stets die deutschen Interessen verrieten. Der Führer hat auch vorgestern ausdrücklich erklärt, daß dieses Nebenland des Deutschen Reiches die harte Aufgabe zu erfüllen hat, um jeden Preis mit den Polen fertig zu werden, daß es auch von jeder Verpflichtung zu einer Verdeutschungspolitik frei sein soll. Der Führer hat weiter ausdrücklich gesagt, daß er dem Generalgouvernement keinerlei Verpflichtung für eine deutsche Gestaltung des Lebens hier auferlege, daß auch keinerlei Germanisierungstendenzen hier Raum hätten. Dieses Gebiet ist dazu berufen, das Arbeiterreservoir im großen Sinne zu sein. Wir haben hier lediglich ein gigantisches Arbeitslager, wo alles, was Macht und Selbständigkeit bedeutet, in Händen der Deutschen ist. ...

Abteilungsleitersitzung am 19. Dezember 1940

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

... Sämtliche Hoheitsrechte des Reiches werden im Namen des Führers hier durch den Generalgouverneur und seine Regierung ausgeübt. ...

Meine Herren, ich möchte Sie sehr davor warnen, sich durch die Ruhe Ihrer dienstlichen Bereiche einlullen zu lassen. Dieses Land ist nicht befriedet! In weitem Umfang bewegt sich die unterirdische Organisation des Widerstandes und nur mit den schärfsten Mitteln und außerordentlichsten Maßnahmen ist es möglich, einigermaßen eine Gewähr für die Sicherheit des deutschen Arbeitens in diesem Gebiet zu geben. In dem Augenblick aber, in dem die große Anzahl der Kriegsgefangenen und der Offiziere zurückkehrt ins Generalgouvernement, werden wir vor gesteigerten Schwierigkeiten stehen. Wenn diese Schwierigkeiten noch gehäuft werden dadurch, daß plötzlich aus irgendeinem weltpolitischen Ereignis große Truppenmassen aus dem Gebiet zurückgezogen würden, dann würden wir vor sehr ernsten Macht- und Sicherheitsproben stehen. In diesem Land muß der sehr harte Zug einer entschlossenen Führung herrschen. Der Pole hier muß spüren, daß wir ihm keinen Rechtsstaat aufbauen, sondern daß es für ihn nur eine Pflicht gibt, nämlich zu arbeiten und brav zu sein. Es ist klar, daß dies manchmal zu Schwierigkeiten führt, aber Sie müssen in Ihrem eigenen Interesse darauf sehen, daß allle Maßnahmen rücksichtslos ergriffen werden, um diesen Dingen Herr zu werden. Sie können sich dabei auf mich unbedingt verlassen. ...

In zunehmendem Maße beobachte ich, daß die Kirche anfängt, unangenehm zu werden. Während bisher dieser mächtige Gesinnungsblock des Polentums sich merkwürdigerweise sozusagen loyal

verhielt, fängt nunmehr — offenbar unter der Versteifung gewisser politischer Situationen auf diesem Kontinent — die Kirche da und dort an unangenehm zu werden. Ich möchte schon jetzt betontn, daß ich mit allen Mitteln den Pfaffen den Krieg erklären werde, daß ich hier vor garnichts zurückschrecken würde und selbst Bischöfe sofort verhaften lasse, wenn das geringste passiert. Ich ersuche Sie, in diesem Zusammenhang strengstens dafür zu sorgen, daß der Besuch polnischer Kirchen während eines Gottesdienstes durch Beamte in Uniform strengstens verboten wird. ...

BESCHREIBUNG:
Band 3: „Tagebuch 1940 I" Januar — März
hs Verbesserungen und Einfügungen Ti

Tagebuch 1940

Erster Band

Januar bis März 1940

Montag, den 19. Februar 1940

.....

12^{30} Uhr Besprechung mit Ministerialrat Wille,
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh und
Amtsgerichtsrat Sage.

Ministerialrat Wille legt dem Herrn Generalgouverneur die Entwürfe

a) einer Verordnung über die deutsche Gerichtsbarkeit im Generalgouvernement,

b) einer Verordnung über die polnische Gerichtsbarkeit im Generalgouvernement,

c) einer Verordnung über den Uebergang von Rechtssachen in der deutschen und polnischen Gerichtsbarkeit,

d) einer Verordnung über die Kennzeichnung von Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement,

e) einer Verordnung über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts

vor und gibt eingehende Erläuterungen zu den Verordnungen. Charakteristisch sei für beide Gerichtsverfassungen, dass nur

einmal ein Rechtsmittel eingelegt werden könne. Der oberste Gerichtshof in Warschau trete nicht mehr in Tätigkeit.

.....

Für besonders wichtig hält es der Herr Generalgouverneur, dass die Disziplin im Gerichtssaal nach deutscher Methode geführt werde und ebenso streng sei wie bei den deutschen Gerichten. Verteidiger müssten unter Umständen ausgeschlossen werden können. Vielleicht müsse auch darauf hingewiesen werden, dass sie nur mit Genehmigung des Vorsitzenden auftreten dürften. ...

Wie Ministerialrat Wille weiter ausführt, sind die Sondergerichte zuständig:

1) wenn durch Verordnung des Generalgouverneurs ausdrücklich die Zuständigkeit bestimmt wird,

2) in allen anderen Fällen, wenn die Schwere der Tat die Zuständigkeit des Sondergerichts angezeigt erscheinen lässt.

.....

Ministerialrat Wille führt zur Erläuterung der Bestimmungen über die polnische Gerichtsbarkeit aus, dass grundsätzlich polnisches Recht gelte, von dem nur insoweit abgegangen werden solle, als es die Zwecke der Verwaltung erforderten. Das Verfahren richte sich nach deutschem Recht. — Die Gerichte würden entsprechend der Anordnung des Herrn Generalgouverneur angewiesen werden, bei Verfahren wegen Verbrechen gegen das Blutschutzgesetz, die sich gegen Volksdeutsche richteten, in jedem Falle die Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs anzurufen. Nach dem Blutschutzgesetz bedürfe es zur Strafverfolgung der Zustimmung des Reichsjustizministers und Reichsinnenministers.

Bei Wiederaufnahme eines Verfahrens des Sondergerichts entscheide im Reich die Strafkammer. Man sollte hier aber das Sondergericht selbst einsetzen, wie es für die Zukunft auch im Reich vorgesehen sei.

Was das Verhältnis der polnischen zu den deutschen Gerichten und die Frage angehe, ob sie koordiniert oder subordiniert seien, so sei zu bedenken, dass die polnische und deutsche Gerichtsbarkeit grundsätzlich auseinanderfielen. Die polnischen Gerichte unterständen sämtlich der Ueberwachung durch die Distriktschefs. Zuständig

sei zunächst immer das deutsche Gericht, das polnische nur dann, wenn der Staatsanwalt die Verfolgung der Tat abgelehnt habe. Es gebe noch vereinzelt polnische Staatsanwälte, auch einige ukrainische, Prokuratoren genannt.

Der Herr Generalgouverneur will in § 17 nicht von der polnischen Sicherheitsbehörde, sondern von der Sicherheitsbehörde des Generalgouvernements gesprochen haben. Es könne sich immer nur um Polen handeln, die im Dienste der deutschen Sicherheitsbehörde tätig seien.

.....

Der Herr Generalgouverneur weist auf den Unterschied zwischen Justiz und Polizei hin. Es gebe wohl im Generalgouvernement Polen, die als Polizisten Dienst täten, aber keine polnischen Behörden. ... Die Begriffe müssten scharf voneinander getrennt bleiben: es gebe eine deutsche Polizei und eine Gouvernementspolizei, die sowohl Deutsche wie Polen beschäftige. Im übrigen bedürfe es einer Bestimmung des Inhalts, dass Amtshandlungen gegen Reichsdeutsche oder deutsche Volkstumsangehörige im Generalgouvernement nur von Beamten und Angestellten der Polizei des Generalgouvernements vorgenommen werden dürften, die dem deutschen Volkstum angehörten. ...

Der Herr Generalgouverneur will grundsätzlich eine Bestimmung des Inhalts getroffen sehen, die Gewähr dafür biete, dass bei Eheschliessungen, die nach deutschem Recht im deutschen Reich verboten oder erschwert seien, die Verbote oder Erschwerungen sich auch im Generalgouvernement auswirkten, wenn es sich um deutsche Volksangehörige handele. ...

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet hierauf die Verordnung.

Es wird dann zur Verordnung über die polnische Gerichtsbarkeit Stellung genommen.

Ministerialrat Wille stellt hier zunächst die Frage der Überleitung in den Vordergrund. ...

Der Herr Generalgouverneur stellt mit allem Nachdruck fest, daß nach der alten verwaltungsrechtlichen These eine Verordnung einer untergeordneten Dienststelle nur auf Grund einer von der übergeordneten Dienststelle ausgehenden Ermächtigung ausgehen könne, die auch so bezeichnet sein müsse. Wie er sich auf den Führer stütze, müßten sich die untergeordneten Dienststellen auf ihn, den Generalgouverneur, stützen.

Weiter wünscht der Herr Generalgouverneur eine Bestimmung des folgenden Wortlauts in den Text der Verordnung eingefügt zu sehen:

„Soweit für andere Volksstämme im Generalgouvernement das Bedürfnis nach eigenen Gerichtsbehörden erwächst, entscheidet über deren Einrichtung auf Antrag des Distriktschefs der Generalgouverneur."

Es müßte auch gesagt werden, daß Polen nicht Ukrainer sind. Er würde den § 10 überhaupt nicht auf einen Volksstamm abstellen, sondern allgemein sagen: „Soweit für nichtpolnische Volkszugehörige, die größeren Grundbesitz haben, das Bedürfnis entsteht, eine eigene Gerichtssprache und für ihre Rechtssprechung ihrem Volkstum zugehörige Gerichte zu haben, entscheidet über die Einrichtung solcher nach anderer Sprache richtenden nichtpolnischen Gouvernementsgerichte der Generalgouverneur.„Er gehe davon aus, daß, wenn über 50% der Bevölkerung einen bestimmten Volksstamm angehörten, das Gerichtsleben diesem Volksstamm auszuliefern sei. Polen, Ukrainer, Lomken und andere Volksstämme sollten auf allen Gebieten das gleiche Recht haben. ...

In § 8 hält der Herr Generalgouverneur folgenden Zusatz für erforderlich:

„In ganz begründeten Fällen, in denen es das Interesse des deutschen Volkes verlangt, kann der Generalgouverneur eine Ausnahme zulassen."

.....

Nach Abschluß der Beratungen über die Verordnungen bezeichnet der Herr Generalgouverneur es als zweckmässig, von diesen Verordnungen auch in der Presse zu berichten, um damit zu zeigen, daß sich die Deutschen nicht in die innerpolnischen Rechtsverhältnisse einmischten. Es sei wichtig, festzustellen, daß das polnische Volk nach dem ihm gemäßen Recht leben könne. ... Ferner sei zu bedenken, daß es in polnischen Gesetzen noch eine Fülle von Begriffen gebe, die heute nicht mehr existierten, so: Wojewodschaft, polnischer Staatspräsident, polnische Regierung usw. Auch eine polnische Auslandsvertretung existiere nicht mehr. ... Das Generalgouvernement sei, internationalrechtlich gesehen, ein Schutzstaat, eine Art Tunis. Es müsse irgendwo gesagt werden, daß die Deutschen im Ausland verpflichtet seien, den Angehörigen des Generalgouvernements Hilfe oder Unterstützung zu leisten, ihre Gesuche weiter zu leiten usw. ...

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh teilt mit, daß vom Distrikt Krakau die Anregung gekommen sei, die Standgerichtsbarkeit auch den Kreishauptmännern zu übertragen, und

zwar mit der Begründung, daß die Polizei oft wochenlang nicht zur Stelle sei und eine Verurteilung deshalb nicht erfolgen könne. Es sei eine politische Frage, ob die Standgerichte erweitert werden sollten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er nunmehr die Vollstreckung der Urteile der Standgerichte an seine Genehmigung gebunden habe.

.....

Ministerialrat Wille nimmt dann noch zu der vom polnischen Staatspräsidenten am 30.August 1939 erlassenen Amnestie Stellung, die das Reich offiziell nicht beachtet habe, da sich diese Amnestie, die bei Beginn des Feldzuges ausgesprochen worden sei, gegen die deutschen militärischen Interessen richtete. Es handle sich hier um eine politische Entscheidung, die er eben Herrn Generalgouverneur zu treffen bitte. Mißlich sei nur, daß man im Krakauer Distrikt diese Amnestie teilweise anerkannt habe. Die Amnestieverordnung sei an sich im polnischen Verordnungsblatt veröffentlicht worden und habe damit nach polnischen Recht Rechtswirksamkeit erlangt. Für Strafen bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe könnte sie vielleicht angewandt werden, und zwar könnte das im internen Dienstwege geschehen. ...

Warschau.

Montag, den 26. Februar 1940.

Besprechung mit dem Stadthauptmann von Warschau, Dr. Dengel, in Gegenwart des Chefs des Amtes, Ministerialdirektor Dr. Bühler und des Gouverneurs Dr. Fischer.

Der Herr Generalgouverneur erkundigt sich eingehend nach den Verhältnissen in der Stadt Warschau.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet, daß die Stadt nach Schätzungen, die allerdings nicht einwandfrei seien, jetzt eine Einwohnerzahl von ungefähr 1,8 Millionen habe, gegenüber der amtlichen polnischen Schätzung vor dem Kriege mit 1,3 bis 1,4 Millionen Einwohnern. Über die Stimmung in Warschau sei nach dem Polizeibericht zu sagen, daß das hervorstechenste Merkmal eine offensichtliche Verschlechterung sei. Gerade auch für die unteren Schichten treffe dies zu. Er habe versucht, mit maßgebenden Leuten der anständigen loyalen Bevölkerung in Fühlung zu treten. Bei der Beurteilung der Verhältnisse müsse man bedenken, daß man in

Warschau, wie überhaupt in Polen, eine Schicht nicht gegen die andere ausspielen könne. Man finde gerade in Warschau auch in den Kreisen der Handwerker und kleinen Leute die selbstverständliche Auffassung, daß z.B. an der Spitze der Stadt immer ein Mann aus den höheren Schichten stehen müsse. Er habe den Leuten gegenüber den Eindruck zu erwecken gesucht, daß er die loyalsten Absichten habe, er habe ihnen gesagt, daß er Leute brauche, die den Tatsachen ins Gesicht sähen, die einsähen, daß sie geschlagen seien, die aber andererseits nicht zu den *Chauvi*nisten gehören. Vor allem müßten jetzt in Warschau die Kommunalprobleme gelöst werden, die Probleme der Ernährung, des Abbruchs, des Arbeitseinsatzes.

Der Herr Generalgouverneur bringt in diesem Zusammenhang den Wunsch des Generalfeldmarschalls Göring zum Audruck, die deutsche Verwaltung so aufzubauen, daß das polnische Leben als solches gesichert sei. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, daß Warschau eine nunmehr der Germanisierung anheim gefallene Stadt sei, sondern Warschau solle nach dem Willen des Führers eine der Städte sein, die in dem Polen zugedachten Reststaat als polnische Gemeinwesen weiterbeständen. Eine Verdeutschung oder Germanisierung sei vollkommen fallen zu lassen. Daraus folge weiter, daß gerade im gemeindlichen Sektor, zu dem jetzt Warschau vor allem gehöre, die polnische Selbstverwaltung möglichst praktisch in Erscheinung trete. Sowohl die Schilder der Ostbahn wie die Straßenbezeichnungen und die Aufschriften an den Läden dürften nie den Eindruck erwecken, als ob eine gewaltsame Germanisierungstendenz Platz griffe. Was hier geschehe, geschehe im Auftrag des Reiches und des Führers, und darauf schaue die ganze Welt. Wo eine polizeiliche Kontrolle notwendig sei, wie z.B. bei Preisaufschriften, sei die deutsche Sprache in erster Linie zu verwenden. Bei Verordnungen sei immer der polnische Text zu veröffentlichen. Rein deutsche Bekanntmachungen gebe es nur, soweit sie sich lediglich an die Deutschen in Warschau richteten. Weiter müsse durchaus die Möglichkeit bestehen, daß auch die anderen Volksstämme, die in Polen gelebt hatten, die gleiche Behandlung erführen, was vor allem für die Ukrainer gelte. Hier müsse so vorgegangen werden, daß nach außen eine gewisse Auflockerung eintrete.

Der Herr Generalgouverneur betont weiter, daß kein Interesse daran bestehen könnte, daß etwa die Polen ihre Hauptstadt wieder schöner und prächtiger aufbauten, noch dazu in einer Zeit, in der in Deutschland auch nicht gebaut werde. Für das deutsche Leben müsse eine Zentrale entstehen. Es müsse dafür gesorgt werden, daß die deutschen Beamten anständige und saubere

Wohnungen haben, schöne Sportplätze, gute Restaurants, Krankenhäuser und Schulen. Die notwendigsten Maßnahmen müßten genügen, um eine einigermaßen notdürftige Unterkunft der Bevölkerung sicherzustellen.

. . . . . .

Der Herr Generalgouverneur weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Universitäten und Mittelschulen gesperrt worden seien. Auf die Dauer gesehen sei es aber unmöglich, daß etwa eine ärztliche Fortbildung nicht mehr stattfände. Auch das polnische Fachschulwesen müßte wieder ingang gebracht werden, und zwar unter Beteiligung der Stadt. Selbstverständlich dürften diese Schulen nicht der völkischen und nationalen Hochbildung dienen.

Besprechung mit Gouverneur Dr. Fischer und Dr. Frhr. du Prel.

. . . . . .

Der Herr Generalgouverneur gibt in diesem Zusammenhang bekannt, daß jetzt die Weisung ergangen sei, der polnischen Entwicklung, soweit es im Rahmen der Interessen des Deutschen Reiches möglich sei, freien Raum zu gewähren. Man gehe jetzt davon aus, daß das Generalgouvernement die Heimstätte des polnischen Volkes sei. Er würde dagegen auch kein Bedenken erheben, es sei denn, daß es auch nur einmal bei solchen Gelegenheiten zu einer politischen Demonstration komme.

---

[1]) (In Berlin durch LGRat Dorn angefertigt)

Niederschrift

Über die Besprechung der Frage der polnischen Landarbeiter und deren Behandlung im Reich u.a.

am Freitag, dem 12.März 1940, nachmittags 16 Uhr in Berlin, Regerstrasse.

Anwesend: Generalgouverneur Dr. Frank
General Bürmann
Ministerialdirektor Harmening
Reichsobmann Behrendt
Referent im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Reichart
Referent Matzke
der Bevollmächtigte des Generalgouverneurs, Dr. Heuber

[1]) diese Z in Erstschrift, ab „Niederschrift“ bis Schluß der Besprechung Ds

Generalgouverneur Dr. Frank bezeichnet die Frage der Stellung von polnischen Landarbeitern nach Deutschland als eine ausserordentlich schwierige. Wenn sich die deutsche Landwirtschaft entschliessen könnte, auch Arbeiter aus den Städten zu übernehmen, würde eine bedeutende Erleichterung eintreten.

Referent Reichart: Als Einzelarbeiter für bäuerliche Betriebe könnten nur Landarbeiter Verwendung finden; dagegen könnten in grösseren Betrieben auch städtische Arbeiter gebraucht werden.

Reichsobmann Behrendt: Greise, schwangere Frauen und Krüppel dürfe man nicht schicken. Auch die Angehörigen bestimmter Berufe, wie Frisöre u. dgl.eigneten sich nicht zur Landarbeit. ...

Generalgouverneur Dr. Frank betont, dass man zwar mit Gewalt nach der Methode des Sklavenhandels bei genügendem Polizeiaufgebot und bei Aufbringung genügender Transportmittel eine entsprechende Zahl von Arbeitskräften zusammenbringen könne, dass aber aus einer Reihe von Gründen das Mittel der Propaganda unter allen Umständen den Vorzug verdiene. Das Wichtigste sei, dass die Leute an ihre Familien in Polen Geld schicken könnten. Die Briefe, in denen polnische Arbeiter ihre Zufriedenheit mit der Unterbringung usw. in Deutschland zum Ausdruck brächten, müssten veröffentlicht werden. ...

Generalgouverneur Dr. Frank: Die Einflüsse der wahnsinnigen Umsiedlungsaktion machen sich äusserst ungünstig bemerkbar. Angesichts der Züge aus Posen und Westpreussen habe die Bevölkerung gesagt: so werden wir in Deutschland behandelt!

Referent Reichart teilt mit, dass wegen der Propaganda schon das Entsprechende veranlasst sei. Es würden Plakate mit Bildern deutscher Bauernhöfe usw. herausgebracht.

.....

Generalgouverneur Dr. Frank: Mit Rücksicht auf die Propaganda in den Vereinigten Staaten müsse nach Möglichkeit die Gewaltanwendung vermieden werden. Dagegen könne ein zarter Druck durch die Einstellung der Arbeitslosenunterstützung für die Kategorien erfolgen, die überhaupt in Frage kämen; allerdings dürfe die Landwirtschaft nicht gesunde, kräftige Arbeiter einfach zurückschicken, weil sie ungelernt seien.

.....

Reichsobmann Behrendt: Ein Bauer sei ins Konzentrationslager gekommen, weil er einem polnischen Arbeiter Zigaretten gegeben habe. Es müsse eine klare Anweisung an die Partei hinsichtlich der Behandlung der polnischen Arbeiter ergehen.

. . . . . .

Generalgouverneur Dr. Frank: Wenn die Leute in Deutschland arbeiten sollten, dürften sie nicht gleichzeitig als Raubtiere hingestellt werden.

Man dürfe nicht vergessen, dass das Generalgouvernement von der Gesamteinwohnerzahl des ehemaligen Polen nur 1/3 umfasse. Es sei zu hoffen, dass 300- 400.000 gelernte Landarbeiter gestellt werden könnten und dass der Rest aus den Städten herauszuholen[2]) sei. Im Warthegau wohnten fast 400.000 Polen.

Reichsobmann Behrendt: Von dort kämen auch etwa 180.000.

. . . . . .

Generalgouverneur Dr. Frank fasst zusammen:

1. es seien Massnahmen zu treffen, um die einheitliche Behandlung der Polen im Reiche zu gewährleisten;
2. die Transferierung des Lohnes nach Polen sei sicherzustellen;
3. die für die Landarbeit einzustellenden Polen, die keine fachlich geschulten Landarbeiter seien, müssten so aufgeteilt werden, das auf 2 geschulte Arbeitskräfte ein ungelernter Arbeiter treffe.

Ferner müsse

1. in Radom der Ausbau der Anlage in Ordnung kommen,
2. eine wirksame Propaganda einsetzen (Veröffentlichung von Briefen aus Deutschland, Anschlag von Plakaten, Heranziehung der Kirche),
3. die Einziehung der Arbeitslosenunterstützung für in Frage kommende Kräfte angedroht werden.

Schliesslich sei für die Polen die Arbeitspflicht eingeführt und wenn die Propaganda nicht helfe, müsse zur Einberufung geschritten werden. Die sinnlose Evakuierung von Landarbeitern ins Generalgouvernement müsse aufhören; diese müssten vielmehr unmittelbar ins Reich gebracht werden.

. . . . . .

(Schluss der Besprechung um 17 Uhr 20).

Sienstag, den 16. März 1940.

Besprechung mit Gesandten von Wühlisch.

Gesandter von Wühlisch berichtet, daß die Arbeiten für die Abtransportierung des Veit Stoß-Altars nach Nürnberg

[2]) ursprünglich „herausgeholt", Ti verbessert

nunmehr abgeschlossen seien. Die Kirche habe eigentlich räumlich dadurch ein besseres Aussehen erhalten.

Weiter teilt Gesandter von Wühlisch mit, daß der frühere Botschafter Wysocki gebeten habe, nochmals vom Herrn Generalgouverneur empfangen zu werden. — Der Gesandte z.D. von Rümelin sei ersucht worden, ein Gesuch wegen seiner Übernahme in den Dienst des Generalgouvernements einzureichen.

In der Frage des polnischen Hilfskommitees für die Notleidenden sei vom Sicherheitsdienst an Herrn Arlt geschrieben und darauf hingewiesen worden, daß der Leiter dieser Organisation, Fürst Radziwill, *sich* seinerzeit an dem schlesischen Aufstand beteiligt, daß er Korfanty unterstützt und abfällige Äußerungen über das Reich gemacht haben soll. Er, Gesandter von Wühlisch, habe Herrn Arlt gebeten, in dieser Angelegenheit sehr vorsichtig zu sein, bevor man Fürst Radziwill aus dem Hilfskommitee entferne, weil ein solches Vorgehen unter Umständen unangenehme Folgen haben könnte. Hier bedürfe es unter allen Umständen einer Genehmigung des Herrn Generalgouverneurs.

Die sogenannte polnische Regierung in Angers habe ein Weißbuch über die Erzdiözese Posen und Gnesen ausgearbeitet

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß er in Berlin über diese Frage mit dem päpstlichen Nuntius gesprochen habe. Aus dem Gespräch habe er entnommen, daß mancherlei über die Behandlung der Kirchen gesprochen werde und man offenbar vieles auf das Generalgouvernement abschieben wolle, was dieses garnicht zu vertreten habe.

Gesandter von Wühlisch hält es für zweckmäßig, daß diese und ähnliche Fragen in Berlin besprochen würden. Solche Verhandlungen müßten über das Auswärtige Amt gehen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß er in Berlin lange Verhandlungen mit den Vertretern des Finanzministeriums und Reichsernährungsministeriums gehabt habe. Man habe dort die dringende Forderung gestellt, daß die polnischen Landarbeiter in größerer Zahl nach dem Reich geschickt würden. Er habe in Berlin die Erklärung abgegeben, daß er, wenn man das von ihm verlange, selbstverständlich einen Zwang etwa in der Weise ausüben könne, daß er von der Polizei ein Dorf umstellen lasse und die in Frage kommenden Männer und Frauen zwangsweise heraushole und dann nach Deutschland bringe. Man könne aber auch, abgesehen von diesen polizeilichen Maßnahmen, damit arbeiten, daß man den in Frage kommenden Arbeitern die Arbeitslosenunterstützung einbehalte.

Gesandter von Wühlisch kommt dann auf gewisse Grenzverletzungen an der Sowjetgrenze zu sprechen. Auf Wunsch des Reichsfinanzministerium und des Oberkommandos der Wehrmacht seien in Moskau Vorstellungen erhoben worden, offenbar aus dem Grunde, weil die sowjetischen Grenzposten immer gleich von der Schußwaffe Gebrauch machten. Man habe vorgeschlagen, solche Zwischenfälle gleich an Ort und Stelle erledigen zu lassen. Der stellvertretende Außenkommissar Potemkin habe den Vorschlag gemacht, von beiden Seiten Verbindungsoffiziere für diese Aufgabe zu bestimmen. Als Zentralstelle solle der Verbindungsstab Rußland fungieren.

Der Herr Generalgouverneur hält diesen Weg nicht für zweckmäßig und meint, daß das Generalgouvernement hier auch eingeschaltet werden müsse. Er ersuche den Gesandten von Wühlisch, sich in dieser Frage mit Staatssekretär Dr. Bühler ins Benehmen zu setzen. Diese Frage berühre nicht nur die Wehrmacht, sondern auch z.B. die Zollverwaltung, deshalb müßten z.B. auch Vertreter des Finanzministeriums dabei mitwirken.

Gesandter von Wühlisch gibt zu bedenken, daß die Zollbeamten der Wehrmacht unterstellt seien.

BESCHREIBUNG:
Band 4: „Tagebuch 1940 II“ April — Juni
hs Unterstreichungen Ti

Tagebuch 1940
==========

Zweiter Band

April bis Juni

Krakau-Burg.

Sonntag, den 21. April 1940.

12^{45} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, SS-Obergruppenführer Krüger und Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer in Gegenwart von Herrn Reichsminister Dr. Seyß-Inquart.

Gegenstand der Besprechung ist die Verschickung von Arbeitern, insbesondere Landarbeitern ins Reich.

Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer berichtet, daß bisher etwa 160 000 Landarbeiter und ungefähr 50 000 gewerbliche Arbeiter ins Reich verschickt worden seien, insgesamt solle aber ihre Zahl 500 000 betragen. Es sei zu hoffen, daß noch genügend freiwillige Meldungen erfolgten.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß man, nachdem alle Mittel in Gestalt von Aufrufen usw. keinen Erfolg gehabt hätten, nunmehr zu dem Ergebnis kommen müsse, daß die Polen aus Böswilligkeit oder aus der Absicht heraus, sich Deutschland nicht zur Verfügung zu stellen, ihm indirekt zu schaden, sich dieser Arbeitspflicht entzögen. Er richte deshalb die Frage an Dr. Frauendorfer, ob es noch irgendwelche Maßnahmen gebe, die man noch nicht ergriffen habe, um die Polen auf dem Wege der Freiwilligkeit zu gewinnen.

Reichshauptamtsleiter Dr. Frauendorfer verneint diese Frage.

Der Herr Generalgouverneur betont nachdrücklich, daß nunmehr von ihm eine endgültige Stellungnahme verlangt werde. Es werde sich demnach fragen, ob man nun zur irgend einer Form von ::-:: Zwangsmaßnahmen ::-:: werde greifen müssen.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob SS-Obergruppenführer Krüger die Möglichkeit habe, auf einem Wege des Zwanges solche Einberufungen von polnischen Arbeitern zu bewerkstelligen, wird von SS-Obergruppenführer Krüger bejaht. Seines Wissens sollten noch 300 000 polnische Arbeiter ins Reich verschickt werden, und es werde möglich sein, dieser Forderung zu genügen, nachdem die Arbeitspflichtverordnung praktisch in Kraft getreten sei.

. . . . . .

Der Herr Generalgouverneur will sich mit jeder praktischen Maßnahme einverstanden erklären, wünscht jedoch, daß ihm persönlich über die Maßnahmen Kenntnis gegeben werde. Eine Maßnahme, die ihre Wirksamkeit bestimmt nicht verfehlen würde, wäre die der Einstellung der Arbeitslosenunterstützung für unbeschäftigte Arbeiter und ihre Überweisung an die Fürsorge. Er ordne deshalb an, daß ab 1. Mai kein Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstützung bestehe, sondern nur noch eine

Fürsorge gewährt werden solle. Bei den Einberufungen seien zunächst nur die Männer zu berücksichtigen, und vor allem sollten hier die Städte erfaßt werden. Vielleicht könnte man auch die Umsiedlung der 120 000 Polen aus dem Warthegau mit dieser Maßnahme kombinieren.

Reichsminister Dr. Seyß-Inquart gibt zu bedenken, daß von den polnischen ::-:: Arbeitern aus dem Warthegau ::-:: nicht mehr viele für die Verschickung ins Reich in Betracht kämen. Sie würden nämlich, soweit sie sich für die Arbeit eigneten, schon jetzt ins Reich verschickt. Die Assimilationsfähigen gingen ohnehin mit ihren Familien in das Reich. Von den nicht Assimilationsfähigen würden nur die brauchbaren Männer ausgesucht.

Abschließend stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß die Marschroute nunmehr gegeben sei. Über die weiteren Einzelheiten müßten sich die beteiligten Instanzen klar werden. Wo die Abteilung Arbeit nichts mehr erreichen könne, müsse die Polizei eintreten.

Dienstag, den 23. April 1940.

16[15] Besprechung mit Generalmajor Bührmann, Bevollmächtigten Dr. Heuber, Geheimrat Dr. Zetzsche, Finanzpräsident Spindler, Präsident Senkowski, Bankdirigent Paersch, Oberregierungsrat Freiherr von Streit, Bankdirektor Tetzner, Regierungsrat Dr. Bergmann in Gegenwart von Reichsminister Dr. Seyß-Inquart. Gegenstand der Besprechung ist das Finanzwesen und der Zahlungsverkehr des Generalgouvernements mit dem Reich.

Der Herr Generalgouverneur kommt dann auf das Treuhandwesen zu sprechen, das seiner Ansicht nach absolut unübersichtlich sei. Hier bestehe die Gefahr, daß ein Treuhänder aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zuletzt an sich selbst denken werde.

Generalmajor Bührmann weist darauf hin, daß es in Krakau allein 750 Treuhänder gebe, im gesamten Distrikt Krakau 3000.

Der Herr Generalgouverneur kann ein Bedürfnis für diese Vielzahl von Treuhändern angesichts der Tatsache nicht einsehen, daß doch viele Unternehmungen von Polen geleitet

werden könnten. Das Generalgouvernement verfolge doch lediglich den Zweck, auch in wirtschaftlicher Beziehung der polnischen Nation einen Schutz zu bieten. Er möchte beinahe annehmen, daß man mit Polen besser fahre als mit diesen selbstherrlichen Treuhändern. Jedenfalls befürchte er, daß das Deutsche Reich kein besonders gutes Geschäft mit den Treuhändern mache. ...

Der Herr Generalgouverneur sieht überhaupt in der Treuhänderei eine der übelsten Methoden der Kolonialpolitik der alten Mächte. Auf diesem Wege seien ja die Kolonialbetriebe in Indien, in Südafrika usw. entstanden. Das Generalgouvernement müsse ebenfalls seinen Vorteil aus der Bewirtschaftung von Werten haben. Den Dienststellen des Vierjahresplans und des Reichsverteidigungskommissariats müßten banktechnisch und steuertechnisch gegenüber den Treuhändern alle Vollmachten gegeben werden.

Krakau Burg.

Dienstag, den 7. Mai 1940.

10^{45} Besprechung mit Gouverneur Dr. Fischer.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet über die Lage in Warschau und weist u.a. darauf hin, daß die Lohn- und Ernährungsverhältnisse der gewerblichen Arbeiter zur Zeit sehr schlecht seien. Der polnische Arbeiter erhalte einen Lohn von etwa 60 Zloty im Monat und müsse mit Lebensmittelrationen auskommen, die statt des Normalbetrages von 2200 Kalorien nur 660 Kalorien enthielten. Gauleiter Koch habe zugesagt, unter Ausschaltung des Reichsnährstandes größere Mengen Lebensmittel nach dem Distrikt Warschau zu liefern.

Aus dem Distrikt Warschau würden, wie Gouverneur Dr. Fischer weiter mitteilt, Bedarfsartikel aller Art, auch Eisen usw. ausgeführt.

Der Herr Generalgouverneur äußert Bedenken gegen diese Art der Lebensmittelversorgung und weist darauf hin, daß Staatssekretär Backe versprochen habe, gegebenenfalls die notwendigen Mengen Nahrungsmittel zu liefern.

Was die Ausfuhr von Materialien angehe, so solle sich Gouverneur Dr. Fischer einmal mit Generalmajor Bührmann in Verbindung setzen und die hier gegebenen Möglichkeiten erörtern. Gegen die Ausfuhr von Eisen z.B. beständen die größten Bedenken.

. . . . . .

Gouverneur Dr. Fischer kommt dann auf eine geplante Grenzbereinigung zwischen dem ::-:: Distrikt Warschau ::-:: und ::-:: Ostpreußen ::-:: zu sprechen. Gauleiter Koch habe den Wunsch, den ::-:: Kreis Ostrow ::-:: in Ostpreußen einzuverleiben, wofür er dem Distrikt Warschau die Weichselniederung überlassen wolle. Für den Distrikt Warschau wäre dieser Tausch aber wenig günstig, da der Kreis Ostrow wesentlich größer sei und 105 000 Einwohner zähle, während das Gebiet der Weichselniederung wesentlich kleiner sei und nur 25 000 Einwohner habe. Weiter verfüge der Kreis Ostrow auch über große Waldungen. Günstiger wäre es schon für den Distrikt Warschau, wenn die Weichselniederung ohne Entschädigung in den Distrikt Warschau eingegliedert würde, da sie ohnehin für sich nicht lebensfähig sei.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet ferner über einen Besuch, den ihm der frühere polnische Botschafter Wysocki gemacht habe. Der Botschafter habe sich darüber beklagt, daß trotz ihm gegebener verbindlicher Zusicherungen seine Interventionen in gewissen Fragen nicht beachtet würden.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Gouverneur Dr. Fischer, den Botschafter Wysocki auch in Zukunft zu empfangen, seine Wünsche entgegenzunehmen, ihm einige freundliche Worte zu sagen und zu versprechen, daß er diese Wünsche dem Herrn Generalgouverneur weiterleiten werde. Der Botschafter müßte dann aber auch seinen Einfluß dahin geltend machen, daß endlich die Greulhetze gegen das besetzte Gebiet aufhöre.

Gouverneur Dr. Fischer dürfe dem Botschafter gegenüber aber nie verbindliche Erklärungen abgeben.

Weiter weist der Herr Generalgouverneur darauf hin, daß nunmehr auch in der Frage der Verschickung von Landarbeitern ins Reich in erhöhtem Maße der neu gegründete Sonderdienst herangezogen werden müsse, für den bisher schon 750 Mann mobil gemacht seien.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet dann, daß ein SS-Sturmbannführer Dr. Müller erklärt habe, mit der Durchführung der Aussiedlung der Volksdeutschen aus dem Generalgouvernement vom Reichsführer SS beauftragt zu sein, und zwar unter Hinweis darauf, daß weder[1]) der Generalgouverneur noch seine Abteilungen in dieser Frage irgendwie zuständig seien.

[1]) „weder“ über der Z für „während“ (ms gestrichen)

Der Herr Generalgouverneur nimmt diese Mitteilung mit Befremden entgegen und betont, daß dieses Vorgehen eigentlich nicht dem Erlaß des Führers über die Sicherung des deutschen Volkstums vom 23. Oktober 1939 entspreche. Nach § 4 dieses Erlasses habe in all diesen Fragen der Generalgouverneur die Exekutive.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet nun über den Besuch des Reichsführers SS in Warschau und bemerkt dabei, daß der Reichsführer SS über den ::-:: Vorfall in Lublin ::-:: seinem Mißfallen Ausdruck gegeben und die Bestrafung des dabei beteiligten ::-:: Oberstaatsanwalts ::-:: verlangt habe. Der Reichsführer SS habe weiter die Anordnung gegeben, daß 20 000 Polen in Konzentrationslager gebracht würden. — Die Feiertage seien in Warschau vollkommen ruhig verlaufen, man habe allerdings festgestellt, daß innerhalb der polnischen Polizeiorganisationen in Warschau sich einige Polizeioffiziere verdächtig gemacht hätten. Übrigens sei die Frage der Bewaffnung der polnischen Polizei mit Karabinern ziemlich ernst, und man beabsichtige, auch im Distrikt Warschau den Polizisten diese Waffe wieder abzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur will zwar die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen nicht verkennen, meint aber, daß angesichts aller solcher Schwierigkeiten ein geordnetes Wirtschaften im Gebiete des Generalgouvernements auf die Dauer nicht möglich sein werde.

Mittwoch, den 8. Mai 1940.

10^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr.Bühler und Landrat Dr. Siebert. Zu der Besprechung wird um 10^{50} Kreisleiter Schalk beigezogen

Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet die Anordnung über die Schaffung einer Gemeinschaft der Parteigenossen im Generalgouvernement. Die Anordnung datiert vom 6.Mai und wird im Verordnungsblatt veröffentlicht. Im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers übernimmt der Herr Generalgouverneur die gesamte Leitung der Parteiarbeit im Generalgouvernement. ...

Donnerstag, den 9. Mai 1940.

12^{05} Besprechung mit Gesandten von Wühlisch.

.....

Gesandter von Wühlisch weist ferner darauf hin, daß aus polnischen Kreisen Klagen darüber erhoben würden, daß

junge Leute beim Verlassen von Kinotheatern von der Polizei festgenommen und für den Landarbeiterdienst im Reich in Anspruch genommen würden, ohne daß man den Eltern Nachricht gebe.

Der Herr Generalgouverneur will diese Angelegenheit nachprüfen lassen, weist aber mit allem Nachdruck darauf hin, daß er jetzt gezwungen sei, mit schärferen Mitteln durchzugreifen, nachdem er lange genug Milde habe walten lassen. Wenn alle bisher angewendeten Methoden nichts mehr hülfen, müsse man eben seine Zuflucht zum ::-:: Zwange ::-:: nehmen. Er erwarte auch vom Auswärtigen Amt, daß es ihn bei etwa auftretenden unangenehmen Situationen nicht im Stiche lasse.

12[40] Besprechung mit Ministerialrat Wolsegger, Stadthauptmann Dr. Schmid und dem Wohnungsreferenten der Stadt Krakau.

. . . . . .

Stadthauptmann Dr. Schmid berichtet weiter, daß in der Stadt eine starke Nervosität herrsche, weil angeblich junge Leute zwangsweise von der Straße weggenommen und nach Deutschland transportiert würden.

Der Herr Generalgouverneur will diesen Gerüchten nicht ohne weiteres Glauben schenken, gibt aber andererseits zu bedenken, daß angesichts der Lage im Reich nunmehr in der Frage der Verschickung von Arbeitern nach Deutschland energischer vorgegangen werden müsse.

::-:: *Anlage*[2]) ::-::

Beratung über außerordentliche Maßnahmen zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung im Generalgouvernement.

Der Herr Generalgouverneur berief auf den 16.[3]) Mai 1940 eine Sitzung ein, in welcher über außerordentliche ::-:: Maßnahmen zur Sicherstellung von Ruhe und Ordnung[4]) ::-:: im Generalgouvernement beraten wurde.

---

[2]) „Anlage" Ti, sowie Unterstreichung I Seiten 456a — c Ds außer „1. Durchschlag" und U in Erstschrift

[3]) „6" Ti aus „7" verbessert

[4]) Unterstreichung Blei

An der Sitzung nahmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Herr Reichsminister Dr. Seyß-Inquart
Herr Staatssekretär Dr. Bühler
Herr Brigadeführer Streckenbach
Herr Standartenführer Schulz
Herr Oberst Müller.

Der Herr Generalgouverneur führte aus:

Die allgemeine Kriegslage zwinge zu ernstester Betrachtung der inneren Sicherheitssituation im Generalgouvernement. Aus einer Fülle von Anzeichen und Handlungen könne man den Schluß ziehen, daß eine groß organisierte Widerstandswelle der Polen im Lande vorhanden sei und man unmittelbar vor dem Ausbruch größerer gewaltsamer Ereignisse stehe. Tausende von Polen seien bereits in Geheimzirkeln zusammengefaßt, bewaffnet und würden in der aufrührerischsten Form veranlaßt, Gewalttätigkeiten aller Art zu verüben.

Der Herr Generalgouverneur zitierte dann einige Beispiele aus der jüngsten Zeit, so etwa den bürgerkriegsähnlichen Aufstand einiger Dörfer unter Führung des Majors Huballa im Distrikt Radom, die Ermordung volksdeutscher Familien in Josefow, die Ermordung des Försters Hau, die Ermordung des Bürgermeisters von Grasienca usw. Allüberall werden aufrührerische illegale Flugblätter verteilt, z.Teil sogar angeschlagen, und es kann daher kein Zweifel bestehen, daß die Sicherheitslage außerordentlich ernst ist.

Der Mangel an Polizei- und Heereskräften im Generalgouvernement zwinge zu außerordentlichen durchgreifenden Befriedungsaktionen. Er habe sich daher entschlossen, in der heutigen Sitzung den anwesenden Herren abschließend einige Maßregeln vorzuschlagen, die geeignet erschienen, dieser polnischen Widerstandsbewegung die Führung zu nehmen, die Autorität des Führers und des Reiches im Generalgouvernement mit unerhörtester Präzision sicherzustellen und dafür zu sorgen, daß die Ruhe im Lande unter allen Umständen aufrechterhalten bleibe.

Daraufhin trug der Chef der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement Brigadeführer Streckenbach auf Verlangen des Herrn Generalgouverneurs einige detaillierte Tatbestände vor, die des einzelnen das vom Herrn Generalgouverneur entwickelte Bild erhärteten. Demnach besteht die unmittelbarste Gefahr für Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Lande.

Die anderen Herren schlossen sich dieser Einstellung an.

Daraufhin verfügte der Herr Generalgouverneur:

1) Mit sofortiger Wirkung wird dem Chef der Sicherheitspolizei in unmittelbarer Verwirklichung die Durchführung eines außerordentlichen Befriedungsprogramms übertragen.

2) Die Art und Weise dieser Durchführung wird entsprechend den besprochenen Richtlinien gewährleistet.

3) Die hiernach notwendigen polizeilichen und sonstigen Aktionen werden vom Chef der Sicherheitspolizei direkt geleitet. Jede willkürliche Aktion ist aufs strengste zu verhindern. Bei allem Vorgehen hat immer der Gesichtspunkt des notwendigen Schutzes der Autorität des Führers und des Reiches im Vordergrund zu stehen.

Dann wurden noch die wesentlichen Einzelheiten der Aktionen besprochen und dem Brigadeführer Streckenbach vom Herrn Generalgouverneur in aller Form die notwendigen Vollmachten erteilt.

Der Herr Generalgouverneur ordnete eingehende Berichterstattung für den 30.Mai 1940 an.

Im übrigen ist die Aktion zunächst bis zum 15.Juni 1940 befristet.

gez. Frank

Mittwoch, den 22. Mai 1940

.....

13[15 5]) Frühstück zu Ehren des aus dem Amte ausscheidenden Reichsministers Dr. Seyß-Inquart.

Der Herr Generalgouverneur widmet dem Herrn Reichsminister Dr.Seyß-Inquart folgende Abschiedsworte:

Werte Gäste, liebe Kameraden!

Es ist heute eine schöne Stunde, die uns alle hier nochmals mit dem nunmehr von uns scheidenden Reichsminister Dr.Seyß-Inquart vereinigt, der in Verfolg eines ihm vom Führer erteilten ehrenvollen Auftrages nach Holland geht. Ich freue mich ganz besonders, Herr Reichskommissar und Reichsminister, in dieser

[5]) diese Eintragung wurde unter der Nr. 3465-PS als Beweisstück US-614 vorgelegt

Stunde des Abschiedes die Versicherung abgeben zu können, daß die Monate der Zusammenarbeit mit Ihnen zu den wertvollsten Erinnerungen meines Lebens gehören, daß Ihre Arbeitsleistung im Generalgouvernement für alle Zukunft in die Aufbauarbeit des werdenden Weltreiches der deutschen Nation eingeschrieben sein wird. Ihr Name, Herr Reichsminister, leuchtet ohnedies durch die Geschichte des Dritten Reiches als der des Schöpfers des nationalsozialistischen Österreichs. ... Im Aufbau des Generalgouvernements wird für alle Zukunft Ihr Name als der eines Gestalters dieser Organisation und dieses Staatswesens einen Ehrenplatz einnehmen. Im Namen aller Beamten ... spreche ich Ihnen, Herr Reichsminister, unseren Dank für die Mitarbeit, für Ihre schöpferische Tatkraft aus. ... Die Zeit, während der uns diese Gemeinschaftsarbeit hier im Osten verband, ist ernst. Sie ist aber auch gleichzeitig der Ausgangspunkt für die grandioseste Machtentfaltung des Deutschen Reiches. Ihre Vollendung wird überhaupt die Entfaltung der größten Energiegeballtheit darstellen, die es jemals in der Weltgeschichte gab. In dieses Werk sind Sie nun voll wirksam vom Führer an markantester Stelle eingereiht. ...

Reichsminister Dr. Seyß-Inquart erwidert mit folgenden Worten:

.....

Als der polnische Krieg als Vorbereitung der großen Auseinandersetzung ausbrach, da war die Gelegenheit nicht gegeben, jenen Aufträgen nachzukommen, von denen der Führer geglaubt hat, daß er sie mir in einer friedlichen Zeit übertragen könne. Daß ich mich dann aber zu einer Aufgabe herangezogen fühlte, deren Gebiet im Osten liegt, das wird man verstehen, wenn ich sage, daß ich seit meiner Kindheit Tagen in den Volkstumskampf eingestellt gewesen bin. ... Mit Dr. Frank verbindet uns Ostmärker ja eine besondere Erinnerung. Es war damals um die Zeit, als das Dollfußregime gegen uns zu wüten begann. Damals kam Dr.Frank nach Wien, und man bezeichnete in Österreich seine Ankunft als nicht besonders erwünscht. Mir war es damals eine besondere Freude, Herrn Dr. Frank im Namen des Steirischen Heimatschutzes begrüßen zu können. ... Die ganze Kampfzeit hindurch war Dr.Frank für uns der Begriff des nationalsozialistischen Führungswillens. Später, als der Anschluß kam, wo ich dann glücklich war, daß ich als Werkzeug des Führers auch eine Aufgabe erfüllen konnte, kam Dr.Frank zu uns als Reichsrechtsführer. ... Ich habe hier sehr viel gelernt, manches, was ich früher noch garnicht so recht begriffen habe, und zwar auf Grund der

initiativen[6]), entschlossenen Führung, wie ich sie von meinem Freund Dr. Frank gesehen habe. ... Ich gehe nun nach dem Westen, und ich will ganz offen sein: Mit dem Herzen bin ich hier; denn ich bin meiner ganzen Einstellung nach auf den Osten eingerichtet. Im Osten haben wir eine nationalsozialistische Mission, drüben im Westen haben wir eine Funktion, das ist vielleicht ein Unterschied. ...

Sonnabend, den 25. Mai 1940.

17[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Präsidenten des polnischen Appellationsgerichts für den Distrikt Radom, Bronschinski, mit den Senatspräsidenten und den Richtern zur Entgegennahme der Meldung über den Abschluß der Vorbereitungen zur Eröffnung des polnischen Appellationsgerichts.

Generalgouverneur Dr. Frank:

Das Deutsche Reich hat unter dem genialen deutschen Führer Adolf Hitler die Herausforderung der Welt angenommen und ist in den Schicksalskampf eingetreten. Die deutschen Waffen haben gesprochen und sprechen noch. Es ist alles dahin, was einmal an leeren Irrtümern über die Ohnmacht des Reiches verbreitet war. Das deutsche Volk und das Deutsche Reich waren noch nie so stark wie heute. Der Krieg, den der Führer mit der polnischen Republik von Versailles zu führen hatte, war kein Krieg gegen das polnische Volk, als dessen Repräsentanten Sie nunmehr hier stehen. Völker sind meist am Krieg unschuldig. Daher erkläre ich Ihnen, daß, soweit es mit der Macht und den Kriegsnotwendigkeiten des Deutschen Reiches irgendwie vereinbar ist, die loyale Gesinnung, die in einer internen polnischen Rechtsfindung sich formt, des Schutzes des Führers und Reiches sicher sein darf. Wir wollen hier nicht irgendwie einen Ausrottungskrieg gegen ein Volkstum führen. Der Schutz des Reiches über das polnische Volk in dieser deutschen Interessenzone bedeutet für Sie die Möglichkeit, sich getreu den Überlieferungen Ihres Volkes zu entwickeln. Was ich verlangen muß, ist der Gehorsam gegenüber den Waffen des Führers und den Anordnungen des Reiches. Ich glaube, daß es dann auch durchaus für Ihre Nation die Möglichkeit einer friedlichen Entwicklung und einer ertragreichen Arbeit gibt. Was an mir liegt, Ihnen dabei zu helfen, will ich gern tun. Das Schicksal hat nunmehr dem deutschen Volk die Führung in diesem Raum

[6]) ursprünglich „Initiative", Ti verbessert

übertragen. Sie sollen nicht einer Gewalt unterworfen werden, die willkürlich und blind wütet. Obwohl beleidigt, schwer gekränkt und unsagbar in seinen Ehrempfindungen getroffen, wird das deutsche Volk doch seinerseits keine Rachegefühle kennen.

Im Namen des Führers und Reiches bin ich hier als Generalgouverneur des deutschen Generalgouvernements Polen auch Ihr oberster Chef. Sie können sich in Ihrer Arbeit und Ihrer persönlichen Leistung versichert halten, daß ich Sie in Ihrer Arbeit schützen und vertreten werde. Ich glaube, daß Sie mit loyal aufgeschlossener Mitarbeit zum gemeinschaftlichen Nutzen dieses Gebietes Ihrem eigenen Volke am besten dienen. Den Wahnwitz der Aufsässigkeit, den verlorenen Irrwahn, sich irgendwie gegen das Machtgefüge des Reiches aufbäumen zu können, werden Sie als kluge Männer nicht in sich aufkommen lassen. Daher verspreche ich mir auch von Ihrer Arbeit die so sehr notwendige Befriedung der Gemüter. Man muß ein großes Schicksal immer tragen.

Seien Sie bedankt für die Arbeit, die Sie geleistet haben. Ich weiß, Herr Präsident, was in Ihren schlichten Worten liegt. Sie haben eine der schwierigsten Arbeiten in diesem Raum vollführt. Seien Sie versichert, daß ich Verständnis habe für die Notwendigkeiten der Rechtskultur, der Sie sich verschrieben haben. Ihre Wünsche und Anregungen werde ich jeder Zeit gern zur Kenntnis nehmen.

BESCHREIBUNG:
Band 5: „Tagebuch 1940 III" Juli — September
hs Unterstreichungen Ti

Tagebuch 1940

Dritter Band

Juli bis September

Krakau-Burg

Freitag, den 12. Juli 1940.

17^{45} Besprechung mit Ministerialrat Wille und Gerichtsassessor Dr. Viehweg.

. . . Ministerialrat Wille teilt dann mit, daß er gelegentlich einer Dienstreise in die Distrikte in der Richterschaft eine gewisse Unruhe im Hinblick auf die Durchführung der A-B-Aktion habe feststellen können.

Der Herr Generalgouverneur weist demgegenüber darauf hin, daß die A-B-Aktion nunmehr als abgeschlossen angesehen werden könne und die noch schwebenden Fälle im normalen Verfahren erledigt werden würden.

Ministerialrat Wille bemerkt, daß er an dieser politischen Aktion vonvornherein desinteressiert gewesen sei, da sie nicht in den Rahmen seiner Tätigkeit falle. Für ihn sei auch weniger die Tatsache der Durchführung der A-B-Aktion von Wichtigkeit gewesen, sondern vielmehr die Feststellung, daß die Fälle doch sehr verschiedenartig behandelt worden seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt zu bedenken, daß angesichts der Verhältnisse in Polen ein scharfes Durchgreifen notwendig gewesen sei. Man werde aber nunmehr wieder in normale Bahnen zurückkehren können.

Im Zusammenhang mit dieser Frage macht der Herr Generalgouverneur Mitteilung von der Auflösung des Selbstschutzes und bemerkt, daß der SS-Führer Alvensleben in den Stab des Obergruppenführers Krüger versetzt worden sei. Von dem Selbstschutz werde nur ein Kader übrig bleiben.

Über die Frage, was mit den im Rahmen der ::-:: A-B-Aktion ::-:: erfaßten politischen Verbrechern zu geschehen habe, soll demnächst eine Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Obergruppenführer Krüger, Brigadeführer Streckenbach und Ministerialrat Wille stattfinden.

Dienstag, den 23. Juli 1940.

. . . . . .

18[10] Empfang des Generalobersten von Küchler in Gegenwart des Generals d.Inf. Freiherr von Gienanth, Generalmajor Brauner, Oberstleutnant von Tschammer und Osten und eines Adjutanten.

. . . . . .

Der Herr Generalgouverneur weist dann auf die im General gouvernement immer noch bestehenden ::-:: Ernährungsschwierigkeiten ::-:: hin und bittet den Herrn Generaloberst, dafür Sorge zu tragen, daß die neu einrückenden Truppen in ihrer Verpflegung und sonstigen Versorgung möglichst nicht die

Ernährungslage des Generalgouvernements belasteten. Vor allem müßten jegliche Beschlagnahmen unterbleiben.

General von Gienanth hebt hervor, daß auf diesem Gebiet militärischerseits eine ganz scharfe Ordnung durchgedrückt werde und daher irgendwelche Befürchtungen in dieser Beziehung nicht gehegt zu werden brauchten. ...

Donnerstag, den 25. Juli 1940.

12^{15} ::-:: Begrüßung ::-:: des Herrn Generalgouverneurs im neuen großen Sitzungssaal des Distriktgebäudes. Hier sind die Beamten und Angestellten des Distrikts Lublin versammelt. ...

Der Herr Generalgouverneur hält hierauf folgende Ansprache:

Herr Gouverneur,

meine lieben Arbeitskameradinnen und Arbeitskameraden!

... Der Führer hat weiter verfügt, daß ::-:: Juden ::-:: in das Generalgouvernement nicht mehr hereintransportiert werden. Im Gegenteil, auch die Juden, die im Generalgouvernement wohnen, werden sämtlich auf Grund eines besonderen Programms einheitlich behandelt, sodaß auch das Generalgouvernement in absehbarer Zeit judenfrei wird. Sobald der Überseeverkehr die Möglichkeit des Abtransportes der Juden zuläßt (Heiterkeit), werden die Juden Stück um Stück, Mann um Mann, Frau um Frau, Fräulein um Fräulein, abtransportiert werden. Ich nehme an, daß ich sie darum nicht zu sehr zu beklagen brauche (erneute Heiterkeit). Ich glaube also, daß wir, wie man so sagt, durch den dicksten Dreck hindurch sind, und daß es nunmehr möglich ist, hier wirklich eine anständige, dienstliche, berufliche und auch Menschliche Stadt für deutsche Volksgenossinnen und Volksgenossen zu errichten. Wenn wir das schon geschaffen haben, dann können wir auch noch weiteres erreichen. Dieser Raum wird in den kommenden Jahrzehnten in zunehmendem Maße mit Angehörigen des deutschen Volkes durchsetzt werden. ...

Freitag, den 6. September 1940.

12^{00} Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Obermedizinalrat Dr. Walbaum und Dr. Franke.

Dr.Walbaum legt eine statistische Übersicht über die Entwicklung der Seuchen in den abgelaufenen 2 Vierteljahren vor und bemerkt dazu:

a) Fleckfieber.

Die Zahlen betreffen fast ausschließlich Juden. Die Krankheit sei aus dem Ghetto übertragen worden. Gesundheitspolitisch sei es von größter Wichtigkeit, daß alle Juden möglichst schnell ins Ghetto gebracht würden; insbesondere in Warschau müsse sofort dazu übergegangen werden. Um eine wirksame Bekämpfung der Seuchen durchführen zu können, sei in Warschau eine Fleckfieberforschungsstelle eingerichtet worden, die sich mit der Vorbereitung der Fleckfieberimpfung befasse.

b) Ruhr.

Die Entwicklung müsse als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden, der Verlauf der Seuche sei milde. Ein besonderes Augenmerk müsse der Bekämpfung der Fliegen gewidmet werden, da diese bei der Übertragung der Ruhr eine besonders große Rolle spielen.

c) Trachom (ägyptische Augenkrankheit).

Es handle sich hierbei um eine außergewöhnlich ansteckende Krankheit. Aus diesem Grunde sei veranlaßt worden, daß die ins Reich zu transportierenden Arbeiter besonders auf Trachom untersucht werden. Ferner soll ein Trachomforschungsinstitut geschaffen werden.

d) Lyssa (Tollwut).

Im Einvernehmen mit den Tierärzten seien Maßnahmen zum Abschuß der Hunde ergriffen worden. Außerdem sei zu erwägen, ob nicht durch eine entsprechende Erhöhung der Hundesteuer eine Besserung erreicht werden könnte.

.....

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs nach der Zahl der im Generalgouvernement tätigen ::-:: deutschen Ärzte ::-:: teilt Dr.Walbaum mit, daß es sich hierbei um ungefähr 50, durchwegs amtlich beschäftigte Ärzte handle. Die Zahl der ::-:: polnischen Ärzte ::-:: betrage etwa 6000, hierzu kommen 2000 Zahnärzte und 3000 Apotheker. Auch jüdische Ärzte seien noch ziemlich zahlreich vorhanden; sie dürften jedoch nur für die Juden Praxis ausüben.

Hinsichtlich der ::-:: Krankenhäuser ::-:: seien Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß die Wehrmacht überall die besten Krankenhäuser und Sanatorien in Besitz genommen habe. Das Ersuchen der Gesundheitsführung auf Herausgabe einer gewissen Anzahl von Betten habe die Wehrmacht abgelehnt. Es bliebe also nur ein Ausweg übrig, neue Krankenhäuser zu bauen.

Dr.Walbaum kommt dann noch auf die Medizinische Akademie zu sprechen, deren Einrichtung in Kürze geplant sei.

Der Herr Generalgouverneur erklärt hierzu, daß, wenn diese Akademie als ::-:: Anstalt des Generalgouvernements ::-:: gedacht sei, ein Etat aufgestellt werden müsse. Es müsse bis Mitte Oktober ein genauer Plan vorliegen, der über die Aufgaben, den Aufwand, den Personalbedarf und die benötigten Gebäude der Akademie Aufschluß gebe. Die Medizinische Akademie solle den ersten Schritt zur Deutschen Universität Krakau darstellen.

BESCHREIBUNG:
Band 6: „Tagebuch 1940 IV" Oktober — Dezember
hs Unterstreichungen und Verbesserungen Ti

Tagebuch 1940

Vierter Band

Oktober bis Dezember

Montag, den 7.10.1940.

9^{30} Dienstappell des Amtes des Distriktchefs im großen Saal des Palais Brühl.

.....

Der Herr Generalgouverneur richtet hierauf folgende Ansprache an die Versammlung:

Meine lieben Kameradinnen und Kameraden!

Ich bin dem Distriktchef Dr. Fischer ganz außerordentlich dankbar dafür, daß er mir Gelegenheit gibt, zu Ihnen einige Worte zu sprechen.... Wir sind hier so wenige, daß sich eigentlich

keiner richtig verstecken kann. Jeder muß da und dort einmal das Scheinwerferlicht fürchten. ... Es ist klar, dass sich da und dort vielleicht noch eine Erziehung notwendig machen wird, es ist weiter klar, dass die Gegenleistung für diese aufgeschlossene Kameradschaftlichkeit, für diese gemeinschaftliche Kontakthaltung darin bestehen muss, dass im Innerdienstlichen die Autorität restlos gewahrt wird. Wir können aus den Büros sich keine 5-Uhr-Tee-Stuben entwickeln lassen. Selbstverständlich ist aber, dass wir hier als deutsche Menschen so gestellt sein müssen, dass der Geringste von uns noch weitaus höher steht als der höchste Pole in diesem Raum.

Radom.

Mittwoch, den 9.10.1940.

11[20] Feierliche Eröffnung der Radomer Herbstmesse.

.....

Der Herr Generalgouverneur:

.....

Wir müssen uns klar sein, da das Generalgouvernement nun vom Führer als ein ::-:: Dauerbestandteil des deutschen Machtbereiches ::-:: erklärt worden ist, wir es also hier nicht mit einer zufälligen Entschließung zu tun haben, daß wir daher mit einer dauernden Entwicklung der wirtschaftlichen Potenz dieses Bereiches im engsten Zusammenhang mit den Kräften unseres mächtigen Weltreiches rechnen können. ...

Die Aufgabe der ::-:: polnischen Bevölkerung ::-:: gegenüber wird oft erörtert. Ich möchte hier eins sagen: die vom Führer befohlene Führung dieses Gebietes durch Deutsche bedeutet, daß dem Deutschen Reich dieses Gebiet des Generalgouvernements als Lebensraum der polnischen Bevölkerung sichergestellt ist. Es ist klar, daß wir weder entnationalisieren wollen, noch germanisieren werden. Die Polen sollen entsprechend ihrer Lebensart und den charakteristischen Merkmalen ihrer eigenen Neigungen sich durchaus entwickeln können, vorausgesetzt, daß sie die vom Führer in diesem Raum befohlene Ordnung restlos anerkennen und ein für allemal eingesehen haben, daß das Spiel mit der Selbständigkeit, mit der Souveränität, die doch nach kurzen geschichtlichen Abläufen immer wieder beseitigt wurde, für sie von nun an vorbei ist. Die ::-:: Souveränität ::-:: in diesem Raum wird für alle Zukunft die des Führers des Deutschen Reiches sein. Und keine andere!

Aber in diesem Raum wollen wir den Polen auch die wirtschaftlichen Möglichkeiten geben. Das ist zweckmäßig, es liegt im Interesse aller, die in diesem Raum leben, es liegt auch im Interesse des Deutschen Reiches; denn die Arbeitskraft dieser Bevölkerung hat sich schon in großem Umfange bewährt. Und ich möchte nicht verfehlen, auch in meiner Eigenschaft als oberster Chef der Verwaltung in diesem Gesamtgebiet die teilweise sehr loyale Haltung der tausenden von polnischen Beamten und Angestellten anzuerkennen, die nun auch schon seit einem Jahr im Dienste der deutschen Verwaltung stehen.

Ich glaube, aus der Notwendigkeit, diesen Raum deutsch zu führen, in diesem Raum die ::-:: wirtschaftliche Potenz ::-:: im Interesse deutschen Schicksals zu entwickeln und die Potenz des Raumes so zu steigern, daß sie in jedem Fall dem deutschen Volke in seinem Existenzkampf förderlich ist, wird sich eine Aufgabenerfüllung ergeben. ...

Sonnabend, 26.10.40.[1])

10^{30} Appell der im Generalgouvernement eingesetzten SA-Führer auf der Burg.

.....

Stabschef Lutze schließt seine Ansprache mit folgenden Worten:

„Ich habe den Herrn Generalgouverneur, SA.-Obergruppenführer Dr. Frank gebeten, die Betreuung aller SA.-Männer im Generalgouvernement zu übernehmen, und der Herr Generalgouverneur hat mir sein Jawort gegeben (stürmischer Beifall).... Wir alten SA.-Männer wollen ja nichts anderes sein, wir wollen nichts anderes tun, als daß wir neben unserem Beruf für den Führer ein Mehr von Pflichten und Opfern übernehmen."

Sonntag, den 27.10.1940.

16^{00} Besprechung mit Reichsarbeitsminister Seldte.

An dieser Besprechung nehmen weiter teil:

Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer,
Ministerialrat Münz (Reichsarbeitsministerium),

[1]) diese Z Ti

Oberregierungsrat Stamm,
Oberregierungsrat Hildebrandt,
Oberregierungsrat Letsch,
Oberregierungsrat Gschliesser,
Gewerberat Schneider
Regierungsrat Geibel,
Regierungsrat Dr. Horre.

. . . . . .

Der Herr Generalgouverneur geht dann auf die Besprechung ein, die er mit dem Führer und Reichskanzler am 2. Oktober gehabt hat. Der Führer habe sich bei dieser Besprechung an dem Verhältnis Generalgouvernement — Reich vor allem hinsichtlich der Frage der ::-:: Entlohnung der polnischen Arbeiter ::-:: interessiert gezeigt, die sich im Reich befinden. Er, der Generalgouverneur, habe sich beim Führer darüber beschwert, daß den polnischen Landarbeitern der Lohn um 50 % reduziert worden sei. Ferner sei dieser Lohn zum großen Teil überhaupt für Zwecke verwendet worden, die dem Gedanken dieses Arbeitskraftaustausches völlig widersprechen. Maßgebend sei vor allem der Umstand, daß ein großer Teil des Arbeitseinkommens dieser polnischen Landarbeiter für den Aufbau einer ::-:: Sozialabgabe ::-:: verwendet werde, mit der Wirkung, daß das Gene- Generalgouvernement aus staatlichen Mitteln die Fürsorge für die Familien übernehmen müsse, deren Ernährer im Reich arbeiten. Darüber hinaus sei an ihn von verschiedenen zentralen Dienststellen immer wieder die Aufforderung ergangen, für die polnischen Landarbeiter Kleidung, Schuhwerk, Decken usw. zu besorgen. Der Führer sei über diese Entwicklung sehr erstaunt gewesen. Der Sinn dieser ganzen Maßnahme der Verschickung von polnischen Arbeitskräften ins Reich sei doch der, durch eine künstlich oder auf natürlichem Wege hervorgerufene Niedrighaltung des Lebensniveaus der Arbeiter im Generalgouvernement den steten Anreiz zu bieten, daß die Arbeiter ins Reich gingen, um dort für die Saisonbetriebe als Arbeitskräfte eingesetzt zu werden. Voraussetzung sei aber, daß das, was die polnischen Arbeiter im Reich verdienten, zum Teil auch für den Unterhalt der Familien im Generalgouvernement verwendet werden könne. Es gehe unmöglich an, daß etwa 400 000 polnische Arbeiter ins Reich gewissermaßen als freiwillige Arbeiter hinausgebracht würden, daß sie dann im Reich kaserniert würden, daß man ihnen den Lohn kürze und, wenn wirklich ein Überschuß vorhanden sei, die Finanzkasse des Reiches diesen Überschuß in Gestalt der Sozialabgabe auch noch

für sich beanspruchte. Angesichts dieser Zustände werde es kaum möglich sein, im nächsten Jahr noch eine ausreichende Zahl von polnischen Arbeitern für das Deutsche Reich zu gewinnen. Das Reichsarbeitsministerium würde sich ein großes Verdienst um die Gestaltung dieser Dinge erwerben, wenn es dafür sorgte, daß endlich einmal das Verhältnis des Deutschen Reiches zum Generalgouvernement auf dem Gebiete der Beschaffung von Arbeitskräften sichergestellt werden könne. Gewiß seien Fehler gemacht worden; man habe das Gebiet des Generalgouvernements als Beuteobjekt behandelt. Aber auf die Dauer könne man nach diesem Prinzip nicht weiterarbeiten, sondern man müsse endlich zu einem vernünftigen System kommen. ...

Freitag, den 29. November 1940.

17[10] Besprechung mit Abteilungspräsidenten Hofrat Watzke.

Hofrat Watzke berichtet über die Entwicklung des Schulwesens im Generalgouvernement und teilt dabei mit, daß zur Zeit noch etwa 130 deutsche Schulen im Generalgouvernement vorhanden seien. ... Das polnische wie auch das deutsche Berufsschulwesen befänden sich in einem höchsterfreulichen Aufbau. ...

Präsident Watzke legt dann dem Herrn Generalgouverneur die Frage zur Entscheidung vor, ob an ::-:: ukrainischen Schulen polnischer Unterricht ::-:: erteilt werden dürfe und ob für die Russen besondere russische Schulen errichtet werden sollen.

Der Herr Generalgouverneur stimmt Hofrat Watzke darin bei, daß eine Erteilung von ::-:: polnischem Unterricht ::-:: an ukrainischen Schulen abzulehnen sei, wünscht aber, daß sich Hofrat Watzke in der Frage der Errichtung von ::-:: Russenschulen ::-:: mit dem Staatssekretär Dr. Bühler in Verbindung setze. Er, der Generalgouverneur, wolle die Errichtung von Russenschulen nicht ohne weiteres ablehnen, weil er in der Vielfältigkeit der teils sich bekämpfenden Völkerstämme des Generalgouvernements einen Vorteil für die deutsche Politik erblicke.

Hofrat Watzke nimmt sodann zu der Frage des Religionsunterricht in den polnischen Schulen Stellung. Von verschiedenen Seiten seien Gesuche wegen Zulassung der

sogenannten ::-:: polnischen Nationalkirche ::-:: an seine Dienststelle gerichtet worden. Es handele sich hier um eine den Altkatholiken im Reiche ähnliche Sekte, die im Generalgouvernement nicht sehr zahlreich vertreten sei. — Der Herr Generalgouverneur hat gegen die Erteilung des Religionsunterrichts durch Angehörige dieser Kirchensekte nichts einzuwenden, zumal diese Kirche im Gegensatz zu der römisch-katholischen Kirche der Polen stehe.

Mit dem Vorschlage des Hofrats Watzke, daß an ::-:: jüdischen Schulen ::-:: nur in hebräischer oder jiddischer Sprache unterrichtet werden dürfe, stimmt der Herr Generalgouverneur zu.

Den Bedenken des Hofrats Watzke gegen die Erteilung von Geschichts- und Geographie-Unterricht will sich der Herr Generalgouverneur zwar nicht verschließen, ist jedoch der Auffassung, daß man auf die Dauer die polnischen Kinder nicht ohne einen solchen Unterricht lassen könne. Deshalb werde es sich vielleicht empfehlen, für den Gebrauch in den Schulen geeignete Lehrbücher zu schreiben, in denen z.B. im Hinblick auf die geschichtliche Entwicklung Polens auf den Umstand hingewiesen werde, daß die Polen unter deutscher Oberhoheit stets sich wohlgefühlt hätten.

.....

Hofrat Watzke teilt weiter mit, daß zur Zeit seitens des Amtes des Reichsleiters Rosenberg Bestrebungen beständen, die sogenannte polnische Bibliothek in Paris für das Ahnenerbe in Berlin zubeschlagnahmen. Die Abteilung Schulwesen sei der Auffassung, daß die Bestände dieser polnischen Bibliothek in die Staatsbibliothek zu Warschau gehörten, weil sich bereits 17000 Bände in Warschau befänden.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß unverzüglich für die Überführung dieser polnischen Bibliothek aus Paris nach Warschau Sorge getragen wird.

Hofrat Watzke bemerkt in diesem Zusammenhang, daß auch einige Apparate aus der ehemaligen ::-:: Bergakademie ::-:: fortgenommen worden seien; es sei ihm aber gelungen, sie wieder zurückzuerhalten. Er werde jetzt nichts mehr herausgeben, habe auch alle seine Dienststellen entsprechend verständigt und dem Reichserziehungsministerium geschrieben, daß fürderhin Ansuchen einzelner Professoren, Institute, Seminare, Hochschulen, Körperschaften usw. von ihm überhaupt nicht mehr

berücksichtigt werden würden. Er habe sich z.B. auch gegen die Bestrebungen Berliner Stellen mit Nachdruck gewendet, das berühmte ::-:: Wollnashorn ::-:: aus der Eiszeit, das sich in der naturwissenschaftlichen Sammlung in Krakau befinde, nach dem Reich zu überführen.

.....

Freitag, den 13. Dezember 1940.

16[30] Besprechung des Herrn Generalgouverneurs mit Staatssekretär Dr. Bühler, Unterstaatssekretär Kundt und SS-Obergruppenführer Krüger.

Der Herr Generalgouverneur ordnet für 19. Dezember die Einberufung einer Abteilungsleitersitzung an, an der wegen des vertraulichen Charakters der zu behandelnden Fragen nur der Staatssekretär, der Unterstaatssekretär, der Höhere SS- und Polizeiführer mit den Chefs der Sicherheits- und Ordnungspolizei, die Gouverneure und die Abteilungspräsidenten und der Präsident der Generaldirektion der Monopole teilnehmen sollen. Eine Vertretung eines verhinderten Abteilungspräsidenten sei bei dieser Sitzung nicht statthaft.

.....

Es werden dann noch Fragen der bevorstehenden ::-:: Aussiedlung von Polen aus den Ostgebieten des Reiches ::-:: in das Generalgouvernement besprochen.

.....

Der Herr Generalgouverneur bespricht dann noch Fragen des Verhältnisses zwischen Polizei und Verwaltung und weist darauf hin, daß das Schreiben des Reichsführers SS an ihn Vorschläge hinsichtlich der Polizei enthalte, die weit über das, was bisher beabsichtigt gewesen sei, hinausgehen. Er, der Generalgouverneur, werde demnächst mit Reichsführer SS Himmler persönlich über die Fragen sprechen; bis dorthin habe es bei der bisherigen Prxis zu verbleiben. Auf keinen Fall werde er dulden, daß die Einheit der Verwaltung irgendwie gesprengt werde.

In naher Zukunft werde sich die Durchführung einer außerordentlichen Befriedungsaktion als notwendig erweisen. Der Führer habe für dieses Vorgehen in jeder Weise Verständnis.

Zu den Besprechungen wird noch SS-Brigadeführer Globocznik beigezogen, der dem Herrn Generalgouverneur Einzelheiten über den Fall Damrau berichtet. Er teilt ferner mit, dass sich der Leiter der Paßstelle im Distrikt Lublin durch Polen habe bestehen lassen. Er sei lediglich zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen verurteilt worden, was der Schwere des Deliktes in keiner Weise entspreche.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß ihm dieser Fall amtlich zur Kenntnis gebracht werde. Es müßten die Staatsanwälte und Richter darauf aufmerksam gemacht werden, diesen Dingen in erhöhtem Maße ihr Augenmerk zuzuwenden. Delikte dieser Art müßten einer besonderen durch eine Verordnung zu schaffenden strengen Vorschrift unterliegen.

Brigadeführer Globocznik hält es für notwendig, daß nunmehr im Distrikt Lublin mit größerer Schärfe gegen die Juden vorgegangen werde. Er empfiehlt die Unterbringung der Juden in eigens hierfür zu bestimmenden Orten, wo sie Zwangsarbeit zu leisten hätten.

.....

Brigadeführer Globocznik kommt sodann auf den Sonderdienst zu sprechen und bittet um seine Enthebung von seinen hiermit zusammenhängenden Aufgaben.

Der Herr Generalgouverneur erklärt Brigadeführer Globocznik, daß er dieser Bitte nicht stattgebe. Brigadeführer Globocznik solle nicht den Eindruck haben, daß seitens des Generalgouverneurs irgendein Mißtrauen gegen ihn bestehe. Der Sonderdienst habe sich bewährt, ein Personalwechsel mitten im Kriege sei nicht angängig.

Donnerstag, den 19. Dezember 1940.

18^{00} Der Herr Generalgouverneur richtet dann folgende Ansprache an die Soldaten des Wachbataillons:

... Und noch eins hat mir der Führer vor wenigen Tagen in vollem Ernst gesagt, daß das alte japanische Sprichwort seine Geltung behalten soll, das da lautet: Nach dem Siege bindet den Helm fester. Kameraden, wir werden niemals wieder ein schwaches Reich sein. Die Wehrmacht wird die Krönung der Gemeinschaftserziehung darstellen. So, wie die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Krönung der sozialen, der politischen, der weltanschaulichen Führung ist, so wird auch die

Wehrmacht der Inbegriff der Wehrerziehung, der stolzen und sauberen Haltung unseres Volkes sein. Und Ihr könnt sagen: Ihr seid als Soldaten dabei gewesen. Ich bin sehr glücklich über diese Stunde der Wehrmacht; denn sie verbindet uns alle. Von Euch hat der eine seine Mutter, seine Eltern, der andere seine Frau, seine Braut, seinen Bruder, seine Kinder zu Hause. Die werden nun in allen diesen Wochen an Euch denken und werden sich sagen: mein Gott, da sitzt der nun drüben in Polen, wo es so viele Läuse und Juden gibt, vielleicht hungert und friert er, er getraut sich vielleicht nicht zu schreiben.. Da wäre es vielleicht ganz nett, wenn wir den Lieben zu Hause ein Bild schicken und ihnen sagen würden: nun, es ist nicht mehr so schlimm mit den Läusen und den Juden, es ist hier im Generalgouvernement schon etwas anders und besser geworden. Freilich, in einem Jahre konnte ich weder sämtliche Läuse noch sämtliche Juden beseitigen (Heiterkeit). Aber im Laufe der Zeit und vor allem dann, wenn Ihr mir helft, wird sich das schon erreichen lassen. Es ist ja auch nicht notwendig, dass wir alles in einem Jahre und alles gleich tun, denn was hätten sonst diejenigen, die nach uns kommen, noch zu schaffen?

Freitag, den 20. Dezember 1940.

Der Herr Generalgouverneur begibt sich in Begleitung des Polizeiobersten Müller zum Julfest der ::-:: Ordnungspolizei, ::-:: in deren Unterkunft in einem ehemaligen Priesterseminar.

Der Kompaniechef der Polizeieinheit begrüßt den Herrn Generalgouverneur und heißt ihn namens der versammelten Männer der Ordnungspolizei herzlich willkommen.

Der Herr Generalgouverneur hält dann folgende Ansprache:

.....

Als Ihr von der Heimat Abschied nahmt, da mag manche besorgte Mutter, manche besorgte Gattin zu Euch gesagt haben: was, zu den Polen gehst Du, wo es lauter Läuse und so viele Juden gibt? Ihr werdet vielleicht damals Schreckensgefühle gehabt und Euch gesagt haben: Warum müssen wir denn in dieses Land gehen, wären wir doch lieber nach Paris oder sonst einem Ort gekommen, an dem es moderner und schöner und billiger ist als in diesem Ostland, wo alles so teuer und schlecht ist. Nun, ich hoffe, daß dieser Euer Eindruck allmählich etwas

besser geworden ist. Man kann natürlich in einem Jahre nicht sämtliche Läuse und Juden hinaustreiben; das wird im Laufe der Zeit geschehen müssen. . . .

Meine Kameraden, solltet Ihr noch Wünsche haben, die ich erfüllen kann, dann bin ich gern bereit, zu helfen; was an mir liegt, soll geschehen. Wenn Euch das Priesterseminar nicht genügt dann gebe ich Euch das Haus des Erzbischofs oder des Fürstbischofs. Und wenn es Euch sonst nach irgendetwas gelüstet, was Euch den Dienst erleichtern könnte, — ich bin gern bereit, solche Wünsche zu erfüllen. . . .

BESCHREIBUNG:
Band 7: „Tagebuch 1940 Inhaltsverzeichnis"

BESCHREIBUNG:
Band 8: „Arbeitssitzungen 1940 Jan. — Okt."
hs Verbesserungen und Unterstreichungen Ti

Wirtschaftstagung

6. und 7. Juni 1940.

Beginn der Sitzung: 10^{35} Uhr.

Der Herr Generalgouverneur, Reichsminister Dr. Frank, eröffnet die Tagung mit folgender Ansprache:

Meine Herren!

Ich eröffne eine der wichtigsten Sitzungen, die wir bis jetzt im Generalgouvernement gehabt haben, und heiße Sie herzlich willkommen. Die Gesamtlage[1]) der Wirtschaft im weitesten Sinne ist das Thema unserer heutigen und morgigen gemeinschaftlichen Arbeit. Wir können nunmehr auf 7 Monate gemeinschaftlichen Wirkens im Generalgouvernement zurückschauen. ... Alle Dienststellen haben sich hier immer mehr zusammengefügt, die reine Verwaltung, wenn ich so sagen darf, ebenso wie die reine Wirtschaftsbetreuung, die Polizei, die Wehrmacht, der Vierjahresplan, der Verkehr, die

[1]) Ti verbessert aus „Gesamtfrage"

Rüstungsbetriebe, die Monopolbetriebe, die Arbeitspolitik — alles hat zusammengestanden, um den bestmöglichen Erfolg aus einer völlig chaotischen und zerstörten Position zu erreichen.

Es ist ganz klar: Wenn nicht mit dieser ehernen Entschlossenheit und Härte an diese Probleme herangegangen worden wäre, dann hätten wir nichts anderes gehabt als eine Fortsetzung dieses Chaos. Das Chaos hat nun sein Ende. Sein erster Grund war ja die Fortwirkung der eigentlichen polnischen Wirtschaft, also das Vorhandensein aller jener Fehlerquellen, die sich in diesem Wirtschaftsraum auch ausgewirkt hätten, wenn der Krieg nicht gekommen wäre, die ihre zerstörende Tendenz in sich weitergetragen hätten, auch wenn nicht mit dem Krieg jene Zerstörung eingetreten wäre.

Diese erste Gruppe von Fehlern — kurz genannt: polnische Wirtschaft — war sowohl ein Fehler der Organisation des Gesamtaufbaues der polnischen Wirtschaft, wie auch ein Mangel in Gestalt der Menschen und leitenden Persönlichkeiten, die sich innerhalb dieser polnischen Wirtschaft betätigten. Es war das Mißverhältnis der Führung und Wirtschaftsgestaltung in dieser polnischen Republik. Nicht zuletzt war es auch zurückzuführen auf die dem polnischen Charakter entsprechende Quelle des Versagens des polnischen Menschen auf dem Gebiet der Ordnung, Führung, Sauberkeit, Geordnetheit. Immerhin muß hinsichtlich dieses ersten Sektors der nicht kriegsbedingten Schwierigkeiten dieses Raumes doch positiv gesagt werden, daß der Krieg in seiner Wirkung in einem entscheidenden Zeitpunkt langsamer Wiederbesinnung oder endgültiger Strukturänderung dieses Raumes im Sinne einer Entwicklung auf Ordnung und Produktionssteigerung eingetreten ist. Was wir im Lande festgestellt haben, war doch da und dort schon ein starkes Stück von Aufbau- und Unternehmungsarbeit, die die Polen geleistet hatten. Ich erinnere Sie nur an die Industriebetriebe und viele Bereiche der Produktion, wo die Polen zumeist mit interessiertem fremdländischen Kapital schon begannen, sich eine eigene Industrie- und Wirtschaftsstruktur aufzubauen.

Dieser Krieg, so kurz er war und so blitzartig er über das Land hinwegbrauste, hat doch eine Fülle von zerstörenden Momenten mit sich gebracht. Bahnen, Verbindungswege, Fabrikationsstätten, Wohnräume, Städte, Dörfer, alles wurde in weitestem Umfange in diese leidenschaftliche Zerstörung hineingezogen. ... Es war jenes charakteristische Merkmal, daß da, wo unsere Waffen gewirkt haben, sie vernichtend gewirkt haben. Gottlob ist aber auch angesichts der Kürze des Krieges nicht all überall diese vernichtende Wirkung eingetreten. Einige Produktionsstätten, einige Städte

wurden nicht zerstört. Aber alles in allem kann man wohl sagen: Aus diesen beiden Zerstörungsquellen und angesichts des akuten Kriegsereignisses war nun ein Gebilde entstanden, in welchem zunächst weder Gesetz noch Ordnung noch Ziel noch Aufbau möglich schienen. Wenn dieses Gebiet wirtschaftlich überhaupt gehalten wurde, dann nur durch die deutsche Verwaltung dieses Raumes. ... Mit anderen Worten: Die Feststellung, daß die Wirtschaft dieses Generalgouvernements wieder einigermaßen Ansatzpunkte zu einer eigengesetzlichen Entwicklung zeigt, bedeutet zugleich die Feststellung der Legitimation der deutschen Führung in diesem Raum. ...

Wenn heute im Deutschen Reich der Geschlossenheit des nationalsozialistischen Volkes die Geschlossenheit des von dem einzigartigen Feldhernngenie unseres Führers geführten Wehrmachtsbereichs ebenso entspricht wie die völlig autarke Geschlossenheit unseres deutschen Wirtschaftslebens, so sind diese drei Faktoren die Voraussetzung der siegreichen Wiederaufrichtung unseres Volkes. Das Volk mußte wieder seine einheitliche Weltanschauung gewinnen, die Wehrmacht mußte in dem gesamten Schicksalsgefüge unseres Volkes ihre historische Aufgabe erfüllen. Aber auch die Wirtschaft mußte in den Führungsbereich der Gemeinschaft einbezogen werden und durfte nicht selbst unter irgendwelchen Vorzeichen oder Nebenmomenten versuchen, sich eine Eigengesetzlichkeit im Sinne der privaten-und liberalistischen Wirtschaftsinitiative sicherzustellen. Es ist klar, daß sich diese drei Fundamente in ihren geballten Ausstrahlungen auf die neuen Gebiete des Reiches bemerkbar machen. Hier kommt die Wehrmacht im Namen des Führers und des Reiches, schlägt den Feind militärisch nieder, besetzt das von dem Feind zurückgehaltene Gelände, sichert es gegen weitere Angriffe und meldet dem Führer den Vollzug des militärisch-kriegerischen Befehls. Dann kommt die politische Organisation des Einbaues dieses militärisch eroberten Geländes in das Gesamtgefüge des Reiches durch besondere Befehle des Führers, und in Vollzug dieser politischen Organisation als der zweiten Stufe folgt dann der Einbau der wirtschaftlichen Kapazität dieses militärisch eroberten, politisch organisierten Gebildes in die gesamte Wirtschaftsstruktur des Reiches.

So müssen Sie sich, meine Herren, nun immer darüber klar sein, daß sich auch die Wirtschaftsgeschichte des Generalgouvernements in diesen Stufen vollzogen hat. Es ist nicht so, daß man das Wirtschaftliche nun völlig eigengesetzlich herausheben könnte; das wäre eine liberalistische Anschauung. ... Jeder einzelne von Ihnen hat diese drei Stufen erlebt, denn er übernahm ja irgend etwas von irgendeiner militärischen Stelle.

Dann tauchte auch die politische Ordnung auf und suchte zunächst einmal ausschließlich aus den Mitteln dieses Raumes heraus, politisch-wirtschaftlich irgendwie zu wirken. Man organisierte Gesellschaften, Ämter, Verkaufs- und Einkaufsorganisationen usw., und dann kam das Reich mit seiner Wirtschaftspotenz, schaute sich die Dinge kritisch an und sagte nun: Was kann ich aus diesem Gebiet für mich herauswirtschaften? Wir müssen uns darüber klar sein, daß diese drei Fundamente des Hineinwachsens in das gesamte Reichsgefüge eine der größten Schwierigkeiten gewesen ist. Und wir würden alle ob dieser Erfahrungen noch mehr Schmerzen empfinden, wenn nicht, wozu uns ein neues Schlagwort verholfen hat, das Interesse der Wirtschaftskreise des Reiches gottlob aus der ausschließlichen Blickrichtung des Ostens mittlerweile nach Norden und Westen abgelenkt worden wäre.

... Das Generalgouvernement ist heute ein Begriff, den man überall kennt. Man unterläßt es ja schon, überhaupt noch von Polen zu reden. Man spricht von ihm nur noch als von dem Generalgouvernement.

Es ist klar, daß damit nun auch das psychologische Moment des Hineinwachsens in das deutsche Gesamtgefüge vorbereitet wird. ... Das Militärische spricht von der Beute und muß davon sprechen. Ich kann beim Vorstürmen und bei der Eroberung eines Geländes von der vorstürmenden Truppe nicht verlangen, daß sie bei jeder Beschlagnahme die wirtschaftspolitischen Grundsätze der Zentrale wahrt, sondern hier geht es nach dem Recht des Stärkeren. Da wird nicht viel gefragt, sondern man sagt einfach: das ist Beute. ... Dieses Fertigwerden mit dem Beutetrieb ist das Problem dieser Monate gewesen, und es ist noch nicht abgeklungen. ... Solange der Krieg dauert, wird man das ja nicht völlig unterbinden können. ... Die Freude an der Beute gehört zu den großen Wollustempfindungen des Menschen. Offenbar ist es so, und daher ist es auch klar, daß wir hier nach wie vor mit aller Energie vorgehen müssen. Vor allem wirkt sich dieser Beutetrieb in jener psychichen Steigerung aus, daß man sagt: Der Pole hier im Raum hat überhaupt kein Recht, alles geht nach Deutschland — von Juden reden wir erst garnicht —. Wenn z.B. ein polnischer Bauer auf der Landstraße fährt und irgendetwas abliefern will, sei es auch einmal ausnahmsweise bei einer Dienststelle unserer Landwirtschaft, dann wird irgendein lustiger Mann, der unterwegs daherkommt und gerade das Bedürfnis empfindet, sein Kasino mit einem Schweinchen aufzufüllen, sagen: runter da, das gehört mir, das ist beschlagnahmt, weg damit! Ich habe leidergottes aus einer Zone, bei der ich das

amtlich nicht vermuten sollte, einen Bericht über ein solches Vorgehen erhalten, das sich vor 3 Tagen an einer unserer Landgrenzen des Generalgouvernements abgespielt hat. . . .

Es gibt aber auch, möchte man sagen, einen Beutetrieb, der sich nicht in dieser mehr harmlosen Form auf der Landstraße mit Waffenhilfe zeigt, sondern in der feineren Form der Gesellschaftsgründung, mit anderen Worten: der Treuhänderei, die in der Einbeziehung von Produktionsstätten in Reichsbelange usw. vor sich geht. Aber es ist im Grunde genommen genau dasselbe, ob man eine Gesellschaft gründet, deren Aufsichtsräte in Deutschland sitzen, deren finanzieller Untergrund sich aber ausschließlich im Generalgouvernement befindet, oder ob man schwer bewaffnet das Schwein auf der Landstraße beschlagnahmt. Dieser Beutetrieb wirkt sich nun schon viel weiter aus. Hier muß ich aber sagen: Nach schwierigsten Verhandlungen und unter Einsatz meiner ganzen Person ist es mir gelungen, diesen generalterritorialen Beutetrieb mancher Berliner Zentrale einigermaßen einzudämmen. Vor allem hat mir dabei immer der Herr Generalfeldmarschall Göring geholfen. Wenn wir überhaupt hier aus dem Eigenen haben leben können, so ist das auf diesen 6monatigen schweren Kampf zurückzuführen, den ich in Berlin um die Durchsetzung der eigenen Wirtschaftspolitik des Generalgouvernements geführt habe.

. . . . . .

Wenn wir ein Gebiet wie dieses nunmehr auch endgültig als in den deutschen Machtbereich einbezogen ansehen, dann muß ich beginnen, dieses Gebiet wirtschaftlich so pfleglich zu behandeln, daß für mich daraus der größte Nutzen ersteht, nämlich für mich, das Deutsche Reich. . . .

Und das muß uns nun die Richtschnur sein. Wir haben es hier mit einer wachsenden Bevölkerung zu tun. Die Polen, die wir als Arbeiter und Bauern brauchen, werden wir unter allen Umständen so zu behandeln haben, daß sie ihre Kraft für den Wirtschaftsbereich des Deutschen Reiches zur Verfügung stellen oder auch zur Verfügung stellen können. Grundsatz dieser Wirtschaftspolitik ist die deutsche Führung, ist die Wirtschaft als Bestandteil einer Befehlsapparatur, nicht einer eigenkapitalistischen Anschauung, mag sie sich auch noch so sehr in den verschiedensten halbamtlichen und halbstaatlichen Gesellschaften zeigen. Für mich gibt es nur den Führerwillen und die Staatsverwaltung als Inhalt und tragendes System auch der Wirtschaftsführung. Und alle Gesellschaften halb reichsamtlicher Art interessieren mich nur, wenn sie gewillt sind, sich blindlings dieser Befehlsapparatur des Reiches, die wir im Generalgouvernement aufgebaut haben, zu unterstellen. Desgleichen

umfaßt nun aber auch angesichts dieser Voraussetzung die Befehlsapparatur[2]) in Gestalt des Generalgouverneurs, der Gouverneure, der Kreishauptmänner, der Stadthauptmänner als der äußeren Repräsentanten die absolut förderliche Behandlung aller deutschen Unternehmen, aller deutschen Arbeit im Generalgouvernement, sofern sich diese Arbeit als nicht mehr dem Beutetrieb verfallen, sondern in die Gemeinschaftsnotwendigkeiten unseres Reiches eingebaut erkennen lässt. Beutetriebsunternehmungen, und wenn sie noch so getarnt sind durch weiß Gott welche Vollmachten, werde ich zur Strecke bringen. Und die kleinen Treuhänder werde ich genau so behandeln wie diese Gesellschaften, wenn sie sich diesen Notwendigkeiten nicht beugen. In diesem Raum ist keine Beute zu machen, hier ist ernste Arbeit im Dienste der Gemeinschaft unseres schwer ringenden deutschen Volkes zu leisten. Hier gibt es keinen privaten Vorteil. Dieses Kriegsgewinnlertum, das sich hier unter den verschiedensten Marken tarnt, wird ausgeräumt. Ich dulde auch nicht, daß irgendwelche öffentlichen Instanzen hier dazu übergehen, Ladengeschäfte zu eröffnen oder treuhänderisch zu verwalten, und dies tun in der Form irgendwelcher Körperschaften oder Gliederungen oder weiß der Kuckuk in welcher Form. ...

Meine Herren, der größte Fehler, der bei der Beurteilung des nationalsozialistischen Programms häufig gemacht wird, ist der, daß man Stärke und Brutalität sehr oft miteinander verwechselt. ... Stärke kann sich auch dem polnischen Arbeiter und Bauern gegenüber sogar in einer förderlichen Behandlung dieser kleinen Arbeiter und Bauern zeigen, die ja nun ihre Kraft im Dienste des deutschen Volkes hergeben. Brutalität ist in jedem Fall vom Übel, da sie einen Mißbrauch der Stärke darstellt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir mit den schärfsten Maßnahmen gegen jeden Versuch der Auflehnung dieses Volkes vorgehen müssen, und wir haben gerade jetzt ein Programm vor uns, das uns in Kürze die gesamte Führungsschicht der Widerstandsbewegung zur Vernichtung anheim gibt. Aber, meine Herren, aus allen Berichten, die ich aus allen Bereichen erhalte, entnehme ich, daß da, wo sich die deutsche Führung stark, aber nicht brutal zeigt, auch wirkliche Erfolge erreicht werden, sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft, und nur diese beiden Dinge haben für uns Interesse. Ich möchte Sie also bitten, daß wir uns alle in dieser Aufgabe vereinigen. ... Hier muß sich jeder nach der Befehlsführung ausrichten; und soweit kennen Sie mich, daß ich auch künftig in zunehmendem Maße nicht dulden werde, daß jemand in meine Befehlsautorität im Generalgouvernement hineinredet.

[2]) Ti verbessert aus „Befehlsapparat"

Es gibt keine Stelle des Reiches, die hier Befehle geben könnte, es sei denn der Führer und — im Bereich des Vierjahresplans — der Generalfeldmarschall. Alles was hier arbeitet, untersteht meinem Befehl. ...

Deutschland steht vor dem größten Sieg der Weltgeschichte. Der Sieg kann in wenigen Wochen schon vollendet unser sein. ...

Die Wirtschaftspolitik des Generalgouvernements hat keinen Selbstzweck, sondern sie hat nur die eine Aufgabe, dem Deutschen Reich und dem Deutschen Volk zu helfen, allerdings in einer Form, die völlig neuartig ist.

Die Millionen des polnischen Volkes haben wir zu Boden gekämpft. Jeden weiteren Aufstand wird unsere Polizei mit eigenen Kräften verhindern. Wir können uns darauf verlassen, daß wir in Ruhe und Ordnung unseren Aufbau durchführen können. ... Ressortgesichtspunkte existieren für mich nicht, irgendwelche Eitelkeiten amtlicher Art dulde ich nicht und wo sie aufkommen, werde ich sie brutal ausrotten. Jeder steht hier nur auf Befehl des Führers und ist Soldat im Dienste der Gemeinschaft. ... Es gibt keine Härte, die nicht angewandt werden muß, um mit den Schwierigkeiten fertig zu werden.

Wir haben die Fiktion einer stabilen Währung aufrechterhalten. Trotzdem wird an den schwarzen Börsen gehandelt und der Schleichhandel blüht wie noch nie. Das alles, obwohl wir riesige Verordnungen mit weiß Gott welchen Strafen haben! Wir müssen feststellen, daß wir hier erst am Anfang einer schwierigen Arbeit stehen.

Entscheidend ist der Gesamtnutzen des Generalgouvernements. Es ist lächerlich, wenn einer glaubt, er sei mehr als der andere, wenn ein Kreis sich abschließt gegen den anderen oder ein Distrikt gegen einen anderen. Gegen solche Eigensüchteleien territorialer Art werde ich mit jeder Strenge vorgehen, denn sie sind ein schwerer Verstoß gegen den Grundsatz, daß das Generalgouvernement als Einheit in das Reichsgebiet aufgenommen werden soll. ...

Sitzung des Wirtschaftsrates am Samstag, dem 15. Juni 1940, vormittags 10 Uhr.

Der Herr Generalgouverneur führt einleitend aus:

Ich habe Sie heute zusammengebeten, um mit Ihnen über die Gesamtplanung der Wirtschafts-, Ernährungs- und Preispolitik zu sprechen. ...

Der Gesamtplan, den wir aufstellen wollen, soll natürlich nicht ein eisernes Schema sein, von dem in gar keinem einzelnen Fall abgewichen werden kann. Er soll sich mit Fragen beschäftigen wie

etwa folgende: Sollen Lohnerhöhungen stattfinden oder nicht? Wenn ja, in welchem Rahmen? Sollen die deutschen Bauern hier angesiedelt werden, oder sollen wir den polnischen Großgrundbesitzern ihren Besitz lassen? Solche Fragen sollen systematisch aneinandergereiht werden und auf den verschiedenen Gebieten Klarheit schaffen. ... Das weitere Problem, das wir lösen müssen, besteht darin, daß wir zu einer Klarstellung des Verhältnisses zur polnischen Bevölkerung kommen müssen. Wir müssen uns klar werden: sollen wir die gesamte polnische Bevölkerung als völlig enteignet ansehen und bestimmen, daß kein Pole Privateigentum erwerben und vermehren darf, soll der Pole Hausbesitzer und Geschäftsinhaber bleiben und soll er überhaupt noch irgendeine Aktivität auf dem wirtschaftlichen Sektor entfalten können. Wenn wir diese Frage bejahen, kommt sofort die weitere Frage: soll mit dem Treuhänderschlendrian fortgefahren werden, oder soll zu einer Klärung dieses Treuhänderdaseins geschritten werden? Wie soll diese Klärung aussehen? Soll die Treuhänderei völlig beseitigt oder nur mehr unter gewissen Voraussetzungen geduldet werden? Wie soll die Versorgung der polnischen Bevölkerung vor sich gehen? Soll für die polnische Bevölkerung in steigendem Umfang Massenverpflegung zu billigen Preisen zur Verfügung gestellt oder soll die Versorgung im Einzelhaushalt in den Vordergrund gestellt werden? Wie sollen wir uns verhalten gegenüber all den Fragen, die mit dem Verhältnis von Preis und Lohn zusammenhängen, gerade auch gegenüber der polnischen Bevölkerung? Wie sieht es mit dem jüdischen Handel aus? Sollen die jüdischen Geschäfte bleiben? Alle diese Fragen sollen entschieden werden. Wir können nicht in dem Zwielicht der Anwendung nationalsozialistischer Rechtsgrundsätze und der Aufrechterhaltung polnischer Rechtsgrundsätze dauernd hin- und her schillern. Hier muß Klarheit geschaffen werden. Wir müssen uns fragen: wie weit können wir gehen in der Anwendung der nationalsozialistischen Prinzipien gegenüber den Polen und wie weit müssen wir sie in ihrer eigenen Wirtschaft weiter bestehen lassen. Aus der Beuteperiode müssen wir jetzt in eine geregelte Form des Wirtschaftens kommen. Das ist umsomehr notwendig, weil diese Regelung ein wichtiger Bestandteil des Wirtschaftsplanes ist und im Verhältnis zum Reich große Bedeutung besitzt. Auch hier muß gesagt werden: wenn das Reich dauernd nur vom Generalgouvernement verlangt und nichts dafür vergüten will, so wird das einen absoluten Zusammenbruch der geregelten Wirtschaftsbeziehungen zwischen Reich und Generalgouvernement zur Folge haben. Es wird notwendig sein, daß man vom Reich mit dem Beutecharakter Schluß macht und daß man sagt: hier ist eine gerelte Wirtschaft im Aufbau begriffen und infolgedessen muß nach geregelter Wirtschaftsauffassung auch eine Gegenleistung des Reiches stattfinden. Gerade der Gesichtspunkt der Abhängigkeit dieses Wirtschaftsgebietes vom

Reich ist außerordentlich beachtlich, denn er ist das Alpha und Omega unserer ganzen Wirtschaftsweisheit. Das Generalgouvernement hat nur den Zweck, in neuen und meist unverstandenen Formen dem Reich zu dienen. ...

1. Vollsitzung
des Wirtschaftsrats für das Generalgouvernement
am Donnerstag, dem 31. Oktober 1940
im Regierungsgebäude, Krakau.

Beginn der Sitzung 10^{00}

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Tagung mit folgender Ansprache:

.....

Der Führer hat mir in der Reichskanzlei auf meinen Vortrag hin seine Meinung über dieses Gebiet bekanntgegeben. ... Zunächst hat der Führer dem Generalgouvernement den Charakter als Nebenland des Deutschen Reiches gegeben. Der Führer wollte damit sagen, daß das Generalgouvernement in weithin absehbare Zeiträume hinein ein Eigenleben neben dem des Deutschen Reiches führen wird. Insbesondere hat er meine Frage wegen einer Zollunion zwischen dem Generalgouvernement und dem Deutschen Reich absolut in eindeutiger Weise dahin beantwortet, daß er sagte: eine Zoll- oder Währungsunion, eine Gemeinschaftsebene der gesamten Lohnverhältnisse in beiden Bereichen wäre gerade das Gegenteil von dem, was dem Generalgouvernement an Aufgaben zugefallen ist. Denn das ist nun der 2. sehr wesentliche Gedanke des Führers gewesen: das Generalgouvernement soll die große Heimstätte der polnischen Arbeitskraft im Dienste der deutschen Gesamtwirtschaft werden. Diese Arbeitskraft der Menschen in diesem Raum in jedem Jahre systematisch der deutschen Gesamtwirtschaft zur Verfügung stellen zu können, ist die Hauptaufgabe der Menschenführung im Generalgouvernement. Je mehr wir dem Reiche Arbeiter für alle Zwecke der Landwirtschaft, der Industrie usw. jeweils zur Verfügung stellen können, desto mehr werden wir als Generalgouvernement unsere Aufgabe, arbeitspolitisch gesehen, erfüllen können.

Weiter hat der Führer auf meine Argumentation, daß das alles bekannt wäre, daß aber die Praxis des Reiches doch wesentlich anders aussehe, mit ungeheurer Schärfe — meine Herren, Sie kennen den Führer, wenn er über etwas ergrimmt ist, — mir Recht gegeben, als ich ihm sagte, daß dann aber die Art und Weise, in der das Deutsche Reich heute diese polnische Arbeiterfrage zu lösen suche, unmöglich ist. ...

Wenn Sie nun die Praxis des Reiches bezüglich der polnischen Arbeiter in den ersten 12 Monaten des Generalgouvernements mit diesen Ausführungen des Führers vergleichen: welch'eine Diskrepanz der Wirklichkeit mit den Absichten des Führers! Der Führer hat auf meinen Wunsch auch anderen zufällig in der Reichskanzlei anwesenden Persönlichkeiten diese seine Ansicht bekanntgegeben, er hat seine Auffassung apodiktisch absolut klar gelegt. Das ergibt sich auch aus der Entscheidung des Führers vom 2.Oktober. Die ganze Systematik der Behandlung der Polen drüben im Reich ist unmöglich. Es geht nicht an, daß wir die Polen ins Reich hinausschicken daß drüben die Gelder eingesteckt werden oder daß man den Polen nur geringe Löhne zahlt und die Staatsfinanzen des Generalgouvernements dann dafür herhalten müssen, die im Generalgouvernement zurückgebliebenen Arbeiterfamilien zu ernähren.

Ferner sagte der Führer: Die innere Lage des Generalgouvernements wird sich demnach in 2 große Sektionen teilen: 1.Sektion — eigene Wirtschaft des Generalgouvernements mit eigenen Arbeitern, eigenen Werken, eigener Rohstoffproduktion usw.; 2.Sektion — Sicherstellung der Arbeitslage und Arbeitsmengen für das Reich. Es müßte dafür gesorgt werden — so meinte der Führer — daß diesen Arbeitern, die bestimmt sind, sozusagen Berufssaisonarbeiter im Reich zu sein, die Sicherheit des Lebens ihrer Familie und auch der Bestand ihres kleinen Gütchens oder Gärtchens, das sie hier haben, gewährleistet wird. Der Führer hat interessanterweise ausdrücklich von der Wahrnehmung der Interessen dieser Familienangehörigen der Arbeiter durch das Generalgouvernement gesprochen. Es ist eine der Hauptaufgaben, dafür zu sorgen, daß diese Familien befriedet und ruhig sind, daß der Mann draußen das Gefühl hat, er könne seinen Arbeitsertrag in die Heimat schicken und gewiß sein, daß die Familie auch diesen Betrag erhält.

.....

Meine Herren, Sie müssen sich auch darüber klar sein, daß diese Arbeiterbeschaffungspolitik in der Geldbilanz des Generalgouvernements eine entscheidende Rolle spielen wird; denn das Hereinströmen dieser erarbeitenden Löhne in das Generalgouvernement wird in zunehmendem Maße sich auch in der Zahlungsbilanz des Generalgouvernements spürbar zu machen haben. Wenn wir in der Sektion der Eigenwirtschaft des Generalgouvernements unsere Erträge errechnen können, so müßte sich auf diesen beiden Fundamenten das Wirtschaftsleben des Generalgouvernements, wenn man von allen Kriegsfaktoren absieht, absolut erträglich und selbstsicher gestalten.

.....

Ich erteile nun zunächst das Wort dem Geschäftsführer des Wirtschaftsrates, Herrn Ministerialdirigenten Dr. Emmerich.

... Ministerialdirigent Dr. Emmerich : Bei der ::-:: Ausschaltung der Juden ::-:: aus der Wirtschaft sei es hauptsächlich darauf angekommen, den Juden nicht nur die Läden zu schließen, sondern auch die Geschäfte in vertrauenswürdige Hand zu bringen. Aus diesem Grunde seien auch aus dem Reich Großhandels- und Ausfuhrfirmen hinzugezogen worden, die sich im Zuge der Ernteerfassungsaktion durchaus bewährt hätten. Entscheidend sei gewesen, daß man in jeden Kreis eine vertrauenswürdige Großfirma setzte, die dafür bürgte, daß die Textilwaren nicht von vornherein auf den Schleichhandelsweg abgeschoben würden. Es werde darüber hinaus eine Aufgabe sein, neben diesen kreisweise angesetzten Firmen allmählich an den Aufbau eines Großhandels zu denken, dessen Arbeitsgebiet hauptsächlich in Warschau und Krakau liegen werde. Dieser fachlich ausgerichtete Großhandel werde dazu beitragen, sämtliche Hilfsquellen des Reiches zu erschließen, umsomehr, als die verrechnungsmäßigen Voraussetzungen besonders günstig seien. Vor allem werde es auch darauf ankommen, deutsche Firmen im Generalgouvernement anzusetzen und Vorsorge zu treffen, daß der Handelsverkehr zwischen Reich und Generalgouvernement vorzugsweise in deutschen Händen liege. Die Einfuhr aus dem Reich dürfe[3]) nicht von vornherein zersplittert werden. Man könne nicht jedem einzelnen polnischen Handwerker die Möglichkeit geben, seine notwendigen Bedarfsartikel von den Lieferanten aus dem Reich selbst zu beziehen, weil dadurch die Zahlungs-und Handelsbilanz ungünstig beeinflußt werden würde. ...

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß alle Fortschritte in der wirtschaftspolitischen Entwicklung des Generalgouvernements nicht hervorgehoben *zu werden*[4]) verdienen, solange diese Grundfrage einer einigermaßen ausreichenden Versorgung der Arbeiter nicht geregelt sei. Für eine Wirtschaftsplanung im Generalgouvernement müsse diese Frage unbedingt in den Vordergrund gestellt werden. Man müsse ein System schaffen und dafür sorgen, daß etwa *mit*[5]) dem 1. Januar 1941 eine grundsätzliche Lösung dieses Lohnproblems gefunden werden könne. Als Sofortmaßnahme müsse eine Verteilung von Textilien auch auf Rechnung der öffentlichen Betriebe in Angriff genommen werden.

Der Herr Generalgouverneur hält es für notwendig, zunächst einmal aus den Lägern die Textilien zu einem für die Arbeiter absolut erträglichen Preis herauszugeben. Weiter müsse

---

[3]) Ti verbessert aus „darf"

[4]) Ti eingefügt über der Z

[5]) Ti eingefügt über der Z für „zwischen" (gestrichen)

durch besondere Zuweisung von Lebensmitteln aus dem Reich für eine bessere Ernährung der Arbeiter gesorgt werden. Bis zum Januar nächsten Jahres müsse man dann zu einer Systematisierung der Sonderzuwendungen ganz allgemein schreiten.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Tagung mit folgenden Worten:

... Nunmehr müssen wir an das Schicksal und die Lebenssituation der Bevölkerung dieses Gebietes denken. Es ist, wie ich eben sagte, nur logisch; denn der Ausbau der Entwicklung dieses Gebietes geht von der staatlichen Seite aus. Das Ergebnis wird die Ermöglichung eines allmählichen Einbaues der Bevölkerungssituation in die staatlicherseits gestärkte Entwicklung sein.

Dieses Ergebnis ist aber auch ein Zeugnis des Nationalsozialismus. Denn wenn überhaupt von Wirtschaftsplanung hier gesprochen werden kann, dann eben nur deshalb, weil dieser Grundsatz, daß der Gemeinnutz, hier im weitesten Sinne auch der Gemeinnutz der gesamten Bevölkerung des Landes, vor den Eigennutz tritt, evident bewiesen wird. Der Staat im Generalgouvernement kann aus wirtschaftlichen Gründen heraus nicht gefährdet werden; und diesen Umstand feststellen zu dürfen, bedeutet an sich schon gegenüber dem liberalistischen Prinzip, wonach die Staatsführung nur ein Appendix der Wirtschaftsordnung gewesen wäre, eine erfreuliche Tatsache.

Wenn wir uns nun auf die wesentlichen Gesichtspunkte beschränken, so steht im Vordergrund die Berücksichtigung der gesamten Bevölkerungssituation mit den von den Dienststellen des Generalgouvernements eingeleiteten Möglichkeiten der Entwicklung. Dazu bedarf es 1. einer Lösung der ::-:: Arbeiter- und Lohnfrage ::-:: auf Grund des Referats des Abteilungspräsidenten Dr. Frauendorfer, 2. einer Lösung des Problems der ::-:: Gesamtlage der bäuerlichen Bevölkerung ::-:: auf Grund des Referats des Landesbauernführers Körner und 3. einer ::-:: Sicherstellung der Situation der städtischen Bevölkerung ::-:: auf Grund des Referats des Bankdirigenten Dr. Paersch.Wenn diese Fragen in einer Spezialtagung des Wirtschaftsrats behandelt werden würden, dann würde wohl schon ein entscheidender Schlußstein für die Entwicklung des zweiten Jahres geschaffen sein.

.....

Ministerialdirigent Dr. Emmerich nimmt dann noch zur Gründung der Werke des Generalgouvernements Stellung. Durch Verordnung des Generalgouverneurs vom 24. September 1940 sei eindeutig festgestellt worden, daß das

Eigentum des früheren polnischen Staates Eigentum des Generalgouvernements geworden sei. In logischer Fortführung dieser Entscheidung müsse man sich überlegen, was mit den Werken, die dem früheren polnischen Staat gehört haben, geschehen solle. Diese Werke befänden sich in treuhänderischer Verwaltung der Treuhandstelle, ebenso wie die privaten Werke. Es ergebe sich aber die Notwendigkeit, sie für die Zukunft einer besonderen Verwaltung zuzuführen und für diese besondere Verwaltung die geeignete Form zu finden. Diese Form sei auf Grund der Entscheidung des Herrn Generalgouverneurs durch die am 1. Oktober 1940 erfolgte Gründung der „Werke des Generalgouvernements — Aktiengesellschaft" gefunden worden. Die Aktiengesellschaft habe nach der Entscheidung des Generalgouverneurs die jetzigen Werke des Generalgouvernements, die früher polnischer Staatsbesitz gewesen sind und die sich dafür eignen, aufzunehmen und dafür zu sorgen, daß sie in pfleglicher Behandlung zu einem Rückgrat der Wirtschaft dieses Landes werden. ... Die Eingliederung solle bedachtsam unter Prüfung der einzelnen Objekte erfolgen. ... So seien z.B. die Elektrointeressen selbstverständlich anderer Natur und müßten nach anderen Grundsätzen betreut werden als die Interessen der Schwerindustrie. ... Nachdem Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer als Vorstand der Werke des Generalgouvernements die Arbeit aufgenommen habe, könne dem Herrn Generalgouverneur hoffentlich bald gemeldet werden, daß ein möglichst großer Teil dieses vormaligen polnischen Staatsbesitzes nach Erledigung aller Formalitäten in die Verwaltung überführt worden sei.

BESCHREIBUNG:
Band 9: „Arbeitssitzungen — Ansprachen des Gg. 1940 Febr. — Nov."

Arbeitstagung

der Abteilungsleiter, Kreishauptmänner und Stadthauptmänner des Distrikts Radom.

24. und 25. Februar 1940.

Fortsetzung der Arbeitstagung am 25. Februar 1940.

Der Herr Generalgouverneur

.....

Ich fasse daher nochmals alle Momente zusammen.

1. Das Generalgouvernement umfaßt den Teil der besetzten polnischen Gebiete, der nicht Bestandteil des Deutschen Reiches ist.

Ob und unter welchen Formen einmal dieses Gebiet Bestandteil des Deutschen Reiches werden wird, ist noch völlig ungewiß. . . .

2. Dieses Gebiet ist zunächst vom Führer als Heimstätte des polnischen Volkes bestimmt worden. Das wurde mir in Berlin vom Führer und vom Generalfeldmarschall Göring immer wieder eingeschärft, daß das Gebiet nicht der Germanisierung ausgeliefert wird. Es soll gerade als Heimstätte des polnischen Volkes sichergestellt werden. Es soll ein im Namen des Deutschen Volkes der polnischen Nation zur Verfügung gestelltes Lebensreservat darstellen. Dagegen wird sehr häufig verstoßen. Ich muß mich im Namen des Reiches dagegen verwahren, daß Sie etwa die Geschäftsaufschriften in polnischer Sprache nicht mehr dulden wollen oder daß, wie es die Eisenbahn macht, etwa Fahrpläne oder Eisenbahnbezeichnungen nur noch in deutscher Sprache erscheinen. Vergessen Sie nicht, daß ein solches Vorgehen einer der entscheidendsten Fehler wäre, den wir zum Nachteil des Führers machen könnten. Ich möchte mit absoluter Klarheit sagen, daß eine solche künstliche Germanisierungstendenz in diesem Gebiet der vom Führer gestellten Aufgabe widersprechen würde. Ich bitte Sie also, dafür zu sorgen, daß insbesondere die Eisenbahn, die Post und die öffentlichen Ämter die Zweisprachigkeit bei allen Verlautbarungen, Kundgebungen und amtlichen Regelungen absolut beibehalten.

3. Nach den uns gegebenen Weisungen gelten jetzt auch hier nach der vom Führer gegebenen Verordnung die polnischen Gesetze weiter. Es ist nie daran zu denken, daß wir den Polen die Wohltat unserer Gesetze in großem Umfang zuteil werden lassen sollten. Es ist nicht richtig, wenn Sie sich dagegen aussprechen oder dagegen handeln würden, daß die Polen nach ihrer Eigenart leben und dieses Leben fortsetzen sollen. Wir haben keinen Anlaß, den Polen hier einen geordneten Musterstaat aufzubauen und dafür zu sorgen, eines Tages ihnen ein Gebilde zu hinterlassen, das geordneter und sauberer und wesentlich klarer aufgebaut wäre, als es jemals in Polen der Fall war. Ich sage das deshalb so bestimmt, weil die Grenze zwischen den zum Deutschen Reich gekommenen Gebieten, die heute Reichsgaue sind, und dem Generalgouvernement ganz scharf gezogen werden muß.

Von dieser Ausgangsstellung aus gibt es nun zwei große Aufgaben für das Generalgouvernement: Es muß alles getan werden, um für alle Zukunft, soweit das jetzt in unserer Kraft steht, zu verhüten, daß die polnische Nation auf diesem Territorium sich jemals wieder so aufrichtet, daß sie eine Gefahr für Deutschland

werden könnte. Wenn der Führer die Möglichkeit hat, den Polen dieses Reservat zu sichern, dann wird das in der Form einer absoluten Unterstellung der polnischen Nation unter die deutsche Hoheit geschehen, es wird nicht anders geschehen, als es bei den Tschechen oder bei anderen Nationen der Fall gewesen ist. Wenn aber die Möglichkeit nicht besteht, dann dürfte dieses Gebiet von uns nun nicht in einer Form zurück gelassen werden, daß die Polen dort eine Heimstätte vorfinden und aufgebaut sehen, wie sie sie aus eigener Kraft niemals hätten schaffen können. ... Es ist auch richtig, wenn wir das immer und immer wieder durchleuchten lassen. Noch ist dieses Gebiet vom Führer nicht bestimmt, dem Deutschen Reich eingegliedert zu werden. Es muß daher unsere Sorge sein, alle Möglichkeiten zu erschöpfen, die den Polen dort treffen, wo er sich vorher mächtig gefühlt hat. Die Methode muß die sein, daß der Führer in seiner weltpolitischen Lage nicht mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

.....

Also, der erste Gesichtspunkt ist der, daß alles getan werden muß, was die Polen hindert, sich jemals wieder aufzuraffen.

Das ganze Generalgouvernement hat weiter nur eine Aufgabe, das kriegsstarke System des Deutschen Reiches noch stärker zu machen. Das heißt: Was auf dem Gebiete der Produktionssteigerung, der Förderung der Wirtschaft, der Ertragssteigerung usw. geschehen kann, das soll geschehen. Und nun dazu ganz offen ein Wort: Sie werden aus diesen Ausführungen sehr wohl entnommen haben, daß zumindest auf dem Gebiet der Behandlung der Polen offenbar eine gewisse Änderung in Berlin beschlossen worden ist. Ich muß Ihnen zugeben: wenn wir heute dieses Generalgouvernement als Chance eines polnischen Reservatstaates behandeln sollen, so sieht das wesentlich anders aus als vor einigen Monaten. Damals war es auch vielleicht unter dem Einfluß der kriegerischen Aktionen wesentlich anders geplant. Aber offenbar ist es ja auch notwendig; denn wenn ich das Kriegspotentiell, das das Deutsche Reich vom Generalgouvernement gefordert hat, erreichen soll, dann muß ich mir die drei großen Voraussetzungen vor Augen halten:

1. Der produzierende Mensch muß so behandelt werden, daß seine Produktionskraft im Dienste des Reiches möglichst gesteigert werden kann;

2. Die Produktionsstellen, in denen dieser Mensch arbeiten soll, müssen förderlich behandelt werden;

3. Ebenso müssen auch die Produktionsstoffe, mit denen dieser produzierende Mensch die Produktion des Reiches fördern soll, auch förderlich behandelt werden. ...

Wenn ich aber die produzierenden Menschen fördern soll, dann muß ich auch dafür sorgen, daß zumindest dem polnischen Arbeiter und Bauern eine gesicherte Arbeitsmöglichkeit erhalten wird. Ich muß ihm daher seinen Arbeitslohn sichern, ich muß ihm aber auch sichern, daß er dafür die Ernährung bekommt, die er braucht. Ich muß eine Preispolitik treiben, die diesen Reallohn sicherstellt, muß aber bei dieser Preispolitik auch wieder auf die Währungsfrage Rücksicht nehmen, mir also darüber klar werden, wie ich den Zloty sichere. Ich brauche dann wieder eine irgendwie ausgeglichene Wirtschaftsbilanz im Generalgouvernement, ich muß mich fragen, woher ich die Polen für meine Produktionsstätten bekomme und wie es möglich ist, durch die Ausfuhr des Generalgouvernements die Handelsbilanz möglichst zu sichern.

So wird sich allein aus einem dieser drei Faktoren ein völlig neuer Aufbau ergeben. Wenn ich die Produktionsstätten sichern soll, dann muß ich den agrarischen Boden sichern. Ich muß ihn betreuen, ich muß den Wald betreuen, die Häuser, die Fabriken; darüber hinaus die Städte und Dörfer, in denen diese Arbeit vor sich geht. Ich muß auch weiter alle Transportmöglichkeiten in den Dienst dieser Sache stellen. ...

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß alle Versuche, die von verschiedenen Zentralen gemacht worden sind, das Generalgouvernement doch allmählig in den Rang einer Reichsstatthalterei herabzudrücken, als völlig mißlungen anzusehen sind. Ich erinnere daran, daß plötzlich im Reichsgesetzblatt eine Verordnung über die Beschlagnahme des polnischen Staatsvermögens erschienen war. Auf meinen sehr dringenden Protest gegen diese Verordnung hat Herr Generalfeldmarschall Göring mündlich und auch schriftlich zugegeben, daß seine Verordnung selbstverständlich auf das Generalgouvernement keine Anwendung findet, und es bei der Verordnung und der Exekutive des Generalgouvernements bleibt. Ich erinnere Sie an den Erlaß der SS vom 16. Dezember vorigen Jahres, der die Beschlagnahme der Kunstschätze durch die SS anordnete. Auf mein Einschreiten dagegen ist auch verfügt worden, daß dieser Erlaß vom 16. Dezember als auf das Generalgouvernement nicht anwendbar angesehen wird. Weiter hat der Herr Generalfeldmarschall Göring am 12. Februar dieses Jahres verfügt, daß die Treuhandstelle Ost im Generalgouvernement nichts zu vermelden hat.

Dazu kommt, daß der Generalgouverneur vom Generalfeldmarschall Göring zum Generalbevollmächtigten für den ::-:: Vierjahresplan[1]) ::-:: ernannt worden ist. Diese Dienststelle gibt die

[1]) Unterstreichung Kop

Möglichkeit, auch die Wirtschaftspolitik dieses Gebietes im Rahmen der einheitlichen Führung und unter absolut eigener Regie im engsten Kontakt mit den Reichsnotwendigkeiten durchzuführen.

... Denn nunmehr ist dieses Gebiet ausschließlich in unsere Hand gelegt, oder, wie der Führer das formuliert hat: Was der Generalgouverneur befiehlt, befiehlt er. Wenn der Generalgouverneur einen Befehl nicht gibt, dann hat der Führer den Befehl nicht gegeben.

.....

Und da möchte ich Ihnen eins sagen: Der Führer hat mir dringend ans Herz gelegt, die Selbstverwaltung der Polen, soweit es irgend möglich ist, sicherzustellen. Daß die Woits und die unteren Instanzen der kleinen Bürgermeister und Schulzen unter allen Umständen aus dem Kreis der Polen genommen werden, muß gewährleistet sein, und es liegt auch in unserem Interesse.

Das Zweite, was in Berlin sehr gewünscht wurde, war, daß die Exekution der ::-:: Standgerichte[2]) ::-:: von der vorherigen Einwilligung des Generalgouverneurs abhängig gemacht werden. Ich habe diesen Befehl des Führers bereits an den Höheren SS- und Polizeiführer gegeben, der ihn an die Polizeistellen weitergeleitet hat. Ich darf Sie bitten, daß Sie Ihre Polizeiführer erneut auf diesen Erlaß aufmerksam machen. Auch die anderen Standgerichte dürfen Todesurteile nur noch mit meiner ausdrücklich schriftlich oder im äußersten Notfall telegrafisch zu erteilenden Genehmigung vollziehen.

Die ::-:: Kirchenpolitik[2]) ::-:: muß von uns selbstverständlich mit der Behutsamkeit geführt werden, die die Kriegslage fordert. Wenn ich mich daran erinnere, mit welchen Schwierigkeiten man da und dort auf diesem Gebiet im Reich zu rechnen hat, so können wir relativ zufrieden sein, daß die polnische Kirche offenbar noch nicht den Weg in diese volle Aktivität gefunden hat. Wenn die Sicherheitspolizei merkt, daß Geistliche politisch irgendwie abgleiten, dann darf hier keine Schonung Platz greifen. ... Daß im übrigen die Polen in die Kirche gehen können, ist sichergestellt. Ich habe vor der Auslandspresse auf Befehl des Führers erklärt, daß ich eine Kirche, nämlich die Kathedrale auf der Burg in Krakau geschlossen habe, daß ich auch nicht daran denke, sie wieder zu eröffnen, weil es aus technischen Gründen nicht möglich ist. Überwachen Sie die Predigten und das Wirken der Geistlichen und greifen Sie ein, wenn Sie irgendeinen Verdacht haben, daß die Kirche irgendwie mißbraucht wird.

---

[2]) Unterstreichung Kop

Sehr zufrieden bin ich mit der Behandlung der ::-::Schulen[3]) ::-:: im Distrikt Radom. Ich bin auch der Ansicht, daß die Polen als erste die Folgen des Krieges zu tragen haben. Wenn der Schulbetrieb in Deutschland eingestellt werden muß, dann kann er auch hier eingestellt werden. Ich werde sehen, was ich tun kann. Sie selber haben ja jeder Zeit die Möglichkeit, den Kohlenmangel oder Raumschwierigkeiten vorzuschieben. Es ist ganz klar, daß wir den Polen die Volksschulen sicherstellen sollen. Wenn sie aber selber von der Einrichtung keinen Gebrauch zu machen wünschen, dann sollen wir sie nicht dazu zwingen. Eine Steigerung des Bildungsniveaus des polnischen Volkes liegt auf keinen Fall in unserem Interesse. Wie es mit dem Besuch der Universitäten steht, wird von der weiteren Entwicklung in Polen abhängen. Mögen auch einige Herren anderer Meinung sein, ich glaube jedenfalls, daß die Polen das Opfer bringen müssen. ...

Sitzung

des Reichsverteidigungsausschusses

2. März 1940.

Beginn der Sitzung: 10^{30} Uhr.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Meine Herren, ... Sie sehen, welch eine Fülle von Aufgaben auf dem Reichsverteidigungsausschuß liegt. Ich darf wohl von Ihnen, meine Herren, erwarten, daß Sie angesichts der ungeheuer ernsten Stunde unseres Vaterlandes alle Ihre Energien einsetzen werden, um dem obersten Ziel zu dienen, das wir jetzt alle nur sehen dürfen, dem Sieg unserer Waffen über England. ... Daher muß nun auch im Generalgouvernement, diesem von unsern kämpfenden Soldaten eroberten Gebiet, die gesamte Energie zusammengefaßt werden, um diesem Ziel der Erringung des Sieges über unsern Todfeind zu dienen. Die Einrichtung des Generalgouvernements hat an sich vom ersten Tage an diese Aufgabe gesehen. Wenn es dem Führer gefallen hätte, hätte er ja das ganze Gebiet in das Reich hereinnehmen können, niemand hätte ihn daran hindern können. ... Wenn der Führer es nicht getan hat, so liegt das ausschließlich daran, daß der Führer in dem dem Deutschen Reich eingegliederten Gebiet des Warthegaues, Westpreußens, des Südostraumes und dem Teil von

[3]) Unterstreichung Ti

Oberschlesien, der wieder mit der Provinz Schlesien vereinigt worden ist, zunächst einmal den ersten starken Posten des kommenden germanischen Weltreiches im Osten aufbauen und zunächst das gesamte polnische Element hier im Generalgouvernement zusammenfassen wollte. ... Der Führer hält unverrückbar an diesem Ziel fest. Das Generalgouvernement ist zunächst bestimmt, die Heimstätte der Polen zu sein, und zwar der Polen, die unter der deutschen Machthoheit, aber nicht als deutsche Staatsbürger, hier eine Art Reservation erhalten sollen. In diesem Gebiet des Generalgouvernements gibt es daher zunächst keine irgendwie geartete, das polnische Volkstum umfassende Germanisierungstendenz. Ich möchte mit allem Nachdruck darauf hinweisen, meine Herren, daß es ein schärfster Verstoß gegen die Grundlagen der Führerpolitik wäre, wenn diese Tendenz in irgendeiner gewaltsamen Form zum Ausdruck kommen könnte. ... Wie die Lage des Landes sein wird, wenn der Sieg der Waffen errungen ist, das ist eine Angelegenheit für sich. Diese Aufgabe wird ganz zweifellos vom Führer genau so meisterhaft gelöst werden wie alle anderen. ... Wenn Sie an die Lage unseres Reichsgaues Warthegau denken, so müssen Sie mir zugeben, daß die Lage dort volkspolitisch außerordentlich schwierig ist, wenn Sie in Betracht ziehen, daß dort ein deutscher Reichsgau mit deutscher Amtssprache gebildet wird, in dem fast 400 000 Polen knapp 120 000 Menschen der deutschen Bevölkerung gegenüberstehen. Die Situation ist daher gerade im Warthegau volkspolitisch außerordentlich ernst. In Schlesien ist es nicht anders; dort hat sich durch die Hereinnahme großer polnisch besiedelter Gebiete die volkspolitische Situation für das Deutschtum sehr verschärft. Nahezu die Hälfte der gesamten Bevölkerung Schlesiens ist heute polnisch oder wenigstens polnisch sprechend und nicht unmittelbar deutschbewußt. ... Wenn wir daher auch hier regieren, verwalten und unsere Gesamtaufgabe ohne diese Zwangsvorstellung durchführen können, daß wir hier germanisieren und nach außen hin so einen deutschen Schimmer verbreiten sollen, so haben wir doch die ungeheure Verantwortung, daß dieser Raum fest in der deutschen Macht bleibt, daß die Polen für alle Zukunft das Rückgrat gebrochen erhalten und daß niemals wieder aus diesem Gebiet auch nur der geringste Wiederstand gegen die deutsche Reichspolitik bestehen kann.

Die Erfüllung dieser Aufgabe kann nun nicht in der Form eines gigantischen — ich möchte einmal sagen — mitrailleusenartigen Ausrottungsfeldzuges vor sich gehen.Wir können schließlich nicht 14 000 000 Polen umbringen. Dieser Kampf könnte auch nicht in der Form einer systematischen Terrorisierung durchgehalten werden; denn wir haben garnicht die Menschen, um einen solchen Apparat aufzubauen. Er kann nur in der Form einer absoluten Autorität mit

der unverzüglich einsetzenden Schlagkraftbewährung einer kompakten Verwaltungsorganisation durchgehalten werden. Daher blieben zwei Wege für den Führer. Er konnte —und er hat es auch in der ersten Zeit getan— eine Militärregierung hier einführen. Er konnte sagen: Diese besetzten polnischen Gebiete werden von einer Militärregierung verwaltet; ich übertrage einfach einem General auch die Zuständigkeit im sogenannten Zivilsektor. Wie Sie wissen, war mit dem Begriff Oberost anfangs auch diese Kombination von soldatischen und Verwaltungsbefugnissen verbunden. ... Aber schon in der kurzen Zeit des Bestehens dieser Militärverwaltung zeigten sich die ungeheuren Schwierigkeiten dieses doch nicht auf die Dauer idealen Zusammengestelltseins von verschiedenen Bereichen. Und damals sagte auch der Führer in einer Besprechung, die wir in der Reichskanzlei hatten, an der auch Generaloberst Keitel, der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß und der Reichsinnenminister teilnahmen, und in der der neue Verwaltungsaufbau im Osten grundsätzlich besprochen wurde: Die Militärs sollen ihre soldatischen Aufgaben erfüllen, sie sollen aber nicht regieren und nicht verwalten. ...

Das Generalgouvernement stellt — und das muß mit allem Nachdruck gesagt werden — nicht eine Provinz des Deutschen Reiches dar. ... Der Generalgouverneur steht hier an des Führers Stelle. ... Die einzig legale Regierung des polnischen Volkes, die es zur Zeit auf der Welt gibt, ist die des vom Führer eingesetzten Generalgouvernements. Ich habe daher die Regierung in Angers in Frankreich, die sogenannte polnische Regierung, als völlig illegal erklärt. ... Vergessen Sie nicht, daß Deutschland nunmehr vor dem Schritt in das Weltreich steht. ...

Meine Herren, eine Weltmacht ist etwas, was wir nunmehr als Deutsche aufzubauen und auch im Innersten zu verstehen haben. Wenn wir nunmehr vom Führer die geschichtliche Aufgabe erhalten haben, imperial zu regieren, dann bedeutet das, daß wir in unsere Machtsphäre in zunehmendem Maße Völker aufnehmen werden, die nicht deutscher Sprache sind. Diese Völker haben wir als Herrenvolk zu regieren, mit unserm Schutz zu umgeben und zu versehen. Als erstes dieser Völker trat damals die tschechische Nation unter unseren Schutz, und zwar in der zweifellos nicht ganz idealen Lösung des Protektorats.

Das Protektorat ist keine ideale Lösung, weil es einen Übergang darstellt und weil es auf die Dauer nicht möglich ist, daß ein von uns beherrschtes Volk so viele Selbständigkeiten besitzt, wie das tschechische. ...

Der 2.Versuch des Führers ist das Generalgouvernement. Die Struktur des Generalgouvernements ist eine völlig andere wie die des Protektorates. Alle Machtbefugnisse ohne jede Ausnahme liegen beim Reich, dafür besteht aber eine Art Selbstverwaltung in den untersten Schichten, vollkommen asynthetisch, vollkommen unverbunden untereinander, vollkommen losgelöst aus dem Zusammenhang und unmittelbar kontrolliert von den deutschen Stellen. ...

Daß wir Deutschen heute zum Weltmachtgedanken reif sind, verdanken wir der Schule des Nationalsozialismus. Nur die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei kann es vor der Geschichte für sich in Anspruch nehmen, diese Erziehung im Deutschen Volk vorgenommen zu haben. Wir haben als Nationalsozialisten auf Befehl des Führers Schluß gemacht mit den alten Vorstellungen eigener Machtbereiche ständischer, aristrokratischer, monarchischer oder sonstiger Natur. Diese Erziehung zum Weltmachtsgedanken muß vor allem auch an den Dienststellen des Dritten Reiches vorgenommen werden. ... Ich bin hier der Repräsentant des Führers und des gesamten Reiches und habe daher die Gesamtinteressen des Reiches wahrzunehmen. ... Ich trage die totale Verantwortung für das Schicksal dieses Gebietes und trage sie unmittelbar dem Führer gegenüber. Daher hat auch diese Position des Reichsverteidigungskommissars ihre Bedeutung, weil sie der sehr naheliegenden Thesenstellung unserer Zeit, wonach das Kriegsinteresse identisch sei mit dem vorrangsmäßigen der Wehrmachtsinteressen, entspricht. Der Reichsverteidigungskommissar hat diese totale Vollmacht der Zusammenballung aller Machtinstanzen des Reiches im Verteidigungsinteresse unseres Deutschen Volkes. ... Das Generalgouvernement ist mehr als die Fortsetzung der Zivilverwaltung, es ist vielmehr der Aufbau einer totalen Verwaltung des Reiches in diesem Gebiet. ... Hier baut sich ein imperiales Machtgebilde des Reiches auf, in dem der Wille des Reiches durch die vom Führer eingesetzten Faktoren verwirklicht wird. Ich habe dabei von vornherein keinen Zweifel darüber gelassen, daß Gerechtigkeit nach allen Seiten geübt werden muß. ... Die deutsche Machthoheit über dieses Gebiet wird niemals wieder verschwinden und daher können wir durchaus auch auf längere Sicht planieren. Das Generalgouvernement ist heute, wirtschaftlich gesehen, ein leeres Gebilde. Was an Rohstoffen da war, hat der Vierjahresplan soweit wie möglich herausgeholt. Das war auch gut so, denn das Reich hat einen ungeheuren Bedarf an diesen Rohstoffen. Was wir auf diesem Gebiet tun konnten, ist geschehen. Es kann keine wirtschaftliche Blüte des Generalgouvernements geben, wenn es im Reich eine Kriegswirtschaft gibt. Es kann daher

auch die Lebensform des polnischen Bevölkerungsteiles hier keinesfalls an irgendeinem Punkt günstiger oder besser sein als die des Deutschen Volkes. Wir werden, wenn nötig, alle Maßnahmen ergreifen, um den Lebensstandart des polnischen Volkes so zu gestalten, daß er gerade noch das Leben sicherstellt, aber eine absteigende Linie aufweist gegenüber der Lage im Deutschen Reich. Wenn man in das Leben des polnischen Volkes blickt, kann man bestätigen, daß dem auch so ist. Im allgemeinen ist die Ernährungslage in vielen großen Gebieten dieses Landes katastrophal. Wenn nicht das Deutsche Reich ununterbrochen helfen würde, würden die größten Schwierigkeiten entstehen. ... Dabei habe ich gleich die eine Bitte, daß sowohl die militärischen wie die zivilen Stellen des Generalgouvernements hier mithelfen, um den nunmehr nach schweren Mühen aufgebauten Gesamternährungsplan durchzuhalten. Ich möchte erneut betonen, daß ich größtes Gewicht darauf lege, daß die Versorgung der Truppen, der Beamten und der Volksdeutschen in diesem Gebiet so durchgeführt wird, daß keine Schwierigkeiten entstehen. Der Befehl des Führers an mich lautet, von der Ernte 1940 ab das Generalgouvernement möglichst so zu stellen, daß es keinerlei Bedarf aus dem Reich mehr hat. Ob und wie und in welchem Umfang das gelingt, steht noch dahin. Daß wir aber alles tun werden, um dieses Ziel zu erreichen, und insbesondere auch, um dem wilden Aufkaufen und ähnlichen Erscheinungen ein Ende zu setzen, davon seien Sie überzeugt. Ich werde auch vor den schärfsten Maßnahmen nicht zurückschrecken, um dieser selbstherrlichen Versorgungswillkür in weiten Bereichen dieses Landes ein Ende zu bereiten. Da gibt es keine Entschuldigung und keinen Hinweis auf allgemeine Gesichtspunkte; das hört einfach auf! ...

Die Ernährungslage zwingt uns, einen weitschauenden Ernteförderungsplan in die Wege zu leiten. Dieser Ernteförderungsplan bedarf der Saatguttransporte, der Kunstdüngertransporte und der Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem aber auch der Sicherstellung des Lebens der polnischen Bauern. Wir brauchen auch einen großen Teil von Landarbeitern weiter hier im Land und können daher nicht restlos und ohne Ausnahme alles, was wir hier an Landarbeitern haben, ins Reich schicken. ... Für das, was seit dem 11. Oktober 1939 geschah, trage ich die Verantwortung, ganz gleichgültig, was geschah, wie und von wem es geschah. Ich trage diese Verantwortung und wälze sie auf niemanden ab. Und daher möchte ich auch betonen, daß diese Verantwortung getragen werden kann. Wo es da und dort zu sozusagen allgemein menschlich bedauerlichen Vorfällen kam, müssen wir erst recht die Verantwortung tragen.

Protokoll über die Dienstversammlung der Kreis- und Stadthauptmänner des Distrikts Lublin am 4. März 1940, 16 Uhr, in Lublin.

.....

Der Herr Genralgouverneur gibt zu erwägen, ob nicht unter geeigneter Anwendung der Arbeitspflichtverordnung ein leiser Zwang ausgeübt werden könne. Den von Berlin geforderten Erlaß einer neuen Verordnung mit besonderen Zwangsmaßnahmen und Strafdrohungen lehne er ab. Maßnahmen, die nach außen hin Aufsehen erregen, müßten vermieden werden. Das gewaltsame Verfrachten von Leuten habe alles gegen sich.

.....

Sodann ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgenden Ausführungen:

.....

Die Einsiedlung von Polen, Juden und Zigeunern, bildet eine Lebensfrage für Ihren Distrikt. Es ist unbeschreiblich, welche Meinungen sich im Reich gebildet haben, daß das Gelände des Generalgouvernements östlich der Weichsel immer mehr als eine Art Judenreservat in Aussicht genommen ist. Fest steht folgendes: Der Feldmarschall Göring hat in Anwesenheit des Reichsführers SS Himmler am 12.Februar in Karinhall die Entscheidung getroffen, daß keinerlei Umsiedlungsaktion in das Generalgouvernement vorgenommen werden darf, ohne vorherige Genehmigung jeder einzelnen Umsiedlungsaktion durch den Generalgouverneur. Damit ist dem Generalgouverneur endlich die Möglichkeit gegeben, sich hier positiv einzuschalten und ich habe jetzt die Vollmacht des Führers und des Generalfeldmarschalls, daß ich solche Umsiedlungszüge hintanhalten kann, wenn es die Lage des Generalgouvernements, vor allem auf dem Gebiet der Militärtransporte, erheischt. Damit ist auch die Gewähr gegeben, daß künftighin solche Einsiedlungen auch nicht mehr auf dem Fußweg stattfinden können. Im allgemeinen ist ja der große Umsiedlungsgedanke aufgegeben. Von dem Gedanken, daß man 7 1/1 Millionen Polen nach und nach in das Generalgouvernement hereintransportieren kann, ist man völlig abgekommen. Es handelt sich nur noch um die Frage der Abführung von etwa 100 — 120 000 Polen, etwa 30 000 Zigeunern und einer nach Belieben festzusetzenden Zahl von Juden aus dem Reich, denn das Endziel soll sein, das Deutsche Reich judenrein zu machen.

.....

Es gab 2 Fälle, in denen in letzter Zeit in spürbarer Form der Versuch unternommen wurde, von Berlin aus in unsere Zuständigkeit hineinzuregieren. Das erste war der Erlaß vom 16.Dezember

betreffend die Beschlagnahme der Kunstschätze und das zweite war die Einschaltung der Treuhandstelle Ost in die Verwaltung des beschlagnahmten polnischen Staatsvermögens. Ich kann heute sagen, daß auf meinen Protest hin sowohl der Reichsführer SS seinen Erlaß als rechtsunwirksam zurücknahm, wie auch Generalfeldmarschall Göring mir schriftlich bestätigte, daß die Verordnung, die er traf und in die das Generalgouvernement einbezogen war, rechtsunwirksam ist und demnach meine Verordnung über Beschlagnahme des polnischen Staatsvermögens in Kraft bleibt und die Treuhandstelle Ost in keiner Weise mitzuwirken hat. . . . Sie sind hier[4]) keinem Ministerium, keiner Reichszentrale unterstellt, sondern ausschließlich dem Führer und dem Generalgouverneur! . . . Wenn wir diese Aufgabe geschichtlicher Art durchführen wollen, kann sie nur in dieser Form durchgeführt werden, denn von jeder Zentrale in Berlin schleppt sich sofort die ganze Tradition dieser Zentrale mit herein. Das können wir aber nicht brauchen, denn wir sind selbst daran, die neu aufzubauende imperiale Tradition des Dritten Reiches zu stärken. . . . Daher muß ich Sie vor allem bitten, gegen alle wilden Beschlagnahmeaktionen, gegen alle jene wilde Machtanwendung, gegen das Herumziehen im Lande mit Trupps und bewaffneten Massen, die glauben ihren eigenen Willen durchsetzen zu können, weil sie bewaffnet sind, mit der schärfsten Waffe, dem Appell an den Führer entgegenzutreten. Ich habe zu diesem Zweck auf unmittelbaren Befehl des Führers, weil hier im Distrikt Lublin einige Fälle vorgekommen sind, die mir in Berlin vorgehalten wurden, mit sofortiger Wirkung verfügt, daß keine Exekution im Generalgouvernement ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung durchgeführt werden darf. Sollte künftig eine Exekution ohne meine Genehmigung vorgenommen werden, so würde ich auf Befehl des Führers ein solches Verfahren als Mord zu verfolgen haben.

. . . . . .

Wir können weiche Menschen nicht brauchen. Wenn der Führer bestimmt hat, daß das Generalgouvernement die Heimstätte der Polen sein soll, so sehen Sie daraus, daß das Generalgouvernement eine ungeheure weltgeschichtliche Aufgabe zu erfüllen hat. . . . Wir haben hier dem Polentum eine Art Ordnung zu gewährleisten. Wir dürfen zu diesem Zweck die Autorität des Reiches nicht in mißbräuchliche Anwendung bringen lassen zu Gewaltaktionen, die sich letzten Endes gegen das Ansehen des Führers und des Reiches auswirken. . . .

---

[4]) nach „hier“ Blei gestrichen „in“

Polizei-Sitzung

am Donnerstag, dem 30. Mai 1940.[5])

Generalgouverneur, Reichsminister Dr. Frank:

Meine Herren!

... Als damals das Generalgouvernement gebildet wurde, hatte der Führer eine Sitzung nach Berlin in die Reichskanzlei einberufen — es war etwa um den 20. Oktober 1939 — und an ihr haben teilgenommen: Der Stellvertreter des Führers, Reichsleiter Bormann als Stabsleiter des Stellvertreters des Führers, Generaloberst Keitel[6]) als Vertreter der Wehrmacht, Reichsführer SS Himmler als Vertreter der Polizei, der Reichsinnenminister, Reichsminister Dr. Lammers, Staatssekretär Dr. Stuckardt und meine Wenigkeit. ... Damals hat er mir die absoluteste Generalvollmacht für dieses Gebiet erteilt. Das ging so weit, daß der Führer damals sowohl dem Reichsinnenminister wie Generaloberst Keithel wie auch allen anderen Anwesenden buchstäblich verboten hat, sich in die Angelegenheiten des Generalgouvernements zu mängen.

.....

Der Dank gebührt daher auch dem Parteigenossen Himmler und allen seinen Mitarbeitern daß er, wenn auch völlig unter Kenntnis dieses Neuen und mit den dadurch gegebenen Schwierigkeiten durchaus vertraut, doch in steigendem Maße die Notwendigkeit dieser Eigenverwaltung und dieses Eigenlebens der Polizei im Generalgouvernement gefördert hat. ... Ich möchte Ihnen sagen, daß die Sitzung heute absichtlich von mir in diesen Zeitpunkt gelegt wurde, in welchem wir viel freier und auch im engsten Rahmen über alles das sprechen können, was nun an Aufgaben polizeilicher Art auf uns liegt, als das vor dem 10. Mai 1940, also vor dem Zeitpunkt des Beginns der Westoffensive, der Fall war. Sie wissen, daß wir am Anfang hier die Meinung vertreten[7]) hörten, daß wir sie sogar teilweise selber mit vertreten haben: dieses Gebiet soll in kurzer Zeit der völligsten Ausplünderung, der Herauspressung all desjenigen dienen, was nur aus ihm herausgeholt werden kann; alles, was Wert hat, soll ins Reich gebracht werden und was derlei mehr war. Was mir damals in Berlin vorgetragen wurde, das schwand uns aber bald unter der Einwirkung der kritischen Ereignisse dahin. Schon nach kurzer Zeit entdeckten wir, daß es notwendig ist, die Möglichkeiten dieses Gebietes für das Deutsche

[5]) hs Verbesserungen und Einfügungen Ti
[6]) ursprünglich „Keithel", „h" Ti gestrichen
[7]) hinter „vertreten" ms gestrichen: „haben"

Reich viel intensiver anzusehen, als es in dem Zeitpunkt der Fall war, in welchem man nur von Zerstörung sprach.

Dann kam eine merkwürdige Wendung. Zwar hat mir der Führer noch Anfang Oktober gesagt, daß er dieses Gebiet als Restgebiet des polnischen Volkstums, als eine Art Reststaat sicherstellen wolle, den wir dann dereinst der polnischen Nation wieder zurückgeben würden. Aber nicht zuletzt unter dem Einfluß der Berichte, die allmählich aus dem Lande über die Möglichkeiten in agrarpolitischer, industrieller Beziehung, über die Möglichkeiten einer großen deutschen kolonisatorischen Tätigkeit eingingen, weiter auch unter dem Eindruck des Umstandes, daß das eigentliche kleine niedere polnische Volk, nämlich die Arbeiter und Bauern, im wesentlichen durchaus gewillt war, unter starker Hand zu arbeiten, — unter dem Einfluß aller dieser Meldungen sagte mir dann der Führer — und ich weiß das noch wie heute, es war Anfang November —: Wir wollen das Generalgouvernement behalten, wir geben es nicht mehr her. Angesichts dieser Änderung der Sachlage war nun ein ganz neues Programm aufzustellen. Was der Führer schon wiederholt mit mir besprochen hatte, das wurde nun in steigendem Maße Gegenstand der Erörterung, daß nämlich das Gebiet des Generalgouvernements im deutschen Machtbereich bleibt, nicht in der Form eines Protektorats oder einer ähnlichen Form, sondern in der Form eines klar unter deutscher Herrschaft stehenden Machtgebildes des Deutschen Reiches, in welchem irgendwie gegenüber der polnischen arbeitenden Unterschicht die absolute Führung des Deutschtums gesichert ist, und in welchem nach Abschluß der Germanisierung und Zurückführung der Deutschen des Warthegaues, Westpreußens, Süd-Ostpreußens und Oberschlesiens auf weite Sicht die Germanisierung durchgesetzt werden wird. Ich spreche ganz offen von Germanisierung; denn nicht anders war ja das Problem für unsere Vorfahren vor 1000 Jahren, wo dasselbe fremdsprachige slawische Volk hier zusammengedrängt wurde. Wie oft müssen wir nicht, wenn wir ein blondes, blauäugiges Kind sehen, uns darüber wundern, daß es polnisch spricht, und ich sage mir dann: Wenn wir dieses Kind deutsch erziehen würden, dann würde es ein hübsches deutsches Mädel sein. Wir sehen also einen absolut germanischen Rassekern in diesem Volkstum, und diesen Rassekern zu entwickeln, zu pflegen und zu fördern, wird auf weite Sicht die Möglichkeit geben, diesen Raum des Generalgouvernements dem Deutschtum zuzuführen.

Über all das habe ich mit dem Führer gesprochen, und wir sind uns auch darüber einig, daß sukzessive dieses Gebiet in der Form dem Deutschtum zugeführt werden muß. ...

Wir haben nun an sich bei all diesen Problemen von unserm Standpunkt aus allgemein gesehen keinerlei Schwierigkeiten gefunden, und wir würden auch gar keine großen Schwierigkeiten haben, wenn nicht die Umsiedlung dazugekommen wäre. Wenn wir es im Generalgouvernement nur mit den ortsansässigen Polen allein zu tun gehabt hätten, dann würde das Problem eigentlich auch für die Zukunft gesehen sehr einfach sein. Wir werden aber auch noch künftig hunderttausende von Polen aufnehmen müssen, und es besteht gar kein Zweifel, daß wir es, wenn man das Polenproblem im Reich lösen will, in den kommenden Jahren werden tun müssen. Wenn wir sie nicht direkt und legal aufnehmen, dann wird es eben auf illegale Weise vor sich gehen. Wir müssen aber dieses Opfer auch dem Deutschen Reich bringen. Ich habe dem Führer wie auch dem Reichsführer SS Himmler gegenüber die Erklärung abgegeben, daß wir gar kein Interesse haben, sondern zunächst bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit uns bereithalten wollen, als Aufnahmebecken aller der Elemente, die von draußen ins Generalgouvernement hereinströmen, seien es nun Polen, Juden, Zigeuner usw. Aber diese Umsiedlung bringt uns in gewisse politische Schwierigkeiten. Aus den Berichten, die die Herren erstattet haben, geht hervor, daß aus dem Warthegau und aus Westpreußen noch eine aktive Führerschicht kommt, die voller Erbitterung und, sagen wir, mit auf Intelligenz basierender Tatkraft an die Organisation herangeht. Dazu kommt noch die Fülle der entlassenen Offiziere, die wir auch wieder ins Land bekommen werden. Wie wir unsere Wehrmacht kennen, werden die vielen tausenden polnischen Gefangenen im Reich auch bald zur Entlassung kommen. Schon jetzt besteht die Tendenz, sie freizulassen, allerdings unter der Verpflichtung, daß sie als freie Arbeiter im Reich bleiben. Ob das aber allgemein durchgeführt wird, ist absolut nicht sicher, und wir würden also im Zusammenhang mit dem Umsiedlungsproblem unter Umständen vor der Schwierigkeit stehen, daß, je mehr wir uns hier gegen die Polen durchsetzen, desto mehr immer wieder aus dem Reich nachgeschoben werden, — ein Nachschub, gegen den wir im Reichsinteresse zunächst einmal garnichts ausrichten können.

Ich habe dem gegenüber nur eins zu sagen: Ich kann diese Polenpolitik nur mit Ihnen machen.

Wenn wir demnach angesichts aller dieser Schwierigkeiten das Ziel der vollkommenen Beherrschung des polnischen Volkes in diesem Raum erreichen wollen, dann müssen wir die Zeit nutzen. Am 10. Mai begann die Offensive im Westen, d.h., an diesem Tage erlosch das vorherrschende Interesse der Welt an den Vorgängen hier bei uns. Was man mit der Greuelpropaganda und den Lügenberichten über das Vorgehen der nationalsozialistischen Machthaber

in diesem Gebiet in der Welt angerichtet hat, — nun, mir wäre es vollkommen gleichgültig gewesen, ob sich die Amerikaner oder Franzosen oder Juden oder vielleicht auch der Papst darüber aufgeregt hätten — aber für mich und für einen jeden von Ihnen war es in diesen Monaten furchtbar, immer wieder die Stimmen aus dem Propagandaministerium, aus dem Auswärtigen Amt, aus dem Innenministerium, ja sogar von der Wehrmacht vernehmen zu müssen, daß das ein Mordregime wäre, daß wir mit diesen Greueln[8]) aufhören müßten usw. Dabei war es natürlich klar, daß wir auch die Erklärung abgeben mußten, wir würden es nicht mehr tun. Und ebenso klar war es, daß bis zu dem Augenblick, wo das Weltscheinwerferlicht auf diesem Gebiet lag, von uns ja nichts Derartiges in großem Ausmaße geschehen konnte. Aber mit dem 10. Mai ist uns nun diese Greuelpropaganda in der Welt vollkommen gleichgültig. Jetzt müssen wir den Augenblick benutzen, der uns zur Verfügung steht. Wenn jetzt in jeder Minute und Sekunde draußen im Westen Tausende des besten deutschen Blutes geopfert werden müssen, dann haben wir als Nationalsozialisten die Pflicht, daran zu denken, daß sich nicht etwa die polnische Nation auf Kosten dieser deutschen Opfer erhebt. Daher war es auch der Zeitpunkt, wo ich in Anwesenheit des SS-Obergruppenführers Krüger mit dem Kameraden Streckenbach dieses außerordentliche Befriedungsprogramm besprach, ein Befriedungsprogramm, das zum Inhalt hatte, nunmehr mit der Masse der in unseren Händen befindlichen aufrührerischen Widerstandspolitiker und sonst politisch verdächtigen Individuen in beschleunigtem Tempo Schluß zu machen und zu gleicher Zeit mit der Erbschaft des früheren polnischen Verbrechertums aufzuräumen. Ich gestehe ganz offen, daß das einigen tausend Polen das Leben kosten wird, vor allem aus der geistigen Führerschicht Polens. Für uns alle als Nationalsozialisten bringt aber diese Zeit die Verpflichtung mit sich, dafür zu sorgen, daß aus dem polnischen Volk kein Widerstand mehr emporsteigt. Ich weiß, welche Verantwortung wir damit übernehmen. Aber es ist klar, daß wir das tun können, und zwar gerade aus der Notwendigkeit heraus, den Flankenschutz des Reiches im Osten zu übernehmen. Aber mehr noch: SS-Obergruppenführer Krüger und ich haben beschlossen, daß die Befriedungsaktion in beschleunigter Form durchgeführt wird. Ich darf Sie bitten, meine Herren, uns mit Ihrer ganzen Energie bei der Durchführung dieser Aufgabe zu helfen. Was von mir aus geschehen kann, um die Durchführung dieser Aufgabe zu erleichtern, wird geschehen, und zwar, wie ich Ihnen vertraulich sagen kann, in Ausführung eines Befehls, den mir der Führer erteilt hat. Der Führer hat mir gesagt: Die Frage der

[8]) Ti verbessert aus: „diesem Greuel"

Behandlung und Sicherstellung der deutschen Politik im Generalgouvernement ist eine ureigene Sache der verantwortlichen Männer des Generalgouvernements. Er drückte sich so aus: Was wir jetzt an Führerschicht in Polen festgestellt haben, das ist zu liquidieren, was wieder nachwächst, ist von uns sicherzustellen und in einem entsprechenden Zeitraum wieder wegzuschaffen. Daher brauchen wir das Deutsche Reich, um die Reichsorganisation der deutschen Polizei damit nicht zu belasten. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, denn dann hätten wir nur Scherereien und einen unnötigen Briefwechsel mit den Familienangehörigen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande. Wir werden es auch in der Form tun, die die einfachste ist. Meine Herren, wir sind keine Mörder. Für den Polizisten und SS-Mann, der auf Grund dieser Maßnahme amtlich oder dienstlich verpflichtet ist, die Exekution durchzuführen, ist das eine furchtbare Aufgabe. Wir können leicht Hunderte von Todesurteilen hier unterzeichnen; aber ihre Durchführung deutschen Männern, anständigen deutschen Soldaten und Kameraden zu übertragen, das bedeutet eine furchtbare Belastung. Ich bin deshalb auch dem Parteigenossen Siebert sehr dankbar für die Herausgabe des Erlasses, in welchem er den Polizeiorganen eine gewisse Rücksichtnahme auf die physische Situation der mit solchen Exekutionen betrauten Männer zur Pflicht macht. Ich würde Sie bitten, diesen Erlaß, wenn es irgend möglich ist, unter allen Umständen zu berücksichtigen. Aber nicht nur das, jeder Polizei- und SS-Führer, der nun die harte Pflicht hat, diese Urteile zu vollstrecken, muß auch hundertprozentig die Gewißheit haben, daß er hier in Erfüllung eines Richtspruches der deutschen Nation handelt. Daher wird auch für diese Fälle der AB-Aktion das summarische polizeiliche Standgerichtsverfahren durchgehalten, wie ich es mit dem Kameraden Streckenbach vereinbart habe, damit auf keinen Fall der Eindruck einer willkürlichen Aktion oder ein ähnlicher Eindruck entsteht. Ich glaube, daß diese zusammenhängende Maßnahme bis 15. Juni beendet werden kann, jedenfalls muß alles geschehen, damit es möglich ist. Die bei mir eingeführte Gnadenkommission hat mit diesen Dingen nichts zu tun. Die AB-Aktion vollzieht sich ausschließlich zwischen dem Höheren SS- und Polizeiführer Krüger und seinen Organen. Es ist das eine rein interne Befriedungsaktion, die notwendig ist, und die außerhalb des normalen Verfahrens liegt.

. . . . . .

Die Wehrmacht hat das Interesse am Generalgouvernement verloren; der entscheidende Waffenträger in diesem Gebiet sind Polizei und SS geworden. Meine Bitte an Sie geht daher dahin, diesen Umständen Rechnung zu tragen und dafür zu sorgen, daß entsprechend den Schwächungen der Wehrmacht, die entsprechend

dem Fortgang der Operationen im Westen sich vollziehen werden, Polizei und SS immer mehr in Erscheinung treten. Polizei und SS müssen in den Städten marschieren, damit den Polen gezeigt wird, daß wir da sind.

. . . . . .

Die Dinge liegen so, daß wir hier in diesem Bereich auf uns gestellt sind. Vielleicht ist die Ostgrenze, die wir heute haben, nicht die letzte Entwicklung. . . . Zu rechnen ist jedenfalls damit, daß die große Auseinandersetzung des deutschen Volkes um die Durchsetzung seiner Lebensrechte nicht ihr Ende findet mit der Niederkämpfung Frankreichs und Englands, sondern daß dann noch eine Fülle von anderen Problemen zu meistern sein wird. Daher ist es gut, wenn wir diesen Raum fest in der Hand haben und auch weltanschaulich beherrschen. . . . Der Aufbau dieses Landes ist klar. Wir haben eine Zentrale: Der Generalgouverneur. Er hat alle Vollmachten. Sein Vertreter ist der Staatssekretär Dr. Bühler, die Führung der Polizeiaufgaben obliegt dem Höheren SS- und Polizeiführer, dem die SS- und Polizeiführer in den Distrikten unterstehen; für die Distrikte sind die Gouverneure verantwortlich. . . . Ich habe im Benehmen mit dem Reichsführer SS eine Regelung dahin getroffen — und dabei bleibt es — daß die SS - u.Polizeiführer in den Distrikten den Gouverneuren unterstellt sind, und daß sie deren verantwortliche Polizeiführer sind, genau so, wie der Höhere SS- und Polizeiführer dem Generalgouverneur, daß aber unabhängig davon eine innere, der polizeilichen Geschlossenheit entsprechende Verbindung der SS- und Polizeiführer bei den Distrikten mit dem Höheren SS- und Polizeiführer beim Generalgouverneur bestehen muß, ebenso,wie Obergruppenführer Krüger Verbindungen mit dem Reichsführer SS haben muß. . . .

SS-Obergruppenführer Krüger stellt einleitend fest, daß heute nach fast neunmonatigem Einsatz der SS und der Polizei im Generalgouvernement zum ersten Mal Gelegenheit gegeben sei, zu dem verantwortlichen SS- und Polizeiführerkorps zu sprechen, um[9]) ihm die Weisungen des Führers und die Richtlinien für ihre zukünftige Tätigkeit zur Kenntnis zu bringen. . . . Nach den Erfahrungen der SS und Polizei beim ersten aktiven Einsatz im April dieses Jahres habe sich gezeigt, daß in Zukunft keine Möglichkeit bestehen werde, im Falle der Wiederholung solcher Vorgänge ganze Einheiten und ganze Regimenter in Bewegung zu setzen, um irgendwo eine Bande, die sich in einem Wald versteckt halte, niederzuschlagen. Es sei das damals möglich gewesen, weil

[9]) Kop verbessert aus: „und"

die örtlichen Verhältnisse günstig waren und die Vorgänge sich auf einem verhältnismäßig kleinen Raum abspielten. In dem Augenblick, wo aber an mehreren Stellen Kämpfe mit solchen Banden geführt werden müßten, wäre das bisherige System nicht durchführbar. Aus diesem Grunde seien neuerdings sogenannte Einsatzkommandos gebildet worden bzw. in Bildung begriffen. Die Bildung dieser Einsatzkommandos geschehe in der Form, daß Teile der Ordnungspolizei und Teile der SS zu Jagdkommandos zusammengezogen werden. Diese Jagdkommandos werden modernst ausgerüstet, motorisiert und gut bewaffnet. Sie werden innerhalb eines Distriktes in Zukunft in Stärke von 200 Mann sofort zum Einsatz zur Verfügung stehen. Die nötige Ausrüstung und Bewaffnung sei vom Reichsführer SS zur Verfügung gestellt worden; das Material sei im Anrollen,und die Aufstellung dieser Formationen könne dann unverzüglich erfolgen. ...

Brigadeführer Streckenbach berichtet dann über den gegenwärtigen Stand der AB-Aktion und weist einleitend darauf hin, daß die Sicherheitspolizei in der Zeit vom Herbst vergangenen Jahres bis zum März die Aufgaben gelöst habe, die ihr zugewiesen worden seien und die Aktionen durchgeführt habe, die sich aus der allgemeinen Arbeit der Polizei ergeben hätten. Nebenher seien die Vorbereitungen zur planmäßigen und damit auch zur endgültigen Niederhaltung des polnischen politischen Widerstandes und gleichzeitig der Unschädlichmachung des Verbrechertums im Generalgouvernement gelaufen. Mit der ersten Großaktion gegen die polnische Widerstandsbewegung habe eigentlich nunmehr die planmäßige Arbeit begonnen. Dieser große Einbruch in die polnische Widerstandsbewegung bedeute einen Anfang, der nie ein Ende nehme. Denn die einmalige Verhaftung von Funktionären bedeute nicht ein Ende der Bewegung, sondern es gehe immer von einer Verhaftung zur anderen. So sei denn auch die Sicherheitspolizei seit der Aktion vom 31. März nicht wieder von der Widerstandsbewegung losgekommen, sondern sie werde immer Gegner bleiben, solange es überhaupt im Generalgouvernement Kreise gebe, die der deutschen Verwaltung Widerstand entgegensetzen wollten.

.....

Als drittes Wesensgebiet der Sicherheitspolizei komme dann die Grenzpolizei in Betracht, die die Aufgabe habe, die Grenze und die Vorgänge an der Grenze, besonders an der Grenze nach Rußland, aber auch nach Ungarn, Slowakei, zu beobachten. Diese Grenzbeobachtung sei sehr bedeutungsvoll, denn über die Grenze kämen ja die Feinde, die die Unruhe ins Generalgouvernement brächten. Es bestehe daher ein starkes Interesse daran, die Grenze so dicht

zu besetzen, daß man eine wirksame Kontrolle der Vorgänge an der Grenze durchführen könne. Leider stehe diesem Wunsch aber auch der katastrophale Mangel an Beamten entgegen. Die Zahl der für diese Aufgabe vorgesehenen Grenzpolizisten sei sehr gering. Einige hundert Beamte, die in das Generalgouvernement hätten abtransportiert werden müssen, seien leider nach Norwegen und Dänemark gebracht worden. Hier werde der erstrebte Idealzustand erst nach Friedensschluß eintreten können.

Das vierte wesentliche Gebiet der Sicherheitspolizei ist der Sicherheitsdienst als der politische Nachrichtendienst des Generalgouvernements. Der Sicherheitsdienst habe die sehr weitgehende Aufgabe der objektiven umfassenden Berichterstattung über die Verhältnisse im Generalgouvernement, und weiter sei es seine Aufgabe, die exekutiven Handlungen der Sicherheitspolizei zu bestätigen und zu veranlassen, darüber hinaus aber auch auf dem Wege dieser Berichterstattung die übrigen Dienststellen des Generalgouvernements laufend zu informieren. Zu einer solchen Berichterstattung gehöre ein gut ausgebautes Netz von Außenstellen und ferner eine Anzahl geeigneter Beamter. Beides zu schaffen, sei außerordentlich schwer gewesen, weil man ja inmitten einer feindlichen Bevölkerung sitze. Immerhin sei es gelungen, dafür einen brauchbaren Grundstock zu legen, sodaß die Berichterstattung auf ziemlicher Höhe stehe und einwandfrei arbeite.

Die außerordentliche Befriedungsaktion umfasse zwei Kreise: einmal den Kreis der politisch gefährlichen Menschen im Generalgouvernement, der politischen geistigen Führerschaft des polnischen Widerstandes und zweitens den Kreis von Verbrecherelemente, die auf Grund früherer Taten und ihres früheren Lebens unter Beweis gestellt haben, daß sie sich niemals als irgendwie brauchbare Glieder der Gesellschaft, auch der polnischen Gesellschaft einfügen werden.

In den Händen der Sicherheitspolizei hätten sich zu Beginn der außerordentlichen Befriedungsaktion etwa 2 000 Männer und einige hundert Frauen befunden, die als irgendwie geartete Funktionäre der polnischen Widerstandsbewegung in Haft gesetzt worden seien. Sie stellten wirklich eine geistige Führerschicht der polnischen Widerstandsbewegung dar. Natürlich sei diese Führerschicht nicht auf die 2 000 Personen beschränkt. In den Akten und Karteien des Sicherheitsdienstes befänden sich weitere etwa 2 000 Namen von Personen, die diesem Kreis zuzurechnen seien. Das seien Personen, die angesichts ihrer Tätigkeit und ihres Verhaltens ausnahmslos ohnehin unter die für das Generalgouvernement geltende Standrechtsverordnung fielen. Die summarische Aburteilung dieser Leute habe in dem Augenblick begonnen, in welchem die außerordentliche

Befriedungsaktion angeordnet worden sei. Die standrechtliche Aburteilung der 2 000 Inhaftierten nähere sich ihrem Ende, und es seien nur noch wenige Personen abzuurteilen.

Nach Durchführung dieses summarischen Standgerichtsverfahrens habe nun schon eine Festnahmeaktion begonnen, die den Kreis der dem Sicherheitsdienst bekannten, aber noch nicht inhaftierten Leute ebenfalls in die Hände der Sicherheitspolizei und damit zur summarischen Aburteilung bringen solle. Das Ergebnis dieser Festnahmeaktion stehe noch nicht fest. Er rechne mit einem 75 %igen Ergebnis. Insgesamt würde also die Aktion einen Kreis von etwa 3500 Menschen umfassen. Es sei kein Zweifel, daß man mit diesen 3500 Personen wirklich den politisch gefährlichsten Teil der Widerstandsbewegung im Generalgouvernement erfasse.

Im Rahmen der außerordentlichen Befriedungsaktion sei für die Erfassung des Berufsverbrechertums ein Kreis von etwa 3 000 Berufsverbrechern ins Auge gefaßt. Angesichts der Mentalität des polnischen Verbrechertums lasse sich diese Zahl natürlich beliebig nach oben oder unten verändern. Aber in der Zahl von 3 000 Verbrechern würden die wirklich gefährlichen unverbesserlichen Elemente getroffen, die auf Grund ihrer geistigen und moralischen Qualitäten für die anderen Menschen nur eine Belastung bedeuteten. Sie füllten nur unnötigerweise die Gefängnisse, die man im Laufe der nächsten Zeit für andere Gefangene brauche. Diese 3 000 Berufsverbrecher unterlägen natürlich nicht der summarischen Aburteilung, sonder hier genüge allein die Anordnung der außerordentlichen Befriedungsaktion, um sie der Liquidation im Rahmen dieser Aktion zuzuführen.

. . . . . .

Gouverneur Dr. Zörner drückt im Hinblick auf die bevorstehende A-B-Aktion den Wunsch aus, daß von ihr nicht Bauern und Arbeiter, die sich nur im beschränkten Umfang politisch betätigt haben, erfaßt werden. Es bestehe ein Interesse daran, daß der Großteil friedlicher Bauern, der seinen Acker für uns besorge oder mitbesorge, nicht in dauernder Beunruhigung gehalten werde.

Bezüglich des Einsatzes des Selbstschutzes sei zu erstreben, daß dieser Einsatz in Zukunft nicht mehr ohne SS und Polizei erfolge, da die Leute des Selbstschutzes zum großen Teil garnicht deutsch sprechen können und auf diesem Gebiete noch vieles nachzuholen hätten.

Unklarheit herrsche in der Frage der Judenräte. Wem unterstehen diese Judenräte? Für die Kreishauptleute sei diese Frage geklärt, für die Stadthauptleute stehe sie aber noch offen.

Von den Kreishauptleuten kämen wiederholt Klagen, daß sie von bevorstehenden polizeilichen Aktionen nicht unterrichtet werden. Auch ihm selbst, dem Gouverneur, sei oft nicht bekannt, welche Aktionen von der Polizei eingeleitet werden. . . .

SS-Obergruppenführer Krüger:

. . . Zur Anregung des Gouverneurs Zörner bezüglich der Behandlung der möglicherweise an der Widerstandsbewegung beteiligten Bauern sei festzustellen, daß in der Widerstandsbewegung in erster Linie die geistige Oberschicht stecke, und daß nur wenig Bauern und Arbeiter beteiligt seien. Diese wenigen Fälle würden nach jeder Richtung geprüft, bevor man sich dazu entschließe, einen Verführten zu liquidieren. Andererseits dürfe man nicht vergessen, daß es gerade in dem Gebiet um Chelm, also einem landwirtschaftlichen Gebiet, wilde Schießereien gegeben habe, und daß SS und Polizei sogar mit MG-Feuer angegriffen worden seien. Wenn es gelinge, die Täter zu fassen, müsse natürlich ganz außerordentlich durchgegriffen werden, und es könne keine Rücksicht darauf genommen werden, daß es sich vielleicht um Bauern handele.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er grundsätzlich angeordnet habe, Bauern und Arbeiter von der Aktion auszunehmen.

SS-Obergruppenführer Krüger führt weiter aus, daß er dem Wunsch, der Selbstschutz möge in Zukunft nicht mehr allein, sondern nur in Verbindung mit SS und Polizei eingesetzt werden, Rechnung tragen werde. Übrigens werde der Selbstschutz in jenen Gebieten, in denen die Wehrmacht Rekrutierungen vornehme, zahlenmäßig stark zurückgehen.

Bezüglich der jüdischen Zwangsarbeit sei man noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis gekommen. Die jüdischen Arbeiter zur Zwangsarbeit einzusetzen, habe erst dann einen praktischen Sinn, wenn man wisse, daß die Judenbewegung innerhalb des Generalgouvernements zum Abschluß gekommen sei.

Es sei klar, daß gerade die jüdische Zwangsarbeit nur zentral geleitet werden könne. Es müsse eine Zentralstelle geschaffen werden, die sämtliche Juden karteimäßig erfasse. Die einzelnen Dienststellen — Wehrmacht, Distrikte, Zivilverwaltung, Polizei usw. — könnten dann bei dieser Zentralstelle ihren Bedarf an jüdischen Arbeitskräften anmelden und bekämen diese Arbeitskräfte von der Zentrale zur Verfügung gestellt. Dadurch würde eine einheitliche Lenkung der jüdischen Zwangsarbeit innerhalb des Generalgouvernements erreicht.

Zur Frage des polnischen Baudienstes sei zu bemerken, daß hierbei die Gefahr bestehe, daß jene Arbeiter, die bei diesem polnischen Baudienst eingesetzt werden, sich nicht mehr zur Arbeit in das Reich melden. Das stünde den Bestrebungen entgegen, die dahingingen, nicht nur Landarbeiter, sondern auch gewerbliche Arbeiter ins Reich zu bringen. Mit der Einrichtung des polnischen Baudienstes werde ein erheblicher Teil der polnischen Arbeiter der Erfassung durch die Werbung entzogen.

Von Seiten des Leiters der Abteilung Arbeit sei der Antrag gestellt worden, Juden für die freie Arbeit freizugeben. Dies müsse grundsätzlich abgelehnt werden, denn es widerspreche der Verordnung des Generalgouverneurs, wonach Juden nur zur Zwangsarbeit heranzuziehen seien.

Was die Finanzierung des Selbstschutzes anlange, so sei hierüber nunmehr eine abschließende Entscheidung getroffen worden. Der Selbstschutz habe einen vom Generalgouvernements genehmigten Etat,und mit diesem Etat müsse er auskommen. Etwaigen Beschlagnahmeaktionen durch den Selbstschutz werde in Zukunft schärfstens entgegengetreten werden.

Den Wünschen des Gouverneurs Dr. Fischer auf Verlegung des Polizeibataillons von Ostrow nach Sieldce werde nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Es sei zu hoffen, daß sich in der Frage der Unterkunft eine Lösung finden lasse.

. . . . . .

Gouverneur Dr. Wächter gibt der Auffassung Ausdruck, daß mit der Einrichtung des polnischen Baudienstes eine Gefährdung der Landarbeiterverschickung nach dem Reich nicht zu befürchten sei. Man erhoffe sogar im Gegenteil eine Förderung dieser Landarbeiterverschickung. Die im Baudienst tätigen polnischen Arbeiter erhielten ja keinen Lohn, sondern nur eine einfache Verpflegung und ein kleines Taschengeld. Wenn sie sich vergegenwärtigen, daß sie auch sonst zur Arbeit gezwungen würden, dann würden sie vielleicht eher bereit sein, nach Deutschland zu gehen. Außerdem würden ja die polnischen Arbeiter auch nur für eine vorübergehende Zeitdauer im polnischen Baudienst beschäftigt, sie würden dann aber immerhin wieder mit der Arbeit vertraut und nach Ablauf der 6 Monate vielleicht gern bereit sein, sich in eine andere Arbeitsstelle vermitteln zu lassen. Jedenfalls sei mit dem polnischen Baudienst der Versuch unternommen worden, Menschen, die sich bisher arbeitslos herumtrieben, wieder in Arbeit zu bringen und sie im Straßenbau, Wasserbau usw. zu beschäftigen.

Landrat Dr. Siebert weist darauf hin, daß in den Berichten der Kreishauptmänner vielfach die Frage der Bewaffnung der polnischen Polizeibeamten aufgeworfen und darauf aufmerksam gemacht werde, daß die polnischen Polizisten häufig Kämpfe mit Banditen oder sonstigen gefährlichen Elementen zu bestehen hätten. Weiter kämen aus allen Kreishauptmannschaften vielfach Wünsche nach einer Uniformierung der polnischen Polizei.

Oberst Müller bemerkt, daß zur Zeit 80 % der polnischen Polizei bewaffnet sei, davon ein Teil mit Pistolen, ein anderer mit Gewehren, ein Teil trage Gummiknüppel. Man habe der polnischen Polizei allerdings die polnischen Gewehre entzogen und ihr Mannlicher-Gewehre gegeben, denn man müsse immerhin damit rechnen, daß sich Polizeibeamte über den festgesetzten Satz hinaus polnische Munition verschafften.

SS-Obergruppenführer Krüger bemerkt, daß Mannlicher-Gewehre zur Verfügung ständen und auch vom Reich geliefert worden seien. Hier müßte ein vernünftiger Austausch stattfinden, und zwar müßte der polnische Polizeibeamte in Gegenden, in denen er mit einer feindlichen Bevölkerung zu tun habe, mit dem Mannlicher-Gewehr ausgerüstet werden. ...

Brigadeführer Streckenbach nimmt dann zur Frage der Judenräte Stellung. Die Sicherheitspolizei sei an der Judenfrage aus naheliegenden Gründen sehr stark interessiert. Deshalb sei auch die Einrichtung der jüdischen Ältestenräte geschaffen worden. Nach der formellen Gründung der Ältestenräte habe man an den größeren Plätze jeweils einige oder mehrere Beamte als Aufsichtspersonen in die Ältestenräte geschickt. Diese Beamten hätten einen Einblick in die jüdischen Kultusmethoden usw. Die Einrichtung habe sich sehr gut bewährt. Mehr und mehr sei aber die sicherheitspolizeiliche Lenkung des Judentums dadurch etwas eingeschränkt worden, daß sich planlos alle möglichen politischen Behörden und Formationen des Ältestenrats und der Kultusgemeinden bedient hätten. So seien planlos Arbeitskräfte angefordert worden, desgleichen habe man ziemlich willkürliche Materialanforderungen an die Ältestenräte gestellt, zum Teil habe man auch Geldbeträge verlangt. Hier müsse jedenfalls eine klare Lösung gefunden werden. Vor allem müsse eine Entscheidung darüber getroffen werden, durch welche Instanz die jüdischen Ältestenräte beaufsichtigt werden, ob durch den Kreishauptmann, durch den Distriktchef, durch den Stadthauptmann oder aber durch die Sicherheitspolizei. Wenn er das letztere befürworte, so tue er es aus sachlichen Gründen. Eine Feststellung der Verwaltungsinstanzen über Dinge, die das Judentum angingen,

müßte doch an die Sicherheitspolizei weitergeleitet werden, umsomehr, wenn sich ein Exekutiveingriff daran schließen müßte. Die Erfahrung zeige auch, daß der Sicherheitsdienst dauernd einen Überblick über die Verhältnisse im Judentum habe. Das bedeute durchaus nicht, daß die Sicherheitspolizei mit einer solchen Regelung vielleicht bei den Juden gewissermaßen den Rahm abschöpfen und alles für sich in Anspruch nehmen wollte. Der Sicherheitspolizei sei durch die Beschlagnahmeverordnung der Weg vorgeschrieben. Sie beziehe auch ihr Geld aus dem Reich und habe keineswegs das Bedürfnis, sich zu bereichern, zumal verwaltungstechnisch keinerlei Titel dafür bestehen. Er würde nach alledem vorschlagen, die Entscheidung so zu fällen, daß der jüdische Ältestenrat und damit überhaupt die Juden insgesamt der Aufsicht der Sicherheitspolizei unterstellt würden, daß alles, was von den Juden gewünscht werde, über diese Stelle geleitet werde. Die Zahl der Juden werde ja noch größer werden, wenn die Juden aus den Ostprovinzen ins Generalgouvernement kämen. Wenn die jüdischen Gemeinden weiter so ausgebeutet würden wie bisher, dann fielen eines schönen Tages Millionen von Juden dem Generalgouvernement zur Last. Schließlich könne man sie ja nicht verhungern lassen. Die dem Judentum zur Verfügung stehenden Mittel seien recht bescheiden, denn im Generalgouvernement gebe es keine reichen Juden mehr, sondern in der Hauptsache nur noch ein Judenproletariat. Er würde es also begrüßen, wenn die Frage der Beaufsichtigung der jüdischen Ältestenräte und Kultusgemeinden einmal grundsätzlich entschieden werden würde. Die Sicherheitspolizei dränge sich gewiß nicht nach dieser zusätzlichen Belastung, aber die Praxis habe bewiesen, daß die bisherige Art und Weise der Behandlung dieser Frage nicht zweckmäßig sei.

Was das Gefängniswesen angehe, so seien die Verhältnisse hier einfach katastrophal, vor allem angesichts der Überfüllung der Strafanstalten. Man hoffe allerdings, diesen Zustand in absehbarer Zeit ändern zu können. Ferner herrsche ein völliges Durcheinander hinsichtlich der Art der Gefängnisinsassen. Vom Untersuchungsgefangenen und Schutzhäftling bis zum Zuchthäusler sitze alles in einem und demselben Gefängnis. Deswegen müsse in Polen eine Trennung durchgeführt werden. Dieser Trennung müsse allerdings ein anderer Maßstab als derjenige des Reiches zugrunde gelegt werden.Im Reich gebe es Polizeigefängnisse in beschränktem Umfange für Häftlinge mit kurzfristigen Strafen, weiter gebe es die Gefängnisse der Justizverwaltung. Im Generalgouvernement müßten einmal unter der Polizei und Justiz die Gefängnisse aufgeteilt werden, sodaß in jeder größeren Stadt ein Polizeigefängnis und ein Gerichtsgefängnis vorhanden sei. Die Verwaltung dieser Gefängnisse

müßte dann voneinander getrennt werden, damit auch die Gefängnisinsassen nach der verschiedenen Art ihrer Verfehlungen getrennt werden könnten. Die Lösung der Frage könne nicht allzu schwierig sein. Die Gefängnisse in Polen seien sehr schlecht und überfüllt, ihre Zahl sei aber verhältnismäßig groß. Mit der Justiz werde man sich leicht auseinandersetzen können, denn die Justiz habe einen ziemlichklaren Überblick über die Zahl derjenigen, die sie in den Gefängnissen weiterbehalten müsse, sowie über die Zahl der noch zusätzlich hinzukommenden Gefangenen.

Gouverneur Dr. Zörner führt aus, daß man hinsichtlich der Beschäftigung der Juden wohl überall die gleichen Erfahrungen mache. Im Distrikt Lublin würden täglich Juden für die Arbeit angefordert, sie würden aber nicht in hinreichender Zahl zur Verfügung gestellt, andererseits könne man sie in den hauptsächlich von Juden bewohnten Städten auf den Straßen herumstehen sehen. Er halte es für richtig, die Zuständigkeit der Zivilverwaltung für diese Frage maßgebend sein zu lassen. Die Organe der Zivilverwaltung in Gestalt der Kreishauptmänner, der Kreiskommissare usw. seien infolge ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse viel eher in der Lage, die Juden mit Hilfe der Ältestenräte zur Arbeit heranzuziehen. Im südlichen Bezirk des Distrikts Lublin fehlten noch 22 km Straße. Gerade der südliche Kreis sei der beste Teil des Distrikts. Von der alten Ernte lägen dort noch z.B. 80 Tonnen Getreide, die immer noch nicht abtransportiert seien. Die Wehrmacht versuche allerdings, mit Lastkraftwagen das Getreide fortzuschaffen. Nach alle dem sei er besonders an diesem Arbeitseinsatz der Juden interessiert. Der SD. komme für die Durchführung dieser Aufgabe vorläufig noch nicht in Frage, schon aus dem einfachen Grunde, weil er nicht zahlreich genug sei. Nach Lage der Dinge werde ja der Arbeitseinsatz im Großen erst zum Herbst so weit sein, daß man wirklich eine fühlbare Hilfe von ihm erwarten könne. Im übrigen entsinne er sich aus seiner Krakauer Tätigkeit, daß Landrat Dr. Siebert öfter in der Frage der Judenräte sich an ihn gewendet habe, und er, gouverneur Dr. Zörner, habe ihm auch für die Durchführung dieser Aufgabe seine Beamten zur Verfügung gestellt. Als Verwaltungsmann müsse er zunächst noch dafür plädieren, daß für diese Frage die Zivilverwaltung zuständig bleibe.

. . . . . .

Gouverneur Dr. Lasch hat hinsichtlich des Einsatzes der Juden bisher keinerlei Schwierigkeiten gehabt. Der Selbstschutz habe die Maßnahmen der Distriktsverwaltung in jeder Form unterstützt.

Gouverneur Dr. Wächter hält eine Zusammenarbeit von Sicherheitspolizei und Stadtverwaltung für notwendig. Wenn die Sicherheitspolizei diese Aufgabe durchführen solle, dann müsse sie auch einen entsprechenden Apparat zur Verfügung haben. Es genüge nicht die sicherheitspolizeiliche Kontrolle, sondern die betreffende Stelle müsse auch die Erfassung und Zurverfügungstellung der benötigten Zahl von Juden durchführen können. Deswegen sei hier eine Gemeinschaftsarbeit von Sicherheitspolizei und Stadtverwaltung gegeben.

. . . . . .

Der Herr Generalgouverneur nimmt dann zur Frage der Landarbeiterbeschaffung Stellung und weist darauf hin, daß jetzt teilweise Zwangsmaßnahmen ergriffen werden müßten.

SS-Obergruppenführer Krüger hält die Art und Weise, wie die Landarbeiterwerbung zur Zeit durchgeführt wird, für praktisch unmöglich. Er habe sich bereit erklärt, bzw. die Anordnung gegeben, daß SS und Polizei selbstverständlich für diese Frage zum Einsatz kommen müsse, und zwar in dem Augenblick, in welchem die freiwillige Werbung aufhöre. Dieser Zeitpunkt sei zwar gekommen, andererseits beständen hier aber doch noch manche Unstimmigkeiten, insbesondere hinsichtlich der Tatsache, daß die Polizei zum Teil in unzweckmäßiger Weise eingesetzt werde. Mit der Methode, in der man hier vorgehe, erreiche man das Gegenteil von dem, was man erreichen wolle. Wenn heute z.B. ein Gendarm zur Landarbeiterwerbung in ein Dorf komme, dann habe sich das schon herumgesprochen, und die männliche Bevölkerung flüchte sofort in die Wälter. Sie bleibe so lange dort, bis ihr gemeldet werde, daß der Gendarm wieder weggegangen sei. Das könne natürlich nicht der Sinn solcher Maßnahmen sein. Er habe seinerzeit gebeten, daß ihm die Möglichkeit gegeben werde, mit Maßnahmen einzuschreiten, die auch wirklich einen durchschlagenden Erfolg verbürgten. Gewiß sei der Zeitpunkt für eine durchgreifende Aktion noch nicht gekommen. Er stehe dann aber auf dem Standpunkt: wenn man auf dem Lande werben wolle und die Polizei jetzt schon für diese Aufgabe eingesetzt werde, dann müßte man eigentlich auch den polnischen Woids und Bürgermeistern eine Auflage machen. Dieser polnische Bürgermeister habe ja die Möglichkeit, zu übersehen, welche Männer in seinem Dorf für den Landarbeiternachschub ins Reich in Frage kämen. Ihm müsse dann eben die Auflage gemacht werden, für einen bestimmten Tag so und so viele Männer zur Verfügung zu stellen. Hier könne dann auch die Polizei entsprechend mitwirken. . . .

Gouverneur Dr. Wächter weist darauf hin, daß bisher auch im Zuge der friedlichen Erfassung der Landarbeiter die Woids vielfach schwer bedroht worden seien. Die Kreishauptleute hätten vielfach gemeldet, daß die Woids Angst hätten, ihr Amt weiter auszuüben. ... Er habe versucht, im Distrikt Krakau in der Weise zum Ziele zu gelangen, daß er bei der weiteren Durchkämmung den Kommissionen immer Polizisten beigegeben habe. Es habe sich doch gezeigt, daß die Teilnahme von uniformierten Ordnungsorganen bei der ganzen Aktion doch einen gewissen Erfolg gehabt habe.

Landrat Dr. Siebert gibt seinem Befremden darüber Ausdruck, daß in der letzten Zeit immer wieder von reichsdeutschen Stellen versucht werde, polnische Kriegsgefangene nach Polen hinüber-zuschaffen. Er halte ein solches Vorgehen gerade im Zusammenhang mit der Frage der Landarbeiterbeschaffung für ganz untunlich. Man sollte viel mehr danach trachten, die Kriegsgefangenen als Arbeiter in Deutschland zu behalten. ...

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratungen zusammen und führt aus:

.....

Ob nun der Gouverneur eine Angelegenheit direkt erledigt oder ob es durch die Polizei geschieht, das bedeutet in Wirklichkeit keine Konkurrenz. Auch die Polizei steht dem Gouverneur zur Verfügung, auch der Polizeiapparat im Distrikt ist ein Bestandteil der gesamten Verwaltung. Einen Gegensatz: Verwaltung einerseits und Polizei andererseits darf es also nicht geben.

... Wenn eine Justizstelle wahnsinnig genug wäre, das Vorgehen irgendeiner Polizeidienststelle im Zusammenhang mit einer großen politischen Aktion einer strafrechtlichen Untersuchung zu unterziehen und allenfalls eine Anklage gegen diese Polizeidienststelle oder eine andere Dienststelle wegen Verletzung von Dienstpflichten usw. zu erheben, so könnte man in diesem Vorgehen natürlich gerade aus dieser nicht echten Konkurrenz von Verwaltung und Polizei einen scharfen Verstoß gegen das Gemeinschaftsinteresse erblicken. ... Ich habe ja gerade die Sitzung aus dem Grunde einberufen, um die Gouverneure und die Polizeidienststellen darauf aufmerksam zu machen, daß wir über den legalen Rahmen unserer Aufgaben hinaus eine ganz große politische Verantwortung hier in diesem Raum zu tragen haben. Es kommt nicht darauf an, daß wir einen legal vorbildlichen Musterstaat ins Leben rufen, sondern es kommt hauptsächlich darauf an, die große nationalsozialistische Ostaufgabe hier in diesem Raum zu erfüllen. Es kann also nicht das Ziel sein, hier einen Rechtsstaat aufzubauen, sondern die Ostpolitik muß so geführt werden, daß immer als die entscheidenste Mission

der Ausbau der Befehle des Generalgouverneurs im Vordergrund steht. . . .

Zur Frage der Überwachung der Judenräte — ob diese Überwachung durch den SD oder durch den Kreishauptmann erfolgen soll — möchte ich folgendes sagen: Die Polizei ist der Waffenträger der Reichsführung für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren. Sie ist auch im Generalgouvernement in diese klare Funktion eingereiht. Sie hat keinen Selbstzweck,und daher kann auch die Frage der Überwachung der jüdischen Ältestenräte nur eine reine Zweckmäßigkeitsfrage sein. Wie in Deutschland in politischen Sachen die Überwachung bei der politischen Polizei liegt, so muß auch die Überwachung der jüdischen Ältestenräte von der dafür vorhandenen Organisation, der Sicherheitspolizei und dem SD,vorgenommen werden. . . . Eine völlig andere Frage ist die Verwendung der jüdischen Ältestenräte bei der Herbeischaffung von Arbeitskräften. . . . Hier muß eine Zentrale bestehen, und diese Zentrale ist nach der Verordnung über die Einführung des jüdischen Arbeitszwanges der Höhere SS- und Polizeiführer. Hauptaufgabe der jüdischen Ältestenräte ist die Verwirklichung des jüdischen Arbeitszwanges. Weitere Aufgaben sind die Aussiedlung der Juden, die Ernährung der Juden usw. Hier bin ich der Meinung, daß bis zur endgültigen Durchführung der Arbeitspflicht diese Dinge den Kreis- und Stadthauptleuten übertragen werden können, und daß die Anforderungen aller Dienststellen über die Kreis- und Stadthauptleute laufen und durch diese der Einsatz der jüdischen Arbeitskräfte vor sich geht, selbstverständlich in engster Verbindung mit Sicherheitspolizei und SD. Eine endgültige Regelung dieser Frage muß noch gefunden werden. Ich erwarte bis zur nächsten Sitzung, die ungefähr am 15. Juni stattfinden soll, von den Gouverneuren endgültige Vorschläge darüber, wie sie sich den Einsatz der Juden denken. Bis dahin bleibt es bei der bisherigen Methode. Ab 1. Juli wird dann die endgültige Form der Regelung des jüdischen Arbeitseinsatzes in Kraft treten.

Zum Problem der Kriegsgefangenen wurde mir in Spala gesagt, daß die polnischen Kriegsgefangenen freigelassen werden sollen. Heute habe ich aber erfahren, daß diese Kriegsgefangenen das Reichsgebiet nicht verlassen werden. Es wird ihnen mitgeteilt, daß sie zwar aus ihrer Eigenschaft als Kriegsgefangene entlassen werden, daß sie aber verpflichtet sind, im Reich zu den für alle Polen geltenden Bedingungen als Arbeitskräfte sich zur Verfügung zu stellen. Eine andere Lösung ist auch garnicht denkbar. Sollte trotzdem einmal ein fehlgeleiteter Zug von Kriegsgefangenen in das Generalgouvernement kommen, so ist er unverzüglich wieder nach Deutschland zurückzuleiten. . . .

Ein weiteres Kapitel ist die Behandlung der ins Reich geschickten polnischen Landarbeiter. Wenn man den Leuten, nachdem sie draußen sind, entgegen den im Generalgouvernement gemachten Zusagen, den Lohn von 50 RM. auf 25 RM. kürzt, wenn man ihnen nicht erlaubt, in die Kirche zu gehen, wenn man sie in jeder Weise degradierend behandelt, kann man nicht erwarten, daß das Generalgouvernement im nächsten Jahr noch in der Lage ist, ein größeres Kontingent von Arbeitern freiwillig ins Reich zu bringen. Wenn mir entgegengehalten wird, daß wir dann die Leute eben verhaften sollen, so muß ich sagen: Bitte, meine Herren im Reich, stellen Sie mir 150 000 Mann Polizei, SS und Wehrmacht zur Verfügung, denn nur dann kann ich die Polen in Massen verhaften. ...

Angesichts der Überfülle von Aufgaben, die heute schon auf den Sicherheitsorganen des Generalgouvernements liegen, ist es ausgeschlossen, daß wir mit den wenigen Bataillonen, die uns zur Verfügung stehen, auch noch in die Dörfer gehen, die Dörfer umstellen, die männliche Bevölkerung aussieben und abtransportieren. Was zu tun war, ist geschehen. Es gelang mit den von uns angewandten Methoden, die Werbung einigermaßen in Gang zu bringen, und ich wäre dankbar, wenn es möglich wäre, daß die Polizei in diesem Sinne die Werbung weiterführen würde. ...

Ich möchte noch ein Wort sagen zur Frage der Beschlagnahmen. Ich bekomme dauernd Berichte über die Fortsetzung der Beschlagnahmerei. Die Meinung, daß man beschlagnahmen könne, ist weit verbreitet. Es ist nicht immer schlechter Wille, sondern oft auch dringende Notwendigkeit und die Unmöglichkeit einer normalen Versorgung. Außerdem ist der Beutetrieb einer der ältesten Triebe des Menschen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Dienststellen erneut auf die schärfste Beachtung der Beschlagnahmeordnung hinweisen würden. Nötigenfalls müßte einmal ein Schreckensexempel statuiert werden.

Sehr wichtig ist die Frage der Information der allgemeinen Dienststellen über bevorstehende polizeiliche Aktionen. Dieses Problem ist wichtig und sehr schwierig. Es gibt polizeiliche Aktionen, bei denen eine vorherige Information irgendwelcher mit dieser Aktion nicht unmittelbar beteiligter Dienststellen eine Unmöglichkeit wäre. Ich muß das ausdrücklich für die Polizeiorgane des Generalgouvernements feststellen, daß es hier polizeiliche Aktionen gibt, die absolute Geheimhaltung erfordern. Es liegt das eben im Charakter der polizeilichen Maßnahmen. Trotzdem würde ich, Herrn Obergruppenführer Krüger bitten, wenn es möglich wäre, dem Gouverneur von solchen Aktionen jeweils streng vertraulich unter

vier Augen Kenntnis zu geben, wobei der Gouverneur selbstverständlich gehalten wäre, diese Aktion streng für sich zu bewahren. Ich wäre dankbar, wenn das möglich wäre, denn es wäre wünschenswert, daß die Gouverneure von solchen Dingen Kenntnis haben. Polizeiliche Aktionen ganz allgemeiner Art, die nicht unter diese Geheimhaltungspflicht fallen, bitte ich in kameradschaftlicher Weise vorzubereiten.

Die Frage des Gefängniswesens wird schon in nächster Zeit Gegenstand einer grundsätzlichen Besprechung sein. Schon heute kann aber gesagt werden, daß die Justiz dann, wenn sie ihre eigenen Gefängnisse hat, auch ihre eigenen Beamten haben muß. Es geht nicht an zu sagen: das ist ein Justizgefängnis, aber SS und Polizei müssen es bewachen. Das Reich muß dann hierfür die nötigen Beamten zur Verfügung stellen. Eine scharfe Trennung ist notwendig zwischen den eigentlichen Strafvollzugsanstalten und den Verwahrungsgefängnissen.

Was die Konzentrationslager anlangt, so waren wir uns klar, daß wir hier im Generalgouvernement Konzentrationslager im eigentlichen Sinne nicht einrichten wollen. Wer bei uns verdächtig ist, der soll gleich liquidiert werden. Was sich draußen in den Konzentrationslagern des Reiches an Häftlingen aus dem Generalgouvernement befindet, das soll uns zur AB-Aktion zur Verfügung gestellt oder dort erledigt werden. Wir können nicht die Reichskonzentrationslager mit unseren Dingen belasten. Was wir mit den Krakauer Professoren an Scherereien hatten, war furchtbar. Hätten wir die Sache von hier aus gemacht, wäre sie anders verlaufen. Ich möchte Sie daher dringend bitten, niemanden mehr in die Konzentrationslager des Reiches abzuschieben, sondern hier die Liquidierung vorzunehmen odereine ordnungsgemäße Strafe zu verhängen. Alles andere ist eine Belastung des Reiches und eine dauernde Erschwerung. Wir haben hier eine ganz andere Form der Behandlung, und diese Form muß beibehalten werden. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sich an dieser Behandlung nichts ändern wird durch einen allenfallsigen Friedensschluß. Dieser würde nur bedeuten, daß wir dann als Weltmacht noch viel intensiver als bisher unsere allgemeinen politischen Aktionen durchführen würden, er würde bedeuten, daß wir in noch großzügigerem Maße zu kolonisieren haben, aber ändern würde er an dem Prinzip nichts. Es bleibt bei der schärfsten antipolnischen Tendenz, wobei jedoch Rücksicht genommen werden muß auf die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit des polnischen Arbeiters und des polnischen Bauern. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir dieses Gebiet des Generalgouvernements nicht halten können, wenn wir einen

Ausrottungsfeldzug gegen die polnischen Bauern und Arbeiter beginnen würden in der Form, wie er von einzelnen Phantasten gedacht ist. Es kann sich nur um die Beseitigung der Führerschicht handeln, aber das arbeitende Volk muß unter unserer verantwortlichen Befehlsgewalt nutzbringende Arbeit leisten. Daher ist es zweckmäßig, daß die Polizei auch von diesem Volk der Bauern und Arbeiter als eigener Schutz angesehen wird. Helfen Sie mir bitte, diese Splitterungspolitik zu unterstützen! Es würde nicht schaden, wenn die Polizei von sich aus öfters demonstrativ den Schutz eines polnischen Arbeiters übernehmen würde gegen einen polnischen Großkapitalisten. Es müßte sich ganz allgemein unter den polnischen Bauern und Arbeitern die Meinung verbreiten: wir stehen unter dem Schutz des Reiches und seiner Exekutivorgane und brauchen uns nicht fürchten, wenn wir unsere Arbeit tun. Diese allgemeine Aktion ist umso wichtiger, je schärfer wir gegen die eigentlichen Machthaber und Führerpersönlichkeiten in Polen vorgehen.

Ich hätte dann noch den Wunsch: ...

Es ist notwendig, daß alle amtlichen Bezeichnungen, alle öffentlichen Bekanntmachungen, Fahrpläne, Stationsbezeichnungen usw. in erster Linie deutschsprachig sind. Die Leute müssen einsehen, daß das Gebiet des Generalgouvernements Bestandteil des deutschen Machtbereichs bleibt, auch in Zukunft.

Ich werde im Benehmen mit SS-Obergruppenführer Krüger Ende Juni wieder eine Sitzung hier halten. Es wird dann Bericht erstattet werden über die AB-Aktion, und es werden einige grundsätzliche Fragen, die mit der Umsiedlung zusammenhängen, erörtert werden. Es ist das sehr wichtig, denn wenn wir 450 000 Juden, 120 000 Polen aus dem Reichsgebiet, 60 000 Polen aus Sowjetrußland und dazu noch Tausende von Polen aus Rumänien, Ungarn und Littauen in das Gebiet des Generalgouvernements hereinbekommen, so sehe ich ernste Aufgaben für uns alle. Ungeheuer schwierige Probleme werden wir zu meistern haben.

Zweck der heutigen Sitzung war es nicht, ein erschöpfendes Programm zu erledigen, oder in eine lange parlamentarische Diskussion einzutreten. Ich rechne auf jeden Einzelnen von Ihnen als Persönlichkeit, als Kerl, der in seinem Aufgabenbereich als treuer Nationalsozialist und Kämpfer des Führers seine Arbeit leistet und auch das Herrenmäßige der Führung in diesem Raum repräsentiert.

... Hier sind wir ein Einsatzpunkt, der heute ganz klein ist, aber übermorgen vielleicht oder über Nacht einmal eine ganz gigantische Expansion annehmen kann.

2233-PS

Interview

des Herrn Generalgouverneurs durch den Korrespondenten des V.B., Kleiss

6. Februar 1940.

Am 6.Februar 1940 wurde der Herr Generalgouverneur von dem Korrespondenten des V.B. Herrn Kleiss interviewt. Das Interview begann um 1/4 10 Uhr Abends und hielt sich in ganz
*[10]) zwanglosen Formen. Bei einem Glase Wein unterhielten sich der Herr Generalgouverneur und sein Gast im Plauderton. Zugegen waren auch Reichshauptamtsleiter Dr Gassner und Schloßhauptmann Buchner.

Der Herr Generalgouverneur begann die Unterhaltung mit dem Hinweis, daß er am nächsten Freitag vor den Vertretern der ausländischen Presse in Berlin sprechen solle, da offenbar eine neue Greuelpropaganda gegen das Generalgouvernement eingesetzt habe

Dr Gassner bestätigte diese Auffassung und teilte mit, daß ein Gelbbuch von Sikorski erschienen sei.

. . . . . .

„Wir haben hier einen repräsentativen Rahmen" sagte der Herr Generalgouverneur und wies lächelnd auf ein über dem Tisch hängendes Rembrandtbildnis — „sein Wert geht wohl in die Hunderttausende, wenn es überhaupt möglich ist, den Wert solcher Kunstwerke zu schätzen".

Kleiss: Ja, im Osten imponiert die Nagaika und der Pomp.

Nachdenklich meinte der Herr Generalgouverneur: „Warum hält sich wohl der Bolschewismus in Rußland? Ich glaube, deshalb, weil der Russe heute keinen Prunk mehr sieht. Früher war die Distanz spürbar: jeder kleine Russe hat gespürt, daß der Zar, die Gutsbesitzer und die Popen anders lebten als er. Heute leben die Leute im Stil des verarmten Volkes. Ich glaube nicht, daß der Bolschewismus so bald verschwinden wird. Die Mitteilungen, die wir haben, lauten jedenfalls anders.

. . . . . .

Der Herr Generalgouverneur fuhr fort: „Wir haben sehr viel mit den Russen zu tun, sind sie doch unsere Nachbarn, unsere Stammgäste.Man denke einmal darüber nach; beide Flaggen nebeneinander. General Nabraschinkoff, der stellvertretende Innenminister der Sowjetunion, das Bild eines Raubmörders mit

[10]) bei * Vm: A 12/II, P uml (Rot)

abgeflachter Stirn, einem Gorilla ähnlich, mit großen gelben Zähnen, schlug sich brüllend auf die Schenkel und sagte: „Aber, oh, die Flaggen sehr gut, beide sehr viel rot!“ ...

Kleiss: „Wann hat sich der Führer entschlossen, ein Generalgouvernement zu errichten?“

Der Herr Generalgouverneur erwiderte: „Anfang Oktober. Seit Mitte November sind wir hier. Für uns ist es wichtig, zu wissen, daß das Generalgouvernement eine Lösung darstellt. Es ist besetztes polnisches Gebiet. Hier finden noch die polnischen Gesetze Anwendung, soweit wir sie nicht außer Kraft gesetzt haben. Wir haben die polnische Währung, es ist ein eigenes Wirtschaftsgebiet. ...

Kleiss: „... Vielleicht wäre es auch interessant, den Unterschied zwischen Protektorat und Generalgouvernement herauszuarbeiten?“

„Einen plastischen Unterschied kann ich Ihnen [11]) sagen. In Prag waren zB große rote Plakate angeschlagen, auf denen zu lesen war, daß heute 7 Tschechen erschossen worden sind. Da sagte ich mir: wenn ich für je sieben erschossene Polen ein Plakat aushängen lassen wollte, dann würden die Wälder Polens nicht ausreichen, das Papier herzustellen für solche Plakate. — Ja, wir mußten hart zugreifen. Jetzt hat sich aber schon vieles beruhigt. Es ist ja grauenhaft, Polen ist vollkommen aufgeteilt, so aufgeteilt, wie es noch niemals war. Diesmal ist es ganz anders. Nun kommen die Leute zu mir, ich aber sage ihnen: „Was jammert ihr, — ihr müßt glücklich sein, daß ihr uns als Herren habt.“ Krakau ist ja einmal österreichisch gewesen. — Das Schlimmste für uns ist das Hineinspielen der gebildeten Polen aus Posen und Westpreussen. Da sitzen die von Deutschland kultivierten Polen. Nun schickt man sie uns hier hinein. Wir dürfen nicht vergessen: wir haben hier ein Gebiet von etwas über 120 000 qkm Fläche mit 14 Millionen Einwohnern, davon sind 2½ Millionen Juden, etwa 600 000 Ukrainer, Goralen, Lemken und Huzulen. Für uns sind sie eigene Völker, die wir pflegen.“ ...

Kleiss: Ist der Aufbau der Verwaltung im allgemeinen schon beendet?

„Ja. Der Generalgouverneur vereinigt in sich sämtliche Zuständigkeiten. Er untersteht direkt dem Führer; es gibt neben ihm keinen andern. Alles ist zusammengefaßt. Die Zentrale in Berlin ist hier nicht zuständig. “

Kleiss: Genau wie in Prag.

---

[11]) hinter „Ihnen“ ms gestrichen: „nicht“

„— Nur mit dem Unterschied: wir haben hier kein Reichsprotektorat. In Prag kann die Reichsregierung hineinregieren, sie steht über dem Reichsprotektor. Wir haben hier Abteilungsleiter; wir regieren unmittelbar über die Distriktschefs in Krakau, Warschau, Lublin und Radom. Jeder Distriktschef hat 10 Kreise unter sich. An der Spitze eines Kreises steht ein Kreishauptmann. Die Städte Krakau, Warschau, Radom, Lublin, Tschenstochau, Chelm und einige andere haben Stadthauptmänner. Sie bilden eigene Kreise."

Kleiss: Ist beabsichtigt, die Polen irgendwie bei der Selbstverwaltung mitwirken zu Lassen?

„Doch, wir beschäftigen sie; es gibt keine deutschen Bürgermeister. In den ukrainischen und goralischen Gemeinden sind Ukrainer und Goralen die Bürgermeister, die unmittelbar dem Kreishauptmann unterstehen.

. . . . . .

Wir haben polnische Polizisten im Dienst des Generalgouvernements, sie werden nicht von der Stadt bezahlt, wir wir überhaupt viele Tausende von polnischen Polizisten und Beamten bei der Eisenbahn, Post usw haben".

Kleiss: Man könnte vielleicht etwas über die soziale Betreuung der polnischen Bevölkerung sagen.

„Sehr wichtig ist zB, daß die Emissionsbank, die den Zloty betreut, zwei polnische Präsidenten hat, die allerdings unter deutscher Leitung stehen. Was die soziale Betreuung angeht, so bemühen wir uns, die Betriebe möglichst in Gang zu bringen. Es hat ja unendlich viel an Zerstörtem aufgeräumt werden müssen.Heute sind in ganz Polen etwa 350 Fabriken mit einer Belegschaft von mindestens einer halben Million voll in Gang und arbeiten ununterbrochen. Wir haben das Lohnniveau gehalten und bemühen uns, durch großzügige Verteilung von Lebensmitteln den Lebensstandard Dieser Arbeiter sicherzustellen. Die Bauern erlösen Preise, wie sie sie früher nie bekommen haben. — Die Juden haben eine Organisation der jüdischen Ältestenräte, eine Art Selbstverwaltung. In jeder Gemeinde gibt es einen jüdischen Ältestenrat, der direkt von den deutschen Behörden die die Juden betreffenden Aufträge entgegennimmt. Es ist eine totale Regelung: die Juden treten an und empfangen Befehle. Der Arbeitsdienst ist für die Juden eingeführt. Sie arbeiten sehr brav, ja, sie drängen sich dazu, und es bedeutet eine große Auszeichnung für sie, auf der Burg arbeiten zu dürfen. Der Typ des Ostjuden ist bei uns nicht bekannt; hier arbeitet der Jude."

Kleiss: Wie steht es mit dem geplanten Einsatz der polnischen Land- und Industriearbeiter?

„Das ist wahrhaftig eine großzügige Planung, viele Tausende von polnischen Land- und Industriearbeitern im Deutschen Reich zu verwenden. Alle organisatorischen Maßnahmen für die Auswahl dieser Arbeiter, für ihren Transport nach Deutschland, für die Sicherstellung ihres Lebensunterhalts sind getroffen.Schon Mitte Februar beginnen die ersten großen Transporte, die bis Ende März laufen sollen. Die polnischen Arbeiter werden darüber aufgeklärt, daß sie den ihnen gebührenden Lohn bekommen und an ihre Familien etwas heimschicken können. Es ist natürlich sehr schwer. Zum großen Teil sind sie recht vergrämt. Das ist auf die riesige Gegenpropaganda zurückzuführen, die mit den gemeinsten Mitteln arbeitet. Sagt sie doch den Leuten: ihr seid dort Sklaven, werdet scheußlich behandelt, kommt hinter Stacheldraht, müßt Abzeichen tragen, Lohn gibt's nicht, ihr müßt am Westwall arbeiten usw usw."

Kleiss: Im Kriege spielt doch wohl das Generalgouvernement die Rolle, mit seinen Hilfsmitteln den Kampf des deutschen Volkes zu erleichtern?

„DasGeneralgouvernement ist voll auf Kriegsleistung eingestellt — die Rüstungsbetriebe, die Eisenwerke usw."

Kleiss: Man macht sich im Reiche viele Illusionen, daß man nach einem oder zwei Jahren Lebensmittel von hier bekommt.

„Das hängt von der Intensivierung der Landwirtschaft ab. ... Wir haben landwirtschaftliche Maschinenfabriken in Gang gebracht, auch große Stickstoffwerke, Waggonfabriken usw. Es bedeutet eine spürbare Entlastung für das reich in kurzer Zeit. Das Generalgouvernement wird eine Erzförderung von sicher 480 000 t in dem berühmten Radomer Industriebecken haben; mit der Erdölförderung in Jaroslau werden wir auf 300 000 t kommen. Wir haben eine Fläche von 70 000 ha für den Anbau von Flachs, für Zuckerrüben sind es 90 000 ha. Wir haben riesige Waldungen mit großen Holzbeständen, weiter große Phophoritlager, eine hochwertige Erdgasleitung usw, nicht zu vergessen das Industrierevier im Sanwinkel."

Kleiss: Kann man etwas über die endgiltige Grenzbereinigung gegenüber Sowjetrußland sagen?

„Ja, daß die Interessenzonen im wesentlichen durch Vertrag mit der Sowjetunion abgegrenzt sind. Das ist jetzt endgiltig bereinigt.

Kleiss: Auch gegen Westen?

„Das ist noch nicht endgiltig. Aber man kann sagen, dass das Gebiet des Generalgouvernements im wesentlichen sowohl nach Westen wie nach Osten festliegt. Weiter kann man feststellen, daß

die Grenzbeziehungen mit der Sowjetunion die freundschaftlichsten sind, daß die Sowjetrussen sehr häufig ihren Besuch in Krakau machen, daß sie gern gesehene Gäste in unserm Territorium sind, weil es ununterbrochen Fragen des gegenseitigen Interesses gibt, so etwa Umsiedlungsfragen, Fragen des Gütertransportes, des Warenaustausches usw."

Kleiss: Vielleicht könnte man auch diesen lächerlichen Gerüchten entgegentreten über die Entsendung deutscher Truppen nach Galizien oder die Besetzung der Eisenbahnlinie.

„Schreiben Sie doch: der Generalgouverneur lachte laut auf, als ich ihm die Frage stellte."

. . . . . .

Kleiss: Der Leser der Zeitung macht sich von dem Amt eines Generalgouverneurs keine blasse Vorstellung. . . .

„Wir haben hier eine Riesenzentralbehörde mit 800 Köpfen, die sämtliche Sparten zu betreuen hat. . . . Eisenbahn, Post, Jagdrecht, Forstrecht gehen unter meinem Namen; darüber muß ich entscheiden. Außerdem bin ich Generalbevollmächtigter für den Vierjahresplan, auch hier in unmittelbarer Unterstellung unter den Generalfeldmarschall, und habe die Leitung der gesamten Wehrindustrie, die ganze Rohstoffzuteilung und Produktion. . . . Außerdem bin ich Reichsverteidigungskommissar und habe da wieder eine eigene Dienststelle, in der ich alle Vollmachten der Wehrpolitik in diesem Generalgouvernement unmittelbar ausübe. . . .

Kleiss: Was wird mit der polnischen Beamtenschaft geschehen?

„Die ist ganz gut daran. Wir zahlen den früheren Beamten Pension. Soweit die Beamten dienstfähig sind, werden sie in den Dienst genommen, soweit sie noch nicht pensioniert sind und auch nicht in Dienst genommen werden können, bekommen sie Unterstützung

Kleiss: Es wird kein brennendes Problem der polnischen Intelligenz geben?

„Die polnische Intelligenz hat nichts zu sagen".

Kleiss: — daß sie nicht dem Hungertad ausgeliefert ist?

„Ach, das ist ein lächerlicher Schmarren. Wir können aus den Akten beweisen, daß der polnische Staat vor dem größten Bankrott stand, den es überhaupt gibt. Es ist alles reine Chimäre und Theater gewesen. Der polnische Staat war in einer Weise verschuldet, daß seine Zahlungsfähigkeit überhaupt nur von der jeweiligen Kreditgebung Englands abhing. Das ganze System des polnischen Staates

beruhte auf faulem Zauber. Das Volk selbst verwahrlost, vollkommen verarmt, ohne jede Versorgung, ohne jeden Sozialismus, ohne jede wirkliche, echte Volksgemeinschaft, — die polnischen kleinen Schichten des Arbeiters und Kleinbauern vollkommen schutzlos jeglicher Verelendung preisgegeben. Aber die polnischen höheren Schichten führten ein Prasser- und Luxusleben. . . . Wir haben hier noch 40 bis 50 % Analphabeten, was große Schwierigkeiten mit sich bringt, weil wir die Verodnungen publizieren müssen.Der ganze Handel zu 90 % in Händen der Juden, die ganze geistige Kultur in Händen der Kirche. . . . Polen war tatsächlich ein Ausbeutungsobjekt für die internationalen Gauner. Das nennt die internationale Welt eine Greueltat, während, wenn wir nicht die schützende Hand über die ausgebeuteten Polen halten würden, das polnische Volk vollkommen dem Elend preisgegeben wäre. Das polnische Volk stand vollkommen vor dem Abgrund. Man kann es nicht begreifen, daß dieser Staat es gewagt hat, gegen Deutschland zu kämpfen. Eine Verwahrlosung in allen öffentlichen Gebäuden, alle maschinellen Einrichtungen der Telegraphie, der Telephonie, der Eisenbahnsicherungsanlagen vollkommen veraltet. . . . Dagegen eins haben sie geschaffen: sie waren daran, sich eine große blühende Industrie aufzubauen. Das kommt uns nun zugute. Man hat große Gewehr-, Munitionsfabriken und Rüstungsbetriebe aufgebaut, die jetzt für Deutschland im Gange sind. . . . — Ein großes Verdienst hat die deutsche Verwaltung auch in der Seuchenbekämpfung. Das soll uns einmal einer nachmachen, daß wir über 700 000 Schutzimpfungen unentgeltlich an der gesamten irgendwie gefährdeten Bevölkerung durchgeführt haben mit der Wirkung, daß die Seuchenlage im Gebiete des Generalgouvernements noch niemals so günstig war, selbst nach Aussage polnischer Ärzte. —

Der Stand der Exekutionen im Generalgouvernement übersteigt in keiner Weise die Anzahl der Todesurteile in allen anderen kriegführenden Ländern. Es sind alles lächerliche Märchen wie die Behauptung, daß die Kirchen geschlossen sind. Daß das nicht der Fall ist, davon kann sich jeder überzeugen. Daß wir die Universitäten und Mittelschulen nicht eröffnen, hängt damit zusammen, daß wir es nicht dulden können, daß an diesen Stätten antideutsche Politik gemacht wird. Wir haben aus den Unterrichts- und Vorlesungsbüchern festgestellt, daß sie von der bluttriefendsten antideutschen Lehre durchsetzt sind.In einem Unterrichtsbuch für Mittelschulen steht zB, daß jeder Deutsche eine Bestie, daß der Deutsche der Todfeind jedes menschlichen Fortschrittes und der

Antichrist ist, daß das einzige Kulturvolk der Welt das polnische ist, daß alle Kultur in Europa auf Polen zurückgeht. Die deutsche Verwaltung kann unter solchen Umständen einen höheren Schulunterricht nicht zulassen; das muß wohl bis nach dem Kriege zurückgestellt werden. Im übrigen sind die Universitäten Brutstätten der Haßpolitik gegen Deutschland, wie sie das immer gewesen sind."

Kleiss: Kann man darüber etwas sagen, was das polnische Volk von uns zu erwarten hat?

„Jawohl, das steht auch in den Zeitungen. Ich habe immer gesagt: die ganze loyal sich verhaltende polnische Bevölkerung steht unter dem mächtigen Schutz des Deutschen Reiches, insbesondere die a rbeit enden und bäuerlichen Schichten. Aber jeder Versuch der Fortsetzung dieses Deutschenhasses wird rücksichtslos bis zur Vernichtung dieses Widerstandes bekämpft. — Was die Polen an Schandtaten verübt haben, das ist schon einzigartig und kann von niemandem in der Welt begriffen werden. Heute noch finden wir im Gebiet des Generalgouvernements die Opfer ununterbrochen zu beiden Seiten der großen Transportstraßen, auf denen die Deutschen vorwärts getrieben wurden. Viele wurden aus der Gegend von Neumarkt und Bielitz zu Fußgetrieben, Frauen, Kinder, werdende Mütter, alte Männer. ...

Dieser ernste Punkt steht zwischen Polen und Deutschen. Wenn wir dafür Rache nehmen wollten, wir könnten dafür an dem polnischen Volk Rache nehmen, Gnade Gott, daß wir uns zurückhalten. In jede Amts- und Dienststube kommt jetzt ein Bild von ermordeten Volksdeutschen, damit jeder deutsche Beamte ununterbrochen diese Warnung vor Augen hat: hüte dich vor der polnischen Mentalität, denke an die Ermordeten. Das Schlimmste ist, daß die Kirche die Schuld für diese Hetzereien trägt. Und wenn sich der Kardinal Hlond hier sehen lassen würde, dieser Kriegshetzer, würde ich ihn glatt erschießen lassen."

Kleiss: Die Juden haben ja wohl mächtig an der Registrierung der Zlotyscheine verdient, weil sie sie mit 70 bis 75 % angekauft haben.

„Ach, das ist nicht so schlimm. Das Hauptgeschäft machen wir. Ein wichtiges Problem ist es, die Masse der gebildeten Leute zu gewinnen. Die Ärzte haben Beschäftigung, zum großen Teil auch die Rechtsanwälte. Aber die ganze Fülle der Universitätsprofessoren, der Gutsbesitzer --"

Kleiss: Die sitzen alle?

„— Schließlich kann man nicht umsonst den Krieg anfangen. ...“

Kleiss: Was wird mit den 600 000 Ukrainern geschen?

„Die behandeln wir sehr loyal.“

Kleiss: Werden sie die Möglichkeit haben, sich kulturell zu organisieren?

„Das können wir jetzt noch nicht sagen. Jedenfalls sind die Ukrainer bei uns die wichtigste Verkehrspolizei. Wer eine kulturelle Betätigungsmöglichkeit haben will, soll nach Kiew gehen. Verhandlungen mit Rußland sind im Gange. Die Russen bemühen sich die Ukrainer zu finden. ... Es besteht ein selten großzügiges Übereinkommen zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich in der Frage der Flüchtlinge. Beide Reiche sind von der menschlichen Aufgabe überzeugt,den armen Opfern, die durch die eigene polnische Regierung ins schwerste Elend gestoßen w orden sind, zu helfen. — ... Daß der jüngste Reichsminister hier im Generalgouvernement tätig ist, daraus mögen die Polen ermessen, wie lange wir hier bleiben werden. — Ich spreche am Freitag vor der Auslandspresse, wahrscheinlich in Erwiderung auf das Gelbbuch. Wir werden hier den Platz nicht räumen. Unsere Aufgabe ist es, dieses Land im Sinne des deutschen völkischen Gedankens zu erhalten. Polen darf niemals wieder erstehen.

.....

Reichsamtsleiter Dr G a s s n e r: Ich bitte um die Genehmigung, das Interview in der Warschauer Zeitung erscheinen zu lassen.

Generalgouverneur Dr F r a n k: Nein, dagegen bin ich absolut. Es ist eine typische Sache für das Reich.

Von den Völkerschaften des Generalgouvernements sind die Goralen zweifellos germanischer Herkunft. — Was mit den Königsgräbern und der Schloßkathedrale auf die Dauer werden soll, weiß ich noch nicht.

Zum Fall Studnitzki — für mich ist jeder Pole der Feind Deutschlands. Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Ich kann nicht anders handeln. — Vitosch kann ich nicht freilassen, er ist Deutschenfeind. ...

BESCHREIBUNG:
Band 10: „Tagebuch 1941 I“ 1. Januar — 15. April
hs Unterstreichungen Ti

Sonnabend, den 11. Januar 1941

Besprechung mit SS-Obergruppenführer Krüger und Oberlandrat Westerkamp.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage der Einsiedlung von etwa 800 000 Polen und Juden ins Generalgouvernement.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die für diese Einsiedlung notwendigen Voraussetzungen hinsichtlich der Ernährung, der Bekleidung usw. dieser einzusiedelnden Massen von Seiten des Reiches erfüllt würden, glaubt SS-Obergruppenführer ::-:: Krüger ::-:: verneinen zu müssen.

Der Herr Generalgouverneur: ... Der Führer stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Generalgouvernement diese Aufgabe übernehmen müsse. Den vom Führer dafür gegebenen Argumenten könne man sich auch|wohl nicht verschließen. ... An sich brauche aber die Lage vorläufig nicht als katastrophal angesehen zu werden, vor allem dann, wenn das Reich auf die dem Generalgouvernement dadurch entstehenden Schwierigkeiten entsprechend Rücksicht nehme. ... Da das Generalgouvernement für Ernährung, Bekleidung und Unterbringung dieser 800 000 Menschen unter keinen Umständen aus eigenen Kräften aufkommen könne, bleibe nur der Ausweg übrig, einen gewaltigen Export von Arbeitskräften nach dem Reich in Gang zu setzen und andererseits diese Menschen im Generalgouvernement bei umfangreichen Arbeitsvorhaben zu beschäftigen.

Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß am 15. Januar 1941 in einer Sitzung das Problem der Einsiedlung und die damit zusammenhängenden Fragen einer eingehenden Besprechung unterzogen werden. An dieser Sitzung nehmen teil: Staatssekretär Dr. Bühler mit Sachbearbeitern, SS-Obergruppenführer Krüger mit Sachbearbeitern, Oberlandrat Westerkamp, Oberregierungsrat Dr. Schepers und Abteilungspräsident Dr. Frauendorfer.

Mittwoch, den 22. Januar 1941

::-:: Parteikundgebung ::-:: im Deutschen Lichtspielhaus zu Lublin. Die Veranstaltung wird durch SS-Brigadeführer Distriktstandortführer Globocnik mit Worten der Begrüßung und des Dankes an den Herrn Generalgouverneur eröffnet.

Der Herr Generalgouverneur hält sodann folgende Ansprache:

Parteigenossen und Parteigenossinnen, Deutsche!

. . . . . .

Nun haben wir es noch mit jenen Restbeständen von Leuten zu tun, die da sagen: Mein Gott, wie rauh sind die Nationalsozialisten hier gegen die Polen und Juden! Diesen Leuten will ich sagen: Wir werden hier hart, aber gerecht regieren und dafür sorgen, daß der Name des Deutschen hier in aller Ehrfurcht genannt wird, daß niemals wieder jenes Massenmorden beginnt, daß das polnische Volk zu seiner eigenen Schande und zur Schande seiner Geschichte an deutschen Menschen begangen hat. Wir werden es niemals vergessen, welche Schandtaten dieses Volk insgesamt und seine einzelnen Vertreter unserer Nation angetan haben. 60 000 Gräber ermordeter, zu Tode gequälter volksdeutscher Menschen in diesem Weichselgebiet klagen an.

Von den Juden rede ich nicht; sie sind nicht mehr interessant genug. Ob sie nach Madagaskar kommen oder sonstwohin, das alles interessiert uns nicht. Wir sind uns klar, daß dieser Mischmasch asiatischer Abkömmlinge am besten wieder nach Asien zurücklatschen soll, wo er hergekommen ist.

(Heiterkeit)

Solange die Juden hier sind, sollen sie arbeiten, freilich nicht in dem Sinne, wie die Juden es früher getan haben. Hier appelliere ich an Ihre Entschlossenheit. Wir haben immer noch Reste von Humanitätsphantasten und solchen, die aus lauter echt deutscher Gutmütigkeit die Weltgeschichte zu verschlafen pflegen. Das kann man von uns nicht verlangen, die wir mit dem Führer seit 20 Jahren in diesem Kampfe stehen, daß wir noch irgendwelche Rücksicht auf die Juden nehmen. Das Generalgouvernement hat die gemessene Order, die Heimstätte der Polen zu sein. Möge angesichts unserer Behandlungsmethode, die wir den Polen gegenüber anwenden, der Rückblick auf ihre eigene Geschichte den Polen ein ernster Hinweis sein, um wieviel besser, gerechter und ausgleichender sie von der nationalsozialistischen Führung dieses Gebietes behandelt werden.

Wenn heute die Juden in der Welt um Mitleid bitten, so läßt uns das kalt. Wir haben nur dafür zu sorgen, daß das, was wir mit dem Einsatz besten deutschen Blutes erkämpft haben, durch die würdige, geschlossene weitschauende Haltung der nationalsozialistischen Führung gesichert bleibt. . . .

Berlin

Montag, den 17. März 1941.

Der ::-:: Führer ::-:: empfing den Herrn Generalgouverneur in seiner Wohnung in der Reichskanzlei und hatte mit ihm eine über anderthalb Stunden währende ::-:: Besprechung ::-:: unter vier Augen. Als Resumée[1]) dieser Besprechung kann bezüglich des Generalgouvernements festgestellt werden, daß der Führer die gesamten ::-:: Maßnahmen des Generalgouverneurs ::-:: einschließlich aller Verordnungen, insbesondere auch die gesamte Organisation des Landes ::-:: billigt ::-:: und das Wirken des Generalgouverneurs mit hohem Lobe ausgezeichnet hat.

BESCHREIBUNG:
Band 11: „Tagebuch 1941 II" 16. April — 30. Juni

Sonnabend, den 19. April 1941

20^{00} Kundgebung des ::-:: Arbeitsbereichs[2]) ::-:: „Generalgouvernement" der NSDAP. in der ::-:: Urania[2]) ::-:: zu Krakau.

Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Oberbereichsleiters ::-:: Schalk[3]) ::-:: ergreift der Herr Generalgouverneur, Reichsleiter Dr. ::-:: Frank[3]) ::-:: das Wort zu folgender Ansprache:

... Wir sind absolute Optimisten. Ich habe den Eindruck, daß das Deutsche Reich im Schlußkampf gegen England immer größer sein und immer mehr wachsen wird. Das Großdeutsche Reich ist noch lange nicht das größte Deutsche Reich. Die Aufgabe, die wir hier haben, muß uns bewegen, immer in größten Zusammenhängen zu denken. Hüten wir uns davor, hier die kleinlichen Strömungen und Strahlungen hineinzulassen, die manchmal da und dort im Reich trotz aller Bewußtheit der Geschlossenheit noch nicht restlos überwunden sind. Es wäre sinnlos, wenn in unserem Generalgouvernement der eine anfinge, sich über den andern erhaben und dünkelhaft erhoben zu fühlen.

---

[1]) Schluß-„e" angefügt (Ti)
[2]) Unterstreichung Blei
[3]) Unterstreichung Ti

Hier ist der Wert des Deutschen schlechthin der Maßstab. Und da kann nun die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei, der Arbeitsbereich im Generalgouvernement eine Schule aufbauen. Die Revolution des Nationalsozialismus kann nur aus Gebieten, wie wir hier eines aufziehen, immer wieder die Urkraft ihrer kämpferischen Energie gewinnen. Ich selber muß wie ein Luchs aufpassen, daß mir nicht der Egoismus in mehr oder weniger versteckter Form seine Finger hineinstreckt. Ich muß wie ein Jäger aufpassen, daß mir hier nicht jene Einzelerscheinungen von Ressortzuständigkeiten und Selbstherrlichkeiten aufsteigen, die wir als schlimmstes Übel im Reich oftmals verspürt haben.

(Lebhafter Beifall)

Daher ist es klar, daß ich auf meiner Burg sitze wie ein alter Raubritter und manchmal losziehe, um im Lande mit dem Hammer herumzuhauen. Das wäre ja auch noch schöner, wenn ich's nicht täte.

(Heiterkeit)

Und daher, glaube ich, ist es immer wieder an der Zeit, daß wir in der Besinnung auf die Persönlichkeit des Führers, seine eigene Weltanschauung, seine Lebensführung, die große Ausrichtung finden. Wir haben im Generalgouvernement alle Möglichkeiten, wir haben alle Vollmachten des Führers erhalten und können in großen Planungen das vollenden, was uns aufgegeben ist. Dieses Gebiet ist dank dem Heldenmut unserer Soldaten deutsch geworden, und das Weichseltal wird vom Quell bis zur Mündung ins Meer einmal so deutsch sein, wie das Rheintal es ist.

(Stürmischer Beifall)

.....

BESCHREIBUNG:
Band 12: „Tagebuch 1941 III" 1. Juli — 30. September

Tagebuch 1941

Band III

1.Juli bis 30.September

Freitag, den 1. August 1941

13^{00} Presse-Empfang. *(Lemberg)*[1])

Dem Herrn Generalgouverneur werden die Vertreter der deutschen und ukrainischen Presse vorgestellt.

Der Herr Generalgouverneur richtet folgende Ansprache an die Vertreter der Presse:

... Wir müssen nun sofort daran gehen, der Bevölkerung, die teilweise entsetzliche Not leidet, zu Lebensmitteln, zu Kleidung zu verhelfen, den dringenden Bedürfnissen zu genügen, um die Schäden des bolschewistischen Systems zu beseitigen, Verkehrswege wiederherzustellen usw. Das ganze Land müssen wir mit einem leuchtenden Aufbauwillen durchdringen.

Damit tritt nun ein großer nationaler Block von über 4 Millionen Ukrainern in den Bereich des Generalgouvernements ein. Gleichzeitig ist das Ukrainische zur zweiten Dienst- und Staatssprache im Generalgouvernement geworden. Alle Erlasse und Verordnungen des Generalgouverneurs wie seiner Dienststellen ergehen in deutscher und ukrainischer Sprache, aber auch in polnischer Sprache, auf dass auch der Pole, der im Lande wohnt, sich zurechtfinde. Auch für den Polen kommen wir hier nicht als Feinde, sondern als Träger eines geordneten Aufbauwillens.

Donnerstag, den 4. Sept. 1941

17^{35} Besprechung mit Hauptabteilungspräsident Hofrat Watzke, Obermedizinalrat Dr. Walbaum und Ministerialrat Dr. Wiemann in Gegenwart des Bevollmächtigten Dr. Heuber.

Präsident Watzke berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß aus Anlaß der eventuellen Wiedereröffnung einzelner Lemberger Hochschulen wichtige Fragen akut geworden seien. Es habe sich herausgestellt, daß im Distrikt Galizien ein katastrophaler Mangel an Ärzten und Tierärzten herrsche. Die Zahl der ukrainischen Studenten sei keineswegs ausreichend. ... Man sei sich darüber einig, daß man die in Frage kommenden Institute unter eine deutsche Leitung stellen müsse. Von den Professoren des Medizinischen Instituts in Lemberg seien nur fünf Ukrainer, dagegen 25 Polen ordentliche Professoren.

[1]) Blei

Man habe an die Errichtung eines medizinischen wie auch eines tierärztlichen Lehrinstituts mit deutschen Leitern gedacht.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich gegen die Beibehaltung einer polnischen bezw. ukrainischen Universität. Andererseits müsse aber die Möglichkeit gegeben sein, daß ein angemessener Lehrbetrieb stattfinde. Auch müsse im Rahmen der Krankenbehandlung die Möglichkeit der Ausbildung von jungen Leuten gegeben werden.

Obermedizinalrat Dr. Walbaum ist der Auffassung, daß die polnischen und ukrainischen Lehrkräfte allmählich durch Deutsche ersetzt werden müßten, da es sich hier um leitende Positionen handle.

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird dann zu der Frage der Errichtung der Medizinischen Akademie in Krakau Stellung genommen.

.....

Der Herr Generalgouverneur erläßt folgende Verfügung: Der Einspruch der Hauptabteilung Finanzen gegen die Errichtung der ::-:: Medizinischen Akademie[2]) ::-:: in Krakau wird vom Generalgouverneur negativ beschieden. Die Errichtung der Akademie ist sofort in Angriff zu nehmen.

Krakau

Dienstag, den 9. September 1941

.....

11^{00} Sitzung im Königssaal der Burg.

Anwesend sind:

Der Herr Generalgouverneur
Präsident Westerkamp
Präsident Dr. Emmerich
Präsident Gerteis
Geschäftsf.Hauptabteilungsl. Naumann
Präsident Dr. Walbaum
Ministerialrat Dr. Wiemann
Oberregierungsrat Dr. Schulte-Wissermann
Hauptamtsleiter Schalk
Generalleutnant Schindler
Oberstleutnant Fischer
Major von Woedke

[2]) Unterstreichung Ti

Hauptmann Rodlauer
Oberleutnant von der Goltz
Oberregierungsrat von Streit
Landwirtschaftsrat Albert
Oberforstmeister Burk
Oberlandwirtschaftsrat Dr. Behr
Forstmeister Schmedes
Oberregierungsrat Rhetz
Regierungsrat Schulz
Oberreichsbahnrat Dr. Tischel
Reichsbahnrat Raspe
Referent Schubart.

Obermedizinalrat Dr. Walbaum äußert sich zu der Gesundheitslage der polnischen Bevölkerung. Untersuchungen die von seiner Abteilung angestellt worden seien, hätten ergeben, daß der größte Teil der Polen nur etwa 600 Kalorien zu sich nähmen, während der Normalbedarf eines Menschen 2 200 Kalorien betrage. Die polnische Bevölkerung sei so weitgehend entkräftet, daß sie eine leichte Beute des Fleckfiebers werde. Die Zahl der erkrankten Polen betrage heute bereits 40 %. In der letzten Woche allein seien 1 000 neue Fleckfiebererkrankungen amtlich festgestellt worden. Das sei die bisher höchste Ziffer. Diese gesundheitliche Lage stelle eine große Gefahr für das Reich und für die in das Generalgouvernement kommenden Soldaten dar. Eine Verschleppung der Seuche in das Reich sei leicht möglich. Auch das Ansteigen der Tuberkulose sei besorgniserregend. Wenn die Lebensmittelrationen noch verkleinert würden, könne man eine gewaltige Steigerung der Erkrankungsziffern voraussagen. ...

BESCHREIBUNG:
Band 13: „Tagebuch 1941 IV" 1. Oktober — 31. Dezember

Tagebuch 1941

Band IV

1. Oktober bis 31. Dezember

Warschau

Mittwoch, den 15. Oktober 1941

.....

16^{20} Besprechung im Schloß Belvedere. An dieser Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Boepple

Gouverneur Dr. Fischer
Präsident Dr. Emmerich
Vizepräsident Fatken
Finanzpräsident Spindler
Amtschef Dr. Hummel
Stadthauptmann SA-Oberführer Leist
Präsident Westerkamp
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh
Geschf. Hauptabteilungsleiter Naumann.

.....

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird allgemein zur Frage der Ernährung der Bevölkerung Stellung genommen.

Zu der von Gouverneur Dr. Fischer beantragten Erhöhung der Judenrationssätze bemerkt geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann, daß diese Erhöhung der Sätze bei Brotgetreide 10000 t ausmachen würde. Die Verteilung einer solchen Menge könne noch nicht zugesagt werden, wohl aber werde es möglich sein, 50 g Fett, 300 g Zucker, 100 g Marmelade, 1 Ei zu verteilen. Eine Erhöhung der Fleischration um 100 g sei unmöglich.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß für die ::-:: jüdische Bevölkerung[1]) ::-:: weitere Lebensmittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten. Auch für die ::-:: polnische Bevölkerung[1]) ::-:: werde, abgesehen von der Erhöhung der Brotration auf 1 400 g, kaum noch etwas zur Verfügung gestellt werden können. Im übrigen müsse darauf Bedacht genommen werden, noch mehr als bisher Einrichtungen für Massenspeisungen zu schaffen.

Berlin
Haus des N.S.R.B.
Tiergartenstr. 20

Mittwoch, den 19. November 1941

10^{15} Tagung der Hauptabteilungsleiter und Reichsgruppenwalter des N.S.R.B.

.....

Am Schluß der Tagung ergreift Reichsminister, Reichsleiter Dr. Frank das Wort zu folgenden Ausführungen:

[1]) Unterstreichung Ti

. . . . . .

Wenn ich mich erinnere, daß im Jahre 1926 die ersten Versuche der beginnenden Organisation unternommen wurden, deren es bedurfte, um ein erstes organisatorisches Sammelbecken für jene zu haben, die unter den Juristen sich für die Idee Adolf Hitlers, seiner Bewegung und seiner Bewegungsmitglieder geeignet zeigten, so kann ich sagen: heute ist aus diesem Anfang ein einzigartiges Machtgebilde der Rechtsidee geworden. Wir haben dabei die Stimme des Volkes für uns; wir haben die Rechtsseele unseres nationalen, unseres rassisch-germanischen Empfindens für uns. ... Wir brauchen, um für die Durchsetzung dieses Rechtsideales zu werben, nicht mit irgendwelchen Gewaltmitteln hervorzutreten. Das kommt aus der Not der Zeit ebenso wie aus der Not des deutschen Gemeinschaftslebens in rechtlicher Beziehung. Denn das herbe Produkt der notwendigen Zusammenballung aller Energien in Vorbereitung dieses doch berechenbaren Kriegsausbruchs 1939 ist nun leider eine überstarke Betonung der Gewaltinstrumente des Reiches gegenüber den Rechtsinstrumenten.

Das will sagen, daß es nach der Meinung des Führers notwendig war, daß in großem Umfange an die Stelle der Rechtssicherheit von früher die Staatssicherheit als Ziel getreten ist. Man sagte: jetzt kommt es mir nicht darauf an, mit welchen Mitteln ich diese Staatssicherheit in jedem Fall erziele, ich will nur eine weit über das Normalmaß hinausgehende Sicherheit haben, damit nunmehr in diesem schicksalhaften Ringen mit den Todfeinden des deutschen Volkes unter allen Umständen die Autorität der Reichsführung aufrecht erhalten wird. Daher mußten wir es hinnehmen, daß durch die Einrichtung verschiedener polizeilicher Zuständigkeiten in das Rechtsleben des Deutschen Volkes eine kaum erträgliche Unsicherheit eingedrungen ist. Immer wieder ist es für uns die letzte Frage — und unsere Pflicht ist es, sie immer wieder zu stellen und sich in ihrem Sinne zu betätigen —, daß Autorität nicht mit Gewalt, daß Gewalt wiederum nicht mit Macht verwechselt werden darf. Wir haben uns nun in all' diesen Jahren systematisch bemüht, klar zu legen, daß unsere Anschauung von der autoritären Reichsführung, nämlich als derjenigen, die es dem Einzelnen immer noch ermöglicht, in jedem Fall, in welchem er sich ungerecht behandelt fühlt, sein Recht bei einem unabhängigen Richter zu finden, genau so nationalsozialistisch ist wie die Methode der Gewalt. Wir müssen uns davor hüten, etwa zu glauben, daß wir eine Art Fremdkörper in der nationalsozialistischen Staatsauffassung wären, wenn wir in dieser Linie unsere Idee weiterentwickeln.

Ich bin sehr glücklich, daß der Führer jetzt verschiedentlich von der Rückkehr zum Parteiprogramm und von der weiteren Durchführung des Parteiprogramms gesprochen hat. Der Punkt 19 des Parteiprogramms enthält sehr vieles und ungeheuer Wichtiges. Er ist die große Karte, auf die ich ja auch meinen eigenen Rechtskampf gestellt habe. Dieses Wort vom deutschen Gemeinrecht leuchtet über unserer Arbeit. Es bedeutet, daß der, der nicht selbst nachweisbar Unrecht tut, auch von der Staatsführung und ihren Organen Unrecht nicht erfahren soll. Es bedeutet, daß man unter allen Umständen eine unabhängige Rechtspflege aufrecht zu erhalten hat. Es bedeutet weiter, daß der Richter des deutschen Staates in jedem Fall eine von allen Stellen des Reiches und der Partei unangefochtene eigene Position in unserer Gemeinschaft mit höchster Autorität auszufüllen hat. Es bedeutet endlich, daß auf keinen Fall ein polizeiliches Willkürregiment, ein massenweises Verschwindenlassen von irgendwelchen Opponenten aus irgendwelchen Gründen in den Konzentrationslagern an die Stelle einer Rechtsfindung im Kultursinne treten darf.

Das ist der Inhalt des Punktes 19 des Parteiprogrammes; ihm hat der Rechtskampf zu dienen. Wohl uns, daß es Nationalsozialisten sind, die diese heilige Idee, die mit zu den tiefsten Offenbarungen des germanischen Geistes gehört, vertreten! Wehe uns, wenn in absehbaren Jahrzehnten bei Fortführung einer irgendwie in dieser Richtung liegenden Entwicklung weiterer Verkümmerung des allgemeinen Rechts dann nicht mehr aus der Bewegung der NSDAP., sondern aus einer völlig neuartigen und nicht mehr kontrollierbaren Massenbewegung die Opposition gegen den Staat käme.

... Ich kenne wie Sie alle aus der Geschichte zu sehr die Versuche, deshalb, weil man Waffen hat, mit denen man schießen kann, deshalb, weil man irgendwelche Vollmachten hat, auf Grund deren man verhaftete Menschen verschwinden lassen kann, sich eine weitreichende Macht in den allgemeinen Zuständen mehr und mehr anzueignen. Da meine ich vor allem die Versuche, die nun nicht etwa nur von der SS, vom S.D. und von der Polizei-Zentrale allein ausgehen, sondern die Versuche vieler anderer Dienststellen des Staates und des Reiches, sich von der allgemeinen Rechtsübung zu befreien. ... Beim Reichsnährstand, bei den Ministerien, bei der Polizei, bei der Partei, bei unendlich vielen anderen Stellen ist ganz allgemein die Tendenz die: man will in eigner Person und in eigner Sache Gesetzgeber, Chef der Verwaltung und oberster Richter sein. Wir erleben jetzt eine Entwicklung, die dahin führt, daß wir wohl nach außen fiktiv das einheitliche Reich haben, aber innerhalb dieses Reiches an die Stelle der früheren territorialen Zersplitterung nun eine völlige institutionelle Zersplitterung tritt. Diese

Entwicklung wird dahin führen, daß der Begriff des Rechtes selbstverständlich auch nicht mehr aus der einheitlichen Quelle der Rechtsbewußtheit, der völkischen oder gar rassischen Rechtsbewußtheit etwa im Sinne der Bewegung gebildet, sondern daß der Rechtsbegriff seinen allgemeinen Charakter verliert und zu einer reinen Nützlichkeitsform herabgewürdigt wird.

Es gilt, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen. Sie kleidet sich in die harmlosesten Formulierungen. Man sagt vor allem: der Rechtsweg ist in diesem oder jenem Fall ausgeschlossen; es ist allgemeine Übung, daß in diesem Verfahren Rechtsanwälte nicht zugelassen sind. Man braucht auch die andere Formel: In der und der Sache entscheidet das und das Ministerium endgültig. Ein weiterer Versuch ist unlängst gemacht worden in Gestalt des großen Vorstoßes, den die Sicherheitspolizei mit dem Gesetzentwurf über die Gemeinschaftsfeinde gemacht hatte, einem Gesetzentwurf, der die totale Macht des Reichssicherheitshauptamtes hergestellt hätte. ... Nach diesem Gesetzentwurf könnte sich ein Gemeinschaftsfeind, zu dem jedermann deklariert werden könnte, bei einer Spruchkammer des Reichssicherheitshauptamtes beschweren, die aus 3 Mitgliedern bestehen soll, von denen einer sogar die Befähigung zur Ausübung eines richterlichen Amtes besitzen muß. Darin sehe ich nun erneut wieder den Versuch einer Tarnung. Man will um keinen Preis der Welt einen ordentlichen Richter in diese Dinge hineinblicken lassen und will unter allen Umständen auch die Gerichtsbarkeit in die eigene Hand bekommen.

Angesichts des Ernstes dieser Situation in der Rechtsentwicklung glaube ich nun allerdings nicht, daß eine solche Aufgabe vom Staat gelöst werden könnte, etwa von einem Ministerium. ... Die Ministerien stehen kaum mehr im notwendigen Kontakt. Kabinettssitzungen finden überhaupt nicht mehr statt. ... Aus dem Umstande, daß der Führer durch den Krieg an der Front festgehalten wird, ergibt sich die Möglichkeit, daß auf dem Umwege über verschiedene Zwischeninstanzen parteipolitischer oder sonstiger Art Einflüsse spürbar werden, die von den Ministern, die meist keinen persönlichen Kontakt mit dem Führer haben, als Führerentscheidungen betrachtet werden müssen.

Eine Fülle von Zuständigkeiten ist neu gebildet worden, die nun wieder unter dem Druck des Krieges oder behaupteter Kriegsnotwendigkeiten eine Fülle von Zuständigkeiten an sich reißen, so daß der Wirrwarr nicht mehr überbrückt werden kann, und wir eigentlich nicht in einer irgendwie geordneten Verwaltungssphäre leben, sondern in einem Chaos. ...

Aber die Hauptaufgabe liegt bei uns, beim Rechtswahrerbund, bei der Führung des Rechtskampfes im ständischen Sinne. Uns ist es gegeben, den Inhalt des Staatshandelns ideell vorzubereiten. Das ist die Aufgabe unserer politischen Bewegung. ...

Ich bin genau so Nationalsozialist wie der andere, genau so Reichsleiter wie der andere, genau so lange, ja vielleicht viel länger in der Bewegung als andere und habe genau so das Vertrauen des Führers wie die anderen. ...

Nein, wir müssen es sagen: die Berufung und die Aufgabe des Rechtswahrerbundes ist es, immer wieder darauf hinzuweisen: ohne Recht ist das Reich nicht existierbar, ohne Recht kann es nicht sein, ohne Recht in jenem Sinne, daß der deutsche Volksgenosse, der recht handelt, auch Recht erfährt und nur der, der unrecht handelt, Unrecht erfährt. Den Schutz der eigenen Ehre, den Schutz von Freiheit und Leben, muß ihm die Gemeinschaft gewähren. Wehe dem Recht, wehe uns, wenn die Willkür siegt, wenn die Gefahr siegt, daß wirklich der Begriff der Macht durch den Wahnsinn der Gewalt abgelöst wird! ...

Gerade das Gremium, das sich heute hier versammelt hat, kann für sich in vollem Umfange in Anspruch nehmen, daß es sich immer für die Aufgaben des N.S.R.B. eingesetzt hat. Und so glaube ich auch, daß der Sieg Adolf Hitlers auch der Sieg des deutschen Rechtslebens sein wird. ... Das Recht ist keine Börsenware. Wenn das Recht nicht gestützt wird, dann verliert auch der Staat den moralischen Halt, dann sinkt er in den Abgrund der Nacht und des Grauens. Er ist seiner Gemeinschaft kein Glück mehr, sondern das furchtbarste Belastungsmoment. Daran zerbricht die Sowjetunion.

... Das Recht ist eine geistige Macht. Diesen Glauben an das Recht müssen wir in unserer Seele erhalten; wir dürfen — jeder Einzelne von uns — keinen Augenblick daran zweifeln lassen. Ich selber setze mich in diesem Kampf bis zum letzten ein. Sie können damit rechnen, daß ich lieber falle, als daß ich die Rechtsidee aufgebe. ... Immer aber müssen wir uns darüber klar sein, daß der Staat, dem wir dienen, das Reich Adolf Hitlers, ein Reich des Rechtes ist. ...

Unsere Bewegung ist keine Proletenbewegung, sie ist eine aristokratische Bewegung, eine Bewegung von leuchtender Größe und nicht verkümmernder Kleinlichkeitsduselei. Dies gilt um so mehr, als wir uns jetzt anschicken, das größte Weltreich der deutschen Nation aufzurichten. Dieses Weltreich bedarf einer Rechtsgeordnetheit. ...

Man kritisiert nicht im Kriege, man treibt im Kriege auch keine Opposition, man will vor allem nicht irgendwelche Schwierigkeiten

machen. ... Wir haben die herrliche Geschlossenheit des Rechtslebens aus der Justiz, aus der Wirtschaft, aus der Verwaltung usw. ... Schauen Sie doch nur nach Italien oder den anderen Ländern, die vergleichbar sind. Wie kläglich sieht es doch dort aus, wo die ganze Rechtswelt völlig und ausschließlich von den zwei Komponenten Ministerium und Wissenschaft allein getragen wird. Daraus können Sie ermessen, welche Bedeutung dieser Rechtsstand hier besitzt, der sich allerdings nicht anmaßen soll, staatliche Dinge zu machen, der aber, wenn er in seinem eigenen Bereiche bleibt, die große Organisation der NSDAP. zur Durchführung des Punktes 19 des Parteiprogrammes ist. Ich nenne es den Rechtsturm, aus dem wir uns nicht herausbringen lassen wollen, zu dem auch die Akademie für Deutsches Recht und das Reichsrechtsamt gehören.

Freitag, den 21. November 1941

17[49] Besprechung mit Präsident Hofrat Watzke.

... Der Herr Generalgouverneur wünscht ein stilles, aber stetiges Aufbauen der zu einer Universität führenden Institutionen. Eine öffentliche Diskussion solle man vermeiden.

Die Pläne für den Aufbau eines Technikums in Warschau seien, wie Präsident ::-:: Watzke[2]) ::-:: ausführt, so weit gefördert, daß der Betrieb in einigen Monaten aufgenommen werden könne. ... — Die ::-:: Ostbahn[3]) ::-:: habe bereits zum zweiten Mal eine dringende Anforderung von polnischen Gymnasiasten an ihn gerichtet.

Der Herr Generalgouverneur will diese polnischen Schüler nach Besuch eines Vorbereitungskursus zur Verfügung gestellt wissen.

Mit der Aufnahme des Betriebes von drei Lehrerbildungsanstalten für den dringendsten Lehrernachwuchs in Galizien ist der Herr Generalgouverneur einverstanden.

Präsident Watzke überreicht dem Herrn Generalgouverneur zum Schluß das Monatsheft der ::-:: Staatsbibliothek,[2]) ::-:: die zwei neusten Hefte des ::-:: „Ster“[2]) ::-::, ein Heft für die gewerblichen Schulen und die neue polnische Rechenfibel.

.....

[2]) Unterstreichung Blei
[3]) Unterstreichung Ti

BESCHREIBUNG:
Band 14: „Tagebuch 1941 Inhaltsverzeichnis"

BESCHREIBUNG:
Band 15: „Arbeitssitzungen 1941 Jan. — Okt."

Besprechung

von Fragen der Einsiedlung von Polen und Juden in das Generalgouvernement.

Mittwoch, den 15. Januar, 11^{00} Regierungsgebäude.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank
Staatssekretär Dr. Bühler
SS-Obergruppenführer Krüger
Gouverneur Dr. Wächter
Generalleutnant Riege
SS-Brigadeführer Streckenbach
Abteilungspräsident Westerkamp
„ Spindler
„ Emmerich
„ Körner
„ Frauendorfer
„ Schepers
Oberregierungsrat von Streit
Dr. Föhl

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet es in einleitenden Ausführungen als den Zweck der gegenwärtigen Besprechung, die mit der Einsiedlung von Polen und Juden in das Generalgouvernement zusammenhängenden Fragen in einer eingehenden Aussprache zu behandeln.

In einem Zeitpunkt, in dem das Generalgouvernement unter den ungewöhnlichsten und schwierigsten wirtschaftlichen, transportmäßigen, allgemein politischen und wehrmäßigenBedingungen sein Leben friste, stelle es eine kaum erträgliche Mehrbelastung da, Hunderttausende eines fremdvölkischen und fremdrassigen Bereiches in das Gebiet des Generalgouvernements aufzunehmen. Diese Menschen werden in Deutschland enteignet und kommen als

Enteignete hierher, in ein Gebiet, in dem sie an sich keinerlei Chance sehen können, ihr Leben irgendwie neu aufzubauen. Man dürfe jedoch bei der Betrachtung der ganzen Fragen von keinem anderen Gesichtspunkt ausgehen als von dem reichspolitischen. Alles Kritisieren an solchen Maßnahmen aus irgendwelchen Rudimenten menschlicher Überlegungen oder Zweckmäßigkeitsbetrachtungen habe vollkommen auszuscheiden.

Die Einsiedlung habe zu erfolgen, das Generalgouvernement müsse die Leute aufnehmen, denn es sei das eine der großen Aufgaben, die der Führer dem Generalgouvernement gestellt habe.

Es handle sich nun darum, die Möglichkeit der Verwirklichung dieses Ansinnens des Reiches zu erörtern und daraus die nötigen Schlußfolgerungen hinsichtlich der auf dem Gebiete der Verwaltung erforderlichen Maßnahmen zu ziehen. Wichtig sei ferner die Beschäftigung mit der Frage, was muß das Reich dazu tun, um dem Generalgouvernement zu helfen, den Reichsansprüchen zu genügen? Sowohl am 4.November als auch bei einer späteren Besprechung im Dezember habe der Führer dem Generalgouverneur erklärt, daß die Poleneinsiedlung in das Generalgouvernement in seiner Politik liege und daß die zur Durchführung dieser Einsiedlung notwendigen Maßnahmen noch während des Krieges ergriffen werden müssen, weil sie nach dem Kriege mit internationalen Schwierigkeiten verbunden wären. Der Führer habe versichert, daß er alles tun werde, damit dem Generalgouvernement das, was es an Nahrungsmitteln und sonstiger Unterstützung brauche, zur Verfügung gestellt werde.

Obergruppenführer Krüger berichtet über die am 8. Januar 1941+ in Berlin stattgefundene Besprechung im Reichssicherheitshauptamt. An der Besprechung habe von seiten des Generalgouvernements Obergruppenführer Krüger, Präsident Westerkamp, Oberregierungsrat Dr. Schepers und Dr. Föhl teilgenommen.

Der den Vorsitz führende SS-Gruppenführer Heydrich habe ausgeführt, daß für das Reich die Notwendigkeit vorliege, möglichst schnell die Polen und Juden aus den Ostgebieten auszusiedeln, damit nunmehr endgültig die Ansiedlung der Volksdeutschen aus Wolhynien, Litauen usw. durchgeführt werden könne. Nach einer Aufstellung, die Gruppenführer Heydrich gegeben habe, komme man auf eine Gesamtziffer der zu Evakuierenden von 831 000. Unabhängig davon ergebe sich die Notwendigkeit, wegen der zu

+ s. Anlage

errichtenden Truppenübungsplätze innerhalb des Generalgouvernements etwa 200 000 Menschen umzusiedeln, sodaß man insgesamt auf eine Bewegung von 1 Million Menschen innerhalb eines Jahres komme.

.....

Die Umsiedlung von einer Million Menschen bedeute praktisch, daß jeden Tag 2 Züge mit je 1 Tausend Personen in das Generalgouvernement kommen. Bei der Besprechung sei von allen Seiten die Frage gestellt worden, ob das Reichsverkehrsministerium in der Lage sei, diesen außergewöhnlichen Anforderungen zu entsprechen. Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums habe zwar keine bindende Zusage gemacht, im großen ganzen aber geglaubt, das Projekt durchführen zu können, vorausgesetzt, daß nicht durch irgendwelche Sonderwünsche der Wehrmacht irgendeine Störung eintrete.

Im einzelnen sei festgelegt worden, daß bis zum 1.Mai dieses Jahres auszusiedeln sind: aus Ostpreussen 30 000, aus Schlesien 24 000, aus Danzig-Westpreußen 40 000, aus dem Warthegau 90 000, insgesamt also 184 000 Menschen. Im Rahmen der Evakuierung der Truppenplätze für die Wehrmacht seien auszusiedeln aus Ostpreußen 8500, aus Schlesien 10 000, aus Danzig-Westpreußen 27 000, aus dem Warthegau 19 000, insgesamt 64 500. Die Wehrmacht beabsichtige, hiervon 2000 Arbeiter mit ihren Familienangehörigen, zusammen 10 000 Menschen, zurückzubehalten für die Arbeit an den Truppenübungsplätzen. Es müßten also bis zum 1. Mai 1941 im Rahmen des sog. 3. Nahplanes evakuiert werden 184 000 + 54 500, zusammen 238 500 Personen, wozu dann noch 10 000 aus Wien auszusiedelnde Juden kämen.

Auf Grund der Erfahrungen des Vorjahres sei bei der Besprechung darauf hingewiesen worden, daß die geplante Form der Umsiedlung für das Generalgouvernement nicht tragbar sei. Es müsse Wert darauf gelegt werden, daß vor allem die umzusiedelnden Familien einigermaßen zureichend gekleidet und für die erste Zeit mit Nahrungsmitteln versehen seien.

Es sei zugesagt worden, daß man beabsichtige, den Leuten Verpflegung für 14 Tage mitzugeben.

Auch die Frage der Mitnahme von Geld durch die Umzusiedelnden sei besprochen worden. Dieser Punkt sei jedoch wohl kaum der wichtigste, denn es bestünden von seiten des Generalgouvernements wohl keine Bedenken dagegen, daß etwas mehr Zloty hereinkommen. Viel wichtiger sei es, daß das Generalgouvernement in anderer Beziehung nicht so belastet werde wie im Vorjahr.

. . . . . .

Präsident Westerkamp erwähnt, daß er an einer Sitzung in Lublin teilgenommen habe, wo die Unterbringung der bisher bereits Eingesiedelten zur Sprache gekommen sei. Es habe sich ein trostloses Bild von den Unterbringungsverhältnissen ergeben. Wenn überall das gleiche zutreffe, müßte eine reguläre Unterbringung der neuen Transporte auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Es sei die Rede davon gewesen, daß 50 000 Evakuierte im Wege der wilden Rückwanderung wieder im Warthegau aufgetaucht seien und daß ein ständiger Völkerwanderungsstrom hin und her gehe.

. . . . . .

Gouverneur Dr. Wächter legt an Hand einer Karte dar, daß über 1/3 des Distrikts Krakau für die Aufnahme von Einzusiedelnden nicht in Frage komme. Es handle sich hierbei um die Grenzzone längs des San, um die Grenzzone gegen die Slowakei, um die Wehrmachtsübungsplätze und um das Ölgebiet. In allen diesen Gebieten dürfe kein Zuzug von Evakuierten stattfinden. Ferner dürfen nach Krakau keine Juden kommen.

Daß die Kreishauptleute in heller Verzweiflung seien, brauche nicht besonders betont zu werden. Er, der Gouverneur, habe sich persönlich von den Schwierigkeiten der Unterbringung in den Kreisen überzeugt. Die Zustände seien schaurig und er könne es sich praktisch nicht vorstellen, wie man die Leute, wenn man sie auch auf die Zielbahnhöfe bringe, halten solle. Die Bevölkerung nehme in handgreiflicher Weise dagegen Stellung, wenn versucht werde, Leute einzusiedeln, die traditionsmäßig in dieser Gegend nicht beliebt seien. Die Schwierigkeiten werden sich naturgemäß steigern, je größer die Zahl der Eingesiedelten werde.

Der Herr Generalgouverneur erkundt sich darnach, welchen Arbeiterbedarf das Reich angemeldet habe.

Präsident Dr. Frauendorfer teilt mit, daß 120—150 000 zusätzliche landwirtschaftliche Arbeitskräfte vom Reich benötigt werden.

Gouverneur Dr. Wächter weist darauf hin, daß sich unter den Einzusiedelnden erfahrungsgemäß in der Hauptsache nur Fürsorgeempfänger, kranke, schwache und überaltete Personen befinden.

Präsident Dr. Frauendorfer schlägt vor, die 120 bis 150 000 von der Gesamtziffer der Evakuierten in Abzug zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur hält es für richtig, die Gesamtzahl hereinzulassen und dann die 120 — 150 000 wieder mit

Sondertransporten zurückzuschicken. Es sei notwendig, daß sich die Abteilung Arbeit rechtzeitig einschalte und die Feststellung treffe, wieviel arbeitsfähige Personen jeder Transport habe.

. . . . . .

Staatssekretär Dr. Bühler erklärt, daß er es für unmöglich halte, 1 Million Menschen in der beabsichtigten Weise auf das Gebiet des Generalgouvernements aufzuteilen. Die Belastung in sicherheitsmäßiger, seuchenpolizeilicher und ernährungspolitischer Beziehung sei derart groß, daß man auf die Dauer ohne Unruhen nicht auskommen werde. Er schlage vor, große Arbeitsvorhaben anzusetzen und die Evakuierten in Arbeitslagern unterzubringen.

Der Herr Generalgouverneur erwidert, daß gegen Unruhen mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werde. ...

Präsident Westerkamp erwähnt zur Frage der Unterbringung noch, daß man sich mit dem Gedanken trage, den nötigen Platz dadurch freizumachen, daß man die Juden enger zusammentreibe in Ghettos.

Obergruppenführer Krüger weist in diesem Zusammenhang auf den von Brigadeführer Globocznik ausgearbeiteten Plan hin, der allerdings nur auf Lublin abgestellt sei. Man müsse sich überlegen, ob man nicht diese Sache auf das ganze Generalgouvernement ausdehnen könne.

Präsident Westerkamp bemerkt, daß ihn der Amtschef des Distrikts Warschau mit großem Ernst auf die Verhältnisse im Ghetto von Warschau hingewiesen habe. Die Nachrichten über die Zustände im Ghetto seien allerdings insofern widersprechend, daß von der einen Seite behauptet werde, es habe jegliche Lebensmittelzufuhr aufgehört, während nach anderen Meldungen noch genügend Lebensmittel vorhanden sein sollen.

Der Herr Generalgouverneur will die Entscheidung darüber, ob das Warschauer Ghetto beibehalten oder wieder aufgelöst werden soll, von dem Ergebnis seiner demnächst dort stattfindenden Besichtigung abhängig machen. Auf keinen Fall könne er es zulassen, daß eine Stadt wie Warschau völlig verpestet werde.

. . . . . .

Brigadeführer Streckenbach führt auf Wunsch des Herrn Generalgouverneurs über die Gründe der Umsiedlungsaktion folgendes aus:

Für die Aussiedlung der Polen und Juden aus den eingedeutschten Ostgebieten seien maßgebend die Rücksiedlung der Volksdeutschen aus Litauen, Wolhynien usw. in die dem Reiche eingegliederten Ostgebiete und ferner die Notwendigkeit der Schaffung von Truppenübungsplätzen. Die Errichtung großer Truppenübungsplätze im Osten sei eine aus der Entwicklung der Kriegstechnik sich zwangsläufig ergebende Maßnahme. Die Umsiedlung selbst sei eine schon oft diskutierte Angelegenheit. Es tauche oft die Frage auf, warum in Umsiedlungsabkommen so kurze Fristen festgesetzt und die Aktion in eine so ungünstige Jahreszeit gelegt werde. Die Notwendigkeit zum Abschluß von Umsiedlungsabkommen sei dadurch gegeben, daß das Schicksal der Volksdeutschen in den Gebieten, aus denen sie ausgesiedelt werden sollen, von der Schnelligkeit der Durchführung der Umsiedlung abhänge. Gewiß habe das Reich mit Sowjet-Rußland einen Freundschaftsvertrag und auch formell gute Beziehungen, aber praktisch sei es doch so, daß die Volksdeutschen in den von den Russen besetzten Gebieten außerordentlich schlecht behandelt worden seien. Dasselbe gelte für die Deutschen in Rumänien und auch in Ungarn, wo man allerdings die Deutschen aus bestimmten Gründen noch belasse. Nunmehr sei die Lage die, daß die ausgesiedelten Volksdeutschen seit Monaten sich in Lagern befinden, die über das ganze Reich verteilt sind, und als brachliegende deutsche Arbeitskräfte auf ihre Einsiedlung warten. Begreiflicherweise sei die Stimmung dieser Leute nicht sehr gut; ihre ursprüngliche Gläubigkeit und ihr Vertrauen drohen erschüttert zu werden, wenn ihre Ansiedlung nicht bald erfolgen könnte. Der ursprüngliche Plan der Ansiedlung Zug um Zug, d.h. in der Weise, daß man einen polnischen Hof räumt und einen Deutschen dort ansetzt, habe sich als nicht durchführbar erwiesen.

. . . . . .

Präsident Schepers schlägt vor, schon jetzt alle Bauvorhaben planmäßig vorzubereiten und zu erfassen, vor allem diejenigen Arbeiten, bei denen viele Handarbeiter sowie Frauen und Kinder eingesetzt werden können. Am geeignetsten hierfür sei die Arbeit in der Forstwirtschaft, wo man bei der Aufforstung Kinder und weibliche Arbeitskräfte im größten Umfang beschäftigen könne.

Der Herr Generalgouverneur stellt abschließend die Frage, ob Aussicht bestehe, daß die Aktion der Einsiedlung bewältigt werden könne.

Präsident Westerkamp hält es für möglich, daß es bei den ersten Zügen, wenn auch mit großen Schwierigkeiten, gelingen

werde. Später werde sich allerdings die Notwendigkeit ergeben, zeitweise den Zustrom abzustoppen und eine Pause von einigen Monaten eintreten zu lassen.

ANLAGE

Bericht

über die Besprechung betreffend Umsiedlung von Polen und Juden in das Generalgouvernement im Reichssicherheitshauptamt Berlin am 8. Januar 1941.

I.

In dieser Besprechung waren außer den Vertretern des Generalgouvernements (SS-Obergruppenführer Krüger, Oberregierungsrat Dr. Scheepers, Raumordnung, und dem unterzeichneten Präsident Westerkamp mit Dr. Föhl, Innere Verwaltung,) alle an dieser Frage sonst beteiligten Stellen vertreten: Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums, O.K.W., O.K.H., Reichsverkehrsministerium, Reichswirtschaftministerium, Reichsinnenministerium, die Inspekteure der Sicherheitspolizei der Ostgebiete, der Gaubeauftragte aus Wien.

Den Vorsitz führte SS-Gruppenführer Heydrich.

Folgende Ergebnisse wurden erzielt:

1. Das Generalgouvernement verhandelt über Fragen der Umsiedlung ausschließlich mit dem Reichssicherheitshauptamt, das seinerseits Verbindung mit sämtlichen beteiligten Stellen im Reich hält. Einzelaktionen nachgeordneter Instanzen in den eingegliederten Ostgebieten gegenüber dem Generalgouvernement sind damit ausgeschlossen.

2. Im Jahre 1941 sind insgesamt 831000 Menschen aus den reichsdeutschen Ostgebieten in das Generalgouvernement umzusiedeln; hierzu kommt die Umsiedlung innerhalb des Generalgouvernements insbesondere für Wehrmachtszwecke mit rund 180000 Menschen.

   Die Vertreter des Generalgouvernements haben gegen diese geplanten Umsiedlungen grundsätzlich keinen Einwand geltend gemacht, nachdem auf Grund der allgemeinen Führerrichtlinie und der vorangegangenen grundsätzlichen Ausführungen des

Generalgouverneurs die Aufnahme der Menschen aus dem Reich als vordringlichste Aufgabe des Generalgouvernements für das Reich im Jahre 1941 festgelegt war.

3. Die Zahl von 831 000 ergibt sich aus

   a) der Notwendigkeit, für die in das Reich zurückkehrenden Volksdeutschen Raum zu schaffen,

   b) aus der Schaffung der Truppenübungsplätze,

   c) aus der Aussiedlung von Juden.

   Im Einzelnen ergibt folgende Übersicht eine Erläuterung:

Für umzusiedelnde Volksdeutsche	
in das Gebiet	
Danzig Westpreußen	100.000
Warthegau	148.000
Ostoberschlesien	150.000
Ost Posen	46.000
	444.000
Zur Besserstellung bereits angesetzter Volksdeutschen	50.000
Kz. Auschwitz	20.000
Wohnung für Beamtenfamilien	50.000
Vor der Evakuierung geflüchtete Polen	5.000
	569.000
Wehrmachtsvorhaben	
Konin-Pleschen	80.000
Sieradz	40.000
Warthelager (Oborneg)	20.000
Luft Nord (Ryppin)	22.000
Heer Nord (Mlava)	25.000
Bizia b/Beuthen	10.000
Thorn	5.000
	202.000
Aussiedlung der Wiener Juden	60.000
	831.000

4. Spezifiziert sind die bevorstehenden Umsiedlungen zunächst für den Zeitraum vom 1. Februar bis 30. April 1941 festgelegt worden und zwar in folgender Weise:

	Evakuierung für Volksdeutsche	Evakuierung für Truppen-übungsplätze
Ostpreußen	30.000	8.500
Schlesien	24.000	10.000
Danzig-Westpreußen	40.000	27.000
Warthegau	90.000	19.000
	184.000	64.500
Wien	Juden	*184*[1])
	10.000	*238.500*

Zusammenfassung (1, II bis 30. 4. 1941)

Evakuierung für Volksdeutsche	184.000
Evakuierung für Truppenübungsplätze	64.500
Juden aus Wien	10.000
	258.500
Davon sind abzusetzen 2.000 Arbeiter für Truppenübungsplätze einschl. Familien	10.000
verbleiben	248.500

5. Den Vertretern des Generalgouvernements ist zugesagt worden, daß die Umzusiedelnden bestmöglich mit Kleidung und mit Verpflegung für die ersten 14 Tage ausgestattet werden.

6. Offen geblieben ist die Frage des Handgeldes, das den Umzusiedelnden pro Kopf in der Währung des Generalgouvernements mitgegeben werden soll. Anzustreben ist ein Kopfbetrag von mindestens 60.— Zloty.

.....

8. Die für das Generalgouvernement durch die bevorstehende Aufgabe entstehenden Schwierigkeiten sind von den Vertretern des Generalgouvernements der Klarstellung halber betont worden. Sie fanden seitens des Reichssicherheitshauptamtes den Einwand, daß trotz der bevorstehenden Umsiedlungen die Besiedlungsdichte im Generalgouvernement kaum den Reichsdurchschnitt überschreite. Es bedarf keiner Erörterung, daß dieser Vergleich den Tatsachen nicht gerecht wird; denn die Fläche des Generalgouvernements wird durch die Abgabe von 2500 qkm für Wehrmachtsanlagen und durch die Notwendigkeit, den gesamten militärischen Schutzbereich entlang der Flüsse Narew, Weichsel

[1]) die Zahlen „184“ und „238.500“ Blei

und San freizumachen, in einer Ausdehnung von schätzungsweise 12.000 qkm so stark verringert, daß für den Restraum des Generalgouvernements eine Bevölkerungsdichte von 170 angenommen werden muß. Außerdem fehlen im Generalgouvernement alle natürlichen Voraussetzungen zur Aufnahme solcher Menschenmassen, die im Reich eher gegeben sind.

II.

Gemeinschaftliche erste Stellungnahme der Abteilung Innere Verwaltung und der Abteilung Raumordnung zu Vorstehendem:

1. Eine Erfassung der hereinströmenden Menschenmassen und eine Kontrolle über ihren endgültigen Verbleib kann unter den derzeitigen Verhältnissen nicht gewährleistet werden. Schon jetzt wird z.B. aus dem Distrikt Radom gemeldet, daß Umgesiedelte dauern in ost-westlicher Richtung zurückwandern. Diese Tatsache bestätigt eine im Reichssicherheitshauptamt erhaltene Information, wonach von den bisher Evakuierten schätzungsweise 50.000 bereits wieder im Warthegau aufgetaucht seien. Da eine Unterbringung in Barackenlagern und dergl. zurzeit nicht in Frage kommt, wird aber trotzdem auf eine Erfassung verzichtet werden müssen.

2. Zur Vermeidung von Katastrophen, die unter allen Umständen gegen die Interessen des Reiches ausschlagen würden, muß von den Kreis- und Stadthauptleuten für eine Unterbringung der in ihren Bezirk kommenden Evakuierten gesorgt werden. Freie Obdachgelegenheiten sind nach den vorliegenden Berichten aber nicht mehr vorhanden. Diese Schwierigkeiten werden vergrößert dadurch, daß nach einer Äußerung des Vertreters des O.K.W. mit einer verstärkten Belegung des Generalgouvernements zu rechnen ist. Die Obdachbeschaffung wird in der Hauptsache in der Form zu erfolgen haben, daß die neu hinzukommenden Menschen verteilt werden auf die allerdings schon überbelegten Quartiere der ansässigen Familien.

3. Aus der gleichen Erwägung muß unter allen Umständen die notwendigste Verpflegung der neu hinzukommenden Menschen sichergestellt werden.

4. Die arbeitsfähigen Evakuierten müssen sofort an die Arbeit gebracht werden. Während des Winters werden als Arbeitsprojekte in erster Linie nur Schneeräumungsarbeiten und einige vorbereitende Arbeiten für Bauvorhaben in Frage kommen. Zusätzlich müßten, am besten auf Grund eigenen Entschlusses

der Kirchenbehörden, Kirchen und Klöster für die Unterbringung der Obdachlosen zur Verfügung gestellt werden. Die politischen Bedenken (erleichterte Einflußmöglichkeit seitens der feindlichen Geistlichkeit) müßten in Kauf genommen werden.

Die lediglich zwecks Beschäftigung der Evakuierten durchgeführten Arbeitsvorhaben, deren produktiver Wert in vielen Fällen zweifelhaft ist, können nicht im wesentlichen aus Mitteln des Generalgouvernements oder der Gemeinden und Gemeindeverbände bestritten werden. Die Hilfe des Reiches hierfür muß angestrebt werden.

Krakau, den 13. 1.1941
W/Pi.

Westerkamp.[2])

BESCHREIBUNG:
Band 16: „Regierungssitzungen 1941 März — Okt." (bis 15./16.Okt.)
hs Unterstreichungen Kop

Protokoll

über die Regierungssitzung am Dienstag, den 25. März 1941 im großen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes, Beginn: 10^{30} Uhr.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank eröffnet die Sitzung:

... Der Führer läßt Ihnen durch mich seine ::-:: Anerkennung ::-:: aussprechen für die — so formulierte das der Führer — „hervorragende und vorbildliche Arbeitsleistung des Aufbaues und Ausbaues der deutschen Macht hier im Generalgouvernement". ... Ich betrachte die Frage des Ausbaues der staatlichen Verwaltungsorganisation des Generalgouvernements mit der dritten Verordnung im allgemeinen Sektor für beendet. Was noch geschehen wird und noch geschehen soll, ist die klare Umschreibung der Stellung der Polizei im Generalgouvernement in ihrem Verhältnis zu den Dienststellen des Generalgouvernements. ...

---

[2]) U Ti

Der Ernst der Lage im Generalgouvernement, der gekennzeichnet ist durch die Notwendigkeit, dem Führer hier im Osten ein starkes Bollwerk der deutschen Führung sicherzustellen in dem bevorstehenden großen Schlußangriff auf England, bringt für jeden von Ihnen ein ungeheures, überhaupt nicht vorausschaubares und berechenbares Maß von Verantwortung mit sich. Gemäß den mir am 17. März übertragenen Vollmachten unterstehen sämtliche Dienststellen des Generalgouvernements abgesehen von den Dienststellen der Wehrmacht ausschließlich dem Befehl des Generalgouverneurs. Es gibt nur diese zwei Machtpositionen: Wehrmacht und Generalgouvernement. Etwas drittes gibt es nicht. Ich verbiete daher mit sofortiger Wirkung die Befolgung irgendwelcher Anordnungen einer anderen Stelle, ganz gleich woher sie kommen. ...

Der Höhere SS- und Polizeiführer, SS-Obergruppenführer K r ü g e r teilt mit, daß die ::-:: Umsiedlung von Polen und Juden ::-:: ins Generalgouvernement zunächst unterbunden sei. Die Umsiedlung innerhalb des Generalgouvernements zum Zwecke der Freimachung von Truppenübungsplätzen nehme ihren Fortgang.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. F r a n k gibt bekannt, daß ihm der Führer bei der Besprechung am 17. März mitgeteilt habe, daß künftig die ::-:: Einsiedlung ::-:: ins Generalgouvernement von den Möglichkeiten dieses Gebietes abhängig gemacht werde. Weiterhin habe der Führer zugesagt, daß das Generalgouvernement in Anerkennung seiner Leistungen als erstes Gebiet ::-:: judenfrei ::-:: gemacht werde. Im übrigen sei zu bedenken, daß die starke Inanspruchnahme des Generalgouvernements bei d e r Umsiedlung nicht etwa auf bösem Willen der beteiligten Stellen beruhe, sondern aus der Notwendigkeit der Rückführung deutscher Menschen aus dem Osten sich zwangsläufig ergeben habe.

. . . . . .

Vor allem dürften auch die Beziehungen zu den Wojds amtlich nicht so gepflegt werden, daß der Wojd gewissermaßen in eine gesellschaftlich gehobene Kategorie komme. Er sei Pole und habe als solcher nur die Befehle entgegenzunehmen, er habe sich nicht in die absolut gehobene Zone des Führermaterials des Generalgouvernements emporgehoben zu fühlen. ...

Gouverneur Dr. Fischer:

. . . . . .

Bemerkenswert sei in der letzten Zeit das Auftreten der W i d e r s t a n d s b e w e g u n g. Drei Terrorakte seien zu verzeichnen: die Erschießung eines Volksdeutschen in Warschau, die Verletzung

eines Soldaten in Lowicz und eines Soldaten in Kielce. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, mit aller denkbaren Schärfe gegen solche Terrorakte vorgehen zu dürfen. Vor allem müßten auch die Strafmaßnahmen der Bevölkerung öffentlich bekanntgegeben werden. Diese Methode wirke sehr abschreckend und werde gewisse Elemente dazu zwingen, von solchen Terrorakten abzusehen.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

.....

Ich mache daher noch einmal mit aller Schärfe auf das zu Anfang dieser Sitzung Gesagte aufmerksam. Das Generalgouvernement ist ein in sich geschlossener Bestandteil des großdeutschen Machtbereiches. Es gibt hier nur zwei Zuständigkeiten: die der Wehrmacht und die des Generalgouverneurs. Ausnahmen hiervon gibt es nicht. Ich betone, daß es unter Umständen notwendig sein könnte, daß ich zum ersten Mal von den mir vom Führer gegebenen disziplinären Möglichkeiten mit aller Härte und Schärfe Gebrauch mache. Ich werde von keinem Beamten und Angestellten die geringste Widersetzlichkeit dulden. ...

Regierungssitzung

am Freitag, dem 5. September 1941

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

... Wir können auch in dieser Regierungssitzung mit einer wahren Genugtuung feststellen, daß unser politisches Wirken in diesem Raum dazu geführt hat, daß alle unsere Anstrengungen auf jenem Gebiete, daß dieses Einspannen der gesamten Millionenbevölkerung dieses Raumes ohne Streik, ohne Sabotage oder Unruhe irgendwelcher Art vor sich gehen konnten.

... Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Oberregierungsrat Reeds, daß bisher insgesamt 1,4 Mill. polnischer Arbeiter ins Reich verschickt worden seien. — Zurzeit werde es nicht möglich sein, für den Straßenbau außerordentliche Arbeitskolonnen nach Galizien zu schicken; jedoch werde man aus den dortigen Beständen Arbeiter zur Verfügung stellen können.

Referat des SS- und Polizeiführers im Distrikt Warschau SS-Oberführer Wigand in der Regierungssitzung vom 15.u. 16.10.1941.

... Zur Illustration der Arbeit der Polizei, insbesondere der Sicherheitspolizei, mögen Ihnen noch einige Zahlen dienen.

In den letzten 2 Jahren mußten wegen politischer und krimineller Delikte ca. 7 000 Personen in die Konzentrationslager überführt werden. In den hiesigen Gefängnissen sitzen z.Zt. 2 811 Häftlinge ein, davon wegen politischen Vergehens 1 290 Männer und 268 Frauen. ...

BESCHREIBUNG:
Band 17: „Regierungssitzungen 1941 Okt. — Dez." (ab 17. Okt.)
hs Unterstreichungen Blei

Niederschrift

über den Bericht des Stadthauptmannes Saurmann, Lublin, gelegentlich der Regierungssitzung in Anwesenheit des Herrn Generalgouverneurs Dr. Frank in Lublin am 17.10.1941.

Judenfrage.

Die Stadt Lublin zählte Ende 1939 rund 40 000 Juden. Es sind davon im Laufe der Zeit etwa 12 000 ausgesiedelt worden, aber fast dieselbe Anzahl ist bis heute wieder zugewandert. Zwar sind die Juden alle auf einen alten Stadtteil zusammengepfercht, dessen Grenze sie nicht ohne Genehmigung überschreiten dürfen, ein geschlossenes Ghetto gibt es bis heute jedoch nicht. Eine der wichtigsten Zugangsstraßen von Osten her führt mitten durch diesen Stadtteil, sodaß erst eine Umgehungsstraße gebaut werden mußte, die dieser Tage fertig wird, um dann das Ghetto mit Stacheldraht einzuzäunen und vollkommen abzuschließen. Man hätte von dieser Maßnahme auch noch weiterhin absehen können, nachdem bereits über ein Jahr kein Jude mehr in den übrigen Stadtteilen wohnt und kein jüdisches Geschäft sich mehr außerhalb des Ghettos befindet, wenn nicht die zuwandernden Juden in hohem Maße Flecktyphus und andere Krankheiten eingeschleppt hätten und dauernd Träger dieser Seuchen wären.

.....

Eine Klärung der Judenfrage wird natürlich endgültig erst dann zu erreichen sein, wenn der vollkommene Abtransport aller Juden bewerkstelligt werden kann. Das wird auch für die Stadt Lublin erst der Zeitpunkt sein, wo sich eine wesentliche Entspannung der augenblicklichen Wohnungsnot bemerkbar machen könnte.

Regierungssitzung

Sonnabend, den 18. Oktober 1941

im Gebäude der Kreishauptmannschaft

Radom.

Generalgouverneur Dr. Frank:

Meine Herren, wir haben eine besondere Note im Generalgouvernement in Gestalt des Arbeitsbereichs der NSDAP. ... Was wir in kühnsten Träumen in den Jahren 1919/20, als wir noch eine kleine Gruppe waren, uns vorstellten und was wir in tausenden von Kundgebungen predigten, was wir dann zum siegreichen Ende führen durften, als unserem Parteiführer am 30. Januar 1933 die Stellung des Reichskanzlers zuteil wurde, als dann durch die weitere Entwicklung aus diesem einzigen Mann der Weltgeschichte der Führer des deutschen Volkes, der geniale Feldherr des größten Krieges aller Zeiten, des wahrhaft wirklichen Weltkrieges, für uns wurde, die wir als Deutsche diese Zeit erleben durften, ist die Krönung unseres Lebens. Was jetzt noch kommen wird, wenn der Sieg und Frieden winkt, wird zweifellos den Höhenflug der schöpferischen Kraft deutscher Energien, kultureller und schöpferischer Sendung auf allen Gebieten in sich tragen. Es wird aber sozusagen die Fruchtbarmachung der großartigsten Leistung Adolf Hitlers und seines deutschen Volkes sein.

.....

Im Anschluß an die Referate behandelt Gouverneur Kundt einige besonders wichtige Fragen. ... Angesichts des starken Personalmangels werde man überlegen müssen, wie weit es möglich und politisch ratsam sei, noch mehr polnische Kräfte für die Verwaltung einzusetzen.

Die Ernährungslage der polnischen Bediensteten sei sehr schlecht. Man müsse darauf Bedacht nehmen, die Polen, die für die deutsche Verwaltung arbeiteten, in ernährungspolitischer Hinsicht besser zu betreuen.

.....

Er sei mit dem Leiter der Abteilung Arbeit der Auffassung, daß die zwangsmäßige Aushebung von Arbeitskräften nicht die gleichen Erfolge wie die freiwillige Werbung zeitige. Der Einsatz an Polizei für diese Aktion stehe in keinem Verhältnis zu den Erfolgen. Die Kreishauptmänner müßten daher moralisch auf die Bevölkerung einwirken, um ihr angesichts der allgemeinen Notlage die Vorteile gewinnbringender Arbeit vor Augen zu führen. Wenn es auch den

Anschein habe, als ob noch viele Arbeitskräfte aus dem Generalgouvernement ins Reich gebracht werden könnten, so müsse doch festgestellt werden, daß das Arbeitsreservoir schon sehr erschöpft sei. Es tauche bereits die Frage auf, wie innerhalb des Generalgouvernements notwendige Arbeitsleistungen noch vollführt werden könnten. Eine wesentliche Zahl von Arbeitskräften könne daher nicht mehr abgegeben werden. Die Rüstungsindustrie brauche dauernd Arbeiter, und außerdem gehe es unmöglich an, die geringe Zahl gelernter Facharbeiter abzugeben.

. . . . . .

Präsident W e s t e r k a m p

Ein außerordentlich wichtiger Punkt sei die G e s u n d h e i t s l a g e. Es sei bekannt, daß die Gesundheitspunkte im alten Polen verhältnismäßig gut gewesen sind. Träger dieser Gesundheitspunkte sei vielfach das polnische Rote Kreuz gewesen. Diese Institution habe keine Existenzberechtigung mehr, weil sie das Bestehen eines Staates voraussetze. . . . Wohl müßten die Gesundheitspunkte erhalten bleiben, aber nicht im Rahmen des polnischen Roten Kreuzes, sondern sie müßten auf die Gemeindeverbände übertragen werden.

. . . . . .

Ministerialrat W i l l e nimmt zur Geschäftslage der d e u t s c h e n G e r i c h t e Stellung. . . .

Man habe eine schnellere Aburteilung gefordert und zu diesem Zweck die Einrich tung eines Strafrechts für die Woits verlangt. Interessant sei gewesen, wie die einzelnen Kreishauptmänner bei der Einbringung der Kontingente verfahren seien. Man habe z.B. gehört, daß ein Kreishauptmann Bauern, die das ihnen auferlegte Kontingent nicht abgeliefert hätten, in Zwangsarbeitslager hätte bringen lassen. Von diesen Maßnahmen sei die Justiz überhaupt nicht berührt worden, denn kein einziger Fall der Nichtablieferung des Kontingents sei an die Staatsanwaltschaft übergeben worden. Man habe nur polizeiliche Maßnahmen zu Hilfe genommen. Diese Maßnahmen seien zwar in einem Polizeiverwaltungsgesetz noch nicht fundiert, ein solches sei aber in der Hauptabteilung Innere Verwaltung in Vorbereitung. Im übrigen hätten alle Abteilungen die Urteile der deutschen Gerichte als vorbildlich angesehen. Sollten Fälle vorliegen, in denen die Richter nicht mit Erfolg scharf eingeschritten seien, so bitte er, ihm davon Mitteilung zu machen. — Was die Anregung der öffentlichen Vollstreckung der Todesstrafe angehe, so kenne er keine Strafdrohung, die die Todesstrafe enthalte, wenn jemand ein bestimmtes Kontingent nicht abliefere. Diese Vollstreckungsart könne höchstens ausnahmsweise angewendet werden.

Geschäftsführender Hauptabteilungsleiter Naumann weist auf die Schwierigkeiten hin, die sich aus der Einrichtung von Truppenübungsplätzen für Luftwaffe und Heer ergäben. ... Dadurch sei die dringend erforderliche Produktionssteigerung fast unmöglich gemacht. ...

Es sei interessant, festzustellen, daß in den Kreisen, in denen mit der nötigen Schärfe vorgegangen werde, heute schon 60 % der Getreideumlage in der Hand der deutschen Verwaltung seien. ...

Naumann hält die baldige Einrichtung der Bodenordnung für dringend notwendig. Bei der jetzigen Zersplitterung des landwirtschaftlichen Besitzes seien die polnischen Arbeitskräfte auf dem Lande nur zu 30 bis 40 % ausgenutzt. Durch Schaffung von Großbetrieben würde man Hunderttausende von Arbeitskräften[1]) frei bekommen. ...

Der Mangel an Exekutive könne durch Annahme eines Angebots des MiG etwas abgeholfen werden, der Kompanien für die Erfassungsaktion zur Verfügung stellen wolle. ...

Landrat Dr. Schönhals erklärt, daß der Entwurf einer Verordnung über Strafverfügungen und polizeiliche Verfügungen in Vorbereitung sei. In dieser Verordnung würden jedenfalls die nötigen Handhaben für eine erweiterte Strafmöglichkeit bei Übertretungen gegeben werden.

Was die polizeiliche Exekutive anlange, so wäre es zu begrüßen, wenn die Wehrmacht auch Kräfte bereitstellen könnte. Darüber hinaus müsse die Frage geprüft werden, ob es nicht möglich sei, ähnlich wie im Reich für gewisse Gebiete, Polen die Eigenschaft von Hilfspolizeikräften zu verleihen. ...

Der Herr *General*-Gouverneur richtete zum Abschluss der Sitzung folgende Ansprache an die Tagungsteilnehmer:

... Nun stehen wir an einem Punkt, an welchem die Reichsinstanzen beginnen, den berühmten roten Alarmstrich, den man an jeder Dampfkesselanlage findet, zu übersehen. Die Forderungen, die das Reich trotz aller Hinweise auf die Schwierigkeiten unserer Lage in ernährungsmässiger Beziehung oder beispielsweise hinsichtlich der Zurverfügungstellung von Truppenübungsplätzen an uns stellt, gehen bereits an diesen roten Alarmstrich heran. ... Ich werde nicht zulassen, dass das, was Sie, Herr Naumann, so nachdrücklich andeuteten, eintritt, dass z.B. etwa die Bereitstellung von grossen

[1]) dahinter ms gestrichen: „bei"

Flächen für Truppenübungsplätze zu einer vollkommenen Zertrümmerung der Ernährungslage in dieser schon völlig unzureichenden Ernährungssituation führt. ... Aber das zeigt nur, dass sich hier dauernd 2 Thesen überschneiden. Die 1. These lautet: Alles, was der Krieg verlangt, muss in diesem Lande an sich von uns selber aufgebracht werden. Die 2. These geht offenbar davon aus, dass dieses Land immer noch Beuteobjekt ist und restlos ausgepresst werden muss. ...

Wir stehen daher im Generalgouvernement ununterbrochen in einer Kampfes- und Frontstellung. ...

SITZUNG DER REGIERUNG DES GENERALGOUVERNEMENTS

Krakau, am *16. Dezember* 1941[2])

Der Herr Generalgouverneur:

... Gegen das Verlassen des Ghettos durch Juden müsse und werde mit aller Schärfe vorgegangen werden. Die aus diesem Grunde gegen Juden verhängte Todesstrafe müsse fürderhin schnellstens vollstreckt werden. Seine Verordnung, nach welcher jeder Jude, der außerhalb des Ghettos angetroffen werde, hinzurichten sei, müsse unbedingt durchgeführt werden. Notfalls müsse eben eine Vereinfachung des Verfahrens vor dem Sondergericht eintreten.

Präsident Wallbaum weist noch daraufhin, dass die Arbeitertransporte nach dem Reich bis jetzt immer noch vor sich gegangen seien, weil nach Ansicht der Dienststelle des Vierjahresplans der Einsatz polnischer Arbeiter nach wie vor dringend notwendig sei. Man habe es in Kauf nehmen müssen, daß sich vereinzelte Fleckfieber-Erkrankte in den Transporten befanden. ...

Im Anschluß an die Ausführungen des Präsidenten Walbaum gibt Gouverneur Kundt einen Überblick über den ::-:: Fleckfieberstand ::-:: und die ergriffenen Bekämpfungsmaßnahmen im ::-:: Distrikt Radom. ::-:: ...

---

[2]) Handschriftliches Ti, sonst alles dr

Zu einer energischen Bekämpfung des Fleckfiebers gehöre ein rücksichtsloses Vorgehen gegen jene Juden, die die ihnen zugewiesenen Wohnviertel ohne Erlaubnis verließen, und eine verstärkte Disziplin der Deutschen in ihrem privaten Geschäftsverkehr mit den Juden. Gerade in letzter Beziehung könne man am Verhalten vieler Deutschen sehr starke Kritik üben. Jeder Deutsche, der in seinem Distrikt mit Juden Geschäfte machen wolle, werde von der Partei ihm gemeldet und von ihm bestraft. ...

In diesem Zusammenhang erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er das ihm vom Führer übertragene Begnadigungsrecht in Fällen, wo Juden von den Sondergerichten und Standgerichten zum Tode verurteilt würden, auf die Gouverneure übertragen werde.

... Hauptabteilungspräsident Dr. Frauendorfer gibt einen Bericht über die Tätigkeit seiner Abteilung. Er führt aus: ... Von sämtlichen fremdvölkischen im gesamten Großdeutschen Reich befindlichen Arbeitskräften seien 47% Polen. Darüber hinaus hätten die Arbeitsämter des Generalgouvernements noch 230.000 Menschen monatlich, etwa 8.000 pro Tag vermittelt. Diese Zahl werde noch durch die in Galizien gewonnenen Arbeitskräfte erhöht, von denen auch wieder 35.000 ins Reich gegangen seien. Auch sei es gelungen, die angeforderte Zahl von Bergarbeitern in kurzer Frist zu stellen, und zwar 11.000 Mann für den Ruhrbergbau, weitere 5.000 für den Kohlentransport und Kohlenhandel.

.....

Als nächster Redner berichtet der Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Oberst der Polizei Dr. Schöngarth über sein Gebiet. ... Die Zahl der augenblicklich in den Gefängnissen befindlichen Personen wegen Teilnahme an der Widerstandsbewegung sei außerordentlich hoch. Wegen Vergehens gegen die Gewalttatverordnung befänden sich zur Zeit über ::-:: 7.000 Polen in Haft. ::-:: ...

Anschließend äußert sich Amtschef Dr. Hummel anstelle des erkrankten Gouverneurs Dr. Fischer über die Lage im Distrikt ::-:: Warschau. ::-:: ...

Die Gefahren des Fleckfiebers hätten sich infolge Nachlassens der Widerstandskraft der Bevölkerung und insbesondere der der Juden vergrößert. Die Ernährung der Ghettobewohner sei unzureichend. Hinzu komme der Mangel an Reinigungsmitteln and das enge Zusammenwohnen. Der gemeldete Fleckfieberstand im

Ghetto betrage heute 2.405 Fälle, der tatsächliche Stand sei aber viel höher. In Warschau habe man 503, in den Kreishauptmannschaften 589 an Fleckfieber erkrankte Polen feststellen können. An sich sei der Zusammenschluss der Juden im Ghetto ein Segen. Wichtig sei jetzt die vollkommene Abschließung des Ghettos. Dankbar habe man einen Schiessbefehl des BdO, aufgrund dessen auf Juden auf den Landstrassen geschossen werden dürfe, begrüsst.

Dr. Hummel berichtet dann über die praktische Auswirkung der Verhängung der Todesstrafe bei widerrechtlichem Verlassen der Ghettos. In Warschau habe man bis jetzt trotz Hinzunahme einer dritten Kammer erst 45 Todesurteile fällen können und von diesen wären erst 8 vollstreckt worden, da über jeden einzelnen Fall die Gnadenkommission in Krakau die letzte Entscheidung treffen müsse. Weitere 600 Anträge auf Verurteilung lägen vor. Im Wege des Sondergerichtsverfahrens sei eine wirksame Absperrung des Ghettos unmöglich. Das Verfahren bis zur Liquidierung sei zu langwierig, es sei mit zuviel Formalitäten belastet und müsse vereinfacht werden.

Der Herr Generalgouverneur beschließt die Regierungssitzung mit folgender Rede: ...

Nach wie vor liegt die totale Vollmacht, dieses Gebiet staatlich und parteiamtlich zu führen, in der Hand des Generalgouverneurs. ... Keinerlei Reichsinstanzen, die uns im Befehlswege vorgesetzt wären, sind eingeschaltet, —ausschließlich und — ich möchte fast sagen— schicksalhaft unterstehe ich nur dem Führer. ...

Und so glaube ich denn, daß das Generalgouvernement wirklich befugt ist, sich „Brücke zum Osten" zu nennen. Und hier komme ich nunmehr auf etwas außerordentlich Ernstes. Die Entscheidung, die der Führer durch seinen Entschluß gefällt hat, dem von der Sowjetunion dem Großdeutschen Reich drohenden Angriff zuvorzukommen, die am 22.Juni d.J. eintretenden ::-:: Kriegshandlungen ::-:: haben für unser Generalgouvernement eine Fülle von Problemen gebracht. ... Das Generalgouvernement hat beim Vormarsch, bei der Besetzung und den Vorbereitungen militärischer Art das Beste geleistet. Ich habe Ihnen schon mitgeteilt, in welch' großartiger Weise der Führer mir persönlich gegenüber diese Leistungen des Generalgouvernements anerkannt hat.

Aber die Entwicklung dieses Krieges im Osten hat für das Generalgouvernement in doppeltem Hinblick eine entscheidende Bedeutung erlangt. Die Schaffung der ::-:: Reichskommissariate ::-:: Ostland und Ukraine unter dem Reichsminister für die besetzten

russischen Gebiete, Parteigenossen Rosenberg, bedeutet für das Generalgouvernement eine völlige Strukturänderung. Während wir bis dahin im toten Winkel lagen, sind wir nunmehr ein in die Mitte des gesamten großdeutschen Verwaltungsmachtgefüges gesetzter Punkt geworden. ...

Die Beziehungen zum ::-:: Reichsministerium für die besetzten russischen Gebiete ::-:: sind durch den Erlaß des Führers derart geregelt, daß Galizien als Bestandteil des Generalgouvernements aus dem eigentlichen Bereich der besetzten russischen Gebiete schon am 1. August ausgeschieden ist. ...

Im übrigen aber hat die Einrichtung dieser Ostkommissariate für uns eine eminent politische Bedeutung. Denn nunmehr ist ganz klar geworden, daß dieses Gebiet Generalgouvernement bestimmt ist, im Zuge des Fortschreitens der deutschen Volkstümer nach dem Osten schon in absehbarer Zeit in das Siedlungsprogramm unseres Volkes stärkstens einbezogen zu werden. Und das wird auch seine Auswirkungen haben: die ::-:: Polen ::-:: in diesem Raum sind —das geht deutlich aus allen Berichten hervor— von uns im allgemeinen zur Raison gebracht. ...

Dabei muß ich aber doch eins sagen: nehmen Sie, meine Herren, aber an, ... in Krakau, Lemberg, Warschau oder wo immer würde ein Aufstand oder eine massierte Gewaltbewegung der Polen sich ereignen, so wäre der Schaden für das Generalgouvernement an sich vielleicht überwindbar, für die Weltbedeutung der Ostlage unseres Reiches aber wäre jeglicher derartiger Versuch von vielleicht allgemeinen schwerst überwindlichen Folgen begleitet. Sie dürfen sich nicht wundern, meine Herren, wenn ich in nächster Zeit die Zügel gegenüber dem Polentum etwas schärfer anziehe, als es bis jetzt der Fall war. Ich werde jedem Versuch dieser Art mit äußerster Schärfe entgegentreten. Ich habe gestern den Vertreter der Polen, den früheren Gesandten Wisocki, ... empfangen. Ich habe ihm ganz offen erklärt, daß ich gezwungen bin, dem bewußt provozierenden Radikalismus der Polen gegenüber zu immer schärferen Maßnahmen zu greifen, daß es überhaupt nur ein Interesse des Polentums gibt: sich zu fügen, gehorsam zu sein und zu versuchen, im Rahmen der Notwendigkeiten unseres Großdeutschen Reiches mit den Dingen fertig zu werden. ... Jedenfalls aber werde ich, bevor auch nur die geringste Gefahr hier ersteht, so blitzartig zuschlagen lassen, daß diese Gefahr mit übersteigerten Mitteln im Keime erstickt wird.

Ich muß mich oft sehr ärgern, wenn ich ... das geradezu unverschämte Verhalten mancher Polacken etwa gegenüber Soldaten und Offizieren beobachte. Unsere Landser sind zu nett, unsere Offiziere

sind zu *gebildet.*[3]) Unsere bürgerlichen Deutschen sind leider so etwas von Mitleid oder auch von Gleichgültigkeit gegenüber den Dingen erfüllt. Ich muß gestehen, daß ich mir manchmal Gedanken darüber mache, ob ich nicht eine besondere Aktion einleiten soll, mit der den Polacken, die deutschen Offizieren nicht ausweichen oder sie bewußt anrempeln, mit einem besonderen Strafkodex entgegengetreten wird. Der polnische Übermut darf nicht etwa glauben, auf unsere Schwäche und Gutmütigkeit rechnen zu können. ... Ich kann daher nur immer wieder meine warnende Stimme erheben und Sie bitten: sorgen Sie in Ihrem eigenen dienstlichen und persönlichen Bereich dafür, daß keinerlei Zusammenwachsung oder Zusammenschmelzung oder irgendwie geartete persönliche Beziehungen zwischen Polen und Deutschen über das absolut notwendige Maß hinaus sich entwickeln. ... Ich weiß, daß es im einzelnen schwierig ist; ich weiß auch, daß es Tausende und Abertausende von Polen gibt, die loyal ihre Pflicht erfüllen. Insofern —das sage ich Ihnen ganz offen— bin ich auch nicht beunruhigt, wenn Sie mir sagen, daß die Polen mit der Sorge um ihre Lebensmittel beschäftigt sind. Solange die Energie und Kraft des Menschen vor allem mit der Herbeischaffung der Lebensmittel beschäftigt ist, so lange werden diese Energien nicht in größerem Umfange für andere Dinge zur Verfügung stehen.

Mit den ::-:: Juden ::-:: —das will ich Ihnen auch ganz offen sagen— muß so oder so Schluß gemacht werden. Der Führer sprach einmal das Wort aus: wenn es der vereinigten Judenschaft wieder gelingen wird, einen Weltkrieg zu entfesseln, dann werden die Blutopfer nicht nur von den in den Krieg gehetzten Völkern gebracht werden, sondern dann wird der Jude in Europa sein Ende gefunden haben. Ich weiß, es wird an vielen Maßnahmen, die jetzt im Reich gegenüber den Juden getroffen werden, Kritik geübt. Bewußt wird —das geht aus den Stimmungsberichten hervor— immer wieder versucht, von Grausamkeit, von Härte usw. zu sprechen. Ich möchte Sie bitten: einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich jetzt weiterspreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volke haben, sonst mit niemandem auf der Welt. Die anderen haben auch kein Mitleid mit uns gehabt. Ich muß auch als alter Nationalsozialist sagen: wenn die Judensippschaft in Europa den Krieg überleben würde, wir aber unser bestes Blut für die Erhaltung Europas geopfert hätten, dann würde dieser Krieg doch nur einen Teilerfolg darstellen. Ich

[3]) ursprünglich „zu milde", Ti verbessert

werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, daß sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zwecke angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine große Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werden. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine große jüdische Wanderung einsetzen.

Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man sie wird im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber! Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist, um das Gesamtgefüge des Reiches hier aufrecht zu erhalten. Das wird selbstverständlich mit Methoden geschehen, die anders sind als diejenigen, von denen Amtschef Dr. Hummel gesprochen hat. Auch die Richter der Sondergerichte können nicht dafür verantwortlich gemacht werden, denn das liegt eben im Rahmen des Rechtsverfahrens. Man kann bisherige Anschauungen nicht auf solche gigantischen einmaligen Ereignisse übertragen. Jedenfalls müssen wir aber einen Weg finden, der zum Ziele führt, und ich mache mir darüber meine Gedanken.

Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden großen Maßnahmen. Das Generalgouvernement muß genau so judenfrei werden, wie es das Reich ist. Wo und wie das geschieht, ist eine Sache der Instanzen, die wir hier einsetzen und schaffen müssen und deren Wirksamkeit ich Ihnen rechtzeitig bekanntgeben werde.

Die Ukrainer sind nach wie vor ein Problem. ... Vor allem darf bei den Ukrainern unseres Distriktes Galizien nicht der Eindruck entstehen, als ob wir innerhalb des Großdeutschen Reiches eine Art ukrainischer Eigenstaatlichkeit anerkennen könnten. Im übrigen sehe ich eine Lösung der Ukrainerfrage ebenso wie bei den Polen grundsätzlich darin, daß sie uns in aller Zukunft als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. ... Im übrigen sind die Ukrainer sehr

geeignet, ein Gegengewicht gegen die Polen darzustellen. Trotz alledem muß darauf hingewiesen werden, daß es sich insbesondere bei dem Distrikt Galizien um einen Bestandteil des Großdeutschen Reiches, nicht aber um einen Bestandteil eines irgendwie gearteten, wenn auch nur geistigen Großukrainertums handelt. ... Das Bestreben aller Dienststellen muß es sein, in gemeinschaftlichem Zusammenwirken auch mit der Wehrmacht zu erreichen, daß derartige Strömungen allmählich verschwinden. ...

Über allem muß aber folgender Gedanke stehen: dieses Gebiet des Generalgouvernements wird unmittelbar nach dem durchgeführten Rückdeutschungsprozeß der Ostgebiete des Reiches der nächste Bestandteil Europas sein, der der absoluten Deutschdurchdringung unterstellt werden wird. ... Da wir dann auch die Möglichkeit haben, allenfalls hier nicht mehr benötigtes Fremdvolkstum nach dem Osten abzugeben, wird es nicht zu unüberwindlichen Schwierigkeiten führen, das deutsche Volkselement mehr und mehr verwurzeln zu lassen und das fremdvölkische Element immer mehr abzudrängen.

... Weiter im Osten wird einmal der Gotengau entstehen, und das Generalgouvernement wird dann einmal der Vandalengau werden können. Die Vandalen sind bekanntlich der meist-verleumdete germanische Stamm gewesen. Hier waren ihre Wohnsitze, hier haben sie die erste germanische Kultur eingebaut. Dieser Vandalengau soll dann auch dazu beitragen, vor der ganzen Welt jene furchtbare Schuld zu tilgen, daß man einen der edelsten germanischen Stämme dauernd so verunglimpft hat, daß seine Bezeichnung geradezu zu einem Schimpfwort wurde, — übrigens ein Meisterstück antideutscher Propaganda durch zwei Jahrtausende hindurch.

.....

Ich war vor einigen Tagen beim Führer gewesen. Er ist von einer Frische, von einer Siegeszuversicht, von einer so sonnenstrahlenden Zielklarheit, daß er für jeden von uns nur ein leuchtendes Vorbild sein kann. ...

Es gibt nur ein Reich, es gibt nur ein Recht für uns alle, wie es nur eine Bewegung und eine Weltanschauung gibt.

Lassen Sie mich ganz kurz zur ::-:: Weltanschauung ::-:: etwas sagen. Ich habe mich mit dem ::-:: kirchlichen Problem ::-:: hier nie beschäftigt. ... Was ich nur *nicht*[4]) wünsche, ist, daß irgendein Beamter in Uniform an gottesdienstlichen Handlungen in fremden

[4]) Ti über der Z eingefügt

Kirchen teilnimmt. ... Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich für die Deutschen besondere deutsche Kirchen eröffne. Die Bedürfnisse kirchlicher Art lassen sich, glaube ich, in Wehrmachtskirchen ebenso gut befriedigen. Es muß auch klar gelegt werden, daß das Deutsche Reich Adolf Hitlers kein katholisches oder protestantisches, sondern ein nationalsozialistisches Reich ist. ... Wir haben keine Reichskirche, wir Nationalsozialisten huldigen dem Grundsatz, daß jeder nach seiner Fasson selig werden kann. Meine persönliche Meinung ist aber, daß aus dem Geschehen unserer Zeit und dem Werke Adolf Hitlers einmal eine ganz große deutsche Nationalreligion aufsteigen wird. ...

Ich bitte Sie sehr, meine Herren, bei den Ihnen unterstehenden Beamten und Angestellten darauf zu dringen, daß sie kirchliche Bedürfnisse, wo sie vorhanden sind, nicht in polnischen Gottesdiensten befriedigen. Wo ich das erfahren sollte, würde ich fest zugreifen und den Betreffenden unter sofortiger Meldung wegen nationaler Würdelosigkeit unverzüglich aus dem Dienst entlassen. Ganz gleichgültig, ob in derselben lateinischen Sprache gepredigt wird, ob der Priester dieselben Handlungen vornimmt, — es ist eine nationale Würdelosigkeit, an einem polnischen Gottesdienst teilzunehmen. ...

BESCHREIBUNG:
Band 18: „Tagebuch 1942 I" 1.1. — 30.4.
hs Unterstreichungen Ti

Krakau

Freitag, den 13. März 1942

.....

20^{30} Abendessen aus Anlaß der Anwesenheit des Reichsführers SS Himmler. An diesem Essen nehmen u.a. teil: SS-Obergruppenführer Krüger, Staatssekretär Dr. ::-:: Boepple,[1]) ::-:: Hauptabschnittsleiter Stahl, Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt, Ministerialrat Wolsegger, Gouverneur Dr. Wendler, Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert, Regierungsdirektor Dr. Hermann.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Ansprache:

[1]) Unterstreichung Blei

Lieber Parteigenosse Himmler! ... Wir freuen uns sehr, daß Sie die Zeit fanden, dem Generalgouvernement, dem Nebenlande des Großdeutschen Reiches, einen Besuch zu machen. Das ist umso erfreulicher, als es aufgrund der Erfahrungen, die Ihre Männer im Lande und die wir in der Regierung und der Verwaltung gemacht haben, nunmehr heute geglückt ist, zu einem endgültigen vollen ::-:: Übereinkommen über die Zusammenarbeit von Polizei und Verwaltung ::-:: zu kommen. ...

Ich erinnere mich als Generalgouverneur bei dieser Gelegenheit mit besonders herzlicher Dankbarkeit der hervorragenden Leistungen, die die Männer aus Ihrem Geist und aufgrund der von der SS und Polizei gegebenen Richtlinien hier vollbracht haben. Eine ganze Anzahl bester Kameraden der Polizei und der SS hat den Dienst für Führer und Reich mit dem Leben besiegelt, hingemordet von einem Volkstum, das wir im Interesse der Besiedlung dieses Landes durch das Deutschtum für alle Zukunft zurückzudrängen haben. ...

Seien Sie überzeugt, Reichsführer, daß es mein persönliches wie das Bemühen aller Mitglieder der Regierung und der Dienststellen von Partei und Staat sein wird, Ihnen im Generalgouvernement einen Stützpunkt für die große Ihnen übertragene Reichsaufgabe zu schaffen. ...

Man spricht viel davon, daß meine persönliche Auffassung, die auf dem Gebiet des ::-:: Rechtes ::-:: liegt, da und dort als divergierend bezeichnet wird zu manchen Erscheinungen, die die Notwendigkeiten dieser Zeit hervorrufen. Ich weiß aber, daß der ::-:: Punkt 19 ::-:: des Parteiprogramms, der von der Schaffung eines gemeindeutschen Rechts spricht, von Ihnen genau so vertreten wird wie von mir, wie ich andererseits auch den Grundsatz vertrete, daß es in den Notzeiten, die wir jetzt erleben, geboten ist, um des formalen Rechtes willen nicht ein Unrecht hinzunehmen. Denn es kann ja immer nur um ein Ziel gehen, den Krieg des Führers und des Reiches und des deutschen Volkes zu gewinnen.

Mittwoch, den 18. März 1942

.....

10^{30} Arbeitstagung der Distriktsstandortführer und der Amtswalter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP im Königssaal der Burg zu Krakau

(Protokoll s.Beiakten)

Am Schluße der Arbeitstagung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

. . . . . .

Wie Sie wissen, bin ich Fanatiker der ::-:: Einheit der Verwaltung, ::-:: habe auch niemandem gegenüber einen Zweifel darüber gelassen, daß man hier nur regieren kann, wenn derjenige, der die Verantwortung hat, sie auch ausschließlich hat. Deshalb ist es klar, daß der Höhere SS-und Polizeiführer mir unterstellt, daß die Polizei Bestandteil der Regierung, daß der SS- und Polizeiführer im Distrikt dem Gouverneur unterstellt ist und daß der Kreishauptmann auch die Kommandogewalt über die Gendarmerie in seinem Kreise haben muß. Das hat der Reichsführer SS anerkannt; in dem schriftlichen Übereinkommen sind alle diese Punkte wortwörtlich aufgeführt und unterzeichnet. Es ist ja auch selbstverständlich, daß wir hier nicht einen abgeschlossenen Laden herstellen können, der nach kleinstaatlicher überkommener Weise behandelt werden kann. Es wäre z.B. lächerlich, wenn wir hier eine eigene Sicherheitspolitik gegen unsere Polen im Lande aufbauen wollten, während wir wissen, daß die Polacken in Westpreußen, in Posen, im Wartheland und in Schlesien eine und dieselbe Widerstandsbewegung haben. Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei muß also die Möglichkeit haben, die das Reichsinteresse im ganzen angehenden Polizeiangelegenheiten mit seinen Instanzen durchzusetzen. Das geschieht allerdings nur in der Form, daß ich von den zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen bin, und nur dann, wenn ich meine Zustimmung dazu gebe.

Im Generalgouvernement ist die Polizei die Wehrmacht. Infolgedessen wird von mir auch der Leiter dieses Polizeiwesens in die Regierung des Generalgouvernements berufen, er untersteht mir bzw. meinem Stellvertreter als Staatssekretär für das Sicherheitswesen. . . .

Um die Kirche brauchen wir uns nicht zu kümmern. Ich lasse die Kirchen gar nicht erst zu uns herein, ein Kirchenproblem wird bei uns nicht bestehen. . . .

Im übrigen geht der Kampf um die Durchsetzung unserer Ziele eiskalt weiter. Sie sehen, wie die staatlichen Organe arbeiten, Sie sehen, daß man vor nichts zurückschreckt und ganze Dutzende von Elementen an die Wand stellt. Das ist schon deshalb notwendig, weil hier eine einfache Überlegung

sagt, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, in einem Zeitpunkt, in dem das beste deutsche Blut geopfert wird, fremdvölkisches Blut zu schonen. Denn daraus könnte eine der größten Gefahren entstehen. Man hört ja heute schon in Deutschland, daß Kriegsgefangene etwa bei uns in Bayern oder in Thüringen vollkommen selbständig große Güter verwalten, während sämtliche kampffähigen Männer aus einem Dorf an der Front stehen. Wenn sich dieser Prozeß fortsetzen sollte, dann würde allmählich eine Unterwanderung des Deutschtums eintreten. Man soll diese Gefahr nicht geringschätzen. Deshalb muß alles, was sich noch an polnischer Führungskraft zeigt, immer wieder mit rücksichtsloser Energie vernichtet werden. Das braucht man nicht an die große Glocke zu hängen, es geschieht stillschweigend. ...

Krakau

Dienstag, den 24. März 1942.

Der Herr ::-:: Generalgouverneur ::-:: unterzeichnet eine Anordnung betreffend die neue Stellung des Sonderdienstes, deren wesentlichster Inhalt besagt, daß sich der Herr Generalgouverneur die ausschließliche Führung des Sonderdienste vorbehält. ...

Krakau

Donnerstag, den 26. März 1942.

12^{20} Besprechung mit Präsident Dr. Frauendorfer in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple, Ministerialrat Wolsegger und Präsident Dr. Siebert.

Präsident Dr. Frauendorfer führt aus, daß die ::-:: Einsatzzahl der Polen ::-:: im Reich die Höhe von 1,1 Millionen erreicht habe, von denen von der Hauptabteilung Arbeit allein 630 000 vermittelt worden seien. Diese Leistung werde von den Reichsinstanzen immer wieder als wirklich entscheidend anerkannt. Heute gingen noch 7 — 8000 Polen wöchentlich ins Reich.

Krakau

Freitag, den 27. März 1942

12^{30} Besprechung mit Kapitän zur See a.D. Gartzke in Gegenwart von Staatssekretär Dr. Boepple.

.....

Kapitän Gartzke nimmt dann noch kurz zu dem Fall Budin Stellung. Generaldirektor Budin habe zur Zeit als

Leiter großer Werke im Reich ein dringendes Wehrmachtprogramm durchzuführen. Diesen Werken sei aber infolge Aushebung von Arbeitern zum Wehrdienst eine große Anzahl von Arbeitern entzogen worden. Nun sei Generaldirektor Budin ...: auf den Gedanken gekommen, aus dem Generalgouvernement Arbeitskräfte heranzuziehen. Generaldirektor Budin habe ihm vorgeschlagen, aus dem Werk Kamiena einige 1000 Arbeiter für seinen Betrieb herauszunehmen und nach Deutschland zu verschicken. ... Man sei dann dazu übergegangen, den Arbeitern von Kamiena eine Arbeitsverpflichtung zuzustellen. Aber auch dann hätten sich etwa nur 800 Arbeiter zu ihrer Verschickung nach dem Reich bereit gefunden. Die restlichen 1200 Arbeiter sollten nun durch eine polizeiliche Aktion erfaßt werden. Er halte eine solche Aktion aber nur auf legaler Grundlage für möglich.

Krakau

Sonnabend, den 4. April 1942

.....

12[40] Der Herr Generalgouverneur verfügt die Absendung folgenden Schreibens an Landgerichtsrat Taschner:

Ich bitte Sie, dem Herrn Reichsminister Dr. Lammers mit meiner von Ihnen beglaubigten Unterschrift folgende Stellungnahme mitzuteilen:

Ich widerspreche dem Gesetz über die Behandlung Gemeinschaftsfremder und ersuche, über diesen Entwurf eine Chefbesprechung binnen kurzem anzusetzen, in der es möglich sein wird, die entscheidenden rechtspolitischen Gesichtspunkte, die auch heute noch in schärfstem Maße gegen diesen Entwurf im einzelnen sprechen, darzulegen. Ich selber werde an dieser Sitzung persönlich teilnehmen.

Meines Erachtens ist es völlig unmöglich, unter Ausschaltung des ordentlichen Gerichts den Polizeiorganen allein derartig weitreichende Zuständigkeiten zu übertragen. Die vorgesehene Spruchstelle beim Reichssicherheitshauptamt kann nicht den Rang eines ordentlichen Gerichtes auch im Volksbewußtsein einnehmen.

... Ich werde beantragen, daß im Zusammenhang mit diesem Gesetz auch das Verfahren der sicherheitspolizeilichen Dienststellen ganz allgemein einer gesetzlichen Regelung unterzogen wird.

Der Punkt 19 des Parteiprogramms sieht ein deutsches Gemeinrecht als Ziel unserer Bewegung vor. Zu diesem deutschen Gemeinrecht gehört der ordentliche ::-:: unabhängige,[2]) ::-:: aus nationalsozialistischer Weltanschauung heraus entscheidende ::-:: Richter.[2]) ::-:: ...

Gegen den Grundgedanken und die Notwendigkeit einer Regelung der Behandlung Gemeinschaftsfremder ist selbstverständlich nicht das geringste einzuwenden. Notwendig ist nur, daß die Form[3]) der Verwirklichung dieses Gesetzes dem Rechtsempfinden unseres Volkes Rechnung trägt. ...

Deshalb lege ich gegen diesen Gesetzentwurf in seiner heutigen Form, vor allem im Hinblick auf die Fassung des § 1 des Entwurfs der Durchführungsverordnung, Widerspruch ein.

. . . . . .

Krakau

Freitag, den 10. April 1942

10^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialrat Dr. Siebert.

. . . . . .

Anschließend berichtet Ministerialrat Dr. Siebert: ...

SS-Obergruppenführer Krüger beanpruche in seiner in Aussicht genommenen Eigenschaft als Kommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Zuständigkeit in allen Volkstumsangelegenheiten. ...

Er, Dr.Siebert, habe demgegenüber den Standpunkt eingenommen,daß SS-Obergruppenführer Krüger nur die ::-:: Vollmachten ::-:: erhalten könne, die der Reichsführer SS auf diesem Gebiet im Reich besitze. Es sei ja auch im Punkt 7 des Führererlasses über die Einrichtung der Zivilverwaltung in den besetzten polnischen Gebieten bestimmt, daß der Verwaltungschef, also der Generalgouverneur, in den besetzten polnischen Gebieten die dem Reichsführer SS übertragenen Aufgaben führe.

Der Herr Generalgouverneur geht mit diesem Standpunkt völlig einig. ... Der SS-Obergruppenführer könne als Staatssekretär für das Sicherheitswesen im Generalgouvernement nur im Auftrag des Generalgouverneurs, nicht in dem des Reichsführers SS handeln.

---

[2]) Unterstreichung Kop

[3]) dahinter ms gestrichen: „eine“

16[40] P r e s s e b e s p r e c h u n g im Königssaal der Burg zu Krakau.

An dieser Besprechung nehmen teil:

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Ministerialrat Dr. S i e b e r t
Präsident O h l e n b u s c h
Pressechef G a s s n e r
Verlagsleiter S t r o z y k
Referent Z e i t z
Referent Dr. L ü d e m a n n
Referent Z e n z i n g e r
Schriftleiter H i e r c h e
Schriftleiter K r a f f t
Hauptschriftleiter F e n s k e

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r faßt das Ergebnis der Besprechung in folgenden Ausführungen zusammen:

Wir sind uns alle klar darüber, daß wir dieser Millionenbevölkerung von Polen eine irgendwie über das Nachrichtenmäßige hinausgehende ::-:: Presse ::-:: geben müssen. Der Grund dafür liegt nicht bei den Polen, sondern in unserem eigensten Interesse. Denn wir müssen zum mindesten so tun, wie wenn das Generalgouvernement eine Art Schutzbereich im großdeutschen Raum ist. Wir können den Kampf nicht etwa dadurch erledigen, daß wir für 16 Millionen Polen 16 Millionen Nackenschüsse vollführen und damit das polnische Problem lösen. Solange die Polen leben, müssen sie für uns arbeiten und von uns in diesen Arbeitsprozeß eingeschaltet werden. . . .

Zur ::-:: polnischen Pressepolitik ::-:: sei grundsätzlich gesagt: die Polen müssen den Eindruck haben, daß sie in der Presse nicht wie Schweine behandelt werden, sondern als Europäer und Menschen. Das gilt auch für die Regierungsarbeit ganz allgemein. Wir geben uns schon so viel mit den Polen ab, daß man sagen muß: der Pole lebt im Generalgouvernement, trotzdem es ihm hundeschlecht geht, wesentlich besser als der Italiener in Italien oder der Grieche in Griechenland, der Serbe in Serbien usw..

Es ist klar, daß das Bedürfnis an Arbeitern im Reich und unsere Wehrlage geradezu ein Ringen um die polnische Arbeitskraft zur Folge haben. Wir sind ja von den Polen hierin abhängig. Wenn die Polacken die Züge nicht fahren, wer fährt sie dann? Wenn die hunderttausend polnischen Eisenbahner

nicht die Züge fahren, können wir den Aufmarsch einstellen. Die Verantwortung ist derart groß, daß man es schon in Kauf nehmen muß, wenn ein paar süße Sprüche über Christentum, Katholizismus in die polnischen Blätter kommen. Die Meinung, daß man gleichzeitig weltpolitische Entscheidungen herbeiführen und weltanschauliche Kämpfe ausfechten kann, ist irrig. Wenn ich den Krieg gewinnen will, muß ich ein eiskalter Techniker sein; dann muß die Maschine des Krieges funktionieren. Die Frage, was sich einmal weltanschaulich-völkisch tun werde, muß ich auf die Zeit nach dem Kriege verschieben. ...

Als erster Grundsatz muß also gelten: die Polen müssen in einer sogenannten Presse etwas mehr erhalten als nur Befehle. Und wenn, wie behauptet wird, der Katholizismus tatsächlich eine Schande für ein Volk ist, um so mehr Katholizismus muß ich dem Polentum wünschen. ... Wenn der Katholizismus ein Gift ist, dann kann man dieses Gift nur den Polen wünschen. So geht es mit anderen Dingen auch.

... Die ukrainische Pressepolitik muß auch einmal grundsätzlich besprochen werden. Im übrigen gilt für die Ukrainer wie für die Polen das Prinzip, daß sie im Generalgouvernement als in einem deutschgeführten Raum leben und sich unseren Bedingungen zu fügen haben.

Krakau

Dienstag, den 21.4.1942

.....

11^{00} Der Herr Generalgouverneur legt dann in großen Zügen seine Einstellung zum ::-:: SS- und Polizeiproblem ::-:: dar; er betont insbesondere, daß in jedem Fall die Polizei nur die Exekutive einer Regierung sein und nicht umgekehrt die Regierung sich irgendwie der Polizei neben — oder unterordnen könne. Im übrigen bezieht sich der Herr Generalgouverneur für die künftige Stellung des Höheren SS- und Polizeiführers Krüger und der SS und Polizei im Generalgouvernement auf sein ::-:: Übereinkommen ::-:: mit Reichsführer SS Himmler. Der Herr Generalgouverneur verfügt, daß dieses Übereinkommen, das folgenden Wortlaut hat, zum Bestandteil des Tagebuches gemacht wird:

Zur endgültigen Bereinigung des Problems des Verhältnisses von Staatsverwaltung und Polizei-SS im Generalgouvernement wird folgendes vereinbart:

I.

Der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement tritt als Staatssekretär für das Sicherheitswesen in die Regierung des Generalgouvernements ein.

Die Überweisung von Dienstgeschäften erfolgt nach dem besonderen, von beiden Seiten genehmigten Plan.

II.

Der Höhere SS- und Polizeiführer (Staatssekretär) untersteht unmittelbar und direkt dem Generalgouverneur, im Falle von dessen Behinderung dessen Stellvertreter.

Im Falle der Behinderung von Generalgouverneur und Stellvertreter vertritt er den Generalgouverneur.

III.

Der Reichsführer kann entsprechend dem kommenden Führererlaß dem Staatssekretär unmittelbar Weisungen erteilen. Der Staatssekretär stellt vor Vollzug das Einverständnis des Generalgouverneurs fest im Sinne des Führererlasses. Umgekehrt wird das Einverständnis des Reichsführers bei Weisungen des Generalgouverneurs festgestellt.

IV.

Der SS- und Polizeiführer im Distrikt ist in entsprechender Weise wie der Staatssekretär für Sicherheit dem Generalgouverneur, so dem Gouverneur persönlich und unmittelbar unterstellt.

V.

Dem Kreishauptmann untersteht der Kreisgendarmerieführer.

VI.

Der Staatssekretär für die Sicherheit ist zugleich Vertreter des Reichsführers in dessen Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums.

Krakau, den 14. März 1942

gez. Frank gez. Himmler

Der Herr Generalgouverneur stellt auch fest, daß nach der Verordnung des Führers im Generalgouvernement für die Fragen der Festigung des deutschen Volkstums der Generalgouverneur zuständig sei. ...

Bei dieser Gelegenheit betont der Herr Generalgouverneur mit Nachdruck noch folgendes:

In den gesamten Fragen des Sonderdienstes des Generalgouvernements könne es für ihn keinen Zweifel geben, daß an dessen Existenz wie an seiner bisherigen Unterstellung unter den Generalgouverneur nicht gerüttelt werden könne. ...

Des weiteren macht der Herr Generalgouverneur ernstliche Vorbehalte über die sogenannten vertraulichen Informationsberichte, die der sogenannte SD über das Generalgouvernement dauernd ins Reich flattern lasse. Er bezeichnet sie als reine Spitzelprodukte schlimmster Art, die nichts mit der objektiven Wahrheit zu tun hätten und nichts anders seien als eine Ausgeburt des Hasses gegenüber der staatlichen Arbeit im Generalgouvernement. ...

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß ... am Grundsatz der Einheit der Regierung nicht gerüttelt werden könne, daß er SS-Obergruppenführer Krüger volles Vertrauen schenke und daß er ihn als wesentlichen Mitarbeiter des Generalgouvernements, der er doch von Anfang an sei, betrachte.

Berlin

Samstag, den 25. April 1942

11^{00} Offizielle Sitzung der Internationalen Rechtskammer (Landesvertretung Deutschland) im Festsaal des N.S.-Rechtswahrerbundes, Berlin-W., Tiergartenstraße 20.

Zu Beginn der Sitzung ergreift der Präsident der Internationalen Rechtskammer Reichsminister Generalgouverneur Dr. Frank das Wort zu folgender Ansprache:

Werte Anwesende! Exzellenzen! Arbeiter des Rechts aus den Ländern Europas und Japan!

Es ist für mich ein stolzes Gefühl, Sie hier in dem Festsaal der Zentrale des Deutschen Rechtsstandes in einem feierlichen Moment willkommen heißen zu dürfen. Sie sind in das nationalsozialistische Reich gekommen, um mit uns gemeinsam jene Fragen zu erörtern und allenfalls in Form zu bringen, die, der Neuordnung der Welt vorandenkend und voranformend, jene Grundsätze aufstellen sollen, die für alle Zukunft die Wiederkehr des Elends verhindern mögen, dessen Ausdruck auch dieser gigantische Krieg ist. Unser Führer Adolf Hitler steht heute weit erhaben über die Zonen seiner eigenen Heimat, seines

deutschen Volkes als der gigantischste Neugestalter des Lebens auf dieser Erde. Wir sagen nicht zu viel, wenn wir in seinem Namen voll Stolz auch der neuen Rechtsidee zum Durchbruch verhelfen wollen, die mit dem Begriff einer Kombination des nationalen und sozialen Ideals verbunden ist.

Ähnlich der unseren ist die Entwicklung in allen von neuen stürmischen Ideen erfüllten Völkern gelaufen. Besonders nahe liegt das Beispiel des faschistischen Italiens Benito Mussolinis, des Ungarns Horthys, des Spaniens Frankos, ähnlich geht heute auch die Entwicklung, den modernen Linien nacheifernd, etwa in Norwegen unter Quissling. ... So ist es auch, wenn der Marschall Antonescu in Rumänien, wenn König Boris in Bulgarien, wenn der Poglavnik in Kroatien, wenn Salazar in Portugal, wenn selbst Marschall Pétain in Frankreich diese Parole ausgeben, wenn das Gemeinschaftsempfinden zur europäischen Welt von uns genau so stark betont wird im brüderlichen Verein mit dem neuerstehenden großen asiatischen Weltreich des Tenno Japans. Wenn wir uns machtvoll aufrichten und sagen: ein neues Jahrtausend junger Völker bricht an, eine neue Form der Staatsgestaltung ersteht im Sozialismus, der den Millionen-Massen dieser heranwachsenden Völker, die blühen und sich entwickeln wollen, das Leben gibt, dann ist es ein kläglicher Abgrund, der sich vor uns auftut, wenn wir von dieser selbstsicheren zukunftsstrahlenden Bedeutsamkeit unseres Vorhabens weg auf die vermottete, verrottete Welt der Vergangenheit, der Gewalt und des Terrors, der Tränen, des Hungers, der Vergewaltigung und Ausplünderung blicken, die sich unter den Namen England, Vereinigte Staaten von Nordamerika oder dem Namen des bolschewistischen Reiches bergen. Hier gibt es keine Versöhnung mehr. In diesem Ringen wird die Jugend, wird das siegreich strahlende Zeichen des ehrlichen Wollens stärker sein als der Dividenden, Zinsen- und Gewaltkult derer, die heute im Kriege gegen Adolf Hitler, gegen Japan und gegen das Italien Benito Mussolinis stehen.

.....

Noch niemals war ein Krieg so notwendig wie dieser. Man soll an ihm nicht Kritik üben. Dieser Krieg ist kein Verhängnis, er ist kein Vergehen gegen eine normale, allenfalls diplomatisch lösbar gewesene Formung politischer Relationen. Dieser Krieg ist nicht etwa ein Fehler der Führung, sondern dieser Krieg ist das uns vom Schicksal aufgegebene stolze Tor in die Freiheit. Er ist eine Notwendigkeit; denn die Gewaltherrschaft über die Erde kann man nur durch die Stärke der Waffen derer, die das Opfer dieser Gewaltherrschaft waren oder werden sollten,

beseitigen, nicht aber durch Überzeugen- oder Überredenwollen allein, nicht durch blasses diplomatisches Formulieren, nicht durch ein Zusammensitzen in Sitzungssälen und Debattieren über allenfalls bessere gegenseitige Lebensbedingungen. Wir würden es auch ablehnen, daß man diesen Völkern, die den Stolz in sich tragen, trotz ihrer vitalen Jugend über eine Staatsgeschichte zu verfügen, die unendlich viel älter und würdiger und weihevoller ist als die Geschichte jener jungen Parvenuunternehmungen, die sich zusammengetan haben, um mit sinnloser leerer Gewalt die Völker zu unterdrücken, das Geschenk eines Friedens anböte, der nur die Gewalt verewigen würde. Wenn sich heute das Kaiserreich Japan in seiner dreitausendjährigen Geschichte aufrichtet, dann richtet sich ein Staat auf, der schon Tausende von Jahren glorreicher Geschichte hinter sich hatte, als die Vereinigten Staaten gnädigerweise überhaupt erst von Europa entdeckt und besiedelt wurden. Auch das heilige Deutsche Reich, das tausendjährige Ungarn, und welche Länder man immer nennen wolle, sie waren alt und würdig, sie waren stolz im Heldentum, in Größe, in Glauben und Kulturleistungen, als man dort noch Wüsten kannte und kaum beherrschbare Gebilde an Territorien und menschlichen Formen.

... Was wir im Laufe der Jahrhunderte trotz unserer Stärke an Vergewaltigungen erlebten, was noch die jüngste Geschichte in Gestalt des sogenannten Versailler Vertrages uns an Elend durch das Zusammenwirken der internationalen, liberalen, demokratisch sich nennenden Welt der Juden und der Freimaurer aufgebürdet hat, das freilich soll niemals wiederkehren. ...

BESCHREIBUNG:
Band 19: „Tagebuch 1942 II" 1.5. — 31.7.
hs Unterstreichungen und Verbesserungen Blei

Donnerstag, den 4. Juni 1942

15^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt Ministerialdirektor Lehmann.

Ministerialdirektor Lehmann berichtet über den Stand d. Militärjustiz und teilt die allgemeinen Grundlinien der Entwicklung der Militärjustiz mit.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, daß ihm künftig Urteile der Militärgerichte über Polen und Ukrainer im Tenor bekanntgegeben werden. Ministerialdirektor Lehmann sagt dieses zu.

.....

Krakau

Sonntag, den 7. Juni 1942

11^{00} Morgenfeier der Hitlerjugend im Staatskasino aus Anlaß des Besuches des Reichsjugendführers Arthur Axmann in Krakau.

Der Herr Generalgouverneur:

... Wir haben durch ein ::-:: Grundgesetz ::-:: des Generalgouvernements der ::-:: Hitlerjugend ::-:: auch im staatlichen Rahmen die totale Führung der Jugend im engsten Zusammenwirken mit der Schule übertragen. ... Ihr, meine jungen Kameraden und Kameradinnen, seid nunmehr aufgerufen, in die Zukunft hinein das zu sichern und zu erhalten, was die Generation Euerer Väter erobert hat. Wir werden einmal abtreten, und Ihr werdet dann an unserer Stelle die Fahne unseres Führers ergreifen. ... Eure Seelen wird das Bewußtsein durchdringen, daß es eine der gewaltigsten Aufgaben der Welt ist, sich als deutscher Mann, als deutsche Frau zu bewähren. Wir kommen aus einem ewigen göttlichen Wollen heraus. Unserem Volk ist Größtes bestimmt, und dieser Generation von deutschen Menschen ist vom ewigen Schicksal das größte Reich aller Zeiten vorgedeutet. Dieses Großdeutschland, von dem wir sprechen, ist nicht nur groß, weil es in sich das größte Territorium, das jemals deutsch war, bergen wird, sondern es soll auch groß sein vor allem durch den großen Charakter des Volkes, durch die große seelische und geistige Haltung dieser Nation, die zu Höchstem berufen scheint.

... Ihr sollt hier die starken Wurzeln eines neuen deutschen Lebensraumes tragen, der einmal so wird wie Württemberg oder Baden oder die Mark Brandenburg, wie Bayern oder die Ostmark. Wie Wien oder Hamburg sollen auch Krakau und Warschau, Lemberg, Lublin oder Radom hineinwachsen in die deutsche Gemeinschaft des Lebens und des Heimatempfindens.

Wir kommen und gehen in dieses Land nicht als Gewaltherrscher. Unsere Absichten sind nicht terroristischer oder unterdrückerischer Art. Wir behüten wohlgefügt in die Interessen des großdeutschen Raumes die Lebensrechte auch der Polen oder Ukrainer in diesem Raum. Wir haben den Polen und Ukrainern weder ihre Kirchen noch ihre Schulen und ihre Erziehung genommen. Der Deutsche will nicht gewalttätig entnationalisieren; wir sind uns selbst genug, und wir wissen, daß man in unsere Gemeinschaft hineingeboren werden muß und daß es eine Auszeichnung ist, ihr anzuhören. Daher können wir auch mit diesem Werk vor der Welt bestehen.

13^{10} Mittagessen zu Ehren des slowakischen Verteidigungsministers Generals Catlos und des Reichsjugendführers Axmann im Danziger Saal der Burg zu Krakau.

Während des Essens konzertiert auf dem Hofe der Burg ein Musikkorps der Luftwaffe.

Der Herr Generalgouverneur hält folgende Begrüßungsansprache:

Exzellenz! Reichsjugendführer! Meine Herren!

... Dieses Land ist und bleibt für alle Zukunft deutsch. ...

Montag, den 8. Juni 1942

bis

Sonntag, den 14. Juni 1942

Aufenthalt des Herrn Generalgouverneurs im Reich.

Dienstag, den 9. Juni 1942

18^{00} In der Neuen Aula der Friedrich-Wilhelms-Universität spricht der Herr Generalgouverneur vor Dozenten und Studenten über das Thema:

Rechtsidee und Volksgemeinschaft.

(S.Anlage)

Anlage

Auf Einladung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der ::-:: Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin ::-:: sprach

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Hans ::-:: Frank ::-:: über das Thema:

Rechtsidee und Volksgemeinschaft.

Nach kurzen einleitenden Worten des Rektors der Berliner Universität Prof. Dr. Kreuz begann Reichsminister Dr. Frank mit seinem Vortrag. Er führte aus:

... Dieser Krieg mit seinen gewaltigen Ereignissen zwingt alle Lebensgebiete unseres Volkes in seinen Bann. Für uns Juristen ist es nicht nur selbstverständlich, sondern stets der stolze Zug der Bildung gewesen, die uns Rechtswahrern zuteil wurde, daß wir das Recht niemals als Selbstzweck ansahen, sondern es als mit dem Gemeinschaftsleben unseres Volkes unlösbar verbunden betrachteten. So verstehen wir auch, daß jetzt das Recht in den Dienst des Krieges einbezogen wird.

... Der Jurist wird den Vorrang des Krieges immer anerkennen. Ich bin jedoch der Meinung, daß im Kriege mit allen den feinen sozialen Nervenzonen vor allem die Rechtsempfindlichkeit des Volkes unbedingt der strikten Beachtung bedarf. So darf denn das Recht im Kriege nicht hintangestellt oder beiseite geschoben werden, sondern — in den Dienst des Krieges gestellt — ist es mit in die Notwendigkeit des Krieges uneingeschränkt einzubeziehen und wird daran mitwirken, den Entscheidungskampf der Waffen um jeden Preis mit einem Siege zu beenden.

... Noch nie war ein Reich denkbar ohne Recht — oder gegen das Recht. Reich und Recht gehören, wie die weltgeschichtliche Erfahrung lehrt, zusammen. So muß dieser Kriegsdienst des Rechtes als eine aus der normalen Entwicklung des Rechtslebens herausgeschnittene Sonderzone mit Eigengesetzlichkeiten angesehen werden.

Nach der Machtübernahme war die deutsche Gesetzgebung stets bemüht, das Recht mit dem wirklichen Empfinden des Volkes in Einklang zu bringen. Wir haben durch die Erbhofgesetzgebung, durch die Weiterbildung des Reichrechts, durch die Schaffung des Arbeits-, Wehr-, Kultur- und Rasserechts die großen notwendigen Voraussetzungen der totalen Neuordnung unseres Gemeinschaftslebens so rechtzeitig gestaltet, daß daraus die Elemente des Sieges durch ein völlig umgewandeltes, mit neuem Glauben, mit neuen Impulsen, mit neuen Entschlossenheiten und Geschlossenheiten erfülltes Volk geschaffen wurden. Diese Tat des Führers als des größten Gesetzgebers der deutschen Geschichte ist und bleibt die monumentalste Leistung der deutschen Rechtsgeschichte überhaupt.

... Ich möchte auch heute mein schon so oft wiederholtes Bekenntnis dahin ablegen: ich glaube an die Möglichkeit der Verbindung von autoritärer Staatsführung und richterlicher Unabhängigkeit. Ich glaube an die Möglichkeit des Einbaues von Rechtssicherheit im weitesten Sinne in die autoritäre Staatsführung.

... Der Führer hat sich dem deutschen Rechtsleben als Richter vorangestellt. Und wir können als Nationalsozialisten und als Deutsche im Interesse des Rechtes dieses unmittelbare Eintreten des Führers in richterliche Funktionen nur begrüßen. Es kann kein Zweifel mehr darüber sein, daß der Führer der oberste Gerichtsherr des deutschen Volkes ist. Andererseits ist es aber eine Frage, inwieweit neben diesen totalen richterlichen Funktionen des Führers richterliche Arbeit in Deutschland wird tätig sein können....

Es ist klar, daß nach unserer Anschauung nur ein Richter Recht sprechen kann. Indem der Führer als oberster Richter selber die Funktion der Rechtsprechung übernommen hat, sind Richterbegriff und Richterfunktion durch den Führer in einer Weise bestätigt worden, die wir Nationalsozialistischen Rechtswahrer nur begrüßen können.

Es ist nun Aufgabe der zukünftigen Entwicklung, die Möglichkeiten der deutschen Rechtsprechung voll wahr zu nehmen. Und hier müssen wir von folgenden Grundsätzen ausgehen: Ein Volk läßt sich nicht durch Gewalt beherrschen, ein Volksleben ohne Recht ist undenkbar. Gewalt ist nur ein technisches Moment, das nie an die Stelle des Rechtes treten kann. So lebt das deutsche Volk aus seinem Recht als freies Volk und kann nie durch Gewalt zur Volksgemeinschaft gezwungen werden.

Der Deutsche trägt in seinem Rassecharakter ein Merkmal, das unendlich ernst zu nehmen ist: eine ungewöhnliche Rechtsbedürftigkeit und Rechtsempfindlichkeit. Aus dem Sehnen nach Gerechtigkeit und Recht sind die schönsten Motive unseres nationalen Lebens entstanden. Jedoch bedarf wie alle kulturellen Werte auch das Recht des staatlichen Schutzes. Es geht andererseits aber nicht an, daß in einem Staat einem Mitglied der Gemeinschaft Ehre, Freiheit, Leben, Eigentum genommen werden, dass man es verstößt und verurteilt, ohne daß es zuvor gegen die erhobenen Anklagen hat Stellung nehmen können. ...

Wir wollen uns gerade hier vor der werdenden Rechtswahrergeneration mit Freude und Stolz allen Verleumdungen der Rechtsarbeit entgegen zum ::-:: Richtertum ::-:: bekennen und sagen,

daß die Rechtsarbeit eine der stolzesten Sendungen völkischer Bewußtheit darstellt. ...

Wir stehen daher in der Geschichte unseres Reiches mit vollem Bewußtsein für diese Rechtsidee ein. Die ::-:: Rechtsidee ::-:: aber bedeutet: Schutz dem Volksgenossen im gemeinnützigen Wirken. Die Entziehung von Freiheit, Ehre, Leben und ehrlich erworbenem, sozial-gerechten Eigentum soll nur möglich sein im Wege des richterlichen Spruches: „Keine Volksgemeinschaft ohne Recht". ...

Der Wahrnehmer und Wahrer des Rechtes ist der Richter. ... Wenn aber diese Instanz verlorengeht, dann befindet sich der Volksgenosse plötzlich ohne Schutz und Hilfe. ...

Das Recht ist also nicht nur ein Hort des Vertrauens zwischen Volk und Führung, es ist auch ein Wahrer der Freiheit. Genau so wenig, wie ein Volk ohne Recht leben kann, kann es auch nicht ohne Freiheit bestehen. Freiheit aber bedeutet auch die Möglichkeit der geistigen Entfaltung. Wir sind kein Volk der slawisch-jüdischen Vermassung und verfallen nicht dem Wahn der geistigen Nivellierungsmöglichkeit von 80 Millionen. Im Anfang, Mittelpunkt und Ziel unseres völkischen Lebens steht die s c h ö p f e r i s c h e ::-:: Persönlichkeit. ::-:: ...

Wir glauben an diese idealistische Kraft unserer Nation und werden uns gegen alle Formen von vatikanischem Index oder jüdischer Überzensierung von früher sperren. ...

So, wie der Geist sich frei zu entfalten hat und das Genie gefördert werden muß, darf man auch die wissenschaftliche Erkenntnis nicht hemmen wollen. Es geht nicht an zu behaupten, daß die Wissenschaft, wie sie im Jahre 1933 gewesen, fortan also bleiben müsse. Es gibt keine nationalsozialistische Physik.

... Ich glaube an ein ewiges heiliges Recht, dessen saubere Anwendung allein unser Volk für die Erfüllung der Aufgaben reif machen kann, zu denen der Führer es berufen hat. ...

Wir müssen uns darüber klar sein, daß das Reich des Führers viele Jahrhunderte zu bestehen haben wird. Wir müssen daher das ::-:: völkische Rechtsbewußtsein ::-:: und den Vorrang der schöpferischen Persönlichkeit bejahen; denn eine Volksgemeinschaft ohne Recht ist nach deutscher Staatsauffassung undenkbar. Deshalb sei dem Führer auch gedankt, daß er selber die Sorge für die Rechtsprechung durch den Einsatz seiner eigenen Persönlichkeit übernommen hat.

Das Recht steht über dem Volke; denn das Volk ist ihm unterworfen. Das Recht steht auch unter dem Volke; denn es dient ihm. Vor allem aber: das Recht ist im Volke; denn in ihm lebt es und wird durch das völkische Rechtsbewußtsein fortgebildet. ...

Ich persönlich wie auch meine Mitarbeiter am Recht, wir dienen ja alle einem Ziel, der Größe und Stärke unseres Reiches. Wir wollen als deutsche Männer und Frauen weiter kämpfen, für ein wahres, echtes Recht eintreten und ihm, seiner Größe und Heiligkeit unsere Arbeit und Anstrengungen weihen. Und wir sind deshalb keine schlechteren Nationalsozialisten als alle anderen. ...

Bei aller Härte dieser Zeit und dem Bewußtsein der neu beginnenden monumentalen Epoche des größten Reiches unseres Volkes bleibt uns ein Leitsatz: Recht und Reich, Rechtsidee und Volksgemeinschaft sind untrennbar miteinander verbunden, so wie der Führer mit seinem Volke eine unlösbare Einheit bildet.

Wien

Mittwoch, den 1. Juli 1942

7^{00} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs in Wien.

13^{00} Mittagessen im Hotel Imperial.

19^{15} Vortrag des Herrn Generalgouverneurs Dr. Frank im Festsaal der Akademie der Wissenschaften, Universitätsplatz Nr. 2, über das Thema:

„Das Recht und die europäische Erneuerung."

... Als ich bis zum Beginn des Krieges gegen den Bolschewismus im Generalgouvernement am weitesten nach Osten hin stand, blickte ich unmittelbar in das Gesicht des ::-:: Bolschewismus. ::-:: Wir haben Gelegenheit gehabt, zu erkennen, welch' teuflische Fratze nach Europa hineinbleckte und wie grauenhaft die Verzerrung zu werden drohte, wenn aus diesen Tiefen moralischen, staatlichen und gesellschaftlichen Verfalls jemals eine Linie für eine Führung Europas erstehen sollte. ... Und gerade jetzt, da wiederum durch das Generalgouvernement die Truppen unserer großen Nation und die unserer Verbündeten, die Italiener, die Ungarn, die Rumänen, die Slowaken und alle Freiwilligen Europas marschieren, erwacht in uns das stolze Gefühl, daß das Gesicht des Bolschewismus sich nie

wieder über Europa erheben, aber das Gesicht Europas immer heller und immer glückhafter strahlen wird. Daß dieser Krieg, dessen siegreicher Beendigung wir vielleicht nahe stehen, mit dem Siege Europas unter der Führung Deutschlands und Italiens enden wird, ist unbestreitbar.

Damit wird nun jene große Aufgabe über uns erstehen, die sich mit dem Begriff der europäischen Neuordnung verbindet. ...

Es ist klar, daß ich die europäische Neuordnung als Thema für meinen heutigen Vortrag unter dem Gesichtspunkt des Rechts gewählt habe. Ich sehe in dieser europäischen Neuordnung den Ausdruck der Notwendigkeit, wie sie Adolf Hitler und der Duce Benito Mussolini in ihrem grundlegend wichtigen welthistorischen Dokument vom September vorigen Jahres niedergelegt haben. Danach sollen die europäischen Völker zu einer Neuordnung zusammengefaßt werden, in der der Gesichtspunkt der völkischen Kameradschaft und der gegenseitigen Rechtssicherung aller Nationen Europas mit dem großen Ziel der totalen Erfassung der europäischen Lebensmöglichkeiten gestaltet werden sollen.

Diese europäische Neuordnung ersteht im schärfsten Gegensatz gegen jene Mächte, für die sowohl die europäische Führung wie die europäische Geschichte kein Ausdruck des Eigenlebens war, nämlich gegen England und Rußland. England gehört seiner ganzen geschichtlichen Formierung nach außerhalb Europas; es betrachtet Europa nur als eine der Bedingungen für die Aufrechterhaltung seiner Weltmacht. Und Rußland erstreckte sich nach Europa nur zerstörend und drohend. ...

So ist denn auch eines der wesensbedingenden Elemente dieser Neuordnung immer gewesen, daß ein maßgeblicher Zeitgedanke, gedacht von einer führenden Persönlichkeit, über Europa erstrahlte und dieser Gedanke übervölkisch zu wirken vermochte.

... Wir haben ja eine in diesem Europa absolut führende Persönlichkeit: den Führer Adolf Hitler können wir heute als den Repräsentanten des größten und mächtigsten Reiches der Erde bezeichnen. Er ist die schlechterdings alles überragende Persönlichkeit, neben der in gleichem schöpferischen Rahmen die großartige Gestalt Benito Mussolinis, des Gestalters des Faschistischen Italiens, steht. ...

Aber wir verfügen auch über eine charakteristische ::-:: Zeitidee, ::-:: über Ideen, die, sozusagen geschichtlich in Europa geworden, so alldurchdringend wirksam sind, daß sie selbst von den Feinden unseres Systems übernommen werden müssen, wollen sie sich überhaupt in dieser Zeit noch behaupten. Das ist der Gesamtkomplex jener beiden Gruppen, die ich die autoritäre Ideengruppe und die Substanzideengruppe nenne. Die ::-:: autoritäre Ideengruppe ::-:: wird durch die Staatssysteme des Nationalsozialismus und des Faschismus schlechthin repräsentiert und hat die Bedeutung, daß innerhalb einer völkischen Gemeinschaft die Autorität des Staates absolut gesichert sein muß und, von Mehrheitsabstimmungen, parlamentarischen oder sonstigen wirtschaftsinteressierten Parteikämpfen unabhängig, ausschließlich der geschichtlich idealen Sendung des eigenen Volkes zu dienen hat. Mit dieser autoritären Ideengruppe hängt der Vorrang des Staates vor der Wirtschaft, der Vorrang des Heroischen vor dem Kommerziellen, der Vorrang der idealen Staatsauffassung vor der materiellen Staatsauffassung zusammen. So sehr sie auch sonst im einzelnen verschieden sein mögen, in diesem Punkt sind Faschismus und Nationalsozialismus völlig identisch.

Die ::-:: substantielle Ideengruppe ::-:: geht auf Rasse, Boden, Arbeit, Staat und völkische Ehre als die schlechterdings unabdingbaren, aus Raum- und Zeitumständen sich formenden Grundprinzipien einer völkischen Gemeinschaft ein. ...

Daher kommt es bei der europäischen Neuordnung zum ersten Mal in der Geschichte darauf an, daß die europäischen Völker aus diesen Zeitideen heraus den notwendigen Schluß ziehen, daß es sich hier nicht darum handelt, einen Völkerbund zu schließen, sondern die oberste Moral der Führung Europas durch die geschichtlich berufenen Nationen sich bewähren zu lassen. Wir werden keine Vertragspakte abschließen, die Scheinrechte geben, sondern die Wirklichkeit Europas und die echten Lebensbedürfnisse schützen und stützen.

Und daher tritt wie immer bei dieser europäischen Neuordnung der ::-:: Begriff des Staates ::-:: in den Mittelpunkt. Bei allen diesen Versuchen in der Geschichte erhob sich ja immer wieder die Frage: inwieweit verträgt sich die eigene ::-:: souveräne Staatlichkeit der kleineren Völker Europas ::-:: mit der Möglichkeit, innerhalb einer Gemeinschaft der europäischen Völker zu existieren? Dieser Eigenstaat der Völker

aber ist etwas, was diese Völker in zunehmendem Maße dann in Gefahr zu bringen vermag, wenn die Eigenstaatlichkeit mit den von der Führung Europas für die Gesamtheit Europas als notwendig erkannten Lebensgrundsätzen in Konflikt kommt.

Deshalb ist und kann es nicht das Ziel der kleineren Völker sein, einen so gefährdeten Eigenstaat mit höchsten Souveränitätsrechten aufzurichten oder durchzuhalten, sondern das Ziel müßte sein, die Garantie der eigenvölkischen Entwicklung durch die Führung Europas zu erlangen. Und so geht es auch nicht darum, nun etwa in papierenen Formulierungen, im Wege von Mehrheitsabstimmungen oder auf andere Weise einen gegenseitigen Ausgleich der Faktoren herbeizuführen, sondern es gilt, die Führung Europas durch die siegreichen Mächte in diesem Kriege zur moralischen Grundlage der völkischen Existenz aller Völker Europas emporzuentwickeln. Selbstverständlich ist dabei gerade die Garantie solcher völkisch-kultureller Eigenentwicklung für die Völker wichtiger als das müßige und Europas Haushalte wahnsinnig belastende Wehrmachtsspiel kleiner Staaten. ... Bedenken Sie, daß ein Staat wie die Tschechoslowakei sich anmaßte, 70 kriegsstarke Divisionen aufzurüsten, denken Sie daran, was sich Jugoslawien oder Länder ganz kleinen Umfanges an Lasten aufbürdeten. Und was hat sich das gute alte Polen an Wehrmachtslasten aufgebürdet! Wie lange aber hat es gedauert, bis dieses ganze herrliche Wehrmachtssystem vor dem Anprall der starken deutschen Wehrmacht zusammengebrochen ist! In einigen Stunden, Tagen, Wochen war der ganze Zauber dahin. Aus diesen Realitäten der Geschichte wird eben Europa die Schlußfolgerung zu ziehen haben, daß die europäische Neuordnung nicht in der Fortsetzung eines ganz Europa gemeinsam schwächenden Wahnsinns sogenannter eigenstaatlicher Höchstsouveränität selbst kleiner Völker bestehen kann, sondern daß Europas Aufgabe darin besteht sich der offensichtlich vom Schicksal bestimmten und durch die siegreiche Kraft der deutschen und verbündeten Heere bewährten Führung anzuvertrauen.

Nun soll aber diese europäische Neuordnung nicht zum Inhalt haben, daß wir uns unseren Nationalsozialismus und die Italiener sich ihren Faschismus als Exportartikel allen Völkern Europas aufzuzwingen vorgenommen haben. Nicht darum geht es, sondern in dieser europäischen Neuordnung — vorausgesetzt, daß die staatliche Existenz mit den Notwendigkeiten der Führung und den Gemeinschaftsinteressen Europas vereinbar ist, — kann jedes Volk auf seine Fasson

selig werden. Ich brauche nur auf das Beispiel der Slowakei hinzuweisen, die sich heute wie eine Insel der Glücklichen mitten in Europa unter dem Schutze Großdeutschlands entwickelt, um allen Völkern Europas sagen zu können, daß man unter dem Schutz der großen Mächte sehr wohl gedeihen, leben und sich entwickeln kann. ...

Notwendig wird allerdings sein, daß innerhalb Europas auf die Dauer klar gelegt wird, daß Sendboten der neuen Zerstörer Europas auch dann nicht geduldet werden, wenn sie sich hinter sogenannten ::-:: Neutralitätsformeln ::-:: verstecken wollen. ...

Und so werden denn auch Deutschland und seine Verbündeten diese Neuordnung Europas entsprechend den vom Führer und vom Duce aufgestellten Grundsätzen in die Hand nehmen. ... Wenn das bolschewistische Riesenreich unter den Schlägen der deutschen Wehrmacht und der Wehrmacht der Verbündeten zusammenbricht, dann wird aus diesen Ländern ein Segen für Europa erblühen. Und damit wird vor allem ein Umstand beseitigt, der nun einmal sehr nüchtern ist, ... der aber doch von größter Wichtigkeit ist: die ::-:: Ernährungssituation Europas. ::-:: Es ist ganz selbstverständlich, daß bei der immer schwieriger werdenden Ernährungslage, dem Nachlassen der Bodenkraft, dem Wachsen der Bevölkerungsdichte die Lebenssituation der europäischen Völker vor der Katastrophe gestanden hätte, wenn nicht mit dem Entschluß des Führers, dem bolschewistischen Überfall zuvorzukommen, dieser uns allen notwendige Lebensraum im Osten hätte erobert werden können.

... Nach diesem Kriege wird keine Macht der Welt sich mehr gegen Deutschland erheben können.

Dieses Ergebnis ist das entscheidende Voraussetzungsfaktum für die europäische Neuordnung. ... Wir wollen — das haben die Deutschen in der Geschichte immer bewiesen — die anderen Völker weder vergewaltigen noch ausbeuten noch ausplündern noch ihnen ihr Lebensrecht nehmen, sondern wir wünschen, daß diese Völker zur Besinnung auf Europa kommen. Denn es ist viel wichtiger, daß etwa die Holländer begreifen, daß im russischen Osten, den ihre eigenen Freiwilligen mit erobert haben, auch neues Siedlungsland für sie und ihr Volkstum entsteht, als daß sie dauernd ihren Kolonien und ihren Inseln nachweinen. ...

Im Rahmen dieser europäischen Neuordnung, die sich unter der deutsch-italienischen Führung aufbaut, möchte ich nun dem

::-:: Recht ::-:: seine ::-:: Mission ::-:: sicherstellen. Ich komme damit auf den Kern meines Vortrages. Ich beginne damit, daß ich wiederum meine seit jeher im Rahmen der Bewegung vertretenen Argumente ganz klar formuliere: es gibt kein Reich ohne Recht; es gibt kein Recht ohne Richter, und kein Richter kann ohne echte Macht, die ihm von oben gewährleistet wird, Recht sprechen.

... Ich werde mit dem ganzen Fleiß meiner Ideen immer wieder bezeugen, daß es schlimm wäre, wollte man etwa polizeistaatliche Ideale als ausgeprägt nationalsozialistische Ideale hinstellen, hingegen aber altgermanische Rechtsanschauungen völlig zurücktreten lassen. Die Partei hat in ::-:: Punkt 19 ::-:: ihres ::-:: Programms ::-:: den Grundsatz aufgestellt, daß wir das deutsche Gemeinrecht errichten wollen. Dieses deutsche Gemeinrecht ist etwas Heiliges. ...

Wir wollen uns darüber klar sein, daß der Nationalsozialismus als Idee und als Inhalt des Staates das Recht bejaht. Es war für mich eine der schönsten Stunden, als sich der Führer selber als obersten Gerichtsherrn des deutschen Volkes bezeichnet hat. ...

Wenn der ::-:: Richter, ::-:: angetan mit den Zeichen des Reiches, in unserem Volke Recht spricht, dann handelt er aus der Macht einer völkischen Gemeinschaftsübung heraus, die über dem Einzelleben steht. Freilich müssen diese Richter aber auch Persönlichkeiten dieser Zeit sein, die Bedürfnisse des nationalsozialistischen Reiches verstehen, und sie müssen Sinn dafür haben, daß gerade, weil sie so hoch gestellt sein sollen, auch ihre Leistung so sein muß, daß vor ihr die billige Kritik verstummt. ...

Wenn wir an die europäische Neuordnung denken, dann muß auch der ::-:: Rechtskultur Europas ::-:: in dieser Neuordnung ihr wohlgemessener Platz zuerteilt werden. ... Diese ::-:: Elementarinhalte des Rechts ::-:: müssen in jedem Fall gewährleistet sein, soll überhaupt von Rechtsübung gesprochen werden können. Diese Elementarinhalte bedeuten, daß kein Volksgenosse Leben, Freiheit, Ehre und ehrlich erworbenes Eigentum sowie sonstige lebensbedingende Güter soll ohne Richterspruch verlieren können. ...

Wenn Recht in einer Gemeinschaft sein soll, ist es aber auch notwendig, daß jeder, der angegriffen oder beschuldigt wird, sich muß verteidigen können.

... Alle irren, die Stärke mit Brutalität verwechseln. Stark ist, der das Recht nicht fürchtet.

Daher müssen wir bei dieser europäischen Neuordnung den ::-:: Punkt 19 ::-:: unseres ::-:: Parteiprogramms ::-:: in den höchsten Rang der gemeinschaftsbildenden Faktoren dieser Zeit stellen. ...

Aber nicht nur, daß der Staat, nicht nur, daß die europäische Gemeinschaft im Recht geschützt wird, — das Recht ist auch ein Elementarbestandteil der Kultur. Denn das Recht sichert etwas, was man nicht hoch genug einschätzen kann: es sichert die ::-:: schöpferische Persönlichkeit. ::-:: ... Man kann nämlich ein Volk und eine Kultur wirklich nur sichern, wenn man der schöpferischen Persönlichkeit auch rechtlich jenen Entwicklungsraum gewährleistet, der dem Fortschritt der Wissenschaft, des Erkennens, des Forschens und der künstlerischen Leistung schlechterdings entsprechen muß. ... Die Genies kann man nicht antreten lassen; die Genies schenkt uns das Schicksal. ... Aber welch' glückliches Maß, wenn die Rechtssicherheit und die Möglichkeit der persönlichen Entfaltung mit einem autoritären Gemeinschaftssystem unseres Reiches als kombinierbar angesehen wird! ... Unser Staat und unser Reich sind so stark, daß sie mit jedem Professor fertig werden. ... Ich glaube, daß das aus der Erfahrung heraus geschieht, daß jeder Mißbrauch mit dem autoritären Gedanken auf geistigem Gebiet zu verurteilen ist.

Für uns bedeutet im Rahmen der europäischen Neuordnung genau wie im Reich das ::-:: Recht ::-:: den ::-:: Schutz ::-:: des kleinen Volkes gegenüber dem großen, den Schutz der kleinen wirtschaftlichen Potenz gegenüber der großen, den Schutz der kleinen Mächte gegenüber den großen und vor allem den Schutz des kleinen Europa gegenüber den großen Räumen der Welt. Das strahlt aus unserer Überlegung und unserer Einstellung zur Rechtsidee auf die große Überzeugung aus, daß so wie im Reich auch innerhalb der europäischen Neuordnung das Recht seine Sendung erfüllen wird, nicht aber nur die Allgewalt der Staaten, die heute notwendigerweise im Vordergrunde steht. Heute allerdings müssen wir uns zur absoluten diszipliniertesten Einheit bekennen, die überhaupt nur möglich ist; denn das Schicksal hat uns mitten in den größten Krieg geführt, der gewonnen werden wird, weil Deutschland unter einer absolut und überall sich durchsetzenden Führung steht. Der Sinn des Sieges ist das Recht unseres Volkes

auf das Leben und auf die eigengesetzliche Entwicklung, das wir dann endlich für uns und Europa in alle Zukunft hinein erkämpft haben.

... Und ich trage in mir ein Bekenntnis und einen flammenden Entschluß: ich habe nur einen Feind, und er ist das Unrecht in jeder Form. Dieses Unrecht darf nicht irgendwie sein oder sich entwickeln. Das Recht wird es unserem Volke lohnen.

Das ::-:: Recht ::-:: ist auch eine ::-:: menschliche Einrichtung. ::-:: Die Menschlichkeit hat als Begriff an Wert verloren, man leugnet sie sogar. Es gibt viele, die sagen: die Menschlichkeit ist etwas Müdes, irgendetwas, was sich mit der Stärke dieser Zeit nicht verträgt. Ich bin anderer Meinung. Jeder Staat, auch der unsere, muß es sich zum Grundsatz machen, daß seine Methoden der geschichtlichen Aufgabe, die ein Staat jeweils zu erfüllen hat, zu entsprechen haben, daß aber in keinem Fall Menschlichkeit einen Staat gefährden kann; denn mit jeder Staatsmethode ist Menschlichkeit immer noch vereinbar. Gerade wir als Nationalsozialisten haben es in der Kampfzeit erlebt, welch' unmenschliche Methoden im Kampf gegen uns angewendet worden sind. Je menschlicher ein Staat, desto deutscher ist er, — je rechtlicher ein Staat, desto unzerstörbarer ist er, — und je größer ein Reich ist, desto größer muß das Rechtsbewußtsein derer sein, die für dieses Reich verantwortlich zeichnen.

Mittwoch, den 15.7.42

12[15] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal in Anwesenheit von Staatssekretär Dr. Boepple und Ministerialdirigent Dr. Emmerich Generaldirektor Dipl.-Ing. Kuchinka (Witkowitz), Generaldirektor Hummelberger (Poldi-Hütte), Generaldirektor Dr. Frhr von Ringhoffer (Tatra), Direktor Hofmann (Starachowice und Ostrowiec), Direktor Dr. Richter (Stalowa-Wola), Dr. Zimmermann und Diplomkaufmann Fischer.

.....

Der Herr Generalgouverneur: ... Das wichtigste Problem liege darin, das Verkehrsnetz so auszubauen, daß ein Transport der Rohstoffe ins Generalgouvernement leicht möglich sei. Die Erze in der Lysa-Gora seien für einen Abbau nicht geeignet. Der wesentliche Pluspunkt des Generalgouvernements sei seine günstige Lage. Der

Führer denke sich das Generalgouvernement vorerst als Dauereinrichtung und notwendiges Zwischenglied zwischen der Wirtschaftsstruktur des Großdeutschen Reiches und des gewaltigen Ostraumes. Bei ihm, dem Generalgouverneur, und bei allen Regierungsstellen des Generalgouvernements würden alle Industrialisierungspläne die wärmste Unterstützung finden.

Nach dem Kriege müsse das Generalgouvernement zu einer eigengesetzlichen Wirtschaftsform kommen, es könne nicht immer Anhängsel bleiben. ... Die Rohstoffversorgung der Fabrikationsstellen des Generalgouvernements müsse so eingerichtet werden, daß die beste Nutzung für die Gemeinschaftswirtschaft des Großdeutschen Reiches entstehe. Große Bedeutung falle dem Ausbau der Wasserwege zu.

Rede des Generalgouverneurs, Reichsministers
Dr. Frank
am 20.Juli 1942
im Großen Hörsaal der Universität München über
das Thema:
„Das Recht als Grundlage der Volksgemeinschaft."

... Es ist kein Zweifel, daß dieser Krieg im Osten, in den das deutsche Volk schicksalsbewußt eingetreten ist, nicht nur die Entscheidung für die Größe unseres Volkes und seine endgültige Entwicklung bringt, sondern darüber hinaus für die gesamte europäische Kultur von schicksalhafter Bedeutung sein wird. Man darf diesen Krieg im Osten nicht als vergleichbar ansehen mit kriegerischen Ereignissen früherer Jahrhunderte. Dieser kühne Versuch, die Drohung aus dem Osten für alle Zukunft abzuwenden, ist schlechterdings einmalig. Wir, die wir seit 1939 als unmittelbare Nachbarn in die Fratze des Bolschewismus gesehen haben, wir konnten ermessen, welch' todbringende Gefahr durch das bolschewistische Blut- und Gewaltsystem für unsere gesamte europäische Kultur aufstieg. Das Heldenringen des deutschen Soldaten unseres nationalsozialistischen Reiches ist daher einer der größten Kulturbeiträge des deutschen Volkes im Dienste Europas. ...

Der Führer hat in einer seiner letzten Reden begeistert von jenem Licht gesprochen, das durch die Jahrtausende von der Akropolis in Athen herüberstrahlt in unsere Zeit. Dieses Licht der

Antike hat Europa das Bewußtsein der Bedeutung der schöpferischen Persönlichkeit gegeben, dieser schöpferischen Persönlichkeit als Ausdruck der jeweiligen Kulmination von Kräften, die aus dem rassischen Urgrund eines Volkstums aufstiegen. Gegenüber dem Massenterror des Bolschewismus der schöpferischen Persönlichkeit ihre Wirkungsmöglichkeit zum Vorteil einer höheren Entwicklung der Kultur, die mit dem Namen Europa verbunden ist, sicherzustellen, das ist die Aufgabe des Rechtes, das ja nicht vergewaltigt, das nicht der Unterdrückung dient, sondern das ein lebensförderndes Element innerhalb der Gemeinschaft sein will.

Wenn wir von dem Rechte als Grundlage der Volksgemeinschaft heute sprechen, sind gerade wir als Juristen, als Rechtswahrer uns darüber klar, daß dieses Recht in seiner ausgeschliffenen Formalität nicht bis zur letzten Exaktheit aufrechterhalten werden kann im Augenblick eines schicksalshaften Ringens um die Gesamtexistenz eines Volkes. . . . Des weiteren ist klar, daß die Rechtsarbeit im Kriege bestimmt ist durch den Vorrang jener rechtlichen Maßnahmen, die die stärkste Sicherung vor Hochverrat, Landesverrat usw. zum Ziele haben. Selbstverständlich ist weiterhin, daß darüber hinaus die Rechtsordnung im Kriege vor allem zu dienen hat der Sicherung des Kriegsbedarfes an sich, der Sicherung dessoldatischen Daseins in jeder Form. . . .

Das Recht ist der Inhalt der Volksgemeinschaft schlechthin. Die Volksgemeinschaft kann man nicht anders als auf dem Wege des Rechtes erfassen. Wenn man in der germanischen-arischen Staatsidee denkt — wie wir Nationalsozialisten das ja tun—, dann muß man umso mehr im Rechte ein heiliges Gemeinschaftsgut sehen und darf nie vergessen, daß der Sinn des Germanentums darin lag, der asiatischen Barbarei und Willkür wie das Licht der Finsternis gegenüberzutreten. . . .

Das Recht hat die Substanzwerte unseres Volkes zu sichern. Es sind dies die Rasse, der Boden, die Arbeit, der Staat und die Ehre unseres Volkes. Nach diesen Gesichtspunkten hat sich die nationalsozialistische Reichsgesetzgebung Adolf Hitlers zu dem bisher monumentalsten Gesetzgebungswerk der Geschichte emporentwickelt. . . . Die Sicherung der Autorität der Staatsführung in unserer Rechtsordnung ist vollkommen. Das nationalsozialistische Rechtsdenken sieht ähnlich wie der Faschismus in der obersten Staatsführung einen mit absoluter schicksalshafter Vorbedeutung begabten Gemeinschaftsdienst. Zu diesem Dienst am Volke und am Einzelnen hat sich die nationalsozialistische Reichsführung von

Anfang an bereiterklärt. Wenn man auf die zehn Jahre der Regierung Adolf Hitlers nunmehr zurückblickt, so ist festzustellen, daß die Forderung, dem Reiche zu geben , was des Reiches ist, als in vollem Umfange geglückt bezeichnet werden muß, und zwar auf den beiden Gebieten, sowohl dem der Substanzwertsicherung, wie dem der Autoritätssicherung. ...

Sie wissen, daß ein großer Kampf geht um die so viel erörterte Unabhängigkeit des Richters. Man hört oft die Meinung, daß die Unabhängigkeit des Richters etwas wäre, was der autoritären Staatsführung unseres Reiches widerspricht. Ich bin der Auffassung — und ich beweise es, — daß die Unabhängigkeit, wie wir sie verstehen und wie sie auch vernünftig verstanden werden muß, dem Richter als ein Wesenselement beigegeben ist, soll er überhaupt Richter sein. Der Gesetzgeber äußert seinen gesetzgeberischen Willen aus den Notwendigkeiten und Bedürfnissen des ganzen Volkes. Das Schicksal der völkischen Gemeinschaft ist dem Gesetzgeber wichtiger als das Schicksal des Einzelnen. Aber der Kleine im Volke, auf dem die gesamte Last der Gemeinschaft ruht, kann sich in sein Schicksal nur finden, wenn er glaubt, daß ihm Gerechtigkeit wird. Wenn man dem kleinen Mann im Volke den unabhängigen Richter nimmt, dann macht man ihn schutzlos. Unabhängig ist der Richter nicht von dem Willen des Gesetzgebers, er ist nur unabhängig davon, daß in der Entscheidung der Angelegenheit des einzelnen Volksgenossen Gesichtspunkte vorherrschend werden, die nicht aus diesem Einzelfall geboren sind. Der Richter ist unabhängig, kann man sagen, von jedem, der eben in diesem Falle nicht Richter ist. Von jedem muß der Richter unabhängig sein, der in diesem Einzelfalle eines Volksgenossen etwas anderes vertritt als die allgemeine Norm, die für 80 Millionen gilt, und die der Richter zu Grunde zu legen hat. Diese Unabhängigkeit des Richters ist eines der ältesten germanischen Kulturgüter. Für sie einzutreten ist nicht demokratisch-liberalistisch-parlamentarisch-jüdische dekadente Reaktion oder Derartiges, sondern das Eintreten für diese Unabhängigkeit des Richters ist so germanisch, wie nur irgendetwas sein kann. ... Die Autorität des Reiches, verkörpert in der schicksalshaften Figur des Führers, ist völlig unberührbar durch das Einzelschicksal. ... Wir können geradezu die Kulturhöhe eines Reiches und Staates daran messen, welchen Rang und welches Ansehen Richter und Staatsanwälte innerhalb einer Gemeinschaft genießen. ... Da kann ich sagen: die Richter sind Volksgenossen, es gibt unter ihnen Männer verschiedenen Charakters, wie in allen Berufen. Aber ich selber habe in über 2400 Prozessen, die ich im Dienste derBewegung in der Kampfzeit persönlich geführt habe, im ganzen deutschen Reich keinen Richter gefunden, der das Recht gebeugt hat. ...

Ich glaube, wir alle könnten es schaffen, daß das Reich Adolf Hitlers die Richter bekommt, die in seinem Dienste alles das erfüllen werden, was als Staatsschutz notwendig ist. . . . Das Rechtsgefühl und das Interesse an der Rechtssicherheit sind die Grundlage des Interesses, das die Volksgen ossen an der Gemeinschaft nehmen. Daher halten sie den Dienst am Recht, der durch die Rechtswahrer als Richter, Rechtsanwalt, Rechtspfleger, Notar usw. *geübt wird*[1]) — mögen sie aus der Fülle von Irrtümern menschlicher Art noch so sehr der Kritik unterstellt werden — ::-:: immer noch für besser wie jede Form des Polizeistaats. ::-:: . . .

Auch im Kriege ist das Postulat einer Rechtskultur für die Entwicklung unserer völkischen Ordnung wichtig. . . . Es darf nicht den Anschein bekommen, als ob das *Recht*[2]) in unserem Reiche schutzlos werden sollte. Das *Recht*[3]) ist der persönliche Schutz unseres Volkes. . . .

Der Führer selber hat sich zum obersten Gerichtsherrn des Reiches wiederholt bestätigt und damit gesagt, daß er die richterliche Funktion so höchstwertig ansieht, daß sie in Personalunion ausgeübt wird von dem obersten Gestalter unseres Schicksals. Das sei ein Appell an alle unsere Richter, sich am Führer als obersten Gerichtsherrn auch ein Vorbild zu nehmen. Wir, die wir so stolz sind auf unsere Rechtsaufgabe, sollen auch dafür sorgen, daß die Richter und alle anderen Rechtswahrer in ihrem Wirken immer mehr dem entsprechen, was das Reich Adolf Hitlers verlangt.

Es ist selbstverständlich, daß manches, was ich hier ausführe, bei Ihnen den Eindruck erweckt, als ob es ein Zukunftsprogramm wäre. Denn die Wirklichkeit spricht leider oft eine andere Sprache. . . .

Gerade wir als Nationalsozialisten wissen, wie schwer alles das in der Tat durchzuhalten ist. Aber ich werde mit der letzten Kraft mich dafür einsetzen, daß der Punkt 19 des Parteiprogramms genau so Bedeutung hat wie alle anderen Punkte dieses Parteiprogramms. . . . Es ist nicht die Gewalt allein, die den Staat stark macht. Brutalität aber ist niemals mit Stärke identisch. DieBrutalität ist der Ausdruck der übersteigerten Gewalt. Wir wissen, daß das bolschewistische System die Brutalität als Grundsatz eingeführt hat. Ich sage: stark ist nur, wer das Recht n i c h t fürchtet. Stark ist vor allem der, der nicht völlig die Menschlichkeit als unvereinbar mit dem Staatswirken bezeichnet. Die Menschlichkeit ist auch eine der Methoden des Rechtes. Verständnis für den Kleinen im Volke, für seine Nöte,

[1]) hs eingefügt
[2]) ursprünglich „Reich", hs verbessert
[3]) ursprünglich „Reicht", hs verbessert

für die vielfachen Fährnisse seiner Existenz, soll und kann und wird auch Inhalt nationalsozialistischen Staatshandelns sein. Mit dieser Menschlichkeit ist auch vereinbar die Methode, daß nun nicht auf alles und jedes nur noch die Todesstrafe angewandt wird. ... Man entwertet aber die Höchststrafen, wenn man nur sie immer anwendet, und das ist nicht vereinbar mit den Grundsätzen der Volksgemeinschaft. Deswegen setze ich mich, wo immer es irgend geht, dafür ein, daß mindestens in weitem Umfange von Gnadenerweisen Gebrauch gemacht wird. Auf keinen Fall darf es dahin kommen, daß ein Urteil von vornherein dann anerkannt wird, wenn es die Todesstrafe ausspricht, der Kritik aber dann unterliegt, wenn das nicht geschieht. ... Man soll sich nicht täuschen, der Nationalsozialismus Adolf Hitlers lebt und das Bild des Führers ist der Sonne zugewandt und wir, die ältesten Kämpfer in seinem Dienst, wir bitten ihn: Führer, schütze auch den Rechtswahrer!

Heidelberg

Dienstag, den 21. Juli 1942

19[35] Vortrag des Herrn Generalgouverneurs Reichsministers Dr. Frank in der Aula der Neuen Universität über das Thema:

Der Rechtsgedanke und die europäische Neuordnung.

... Wir können sagen, daß die Tausende und Abertausende deutscher Männer, die über Millionen fremder Völker heute regieren, aus den besten Traditionen der deutschen Verwaltungskunst kommen, und daß sie das Unmögliche möglich gemacht haben. ...

Europa steht vor der Neuordnung, vor einer endgültigen Formung der Beziehungen der Völker Europas. Ganz selbstverständlich ist die Grundlage dafür jenes monumentale Programm, das der Führer des Großdeutschen Reiches, Adolf Hitler , und der Duce Italiens, Benito Mussolini, im September vorigen Jahres verkündet haben, — jenes Programm, welches vorsieht, daß sich in gegenseitiger aufgeschlossener Kameradschaft die Völker Europas zu einer Art Gemeinschaftsvertretung ihrer Interessen zusammenfinden, daß eine Art nützlichen Interessenausgleiches zwischen den Belangen, den Kräften und den Bedürfnissen der einzelnen Völker Europas stattfindet, daß

damit dann aber auch dieser europäische Kontinent für alle Zukunft aufgehört haben wird, seinen Völkern das schwere Los aufzuerlegen, stets abhängig zu sein von der Willkürherrschaft der angelsächsischen Weltmächte, die Ozeane nach Belieben sperren können, — daß an die Stelle dieser Abhängigkeit endlich wieder die freie und autarke Entwicklung Europas treten wird.

Nicht um zu entnationalisieren, nicht um zu terrorisieren, nicht um mit Gewalt irgendein Regime, das wir allen andern vorziehen, anderen Völkern aufzuoktroieren, wird diese europäische Neuordnung aufgebaut, sondern nur zu dem Zwecke, die brennendste Lebensnot von den europäischen Völkern durch gemeinschaftlich geplante Arbeitsteilung zu nehmen. Bis dahin aber wird der Krieg seine harte, eherne Sprache sprechen, er wird von allen Völkern, die an ihm teilnehmen, noch große Opfer verlangen. Wenn aber je ein Krieg notwendig war, dann war es dieser, den der Führer zur Abwehr der bolschewistischen Vernichtung Europas begonnen hat, nachdem der Angriff der Sowjetunion unmittelbar bevorstand.

... Das deutsche Volk steht vor der Erringung des größten territorialen, staatlichen und völkischen Raumes, den es je in seiner Geschichte besaß.

... Der Begriff des Völkerrechts mangelte immer seiner letzten konstruktiven Vollendung, fehlte es doch stets an jenem Organ, das imstande gewesen wäre, mit der Autorität einer echten Exekutive Rechtssprüche mit Urteilskraft Staaten gegenüber zu vollstrecken. Wenn nun aber zwei Mächte, von denen die eine, Großdeutschland, von dem Nationalsozialismus Adolf Hitlers, die andere, das Italien Benito Mussolinis, vom Faschismus geschaffen worden sind, entschlossen sind, die Führung über den gerechten friedlichen Ausgleich Europas zu gewährleisten, dann wird es sicherlich möglich sein, daß alle fried- und rechtliebenden Völker Europas den Schutz dieser beiden Mächte finden. Damit ist zum ersten Male in der geschichtlichen Entwicklung Europas eine zentrale Potenz entstanden, die den bisherigen Mangel völkerrechtlicher Konstruktion beseitigt. Die Autorität unseres Reiches wird es in Zukunft nicht gestatten, daß auf diesem Kontinent Kriege ausbrechen, die dem Kontinent schaden könnten. ...

Es ist selbstverständlich, daß wir mit dem Siege diese Verpflichtung zur europäischen Neuordnung übernehmen. Der Führer hat das wiederholt zum Ausdruck gebracht. Niemand

in der Welt wird später einmal Europa ungestraft angreifen. Dieser europäische Kontinent, seit Jahrhunderten aufgewühlt und zum Blutrausch entfacht durch sinnloses Raufen um sinnlose Grenzen, wird endlich zur Ruhe kommen. Welch' ein Segen daraus für die Völker Europas ersteht, ist zunächst gar nicht abzusehen, ganz abgesehen davon, daß alle Völker Europas eingeladen sind, an diesem großen Betreuungswerk der im Osten erstehenden neuen Ländergebilde wirtschaftspolitisch, siedlungsmäßig und national mitzuarbeiten, — eine Aufgabe von einer Größe wie sie Europa noch nie gestellt war, mit der verglichen etwa die Betreuung der hinterindischen Inseln durch Holland ein Kinderspiel war. Es handelt sich hier um Ländereien von einer gewaltigen Fruchtbarkeit, von einer gigantischen Möglichkeit der Fruchtbringung für ganz Europa. Hier liegt die Aufgabe der europäischen Neuordnung. ... Freiwillig sollen alle dazu aufgerufen sein, keinerlei Zwang soll Europa mehr bedrücken. Man soll vor dem Großdeutschland Adolf Hitlers keine Sorge haben, man braucht uns nicht zu fürchten, als hätten wir etwa tyrannische Gelüste, nein: das Großdeutsche Reich Adolf Hitlers will Europas Kultur in jeder Weise fördern und die europäischen Völker kameradschaftlich betreuen.

Von diesem Recht der Völker komme ich zum Recht des Volkes. Die große Aufgabe dieser Zeit ist es, sich darüber klar zu werden, daß jener Irrtum nicht bestehen darf, der einer Fehldeutung des Begriffs der Autorität des Staates entspringt, nämlich dem, daß die Rechtsordnung mit autoritärer Staatsführung nicht vereinbar wäre. ... Unsere Bewegung hat in Punkt 19 des Parteiprogramms dem deutschen Volke das deutsche Gemeinrecht als Programmpunkt sichergestellt. Dieses deutsche Gemeinrecht soll und wird der Ausdruck eines unseren eigenen rassemäßig bedingten, lebensgesetzlichen Bedürfnissen entspringenden Rechtes sein. Die Entstehung dieses Rechtes wird geraume Zeit beanspruchen; aber im wesentlichen Bereichen ist bereits eine fundamental revolutionäre Neugestaltung der Rechtsordnung im Reich gesetzgeberisch erfolgt. Die große Substanzgesetzgebung des Reiches war es, die Adolf Hitler zum größten Gesetzgeber der deutschen Geschichte gemacht hat. Zum ersten Mal wurde der Begriff der Rasse in die Gesetzgebung eingeführt. Dieser Rassebegriff bedeutet einen der — man möchte fast sagen, — heiligen Bekenntnispunkte unserer Bewegung. Das Bekenntnis zu diesem würdig-wertvollen Rassekern unseres deutschen Volkes hat auch in der Gesetzgebung seinen bedeutsamen Niederschlag gefunden.

Der zweite große Substanzwert, der Boden unseres Volkes, hat seinen gewaltigen Schutz gefunden in Gestalt der Schaffung der Erbhöfe, der Sicherung der landwirtschaftlichen Produktion und des Bauernstandes.

Der dritte Substanzwert, die Arbeitskraft unseres Volkes, hat seinen herrlichen Ausdruck in der Neugestaltung des Begriffs des Arbeiters schlechthin gefunden, der nunmehr nicht etwa als Prolet verurteilt ist, seine dunklen Wege zu gehen, der sich nicht mehr in klassenkämpferischen Irrwahn zu bewegen suchen muß, sondern der als Arbeiter der Stirn und Faust ein vollwertiges, gleichgeachtetes Glied der völkischen Gemeinschaft wurde.

Der Staat selbst, das Reich als Geschichtsfigur unseres Volkes, hat als großartigen Ausdruck die fundamentale Gestaltung Großdeutschlands durch Adolf Hitler erhalten. Dazu tritt die nationale Ehre mit allem, was damit zusammenhängt, mit der Wehrkraft, dem selbstbewußten, zielklaren und flammenden Bekenntnis zur Nation. In wie vielfältiger Beziehung liegt nicht dieser Substanzwert unserer Gesetzgebung zu Grunde! Ich möchte diese fünf großen Substanzwerte Rasse, Boden, Arbeit, Staat und Ehre daher als das große Programm der Gestaltung des deutschen Gemeinrechts ansehen.

... Man soll den Richter in Ehren halten. ...

Selbstverständlich muß dieser Richter auch unabhängig sein. Diese Unabhängigkeit bedeutet aber nicht, daß er nun etwa von einem politischen Willen im Reich unabhängig wäre. Es wird keinem Richter einfallen, gegen den politischen Willen des Reiches irgendwie anzugehen.

... Die Unabhängigkeit des Richters bedeutet: bei der Entscheidung des Einzelfalles ist dafür zu sorgen, daß die Entscheidung nur im Namen des Gesetzes und in Anwendung des Gesetzes, nicht aber in Anwendung irgendwelcher anderer Gesichtspunkte gefällt wird. ...

Wir hatten zu anderen Zeiten auch ein großes Ideal, das mit dem Reich verbunden war, wir hatten das Ideal des Kaisertums. Heute ist es die leuchtende Figur des Führers, die uns den Führerstaat zur geschichtlichen Erlebniszone größten Ausmasses gemacht hat. Niemals aber darf es einen Polizeistaat geben, niemals! Das lehne ich ab.

Ich bin daher als Nationalsozialist und als Führer der deutschen Rechtswahrer berufen, mich gegen diese dauernden

Verunglimpfungen des Rechts und der Rechtswahrer in jeder Form zu verwahren. ... Ich verwahre mich dagegen, daß man einen Stand lediglich aus Gehässigkeit und dauernder nörgelnder Kritiksucht angreift und verunglimpft. Das ist unerträglich, weil wir als Reich stark sind, weil unsere innere Ordnung festgefügt ist und weil wir keinerlei Form der Opposition, keine Parteien mehr kennen. Deshalb muß ich sagen, dass nationalsozialistisches Reich und nationalsozialistische Richter eine untrennbare Einheit geworden sind. ...

Auch das Gerede von dem Rechtsanwalt als einer liberalistisch-dekadenten, jüdischen Figur ist nichts weiter als ein lächerliches Wortgeplänkel und soll nur dazu dienen, Schutzfaktoren auszuschalten. Ich meine, daß der Rechtsanwalt nunmehr, genau so wie alle anderen Faktoren des öffentlichen Dienstes von den Juden und sonstigen zerstörenden Elementen geläutert und gereinigt, eine Figur in unserer Gemeinschaft darstellt, die notwendig ist. ...

Aber auch ein anderes muß mit dem Recht immer verbunden sein: die Menschlichkeit. Die Menschlichkeit — ein Wort, das man manchmal schon nicht mehr zu sprechen wagt, wie wenn es ein fremdes geworden wäre. Europa will menschlich sein. Das heißt: es ist nicht notwendig, daß auf alles und jedes immer und dauernd nur Todesstrafen gesetzt werden. Wir wollen menschlich sein; es gibt keinen Staat, der dadurch Schaden leiden würde, daß er menschlich ist.

Daraus wollen wir lernen, und wir wollen immer und immer wieder betonen: das Recht, seine Kultur und der Rechtsdienst sind zu dem Zwecke für die deutsche Volksgemeinschaft aufgerichtet, damit sie dem kleinen irrenden, dem kleinen fehlenden Volksgenossen eine Heimstätte des Schutzes sind. ...

Wir müssen uns darüber immer wieder klar werden, daß auch im Zusammenhang mit dem letzten Reichstagsbeschluß, der dem Führer für diese außerordentliche Zeit letzter Kräfteanspannung außerordentliche Vollmachten gibt, gerade vom Führer betont wurde, daß er nicht als Führer allein, sondern als oberster Gerichtsherr, als oberster Richter des Volkes seine Entscheidung trifft. Dies ist eine Verpflichtung für die Richter, sich klar zu sein, daß mit ihren Entscheidungen auch dem Ernst dieser Zeit entsprochen werden muß. ... Wenn sich der Führer selber als obersten Gerichtsherrn bezeichnet, so ist das eine Ehre für den ganzen deutschen Rechtsstand.

BESCHREIBUNG:
Band 20: „Tagebuch 1942 III" 1.8. — 31.8., enthält ferner „Abschließende Betrachtungen zur Entwicklung des letzten Vierteljahres", unterzeichnet von Frank am 28.8.42, und „Die Entwicklung seit 1. Sept. 1942", unterzeichnet von Frank ohne Datumsangabe
hs Unterstreichungen Ti

Lemberg

Sonnabend, den 1. August 1942

10^{10} Staatsakt im ehemaligen Landtagsgebäude.

Der Herr Generalgouverneur:

Herr Gouverneur! Herr General! Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements! Mitglieder der Distriktsverwaltung! Kreishauptmänner! Stadthauptmänner! Deutsche Männer und Frauen!

Wir haben vor einem Jahr den ::-:: Distrikt Galizien ::-:: in das Generalgouvernement aufgenommen. ...

Das deutsche Volk tritt in wenigen Wochen in das vierte Kriegsjahr ein. Wir können daher feststellen, daß dieses Jahr, das erste Jahr des Distrikts Galizien, wahrscheinlich zugleich auch das schwerste Jahr des Distrikts Galizien war. Dieses Aufeinanderprallen von Aufbaunotwendigkeit einerseits und rücksichtsloser Herausholung aller noch vorhandenen und gestapelten persönlichen und sachlichen Energien dieses Raumes war es, was die Schwierigkeiten dieses Jahres charakterisierte und dem Distrikt Galizien eine ähnliche Lage wie dem ganzen Generalgouvernement gab.

Die ::-:: Bevölkerung dieses Raumes ::-:: hat sich loyal benommen. Vor allem habe ich eine Feststellung durchaus anerkennend zu treffen, daß nämlich der erste Aufruf zur Meldung für Arbeitskräften für das Reich im Distrikt Galizien von der Bevölkerung geradezu hervorragend befolgt wurde. Es ist geglückt, in diesem Distrikt allein fast 200 000 Arbeitskräfte für das Deutsche Reich freizumachen, die nunmehr an wichtigsten Produktionsstätten des Reiches eingesetzt sind.

... Die deutsche Verwaltung in diesem Raume ist gewillt und auch beauftragt, die Bevölkerung förderlich zu behandeln. Sie wird mit der gleichen entschiedenen und grundsätzlichen Festigkeit, mit der sie jeden Versuch der Widersetzlichkeit

gegen die vom Großdeutschen Reich eingeführte Ordnung niederschlagen wird, die loyale Bevölkerung dieses Raumes schützen. Zu diesem Zweck habe ich einen weiteren Erlaß betreffend Aufgaben der deutschen Verwaltung in Galizien zum Schutze des Einzelbauern auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft herausgegeben. Dieser Erlaß zeigt den guten Willen auch der deutschen Verwaltung, mit der Pflicht zur restlosen Erfassung der Ernte in diesem Jahre die Sicherung der bäuerlichen Produktionsstätte vor allem hier im Distrikt Galizien zu verbinden.

. . . . . .

Mit der letzten Aufbauverordnung ist der Schlußstein gelegt worden. Regierung, Verwaltung, Polizei und Sicherheit sind nunmehr fest gefügt in der Einheit des klaren Willens, dieses Land unter allen Umständen in sicherer Führung zu halten. ::-:: Einheit der Führung und der Verwaltung ::-:: ist der Grundsatz dieses Raumes. So, wie im Generalgouverneur[1]) als dem Bevollmächtigten des Reiches alle Vollmachten zusammenlaufen und er nur dem Führer untersteht, hat der Gouverneur die sämtlichen Vollmachten für den Distrikt, und die gleichen Vollmachten stehen auch dann wieder dem Kreishauptmann für den Kreis zu. . . .

1.8.1942

20^{00} Großkundgebung der NSDAP, Distriktsstandortsführung Galizien, im Opernhaus Lemberg.

. . . . . .

Reichsleiter Generalgouverneur Dr. Frank:

Parteigenossen und Parteigenossinnen, Soldaten!

Der ::-:: erste August[2]) ::-:: wird in der Geschichte dieses Landes seine Bedeutung behalten, ist doch an diesem Tage mit der Entscheidung des Führers die Stadt Lemberg, die so viel umkämpfte, die sooft in den Jahrhunderten von deutschen Soldaten eroberte und immer wieder verlorene endgültig in den Bereich des Großdeutschen Reiches zurückgekehrt. Der 1. August 1941 ist daher auch das schicksalgebende Datum für diesen Raum. Wir können dem Führer gar nicht genug dafür danken, daß er mit seinem Entschluß dieses alte Judennest,

[1]) ursprünglich „Generalgouvernement", ms verbessert
[2]) Unterstreichung Blei

diese verwahrloste Burg von Raubrittern der Straße und der Gasse, dieses Polackensiedlungsheim endlich deutschen Fäusten anvertraut hat, die mit der Schaufel in der Hand, mit Insektenpulver und sonstigen notwendigen Bedarfsartikeln dafür gesorgt haben, daß sich ein deutscher Mensch wieder hier aufhalten kann.

(Stürmischer Beifall)

Ich muß sagen, Parteigenosse Wächter: das habt Ihr fein gemacht; in einem Jahr habt Ihr vergessen lassen, was das für ein Drecknest war. Lemberg ist wieder eine richtige stolze deutsche Stadt, deutsch geführt, deutsch den Bauten, deutsch der gedanklichen Einstellung der Führung dieser Stadt nach.

Das ist ja das schöne an diesem Krieg, daß, was wir einmal haben, wir nie wieder hergeben.

(Heiterkeit und Beifall)

... Es ist klar, daß wir gerade im Generalgouvernement sozusagen als die älteste Kampftruppe in der Erfahrung der Errichtung eines eroberten Landes doch wissen, was uns der Führer im Distrikt Galizien gegeben hat. Ich spreche hier nicht von den Juden, die wir hier noch haben; mit diesen Juden werden wir auch fertig. Übrigens habe ich heute gar nichts mehr davon gesehen. Was ist denn das? Es soll doch in dieser Stadt einmal Tausende und Abertausende von diesen Plattfußindianern gegeben haben, — es war keiner mehr zu sehen. Ihr werdet doch am Ende mit denen nicht böse umgegangen sein?

(Große Heiterkeit)

Immerhin, auch dieses Problem packen wir Nationalsozialisten nach unserem Parteiprogramm an. Es war gerade hier besonders deutlich.

... Wir haben das Glück, dass wir hier mit den Juden so umgehen können, wie sie mit dem deutschen Volke umgegangen sind ...

Daher will ich zur Judenfrage nur das eine sagen: dieses Problem lösen wir, es wird kein Jude mehr nach Deutschland gehen.

Wir müssen uns darüber klar werden, daß dieser ganze Krieg den Sinn hat, den ::-:: Lebensraum unseres Volkes[3]) ::-:: in natürlicher Weise zu vergrößern. Wir wollen nicht haben, daß dieser Krieg etwa im Sinne der alten Kolonialkriege geführt wird. Wir müssen uns dagegen verwahren, daß wir hier

[3]) Unterstreichung Blei

Kolonien gründen wollten. ... Sinn dieses Krieges kann es nur sein, die natürliche Entwicklungsbasis unseres Volkes, so weit möglich, zu vergrößern.

.....

Für das Generalgouvernement handelt es sich darum, mehr und mehr dafür zu sorgen, daß das ::-:: deutsche Element[4]) ::-:: so stark wie möglich wird. Wir müssen immer daran denken, daß wir 18 Millionen Fremdvölkische haben, 18 Millionen Polen, Ukrainer usw.. Daher ist es erwünscht, daß unter Aufrechterhaltung vor allem der natürlichen Lebensgrundlagen, die die Ukrainer hier im Lande haben, die wir jeder Zeit als unsere Freunde ansehen, in allen Zentren das deutsche Leben sich so den Weg bahnt, regt, wächst und in die Höhe wuchtet, wie das nur möglich ist. Wir würden ja auch diesen Raum wieder verlieren, wenn wir uns darauf beschränken wollten, ihn nur verwaltungsmäßig, sozusagen von oben her papiern zu regieren, und die großen, weiten Stufen des Völkischen unbeachtet ließen. ...

Wir sind heute an der Weichsel und am Dnjestr und vielleicht morgen an der Wolga in derselben Lage wie einmal vor 800 Jahren unsere Vorfahren an der Elbe waren. Damals ragte der slawische Gürtel weit hinein in das heutige deutsche Reich. Die haben damals auch nicht gezagt und gezittert, sondern haben erklärt: dieses Land wird zuerst vom deutschen Schwert und dann vom deutschen Pflug endgültig deutsch gemacht. Und es ist geglückt.

Krakau

Dienstag, den 4.8.1942

10^{50} Sitzung zur Besprechung von Sonderproblemen des Distrikts Lublin im Königssaal.

Der Herr Generalgouverneur erklärt in diesem Zusammenhang, daß in jedem Distrikt 4 bis 6 Staatsdomänen aus den Liegenschaftsbetrieben gebildet werden müßten; er werde dem Leiter der Hauptabteilung E.u.L. den Auftrag erteilen, beginnend mit dem 1.September die besten Güter zu Staatsdomänen zu machen. Es sei möglich, daß unter diese einige der SS-Güter fallen würden.

[4]) Unterstreichung Blei

Staatssekretär Krüger fährt dann fort, daß der Reichsführer zunächst als Nahplan bis Abschluß des nächsten[5]) Jahres in den beiden Kreisen folgende volksdeutschen Gruppen einsiedeln wolle: 1000 bäuerliche Herdstellen (1 Herdstelle für 1 Familie von ca. 6 Köpfen) für Bosniendeutsche, 1200 sonstige Herdstellen, 1000 Herdstellen für Bessarabiendeutsche, 200 für Serbiendeutsche, 2000 für Leningraderdeutsche, 4000 für Baltendeutsche, 500 für Wolhyniendeutsche und 200 Herdstellen für Flamen-, Dänen- und Hollanddeutsche, insgesamt 10 000 Herdstellen für 50 bis 60 000 Köpfe.

. . . . . .

Staatssekretär Krüger betont, daß die Umsiedlung in enger Zusammenarbeit mit den Regierungsdienststellen durchgeführt werden solle. Man werde den Volksdeutschen nach Möglichkeit ca. 30 ha Grund und Boden übereignen. Was an polnischen Kleinstbetrieben frei werde, werde im Rahmen der landwirtschaftlichen Arbeitererfassung ins Reich vermittelt. Besonders vordringlich sei eine Rücksiedlung der Bosnien- und Serbiendeutschen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß der Umsiedlungsplan von den zuständigen Stellen in Gemeinschaftsarbeit eingehend besprochen wird und erklärt seine Bereitwilligkeit, den ausgearbeiteten Plan Ende September nach zufriedenstellender Regelung aller damit zusammenhängenden Fragen, vor allem einer Gewährleistung von Ruhe und Ordnung, zu genehmigen, damit Mitte November als dem günstigsten Zeitpunkt mit der Umsiedlung begonnen werden könne.

Sonnabend, den 15. 8. 1942 Krakau

12^{20} Eintreffen des Herrn Generalgouverneurs im Hause der NSDAP

Zum Abschluss der Arbeitstagung der Politischen Leiter des Arbeitsbereichs ergreift der Herr ::-:: Generalgouverneur, ::-:: nachdem Hauptabschnittsleiter Stahl Worte der Begrüssung an ihn gerichtet hat, das Wort zu folgender Ansprache :

Parteigenossen und Parteigenossinnen!

. . . Als ich mich vor zwei Jahren entschloss, den damaligen Stellvertreter des Führers zu ersuchen, im Generalgouvernement der NSDAP eine Heimstätte zu bereiten, war es mein

[5]) „nächsten“ über der Z für „letzten“ (ms gestrichen)

Vorschlag, dieses hier zu gründende Gebilde ::-:: „Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP“[6]) ::-:: zu nennen. Mein Gedanke war damals, zunächst einmal überhaupt zu versuchen, jenes organisatorische Gebilde zu schaffen, das notwendigerweise zwischen einem reinen Auslandsgau der NSDAP und einem Heimatgau liegen muss. Dass dieser Gedanke richtig war und dann auch aufgegriffen wurde, freut mich; denn sowohl in Holland, wie in den neuen Ostgebieten sind weitere Arbeitsbereiche gebildet worden.

... Eine besondere Aufgabenstellung hatte die Partei weiter, den ::-:: Fremdvölkischen,[6]) ::-:: den Polen und Ukrainern gegenüber. Die Situation hinsichtlich der Polen ist insofern eigenartig, als wir einerseits das Deutschtum— ich spreche ganz offen— hier so vorwärtstreiben müssen, dass das Gebiet des Generalgouvernements in irgendwie absehbaren Jahrzenten rein deutsches Siedlungsland wird, — als wir andererseits in den jetzigen Kriegsläuften darauf angewiesen sind, die Fremdvölkischen hier im Raume die Arbeit vollführen zu lassen, die sie im Dienste Grossdeutschlands vollführen müssen ...

Die ::-:: Ukrainer[6]) ::-:: bilden dabei eine besondere Ausnahme. Ich muss feststellen, dass im Interesse der deutschen Politik ein ::-:: Spannungsverhältnis ::-:: zwischen Polen und Ukrainern aufrecht erhalten bleibt. Die 4,5 oder 5 Millionen Ukrainer, die wir im Lande haben, sind als Gegenpart gegen die Polen ausserordentlich wichtig. Ich habe daher auch immer versucht, sie in einer irgendwie gearteten politisch zufriedenen Stimmung zu halten , um ja zu verhüten, dass sie mit den Polen zusammengehn.

Über die Juden brauche ich nichts Besonderes weiter zu sagen. Sie haben ihre gesamte Arbeitskraft uns zur Verfügung zu stellen. Für uns Parteigenossen ist das eine Genugtuung. Vor allem müssen wir uns darüber klar sein, daß hier ein Mitleid fehl am Platze wäre. Sie haben es auch nicht anders verdient, sind sie es doch, die den Krieg begonnen haben und die schuld sind an dem Tode Hunderttausender bester deutscher Männer. Im großen Umfange sind heute die Verwaltungen darauf angewiesen, einen Teil der Juden als Facharbeiter zusammengefaßt zu halten oder als Massenarbeiter zu verwenden.

---

[6]) Unterstreichung Blei

19[10] Jahresmitgliederversammlung der NSDAP in der Urania

Generalgouverneur Reichelsiter[7]) Dr. Frank:

... Es ist doch schön, wenn ich feststellen kann, dass über 800 000 ::-:: Arbeitskräfte ::-:: aus dem Generalgouvernement allein in den letzten 1½ Jahren der deutschen Landwirtschaft und Wirtschaft zugeführt werden konnten. Das ist die mit Abstand höchste Zahl an fremdvölkischen Arbeitern, die aus einem Lande in Deutschland untergebracht wurden.

... Früher haben hier die ::-:: Juden ::-:: herumgestanden. Was war das doch vor 1939 für ein Drecksvolk von Juden, das sich hier breitmachte. Und wo sind diese Juden heute? Man sieht sie kaum mehr.

(Lebhafter Beifall)

Wenn man sie sieht, dann arbeiten sie. ...

Wenn man heute etwa noch den Begriff „Galizier" hört, dann denken wir nicht mehr an die Judenschlampels von früher, sondern heute ist Galizier ein guter Deutscher, der dort seine Heimat gefunden hat. Wer hätte gedacht, dass einmal Orte wie Przemysl und Radomsko bei einem deutschen Sportfest in der Preisverteilung als Heimstätten nationalsozialistischer Hitler-Jugend genannt werden würden. Daraus kann man ermessen, wie sich allmählich deutsches Leben unter der Führung der Partei einwurzelt und wächst. ...

Dabei ist es völlig gleichgültig, wie sich die ::-:: Polen ::-:: dazu einstellen. ...

Wir führen hier keinen Krieg gegen die Volkstümer. Wir wollen nicht die Vernichtung irgend eines Volkes. Was wir wollen, ist die Grösse und die lebensraumnotwendige Ausbreitung unseres eigenen Volkes. Dass wir die Stärkeren sind, hat sich gezeigt; dass wir die Zukunftsicheren sind, das muss man zur Kenntnis nehmen. Jedenfalls wird jeder Versuch der Aufsässigkeit gegen die deutsche Führung dieses Raumes von den vernichtendsten Folgen für jeden, der diesen Versuch unternimmt, begleitet sein.

.....

Im übrigen ist es auch klar, dass dieses Generalgouvernement als Schutzeinrichtung des deutschen Ostens in jeder Zukunftslage auch aus Eigenem heraus Männer haben wird, die jederzeit bereit

[7]) Wort vertippt, soll „Reichsleiter" heißen

sind, das, was sie haben, mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Deshalb ist auch für mich[8]) in diesem Raum der oberste Sport das Schiessen. Ich wünsche, dass sich jedermann hier zur Schusswaffe bekennt und mit ihr umzugehen vermag. Nicht, weil ich Sorge hätte, wie die Auslandspresse schreibt, dass wir uns alle vor den Polen sehr fürchten, oder, wie man neulich geschrieben hat, weil ich die SA eingerichtet hätte, aus Sorge, dass uns eines Tages die Polen aus dem Lande hinaushauen würden. Das möchte ich erleben! Ich kann nur sagen: schon der Versuch dazu würde bedeuten, dass Polen auch noch den letzten Rest von Lebenskraft verlieren würde.

Dienstag, 18.8.1942 Krakau

10^{00} Der Herr Generalgouverneur fährt mit Gauleiter Sauckel zu einer Besprechung in das Gebäude der Hauptabteilung Arbeit, Zipsergasse 2.

Zu Beginn der Sitzung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

... Ich freue mich, Ihnen, Parteigenosse Sauckel, amtlich melden zu können, dass wir bis jetzt über 800000 Arbeitskräfte ins Reich vermittelt haben. Wenn man dazu die arbeitsfähigen polnischen Kriegsgefangenen im Reich zählt, so sind es weit über 1,2 Millionen Arbeitskräfte, deren Wohnsitz das Generalgouvernement darstellt. ...

Sie haben neuerdings das Ersuchen um die Vermittlung von weiteren ::-:: 140 000 Arbeitskräften[9]) ::-:: gestellt. Ich habe die Freude, Ihnen amtlich mitteilen zu können, dass wir entsprechend unserem gestrigen Übereinkommen 60 % dieser neu angeforderten Kräfte bis Ende Oktober und die restlichen 40 % bis Ende des Jahres ins Reich abgeben werden. Ich möchte den Anlass auch benützen, Ihnen, Parteigenosse Sauckel, unsere Bereitwilligkeit zu erklären, dass wir das Menschenmögliche tun werden. Ich möchte aber eine Bitte anfügen: Die Behandlung der polnischen Arbeitskräfte im Reich steht leider noch unter gewissen diffamierenden Einschränkungen. Ich weiss sehr wohl, welche nationalen Gesichtspunkte notwendig sind, um für alle Zukunft unvergessen bleiben zu lassen, was die Polen den Deutschen

[8]) hinter „mich" Blei gestrichen: „auch"
[9]) Unterstreichung Blei

angetan haben. Ich verstehe auch, dass es im Interesse der nationalsozialistischen Haltung des Reiches notwendig ist, den Abstand zwischen Polen und Deutschen bleiben zu lassen. Es wäre aber doch wohl zu erwägen, ob nicht angesichts der Notwendigkeit, mit allen Mitteln Arbeitskräfte ins Reich zu bringen, da und dort im Reich eine gewisse Erleichterung der Situation der polnischen Arbeitskräfte eintreten kann. Ich kann Ihnen, Parteigenosse Sauckel, die Versicherung abgeben, dass es für uns eine ungeheure ::-:: Erleichterung der Vermittlung[10]) ::-:: von Arbeitskräften bedeuten würde, wenn wenigstens ein Teil dieser diffamierenden Ausnahmebestimmungen gegenüber den Polen im Reich beseitigt werden könnte.

Ich freue mich, dass Sie, Parteigenosse Sauckel, mir gleich in der Form helfen wollen, dass Sie mir in Ihrer Eigenschaft als Bevollmächtigter für den Arbeitseinsatz eine ::-:: amtliche Verlautbarung[10]) ::-:: des Inhalts zur Verfügung stellen wollen, dass alle die Polen, die im Reich brav ihre Pflicht erfüllen, auch eine ::-:: anständige Behandlung[10]) ::-:: erfahren. Ich werde veranlassen, dass wir diese Erklärung, in ::-:: Plakatform und ins Polnische[10]) ::-:: übersetzt, in ::-:: unseren Werbestellen zum Aushang[10]) ::-:: bringen. Das wird, wie ich glaube, eine ungeheure Erleichterung in der kommenden Erfassung darstellen.

Im übrigen können wir in den kommenden Jahren auch über die Zahl von 140 000 hinaus ::-:: fortlaufend weitere Arbeitskräfte ins Reich[10]) ::-:: vermitteln; ... Über die Zahl der jetzigen 140 000 hinaus können Sie aber im nächsten Jahr mit einer weiteren Arbeiterzahl aus dem Generalgouvernement rechnen; denn wir werden zur Erfassung Polizei einsetzen.

. . . . . .

Grosse Forderungen überschneiden sich hier überall. Ich will Ihnen vertraulich sagen, dass wir 600 000 Tonnen Getreide an das Deutsche Reich abliefern sollen. Wenn ich diese Menge abliefern muss, — nach den Worten des Reichsmarschalls zwingt die Ernährungslage des deutschen Arbeiters das Reich dazu —, dann habe ich hier auf die Dauer gesehen nicht die Möglichkeit, etwa auch Ihnen, General Schindler, die Nahrungsmittel im bisherigen Umfange sicherzustellen. ... Es ist nicht so, dass wir über eine Fülle von Polizeiorganen verfügen, dass wir einfach Polizei in die Distrikte hinausfahren lassen und von ihr die Leute zusammenfangen und in bewachten Waggons ins Reich bringen lassen können, wie einer vorgeschlagen hat. Ich habe manchmal für ein Gebiet, das immerhin annähernd 160000 qkm zählt, nur 6 bis 7 Bataillone. Und in diesem

[10]) Unterstreichung Blei

Gebiet gibt es Grosstädte, wie z.B. Warschau mit 1,6 Millionen. Wenn man im Reich sagt, „wenn die Polaken nicht parieren, werden wir sie schnappen"; so kann ich nur sagen, das sind leere Worte von irgendwelchen Scharfmachern in Berlin. Die Wirklichkeit sieht hier anders aus; das lässt sich hier nicht durchführen; denn es fehlt die Exekutive. Wir waren deshalb gezwungen, eine andere Methode einzuschlagen und haben eine gewisse freiwillige Werbung eingeführt.

Ich möchte Ihnen aber, Parteigenosse Sauckel, sagen, dass Sie sich auf das Generalgouvernement auch in Zukunft verlassen können und dass wir alles tun werden. Ich mache es als Generalgouverneur meinen Männern der Arbeitsverwaltung amtlich zur strikten Pflicht, die Erwartungen des Reiches auf diesem Gebiete zu erfüllen.

Gauleiter Sauckel:

Herr Generalgouverneur! Liebe Parteigenossen!

... Bereits bei der Übernahme meines neuen Amtes wurde mir von den Dienststellen des Reichsarbeitsministeriums mitgeteilt, dass der Einsatz hier ausserordentlich beachtlich und damit die Grundlage für den Einsatz fremder Arbeiter in Deutschland war. ... Wenn Sie mir nun erklärt haben, dass von den geforderten 140 000 Arbeitskräften bis Ende Oktober 60 % und der Rest bis Ende des Jahres bezw. Anfang Januar gestellt werden, so muss ich Ihnen dafür wiederum Dank sagen. Ich kann Ihnen versichern, dass dadurch die Lösung der Aufgabe einer weiteren Gestellung von 1 Million Arbeiter für die deutsche Rüstungs-und Kriegswirtschaft wesentlich erleichtert ist ...

Nun zu meiner Auffassung vom ::-:: Arbeitereinsatz ::-:: selbst: Ich werde unter keinen Umständen meinen Namen dazu hergeben, dass der Arbeitereinsatz, der in dieser Zeit aus den grossen und letzten Notwendigkeiten des Krieges und der Härte des Krieges heraus belastet ist und gar nicht anders als hart sein kann, jemals[11]) ein Schandmal der deutschen Nation vor der Welt darstellt. ... Soweit es die Härte des Krieges zulässt, werde ich dazu beitragen, den Einsatz menschlich zu gestalten.

Ihnen soll von mir die Zusage gegeben sein, dass die in Deutschland arbeitenden Polen nach deutschen anständigen Grundsätzen behandelt werden. In Deutschland arbeiten nunmehr 5½ Millionen Fremdländische. ... Meine Hoffnung ist, dass es der deutschen Politik

[11]) Ti verbessert aus „niemals"

und der deutschen Führung Europas gelingen wird, ... den deutschen Menschen vom höchsten Chef einer deutschen Verwaltung oder vom verantwortlichen Leiter grosser deutscher Betriebe bis herab zum Bauern und zum letzten deutscher Arbeiter in seiner Haltung so zu gestalten, dass er den eingesetzten Ausländern gegenüber als Vorbild erscheint. Der in Deutschland eingesetzte fremdvölkische und fremdblütige Mensch muss dadurch einen natürlichen Abstand bekommen, der letzten Endes begründet sein muss auf der Überlegenheit des deutschen Blutes und des deutschen Könnens. Jeder Ausländer, der in Deutschland arbeitet, muss im deutschen Menschen seinen Meister sehen; ... nach dem Kriege muss ein jeder in Deutschland tätige fremde Arbeiter, mag er Pole, Franzose sein oder aus dem Südosten stammen, dem Deutschen in einer absoluten Anerkennung gegenüberstehen. So stelle ich mir das Werden des neuen Europas vor, und so will ich die Leute in Deutschland behandeln. Ich weiss, dass die fremden Menschen für Gerechtigkeit ein absolutes Empfinden haben. Ich versichere, dass der Hauptgrundsatz meines Handelns eine gerechte Behandlung ist. ... Die Polen werden im Reich, wenn sie arbeiten, anständig behandelt. Sie werden im Abstand von den Deutschen gehalten, werden aber nicht diffamiert, beleidigt oder in ihren Gefühlen gekränkt. ...

Abschließende Betrachtungen zur Entwicklung des letzten Vierteljahres.

Der Herr Generalgouverneur:

Ich habe im Zusammenhang mit der Entwicklung der letzten Wochen dem Führer durch ein Schreiben an Reichsminister Lammers meinen Rücktritt als Generalgouverneur erklärt unter der Voraussetzung, daß sein Vertrauen und seine Zustimmung zu meinem Werke mir entzogen sind.

Ich möchte, bevor ich gleichsam zu Protokoll eine abschließende Betrachtung meiner Arbeit im Generalgouvernement gebe, kurz in wesentlichen Zügen auf die Vorgeschichte des jetzigen Konfliktes zwischen dem Führer und mir eingehen.

Ich habe seit 1920 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei stets meinen Dienst geweiht. Im Juni 1919 war ich ebenso wie der Führer Adolf Hitler als Bildungsoffizier anwesend bei den Vorträgen in der Universität, von denen der Führer in seinem Buch „Mein Kampf“ erzählt. Dann zog der politische Entwicklungsgang und meine Entschlossenheit, unter allen Umständen in aktivstem Einsatz am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken, mich immer

mehr in den Bann der Nationalsozialistischen Bewegung, deren maßgebliche Gründer ich im Rahmen der Thule-Gesellschaft bereits im Herbst 1919 näher kennen lernte.

Als Nationalsozialist habe ich die Ereignisse vom November 1923 mitgemacht und dafür den Blutorden bekommen. Nach der Wiedererrichtung der Bewegung im Jahre 1925 begann meine eigentliche, größere Wirksamkeit in der Bewegung, die mich zunächst in zunehmendem und später fast ausschließlichem Maß als Rechtsbeistand des Führers und der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zum betonten Vertreter der Rechtsinteressen des werdenden Dritten Reiches sowohl in rechtsideologischer wie rechtspraktischer Beziehung werden ließ. Als Rechtsanwalt Dr.Frank II habe ich so in den schweren Kampfjahren in sämtlichen Oberlandesgerichtsbezirken Deutschlands die Verteidigung der Parteigenossen durchgeführt, Prozesse für den Führer geführt usw. Die Kulmination dieses Werkes erblicke ich in dem großen Leipziger Reichswehrprozeß, in dem es mir gelang, die Zulassung des Führers zu dem berühmten Legalitätseid zu erwirken — ein Umstand, der der Bewegung die Möglichkeit in juristischer Beziehung verschaffte, sich großzügig zu entfalten.

Wohl in Anerkennung dieser Leistungen hatte der Führer mich schon 1926 zum Führer des Nationalsozialistischen Juristenbundes, 1929 zum Reichsleiter des Reichsrechtsamtes der Reichsleitung der NSDAP., im März 1933 zum Bayr.Justizminister, im gleichen Jahr zum Reichsjustizkommissar, 1934 zum Präsidenten der von mir gegründeten Akademie für Deutsches Recht, im Dezember 1934 zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich und 1939 endlich zum Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete berufen.

So war, bin und werde ich bleiben der ausgeprägte Jurist der Kampfzeit des Nationalsozialismus, wobei allerdings ich immer an dem Punkt 19 unseres Parteiprogrammes festzuhalten entschlossen bin, der dem Deutschen Volk ein deutsches Gemeinrecht verspricht.

Im Zusammenhang mit diesen vielfachen Kampfaufgaben um das Recht des Führers und seiner Bewegung habe ich freilich niemals den Boden jener Anschauung verlassen, die ich für mich selbst als ::-:: „Rechtsidee“ ::-:: bezeichne. Ich verstehe darunter die ideale Beziehung zwischen jeweiliger Staatsführung und Staatsvolk, wonach die Verhältnisse zwischen diesen beiden im wesentlichen in beiderseits anerkannten und befolgten Rechtsnormierungen aufgebaut sind. Ein Bestandteil dieser Anschauung ist für mich der unverrückbare und durch nichts zu erschütternde Gesichtspunkt, daß

ein Reich wie das Deutsche in keiner Form Dauerbestand haben kann, es sei denn in Anwendung dieser Rechtsidee. Es ist unmöglich, daß ein Reich wie dieses Bestand haben kann als polizeilicher Willkürstaat, in dem der einzelne Bürger bar jeden Rechts, die Staatsautorität aber im Besitz aller Rechte ist.

In fortschreitendem Maß hat sich leider in den Reihen auch der nationalsozialistischen Staatsführung der Gesichtspunkt vorherrschend gezeigt, daß die Autorität desto gesicherter sei, je unbedingter die ::-:: Rechtsunsicherheit ::-:: auf seiten der machtunterworfenen Staatsbürger sich darstelle. Die Ausweitung des willkürlichster Anwendung ausgelieferten Vollmachtsbereiches der polizeilichen Exekutivorgane hat zur Zeit ein solches Maß erreicht, daß man von einer völligen Rechtlosmachung des einzelnen Volksgenossen sprechen kann. Freilich wird dieser Umstand begründet mit der Notwendigkeit des Krieges oder mit der Notwendigkeit der völligen Zusammenballung aller nationalen Energien auf ein Ziel und vor allem der völligen Unterbindung jeder Möglichkeit oppositioneller Störungen im Ablauf des völkischen Freiheitsprogramms. Demgegenüber vertrete ich die Meinung, daß der deutsche Charakter in sich ein so eminent starkes Rechtsempfinden trägt, daß bei Befriedigung dieses Rechtsempfindens die Gemeinschaftsfreude sowohl wie die Einsatzfreudigkeit unseres Volkes unendlich wirkungsvoller aufflammen würden und durchgehalten werden könnten,als das in Anwendung starrer Gewaltsätze jemals der Fall ist. Wenn es so wie heute möglich ist, daß jeder Volksgenosse ohne jede Verteidigungsmöglichkeit auf jede Zeitdauer in ein Konzentrationslager gebracht werden kann, wenn es so ist, daß jede Sicherstellung von Leben, Freiheit, Ehre, anständig erworbenem Vermögen usw. entfällt, dann entfällt damit nach meiner festen Überzeugung auch die ethische Beziehung zwischen Staatsführung und Volksgenossen völlig. Es bedarf dann des größten und ausschließlich durch die grandiose Persönlichkeit des Führers durchhaltbaren Vertrauensmaßes des deutschen Volkes, um diese Entwicklung noch einige Zeit zu ertragen.

Nach meinen Kenntnissen aus der Geschichte ist der Sachverhalt klar: Wenn unser Deutsches Reich Bestand haben soll, bedarf es nächst der klaren Staatsführung, nächst der klaren Eindeutigkeit der Wehrlage, der Gesunderhaltung der Rasse und der Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Weltanschauung vor allem dieses inneren Rechtsfriedens und der dauernden Befriedigung des Gerechtigkeitsbedürfnisses unseres Volkes. Die ::-:: elementaren Formen, ::-:: in denen diesen Notwendigkeiten dauernd institutionell Rechnung getragen wird, sind folgende:

1) Kein Volksgenosse darf verurteilt werden, es sei denn durch den ordentlichen Richter in einem ordentlichen Verfahren und auf Grund eines Gesetzes, das vor Begehung der Tat in Kraft war.

2) In diesem Verfahren muß die volle Gewähr gegeben sein, daß der Beschuldigte zu dem gesamten Sachverhalt der gegen ihn vorgebrachten Anklage vernommen wird und sich dazu frei zu äußern vermag.

3) Der Beschuldigte muß die Möglichkeit haben, sich in jedem Stadium des Verfahrens eines rechtskundigen Verteidigers bedienen zu dürfen.

4) Der Verteidiger muß völlig frei und unabhängig seines Amtes walten und damit die Waffengleichheit zwischen Staatsanwalt und Angeklagtem gewährleistet sein.

5) Der Richter oder das Gericht muß seine Entscheidung völlig unabhängig, d.h. ohne jede Beeinflussung des Urteilsspruches durch irgendwelche nicht zur Sache selbst gehörige Momente treffen in logischer Erkenntnis des Sachverhaltes und in gerechter Anwendung des Gesetzesinhaltes.

6) Wenn die auf Grund dieses Urteils vollzogene Strafe perfekt geworden ist, dann hat die Tat ihre Sühne erfahren.

7) Schutzhaftmaßnahmen und Sicherungshaftmaßnahmen können von polizeilichen Organen ebenso wenig wie Strafen an Konzentrationslagerhäftlingen vorgenommen oder vollzogen werden, es sei denn in Anwendung dieser selben Gesichtspunkte, d.h. also nach Bestätigung der geplanten Maßnahmen durch den ordentlichen, unabhängigen Richter.

8) In entsprechender Weise hat auch die volksgenössische Rechtspflege in allen Beziehungen des eigentlichen Zivilprozesses die völlige Sicherstellung der Wahrnehmung der Einzelinteressen zu gewährleisten.

Diese Gesichtspunkte haben nichts mit Liberalismus, Parlamentarismus, Dekadenz, Judentum oder derartigem zu tun. Sie sind altgermanisches Brauchtum und altgermanische weltanschauliche Staatsbetrachtung. Sie sind die absolut unabdingbare Voraussetzung für eine glückhafte Beziehung zwischen Staat und Volk, für die Aufrechterhaltung jedes gesunden initiativen Strebens schöpferischer Persönlichkeiten und für jenen gemütvollen Einklang einer Volksgemeinschaft, der unendlich höheren Rang besitzt als jede erzwungene Massenorganisation.

Es ist offenkundig, daß diese Gesichtspunkte, die ich unentwegt seit 1920 auch als Nationalsozialist in Hunderten von Kundgebungen vertrat, vor allem im Interesse der nationalsozialistischen Bewegung von mir in den Gerichtssälen des damaligen Systems verfolgt wurden, das durch seine Republikschutzgesetze und durch andere Verfolgungsmaßnahmen längst in den Fehler verfallen war, einseitig ungerecht gegen die aufsteigende nationalsozialistische Bewegung vorzugehen. Diese Gesichtspunkte sind aber auch ein Ausdruck meiner charakteris-tischen persönlichen Einstellung zu den Dingen des Rechts überhaupt. Ich habe daraus nie ein Hehl gemacht und werde auch nie ein Hehl daraus machen. Es ist für mich evident, daß das Glück des Führers, seines Reiches und seines Volkes davon abhängt, ob und in welchem denkbar größten Umfang diese von mir skizzierten Grundsätze durchgehalten werden oder nicht.

Niemals wurden mir bei der Verkündung dieser Grundsätze, die ich in feierlicher Weise und in größtem Ausmaß vor 25000 Menschen auf dem letzten Leipziger Tag des Deutschen Rechts 1939 verkündete, Schwierigkeiten gemacht. Erst mit dem Aufstieg des Apparates der Geheimen Staatspolizei und dem zunehmendem Einfluß der autoritären polizeilichen Führungsgesichtspunkte wurde diese meine Anschauung in zunehmenden Gegensatz zu einer immer stärker werdenden Repräsentanz konträrer Art gebracht. Als ich nun in den letzten Jahren insbesondere auch in stets zunehmendem Maße die persönliche Verärgerung des Führers über die Juristen in vielfachen Zeugnissen zur Kenntnis nehmen mußte, als die Eingriffe des Staates in die Justiz immer stärker wurden und das Verhältnis zwischen Polizei- und Justizorganen sich zu einer fast völligen Beherrschung der Justiz durch die Polizeiorgane entwickelte, wurde mir klar, daß es mir persönlich immer schwieriger werden würde, meine von mir als heilig empfundene Idee so wie früher zu verkünden. Es traten da und dort auch für mich Hemmnisse aller Art auf und immer deutlicher mußte ich die Ungunst der Machtgewaltigen dieser Zeit meinen Überlegungen gegenüber spüren. Dabei wurde die Position, in der ich mich befand, umso schwieriger, als im Bereich der Justiz die Schwäche gegenüber den mit bombastisch demonstrativer Stärke vorgetragenen antijuristischen Argumenten immer spürbarer wurde. Es wagte schon bald kein Richter mehr, ohne Aufblick zu irgendeiner autoritären Position sein Urteil zu fällen, was selbstverständlich wiederum zur Folge hatte, daß eine grauenvolle Verzweiflung über die Rechtsentwicklung in Deutschland Platz griff. Das Organ der SS, das Schwarze Korps, befleißigte sich unter offensichtlich höchster Duldung eines stets aggressiver und verletzender werdenden Tones gegen alle Rechtseinrichtungen

und Rechtswahrer. Ausdrücke wie „die Rechtsanwälte sind Kloakentiere“ wurden wiederholt angewandt.

Im Hinblick auf diese Entwicklung habe ich mich entschlossen, in vier großen Reden, die ich im Laufe des Juni und Juli 1942 in den Universitäten Berlin, Wien, München und Heidelberg hielt und deren Wortlaut ich vollinhaltlich dieser Erklärung beifüge*, noch einmal zusammenfassend meine Rechtsidee und, wie ich fest überzeugt bin, die Rechtsidee unseres ganzen Volkes an den Stätten vorzutragen, die in den geistesgeschichtlichen Kampfperioden unseres Volkes immer edelste Plätze der Verteidigung von Menschenwürde Persönlichkeitsglück und Staatideal waren, nämlich an unseren Universitäten[12]). Ich war mir dabei vollkommen darüber klar, daß nur durch ein in der weitesten Öffentlichkeit festgestelltes Ziel die Rechtsidee noch einmal zum Vorteil von Führer, Reich, Bewegung und Volk vorgetragen werden konnte. ... Eine Möglichkeit, mit dem Führer persönlich über diese Fragen zu sprechen, wurde mir trotz verschiedener Versuche, eine Besprechung mit dem Führer herbeizuführen, nicht gegeben. Ich hielt es für notwendig, mich als Reichsleiter, Reichsminister und hoher Funktionär des Reiches im Namen des Führers zur Rechtsidee zu bekennen, um damit die beruhigende Stimmung ins Land fließen zu lassen, daß auch die höchste Spitze des Reiches entgegen allem Schein und entgegen der Entwicklung, wie sie sich insbesondere durch die letzte Reichstagsrede des Führers Ende April dieses Jahres, wo er einen einzelnen juristischen Fall in besonders kritischer Weise vor den Reichstag, dem Volk und der Welt erörterte, anzeigte, doch der Idee des Rechtes verbunden sei.

Indessen war ich mir aber auch klar darüber, daß mit diesen Reden voraussichtlich meine Tätigkeit im Bereiche des Rechtslebens ihr Ende finden würde. ... Wo so viel Macht auf der Seite der Exekutive und nur noch ganz kümmerliche, mehr traditionell oder aus Bequemlichkeit sich fortschleppende Ansehensrudimente auf der Seite des Rechtslebens sich gegenüber standen, da konnte kein Zweifel sein, daß entweder nur die völlige Unterwerfung der Justiz unter die Exekutive in irgendeiner Form oder die Beendigung der Justiz an sich in Frage stand. Ich mußte als Führer des nationalsozialistischen Rechtslebens mich selbst als Opfer in diesen Kampf begeben. ... Ich bin diesen Opfergang gegangen. Die vier Reden erweckten ungeheures Aufsehen. Ihr Widerhall in der weiten Öffentlichkeit des

*Siehe Inhaltsverzeichnis zu diesem Tagebuch

[12]) dahinter ms gestrichen: „darzulegen“

Deutschen Volkes war die volle Bestätigung dafür, daß die Rechtssehnsucht unseres Volkes in ein kritisches Stadium kommt. Meine Hoffnung, daß der Führer gerade daraus die Erkenntnis ziehen würde, wie notwendig die endgültige Umgestaltung des Rechtslebens im Sinne der altgermanischen Rechtsidee sei, trog mich.

Der Führer ließ mich durch Reichsminister Dr.Lammers auffordern, meine Ämter als Reichsführer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes, als Präsident der Akademie für Deutsches Recht und als Leiter des Reichsrechtsamtes der NSDAP. niederzulegen. Zugleich verhängte der Führer über mich ein absolutes Redeverbot, von dem nur ausgenommen sein sollten meine Reden, die ich als Generalgouverneur in ausschließlicher Beschränkung auf meinen Aufgabenbereich im Generalgouvernement halten würde.

Ich legte diese meine Ämter nieder und war damit praktisch am Ende meiner Tätigkeit als Rechtsführer der NSDAP. und des Dritten Reiches angelangt.

Als nunmehr zu Beginn der vorigen Woche vom Führer der bisherige Präsident des Volksgerichtshofes Thierack, mit dem ich und die ganze Rechtswelt in schwerstem Konflikt stand, weil er es war, der als Volksgerichtshofspräsident zum ersten Mal Vertreter der Polizei in dem Strafverfahren in Prag als Staatsanwälte zugelassen hatte unter Ausschaltung des eigenen Oberreichsanwalts des Volksgerichtshofs, und der nicht nur dadurch sondern auch durch sein sonstiges Verhalten seine völlige Übereinstimmung mit dem neuen Kurs wiederholt praktisch zum Ausdruck gebracht hat, zum Reichsjustizminister ernannt wurde, wurde er zugleich zum Reichsführer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes und zum Präsidenten der von mir gegründeten Akademie für Deutsches Recht berufen. Das Reichsrechtsamt der NSDAP. wurde aufgelöst, die Gaurechtsämter desgleichen. Damit betonte der Führer auch nach außen hin — zusammen mit dem Erlaß, den er an den neuen Reichsjustizminister Thierack richtete und mit dem er ihn ermächtigte, beim Aufbau einer nationalsozialistischen Rechtspflege vom geschriebenen Recht abzuweichen — seine Entschlossenheit, nunmehr mit den von mir propagierten Gesichtspunkten in jeder Weise Schluß zu machen. . . . Ich sehe hierin nicht eine Krisis des Rechts, sondern eine Krisis des Staates und ich flehe in meinem Innern zu Gott, daß er die unausbleiblichen Folgen so gering wie möglich einmal möge ausschlagen lassen.

Immerhin hat mein Opfer erreicht, daß das Schwarze Korps seine Angriffe auf den Rechtswahrerstand eingestellt hat und daß Reichsminister Dr.Goebbels in der gleichen Richtung ein Verbot an

die deutsche Presse erließ, sich in offensichtlich verletzender und unsachlicher Weise mit den Rechtswahrern zu befassen und daß doch immerhin wieder irgend ein Justizminister an der Spitze waltet, sodaß die Lücke, die seit dem Tode Gürtners am 20.Januar 1941 bestand, wenigstens formell geschlossen ist.

Ich selbst kann auch auf Grund dieser neuen Entwicklung meine Anschauungen selbstverständlich in keinem Punkt ändern. Ich trage in mir die klare Zuversicht, daß die Rechtsidee unseres Volkes unsterblich ist und von keinem Staatssystem vernichtet werden kann. ... Da jetzt alle Kräfte des Volkes für den endgültigen Sieg des Deutschen Reiches angespannt werden müssen, ist es notwendig, daß alle diese Kräfte nun auch eindeutig unter den einen Befehl des Führers zu dessen Verfügung stehen. Da der Führer annimmt, daß dies auf dem von mir gewiesenen Weg nicht so intensiv möglich wäre, wünsche ich vom Schicksal nur, daß diese Ansicht sich im Sinne seines Freiheitsprogrammes bewahrheiten möge. ...

Meiner Mitarbeiter in diesem Rechtskampf gedenke ich in diesem Augenblick in herzlicher Verbundenheit. Was sie alle — an ihrer Spitze meine alten Getreuen Dr.Bühler, Dr.Heuber, Dr.Barth, Eisenlohr, Dr.Dresler, die vielen tapferen Gaurechtsamtsleiter und die vielen sonstigen Mitarbeiter, vor allem auch die Männer der Akademie für Deutsches Recht, an ihrer Spitze Professor Dr.Emge, Direktor Gaeb, Direktor Herbst u.a. — geleistet und auch gelitten haben, verbindet mich ihnen bis zu meinem letzten Atemzug. ... Wenn mich in diesem Augenblick etwas mit Trost erfüllt, dann der Umstand, daß wenigstens zwei der von mir gegründeten Institutionen, nämlich der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund und die Akademie für Deutsches Recht vom Führer nicht sogleich aufgelöst wurden...

Daß in diesem Gesamtzusammenhang der Auseinandersetzung des Führers mit den Rechtsaufgaben der Zeit nun die gesamten Blitze seiner antijuristischen Anschauungen sich auf meinem Haupte sammelten, ist gerecht. Denn ich allein bin für diese Entwicklung verantwortlich. ...

Es ist selbstverständlich, daß durch die Wirkung dieser Maßnahmen auch meine Stellung als Generalgouverneur in Mitleidenschaft gezogen wird. Wie ich schon betonte, habe ich diese meine Stellung zur Verfügung gestellt. Ein Entscheid des Führers ist bis zur Stunde, da ich dies diktiere, noch nicht bei mir eingegangen. Ich würde auch diese Entscheidung als schicksalgesandt ohne mit der Wimper zu zucken hinnehmen. Was ich im Generalgouvernement als Gestalter dieses neuartigen Führungs- u. Staatsgebildes

geleistet habe, gehört der Geschichte an. Ich schaue voll Stolz auf diese Arbeit der letzten drei Jahre. ... Aus einem völlig zerstörten, unklaren und verwüsteten Gebiet ist heute das Substrat eines zu jeder Blüte fähigen Nebenlandes unseres Großdeutschen Reiches geworden. Die Bevölkerung ist befriedet, die Arbeiten gehen in stärkster Energie auf allen Sektoren der Wirtschaft, des Verkehrs, der Ernährung, des Bauwesens usw. vor sich. Die deutsche Führung in diesem Raum ist ebenso unbestritten wie die Sicherstellung eines immer stärker werdenden Hineinströmens des völkisch-deutschen Elements. ...

Man kann daraus ermessen, wie schwer mir der Abschied von diesen Aufgaben fällt. Da aber der Führer vor der ganzen Nation mich herausstellte als einen Gegner seines Kurses, wird wohl meines Bleibens in diesem Raum auch nicht mehr länger sein, denn allzusehr würden es meine Gegner verstehen, aus diesem Sachverhalt für sich und ihre Bestrebungen auch im Generalgouvernement wachsend Nutzen zu ziehen. ...

Ich habe im wesentlichen die gesamte Arbeit, die hier in diesem Raum seit September 1939 geleistet wurde, in Tagebüchern, in stenografischen Niederlegungen meiner Reden usw. festgehalten. Dieses einzigartige Arbeitsdokument wird für alle Zukunft den ernsten Willen beweisen, mit dem ich an die mir gestellte Aufgabe heranging und es wird von der großen Tüchtigkeit Zeugnis ablegen, mit der alle meine bis heute sich als wertvoll herausgestellten Mitarbeiter ihre Aufgabe erfüllten.

Daß wir in diesem Land der Schrecken und der Not auch furchtbar viel Unglück bei unserer Arbeit hatten, sei nicht verschwiegen. ... Was für mich der Fall des Gouverneurs Dr.Lasch bedeutete, ist überhaupt in Worten nicht ausdrückbar. Der stete Kampf um die Aufrechterhaltung der einheitlichen Autorität des Generalgouverneurs gegenüber den dauernden Versuchen aller möglichen Instanzen, diese in persönlicher oder sachlicher Hinsicht zu verkleinern oder gar zu zerstören, konnte nur durchgehalten werden durch den vollsten Einsatz meiner Kräfte. Ich vertraue hier auf das gerechte Urteil der Zukunft und ich weiß, daß diese ein gerechtes Urteil für mich sprechen wird.

Ich habe gestern meinen Stellvertreter Dr.Bühler bis zur Entscheidung auf meinen an Reichsminister Lammers gerichteten Brief mit der Führung der Geschäfte des Generalgouverneurs amtlich beauftragt. Ich gedenke heute abend nach München zu meiner Familie abzureisen. Für die Zukunft des Generalgouvernements

habe ich zugleich den Auftrag gegeben, daß die bei weiteren Herausnahmen von Verwaltungsbereichen aus der einheitlichen Führung des Generalgouvernements unausbleibliche organisatorische Verbindung des Generalgouvernements mit dem Reich staatstechnisch jetzt schon vorbereitet wird. Es ist mein Wille, daß der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements, Parteigenosse Dr.Siebert, diesen Plan einer möglich werdenden Überführung des Generalgouvernements in die Reichsverwaltung zweckmäßigst vorbereite. Man könnte daran denken, daß das Generalgouvernement ein einheitlicher Reichsgau wird, an dessen Spitze ein Reichsstatthalter steht, der — ähnlich wie im Reichsgau Wartheland — gestützt auf die Deutschen des Landes, versuchen könnte, mit den Verhältnissen hier fertig zu werden. Ich halte indessen den Zeitpunkt für eine solche Entwicklung für völlig verfrüht. ...

Zusammenfassend will ich noch folgendes erklären:

1) Ich bekenne mich nach wie vor als Nationalsozialist und als treuer Gefolgsmann des Führers Adolf Hitler, dem ich nun seit 1919 diene und an den ich auch einmal hoffe als an einen besser zu informierenden appellieren zu können.

2) Ich bekenne mich als fanatischen Anhänger der Rechtsidee unseres Volkes und weiß, daß nur in der Durchführung dieses Rechtsprogramms die Zukunft auch unseres nationalsozialistischen Reiches liegt. Insbesondere wenn dieses Reich nach siegreich bestandenem Krieg ein Weltreich werden wird, ist es notwendig, daß die Rechtsposition des führenden deutschen Volkes eine völlig gehobene darstellt gegenüber den Völkerbereichen der einzelnen Teile dieses Weltreiches.

3) Die Geschichte lehrt, daß kein großes Reich ohne ein Rechtssystem dieser Art bestehen kann. Hervorstechend sind hierbei vor allem das römische Weltreich und das britische Imperium, die beide in diesem Sinn durch Jahrhunderte hindurch bestanden, weil sie die Rechtslage des führenden Volkes sicherstellten.

4) Ich bekenne, daß die Einheit des Reiches und die Einheit der Bewegung dann in Gefahr kommen, wenn einer Gliederung oder einem staatlichen Betätigungsbereich — nämlich der polizeilichen Exekutive bezw. der SS — ein so ausschließlicher Machtanteil zufällt, daß demgegenüber die Betätigung aller anderen Regierungsorgane zu einem reinen Theater ohne jede Machtwirklichkeit herabsinkt.

5) Ich bekenne aber auch, daß jetzt während des Krieges alle Kräfte ausschließlich dem Führer zur Verfügung stehen müssen in unmittelbarster Unterstellung und daß daraus die Notwendigkeit folgert, die Reduzierung des Individuums bis auf ein gerade noch erträgliches Maß durchzuführen, dass aber alle Reduzierungen nicht identisch sein dürfen mit der völligen Vernichtung der Rechtsposition des Einzelnen. ... Die Macht und die Sicherheit, Gewalt anwenden zu können ohne jeden Widerstand, sind das süßeste und verderblichste Gift, das einer Regierung eingeflößt werden kann. Dieses Gift ist absolut auf die Dauer tödlich und die Geschichte lehrt, daß Rechtssysteme Jahrtausende, Gewaltsysteme kaum Jahrzehnte dauern.

.....

Kressendorf 28. VIII 42

Frank[13])

Die Entwicklung seit 1.Sept.1942.

Der Herr Generalgouverneur:

Wie ich in den abschließenden Betrachtungen zur Entwicklung des letzten Vierteljahres feststellte, hatte ich dem Führer am 24.8. 1942 meinen Rücktritt als Generalgouverneur angeboten. Am 31.8.1942 ließ mir der Führer durch Reichsminister Lammers mitteilen, daß er meinen Rücktritt als Generalgouverneur nicht annehme; die Gründe sollten mir bei einer Besprechung mit Reichsminister Lammers im einzelnen noch mitgeteilt werden. Wie ich mittlerweile aus verschiedensten Quellen erfahren habe, bringt man diese Gründe allgemein auf die Formel: „Außenpolitische Rücksichten". ...

Als ich von München zurückkehrte, übernahm ich am 16. September wieder die unmittelbare Führung der Geschäfte des Generalgouverneurs, wobei ich schon aus den mir vorgelegten, in meiner Abwesenheit eingegangenen Schriftstücken erkennen, wie aber auch seit Wiederaufnahme meiner Tätigkeit selbst erleben konnte, daß der konzentrische Angriff gegen mein persönliches Wirken im Dritten Reich mit aller Macht und mit allen Mitteln weiter fortgesetzt wird. ...

Lediglich der Umstand, daß sich die Kriegslage ungeheuerlich verschlechtert hat und die Position der deutschen Truppen insbesondere an der Ostfront wieder eine außerordentlich schwierige

[13]) Ti

geworden ist, veranlaßt mich zu all dem kühl zu schweigenu.meine Pflicht, soweit es die Entwicklung dieser Umstände überhaupt zuläßt, weiter zu erfüllen. Ich werde dafür zwar erneut bekämpft, aber dies wird mich völlig ruhig lassen vor der Gewalt meines Gewissens, das mir die feierliche Lehre eingibt, hier auf den Barrikaden eines eigenartigen persönlichen Einsatzes im Dienste des Reiches und unseres Volkes lieber auszuharren als gerade in diesem tragischen Augenblick durch meinen stur weiter verfolgten Plan der Aufgabe der letzten Position in diesem Reiche Adolf Hitlers allenfalls der kämpfenden Truppe durch eine außenpolitisch zu weit reichende Wirkung eines solchen Rücktritts in diesem Augenblick Schwierigkeiten zu bereiten. Ich möchte dies ausdrücklich hiermit feststellen, daß kein anderer Gesichtspunkt mich veranlassen könnte, hier noch weiter zu verweilen, denn das Zusammenspiel meiner politischen Gegner sollte mich treffen und wurde nur durch diese letzten Erwägungen einer außenpolitisch vorsichtigen Haltung vor den äußersten Schritten zurückgeschreckt. Damit sind aber diese Schritte nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Daß ich bei der nächsten Gelegenheit, die sich dieser Kamarilla bietet, gestürzt und auch beseitigt werden soll, ist sicher. ... Denn es ist klar: ich gebe ihnen nichts in meiner Meinung nach, daß der jetzt vom Führer eingeschlagene Kurs der Gewalt, der völligen Vernichtung der Rechtssicherheit und des Regimes mit Hilfe von Konzentrationslager und Polizeiwillkür für den Führer wie für sein Reich eine der schwersten Gefahren darstellt, die überhaupt erstehen konnten. Es ist wieder dasselbe Bild, nur mit anderen Vorzeichen, wie wir es 1914 bis 1918 erlebt haben: während die Front auf das Heroischste kämpft, wird in der Heimat die innenpolitische Situation in einer das Kriegsschicksal vielleicht entscheidend beeinflussenden Weise in eine Entwicklung getrieben, die Volk und Regierung auseinanderbringt. ...

Im einzelnen entwickelt sich das Verhältnis zwischen dem Generalgouverneur und den im Lande befindlichen, völlig im Einklang mit der Reichsführung SS stehenden Persönlichkeiten verhängnisvoll. Nach außen hin ist dieser Zwiespalt völlig offenkundig und bedeutet vor allem gegenüber dem fremdvölkischen Element in diesem Land eine gefährliche Schwächung der deutschen Einheitsposition. ...

Die Ernte in diesem Land hat sich überraschend gut gezeigt, sodaß wohl die Möglichkeit besteht, daß auch das aus Haß gegen mich persönlich dem Land so überhoch auferlegte Kontingent von über 500 000 to Brotgetreide an das Reich abgeliefert werden kann. Wenn es gelingt, dieses Kontingent zu erfüllen, dann ist das einer der größten Triumphe meiner Aufbauarbeit in diesem Raum. ...

Ich werde auch meinen Rücktritt nicht weiter betreiben und werde mich allen Angriffen gegenüber so passiv wie möglich verhalten, um freilich trotzdem keinen Einzigen jemals zu vergessen.

... Das Deutschland Adolf Hitler's ist in den schwersten Abschnitt seines Existenzproblems eingetreten. Es gilt, daß wir hier Wache halten für uns und für das Reich. ...

Ich habe angeordnet, dieses heutige Memorandum mit dem früheren zusammen in einem Sonderakt zwischen die Tagebuchreihen einzulegen und mit dem 1.September 1942 eine neue Tagebuchreihe zu beginnen, da ich diesen neuen Abschnitt des Generalgouvernements begreiflicherweise seinem Inhalt, seiner Erscheinungsform und seiner Zielrichtung nach völlig zu trennen habe von dem ersten Teil meines Wirkens in diesem Land.

Frank[14])

BESCHREIBUNG:
Band 21: „Tagebuch 1942 IV" 1.9. — 31.12.
hs Unterstreichungen Blei

Krakau

Montag, den 26. Oktober 1942

11[00] Staatsakt im Königssaal der Burg zu Krakau.

Der Herr Generalgouverneur:

... Der Sonderbeauftragte für die Sicherung der Kunstschätze hat seit dem Jahre 1939 zahlreiche Kunstwerke aufgefunden und sichergestellt. Sie waren von den Polen an Orten versteckt gehalten worden, dei für die Lagerung so empfindlicher Arbeiten ungeeignet waren. Durch sein Eingreifen wurden sie vor der sicheren Vernichtung bewahrt. Darunter befanden sich Arbeiten die zu den bedeutendsten Leistungen deutscher Kunst im Osten gehören, wie etwa Werke von Veit Stoß, Hans von Kulmbach und anderen Meistern. Die

[14]) U Ti

Kunstwerke wurden sorgfältig restauriert und gereinigt, und so konnten rund 90 % des gesamten Kunstbestandes des ehemaligen Polen im Gebiet des Generalgouvernements sichergestellt werden. Diese Kunstschätze sind restlos Eigentum des Generalgouvernements.

... Wenn man bedenkt, daß 540 Millionen Zlotynoten der Bank Polski, die in den eingegliederten Ostgebieten erlöst wurden, ohne jede Gegenleistung des Reiches vom Generalgouvernement übernommen wurden, so ist das ein Tribut von über einer halben Milliarde, den das Generalgouvernement abgesehen von den sonstigen finanziellen Leistungen an das Reich entrichtet hat.

Montag, den 7. Dezember 1942

15^{45} ::-:: Gouverneurs-Sitzung ::-:: im Königssaal der Burg.

An der Sitzung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Hauptabteilungspräsident Dr. Siebert
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Zörner
Gouverneur Kundt
Gouverneur Dr. Wendler
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh

... Aussprache über die politische Lage.

Gouverneur Dr. Fischer bezeichnet die Lage im Distrikt Warschau trotz der Arbeit der Widerstandsbewegung als zur Zeit noch erträglich. Allerdings werde die Sicherheitslage immer schlechter, wie man überhaupt im Distrikt Warschau eine Versteifung der Lage feststellen könne. Wenn der neue Ernährungsplan durchgeführt werden solle, so bedeute das allein für die Stadt Warschau und ihre nächste Umgebung, daß 500 000 Menschen keine Verpflegung mehr bekämen. ...

Gouverneur Zörner berichtet über die Lage im Distrikt Lublin. Nach den Berichten vor allem der Kreishauptleute sei festzustellen, daß das Bandenwesen nach wie vor eine große

Gefahr bedeute. Infolge der von der Polizei durchgeführten Aktion sei zwar dieses Bandenwesen etwas zurückgegangen, doch scheine sich eine neue Welle vorzubereiten, und zwar in erster Linie in Pulawy und Radzyn. Einige kleinere Aktionen hätten zwar Erfolge gebracht, doch sei der größere Teil dieser Banden entkommen. — Die Siedlungsaktion, die an und für sich ganz befriedigend angelaufen sei, sei nunmehr etwas schwieriger geworden, weil die Polen vorzeitig mit ihrer gesamten Habe flüchteten und die Volksdeutschen nur noch die leeren Häuser vorfänden. ... Die Judenaktion, die zunächst im allgemeinen gut vonstatten gegangen sei, sei leider in den letzten Wochen überstürzt worden, mit dem Erfolge, daß ein großer Teil der Juden sich aus den Ghettos in die Wälder geflüchtet und sich auch Banden angeschlossen habe. Wenn auch die Überwachung des Gebietes militärisch und polizeilich besser sei, als im Frühjahr, so fehle es doch an einer durchgreifenden systematischen Aktion. ...

Gouverneur Dr. Wächter kann berichten, daß es im ::-:: Distrikt Galizien[1]) ::-:: bisher noch keinerlei Zwischenfälle politischer Art gegeben habe. Aus gewissen Anzeichen sei allerdings zu entnehmen, daß mehr und mehr eine gefährliche Gesamtsituation in der Entwicklung begriffen sei.

... Weiter sei festzustellen, daß die bislang nicht hergestellte Einigung zwischen der ::-:: polnischen und ukrainischen Widerstandsbewegung[1]) ::-:: nunmehr in Gestalt der Bandera-Bewegung vollzogen sei, dieeine Eigenstaatlichkeit anstrebe. Darüber hinaus zeige sich in letzter Zeit eine Passivität und Zurückhaltung der Bevölkerung. ... Leider werde ja auch in vielen Beziehungen durch gewisse behördliche Maßnahmen der Widerstandsbewegung in die Hände gearbeitet. Hinsichtlich der Ernährungssituation dürfte man doch die Bevölkerung zum mindesten nicht schlechter stellen als bisher. Auch sei es ein großer Fehler, wenn man bei der Arbeitererfassung mit zu scharfen Gewaltmaßnahmen vorgehe. Eine große Gefahr liege ferner darin, daß man seit einiger Zeit die Ukrainer und Polen völlig gleichstelle.

Gouverneur Dr. Wendler führt aus, daß die ::-:: Sicherheitslage[1]) ::-:: in einigen Kreisen des ::-:: Distrikts Krakau[1]) ::-:: nunmehr auch zu wünschen übrig lasse. Besonders in den

[1]) Unterstreichung Ti

Grenzkreisen sei es wiederholt zu Bandenüberfällen gekommen. ... Man müsse immer berücksichtigen, daß solche Banden nur unter der Mithilfe der Bevölkerung selbst im Zaume zu halten seien. Sollten durch irgendwelche Maßnahmen große Teile der Bevölkerung einer gewissen Verzweiflung in die Arme getrieben werden, dann werde man mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben und Maßnahmen ergreifen müssen, die gewiß nicht erwünscht seien.

Krakau

Montag, den 14. Dezember 1942

16[00] Arbeitstagung der Politischen Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP.

Generalgouverneur Reichsleiter Dr. Frank:

... Das erste Problem, das uns immer bewegt, ist das Problem der Fremdvölkischen. Wir haben hier ein ganz ungeheueres Übergewicht dieser Fremdvölkischen gegenüber den Deutschen. Sie wissen, daß es jetzt auch für das Reich ein ernstes Problem zu werden beginnt, was mit den von uns beherrschten Fremdvölkischen heute geschehen soll. Uns interessieren hier in erster Linie die Polen, in zweiter Linie die Ukrainer. Sie wissen, daß innerhalb der Partei im allgemeinen absolut die Meinung vertreten wird, daß die Aussiedlung der Polen, ihre Vernichtung oder ihre Behandlung lediglich als Arbeitswesen Ausdruck unserer Polenpolitik ist. Sie wissen auch, daß das in weitem Umfange in die Tat umgesetzt wurde. Nun zeigt sich aber in zunehmenden Maße auf diesem Gebiet eine ungeheure Erschwerung. Sie liegt insbesondere darin, daß das Reich in seiner territorialen Notsituation zur Verlagerung großer Industrien aus den einfluggefährdeten Gebieten in das Generalgouvernement gezwungen ist. Andererseits besteht aber auch die Notwendigkeit, die bereits vorhandenen Betriebe des Generalgouvernements mit einheimischen Arbeitskräften unter allen Umständen durchzuhalten, das Transportwesen und die gesamte Verwaltungsapparatur aufrecht zu erhalten, die Ernte zu sichern usw.. Auf Grund dieser Sachlage gewinnt man dann plötzlich die Einsicht, daß man nicht gleichzeitig das Polentum vernichten und andererseits mit der Arbeitskraft des Polentums Berechnungen anstellen kann.

... Sie wissen, daß wir über 940 000 polnische Arbeiter ans Reich abgegeben haben. Damit steht das Generalgouvernement absolut und relativ an der Spitze aller europäischen Länder. Diese Leistung ist enorm; sie wurde auch von Gauleiter Sauckel als solche anerkannt.

... Man könnte sagen: alle Polen, die hier im Arbeitseinsatz stehen, können wir behalten, alle Polen, bei denen das nicht der Fall ist, können wir ausrotten. Darin liegt nur die eine große Schwierigkeit, daß eine Ausrottung von Millionen menschlicher Wesen an Voraussetzungen geknüpft ist, die wir zur Zeit nicht erfüllen können.

... Auf der einen Seite sagt man: die Polen brauchen wir überhaupt nicht zu ernähren, wir sollen sie auf Hunger setzen oder sie gegebenenfalls ins Reich bringen, — auf der anderen Seite sagt eine Reichsinstanz: wenn die Polen für das deutsche Interesse tätig sind, müssen sie genau so ernährt werden wie die Polen im Reich. Das ist ein völliger Gegensatz. Die eine Seite im Reich sagt: alle Polen, die arbeitsfähig sind, müssen ins Reich abtransportiert werden, — die andere Seite sagt: alle Polen, die im Lande und arbeitsfähig sind, müssen im Lande bleiben, damit wir ein Arbeiterreservoir für die Rüstungswerke, für das Transportwesen, für die Industrie usw. haben. Solche diametral entgegengesetzte und völlig unvereinbare polenpolitische Anregungen hageln auf meinen Tisch, ... etwa von den Dienststellen des Parteigenossen Speer und des Parteigenossen Sauckel. ... Sollen wir ausrotten oder aufbauen, soll die Arbeit hier oder im Reich geschaffen werden, sollen wir Arbeiter abgeben oder sie hierbehalten, sollen wir die Polen verhungern lassen oder sie ernähren?

... Ich muß versuchen, den denkbar größten Nutzen für das Reich insgesamt herauszuholen. ... Ich werde versuchen, aus dem Reservoir des Gebietes alles herauszuholen, was noch herausgeholt werden kann.

Damit hängt nun eine zweite sehr ernste Frage zusammen, die uns auch beschäftigen muß, nämlich die E r n ä h r u n g s l a g e des Generalgouvernements. ... Wenn Sie bedenken, daß es mir möglich war, an das Reich 600 000 to Brotgetreide zu liefern, daß dazu noch 180 000 to Brotgetreide für die hier liegende Wehrmacht kommen, weiter eine Fülle von viele Tausende Tonnen betragenden anderen Leistungen wie Saatgut, Fett,

Gemüse, außerdem die Lieferung von 300 Millionen Stück Eiern an das Reich usw., so können Sie ermessen, welche Bedeutung die Arbeit in diesem Gebiet für das Reich besitzt. Um Ihnen die Bedeutung der Ablieferung von 600 000 to Brotgetreide aus dem Generalgouvernement klar zu machen, seien Sie darauf hingewiesen, daß das Generalgouvernement mit dieser einen Leistung allein zwei Drittel der Erhöhung der Brotration im Großdeutschen Reich für die laufende Ernährungsperiode deckt. Diese ungeheure Leistung kann von uns mit Fug und Recht festgestellt werden. ...

Nun hat diese Ablieferung an das Reich die eine große Schattenseite, daß das uns auferlegte Lieferungssoll die wirkliche Ernährungsbedürftigkeit des Gebietes überschreitet und wir deshalb vor folgendem Problem stehen: können wir schon ab Februar über 2 Millionen der fremdvölkischen Bevölkerung dieses Raumes aus der allgemeinen Ernährungsfürsorge völlig ausschalten oder nicht? ...

Die ::-:: Versorgung der Bevölkerung ::-:: mit Lebensmitteln ist selbstverständlich katastrophal. Wir haben den absoluten Aushungerungsstatus, und wer hier nicht direkt oder indirekt in den deutschen Arbeitsprozeß eingeschaltet ist, steht ernährungsmäßig katastrophal da. ...

Dazu kommen noch andere unangenehme Dinge. Da hat z.B. das Reich festgestellt, daß die Zulage, die die hiesigen Beamten und Angestellten erhalten, viel zu hoch wären. ... Mittlerweile hat sich die Situation im Generalgouvernement preismäßig, versorgungs- und warenmäßig so katastrophal entwickelt, daß ich mich entschlossen habe, die vom Führer an sich verfügte Kürzung der Generalgouvernementszulage nicht durchzuführen. ...

Wir haben schöne Zeiten gehabt. Der Krieg war für uns ein leuchtend-heroisches Ringen. Es strahlte eine herrliche Glücksempfindung in uns, als die deutschen Truppen in Paris einmarschierten und als wir die Stunde miterlebten, in der über den Deutschen Rundfunk nach der Einnahme von Straßburg zuerst das Lied „Oh, Straßburg" ertönte. Wir können nicht dankbar genug dafür sein, daß wir Zeugen und Mitgestalter dieser Zeit sein dürfen. ...

BESCHREIBUNG:
Band 22: „Tagebuch 1942 Inhaltsverzeichnis"

BESCHREIBUNG:
Band 23: „Arbeitssitzungen 1942"

Arbeitstagung[1])

der Distriktsstandortführer und Amtsleiter
des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP
im Königssaal der Burg zu Krakau
am 18.März 1942

Distriktstandortführer Kundt führt aus, daß die ziemlich erschütterte ::-:: Parteiorganisation im Distrikt Radom[2]) ::-:: von Pg. Mehling wieder einigermaßen in eine gewisse Ordnung gebracht worden sei. ...

Im übrigen könne er feststellen, daß auch die Volksdeutschen Parteiveranstaltungen zu gestalten wüßten. Er habe z.B. in einem Ort einerWeihnachtsfeier beigewohnt, die ausschließlich volksdeutsche Amtswalter gestaltet hätten und die weltanschaulich eine Meisterleistung gewesen sei. Mögen auch in manchen Dörfern die Leute noch schwerfällig sein, die Arbeit der HJ und des BDM sei jedenfalls vorbildlich.

Die polnische ::-:: Widerstandsbewegung[2]) ::-:: scheine dieser Entwicklung unter den Volksdeutschen sozusagen vom polnischen Staatsgeist zum Nationalsozialismus nicht gern zu sehen. ... Von Polen sei aus dem Dunkel in das beleuchtete Schulzimmer einer Volksschule hineingeschossen worden. Im Verfolg dieses Überfalles sei dann ein Sonderdienstmann, den die Polen mit seinem Bruder verwechselt hätten, erschossen worden. ... Zur Zeit finde von seiten der Polizei eine Vergeltungsaktion in den Dörfern dieser Gegend statt. Eine bestimmte Zahl von verdächtigen Leuten sei verhaftet worden, und 50 von ihnen würden an die Wand gestellt. ...

---

[1]) T dieser Tagung (einschließlich Titelseite) Ds
[2]) Unterstreichung Ti

Reichsleiter Dr. Frank ergreift darauf das Wort zu folgenden Ausführungen:

. . . . . .

Wie Sie wissen, bin ich Fanatiker der Einheit der Verwaltung, habe auch niemandem gegenüber einen Zweifel darüber gelassen, daß man hier nur regieren kann, wenn derjenige, der die Verantwortung hat, sie auch ausschließlich hat. Deshalb ist es klar, daß der Höhere SS und Polizeiführer mir unterstellt, daß die Polizei Bestandteil der Regierung, daß der SS- und Polizeiführer im Distrikt dem Gouverneur unterstellt ist und daß der Kreishauptmann auch die Kommandogewalt über die Gendarmerie in seinem Kreise haben muß. Das hat der Reichsführer SS anerkannt. . . . Es ist ja auch selbstverständlich, daß wir hier nicht einen abgeschlossenen Laden herstellen können, der nach kleinstaatlicher überkommener Weise behandelt werden kann. . . . Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei muß also die Möglichkeit haben, die das Reichsinteresse im ganzen angehenden Polizeiangelegenheiten mit seinen Instanzen durchzusetzen. Das geschieht allerdings nur in der Form, daß ich von den zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen bin, und nur dann, wenn ich meine Zustimmung dazu gebe.

Im Generalgouvernement ist die Polizei die Wehrmacht. Infolgedessen wird von mir auch der Leiter dieses Polizeiwesens in die Regierung des Generalgouvernements berufen, er untersteht mir bzw. meinem Stellvertreter als Staatssekretär für das Sicherheitswesen. . . .

Um die Kirche brauchen wir uns nicht zu kümmern. Ich lasse die Kirchen gar nicht erst zu uns herein, ein Kirchenproblem wird bei uns nicht bestehen. Wenn die Wehrmacht Kirchen im Generalgouvernement hat, — zivile deutsche Kirchen wird es im Generalgouvernement nicht geben. Bis jetzt ist auch an mich noch kein Antrag gestellt worden. Wenn ein Deutscher künftig kirchliche Bedürfnisse hat, so soll er sich gefälligst in die Heimat begeben. Wir sind hier sozusagen ein glücklicher Garten, wir haben mit diesem Problem nicht zu rechnen. . . .

Ich weiß, welche Scherereien uns die Juden machen. Sie müssen weg; das ist klar. . . .

Im übrigen geht der Kampf um die Durchsetzung unserer Ziele eiskalt weiter. Sie sehen, wie die staatlichen Organe arbeiten, Sie sehen, daß man vor nichts zurückschreckt und ganze Dutzende von Elementen an die Wand stellt. Das ist schon deshalb notwendig,

weil hier eine einfache Überlegung sagt, daß es nicht unsere Aufgabe sein kann, in einem Zeitpunkt, in dem das beste deutsche Blut geopfert wird, fremdvölkisches Blut zu schonen. Denn daraus könnte eine der größten Gefahren entstehen. Man hört ja heute schon in Deutschland, daß Kriegsgefangene etwa bei uns in Bayern oder in Thüringen volkommen selbständig große Güter verwalten, während sämtliche kampffähigen Männer aus einem Dorf an der Front stehen. Wenn sich dieser Prozeß fortsetzen sollte, dann würde allmählich eine Unterwanderung des Deutschtums eintreten. Man soll diese Gefahr nicht geringschätzen. Deshalb muß alles, was sich noch an polnischer Führungskraft zeigt, immer wieder mit rücksichtsloser Energie vernichtet werden. Das braucht man nicht an die große Glocke zu hängen, es geschieht stillschweigend. Und wenn wir uns den Luxus gestatten, eine Art Philharmonie den Polen zu gewähren, die wir den ausländischen Journalisten zeigen, so bedeutet das gar nichts. Die Leute machen Musik in unserem Sinne, und wenn wir sie nicht mehr brauchen können, lösen wir dieses Institut auf. ... Wir unterhalten Landschulen und technische Fachschulen, wir lassen Medizinalpraktikanten ausbilden, die aber keinen akademischen Rang oder Titel erhalten können. Wir müssen aber dafür sorgen, daß eine Millionenbevölkerung hier arbeiten, sich beschäftigen und dabei gesund bleiben kann. Das geschieht nicht im Interesse der Polen sondern der Deutschen in diesem Raum und des deutschen Volkes. ... Schauen Sie sich in diesem Saal einmal um. Dieser Saal ist gebaut von polnischen Königen, bestimmt, einen Staat zu repräsentieren. Meine Absicht, gerade diesen Saal der Partei zur Verfügung zu stellen, entsprang dem Gedanken, daß da, wo der Staat ist, auch die Partei ihren Platz hat. Ich kenne da keinen Unterschied. ... Der Staat ist in diesem Sinne nur unser Mittel, eines der Mittel, mit denen wir unser Ziel zu erreichen suchen. Diesen Staat verdrängt man nicht mehr, in diesem Königssaal bleiben wir. ...

Polizeisitzung
im Königssaal der Burg zu Krakau
am 18. Juni 1942.

Der Herr Generalgouverneur:

... Die Situation des Generalgouvernements in ihrem äußeren Aufbau hat in den letzten Wochen einen entscheidenden Abschluß dadurch erfahren, daß zwischen dem Reichsführer SS Himmler und mir eine endgültige ::-:: Vereinbarung[3]) ::-:: über die Position des Sicherheitswesens im Generalgouvernement getroffen wurde, die

[3]) Unterstreichung Kop

auch die Billigung des Führers gefunden hat. Auf Grund dieser Vereinbarung wird im Generalgouvernement ein Staatssekretariat für das Sicherheitswesen errichtet, mit dessen Leitung der Höhere SS- und Polizeiführer Parteigenosse Krüger beauftragt worden ist. ... Wichtig ist in dieser Vereinbarung vor allem die Regelung der Befehlsgewalt: der Reichsführer SS kann dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen Befehle erteilen, vor deren Vollzug allerdings mein Einverständnis einzuholen ist. Andererseits habe ich mich verpflichtet, Polizeiverordnungen nur im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS Himmler zu erlassen.

.....

Ich hatte Gelegenheit, am 23. Mai dieses Jahres zu einer entscheidenden ::-:: Besprechung vom Führer empfangen[4]) ::-:: zu werden und mit dem Führer die gesamten Probleme des Generalgouvernements eingehend zu erörtern; der Führer hat gesagt: „Es ist doch eine großartige Arbeit, daß es geglückt ist, aus diesem Lande in zweieinhalb Jahren einen so wertvollen Bestandteil des Deutschen Reiches zu machen." Denken Sie nur einmal daran, daß eine halbe Million Liter Wodka und 150 Millionen Zigarretten an die Ostfront aus dem Generalgouvernement geliefert worden sind. Wenn man weiter bedenkt, daß zusätzlich noch große Ernährungslieferungen für die Ostfront von seiten des Generalgouvernements getätigt worden sind, wenn man darüber hinaus berücksichtigt, daß die Rüstungsindustrie im Generalgouvernement verstärkt worden ist, daß wir 750 000 Arbeiter trotz alledem ins Reich vermittelt haben, daß die Ostbahn imstande war, ihre Transportleistungen restlos zu erfüllen usw., so darf man wohl zufrieden sein, daß es von einigen Sabotagefällen abgesehen geglückt ist, die Ordnung und den Frieden im Lande aufrecht zu erhalten.

.....

Oberregierungsrat Engler geht nunmehr auf die allgemeine Lage im Distrikt Lublin ein. ...

Die Judenfrage sei in der Stadt Lublin geklärt. Man habe das bisherige Judenviertel evakuiert und die arbeitsfähigen Juden außerhalb der Stadt in einem besonderen Bezirk untergebracht. Im übrigen seien im Distrikt Lublin die Juden in Ghettos zusammengefaßt. ...

Oberregierungsrat Engler: ...

Was die ::-:: Vermittlung von polnischen Arbeitskräften[4]) ::-:: ins Reich angehe, so finde man jetzt erfreulicherweise keinen Widerstand mehr bei der polnischen Bevölkerung. Vielfach habe sich

[4]) Unterstreichung Kop

schon die Einsicht durchgesetzt, daß polnische Arbeiter nicht schlecht führen, wenn sie ins Reich gingen. Allerdings habe man die Beobachtung gemacht, daß die polnischen Arbeiter kein Geld aus dem Reich an ihre Angehörigen schicken könnten und daß dann die Gemeinden mit Unterstützungen zu schnell bei der Hand seien. ...

SS-Brigadeführer Globocznik: ... Unangenehm bemerkbar mache sich immer noch der Wohnraummangel. Für die Behebung dieses Notstandes schlage er als wirksame Maßnahme vor, daß die Polen, die nicht arbeiteten, aus ihren Wohnungen entfernt würden.

In diesem Zusammenhang gibt der Herr ::-:: Generalgouverneur[5]) ::-:: seinem Befremden darüber Ausdruck, daß immer noch zahlreiche ::-:: junge Polen[5]) ::-:: auf den Straßen herumlungerten und es nicht gelinge, diese Elemente zu ::-:: erfassen[5]). ::-:: ... Eine wirksame Maßregel würde vielleicht in einer Beschränkung des Wohnraums und der Lebensmittelzuteilung liegen. Man könnte etwa eine Bestimmung des Inhalts treffen, daß vom 1. September an nur noch an jene Polen Lebensmittelkarten gegeben würden und nur jene Polen ein Wohnrecht hätten, die die Bestätigung einer deutschen Behörde vorweisen könnten.

... Der Herr Generalgouverneur bezeichnet Warschau als das Hauptzentrum aller Fälscherkünste. Man müsse zur Erfassung der arbeitsunlustigen Menschen eine große blitzartige Gemeinschaftsaktion vorbereiten und jeden Erfassten sofort in Waggons zum Transport ins Reich verladen.

Amtschef Dr. Hummel weist darauf hin, daß der Distrikt Warschau bisher 45 000 Arbeitskräfte für das Reich gestellt habe. Eine Änderung der Werbemethoden sei zweckmäßig; bisher arbeite man ziemlich ungeschickt, da man gleich brutal vorgehe. ...

Staatssekretär Krüger erinnert daran, daß die Methode der ::-:: Freiwilligenwerbung[6]) ::-:: versagt habe. Präsident Dr. Frauendorfer habe ihn um polizeiliche Unterstützung angegangen.

Auch der Herr Generalgouverneur ist der Meinung, daß die Arbeitskräfte, die sich freiwillig zur Arbeit im Reich gemeldet hätten, bereits abgeschöpft seien. Nunmehr könne man mit dem System der freiwilligen Meldung nichts mehr erreichen.

.....

Auf die Frage von Staatssekretär Dr. Bühler, ob eine Aussicht auf eine schnellere Verminderung der Ghettobevölkerung

---

[5]) Unterstreichung Kop
[6]) Unterstreichung Blei

bestehe, erwidert Staatssekretär Krüger, daß man darüber wohl im Laufe des August einen Überblick haben werde. Das Problem der Judenaussiedlung dränge zu einer Entscheidung. Die jetzigen Maßnahmen hätten gezeigt, daß die Ausschaltung von Juden Preissenkungen der Schleichhandelspreise im Gefolge habe. Der Erfolg einer möglichst günstigen Ernteerfassung habe die Beseitigung des Schleichhandels und diese wiederum die Ausschaltung der Juden zur Voraussetzung. Für die Durchführung einer solchen Aktion sei die Gestellung von ausreichenden Transportzügen notwendig. Trotzdem für die nächsten 14 Tage eine restlose Zugsperre verordnet sei, habe er in Verhandlungen mit Präsident Gerteis erreicht, daß für den Abtransport von Juden ab und zu Züge bereitgestellt würden. Nach Ablauf der Sperrfrist müsse die Judenaktion verstärkt durchgeführt werden.

Stellvertretender Amtschef Oswald äußert sich über derzeitige Lage im Distrikt Radom. ...

In der Judenumsiedlung sei der Distrikt Radom etwas ins Hintertreffen geraten. Im Distrikt habe man im Laufe des letzten Jahres jüdische Wohnbezirke gebildet, in die man nun die 15 000 Juden aus Radom umsiedeln wollte. Der Verteilungsplan sei bereits aufgestellt gewesen, als die Umsiedlung nach dem Distrikt Lublin akut geworden sei. Diese Aussiedlung der Juden hänge jetzt nur noch von dem Transportproblem ab ...

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß von seiten der Polizei die Judenaktion bis in alle Einzelheiten vorbereitet sei und daß ihre Durchführung nur eine Frage des Transportes sei. In Radom und Tschenstochau müßten jüdische Arbeiter für die Rüstungsindustrieen zurückgehalten werden. Natürlich müsse man auch die unmittelbaren Familienangehörigen dieser Arbeiter zurücklassen, alles andere aber würde ausgesiedelt.

BESCHREIBUNG:
Band 24: „Regierungs-Hauptabteilungsleiter-Sitzungen 1942"
hs Unterstreichungen Blei

::-:: Regierungssitzung ::-::
im Grossen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes zu Krakau
Montag, den 24.August 1942

Anwesenheitsliste zur Sitzung vom 24.8.1942

Der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Krüger Staatssekretär Dr. Boepple General Becker Schöngarth Kobusch Dr. Wendler Dr. Siebert Dr. Radtke Plodeck Tetzner Naumann Dr. Eißfeldt Dr. Gschließer Ohlenbusch Watzke Bauder Gerteis Dr. Breithaupt Dr. Paersch Dr. Weh Dr. Schulte-Wissermann Dr. Wohlrab Neumann Dr. Behr Bette Rauber Eden Neumann Dr. Zeisner Winkler Grafmann Gareis Dr. Odenthal Pietschmann Krahmer Schubert Oberst Fischer Reitz Major Dr. Herrmann Hpt. Behringer Verw. Rat Korff v. Dazur Vogel Dr. Ness Topf Blauer

Beginn der Sitzung 16 Uhr.

Der Herr Generalgouverneur:

Meine Herren! Mit besonderer Eile und mit besonderem Nachdruck habe ich Sie heute zusammengebeten, um Ihnen eine ausserordentlich wichtige und für die gesamte Arbeit des kommenden Jahres im Generalgouvernement ungewöhnlich entscheidende Massnahme bekannt zu geben. Was ich Ihnen sage, das sage ich unter dem Siegel strengster Vertraulichkeit. Ich mache darauf aufmerksam, dass jedes Wort, das heute aus dieser Sitzung nicht amtlich weitergegeben wird, eine ungeheure Schädigung unseres Landes bedeuten könnte.

Vor wenigen Tagen hat beim Herrn Reichsmarschall in Berlin eine Sitzung stattgefunden. Dem Herrn Reichsmarschall haben die Berichte aus dem gesamten Reich über die geradezu katastrophale Entwickung der ::-:: Ernährungslage im Deutschen Reich ::-:: vorgelegen. Nach allen vertraulichen Berichten der Polizei sowohl wie der Gauleiter, die, wie er sich ausgedrückt hat, auch aus seiner eigenen Erfahrung bestätigt werden, sieht die Situation so aus, dass wir binnen kurzem, wenn nicht eine wesentliche Aufbesserung der Lebensmittellage im Deutschen Reich stattfinden kann, vor schwersten gesundheitlichen Schädigungen, vor allem des deutschen arbeitenden Menschen stehen. In Hunderttausenden von Krankheitsfällen zeigt sich bereits die erschütternde Auswirkung nicht nur dieser Beschränkung der Lebensmittel, sondern auch vor allem der gesundheitsgefährdenden Verschlechterung der Lebensmittel. Das gilt besonders für die Qualität des Brotes, das in den letzten Wochen an die deutsche Bevölkerung verteilt worden ist: sie führt zu grössten gesundheitlichen Störungen.

Eine ernste Situation ist daher insofern eingetreten, als das Deutsche Reich ja nicht nur sich selbst, sondern auch einen grossen Teil der europäischen Völker mit zu versorgen hat und dafür zu sorgen ist, dass in den kommenden Monaten und im nächsten Winter durch Zurverfügungstellung genügender Lebensmittel die deutsche Bevölkerung so gehalten wird, dass sie vor allem auch den Nervenanspannungen der kommenden Monate in jedem Fall gewachsen sein wird.

Unter diesen Umständen wird es Sie nicht verwundern, dass nunmehr das Wort wahr zu werden beginnt: bevor das deutsche Volk in eine Hungerkatastrophe kommt, sind die besetzten Gebiete und ihre Bevölkerung dem Hunger auszuliefern. In diesem Augenblick muss uns daher auch hier im Generalgouvernement die eiserne Entschlossenheit erfüllen, dem grossen deutschen Volke, also unserer Heimat zu helfen.

Die Heimat hat zwar auf dem Gebiete des Roggens knapp den Anschluss an die neue Ernte gefunden, nicht aber auf dem Gebiete des Weizens. Daher kann in grösseren Gebieten des Deutschen Reiches in der nächsten Zeit kein Weizen mehr ausgegeben werden. Wir müssen daher bis zur neuen Weizenernte der Heimat helfen.

Für das Generalgouvernement hat sich daraus folgende Schlussfolgerung ergeben: das Generalgouvernement hat sich verpflichtet, zuzüglich zu dem, was wir aus dem Generalgouvernement an Lebensmitteln zur Entlastung der Heimat und für die hier stationierten Verbände der Wehrmacht, Polizei und SS liefern, noch 500 000 Tonnen Brotgetreide ins Vaterland abzuführen. Wenn Sie damit das Mass unserer Gesamtleistungen vom vorigen Jahr vergleichen, so können Sie daraus etwa eine Versechsfachung der für das Generalgouvernement sich ergebenden Leistung schliessen.

Die Folgerungen werden ausschliesslich auf Kosten der ::-:: fremdvölkischen Bevölkerung ::-:: gezogen. Sie müssen eiskalt und ohne Mitleid gezogen werden. ...

Deshalb wollte ich Sie, meine Herren, hier im Regierungsgremium mit den Entschliessungen bekannt machen, die ich heute dem Parteigenossen Naumann gegenüber getroffen habe. Sie sehen im wesentlichen eine nachträgliche ::-:: Erhöhung des ::-:: abzuliefernden ::-:: Kontingents ::-:: und eine ::-:: Neuregelung der Versorgung der Bevölkerung, ::-:: insbesondere der Juden und der polnischen Bevölkerung, unter möglichster Aufrechterhaltung der Versorgung der arbeitenden und vor allem der für das deutsche Interesse sich hier betätigenden Bevölkerung vor.

Der Schritt, den wir heute gemeinsam tun, ist insofern einer der entscheidendsten, weil er für die innere Ordnung dieses Landes ganz bestimmt im Januar und Februar nächsten Jahres gewisse Auswirkungen haben wird. Diese Auswirkungen müssen in Kauf genommen werden; denn bevor irgendwie das deutsche Volk verhungert, müssen selbstverständlich andere daran glauben.

Ich erteile zunächst das Wort dem Parteigenossen Naumann.

Präsident der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft Naumann:

Herr Generalgouverneur! Meine Herren! In der letzten Regierungssitzung Anfang Juli hatte ich die ::-:: Ernährungsbilanz ::-:: des Jahres 1942/43 vorgetragen. Ich hoffte, diese Ernährungsbilanz auch durchhalten zu können. Der Herr Generalgouverneur hatte zur Erreichung des hohen Zieles, das sich das Generalgouvernement gesteckt hatte, den Ernteausnahmezustand verkündet, um die letzte Möglichkeit für die Durchführung der Erfassung auszuschöpfen.

... Wir hatten die Lieferungen, die nach der damaligen Lesart vom Generalgouvernement zu übernehmen waren, mit in die Ernährungsbilanz einkalkuliert, und durften hoffen, reibungslos bis zur Ernte 1943 hinzukommen. In der Zwischenzeit sind sowohl ein Schreiben des Herrn Staatssekretärs Backe als auch ein Schreiben des Herrn Reichsmarschalls Göring eingetroffen, und der Herr Generalgouverneur hat angeordnet, dass nunmehr die Forderungen des Reiches unter allen Umständen bevorzugt zu erfüllen sind.

Aus dieser Situation ergeben sich nun folgende Notwendigkeiten:

1. Getreide

Nach genauen Überlegungen wird das Getreidekontingent um 25 % erhöht, d.h. von 960 000 Tonnen auf 1,2 Millionen Tonnen. Die Metze der ::-:: Selbstversorger, ::-:: die bisher 30 kg pro Kopf und Jahr betrug, wird auf 50 kg pro Kopf und Jahr erhöht. Das heisst: der Selbstversorger — das sind insgesamt im Generalgouvernement 8,8 Millionen Menschen, die bisher einen Doppelzentner 20 kg Brotgetreide pro Jahr essen durften, — wird in Zukunft einen Doppelzentner pro Jahr essen. Mit dieser Massnahme wird es möglich sein, das Aufkommen bei der Metze von 160 000 Tonnen auf 264 000 Tonnen zu erhöhen. Das ist die Belastung, die wir der polnischen und ukrainischen Landwirtschaft zumuten und zumuten müssen.

Auf der anderen Seite habe ich in der Ernährungsbilanz von Anfang Juli einen Gesamtbedarf von 670 000 Tonnen ::-:: Brotgetreide ::-:: für das Generalgouvernement angegeben. Die Anforderungen des Reiches machen es notwendig, dass ausserordentliche

Einsparungen im Interesse der restlosen Erfüllung der Reichslieferungen durchgeführt werden.

Die Versorgung der bisher mit 1,5 Millionen ::-:: Juden ::-:: angenommenen Bevölkerungsmenge fällt weg, und zwar bis zu einer angenommenen Menge von 300 000 Juden, die noch im deutschen Interesse als Handwerker oder sonstwie arbeiten. Für diese sollen die jüdischen Rationssätze zuzüglich gewisser Sonderzuteilungen, die sich für die Aufrechterhaltung der Arbeitskraft als notwendig herausgestellt haben, beibehalten bleiben. Die anderen Juden, insgesamt 1,2 Millionen,werden nicht mehr mit Lebensmitteln versorgt.

Die ::-:: nichtdeutschen Normalverbraucher ::-:: erhalten ab 1.I.1943 bis 1.3.1943 statt 4,2 kg Brot pro Monat 2,8 kg; vom 1.3.1943 bis 30.7.1943 wird für diese nichtdeutschen Normalverbraucher die gesamte Brotration gestrichen.

Die Versorgungsberechtigten setzen sich folgendermassen zusammen. Wir rechnen, dass für die Rüstungsarbeiter, die A-und B-Karteninhaber und deren Angehörige ca 3 Millionen Personen in Frage kommen, und dass etwas über 3 Millionen Personen nichtdeutsche Normalverbraucher sind, die nicht im deutschen Interesse unmittelbar oder mittelbar arbeiten. Die Rüstungsarbeiter, die A-und B- Karteninhaber und ihre Familienangehörigen, etwa 3 Millionen Menschen, werden aber weiter bis zur Ernte 1943 zu den jetzt giltigen Sätzen versorgt.

Ferner werden Einsparungen auf dem Saatgutgebiet dadurch herbeigeführt, dass Saatgut für den allgemeinen Saatgutbedarf nur dann herausgegeben wird, wenn der Betrieb über sein Kontingent hinaus dafür die gleiche Menge Brotgetreide oder Futtergetreide abliefert.

Die Zuteilungen von Futterhafer an die gewerblichen Pferdehalter müssen weitgehendst gedrosselt werden. Leider wird auch hier ein gewisser Teil des Hafers wegfallen, der bisher für die Pferde, mit denen die dringende Holzabfuhr durchgeführt werden musste, der Hauptabteilung Forsten zur Verfügung gestellt worden ist.

Bei den Be-und Verarbeitungsbetrieben werden weitgehende Kürzungen durchgeführt, die sich auf den Nährmittelsektor auswirken werden. Auch Sonderzuteilungen, wie wir sie im vergangenen Jahr in den Wintermonaten in Warschau, Radom, Krakau usw. durchgeführt haben, können in diesem Winter nicht durchgeführt werden. Durch diese Massnahme wird eine Ersparung von 115 000 Tonnen Brotgetreide erzielt.

Wenn die oben erwähnte Kontingentserhöhung 100%ig hereinkommt, wird es möglich sein, die neue Ernährungsbilanz auf dem Getreidesektor aufrecht zu erhalten. Jede Menge, die von einer 100 %igen Erfassung des Gesamtkontingents fehlt, wirkt sich in einer zusätzlichen Kürzung zunächst für die 3 Millionen nichtdeutscher Normalverbraucher aus, die nicht im deutschen Interesse arbeiten. Falls die Erfassung und das Hereinholen der Metze auch dann noch gewisse Schwierigkeiten bringen würden, muss sich das auf die Familienangehörigen der im deutschen Interesse arbeitenden Rüstungsarbeiter und A-und B-Karteninhaber auswirken. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft wird aber versuchen, diese letztere Massnahme nicht durchzuführen, wenn die Erfassung einigermassen das Ergebnis zeitigt, das wir alle von ihr erhoffen.

2. Kartoffel.

Auch hier muss das umgelegte ::-:: Kartoffelkontingent ::-:: um 25 % erhöht werden, d.h. von 1,2 Millionen Tonnen auf 1,5 Millionen Tonnen. Vorgesehen ist, dass die Rüstungsarbeiter und die A-und B-Karteninhaber wie im vorigen Jahre wieder 3,5 Doppelzentner Kartoffeln erhalten, die sie für sich und ihre Familienangehörigen verbrauchen können. Für die Deutschen sind 2 Doppelzentner pro Kopf und Versorgungsjahr vorgesehen, für die 7 Grosstädte des Generalgouvernements 1 Doppelzentner pro Person. Vor der Versorgung der Grosstädte mit Kartoffeln sollen in erster Linie der Bedarf und die Kontingente an Fabrikkartoffeln sichergestellt werden. Erst dann, wenn diese Sicherstellung erfolgt ist, werden Kartoffeln an die grosstädtische Bevölkerung in einer Menge von einem Doppelzentner pro Kopf herausgegeben. Diese Vorsichtsmassnahme hat den Zweck, vor allem dafür zu sorgen, dass genügend Sprit erzeugt werden kann, um erstens die Prämienmengen zu erhalten und zweitens auch noch Sprit für andere wichtige Dinge zur Verfügung zu haben.

3. Fleisch.

Auch auf dem Gebiete des Fleisches erfolgt eine 25%ige ::-:: Kontingentserhöhung, ::-:: damit die neuen Reichsleistungen erfüllt werden können. Die jetzt fast restlos durchgeführte Viehregistrierung begünstigt die Erfassung. Wir hoffen, es mit an sich erheblichen Eingriffen erreichen zu können, dass für die nichtdeutschen Normalverbraucher die 400 Gramm Fleisch pro Monat ausgegeben werden können. Jedoch kann der Fall eintreten, dass zu bestimmten Zeiten und hier und dort einmal die 400 Gramm je Monat nicht gegeben werden können, sondern weniger gegeben werden muss, da auch

hier die Lieferungen an die Wehrmacht und die Reichsleistungen immer den Vorrang haben.

Diese einschneidenden Massnahmen können nur gelingen, wenn folgende Voraussetzungen geschaffen, bezw. durchgehalten werden können. Jede ::-:: Rationserhöhung ::-:: für Rüstungsarbeiter, A-und B-Karteninhaber oder ihre Familienangehörigen muss abgelehnt werden. Erst vor kurzem hat die Rüstungsinspektion mich gebeten, die Rationen zu erhöhen. Weiter sind gerade für das Drohobyczer Ölgebiet Wünsche gekommen, die ungenügenden Rationen zu erhöhen. Angesichts der ernsten Ernährungssituation, in der sich das Generalgouvernement befindet, können Rationssatzerhöhungen für diese Gruppen von Arbeitern und auch ihre Familienangehörigen nicht durchgeführt werden.

Neue ::-:: Bedarfsträger ::-:: können unter keinen Umständen mehr zugelassen werden. Das heisst: neue Industrien, neue Bauvorhaben oder Grossmassnahmen können nicht mehr mit Nahrungsmitteln zusätzlich befriedigt werden, soweit ein Bedarf durch neue Arbeitermassen hervorgerufen wird, es sei denn, dass das Reich von den Lieferungen, die wir an das Reich durchführen müssen, eine dem Bedarf der zusätzlichen Arbeitermassen entsprechende Menge zur Verfügung stellt und abzweigen lässt.

Die zugesagten ::-:: Prämienmengen ::-:: der Hauptabteilungen Wirtschaft und Monopole müssen restlos geliefert werden. Darüber hinaus müssen infolge der Erhöhung der Kontingente der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft neue Prämienwaren zur Verfügung gestellt werden. Wenn es nicht möglich ist, Zigaretten, Schnaps, Textilien und bisherige Prämienwaren zu erhalten, dann bitte ich darum, dass nunmehr auch das ::-:: Salz ::-:: in die Prämienaktion voll mit eingeschaltet wird, d.h. dass ab sofort die gesamte Salzzuteilung in den Städten über Lebensmittelkarte, auf dem Lande nur über den Prämienschein erfolgt.

Beabsichtigte ::-:: Umsiedlungsprojekte, ::-:: wie sie nach Meldung der Abteilungsleiter von Lemberg und Lublin vorgesehen sind, müssen meines Erachtens zurückgestellt werden, und zwar im Hinblick auf eine reibungslose Erfassung und Erstellung der Ernte für das kommende Jahr.

Die ::-:: Sicherung aller Läger ::-:: und ::-:: ernährungswirtschaftlichen Betriebe ::-:: sowie ihrer Transportwege muss gewährleistet sein, da sonst uneinbringbare Verluste entstehen, die eine weitere Belastung der Ernährungsbilanz bedeuten. Ich habe mir für sämtliche Kreise Karten herstellen lassen, in denen überall die Läger eingezeichnet sind. Ich bitte, dass von Seiten der Polizei die notwendigen Massnahmen ergriffen werden, damit diese Läger, die ja

vor allem in den Zeiten, in denen die Kürzungen durchgeführt werden, im Blickpunkt der hungernden Massen stehen, scharf bewacht und die wenigen Vorräte, die wir bis zur neuen Ernte haben, nicht durch Brandstiftung oder Sabotage vernichtet werden.

. . . . . .

Endlich muss Anfang November geprüft werden, ob der ::-:: Ernteausnahmezustand, ::-:: der bis zum 30.November verkündet ist, bis zum 31.Dezember ::-:: verlängert ::-:: werden muss. Der Ernteausnahmezustand ist auf alle zu erfassenden Erzeugnisse ausgedehnt worden.

Die beabsichtigte Kontingentserhöhung und Rationssatzkürzung muss unter allen Umständen geheimgehalten und darf erst zu dem Zeitpunkt veröffentlicht werden, den die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft für richtig hält. Falls die Rationssatzkürzung oder Kontingentserhöhung früher bekannt werden würde, würden ausserordentlich empfindliche Störungen in der Erfassung eintreten. Die Masse der polnischen Bevölkerung würde sich dann aufs Land hinausbegeben und als zusätzlicher Konkurrent unserer Erfassungsorgane in Wirksamkeit treten. Falls die Kontingentserhöhung vorzeitig bekannt werden würde, würden die Wintersaat und die Bestellungsarbeiten empfindlichen Schaden leiden. Wir haben uns deshalb entschlossen, erst die Wintergetreidesaat in den Boden zu bringen und dann die Kontingentserhöhung bekannt zu geben.

Auf dem Ernährungssektor hat das Generalgouvernement in den letzten 3 Jahren ernste und harte Zeiten durchlebt. Ich glaube aber, dass das kommende Jahr 1942/43 auf dem Ernährungsgebiet das härteste sein wird. Meine Mitarbeiter und ich werden alles tun, um die Situation unter den gegebenen Umständen zu meistern.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r:

Meine Herren! Sie haben die sehr ernsten Ausführungen des Präsidenten Naumann vernommen. Sie werden daraus auch entnehmen, dass jede Debatte über die von ihm verkündeten Zahlen oder Massnahmen völlig überflüssig und eigentlich gänzlich sachwidrig wäre. Denn jede Debatte würde den Anschein erwecken lassen, als ob vielleicht noch ein anderer Weg möglich wäre.

Ich muss darauf aufmerksam machen, dass einige Sektoren der Verwaltung das deutlich spüren werden. In erster Linie wird es die ::-:: Polizei ::-:: spüren; denn sie wird mit einem erhöhten Umsichgreifen des Schleichhandels und der Verwahrlosung der Ernährungssitten, wenn ich so sagen darf, zu rechnen haben. Ich werde der Polizei gern ausserordentliche Vollmachten geben, damit sie mit diesen Schwierigkeiten fertig werden kann.

Die ::-:: Wirtschaft ::-:: wird es spüren: Das Absinken der Arbeitsleistung wird in allen Sektoren,Sparten und Bereichen deutlich spürbar werden. Ich nehme auch an, dass es unser ::-:: Transportwesen ::-:: spüren wird. Auch für die Eisenbahnarbeiter und die anderen Kategorien wird, da die bisherigen Ernährungssätze schon nicht ausreichend waren, angesichts der Verschlechterung der Lebenslage der Familien eine ausserordentliche Erschwernis eintreten. ...

Nicht spüren sollen es die ::-:: Deutschen ::-:: dieses Raumes. Wir wollen trotz dieses neuen Planes daran festhalten, dass die Sätze für die Deutschen durchgehalten werden können. Nicht spüren sollen es die Wehrmacht und die sonstigen kasernierten Verbände in diesem Raum. Wir hoffen, dass es uns möglich ist, hier die vollen Kontingente aufrecht zu erhalten.

Mit dieser Notwendigkeit, zu helfen, fällt nun eine Massnahme zusammen, die dahin lautet, dass die Überwachung der aus dem Generalgouvernement ins Reich reisenden Personen, vor allem der militärischen Personen daraufhin, ob sie ::-:: Lebensmittel ::-:: aus dem Generalgouvernement ::-:: ausführen, ::-:: eingestellt werden soll. Das bedeutet also, dass zu alledem, was wir nun aus dem Lande herauswirtschaften müssen, noch eine völlige Aufhebung der Kontrolle über das stattfinden soll, was zweifellos illegal und gegen unsere Regierungsmassnahmen von Tausenden und Abertausenden aus dem Lande herausgeschleppt wird.

Daraus erkennen Sie, wie ernst sich die Lage gestalten wird. Vergessen Sie dabei aber nie, dass die Ernährungslage des Reiches ungünstiger ist. Bei allen Schwierigkeiten, die Sie hier irgendwo in Gestalt von Krankheiten JhrerArbeiter, beim Zusammenbrechen ihrer Genossenschaften usw. feststellen, müssen Sie immer daran denken, dass es noch viel besser ist, wenn ein Pole zusammenbricht, als dass der Deutsche unterliegt. Dass wir 1,2 Millionen Juden zum Hungertod verurteilen, sei nur am Rande festgestellt. Es ist selbstverständlich, dass ein Nichtverhungern der Juden hoffentlich eine Beschleunigung der antijüdischen Massnahmen zur Folge haben wird. ...

Wenn Sie daran denken, dass ein Land wie das Protektorat mit einer Grösse von knapp 50 000 qkm und einer grossen Industriebevölkerung verpflichtet wurde, über 200 000 Tonnen Brotgetreide abzuliefern, dass Länder wie Frankreich und Holland gezwungen werden, bis auf das Letzte an das Reich zu liefern, dann können Sie ermessen, wie ernst die Ernährungslage des Reiches angesehen wird.

Herr Generalgouverneur, dass bei der kommenden Neuregelung die Versorgung der Angehörigen der ::-:: Ostbahn ::-:: unter die Kategorie der Rüstungsarbeiter, A-und B-Karteninhaber falle. ...

Anschliessend setzt der Herr Generalgouverneur den neuen Erlass in Kraft und ermächtigt Hauptabteilungspräsident Naumann,im Rahmen seines Vorschlages die Ernährungspolitik des Generalgouvernements zu führen.

Staatssekretär Dr. Boepple weist darauf hin, dass auf Grund der Anwesenheitsliste die Namen aller Sitzungsteilnehmer festgestellt seien. Sollten eventuell Gerüchte über die heute beschlossenen Massnahmen vor Erlass der jeweiligen Verordnungen an die Öffentlichkeit dringen, werde er sie als Vertreter der Regierung bis an ihre Quelle verfolgen lassen und die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen.

::-:: Schluss der Sitzung 16 Uhr 40 Minuten ::-::

Regierungssitzung
im Grossen Sitzungssaal des Regierungsgebäudes
am 9. Dezember 1942

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

... Erst seit Juni 1940, seit nämlich der Führer mir genehmigte, dieses Gebiet nicht mehr als besetztes polnisches Gebiet zu bezeichnen, sondern ihm den eigentlichen Namen des Generalgouvernements zu geben, haben wir staatsrechtlich und begrifflich das Generalgouvernement gebildet. Wir konnten nunmehr von diesem Lande als vom Generalgouvernement sprechen, ohne Rücksicht darauf, ob hier Polen, Ukrainer, Juden, Russen oder sonstige Menschen lebten. ...

Wir haben unsern internen Verkehr im Interesse der Wehrmacht und der Kriegführung auf ein Minimum reduziert. Wir liefern heute nicht nur nach dem Westen, sondern auch nach dem Osten. ...

Gerade für die Regierung des Generalgouvernements besteht daher immer wieder die Notwendigkeit, an jenen Grundsatz ernsthaft zu appellieren, der da lautet: man soll die Kuh, die man melken

will, nicht schlachten. Das Reich will aber unter dem Drang und Druck der Verhältnisse die Kuh Generalgouvernement sowohl melken wie schlachten. . . .

Es dürfte Sie interessieren, dass das Generalgouvernement nach authentisch einwandfreien Unterlagen, die auch von Sauckel anerkannt wurden, seit Dezember 1939 960.000 Arbeitskräfte ins Reich vermittelt hat. . . . Mit diesen Arbeitskräften ist aber nur ein Teil derer, die aus dem Generalgouvernement stammen und im Reich arbeiten, aufgezählt; hinzu rechnen müssen wir die fast 1½ Millionen Kriegsgefangene der früheren polnischen Armee, die ebenfalls im Arbeitsprozess des Reiches stehen, sodass insgesamt 2,46 Millionen Männer und Frauen, die in das Generalgouvernement zuständig sind, zur Zeit in den Arbeitsprozess des Reiches eingeschaltet sind.

. . . Die Behandlung der Polen im Reich entspricht in keiner Weise dem, was wir hier im Namen des Reichs den Polen versprochen haben. Ich habe von Pg. Sauckel die feste Zusage erhalten, dass mit dem Skandal der fortgesetzten Polenmisshandlung im Reich aufgeräumt wird. Es geht nicht an, dass man unsere Werbemöglichkeiten, die wir hier im Lande noch besitzen, dauernd dadurch belastet, dass man die Polen mit den Juden auf eine Stufe stellt. Das widerspricht auch unseren rassischen Grundsätzen und ist deshalb auch abzulehnen. . . .

Nicht unwichtige Arbeitskräfte hat man uns in unseren altbewährten Judenschaften genommen. Es ist klar, dass der Arbeitsprozess erschwert wird, wenn mitten in dieses Arbeitsprogramm des Krieges der Befehl kommt, alle Juden sind der Vernichtung anheim zu stellen. Die Verantwortung hierfür trifft nicht die Regierung des Generalgouvernements. Die Weisung der Judenvernichtung kommt von höherer Stelle. Wir müssen uns nur mit den Schlussfolgerungen abfinden und können auch den Reichsstellen nur mitteilen, dass die Wegholung der Juden arbeitsmässig zu ungeheuersten Schwierigkeiten geführt hat. Ich habe neulich Staatssekretär Ganzenmüller, der Klage darüber führte, dass ein grosses Bauvorhaben im Generalgouvernement zum Stocken kam, beweisen können, dass das nicht passiert wäre, wenn nicht die vielen tausende dort eingesetzten Juden abgeholt worden wären. Nun lautet der Befehl, dass die Juden aus der Rüstung wegzuholen seien; ich hoffe, dass dieser Befehl, wenn nicht bereits aufgehoben, noch aufgehoben wird, denn dann sieht die Lage noch schlimmer aus. . . .

BESCHREIBUNG:
Band 25: „Tagebuch I 1943" 1.1. — 30.4.

Krakau

Dienstag, den 2. Februar 1943

16[10] Arbeitssitzung.

Teilnehmer:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Präsident Dr. Struve
Präsident Dr. Losacker
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh

Zur Beratung steht zunächst der Entwurf einer

Verordnung über die Arbeitsmeldepflicht.

Da dieser Verordnungsentwurf dem Inhalt der Reichsverordnung entspricht, wird er vom Herrn Generalgouverneur unterzeichnet. ...

Darauf wird die Frage erörtert, ob sich aus dieser Heranziehung aller deutschen Kräfte für den Kriegseinsatz nicht zwangsläufig auch die totale Heranziehung der ::-:: Fremdbevölkerung[1] ::-:: ergibt.

... Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, daß man die Fremdbevölkerung nur zwangsweise einziehen könne, wenn man über die für die Durchführung dieser Maßnahme notwendigen Organe verfüge. An sich sei die Arbeitspflicht für die Polen schon 1939 deklariert worden, man brauchte also nur auf die diesbezügliche Verordnung zurückgreifen.

Auf den Einwand des Präsidenten Dr. Struve, daß dieser Tatbestand durch die allgemeine Dienstpflichtanordnung in etwa überholt sei, erwidert der Herr ::-:: Generalgouverneur,[2] ::-:: daß diese Anordnung im Generalgouvernement nicht gelte. Auch die Sauckel'sche Verordnung gelte nur im Deutschen

[1]) Unterstreichung Ti
[2]) Unterstreichung Ti und Blei

Reich. ... Reichsgesetze könnten im Generalgouvernement nur durch den Generalgouverneur in Kraft gesetzt werden. ... Es frage sich nun, auf welchem Wege man die fremdvölkische Bevölkerung in die Arbeitspflicht einführen wolle, und ob es möglich sei, die Verordnung vom Oktober 1939 wieder ins Leben zu rufen und irgendwie fruchtbar zu machen. Nach seiner Meinung habe das nur einen Sinn, wenn man über den Apparat verfüge, der die Verordnung in Kraft setze. Er beabsichtige daher, ... die Ernährungssituation der in deutschen Betrieben tätigen Polen zu verbessern. ... Es wäre immerhin möglich, die Arbeitspflicht der Polen mit der Lebensmittelkarte zu kombinieren.

Staatssekretär Dr. Bühler meint, daß ein großer Teil der polnischen Bevölkerung nach wie vor auf die Lebensmittelzuteilung um den Preis verzichten werde, daß er nicht für deutsche Interessen zu arbeiten brauche.

Der Herr Generalgouverneur will unter keinen Umständen den Zustand aufrecht erhalten wissen, daß Teile der polnischen Bevölkerung ohne Arbeit seien, während deutsche Frauen arbeiten müßten. ... Es müsse geprüft werden, wen man einberufe, welche Nachteile besonders hinsichtlich der Ernährung die Bevölkerungsteile haben sollten, die sich der Arbeit entzögen. ...

Der Herr Generalgouverneur ist willens, gegebenenfalls bei der Wehrmacht für die Durchführung dieser Maßnahmen einige Kompanien zu erbitten, die dann die nichtarbeitswilligen Teile der Bevölkerung erfassen könnten. Polizei und Sonderdienst seien leider für die Erfüllung einer solchen Aufgabe zu schwach. Er beauftrage deshlab Staatssekretär Dr. Bühler, einen entsprechenden Vorschlag auszuarbeiten.

Krakau

Mittwoch, den 3. Februar 1943

.....

11[10] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger, Staatssekretär Dr. Boepple und Präsident Dr. Losacker.

Im Zusammenhang mit dem Erlaß über die Vereinfachung der Verwaltung wird zunächst zur Frage einer stärkeren Heranziehung des fremdvölkischen Elements zur Verwaltung Stellung genommen.

Der Herr Generalgouverneur gibt seiner Auffassung Ausdruck, daß sich diese Heranziehung nicht werde vermeiden lassen. Auch werde die polnische Polizei mehr als bisher in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Staatssekretär Krüger: ... Hinsichtlich der Heranziehung fremdvölkischer Elemente zur Verwaltung müsse man sehr vorsichtig sein. ... Diese fremdvölkischen Elemente dürften sich nur in untergeordneten Dienstellungen, nicht aber in Vertrauensstellungen betätigen oder die Möglichkeit haben, mit führenden Männern zusammenzukommen, die Vertrauensaufgaben zu erfüllen hätten. ...

Zur Frage des Judeneigentums teilt Staatssekretär Krüger mit, daß er ein Schreiben an den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums gerichtet habe.

Weiter nimmt Staatssekretär Krüger zur Frage der Umsiedlung Stellung. Er gibt zu, daß man angesichts der Vorkommnisse im Kreise Zamosc weitere Umsiedlungen kaum vornehmen könne. Er habe auch dem Reichsführer SS vorgeschlagen, die Frage der Umsiedlung zunächst zurückzustellen.

Krakau

Montag, den 22. Februar 1943

14^{50} Gouverneur-Besprechung.

An der Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Kundt
Gouverneur Dr. Wendler
Präsident Dr. Losacker
Präsident Dr. Struve
Amtschef Oberregierungsrat Engler
Präsident Naumann
Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger
Regierungsrat Gnauck
als Protokollführer

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet zunächst über die ::-:: Besprechung,[3]) ::-:: die er am Vormittag mit den ::-:: Gouverneuren[3]) ::-:: gehalten hat. Zweck der Besprechung sei u.a. gewesen, Richtlinien für die ::-:: Beratungen[4]) ::-:: aufzustellen, die am 23.Febr. ::-:: in Berlin[4]) ::-:: stattfinden sollen. . . .

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Boepple an, strengstens dafür zu sorgen, daß in dieser Beratung von den einzelnen Mitgliedern der Delegation keine irgendwie von einander abweichenden Meinungen geäußert werden. Auch in dieser Sitzung müsse unter allen Umständen das Generalgouvernement als einheitliches Gebilde in Erscheinung treten. . . .

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet weiter, daß er in der Vormittagssitzung einen allgemeinen Überblick über die gegenwärtige politische Situation im Generalgouvernement gegeben habe. Er habe dabei insbesondere auf die ::-:: Umsiedlungsaktion[3]) ::-:: im Distrikt Lublin bw. im Kreise Zamosc hingewiesen, die offenbar immer noch nicht beendet sei. Diese Aktion habe im gesamten Gebiet zu einer Unruhe geführt, die noch im Wachsen sei. Es zeige sich, daß diese Maßnahme große wirtschaftliche, vor allem ernährungswirtschaftliche Schäden im Gefolge habe. Abgesehen davon, daß die neuangesiedelten Familien auf den Bezug der Lebensmittelkarten angewiesen seien, würden nun auch Mittel angefordert, damit die Höfe mit Vieh, Geräten usw. versorgt werden könnten. Statt daß aus dem Gebiet etwas herausgeholt werden könne, bedürfe es eines wesentliches Zuschusses für den Kreis Zamosc.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Amtschef Engler, ihm umgehend einen Bericht über diese Umsiedlungsaktion und ihre wirtschaftlichen Folgen zu erstatten. Im übrigen sei es aber der Wunsch des Führers, daß allmählich im Generalgouvernement die deutsche Besiedlung ihren Anfang nehmen solle. Daher dürfe man dieses Problem nicht allein von dem Gesichtspunkt des Nutzens und Schadens, sondern müsse es nur von dem Gesichtspunkt der Vordringlichkeit aus betrachten. . . .

Gegenüber dem Hinweis des Amtschefs ::-:: Engler[4]) ::-:: darauf, daß man im Gefolge der Umsiedlung mit einem Ausfall landwirtschaftlicher Produktion in einer Menge von etwa 100 000 to rechne, gibt der Herr ::-:: Generalgouverneur[4]) ::-::

[3]) Unterstreichung Blei
[4]) Unterstreichung Ti

zu bedenken, daß ja die Deutschen, wenn sie dort richtig wirtschaften könnten, auch vielleicht noch höhere Ergebnisse erzielen würden. ...

Präsident ::-:: Naumann[5]) ::-:: legt der Frage entscheidendes Gewicht bei, ob es gelinge, die Polen, die sehr mißwillig geworden seien, für die neue Erzeugung zu gewinnen. Nach den Berichten sämtlicher Kreislandwirte sei die ::-:: Stimmung der polnischen Bauern[5]) ::-:: sehr pessimistisch, da sie sich ebenfalls von solchen Umsiedlungsmaßnahmen bedroht fühlten. Vorläufig scheine aber beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Absicht zu bestehen, die Siedlung weiterdurchzuführen. ...

Staatssekretär Dr. Bühler geht dann auf den neuen Erlaß des Reichsministers Dr. Goebbels betr. die Behandlung der Ostvölker ein.

Der Herr Generalgouverneur will ausdrücklich festgestellt wissen, daß dieser Erlaß auch auf die Behandlung der Polen Anwendung findet.

.....

BESCHREIBUNG:
Band 26: „Tagebuch II 1943" 1.5. — 31.5.

Mittwoch, den 12. Mai 1943

14^{50} Fahrt des Herrn Generalgouverneurs zum Dienstgebäude des Distrikts Krakau.

15^{00} Arbeitstagung der Distriktsverwaltung Krakau.

Der Herr Generalgouverneur:

Wir haben keinen Anlaß, Pessimisten, und keinen Anlaß, Optimisten zu sein, wir haben nur die eine Aufgabe, ::-:: treue Mitkämpfer Adolf Hitlers[1]) ::-:: zu sein. ... Wir sind hierher gekommen, um aus Elend und Chaos ein irgendwie geartetes Ordnungsgebilde aufzubauen. Und das ist uns in einem Umfange nicht wieder erreichter Art geglückt. ...

---

[5]) Unterstreichung Ti
[1]) Unterstreichung Ti über Blei, ebenso alle folgenden hs Unterstreichungen vom 12. Mai 1943

Erst vorwenigen Tagen hatte ich Gelegenheit, mich in einer mehrstündigen ::-:: Besprechung mit dem Führer ::-:: darüber zu unterhalten,und ich muß feststellen, daß der Führer diesen Eindruck auch voll und ganz bestätigt. . . .

Eine der Hauptschwierigkeiten ist . . . die meistens auch persönlich bestimmte ::-:: Greuelpropaganda. ::-:: Immer wieder hört man im Reich die Behauptungen, daß die Deutschen im Generalgouvernement ein Schlemmerleben führen, daß Korruptionen, Schleich- und Schwarzhandel gedeihen würden. . . . Wenn es nicht möglich war, mit allen diesen Erscheinungen restlos fertig zu werden, so können wir im Generalgouvernement darauf hinweisen —: gibt es im Reich keinen Schleichhandel, gibt es in Holland, in Norwegen, im besetzten Belgien und Frankreich nicht auch einen Schleichhandel, wird nicht überall schwarz gehandelt? . . .

Ein zweites Problem ist der ewige Vorwurf, daß man unsere ::-:: Selbständigkeit, ::-:: die uns der Führer in der grundlegenden Verordnung vom 26.Oktober 1939 gegeben hat, direkt oder indirekt als gegen das Reich gerichtet bezeichnet. . . . Wir sitzen hier an verantwortlicher Stelle, bekommen vom Reich irrsinnige Forderungen auferlegt — ich erinnere nur an die urplötzlich uns auferlegte Ablieferung von 780 000 to Brotgetreide —,und wir sollen dann mit diesen Dingen fertig werden. Werden wir nicht fertig, heißt es, unsere Verwaltung ist unfähig, — werden wir fertig, dann wird die Leistung verschwiegen. . . .

Der Führer hat mir erneut bestätigt, daß er nicht daran denkt, an der ::-:: Struktur des Generalgouvernements ::-:: etwas zu ändern. . . .

An der Einheit der Verwaltung kann in keiner Weise gerüttelt werden. Ich werde da, wo Bruchstellen eingetreten sein sollten oder wo sich Bestrebungen wie bei der ::-:: Ostbahn ::-:: zeigen, nicht vor den äußersten Maßnahmen zurückschrecken. . . .

Eine Frage steht nun alles überschattend im Vordergrund nächst der ::-:: Sicherheitsfrage, ::-:: über die ich mich nicht äußern will. (Es ist selbstverständlich unmöglich, daß die Sicherheitslage sich so weiter entwickeln darf, daß jeden Tag mehr Überfälle vorkommen; in die Sicherheitsregelung muß ein System kommen, an dem es bisher gefehlt hat). Wichtig ist mir das ::-:: Problem der Fremdvölkischen. ::-:: . . . Wir stehen darüber in Verhandlungen mit dem Reich. Ich habe zur Bedingung

gemacht, daß das Reich damit einverstanden zu sein hat, daß wir für die Leistungspolen im Lande die sogenannten Warthegausätze einführen; das würden etwa 80 % der Ernährungssätze des deutschen Normalverbrauchers in allen Sparten dessen, was dieser bekommt, sein. ... Diese Regelung würde mit der neuen Ernte in Kraft treten. Ich hoffe aber, daß ich von der Getreidemenge, die hier in Höhe von 180 000 to bis zum Abruf durch das Reich noch lagert, noch 30 000 to zur Verteilung an die Bevölkerung zur Verfügung erhalte. Damit müßte man eben bis zur neuen Ernte auskommen. ...

In den Berichten obskurer Elemente werden wir im Reich als absolut ::-:: polenfreundlich ::-:: verschrieen. Demgegenüber muß ich darauf hinweisen, daß das Generalgouvernement eine dauernde Einrichtung des Reiches ist und sein wird und daß wir mit den fremdvölkischen Arbeitern auskommen müssen.

.....

Mittwoch, den 26. Mai 1943

9^{05} Ankunft in Radom.

10^{00} Arbeitssitzung im Sitzungssaal des Distriktsgebäudes.

Ministerialdirigent Dr. Emmerich:

Der Druck nach Verlegung weiterer Industriebetriebe in das Generalgouvernement sei außerordentlich stark.

.....

Mit der Verschärfung des Luftkrieges und dem damit verbundenen Ausfall von Kapazitäten werde die Sorge der maßgebenden Instanzen des Reiches immer größer, die Produktion an sichere Stätten zu bringen. ... Die Raffinerien des Generalgouvernements seien etwas überdimensioniert; sie könnten wenigstens mehr Rohöl verarbeiten, als erzeugt werde. Wenn aber Raffinerien im Reich in größerer Zahl zerstört würden, dann könne für die Rohölbearbeitung des Reiches ein Notstand eintreten. Dieses Öl müsse deshalb im Generalgouvernement raffiniert werden können. ...

Präsident Naumann:

Die Ernährungslage im gesamten europäischen Raum habe sich nicht gebessert, sondern sei von Jahr zu Jahr kritischer geworden. Die auf den neueroberten russischen Raum gesetzten Hoffnungen seien angesichts

des Verlustes großer Gebiete im Osten zunichte geworden. Auch habe dort die Unsicherheit infolge des Banditen- und Partisanenunwesens einen großen Umfang angenommen. Mit nennenswerten Lieferungen aus dem Osten für die Unterstützung der deutschen Versorgung sei im kommenden Wirtschaftsjahr nicht zu rechnen. Darüber hinaus würden von den Verbündeten immer neue Forderungen an die verantwortlichen Stellen der deutschen Ernährungswirtschaft auf Lieferung von Getriede und anderen Produkten gestellt. Solche Forderungen würden z.B. auch von Ländern erhoben, die wie Bulgarien bisher noch nie Getreide eingeführt hätten.

Für die ::-:: Erfassung[2]) ::-:: der jetzt erstehenden ::-:: Ernte[2]) ::-:: sei die Beantwortung der Frage von großer Bedeutung, ob es gelingen werde, bis zum 1.Juli ds. Jrs. die ::-:: Sicherheit und deutsche Autorität[3]) ::-:: im Raum des Generalgouvernements wiederherzustellen. ...

Die noch fast rd. 22 000 ::-:: Juden ::-:: im Distrikt Radom seien karteimäßig erfaßt, in Lägern untergebracht und fast ausschließlich in der Rüstungsindustrie beschäftigt. ...

Gouverneur Kundt gibt einen Überblick über die Verwaltung des Distrikts Radom.

... Der Fall von Katyn habe infolge der viel zu stark merkbaren ::-:: Agitation[2]) ::-:: bei der Bevölkerung kaum eine Wirkung ausgelöst. Die Agitation sei so betrieben worden, daß es dem primitivsten Polen klar sein mußte, daß es nicht um Humanitätsgefühle, sondern um Agitationsmaterial gegenüber dem Ausland gehe. Die Polen hätten nach seiner Kenntnis der Dinge wenig darauf reagiert. Man müsse dabei auch bedenken, daß es so was wie eine polnische Volksgemeinschaft nicht gebe, und daß es den polnischen Bauern nicht interessiere, ob polnische Offiziere erschossen würden.

.....

Das Verhältnis zwischen der Distriktsbehörde und der Dienststelle des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums bzw. dem Beauftragten SS-Oberführer Böttcher sei sehr gut. Man habe das Siedlungs- bzw. ::-:: Umsiedlungsproblem[3]) ::-:: der Volksdeutschen anders aufgefaßt als im Distrikt Lublin und durch eine Vereinbarung mit dem Reichskommissar erreicht, daß eine totale

[2]) Unterstreichung Ti
[3]) Unterstreichung Blei

Umsiedlung nicht vollzogen zu werden brauche, sondern nur in unauffälliger Weise Umsiedlungen von Volksdeutschen auf gute Böden erfolgten, um die polnischen Bauern nicht zu beunruhigen, deren Arbeit man ja für die Ernte dringend benötige.

Der Herr Generalgouverneur:

... Ursprünglich ging man daran, dieses Land rein als Beuteobjekt zu behandeln. ...

Der Erfolg war, daß in den ersten Monaten von November 1939 bis etwa Anfang März 1940 ein totaler Abbau aller wirtschaftlicher Funktionen dieses Raumes stattfand. Aber kurze Zeit, nachdem wir im Raume waren, erkannten wir doch, daß dieser Weg zum absolut Negativen führen mußte und daß das Deutsche Reich selbst den größten Schaden davon hatte. ...

Damit begann dann Januar, Februar 1940 das, was ich den neuen Plan des Generalgouvernements nennen möchte, der Versuch, das Gebiet wirtschaftlich, soweit möglich, in den Dienst des Deutschen Reiches zu stellen.

Als erster Ansatzpunkt der Entwicklung in diesem Raum wurde gefordert, daß man den reinen Zerstörungs- und Ausraubungsvorgang ersetze durch eine Art positiver Normierung von Zukunftsaussichten gewährleistenden Methoden aller Art wie z.B. der ::-:: Wiederingangsetzung von Produktionsstätten[4]) ::-:: usw. ...

Aus keinem Gebiet, das seit 1939 von den deutschen Truppen besetzt wurde, hat soviel für das Deutsche Reich und Volk herausgeholt werden können wie aus dem Generalgouvernement. Ich behaupte und kann auch den Beweis dafür erbringen, daß das Generalgouvernement an der Spitze der Gesamtleistungen der besetzten Gebiete steht, nicht nur, was einzelne, konkrete, numerisch feststellbare Sonderleistungen, sondern auch, was auf die Dauer gesehen Kapazität und ihre Aufrechterhaltung bedeutet.

Diese Leistung wird am auffälligsten auf den Gebieten der ::-:: Ernährung und Landwirtschaft[4]). ::-:: Nach den amtlichen Zahlen des vorigen Jahres steht nunmehr fest, daß das Generalgouvernement mit seinem Ernährungsbeitrag für das Reich

[4]) Unterstreichung Ti über Blei

allein 60 % dessen geliefert hat, was das gesamte übrige besetzte Ostgebiet leistet. ... Der Distrikt Radom ist heute zu einem der wichtigsten und maßgebendsten Leistungsbereiche im ganzen deutschen Osten geworden.

.....

Die schwierige Aufgabe der Regierungsinstanzen des Generalgouvernements ist es, dafür zu sorgen, daß die ::-:: Leistungsfähigkeit dieses Gebietes[5]), ::-:: an der das Deutsche Reich ein eminentes Interesse hat, aufrecht erhalten werden kann unter möglichster Steigerung der Leistungen zu alledem, was uns vorher schon aufgebürdet war. ... das Generalgouvernement ist am äußersten Rand seiner Leistungsfähigkeit angekommen.

... Und nun befinden wir uns in der sehrbedenklichen Lage, daß sich der Krieg leider nicht so entwickelt hat, wie man das vielleicht noch im Sommer des vorigen Jahres hätte erwarten können. Die Rückschläge haben sich wirtschaftlich so ausgewirkt, daß zunächst mit dem Totalverlust von ökonomischen Werten leider eine ungeheure neue Steigerung der Anforderungen eingetreten ist. Die gewaltigen materiellen Verluste, die das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht erlitten haben, müssen ausgeglichen werden. Unter allen Umständen muß der Frontbedarf gedeckt werden. Es ist aber noch gar nicht abzusehen, wo diese Schraube ein Ende nehmen wird ... jetzt geht es wirklich um die Not unseres Reiches, jetzt ist weder im Gedanken noch im Werk für nichts anderes Raum als dafür, dem kämpfenden Reich zu helfen. ...

Sie müssen sich darüber klar sein, daß wir das Schwerste dieses Krieges noch nicht hinter uns haben, dassalles, was wir bis jetzt an Schwierigkeiten erlebt haben mögen, ganz gleich, welcher Art, erst ein kleiner Anfang von dem war, was wir noch zu erwarten haben ... wir müssen uns ... dessen bewußt sein, daß die Situation im gesamteuropäischen Raum immer mehr von der Verantwortung des deutschen Volkes getragen wird.

.....

Es ist mir sehr wichtig, daß daraufhin jetzt auch die S i c h e r h e i t s f r a g e n eine andere Wendung genommen haben. Selbstverständlich geht es nicht an, daß dieses Gebiet, in welchem nur gut ein Prozent der Bevölkerung deutsch ist,

[5]) Unterstreichung Ti über ms-Unterstreichung

in welchem eine Handvoll deutscher Männer und Frauen unaufhörlich den schwersten Gefahren ausgesetzt ist, von einer Polizeimacht nicht mehr geschützt werden kann, weil sie einfach viel zu gering ist, *als*[6]) daß man für diese deutschen Männer, die in der Polizei sowieso das Äußerste an Leistung vollbringen, irgendwie noch die Verantwortung übernehmen kann. Und ich werde nicht ruhen noch rasten, bis wir soviel Polizeischutz im Lande haben, daß wenigstens das Notdürftige an Sicherheit vorhanden ist, soweit das mit den Kriegsgefahren ... noch vereinbar ist. ... Denn das Deutsche Reich ist nicht zu Besuch in diesem Land, und wir sind hier nicht nur dazu da, für einen Krieg Dauerarbeit zu leisten, sondern um das Land für alle Ewigkeit deutsch zu machen und deutsch zu bewahren. ... Es war mir sehr interessant, daß in der Regierungssitzung vom 20. April ds.Jrs. der Befehlshaber der Sicherheitspolizei Dr. Schöngarth ganz offen zugegeben hat,: wenn die bisherigen Methoden den Polen gegenüber beibehalten würden, könne er auf keinen Fall für eine Aufrechterhaltung der Sicherheit in diesem Raum einstehen. Wir müssen uns darüber klar sein: der erste Ansatzpunkt ist die ::-:: Ernährung der polnischen Bevölkerung[7]). ::-:: Aber ich möchte Ihnen gleich völlig autoritativ sagen: ich werde, ganz gleich, was kommen möge, unter allen Umständen für den denkbar möglichst großen Kreis der Bevölkerung jene Sätze der Nahrungsmittelzuteilung mit der kommenden Versorgungsperiode im Generalgouvernement einführen, die irgendwie von uns im Hinblick auf unsere Stellung dem Reiche gegenüber verantwortet werden können. ...

zu a 179/43-g - [8])

::-:: *Anlage.*[9]) ::-::

Gesundheitspflege und Gesundheitsorganisation.

Berichterstatter: Der Leiter der Abteilung Gesundheitswesen, Medizinalrat Dr. Steichele.

Als Hauptseuchenherde sind auch jetzt noch zu bezeichnen:

1. Die Gefängnisse,
2. die Judenlager,
3. die Zigeuner,
4. die Straflager.

---

[6]) „als" über der Z eingefügt
[7]) Unterstreichung Ti über Blei
[8]) Aktenzeichen Ti, Ziffer „1" verbessert aus „2"
[9]) Ti

In den Gefängnissen ist die Bekämpfung der Läuse und des Fleckfiebers aus folgenden Gründen erschwert:

1.) durch die starke Überbelegung. ...

2.) aus Personalmangel. ...

3.) aus Mangel an Wäsche und Gefangenenkleidung. ...

4.) durch das Fehlen von Stroh für die Strohsäcke. ...

5.) Seife ... steht nicht in genügender Menge zur Verfügung.

6.) Das Fassungsvermögen der Entlausungsanlagen ist in vielen Fällen zu klein. ...

Immer und immer wieder trifft man auf dem Lande bettelnde Zigeuner an, die verlaust sind und eine große Gefahr für die Bevölkerung bilden. Die arbeitsfähigen Zigeuner müssten der Arbeit zugeführt werden, die übrigen wären in Lagern unterzubringen.

... Die Ernährungsverhältnisse der Deutschen in den Städten sind als gut zu bezeichnen. ... Die Zuteilungen an Frischgemüse und Frischobst waren spärlich. Den deutschen Kindern und Müttern wurden zusätzlich Vitamin C - Tabletten verabreicht.

Die Nahrungsmittelzuteilung an die polnische arbeitende Bevölkerung ist zu gering. Nach Aussage der polnischen Ärzte ist die Widerstandskraft gegen Krankheiten daher sehr gering, außerdem dauert die Erholung bei schweren Krankheiten sehr lange, was nicht im Interesse der Kriegswirtschaft liegt. Auch die Ernährung der polnischen Häftlinge ist zu gering. ...

Bis jetzt war es leider nicht möglich, den polnischen Rüstungsarbeitern in der Rekonvaleszenz von schweren Erkrankungen —besonders nach Flecktyphus— zusätzlich Lebensmittel zuzuteilen. Gerade nach Flecktyphus muß eine Zuteilung erfolgen, sonst gehen die Leute zu lange dem Arbeitseinsatz verloren.

.....

Entwicklung und Lage des Arbeitsmarktes.

Berichterstatter: a) Der Leiter der Abteilung Arbeit, Oberregierungsrat ::-:: Paepke[10]). ::-::

.....

Mit der Dauer des Krieges sind die Anforderungen an die Dienststellen der Arbeitsverwaltung wegen Beschaffung von Arbeitern

[10]) Unterstreichung Blei

ständig gewachsen. ... Auf den Distrikt Radom entfielen hiervon für die Zeit vom 1.9. bis 31.12.1942 26 000 und weiter vom 1.1. bis 30. 4.1943 29 100 zu beschaffende Arbeiter.

Zum Zwecke der Durchführung dieses Auftrages wurden ... sogenannte Befehlsstäbe gebildet, die unter dem Vorsitz des Vizegouverneurs bezw. der Kreishauptleute vor allem die Polizei und die Arbeitsverwaltung umfaßten. ...

Die Erfassung der Arbeitskräfte erfolgte im wesentlichen nach dem Grundsatz der möglichsten Vermeidung schärferer Zwangsmaßnahmen. Die Bürgermeister wurden aufgefordert, eine Liste aller derjenigen Personen an das Arbeitsamt einzureichen, die sowohl nach wirtschaftlichen als auch nach sonstigen Gesichtspunkten entbehrlich waren. Dabei mußte mindestens die zugeteilte Gestellungs-Soll-Zahl erreicht werden. Die benannten Arbeitskräfte wurden daraufhin vom Arbeitsamt dienstverpflichtet. Insoweit sie der Beorderung nicht Folge leisteten, übernahm es die Polizei, zusammen mit Angehörigen des Arbeitsamtes, die Leute zwangsweise vorzuführen.

Über die Vorschläge der Bürgermeister hinaus stellten außerdem die Arbeitsämter anhand der kleinbäuerlichen Betriebskartei ... weitere abkömmliche Arbeitskräfte fest. Das Verfahren bezüglich der Heranbringung dieser Personen an den Arbeitseinsatz für das Reichsgebiet war das gleiche wie bei den durch die Bürgermeister Benannten. Die polizeiliche Heranholung geschah fast durchwegs in der Nacht. ...

Um die Bürgermeister zu einer möglichst intensiven Mitarbeit anzureizen, wurden monatlich an die drei erfolgreichsten Gemeinden eines jeden Kreises, Preise in Form von Wodka, Lebensmitteln, Textilien und sonstigen Verbrauchsgütern des täglichen Lebens gegeben. ...

Die Schwierigkeiten, die sich bei der Arbeitererfassung selbst ergaben, lassen sich ... im einzelnen nicht aufzählen. Nur allgemein kann gesagt werden, daß neben der Zurückhaltung der Bevölkerung gegenüber einer Vermittlung ins Reichsgebiet auch die oft verständliche Neigung der hiesigen Industrie, Landwirtschaft, deutschen Dienststellen, Baudienst usw., ihr Arbeiterpersonal zu behalten, eine wesentliche Rolle spielten. ... Auch das Schwinden jeglicher Sympathie für die Arbeitseinsatzverwaltung bei den passiv Beteiligten war nicht weiter verwunderlich, wirkte jedoch insofern störend und zeitraubend, als sich die Arbeitsämter immer wieder mit den vielerlei Einwendungen, Beschwerden usw. beschäftigten mußten. ...

Über das Resultat geben die folgenden Zahlen einen Überblick:

Zeitspanne 1.9.—31.12.42	Kontingent	z.Sammellager in Marsch gesetzt:	% des Solls	i.Reichsgebiet abgefahren:	% d. Solls
	26 000	41 435	159	24 154	92,9

Der Distrikt Radom stand damit für diesen Zeitabschnitt innerhalb des Generalgouvernements prozentual an erster, rein zahlenmäßig an zweiter Stelle.

Zeitspanne 1.1.—heute	Kontingent	z.Sammellager in Marsch gesetzt:	% des Solls	i.Reichsgebiet abgefahren	% d. Solls
	29 100	30 129	103	26 095	89,67

Insgesamt wurden also seit Beginn der letzten verstärkten Aktion, das ist ab 1.September 1942, 50 249 Arbeitskräfte aus dem Distrikt Radom in der Rüstungsindu-strie und der Landwirtschaft des Reichsgebietes eingesetzt.

Von Ende 1939 an gerechnet wurden aus dem Distrikt Radom 205 809 Kräfte ins Reichsgebiet vermittelt, das entspricht einem Verhältnis zur Bevölkerungsziffer von 7,8 %.

Meine bisherigen Ausführungen treffen durchweg auf die Zeit bis Mitte April 1943 zu. Von hier an haben sich die Verhältnisse des Arbeitseinsatzes grundlegend geändert. Wenn es vorher möglich war, sowohl freiwillig als auch mit gesetzmäßigen Beorderungen Arbeitskräfte zu gewinnen, so ist seit dem angegebenen Termin jede Art von Anwerbung wegen des gesteigerten Banditenunwesens beinahe erfolglos geworden. Die Bürgermeister halten sich von einer Mitarbeit zurück. Sie leben in ständiger Furcht, von den Banditen für ihre Hilfeleistung zur Rechenschaft gezogen zu werden. Außerdem ist ihr Einfluß auf die Einwohnerschaft ihrer Gemeinde stark gesunken.

Die Polizei widmet sich weisungsgemäß fast ausschließlich der Banditenbekämpfung. Für die Mitwirkung beim Arbeitseinsatz bleibt ihr keine Zeit mehr. Alle Nachtaktionen werden grundsätzlich von ihr abgelehnt, weil die damit verbundene Lebensgefahr zu groß ist. Die Arbeitsämter sind damit auf sich selbst angewiesen. . . . Eine erhebliche Anzahl von Angehörigen der Arbeitseinsatzverwaltung ist bereits ein Opfer von Überfällen geworden. Auf e inige Neben- und Hilfsstellen der Arbeitsämter wurden Anschläge verübt, Kartei- und Aktenmaterial vernichtet, die Einrichtungsgegenstände verbrannt.

... Ein Transport polnischer Arbeiter wurde kürzlich auf dem Wege nach Tschenstochau während der Fahrt in der Eisenbahn überfallen. Die Banditen drangen, nachdem der Zug eben eine Station verlassen hatte, von den Trittbrettern der Wagen aus in die Abteile, bedrohten das Begleitpersonal mit erhobener Waffe und gaben den Transportteilnehmern Gelegenheit zur Flucht.

Das Polizeisonderkommando des Arbeitsamtes Kielce wurde vor einiger Zeit am hellen Tage in seinem Kraftwagen von einer ca. 50 Mann starken Bande angehalten. Hierbei wurde ein Werber des Arbeitsamtes erschossen, die Polizisten ihrer Uniformen beraubt und ein paar für die Vermittlung ins Reichsgebiet erfaßte Polen befreit.

Die Arbeitsamtsnebenstelle in Jedrzejow ist Anfang dieses Monats mit dem gesamten Inventar durch Feuer zerstört worden.

... Es ist unbedingt notwendig, daß wieder eine annähernde Befriedung der Bevölkerung eintritt und die Polizei in nennenswertem Ausmaße für die Mithilfe bei der Erfassung von Arbeitern verfügbar wird. ...

Entwicklung und Probleme der Wirtschaft.

Berichterstatter: a) Der Leiter der Abteilung Wirtschaft, Rechtsanwalt ::-:: Wetzel[11]). ::-::

... In diesem Zeitraum wurden 5 722 Maschinen und 1 913 Betriebseinrichtungen ... erfaßt und für anderweitigen kriegswichtigen Einsatz zur Verfügung gestellt. Im gleichen Zeitraum wurden teils durch systematische Durchkämmung der Betriebe, teils durch die von der Abteilung Wirtschaft ins Leben gerufene Altstofferfassungs-Organisation erfaßt:

an Metallen	ca.	8 000 kg
an Schrott und Gußbruch	ca.	15 000 to
an reißfähigen Lumpen, einem wichtigen Rohstoff für unsere Textilindustrie	ca.	1 000 000 kg.

---

[11]) Unterstreichung Blei

2233-PS

BESCHREIBUNG:
Band 27: „Tagebuch III 1943“ 1.6. — 30.6.

Warschau

Freitag, den 18. Juni 1943

10^{40} Arbeitstagung der Distriktsverwaltung im Großen Sitzungssaal des Palais Brühl.

Gouverneur Dr. ::-:: Fischer[1]) ::-:: im Namen der Distriktsverwaltung Warschau:

... das Generalgouvernement sei jetzt kein befriedetes Heimatgebiet mehr, sondern befinde sich in einer gewissen Krise ...

Die Ernsthaftigkeit der Sicherheitslage sei der Regierung durch den Besuch in Radom und Lublin bekannt geworden. Warschau mache keine Ausnahme. ...

In der Zeit vom 1.Januar bis 31.Mai hätten sich im Gebiet des Distrikts Warschau 1 885 Überfälle ereignet. Das sei nur die Zahl der gemeldeten Überfälle, während die wirkliche Zahl vermutlich erheblich höher liege. Bei den Sabotageakten seien im Distrikt Warschau 178 Personen getötet worden, darunter 86 Deutsche ...

Das Ziel der Banditen gehe offenbar dahin, die deutsche Verwaltungsarbeit lahm zu legen. Aus diesem Grunde würden ständig führende Personen der deutschen Verwaltung ermordet. ... Weiter richteten sich die Angriffe auch gegen die polnischen Dienststellen der unteren Instanz besonders in der Gemeindeverwaltung. So seien z.B. die im Gebäude der Kreishauptmannschaft Minsk untergebrachten wichtigsten Unterlagen sämtlicher Gemeinden durch Brandstiftung vernichtet worden. In diesen Kreisen seien von 16 Gemeindeverwaltungen nicht weniger als 15 völlig zerstört.

... Nach einem offenbar einheitlichen Sabotageplan seien in einer einzigen Nacht 22 Molkereien in den verschiedenen Kreishauptmannschaften angegriffen worden.

Die deutsche Verwlatung sei zur Zeit nicht mehr völlig Herr der Lage. ... Die Erzeugungsschlacht des Jahres 1943 sei aufs äußerste gefährdet, wenn es nicht gelinge, innerhalb der nächsten Wochen dieser Situation Herr zu werden.

[1]) Name Ti unterstrichen, „ch“ Ti überschrieben

Von seiten des Distrikts sei alles nur Mögliche getan worden: deutsche Polizei und Gendarmerie einschließlich des SD hätten in den letzten Monaten höchste Einsatzbereitschaft gezeigt. ... Die Wehrmacht habe dankenswerter Weise die Maßnahmen der Polizei weitgehend unterstützt. Auch sei die S.A. als Objektschutz eingesetzt worden. ...

Ein Großeinsatz in einzelnen Kreisen habe keinen Erfolg, da sich die Banditen sofort in die Nachbarkreise zurückzögen. Ein wirkungsvoller Schutz könne nur gewährt werden, wenn in jeder Kreishauptmannschaft eine Polizeiformation vorhanden sei, die ständig für die systematische Bekämpfung der Banden zur Verfügung stehe. ...

Er sei allen denen, die eine Katastrophenstimmung aufkommen lassen wollten, bisher immer aufs schärfste entgegengetreten. ...

Warschau habe außerordentliche Rückschläge erlitten, die Stadt sei schwer beschädigt worden und habe vor allem ihren Charakter als Hauptstadt des ehemaligen polnischen Raumes verloren. Der Nimbus, der früher Warschau als Metropole der polnischen Republik umgab, habe dieser Stadt genommen werden müssen, und von der Distriktsverwaltung sei auch diese politische Weisung stets befolgt worden. Es gehe aber nicht an, diese Stellung gegenüber Warschau auch jetzt noch während des Krieges so genau durchzuführen, daß die Interessen des Reiches darunter litten. ... Warschau habe über 50 % der Steuern aufgebracht, es habe ein Steueraufkommen von 469 Millionen Zloty. Eine große Bedeutung komme der Stadt Warschau als Sitz einer umfangreichen ::-:: Rüstungsindustrie[2]) ::-:: zu. ... In den Rüstungswerken seien 65 000 Arbeiter beschäftigt. Der Auftragsbestand sei vom Oktober 1939 mit 9,9 Millionen Reichsmark auf 205 Mill.Reichsm. im Jahre 1942 gestiegen und belaufe sich zur Zeit auf 240 Mill.Reichsm.. Die Möglichkeiten einer weiteren Verlagerung von Industriebetrieben in die Stadt Warschau sei zu bejahen.

Der Bevölkerungsverlust in der Stadt Warschau sei auf etwa 1 Million zu berechnen. Die ::-:: Bevölkerungszahl[2]) ::-:: könne noch weiter verringert werden, vor allem auch im Hinblick auf den völligen Abbau des Ghettos. Ein Bauverbot wäre verfehlt, da es sich um Rüstungsaufgaben des Reiches handle. Zudem würden beim Abbruch des Ghettos gewaltige Mengen

[2]) Unterstreichung Ti

von Steinen und Eisen gewonnen werden. ... Bis 31.Mai 1943 seien im Distrikt Warschau 166 655 Arbeiter ins Reich vermittelt worden. Dazu kämen noch 46 394 Arbeiter, die für das Generalgouvernement von Warschau aus vermittelt worden seien. In Warschau gebe es 300 000 Sozialversicherte. Die Arbeitseinsatzverwaltung verdiene für ihre hervorragende Arbeit alle Anerkennung, umso mehr, da sie auf einem der schwierigsten Posten stehe. Acht führende Männer dieser Verwaltung hätten ihr Leben hingeben müssen. Nachdem noch in den ersten Monaten ds.Jrs. über 27 000 Arbeiter ins Reich hätten vermittelt werden können, sei nunmehr ein weiterer Abzug vor allem im Hinblick auf die Bestellung und Ablieferung der Ernte nicht mehr möglich.

... Das Reich habe erkannt, daß die bisherige Polenpolitik ein Ende haben müsse. ... Die deutsche Zivilverwaltung habe es deshalb nicht notwendig, ihre Politik gegenüber den Polen auch nur im geringsten zu ändern. Diese Feststellung sei umso wichtiger, als einige Beobachtungen gezeigt hätten, daß man teilweise zu sehr geneigt sei, das Pendel nach der anderen Seite ausschlagen zu lassen: manche Deutsche versuchten, sich bei den Polen anzubiedern, auch zeigten deutsche Behörden manchmal eine zu große Nachgiebigkeit gegenüber den Polen. Diese Nachgiebigkeit würde von den Polen nur als Schwäche ausgelegt. Der katastrophale Rückgang der Ablieferung von Milch und Eiern in der letzten Zeit zeige auch schon, wie die Polen darauf reagierten. Was der Pole brauche, sei vor allem eine bessere Ernährung und das Gefühl einer gewissen Rechtssicherheit.

Warschau

Sonnabend, den 19.Juni 1943

18[35] Großkundgebung der NSDAP im Hause „Roma". Der Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouverneur Dr. Frank:

... Im übrigen ändert sich an den Grundsätzen der ::-::Führung und Verwaltung dieses Raumes[3]) ::-:: nichts. So sehr auch die Banditen und die internationalen rein jüdischen Hetzer versuchen, im letzten Augenblick noch in den besetzten Gebieten das Kriegsziel mit solchen Mitteln für sich zu sichern, so sehr sei ihnen gesagt, dass wir Deutschen jetzt gewappnet sind.

[3]) Unterstreichung Ti

Ich weiss auch, dass das Gros der ::-:: polnischen Bevölkerung[4]) ::-:: diesem Treiben fernsteht. ... Ich weiss, dass Tausende und Abertausende polnische Männer und Frauen in deutschen whrwichtigen Industrien unter schwersten Lebensbedingungen arbeiten. Loyal, wie das deutsche Reich Adolf Hitlers immer ist, wird es auch die Loyalität dieser Arbeit mit Loyalität belohnen. Die Lebensbedingungen der fremdvölkischen Bevölkerung werden ab 1.September eine grundlegende Verbesserung erfahren, wie sie auch notwendig ist. Wir werden hier die Sätze einführen, die für die Fremdvölkischen in anderen Teilen des Reiches schon eingeführt sind und die etwa 80% der für die Deutschen in Deutschland gewährten Sätze ausmachen. ...

An die fremdvölkische Bevölkerung dieses Raumes, an Polen und Polinnen, richte ich aber eine letzte entscheidende Warnung, sich unter allen Umständen von jenem Treiben fernzuhalten, und fordere sie auf, jeden Versuch einer Organisation, die deutsche Ordnung und das deutsche Leben in diesem Raume zu gefährden, abzuwehren. ... Der Hinweis darauf, dass etwa da und dort in der Welt Grüppchen von Emigranten versuchen, nochmals die alte Ordnung herbeizuführen, ist geradezu albern. Die polnische Republik oder ein irgendwie gearteter ::-:: eigener polnischer Staat[5]) ::-:: wird niemals wieder erstehen. ...

Es geht nicht an, dass das wachsende grossdeutsche Volk des nationalsozialistischen Reiches die Weichsel jemals freigeben könnte. Da nun einmal dieses Gebiet zum Lebensraum unseres grossdeutschen Volkes gehört, kann nur die eine Schlussfolgerung gezogen werden, dass nur unter gegenseitigem Ausgleich der völkischen Interessen dieses Raumes eine vernünftige dauernde Regelung des Gemeinschaftsdaseins erreichbar ist. Dazu sind wir in diesem Raum; das ist die erste Aufgabe des Deutschtums in diesem Lande. Denn wenn der Krieg einmal beendet ist, dann werden Tausende und Abertausende von Deutschen in diesen Raum kommen. Trotzdem werden wir Platz finden für das Leben und das wohlgefügte, auch ::-:: eigengesetzliche Dasein des polnischen Volkstums[4]) ::-:: in diesem Raum. Wir wollen den Polen weder ihre Sprache noch ihre Kultur noch ihre Kirche noch sonst etwas nehmen; wir wollen sie nur davor bewahren, dass sie durch eigene Staatsgründung immer wieder ins Unglück gestürzt werden. Unter dem Schutz

[4]) Unterstreichung Ti
[5]) Unterstreichung Ti über Blei

des grossdeutschen Reiches kann das polnische Volk friedlich den Acker bestellen und seiner Arbeit nachgehen. Wir wollen nicht germanisieren; solche lächerlichen Pläne haben wir nicht. Wir wollen nur den freien Entwicklungsgang für das deutsche Volk in diesem Raum; alles andere wäre eitel Mühe.

BESCHREIBUNG:
Band 28: „Tagebuch IV 1943" 1.7. — 31.8.
hs Unterstreichungen Ti

Krakau

Freitag, den 9. Juli 1943

12^{15} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple, des Präsidenten Dr. Losacker und des Pressechefs Gassner den Präsidenten der Hauptabteilung Gesundheitswesen Professor Dr. Teitge und 50 Ärzte des Distrikts Krakau sowie eine Anzahl Ärzte der Wehrmacht...

Präsident Professor Dr. Teitge:

... Im Generalgouvernement herrschten viele ::-:: Seuchen, ::-:: die man in Deutschland nicht oder kaum kenne, die aber gerade für die Deutschen besonders gefährlich seien. Der Gesundheitsführung im Generalgouvernement sei es gelungen, das ::-:: Fleckfieber ::-:: soweit einzudämmen, dass es für die Deutschen seine grössten Gefahren verloren habe. Aber es gäbe daneben andere Seuchen, wie Typhus und Ruhr, die weitere Gefahren für die Deutschen mit sich brächten.

.....

Der Herr Generalgouverneur:

... Uns Ärzten in diesem Raume fehlt vor allem eine Klarlegung des grossen Problemes des ::-:: Nachwuchses der fremdvölkischen Ärzte. ::-:: Wir können in diesem Raum ... keine Germanisierungs- und gewaltsame Deutschtumspolitik treiben. Meine Aufgabe in diesem Lande, in welchem nur knapp 1,5 % der Gesamtbevölkerung Deutsche sind, ist die, die Arbeitspotenz dieses Volkes so stark wie nur möglich in den Dienst des Sieges

unseres Volkes zu stellen. ... Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit, dass wir die Bevölkerung in zunehmendem Masse pfleglich zu behandeln haben, um ihre Arbeitskraft sicherzustellen. Denn jeder europäische Mensch, ganz gleich, welchen Volkes er ist, ist heute mit immer grösserer Wichtigkeit ein Punkt in der Entwicklung unseres Sieges. Es ist sehr einfach, ein Volk, sagen wir einmal, auszurotten oder in seinen Lebensbedingungen so herabzudrücken, dass es ausstirbt. ... Aber wir würden uns sehr schaden, wenn wir diese Prozetur etwa auf die polnische Bevölkerung übertragen wollten. ...

Es ist daher nicht Polenfreundschaft, wenn ich mich immer und immer wieder bemühe, diese pflegliche Behandlung der Bevölkerung auch bei den Reichsstellen durchzusetzen, sondern es ist einfach die eiskalte Erkenntnis, dass man im Kriege nur den Sieg wollen darf, sonst nichts, und dass alle anderen Fragen nach dem Siege gelöst werden können. Mitten hinein in die pflegliche Behandlung gehört die Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung dieses Raumes. ... Zum 1.September dieses Jahres wird eine einigermassen ausreichende Verpflegung der fremdvölkischen Bevölkerung sichergestellt werden. ...

Im Zusammenhang mit der pfleglichen Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung in unserem Sinne und Interesse ist natürlich auch die Frage des ::-:: fremdvölkischen Ärztenachwuchses ::-:: von grösster Bedeutung. Ich werde auch hier alles tun, um im deutschen Interesse die Betreuung der fremdvölkischen Ärzteschaft soweit wie nur möglich zu fördern. Es ist auch nicht ganz unangebracht, wenn ich in diesem Zusammenhang dankbar feststelle, dass sich auch die polnischen und ukrainischen Ärzte doch in grossem Umfange dieser Gemeinschaftsarbeit im Dienste der allgemeinen Gesundsheitsführung dieses Raumes nicht nur nicht verschlossen, sondern teilweise sehr aktiv und verdient mitgearbeitet haben.

... In diesem Zusammenhang müssen wir sagen, dass gerade, was die Gesundung Europas angeht, die Beseitigung des ::-:: jüdischen Elements ::-:: eine wahre Erlösung bedeutet. Wenn diese Aufgabe von unserer Generation gelöst wurde, wenn wir diese Hauptbazillenträger im allgemeinen wie auch im politischen Sinne aus unserem Gemeinschaftsleben abgeschoben haben, dann liegt darin eine ganz grosse Vorbedingung für die Wiederherstellung gesunder Lebensverhältnisse der Völker Europas.

Freitag, den 23. Juli 1943

16[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Leiter des ::-:: Polnischen Hauptausschusses ::-:: Graf Ronikier, den stellvertretenden Leiter Direktor Seyfried in Gegenwart der Gouverneure Dr. Losacker und Dr. Wendler, des Landesoberverwaltungsrats Weyrauch und des stellvertretenden Leiters der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge Türk.

... Graf Ronikier überreicht dann folgende Notiz:

Die derzeit auf einem Teil des Gebietes des Generalgouvernements (dem Distrikt Lublin) im Gange stehende Aktion der Pazifikation, welche mit einer ::-:: Umsiedlungsaktion ::-:: verbunden ist — obwohl vor einigen Monaten von maßgebenden Stellen erklärt wurde, die Umsiedlungsaktion sei bereits beendet — zwingt den Polnischen Hauptausschuß aus dem Grunde, weil sie ganze Massen von neuen Fürsorgebedürftigen schafft, folgende Punkte zu unterbreiten, deren volle Berücksichtigung zur Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben desselben unerläßlich sind:

1. Die Einstellung der Aktion in der Form, in welcher sie jetzt durchgeführt wird, und die Einstellung der damit verbundenen ::-:: Umsiedlungsaktion. ::-::

2. Die Übergabe der ganzen ::-:: Fürsorge ::-:: für die durch die behördlichen Maßnahmen Betroffenen, besonders auch in den Sammel-, Durchgangs- und anderen Lagern, sowie hauptsächlich auch der Fürsorge für die betroffenen Kinder an den Polnischen Hauptausschuß sowie seine Fürsorgestellen.

3. Die Gewährung völliger ::-:: Bewegungsfreiheit ::-:: für die mit diesen Aufgaben betrauten ::-:: Fürsorgestellen ::-:: des Polnischen Hauptausschusses sowie deren Angestellte, die Erteilung denselben jeglicher Hilfe von seiten der behördlichen Dienststellen sowie die Zuweisung seitens der Regierung der nötigen Geldmittel sowie der erforderlichen Mittel in Natur für die durch die Aktion Betroffenen.

Graf Ronikier weist auf die schwierige Arbeit des Polnischen Hauptausschusses hin. Die neue Aktion im Distrikt Lublin bringe einen solchen Kreis von Hilfsbedürftigen mit sich, daß sie den Herrn Generalgouverneur um Hilfe bitten müßten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt seine Bereitschaft zu dieser Hilfe. Der Zeitpunkt sei gekommen, an dem von dem bisherigen sehr scharfen Kurs einmal abgegangen werden solle. ...

Die Sicherheit im Generalgouvernement habe leider sehr zu wünschen übrig gelassen. Eine große Anzahl von Deutschen sei erschossen worden und täglich kämen neue Verlustmeldungen. ...

Trotz alle dem habe die deutsche Verwaltung einen großen Schritt vor: er habe durchgesetzt, daß ab 1.September 1943 die Ernährung des polnischen Volkes auf eine ausreichende Basis gestellt werde. ...

Der Herr Generalgouverneur führt weiter aus, daß er als Deutscher und alter Nationalsozialist im Reich viel für die polnischen Belange getan habe. ... Im Laufe der Jahre müsse man zu einem vernünftigen gegenseitigen Verhältnis gelangen. Schritt um Schritt werde er den Polen entgegenkommen, er müsse dies aber als Deutscher verantworten können und das Gefühl haben, daß diese Entwicklung nicht gegen sein Vaterland, gegen das schwerringende Deutsche Reich gehe. ...

Auf Antrag des Gouverneurs Dr. Losacker und Vorschlag des Landesoberverwaltungsrats Weyrauch stellt der Herr Generalgouverneur dem Polnischen Hauptausschuß den Betrag von ::-:: 2 Millionen Zloty[1]) ::-:: zur Verfügung. ...

Als weiteren Schritt der deutschen Verwaltung kündigt er eine Änderung des deutschen Kurses an. Hier gelte als erste Maßnahme die Einführung der neuen Rationssätze ab 1.September. Sie werde — davon sei er überzeugt — eine große Erleichterung bringen. ...

Krakau

Montag, den 2. August 1943

11^{30} Der Herr Generalgouverneur empfängt in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Boepple SS-Obergruppenführer von dem Bach, der als Sonderbevollmächtigter des Reichsführers SS Himmler die Ergebnisse der Sicherheits- und Umsiedlungsaktionen im Generalgouvernement mit dem Generalgouverneur bespricht.

[1]) Unterstreichung Kop

Der Herr Generalgouverneur gibt dabei seiner ungeheuren Enttäuschung Ausdruck über die Ergebnisse, die die bisherigen Sicherheitsaktionen gezeitigt haben. Er weist darauf hin, daß die Umsiedlungssituation im Distrikt Lublin einer Katastrophe gleicht und betont, daß es völlig unmöglich ist, die bisher gehandhabte Methode weiter inne zu halten. Er verlangt die sofortige Abstellung dieser Zustände.

SS-Obergruppenführer von dem Bach sagt ... Abhilfe im weitesten Umfange zu und übermittelt auch den ausdrücklichen Wunsch des Reichsführers SS Himmler, daß diese Fragen in persönlicher Aussprache und im vollen Einvernehmen zwischen der Regierung des Generalgouvernements und den Polizei- und Sicherheitsorganen geklärt werden sollen. ...

Der Herr Generalgouverneur faßt die Ergebnisse der eingehenden Aussprache wie folgt zusammen:

1. Polizeiliche Großaktionen sollen künftig im Generalgouvernement weder unter dem Thema Bandenbekämpfung noch unter dem Thema Umsiedlung stattfinden.

2. Als einziges sich wirklich bewährt habendes System der Sicherheitsgarantie insbesondere im Hinblick auf die dringende Frage der Ernteeinbringung wird die möglichst dichtmaschige Dislocierung von kleinen Polizeistationen in die Ablieferungsdörfer erkannt.

3. General ::-:: Becker[2]) ::-:: erklärt, daß, sobald die Großaktion im Distrikt Galizien, die durch den Einbruch der militärisch geführten sogenannten Kolback-Bande ausgelöst wurde, abgeschlossen ist, diese Dislocierung im weitesten Umfange auch in den Distrikten Galizien und Lublin durchgeführt wird. In den Distrikten Krakau, Warschau und Radom sei sie bereits im vollen Durchorganisiertwerden.

4. Die ::-:: Angelegenheit Lublin[2]) ::-:: soll sobald wie möglich zum Abschluß gebracht werden. Der Herr Generalgouverneur betont, daß er es für zweckmäßig halte, daß der SS- und Polizeiführer Globocnik seinen Posten unverzüglich an seinen Nachfolger abtrete, damit auch in diesem Punkt eine Bereinigung der polizeilichen Befehlssituation im Distrikt Lublin eintrete.

.....

[2]) Unterstreichung Kop

Zusammenfassend erklärt der Herr Generalgouverneur, daß er, je schwieriger die Situation im Generalgouvernement würde, desto entschiedener seine Politik der Heranziehung der loyalen Bevölkerung dieses Raumes zur Mitarbeit an den Reichsaufgaben aufrecht erhalten werde, dies umso mehr, da diese Politik vom Führer in jeder Weise gedeckt werde.

17[15] Empfang von 30 Reichsrednern im Königssaal. Anwesend sind noch Staatssekretär Dr. Boeppel, Hauptabschnittsleiter Stahl, Präsident Ohlenbusch, Ministerialrat Dr. Weh und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur:

In diesem Augenblick ist nun ein Ereignis eingetreten, daß selbstverständlich auch für unsere Parteigeschichte von äußerster Bedeutung ist, nämlich der Sturz Benito Mussolinis und die Auflösung der Faschistischen Partei. Daß zu all' dem anderen, was über unsere unglücklichen Städte hereinbraust, was sich über dem Westen und dem Norden unseres Reiches und in einer ganzen Reihe anderer blühender deutscher Siedlungen ereignet, die jetzt unter diesen furchtbaren Terrorangriffen zerstört werden, was die Invasion der Engländer und Amerikaner auf Sizilien und der unglaublich wuchtige[3]) Angriff der Sowjetrussen an Kraftanstrengungen erfordert, noch der Sturz Benito Mussolinis erfolgt, ist eine der gewaltigsten Proben, die uns gesinnungsmäßig auferlegt sind. ... Gerade ich, der ich mit dem Duce durch die Jahre hindurch sehr gut stand und der ich — wie Sie wissen — im Jahre 1936 die ersten Schritte der Annäherung zwischen dem Nationalsozialismus und dem Faschismus eingeleitet habe, die dann mit der Krönung des gegenseitigen Bündnisses ihren größten Erfolg hatten, kann Ihnen sagen, daß ich es persönlich für unsere Partei als einen Vorteil ansehe, daß dieses mehr oder weniger schwächliche Gebilde an unserer Seite verschwunden ist. Heute stehen die Fronten klar: hier das Hakenkreuz und dort der Jude.

... Die Ereignisse in Italien sind aber trotzdem für uns in der Weltfront ein Schlag, für die Juden aber ist es ein Erfolg, daß der einzige nennenswerte Partner — Mussolini ist ein Genie und einer der größten Männer des Abendlandes — gestürzt werden konnte.

Für uns im Generalgouvernement ist die Tatsache außerordentlich wichtig, daß die Position dieses Landes infolge der Entwicklung der Kriegs- und Weltlage aus einem Randgebilde

[3]) ursprünglich „wichtige", Kop verbessert

mehr oder weniger zu dem Herzstück wird. ... Unser Land ist geopolitisch eingereiht in die Kraftfelder zwischen Nord, Ost, Süd und West.

Daß es uns geglückt ist mit knapp eineinhalb Prozent deutschen Anteils an der Bevölkerung eine deutsche Führung durchzuhalten, ist nationalsozialistisch. ... Das Generalgouvernement hat sich als Einheitsstaat gebildet und als Nebenland des Großdeutschen Reiches völlig autark entwickelt. ... Die Feststellung, daß das Generalgouvernement im vorigen Jahr dem Reich 760 000 to Getreide zur Verfügung gestellt hat, erfüllt uns mit Stolz. ... Wenn Sie weiter bedenken, daß wir in der Arbeiterablieferung an das Reich auch an der Spitze stehen und in allen anderen Funktionen immer mehr in den Blickpunkt rücken, daß wir z.B. bei der Industrieverlagerung das große Aufnahmebecken werden, erkennen Sie die Wichtigkeit des Generalgouvernements. ...

In diesem Raum sind wirklich positive Ergebnisse nur zu erzielen, indem wir uns zunächst sagen: im Krieg gilt nur eines, nämlich der Sieg. Was dem Siege dient, ist richtig, was ihn erschwert, ist falsch. ... Wenn ich in diesem Raum mit knapp 3 000 Mann mit 16 Millionen Fremdvölkischer etwas fertig bringen muß, dann muß ich mich auf das hier lebende Volk und seine Kraft stützen, dann darf ich dieses Volk nicht vernichten wollen. ... Was nach dem Sieg mit diesem Volk geschieht, ist jetzt gleichgültig, aber was jetzt geschieht, ist wichtig. Es ist daher klar, daß die reinen Terrormethoden, die Kollektivjustiz falsch sind und einfach einen Stoß gegen den Sieg bedeuten. Denn gerät dieses Land in Aufruhr, dann können wir nicht wie mancher Großsprecher einfach sagen: der deutsche Herrenmensch wird auch damit fertig. Hier stehen ein paar Deutsche einer Masse gegenüber. Ich trage die Verantwortung, daß mit 150 000 polnischen Eisenbahnern der Transport im Lande aufrecht erhalten wird. ... Ich bin heute auf den schmierigsten Polacken, der mir die Züge an die Ostfront fährt, angewiesen. ... Wir wissen alle, daß dieses Land einmal deutsch wird, daß wir die Polacken hier nicht dulden werden. Aber dazu kommt die Zeit, wenn wir den Krieg gewonnen haben. ...

Bei uns stehen die Dinge ganz klar. Einem, der sagt, was mag mit der NSDAP werden, können wir erwidern: die NSDAP wird den Juden bestimmt überleben. Hier haben wir mit dreieinhalb Millionen Juden begonnen, von ihnen sind nur noch wenige Arbeitskompanien vorhanden, alles andere ist — sagen wir einmal — ausgewandert. ...

BESCHREIBUNG:
Band 29: „Tagebuch V 1943" 1.9. — 31.10.
hs Unterstreichungen und Verbesserungen Ti

TAGEBUCH V 1943

Krakau

Mittwoch, den 15. September 1943

12[30] Der Herr Generalgouverneur empfängt im Königssaal in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler die Obergerichtspräsidenten des Generalgouvernements, die unter Führung des Präsidenten der Hauptabteilung Justiz Ministerialrats Wille erschienen sind.

Der Herr Generalgouverneur:

... Im wesentlichen sind es drei Komplexe von ::-:: Schwierigkeiten, ::-:: die heute auf der ::-:: Justiz ::-:: lasten. Die erste Schwierigkeit hier im Generalgouvernement ist die Frage: wie kann man dem deutschen Volksgenossen hier im Raum trotz der Notwendigkeiten des Krieges eine sein Vertrauen verdienende Rechtssprechung sicherstellen! ...

Im wesentlichen wünsche ich, ... daß der deutsche Volksgenosse und die deutsche Volksgenossin im Generalgouvernement absolut das Empfinden haben, daß unabhängige Richter ohne jeden Einfluß irgendeiner staatlichen oder sonstigen Dienststelle auf Grund des alten germanischen Rechtsideals Recht sprechen, wonach niemand verurteilt werden kann, es sei denn, daß man ihn gehört, ihm Verteidigung und einwandfrei objektive Darlegung seiner Rechtanschauung zu einem konkreten Fall gewährleistet hat. ...

Die zweite ::-:: Schwierigkeit ::-:: des Justizlebens dieses Raumes ist eine echt ::-:: raumbedingte. ::-:: Sie kommt daher, daß auf Grund des prozentualen Verhältnisses zwischen deutscher und fremdvölkischer Bevölkerung ein allerdings nur zahlenmäßig gesehener geringerer Spielraum zur Verfügung steht. Hier muß ich feststellen, daß unser Prinzip, soweit wie irgend möglich die fremdvölkischen Justizbelange durch fremdvölkische Faktoren unter unserer Aufsicht erledigen zu lassen, richtig war. ...

Die dritte Schwierigkeit ist die rein ::-:: kriegsbedingte. ::-:: Wir müssen davon ausgehen, daß wir uns durch nichts davon abbringen lassen dürfen, daß das Generalgouvernement ein dauernder Bestandteil des Großdeutschen Reiches sein wird. Unter diesem Aspekt gesehen sind die Schwierigkeiten der Sicherheit der Justiz und ihrer Gefängnisse, des Mangels an Personal von uns unter dem Gesichtswinkel des Krieges der Lösung entgegenzuführen. Ich glaube, daß wir für unseren gesamten Beamtennachwuchs zu einer eigenen Schulung hier im Raume übergehen müssen. ... Die Schwierigkeiten, aus dem Reich eine Auffrischung unseres Personalbestandes zu erhalten, steigen an. ...

Die ::-:: Sicherheitslage ::-:: dieses Raumes ist unabhängig von den Faktoren, die wir beherrschen, sie kommt von außen, eine Verantwortung dafür trifft uns nicht. Sie hängt in ihrer Gefährdung mit dem Widerwillen mancher Kreise der Bevölkerung gegen die deutsche Herrschaft zusammen und daß man unter allen Umständen versucht, das deutsche Leben durch fremdländische feindliche Propaganda und von Widerstandskreisen her zu stören. Die Verstärkung der Polizeikräfte und der Einsatz von Wehrmacht werden aber dazu beitragen, die Sicherheitslage ständig zu verbessern.

Krakau

Dienstag, den 21. September 1943

15^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Mühlmann und Referenten von Palézieux in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Boepple.

Gegenstand der Besprechung ist zunächst die Frage, in welcher Weise und an welchem Ort die Kunstschätze des Generalgouvernements untergebracht werden sollen. ...

Der Herr Generalgouverneur legt größtes Gewicht darauf, daß die Kunstschätze bombensicher untergebracht werden, und beauftragt Referenten von Palézieux, ein Sachverständigengutachten über die Bombensicherheit der für die Aufbewahrung auf der Burg zu Krakau bestimmten Räume einzuholen.

... Diese Kunstschätze des Generalgouvernements seien Staatseigentum des Generalgouvernements. Sie seien vom Staat beschlagnahmt und würden hier verwahrt für Zwecke,

die im Kriege nicht feststellbar seien. Wenn einige Kunstschätze sich noch außerhalb des Generalgouvernements befänden, so müsse ein Verzeichnis aufgestellt werden, in welchem diese Tatsache Erwähnung finde.

Der Auffassung des Herrn Generalgouverneurs, daß es unter den Beteiligten nunmehr eigentlich keine Streitpunkte mehr gebe, widerspricht Staatssekretär Dr. Mühlmann mit dem Hinweis, daß für ihn gleichwohl noch Streitpunkte grundsätzlicher Art beständen, zum mindesten über gewisse Dinge ein großes Mißverständnis herrsche. Selbstverständlich bestehe hinsichtlich der Übergabe bzw. Überstellung von Kunstgegenständen auf die Burg kein Zweifel mehr, aber hinsichtlich der Übergabe dieser Gegenstände aus seiner Verantwortung in die des Herrn Generalgouverneurs müsse er, Staatssekretär Dr.Mühlmann, erst durch den Reichsmarschall von seiner Vollmacht entbunden werden.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt demgegenüber, daß ihn diese Dinge nicht berührten, da die in Betracht kommenden Kunstgegenstände auf Grund einer Verordnung in das Eigentum des Staates Generalgouvernement übergegangen seien. Was etwa noch zweifelhaft sei,wie z.B. das Eigentum an der Sammlung Czartoryski,müsse geklärt werden.

.....

Der Herr Generalgouverneur betont, daß ihm der Führer seine Vollmachten einschließlich der uneingeschränkten Verfügungsgewalt über das staatliche und sonstige Eigentum des Generalgouvernements total bestätigt habe. ... In seiner Eigenschaft als Generalgouverneur unterstehe er ausschließlich dem Führer. ... Er sei zudem Beauftragter des Reichsmarschalls für die Zwecke des Vierjahresplans und überdies auch Reichsverteidigungskommissar. Über die in Rede stehenden Dinge könne es also jetzt keinen Zweifel mehr geben, wo ein einheitlicher Staatsfiskus im Generalgouvernement vorhanden sei, der in sich geschlossen das ganze überhaupt vorhandene öffentliche Eigentum in Händen habe. ... Die zahlreichen für die besetzten Gebiete gegebenen Bestimmungen hätten im Generalgouvernement keine Geltung. ... Was die Kunstgegenstände angehe, so gehörten sie offiziell dem Deutschen Reich.

... Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß die Gesamtübergabe der Kunstgegenstände in die Verwaltung der Kanzlei des Generalgouverneurs zum 1. Dezember 1943 in einem feierlichen Rahmen erfolgt. ...

Krakau

Sonnabend, den 2. Oktober 1943

16^{40} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialrat Dr. Weh.

Gegenstand der Besprechung ist der von Ministerialrat Dr. Weh dem Herrn Generalgouverneur vorgelegte Entwurf einer

Verordnung über die Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement.

Nach kurzer Erläuterung durch Staatssekretär Dr. Bühler und Ministerialrat Dr. Weh stellt der Herr Generalgouverneur seine Bedenken zurück und unterzeichnet den Verordnungsentwurf.

Dienstag, den 19. Oktober 1943

Der Herr Generalgouverneur erklärt:

Mit einer am 10. Oktober in Kraft getretenen Verordnung habe er unter Zurückstellung aller hemmenden formalen Bedenken der Sicherheitspolizei außerordentliche Vollmachten an die Hand gegeben. Dazu aber seien eine Verstärkung der die Sicherheit allein tragenden bewaffneten Organe des Reiches wie Polizei, Wehrmacht usw., eine möglichste Dislozierung dieser Kräfte in das Land und ein engstes Zusammenwirken aller deutschen Dienststellen, ob militärischer, verwaltungsmäßiger oder polizeilicher Art, unbedingt notwendig, die gesamtdeutsche Führung dieses Raumes sicherzustellen. ...

SS-Oberführer Bierkamp:

... Bei dieser Lage habe er eine nachgebende Politik der deutschen Verwaltung für verfehlt gehalten und dem Herrn Generalgouverneur schärfere Mittel vorgeschlagen. So sei die VO. vom 10. Oktober entstanden. Einige auf Grund dieser Verordnung sofort in der Öffentlichkeit vollstreckte Todesurteile an der Zugehörigkeit zur Widerstandsbewegung Überführte hätten in der Bevölkerung Eindruck gemacht. Auch die Praxis, für zukünftige Morde an Deutschen bereits überführte Verhaftete in der Öffentlichkeit als dafür zu erschießende Geiseln

bekanntzugeben, habe einige Entspannung gebracht. So seien in Warschau die Morde an Deutschen, die bis zum Erlaß der VO. vom 10.Oktober allnächtlich 7 bis 8 betragen hätten, auf 2 zurückgegangen.

Auf der anderen Seite habe nun die Widerstandsbewegung ihre Verbände nach Warschau hineinverlegt und wolle nun Terror mit Gegenterror beantworten. Gewagt haben sie es aber bisher noch nicht, jedoch habe man Handzettel des Inhalts „Wir setzen Terror gegen Terror, die deutschen Unterdrücker werden weichen müssen" bereits gefunden. ...

Krakau

Sonnabend, den 23. Oktober 1943

11^{00} Eröffnung des Wintersemesters der Verwaltungsakademie in der neuen Universität mit Aushändigung der Kriegsverdienstkreuze I. und II. Klasse durch den Herrn Generalgouverneur. ...

Hierauf hält der Herr ::-:: Generalgouverneur ::-:: über:

„Das Führerprinzip in der Verwaltung" folgenden Vortrag: ...

... In immer stärkerer Begriffsklarheit erstanden dabei die großen Gesichtspunkte, die fundamental die Grundlage des Wirkens in diesem Raum darstellten. Es sind folgende:

1) Das Generalgouvernement ist staats- und völkerrechtlich als Nebenland des Großdeutschen Reiches Bestandteil des Großdeutschen Machtbereiches in Europa. ... Die Souveränität über diesen Raum liegt beim Führer des Großdeutschen Reiches und wird in seinem Namen vom Generalgouverneur ausgeübt, der in sich alle Zuständigkeiten des Führers stellvertretungsweise zusammenfaßt.

2) Die Führung und Verwaltung dieses Nebenlandes geschieht in Eigenverantwortung derart, daß die Regierungsmethode dieses Raumes ausschließlich von den Entschließungen der hier eingesetzten maßgeblichen Dienststellen abhängt, denen freilich die große Linie des schicksalhaft über dem ganzen deutschen Machtraum liegenden Kriegsbedarfs die entscheidende Richtung gibt.

3) Dieser Raum ist ein seit Jahrhunderten deutsch durchdrungener, mit reichen deutschen kulturellen, wirtschaftlichen und technischen Arbeiten, mit deutschem Fleiß und deutschem Können entwickelter Teil Europas. Die deutsche

Führung dieses Raumes ist daher geschichtlich durch die Vorleistung unserer Vorfahren gerechtfertigt. Sie hat heute die Aufgabe, die vielen Millionen Polen und Ukrainer in gerechter kriegsmäßig starker Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu halten, um zum Segen dieser Völker selbst ihre Arbeitskraft in den Dienst des Aufbaues Europas zu stellen. Zahlenmäßig überwiegt freilich dieses fremde Volkstum das deutsche weit, und daraus ergibt sich ein entscheidendes Element für die Führungsart dieses Gebietes.

... Führen heißt die Verantwortung tragen — sonst nichts! Alles andere an Erscheinungsformen des Führertums ergibt sich aus diesem Leitbegriff der Verantwortung. Das Befehlenkönnen, das Autorität Zeigen, das Besiegen der Widersprüche, — dies alles sind nur äußere zusätzliche Modalitäten des Kernstücks des Führertums, das in der Verantwortung liegt.

... Die Führung in der Verwaltung heißt weiterhin die Entscheidung über die Methode des Staatshandelns im einzelnen zu tragen. ... Diese Methode heißt nach unseren Erfahrungen: möglichst pflegliche Behandlung des fremden Volkstums unter Ausschaltung jeder willkürlichen Gewalt zum Zwecke der Sicherstellung von Gesundheit, Lebens- und Arbeitsfreude dieser Bevölkerung im Interesse des europäischen Freiheitskampfes. Gerade die fremde Bevölkerung dieses Raumes soll das Empfinden haben, wenn sie sich auch kriegsbedingt vielen Schwierigkeiten gegenüber sieht, ... daß sie in zunehmendem Maße einer gerechten Behandlung durch die Führung dieses Gebietes teilhaftig wird.

... Wir unterstehen ausschließlich und unmittelbar dem Führer. Die Regierung des Generalgouvernements hat hier die gleichen Funktionen, die im Reich die Reichsregierung hat und die übrigen Reichszentralen haben. Die Gesetzgebung ist uns für diesen Raum anvertraut. Polizei- und Sicherheitskräfte unterstehen dem Generalgouverneur.

15^{00} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Präsident Ohlenbusch, Pressechef Gassner und Oberlandesverwaltungsrat Weirauch.

Gegenstand der Besprechung ist ein an den Herrn Generalgouverneur gerichtetes Schreiben des Vorsitzenden des Polnischen Hauptausschusses Grafen Ronikier, in dem dieser seinem Bedauern über die neuerdings erfolgten Erschießungen von polnischen Volkszugehörigen Ausdruck gibt und angesichts der schmerzlichen Erregung in der polnischen Bevölkerung eine Teilnahme an dem

::-:: Erntedankfest ::-:: davon abhängig macht, daß für die Zukunft gewisse Garantien gegen solche polizeiliche Maßnahmen gegeben würden.

Der Herr ::-:: Generalgouverneur ::-:: weist Oberlandesverwaltungsrat Weirauch an, dem Grafen Ronikier zu eröffnen, daß er sich am gleichen Tage bis 18^{00} zu entscheiden habe, ob er an dem morgigen ::-:: Erntedankfest ::-:: mit den Mitgliedern des Polnischen Hauptausschusses teilnehmen wolle. Werde diese Erklärung innerhalb der gesetzten Frist nicht abgegeben, so werde er die ihm geeignet erscheinenden Schritte ergreifen, und sich auch nicht scheuen, den ::-:: Polnischen Hauptausschuß aufzulösen. ::-:: Wenn Graf Ronikier eine Empörung über die Erschießung von Polen, die als Angehörige der nationalen, bezw. kommunistischen Widerstandsbewegung der Polizei bekannt seien, an den Tag lege, so möge ihm gesagt werden, daß er, der Generalgouverneur, über die Erschießung von fast 1000 Deutschen noch viel empörter sei. Er sei unter keinen Umständen gewillt, die deutsche Autorität auch nur im geringsten in Zweifel ziehen zu lassen.

Anschließend findet eine kurze Besprechung der von SS-Oberführer Bierkamp neuerdings ergriffenen Maßnahmen statt.

Staatssekretär Dr.Bühler hält es für geboten, diejenigen Polen, die erschossen werden sollen, vorher in einem geordneten Standgerichtsverfahren a-bzuurteilen. Auch müsse es fürderhin vermieden werden, diese Polen als ::-::Geiseln::-:: zu bezeichnen; denn die Erschießung von Geiseln sei immer ein beklagenswerter Vorgang und gebe dem Ausland nur Argumente gegen die deutsche Führung im Generalgouvernement.

Mittwoch, den 27.10.1943. Krakau

12^{30} Richtfest für den Kanzleineubau für alle Bauarbeiter und die auf der Burg beschäftigten Nichtdeutschen.

Der Herr Generalgouverneur:

Arbeitskameraden und Kameradinnen!

.....

Es wäre schön, wenn der Bau der Burg, der von Deutschen und Polen gemeinsam errichtet wurde, ein Symbol dafür wäre, dass diese beiden Kulturvölker in Zukunft in einem vom Bolschewismus befreiten Europa ein glückliches Leben führen wollten.

15^{00} Gouverneurssitzung

Staatssekretär Dr. Bühler: ... Reichsführer SS Himmler habe dem Herrn Generalgouverneur in einem Fernschreiben mitgeteilt, dass die Aufstellung neuer Divisionen der Waffen-SS ihn dazu genötigt habe, den bisherigen Staatssekretär für das Sicherheitswesen, General der Polizei Krüger, abzuberufen. Er habe vorgeschlagen, den bisherigen Höheren Polizeiführer des Warthegaues, SS-Obergruppenführer Koppe, zu seinem Nachfolger in der Stellung als Staatssekretär für das Sicherheitswesen zu ernennen. Der Herr Generalgouverneur habe diesem Vorschlage zugestimmt.

16^{45} Besprechung über die Sicherheitslage. Anwesend sind Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Dr. Boepple, die Gouverneure Dr. Fischer, Dr. Wächter, Kundt und Dr. Wendler, SS-Oberführer Bierkamp, Generalmajor der Polizei Grünwald, der Bevollmächtigte Dr.Heuber und Regierungsdirektor Dr. Schmidt.

SS-Oberführer Bierkamp führt folgendes aus:

... In Warschau habe man bereits eine Menge Individuen gefasst, die mit Waffen aller Art, sogar mit Handgranaten ausgerüstet gewesen seien. ...

Die Sicherheitspolizei habe viele Leute, die seit dem 10.Oktober auf Grund der Verordnung vom gleichen Tage strafbare Handlungen begangen haben, in Händen. Diese seien zum Tode verurteilt und würden als Sühne für Verbrechen erschossen. Ihre Namen würden der Bevölkerung durch Plakate bekannt gegeben, und ihr mitgeteilt, dass die und die Leute Begnadigung zu erwarten hätten, wenn nicht weitere Morde an Deutschen vorkämen. Für einen ermordeten Deutschen würden 10 dieser Polen hingerichtet. Für Verbrechen, die Polen begangen hätten, würden nur Polen hingerichtet werden und analog sei es bei den Ukrainern. Für Taten der nationalen Widerstandsbewegung würden auch keine Kommunisten erschossen und umgekehrt. Bei unklarem Sachverhalt würden kommunistische Verbrecher erschossen. ...

17^{30} Fortführung der Besprechungen unter Hinzuziehung der Präsidenten Senkowsky, Naumann, Struwe, Eißfeldt und des Oberlandesforstmeisters Mann.

Präsident Struwe: Im nächsten Jahr würden im Reich 3 Millionen Arbeitskräfte benötigt. Das Generalgouvernement müsse dazu 100 000 Mann abstellen. Diese Zahl lasse sich ohne grössere Schwierigkeiten aufbringen, denn sie betrage nur 1/30el des Gesamtaufkommens, während bisher immer 10 bis 30% angefordert worden seien. Die Arbeitsverwaltung des Generalgouvernements wende sich jetzt in starkem Masse Fragen der Arbeitsdisziplin zu, da jetzt durch Schaffung einer ausreichenden Ernährung die Voraussetzungen dafür gegeben seien.

Der Herr Generalgouverneur gibt Präsident Struwe seinen Wunsch bekannt, zur Arbeitererfassung Polizeikräfte nicht mehr heranzuziehen.

. . . . . .

BESCHREIBUNG:
Band 30: „Tagebuch VI 1943" 1.11. — 31.12.
hs Unterstreichungen und Verbesserungen Ti

Donnerstag, den 18.11.1943 Krakau

16[55] Der Herr Generalgouverneur begibt sich mit Reichsführer SS Himmler zu einer ::-:: Sitzung in das Regierungsgebäude. ::-:: ...

In Anwesenheit führender Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements und zahlreicher SS- und Polizeiführer hält der Herr Generalgouverneur folgende Ansprache:

... Dass Sie, lieber Parteigenosse ::-:: Himmler, ::-:: heute hier anwesend sind, erfüllt mich als den Chef dieses Nebenlandes mit besonderer Beglückung. Nicht zuletzt waren es die von Ihnen mit dem nationalsozialistischen Geist und der besten deutschen militärischen Tradition erfüllten Polizei und Sicherheitskräfte, die während dieser 4 Jahre durch ihren selbstlosen Einsatz erreicht haben, dass sich in diesem Raum die Autorität des Führers und des Reiches durchgesetzt hat. ...

In diesem Augenblick obliegt mir nun, von einem lieben Kameraden Abschied zu nehmen. Parteigenosse Krüger ...

Was die Polizei aller Teile hier geleistet hat, braucht nicht besonders betont zu werden; ihre Leistung ist eines der stolzesten Kapitel der deutschen Polizeigeschichte. Dass Sie sich, lieber General Krüger, in diesem Sommer besonders bewährt haben bei der Bekämpfung der sogenannten Kolbak-Bande, die plötzlich wie ein Blitz aus heiterem Himmel in die beinahe befriedet geglaubten Gefilde des Distrikts Galizien einbrach, ist ein Ruhmesblatt Ihrer Bewährung. Dafür möchte ich Ihnen ganz besonders danken und diesen Dank im Namen aller Deutschen und aller Verwaltungsangehörigen zum Ausdruck bringen. ...

Im Einvernehmen mit dem Reichsführer SS werden nunmehr Sie, P a r t e i g e n o s s e K o p p e, die Leitung des Sicherheitswesens des Generalgouvernements als Nachfolger des Obergruppenführers Krüger übernehmen. ... Ihre Stellung ist eine der wichtigsten, die es im Generalgouvernement gibt. Sie ist das Rückgrat der Staatsautorität,und daher ist es wichtig, dass Sie in dieser Position auch eines der wichtigsten Verbindungsglieder zwischen dem Reichsführer SS und mir sind. ...

Die ::-:: Stellung des Generalgouvernements ::-:: im Rahmen des grossdeutschen Reiches hat sich im Verlaufe des Jahres 1940 aus der ursprünglichen Position der sogenannten besetzten polnischen Gebiete zu einem untrennbaren Bestandteil des grossdeutschen Machtbereiches emporentwickelt. Drei Grundsätze sind es, nach denen die Verwaltung hier geführt wird: die Einheit der Verwaltung, die Durchsetzung des Führerprinzips in der Verwaltung und der Vorrang der absoluten Sachlichkeit vor allen anderen Gesichtspunkten. ...

Eine Handvoll Deutscher muss 16 Millionen Fremdvölkischer regieren, nicht nur regieren, sondern bei der Arbeit halten, nicht nur bei der Arbeit halten, sondern bei Stimmung halten und nicht nur bei Stimmung halten, sondern einfügen in das werdende Europa, das unter der Führung Adolf Hitler's und seines Reiches erstehen wird. Dieser stufenmässige Aufbau der Einreihung der Kraft dieser Völker in unseren Dienst ist geglückt. Hunderttausende von Angehörigen, dieser fremden von uns geführten Volkstümer dieses Raumes haben sich in die Arbeitsnotwendigkeiten eingefügt. Ich nenne nur die 150 000 Polen im Dienste der Ostbahn, denen knapp 7 000 Deutsche gegenüber stehen. ...

Reichsführer SS! Was ist aber alles, was wir tun, gegenüber den grossen Belangen und Sorgen des Führers! ... Für Sie, Parteigenosse Himmler, bedeutet es auch ein schweres Gefühl,

wenn Sie an die Fülle der Aufgaben und Vollmachten denken, die Ihnen der Führer in der schicksalhaftesten Stunde unseres Reiches übertragen hat. Wenn es jemand versteht, was dieses Mass an Verantwortung für Sie persönlich an Leistungsfähigkeit verlangt, auch an Sorgen bringt, dann kann ich es sein, der ich Sie seit Beginn der Bewegung als einen der treuesten Mitgestalter des Führerwerkes kenne.

Rede des Reichsführers SS und Reichsministers des Innern H i m m l e r am 18.11.43 im Regierungsgebäude.[1])

Herr Generalgouverneur, lieber Parteigenosse F r a n k!

... Ich darf nun als Reichsführer SS und Reichsminister des Innern e i n i g e G e d a n k e n zum Ausdruck bringen und e i n i g e R i c h t l i n i e n aufzeigen, die ich mir als Reichsinnenminister für die Verwaltung aufgestellt habe. Als wir Nationalsozialisten vor 10 Jahren an die Macht kamen, fanden wir im ganzen Staat in Verwaltung und bei der Polizei, feste — um nicht zu sagen — festgefahrene Verhältnisse vor ...: auf der einen Seite die große Erwerbslosigkeit, auf der anderen Seite ein Staat, der gute Beamte hatte, die aber keineswegs die ihnen zu einem großen Teil bis dahin fremden Gedanken des Nationalsozialismus verstanden hatten,zum weiteren ein Reich, das nach unseres Führers und unserer heiligsten Überzeugung in der größten Gefahr schwebte, abgerüstet früher oder später der Spielball — gar nicht einmal ein ernst genommener Partner — unserer hochgerüsteten Nachbarn zu werden. ...

Der Weg ging lange Jahre auf zwei verschiedenen Geleisen: Das eine Geleise war die Verwaltung, das andere Geleise war die mir gestellte Aufgabe der Polizei. ... Ich habe die Polizei im Großen im Jahre 1936 übernommen, nachdem ich bereits im Jahre 1934 die Geheime Staatspolizei übertragen erhielt. Ich konnte in diesen ganzen Jahren ... vor dem Kriege und in den ersten Kriegsjahren in der Öffentlichkeit nichts davon verlauten lassen, welche Aufträge ich hatte. Ich konnte zum Beispiel nicht sagen, daß ich vor dem Einmarsch in der Ostmark den Auftrag hatte, 20 000 Mann mobile Polizei auf die Beine zu bringen. ... Mit dem Polizeibeamten alten Stils, der den Nachdruck auf das Wort Beamter legte, hätten wir die Aufgaben nicht lösen können.

[1]) T der Rede Himmler's Ds | über Üb roter Geheim-Stp, daneben: GGK 3560-12/44g (Rot) | auf jeder Blattseite u r: 6978/43 (Ti)

Es ergab sich von vornherein das Schwere, aber wie ich glaube heute doch gelöste Problem, daß der Mann der SS und Polizei in Ordnungs- und Sicherheitspolizei zum einen Angehöriger einer Polizeiformation ist, zum anderen Beamter ist und zum dritten Soldat ist ...

Seit kurzer Zeit bin ich nun als Reichsführer SS vom Führer zum Reichsminister des Innern ernannt worden. Ich sehe meine Aufgabe darin, Verwaltung und Polizei auch vom Standpunkt der Verwaltung aus — wie ich es vorher vom Standpunkt der Polizei aus tat — in das Verhältnis zueinander zu bringen, das daraus die größte Schlagkraft und die größte Ausnützung jeder Kraft dieser beiden für den Staat und für das Reich in seinem Entscheidungskampf und für die Zukunft erwächst. ... Die Verwaltung bedarf der Exekutive und die Exekutive hat sich hier reibungslos und selbstlos in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen. Die Polizei ist überall der erste sichtbare Träger der Reichs- und Staatsautorität. Eine Reichs- und Staatsautorität für sich allein gibt es nicht. ...

Ich darf nun zu dem hiesigen Raum kommen. ... Die Situation ist Ihnen allen am besten bekannt. Es leben hier 16 Millionen Fremdvölkische und rund 200 000 Deutsche, wenn wir die Angehörigen der Polizei und Wehrmacht noch dazu nehmen, vielleicht 300 000. Diese 16 Millionen Fremdvölkische, die früher noch durch eine Unzahl von Juden, die ja jetzt ausgewandert sind oder zum Osten gebracht wurden, vermehrt wurden, setzen sich zum größeren Teil aus Polen und zum kleineren Teil aus Ukrainern zusammen. Im Polen haben wir einen der schwierigsten slawischen Stämme, und zwar der ostslawischen Stämme, die wir kennen, im Gegensatz zu den Südslawen des Balkans, die wir die Kroaten, Bosniaken usw. erheblich leichter in den europäischen Raum ein- bzw. anzugliedern sind. Die Polen ein unglückseliges Volk, das seit 7 Jahrhunderten direkt vor unserer Tür gelagert ist, geopolitisch in einer der unseligsten Stellungen, die auf unseren Lebensadern liegt und die uns seit Jahrhunderten zu Handlungen zwingt, und die uns in jedem Fall wo wir nicht gehandelt haben, das Leben fast abschnürten oder ein paar Mal fast beendeten! Dieses Volk ist ein Prototyp eines slawischen Volkes: fähig, so viel zu organisieren, daß es jeweils gegen eine staatliche Ordnung, gegen seinen Herren und gegen die bestehende Herrschaft Konspirationen, Sabotage und Zerstörungen durchführen konnte, auf die Dauer aber in seiner jahrhundertelange Geschichte niemals fähig war, ein als Staat anzusprechendes Organisationsgebilde aufzubauen.

Dieses Volk hat nun der Generalgouverneur als der Treuhänder des Führers und Ausdruck der Reichsgewalt zu verwalten, in Ordnung zu halten und jetzt im Krieg aus ihm unerhörte Leistungen an Rüstung, Ernährung und Arbeitskraft herauszuholen. ... Im Rahmen der Neubesetzungen, die der Abschied all der Mitarbeiter und deren Betreuung mit neuen Aufgaben mit sich gebracht hat, sind nun Sie, Kamerad Koppe vom Generalgouverneur und mir gemeinsam als Staatssekretär für das Sicherheitswesen und Höherer SS- und Polizeiführer eingesetzt. ... Sie ... haben hier angeleitet durch unseren unvergesslichen Kameraden Heydrich sich eine reiche sicherheitspolizeiliche Erfahrung erworben und waren zuletzt Höherer SS-und Polizeiführer im Warthegau, in einem Gebiet, dessen polizeiliche und völkische Verhältnisse denen des Generalgouvernements am nächsten sind. ... Sie haben sich in diesem Gebiet abermals eine große Erfahrung sammeln können in der Art, wie man dieses fremde Volk behandelt und in der Kampfesweise, wie dieser hinterhältige Gegner niederzuhalten ist. ...

Ich bin fest davon überzeugt, daß unsere Arbeit in diesem Nebenland des großdeutschen Reiches in der Beherrschung von 16 Millionen Fremdvölkischen durch eine hauchdünne Schicht von Deutschen harmonisch ablaufen wird, so harmonisch, wie es der Führer wünscht. ...

Dienstag, den 14. Dezember 1943 Krakau

17^{00} Zum Abschluß eines in der Schulungsburg des Arbeitsbereichs für Offiziere der Luftwaffe veranstalteten Lehrganges ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort:

... Uns ist im November 1939 die Frage gestellt worden, wie wir diesen Raum, den uns der Führer anvertraut hatte und den wir damals vorfanden, in eine Art Ordnung überführen könnten. Die Beantwortung dieser Frage war eigentlich ganz einfach, indem uns nämlich der Führer damals sagte: schauen Sie, daß Sie aus diesem Gebiet irgend etwas machen, was haltbar und geeignet ist; Sie haben plein pouvoir. ... Ein besetztes Gebiet sind wir Juni 1940 nicht mehr. Seit diesem Zeitpunkt ist das Generalgouvernement Bestandteil des großdeutschen Machtbereiches. ...

Wenn wir z.B. im letzten Jahre 760 000 to Brotgetreide an das Reich abgeliefert haben, und wenn diese Getreidemenge 60% dessen ausmacht, was das gesamte übrige seit 1941 besetzte Ostgebiet an das Deutsche Reich geliefert hat, so ist das nur einer der Beweise für die Leistungsfähigkeit dieses Raumes und der deutschen Führung.

Mein Ziel ist ganz klar: für mich gelten nicht die Polen, die wir erschossen, sondern lediglich die Polen, die wir zur Arbeit gebracht haben. Die Behandlung der eroberten Gebiete muß, solange der Krieg dauert, ausschließlich dem Prinzip unterstellt sein, das Gebiet an die Leistung heranzubringen. Deshalb muß alles geschehen, damit die Bevölkerung möglichst in Ruhe, Frieden und Ordnung gehalten wird, es darf nichts geschehen, was diese Bevölkerung überflüssiger Weise in Unruhe bringt. Ich erwähne hier nur ein Beispiel: es wäre falsch, wenn wir jetzt während des Krieges in diesem Gebiet große deutsche Einsiedlungen in das fremdvölkische Bauernvolk vornehmen wollten. Diese zumeist mit Zwang versuchten E i n s i e d l u n g e n führen zunächst dazu, die einheimische Bauernbevölkerung in eine maßlose Unruhe zu versetzen. Das hat wiederum im Hinblick auf die Leistung einen gewaltigen Ausfall im Ernteergebnis und einen Rückgang der Bestellungsarbeiten wie andere Nachteile im Gefolge. Ebenso falsch wäre, es, wenn man der Bevölkerung mit Zwang die Kirche oder jede Möglichkeit eines einfachen kulturellen Lebens nehmen würde. Falsch wäre es auch, zu sagen: die Bevölkerung dieses neuen Gebietes soll ruhig verhungern, wenn nur die Heimat etwas zu essen hat. Das ist falsch, solange wir von der Bevölkerung dieses Raumes eine Arbeitsleistung verlangen.

Sie wissen, daß allein die O s t b a h n, die im Eigentum des Staates Generalgouvernement als eigener Betrieb steht, der völlig in den Verwaltungsaufbau des Generalgouvernements eingefügt ist, 160 000 Angestellte und Beamte zählt. Davon sind 145 000 Polen und nur 9 000 Deutsche. Wenn diese Menschen heute in Unruhe geraten, so fährt kein Zug im Generalgouvernement. Denn mit den 9 000 Deutschen würde ich beim Belagerungszustand höchstens einige Züge in Gang bringen. Was das für die Ostfront bedeuten würde, brauche ich nicht zu sagen.

Sie erkennen aus diesem einzigen Beispiel, wie schwierig es ist, das Steuer der politischen Führung dieses Raumes nach den zwei Richtungen klar zu halten: daß hier niemals wieder ein

polnisches Leben, uns drosselnd, ersteht, daß aber andererseits, solange der Krieg dauert, Probleme hier nicht gelöst werden können, die wir ruhig auf die Zeit nach dem Siege vertagen können.

... Es gab viele und meines Erachtens durchaus begründete Gesichtspunkte, die geltend gemacht wurden und mit denen man zum Ausdruck brachte: schön und gut, aber wir müssen die Polen dezimieren, wo wir können; das deutsche Volk wird auch dezimiert, man kann keine Rücksicht nehmen. Das alles könnte man ins Feld führen, und es würde vielleicht auch seine Geltung haben, wenn man keine Arbeitsleistung von einem solchen Gebiet verlangt: dann kann man ruhig mit den Polen umgehen, wie man will, man kann sie ausrotten. Man kann auch ruhig Einsiedlungen mit Zwang und Gewalt vornehmen, nur darf man dann keine Ernte und kein Korngetreide verlangen. Außerdem ist die Dauer des Krieges bereits so maßgeblich, daß wir von dem Gesichtspunkt, die besetzten Gebiete sollten unter allen Umständen ausgepowert werden, deshalb abkommen müssen, weil wir nicht wissen, ob wir sie nicht im nächsten oder übernächsten oder in drei Jahren noch viel mehr gebrauchen als heute.

Wir müssen also zu einer pfleglichen Behandlung dieser Gebiete und ihrer Bevölkerung notgedrungen kommen. Ich kann zu meiner und zur Freude aller unserer Mitarbeiter feststellen, daß sich dieser Gesichtspunkt restlos durchgesetzt hat und daß alles, was früher immer gegen die angebliche Polenfreundschaft oder Weichheit dieser Art Anschauung gesagt wurde, vor den Tatsachen in Nichts zusammengesunken ist. ...

Wir haben in diesem Lande einen Punkt, von dem alles Unheil ausgeht: es ist W a r s c h a u. ... Warschau ist und bleibt der Unruheherd, der Punkt, von dem alle Unruhe in dieses Land hineingetragen wird. Warschau ist nun leider auch der Punkt, auf den alle Leite das größte Gewicht legen. Warschau ist nämlich zur größten Etappenstadt der Weltgeschichte geworden: alles strömt dorthin, alle möglichen Betriebe, Fabriken usw. suchen dort Unterschlupf, weil Warschau auch verkehrsmäßig günstig liegt. Damit ist auch wieder die Möglichkeit gegeben, polnische Arbeitskräfte dorthin zu bringen, und damit steht dann wieder der berühmte Schleichhandel im Zusammenhang, der nicht ausrottbar ist, solange es nicht eine fest und legal gültige Grenzsperre gibt. ... Es vergeht kaum ein Tag, an dem

mir nicht gemeldet wird, daß in oder bei Warschau ein Eisenbahntransport überfallen worden oder ein Mord geschehen ist. Das geschieht zwar nicht von dem Gros der Bevölkerung, wohl aber von einer fanatisch entschlossenen Widerstandsbewegung, die mit eiserner Faust zu zerschmettern unser aller Bemühen sein muß.

Ich habe jetzt folgende Methode eingeschlagen; wenn ein Deutscher ermordet wird, dann lasse ich eine bestimmte Zahl von im legalen gerichtlichen Verfahren als Verbrecher zum Tode verurteilten Individien am Tatorte erschießen. Das hat bereits in den letzten 4 Wochen zu einer wesentlichen Reduzierung der Zahl der Ermordeten geführt. Wir hatten allein im Monat Juni noch eine Zahl von fast 200 Ermordeten; die Zahl ist sofort,nachdem wir diese Maßnahme eingeführt hatten, wesentlich zurückgegangen und beträgt heute vieleicht im Monat 10, 20 oder 30. ... Wir haben 1939 in Krakau 480 Deutsche vorgefunden, die polizeilich gemeldet waren; wir haben heute in Krakau doch immerhin schon 35 000 Deutsche. ... Wenn wir bedenken, daß uns der Krieg immer wieder die Kräfte abzieht, wenn wir andererseits bedenken, daß der Krieg auch wieder Soldaten ins Land bringt, so besteht für mich doch gar kein Zweifel, daß im Laufe der Entwicklung — der Krieg mag dauern, so lange er will, — auch ein gewaltiger Aufstieg des deutschen Lebens in diesem Raum stattfinden wird.

Trotzdem bitte ich Sie: täuschen Sie sich nicht darüber, — Sie, die Sie dauernd Umgang nur mit Deutschen haben, dürfen nicht in die Illusion verfallen, hier in einem deutschen Lande zu sein. Denn die Zahl der Deutschen in diesem Raum, wie ich sie jetzt nach den amtlichen Zahlen kenne, erreicht gerade 1% der Gesamtbevölkerung. Wir haben über 16,8 Millionen Einwohner, und wir können höchstens mit 180 000 bis 200 000 Deutschen rechnen. Dabei nehme ich schon Tausende und Abertausende von Volksdeutschen hinzu, denen wir erst die deutsche Sprache beibringen müssen. ...

Wenn man darauf das Fazit zieht und in das für uns recht undurchsichtige Gewebe Südosteuropas blickt, wenn man nach Rumänien, Ungarn usw. schaut, dann darf man wohl mit Recht sagen: im Generalgouvernement muss das politische Steuer in der Richtung gehalten werden, dass um keinen Preis die geringste Schwächung der deutschen Autorität hier eintreten darf. Deshalb habe ich mich auch zu den bekannten

ganz scharfen Exekutivmassnahmen entschlossen, und ich darf Sie bitten, dafür auch Verständnis aufzubringen. Wenn wir für einen ermordeten Deutschen 10 oder 20 Polen, die im legalen Verfahren als Widerstandsprofessor festgestellt worden sind, am Tatort erschiessen lassen, so darf uns das nicht weiter bewegen. Das muss sein: denn wenn wir nicht durchgreifen, dann wird der Mord an unseren Deutschen,ganz gleich, welche Uniform sie tragen, sich sofort im Lande breit machen.

BESCHREIBUNG:
Band 31: „Tagebuch 1943 Inhaltsverzeichnis"

BESCHREIBUNG:
Band 32: „Regierungssitzungen 1943"
hs Verbesserungen Ti

Regierungssitzung
am 20. April 1943
(Führergeburtstag)
im Königssaal der Burg zu Krakau.

Teilnehmer:

Der Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Pressechef Gassner
Oberstarbeitsführer Hinkel
Oberstleutnant v.Dazur
Frhr von der Goltz
Frhr von Medem
Amtsleiter Gutbrod
Direktor Dr. Coblitz
Direktor Dr. Müller
Gouverneur Dr. Wendler
O.R.R. Wessel
Hauptbannführer Förschle
Erster Staatsanwalt
Dr. Meidinger
O.L.G.R. Dr. Weh
Präsident Ohlenbusch
Präsident Dr. Struve
Präsident Naumann
Generalleutnant d.Pol. Becker
Präsident Bauder
Gouverneur Kundt
Bankdirigent Dr. Paersch
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Gerteis
Ministerialrat Plodeck
Senatsrat Dr. Blauert
Präsident Dr. Eißfeldt
Präsident Losacker
SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth
Baudirektor Schuhmache
Präsident Tetzner
Präsident Lauxmann

Kanzler Kloetzel
Reg.Direktor Eichholz
Präsident Prof.Dr. Teitge
Hauptabschnittsleiter Stahl

Staatssekretär Dr. Bühler:

In der Arbeiter-Erfassung für das Reich stecken wir in den intensivsten Bemühungen. Der Herr Generalgouverneur hat vor wenigen Wochen den ein Millionsten Arbeiter für das Reich verabschiedet. Zur Zeit sind bereits wieder 10.000[1]) für das Reich geworben. In Galizien macht man den ersten Versuch, durch jahrgangweisen Aufruf der Bevölkerung die nötigen Arbeitskräfte für das Reich zu erhalten.

Hauptabteilungspräsident Struwe äussert sich über die Arbeiter-Erfassung. Seit der Verabschiedung des ein Millionsten Arbeiters in Krakau durch den Herrn Generalgouverneur, habe das Generalgouvernement bereits wieder 110.000 Kräfte für das Reich abgestellt. Zur Zeit laufe die sog. Bergbau-Aktion mit einem Soll von 50.000 Arbeitern, das Ergebnis sei bis jetzt aber noch reichlich unbefriedigend. Das liege daran, dass bei der hier erprobten erstmaligen jahrgangweisen Auskämmung in Galizien zwar 100 Prozent zur Musterung erschienen, jedoch nach der Ausmusterung den Behörden nicht Folge leisteten. Es erschienen dann nur 30 — 50 Prozent, während die grössere Hälfte durch Polizeikräfte herbeigeholt werden müsse. ...

Im Distrikt Krakau verliefen die Aktionen tadellos; hier seien das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen Arbeitseinsatz und Verwaltung besonders im Kreis Neu-Sandez vorbildlich. ... Entscheident für den Erfolg sei aber immer wieder die Frage, ob die deutsche Autorität Kraft genug besitze, den Menschen die deutschen Anordnungen als unausweichlich erscheinen zu lassen. ...

Präsident Eichholz:

Das polnische Geheimschulwesen breite sich ungeheuer aus, besonders in den Großstädten. Ein neues Problem im Bereich des polnischen Schulwesens stelle sich in der Notwendigkeit dar, über das Lehrziel der Volksschulen hinaus eine gehobene Ausbildung zu vermitteln, da man solche Kräfte für den unteren Dienst der deutschen Verwaltung benötige. ... Das Berufsschulwesen sei ausschliesslich in den Dienst der Rüstungsindustrie gestellt; zu diesem Zwecke habe man die Ausbildungszeit verkürzt, und die Absolventen würden dadurch früher dem Einsatz zugeführt. ...

SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth:

... Eine Verschärfung der Lage werde zwangsläufig eintreten, wenn man nicht erkenne, dass die bisherige Behandlung des polnischen Volkes in vielen Punkten falsch gewesen sei. Man müsse den Mut aufbringen, endlich den deutschen Kurs zu ändern. Dieses

[1]) vor „10 000“ eine „1“ (?) (Blei)

polnische Volk stelle für Deutschland ein nicht übersehbares Kriegspotential dar, das zur Gewinnung des Krieges voll eingesetzt werden müsse. Die deutsche Verwaltung müsse alles vermeiden, was bei den Polen einen unnötigen Druck hervorrufe, denn Druck erzeuge gewöhnlich Gegendruck. Man müsse vermeiden, Versprechungen zu machen, die man nicht halten könne. Das polnische Volk habe an sich Verständnis für den deutschen Kampf gegen den Bolschewismus, es sei antibolschewistisch eingestellt. ...

Wir alle seien uns darüber klar, dass wir mit einer Weiterführung unserer bisherigen Polen-Politik einfach Schiffbruch erleiden werden. Einen solchen Druck,wie ihn das polnische Volk erleide, habe noch nie ein Volk erleiden müssen. ... Gelinge es nicht, die Bereitwilligkeit des polnischen Volkes, diese Terror-Gruppen zu beseitigen, zu wecken, dann sähe er kein Mittel, mit dem man die Sicherheitslage im Generalgouvernement bessern könne. Der Feind würde in diesem Raume eine grosse Nachschubbasis vernichten, und die Rückswirkungen auf die Front im Osten würden von unübersehbaren Folgen sein.

Regierungssitzung
am Donnerstag, dem 22.Juli 1943,
11 Uhr, im Königssaal der Burg.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

... Wenn im Zusammenhang mit der Befriedungsaktion im Distrikt Lublin in grösserem Umfange wiederum Evakuierungen vorgenommen werden mussten, so möchte ich dabei doch betonen, dass alle diese Massnahmen, gemessen an dem, was nur ein einziger massierter Bombenangriff auf eine deutsche Grosstadt des Rheinlandes an Elend und Evakuierungsmassnahmen herabprasseln lässt, gar nichts bedeutet. Wenn Sie bedenken, dass wir im Reich vor dem Problem stehen, über 3 Millionen Menschen mit ihrem Hab und Gut aus den westlichen Teilen des Reiches zu evakuieren, — eine Aufgabe, die insbesondere für unsere deutsche Reichsbahn kaum lösbare Transportprobleme hervorruft, weil der Führer wünscht, dass möglichst auch das Privateigentum und die Möbel der zu evakuierenden Personen mit fortgeschafft werden sollen, — so können Sie ermessen, dass eine Zahl von einigen 10 000 oder 20 000 oder 30 000 Polen, die wir im Generalgouvernement irgendwo aus Notgründen evakuieren, damit nicht im Vergleich stehen kann und darf.

... Dass es geglückt ist, gerade im Zusammenhang mit meiner grundsätzlichen Aussprache mit dem Führer vom 9.Mai ds.Js. ... wiederum das vollste ::-:: Einvernehmen des Führers[2]) ::-:: mit

[2]) Unterstreichung Ti

meinen Anschauungen herbeizuführen, hat mir beim Führer den Ehrentitel des grossen Realpolitikers des Ostens eingetragen. ... Insbesondere war meine Besprechung vom 23.Juni mit dem Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Himmler in diesem Zusammenhang von grösster Bedeutung. Sie hat ein Problem, das uns Jahre lang beschäftigte und das sowohl für die Männer der Verwaltung wie der Sicherheit immer wieder zu Schwierigkeiten führte, nämlich das Problem des Verhältnisses der Regierung des Generalgouvernements zu den Polizei- und Exekutivorganen aller Art, in einer beide Teile völlig befriedigenden Weise restlos geklärt und ihren Niederschlag in dem Übereinkommen zwischen dem Staatssekretär der Regierung und dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen, das Sie im Verordnungsblatt des Generalgouvernements vom 15.7.[3]) gelesen haben, gefunden. ...

Auf die Dauer konnte ja die Wahrheit der Leistung der Männer, die im Dienste des Führers und des Reiches hier im Generalgouvernement ein Wunder vollbracht haben, nicht unterdrückt werden. ... Eine Ernteablieferung von 730 000 Tonnen Getreide allein aus dem Generalgouvernement, wie sie im Jahre 1942 erfolgte, ist fürwahr eine Wundertat, die uns noch von niemandem nachgemacht wurde. ... Wenn ich im übrigen nur eine Zahl nennen darf: ins Reich wurden aus unserem Gebiet über 1,3 Millionen Arbeiter verschickt, — ein Ergebnis, das ebenfalls einzigartig dasteht. ... Ihnen den Dank des Führers, den er mir am 9.Mai dieses Jahres ausgesprochen hat, zu übermitteln, ist für mich in dieser Stunde eine stolze Mission.

... Besonders schwierig war für uns in diesem Jahre ganz allgemein auch die Umsiedlungsfrage. Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Umsiedlung im allgemeinen restlos für die Dauer des Krieges eingestellt ist. ...

Die zweite Aufgabe, die der Ernährung gestellt ist, ist die ::-:: Ablieferung an das Reich[4]) ::-:: und die Wehrmacht. ... Ich glaube, dass wir im wesentlichen, wenn auch nicht wieder auf die Hungerexportzahl von 730 000 Tonnen, so doch auf 500 000 Tonnen kommen werden, die wir dem Reich zur Verfügung zu stellen gedenken. ...

Was die Industrieverlagerung angeht, so befinden wir uns auf vollen Touren, die jetzt gerade angelaufen sind. Wie Sie wissen, — ich selbst lege das grösste Gewicht darauf — haben wir für das Reich diese Not zu beseitigen, und wir übernehmen nun in den kommenden Monaten grosse, mit international bedeutsamen Namen versehene Industriekomplexe ins Generalgouvernement. ...

[3]) nach „7." ms gestrichen: „lesen werden"
[4]) Unterstreichung Blei

Beachtlich aber ist bei dieser Frage die uns dadurch aufgezwungene fast völlige Umstellung der Struktur des Generalgouvernements. Während wir bislang immer noch als ein Land figurierten, das für die Versorgung des Reiches mit Arbeitern und als Agrar-und Nahrungsland Europas in Betracht kam, werden wir binnen kurzem eines der wichtigsten Industriegebiete Europas werden. Ich erinnere an Namen wie Krupp, Heinkel, Henschel, deren Betriebe ins Generalgouvernement kommen werden. ... Ich bin glücklich über diese Entwicklung und dankbar dafür, dass wir unserem Vaterlande, das in seinen westlichen Teilen der schwersten Prüfung unterworfen ist, diese Ausweichstellung geben können. ...

Auf dem Gebiet der F i n a n z e n stehen wir in einer Entwicklung, die teilweise einen leisen inflationistischen Anklang zeigt, aber noch im allgemeinen akzeptiert werden kann. Das Reich hat an mich eine Forderung von 1,3 Millionen ::-:: Wehrbeitrag[5]) ::-:: gestellt. Das ist genau die Summe dessen, was die Wehrmacht hier im Lande an Sold und Löhnen braucht. Wir können also sagen, dass die bei uns vorhandene Wehrmacht nicht nur nahrungsmässig, sondern auch zahlungsmässig unterhalten wird. ... Was das für den Reichssäckel bedeutet, mögen Sie daraus erkennen, dass wir etwa 480 000 als Militärpersonen zu bezeichnende Menschen im Generalgouvernement haben, die wir auf unsere eigene Rechnung führen und für die wir die gesamten Gehälter für die Offiziere und den Sold für die Truppe aus unseren Kassen zahlen. ...

Generalleutnant B e c k e r:

... In den Gebieten, die man als Heimat der Banden erkannt habe, also im Bilgorajer Wald, hart nördlich und südlich davon, hätten Evakuierungen stattfinden müssen. ...

In diesem Zusammenhang stellt der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r fest, daß die Evakuierungsmaßnahmen im vollen Einvernehmen zwischen Reichsführer SS Himmler und ihm erfolgt seien.

R e g i e r u n g s s i t z u n g
im neuen Regierungssaal der Burg
am 26. Oktober 1 9 4 3

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r eröffnet die Regierungssitzung aus Anlass des vierten Jahrestages des Generalgouvernements.

---

[5]) Unterstreichung Blei

Der Chef der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretär Dr. Bühler verliest dann einen großen Rechenschaftsbericht über die Arbeit und die Leistungen des Generalgouvernements im Dienste des Krieges und des Reiches.

(Siehe Anlage)

Nach dem Regierungsbericht des Chefs der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretärs Dr. Bühler hält der Herr Generalgouverneur folgende Schlussansprache:

... Die Politik, die ich in diesem Raum von Anfang an durchzuhalten entschlossen war, wird vom Führer gedeckt; nur ihm sind wir verantwortlich. Niemand anderer ist berechtigt, uns im geringsten Vorschriften zu machen.

... Wir wissen, dass die Fahnen, die von unserer siegreichen Wehrmacht auf dieser Burg zum ersten Mal im September 1939 in den Ostwind gehisst wurden, niemals mehr heruntergeholt werden, und dass wir die erste Form dessen sind, was einmal in die Geschichte als Grossdeutsches Reich oder als Weltreich eingehen wird. ...

Diese Arbeit wird dann auch den Polen wieder die Ruhe bringen. Irgendwie eine Wiederaufrichtung des polnischen Staates auch nur in Erwägung zu ziehen, ist für die Polen Wahnsinn. Von dieser historischen Stätte aus möchte ich erklären, dass für den Führer und das deutsche Volk sämtliche historischen Probleme, die mit dem Polentum zusammenhängen, gelöst sind, und dass es uns gar nicht interessiert, wenn irgendwo in der weiten Welt über vergangene Dinge phantasievoll debattiert wird. Die Polen haben nur die eine Chance, ihre Kraft unter deutscher Führung zu ihrem eigenen Wohl und ihrer wohlbehüteten Lebens- und Kulturart in den Dienst Europas zu stellen. ... Wenn trotzdem wahnsinnige Narren glauben, in diesem Lande anonym durch Terrorakte gegen Deutsche wüten zu können, dann sollen sie von dieser Stelle aus zur Kenntnis nehmen, dass ich entschlossen bin — und mit mir alle deutschen Führer dieses Raumes —, alles einzusetzen, um das deutsche Leben in diesem Raum so sicher wie nur möglich zu gestalten, und dass ich entschlossen bin, den Sicherheitsorganen jede Vollmacht zu geben, die geeignet ist, diese Sicherheit zu gewährleisten. Das deutsche Leben ist uns anvertraut und wir haben daher die höchste Pflicht darin zu sehen, dieses Leben zu schützen. Es liegt bei den Polen selbst, solch anonyme und gemeine Mörder, die das vergebliche Beginnen, ihre Untaten möglichst umdeuten zu lassen, bald einsehen werden, nicht in Schutz zu nehmen. Ich verlange von der sogenannten polnischen Intelligenz, dass sie mithilft, diesen Terrorwahnsinn auf

ein Minimum zum Verglimmen zu bringen. Sonst besteht die Gefahr, dass das polnische Leben in diesem Raum sich eher reduziert als das deutsche.

Die Geschichte Polens ist jetzt ein Bestandteil der Geschichte Grossdeutschlands geworden. Damit kehrt der Bogen zurück, der einmal im 9., 10. und 11. Jahrhundert damit begann, dass der polnische Staat,die Weichsel und Oberschlesien unter deutscher Oberhoheit waren. So ist es recht, so ist es vernünftig und so ist es auch klar. Das deutsche Schwert hat diesen Raum erkämpft, die deutsche Führung wird diesen Raum für Deutschland sicherstellen. ...

Auszug aus dem als Anlage beigefügten Rechenschaftsbericht („Vier Jahre Generalgouvernement") von Staatssekretär Dr. Bühler[6])

II. 3. Die konkreten Leistungen des Generalgouvernements für das Reich.

... a) An der Spitze stehen hier die Leistungen der Ernährungs- und Landwirtschaft. Während noch im Jahre 1939/40 das Reich dem Generalgouvernement für die Versorgung insbesondere der Großstadt Warschau leihweise 130 000 t Getreide zur Verfügung stellen mußte, wurden bereits im Jahre 1940/41 an das Reich geliefert:

	121 000 t	Kartoffeln
	4 500 t	Zucker
	7 510 t	Vieh
und	800 t	Fette.

1941/42 wurden an das Reich geliefert:

	53 000 t	Getreide
	134 000 t	Kartoffeln
	4 465 t	Zucker
	21 498 t	Vieh
und	900 t	Fette.

1942/43 sind die entsprechenden Zahlen:

	630 000 t	Getreide
	520 000 t	Kartoffeln
	28 666 t	Zucker
	55 000 t	Vieh
und	7 500 t	Fette.

[6]) T des Berichtes Ds; verschiedene Verbesserungen und einzelne Unterstreichungen in Erstschrift

Für 1943/44 sind folgende Reichslieferungen geplant:

450 000 t Getreide
525 000 t Kartoffeln
20 000 t Zucker
40 000 t Vieh
und 7 700 t Fette.

Was namentlich diese letzteren Zahlen im Hinblick darauf, daß das Generalgouvernement nun selbst eine allgemeine Lebensmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung durchführen muß, beinhalten, läßt sich gar nicht hoch genug veranschlagen. ...

c) Daneben hat sich das Generalgouvernement nach Kräften in den Dienst der Kriegsrüstung des Reiches gestellt. Wenn auch aus erklärlichen Rücksichten hierzu kein umfassendes Zahlenmaterial gegeben werden soll, so zeigt doch allein das Beispiel des Distrikts Warschau, welche Anstrengungen auf diesem Gebiet des Ausbaues der Kriegsproduktion gemacht worden sind:

Es gab im Distrikt Warschau Mitte 1943 bereits 31 große W-Betriebe und weitere 43 vom Rüstungskommando beaufsichtigte Betriebe. Die Belegschaft der Rüstungsfabriken ist von 1 600 Mann 1939 auf 65 000 Mann 1943 gestiegen. Der Auftragsbestand, der Ende 1939 nur 19,8 Millionen Zloty betrug, machte Mitte 1943 bereits 480 Millionen Zloty aus.

d) Trotz dieses ständig wachsenden eigenen Wirtschaftsvolumens hat das Generalgouvernement noch gewaltige Mengen von Arbeitskräften in das Reich abgestellt.

im Jahre 1939 wurden 40 000,
im Jahre 1940 302 000,
im Jahre 1942 399 000 Arbeitskräfte

nach Deutschland abgegeben. Insgesamt wurden vom September 1939 bis Ende August 1943 1 124 000 Arbeitskräfte nach dem Reich vermittelt. Das sind Zahlen, die für sich sprechen! ...

f) Im Generalgouvernement, dem Durchgangsgebiet zur größten Front aller Zeiten, mußte das Verkehrs- und Nachschubwesen tadellos funktionieren. Die Ostbahn hat die ihr damit gestellte Aufgabe gelöst. Einige Zahlen mögen das Ausmaß der Warenaustausch- und Nachschubbewegungen verdeutlichen:

Im deutsch-sowjetischen Warenaustausch von 1939 bis 1941 wurden insgesamt befördert:

aus der UdSSR. 637 Züge mit Getreide,
879 Züge mit Öl,
1 051 Züge mit sonstigen Gütern;

nach der UdSSR. 3 056 Züge mit Kohle,
70 Züge mit sonstigen Gütern.

Anschließend an den Polenfeldzug liefen die Heimkehrer- und Umsiedlertransporte, die bei ihrem großen Umfang und im strengen Winter größte Anforderungen an das Betriebspersonal stellten.

Es wurden umgesiedelt

im Jahre 1939

Wolhynien- und Galiziendeutsche:
124 000 Personen mit 24 000 Pferden
und 13 000 Wagen,

Polen und Juden:
90 000 Personen;

im Jahre 1940 insgesamt:
268 900 Personen (Nordbuchenländer,
Volksdeutsche aus dem Gebiet San-Weichsel,
Polen und Juden).

Das Jahr 1942 brachte die Reko-rdzahl im Sonderverkehr mit insgesamt 1 641 Sonderzügen mit 2 460 000 russischen und polnischen Arbeitern. ...

Regierungssitzung
im Königssaal der Burg zu Krakau
am 16. Dezember 1943

—.—

Präsident Ohlenbusch:

... Die Massnahmen der Polizei auf dem Gebiete des Standrechts und der Exekution hätten sich vorteilhaft ausgewirkt; der deutschen Herrschaft bleibe vorerst auch kein anderer Weg übrig als diese harten Massnahmen. Zu überlegen wäre, ob man nicht aus Zweckmässigkeitsgründen die Exekutionen möglichst dort vornehmen lasse, wo das Attentat auf einen Deutschen erfolgt sei. Vielleicht müsse man auch überlegen, ob man nicht dafür besondere Exekutionsstätten schaffen wolle, denn es sei festgestellt worden,

dass die polnische Bevölkerung zu den jedermann zugänglichen Exekutionsorten ströme, um die blutgetränkte Erde in Gefässe zu füllen und diese in die Kirche zu bringen. ...

Präsident W i l l e

... Ausserdem habe man auf Wunsch des Reichsführers SS Himmler eine grössere Anzahl von Gefangenen ins Reich transportiert. ... Der Einsatz der Gefangenen erfolge zum grössten Teil innerhalb der Anstalt, jedoch auch ausserhalb wie z.B. in Steinbrüchen. ... Die Gesamtzahl der Gefangenen betrage zur Zeit ungefähr 15 000, nachdem man mehrere Tausend in das Reich abtransportiert habe. Für den Arbeitseinsatz seien am besten langfristige Gefangene zu gebrauchen. ...

SS-Obergruppenführer K o p p e

... Ein Fronturlauberzug sei in der Nähe Warschaus auf Minen gelaufen, wobei die Lokomotive entgleist sei und der Zug dann aus 8 m Entfernung mit Maschinengewehren beschossen worden sei. Es habe 15 Tote und 30 mehr oder minder Verletzte gegeben. Vor wenigen Tagen seien ein Oberregierungsrat und ein Regierungsinspektor erschossen worden. Die Polizei habe bei diesen Fällen tatkräftig zugepackt. Sie lehne es allerdings ab, irgendwie Leute aus dem Volk festzunehmen, die mit den Vorgängen selbst nichts zu tun hätten. Für das Eisenbahnattentat habe man 150 und für die beiden deutschen Beamten 50 polnische Terroristen entweder am Tatort oder in allernächster Nähe hingerichtet. ... Man müsse bedenken, dass bei einer Erschiessung von 200 Menschen mindestens 3000 Personen (engste Angehörige) betroffen

... Die Widerstandsorganisationen und die Banden zielten darauf ab, das frühere Polen wieder zu errichten. ...

Die eigenen Polizeikräfte im Raum seien zahlenmässig ausserordentlich schwach. Trotz seiner Bemühungen habe er aus Berlin nur 50 Männer erhalten können. ... Er habe seine Einheiten angewiesen, die deutsche Stärke immer wieder durch Marschieren zu betonen.

Unbedingt notwendig sei die Schaffung eines dichtmaschigen V-Mann-Netzes. ... Es dürfe nichts mehr geschehen, was die Polizei nicht kontrollieren könne. Je mehr Nachrichten der Polizei durch solche Kanäle zugeführt würden, desto mehr sei sie in der Lage, Aktionen durchzuführen. Der Schwerpunkt liege beim Angriff;in

Zukunft würden Strassenkontrollen, Zugkontrollen, Hausdurchsuchungen, Razzien in Wohnungen und Gasthäusern durchgeführt werden. Man müsse auch dazu kommen, eine Stadt wie Warschau im Bedarfsfalle vollkommen abriegeln zu können. ... Seinen Männern habe er die Aufgabe erteilt, vorbereitende Angriffs-und Einsatzpläne für jede Stadt und auch für das flache Land auszuarbeiten. Bei Luftangriffen werde der grösste Teil der Polizei und der Feuerlöschpolizei aus der Stadt herausgebracht, um dann nach dem Angriff mit ihrer vollen Einsatzstärke eingreifen zu können. Er habe auch angeordnet, dass seine Führer und Unterführer im Sprengdienst ausgebildet werden. Einige hundert kilo Sprengstoff seien bereits zu geballten Ladungen verarbeitet. ...

Der Herr Generalgouverneur spricht SS-Oberführer Koppe Dank und Anerkennung für seine tatkräftige Arbeit aus und gibt seiner Befriedigung Ausdruck, dass an der Spitze des Polizeiwesens im Generalgouvernement ein Fachmann von grosser Qualität stehe. Er verspricht SS-Obergruppenführer Koppe die tatkräftige Mitarbeit aller Dienststellen des Generalgouvernements und gibt ihm die besten Wünsche für ein gutes Gelingen seiner Arbeit mit auf den Weg.

BESCHREIBUNG:
Band 33: „Arbeitssitzungen 1943"

---

ggK 3560—27/43 gKs

„Geheime Reichssache" [1])

Arbeitssitzung
im Schloß Belvedere zu Warschau am 25.1.1943.

Thema: Polizei- und Sicherheitsfragen.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. Frank, Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Krüger, Staatssekretär Dr. Boepple, Generalleutnant d. Ordnungspolizei Becker, Befehlshaber d. Sicherheitspolizei SS-Oberführer Dr. Schöngarth, Gouverneur Dr. Fischer, Gouverneur Kundt, Gouverneur Dr. Wächter, Gouverneur Dr. Wendler, Gouverneur Zörner, Bevollmächtigter Dr. Heuber, SS- und Polizeiführer: SS-Gruppenführer Globocnik, SS-Brigadeführer Katzmann, SS-Oberführer Scherner,

[1]) Geheim-Stp rot | Aktenzeichen r o Rot

SS-Oberführer von Sammern, SS-Standartenführer Dr. Böttcher; Hauptabschnittsleiter Stahl, Präsident Ohlenbusch, Präsident Dr. Losacker, Präsident Dr. Struve, Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh, Regierungsrat Gnauck als Protokollführer

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Meine Herren! In einer ungewöhnlich ernsten Stunde im Kampf um des Vaterlandes Freiheit habe ich Sie hier zusammengebeten, um die grundsätzlichen Fragen der Sicherheit und des Polizeiwesens mit Ihnen zu besprechen. ...

Zunächst wird der Staatssekretär für das Sicherheitswesen Krüger allgemein referieren. ...

Staatssekretär Krüger:

... Die Sicherheitslage ist eigentlich mehr oder weniger von dem fremden Volkstum abhängig, das in diesem Gebiet lebt. Es handelt sich um die Frage: ist es möglich, daß die Polen und Ukrainer, die in diesem Raum leben, ernährungsmäßig und wirtschaftlich, berufsmäßig von uns für die Aufgaben eingespannt werden können, die wir zu erfüllen haben?

... Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß bei der Behandlung der gesamten Sicherheitslage die Ernährungsfrage wie die Berufsfrage der Polen und Ukrainer ausschlaggebend sind.

... Wenn wir heute die Bilanz ziehen, wollen, dann kommen wir selber zu dem Schluß, daß es angesichts der großen Forderungen, die hinsichtlich der Ernährung an das Generalgouvernement gestellt werden, heute noch sehr schwer ist und sein wird, eine Ernährungsbilanz zu ziehen, die es uns ermöglicht, das fremdvölkische Element für unsere Aufgaben zu gewinnen.

Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise mit etwa 16 Millionen Fremdvölkischer zu rechnen. Von diesen 16 Millionen sind etwa 8 Millionen, also etwa die Hälfte, Selbstverbraucher, 8 Millionen arbeiten mehr oder minder im Interesse der Erfüllung der uns gestellten Aufgaben, d.h. also für die deutschen Belange. Bei den großen Anforderungen, die das Reich auf dem Ernährungssektor an uns stellt, ist es unendlich schwer, vielleicht auch unmöglich, diese 16 Millionen Menschen zu ernähren. ... Es muß erreicht werden, daß die fremdvölkische Bevölkerung, die im Interesse des Deutschen Reiches, d.h. im Interesse des Generalgouvernements der Kriegswirtschaft, der Wehrwirtschaft, der Rüstungsindustrie arbeitet, unbedingt so ernährt werden kann, daß sie für uns eine

Arbeitskraft darstellt. Das bezieht sich nicht nur auf die Einzelperson, die, sei es in der Rüstungsindustrie, sei es im Gewerbe, sei es im Handwerk, sei es bei den Behörden, eingesetzt ist, — ganz gleichgültig, auf welchem Sektor. Wir müssen dafür sorgen, daß dieser Mensch mit seiner Familie unbedingt das hat, was er für seinen Lebensbedarf braucht. ... Wir sind auf die Mitarbeit dieser Fremdvölkischen angewiesen, weil wir als Deutsche die uns gestellten Aufgaben allein nicht durchführen können.

... Mich haben neulich Vertreter des Reiches im Hinblick auf die Schwierigkeit der Ernährungsfrage angesprochen und mich gefragt: ist es möglich, daß wir 2 Millionen Menschen in diesem Raum aus unserer Ernährungsbilanz praktisch herausnehmen und nur denen etwas zu essen geben, die für unsere deutschen Belange arbeiten? Ich habe den Herren erwidert, wenn Sie es riskieren, dann ist das Ihre Angelegenheit; ich als der verantwortliche Chef des Sicherheitswesens muß es ablehnen; denn Sie treiben damit diese 2 Millionen Menschen zwangsläufig in die Arme der Widerstandsbewegung oder zum Bandenunwesen, das in den letzten Monaten von Tag zu Tag im Ansteigen begriffen ist. ...

Wir haben im Raume 50 % Selbsternährer, in erster Linie die Bauern, und 50 % Normalverbraucher. Wir wollen uns darüber auch durchaus klar sein, daß diese 50 % Normalverbraucher, wenn ich alle Kategorien einschließe, die für unsere Belange arbeiten, in der Praxis ernährungsmäßig nicht das bekommen, was ihnen eigentlich zusteht. Sie erhalten eigentlich nur Brot und Kartoffeln. Alles, was sonst noch zur Ernährung gehört, wie Fleisch, Fett, Marmelade, Ersatzkaffee usw., steht ihnen zwar zu, praktisch sind wir aber gar nicht in der Lage,es ihnen zu liefern. Wir können damit rechnen, daß schätzungsweise von diesen 8 Millionen Normalverbrauchern vielleicht 5 Millionen mit ihren Familienmitgliedern im Interesse der Deutschen arbeiten.

... Möge auch ein Rüstungsunternehmen oder ein wehrwirtschaftlicher Betrieb den Arbeitern eine Zusatzverpflegung geben, so laufen die Menschen doch fort, weil sie sagen, sie bekämen nicht genug, oder sie arbeiten nur 3 oder 4 Tage in der Woche, weil sie praktisch gezwungen sind, sich im Schleichhandel für die Ernährung ihrer Familie etwas zu holen. Diese Zustände sind auf die Dauer nicht tragbar. ...

Wir wissen genau, daß die Arbeitsleistung der Fremdvölkischen von Tag zu Tag zurückgeht. Es ist nicht damit getan, daß sie lohn- oder tarifmäßig von uns etwas besser gestellt werden. Letzten Endes geht ja die Arbeitskraft auch durch den Magen, sie können nur arbeiten, wenn man ihnen etwas zu essen gibt. Wir leben ja

im Generalgouvernement nicht unter normalen Verhältnissen im Hinblick auf unsere Währung. Für die 300 Zloty, die heute vielleicht ein Fremdvölkischer im Generalgouvernement verdient, kann er sich praktisch nichts mehr kaufen. Das Geld geht ja zum großen Teil für Mieten, Licht, Kohle, Gas usw. also für das wesentlichste, was der Mensch für sich und seine Familie braucht, darauf.

Aus allen diesen Gründen müssen wir, wenn wir unsere Aufgaben in der Wehrwirtschaft oder in der Rüstungsindustrie erfüllen wollen, bestrebt sein, den fremdvölkischen Arbeitern wenigstens soviel an Ernährung zu geben, daß er für uns eine Arbeitskraft darstellt. ...

Ich komme dann zur Frage der Arbeitererfassung. ... Man hat immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die Zahl der Arbeiter langsam erschöpft ist. Wir bekommen keine Arbeiter mehr, weder für die Aufgaben[2]) innerhalb des Generalgouvernements noch für die Forderungen des Reiches.

Ich stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt: wenn wir 16 Millionen Fremdvölkische hier im Raume haben, dann muß es möglich sein, sowohl unseren Bedarf im Generalgouvernement zu decken wie auch die Forderungen des Reiches zu erfüllen. ...

Neben diesen beiden grundsätzlichen Fragen des Einsatzes der Arbeitskräfte und der Ernährung muß nun die Sicherheitslage besondere Beachtung genießen. Die Sicherheit der Deutschen steht im Vordergrunde aller Betrachtungen. ...

Die letzte Aktion, die vor wenigen Tagen hier auf Anweisung des Reichsführers SS durchgeführt wurde, hat unendliche Beanstandungen gefunden. ...

Meine Herren! Ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß im Hinblick auf die politische und militärische Gesamtlage eine Aktion, die andererseits wieder sicherheitspolizeilich gesprochen notwendig war, in diesem Augenblick vielleicht das Gegenteil von dem erreicht hat, was wir haben erreichen wollen. ...

Der Pole, der jedem Einfluß unterliegt, greift so etwas schnell auf, um damit Propaganda zu machen. Wir kennen diese Widerstandskräfte im Generalgouvernement. ... Die Anordnung, die der Reichsführer SS für den Befehlshaber der Sicherheitspolizei gegeben hat, hatte einen ganz bestimmten Zweck: es sollte versucht werden,

---

[2]) eingefügt über der Z für „Arbeiten“ (ms gestrichen)

vor allem die asozialen Elemente zu fassen und durch eine Großaktion möglichst die Kräfte wegzunehmen, die uns am meisten stören. Die Auswertung dieser Aktion ist noch im Gange. ...

Generalgouverneur Dr. Frank:

Herr Staatssekretär Krüger, Sie wissen, daß Anweisungen des Reichsführers SS von Ihnen erst vollzogen werden dürfen, wenn Sie mich vorher gehört haben. Das ist in diesem Falle unterblieben. Ich spreche mein Bedauern darüber aus, daß Sie einen Befehl des Reichsführers vollzogen haben ohne mich vorher entsprechend der Verordnung des Führers zu verständigen. ... Es ist hoffentlich das letzte Mal, daß das unterblieben ist; denn ich möchte nicht wegen eines jeden solchen Falles den Führer belästigen. Ich nehme an, daß Ihre Zeit zu beschränkt war oder aus anderen Gründen meine Verständigung unterblieben ist. Es ist nicht möglich, daß wir uns über Führerverordnungen hinwegsetzen, und es ist ausgeschlossen, daß auf dem Gebiet der Polizei und der Sicherheit unmittelbar Weisungen des Reichsführers befolgt werden unter Umgehung des Mannes, den der Führer hier eingesetzt hat. ...

Das ist und muß für die Zukunft unmöglich sein. ... Sie haben einen Befehl bekommen und haben ihn als treuer Soldat vollzogen. Das ist selbstverständlich richtig, aber als Staatssekretär für das Sicherheitswesen sind Sie der Mann, der mich entsprechend der Führerverordnung vorher verständigen muß. Wenn ich nicht einverstanden bin, dann entscheidet entsprechend dem Wortlaut der Verordnung der Führer selber. Hier hat es sich um eine so eminent politisch wichtige Frage, eine so unendlich weitgreifende Maßnahme gehandelt, daß mein Einverständnis um so notwendiger gewesen wäre. ...

Staatssekretär Krüger:

Herr Generalgouverneur, ich nehme Ihre Meinung zur Kenntnis und werde Gelegenheit haben, persönlich dem Reichsführer SS Vortrag zu halten.

Im übrigen sind wir uns wohl klar darüber, daß diese Aktion als solche sicherheitspolizeilich bestimmt notwendig war, wenn sie auch politisch zum Teil ungünstige Auswirkungen hat. ... Daß bei der Durchführung solcher Aktionen Fehler begangen werden und wurden, darüber sind wir uns einig. Wenn beispielsweise von irgendeiner Fachschule, wie mir gemeldet wurde, 118 Schüler mitgenommen worden sind, die nicht zu den asozialen Elementen gehören, so ist das selbstverständlich zu bedauern und einen solchen

Fehlgriff zu revidieren, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte Sie als die verantwortlichen Distriktschefs nur bitten, über diese Aktion, auch wenn sie in der Art der Durchführung ein Fehlgriff war, nicht zu sprechen oder davon Ihren Mitarbeitern etwas zu erzählen: mit diesen Willkürmaßnahmen der Polizei ist in der Bevölkerung eine so katastrophale Stimmung ausgelöst, daß wir spätestens in einigen Wochen mit einer Aufstandsbewegung zu rechnen haben. Das können wir uns nicht leisten. ... Es gibt keine undankbarere Aufgabe als die, die ich als Polizeichef des Generalgouvernements zu erfüllen habe. Ob es sich nun um die Arbeitererfassung, um die Judenaktion handelt, — die Menschen, die Tag aus Tag ein hier ihr Leben zur Sicherung dieses Raumes und für die ihnen gestellten Aufgaben einsetzen, sollten auch etwas mehr Verständnis finden.

Es war mir praktisch und auch zeitlich gar nicht möglich, von der erwähnten Aktion die zuständigen Dienststellen der Zivilverwaltung rechtzeitig zu verständigen. ... Sie dürfen jedenfalls überzeugt sein, daß wir nur im deutschen Interesse arbeiten und versuchen, unserer schwierigen Aufgabe nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Generalgouverneur Dr. Frank:

... Ich darf also feststellen, daß das eine Einzelmaßnahme war und daß es jetzt vergessen ist. ...

Staatssekretär Krüger: ... Die starke Erregung, die wir heute alle hier in diesem Raum empfinden, ist nicht nur eine Auslösung der Sonderaktion, die am 15ten startete und am 22ten beendet war, sondern der Pole, vor allem die Widerstandskräfte der Polen stehen, das dürfte Ihnen völlig bekannt sein, in enger Beziehung und Verbindung mit dem Ausland. Alle Widerstandskräfte, soweit sie wirklich ernst zu nehmen sind, erhalten ihre Weisungen vom Ausland. ...

Man redet davon, daß sehr starke innere Unruhen, unter Umständen Aufstandsbewegungen in Vorbereitung sind. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: wenn es darauf ankäme, würde der Pole das letzte wagen. Andererseits bin ich der Überzeugung, daß er doch wohl merkt, daß dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen ist. ... Wir haben kurz vor Weihnachten jene Überfälle und Attentatsversuche oder Sabotageakte, wie ich sie nennen will, besonders in Krakau erlebt. ... Wir wußten bei den ersten Mordanschlägen gegen Deutsche nicht, von welcher Seite aus sie kamen. Ich darf Oberführer Dr. Schöngarth meinen Dank dafür aussprechen, daß er die Ruhe bewahrt und nicht das getan hat, was

ich mir als Polizeichef und was sich vor allem die Regierung wünschte, daß er nun mit den brutalsten Mitteln aus dem oder jenem Kreise die nächsten Hundert nahm, um sie vielleicht an die Wand stellen und erschießen zu lassen, sondern Oberführer Dr. Schöngarth hat abgewartet und ist den Dingen nachgegangen. So ist es uns gelungen, festzustellen, aus welchen Kreisen die Täter stammten. ...

Die nächste grundsätzliche Frage, die auch zur Sicherheitslage gehört, ist die Aufgabe des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums. Praktisch handelt es sich dabei um die zur Zeit stattfindenden Ansiedlungen, Umsiedlungen und Aussiedlungen. ... Ich als Vertreter des Reichskommissars habe mich oft gefragt: ist es richtig, daß diese Umsiedlungen jetzt vorgenommen werden, oder ist es auf Grund der politischen Zusammenhänge zweckmäßiger, diese Frage zurückzustellen. Daß der Raum des Generalgouvernements deutsch besiedelt werden muß und wird, darüber besteht wohl kein Zweifel. Grundsätzlich können ja überhaupt Deutschland und auch Europa nur aus dem Osten heraus leben. ...

Es handelt sich vor allem um die Distrikte Lublin und Galizien. Dort sagt man, es sei zur Zeit nicht angebracht, daß man eine Ansiedlung vornehme. Auf der anderen Seite muß aber auch während des Krieges eine solche Aufgabe durchgeführt werden. ... Mit der Umsiedlung der Wolhyniendeutschen im Jahre 1939 und mit der Umsiedlung der Balten, die aus dem russischen Raum kamen, wurden wir einfach gezwungen, diese Menschen aufzunehmen und unterzubringen. Wenn diese Umsiedlung auf Grund der Vereinbarungen, die damals noch mit Sowjetrußland getroffen wurden, nicht vorgenommen worden wären, dann wären uns diese Menschen deutschen Blutes verloren gegangen, sie wären alle vernichtet worden. ... Wir haben damals aus Wolhynien 180 000 deutsche Menschen herübergenommen. Was insgesamt von Sowjetrußland zu uns herüber kam, einschließlich der Menschen aus Litauen usw., kann ich nicht genau sagen. Man spricht wohl insgesamt von 360 000 Menschen.

Wir waren nun gezwungen, diese deutschen Menschen anzusiedeln. Wir mußten sie in den Ostgebieten ansiedeln. Als erster Gau für die Aufnahme dieser Menschen kam der Warthegau in Betracht, als nächstes Gebiet das Generalgouvernement. ...

Nun mußte alles versucht werden, damit diesen Menschen eine deutsche Heimat wiedergegeben werden konnte. ... Als wir jetzt kurzer Hand noch vor Weihnachten die ersten etwa 4 000 im Kreis

Zamosc angesiedelt haben, hatte ich Gelegenheit, mit diesen Menschen zu sprechen. Ich muß wirklich sagen: etwas Derartiges von einer Dankbarkeit der Menschen dafür, daß sie nun endlich ihre neue Heimat gefunden haben, gibt es nicht wieder.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich werde in der zweiten Hälfte des Monats Februar, wenn es mir irgend möglich ist, diese Siedlung im Distrikt Lublin besuchen.

Staatssekretär Krüger: Daß wir uns mit der Besiedlung dieses Raumes zunächst also des Distrikts Lublin bzw. der Kreishauptmannschaft Zamosc nicht zu Freunden der Polen machen, ist selbstverständlich. ... Mit der Ansiedlung der Volksdeutschen im diesem Gebiet sind wir gezwungen, den Polen zu verjagen. Anderseits haben wir ein bedingtes Interesse daran, daß ein Teil der Polen hier uns erhalten bleibt. Es sind die Polen, die im Hinblick auf ihre Einstellung uns gegenüber, im Hinblick auf ihre Leistung und im Hinblick auf ihre rassischen Werte aus diesem Raume nicht herausgenommen werden dürfen. Wir werden diejenigen wegnehmen, die in diesem neuen Siedlungsgebiet eine Belastung darstellen. Es sind praktisch die asozialen oder minderwertigen Elemente. Sie werden abgeschoben, zunächst in Konzentrationslager gebracht und dann weiter für die Arbeit im Reich vermittelt.

So hat sich diese ganze erste Aktion, polnisch-propagandistisch gesprochen, auch wieder ungünstig ausgewirkt. Denn der Pole hat gesagt: nachdem der Jude vernichtet worden ist, versucht man mit den gleichen Methoden, den Polen aus diesem Raume herauszubringen und ihn ebenso zu liquidieren wie den Juden. ... Soweit also der Pole minderwertig ist, wird er aus diesem Gebiet herausgenommen und verschwindet im KZ, soweit er für uns im Raume wertvoll erscheint, bleibt er im Gebiet des Generalgouvernements und erhält an Grund und Boden das gleiche, was der volksdeutsche Siedler auch bekommt ... eine Fläche von etwa 30 bis 40 Hektar. Dieser Bauer stellt dann später für uns einen Faktor dar.

Ganz unabhängig davon kommt dann eine Wertungsgruppe in Betracht, die als Arbeitskraft im Reich benötigt wird. Hier hat der Reichsführer angeordnet, daß die arbeitsfähigen Männer und Frauen ins Reich geführt werden, zum mindesten während der Kriegszeit. Die Familie als solche, die Kinder, die Großeltern oder die nicht mehr Arbeitsfähigen bleiben hier zurück. Wir bilden dann die sogenannten Rentendörfer. Die älteren Personen, die nicht mehr zum Einsatz kommen, und die Kinder werden dann innerhalb der Familie in diese Rentendörfer verlegt, damit sie aus diesem volksdeutschen Raum herauskommen und so die Besiedlung dieses Raumes nicht stören.

Diese Maßnahmen haben natürlich eine ungeheure Unruhe erregt, was durchaus verständlich ist. Andererseits mußten wir aber diese Maßnahmen treffen, damit wir vor allem den Volksdeutschen, der neu in den Raum kommt, nun nicht äußerlich und innerlich in eine Verbindung mit dem polnischen Volkstum bringen lassen. ...

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich darf bitten, daß selbstverständlich auch solche politisch ungeheuer einschneidenden Maßnahmen nicht einseitig von Ihnen vollzogen werden, ohne daß ich dazu Stellung nehem kann. ...

Staatssekretär Krüger: Durch diese Aussiedlung ist also, wie ich sagte, eine große Unruhe im polnischen Raum entstanden. Das sind aber Dinge, die wir nicht verhindern können. ...

Generalgouverneur Dr. Frank: Wir werden uns über jeden einzelnen Fall der Umsiedlung fürderhin genau so unterhalten wie im Falle Zamosc, so daß also Sie, Herr Staatssekretär, bei mir erscheinen und mir Bericht erstatten.

Staatssekretär Krüger:

... Eine wesentliche Entlastung bedeutet für uns der Sonderdienst. Er hat im Rahmen seiner Verwaltungsaufgaben Hervorragendes geleistet und bleibt in seiner Struktur so erhalten, wie ich es Ihnen, Herr Generalgouverneur, damals dargelegt habe. ... Daß er unter die polizeiliche Führung des Befehlshabers der Ordnungspolizei und unter die SS- und Polizeigerichtsbarkeit gekommen ist, können wir nur begrüßen; denn unter den Mannschaften des Sonderdienstes findet sich mancher, der schon mehr als straffällig geworden ist. ...

Der Sonderdienst gilt für uns als Hilfspolizeiorgan. ...

Abgesehen von dem Sonderdienst und der polnisch-ukrainischen Polizei behelfen wir uns nun noch mit sogenannten Hilfspolizeikräften, wenn es sein muß, einsatzmäßig gesprochen, auch mit der Polizeiverstärkung, die wir seinerzeit auf Grund des bekannten Erlasses auf Wunsch des Führers gebildet haben. Das sind die Alarmkräfte der Polizei. Zweck und Sinn der Einrichtung ist, daß wir im letzten Notfall auf jeden Deutschen zurückgreifen können und praktisch auch müssen. Es darf kein Zweifel darüber bestehen: wenn es hart auf hart geht und es hier wirklich einmal zu inneren Unruhen kommen sollte, dann dürfen wir uns nicht

auf die fremdvölkischen Polizeikräfte verlassen. ... Wir können uns praktisch nur auf unsere Polizeiorgane stützen, d.h. auf die Ordnungspolizei, die Sicherheitspolizei, den Sonderdienst und auf die Polizeiverstärkung der Reichsdeutschen. Daher muß nach Möglichkeit jeder Deutsche für diese Polizeidienstpflicht eingesetzt werden. ... Ich bin überzeugt, daß der Deutsche, der zum Polizeidienst herangezogen worden ist und seine Schießausbildung erhalten hat, daran seine Freude hat. Er weiß, wozu er seine Pistole trägt, er weiß, daß er schießen und auch treffen kann, ob er nun mit dem Karabiner oder mit dem leichten bzw. schweren Maschinengewehr ausgebildet ist. Wir sind jetzt alle Soldaten; wenn der Deutsche mit der Waffe ausgebildet ist, dann steigt auch damit sein Selbstbewußtsein. ... In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht vertraulich die Zahl der Verluste angeben, die wir im Laufe des vergangenen Jahres gehabt haben. Die deutsche Ordnungspolizei und die Gendarmerie haben im Jahre 1942 70 Tote und 121 Verwundete gehabt, die Sicherheitspolizei 7 Tote und 8 Verletzte, die SS 4 Tote und 6 Verletzte, der Sonderdienst 5 Tote und 4 Verletzte, die polnische Polizei 84 Tote und 90 Verletzte, die ukrainische Polizei 17 Tote und 11 Verletzte, sonstige polnische und ukrainische Beamte in deutschen Diensten 108 Tote und 30 Verletzte. ...

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Dr. Schöngarth macht im Anschluß an die Ausführungen des Staatssekretärs Krüger streng vertrauliche Mitteilungen über die Sonderaktion, über die Sicherheitslage im Generalgouvernement und die Tätigkeit der Widerstandsbewegung.

Der Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalleutnant Becker macht hierauf Angaben über die Stärke der im Generalgouvernement eingesetzten Polizeikräfte. Deutsche Ordnungspolizisten gebe es im Generalgouvernement gegenwärtig 10 190. Die Ordnungspolizei verfüge über 11 Bataillone, 1 motorisiertes Gendarmeriebataillon, eine Reiterabteilung und einige kleinere Formationen, so u.a. zwei Schwadronen in Galizien und einigen Kompanien, die aber wieder herausgezogen werden würden. An fremdvölkischer Polizei ständen 16 337 Mann im Dienst. ...

Angesichts der weiteren Entwicklung der Lage gebe es im Generalgouvernement kaum mehr ein Gebiet, das ohne Polizei bearbeitet werden könnte. Die polizeiliche Tätigkeit erschöpfe sich nicht nur in der Bekämpfung der Banden, sondern die polizeilichen Kräfte müßten auch bei der Arbeitererfassung, bei der Ernteerfassung, bei der Judenevakuierung und anderen Aufgaben eingesetzt werden. ...

Die fremdvölkische Polizei habe sich voll bewährt. Erfreulicherweise sei es gelungen, die Ernährung für die fremdvölkische Polizei zu sichern. Auch die Fürsorge für ihre Familien hinsichtlich der Ernährung habe auf diese Polizeikräfte den besten Eindruck gemacht. ...

Eine besonders schwierige Aufgabe, die erfolgreich durchgeführt worden sei, sei die Auffindung von G e h e i m s e n d e r n. ... Was auf diesem Gebiete an stiller, bescheidener, aber doch zäher rücksichtsloser opfervoller Einsatztätigkeit gearbeitet und geleistet werde, allerdings oft auch unter blutigen eigenen Verlusten, sei unglaublich. Es handle sich hier um einen Kampf gegen ein Verbrecher- und Untermenschentum, das mit allen Mitteln des geübten Gewohnheitsverbrechers arbeite, wie man es sonst an keiner Stelle des polizeilichen Kampfes finde. ...

Erwähnenswert sei die Tatsache, daß im Jahre 1942 im Bandenkampf 17 386 Banditen gefallen seien. Er habe diese Zahl auf das sorgfältigste nachgeprüft und festgestellt, daß es sich nicht etwa dabei um Helfershelfer, sondern um Banditen gehandelt habe, die mit dem Karabiner in der Hand im Polizeikampf gestanden hätten und in blutigen Gefechten durch den Einsatz der Ordnungspolizei erledigt worden seien. ...

Im übrigen habe sich im Laufe der Zeit die enge Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei ganz besonders bewährt. Von besonderem Nutzen sei die Erfahrung, die die Truppe allmählich mit dem Einsatz von V-Männern gewinne. Man führe den Bandenkrieg jetzt eigentlich nicht mehr nach militärischem Muster, sondern habe ein ganz spezielles fachgeschultes polizeiliches Verfahren. Es werde kein Gefecht mehr eingeleitet und durchgeführt, ohne daß vorher durch V-Männer und Mannschaften der Sicherheitspolizei ein Netz von Überwachungen über das betreffende Gebiet oder Objekt gespannt worden sei, so daß man eigentlich bis zu einem gewissen Grade von vornherein des Erfolges sicher sein könne. Man habe auch mit dieser Kampfesmethode, die die Truppe absolut beherrsche die besten Erfolge erzielt. Daß man gleichwohl vielfach Meldungen von Raubüberfällen usw. höre, lasse sich nicht vermeiden. Es sei eben nicht möglich, überall Polizei einzusetzen. Der Mangel an Betriebsstoff stehe dem entgegen, daß man schnell an jede Stelle Polizei hinwerfen könne. ... Die Hauptsache sei, daß man die Massen der Banditen niemals aus der Zange lasse, Tag und Nacht mit ihnen im Kampfe stehe und so das Heer der Banditen nicht zur Ruhe kommen lasse. Mit den Kräften der deutschen Ordnungspolizei und der nichtdeutschen Polizei, unterstützt von der Sicherheitspolizei, und mit dem sehr wertvollen Machtmittel

der reichsdeutschen Hilfspolizei im Rücken werde man immer in der Lage sein, die Sicherheitslage zwar nicht zu verbessern, sie aber auf dem gegenwärtigen Stand zu halten, vorausgesetzt, daß die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werde.

Staatssekretär Dr. Bühler:

... Zunächst einmal müßte völlige Klarheit darüber bestehen, was in diesem Raume mit seiner Bevölkerung im deutschen Interesse endgültig geplant sei. Weiter müsse geprüft werden, ob dieses Ziel schon während des Krieges ins Auge gefaßt und durchgesetzt werden könne oder ob es nicht zweckmäßiger sei, die deutschen Absichten im gegenwärtigen Augenblick zu tarnen und, ohne ihre Durchführung für die Zukunft zu verbauen, jetzt Maßnahmen zu ergreifen, die die freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung im deutschen Interesse gewährleisteten. Wenn die Polen heute wüßten, daß sie in diesem Raume künftig nichts mehr zu bestimmen hätten, daß man sie höchstens als nützliche und dienende Elemente einsetzen, daß man sie von Haus und Hof treiben, von ihren Familien trenne, daß man sie nach guten, weniger guten, asozialen und arbeitsfähigen Elementen auseinanderreißen werde, dann könne von einer freiwilligen Mitarbeit im ganzen nicht mehr die Rede sein. Davon hänge aber auch die Frage ab, ob man die Bevölkerung ernähren könne. Wenn man die bäuerliche Bevölkerung nicht in Ruhe halte, wenn es nicht gelinge, sie zur Bestellung ihres Ackers und zur Ablieferung ihrer Produkten zu veranlassen, dann werde man auch den übrigen Teil der Bevölkerung nicht ernähren, nicht in Ruhe und Ordnung halten können. ...

In den letzten Monaten sei eine lawinenartig ansteigende Zahl von Überfällen, Beraubungen und ein Zunehmen der allgemeinen Unsicherheit im ganzen Lande zu verzeichnen. ... Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verwaltung müsse derart sein, daß die Unruhe, die infolge des Bandenunwesens und der Auswirkungen des Krieges im Osten in dieses Gebiet zwangsläufig hineingetragen worden sei, nicht noch durch polizeiliche Maßnahmen gesteigert werde.

... Die Frage, ob eine bereits bestehende Unruhe sich nicht noch in katastrophaler Weise auswirken könne, müsse auch bei der Planung größerer Aussiedlungen in jedem Fall von vornherein mit in die Berechnung einbezogen werden. ...

Auch bei der Bekämpfung des Bandenunwesens könne die Zusammenarbeit des Kreishauptmanns mit dem Gendarmerieführer und dem Führer der polnischen Polizei dazu beitragen, daß die

Unruheherde lokal zu beeinflussen wären und von einer Gesamtbeunruhigung nicht gesprochen werden könne. ... Für neue große Aktionen müsse eine Ergänzung der polizeilichen Maßnahmen durch Ausbau der stationären Sicherheitsorgane erreicht werden. ...

Gouverneur Dr. Fischer führt aus, daß die Sicherheitslage im Distrikt Warschau eigentlich bis zum Ende des vorigen Jahres recht gut gewesen sei. ... Erst gegen Ende des Jahres seien die Banditen besonders in den Ostkreisen zahlreicher aufgetreten, um sich dann vor allem in der Stadt Warschau zu betätigen. Zur Zeit sei dort eine ganz bedenkliche Steigerung der Überfälle zu verzeichnen: im November 241, im Dezember bereits 345, — im Januar werde sich die Zahl wohl noch erhöhen. ... Insbesondere häuften sich in der Stadt Warschau die Überfälle auf Wehrmachtsangehörige, denen man die Waffen abnehmen wolle. Zweifellos sei die Ermordung deutscher Soldaten auf die Aktion von 10.bis 18.Januar zurückzuführen. Eine unmittelbare Folge dieser Aktion seien auch die Überfälle auf die deutschen Kinos und auf den Hauptbahnhof.

Er sei mit der Wehrmacht und mit seinen Mitarbeitern der festen Überzeugung, daß angesichts der Art der Durchführung dieser Aktion in Warschau die Sicherheitslage zweifellos verschärft worden sei. Bei dieser Aktion seien überhaupt nicht asoziale Elemente verhaftet worden, sondern man habe die Leute von der Straße, aus den Kinos, aus Kirchen und Häusern herausgeholt. Dabei seien dann auch in verschiedenen Fällen von deutschen Dienststellen ausgestellte Ausweise zerrissen worden. ...

Eine sehr starke Beuruhigung sei durch die Umsiedlung im Kreise Zamosc eingetreten. In diesem Zusammenhang habe auch eine Verschickung von Kindern nach Warschau eine Rolle gespielt. Diese Verschickung, die zunächst nur geringen Umfanges gewesen sei, habe zu einer großen Unruhe geführt. Zahlreiche Polen hätten sich über diesen Fall auf den Straßen unterhalten und darüber Bemerkungen gemacht. Ein im Rundfunk gegebenes Dementi habe wenigstens für die Stadt Warschau sehr gut gewirkt. Einige Tage später seien aber wieder Kinder aus Zamosc in Warschau angekommen, die ein volksdeutscher Bürgermeister in seinem Dorf nicht habe unterbringen können. 45 Kinder seien dann in ein Lazarett gelegt worden. Aus Berichten von Kreishauptmännern sei zu entnehmen, daß infolge dieser Umsiedlung die Haltung der Bauern sehr labil sei; wenn nicht bald eine Beruhigung einträte, dann könnte es möglich sein, daß der Bauer seine bisher gezeigte Willfährigkeit zur Mitarbeit aufgebe. Wenn jetzt

geplant sei, im Distrikt wohnende Volksdeutsche in geschlossene Dörfer umzusiedeln, so bitte er, diese Umsiedlung nicht durchzuführen. Die in Betracht kommenden Volksdeutschen lebten schon 3 Jahre in diesen Verhältnissen, sie würden von der NSV und von der Partei intensiv betreut. Durch diesen internen Umsiedlungsakt, durch den Tausende von Polen von ihren Anwesen entfernt werden müßten, würden nur weitere Unruhen entstehen. ...

Staatssekretär Krüger betont, daß die[3]) Frage der Binnenumsiedlung selbstverständlich im Vordergrunde stehe das Interesse der Volksdeutschen, nicht das der Polen. ... Die Lösung der Frage der Binnenumsiedlung innerhalb des Generalgouvernements sei eben durch die Not bedingt, in der sich die Volksdeutschen befänden. Das beziehe sich in erster Linie auf den Distrikt Radom und auf den Distrikt Warschau. Es müsse erreicht werden, daß endlich der Volksdeutsche wirtschaftlich zum mindesten besser gestellt werde als der Pole. ... Der Leiter des Hauptlandamtes SS-Obersturmbannführer Dr.Kuchenbäcker habe ihm einen Plan darüber vorgelegt, in welcher Form man den volksdeutschen Bauern helfen wolle: Nach diesem Plan solle dem volksdeutschen Bauern mehr Land gegeben werden, als ihm die Polen bis dahin gelassen hätten, ferner ein besserer Boden, und drittens wolle man ihn aus der polnischen Umgebung herausnehmen, die für ihn und seine Kinder auf die Dauer untragbar sei. ... Man müsse jetzt zu einer Regelung dieser Fragen kommen. Über den Termin des Stattfindens einer Binnenumsiedlung habe man sich noch nicht unterhalten, nur darüber, daß das Grundprinzip durchgeführt werden müsse. Dabei werde man bestrebt sein, den volksdeutschen Bauern den besten Boden zu geben und sie auch geschlossen unterzubringen. ...

Für die Betreuung der Volksdeutschen insgesamt habe der Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums einen ganz strikten Auftrag des Führers. Er, Staatssekretär Krüger, halte es in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Reichskommissars für falsch, in Presse oder mit Hilfe des Rundfunks dauernd alle diese Aktionen zu besprechen. Dadurch würde auch die polnische Bevölkerung unnötig beunruhigt. ...

Der Herr Generalgouverneur ordnet im Anschluß an die von den Vorrednern gemachten Ausführungen eine Besprechung der Umsiedlungsfragen in Krakau für Anfang Februar an.

[3]) nach „die“ Einschaltezeichen, und am Rande: „für“ (ms)

Gouverneur Zörner:

Die Frage, ob die 2 Millionen Polen, die nicht im deutschen Interesse arbeiteten, keine Lebensmittelkarten mehr erhalten sollten, sei Gegenstand einer Besprechung gewesen, die unter Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs stattgefunden habe. Alle Gouverneure hätten gebeten, von einer solchen Maßnahme Abstand zu nehmen, weil in ihrem Gefolge neue Unruhen entstehen würden. Zu bedenken sei dabei auch, daß die Nahrungsmittelmengen, die den Polen gegeben würden, nicht stark ins Gewicht fielen und daß die Polen im letzten Jahre auch nur einen Bruchteil dieser ihnen zustehenden Lebensmittel erhalten hätten. Psychologisch und propagandistisch wäre es also falsch, diesem Teil der Polen die Lebensmittelkarten zu nehmen. ...

Im Distrikt Lublin sei die Ernteablieferung angesichts der hervorragenden Arbeit der zuständigen Stellen ganz ausgezeichnet gewesen. Das sei aber nur möglich gewesen, daß der polnische und ukrainische Bauer bis zur Höchstgrenze seiner Leistungsfähigkeit abgeliefert habe, was ihn unter Umständen für die nächste Zeit in Ernährungsschwierigkeiten bringen werde.

Die Sicherheitslage im Distrikt Lublin habe infolge der Aktion, die in Cholm durchgeführt worden sei, eine wesentliche Besserung erfahren. Man habe verschiedene Banden gefaßt und auch in ihrer Bekämpfung Erfahrungen sammeln können. Leider sei es bei der Aktion auch vorgekommen, daß polnische oder ukrainische Wald- und Holzarbeiter als Banditen angesehen worden seien. 18 Forstarbeiter seien sogar als Geiseln oder im Gefolge der Sühnemaßnahmen erschossen worden.

Die Judenevakuierung sei bei den meisten Deutschen als eine notwendige Maßnahme hingenommen worden. Leider hätten zum Schluß überstürzte Maßnahmen dazu geführt, daß zahlreiche Juden in die Wälder gegangen seien und sich den Banditen angeschlossen hätten. So habe man z.B. in Pulawy festgestellt, daß eine Bande aus 3 Russen und 24 Juden bestanden habe. ... Bei der Polizeiaktion seien leider im Kreise Pulawy 18 polnische Heger mit ihren Familien beseitigt worden. Auch sei es zu Beginn der Aktion sehr oft vorgekommen, daß Bauern,die auf den Bahnhöfen ihr Kontingent abliefern wollten, als Geiseln festgenommen worden und am nächsten Tag erschossen worden seien. ...

Was das Problem der Umsiedlung angehe, so müsse hier selbstverständlich der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß alles, was nur möglich sei, in den Distrikten und im ganzen Generalgouvernement geschehen müsse, damit diese Umsiedlung durchgeführt

werden könne. Gleichwohl müsse man die Frage aufwerfen, was in der gegenwärtigen Zeit für die Kriegswirtschaft und die Erringung des Sieges wichtiger sei. ... Eine der selbstverständlichen nationalsozialistischen Forderungen sei die, das Land deutsch zu machen, weil es als Ernährungsraum gebraucht werde. ...

An sich begrüßten es ja alle Gouverneure grundsätzlich, wenn Deutsche statt Polen in die Distrikte kämen. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß solche Umsiedlungen oder Aussiedlungen die völlige Einstellung aller Bestellungs- oder Erntearbeiten zur Folge hätten. Auch die Holzabfuhr, die Milchlieferung und die weitere Gestellung von Arbeitskräften für das Reich werde durch überstürzte Maßnahmen auf dem Gebiet der Umsiedlung stark gefährdet, ganz abgesehen von den Unruhen, die dadurch in der polnischen bzw. ukrainischen Bevölkerung entstehen.

Im Kreise Zamosc blieben nach der Umsiedlung noch 50 % Polen zurück. Gleichwohl werde man dort mit der Holzabfuhr Schwierigkeiten haben, weil die Deutschen selbstverständlich ein Interesse daran hätten, zunächst ihre Häuser aufzurichten. ... Während die Volksdeutschen eigentlich früher nicht belästigt worden seien, sei es nach der Neusiedlung verschiedentlich zu Überfällen auf Ansiedler und zu Brandstiftungen gekommen. Angesichts der Umsiedlung im Kreis Zamosc werde auch ein großer Teil der dem Distrikt zur Verfügung stehenden Ordnungspolizei und Gendarmerie der Bandenbekämpfung entzogen. Ferner sei die Auswirkung auf die Nachbarkreise sehr schlecht, und hinsichtlich der Frühjahrsbestellung müsse man die größten Bedenken hegen. ... Zudem kämen noch 300 Slowenenfamilien nach Zamosc, eine Maßnahme, durch welche die Arbeit des Reichskommissars wesentlich erschwert werde. Unter den Balkanvölkern gälten die Slowenen als einer der deutschfeindlichsten Stämme. Die Gefahr, daß sie sich zu den Polen schlügen, sei nicht von der Hand zu weisen.

Staatssekretär K r ü g e r weist darauf hin, daß die Umsiedlung im Distrikt Lublin als eine erste Etappe bezeichnet werden müsse. ... Der Befehl für diese Umsiedlung sei vom Reichskommissar gegeben worden, und über die Frage habe seinerzeit unter Vorsitz des Generalgouverneurs eine grundsätzliche Besprechung auf der Burg stattgefunden. ... Selbstverständlich bemühe man sich, das Schicksal dieser Volksdeutschen nach Möglichkeit zu erleichtern. Das verursache ein großes Maß von Arbeit ebenso wie die Sicherung dieses Gebietes. Wenn man einem Menschen wie dem Polen seinen Grund und Boden nehme und ihn in einen anderen Raum bringe, dann werde er versuchen, denen, die ihm den Grund und Boden genommen hätten, Schwierigkeiten zu machen. Er habe deshalb

den zuständigen SS- und Polizeiführer den Auftrag gegeben, den Schwerpunkt seiner Polizeikräfte nach Zamosc zu legen. Wenn man das Risiko der Ansiedlung Volksdeutscher eingehe, dann müsse man auch ihr Leben, ihr Hab und Gut sichern. ... Selbstverständlich werde er mit dem Reichsführer als Reichskommissar darüber sprechen, ob es im Hinblick auf die Erschwerung der Gesamtlage angebracht sei, nun bald wieder mit neuen Besiedlungen in diesem Raum zu beginnen. ...

Gouverneur Dr. W e n d l e r kann berichten, daß die Sicherheitslage im Distrikt Krakau wesentlich besser sei als die aller anderen Distrikte. ...

Die Zusammenarbeit der Distriktsverwaltung mit dem SS- und Polizeiführer sei ausgezeichnet; man finde bei ihm jede Unterstützung. Auch bei der Judenaktion habe man vorbildlich zusammengearbeitet, und sie sei eigentlich ohne besondere Unruhe vonstatten gegangen. Bei der letzten Großaktion zur Erfassung von asozialen Elementen sei es allerdings zu einigen Fehlgriffen gekommen. ...

Gouverneur Dr. W ä c h t e r stellt zunächst fest, daß der Distrikt Galizien in vielen Beziehungen eine Sonderstellung einnehme. Galizien könne auf eine jahrhundertlange Zeit der Einbeziehung in die alte österreichische Monarchie zurückblicken, die von großer Einwirkung auf die gesamte Bevölkerungsstruktur gewesen sei. ... Weiter liege der Unterschied darin, daß man es vornehmlich mit einer ukrainischen Bevölkerung zu tun habe und diese Ukrainer nicht etwa wie der polnische Bevölkerungsteil im Generalgouvernement den deutschen Truppen als Heckenschützen entgegentreten seien, sondern sie mit Blumen und Herzlichkeit begrüßt hätten. Auf diese Einstellung der Bevölkerung der deutschen Führung gegenüber müsse man Rücksicht nehemn, sie könne sich leicht zum Negativen wenden, wenn man dieser Bevölkerung gegenüber ungeschickt vorgehe. ... In der Propaganda den Fremdvölkischen gegenüber müsse das Wort „Europa“ mehr als bisher herausgestellt werden. ... Die Fragen, die sich die Bevölkerung stelle, könne man am besten mit dem Hinweis auf Europa beantworten, wobei man über die künftigen Grenzen Europas nichts zu sagen brauchte. Deshalb rege er an, daß über den Sektor der Umsiedlung nicht so viel gesprochen oder geschrieben werden sollte. ... Die Ausgabe von Legitimationen für die gesamte Bevölkerung habe sich als dringend notwendig herausgestellt. Wenn die Bevölkerung im Besitze von Kennkarten sei, dann sei der Polizei die Durchführung gewisser Aktionen unter Vermeidung erheblicher Belästigungen der Bevölkerung viel eher möglich. Das gelte z.B. für die Arbeitererfassung. ...

Gouverneur K u n d t führt aus, daß die Sicherheitslage im Distrikt Radom im Monat November gegenüber der früheren Zeit etwas bedrohlicher zu werden schien. ... Die Zahl der Überfälle habe im November den Höchststand mit etwas über 400 erreicht. Im Januar sei die Zahl bereits um 40 % gesunken. Die allgemein befürchtete Entwicklung sei also nicht eingetreten. ...

Die Sicherheit der Reichsdeutschen sei im Distrikt Radom absolut gewährleistet gewesen. Wenn der eine oder andere einmal einer Gefahr ausgesetzt sei und auch ein Todesopfer falle, so seien das Begleiterscheinungen, die angesichts der Dienstpflicht der Reichsdeutschen nicht vermieden werden könnten. ...

Wesentlich schwieriger sei die Frage der Sicherheit der volksdeutschen Siedlungen. Zum Teil seien es geschlossene Dörfer, zum Teil auch verstreute Einzelgehöfte. ... Für die Sicherheit der Volksdeutschen wäre es vielleicht geboten, die polnischen Polizeistationen zusammen zu ziehen und Wachen mit 15 Mann einzurichten, die von einem deutschen Polizeibeamten geführt würden.

Bei allen Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit getroffen würden, dürfe gegen Leben und Eigentum der Polen erst vorgegangen werden, wenn man genau wisse, daß es sich im gegebenen Fall auch um die wirklich Schuldigen handle.

Eine besondere Rolle spiele in seinem Distrikt die Frage der Betreuung der Volksdeutschen durch den Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums. Die Mithilfe des Reichskommissars sei aus der Tätigkeit der Distriktsverwaltung nicht mehr wegzudenken. ...

Existenzgrundlagen für die Volkdeutschen gewerblicher oder auch landwirtschaftlicher Art seien teilweise durch Umsiedlung geschaffen worden. Allgemein werde der Wunsch nach einer zweckmäßigen Umsiedlung Volksdeutscher laut. ... Man habe auch im Distrikt Radom im vorigen Jahr den Versuch gemacht, Volksdeutsche besser anzusiedeln. Dieser kleine Versuch, die Polen in den schlechteren Teil des Landes zurückzuführen, wobei aber tüchtige Bauern auf ihren Höfen belassen worden seien, habe im Zusammenwirken aller Faktoren der Verwaltung, des Reichskommissars und der Polizei keinerlei unangenehme Nachwirkungen psychologischer Art gezeigt. Er habe nun kürzlich mit dem Leiter des Hauptlandamtes über die nächste Umsiedlungsplanung gesprochen. Man sei sich darüber einig geworden, daß ein weiterer Versuch gemacht werden solle. Diese Versuche sollten im Ostteil des Distrikts Radom systematisch fortgesetzt werden, während der Westteil vorläufig außer Betracht bleibe. ...

Auch er sei der Auffassung, daß die Propaganda gegenüber der polnischen Bevölkerung mehr gepflegt werden müßte. Es dürfe z.B. nicht vorkommen, daß Zeitungsartikel mit Überschriften erschienen wie: „England raubt dem Irak das Getreide" — oder: „England hängt zwanzig Juden auf" — oder: „Engländer pressen die Ägypter zur Arbeit".

Gouverneur K u n d t regt dann weiter an, bei allen Verordnungen und Maßnahmen immer zu überlegen, ob bei Verstößen gegen dieselben die Todesstrafe oder etwa eine Geldstrafe auszusprechen sei. Man habe für gewisse Verfehlungen der Baudienstpflichtigen die Todesstrafe eingeführt. So notwendig diese Strafe im gegebenen Fall auch sein möge, so sei er doch mit dem zuständigen Staatsanwalt und den Baudienstführern übereingekommen, von dieser Todesstrafe nur in bestimmten Fällen Gebrauch zu machen, damit nicht Baudienstpflichtige, die zum Tode verurteilt worden seien und sich geflüchtet hätten, frei herumliefen oder sich einer Bande anschlössen.

Auf dem Gebiete des Agrarstrafrechts müsse mit der sofortigen Enteignung als einer Verwaltungsstrafe sehr vorsichtig umgegangen werden. Solche Mittel dürften nur ergriffen werden, wenn Bedenken in ernährungspolitischer Beziehung nicht beständen.

Staatssekretär K r ü g e r:

... Angesichts der geringen Brennstoffmengen, die der Polizei zur Verfügung gestellt würden, sei es sehr schwer, die Polizei bei der Bandenbekämpfung rechtzeitig zum Einsatz zu bringen. ...

Die Sicherung der volksdeutschen Siedlungen durch reichsdeutsche Polizeikräfte sei sehr schwierig. Es werde Wert darauf gelegt, daß in die polnischen Siedlungen mehr deutsche Polizei nicht aber polnische Polizei gelegt werde. ...

Die Einrichtung von Rentendörfern sei im Zusammenhang mit der Umsiedlung im Distrikt Zamosc notwendig geworden, weil man aus den rein volksdeutschen Dörfern die Polen habe herausnehmen müssen. Man habe die Arbeitseinsatzfähigen aus diesen Dörfern gleich für das Reich zur Verfügung gestellt und die Frauen und Kinder mit den alten und nicht mehr einsatzfähigen Leuten herausgenommen.

Als Mitglied der Gnadenkommission habe er zu verschiedenen Malen Todesurteile gegen Baudienstpflichtige aussprechen müssen, und zwar in Fällen, in denen eigentlich nach Auffassung der Gnadenkommission noch nicht die Möglichkeit der Anwendung der Todesstrafe gegeben gewesen sei. Deswegen habe man Oberstarbeitsdienstführer Hinkel darauf hingewiesen, daß man nicht ohne

weiteres einen Baudienstpflichtigen, wenn er aus seinem Baudienstlager entwichen, dann aber nach vier Wochen freiwillig zurückgekehrt sei, mit dem Tode bestrafen dürfe, sondern hier müßte eine regelrechte Disziplinarlagerordnung aufgestellt werden.

Präsident Dr. Losacker:

... Soweit das Arbeitsgebiet der volksdeutschen Mittelstellen in Betracht komme, habe man in Galizien ausgezeichnet zusammengearbeitet. ... Die Umsiedlung von 5000 polnischen Familien sei denn auch völlig reibungslos vorsich gegangen, in keinem einzigen Fall sei jemand geflüchtet, zu Mißhandlungen oder sonstigen Unzuträglichkeiten sei es auch nicht gekommen. ...

Er stehe auf dem Standpunkt, daß das höchste Interesse daran bestehe, in einer Zeit, in welcher der deutsche Machtbereich einer berannten Festung gleichkomme, die Lebensbedingungen aller, die sich in diesem Gebiet aufhielten, ungefähr gleichmäßig zu gestalten. Es bestehe keine Möglichkeit, einen allzu großen Unterschied zwischen dem zu machen, was man den Polen und Ukrainern und was man andererseits den Volksdeutschen und Reichsdeutschen gebe. Vor allem in Galizien habe man die Beobachtung gemacht, daß die Bevölkerung immer geneigt sei, einen Vergleich mit dem anzustellen, was die Bolschewiken ihr gebracht hätten. Dieses primitive Volk, dem es mehr oder weniger auf die physische Existenz und nicht auf die Verwirklichung irgendwelcher politischer Ideale ankomme, beurteile die Tätigkeit der deutschen Verwaltung nach dem, was sie ihm bringe. Für die Behandlung der Polen und Ukrainer insbesondere derjenigen, auf deren Arbeit Wert gelegt werde, müßte der Grundsatz gelten, daß sie nicht mehr als Polen und Ukrainer bezeichnet würden, was ja auch staatsrechtlich unzutreffend sei. Der polnische Staat sei zerschlagen. Wenn man die Menschen weiter als Polen bezeichne, dann höre die Erinnerung an den bisherigen polnischen Staat nie ganz auf.

Die Einführung einer Kennkarte könne er nur als zweckmäßig bezeichnen. ... Die Legitimation, die man der Bevölkerung geben wolle, müsse einen völligen Überblick über die Leistungen des Betreffenden ergeben. Man habe deshalb vorgesehen, daß nicht nur die Ausbildung des Karteninhabers im Beruf, sondern auch, wenn es sich um einen Bauern handele, die Hektargröße, die Kontingentserfüllung, der Viehbestand usw. einer Beurteilung unterlägen, so daß der Polizeibeamte sofort seine Feststellungen treffen könne.

Auf Grund der Erfahrung bei der vor allem in Warschau gestarteten Aktion könne man der Auffassung sein, daß ein mehr individuelles Vorgehen Platz greifen möge. Man könne auch im

Reich nicht mit so allgemeinen Großaktionen einen Erfolg erringen, wenn auch die Verhältnisse dort vollkommen andere seien. Die Polizeikräfte seien eben vielfach nicht in der Lage, festzustellen, ob jemand wirklich im kriegswichtigen Interesse eingesetzt oder als Asozialer anzusehen sei.

Präsident Dr. Struve weist auf die Schwierigkeiten hin, die der Arbeitererfassung im Generalgouvernement durch Aktionen wie derjenigen, die in den letzten Tagen stattgefunden habe, bereitet würden. Wenn diese Maßnahmen auch polizeilicher Art seien, so würden sie doch immer dem Arbeitseinsatz zur Last gelegt. In der Bevölkerung entstehe der Eindruck, daß solche Maßnahmen immer dazu dienten, Menschen für den Arbeitseinsatz im[4]) Reich zu erfassen. ...

Staatssekretär Krüger bezeichnet es als wünschenswert, daß endlich hinsichtlich der zu erfassenden polnischen Arbeitskräfte eine endgültige Zahl gegeben werde. Wie notwendig das sei, zeige z.B. die Tatsache, daß die Menschen auf dem Lande schon fortliefen, wenn ein Polizeibeamter erscheine. Das habe ihm auch der Bevollmächtigte Pehle bestätigt. Als er in einem Dorf erschienen sei, hätten die Bauern ihre Fahrzeuge stehen lassen und seien mit Frau und Kind geflüchtet. Auf seine Frage sei ihm geantwortet worden, daß er als derjenige angesehen werde, der die Arbeitererfassung durchzuführen habe.

Generalgouverneur Dr. Frank:

... Die Situation des Reiches ist jetzt sehr ernst und entscheidend. Der Krieg fängt an, außerordentlich hart zu werden und sein ernstes Gesicht zu zeigen. Der Führer hat einen Erlaß vom 16.Januar verkündet, in welchem darauf hingewiesen wird, daß alles, was nicht unmittelbar und ausschließlich dem Sieg des Deutschen Reiches dient, einzustellen ist. ...

Meine Herren, seien Sie überzeugt, daß dieses einheitliche Gefüge des Generalgouvernements, an dem alle, die um diesen Tisch versammelt sind, so hervorragend gearbeitet haben, auch wirklich die Kraft haben wird, diese Zeit zu bestehen. Die große Aufgabe, die uns gestellt ist, wird immer schwieriger. Uns wird niemand helfen, sondern wir sind voll und ganz nur auf uns gestellt. Der Führer kann uns nur helfen als einer Art Verwaltungsinsel oder Verwaltungsigel. Wir müssen um uns schlagen. Bei aller Kritik an den Methoden, die wir gehört haben — Sie kennen meine grundsätzliche Auffassung, ich brauche sie in diesem Kreise nicht zu sagen, —

---

[4]) „im“ für „dem“ (ms gestrichen)

möchte ich eins betonen: zimperlich dürfen wir nicht sein, wenn wir die Zahl von 17 000 Erschossenen hören. Diese Erschossenen sind eben auch Kriegsopfer. Wenn wir diese Zahl in ein Verhältnis setzen, zu dem, was das deutsche Volk ununterbrochen jeden Tag und jede Stunde an unersetzlichsten Blutopfern bringt, so fällt sie überhaupt nicht ins Gewicht. Wir sind jetzt verpflichtet, zusammen zu halten. Jeder muß dem anderen Verständnis entgegenbringen, er muß überzeugt sein, daß er sein Bestes tut. Voraussetzung ist immer, daß wir keine persönliche Lockerung eintreten lassen. Wir wollen uns daran erinnern, daß wir alle miteinander, die wir hier versammelt sind, in der Kriegsverbrecherliste des Herrn Roosevelt figurieren. Ich habe die Ehre, Nummer 1 zu sein. Wir sind also sozusagen Komplicen im welthistorischen Sinne geworden. Gerade deshalb müssen wir uns zusammenfinden, wir müssen zusammen fühlen, und es wäre lächerlich, wenn wir irgendwelche Streitigkeiten über Methoden austragen wollten.

Arbeitssitzung
im Schloß Belvedere zu Warschau
am 26. Januar 1943.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. Frank
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Präsident Dr. Gerteis
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Dr. Emmerich
Präsident Dr. Naumann
Bevollmächtigter Dr. Heuber
Ministerialrat Plodeck
Bankdirigent Dr. Paersch
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh
Regierungsrat Gnauck
als Protokollführer

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Generalgouverneur Dr. Frank, daß der Erlaß über die Enteignung des Judenvermögens am 3.Februar 1943 in einer Sitzung auf der Burg zu Krakau einer Besprechung unterzogen werden soll. ...

Clearing und Haushaltswesen.

Präsident Dr. Senkowsky: Die Verschuldung des Reiches sei zu einer bisher noch nicht dagewesenen Höhe angestiegen. Die Verschuldung entstehe durch Aufnahme von Inlandsanleihen, durch die Clearing-Verschuldung für vorschußweise Ausgaben für Lieferungen. Auch dadurch, daß für Lieferungen verbündeter Staaten oder besetzter Gebiete die vorgesehenen Gegenwarenlieferungen nicht mehr zur Verfügung ständen, bzw. zum Teil auch aus Transportgründen nicht durchgeführt werden könnten. Die Frage, was weiter zu geschehen habe, wenn der Krieg noch länger dauere und diese Maßnahmen noch 2 oder 3 Jahren fortgeführt werden müßten, habe überhaupt nicht beantwortet werden können. ... Er sei nach reiflicher Überlegung zu der Auffassung gekommen, daß es dem Generalgouvernement möglich sei, dem Reich auf finanziellem Gebiete zur Seite zu stehen, unter der Voraussetzung, daß dadurch der Wirtschaft des Generalgouvernements keine Schaden zugefügt werde. ...

Generalgouverneur Dr. Frank erklärt es für völlig unmöglich, daß das Generalgouvernement noch weitere Belastungen auf sich nehme. Dieser Standpunkt müsse dem Reichsfinanzministerium gegenüber auch von Staatssekretär Dr. Bühler mit aller Energie vertreten werden. Dem Reichsfinanzministerium müsse klar gelegt werden, wie völlig unmöglich es aus politischen Erwägungen sei, daß das Generalgouvernement in einer Zeit, in der es in größte Schwierigkeiten geraten werde, solche Belastungen auf sich nähme. ...

Präsident Dr. Senkowsky: Seiner Ansicht nach habe das Generalgouvernement die Verpflichtung, für das Reich das zu tun, was in seiner Kraft stehe. Er gehe dabei von der Feststellung aus, daß die Finanzverwaltung in der Lage sein werde, die dem Generalgouvernement gestellten Aufgaben zu erfüllen ...

Generalgouverneur Dr. Frank weist Finanzpräsident Dr. Senkowsky an, über die Frage der Übernahme der Schuld des Reiches mit Reichsstellen nicht zu verhandeln.

Präsident Dr. Paersch: ... Es sei unmöglich, eine Ausnutzung der Länder mit der höchsten Potenz durchzuführen, wenn an der Währungsumrechnung etwas geändert werde. ... Das Generalgouvernement habe für das Reich einmal als Wirtschaftsgebiet zur Unterstützung des Reiches, aber auch als Hinterland für die kämpfende Truppe eine besondere Bedeutung. Das Reich werde diesen Gesichtspunkt in ganz besonderem Umfange für das Generalgouvernement zur Anwendung gebracht sehen wollen. Das Reichsinteresse

erfordere es, daß jede Maßnahme unterbleibe, die die Wirtschaftsordnung des Gebietes, die ohnehin durch die großen Lieferungen an Getreide ins Reich eine erhöhte Belastung erfahren habe, noch darüber hinaus gefährdet werde. ...

Präsident Dr. Paersch bemerkt, daß das Reich in der Kriegswirtschaft gebunden sei. Es könne diese Grundsätze nicht bewußt aufgeben, weil daraus sofort Schlußfolgerungen gezogen würden und Unruhe in die besetzten Gebiete gebracht werde. Das Reich habe diese Länder weitgehend für seine Kriegsbedürfnisse ausgenutzt und habe Warenlieferungen nicht machen können. Es stehe nun vor der Notwendigkeit, auf Grund des Zwanges, weiter Waren zu erhalten, bei diesen Gebieten mit allen Mitteln darauf zu sehen, daß primär die Wirtschaftsordnung nicht unnötig gestört werde. Der höhere Gesichtspunkt der möglichst völligen Ausnutzung der Wirtschaftskraft der Gebiete habe es notwendig gemacht, die sich aus der Verschiebung im Reich ergebenden Erwägungen zurücktreten zu lassen ...

Gegenüber einem Hinweis des Präsidenten Dr. Paersch auf die Anleihewirtschaft im Generalgouvernement hebt Präsident Dr. Senkowsky hervor, dem Generalgouvernement werde es mit einem gewissen Recht zum Vorwurf gemacht, daß es bisher überhaupt nicht verschuldet sei. Man gebe im Reich seinem Befremden darüber Ausdruck, daß es bisher nicht möglich gewesen wäre, von den Polen auch nur einen Zloty Kredit für Kriegszwecke herauszuholen, während Frankreich und andere besetzte Gebiete eine starke Verschuldung auf sich genommen hätten ...

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird dann zu der Frage des Notenumlaufes Stellung genommen.

Präsident Dr. Senkowsky erinnert daran, daß bei einer Besprechung auf der Burg vor etwa einem Jahre der Notenumlauf auf 2,4 Millarden beziffert worden sei. Jetzt sei er um 60 % auf 4 Milliarden gestiegen. Wenn eine weitere Steigerung von 60 % eintrete, so könne man im Laufe dieses Jahres mit einem Notenumlauf von 6 bis 6,5 Milliarden rechnen. Die Frage sei nun, welche vorbeugenden Maßnahmen man dagegen ergreifen könne. ... Seiner Ansicht nach müsse mit zwei Mitteln gearbeitet werden, und zwar erstens mit der Abschöpfung durch straffe Erfassung des steuerlichen Apparates. ... Zweitens könne man dem Reich möglichst viele Mittel zur Verfügung stellen, die aus dem Generalgouvernement geschöpft würden, sei es aus dem Haushalt, sei es durch Aufnahme von Anleihen. Seit April vorigen Jahres habe man dem Reich rd. 1 Milliarde für die Durchführung seiner Maßnahmen zur Verfügung gestellt, und in der Höhe dieser Milliarde sei die Notenbank vom

Reich nicht in Anspruch genommen worden. Das Geld, das man dem Reich zur Verfügung stelle, hole man in Gestalt der Noten aus der Bevölkerung heraus, die Noten lege man nicht in die Kasse, sondern sie flössen an die Notenbank zurück. Um diesen Betrag sei der Notenumlauf verringert. ...

Präsident Dr. Paersch ist der Auffassung, daß keine Möglichkeit bestehe, Anleihen in größerem Umfange aufzunehmen. Er stimme aber Präsident Dr. Senkowsky insofern zu, daß man die polnische Bevölkerung auch in ihrer Sparkraft so weit als möglich heranziehen solle. Es sei immer sein Ziel gewesen, auf diesem Gebiete das möglichste hea auszuholen, aber das Vertrauen lasse sich nun einmal nicht kommandieren. ...

Generalgouverneur Dr. Frank trifft auf Grund der Aussprache folgende Feststellung:

1. Der Versuch, die Währungs- und Finanzierungssituation des Generalgouvernements gegenüber dem Reich dadurch zu bessern, daß die Schuld des Reiches auf den Haushalt des Generalgouvernements übernommen wird, wird allgemein als nicht durchführbar bezeichnet. ... Wegen der Zins- und Amortisationslast, die das Reich hat, sollen von seiten des Generalgouvernements keinerlei Maßnahmen ergriffen werden.

2. Dem Antrage der Hauptabteilung Finanzen, den Wehrbeitrag so hoch wie nur möglich zu gestalten, muß im allgemeinen Etat entsprochen werden, vor allem im Hinblick auf die Währungslage des Generalgouvernements. Die Erhöhung des Wehrbeitrages muß durch Maßnahmen bewirkt werden, die nicht irgendwie den Wirtschaftsfrieden oder das Vertrauen der Bevölkerung im wesentlichen Umfange gefährden können.

3. Die Anleihepolitik des Generalgouvernements soll vorsichtig, aber doch entschieden in Bewegung kommen. Als erste Maßnahmenist hierbei der Vorschlag des Präsidenten der Ostbahn zu berücksichtigen. Diese Anleihe der Ostbahn ist als Eigentum des Generalgouvernements unter den üblichen Voraussetzungen und der Berücksichtigung der Reichssituation zu betrachten.

4. Angesichts der drohenden ernsten Entwicklung und der Gesamtlage muß dem Reich in jeder Weise geholfen werden. Darüber hinaus hat aber das Reich das größte Interesse

daran, daß das Generalgouvernement als Ausstrahlungsbecken der Reichsordnung nicht durch überstürzte Währungs-, Anleihe- und Finanzierungsmaßnahmen in eine Gefahr drohender Unruhen versetzt wird.

5. Weiter müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, damit der hemmungslosen Anschwellung des Notenumlaufes im Generalgouvernement entgegengewirkt werden kann.

Mittagspause

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird kurz zu der Frage des

J u d e n e i g e n t u m s

Stellung genommen.

Generalgouverneur Dr. F r a n k beauftragt Staatssekretär Dr. B ü h l e r, nach seiner Rückkehr nach Krakau die Frage des Judeneigentums zum Gegenstand einer sofortigen Aussprache mit dem Staatssekretär Krüger zu machen. Generalgouverneur Dr. Frank trifft dabei folgende Feststellung:

1. Ich erkenne die Anordnung des Reichsführers SS Himmler über die Regelung des Judeneigentums im Generalgouvernement nicht an. Sie ist völlig unwirksam, da im Generalgouvernement Verordnungsrecht nur der Generalgouverneur bzw. der Ministerrat für die Reichsverteidigung hat.

2. Da diese Verordnung rechtsunwirksam ist, sind selbstverständlich auch die Auf Grund dieser Verordnung erlassenen Maßnahmen und Befehle des SS-Obergruppenführers Krüger rechtsunwirksam.

3. Die Regelung der Frage des Judeneigentums kann nur so vor sich gehen, daß entsprechend einem Antrage, den die Hauptabteilung Treuhandwesen an den Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft stellen wird, durch eine Verordnung des Generalgouverneurs das gesamte Judeneigentum z. S t a a t s e i g e n t u m des Generalgouvernements erklärt wird. Über die Verwertung dieses Staatseigentums ist im engsten Einvernehmen mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und den Polizeidienststellen zu verhandeln.

4. Für die Durchführung der Verwertung des in Staatseigentum überzuführenden Judeneigentums soll eine Sonderkommission gebildet werden, deren Vorsitz der Leiter der Abteilung Treuhandwesen in der Hauptabteilung Wirtschaft übernehmen wird.

5. Staatssekretär Dr. Bühler wird beauftragt, die endgültige Formulierung eines diesbezüglichen Erlasses in Zusammenarbeit mit Präsident Dr. Losacker vorzubereiten.

Ministerialrat Plodeck weist darauf hin, daß nach der bestehenden Rechtsgrundlage das Judeneigentum als herrenloses Gut anzusprechen sei und als solches in das Eigentum des Generalgouvernements übergehen würde. Dieses Vermögen habe, soweit es sich dabei um Grundbesitz handle, einen Wert von etwa 1,5 Milliarde und wäre von der Treuhandstelle zu verwalten. Die bisher bestehende Unsicherheit habe dazu geführt, daß die Gouverneure nicht wüßten, was sie mit diesem Vermögen anfangen sollten. Gleichwohl hätten SS- und Polizeiführer bereits Ausführungsbestimmungen gegeben. Ein SS- und Polizeiführer stehe z.B. auf dem Standpunkt, daß künftig die deutsche Ansiedlungs-Treuhandgesellschaft allein die Aufsicht und das Weisungsrecht in diesen Dingen habe.

Generalgouverneur Dr. Frank wünscht die auf diesem Gebiet bestehende Unsicherheit möglichst bald beseitigt zu sehen und verwahrt sich entschieden dagegen, daß irgendwelche Stellen voreilige Maßnahmen träfen. Wenn eine Regelung dieser Frage im Reich bereits durchgeführt sei, müsse sie auch für das Generalgouvernement maßgebend sein.

Generalgouverneur Dr. Frank weist Staatssekretär Dr. Bühler an, umgehend im Wege des Fernschreibens Staatssekretär Krüger oder seinen Vertreter zu einer Äußerung über diese Frage zu veranlassen.

Verkauf von Rüstungswerken.

Präsident Dr. Emmerich erinnert daran, daß die Wehrmacht schon im Jahre 1940 habe erkennen lassen, daß sie für die Betriebe, über die sie sich die Verfügung angeeignet habe, auch das Eigentum beanspruche. Daraufhin seien zwei Maßnahmen getroffen worden, einmal in Gestalt der Verordnung vom 24. September 1940, in der entgegen der Auffassung der Wehrmacht eindeutig festgelegt worden sei, daß das Eigentum des früheren polnischen Staates Eigentum des Generalgouvernements sei, daß andererseits Vermögen des früheren Heeresfiskus eo ipso der Wehrmacht gehöre. Eine zweite Maßnahme sei die Gründung der Werke des Generalgouvernements gewesen als einer Auffanggesellschaft für früheren polnischen Staatsbesitz, soweit er für eine Eingliederung in diese Gesellschaft in Betracht komme.

Die Wehrmacht habe sich formell nie mit der Verordnung vom 24. Sept. 1940 einverstanden erklärt. ...

In zahlreichen Verhandlungen habe die Wehrmacht eine Anzahl von Betrieben des Generalgouvernements freigegeben bzw. auf sie verzichtet, während sie für andere Betriebe an ihrem Eigentumsanspruch festgehalten habe. ...

Ernährungssituation — Ablieferungen an das Reich — Spritforderung

Präsident Naumann geht in seinen Ausführungen von dem Grundsatz aus, daß die Erzeugung in ihrer bisherigen Höhe nicht nur zu halten, sondern nach Möglichkeit noch zu steigern sei. Die Vorgänge an der Ostfront würden auch das Generalgouvernement vor neue Überraschungen auf dem Gebiet der Ernährung stellen. Wenn auch die Voraussetzungen für das Anlaufen der Erzeugungsschlacht 1943 im großen und ganzen günstig seien, so dürfe doch andererseits die polnische und ukrainische Bauernbevölkerung nicht durch eine Politik der Nadelstiche beunruhigt werden.

Generalgouverneur Dr. Frank weist darauf hin, daß in der gestrigen Polizeisitzung eine restlose Übereinstimmung zwischen Verwaltung, Polizei und Sicherheitsorganen erzielt worden sei. Das gelte vor allem auch für die Einstellung der Binnenumsiedlung. ...

Präsident Naumann gibt nunmehr einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements. Man werde bis zur neuen Ernte schlecht und recht durchkommen müssen. Der ursprüngliche Plan, 2 Mill. Menschen aus der allgemeinen Versorgung auszuschalten, sei ja mittlerweile fallen gelassen worden. Das bedeute, wenn man die Leistungen für das Reich mit 760 000 to Getreide insgesamt einsetze, bis zur Ernte 1943 eine Fehlbilanz von 160 000 to Getriede. ... Man habe in den letzten Wochen versucht, die Bilanz insoweit zu bereinigen, als man die Wehrmacht gebeten habe, auf die Lieferung gewisser Mengen zu verzichten. Die Verhandlungen seien auch in so weit von Erfolg begleitet gewesen, als die Wehrmacht bis zum 31. August 1943 auf 39 000 to Getreide insgesamt verzichte. ... Diese Situation, die man mühselig aufgebaut habe, werde nun aber wieder durch eine neue Forderung des Reiches gestört, und zwar fordere das Reichswirtschaftsministerium durch Präsident Kehrl die Lieferung von 100 000 Hektoliter Feinsprit, was einer Lieferung von 100 000 to Kartoffeln entspreche. ...

Präsident Naumann wendet sich in diesem Zusammenhang entschieden gegen jede weitere Belastung der Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements und stellt ausdrücklich fest, daß Wünsche nach Rationserhöhungen usw. jetzt nicht mehr Berücksichtigung finden könnten. ...

Generalgouverneur Dr. Frank gibt zur Kenntnis, daß er erst dann zu dieser Spritforderung Stellung nehmen werde, wenn an ihn ein amtliches Schreiben darüber gelangt sei. Er habe dem Reichsmarschall geschrieben, daß es ihm angesichts der erwähnten Umstände nicht möglich sei, das dem Generalgouvernement auferlegte Soll unter den jetzt gegebenen Voraussetzungen zu erfüllen. Der Reichsmarschall wisse also, daß eine weitere Lieferung über das hinaus, was man bisher übernommen habe, ebenso unmöglich sei wie schon jetzt die völlige Erfüllung des dem Generalgouvernement auferlegten Solls.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs Dr. Frank erwidert Präsident Naumann, daß von den 600 000 to, deren Lieferung dem Generalgouvernement auferlegt worden sei, bis jetzt insgesamt an Reich und Wehrmacht 420 000 to geliefert worden seien.

Generalgouverneur Dr. Frank weist Präsident Naumann nochmals an, zunächst nichts mehr an das Reich zu liefern, solange die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Andererseits dürfe aber nicht der Anschein einer Weigerung gegenüber dem Reich erweckt werden. Er werde gegebenenfalls den Notstand deklarieren und erklären, daß auf keinen Fall mehr geleistet werden könne, wenn man die Ernährungsmöglichkeiten des Generalgouvernements aufrecht erhalten wolle. ... Er ersuche also die beteiligten Stellen, sich absolut an seine Weisung zu halten, die dahin gehe, daß bis zur Entscheidung des Briefwechsels mit weiteren Ablieferungen an das Reich gewartet werde.

.....

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Arbeitssitzung

im Königssaal der Burg zu Krakau

Mittwoch, den 14. April 1943.

Thema: Ernährungslage der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur ergreift zunächst Staatssekretär Dr. Bühler das Wort. Er führt aus:

... Ich kann schon heute sagen, daß der polnische Arbeiter im Generalgouvernement schlechter versorgt ist als der ausländische Arbeiter im Reich, als der Ostarbeiter in den Reichsländern, als der polnische und auch der sowjetische Kriegsgefangene.

ganz zu schweigen von den Verbrauchersätzen, welche der tchechischen Bevölkerung im Protektorat und der Polnischen Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten zugestanden werden. Trotzdem wird von der polnischen Bevölkerung der gleiche Arbeitserfolg verlangt wie in diesen Gebieten. Das berechtigt die Regierung des Generalgouvernements, einmal eine grundsätzliche Regelung vom Reich zu verlangen. . . .

Präsident Naumann führt aus:

. . . In die Verbraucherbilanz habe man für das Wirtschaftsjahr 1943/44 350 000 Deutsche eingestellt. . . .

Weiter habe er nunmehr für 3,5 Millionen nichtdeutsche Normalverbraucher die Warthegau-Sätze berechnen lassen: pro Woche 2 280 gr Brotwert, d.h. Brot, Mehl und Nährmittel zusammen, 225 gr. Zucker, 175 gr Marmelade, 3 — 7 kg Kartoffeln, 100 gr Fleisch und 125 Gramm Fett pro Woche. Diese 3,5 Millionen Menschen sollten die Familienangehörigen der irgendwie im deutschen Interesse arbeitenden Polen oder Ukrainer sein. Weiter habe er 1 Million Menschen mit den gegenwärtigen nichtdeutschen Normalverbrauchersätzen eingesetzt und dabei unterstellt, daß sie nicht im deutschen Interesse arbeiteten.

Ferner habe er dann 800 000 Arbeitskräfte eingesetzt, die entsprechend der Warthegauregelung erhalten sollten: 2 860 gr Brotwert pro Woche, 225 gr Zucker, 175 gr Marmelade, 7 kg Kartoffeln, 300 gr Fleisch, 145 gr Fett. Weiter habe er 700 000 Arbeitskräfte eingesetzt, die entsprechend der Warthegauregelung den sogenannten Schwerarbeitersatz erhielten: 3 650 gr Brotwert, 225 gr Zucker, 175 gr Marmelade, 7 kg Kartoffeln, 400 gr Fleisch, 185 gr Fett.

Die sich daraus ergebenden Mengen sowie ein gewisser Teil von Sonderzuweisungen — z.B. an den polnischen und ukrainischen Hilfsausschuß, an noch vorhandene 230 000 Juden, an eine Anzahl nichtdeutscher Selbstversorger in den Beskiden — machten insgesamt bei den einzelnen Produkten für das Wirtschaftsjahr 1943/44 folgende Summen aus:

726 000	to Getreide
66 700	to Zucker
58 000	to Marmelade
2 010 000	to Kartoffeln
1 500	to Süßwaren für die Deutschen
82 000	to Fleisch
66 000 000	Stück Eier
36 000 000	Ltr. entrahmter Frischmilch
15 100 000	Ltr. Vollmilch für die Deutschen
42 400	to Öl und Fette.

... Man habe im vergangenen Jahre einen echten Eingriff in die Viehbestände des Generalgouvernements von über 20 % gemacht. Rinder, die eigentlich für die Produktion von Milch und Butter notwendig seien, habe man im vergangenen Jahre abgeschlachtet, um die Lieferungen an Reich und Wehrmacht und die Fleischversorgung einigermaßen aufrecht erhalten zu können. Wenn man 120 000 to Fleisch erfassen wolle, dann müsse man in die verbleibende Menge von Vieh einen echten Eingriff von 40 % vornehmen. Das würde bedeuten, daß am Ende des Wirtschaftsjahres 1944 nur noch 600 000 Rinder im Generalgouvernement vorhanden wären. ...

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß bei Getreide im Jahre 1940 383 000 to, im Jahre 1941 685 000 to und im Jahre 1942 1,2 Millionen to erfaßt worden seien. Daraus sei schon zu erkennen, daß man von Jahr zu Jahr die Erfassung verschärft habe und immer mehr an die Grenze des Möglichen herankomme. Man wolle jetzt wieder 200 000 to mehr erfassen und werde damit an der äußersten[5]) Grenze angelangt sein. Man könne den Hunger des polnischen Bauern nur noch so weit verstärken, daß er kräftig genug bleibe, um sein Feld zu bestellen und die daneben noch von ihm verlangten Arbeiten wie z.B. die Holzabfuhr für die Forstverwaltung durchzuführen. ...

Arbeitssitzung

am 15. April 1943

im Königssaal der Burg zu Krakau.

Thema: Sicherheitslage des Generalgouvernements

Teilnehmer:

Der Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Krüger
Staatssekretär Dr. Boepple
Generalleutnant von Hartlieb
Generalleutnant d.Polizei Becker
Oberst Fischer
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Dr. Losacker
Präsident Ohlenbusch
Präsident Dr. Struve
Präsident Naumann

[5]) ursprünglich „die äusserte Grenze“ (ms verbessert)

SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth
Hauptabschnittsleiter Stahl
Landesoberverwaltungsrat Weihrauch
Major Dr. Jünglings

Staatssekretär Krüger: Man müsse auf die Gesamtpolitische und militärische Lage eingehen, die zur Zeit ihren Ausfluß dahin habe, daß sich die Widerstandskräfte in den besetzten Gebieten im allgemeinen und vor allem im Generalgouvernement versteiften. Bekanntlich sei gerade von außen, von der Regierung Sikorski her der polnischen Widerstandsbewegung der Vorwurf gemacht worden, daß sie in ihrem Kampf gegen das Deutschtum besonders im Hinblick auf den Nachschub für die im Osten kämpfenden Heere versagt habe. Das habe zur Folge gehabt, daß sich das Ausland praktisch um die Widerstandsbewegung intensiver bekümmere als bisher. ...

Von größter Wichtigkeit sei weiter die wesentliche Verschlechterung der Ernährungslage der Fremdvölkischen. Zahlreiche Polen hätten sich mehr und mehr zu Banden zusammengeschlossen, teilweise unter der Führung von Russen oder sonstigen Agenten. ... Bisher sei es gelungen, ernstliche Schäden von seiten der Widerstandsbewegung aufzuhalten. Auf die Dauer werde das aber wahrscheinlich nicht mehr möglich sein. Er habe mit dem Wehrkreisbefehlshaber und mit dem Befehlshaber der Luftwaffe darüber gesprochen, daß nunmehr ein gemeinsamer Einsatz nötig sei. Soweit örtlich eine solche Notwendigkeit vorgelegen habe, sei dieser gemeinsame Einsatz auch erfolgt: Kräfte von Polizei und Wehrmacht seien in bestimmten Gebieten geschlossen zum Einsatz gekommen. Großaktionen, wie man sie früher unternommen habe, wären angesichts der augenblicklichen Lage falsch. ... Man sei deshalb immer gezwungen, mit kleineren, beweglichen Formationen schlagartig in eineGebiet einzudringen und dort aufzuräumen.

Staatssekretär Dr. Bühler will auch die Gendarmeriestationen in Rücksicht gezogen wissen. Die übrigen Mittel der Bekämpfung seien wohl nicht von Dauererfolg begleitet. Die Durchkämmaktionen schüfen wohl für einige Tage Ruhe, nach kurzer Zeit aber baue sich die Widerstandsbewegung neu auf. — Das System der Geiselfestnahmen und -erschießungen, das immer noch geübt werde, könne keine grundsätzliche Beruhigung bringen.

Auf den Einwand des SS-Brigadeführers Dr. Schöngarth, daß er keine Geiselerschießungen angeordnet habe, erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß nach ihm gewordenen Berichten sowohl im Falle der Tötung eines Landkommissars wie eines Kreishauptmanns 30 Geiseln erschossen worden seien. ...

Staatssekretär K r ü g e r : Eine politische Beruhigung der Bevölkerung liege durchaus im Rahmen des Möglichen, wenn vor allem demjenigen Teil der Bevölkerung, der in deutschen Diensten stehe, die Ernährung ihrer Familien sichergestellt werde. Heute werde der polnische Arbeiter von den ihm zugeteilten Nahrungsmitteln nicht satt, seine Arbeitsleistung lasse immer mehr nach, und er sei gezwungen, zwei oder drei Tage in der Woche mit seiner Arbeit auszusetzen, um sich Nahrungsmittel auf illegalem Wege zu beschaffen. . . .

Präsident Dr. S t r u v e ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die Angriffe gegen die Arbeitseinsatz-Verwaltung eine gewisse Planmäßigkeit festzustellen sei. Es seien allein 11 Arbeitsämter bzw. ihre Karteien durch Überfälle zerstört worden. Angriffe auf polnische Werber in Form von Erschiessungen, tätlichen Beleidigungen und Bedrohungen seien an der Tagesordnung. . . .

Im übrigen sei die Tatsache festzustellen, daß eine Reihe von Polizeimaßnahmen den Arbeitsämtern zur Last gelegt werde, für die diese keine Verantwortung trügen. . . .

Auf eine Frage des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s erwidert Präsident Dr. S t r u v e , daß dem Wunsche der Arbeitsverwaltung entsprechend keine Massenaktionen mehr durchgeführt würden. . . .

Auf eine Frage des Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r s erwidert Präsident N a u m a n n , daß angesichts der Tatsache, daß die Umsiedlung große Unruhe in die polnische Landbevölkerung bringe, diese Umsiedlung besser nicht durchgeführt worden wäre und man sie jedenfalls jetzt abstoppen müsse. . . . Jedenfalls wäre es auch im Hinblick auf die Tatsache, daß wieder Gerüchte von neuen Einsiedlungen und Umsiedlungen umliefen, richtiger, die Siedlung nicht weiter fortzusetzen. Es sei anzunehmen, daß ein polnischer Bauer, der von seinem Hofe vertrieben werde, nicht Freund der Deutschen sein, sondern versuchen werde, sich zu rächen oder vielleicht Anschluß an Gruppen zu finden, die der deutschen Führung mit der Waffe in der Hand gegenüberständen. . . .

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Brigadeführer Dr. S c h ö n g a r t h , daß grundsätzlich bei Vorliegen von Sabotagefällen zunächst der Täter gefaßt werden solle, wenn da s nicht möglich sei, der Täterkreis und schließlich der Lebenskreis des Täters. Hier würden aber keine Erschiesungen ohne weiteres durchgeführt, sondern die betreffenden Personen würden zunächst festgenommen. Man habe hier mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen umso mehr, da nach einem solchen Sabotageakt oder Überfall die gesamte deutsche Bevölkerung sofort Sühnemaßnahmen verlange.

Der Herr Generalgouverneur verweist in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen Berichte, die ihm zugingen. Ein großer zusammenfassender Bericht sei ganz ausgezeichnet abgefaßt und enthalte ganz detaillierte Angaben, in denen doch einwandfrei von zahlreichen Geiselerschießungen gesprochen werde. Es wäre eigentlich selbstverständlich, daß alle diese Erschiessungen, die ohne Gerichtsverfahren durchgeführt würden, in einem regulären Verfahren ihren Unterbau fänden, was zur Folge haben würde, daß nicht jene große Unruhe in die Bevölkerung getragen würde. Als verantwortlicher Leiter der Regierung des Generalgouvernements sei er der Auffassung, daß man nunmehr unbedingt zu einer Änderung der Methode kommen müsse. Diese Massenerschiessungen ohne Urteil, bei denen manchmal die Bewohner ganzer Ortschaften erschossen würden, seien auf die Dauer unmöglich. Selbstverständlich dürfe die Änderung dieses Verfahrens von der Gegenseite nicht als Schwäche des deutschen Willens, in diesem Raum zu bleiben, ausgelegt werden können, und daher müßten solche Maßnahmen sehr wohl überlegt werden. ...

Staatssekretär Krüger gibt zu bedenken, daß hinsichtlich der Frage der Geiselgestellung der Vorwurf erhoben werde, daß man nicht scharf genug zugreife. Man müsse bedenken, daß es in manchen Gebieten richtige Verbrecherdörfer gebe, in denen die Bandenangehörigen mit Frau und Kind wohnten. Hier müsse unter Umständen scharf zugegriffen werden. ...

Der Herr Generalgouverneur hält es für geboten, daß ein solches Regulativ hinausgehe, mit dem dann auch falsche Eindrücke vermieden werden könnten. Jedenfalls müsse eine Sicherheit dagegen geschaffen werden, daß nicht absolut unschuldige Menschen getötet würden. Deshalb müsse man unbedingt zu irgendwelchen Grundsätzen kommen, die dann den einzelnen Dienststellen bekannt gegeben werden könnten. ... Hier könne im weitesten Sinne des Wortes von einer über das normale Maß weit hinaus gehenden Verantwortlichkeit gesprochen werden. Einigkeit bestehe darüber, daß die Tätigkeit der Sicherheitsfaktoren und die gesamten Sicherheitsfragen davon abhingen, wieviel Sicherheitsträger im Generalgouvernement vorhanden seien.

Geheim.[6])

ggk 356o — 119/43g

Arbeitssitzung

Thema:

Sicherheitslage im Generalgouvernement

am 31. Mai 1943

[6]) Geheim-Stp rot | Aktenzeichen r o Rot

Der Herr Generalgouverneur:

... Ich begrüße mit besonderer Freude den General der Polizei SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner und den Vertreter des Reichsministers Dr. Lammers Herrn Reichskabinetsrat von Stutterheim sowie die Herren Generäle. Die Frage der Sicherheit des Generalgouvernements war bis vor etwa dreiviertel Jahren kein unmittelbar oder bedrohliches Problem. Es war eigentlich unser Stolz, daß es geglückt war, trotz der schwierigen Verhältnisse, die sich aus der inneren Lage des Generalgouvernements ergaben, die Sicherheit im Raum aufrecht zu erhalten. ...

In den letzten Monaten zeigt sich nun eine zunehmende Verschlechterung dieser Lage. ...

Das Generalgouvernement ist 1939 vom Führer als eine Art ::-:: Ausnahmeverwaltung[7]) ::-:: errichtet worden. Das Generalgouvernement ist sozusagen ein latenter Ausnahmezustand. Das geht z.B. daraus hervor, daß wir Polizeistandgerichte aufrecht erhalten haben, die als Exekutivorgan die sofortige Vollstreckung durchführen können. Wir sind in diesem Ausnahmezustand so weitgegangen, daß wir der einheimischen Bevölkerung völlig abweichend von derjenigen anderer Gebiete Opfer aufgebürdet haben, die mit zur Steigerung der Unsicherheit im Lande beigetragen haben. In Betracht kommt hier in erster Linie die absolut unzureichende Ernährungssituation der Gesamtbevölkerung dieses Raumes, die wir im Hinblick auf die jedes vorstellbare Maß überschreitenden Anforderungen des Reiches systematisch der Bevölkerung auferlegen müssen. Die Ernährungssituation für die einheimische Bevölkerung ist so katastrophal, daß wir erst vor wenigen Wochen, nur um den dringendsten Bedarf der Rüstungsbetriebe zu decken, einige tausend Tonnen des uns vom Reich auferlegten Solls zurückerbeten haben. ...

Präsident Dr. Losacker: ...

Die Regierung des Generalgouvernements sei sich bereits seit längerer Zeit darüber im klaren, daß die Sätze der Ernährungsrationen, die den Fremdvölkischen gegeben würden, unter keinen Umständen länger beibehalten werden können, ohne daß man die Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen lasse oder in den Aufstand treibe. Deshalb sei es von besonderer Bedeutung, daß ab September dieses Jahres die Sätze zugeteilt würden, die gerade ausreichend seien. Die Schwierigkeiten der Ernährungslage, die sich naturgemäß schlecht auf die Stimmung der Bevölkerung auswirken, die enorme

[7]) Unterstreichung Blei

Preissteigerung, die zum Teil übertriebene und engherzige Gehalts- und Lohnpolitik hätten dazu geführt, daß Teile der polnischen Bevölkerung zur Verzweiflung getrieben worden seien. Ganz besonders ungünstig ausgewirkt habe sich die Schwächung von Außenpositionen, das Zurückziehen von Polizeiposten in größere Städte und die Zusammenziehung zu Zugstärke bei einzelnen Kommandos. Daß auch die Umsiedlung im Distrikt Lublin besonders unglückliche Folgen gehabt habe, sei erwiesen. Diese Dinge hätten sich auch im Distrikt Warschau ausgewirkt. ... Die Judenumsiedlung habe bewirkt, daß sich die Juden mit den Banden vereinen konnten. Dazu seien einige Aktionen im Generalgouvernement gekommen, die sich überaus ungünstig für die Stimmung der Bevölkerung ausgewirkt hätten, so besonders im Januar 1943 die große Arbeitererfassungsaktion, bei der planlos Leute von den Straßen, aus den Kirchen und Wohnungen weggeholt worden seien. ...

Staatssekretär K r ü g e r:

Die E n t j u d u n g habe ohne Zweifel auch zur Beruhigung geführt. Sie sei für die Polizei eine der schwierigsten und unangenehmsten Aufgaben gewesen, habe aber auf Befehl des Führers durchgeführt werden müssen, weil es im europäischen Interesse notwendig sei. ... Er habe neulich erst wieder den Befehl erhalten, in ganz kurzer Zeit die Entjudung durchzuführen. Man sei gezwungen gewesen, die Juden auch aus der Rüstungsindustrie und den wehrwirtschaftlichen Betrieben herauszuziehen, falls sie nicht ausschließlich im kriegswichtigsten Interesse eingesetzt seien. Die Juden seien dann in großen Lagern zusammengefaßt worden und würden von dort für die Tagesarbeit in diesen Rüstungsbetrieben abgegeben. Der Reichsführer SS wünsche aber, daß auch die Beschäftigung dieser Juden aufhöre. Er habe mit Generalleutnant Schindler eingehend über diese Frage gesprochen und glaube, daß dieser Wunsch des Reichsführers SS wohl im Endeffekt nicht erfüllt werden könne. Es gebe unter den jüdischen Arbeitskräften Spezialarbeiter, Feinmechaniker und sonstige qualifizierte Handwerker, die man heute nicht ohne weiteres durch Polen ersetzen könne. ...

Man habe von den Juden die physisch besten Kräfte in Betrieb gelassen, die sogenannten Makkabäer, die ausgezeichnet arbeiteten, weiter auch weibliche Kräfte, von denen man festgestellt habe, daß sie physisch viel stärker seien als der Jude. Die gleiche Erfahrung habe man übrigens auch bei der Räumung des Ghettos in Warschau gemacht. Diese Aufgabe sei übrigens sehr schwierig gewesen. Der Verlust an Polizeikräften habe 15 Tote und 88 Verletzte betragen.

Man habe festgestellt, daß auch dort Jüdinnen mit der Waffe in der Hand bis zum letzten gegen die Männer der Waffen-SS und Polizei gekämpft hätten.

Mit der Frage der Entjudung könne man sich eigentlich garnicht mehr belasten; dafür sei sie auch propagandistisch schon zu stark vom Auslande ausgeschlachtet worden. Unabhängig davon müsse man versuchen, diese jüdischen Kräfte, die sich der Umsiedlung entzogen hätten und überall getarnt herumliefen, in irgendeiner Form einzufangen. Er habe Meldung von der Sicherheitspolizei erhalten, daß Überfälle und Morde in der Stadt Warschau auch immer wieder von Juden ausgeführt würden.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor sei die U m s i e d l u n g. Diese Umsiedlung habe zwangsläufig in Angriff genommen werden müssen. Man habe bestes deutsches Blut vor allem noch vor Beginn des Ostfeldzuges retten müssen, so die Deutschen aus den Baltenländern, aus Bessarabien, aus dem Buchenlande, aus Wolhynien und Galizien. . . . Die erste Ansiedlung sei im Kreise Zamosc des Distriktes Lublin durchgeführt worden. Der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums habe diesen Kreis zum deutschen Siedlungsgebiet erklärt. Schätzungsweise seien 8 — 12 000 Menschen dort eingesiedelt worden. . . .

Der nächste Faktor, der zur Unruhe und zur Verstärkung des Bandenunwesens führen müsse, sei die gesamte W i r t s c h a f t s l a g e. Es müsse festgestellt werden, daß es heute dem polnischen Menschen nicht möglich sei, irgendwelche Bedarfsartikel, Rohstoffe, Textilien, Schuhwerk usw. zum amtlich festgesetzten Preis zu kaufen. . . .

General H a e n i c k e bemerkt, ihm sei bekannt, daß der Reichsführer SS mit der Bandenbekämpfung beauftragt sei. Neuerdings habe aber der Führer einen Befehl an die Heeresgruppe erlassen, nach welchem sie für die Partisanenbekämpfung hinter der Front verantwortlich wäre. . . . Man schreite dort offenbar schon als Militär ein.

Es werde davon gesprochen, man müsse über die betroffenen Gebiete den Ausnahmezustand verhängen. Es handelt sich hier um eine politische Angelegenheit, und er warne davor, diesen Ausdruck auch nur zu gebrauchen. Denn die englischen Zeitungen würden sofort darauf hinweisen, daß man gezwungen sei, im Generalgouvernement den Ausnahmezustand zu verhängen. Die gleiche Wirkung würde eine solche Maßnahme auf die Russen ausüben, die dann erst recht Fallschirmspringer ins Generalgouvernement senden

würden. Der Ausdruck „Ausnahmezustand" dürfe also nie fallen. Wenn er praktisch durchgeführt werde, so beruhe das auf einer Abmachung zwischen den beteiligten Stellen.

Tagung

des Kriegswirtschaftsstabes und Verteidigungsausschusses

am 22. Sept. 1943

im Königssaal der Burg zu Krakau.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Ich habe als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung gesetzt die Verstärkung der Sicherheit für die Kriegsproduktion im Generalgouvernement, als zweiten Punkt Fragen der Arbeitsordnung und der Arbeiterversorgung. ...

Dabei muß in erster Linie festgestellt werden, daß die Herstellung der Sicherheit dieses Raumes, d.h. die Sicherung des Menschen, der hier im deutschen Interesse arbeitet, ebenso wie die Sicherung der allgemeinen Positionen der Verwaltung und Führung dieses Raumes wie der Produktionsstätten und der in ihnen lebenden Menschen die Grundvoraussetzung für diese Arbeit ist. Ich habe im Laufe der letzten Monate unter den schwersten und sinnlosesten Kämpfen den Grundsatz durchführen müssen, daß man den Polen endlich einmal eine ausreichende Ernährung zukommen läßt. Sie kennen ja die törichte Einstellung der Minderbewertung der uns unterworfenen Völker, und zwar in einem Augenblick, in welchem die Arbeitskraft dieser Völker eine der wesentlichsten Potenzen unseres Siegringens darstellt.

... Es ist ganz offensichtlich: wir haben zunächst dafür zu sorgen, daß die 10 Millionen und die anderen 4 Mill. Fremdvölkischer, die wir im Lande haben, unter allen Umständen in Ruhe, Sicherheit und guter Ernährung für Deutschland zu arbeiten haben. ... Was diesem Ziel dient ist richtig; was sich diesem Ziel entgegenstellt — und mögen es noch so weltanschaulich, rassepolitisch oder sonstwie begründete Gesichtspunkte sein — hat in diesem Raum zu unterbleiben. Es ist nicht möglich, daß man jetzt Tausende und Abertausende Deutscher unter Zwang hier einsiedelt und damit ganze Gebiete dieses Raumes in eine wahnsinnige Unruhe stürzt. Ich muß auch als Reichsverteidigungskommissar sagen: es ist ein schwerer

Kampf gewesen, bis man die maßgebenden Instanzen dazu gebracht hat, von diesem Unternehmen der Zwangseinsiedlung und -umsiedlung endlich Abstand zu nehmen, als schon die Katastrophe über diesen Raum hereinzubrechen drohte.

Generaldirektor Hoffmann:

Seiner Ansicht nach müsse zunächst einmal in dem Gebiet Ostrowiec eine Zerschlagung der großen Banden stattfinden. Einzelaktionen der Polizei kämen meistens 2 bis 14 Stunden zu spät. Wenn die Banden zerschlagen seien, müßten Einzelposten die Sicherung übernehmen. ...

Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp stellt fest, daß die Widerstandsbewegung im Genralgouvernement ständig in den letzten Jahren zugenommen habe. ... Er werde in Zukunft dazu übergehen, auf offener Straße Exekutionen als Exempel vornehmen zu lassen: dort, wo der Überfall gewesen sei, werde der Täter hingerichtet. Die Bevölkerung müsse erkennen, daß scharf zugefaßt und derjenige, der sich gegen die deutsche Ordnung vergeht, der Strafe zugeführt werde. Wenn ihm gemeldet werde, daß in einem Betriebe die Arbeitswilligkeit nachlasse, dann werde er die Hetzer aus dem Betriebe holen bzw. sie im Betriebe hinrichten lassen. Bedauerlicherweise unterließen Betriebsführer häufig eine Anzeige, weil sie offenbar glaubten, daß dadurch die Gefahr für ihren Betrieb noch größer werde. Das sei eine vollkommen falsche Einstellung: nur dadurch, daß man den Leuten zeige, daß die Deutschen die Herren im Lande seien, werde man sich durchsetzen. ...

General der Polizei SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski führt aus:

Ich bin der Überzeugung, daß man im Grunde genommen keinen Raum nur mit Polizei und Wehrmacht schützen kann. Das gibt es auf der ganzen Welt nicht, weder in Kroatien, noch in Serbien, noch in Frankreich. In erster Linie wird ein Raum durch politische Maßnahmen befriedet, und Wehrmacht wie Polizei können diese Maßnahmen nur unterstützen.

2233-PS

Band 34 — 38 Kipp-Ordner:

BESCHREIBUNG:
Band 34: „Tagebuch 1944 1.1. — 29.2." (Blei)
hs Unterstreichungen und Verbesserungen Ti

Dienstag, den 4.1.44.

IV/We

10 Uhr Fahrt des Herrn Generalgouverneurs von Zakopane nach Krakau.

12 Uhr Ankunft des Herrn Generalgouverneurs auf der Burg.

15^{30} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple.

Staatssekretär für das Sicherheitswesen, SS-Obergruppenführer Koppe gibt dem Herrn Generalgouverneur einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Sicherheitslage im Generalgouvernement. Er kann berichten, dass man in der letzten Zeit mit dem Kampf gegen die Banden gute Erfolge gehabt habe. Die vor kurzer Zeit ergriffenen scharfen Exekutivmassnahmen zeigten offenbar eine gute Wirkung.

Der Herr Generalgouverneur glaubt aus dieser Schilderung den Eindruck gewinnen zu können, dass jetzt mehr und mehr eine Festigung der Verhältnisse eintrete und dass man mit Vertrauen auf die feste Gefügtheit der deutschen Führung in das neue Jahr gehen könne.

17^{05} Der Herr Generalgouverneur empfängt Dr. von Burgsdorff.

Der Gouverneur Dr. v. Burgsdorff gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis von seiner Absicht, in Tarnow eine Ausstellung „ die jüdische Weltpest " zu eröffnen.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Dr. von Burgsdorff, zur Eröffnung dieser Ausstellung auch die Woids und die in deutschen Diensten tätigen Polen einzuladen. ...

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Gouverneur Dr. v. ::-:: Burgsdorff ::-:: dann einige Weisungen für seine nunmehrige Tätigkeit. ... Vor allem müsse das Bestreben des

Gouverneurs darauf gerichtet sein, etwaigen Übergriffen der Polizei mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Von der Tatsache, dass etwa ein Deutscher von der Polizei verhaftet werde, müsse ihm, dem Herrn ::-:: Generalgouverneur, ::-:: sofort Meldung erstattet werden.

. . . . . .

Mittwoch, den 12. Januar 1944.

12[15] Der Herr Generalgouverneur nimmt an der Schlusssitzung der 3. Deutschen Landwirtschaftlichen Führertagung im Generalgouvernement teil, die in den ::-:: Kurlichtspielen ::-:: in Zakopane stattfindet.

Der Herr Generalgouverneur:

Wir stehen in einer schlechterdings durch furchtbarste ::-:: Schicksalsschläge ::-:: gehämmerten buchstäblich stählernen Härte diesem Kriege gegenüber. Und wenn nun einer fragt: ja, musste denn dieser Krieg sein, mussten diese Städte zerstört werden, musste dieses Elend kommen, konnte man nicht noch warten, konnte nicht das oder jenes geschehen, war der Krieg gegen Sowjetrussland notwendig? — meine lieben Landwirtschaftsführer des Generalgouvernements, Ihnen werden ja auch immer wieder diese Fragen gestellt, — aber dann sagen Sie den Leuten immer eines: dieser Krieg war ebenso notwendig, wie für den alten grossen König Preussens der siebenjährige Krieg. Man wird nicht Staat, indem man vor den Schrecken der Geschichte zurückweicht. Wer vor der Geschichte Angst hat, wer glaubt, durch Demut und Nachgiebigkeit in dieser Welt etwas zu werden, der täuscht sich. Für uns Deutsche war es klar, dass das einzigartige Schicksal, das uns einen Adolf Hitler und seine nationalsozialistische Volksgemeinschaftsidee und auf ihr fussend die deutsche Wehrmacht des nationalsozialistischen Reiches gegeben hat, auch gleichzeitig die Stunde bedeutete, in welcher wir Deutschen vom Staat zum Weltreich aufsteigen werden. . . . ::-:: Polen ::-:: und das polnische Volk lagen unglückseeligerweise zwischen dem deutschen Volk und den Äckern des deutschen Volkes im Osten. . . .

Nun kann einer fragen: wozu brauchen wir ein ::-:: Weltreich? ::-:: — es war doch auch so ganz gemütlich. Darauf kann man nur erwidern: ein Volk wie das deutsche konnte auf die Dauer nicht in dieser schon bedrohlich gewordenen Enge weiter leben, die schon über unserem Volke lastete. Ich brauche wohl

nicht zu sagen, dass man schliesslich 85 Millionen Menschen auch bei noch so intensiver landwirtschaftlicher Entwicklung *nicht* auf demselben Terrain ernähren kann, auf dem etwa vor hundert Jahren 25 Millionen gelebt haben. ...

Der Verlust der ::-:: Ukraine ::-:: bedeutet, absolut genommen, einen enormen Verlust an Ernährungswerten, an relativ hohen Ernährungswerten, aber auch den Verlust an Erntechancen für 1, 2 oder 3 Jahre. Es ist gar kein Zweifel, dass daher die ::-:: Ertragskraft des Generalgouvernements ::-:: mehr denn je wieder in die öffentliche Erörterung eingezogen wird. ... Damit komme ich auf eine der wichtigsten Fragen, nämlich auf die ::-:: Behandlung des fremden Volkstums ::-:: in diesem Raum.

... Sie wissen, dass manchem von uns der Vorwurf der Polenfreundlichkeit gemacht wurde, weil man Massnahmen, die wir pfleglich diesem Lande gegeben oder gewährt haben, als einseitig vom Poleninteresse diktiert angesehen hat. Wenn aber der polnische Bauer seine Äcker in Frieden bestellt, seine Ernte bringt und abliefert, dann ist seine gute und verständige Behandlung keine im Vordergrund polnischen Interesses stehende Angelegenheit, sondern ausschliesslich als von dem allgemeinen deutschen Führungs-und Ertragsinteresse diktiert anzusehen. Wenn man sinnlos mit Gewalt Hunderte und Tausende polnischer Bauern von ihren Höfen vertreibt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn sie als Räuber in die Wälder gehen. ... Jetzt gilt nur das, was dem Sieg des deutschen Volkes dient, sonst garnichts. ...

Aus alledem ergibt sich: wir sind dazu berufen, die Arbeitskraft, die Gesundheit, den Arbeitswillen und auch — sagen wir es ruhig — die Lebensfreude der Bevölkerung zu erhalten im Interesse des deutschen Sieges. Wir Deutsche in diesem Land machen nur 1% der Gesamtbevölkerung aus, eingerechnet Polizei und alles andere, und wir regieren 99%. ...

.....

Freitag, den 14. Januar 1944

15^{00} Einführung des Gouverneurs Dr. v. Burgsdorff in sein Amt als Distriktstandortführer des Distrikts Krakau.

Der Herr Generalgouverneur an die Politischen Leiter und Mitarbeiter der Distriktstandortführung:

Nach Mitteilung des hiesigen Wehrkreiskommandos und nach mir zugegangenen Frontmeldungen befindet sich die russische Armee an manchen Stellen nur noch 80—100 km von der Ostgrenze des Generalgouvernements entfernt. Gleichzeitig wird mir mitgeteilt, dass man zunächst noch nicht wiss, in welcher Form der Widerstand der deutschen Wehrmacht gegen diesen drohenden Einbruch aus dem Osten stattfinden wird. ... Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meinetwegen aus den Polen und aus den Ukrainern und dem, was sich hier herum treibt, Hackfleisch gemacht werden, es kann gemacht werden, was will.

12^{00} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe, Dr. Boepple, Präsident Ohlenbusch, Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp, Pressechef Gassner, Oberlandesverwaltungsrat Weihrauch und Bürgermeister Türk. ...

SS-Oberführer Bierkamp weist darauf hin, dass im Laufe des Jahres 1944 noch 100 000 Arbeiter aus dem Generalgouvernement ins Reich geschafft werden müssten. ... Im übrigen wehre er sich dagegen, dass durch die Polizei wieder zwangsweise Menschen zur Arbeit im Reich erfasst würden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit dagegen, dass Polizeikräfte zur Durchführung solcher Massnahmen in Anspruch genommen würden. Eine solche Aufgabe gehöre nicht in den Bereich der Polizei. ...

Sie kennen meinen Grundsatz, der da lautet: ::-:: Führerprinzip und Einheit der Verwaltung. ::-::

Samstag, den 15.1.44

11^{10} ::-:: Tagung der Politischen Leiter ::-:: des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur:

... Dass es uns geglückt ist, die Zahl der ::-:: Morde an Deutschen ::-:: bis auf wenige zu reduzieren, die bedauerlicherweise von verhetzen Elementen immer noch verübt werden, hängt damit zusammen, dass im Ausgleich zu diesen grossen Befriedungsaktionen ganz kriegsmässig und lapidar zugeschlagen wird, wo ein Mord an einem Deutschen geschieht.

Ich habe durch meine Ermächtigung vom 26.Juni des vergangenen Jahres dafür gesorgt, dass nach der Entscheidung von Standgerichten unmittelbare ::-:: Exekutionen am Tatort ::-:: stattfinden für den Fall, dass die Deutschen weiterhin solchen Mordüberfällen zum Opfer fallen. Das hat sehr gewirkt. Ich habe mich nicht gescheut, zu erklären, dass, wenn ein Deutscher erschossen würde, bis zu hundert Polen erschossen würden.Diese Polen sind keine Geiseln, sondern es handelt sich um bereits amtlich als Mitglieder der Widerstandsbewegung oder sonstige Feinde unserer Gemeinschaftsarbeit festgestellte Elemente. Die Methode ist Ihnen bekannt: ich lasse die Namen von unserer Sicherheitsbehörde vorher verlautbaren und verkünden, dass, wenn wieder etwas gegen einen Deutschen geschieht, die und die Polen erschossen werden. Das hat sich, wie ich glaube, erfolgreich ausgewirkt. ...

Meine Autorität in diesem Raum ist die ::-:: Autorität des Führers. ::-::

.....

Dienstag, den 25. Januar 1944

16^{50} Vortrag des Herrn Generalgouverneurs, gehalten vor Vertretern der ::-:: Inlandspresse ::-:: im Pompejanischen Saal des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda:

... Vergessen Sie nie, meine Damen und Herren, dass bei günstigster Zählung das Verhältnis von Deutschtum und fremdvölkischer Bevölkerung im Generalgouvernement von 1% zu 99% steht, dass nämlich auf 16 Millionen der Bevölkerung des Gesamtgebietes knapp 250 000 Deutsche kommen. ...

Juden haben wir im Generalgouvernement zur Zeit vielleicht noch 100 000. Daher ist es wichtig und auch m.E. für die deutsche Presse immer beachtlich, dass es völlig abwegig wäre, von vornherein zu sagen: das Generalgouvernement ist ein deutsches Land.

... Der Pole ist sehr romantisch veranlagt. Dass ich das Chopinmuseum eröffnet und damit dem polnischen Volkstum gegenüber eine ganz grosse kulturelle Geste gezeigt habe, galt den Polen mehr, als wenn ich, weiss Gott, irgendeine materielle Leistung vollbracht hätte. Ich habe also ... das grosse Chopin-Museum in Krakau eröffnet, — ein Unternehmen, das

mich nur Geld kostete, aber dem heroischen und etwas romantischen Stil des polnischen Volkes durchaus entsprach und ungeheuer kulturgewinnend — propagandistisch wirkte.

Wenn ich die 120 besten Musiker, die Polen hatte, Professoren der damaligen Akademie, in der Philharmonie des Generalgouvernements vereinigt habe, und wenn die nun unter einem deutschen Dirigenten die Werke unserer deutschen Meister zu Gehör bringen, so wirkt das mehr, als wenn ich irgendwelche materiellen Angebote gemacht hätte. ...

Wenn Sie nun sagen: aber wir hören immer von Ausrottung der Intelligenz der Polen, die so notwendig wäre, — so kann ich darauf nur entgegnen: wer von Ausrottung der Intelligenz spricht, der weiss garnicht, dass die Intelligenz gottlob von akademischen Abschlussexamen unabhängig ist. Es kommt auch nur darauf an, festzustellen, dass es nicht Polenfreundschaft ist, wenn ich polnische Ärzte und polnische Verwaltungsbeamte heranzüchte; denn ich kann sie ja nicht durch Deutsche ersetzen. Es sei hier im Vertrauen gesagt, dass ich im Generalgouvernement ganze 130 deutsche Ärzte habe. ...

Wir haben auch Fehler gemacht, so den Fehler, dass wir glaubten, wir könnten jetzt mit Gewalt Deutsche in diesen Raum ::-:: einsiedeln. ::-:: Das ist nicht möglich; denn dazu bedarf es einer gewissen Entwicklung. Ich kann nicht Deutsche einsiedeln und von ihnen sofort einen Ernteertrag verlangen. Ich brauche aber jetzt die Ernte, denn das deutsche Volk will Brot haben, die deutsche Wehrmacht Kartoffeln und Fett. ...

Sonntag, den 30. Januar 1944

11^{00} Großkundgebung der Distriktsstandortführung Lemberg im Städtischen Schauspielhaus.

Der Herr Generalgouverneur:

... Es ist völlig uninteressant, welche Meinungsverschiedenheiten wohl zwischen Moskau und den Alliierten wegen der Exilregierung des früheren Polen und der West- und Ostgrenze einer in der Phantasie wiedererstehenden polnischen Republik bestehen. Ich stelle fest, daß das polnische Problem für Europa mit der Übernahme der Führung dieses Raumes durch das siegreiche Deutschland für alle Zukunft gelöst ist. Ich stelle weiter fest, daß die Souveränität über diesen Raum bei

Adolf Hitler, dem Führer des Großdeutschen Reiches, liegt und daß in seinem Namen durch die im Generalgouvernement eingesetzten Obrigkeiten dem großen Millionenbereich der arbeitenden Massen der polnischen Bevölkerung jede soziale Befreiung zuteil wurde, auf die sie unter dem Mißregiment ihrer eigenen Herrschaftsgeschlechter und Herrschaftskasten seit vielen Jahrhunderten wartete.

.....

Krakau

Dienstag, den 8. Februar 1944

12^{40} Besprechung mit Botschaftsrat Dr. Schumburg.

Botschaftsrat Dr. Schumburg teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er zunächst zum Reichsaußenminister von Ribbentrop und dann ins Hauptquartier zu Besprechungen fahren werde. Man erwarte von ihm offenbar einen Bericht über die allgemeine politische Situation der ::-:: Polenfrage ::-:: und Anregungen dafür, was praktisch außenpolitisch geschehen solle, um das Polentum in den Vereinigten Staaten von Nordamerika mobil zu machen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt, daß er mit dem Gesandten Rühle bereits über diese Frage gesprochen habe. Botschaftsrat Dr. Schumburg könne dem Gesandten Rühle mitteilen, daß er, der Generalgouverneur, das Programm auch vom Generalgouvernement aus durch prominente Polen fördern könne. ...

Botschaftsrat Dr. Schumburg weist dann darauf hin, daß in polnischen Kreisen immer wieder die Amnestiefrage und vor allem die Frage der sogenannten Geiselerschießungen aufgerollt würden.

Der Herr Generalgouverneur betont demgegenüber, daß Geiseln nicht mehr erschossen würden. Bei den Erschießungen handle es sich ausschließlich um nachweisbar als Mitglieder der Widerstandsbewegung festgestellten Personen, die sich auch dazu bekannt hätten. Mit diesen Elementen müsse endgültig aufgeräumt werden. Außerdem müsse die polnische Bevölkerung in allen ihren Schichten immer bedenken, daß sie durch die deutsche Führung des Generalgouvernements geschützt werde.

Botschaftsrat Dr. Schumburg hält es für notwendig, daß die Säulenanschläge, in denen die Erschießungen bekannt gemacht würden, etwas klarer gefaßt sein müßten. Es sei nicht zur Genüge daraus zu erkennen, daß es sich um die Rückgängigmachung von Gnadenerweisen handle. ...

Botschaftsrat Dr. Schumburg geht dann auf die Frage einer evtl. Amnestierung von Polen ein, die zum Teil wegen geringfügiger Vergehen oder Übertretungen in das Konzentrationslager Auschwitz gebracht und dort monatelang festgehalten würden.

Der Herr Generalgouverneur will eine Amnestie vielleicht für den 1.Mai ds.Jrs. in Aussicht nehmen. Gleichwohl müsse daran festgehalten werden, daß die deutsche Führung des Generalgouvernements jetzt keinerlei Schwäche zeigen dürfe.

Botschaftsrat Dr. Schumburg ist der Auffassung, daß in der Propaganda mehr als bisher auf die Vorteile hingewiesen werde, die das Polentum unter der deutschen Führung genieße.

.....

Posen

Sonnabend, den 12.Februar 1944

19^{30} Unterredung des Herrn Generalgouverneurs mit Reichsführer-SS Himmler in Anwesenheit des SS-Obergruppenführers Koppe.

21^{00} Über den Inhalt und den Verlauf der Unterredung gibt der Herr Generalgouverneur nachstehenden Bericht:

... Unmittelbar nach der Begrüßung trat der Reichsführer-SS Himmler mit mir und SS-Obergruppenführer Koppe in die Unterredung ein. Der Reichsführer fragte mich gleich zu Beginn, wie ich mit dem neuen Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Koppe zusammen arbeite. Ich gab meiner tiefen Befriedigung darüber Ausdruck, daß sowohl zwischen mir und SS-Obergruppenführer Koppe wie zwischen Staatssekretär Dr. Bühler und ihm ein selten schönes Verhältnis kameradschaftlicher Zusammenarbeit herrsche. ...

Mit SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner besprach ich die Ergebnisse der heutigen Unterredung im Hinblick auf die allgemeine Polenpolitik. ... Ich verwies SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner auf die Rede, die ich im Auftrage des Führers vor der Auslandspresse gehalten hatte, und

konnte ihm gleich berichten, daß der Reichsführer den neuen Kurs vollinhaltlich billige. Ich bat ihn, in diesem Sinne Weisungen an SS-Oberführer Bierkamp zu geben ... SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner sagte dies gern zu und bat mich, ich möchte auch meinerseits eine entsprechende Weisung an SS-Obergruppenführer Koppe ergehen lassen; denn er habe den Eindruck, daß SS-Obergruppenführer Koppe im Hinblick auf Strafsanktionen manchmal mehr verlange, als die Sicherheitspolizei beantrage. ...

Krakau

Donnerstag, den 17. Februar 1944

11^{00} Feierliche Verabschiedung des bisherigen stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP, Hauptabschnittsleiter Stahl (V.i.A.) und Amtseinführung von Oberdienstleiter Tiessler als stellvertretender Leiter durch den Herrn Generalgouverneur im Hause der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur:

Es geht jetzt nur darum, daß dieses Land einigermaßen in Frieden lebt und daß seine Millionen Menschen für Deutschland arbeiten, — sonst um gar nichts! ... Es ist Luxus irgendetwas zu tun, was besser nach dem Sieg geschehen wird. Die Frage, wie dieser Raum einmal besiedelt wird, ist klar; so gescheit bin ich auch, daß ich weiß, daß hier nicht die Polen bleiben werden. ...

Sie wissen auch, wie schwer unser Kampf mit der Kirche ist. Sie füllt ihre Gotteshäuser in zunehmendem Maße, versteht es wie eine Schlange in schlauer und kluger Weise ihre Feindseligkeit zu verstecken. Auf der anderen Seite sind wir aus politischen und inneren Führungsgründen gezwungen, unsere Einstellung nicht zu demonstrieren und nach außen zur Schau zu tragen. ...

Im Juni waren es 25 Jahre, seit ich den Führer kenne, und seit 25 Jahren bin ich nun bei ihm; in vielen und in schweren Stunden sind wir einander verbunden. Ich gehöre zum Kreis der wenigen Repräsentanten der allerersten Entwicklung des Nationalsozialismus. Ich war dabei, als das Prateiprogramm formuliert wurde, ich kenne die Vorbereitungen zur ersten Parteiversammlung im Mathäserbräu, ich weiß die Geschichte

der Bewegung von den ersten Anfängen an. Für mich ist die Rückschau auf die 25 Jahre dieses Werkes ein Rückblick auf eine der großartigsten Entwicklungsepochen unseres Volkes und heute auch der Weltgeschichte. Daß die Feinde, die wir in Deutschland hatten, sich international organisiert haben und internationalen Rückhalt haben, erkennen wir daran, daß die Durchsetzung des Führerprogramms im weltgeschichtlichen Sinne zu der gleichen Front der Feinde führte, die wir im Jahre 1918 als Sieger über uns sahen: die Juden, die Jesuiten und die Freimauerer. Diese unsere Feinde sind heute im Weltdrama wieder da. ...

14[30] Aussprache über eine zu gründende Polnische Antibolschewistische Liga im Königssaal.

Präsident Ohlenbusch: Das politische Verhältnis zwischen der deutschen Führung und der polnischen Bevölkerung werde in positivem Sinn getragen von einem im polnischen Volk bestehenden Haß gegen die Bolschewisten und von dem zweifellosen Vorhandensein einer starken Autorität des Führers und seines Vertreters, des Generalgouverneurs. Weiter herrsche bei den Polen eine Sympathie für die deutsche Wehrmacht; sehr gut hätten sich auch die deutschen Aufbauarbeiten, die gerechte Behandlung der Polen, die Hebung der sozialen Stellung der Land- und Rüstungsarbeiter, die Erhöhung der Lebensmittelzuteilung und der Verrat Englands an Polen ausgewirkt; keine geringe Rolle spiele auch der im polnischen Volk bestehende Antisemitismus.

In negativem Sinn stünden zu Buch die politische Diffamierung des Polentums im Reich (Tragen des P und Aufschriften wie„Polen und Juden der Eintritt verboten") die zu starke Hervorkehrung des deutschen Herrenstandpunkts im Generalgouvernement, die Aussichtslosigkeit auf Wiedererrichtung eines polnischen Staates, ohne eigene Regierung Schutzlosigkeit im Lande, Bedeutungslosigkeit der polnischen Volksvertretung (Polnischer Hauptausschuß), die deutschen politischen Maßnahmen, die zwar notwendig seien aber auch das polnische Volk stark negativ beeinflußten (Sperrstunde, getrennte Straßenbahn- und Eisenbahnabteile), Behinderung der Einrichtungen des kulturellen Lebens, kriegsbedingte wirtschaftliche Maßnahmen (geringe Lebensmittelzuteilung, Mangel an Wirtschaftsgütern), die deutschen Sühnemaßnahmen für Sabotage und Verbrechen und endlich die Hetztätigkeit der Feindpropaganda in diesem Raum.

Um nun die polnische Bevölkerung zu einer Aktivierung ihrer inneren Gedankengänge gegen den Bolschewismus und gegen die Juden zu veranlassen, sei der Gedanke der Gründung einer Polnischen Antibolschewistischen Liga entstanden. Diese Liga solle lediglich aus einem Führungsstab von 6 bis 8 namhaften Polen bestehen; Mitglieder sollten nicht aufgenommen werden. ...

Aufgabe der Liga sei es, die breite Bevölkerung antibolschewistisch zu beeinflussen. Die Bevölkerung solle unter Umwerfung der bisherigen polnischen Zielsetzung auf den politischen Boden des neuen Europa ausgerichtet und die Entstehung einer paneuropäischen Abwehrfront gegen den Bolschewismus erreicht werden. Zur Durchführung dieser Aufgaben solle die polnische antibolschewistische Liga drei Sektionen bilden, und zwar eine antibolschewistische, eine antijüdische und eine Sektion europäische Abwehrfront. Als Hiflsmittel sollten ihr eine Wochenschrift „Der Umbruch", eine Monatsschrift gegen den Bolschewismus und eine Flugblattreihe zur Verfügung stehen. Sämtliche Schriften seien von der Hauptabteilung Propaganda in Zusammenarbeit mit dem SD zu überwachen. ...

Der als Vorsitzender des Führungsstabes in Vorschlag gebrachte Pole Dr. Burdecki, habe bereits nach mehreren Besprechungen ein eingehendes Programm vorgelegt. ...

Auf einen Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bühler, die Schaffung einer antisemitischen Sektion vorerst fallen zu lassen, spricht sich der Herr Generalgouverneur zunächst für die Gründung einer antibolschewistischen Liga aus. Die Gründung der beiden anderen Sektionen könne man für später im Auge behalten.

Die Anregung des SS-Obergruppenführers Koppe, wie im Warthegau auch im Generalgouvernement zur politischen Aufspaltung des Polentums den ::-:: „Leistungspolen" ::-:: einzuführen, stellt der Herr Generalgouverneur zur Erörterung in der Sitzung über die soziale Stellung der polnischen arbeitenden Bevölkerung zurück.

Der Herr Generalgouverneur: Die Gründung der Polnischen Antibolschewistischen Liga bedeute zum ersten Mal eine Heranziehung des polnischen Volkstums im Generalgouvernement zu einer politischen Willensbildung und Willensäußerung. ... Bis jetzt seien die Polen politisch ohnmächtig, nach dieser Gründung jedoch seien sie von der deutschen Führung als Angehörige des neuen Europas anerkannt. ...

Was die deutsche Führung jetzt mit dem Polentum vorhabe, sei lediglich für die Dauer des Krieges angebracht. Damit werde weder in positivem noch in negativem Sinn der endgültigen Polenpolitik des Reiches und des Führers irgendwie bindend vorgegriffen. ...

Er betone also, daß die Gründung der antibolschewistischen Liga als eine im Rahmen des Kriegsleistungsprogramms notwendige und zweckmäßige Maßnahme durchgeführt werde. Sie sei nicht der Beginn einer endgültigen Bereinigung der Polenpolitik, sondern eine äußere auf Grund höherer Kriegsnotwendigkeiten vorübergehend in den Vordergrund gestellte Einrichtung.

Ganz allgemein müsse man in Zukunft unter den Polen drei Gruppen unterscheiden: die erste sei die sicherlich kleine Gruppe der wirklich echten Freunde des Reiches, die aus innerer Überzeugung die deutsche Führung über das polnische Volk als historisch gerechtfertigt ansähen und bereit seien, für diese Entwicklung zu kämpfen. ... Die zweite Gruppe stelle die große Masse des polnischen Volkes dar, die rein technische Gruppe des Volkes — wie man sie bezeichnen könne — die sich wenig um Politik kümmere; sie rekrutiere sich in der Hauptsache aus den Arbeitern und Bauern, die, ganz gleich, ob eine polnische Republik bestehe oder die Deutschen oder Sowjetrussen im Lande herrschten, doch nur arbeiten müßten und nur ihrer Arbeit lebten. Um die Gewinnung dieser Masse gehe der Kampf. ... Ihnen müsse man sagen: selbst dieses, Eure Arbeit, wird Euch der Bolschewismus rauben. Die Menschen dieser Gruppe seien auch hauptsächlich die Rekruten der Widerstandsbewegung. Die dritte Gruppe bildeten die Todfeinde der Deutschen, deren Feindschaft so weit gehe, daß sie außerhalb des Rahmens der aktiven Mitarbeit stünden. Dafür kämen sie in keiner Form in Frage, im schlimmsten Fall für eine getarnte Mitarbeit. Dieser Gruppe müsse der deutsche Kampf bis zur Vernichtung gelten. ...

SS-Obergruppenführer Koppe wirft in die Debatte, ob nicht zweckmäßigerweise Erzbischof Sapieha, der antibolschewistisch eingestellt sei, zu einem Hirtenbrief gegen den Bolschewismus veranlaßt werden solle.

Der Herr Generalgouverneur ist für die Einhaltung eines zeitlichen Abstandes, da im anderen Fall alles zu sehr nach Planung von deutscher Seite aussehe. ...

Zum Schluß stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß man sich über die Gründung einer Polnischen Antibolschewistischen Liga im klaren sei und daß nach Abschluß der Vorarbeiten die Gründung Anfang März erfolgen werde. ...

Strengstes Stillschweigen über den Inhalt dieser Aussprache macht der Herr Generalgouverneur allen Teilnehmern an dieser Besprechung zurPflicht.

BESCHREIBUNG:
Band 35: „Tagebuch 1944 1.3. — 31.5." (Blei)
hs Unterstreichungen und Verbesserungen Ti

---

[1])

Krakau

Sonnabend, den 4. März 1944

16[00] Rede des Herrn Generalgouverneurs auf der Arbeitstagung der Redner des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP im Hause der NSDAP:

... Warum muss der Nationalsozialismus heute Europa gegenüber Herrn Stalin vertreten? ... Darüber und dahinter sitzt natürlich der Jude. Es ist sein Spiel, seine Kraft, seine Energie. Stellen Sie sich die jetzige Situation des Generalgouvernements vor, wenn wir noch wie im Jahre 1939 eineinhalb bis zwei Millionen Juden im Lande hätten. Entsinnen Sie sich, welch' grauenhaft schweren Aufgabe man sich unterziehen musste, um das Judenproblem im Generalgouvernement zu lösen. Wenn heute da und dort ein Wehleidiger mit Tränen in den Augen den Juden nachtrauert und sagt, ist das nicht grauenhaft, was mit den Juden gemacht worden ist, dann muss man den Betreffenden fragen, ob er heute noch derselben Meinung ist. Wenn wir heute diese zwei Millionen Juden in voller Aktivität und auf der anderen Seite die wenigen deutschen Männer im Lande hätten, würden wir nicht mehr Herr der Lage sein. ... Nur weil wir im Jahre 1919 mit dem Antisemitismus begonnen haben, haben wir die Kraft gefunden,

---

[1]) I o: erl. Se. (Blei)

ihn zwanzig Jahre später in die Tat umzusetzen. Dass dies den Juden in der Welt nicht passt, damit haben wir von vornherein gerechnet, das ist uns aber gleich. Die Juden sind eine Rasse, die ausgetilgt werden muss; wo immer wir nur einen erwischen, geht es mit ihm zu Ende.

... Ich glaube, dass wir zu der Annahme berechtigt sind, dass wir das Grösste und Gröbste des Krieges zeitlich hinter uns haben: die Krisis dieses Krieges treibt ihrem Höhepunkt zu. Die Anstrengungen unserer Feinde, uns mit raschen Schlägen zu Boden zu schlagen, sind in Italien mit grossen Abfuhren begleitet gewesen. Sie hoffen nun, uns durch die massierten Luftangriffe zu Boden zu bringen. Diese Hoffnung ist ebenfalls vergeblich. In keinem Falle wird dies möglich sein, trotz aller Schwächungen. Und so bleibt eben nur noch die Invasion. Wenn sie nicht kommen sollte, dann ist sie politisch für uns auch gewonnen, denn dann kann sich Churchill vor dem Zusammenbruch vor Stalin überhaupt nicht mehr retten.

.....

Mielec

Samstag, den 18. März 1944

19[15] Betriebsappell der deutschen Belegschaft der Flugzeugmotorenwerke.

Der Herr Generalgouverneur:

Deutsche Männer und Frauen!

... Euch ist das Wunder geglückt, mit den Polen fertig zu werden. Ich möchte nicht verfehlen, an dieser Stelle auch der gesamten fremdvölkischen Belegschaft meinen Dank und meine Anerkennung zum Ausdruck zu bringen. Ich habe daher beschlossen, daß das erste Betriebskonzert, das die mittlerweile berühmt gewordene Philharmonie des Generalgouvernements außerhalb Krakaus geben wird, in Reichshof stattfinden soll.

Das soll auch der polnischen Bevölkerung eine grosse Genugtuung sein, und es soll bedeuten, daß wir alles verstehen, was menschlich ist; denn wir Deutsche sind immer menschlich gewesen. ...

Wir haben es hier mit den ::-:: Polen ::-:: zu tun, einem Volke, dem wir mit grosser Reserviertheit gegenüber stehen, das sich aber jetzt im Kriege dank vernünftiger deutscher

Führungsprinzipien zu einem sehr wichtigen Faktor des deutschen Widerstandes empor entwickelt hat. Hunderttausende von Polen und Polinnen sind Tag und Nacht im Generalgouvernement unter Aufbietung ihrer letzten Kräfte im Zusammenhang mit der Erfüllung der deutschen Kriegsaufgaben aktiv tätig. Es ist nur klug gewesen, daß wir es so gemacht haben. Ich habe einmal gesagt: es kommt nicht darauf an, daß die Köpfe der Polen rollen, sondern es kommt lediglich darauf an, daß die Räder in diesem Lande rollen, daß sie sich bewegen; denn das allein kann Deutschland brauchen. Wenn ich zum Führer gekommen und ihm gesagt hätte: Mein Führer, ich melde, daß ich wieder Hundertfünfzigtausend Polen vernichtet habe, — dann hätte er gesagt: schön, wenn es notwendig war, — aber leider stehen die Bahnen still, das ganze Land ist voll von Sabotage, jeden Tag wird ein anderes Attentat verübt, — das geht doch nicht an. ...

Wir können uns eine Mitarbeit der fremden Völker in Europa nicht mehr wegdenken. Millionen und Abermillionen dieser Fremdvölker werden zur Arbeit nach Deutschland geschickt. Hier marschiert das Generalgouvernement wie immer an der Spitze; denn es hat fast 2 Millionen Arbeitskräfte ins Reich abgegeben.

Für uns in diesem Raum ist es wichtig, daß Ihr selber das spürt. Der deutsche Mann, die deutsche Frau sind hier ohne weiteres eine als Führer-oder Respektsperson anerkannte Persönlichkeit. Im Grunde genommen sind die Polen, wenn man sie brav und nett behandelt, die zuverlässigsten Arbeitskräfte in ganz Europa, und zwar gerade für dauernde einfache Arbeit. Man muss allerdings hinter ihnen her sein, muss manchmal hart sein, man darf ihnen nichts durchgehen lassen.

.....

Krakau

Freitag, den 24. März 1944

15^{00} Besprechung mit Ministerialrat Burmeister vom Reichsfinanzministerium in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Präsidenten Dr. Senkowsky, der Ministerialräte von Streit und Dr. Weh über den Haushalt des Generalgouvernements für das Rechnungsjahr 1944/45.

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß in abschließenden Besprechungen der Haushalt des Generalgouvernements für das Rechnungsjahr 1944/45 mit einer Gesamtsumme von 3,695 Milliarden gegenüber 3, 655 Milliarden Zloty im Jahre 1943/44 festgelegt worden sei. ...

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet die Haushaltszahlen als fiktiv und gibt dafür einen eingehenden Bericht über die ::-:: Lage des Generalgouvernements ::-:: unter besonderer Hervorhebung der ::-:: unzureichenden Versorgung ::-:: der ::-:: fremdvölkischen Bevölkerung ::-:: auf finanziellem, ernährungswirtschaftlichem und wirtschaftlichem Gebiet und der ::-:: kritischen Währungssituation ::-:: im Generalgouvernement.

Das ::-:: Existenzminimum ::-:: der polnischen und ukrainischen Beamten und Angestellten sei unverantwortlich schlecht, und sie seien nicht einmal in der Lage, die ihnen amtlich zugeteilten Lebensmittel einzukaufen. ... Entsprechend der neuen vom Führer gebilligten Polenpolitik könne dieser Zustand nicht mehr länger geduldet werden. ... Dem Haushalt könne er also nur mit Vorbehalt zustimmen, da sich leicht die Notwendigkeit einer zusätzlichen Ausgabe für die Besserstellung der Fremdvölkischen ergeben könnte.

.....

Krakau

[2])Mittwoch, den 5. April 1944

11[00] Der Herr Generalgouverneur empfängt Fürsterzbischof Sapieha, der in Begleitung des Domprälaten Domasik erscheint.

Anwesend sind noch: Staatssekretär Dr. Boepple, Präsident Dr. von Craushaar und Landgerichtsdirektor Wilden.

Der Herr Generalgouverneur bezeichnet die Gelegenheit, zum ersten Mal mit dem Fürsterzbischof zu sprechen, als ausserordentlich erwünscht und geht in der Besprechung vom Inhalt der beiden letzten Briefe des Fürsterzbischofes wegen der Beschlagnahme von Klöstern und der Stefanskirche und wegen der Ermordung von polnischen Priestern in Galizien aus. ...

[2]) 1 oberhalb davon in Ecke: S. 1 (Blei)

Der Fürsterzbischof:

... Vielleicht könne man die polnische Bevölkerung durch eine andere Presse zu der Überzeugung bringen, daß sie nicht schlechter als die Juden behandelt würden. Die ::-:: Polen in Deutschland ::-:: z.B. müssten nur arbeiten; ihre Behandlung lasse aber sehr zu wünschen übrig. Auch im Lande müsste das anders werden. Das Leben der ganzen Bevölkerung sei ziemlich schutzlos. Es sei vorgekommen, daß es unteren Verwaltungsstellen überlassen gewesen sei, Polen zu erschiessen oder nicht. ... Die Arbeiterverschickung nach dem Reich sei in schlimmer Weise durchgeführt worden. Eine geistliche Betreuung der Polen in Deutschland gebe es nicht. Man habe Polen im Reich aus den Kirchen gejagt, und das mache hier im Lande einen schlechten Eindruck. ...

Fürsterzbischof S a p i e h a kommt dann auf die Verhaftung und ::-:: Erschiessung von polnischen Pfarrern ::-:: zu sprechen. Er bezeichnet viele von ihnen als ganz unschuldig. Zwanzig Priester seien in Auschwitz bereits zu Tode gekommen, während weitere zwanzig noch in Haft sässen.

Die Kirche bekomme auch keinen P r i e s t e r n a c h w u c h s mehr. ... Eine wichtige Frage sei hier die Bildung höherer Schulen.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt zur Kenntnis, daß die Vorbereitungen dafür im Gange seien. Man habe die ::-:: Hochschulkurse in Lemberg ::-:: bereits für Polen geöffnet. Im September dieses Jahres werde eine polnische Mittelschulbildung für den dringenden Nachwuchs möglich sein.

Fürsterzbischof S a p i e h a drückt dann den Wunsch aus, daß es den Geistlichen erlaubt werden möge, in die Gefängnisse hineinzugehen. Er kommt noch einmal auf das Schicksal der verhafteten polnischen Priester zurück.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r gibt zu bedenken, daß diese Opfer kaum ins Gewicht fielen gegenüber den Opfern, die die polnische Geistlichkeit bei einer etwaigen bolschewistischen Herrschaft zu bringen hätte. Die Leiden des deutschen Volkes im jetzigen Kriegsgeschehen seien unendlich grösser als die des polnischen Volkes ... Die geringe Zahl von zwanzig toten und zwanzig verhafteten Priestern könne er als Beweis anführen, daß es trotz allem geglückt sei, den Polen ein kirchliches Leben zu ermöglichen.

Krakau

Mittwoch, den 12. April 1944

12^{20} Arbeitsbesprechung im grünen Zimmer der Burg.

„Thema: Eisenbahnfragen"

An der Besprechung nehmen teil:

Der Herr Generalgouverneur,
Staatssekretär Dr. Boepple,
Präsident Gerteis,
Präsident Emrich, Generalbetriebsleitung Ost/Berlin,
Präsident Krafft, Ostbahndirektion Krakau,
Präsident Dr. Wiens, Ostbahndirektion Warschau,
Präsident Dr. Steinhagen, Ostbahndirektion Lemberg,
Präsident Dr. Baumann, Reichsbahndirektion Königsberg,
Ministerialrat Dr. Weh.

... Der Herr Generalgouverneur hält es für besser, 1000 freiwillige Kräfte zu gewinnen, statt 4000 mit Zwang zur Arbeit in Deutschland zu bringen.

In diesem Zusammenhang kommt Präsident Gerteis auf die Behandlung der Polen im Reich zu sprechen. Diese Behandlung, die immer noch schlechter sei als diejenige jedes anderen ausländischen Arbeiters, habe dazu geführt, daß sich so gut wie kein Pole mehr freiwillig für die Arbeit in Deutschland melde. Es seien 21 Punkte, in denen die polnischen Arbeiter im Reich schlechter behandelt würden als andere ausländische Arbeiter.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Gerteis, ihm diese 21 Punkte bekanntzugeben, für deren Aufhebung er sich unbedingt einsetzen werde.

.....

Krakau

Montag, den 17. April 1944.

12^{20} Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple, Präsident Dr. von Craushaar und Ministerialrat Dr. Weh. ...

Staatssekretär Dr. Bühler gibt dem Herrn Generalgouverneur Kenntnis davon, daß nach ihm gewordenen Berichten die deutschen Truppen in den Gebieten des Distrikts Galizien,die vorübergehend von den Russen besetzt gewesen seien, schwer gehaust und gerade die Verwaltungseinrichtungen zerstört hätten. Vielleicht sei dieses Verhalten der Truppe auf eine falsche Befehlsgabe zurückzuführen. Vielleicht werde es notwendig sein, den Truppen entsprechende Weisungen zu erteilen.

Der Herr Generalgouverneur ist nicht gewillt, sich in Dinge einzumischen, die rein innerwehrmachtmässigen Charakter trügen, da er nicht wisse, ob der Zeitpunkt dafür günstig sei. Eher würde er vorschlagen, daß die Staatssekretäre Bühler und Koppe mit Präsident Dr. von Craushaar gelegentlich einen Besuch bei Generalfeldmarschall Model machten und unter Kennzeichnung der einzelnen Tatbestände persönlich mit ihm darüber sprächen. Es wäre falsch, wenn man der Wehrmacht nicht zunächst die Möglichkeit gäbe, die Dinge intern zu regeln. Daß die Bewohner jener Gegenden selber auch geplündert hätten, gehe aus einem Bericht des Gouverneurs Dr. Wächter hervor. Daß ein Befehl an die Truppe ergangen sei, den Russen nur verbrannte Erde zurückzulassen, sei wohl richtig. Wenn man schon gezwungen sei, Gebiete zu räumen, dann könne man keinen Unterschied zwischen dem Generalgouvernement und anderen Gebieten machen.

.....

Krakau

Sonntag, den 14. Mai 1944

10^{30} Tagung aus Anlaß des Treffens der Blutordensträger und Träger des Ehrenzeichens der NSDAP des Generalgouvernements.

Oberdienstleiter Tießler eröffnet die Veranstaltung.

Generalgouverneur, Reichsleiter Dr. Frank überreicht 3 Parteigenossen den Blutorden und ergreift dann das Wort:

... Wenn wir mit diesem Gelichter unseren Führer vergleichen, der mit einer ungeheueren Überlegenheit geistig-seelischer Art als die reinste Inkarnation bester deutscher Eigenschaften diesen Kampf führt, den eine ganze Weltjudenclique unter Einsatz von Weltreichen gegen ihn allein richtet, so muß es uns

als alte Parteigenossen mit einer wahrhaften Glückeshochgehobenheit bewegen, daß wir berufen waren, diesem Mann erste Wegbereiter zu sein.

... Wenn wir einmal am Ende unseres Lebens stehen, dann werden wir sagen: „Was war in diesem Leben schön?“ [3] ... Und wenn ein Pfarrer kommen sollte und uns den letzten Segen geben wollte, dann werden wir sagen: lieber Freund, laß deine Jesusgeschichte; wir haben ja unmittelbar den Träger eines Glaubens erlebt.

.....

Krakau

[4])Dienstag, den 16. Mai 1944

10^{00} Forsetzung der Arbeitsbesprechung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP im Königssaal der Burg.

Anwesend sind: Oberdienstleiter Tießler, Distriktstandortführer Dr. von Burgsdorff, Pg. Albert, Pg. Ribbert, Pg. Przalla, Pg. Blarek, Pg. Gassner, Pg. Weibgen, Pg. Aldinger, Pg. Straßmayer, Pg. Stahr, Pg. Ohlenbusch, Pg. Joduleit, Pg. Holweger, Pg. Lapp, Pg. Kobusch.

Der Herr Generalgouverneur:

... Das Generalgouvernement sei heute wieder die wirkliche Ostbastion geworden. ... Das polnische Volkstum spiele praktisch in der Weltpolitik keine Rolle mehr ... Die deutsche Autorität als Ausgangspunkt der Führung dieses Raumes müsse wieder hergestellt werden, solle letzten Endes die deutsche Führung in diesem Raum wieder jenen sieghaften Zug annehmen, den sie im Jahre 1939 besessen hätte; da das Generalgouvernement eben ein Teil der großdeutschen Machtssphäre sei, sei die deutsche Autorität im Generalgouvernement ein Spiegelbild der Weltposition des Reiches.

Die deutsche Führung in diesem Raum habe nur die eine Pflicht, mit aller Energie der kämpfenden Front zu helfen und die Heimat zu überzeugen, daß hier trotz allem die Position

[3]) Anführungsstriche Ti
[4]) 1 oberhalb davon: S. 1 (Blei)

gegenüber den Polen gehalten werde. ... Die Situation zwischen Deutschland und Polen im Generalgouvernement sei scharf nach 3 Gesichtspunkten zu trennen. 1. ... Alle Argumente aus der Vorkriegszeit für die Betrachtung der deutsch-polnischen Situation seien grundsätzlich abwegig. Polen liege eben Deutschland im Wege nach dem Osten, und so sei eben ein Konflikt unvermeidbar gewesen. 2. Sicherung der Arbeitskraft der polnischen Bevölkerung für die Dauer des Krieges und 3. endgültige Lösung dieses Problems nach dem Kriege.

Augenblicklich stehe man bei Punkt 2 ... Jetzt müsse die polnische Bevölkerung bei der Arbeit gehalten werden, denn im Kriege solle man nur den Sieg wollen. ... Und wenn einer sagen würde, jetzt sei die Zeit, die Deutschen in diesem Raume anzusiedeln, dann müsse man erwidern, solche Unruhe könne man jetzt nicht brauchen. ... Jetzt sei auch keine Zeit zur Bekämpfung des Katholizismus oder der Ausrottung der polnischen Intelligenz. ...

Die Energie des deutschen Menschen dürfe nicht mit einem völlig abwegigem Lösungsversuch, der nach dem Kriege in Angriff genommen werden könne, verplempert werden. Auf Befehl des Führers wolle er für die Partei amtlich feststellen, daß eine irgendwie geartete Einsiedlungspolitik im Generalgouvernement vom Führer in keiner Weise gebilligt werde. Das Verfahren Globocniks, mit Zwang im Distrikt Lublin Deutsche einzusiedeln, sei gegen den Willen des Führers geschehen. An eine Ausrottung der Polen könne nicht gedacht werden. Man müsse immer bedenken, daß 15 Millionen Polen nur 190- bis 200 000 Deutsche gegenüber ständen. ...

Die kommende Entwicklung nach dem Kriege stehe noch dahin. Im Laufe der kommenden Jahrzehnte werde sicherlich eine Intensivierung der deutschen Siedlungen stattfinden. Es sei sonnenklar, daß das Weichselland genau so deutsch werde wie das Rheinland.

Die Partei repräsentiere aus der Zone 1 der deutsch-polnischen Entwicklung die Aufrechterhaltung der absolut deutschen, rassischen Grundhaltung und des deutschen Führungsanspruches in diesem Raum. Die Existenz der Partei in diesem Raum sei für ihn die Garantie dafür, daß alle Konzessionen, die er jetzt machen müsse, nichts endgültiges seien, sondern daß darüber die Vollendung des nationalsozialistischen Programms stehe. Man sei gezwungen, zweideutig zu sein: auf der einen Seite müsse man 16 Millionen bei der Arbeit halten, und auf der

anderen Seite müsse man als Nationalsozialist sagen, wie wäre das schön, wenn man restlos alles anders machen könnte. Die Partei brauche sich um diese politischen Notwendigkeiten nicht kümmern. Sie könne sagen, schön, das sei alles politisch notwendig, aber in der Schublade sei das Programm.

. . . . . .

Krakau

[5])Mittwoch den 31. Mai 1944

10[30] Präsident Wille überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Stellung der Rechtsanwälte im Generalgouvernement. . . .

Der Herr Generalgouverneur nimmt in längeren Ausführungen zu der Frage Stellung, wie im Generalgouvernement die Unabhängigkeit der Richter gewahrt werden kann. Jeder deutsche Bürger müsse in der Lage sein, sich eines Verteidigers zu bedienen und sich mit ihm häufiger zu besprechen. . . .

Auch in der Presse müsse in irgendeiner Weise darauf hingewiesen werden, daß sich die Rechtspflege des Generalgouvernements in einer Domäne der Unabhängigkeit bewege.

. . . . . .

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Wille, daß die Arbeit der Gnadenkommission zufriedenstellend laufe.

Der Herr Generalgouverneur äussert in diesem Zusammenhang seine starken Bedenken gegen ausserordentliche Exekutionen, wie z.B. die Verschleppung von Personen in Konzentrationslager. Im Hinblick auf die bisherigen Erfahrungen, die man mit der Sabotageverordnung gemacht habe, müsse man vielleicht dazu übergehen, die Bestimmungen dieser Verordnung ausser Kraft zu setzen.

Präsident ::-:: Wille ::-:: rät davon ab, z.Zt. wenigstens eine solche Änderung durchzuführen, vor allem angesichts der Tatsache, daß die Sicherheitslage im Generalgouvernement wesentlich ungünstiger geworden sei. Vor die Gnadenkommission sei in letzter Zeit eine Reihe von Todesurteilen der Standgerichte zur Entscheidung gekommen, von denen man nicht wisse, ob hier Gnadenerweise am Platze wären, da es sich zum Teil um Fälle handle, in denen früher immer vollstreckt worden sei. . . .

[5]) 1 oberhalb davon: S. 1 (Blei)

Der Herr Generalgouverneur ersucht Präsident Wille, ihm über die Ergebnisse der nächsten Sitzung der Gnadenkommission Vortrag zu halten, und erklärt sich bereit, die dort gefällten Urteile selber zu unterzeichnen.

BESCHREIBUNG:
Band 36: „Tagebuch 1944[1]) 1. 6. — 27. 7." (Blei)
hs Unterstreichungen Ti

Dienstag, den 6. Juni 1944

12^{35} Besprechung mit Staatssekretär Koppe, Generalleutnant der Polizei Höring und Generalmajor Bork.

Der Herr Generalgouverneur nimmt zunächst kurz Stellung zu der Nachricht von der in der vergangenen Nacht begonnenen Invasion der englischen und nordamerikanischen Truppen in Nordfrankreich.

Staatssekretär Koppe teilt mit, daß demnächst ein Großunternehmen gegen die Banden im Bilgorajer Wald von seiten der Wehrmacht mit ganz ausgezeichneten Kräften in Angriff genommen werde. Die Führung dieses Unternehmens liege bei der Wehrmacht, aber auch die Polizei sei im Rahmen des nur denkbar Möglichen eingeschaltet.

Wie Staatssekretär Koppe mitteilt, ist daran gedacht, daß die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft entsprechende Kommandos für die sofortige Aufnahme des Viehbestandes abstellt. Auch müßten Standlager errichtet und bei diesen Maßnahmen auch die Hauptabteilung Forsten beteiligt werden. Die Wehrmacht stehe auf dem richtigen Standpunkt, daß alle Männer zwischen 16 und 60 Jahren, die sich in diesem Raum befinden, ausgerottet werden müßten. Die hier infrage kommenden Dörfer seien so bandenverseucht, daß man annehmen müsse, daß sich die männliche Bevölkerung zum grossen Teil aktiv am Bandenwesen beteilige. Die Frauen und Kinder würden ins Reich abtransportiert werden. Es werde sich nicht vermeiden lassen, daß einige Ortschaften dieser Gegend in Flammen aufgingen, da sie sonst immer wieder das Zentrum des Bandenwesens bleiben würden.

[1]) l o: erl. Se. (Blei)

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Koppe an, diese Frage noch mit den zuständigen Instanzen zu besprechen. Unter keinen Umständen dürften sinnlose Massakers stattfinden, denn sie würden das ganze Land in Aufruhr bringen. ... Da die Bewohner der dortigen Ortschaften bisher gut abgeliefert hätten, müßte die Frage genau geprüft werden, welche Ortschaften dem Erdboden gleich gemacht werden müßten.

Generalmajor Bork hält es nicht für notwendig, ausserhalb des eigentlichen Bandengebietes Ortschaften in Flammen aufgehen zu lassen. In dem Raum allerdings, in welchem sich der Kampf abspielen werde, werde man keine Rücksicht nehmen können.

Der Herr Generalgouverneur will unbedingt dafür gesorgt wissen, daß die harmlose Bevölkerung, die selber unter dem Bandenterror leide, geschont werde.

Staatssekretär Koppe bemerkt:

... Die polnische Gendarmerie werde deutsche Führer erhalten. Man rechne insgesamt mit mindestens 4 000 Banditen, die aufs beste ausgerüstet seien und wohl auch befestigte Lager hätten.

Der Herr Generalgouverneur spricht den beteiligten Instanzen seinen Dank aus für die Aufrechterhaltung der Autorität des Reiches im Generalgouvernement. Es sei ausserordentlich wichtig, zu zeigen, daß diese Autorität noch vorhanden sei.... Das ganze Unternehmen müsse im übrigen auch jede Unterstützung durch die Regierung des Generalgouvernements erfahren. Auch Gouverneur Dr. Wendler und sein SS- und Polizeiführer müßten über die Einzelheiten des Unternehmens bis zum gewissen Grade Kenntnis erhalten.

16[16] Besprechung mit Präsident Wille und Regierungsrat Schulze.

Präsident Wille legt dem Herrn Generalgouverneur die in der letzten Sitzung der Gnadenkommission getroffenen Entscheidungen vor. Er führt dazu aus, daß es sich durchweg um Personen handle, die einer Geheimorganisation angehört oder sie durch Spenden unterstützt hätten und die zum Tode verurteilt worden seien, hinsichtlich deren auch ein Urteil rechtskräftig ergangen sei. Der Grad der Täterschaft sei verschieden. Zum Teil habe die Gnadenkommission schon früher

in vielen solcher Fälle Vollstreckung vorgeschlagen. Die hier genannten Personen seien plakatiert, aber nicht erschossen worden, weil auf dem Plakat gestanden habe: das Urteil gegen die unter Nr. 1 bis 5 ist vollstreckt, für die andern ist ein Gnadenerweis in Aussicht genommen, falls in einer gewissen Zeitspanne nichts passiert. Da nichts passiert sei, habe ein Gnadenerweis erfolgen müssen. Die Gnadenkommission habe den in einer Sitzung anwesenden Vertreter des Befehlshabers der Sicherheitspolizei gefragt, in welcher Form dieser Gnadenerweis gedacht wäre. Seines Wissens sei nur in einem einzigen Falle auf Erlaß der Strafe erkannt worden. In den anderen Fällen sei die Formel, daß die Strafe erlassen werde, an sicherheitspolizeiliche Maßnahmen geknüpft worden. Man habe nämlich der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß diese Leute sonst verschwinden würden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, daß er einen solchen Entscheid nie unterzeichnen würde, da er die Verbringung des Betreffenden in ein Konzentrationslager bedeute. Er habe immer aufs schärfste gegen das System der Konzentrationslager protestiert, denn in ihm liege der schärfste Verstoß gegen das Rechtsempfinden. Er hätte gedacht, daß es für solche Dinge kein Konzentrationslager gebe, aber sie seien offenbar stillschweigend ingang gesetzt worden. Es könne nur so vorgegangen werden, daß die Personen zu einer bestimmten Zahl von Jahren Gefängnis oder Zuchthaus begnadigt würden. ... Er bitte deshalb, daß Staatssekretär Dr. Bühler darüber informiert werde, daß er, der Generalgouverneur, solche Entscheidungen nicht unterzeichne. Er wünsche keine amtliche Bestätigung des Konzentrationslagers. Eine Begnadigung dahin, daß jemand ins Konzentrationslager gebracht werde, gebe es nicht. Die Standgerichte seien eine staatliche Justizeinrichtung ausserordentlichen Charakters, zusammengesetzt von Polizeiorganen, sie müßten eigentlich normalerweise mit Angehörigen der Wehrmacht besetzt werden.

Präsident Wille gibt zu bedenken, daß die Betreffenden zum Teil an den Taten erheblich beteiligt seien. Früher, als die Gnadenkommission noch alle Standgerichtssachen zur Entscheidung erhalten habe, sei, wenn eine Todesstrafe in Freiheitsstrafe umgewandelt wurde, Gefängnis- oder Zuchthausstrafe gewählt worden. Dann habe man die Justiz mit der Vollstreckung beauftragt. Er kenne sechs oder zehn solcher Fälle, in denen die Justiz die Vollstreckung übernommen habe.

Es habe sich aber um Personen aus dem Generalgouvernement gehandelt, und diese seien längst im Zusammenhang mit der Annährung der Ostfront in Konzentrationslager gebracht worden. Die besonders Gefährlichen habe man ins Reich geschickt. Heute habe es praktisch keine Einwirkung auf die Behandlung dieser Leute mehr.

Der Herr Generalgouverneur stellt anheim, solche Entscheidungen von Staatssekretär Dr. Bühler unterzeichnen zu lassen. Er wünsche jedenfalls, daß in dieser Beziehung ein Regulativ im staatlichen, amtlichen und volkstümlichen Jargon formuliert werde bezüglich der Umwandlung einer Todesstrafe in Gefängnis- oder Zuchthausstrafe.

Die in der letzten Sitzung der Gnadenkommission zur Entscheidung gekommenen Fälle werden darauf dem Herrn Generalgouverneur von Präsident Wille und Regierungsrat Schulz vorgetragen. — Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet dann die ihm vorgelegten Entscheidungen.

Krakau

Sonntag, den 25. Juni 1944

11^{00} Lagebesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

Anwesend sind: die Staatssekretäre Dr. Bühler, Koppe und Dr. Boepple, die Präsidenten Dr. Emmerich, Dr. Senkowsky, Naumann, Bauder, Dr. Lauxmann, Dr. von Craushaar, Ohlenbusch, Vizepräsident Ammon als Vertreter des Präsidenten Dr. Gerteis, sowie Oberdienstleiter Tießler und Pressechef Gassner.

Der Herr Generalgouverneur:

... Die allgemeine Kriegssituation habe sich in den letzten Wochen in sehr starken Spannungen entwickelt. Nach den letzten ihm zugegangenen Nachrichten sei den Sowjets offensichtlich ein grösserer Einbruch geglückt. Diese Entwicklung werde aber gemeistert werden. An der Invasionsfront und auch in Italien seien die Verhältnisse ausserordentlich schwierig; vor allem erschwere die ungeheuere feindliche Luftüberlegenheit die deutschen Unternehmungen.

... Die kommenden Monate würden über das kommende Jahrtausend der deutschen Geschichte entscheiden. Jetzt gehe es um das deutsche Vaterland, um das Heilige Deutsche Reich,

und demgegenüber verblaßten alle anderen Werte. Jetzt gebe es nur einen Wert, den der deutschen Freiheit als Staat und Vaterland, und diesen Wert gewährleiste Adolf Hitler. ...

Die große deutsche Gegenwaffe werde sicherlich eine grosse psychologische Wirkung in England erzielen — es wäre völlig falsch, dies verkennen zu wollen — , aber es sei selbstverständlich, daß durch diese Waffe, die zwar einen Teil des englischen Territoriums zerstöre, die Engländer nicht mehr oder weniger zu einem Friedensschluß geneigt sein würden als Deutschland in der gleichen Situation. Wunderdinge dürfe man also von dieser Waffe nicht erwarten, wenn sie auch mit der Dauer ihres Einsatzes immer grössere psychologische Wirkungen erziele. ...

Für das Generalgouvernement sei in nächster Zeit entscheidend, daß dieses Gebiet, soweit es in deutschen Händen bleibe, auch restlos sich in deutscher Hand befinde; alle Maßnahmen müßten geschehen, die Bevölkerung in Ruhe, Ordnung und bei der Arbeit zu halten. Er sei mehr denn je entschlossen, diesen seinen Kurs durchzuhalten und kein terroristisches Regime aufkommen zu lassen. Alle Dienststellen, vor allem die Wehrmacht und sämtliche Waffenträger im Generalgouvernement müßten alles tun, um die Autorität des Staates im Lande soweit als möglich herzustellen. ... Weiter sei es notwendig, daß das Generalgouvernement dem Reich in den dringendsten Angelegenheiten mit äusserster Kraft zur Seite stehe. Wenn es nicht gelinge, der fliegerischen Überlegenheit der Feinde entgegen-zu-treten, dann habe eine weitere Kriegführung ihren praktischen Sinn verlören. Gelinge es nicht, die deutsche Jägerproduktion in die Höhe zu bringen, bestehe keine Aussicht auf die Erringung des Endsieges. Die Erhöhung der Jägerproduktion werde aber erreicht, weil sie erreicht werden müsse. ...

Er glaube, daß das Generalgouvernement in den kommenden Wochen in seinen jetzigen Grenzen gehalten werden könne, da die Sowjets ihre Vorstösse wohl auf die Eroberung des Baltikums richteten. Garantieren jedoch könne man das nicht; sie könnten jederzeit auch das Generalgouvernement überraschen. Man müsse sich daher auf das Härteste und Unangenehmste vorbereiten. ...

Staatssekretär Dr. Bühler beginnt seine Ausführungen mit der Feststellung, daß die allgemeine Lage im Generalgouvernement im Zeichen des Absinkens der Sicherheit stehe. Bisher sei er der Meinung gewesen, daß ein polnischer Aufstand

nur Gerüchte oder Programme der Polen gewesen seien, nun aber sei er auf Grund seines Wissens und wegen der Tatsache, daß auch im Distrikt Krakau überall Banden auftreten, der Meinung, daß sich die Widerstandsbewegung wieder rekrutiere. Deshalb werde der Beobachtung dieser Entwicklung und ihrer wirksamen Bekämpfung das größte Augenmerk zuzuwenden sein.

Die Aktion im Bilgorajer Wald werde in diesen Tagen zum Abschluß kommen; in ihrem ersten Teil sei sie nicht sehr erfolgreich verlaufen, im zweiten Teil werde sie mit der Vernichtung eines grossen Teiles der Banden enden, sodaß eine gewisse Befriedung dieses Waldgebietes eintreten werde. ...

Staatssekretär K o p p e erklärt, daß sich die Polizei allgemein darauf eingestellt habe, daß sich die Sicherheitslage noch weiter verschärfen könne. Mit der Möglichkeit eines Aufstandes sei seiner Meinung nach wie vor zu rechnen. Das besage nicht, daß er auf der ganzen Linie entbrenne; mindestens aber sei mit Teilaufständen zu rechnen. Die Direktiven aus London an die Widerstandsbewegung besagten, daß die Aufständischenarmee in Polen jetzt im allgemeinen mit Gewehr bei Fuß zu stehen habe, denn ihre Stunde sei noch nicht gekommen. Daraus müsse man schliessen, dass dieser Befehl doch eines Tages kommen werde. Wenn es nicht zu einem Aufstand auf der ganzen Linie komme, so müsse man doch mit grösseren Störungen der Verkehrswege im gegebenen Fall rechnen, wodurch a) der Nachschub an die Front verhindert und b) ein Zurückweichen der deutschen Truppenteile an der Front unmöglich gemacht werden sollten. In den letzten 14 Tagen habe man allgemein keine weitere Verschärfung der Sicherheitslage feststellen können.

Das Unternehmen der Wehrmacht im Bilgorajer Wald habe sich bisher recht günstig ausgewirkt, obgleich im ersten Durchgang die Erfolge zahlenmässig nicht den Erwartungen entsprochen hätten. Vier oder fünf Gruppen der Bande sei es wohl gelungen, aus dem Einschliessungsring der 18.000 Mann Wehrmacht zu entkommen. Beim z.Zt. noch stattfindenden 2.Unternehmen sei bis jetzt der Bande ein Ausbruch noch nicht gelungen. ...

Die Aktion im Bilgorajer Wald, die als das Unternehmen Sturmwind I und Sturmwind II gestartet worden sei, habe auf die übrigen Kreise des Distrikts Lublin sicherheitsmässig bereits günstige Auswirkungen gezeitigt. Auch ein von der Polizei

gestartetes Unternehmen Vagabund habe dazu beigetragen. Notwendig sei es nun, daß nach Abschluß der Aktion weiterhin Kommandos in diesem Gebiet verblieben. ...

Staatssekretär K o p p e spricht dann weiter von der moralischen Wirkung, die diese Aktion bis in das kleinste Dorf hinein ausgelöst habe. Leider müsse man feststellen, daß sich in dem durchgekämmten Waldgebiet bereits wieder eine kleine Bande von 150 Mann aus den entkommenen Banditen rekrutiert habe; sie werde aber von der Polizei sofort wieder angegriffen.

Die Worte des Staatssekretärs K o p p e, daß bei dem Unternehmen eine grosse Anzahl Bandenhelfer festgenommen worden sei, veranlassen den Herrn G e n e r a l g o u v e r n e u r zu der Erklärung, eine genaue Untersuchung darüber anzustellen, ob es sich auch wirklich um Bandenhelfer handle. Es müsse unbedingt vermieden werden, daß unschuldige Männer ihr Leben verlören.

Staatssekretär K o p p e erwidert, daß dafür die Hinzuziehung von Angehörigen des SD und der E. und L. Gewähr biete. Jeder einzelne Fall werde genau untersucht. Am Unternehmen hätten sich auch die Polizei mit 2 Bataillonen und Gendarmeriekräfte beteiligt. Die lokale fremdvölkische Polizei habe man für diese Zeit durch deutsche Unterführer führen lassen. Er sei davon überzeugt, daß man die Sicherheitssituation im Distrikt Lublin meistern werde. ...

Präsident O h l e n b u s c h bezieht sich in seinen Darlegungen vor allem auf die Ausführungen des Staatssekretärs Koppe. Die Widerstandsbewegung sei in der letzten Zeit äusserst aktiv geworden. Leider bestehe noch immer eine grosse Diskrepanz zwischen den tatsächlichen Verhältnissen und dem politischen Kurs des Herrn Generalgouverneurs. So werde z.B. immer wieder darauf hingewiesen, daß die sogenannten Hiwis, die doch rassisch gesehen zum Untermenschentum gehörten, in deutschen Abteilen Platz nehmen könnten, während die rassisch gesehen wertvolle Polin in einem besonderen Abteil Platz nehmen müsse.

Im übrigen laufe die ganze Propaganda weiterhin auf vollen Touren ausschließlich gegen den Bolschewismus, das Judentum und darüber hinaus gegen England und Amerika. Einen Erfolg habe man insofern errungen, als es geglückt sei, den vor allem in polnischen Intelligenzkreisen durchgeführten Boykott gegen das polnische Theater in Krakau zu brechen.

Er habe dem Generalgouverneur ein neues Abzeichen für die im Reich tätigen Polen vorgelegt und er hoffe, daß das Reich damit einverstanden sein werde, daß dieses Abzeichen anstatt des „P" von den Polen getragen werden dürfe. ...

Der Herr Generalgouverneur weist in seinen Schlußworten besonders eindringlich darauf hin, daß gegenüber dem Erfordernis, dieses Land und seine Bevölkerung in Ordnung, bei Ruhe und Arbeit zu halten, alle anderen Gesichtspunkte zurücktreten müßten. Eine sich verstärkende Unsicherheit des Landes dürfe darum kein Anlaß für eine terroristische Politik werden. Solange die Bevölkerung in den Fabriken arbeite, gebe es für ihn keine Notwendigkeit, seine Politik der Befriedung zu ändern.

Montag, den 10. Juli 1944

16[35] Besprechung mit Regierungsrat Dr. Jänsch, Regierungsrat Gnauck, Referent von Palézieux und Sturmbannführer Pfaffenroth.

Gegenstand der Besprechung ist die Frage, in welcher Weise die Bände des Tagebuches des Generalgouverneurs, ::-:: Akten-und Archivmaterial ::-:: und wichtige Schriftstücke geheimen Charakters gegebenenfalls in Sicherheit gebracht werden können.

Der Herr Generalgouverneur will dafür ein Verteilungssystem aufgestellt wissen. Die Bände des Tagebuches will der Herr Generalgouverneur selber an sich nehmen, um sie vielleicht der Bayrischen Staatsbibliothek zu übergeben oder für ihre sonstige Unterbringung Sorge zu tragen. ...

Referent von Palézieux weist dann darauf hin, daß die gesamten ::-:: Kunstschätze, ::-:: vor allem in Gestalt der wertvollen Bilder, auf der Burg untergebracht seien. Es handle sich hier um internationales Kunstgut, das vielleicht am zweckmässigsten im Burgbereich an seiner bisherigen Stelle belassen werden könnte.

Der Herr Generalgouverneur weist Referent von Palézieux an, ein genaues ::-:: Verzeichnis ::-:: dieser Kunstgegenstände aufstellen zu lassen. Einem einwandfreien Polen, der im Burgbereich bleiben könne, müssen von Referent von Palézieux die Schlüssel übergeben werden. Er, der Herr Generalgouverneur, wolle unter keinen Umständen etwas mitnehmen, was Staatseigentum sei.

BESCHREIBUNG:

Band 37: „Kanzlei des Generalgouverneurs“[1]) (dr) „Tagebuch“ (Ti), dr-Ziffern aufgeklebt: „1944“; 1.8. — 17.12.44 | am Schluß eingeheftet ein besonderer brauner Kipp-Ordner-Schnellhefter, auf dem Umschlag: erl.Se. (Blei), enthaltend Eintragungen vom 16.1. — 3.4.45

hs Unterstreichungen und Einfügungen Ti

Donnerstag, den 3. August 1944.

21[10] Der Herr Generalgouverneur führt ein ::-:: Telefongespräch ::-:: mit Generaloberst Guderian und bittet ihn nochmals dringendst um ::-:: Hilfe für die Stadt Warschau. ::-::

Generaloberst Guderian teilt darauf folgendes mit:

Mit stärksten Mitteln, die überhaupt zur Verfügung ständen, werde versucht werden, die Lage in Warschau zu meistern. Es solle sofort ein starkes Polizeiregiment aus Breslau nach Warschau in Marsch gesetzt, außerdem sollten weitere Polizei-, SS- und Wehrmachtsteile nach Warschau gesendet werden.

Der Herr Generalgouverneur macht eindringlich auf den ::-:: Ernst der Lage in Warschau ::-:: aufmerksam. — Generaloberst Guderian erklärt,daß auch ihm die Lage bekannt sei. Der Herr Generalgouverneur könne sich darauf verlassen, daß alles geschehen werde, was nur menschlich-möglich sei, um der Stadt Warschau zu helfen. An der Stadt Warschau solle dann mit aller Härte ein Verdikt vollzogen werden. Im übrigen könne er, Generaloberst Guderian, nur mitteilen, daß sich weiterhin große Truppenmassen nach Osten in Bewegung setzen würden, und daß die ::-:: Ostsituation ::-:: überhaupt seiner festen Überzeugung nach im Wege des Angriffs binnen kurzem werde bereinigt werden können.

21[45] ::-:: Telefongespräch ::-:: mit General Stahel.

General Stahel berichtet, daß die ::-:: Lage in Warschau[2]) ::-:: sich wenig verändert habe. Die für Straßenkämpfe gut organisierten Banden seien nach wie vor sehr hartnäckig und hätten geringe Erfolge erzielt. Zur Aufnahme einer Offensive würden die deutschen Kräfte nicht mehr ausreichen. General Stahel schätzt die Stärke der Aufständischen

[1]) oberer Rand: erl. Se. (Blei)
[2]) Unterstreichung Blei

auf mindestens eine Brigade. Die deutschen Verluste seien nicht unerheblich, sie betrügen etwa 500—600 Mann. Große Schwierigkeiten bereiteten die von den Aufständischen angelegten Straßensperren. Praga sei noch in deutscher Hand, ebenso der Ostbahnhof. Ein Verkehr zwischen den deutschen Stützpunkten sei nur durch Panzer möglich. Ein Teil der Bevölkerung stehe auf deutscher Seite und lehne jeden Kampf ab.

22^{00} ::-:: Telefongespräch ::-:: mit Staatssekretär Dr. B ü h l e r.

Der Herr Generalgouverneur schildert Staatssekretär Dr. B ü h l e r den Verlauf des heutigen Tages in ::-:: Warschau ::-:: und weist auf die ziemlich ernste Lage hin. ... Generaloberst Guderian habe ihm gesagt, der Führer sei fest entschlossen, den Aufstand in Warschau mit allen Mitteln niederzuschlagen. Starke Polizei- und Wehrmachtsteile seien bereits in Marsch gesetzt und müssten bald in Warschau eintreffen. Die Luftwaffe könne erst eingreifen, wenn klar sei, welche Teile der Stadt Warschau in deutscher Hand und welche in der Hand der Aufständischen seien. Generaloberst Guderian habe der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß im Wege des Angriffs bald eine Bereinigung der Ostlage eintreten werde; deshalb brauche nichts mehr überstürzt zu werden.

22^{15} ::-:: Telefongespräch ::-:: mit Gouverneur Dr. F i s c h e r.

Der Herr Generalgouverneur gibt Gouverneur Dr. F i s c h e r Kenntnis von dem mit Generaloberst Guderian geführten Telefongespräch. Er werde alles tun, um zu erreichen, daß die Entsatztruppen so schnell wie möglich herankämen. ... Der Führer habe den strikten Befehl gegeben, daß Warschau unter allen Umständen so schnell wie möglich entsetzt werde. ...

Gouverneur Dr. F i s c h e r: ... Zur Zeit sei es in Warschau ruhig, es werde nicht geschossen. Die Aufständischen seien offenbar etwas unsicher geworden, weil die erwartete russische Hilfe ausbleibe.

Der Herr ::-:: Generalgouverneur ::-:: versichert dem Gouverneur Dr.Fischer, daß bald eine Wendung zum Besseren eintreten werde. Neue Truppen rollten Tag und Nacht auch in Krakau nach dem Osten. Offenbar sei eine ganz große Offensive in Vorbereitung.

22^{30} Der Herr ::-:: Generalgouverneur ::-:: gibt dem Reichsminister Dr. L a m m e r s in einem ::-:: Fernschreiben ::-:: einen Bericht über die Lage in Warschau. Darnach ist die

::-:: Aufstandstätigkeit ::-:: auch weiterhin in vollem Gange. Die deutschen Kräfte sind auf die Stützpunkte beschränkt und können untereinander nur entweder telefonisch oder durch Kurier mit Panzerfahrzeugen verkehren. Die Situation der Deutschen hat sich im Laufe des heutigen Tages noch etwas verschärft. Seit heute früh befindet sich auch der Adolf Hitler-Platz in Warschau, an dem Haus an Haus Gouverneur Dr.Fischer und General Stahel weilen, unter Beschuß. Die deutschen Panzer kämpfen tapfer immer wieder einige Stadtteile frei, können sich aber angesichts der vielfachen Überlegenheit der Aufständischen nicht restlos durchsetzen. Das ::-:: Rathaus ::-:: der Stadt Warschau ist heute nacht von den Aufständischen besetzt worden. Der Hauptbahnhof ist zwar noch in deutschen Händen, aber ringsum von den Aufständischen eingeschlossen.

Die ::-:: Stimmung bei den Aufständischen ::-:: ist schlechter geworden: sie sind vor allem enttäuscht über das Ausbleiben der ihnen offenbar zugesagten Teilnahme englisch-amerikanischer Luftlandetruppen an ihrem Aufstand. Teilweise läßt sich bei den Aufständischen auch schon beginnender Munitionsmangel feststellen. Die Bevölkerung lehnt in zunehmendem Maße den Aufstand ab, vor allem im Hinblick auf die Nähe der Russen, die auch von den Warschauer Polen als Todfeinde angesehen werden. Die Verluste waren auch heute wieder groß. In den entscheidenden Teilen der Stadt Warschau weht in den von den Aufständischen besetzten Häusern die polnische Flagge. Die Hauptpost ist heute nachmittag restlos in die Hand der Aufständischen gefallen. Die deutschen Postbeamten konnten sich, wenn auch unter schweren Verlusten, bis zu den deutschen Stellungen durchschlagen. Dringendst wird das Eingreifen von Fliegern erwartet, von deren Wirkung man sich entscheidendes verspricht.

Das Fernschreiben schließt mit den Worten: Ich wäre Ihnen, Herr Reichsminister Dr.Lammers, sehr dankbar, wenn Sie sowohl bei Generaloberst Guderian wie bei Reichsführer-SS Himmler meinem Ersuchen entsprechend für beschleunigte intensive Heranführung von Entsatzstreitkräften auch direkt vorstellig würden.

Freitag, 4. August 1944.

11^{30} Der Herr Generalgouverneur läßt sich telefonisch von Polizeihauptmann Zisenis Bericht über die Lage erstatten.

13^{10} Erneuter telefonischer Lagebericht des Polizeihauptmanns Zisenis.

16^{15} ::-:: Telefongespräch ::-:: mit Staatssekretär Dr. Bühler.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, dem Leiter des Polnischen Hauptausschusses mitzuteilen, daß er — der Generalgouverneur — zwar den ::-:: Erlaß über Straffreiheit ::-:: von Polen unterzeichnet habe, diesen Erlaß aber im Hinblick auf die Aufstandsbewegung in Warschau nicht in Kraft setzen könne.

21^{00} ::-:: Telefongespräch ::-:: mit Gouverneur Dr. Fischer.

Gouverneur Dr. Fischer gibt dem Herrn Generalgouverneur einen Überblick über die gegenwärtige ::-:: Lage in Warschau. ::-:: Er erwähnt, daß mittlerweile auch deutsche Stukas in den Kampf eingegriffen haben, jedoch hat man noch keinen ausreichenden Eindruck von der Wirkung dieses Einsatzes. Eine nennenswerte Entlastung der Lage sei noch nicht eingetreten. Die Kampftätigkeit der Aufständischen sei nach wie vor sehr stark. Das Rathaus der Stadt Warschau sei noch in der Hand der Aufständischen. Der Raum der Verteidiger am Adolf Hitler Platz verengere sich von Stunde zu Stunde und liege unter dauerndem Beschuß. Eigentliche Fortschritte haben die Aufständigen aber heute nicht gemacht. Auch die Bahnhöfe seien noch in deutscher Hand.

Der Herr ::-:: Generalgouverneur ::-:: versichert Gouverneur Dr. Fischer, daß die deutschen Entsatztruppen demnächst eintreffen würden und sich die Lage dann völlig verändern werde. ...

21^{39} Telefongespräch mit General Stahel.

General Stahel berichtet dem Herrn Generalgouverneur, daß die Aufständischen mit großer Hartnäckigkeit weiter kämpften. Immerhin sei festzustellen, daß die nicht militärischen Banden sich allmählich aus dem Kampf herauszögen. Wie die Stuka-Angriffe sich auswirken würden, müsse man erst abwarten. Im allgemeinen sei die Lage die gleiche wie gestern. Die Verluste auf beiden Seiten seien ziemlich erheblich. Die Haltung der Bevölkerung sei sehr unterschiedlich; ein großer Teil ziehe sich jetzt offenbar von den Aufständischen zurück und leiste sogar verfolgten deutschen Soldaten und Polizisten Hilfe.

22^{00} Auf Grund der ihm von Gouverneur Dr.Fischer und General Stahel erstatteten Berichte richtet der Herr ::-:: Generalgouverneur ::-:: das nachstehende F e r n s c h r e i b e n a n Herrn Reichsminister Dr. L a m m e r s:

„Nach den übereinstimmenden Berichten des Kampfkommandanten General Stahel und des Gouverneurs Dr. Fischer, die beide in treuer, unermüdlicher Zusammenarbeit inmitten des konzentrischen Ringes der Aufständischen ihre Pflicht erfüllen, ergibt sich heute abend folgende Lage:

Die militärisch gegliederten, soldatisch ausgebildeten Teile der ::-:: Aufständischen ::-:: kämpfen nach wie vor mit größter Erbitterung und teilweise mit Tapferkeit. Der Ring um das Regierungsviertel am Adolf Hitler Platz, in dem Gouverneur Dr. Fischer und General Stahel mit dem Gros der Verteidiger Warschaus weilen, ist heute durch die Besetzung der Ruinen der früheren großen Oper in Warschau durch die Aufständischen verengert worden. Der Adolf Hitler-Platz liegt nunmehr unter direktem Beschuß der Aufständischen und ist nicht mehr frei passierbar. Im übrigen befinden sich die wesentlichen Gebäude der Stadt als deutsche Stützpunkte in deutscher Hand und werden tapfer verteidigt. Das Zentrum der Aufständischen befindet sich jetzt im Rathaus der Stadt Warschau und in den daran anliegenden Gebäuden. Das Telegrafenamt und das Polizeiviertel befinden sich nach wie vor fest in deutscher Hand.

Die ::-:: Verluste ::-:: sind wie bisher erheblich. Zu größeren Gegenaktionen stoßen unsere Kräfte nun nicht mehr vor, um Menschen, Material und Munition zu schonen.

Die ::-:: Bevölkerung ::-:: verhält sich im großen ganzen jetzt den Aufständischen gegenüber sehr zurückhaltend. Die Aufständischen müssen teilweise außerordentlichen Zwang anwenden, um Bevölkerungsteile für den Bau der Barrikaden zu bekommen. Von General Stahel werden zahlreiche Fälle mitgeteilt, in denen deutsche Soldaten des Heeres und der Waffen-SS von der Bevölkerung sogar vor den Aufständischen wieder befreit oder gerettet wurden und nur durch die Hilfe der Bevölkerung zu ihren Truppenteilen zurückkommen konnten. Die nicht militärisch zusammengeschlossenen Aufständischen, also die sog. mitkämpfenden Mitläufer, beginnen allmählich sich aus den Reihen der Aufständischen zu lösen und versuchen, in den Vorstädten wieder ins Unerkannte zu verschwinden. Inwieweit diese Entwicklung anhalten wird, hängt von der allgemeinen Lage ab.

Heute vollführte die deutsche ::-:: Luftwaffe ::-:: einige Stuka-Angriffe auf die Zentren der Aufständischen. Die Wirkung ist zunächst nur in starken Brandherden zu beobachten, die sich gebildet haben. Die Kampfkraft der Aufständischen an sich wurde noch nicht nennenswert erschüttert.

Sowohl General Stahel wie Gouverneur Dr. Fischer sagen, daß sie es bei äußerster Sparung ihrer Kräfte ohne weiteres noch drei bis vier Tage aushalten können, sofern nicht eine plötzliche, ungewöhnliche Verstärkung der Aufständischen etwa durch Eingreifen alliierter Luftstreitkräfte oder derartiges eintreten sollte.

Das Eingreifen der von auswärts herankommenden deutschen ::-:: Entsatzkräfte ::-:: ist noch nicht nennenswert in Erscheinung getreten. Es wird nach wie vor von den beiden Herren dringendst die Heranholung dieser Einsatzkräfte gefordert, da von deren Eintreffen allein nunmehr das Schicksal der deutschen Führung in Warschau abhängt. Aus eigener Kraft kann der Aufstand nicht mehr überwältigt werden.

Da sich die militärische Lage heute durch Räumung des ::-:: galizischen Ölgebietes ::-:: durch die deutschen Truppen sowie durch Überschreiten der Weichsel seitens der Russen südlich von Warschau in großer Stärke stimmungsmäßig positiv auf die Aufständischen auswirken wird, ist doppelte Eile für das Herankommen der Entsatzkräfte geboten.

Über die ::-:: militärische Lage des Generalgouvernements ::-:: kann nur gesagt werden, daß auch hier alles nunmehr von dem möglichst starken in Erscheinung- und Inkampftreten neu herangeführter deutscher Kräfte allein noch abhängt. Die Russen stehen 12 km westlich von Reichshof und haben nördlich der Weichsel bereits eine Linie etwa 15 km von Staschow erreicht. Am nächsten Punkt stehen nunmehr die Russen noch 118 km von Krakau entfernt."

Haus Kressendorf.

Samstag, den 5. August 1944.

14^{40} Besprechung mit Herrn Präsidenten Dr.von Craushaar, zu der später Oberregierungsrat Dr. Luxenberg und Kreishauptmann Schwender hinzugezogen werden.

Herr Präsident Dr.von C r a u s h a a r erstattet dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die ::-:: Räumungslage ::-:: und die allgemeine Situation.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r genehmigt den von Herrn Präsidenten von Craushaar aufgestellten letzten ::-:: Räumungsplan. ::-::

Präsident von C r a u s h a a r stellt dann ausdrücklich fest, daß bisher keinerlei Panik oder Ungeordnetheit entstanden sei, vielmehr die Regierung und alle Dienststellen in voller Ruhe weiter ihre Pflicht erfüllen.

Präsident von C r a u s h a a r legt dann dem Herrn Generalgouverneur ein an ::-:: Gauleiter Bracht ::-:: gerichtetes Fernschreiben vor, betreffend die ::-:: Rückführung von loyalen Polen und Ukrainern ins Reich. ::-:: In diesem Fernschreiben wird darum ersucht, daß diesen Polen und Ukrainern der einwandfreie Grenzübertritt in das Deutsche Reich zu gewähren wäre, wenn sie als loyale Polen legitimiert würden, und daß sie dann nicht zum Stellungsbau herangezogen werden. Der Herr Generalgouverneur unterzeichnet dieses Fernschreiben.

In Zusammenhang damit regt der Herr ::-:: Generalgouverneur ::-:: an, daß nunmehr die groß ausgearbeitete ::-:: Denkschrift ::-:: über die ::-:: Behandlung des Polentums ::-:: und die Verbindung der deutschen Politik mit polnischen Strömungen an den SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner abgeschickt wird. . . .

15^{50} Besprechung mit Botschaftsrat Dr. S c h u m b u r g.

Botschaftsrat Dr. S c h u m b u r g übermittelt im Auftrage des Auswärtigen Amtes dem Herrn Generalgouverneur eine vertrauliche Nachricht, nach welcher Möglichkeiten beständen, daß zwischen der ::-:: deutschen ::-:: und der ::-:: polnischen Exilregierung ::-:: Verbindungen über einen vertraulichen Verbindungsmann aufgenommen werden könnten.

Der Herr G e n e r a l g o u v e r n e u r bittet Botschaftsrat Dr.Schumburg,festzustellen, welche Stellung Reichsaußenminister Ribbentrop zu dieser Mitteilung aus Budapest einnehme,und erklärt sich bereit, einmal gemeinschaftlich mit Reichsaußenminister Ribbentrop persönlich über diese Angelegenheit zu sprechen.

Der Herr ::-:: Generalgouverneur ::-:: legt im übrigen dar, welche Schwierigkeiten einer wirklich seiner Meinung nach längst notwendigen Bereinigung des deutsch-polnischen Verhältnisses ihm wieder aus jenen Meinungsbereichen erstünden,

die ausschließlich die Methode der schärfsten Gewalt gegenüber dem Polentum als Richtlinie verträten. Der Herr Generalgouverneur hält es im gegenwärtigen Augenblick nicht für möglich, eine wesentliche Änderung dieser Erwägungen, so notwendig sie seines Erachtens für das Reich wären, herbeizuführen. Daher wäre es auch geboten, daß Reichsaußenminister von Ribbentrop einmal posotiv zu diesem Problem Stellung nehme.

20^{05} Der Herr Generalgouverneur richtet folgendes Fernschreiben an Reichsminister Dr. Lammers:

... Die Stadt Warschau steht zum größten Teil in Flammen. Die Niederbrennung von Häusern ist auch das sicherste Mittel, den Aufständischen Schlupfwinkel zu entziehen. Die deutschen Entsatztruppen haben etwa heute früh um 10 Uhr mit der Kampftätigkeit an drei Stellen der Außenstadt begonnen. Eine Auswirkung in der Innenstadt, etwa im Sinne einer Verbesserung der Lage der Deutschen in dem von Barrikaden umgebenen Bereich, ist noch nicht festzustellen.

In der Stadt mit ihrer Millionenbevölkerung herrscht ein unvorstellbares Elend. Nach diesem Aufstand und seiner Niederschlagung wird Warschau dem verdienten Schicksal seiner völligen Vernichtung mit Recht anheimgefallen sein oder unterzogen werden. ...

Montag, den 4. September 1944.

11^{05} Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident Dr. von Craushaar, Gouverneur Kundt, Botschaftsrat Dr. Schumburg. und Gouverneur Dr von Burgsdorff.[3])

Präsident Dr. von Craushaar behandelt zunächst die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen eine allgemeine Befriedung der polnischen Bevölkerung erreicht werden kann. Von großer Bedeutung für die allgemeine Lage seien die Schritte, die gegebenenfalls zur Herbeiführung einer Kapitulation der Aufständischen in der Stadt Warschau ergriffen würden. Aus Kreisen des Polnischen Hauptausschußes seien inbezug auf eine etwa abzuschließende Kapitulation folgende Wünsche geäußert worden:

[3]) „und" bis „Burgsdorff." nachträglich ms eingefügt

1) Verbringung der Aufständischen in ein Kriegsgefangenenlager

2) Abstoppen der Zerstörung der Stadt Warschau

3) fürsorgerische Maßnahmen zugunsten der Warschauer Bevölkerung.

Wenn diese drei Bedingungen zugestanden und durchgeführt würden, so würde man damit ein wesentliches Material für die Weltpropaganda gewinnen. Versuche, eine Kapitulation zu erreichen, hätten bisher noch keinen ausschlaggebenden Erfolg gehabt. Es frage sich daher, ob man von deutscher Seite aus durch ein offizielles Angebot unter genauer Skizzierung der Bedingungen der anderen Seite die Übergabe leicht machen könne. Sollte dieses Angebot abgelehnt werden, so könnte man die Verantwortung gegenüber der polnischen Bevölkerung der anderen Seite zuschieben. Er schlage vor, zunächst noch abzuwarten, ob die Führung der Aufständischen einen Parlamentär schicke.

Der Herr Generalgouverneur gibt der Ansicht Ausdruck, daß es den Polen jetzt vornehmlich darauf ankomme, ihre Hauptstadt Warschau zu retten. Wenn die Stadt Warschau ein Trümmerhaufen sei, dann verliere die polnische Nation ihr Zentrum. Dieser Druck liege also zur Zeit auf der polnischen Bevölkerung. Er sei überzeugt, daß, wenn sich die militärische Lage bei Warschau nicht ganz katastrophal verschlechtere, gute Aussichten für den Abschluß einer Kapitulation beständen. Freilich dürfe über alledem nicht vergessen werden, daß der Aufstand vom polnischen Standpunkt aus ein absoluter Fehler gewesen sei, was sowohl die internationalen Beziehungen wie die Beziehungen zu Deutschland angehe. Dieser Aufstand sei ausgebrochen ohne Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die Mikolajczyk in Moskau gehabt, und ohne Rücksicht darauf, daß Churchill Polen aufgegeben und aus eigenem eine ganz scharfe Einstellung gegen Moskau gezeigt habe.

Staatssekretär Koppe ist der Auffassung, daß Churchill von sich aus keinen Anlaß haben werde, zugunsten Polens einen Schritt zu unternehmen. Diese Feststellung sei wichtig für den Fall, daß er den Versuch unternehmen wolle, den Fürsterzbischof Sapieha für eine Aktion anzusetzen. Er werde aber keine Bitte aussprechen, umso weniger, als sich die militärische Lage bei Warschau mit jedem Tag bessere. Hinter den Bestrebungen zur Herbeiführung einer Kapitulation müße eine starke Persönlichkeit stehen. Der von dem Polnischen Hauptausschuß gemachte

Vorschlag sei zwar durchaus beachtlich, aber auch hinter ihm stehe keine maßgebende Persönlichkeit. Angesichts der unklaren Haltung der Polen, die heute mit Stalin, morgen mit Churchill und übermorgen mit Deutschland rechneten, handle es sich natürlich um ein kühnes Unterfangen, das man aber vielleicht versuchen könnte.

Der Herr Generalgouverneur hält es darnach für zweckmäßig, daß Staatssekretär Dr. Bühler anheimgestellt werde, mit Fürsterzbischof Sapieha in Verhandlungen einzutreten. Im übrigen könne man nur eine abwartende Stellung einnehmen.

Präsident Dr. von Craushaar betont, daß es heute von großer Wichtigkeit *sei*[4]), Verbindungen zu maßgebenden Kreisen der polnischen Bevölkerung zu haben. Die Möglichkeiten, die der Polnische Hauptausschuß biete, seien nur beschränkt, weil seine Mitglieder sich nicht alles zu sagen getrauten. Zudem seien der zweite und dritte Vorsitzende des Polnischen Hauptausschußes vor kurzem verhaftet worden. Die Freilassung der Inhaftierten würde zur Zeit von gewissen Erfolgen begleitet sein.

Der Herr Generalgouverneur ist gewillt, wie sich die Lage auch entwickle, an dem von ihm eingeschlagenen Kurs festzuhalten. Er werde sein Bestreben darauf lenken, jede Gelegenheit auszunutzen, um die Stimmung in der polnischen Bevölkerung zu bereinigen. An seiner grundsätzlichen Einstellung werde sich nichts ändern. Er werde das auch positiv dem Führerhauptquartier mitteilen Deutschland habe nicht mehr viel Aktivum an fremdvölkischen Besitz. Eine entsprechende Haltung gegenüber den Polen würde sich also durchaus positiv auswirken können. ...

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu bedenken, daß aufgrund der militärischen Lage in Warschau damit gerechnet werden könne, daß etwa binnen acht Tagen auch der Rest der Aufständischen erledigt sei. Militärisch sei also der Gewinn nicht groß, wenn man das Angebot einer Kapitulation mache; umso größer wäre aber der dauernde Erfolg. Es frage sich nur, was mit der AK geschehen solle.

Der Herr Generalgouverneur will dieses völlig isolierte Sonderunternehmen von der allgemeinen anderen Politik streng unterschieden sehen. Warschau sei sozusagen nur der politische Anlaß, der Stichpunkt, von dem aus sich die

[4]) „sei" Ti eingefügt

anderen Verhältnisse wenden oder entwickeln würden. Warschau solle ein Schulbeispiel werden, aber man dürfe mit der Frage Warschau nicht die Beziehungen der deutschen Führung zur AK verquicken. Im Interesse des Zustandekommens einer Übereinkunft müße man den Polen die Chance lassen, zu sagen: der Warschauer Aufstand sei lediglich ein Vorprellen gewesen. Man dürfe also nicht alles, was an einen Widerstand gedacht habe, für die Geschehnisse in Warschau verantwortlich machen. Er behaupte, daß das Unternehmen in Warschau das persönliche Unternehmen eines vorgeprellten Teiles der AK unter General Bor sei. Wenn man die AK noch als Gegebenheit anerkenne und sie als Todfeind ansehe, dann riskierten ihre Anhänger in Warschau, daß sie auch als Todfeinde liquidiert würden. Darunter dürfe aber nicht die ganze Politik leiden, und deshalb müsse man den Aufstand in Warschau als ein Sonderunternehmen betrachten. Die übrige AK dürfe nicht in diesen Kreis hineingezogen werden; denn das sei eine Sache für sich. Es werde davon abhängen, wie sich die Dinge in Warschau entwickelten. In positivem Sinne werde er im gegenwärtigen Zeitpunkt jeden Schritt begrüßen, der geeignet sei, mit den Polen zu einer grundsätzlichen Bereinigung der Gesamtsituation zu gelangen. Selbst wenn in Warschau sämtliche Aufständischen erschoßen werden müßten, müße die Möglichkeit bleiben, daraus nicht einen Racheprozess werden zu lassen, sondern man werde erklären: das haben die Aufständischen in Warschau zu verantworten, ihr von der übrigen AK seid unschuldig. Selbstverständlich könne man nicht daran denken, die AK bewaffnen zu lassen; denn die AK sei eine illegale Organisation, und er spreche vom polnischen Volk. Im übrigen müße man sich darauf berufen, daß das Deutsche Reich in einem schweren Kampfe stehe. Wenn die Liquidierung in Warschau so oder so möglich sei, dann sei das seit Stalingrad der erste Sieg, den Deutschland errungen habe. Die Polen hätten angesichts der unklaren Einstellung Englands und Sowjetrußlands von diesen Staaten nichts zu erwarten, nur Deutschland könne sich ihnen gegenüber jetzt noch gnädig erweisen. Die Zerstörung Warschaus liege nun in deutscher Hand, und niemand könnte verhindern, daß die Stadt Warschau in Schutt und Trümmer gelegt werde. Er sei entschlossen, diesen Kaufpreis hinzunehmen. Andererseits erheische die Lage Deutschlands eine gewisse Bereitwilligkeit zu Konzessionen. Der Fall Warschau könne nicht in eine immanente innere Totalbeziehung zur polnischen Sache gebracht werden. Was in Warschau bestraft werde, werde nicht

als AK bestraft, sondern deshalb, weil es mehr dem General Bor als den allgemeinen polnischen Notwendigkeiten gefolgt sei.

Staatssekretär Koppe hält eine Beteiligung des Klerus bei den Verhandlungen für unbedingt geboten. Auch müße die Sicherheitspolizei dafür sorgen, daß einige Führer der AK hinzugezogen würden. Es müßte etwas ähnliches geschaffen werden, wie man es in Böhmen-Mähren habe, eine kleine innere Verwaltung, an deren Spitze ein Dreimännerkollegium stehe.

Der Herr Generalgouverneur ist der Auffassung, daß es zwei Wege für die Verhandlungen mit den polnischen Aufständischen gebe: erstens müße festgestellt werden, ob sie kapitulieren oder bis zum Schluß weiterkämpfen wollten; zweitens müße versucht werden, die Verhandlungen mit Fürsterzbischof Sapieha und anderen Persönlichkeiten zu einem befriedigenden Ergebnis zu bringen. Weiter halte er es für zweckmäßig, den Polnischen Hauptausschuß umzubenennen in „Polnischen Nationalausschuß", ein Begriff, der auch sonst allgemein üblich sei. Der Präsident oder Leiter dieses Polnischen Nationalausschußes hätte damit schon eine gewisse anders geartete Funktion. Er wolle in diesen Ausschuß einige Männer berufen, die einwandfrei seien und im Laufe der Jahre Verständnis für die Zusammenarbeit mit der deutschen Führung gezeigt hätten, wie z.B. den Fürsterzbischof Sapieha und andere.

Weiter würde er sich bereit finden, aus Anlaß des fünften Jahrestages des Generalgouvernements die Wojts zu einer wirklichen Verwaltungsinstanz zu erheben, der von den Kreishauptmännern gewisse Funktionen übertragen werden könnten. Einen Wojt aus jedem Kreis würde man dann zum Repräsentanten des Polnischen Nationalausschußes beim Kreishauptmann machen. Der Kreishauptmann wäre verpflichtet, diesen „Chef-Wojt" zu allen wichtigen Angelegenheiten beizuziehen. Der Chef-Wojt müßte dann auch eine gewisse staatliche Funktion ausüben können, z.B. bei der Überwachung der polnischen Rechtsprechung, des Steuerbetriebes, der Gemeindeverwaltung, der Ernteerfassung usw. Ferner könnte man innerhalb des Regierungs- und Distriktsbereiches künftig die Vertreter dieser Wojts zu allen großzügigen Planungen und Beratungen allgemeiner Art hinzuziehen, wobei man allerdings das Risiko in Kauf nehmen müßte, daß diese Vertreter als Querulanten peinlich würden.

Der Polnische Nationalausschuß müßte sich zur polnischen Nationalität bekennen, also zum Antibolschewismus,

da Bolschewismus mit Antipolonismus zu identifizieren wären. Er würde auch dem Polnischen Nationalausschuß die Möglichkeit geben, zu prüfen, wie gewisse Dinge, die die Polen besonders belasteten — Arbeitsverfassung der Polen, Einkommensverhältnisse, Ernährungslage usw. — von diesem Ausschuß amtlich im Auftrage des Generalgouverneurs vorbearbeitet würden. Er werde dann den Polen sagen können: wenn sich diese Einrichtungen bewähren, dann bin ich fest überzeugt, daß der Führer nach siegreich beendetem Kriege den Polen ein Eigenleben geben wird. Wenn die notwendigen Vorbereitungen getroffen seien, dann würde er eines Tages den Polnischen Nationalausschuß bezw. die Vertreter der Wojts zu einer Art polnischer Sitzung in Krakau zusammenrufen, in der man alle diese Dinge nach außen hin besprechen könnte.

Zu den von dem Herrn Generalgouverneur gemachten Vorschlägen nimmt zunächst Botschaftsrat Dr. Schumburg Stellung. Er betont, daß das Auswärtige Amt das größte Interesse daran habe, daß nach außenhin gezeigt werde, daß die Deutschen nicht totale Eroberer seien, sondern mit Vernunft eine Verwaltung aufbauten, bei der das unterworfene Volk zu seinem Recht komme. Vielleicht könnte auch anläßlich der Mitwirkung der Polen bei den Schanzarbeiten eine Geste gemacht werden, die zweifellos auch heute noch eine starke Wirkung haben werde. Ebenso werde natürlich eine großzügige Behandlung der Aufständischen nach Erreichung der Kapitulation stärkeren Eindruck machen, als wenn man den Aufstand mit militärischen Kräften niederschlüge. Er befürchte allerdings, daß Obergruppenführer von den Bach auf diesen militärischen Erfolg nicht verzichten werde. Jedenfalls halte er es für fraglos, daß die von dem Herrn Generalgouverneur beabsichtigte entgegenkommende Politik vom Auswärtigen Amt aus rein außenpolitischen Gründen begrüßt und gebilligt werden würde.

Staatssekretär Koppe meint, daß die den Polen zu machende Konzession nur unter der Voraussetzung möglich sei, daß das Gremium des Polnischen Nationalausschußes anders als der Polnische Hauptausschuß auch tatsächlich die Polen hinter sich habe. Ferner müßte erreicht werden, daß alles, was bisher an nationaler Widerstandsbewegung vorhanden sei, sich nunmehr irgendwie in eine Ordnung einfüge. Im übrigen sei er überzeugt, daß es sich bewähren müßte, wenn der Pole sehe, daß man irgendetwas tue. Die Regulative müßten natürlich fest in der Hand maßgebender Deutscher sein. Die polnischen

Vertreter könnten zwar die Rechtspflege, das Steuerwesen usw. in ihrem Kreis überwachen, dürften aber politiv nichts zu sagen haben.

Der Herr Generalgouverneur geht bei seinen Vorschlägen von der Voraussetzung aus, daß allgemein eine gewisse Vermenschlichung, eine Vereuropäisierung und eine völlig gerechte Behandlung des Polentums eintreten müßten. Für Millionen polnischer Arbeiter und Bediensteter treffe es einfach nicht zu, daß jeder Pole ein Gauner sei. Weiter bedürfe es einer grundsätzlichen Änderung der Einstellung des SD. Darüber hinaus müßten selbstverständlich auch entsprechende Weisungen vom Reich kommen. Voraussetzung für diese Politik sei ferner die völlige Umstellung auch der letzten Teile, die an der alten Ausrottungs-, Zerstörungs- und Degradierungspolitik mit aller Gewalt festhalten wollten. In ganz Europa seien aus dieser furchtbaren Verkennung der Wirklichkeit im Laufe der Jahre ungeheure Schäden entstanden. Dem-gegenüber müße man jetzt zu einer inneren aufflammenden europäischen Verantwortung kommen. Er könne amtlich feststellen: seit Staatssekretät Koppe das Staatssekretariat für das Sicherheitswesen übernommen habe, sei überhaupt erst die Möglichkeit gegeben, an solche Dinge zu denken. Daß er, der Generalgouverneur, den Mut habe, solche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, danke er dem Staatssekretär Koppe.

Gouverneur Dr. von Burgsdorff hält für die Durchführung dieser Ideen eine möglichst rasche Umstellung der Verwaltung für unbedingt erforderlich. Man müße dazu kommen, die Polen verwalten zu lassen. Die deutsche Verwaltung habe sich lediglich auf die deutschen Aufgaben zu beschränken. Das Ziel müße die Schaffung einer polnischen Selbstverwaltung sein.

Auch Gouverneur Kundt sieht in den Vorschlägen des Herrn Generalgouverneurs einen bedeutsamen Schritt zu einer Besserung der Verhältnisse. Allerdings würde eine Hinzuziehung polnischer Vertreter zu den Kollegien der Regierung, der Distrikte und Kreishauptmannschaften die Folge haben, daß diese polnischen Vertreter selbstverständlich darnach trachten würden, um ihre nationale Ehre gegenüber der anderen polnischen Bevölkerung nicht zerstören zu lassen, laufend an die Staatsverwaltung mit Wünschen heranzutreten. Gleichwohl seien besondere Gefahren davon nicht zu befürchten; denn die Entscheidung liege ja in deutscher Hand. Wenn man die polnischen

Vertreter entsprechend behandle, würden sie immer mehr den illegalen Elementen ihren Einfluß nehmen.

Präsident Dr. von Craushaar begrüßt ebenfalls die von dem Herrn Generalgouverneur gemachten Vorschläge, äußert aber Zweifel hinsichtlich ihrer sofortigen Durchführbarkeit. Er will daher Vorkehrungen getroffen sehen, daß Schwierigkeiten schlimmster Art ausgeschaltet würden. Er bezweifelt auch, ob es gelingen werde, die Zustimmung maßgebender Männer zum Eintritt in einen Nationalausschuß zu finden. Ferner sei es fraglich, ob der Polnische Hauptausschuß bereit wäre, sich „Nationalausschuß" nennen zu lassen, da seine Mitglieder um ihr Leben bangten. Hier müßten Verhandlungen, aber nicht nur von Seiten der Sicherheitspolizei, mit den maßgebenden Männern gepflogen werden.

Der Herr Generalgouverneur glaubt,daß die Mitwirkung der Sicherheitspolizei bei diesen Dingen kaum zu einem Erfolg führen werde. Hier handle es sich um ein politisches Übereinkommen, und der Sicherheitspolizei könne lediglich die Aufgabe zufallen, vor unzuverlässigen Elementen zu warnen.

Präsident Dr. von Craushaar ist weiter der Auffassung, daß von Seiten der polnischen Bevölkerung den Erklärungen der Regierung keine besondere Beachtung mehr geschenkt werde. Man gebe zwar der Überzeugung Ausdruck, daß der Generalgouverneur besten Willens sei, weise aber darauf hin, daß die Praxis eine andere sei. Aus diesem Grunde lege er, Präsident Dr. von Craushaar, auf die Kapitulation der Aufständischen in Warschau größten Wert. Vielleicht könnten dem Obergruppenführer von dem Bach die von der Regierung für richtig gehaltenen Kapitulationsbedingungen zur Bekanntgabe an die Aufständischen mitgeteilt werden.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für geboten, die Vorschläge des Herrn Generalgouverneurs, soweit sie den Verwaltungssektor betreffen, durchzuführen, selbst wenn die Aufständischen in Warschau nicht kapitulierten. Die Zeit sei reif für die Durchführung solcher Pläne. Auch wenn man Schwierigkeiten daraus befürchte, so müße man jetzt an das große Ziel denken. Eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung des Gesamtprogramms sei es, daß dieses Programm nicht vom Reich zerschlagen werde. Das könnte allerdings geschehen, wenn z.B. wie in diesen Tagen 10500 Arbeitskräfte entgegen den Zusicherungen fortgeschleppt würden, wenn sich solche Einbrüche wiederholten und die Polen im Reich nach wie vor wie die Hunde behandelt würden.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratung zusammen. Er ersucht dann Staatssekretär[5]) Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Fischer zu beauftragen, in seinem, des Generalgouverneurs Namen, das Angebot an die Aufständischen zu machen, unter der Voraussetzung, dass Obergruppenführer von den Bach damit einverstanden ist. — Was die allgemeine Polen-Politik angehe, so sei abzuwarten, wie sich die Zusammenarbeit in der nächsten Zeit entwickle. Er würde dann einen eingehend begründeten Vorschlag unmittelbar dem Führer überreichen. Von diesem Vorschlag müßten auch Reichsführer SS Himmler, Reichsminister Dr.Lammers und Reichsleiter Bormann in Kenntnis gesetzt werden. Die Frage, welche Richtung in der Polen-Politik endgültig eingehalten werden solle, müße müsse der Führer entscheiden. Sollte der Vorschlag wirklich wieder abgelehnt werden, dann könne er die Verantwortung für die Dinge nicht mehr tragen.

.....

15[40] Der Herr Generalgouverneur empfängt den Befehlshaber des Wehrkreises VIII Generaloberst Koch-Erpach in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bühler, des Staatssekretärs Koppe, des Präsidenten Dr. von Craushaar, der Gouverneure Kundt und Dr. von Burgsdorff.

Gegenstand der anschliessenden Besprechung ist die Frage der Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze von Oberschlesien in das Gebiet des Generalgouvernements bis einschließlich Tschenstochau.

Einleitend führt der Herr Generalgouverneur aus, daß er seinerzeit mit Reichsminister Dr.Lammers über gewisse Grenzverlegungsfragen gesprochen und dieser ihm im Auftrage des Führers erklärt habe, daß entsprechend einer Weisung des Führers an dem bisherigen Zustand grundsätzlich nichts geändert werden solle. Nun erfahre er plötzlich zu seinem größten Befremden von einer beabsichtigten Vorverlegung der Grenze in das Generalgouvernement.

Krakau

Freitag, den 15. September 1944

.....

11[35] Besprechung mit den Staatssekretären Dr. Bühler und Koppe.

---

[5]) dahinter ms gestrichen: „Koppe“

. . . . . .

Staatssekretär Dr. Bühler berichtet über die überaus schädlichen Auswirkungen der neuerdings vorgenommenen Vorverlegung der Zoll- und Polizeigrenze in das Gebiet des Generalgouvernements. ...

Gegenstand der Besprechung ist weiter der Komplex des Lagers Majdanek bei Lublin. Von diesem Lager werde, wie der Herr Generalgouverneur betont, z.Zt. in der ::-:: Weltpresse ::-:: in ganz grosser Aufmachung gesprochen und unter Bezugnahme auf dieses Lager gegen Deutschland gehetzt.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt fest, daß über diese Angelegenheit der Regierung des Generalgouvernements nichts bekannt sei, da sie keinen Einblick in solche Lager irgendwann einmal besessen habe, da diese Lager grundsätzlich ausschließlich und direkt von der Berliner SS- und Polizeizentrale eingerichtet, geleitet seien und in ihrer Gesamtführung, der Verwaltung und ihrem Gesamtgeschehen lediglich von den Berliner Zentralstellen verantwortet werden müssten. Die Anberaumung einer Regierungssitzung zur Besprechung dieses Themas sei aber inopportun; man müsse sich mit dieser Feststellung begnügen.

Der Herr Generalgouverneur stimmt dieser Auffassung zu, bestätigt auch, daß die Regierung des Generalgouvernements und alle Dienststellen einschl. des Distrikts Lublin keine Verantwortung für dieses Lagergeschehen träfe, da sie ausschließlich bei dem früheren Höheren SS- und Polizeiführer Krüger, bezw. bei den zuständigen Reichsinstanzen liege.

12[35] Besprechung mit Botschaftsrat Dr. Schumburg.

Botschaftsrat Dr. Schumburg teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, daß er auf Wunsch des Staatssekretärs Dr. Bühler vor einigen Tagen vor den Botschaftern und Gesandten des Auswärtigen Amtes über die Polenpolitik berichtet und dabei die Grundsätze des Herrn Generalgouverneurs vorgetragen habe. Er sei mit seinen Ausführungen auf grosses Verständnis und auf Zustimmung gestossen. — In der Frage Warschau sehe er der weiteren Initiative entgegen und glaube, daß es vielleicht doch möglich sei, die unter General Bor kämpfenden Aufständischen angesichts des völligen Versagens Englands, Amerikas und der Sowjetunion in der Polenfrage durch ein vernünftiges ::-:: Waffenstillstandsangebot ::-::

nach den vom Generalgouverneur vorgeschlagenen Bedingungen auf die Seite der Deutschen zu bekommen. Im übrigen stehe jetzt die Polenpolitik irgendwie im Mittelpunkt der gesamten europäischen Interessen.

Dienstag, den 26. September 1944

11[00] Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Gouverneur Dr. von Burgsdorff, SS-Oberführer Bierkamp und Erstem Staatsanwalt Rother.

In dieser Besprechung wird zunächst zu der Erschießung des Priors des Karmeliter-Klosters Czerna Stellung genommen.

Da der vom Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement über diesen Vorfall erstattete Bericht *) nach Meinung des Herrn Generalgouverneurs Unklarheiten enthält und die Staatspolizeistelle Kattowitz selber „die Gewähr übernehmen will, daß in Zukunft nicht SA-Männer, sondern Polizeibeamte derartige Unternehmen durchführen", beauftragte der Herr Generalgouverneur den Ersten Staatsanwalt Rother mit einer eingehenden Untersuchung dieses Falles.

*) siehe Anlage

::-:: *Anlage*[6]) ::-::

Abschrift

Der Befehlshaber der Sicherheits- Krakau, den 25.Sept.1944.
polizei und des SD im Generalgouvernement
— IV 4 — 1036/44 —

An den
Herrn Generalgouverneur
Reichsminister Dr. Frank

Krakau,
Burg.

Betr.: Prior des Karmeliter-Klosters Czerna.
Vorg.: Bekannt.

Der in Frage stehende Vorfall hat sich im Rahmen der Erfassung von Arbeitskräften zur Durchführung besonderer Bauvorhaben im Kreise Ilkenau ereignet. . . .

[6]) „Anlage" Ti, unterstrichen | dieses Schreiben wurde unter der Nummer D-970 (Beweisstück GB-602) vorgelegt

Auf Grund des vorliegenden Ermittlungsergebnisses ergibt sich folgender Sachverhalt:

Die termingemäße Durchführung des Bauvorhabens in dem genannten Gebiet war in Frage gestellt, da die einzelnen Gemeinden das ihnen auferlegte Soll an Arbeitskräften nicht stellten. Daher wurde von dem Baustab Kattowitz ein besonderes Kommando in Stärke von 12 SA-Männern beauftragt, in den einzelnen Dörfern Arbeitskräfte einzutreiben. Die Durchführung dieser Aufgabe seitens dieses SA-Einsatzkommandos ging in jedem Fall so vor sich, daß zunächst an den Dorfschulzen herangetreten und ihm das Anliegen vorgebracht wurde. Da die Dorfschulzen der erhaltenen Aufforderung nur säumig entsprachen, wurde es notwendig, die Häuser nach Arbeitsfähigen zu durchkämmen. — In den meisten Fällen wurden die Männer des SA-Einsatzkommandos angeblich hierum sogar von den Dorfschulzen gebeten, da nach deren Aussagen die Bewohner nur unwillig der Arbeitsaufforderung nachkamen und sich widerspenstig zeigten. Bei der Überholung der Häuser wurde von den anwesenden Bewohnern z. T. Widerstand geleistet, der mit der Waffe gebrochen werden mußte. Auf Grund der Tatsache, daß in dem genannten Raum in letzter Zeit mehrfach Banden aufgetreten sind, rechneten die SA-Männer damit, daß sich Bandenangehörige tagsüber in Zivil getarnt in den Dörfern aufhielten. Im übrigen wurde nach den Ermittlungen der Staatspolizeileitstelle Kattowitz bei der Erfassung der Arbeitskräfte auf die örtlichen Belange der Dörfer Rücksicht genommen und Arbeitskräfte wehrwirtschaftlicher Betriebe von der Maßnahme ausgenommen.

Der Prior des Klosters Czerna wurde in Nowojowa Gora von Angehörigen des SA-Einsatz-Kommandos erfaßt. Es wurde ihm aufgegeben, zunächst bei den Männern des SA-Einsatz-Kommandos zu verbleiben. Als sich die Angehörigen des Kommandos gerade in einem Hause befanden, um es nach Arbeitskräften zu durchsuchen, benutzte der Prior nach den Ermittlungen der Staatspolizeileitstelle Kattowitz diesen ihm geeignet erscheinenden Augenblick zur Flucht. Da er auf mehrmaligen Anruf und Abgabe einiger Warnschüsse nicht stehen blieb, sondern vielmehr sein Tempo beschleunigte und zu entkommen versuchte, wurde von der Waffe Gebrauch gemacht. — Der Prior war angehalten worden, weil er angeblich anderen Arbeitern gegenüber negative Äußerungen über den Ostwall und das Bauvorhaben gemacht hatte, die geeignet waren, den ohnehin geringen Arbeitswillen der Arbeiter noch weiter ungünstig zu beeinflussen. — Es war beabsichtigt, den Geistlichen zunächst zum Baustab nach Nielepice und von dort zur Dienststelle der Sicherheitspolizei

zu bringen, um weitere Ermittlungen in dieser Angelegenheit vorzunehmen.

Nach Mitteilung der Staatspolizeileitstelle Kattowitz soll sichergestellt sein, daß in Zukunft nicht SA-Männer, sondern Polizeibeamte derartige Unternehmen durchführen.

gez. Bierkamp
SS-Oberführer und Oberst der Polizei.

Montag den 16. Oktober 1944[7])

Krakau

Der Herr Generalgouverneur weist Staatssekretär Dr. Bühler an, unverzüglich den Text der zum 26. Oktober in Kraft tretenden Verordnung über die neue Polenpolitik Reichsführer SS Himmler, Reichsminister Dr. Lammers, Staatssekretär Dr. Stuckart, General der Polizei Kaltenbrunner und Reichsleiter Bormann mitzuteilen.

*1 13^{00} Der Herr Generalgouverneur empfängt SS-Oberführer Dierlewanger und SS-Untersturmführer Ammann in
[8]) Gegenwart des SS-Sturmbannführers Pfaffenroth.

SS-Oberführer Dierlewanger berichtet dem Herrn Generalgouverneur von dem Einsatz seiner Kampfgruppe in Warschau.

Der Herr Generalgouverneur spricht SS-Oberführer Dierlewanger seinen Dank und seine Anerkennung für den vorbildlichen Einsatz seiner Kampfgruppe bei den Kämpfen in Warschau aus.

13^{30} Mittagessen aus Anlaß der Anwesenheit des SS-Oberführers
*2 Dierlewangers.

---

[7]) Unterstreichung Ti über ms-Unterstreichung

[8]) diese Eintragung (von *1 bis *2) wurde unter der Nr. GB-562 vorgelegt

BESCHREIBUNG:

Band 38: „Tagebuch Sitzungen“ (Blei) enthält Regierungssitzungen aus dem Jahre 1944, Gouverneurs- und Hauptabteilungsleiter-Sitzung vom 16.2.44, Währungssitzung vom 4.2.44, Gouverneur-Sitzung vom 12.5.44

auf dem Halbhefter der Regierungssitzung vom 19.4.44: Martha (Blei) | auf dem Halbhefter der Währungssitzung: erl.Se. (Blei), desgleichen auf deren erster Seite | im Halbhefter der Gouverneursitzung vom 12.5.44 — Ds — vorgeheftet ein Zettel mit Blei-Vm: „Original im Tagebuch“ (nämlich Band 35.)

Regierungssitzung

Mittwoch, den 19.April 44
im Königssaal der Burg zu
Krakau.

—.—

Präsident Struve nimmt zu den Fragen des örtlichen Arbeitseinsatzes im Generalgouvernement und der Gestellung von Arbeitskräften für das Reich Stellung. Für den Bedarf des Generalgouvernements seien im vergangenen Monat etwa hunderttausend Kräfte zur Verfügung gestellt worden, siebentausend Arbeitskräfte seien ins Reich geschickt worden.

An fremdvölkischen Arbeitskräften seien von den Arbeitseinsatzbehörden vermittelt worden:

	Für das Generalgouvernement	für das Reich
1940	477.000	300 000
1941	734 000	223 000
1942	979 000	398 000
1943	840 000	184 000

Im Laufe der Zeit habe sich das Verhältnis der Vermittlung von Arbeitskräften für das Generalgouvernement zu derjenigen für das Reich von 5:1 zugunsten des Generalgouvernements auf 8:1 entwickelt. Diese Feststellung halte er für besonders wichtig, weil bei vielen Dienststellen des Generalgouvernements die Meinung herrsche, die Aufgabe der Arbeitseinsatzverwaltung läge in erster Linie darin, Arbeitskräfte für das Reich zu gewinnen.

FRANK'S TAGEBUCH
(Dokument 2233-PS)

Inhaltsübersicht:

			Seite
Band 1	Tagebuch 1939	25. 10. — 15. 12. . . (Beweisstück US-302)	356
Band 2	Abteilungsleitersitzungen 1939 — 1940	. (Beweisstück US-173)	365
Band 3	Tagebuch 1940 I	Jan. — März . . . . (Beweisstück US-174)	382
Band 4	Tagebuch 1940 II	April — Juni	392
	(Aus Bd. 4: Dokument 3465-PS, Beweisstück US-614)		400
Band 5	Tagebuch 1940 III	Juli — Sept.	403
Band 6	Tagebuch 1940 IV	Okt. — Dez. . . . . (Beweisstück US-271)	407
Band 7	Tagebuch 1940	Inhaltsverzeichnis	416
Band 8	Arbeitssitzungen 1940	Jan. — Okt.	416
Band 9	Arbeitssitzungen — Ansprachen des Gg. 1940	Febr. — Nov. .	428
Band 10	Tagebuch 1941 I	1. Jan. — 15. April	468
Band 11	Tagebuch 1941 II	16. April — 30. Juni (Beweisstück US-311)	470
Band 12	Tagebuch 1941 III	1. Juli — 30. Sept. . (Beweisstück US-611)	471
Band 13	Tagebuch 1941 IV	1. Okt. — 31. Dez.	474
Band 14	Tagebuch 1941	Inhaltsverzeichnis	481
Band 15	Arbeitssitzungen 1941	Jan. — Okt.	481
Band 16	Regierungssitzungen 1941	März — Okt. (bis 15./16. Okt.) . .	491
Band 17	Regierungssitzungen 1941	Okt. — Dez. (ab 17. Okt.) (Beweisstück US-281)	494
Band 18	Tagebuch 1942 I	1. 1. — 30. 4. . . . (Beweisstück US-608)	505
Band 19	Tagebuch 1942 II	1. 5. — 31. 7.	516
Band 20	Tagebuch 1942 III	1. 8. — 31. 8. . . . . (Beweisstück US-607)	539
Band 21	Tagebuch 1942 IV	1. 9. — 31. 12. . . . (Beweisstück US-612)	561
Band 22	Tagebuch 1942	Inhaltsverzeichnis	567
Band 23	Arbeitssitzungen 1942	. . . . .	567
Band 24	Regierungs-Hauptabteilungsleiter-Sitzungen 1942 (Beweisstück US-283)		572
Band 25	Tagebuch 1943 I	1. 1. — 30. 4.	583
Band 26	Tagebuch 1943 II	1. 5. — 31. 5.	587
Band 27	Tagebuch 1943 III	1. 6. — 30. 6.	598
Band 28	Tagebuch 1943 IV	1. 7. — 31. 8.	602
Band 29	Tagebuch 1943 V	1. 9. — 31. 10.	609
Band 30	Tagebuch 1943 VI	1. 11. — 31. 12.	617
Band 31	Tagebuch 1943	Inhaltsverzeichnis	625
Band 32	Regierungssitzungen 1943	. . . . .	625
Band 33	Arbeitssitzungen 1943	. . . . . (Beweisstück US-613)	635
Band 34	Tagebuch 1944	1. 1. — 29. 2. . . . (Beweisstück US-295)	674
Band 35	Tagebuch 1944	1. 3. — 31. 5.	686
Band 36	Tagebuch 1944	1. 6. — 27. 7.	696
Band 37	Tagebuch 1944	1. 8. — 17. 12.	704
	(Aus Bd. 37: Beweisstück GB-562		723
	und Dokument D-970, Beweisstück GB-602)		721
Band 38	Tagebuch Sitzungen 1944		724